Christof Dipper

Sozialreform
*Geschichte eines umstrittenen Begriffs**

Wir Deutsche sind ein Volk von Reformern. Eine Umfrage stellte im Jahre 1984 jedenfalls fest, daß 65 % der Bundesbürger sich damals in die Kategorie der Reformer einordneten, nur 19 % hielten sich für konservativ, und gar nur 15 % verlangten »radikale Veränderungen in vielen Bereichen«.[1]

Was immer man von Befragungen halten mag, diese hier verweist auf einen Tatbestand, der sicherlich zu den wesentlichen Erscheinungen der politischen Kultur Deutschlands gehört. Denn Reform als politisches Prinzip hat bei uns eine lange Tradition und wurde spätestens im frühen 18. Jahrhundert entwickelt.[2] Als Reform bezeichnete man damals Eingriffe von oben im Namen des Gemeinwohls, und von daher erklärt es sich, daß dieser Begriff bzw. das daran haftende Selbstverständnis zu einem integralen Bestandteil des »teutschen Fürstenstaates« geworden ist.

Damit ist dieser Grundsatz älter als die moderne Gesellschaft, aber nicht älter als der moderne Staat. Er ist auch älter als alle Revolutionen der Neuzeit, wenn man von der Englischen absieht. Das ist deshalb wichtig, weil mir scheint, daß hier ein Zusammenhang besteht. Reform als politisches Prinzip ist hierzulande jedenfalls nicht erst erdacht worden, um Revolutionen zu vermeiden. In ihr lediglich eine Strategie der »defensiven Modernisierung« zu erblicken, d. h. eine »in erster Linie produktive Reaktion auf den ungeheuren Anpassungsdruck«, der vom Nachbarland Frankreich ausging, wie Hans-Ulrich Wehler in seiner wichtigen *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* noch unlängst versichert hat[3], wird dem Sachverhalt nicht ganz gerecht.

Seine Entstehungsbedingungen haften dem Begriff bis heute an, wenngleich sie gegenwärtig zu verblassen scheinen. Im 19. Jahrhundert war die Tradition jedoch noch ungebrochen, damals bezeichnete »Reform« ein Handlungsmuster, das die höhere Einsicht der Obrigkeit und ihr – scheinbar – freies Ermessen betonte, wenn es um die Anpassung der politischen oder gesellschaftlichen Verhältnisse ging. Denn paternalistisches Denken beherrschte alle staatlichen und staatsnahen Eliten, weil sie ausnahmslos davon überzeugt

---

* Der Text geht auf eine am 13. Dezember 1990 an der Technischen Hochschule Darmstadt gehaltene Antrittsvorlesung zurück; er wurde an einigen Stellen erheblich erweitert und durchweg mit den nötigen Nachweisen und Literaturangaben versehen.

1 Süddeutsche Zeitung vom 20. September 1984.

2 Nachweise bei *Eike Wolgast*, Art. »Reform«, in: *Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck* (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Band 5, Stuttgart 1984, S. 313–360; *Clemens Zimmermann*, Art. »Reform«, in: *Joachim Ritter/Karlfried Gründer* (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Band 8 (im Druck). An aktuellen Beiträgen zu »Reform« als Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands mangelt es nicht. *Christian Graf Krockow*, Reform als politisches Prinzip, München/Zürich 1976; *Martin Greiffenhagen* (Hrsg.), Zur Theorie der Reform. Entwürfe und Strategien, Heidelberg/Karlsruhe 1978.

3 *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, 2. Aufl., München 1988, S. 532.

waren, daß die Gesellschaft sich nicht selber steuern könne. Auch das war eine schon alte Vorstellung, die im 18. Jahrhundert mit der Unmündigkeit der Untertanen, nunmehr, d. h. im 19. Jahrhundert, mit dem Kampf der Klassen begründet wurde. Um es kurz zu machen: Emanzipation (im klassischen, d. h. römisch-rechtlichen Sinne) war das Gebot der Zeit, nicht Selbstemanzipation.

Es ist bekannt, daß dieses Politikverständnis nicht von allen Zeitgenossen geteilt wurde. Es kam im Gegenteil im 19. Jahrhundert immer wieder unter Druck: zuerst von seiten der Liberalen, dann von seiten der Radikalen und ihrer Erben, der Arbeiterbewegung, und schließlich, nicht zu vergessen, von seiten der jüdischen Avantgarde. Sie war es übrigens, die das Schlagwort der »Auto-Emanzipation«[4] in die Debatte warf und damit auch begrifflich zu erkennen gab, daß sie ihr Vertrauen in den Reformismus des Obrigkeitsstaates verloren hatte. Nicht so die Liberalen. Auch wo sie energisch opponierten, betonten sie doch stets, ihre Ziele »auf gesetzlichem Wege« erlangen zu wollen und verrieten damit mehr als deutlich, wie sehr sie vom Trauma der Revolution geprägt waren.[5] Davon war bei der Linken natürlich nichts zu spüren. Hier mündete der Begriff der Emanzipation gegen 1840 in ein geschichtsphilosophisches Kondensat, das nicht mehr nur punktuelle Verbesserungen meinte, sondern daraus einen universalen Vorgang machte und ihn zum geschichtlichen Gesetz erhob.[6]

Diese Konstellation gilt es im Auge zu behalten, wenn wir uns nun endlich unserem eigentlichen Gegenstand zuwenden: der Sozialreform. Sie stand für gute hundert Jahre im Zentrum des allgemeinen Interesses – sie war, wie Thomas Nipperdey uns in seiner *Deutschen Geschichte* erst kürzlich versichert hat, »eines der beiden politischen Hauptthemen der Bürger vor 1914«[7], in ihr schwang die drohende Alternative Reform/Revolution am deutlichsten mit, und sie war politisch von ungleich größerer Wirkung als alle anderen Reformbegriffe: Im Wohlfahrtsstaat besitzen die Regelungen der Sozialpolitik Verfassungsrang, ja sie unterlaufen die klassische Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft und leiten, um einen Gedanken von Dieter Grimm aufzunehmen, in eine neue Epoche des Konstitutionalismus über.[8]

Daß der Begriff trotz dieser Bedeutung seine Geschichte noch nicht gefunden hat[9], ist freilich erklärungsbedürftig. Auch wenn es stets riskant ist, über Lücken und Defizite zu spekulieren, drängen sich doch zwei offenkundige Tatsachen auf. Einerseits wird die Auseinandersetzung um das, was man im 19. und frühen 20. Jahrhundert als soziale Frage bezeichnet hat, von den Historikern in aller Regel als ein ausschließlich politischer bzw. gesellschaftlicher Konflikt verstanden und mit Hilfe entsprechender Instrumente nachgezeichnet. Begriffe gelten aus dieser Sicht als bloße Spiegelungen unterschiedlicher Ideolo-

4 *Leo Pinsker*, Autoemanzipation, o. O. 1882.

5 Vom »›Revolutionspessimismus‹ der bürgerlich-liberalen Intelligenz des 19. Jahrhunderts« spricht *Theodor Schieder*, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: *Ders.*, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, 2. Aufl., Darmstadt 1970, S. 15. Weitere Nachweise bei *Michael Neumüller*, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.

6 *Karl Martin Grass/Reinhart Koselleck*, Art. »Emanzipation«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Band 2, Stuttgart 1975, S. 153–197.

7 *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, München 1990, S. 371.

8 *Dieter Grimm*, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des modernen Konstitutionalismus, in: *Dieter Simon* (Hrsg.), Akten des 16. deutschen Rechtshistorikertages, Frankfurt/Main 1987, S. 45–76.

9 Eine knappe »begriffliche Abgrenzung« neben einem sachgeschichtlichen Überblick bringt *Günther Schulz*, Art. »Sozialreform«, in: Staatslexikon, Band 5, 7. Aufl., Freiburg 1989, Sp. 68–71.

gien, eigenständige Kraft wird ihnen nicht zuerkannt.[10] Diesem Mißverständnis leistet die Theorie der Begriffsgeschichte Vorschub. Die *Geschichtlichen Grundbegriffe*, das Referenzwerk schlechthin, stellen nämlich kein Werkzeug bereit, um diesen Irrtum aufzudekken, denn das Konzept der »Sattelzeit« zwingt die Beiträge in das Prokrustesbett der alteuropäischen Gesellschaftskrise.[11] Auch wenn hier nicht der Ort ist, dieses Konzept zu diskutieren[12], sei doch angemerkt, daß die Fülle der mittlerweile zutage geförderten Befunde seinen Anspruch auf Singularität zumindest in Frage zu stellen scheinen. Es gibt jedenfalls in der Neuzeit mehrere Epochen perspektivischer Brechung und inhaltlicher Umbrüche, die eindeutig unterschiedlichen Gegenstandsbereichen zugeordnet sind; sie haben alle ihren semantischen Niederschlag gefunden. Wichtiger scheint noch, daß die von der »Sattelzeit« suggerierte Vorstellung, im anschließenden »Zeitalter der Ideologien«[13] verliere die Begriffsgeschichte ihren heuristischen Wert, einer näheren Überprüfung nicht standhält. Gerade der Blick auf Sozialreform vermag zu illustrieren, wie präzise Begriffe auf gesellschaftliche und politische Tatbestände zu reagieren vermögen. Industrialisierung und Massengesellschaft verdienen darum nicht minder unsere begriffliche Aufmerksamkeit als die Krise der alteuropäischen societas civilis.

I

Wann Sozialreform als Kollektivsingular aufgekommen ist – und erst dieser Schritt erzeugt die besondere begriffsgeschichtliche Relevanz –, ließ sich bisher noch nicht mit letzter Sicherheit feststellen. Die Verdichtung zur Einzahl setzt jedenfalls voraus, daß nicht nur über den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch über entsprechende Möglichkeiten zu ihrer Steuerung genaue Vorstellungen bestehen. Es wäre nicht überraschend, wenn sich sein französischer Ursprung herausstellte[14], etwa bei den Saint-Simonisten, deren sozialtechnologische Grundüberzeugung einen solchen Terminus eigentlich nahelegen

10 Zu den wenigen Ausnahmen zählen *L. v. Bortkiewicz*, Der Begriff der »Sozialpolitik«, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 72, 1899, S. 332–349; *Karl Přibram*, Die Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik, in: *Moritz J. Bonn/M. Palyi* (Hrsg.), Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano, Bd. 2, München/Leipzig 1925, S. 223–267. Ein methodisch anspruchsloses Literaturreferat, das allerdings in seinen sozialpolitischen Aussagen weit vorausweist, ist *Hans Gehrig*, Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literarisch-historische Untersuchung über Manchestertum und Kathedersozialismus, Jena 1914.

11 Selbstverständlich gibt es von vornherein geplante Ausnahmen, die sich denn auch wie Fremdkörper in diesem Werk ausnehmen. Ganz besonders gilt das für den Art. »Faschismus«.

12 *Reinhard Koselleck*, der Altmeister der Begriffsgeschichte, hat sich zuletzt zu dieser Frage geäußert in: Sozialgeschichte und Begriffsgeschichte, in: *Wolfgang Schieder/Volker Sellin* (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 1, Göttingen 1986, S. 89–109. Überraschenderweise wird hier jedoch kein Versuch unternommen, die bis dahin erschienenen 5 Bände der Geschichtlichen Grundbegriffe auf ihren spezifischen Ertrag hin durchzusehen; es fehlt auch jeder Hinweis auf die »Sattelzeit«.

13 So der Titel eines auch für die Formulierung der »Sattelzeit« wichtigen Aufsatzes von *Otto Brunner* aus dem Jahre 1954, jetzt in: *Ders.*, Neue Wege zur Verfassungs- und Sozialgeschichte, 3. Aufl., Göttingen 1980, S. 45–63.

14 Zur Karriere des Reformbegriffs im damaligen Frankreich vgl. *Christof Dipper*, Art. »Réforme«, in: *Rolf Reichardt/Hans-Jürgen Lüsebrink* (Hrsg.), Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820, Abschnitt IV (im Druck). Die 1843 gegründete Zeitung La Réforme verkündete im Prospekt, sie wolle »depuis la réforme électorale jusqu'aux réformes sociales qui doivent être, dans un temps plus éloigné, le but et la fin des réformes politiques«, alles diskutieren (29. 9. 1843).

würde.[15] Vor 1830 ist es allerdings wenig wahrscheinlich, daß hierzulande bereits von Sozialreform die Rede war.

In einem anderen Sinne freilich hatte die Vorstellung von gesellschaftlichen Reformen durchaus ihren Platz im Denk- und Sprachschatz der Zeit. Vor dem neuartigen Phänomen der Massenarmut war es aus naheliegenden Gründen vor allem die Französische Revolution, die den Blick für soziale Austauschprozesse schärfte. Da sich die Repräsentanten des Bürgertums als Sieger des gesellschaftlichen Wandels betrachteten, suchten sie den konfliktträchtigen Wechsel als einen natürlichen Vorgang darzustellen; ihn anzuerkennen, sei Sache des Staates. Hierin zeichne sich, wie David Hansemann lobend feststellte, Friedrich Wilhelm III. besonders aus, dem zu verdanken sei, daß 1830 anders als in Frankreich oder Belgien »statt des Tobens der Leidenschaften der besonnene und friedlichere Weg der gesellschaftlichen Reformen eingeschlagen wird.«[16] In dieses Bild der historischen Entwicklung fügt sich auch die Vorstellung, daß solche Klugheit im Vormärz den Regierungen dann jedoch abhanden gekommen sei. Wenn Wilhelm Heinrich Riehl 1851 feststellte, »der Bürgerstand ist seit alten Tagen der oberste Träger der berechtigten sozialen Bewegung gewesen, der sozialen Reform«[17], so wollte er damit die Revolutionen von 1789 und 1848 geschichtsphilosophisch rechtfertigen. Mit sozialer Reform war hier der Prozeß selbsttragender Erneuerung aus der (bürgerlichen) Mitte der Gesellschaft heraus verstanden, der von den Regierungen durch die konsequente Beseitigung »fehlerhafter Staatseinrichtungen«[18], um mit Hansemann zu reden, hätte anerkannt und unterstützt werden müssen.

Dieser Wortgebrauch konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Die entwicklungsgeschichtliche Folie, der er seinen Sinn entnahm, war nämlich nichts anderes als die Anerkennung des freien Spiels der Kräfte, die den Staat in die Rolle des bloßen Beurkunders gesellschaftlicher Niederlagen bzw. Siege zu drängen versuchte. Dieses Bild widersprach aber nicht nur der damals in Deutschland herrschenden hegelianischen Staatslehre, die das Gemeinwesen zum Ausgleich zwischen alt und neu, oben und unten, arm und reich für verpflichtet hielt, sondern auch der nicht minder normativen Gesellschaftslehre. Ihre Vertreter waren ebensowenig wie die Staatswissenschaftler bereit, auf die Steuerung gesellschaftlicher Prozesse kraft höherer Einsicht zu verzichten.[19] Nicht die naturwüchsige Verjüngung der Klassen durch Auf- und Abstieg, für die Hansemanns Herz schlug, galt hierzulande als soziale Reform, sondern der Eingriff der Fachleute. Von ihm wird nun zu handeln sein.

II

Die in vier Zeitabschnitte zerfallende Geschichte beginnt, wie nicht anders zu erwarten, im Vormärz. Der Begriff taucht auf, sobald die soziale Frage gestellt ist. Sozialreform meint nämlich die Lösung dieser Frage durch Staatsintervention. Der Aufstand der schlesischen Weber Anfang Juni 1844 gab hierfür buchstäblich den Startschuß.

---

15 Denkbar wäre beispielsweise *Xavier Sauriac*, Réforme sociale ou catéchisme du prolétaire, Paris 1834. Zu Sauriac weiß der Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français nicht viel zu berichten, außer daß er vielleicht wegen dieses Buches 1836 seine Professur verlor.

16 *David Hansemann*, Preußen und Frankreich, 2. Aufl., Leipzig 1834 (ND Leipzig 1975), S. 214 (§ 277).

17 *Wilhelm Heinrich Riehl*, Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1851; Neuausgabe von Peter Steinbach, Frankfurt/Berlin 1976, S. 153.

18 *Hansemann*, Preußen, S. 222 (§ 282).

19 Zum zeitgenössischen Stand der Diskussion vgl. *Robert Mohl*, Gesellschafts-Wissenschaften und Staats-Wissenschaften, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 7, 1851, S. 3–71.

Es war nicht die spontane Hilfsbereitschaft der Bürger, die zu öffentlichen Diskussionen führte, sondern eine am 25. Juni der Öffentlichkeit mitgeteilte Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. In ihr tadelte der König die Säumigkeit der Behörden und verlangte von ihnen, künftig alle Arten von Wohlfahrtsmaßnahmen »als eine ihrer Amtspflichten [zu] erkennen«.[20] Dieser Erlaß löste sofort eine Debatte unter all jenen Gruppen aus, die das Los der Arbeiter nicht nur augenblicklich, sondern auf Dauer bessern wollten. Wie sich gleich zeigen wird, hat Sozialreform die Diskutanten von Anfang an polarisiert.

Ohne theoretischen Anspruch, aber mit wichtigen Folgen für die Theorie war das Programm des am 9. Oktober 1844 in Berlin gegründeten *Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen*, eines Zusammenschlusses von Fabrikanten, Gebildeten und hohen Beamten, denen der König spontan 15 000 Taler spendete, damit die notwendigen »wohltätigen Einrichtungen« finanziert werden konnten. Auch auf lokaler Ebene konstituierte sich eine nicht mehr zu überschauende Zahl von Hilfsvereinen, die alle ähnlich zusammengesetzt waren und ein Programm vertraten, das die Forschung seither mit »sozialem Frieden durch soziale Reform« umschreibt.[21] Konkret bedeutete dies die Gründung von Spar- und Unterstützungskassen, von Abend- und Sonntagsschulen, von Fürsorge- und geselligen Vereinen nebst Appellen an Meister und vor allem an Fabrikanten, angemessene Löhne zu zahlen und die Arbeitszeit namentlich für Frauen und Kinder zu verringern.

Einen einheitlichen und bündigen Begriff hatte dieses Programm damals noch nicht. Harkort sprach von »Radikalkur«[22], der Gründungsaufruf von »fürsorglicher tätiger Einwirkung«, Lette unter dem Eindruck der Revolution 1848 dann schließlich von »sozialen Reformen« als Ausfluß »bewußter Einsicht« in die »nur allmählich zu erringende Umgestaltung der verschiedensten Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mannigfaltigen, oft sich durchkreuzenden Interessen.«[23] Die terminologische Bandbreite und namentlich der Pluralgebrauch sind ein Zeichen dafür, daß sich das Bewußtsein für ein aufeinander abgestimmtes Maßnahmenpaket, das einen entsprechenden Systembegriff verlangte, noch nicht durchgesetzt hatte, jedenfalls nicht bei den im *Centralverein* zusammengetretenen Honoratioren. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn weder die geschilderten Mittel noch das angestrebte Ziel lassen irgendwelche neuen Gedanken erkennen. Sie enthielten vielmehr, nun aber gebündelt und langesweit organisiert, das in Deutschland wie anderswo seit längerem empfohlene Rezept, durch Bildung und Selbsthilfe die Entproletarisierung der Arbeiter – der Begriff war damals noch sehr weit gefaßt[24] – herbeizuführen. So sollte der schwierig gewordene Aufstieg zur Selbständigkeit erleichtert werden. Reform wurde hier noch wörtlich verstanden, denn sie zielte nicht auf die Zukunft, sondern orientierte sich am entschwundenen Ideal der Eigentümergesellschaft. Paternalismus und soziale Harmonie kennzeichneten also das Weltbild dieser liberal-konservativen Kreise, die durch die rasche Tat der massenhaften Not, schließlich auch der befürchteten Revolution vorbeugen wollten.

Die königliche Kabinettsordre und die Aktivitäten des *Centralvereins* lösten, für alle vollkommen unerwartet, eine anhaltende Diskussion darüber aus, was getan werden dürfe,

---

20 Abgedruckt in: MEGA² I/2, Berlin 1982, S. 926 f.

21 *Nora Stiebel*, Der »Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen« im vormärzlichen Preußen. Ein Beitrag zur Geschichte der sozialreformerischen Bewegung, Diss. masch. Heidelberg 1922; *Jürgen Reulecke*, Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung, Wuppertal 1983.

22 *Friedrich Harkort*, Die Vereine zur Hebung der untern Volksclassen nebst Bemerkungen über den Central-Verein in Berlin, Elberfeld 1845, S. 27.

23 Mittheilungen des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Bd. 1, Berlin 1848/49, zitiert nach ND Hagen 1980, S. (19), S. (23).

24 Vgl. *Werner Conze*, Art. »Arbeiter«, Abschnitt II.2, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 219 ff.

ohne daß die Systemgrenzen überschritten würden, bzw. was getan werden müsse, um eben diese Grenze vollends zu überschreiten. So gesehen war die Frage, um die es ging, natürlich eine politische, aber der Disput drehte sich zwangsläufig auch um Begriffe. Handelte es sich um einen Fall von Sozialismus? Im Sprachgebrauch der Zeit war dies möglich. Der Terminus war noch so offen, daß er sowohl »als Allgemeinbegriff für verschiedene soziale Reformsysteme«[25] wie auch als Inbegriff einer Wissenschaft benutzt werden konnte, die Staat und Gesellschaft wieder als Einheit wahrnehmen wollte.[26]

Aus der Sicht der Zeit war das alles andere als unproblematisch. Denn als Wissenschaft war Sozialismus allenfalls so lange unverdächtig, wie er sich auf das Sammeln empirischer Tatsachen beschränkte. Sobald daraus aber, und das legte die normative Tendenz dieser Wissenschaft von vornherein nahe, ein Appell zur Änderung der politischen oder gesellschaftlichen Ordnung im Sinne der gewonnenen Erkenntnisse würde, setzte sich der Begriff dem Ideologieverdacht aus. Die drohende Perspektive der Revolution erlaubte keine Zweideutigkeiten, man hatte sich zwischen gewaltsamer Änderung und friedlicher Reform zu entscheiden. Auf dem Höhepunkt der vormärzlichen Massenarmut und mitten in der auch für Spezialisten kaum noch überschaubaren Pauperismusdiskussion begann darum die eigentliche Karriere von Sozialreform. Wer sich ihrer bediente, signalisierte damit, daß er zwar mehr im Sinne hatte als die »bloßen Palliativmittel«[27] der traditionellen Armenfürsorge, daß er aber die Gretchenfrage nach der politischen Reform nicht stellen wollte.

Das war der eigentliche Sinn, der hinter Biedermanns Klassifikationsversuch von 1846 steckte. Biedermann teilte Fallbeispiele und Literatur in einen »praktischen Sozialismus«, der die »wirkliche Abhilfe der gesellschaftlichen Mißverhältnisse« anstrebe, und in einen »filosofischen Sozialismus« ein, dem die Bekämpfung der Not »nur eine Nebensache« sei, weil er »durch die politische Reform zur sozialen« vorstoßen wolle.[28] Zwischen beiden siedelte er die »radikale Sozialreform« an, der er vorwarf, mittels Organisation der Arbeit, Aufhebung der Konkurrenz und Beseitigung des Eigentums an Produktionsmitteln ebenfalls die Systemgrenze zu überspringen.[29] »Praktischer Sozialismus« war Biedermann zufolge mehr als Armenpflege, aber wie weit »soziale Reformen« gehen durften, ohne radikal zu sein, bestimmte sich nicht aus den gesellschaftlichen, sondern aus den politischen Verhältnissen. Die Bürgerlichen sahen Sozialreform stets auf fatale Weise mit der Verfassungsfrage verknüpft.

Für Bedenken dieser Art und die dadurch in Gang gesetzten Versuche einer Abgrenzung hatte die auf die Revolution in Deutschland wartende Linke nur Hohn und Spott, gelegentlich auch nichts als Verachtung übrig. Das bedeutet aber nicht, daß sie sich in der Beurteilung des Weberaufstandes einig gewesen wäre. Er trug im Gegenteil sehr zur Spaltung der verschiedenen sozialistischen Gruppen bei.

Als erster reagierte in Paris Arnold Ruge. In einem Zeitungsartikel vom Juli 1844, »Der König von Preußen und die Socialreform« betitelt, attackierte er sowohl die preußische Politik als auch die anerkennenden Worte[30], die das demokratische Organ »La Réforme« für

25 *Wolfgang Schieder*, Art. »Sozialismus«, in: Ebd., Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 945.

26 Ebd., S. 949 ff.

27 *Karl Biedermann*, Sozialistische Bestrebungen in Deutschland, Teil 3: Die 3 Zielpunkte einer radik. Sozialreform, in: *Ders.* (Hrsg.), Unsere Gegenwart und Zukunft, Bd. 4, Leipzig 1846, S. 268.

28 Ebd., Teil 2: Der prakt. Sozialismus, in: Ebd., Bd. 1, Leipzig 1846, S. 205, S. 207, S. 245.

29 Ebd., Teil 3, in: Ebd., Bd. 4, S. 268–332.

30 »[. . .] il y a dans cette circulaire le pressentiment, l'instinct, si l'on veut, de grandes réformes sociales [. . .]«. Le Roi de Prusse et la Réforme sociale, in: La Réforme, 16. 7. 1844; abgedruckt in: MEGA (wie Anm. 20), S. 927. Ruges Übersetzung vermied den Terminus »Sozialreform«. Es heißt dort, es »fände sich in diesem Dokument das Vorgefühl, der Instinkt der großen Reformen der bürgerlichen Gesellschaft [. . .]« (wie Anm. 31). Zu Ruge neuerdings *Wolfgang Eßbach*, Die Junghegelianer. Soziologie einer Intellektuellengruppe, München 1988.

sie gefunden hatte. Die Kabinettsordre sei ebenso ein Dokument der »Ratlosigkeit«, wie das Scheitern des Aufstandes fehlenden »politischen Verstand« erkennen lasse. Wer aber »die Wurzel der geselligen Not« erkannt habe, der wisse, daß »eine Sozialrevolution« unvermeidlich komme. Sie werde in Frankreich und England ihren Ausgang nehmen und dann Deutschland erfassen.[31]

Marx antwortete umgehend. Er verhöhnte Ruge, der nicht begriffen habe, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, und nur sie, die politische Erziehung des Proletariats ganz von alleine besorgen würden und schon besorgt hätten. Das habe sogar die »deutsche Bourgeoisie« erkannt, die jetzt die Möglichkeiten einer Aushilfe landauf, landab diskutierte. »Alle *liberalen* deutschen Zeitungen, die Organe der liberalen Bourgeoisie strömen über von Organisation der Arbeit, Reform der Gesellschaft, Kritik der Monopole und der Konkurrenz etc. Alles infolge der Arbeiterbewegungen.«[32]

Auch wenn Marx an Deutschlands »Beruf zur *socialen* Revolution« nicht im mindesten zweifelte[33], so war damit die Frage des Übergangs noch keineswegs beantwortet. Unter dem Stichwort Sozialreform bildeten sich Marx und Engels in den folgenden Jahren hierzu ihre Meinung und benutzten ihr Zwiegespräch gleichzeitig zur Ausgrenzung konkurrierender Programme und deren Anhänger.

In seiner 2. Elberfelder Rede im Februar 1845 sprach Engels davon, daß die »soziale Revolution« unvermeidlich sei und in die »Proklamation des kommunistischen Prinzips« münde; nur dies sei »eine wirkliche soziale Reform«.[34] Seine englischen Erfahrungen waren es vermutlich, die ihn damals noch annehmen ließen, daß man »einer gewaltsamen und blutigen Umwälzung [. . .] vorbeugen« könne.[35] Marx dachte hierüber wohl schon damals anders. Die 1846 mit Proudhon geführte Auseinandersetzung veranlaßte jedoch die beiden zur endgültigen Klärung des Verhältnisses von Reform und Revolution. Sozialreform spielte dabei die Rolle des Schlüsselbegriffs. In den Augen von Marx und Engels war Proudhon Reformist, weil ihm exakte ökonomische Kenntnisse fehlten. Wissenschaftlicher So-

31 [Arnold Ruge], Der König von Preußen und die Socialreform, in: Vorwärts! Pariser Deutsche Zeitschrift, Nr. 60, 27. 7. 1844, ND Leipzig 1975, S. 4. Ganz ähnlich übrigens wenig später Wilhelm Marr, der ebenfalls im Titel von »Sozialreform« sprach, nicht aber im Text seiner Ausführungen. Hier versicherte er: »es bedarf eines *Kampfes*«. Vgl. *W. Marr*, Die soziale Frage (Sozialreform), in: Blätter der Gegenwart für sociales Leben, Nr. 5 (April 1845), in: *Werner Kowalski* (Hrsg.), Vom kleinbürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Zeitschriften aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (1837–1847), Berlin 1967, S. 338.

32 *Karl Marx*, Kritische Randglossen zu dem Art. »Der König von Preußen und die Socialreform. Von einem Preußen«, in: Vorwärts!, Nr. 63, 7. 8. 1844, in: MEGA (wie Anm. 20), S. 458. Die Kontroverse zwischen Ruge und Marx sowie das historisch-politische Umfeld analysierte *Jacques Grandjonc*, »Vorwärts!« 1844. Marx und der deutsche Kommunismus in Paris, Berlin/Bonn 1974, S. 51 ff.

33 Ebd., Nr. 64, 10. 8. 1844, in: MEGA (wie Anm. 20), S. 459. Engels hatte, allerdings ohne darüber zu reflektieren, schon 1843 von »Social reform« und »Spocial reformers« gesprochen. [*Friedrich*] *Engels*, Progress on Social Reform on the Continent, in: The New Moral World, Nr. 19, 4. 11. 1843; Nr. 21, 18. 11. 1843, in: MEGA² I/3, Berlin 1985, S. 495–510.

34 Vortrag vom 15. 2. 1845, in: Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform, Bd. 1, Darmstadt 1845. Der Herausgeber, Hermann Püttmann, gibt im Vorwort keine Begründung für die Wahl des Titels; »Sozialreform« war demnach mindestens in Sozialistenkreisen damals ein eingeführter Begriff. Der Vortrag wird hier zitiert nach: MEW, Bd. 2, Berlin 1962, S. 555. Zur Bedeutung der drei kommunistischen Versammlungen in Elberfeld vgl. *Dieter Dowe*, Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820–1852, Hannover 1970, S. 81 ff.

35 MEW, Bd. 2, S. 556. Auch Engels' Vater machte sich damals Gedanken zur Zollpolitik. Vgl. seinen Brief aus Barmen vom 7. 7. 1845, in: *Michael Knieriem* (Hrsg.), Die Herkunft des Friedrich Engels. Briefe aus der Verwandtschaft 1791–1847, Trier 1991, S. 595–597.

zialismus und Hoffnung auf Reform schlossen sich ihrer Meinung nach aber geradezu aus. Von 1847 sank darum Sozialreform zu einem nur noch taktisch gebrauchten Begriff herab, wurden »soziale Reformen als pure mesure de salut public, als revolutionäre und vorübergehende Maßregeln« angesehen.[36]

Wer diese Wendung nicht mitvollzog, wurde nicht mehr ernstgenommen und verfiel als »Gesellschaftsreformer«[37], »ökonomischer Reformator«[38], »Systemmacher« und Entwerfer von »Organisationsprojektchen«[39] der Lächerlichkeit oder der Ächtung.[40] Sie galt konkurrierenden Denkschulen ebenso wie der Bourgeoisie. Das schloß nicht aus, daß man mit bürgerlichen Demokraten zusammenarbeitete; man war auf sie politisch schließlich angewiesen.[41] Deshalb konnten Marx und Engels auf den Terminus Sozialreform auch nicht gänzlich verzichten, jedenfalls nicht damals. Die verschiedenen Bearbeitungsstufen des »Kommunistischen Glaubensbekenntnisses« Ende 1847/Anfang 1848 zeigen den Zwiespalt zwischen taktischer Rücksichtnahme und innerer Überzeugung. In dem von der Londoner Zentralbehörde nach Brüssel geschickten Entwurf wurde die Bündnisfrage noch so gut wie ausschließlich an der Stellung der Sozialreform festgemacht. Man müsse der »niederen Bourgeoisie« verdeutlichen, »daß sie ihrem Ruin nur durch eine Sozialreform vorbeugen« könne, zugleich aber im Sinne der Doppelstrategie auf eine »neue Periode« mit anderer Gesellschaftsordnung hinarbeiten müsse.[42] In der Engels'schen Version nahm die Frage der Sozialreform nur noch einen Platz am Rande ein. Sie wurde jetzt zum Stigma der »Bourgeois-Sozialisten« erklärt, die deshalb »von den Kommunisten fortwährend bekämpft werden müssen«. Von den »demokratischen Sozialisten« wurde dagegen angenommen, daß sie ebenfalls das Privateigentum ablehnen; die Sozialreform war darum hier kein Thema.[43] Im *Kommunistischen Manifest* schließlich entfiel jede Rücksichtnahme. Von Sozialreform wurde explizit gar nicht mehr, faktisch nur noch an entlegener Stelle, im ohne rechten Bezug zum Haupttext angehängten dritten Teil gesprochen, wo Bündnisfragen keine Rolle spielten. Hier gaben Marx und Engels den Gedanken der Sozialreform unverhülltem Spott preis: Jenen »Teil der Bourgeoisie«, der »den sozialen Mißständen abzuhel-

---

36 *Friedrich Engels*, Die Kommunisten und Karl Heinzen, in: Deutsche Brüsseler Zeitung, Nr. 79, 3. 10. 1847, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 314. Die Deutsche Brüsseler Zeitung wurde vor einigen Jahren im Faksimile herausgegeben von *Bert Andréas/Jacques Grandjonc/Hans Pelger*, 2 Teile, Bruxelles 1981.

37 »[. . .] die deutschen Gesellschaftsreformer haben einen wahren Horror vor ökonomischen Studien«. Brief Heinrich Bürgers' an Karl Marx, 30. 8. 1847, in: MEGA² III/2, Berlin 1979, S. 352.

38 »[. . .] merkwürdig, daß alle Welt von dem ökonomischen Reformator prophezeit, er werde als *Bankier* sterben.« (Gemeint war Proudhon), Brief Georg Herweghs an Karl Marx, 1. 11. 1847, in: Ebd., S. 372.

39 »Alle radikalen politischen Demokraten« würden neuerdings »auf den Gedanken einer Sozialreform gebracht«, aber sie weigerten sich, die privatwirtschaftliche Ordnung abschaffen zu wollen; statt dessen entwerfen diese »Systemmacher nichts als Organisationsprojektchen.« *Moses Hess*, Die Folge einer Revolution des Proletariats, in: Deutsche Brüsseler Zeitung, Nr. 82, 14. 10. 1847, in: *Auguste Cornu/Wolfgang Mönke* (Hrsg.), Moses Hess, Philosophische und sozialistische Schriften 1837–1850, Berlin 1961, S. 429.

40 Daß die von Hermann Kriege redigierte New Yorker Zeitung Der Volkstribun bei den ›wahren Sozialisten‹ in Deutschland sich als ein Organ der »Socialreformassociation« großer Wertschätzung erfreute, wurde ihm von Kommunisten besonders übelgenommen. Vgl. *Dowe*, Aktion, S. 105.

41 Näheres bei *Wolfgang Schieder*, Karl Marx als Politiker, München/Zürich 1991, S. 27 f., S. 43 ff.

42 Entwurf eines Kommunistischen Glaubensbekenntnisses der Zentralbehörde des Bundes der Gerechten [August/September 1847]. Hier zitiert nach: *Carl Grünberg*, Die Londoner kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847 und 1848, in: Grünbergs Archiv 9, 1921, S. 331.

43 *Friedrich Engels*, Grundsätze des Kommunismus, in: MEGA¹ I/6, Berlin 1932, S. 520 f.

fen« wünsche, stellten sie an die Seite der »Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art«.[44]

Von dieser Bloßstellung erholten sich Begriff und Sache bei den Kommunisten nicht mehr. Reformen wurden dem Primat der Revolution untergeordnet, sie galten fortan als bloße »Voraussetzungen für eine revolutionäre Änderung«.[45] Das hatte den Vorteil, daß man taktisch außerordentlich flexibel blieb, stieß mögliche Verbündete jedoch immer wieder vor den Kopf. Semantisch war es jedenfalls höchst folgenreich, daß just in dem Augenblick, als die Linke den Terminus Sozialreform begrub (wenn auch nicht für alle Zeiten), die Konservativen ihn zum Inbegriff ihres sozialpolitischen Denkens machten.

Der Siegeszug des konservativen Schlagworts hatte jedoch noch weitere Voraussetzungen. In diesen Zusammenhang gehört zunächst einmal, daß 1848 die Arbeiterbewegung nicht die Terminologie der kommunistischen Zirkel benützte, in denen viele ihrer Anführer eine Zeitlang Mitglieder gewesen waren. Sie benützte aber auch nicht den Terminus Sozialreform, obwohl sie »eine Art sozialer Parallelpolitik« zum Parlamentarismus des Bürgertums betrieb[46] und gelegentlich sogar emphatisch von »sozialer Erlösung« sprach[47], die, wie Stephan Born, der Wortführer der *Arbeiterverbrüderung*, betonte, »nur unter der ausgedehntesten Volksherrschaft gelöst werden kann.«[48] Für diese bürgerte sich der Terminus »Sozialdemokratie« ein.[49]

Niemand sprach damit so deutlich wie die Linke aus, daß Sozialreform, sofern hinter ihr ein klares gesellschaftlich-politisches Konzept stand, die Verfassungsfrage berührte. Louis Blanc hatte das 1839 zum ersten Male formuliert und damit einen Zusammenhang hergestellt, der, als der Begriff dann Eingang in die politische Diskussion gefunden hatte, dessen weitere Karriere davon abhängig machte, ob man dem Zusammenhang zustimmte oder nicht.[50] Insofern war also auch von dieser Seite her die Frage der Revolution aufgeworfen, freilich in einem anderen Sinne als bei Sozialisten und Kommunisten. Hier war sie keine prinzipielle, sich aus der Wissenschaft ergebende, sondern eine praktische: Wie ließen sich Sozialreform und politisches System miteinander vereinbaren? Die Mehrheit der organisierten Arbeiter und Demokraten hatte darauf nur eine Antwort: durch die soziale Republik.

Die Gesellen und Arbeiter, die den Begriff verschmähten, konnten sich in ihrem Vorbehalt durch einen programmatisch-terminologischen Kunstgriff der Reformkonservativen bestätigt fühlen. Er sollte von außerordentlicher Langzeitwirkung sein. 1850 entwarf nämlich Lorenz Stein das »Königtum der sozialen Reform«. Aus dem Zusammenbruch der Monarchie in Frankreich hatte Stein die Lehre gezogen, daß das Königtum im aktuellen »Gegensatz der sozialen Klassen« sich nicht auf die Seite der Herrschenden stellen durfte, wollte es überleben. »Alles Königtum, so prophezeite er, wird fortan entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden oder untergehen in [sic!] Republik, wenn es nicht den

---

44 [Karl Marx, Friedrich Engels], Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 488.

45 *Dieter Kramer*, Reform und Revolution bei Marx und Engels, Köln 1971, S. 43.

46 *Wolfgang Schieder*, Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848/49, in: *Wolfgang Klötzer* (Hrsg.), Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848, Frankfurt/Main 1974, S. 52.

47 So *Louise Otto*, in: Die Verbrüderung, Nr. 16, 24. 11. 1848; zitiert nach *Werner Conze/Dieter Groh*, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966, S. 35, Anm. 22.

48 *Stephan Born*, Garantie der Arbeit. Politische Rechte. Moralische Mittel, in: Das Volk, Nr. 22, 22. 6. 1848; zitiert bei *Hans Krause*, Die Demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage, Frankfurt/Main 1923, S. 187.

49 *Schieder*, Rolle, S. 52.

50 Vgl. *Dirk Blasius*, Konservative Sozialpolitik und Sozialreform im 19. Jahrhundert, in: *Gerd-Klaus Kaltenbrunner* (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972, S. 469–488.

hohen sittlichen Mut hat, ein Königtum der sozialen Reform zu werden.«[51] Stein entwikkelte dieses »Gesetz«, wie er es nannte, um die Monarchie zu retten, nicht um die Sozialreform voranzubringen; sie hatte für ihn weithin instrumentalen Charakter. Entsprechend dürftig fielen seine diesbezüglichen Bemerkungen aus. Sie beschränkten sich auf die Stichworte »Volkswohlfahrt« und »Freiheit«, klammerten also alles aus, was in den Sozialismus-Verdacht geraten konnte. Praktische Bedeutung erlangte Steins Programm ohnedies nie, aber angesichts der politischen Rahmenbedingungen ging von diesem Begriff eine außerordentliche Anziehungskraft auf die deutschen Bildungseliten aus.

Mit Stein wurde die Diskussion um Sozialreform um ein weiteres wichtiges Stichwort angereichert: Staatshilfe. Es rief naturgemäß die Liberalen auf den Plan. Lakonisch stellte von Rochau 1853 fest: »Der rüstigste Bundesgenosse der konservativen Politik ist der revolutionäre Sozialismus.«[52] Schon der Begriff Sozialreform war aus dieser Sicht problematisch, weil er die vom Eigentumsrecht dem Staat gezogene Grenze zu verschieben drohte. Der »Realpolitiker« Rochau stellte darum klar: »Wenn man die innerhalb jener Grenze liegende wirtschaftliche Aufgabe des Staats die der ›sozialen Reform‹ nennen« wolle, »so ist gegen eine solche Bezeichnung nichts einzuwenden.« Der Begriff dürfe aber nicht glauben machen, daß der Staat »die fröhliche Bürgschaft für die ökonomische Existenz seiner Angehörigen übernehmen« werde.[53] Das meiste, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe, sei bereits getan, so daß »von allen großen Mitteln der sozialen Reform, welche der Politik überhaupt zu Gebote stehen«[54], nur noch zwei stärker in Betracht kämen: »Ersparnis im Staatshaushalt« und »Freiheit in der wirtschaftlichen Bewegung«.[55]

Die von Rochau, einem der Wortführer der deutschen Manchesterschule, ins Werk gesetzte Marginalisierung von Sozialreform traf mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zusammen; dieser vermittelte ohnedies vielen den Glauben, die soziale Frage sei binnen kurzem gelöst.[56] Aber auch wer skeptisch gegenüber der konjunkturbedingten Fortschritts- und Harmoniedoktrin blieb und, wie etwa Schulze-Delitzsch, am zunehmend unzeitgemäßer werdenden Ideal der Selbständigkeit festhielt, sprach in diesem Zusammenhang nicht mehr von Sozialreform.[57] Ihr paternalistischer Beigeschmack vertrug sich nur schlecht mit Selbsthilfe. Dieses Wort rückte zum neuen, bis weit in die Arbeiterschaft hinein akzeptierten Schlüsselbegriff auf[58], in dem Bildung und Assoziation, die beiden Hauptbestandteile von Selbsthilfe, zusammenfielen. Lassalle brachte 1863 das Kunststück fertig und bezeichnete sogar Staatshilfe als »soziale Selbsthilfe«.[59]

---

51 *Lorenz Stein*, Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, Bd. 3, Leipzig 1850; zitiert nach der Ausgabe München 1921, S. 41. Ebd. auch die folgenden Zitate. Zur verfassungspolitischen Seite dieses Problems vgl. *Dirk Blasius*, Lorenz von Steins Lehre vom Königtum der sozialen Reform und ihre verfassungspolitischen Grundlagen, in: Der Staat 10, 1971, S. 33–51.

52 *August Ludwig von Rochau*, Grundsätze der Realpolitik, Teil 1, Stuttgart 1853; Neuausgabe von *Hans-Ulrich Wehler*, Frankfurt/Berlin 1972, S. 146; ebd. auch das folgende Zitat.

53 Ebd., S. 150.

54 Ebd., S. 147; ebd. auch das nächste Zitat.

55 Ebd., S. 151.

56 Vgl. hierzu *Toni Offermann*, Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979, S. 188 ff.

57 Das ergab die Durchsicht von *Rita Aldenhoff*, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984.

58 Vgl. die einschlägigen Passagen bei *August Bebel*, Aus meinem Leben, Teil 1, 8. Aufl., Berlin/Stuttgart 1923, S. 73. Vgl. auch seine ironische Bemerkung über »die sogenannten Selbsthilfler« (ebd. S. 115). Andererseits nannte sich die nach dem Linksruck des VDAV 1865 gegründete Zeitschrift *Die Arbeit. Organ für sociale Reformbestrebungen.*

59 *Ferdinand Lassalle*, Offenes Antwortschreiben (1. 3. 1863), in: *Thilo Ramm* (Hrsg.), Ferdinand Lassalle. Ausgewählte Texte, Stuttgart 1962, S. 202.

Es gab also mehr als einen Grund, daß Sozialreform Mitte der 1850er Jahre wieder von der Bildfläche verschwand; den einen ging der Begriff nicht weit genug, den anderen viel zu weit, die dritten schließlich begannen zu glauben, er habe sich erledigt. Darum ging die zweite Phase unserer Begriffsgeschichte schon nach zehn Jahren wieder zu Ende. Die kurze Zeit genügte aber, um die auch in Zukunft anzutreffende Konstellation dreier konkurrierender Auffassungen von Sozialreform auszubilden. Die begriffliche Entfaltung des Schlagworts, so die erste These, war bereits vor 1848 fertig, danach gab es nur noch eine wesentliche Erweiterung; sie sollte von der katholischen Soziallehre kommen.

III

Der zweite Abschnitt unserer Begriffsgeschichte dauerte länger, nämlich von 1871/72 bis 1918. Wie 1844 waren es äußere Ereignisse, die das Thema auf die Tagesordnung brachten – die ersten wirtschaftlichen Krisensymptome nach 20 Jahren Aufschwung, die den Blick auf das nahezu unveränderte Elend der Arbeiterschaft freigaben. Und wie 1844 erhielt die Sozialreform auch sogleich wieder eine institutionalisierte Gestalt. Es war der 1872 angeregte und im Oktober 1873 förmlich gegründete *Verein für Socialpolitik*; Rudolf von Gneist, sein erster Vorsitzender, hätte ihn gerne »Verein für Sozialreform« genannt, was aber keine Mehrheit fand.[60]

Der Verbreitung des Begriffs tat dieser Beschluß keinen Abbruch. Sie speiste sich aus zwei Quellen, die beide im Umfeld der 48er-Revolution entsprungen waren. Die eine ist bereits bekannt, Steins Parole vom »Königtum der sozialen Reform«.[61] Die populäre Formel war im Gedächtnis geblieben, weil sie der Tradition des deutschen Staatsgedankens genau entsprach und dem Selbstverständnis der staatlichen und staatsnahen Eliten perfekten Ausdruck verlieh. Nur lief, was Stein 1850 eher programmatisch angesprochen als inhaltlich durchgearbeitet hatte, semantisch auf das hinaus, was Fröbel und Riehl schon damals als »Sozialpolitik« bezeichnet und näher ausgeführt hatten.[62] Dieser Begriff schien 1872/73 der angemessenere. Ein Monopol, wie gleich noch zu zeigen sein wird, besaß er jedoch nicht.

Die andere Quelle geht auf Bruno Hildebrand zurück, der 1848 beklagt hatte, daß bei der Frage, »welche Sozialreformen die wachsende Kluft zwischen arm und reich auferlegt«, »die Männer, welche man sonst in der Wissenschaft der Nationalökonomie als Stimmfüh-

60 *Rüdiger vom Bruch*, Bürgerliche Sozialreform im deutschen Kaiserreich, in: *Ders.* (Hrsg.), Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985, S. 65. Von vom Bruchs Artikel abgesehen, reflektiert kein Beitrag dieses Bandes die Begrifflichkeit. Die Literatur zum Verein für Sozialpolitik ist verzeichnet bei *Irmela Gorges*, Sozialforschung in Deutschland 1872–1914, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1986. Hochinteressant ist auch die vergleichende Darstellung von *Gustavo Gozzi*, Modelli politici e questione sociale in Italia e in Germania fra Otto e Novecento, Bologna 1988, der von Lorenz von Stein bis in die Weimarer Republik reicht. Im Vordergrund steht der Sozial- als Verwaltungsstaat.

61 Zur Reaktivierung des Begriffs trug vermutlich auch das große Werk von *Fréderic Le Play*, La réforme sociale en France, 2 Bde., Paris 1864, und dessen ausführliche Besprechung durch *Albert Schäffle*, in: Deutsche Vierteljahrsschrift 28, Heft 4, 1865, S. 183–247, bei.

62 *Julius Fröbel*, System der socialen Politik, 2 Bde., Mannheim 1847 (ND Aalen 1975). Riehl nennt *vom Bruch*, S. 64, unter Verweis auf *Leopold von Wiese*, Art. »Sozialpolitik«, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, 4. Aufl., Jena 1926, S. 612, der seinerseits Bortkiewicz nennt; dort findet sich jedoch kein Hinweis auf Riehl. Gleichwohl ist es nicht unwahrscheinlich, daß Riehl diesen Begriff verwendet hat, da er ganz seinem politischen Denken entspricht.

rer zu betrachten pflegt [. . .], bei den meisten dieser Streitfragen schweigen«.[63] Von den Gründungsmitgliedern des *Vereins für Socialpolitik* machten sich Schmoller mit seinem Buch über die deutschen Kleingewerbe[64], Brentano mit seiner Untersuchung der englischen Gewerkvereine[65] diese Aufforderung zu eigen und stellten die Gesellschaftswissenschaft in den Dienst der Sozialreform. Der junge Schmoller, der zu den Wiederentdeckern der Arbeiterfrage gehörte, hatte 1864 den Begriff noch nicht wiederentdeckt. Wenn er zweieinhalb Jahrzehnte später die Anfänge des Vereins ins Gedächtnis zurückrief und ihn dabei unumwunden als »Stoßtrupp der Sozialreform« bezeichnete[66], so hatte sich in der Zwischenzeit offenkundig vieles geändert. Tatsächlich fiel in diese Spanne nicht nur der Beginn des Sozialstaats, sondern auch die Anerkennung des Begriffs. 1872 begann darum die hohe Zeit der bürgerlichen Sozialreform.

Aus manchen Gründen war die Lage dieses Mal günstiger als 25 Jahre früher, auch wenn der Fluß der Entwicklung mehrfach ins Stocken geriet. Es war dabei von besonderem Vorteil, daß nunmehr die Historische Schule der Nationalökonomie im Begriff war, die kurze Herrschaft des Freihandels im Namen der »sittlichen Weltanschauung« zu beenden. Das geschah im Hinblick auf die unübersehbar gewordenen gesellschaftlichen Spannungen. Wem die wissenschaftliche Wahrheit und das Gebot der Staatserhaltung am Herzen liegen, der »muß die soziale Reform fest ins Auge fassen, um der Gefahr der sozialen Revolution und Reaktion desto sicherer auszuweichen«, stellte Schmoller gegen einen der damaligen Wortführer des Manchestertums fest.[67] Unter »sozialen Reformmaßregeln« verstand er einen paternalistischen Staat, der, angeleitet von Sachverständigen, auf gesetzlichem Wege zugunsten der Arbeiter materiell-rechtlich und mit dem Ziel der sittlichen Hebung eingreift, ohne daß die Verfassungsfrage davon berührt werden sollte.[68] Schmoller war sich sicher, am Beginn einer neuen Ära zu stehen. Er prognostizierte darum 1877 in einer wirtschaftsgeschichtlichen Skizze, daß nunmehr nichts weniger als die »Epoche der sozialen Reform«, »der Reform im Sinne der Gerechtigkeit« angebrochen sei.[69]

---

63 *Bruno Hildebrand*, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Bd. 1, Frankfurt/Main 1848, zitiert nach *vom Bruch*, S. 64. Hildebrand gehörte zu den Mitbegründern des Vereins für Socialpolitik.

64 So *Gustav Schmollers* eigenes Bekenntnis in: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870, hier Vorrede, S. VI f. Zu Schmoller jetzt die vorzüglichen Überblicke von *Pierangelo Schiera/Friedrich Tenbruck* (Hrsg.), Gustav Schmoller e il suo tempo / Gustav Schmoller in seiner Zeit: die Entstehung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, Bologna/Berlin 1989; *Michael Bock/Harald Homan/Pierangelo Schiera* (Hrsg.), Gustav Schmoller oggi / Gustav Schmoller heute: die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland und Italien, Bologna/Berlin 1991.

65 *Lujo Brentano*, Die Arbeitergilden der Gegenwart, Bd. 1: Zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, Leipzig 1871, hier Vorrede, S. IX f. Zu Brentano vgl. *James J. Sheehan*, The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago/London 1966.

66 Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik, 26./27. 9. 1890, Leipzig 1890, S. 2 (= Schriften des VfS, Bd. 47).

67 *Gustav Schmoller*, Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Ein offenes Sendschreiben an Herrn Prof. Dr. Heinrich von Treitschke [1874/75], in: *Ders.*, Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1898, S. 117. Treitschke antwortete umgehend; vgl. *Heinrich von Treitschke*, Der Socialismus und seine Gönner. Nebst einem Sendschreiben an Gustav Schmoller, Berlin 1875.

68 *Schmoller*, Grundfragen, S. 119 ff.

69 *Gustav Schmoller*, Die Reform der Gewerbeordnung [1877], in: *Ders.*, Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze, Leipzig 1890, S. 133, 157. Bemerkenswerterweise hielt das Argument der »Gerechtigkeit« unter den Bedingungen einer Industriegesellschaft zu einem Zeitpunkt Einzug in die Sozialwissenschaft, als es sich bei der Rechtswissenschaft verflüchtigte.

Das sollte sich allerdings schon bald als Irrtum herausstellen, und zwar aus zwei Gründen. Zum ersten gab es für eine Sozialreform, d. h. für »kräftiges Eingreifen in die Gegenwart«, wie Schmoller den anvisierten »Sozialstaat« anschaulich beschrieb[70], angesichts der liberalen Übermacht im Reichstag zunächst keine Mehrheit, und als diese dann nach 1878 hergestellt war, hatten sich – das ist der zweite Grund – die Sozialreformer über das Sozialistengesetz in zwei Flügel gespalten. Wie schon im ersten Zeitabschnitt waren die bürgerlichen Sozialreformer aus dem Gleichschritt gekommen. Da der Stein des Anstoßes eine Grundsatzfrage betraf, war trotz der parallelen Marschrichtung an ein Zusammengehen nicht zu denken.

Der im *Verein für Socialpolitik* bis 1877 tonangebende Flügel zeichnete sich ungeachtet aller etwaigen Nebenabsichten seiner Anhänger durch einen Begriff von Sozialreform aus, der in erster Linie ethischen Motiven entsprungen war, diese aber als Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchung betrachtete.[71] Nur so glaubte man dem Vorwurf der Parteilichkeit entgehen zu können.[72] Zu den wichtigsten Kennzeichen bürgerlicher Sozialreform zählte daher, daß Fachleute, die dem Gemeinwohldenken anhingen, sie definierten. So wurden Politik und Ethik durch die damals entstehenden Sozialwissenschaften zusammengehalten, und so erfuhr ein im Grunde ganz altertümliches, auf Aristoteles zurückgehendes, in Deutschland seit langem besonders populäres Konzept durch die erneute Einbeziehung sittlicher Motive in die Wirtschaftswissenschaft (die dadurch den Kontakt zu den westlichen Nachbarländern weithin verlor) seit den 1860er Jahren eine unvermutete Renaissance. Sozialwissenschaftler und Sozialreformer wurden darum in hohem Maße miteinander identisch, Wissenschaft und Reform stellten die beiden Seiten ein und derselben Medaille dar.

Dies hatte bedeutsame Folgen. Zum einen legte die von der Wissenschaft bestimmte Reichweite der sozialen Frage zwangsläufig auch die Reichweite und den Maßnahmenkatalog der Sozialreform fest. Ungeachtet aller Beteuerungen, es gehe ganz allgemein um »die Wiederherstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen den sozialen Klassen unter sich«[73], interessierte sich die bürgerliche Sozialreform nahezu ausschließlich für die Arbei-

---

Vgl. *Gerhard Dilcher*, Das Gesellschaftsbild der Rechtswissenschaft und die soziale Frage, in: *Klaus Vondung* (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976, insbes. S. 60 f.

70 *Gustav Schmoller*, Die Arbeiterfrage, Teil III, in: Preußische Jahrbücher 15, 1865, S. 62.

71 Schon der Centralverein war nach 1850 in die Sozialforschung ausgewichen; vgl. *Reulecke*, S. 257 f. Zum damit verbundenen Prozeß wissenschaftlicher Ausdifferenzierung vgl. *Friedrich Lenger*, Wissenschaftsgeschichte und Geschichte der Gelehrten 1890–1933: Von der historischen Kulturwissenschaft zur Soziologie, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur 17, 1, 1992 (im Druck).

72 Schmoller 1890 auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik: »Wir sind keine Partei und keine Interessenversammlung. Wir sind Patrioten, Gelehrte, Geschäftsleute, Beamte, die sich gegenseitig und durch ihre Debatten andere belehren und aufklären wollen. Wir sind ein wissenschaftlicher Verein, der zugleich eine Wirkung auf die öffentliche Meinung [. . .] ausüben will. Wir wollen, wie der Chor der antiken Tragödie die leidenschaftlichen Handlungen der Bühne begleitet, ruhig und leidenschaftslos zur Seite stehend, für das Wahre und Gute, das Billige und Gerechte eintreten, und versuchen, diesen höchsten Mächten des Menschenlebens ein größeres Gewicht zu verschaffen.« Zitiert nach Verhandlungen (wie Anm. 66), S. 4. Vgl. zu diesem Thema mit vielen Belegen *Rüdiger vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980, insb. S. 294 ff. Den Zusammenhang von (scheinbarer) Entpolitisierung und wissenschaftlicher Leistungssteigerung in Deutschland thematisiert eindrucksvoll *Pierangelo Schiera*, Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1992.

73 *Schmoller* (wie Anm. 67), S. 117 f.

ter, denen man versicherte, »sie sollen nicht nur besser verpflegt, sondern auch edlere Menschen werden.«[74] Zum anderen verlor durch eben diese Bündelung Sozialreform jegliche Flexibilität: Von der politischen Seite gingen ohnedies keine Korrekturmöglichkeiten aus, weil, vom Zentrum abgesehen, die Parteien bestimmten sozialmoralischen Milieus fest zugeordnet waren, und in den Sozialwissenschaften sorgte der auch durch Lehrstuhlbesetzungen verstetigte Vorrang für Probleme der Industriearbeiter für dauerhafte konzeptionelle Enge. Überwölbt und dadurch zusätzlich versteift hat dieses Geflecht die protestantische Kultur, die durch ihre feste Verbindung mit den Eliten des Kaiserreichs einerseits Trägerin einer spezifischen Modernität war, andererseits aber den gesellschaftlichen und politischen Umbau doch auch deutlich bremste.[75] »Christlich-soziale Reform im evangelischen Geist« war darum Sozialreform schlechthin.[76]

Dieses Konzept erfuhr zwar Widerspruch, doch kamen die stichhaltigen Argumente von Seiten, die damals ohne Chance auf Gehör blieben: von der katholischen Soziallehre und der Sozialdemokratie. Auch der linke Flügel der Sozialreformer kritisierte nach der Jahrhundertwende, als die Selbstblockade der bürgerlichen Sozialreform vollends sichtbar geworden war, die Verbindung von Wissenschaft und Ethik. Er war aber selber so sehr Teil des national- bzw. kulturprotestantischen Establishments, daß von diesen Anstößen keine rechte Überzeugungskraft ausging. Wer die Paralyse ernst nahm und nicht an die Reformierbarkeit der Sozialreform glaubte, dem blieb nur der Übertritt zur SPD.[77]

Ethische Motive blieben daher vorherrschend, die Rezepte die alten. 1903, mitten in der zweiten Phase der industriellen Revolution und des von ihr verursachten gewaltigen sozialen Wandels, bekräftigte dies der Vorsitzende der *Gesellschaft für soziale Reform*, die 1901 gegründet worden war, weil der *Verein für Socialpolitik* den Akzent von der praktischen Sozialreform auf deren theoretische Begründung verschoben hatte. Auf die Frage, warum er die soziale Reform betreibe, gab Berlepsch als Beweggründe »das Mitleid-, das Gerechtigkeitsgefühl und die politische Einsicht« an.[78] Daher müsse »die Gesetzgebung und die Selbsthilfe« angeregt werden, damit sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit verringere. Sozialreform hatte daher das Industrieproletariat im Visier und sollte zugleich der Sozialdemokratie helfen, eine »Arbeiterpartei« zu werden, die dann ihrerseits *»im Wege der Reform* und der *Entwicklung den Arbeitern den Platz an der Sonne zu erkämpfen sucht, auf den sie Anspruch haben wie jeder andere Staatsbürger.«*[79] Wenn Berlepsch zum Schluß gar pa-

74 *H[einrich] Herkner*, Sozialreform und Politik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 51, 1895, S. 584.

75 Vgl. dazu den Literaturüberblick von *Gangolf Hübinger*, Protestantische Kultur im wilhelminischen Deutschland, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur 16, 1, 1991, S. 174–199.

76 So Adolf Stoecker am Vorabend der Gründung des Evangelisch-sozialen Kongresses. Vgl. Bericht über die Verhandlungen des ersten evangelisch-sozialen Kongresses, abgehalten zu Berlin vom 27. bis zum 29. Mai 1890, Berlin 1890, S. 6. Aus der Fülle der Literatur sei an neueren Arbeiten genannt: *E. I. Kourie*, Der deutsche Protestantismus und die soziale Frage 1870–1919. Zur Sozialpolitik im Bildungsbürgertum, Berlin 1984; *Harry Liebersohn*, Religion and Industrial Society. The Protestant Social Congress in Wilhelmine Germany, Philadelphia 1986; *Ludwig Pauly* (Hrsg.), Ludwig Weber, Pfarrer der Evangelischen Gemeinde München-Gladbach. Leben und Arbeit eines evangelischen Sozialreformers, Mönchengladbach 1986.

77 Robert Michels und Paul Göhre haben ihn damals vollzogen. Während Werner Sombart seit 1900 zu seinen salonsozialistischen Anfängen auf Distanz ging, suchten Friedrich Naumann und Max Weber immer wieder den Kontakt zu einzelnen Vertretern der SPD.

78 *[Hans-Hermann] Frh. von Berlepsch*, Warum betreiben wir die soziale Reform?, Jena 1903, S. 19. Dort auch das folgende Zitat. Ebd., S. 3, die ausdrückliche Begründung, warum man sich nicht mit selbständigen Handwerkern, Bauern und kleinen Unternehmern befasse.

79 Ebd., S. 27 [Hervorhebung im Original].

thetisch versicherte, »die Sozialreform ist unsere Waffe und unsere Hoffnung«[80], so erhob er damit das Schlagwort zum geschichtsphilosophischen Perspektivbegriff, in dem Mittel und Ziel zusammenfielen. Insofern war das, was diese sozialpolitische Richtung anstrebte, viel und wenig zugleich: Viel, weil sie die »Gleichberechtigung«[81] durchsetzen wollte, wenig, weil sie dabei auf die Einsicht der Konfliktparteien hoffte, obwohl sie in starkem Maße der staatlichen Intervention vertraute. Ernst Francke sprach daher von der »gemäßigten Sozialreform«, der sich seine Gesellschaft verschrieben habe.[82]

Das war vor allem im Hinblick auf den anderen Flügel formuliert, der die Sozialreform als Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegung verstand und darum vor massiver Staatsintervention nicht zurückschreckte. Typisch war der Vorschlag von Rudolf Todt, einem brandenburgischen Pfarrer, der beim Kronprinzen eine »Immediatbehörde für soziale Reformen« anregte und der, als er damit abgewiesen wurde, Ende 1877 zusammen mit Adolph Wagner und Adolf Stoecker den *Zentralverein für soziale Reform* gründete. Sein Organ war der »Staats-Socialist«, der 1882 in der »Konservativen Monatsschrift« aufging.[83] Schon drei Jahre vorher hatte sich der Zentralverein mit Stoeckers Christlich-Sozialer Arbeiterpartei zusammengeschlossen.[84] Weder sach- noch begriffsgeschichtlich handelte es sich hier um eine zufällige Entwicklung. Der Kampf um die Arbeiter war ein Kampf gegen die Arbeiterbewegung.

Staatssozialismus und der wiederbelebte Gedanke vom sozialen Königtum[85] verbanden sich hier und prägten einen Begriff von Sozialreform, dem jeglicher visionäre Gehalt fehlte.

---

80 Ebd., S. 30.

81 »Gleichberechtigung« war einer der Zentralbegriffe bürgerlicher und staatssozialistischer Sozialreform und spiegelt wie wenige andere die paternalistische Grundeinstellung ihrer Befürworter. Das uneingeschränkte Selbstvertretungsrecht der Arbeiterschaft und die Waffengleichheit der Arbeiterbewegung mit ihren Kontrahenten waren damit gerade nicht gemeint, sondern nur teilweise Zugeständnisse, so daß Begriff und Sache entsprechend umstritten blieben. Am weitesten ging Brentanos Forderung nach vollem Koalitionsrecht.

82 Soziale Praxis, Jg. 7, Nr. 2 (14. 10. 1897), Sp. 29; zitiert bei *Gerhard Müller*, Gesellschaft für soziale Reform 1901–1936, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Köln 1985, S. 43. Zur Gesellschaft für Soziale Reform existieren neuere Arbeiten aus unterschiedlichen Perspektiven. Den Beitrag des Bildungsbürgertums betont *Rüdiger vom Bruch*, Bürgerliche Sozialreform und Gewerkschaften im späten Deutschen Kaiserreich. Die Gesellschaft für soziale Reform (GSR) 1901–1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz 15, 1979, S. 581–610. Aufgrund ihrer Untersuchung der Tätigkeit einzelner Ortsgruppen akzentuiert *Ursula Ratz*, Sozialreform und Arbeiterschaft. Die »Gesellschaft für soziale Reform« und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Berlin 1980, stärker die Beteiligung der Arbeiterbewegung. Selbstgerechte Zensuren verteilt wie sein Lehrer Dietrich Fricke auch *Gerhard Müller*, Die Gesellschaft für soziale Reform. Konzeptionen, Methoden und Wirksamkeit bürgerlicher Sozialreform im junkerlich bourgeoisen deutschen Imperialismus (1897/98 bis 1914), Diss. Jena 1982. Den spannungsgeladenen Alltag der Sozialreformer schildert neuerdings *Rolf Neuhaus*, Arbeitskämpfe, Ärztestreiks, Sozialreformer. Sozialpolitische Konfliktregelung 1900 bis 1914, Berlin 1986.

83 Dazu *Walter Vogel*, Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit, Braunschweig 1951, S. 64 f.

84 Erstmals taucht »Sozialreform« in einem Parteiprogramm im Jahr 1887 auf. Es war die antisemitische Deutschsoziale Partei, die innerhalb eines reichgegliederten Katalogs von Reformforderungen auch »Sozialreform: Soziale Neuordnung auf dem Boden der Berufskreise und Erwerbsstände« (Art. 12) verlangte. In diesem Umkreis erschien auch von 1904 bis 1910 die Zeitung *Das Reich. Nationale Tageszeitung für soziale Reform.*

85 »Nur in der sozialen Monarchie anerkennen wir die Staatsgewalt, deren Wohl und Interesse am meisten mit dem der Gesamtheit identisch« ist; Der Staats-Socialist. Wochenschrift für Socialreform, Jg. 1, Nr. 23 (1. 6. 1878); zitiert bei *Paul Göhre*, Die evangelisch-soziale Bewegung. Ihre Geschichte und ihre Ziele, Leipzig 1896, S. 36.

Genau besehen war er noch nicht einmal der Alternativ-, sondern lediglich der Komplementärbegriff zur sozialen Revolution. Nur weil und solange diese drohte, bedurfte man der Sozialpolitik, und Bismarck konnte daher mit vollem Recht im Reichstag behaupten: »Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht die Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher haben, auch noch nicht existieren.«[86]

Bismarcks Aussage zeigt nicht nur, daß Sozialreform mittlerweile etabliert war, sondern auch, welcher Preis dafür entrichtet werden mußte. Dabei war Bismarcks Auffassung von der Funktionalität sozialreformerischer Politik noch nicht einmal die weitestgehende. In ihrem ganzen Umfang zeigte sich die Instrumentalisier-, ja Manipulierbarkeit bei Stoekkers Versuchen, Sozialreform und Antisemitismus zusammenzuspannen. Sein Wahlslogan im Kampf um ein Reichstagsmandat gipfelte 1881 in der Trias »Sozialreform, sittlich-religiöse Erneuerung und Kampf gegen das übermächtige Judentum«[87], weil er nur so glaubte, seinen fortschrittlichen Mitbewerber Rudolf Virchow schlagen zu können. Die scheinbar widersinnige Kombination der drei Schlagworte hatte durchaus ihren Sinn. Stoeckers scharfem Blick für die gesellschaftlichen Probleme war nämlich nicht entgangen, daß mit Arbeiterschutz und Sozialversicherung keineswegs schon die soziale Frage in ihrer ganzen Breite gelöst war.[88] Aber die Gruppen, denen er Unterstützung versprach, waren zu inhomogen, um schon im Zeichen von Sozialreform zusammenzufinden, denn diese war semantisch auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit begrenzt. Die soziale Frage des Mittelstandes gab Stoecker daher als den Konflikt zwischen »Deutschtum« und »Judentum« aus, eine Formel, die von den anderen Antisemitenparteien sogleich aufgegriffen wurde. Daher blieb die gesellschaftliche Erweiterung von Sozialreform, sosehr sie von der Sache her gerechtfertigt war, wegen der damit verbundenen Judenfeindschaft von den bürgerlichen Sozialreformern unbeachtet.

Sozialreform hatte für den konservativen Flügel aber noch zwei weitere Nebenbedeutungen, die in engem Zusammenhang mit dem politischen System des Kaiserreichs standen und zugleich das Defizit liberaler Integrationsangebote enthüllten. Sozialreform fungierte nämlich auch als Kampfbegriff gegen Bürgertum und Parlamentarismus. So beispielsweise bei dem bekannten Staatsrechtler Conrad Bornhak, der 1892 die politischen Systeme Europas im Hinblick auf das »Arbeiterrecht« verglich und dabei zu dem Schluß kam, daß Volksvertretungen den Klassenkampf nur verschärften. In seiner Klage über das allgemeine Wahlrecht tröstete er sich jedoch mit der Einsicht: »Nicht jeder Staat erscheint in gleicher Weise unfähig zur sozialen Reform.« Vielmehr sei »vermöge ihrer historischen Bedeutung und ihrer staatsrechtlichen Stellung [. . .] gerade die deutsche Monarchie berufen, die Ära der sozialen Reform in Europa zu eröffnen.«[89]

Bornhaks Feststellung läßt die Aporien dieser Richtung von Sozialreform erkennen, wenn man die politische Wirklichkeit ins Auge faßt, die damals eher von Staatsstreichdro-

---

86 Reichstagsrede vom 26. 11. 1884. *Bismarck*, GW, Bd. 12, Berlin 1929, S. 498. Zur Einordnung dieser Passage in Bismarcks politisches Denken jetzt *Wolfgang Schieder*, Bismarck und der Sozialismus, in: *Johannes Kunisch* (Hrsg.), Bismarck und seine Zeit, Berlin 1991, S. 173–189.

87 Rede vom 28. 10. 1881, in: *Adolf Stoecker*, Christlich-sozial. Reden und Aufsätze, Bielefeld/Leipzig 1885, S. 409.

88 »Die soziale Frage heißt das große Rätsel der Gegenwart, die soziale Reform heißt seine Lösung«. Leider sei der Begriff ein Fremdwort. »Es heißt eigentlich eine Erneuerung unseres gesamten gesellschaftlichen Gemeinschaftslebens [!] und bezieht sich nicht auf die Frage des Handwerks und der Arbeit allein«. Rede vom 9. 6. 1882, in: Ebd., S. 384.

89 *Conrad Bornhak*, Das deutsche Arbeiterrecht, in: Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik 1892, S. 538, S. 542. Ähnlich schon *ders.*, Verfassung, Selbstverwaltung und Socialreform, in: Preußische Jahrbücher 65, 1890, insb. S. 430 f.

hungen und Umsturz- bzw. Zuchthausvorlage als von sozialen Zugeständnissen gekennzeichnet war. Die Anhänger der anderen, der arbeiterfreundlichen Richtung überraschte das nicht. 1895 schloß Heinrich Herkner, der damals am Beginn seiner Karriere als Nationalökonom und Fachmann für Sozialpolitik stand, an prominenter Stelle jeglichen »sozialreformatorischen Absolutismus« aus.[90] Der sich abzeichnende Stillstand der Sozialpolitik, gegen den der preußische Handelsminister von Berlepsch in einer Eingabe an den König im Namen der Sozialreform vergebens protestierte[91], zeigte aber auch den bürgerlichen Sozialreformern die Grenzen ihres Einflusses. Sie stießen jedoch nicht nur bei der Regierung auf taube Ohren, sondern auch bei der Masse der Arbeiter, die nicht für ein Konzept zu gewinnen waren, das ihnen versicherte: »Nur die soziale Reform kann den preußischen Staat in den Traditionen erhalten, die ihn groß gemacht haben.«[92]

In dieser Lage versuchte die jüngere Generation bürgerlicher Sozialreformer den Begriff in emanzipatorischer Richtung zu erweitern. Die Integration der Arbeiter in den Staat sollte sich nicht auf das allgemeine Wahlrecht beschränken, sondern sie zu wirklichen Teilnehmern am politischen Leben machen. »So hat also, wie ich meine, die soziale Reform nicht weniger im Dienste der Politik als die Politik im Dienste der sozialen Reform zu wirken.«[93]

Über die konkrete Ausgestaltung dieser Maxime war man sich nicht einig. Ein erster Schritt war es, wenn Göhre zusammen mit Naumann die Gründung einer »sozialen Reformpartei aller kleinen Leute« vorschlug[94], die in Gestalt des *Nationalsozialen Vereins* über eine Kümmerexistenz nicht hinauskam. Deshalb verfielen die »Jungen«, wie sie genannt wurden, dann um die Jahrhundertwende im Zeichen des Sozialimperialismus auf die Idee, das »soziale Kaisertum« auch für die Weltpolitik nutzbar zu machen. Friedrich Naumann, der glücklose Inspirator des Linksliberalismus, versuchte den Industriellen klarzumachen, daß ihre Interessen ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft unerfüllt bleiben mußten; »Handelsverträge, Sozialreform, Flotte« standen für ihn darum gleichberechtigt nebeneinander.[95] Otto Hintze ging sogar noch einen Schritt weiter und wertete es als ein »Zeichen politischen Fortschritts [. . .], daß neuerdings auch in weiteren Kreisen sozialpolitische Fragen vom Standpunkt der Staatsräson behandelt werden. Die soziale Reform ist nicht bloß ein Gebot wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit, sondern vor allem auch der nationalen Machtentwicklung.«[96]

Am deutlichsten brachte Ernst von Halle den angestrebten Zusammenhang von Imperialismus und Fortschritt auf den Begriff. Für ihn waren »die Fortführung der Sozialreform

90 *Herkner* (wie Anm. 74), S. 585.

91 Im Juni 1895 forderte von Berlepsch seine Entlassung mit der Begründung, »daß die Fortführung der sozialen Reform, wie ich sie für notwendig erachte, für absehbare Zeit unmöglich geworden ist.« Zitiert bei *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4, Stuttgart 1969, S. 1223. Zu Berlepsch als Minister jetzt *Hans-Jörg von Berlepsch*, »Neuer Kurs« im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890–1896, Bonn 1987. Berlepsch wurde 1901 Vorsitzender der damals gegründeten Gesellschaft für soziale Reform (bis 1920).

92 *Schmoller* (wie Anm. 67), S. 5 f. (Vorrede). Der Aufsatz von 1874/75 war so populär, daß ihn der Verleger immer wieder nachdruckte, zuletzt 1898.

93 *Herkner* (wie Anm. 74), S. 596.

94 *Göhre* (wie Anm. 85), S. 177.

95 *Friedrich Naumann*, Weltpolitik und Sozialreform, Schöneberg-Berlin 1899, S. 16. Das Stichwort des »sozialen Kaisertums« ließ Naumann in der Hilfe, dem Sprachrohr der Agitation für diesen Gedanken, fallen. Die Hilfe Jg. 3, Nr. 4 (24. 1. 1897), S. 3; zitiert bei *Peter Theiner*, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860–1919), Baden-Baden 1983, S. 62.

96 *Otto Hintze*, Roschers politische Entwicklungstheorie [1897], in: *Ders.*, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, 2. Aufl., Göttingen 1964, S. 4.

und das energische Betreten der Bahn der Weltmachtpolitik unzertrennliche Funktionen ein und desselben Faktors der Entwicklung.« Mit der auffallend häufig gebrauchten Parole von der »fortschreitenden Sozialreform« suchte er geradezu beschwörend das offene Ende des Prozesses bewußt zu machen.[97]

Am Grundproblem bürgerlicher Sozialreform konnten jedoch die modernistischen Entwürfe ebensowenig ändern wie die traditionalistischen. Auch hier stand nicht die wirkliche Gleichberechtigung der Arbeiterbewegung, nicht deren selbständige Durchsetzung sozialer Errungenschaften auf dem Programm, sondern SPD und Gewerkschaften sollten sich dem Rat der Fachleute unterwerfen, die ihrerseits am Erbe bürgerlicher Vereinskultur, d. h. am ethischen Fundament ihres Kampfes um Besserstellung der Arbeiter festhielten.[98] Was Max Weber 1912 »unter der Firma ›Fortschritte in der Sozialpolitik‹«[99] auf dem linken Flügel des *Vereins für Socialpolitik* um sich sammeln wollte, war das Äußerste an Zugeständnis, ja ging, wie der Fehlschlag belegt, schon darüber hinaus. Denn hier war mit der für Weber typischen Zuspitzung die Seinsfrage bürgerlicher Sozialreform gestellt, die schon 1848 ein hellsichtiges Gründungsmitglied des *Centralvereins* aufgeworfen hatte:[100] Reform von oben oder Auto-Emanzipation. Die bürgerlichen Sozialreformer entschieden sich letzten Endes regelmäßig für die vormundschaftliche Rolle, weil die Arbeiterbewegung zu einer realistischen Einschätzung der Lage, d. h. zum Verzicht auf das »Gerede von ›Revolution‹« (noch) nicht fähig sei.[101]

Genau dies war der Punkt, an dem die Kritik der Sozialdemokratie einsetzte. Die SPD stand trotz ihres Bekenntnisses zur Revolution viel zu sehr im Banne einer doppelten Tradition, nämlich Stephan Borns *Arbeiterverbrüderung* und Lassalles selbstbewußtem Paktangebot an Bismarck, als daß sie nicht vom Konzept der Sozialreform angezogen worden wäre. Auch waren die Auseinandersetzungen der verschiedenen sozialistischen bzw. kommunistischen Gruppen der 1840er Jahre um die Zulässigkeit des Begriffs in Vergessenheit geraten. Sozialreform wurde darum in der Arbeiterbewegung erneut zum Schlagwort, das in dem Augenblick umstritten wurde, als sich die Partei vor die Frage nach dem Realitätsbezug ihres Programms gestellt sah. Daher blieb die Diskussion vorwiegend eine innerparteiliche und erweiterte sich nicht zum Dialog mit den bürgerlichen Sozialreformern, obwohl man natürlich deren Wirken schon frühzeitig mit Aufmerksamkeit verfolgte[102] und sich den Leistungsangeboten des Wohlfahrtsstaates nicht verschließen konnte.

Anders als in der Frühzeit der Arbeiterbewegung gab es jetzt allerdings ein verbindliches Programm, eine wachsende Zahl von Anhängern und die Teilnahme am politischen Leben.

---

97 *Ernst von Halle*, Weltmachtpolitik und Sozialreform [1899], in: *Ders.*, Volks- und Seewirtschaft, Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1902, S. 224, S. 228, S. 230, S. 240.

98 Der Werturteilstreit veranlaßte nur sehr wenige Sozialreformer zur Revision ihrer Grundeinstellung.

99 Brief an Brentano, 3. 7. 1912; zitiert bei *Wolfgang J. Mommsen*, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, 2. Aufl., Tübingen 1974, S. 127. Die Denkschrift Webers vom 15. 11. 1912 ist abgedruckt bei: *Bernhard Schäfers*, Ein Rundschreiben Max Webers zur Sozialpolitik, in: Soziale Welt 16, 1967, S. 265–271.

100 Am 2. 6. 1848 wurde die Fortexistenz des Centralvereins zur Diskussion gestellt. Ein Mitglied begründete sein Votum für die Auflösung mit dem Argument: »Die Aufgabe, die der Verein sich bei seinem Entstehen gestellt, hätten die arbeitenden Klassen jetzt selbst übernommen, indem sie sich untereinander zentralisierten«. Protokoll der Generalversammlung des Centralvereins vom 2. 6. 1848, in: Mittheilungen (wie Anm. 23), S. 30.

101 *Max Weber*, Brief vom 4. 8. 1908; zitiert bei *Mommsen* (wie Anm. 99), S. 112.

102 Auf die Attraktivität katheder- und sogar staatssozialistischer Literatur in der eben erst gegründeten SPD macht *Cora Stephan* aufmerksam: »Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie 1862–1878, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1981, insb. S. 234 ff.

Die klare Alternative zwischen Reform und Revolution war damit unmöglich geworden, die beiden Begriffe mußten vielmehr miteinander verbunden werden.[103] Damit wurde nicht nur die formale Logik herausgefordert, sondern auch die Anhängerschaft der bürgerlichen Sozialreform.

Die semantische Zwickmühle öffnete sich erst in den 1890er Jahren, als Erfurter Programm, »kaiserliche Sozialreform«[104] und bürgerliche Kooperationsangebote eine Klärung verlangten. Die Reformisten, denen es um Tagespolitik ging, konnten das Problem noch umgehen. Vollmar meinte, man könne der Herausforderung von »Staatssozialismus und Sozialreform« gelassen begegnen, denn es könne »keine wirkliche Sozialreform geben ohne und gegen die sozialistische Bewegung«.[105]

Bernstein jedoch, der die revolutionäre Theorie im Namen der reformistischen Praxis attackierte, konnte einer begrifflichen Klärung nicht ausweichen. Zwar kritisierte auch er die »bürgerlichen Philanthropen und Sozialreformer«, aber nur, weil sie nicht »das ganze Gebiet der Reformen« anpackten.[106] Gegen den Begriff als solchen hatte er aber nichts einzuwenden: »Sozialistische Reformarbeit«[107] sollte die Partei betreiben, »mit positiven Reformvorschlägen«[108] an die Öffentlichkeit treten und »für alle Reformen im Staate [. . .] kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten.«[109]

Ob Bernstein damit wirklich beabsichtigte, »den revolutionären Sozialismus mit sozialreformerischen Bestrebungen zu vertauschen«[110], kann hier unerörtert bleiben. Rosa Luxemburg jedenfalls war dieser Meinung, und sie sah darin angesichts der beiden Vorstöße bürgerlicher Sozialreformer im Frühjahr 1899, mit der SPD eine sozialpolitische Sammlungsbewegung »von Berlepsch bis Bebel«[111] zu gründen, eine große Gefahr. So machte sich die dogmatisch geschulte Vertreterin des linken Parteiflügels die Bekehrung Bernsteins zur Aufgabe und suchte ihm auseinanderzusetzen, daß »zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang« bestehe, in dem »der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist«.[112] Als Bernstein sich uneinsichtig zeigte, ordnete sie ihn kurzerhand dem utopischen Sozialismus zu, der schon von Marx aus wissenschaftlicher Sicht kritisiert worden war. Luxemburg

---

103 »Wenn man unter Revolution bloß den gewaltsamen Umsturz versteht, so ist sie kein Zweck, sondern nichts als ein Mittel, das an sich weder gut noch schlecht ist, sondern beides erst durch den damit erzielten Erfolg wird. Die Reform ist aber auch ein Mittel, und zwar in bezug auf die Zweckmäßigkeit ein ebenso gutes und ebenso schlechtes als die Revolution. Uns aber müssen alle Mittel, wenn sie uns unserem Ziele entgegenfördern, willkommen sein. In diesem Sinne gibt es auf die Frage: Revolution oder Reform? nur eine Antwort: Revolution und Reform.« [*Georg von Vollmar*], Revolution oder Reform?, in: Der Sozialdemokrat, Nr. 52 (26. 12. 1880); jetzt in: *Ders.*, Reden und Schriften zur Reformpolitik, Berlin/Bonn 1977, S. 86.

104 *Ders.*, Der Staatssozialismus unter Bismarck und Wilhelm II., in: Die Gesellschaft Jg. 8, Juni 1892; ebd., S. 168.

105 Ebd., S. 164, S. 169.

106 *Eduard Bernstein*, Die Stellung der Socialdemokratie in den Parlamenten [1890]; auch in: *Ders.*, Zur Geschichte und Theorie des Socialismus. Gesammelte Abhandlungen, Berlin/Bern 1901, S. 21, S. 23.

107 *Ders.*, Die socialpolitische Bedeutung von Raum und Zahl [1897]; ebd., S. 217.

108 *Ders.*., Utopismus und Eklekticismus [1896]; ebd., S. 172.

109 *Ders.*, Zusammenbruchstheorie und Colonialpolitik [1898]; ebd., S. 234.

110 *Rosa Luxemburg*, Rezension zu J. Rambaud, Geschichte der ökonomischen Lehren, in: Sächsische Arbeiterzeitung, Nr. 54 (7. 3. 1899); jetzt in: *Dies.*, Gesammelte Werke, Bd. 1/1, 3. Aufl., Berlin 1974, S. 359.

111 So *Friedrich Naumann*, in: Die Hilfe Jg. 5, Nr. 20, 1899, S. 3; zitiert bei *Ratz* (wie Anm. 82), S. 38.

112 *R. Luxemburg*, Sozialreform oder Revolution? [1899], Vorwort, in: Werke (wie Anm. 110), S. 369.

konnte sich daher begnügen, ihn der Lächerlichkeit preiszugeben: »Die Idee Fouriers«, schrieb sie, »durch das Phanlanstère-System das sämtliche Meerwasser der Erde plötzlich in Limonade zu verwandeln, war sehr phantastisch. Allein die Idee Bernsteins, das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber nicht um ein Haar weniger phantastisch.«[113]

Wenn der weitere Gang der Geschichte die Arbeiter vor der Versuchung in Gestalt sozialreformerischer Limonade bewahrt hatte, so lag das eher am Stillstand der Sozialpolitik und an den Eigentümlichkeiten bürgerlicher Sozialreform als an der befriedigenden Klärung dieses Schlüsselbegriffs. In der SPD, so Kautskys abschließender Definitionsversuch von 1902, war man zwar für »soziale Reformen«, aber nicht »Sozialreformer«.[114] Hatte er damit wirklich das Problem gelöst? In Wahrheit war nur eine »Sprachregelung«[115] gefunden, die die Einheit der Partei sicherte und das Parteivolk in seinem Glauben an die Utopie des Zukunftsstaates nicht irre werden ließ[116], aber die Dogmatiker auf Dauer nicht befriedigte.

Die solcherart diskriminierten Sozialreformer aber waren nun endgültig davon überzeugt, daß die SPD die »Feindin der Sozialreform«[117] sei. Der von ihnen daraufhin unternommene Versuch, über den Umweg der Weltmachtpolitik doch noch die Arbeiter für Sozialreform zu interessieren, schlug nicht nur fehl, sondern bestärkte ihrerseits die SPD erst recht in ihrer Abneigung gegen »die Apostel des ›sozialen Gottesfriedens‹«, die »den sanften Palmwedel der Sozialreform mit dem blanken Schwert des Militarismus« vertauschten.[118]

Die Blockade bürgerlicher Sozialreform war damit vollkommen. Aus der Rückschau kann das nicht sonderlich überraschen, den meisten Zeitgenossen blieb sie jedoch verborgen. Der Begriff war schon seit seinen Anfängen damit belastet, daß er gerade die Frage politischer Reformen sorgsam ausklammerte. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Jahren 1866/71 und die verführerische Formel vom »sozialen Königtum« erleichterten den Verzicht auf verfassungspolitische Überlegungen als Reflex des sozialen Wandels und der Anfänge des Wohlfahrtsstaates auch in der Folge, so daß sich das semantische Mo-

---

113 Ebd., Zusatz zur 2. Aufl. [1908]; ebd., S. 400.

114 »Die Eroberung der Staatsgewalt durch eine bis dahin unterdrückte Klasse, also die *politische Revolution*, ist demnach ein wesentliches Merkmal der *sozialen Revolution* im engeren Sinne, im Gegensatz zur sozialen *Reform*. Wer die politische Revolution als Mittel der sozialen Umwälzung prinzipiell abweist und diese Umwälzung auf solche Maßregeln beschränken will, die von den herrschenden Klassen zu erlangen sind, der ist ein *Sozialreformer*, wie sehr auch sein gesellschaftliches Ideal der bestehenden Gesellschaftsform entgegengesetzt sein mag. Dagegen ist jeder ein Revolutionär, der dahin strebt, daß eine bisher unterdrückte Klasse die Staatsgewalt erobert. Er verliert diesen Charakter nicht, wenn er diese Eroberung durch soziale Reformen, die er den herrschenden Klassen abzuzwingen sucht, vorbereiten und beschleunigen will. Nicht das *Streben* nach sozialen Reformen, sondern die ausgesprochene *Beschränkung* auf sie unterscheidet den Sozialreformer vom Sozialrevolutionär.« *Karl Kautsky*, Die soziale Revolution, Teil 1: Sozialreform und soziale Revolution, Berlin 1902, hier zitiert nach der 3. Aufl. 1918, S. 9.

115 *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2. Aufl., München 1966, S. 114.

116 Zu diesem Sachverhalt und der Tatsache seiner erstaunlichen Parallelität zu protestantischen Zukunftsvorstellungen jener Zeit jetzt *Lucian Hölscher*, Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 1989.

117 *Friedrich Kleeis*, Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie, Halle 1911; zitiert bei *Ratz* (wie Anm. 82), S. 191.

118 So in der Rückschau *R. Luxemburg*, die hinzufügte, »damals, vor 15 Jahren, hatte die bürgerliche Sozialreform ihre Schicksalstunde erlebt.« Zwischen Hammer und Amboß, in: Sozialdemokratische Korrespondenz, Nr. 54 (14. 5. 1914); Werke (wie Anm. 110), Bd. 3, 1973, S. 448 f.

dernisierungspotential ausschließlich auf die industriewirtschaftliche Sphäre beschränkte. Wenigstens hier war eine Entwicklung zu verzeichnen, denn der um 1870 wiederentdeckte Begriff hatte die vormoderne Kapitalismuskritik seines Vorgängers abgestreift, den dieser mit der Pauperismusliteratur gemein hatte. Er verlor jedoch nicht seine Konzentration auf die Abwehr von Übergriffen der Unternehmer, weil seine kathedersozialistischen Sprecher sich in erster Linie als Anwälte der wehrlosen Arbeiter verstanden.

An diesem Punkt ist die Entwicklungsgeschichte der bürgerlichen Sozialreform eigentlich zu Ende. Als in den 1890er Jahren der Aufschwung der Arbeiterbewegung unübersehbar wurde, vertauschten die sozialpolitischen Experten zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit diese Rolle mit derjenigen von Schiedsrichtern zwischen Kapital und Arbeit. Sozialreform geriet dadurch zwangsläufig, wie Rosa Luxemburg anschaulich formulierte, »zwischen Hammer und Amboß«.[119] Unter den Schlägen sozialpolitischer Konflikte begann damals der Zersetzungsprozeß der protestantischen Sozialethik, der ihren Schlüsselbegriff zum ideologiebefrachteten Schlagwort werden ließ. In der nun immer öfter rituell beschworenen Formel von »Arbeiterschutz und Gleichberechtigung« enthüllt sich das ganze Ausmaß gedanklicher Erstarrung. Die Parole traf zwar bei den in Stoeckers Fahrwasser eingeschwenkten Evangelischen Arbeitervereinen auf Zustimmung, erfuhr jedoch bei SPD und Gewerkschaften entschiedenen Widerspruch. Für die in ihren hergebrachten Denkmustern befangenen Sozialreformer lag es daher nahe, die Arbeiterbewegung als »Bleigewicht an der Sozialreform«[120] zu bezeichnen, ja als »Bundesgenossin des reaktionären Prinzips«.[121]

Gegen diese Einseitigkeit wurden vereinzelt Stimmen laut. Schon 1899 registrierte Max Weber mit Besorgnis, wie maßgebliche Kreise dafür warben, daß »es auch in der Sozialpolitik nur eine ultima ratio gebe: Pulver und Blei.«[122] Zwölf Jahre später sprach er vom »Schwindel des sogenannten sozialen Königtums«[123] und unterzog deshalb das Konzept der gemäßigten Sozialreform erbarmungsloser Kritik. Aber auch ihm mißlang bekanntlich die Überwindung der Blockade; er scheiterte nicht nur am »bürgerlichen Angstkomplex«[124], sondern ebensosehr an der aus Furcht vor Spaltung unbeweglich gewordenen SPD. Sozialreform wurde so zum Gradmesser der gesellschafts- wie der allgemeinpolitischen Paralyse im Wilhelminischen Reich, ja der Begriff war in seiner semantischen Unbeweglichkeit selber Ausdruck dieser Paralyse.

IV

Webers 1899 geäußerte Sorge war alles andere als unbegründet. Denn wenn auch die dritte Phase unserer Begriffsgeschichte nicht damit begann, daß die Sozialdemokratie als Ganzes »Pulver und Blei« erhielt, so doch immerhin Rosa Luxemburg und manche andere Anhänger der Revolution.

Das sozialpolitische Hauptereignis von 1918/19 bestand darin, daß die Arbeiterbewegung nunmehr in den für Verteilungsfragen zuständigen Schaltstellen saß, das heißt vor allem in der Regierung und in der Zentralarbeitsgemeinschaft. Damit hatte sich das Thema

119 Vgl. vorige Anmerkung.
120 *Ernst Francke*, Epilog, in: Soziale Praxis Jg. 14, 1904/05, Sp. 1046; zitiert bei *Ratz* (wie Anm. 82), S. 192.
121 *Ders.*, Reichstagswahl und Sozialpolitik, in: Soziale Praxis Jg. 16, 1906/07, Sp. 458; zitiert ebd.
122 *Max Weber*, Die Landarbeiter in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands, Tübingen 1899; zitiert bei *Mommsen* (wie Anm. 99), S. 109.
123 Brief an Freiburger Kollegen (15. 11. 1911); zitiert ebd.
124 Ebd., S. 131.

der Eingliederung der Arbeiter in den Staat erledigt, jedenfalls in institutioneller Hinsicht. Sozialpolitische Errungenschaften wurden von jetzt an nicht mehr durch obrigkeitliche Zugeständnisse gewährt, die von wissenschaftlichen Experten, den bürgerlichen Sozialreformern, erkämpft worden waren, sondern sie waren Ergebnis von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der sozialpolitische Zentralbegriff Sozialreform konnte von diesem Umbruch natürlich nicht unberührt bleiben.

Die im Ersten Weltkrieg vollzogene Annäherung von Bürgerlichen und Sozialdemokraten hatte sich semantisch nur sehr oberflächlich ausgewirkt. Während erstere sich bemühten, Reizvokabeln wie »soziales Kaisertum« und »Sozialreform« nunmehr nach Möglichkeit zu umgehen[125], ließen namentlich die auf Konfrontationskurs gegen den linken Flügel der Arbeiterbewegung gehenden Spitzen der Freien Gewerkschaften ihre Vorbehalte fallen und scheuten sich nicht länger, ihre Forderungen als Bestandteil der Sozialreform zu deklarieren.[126] 1916 traten sie der *Gesellschaft für soziale Reform* bei. Insgesamt vollzog sich dann nach dem Umsturz reibungslos der »Übergang der Sozialdemokratie zu den Wegen und Zielen der Sozialreform«.[127]

Für den seit Jahrzehnten blockierten Begriff brachte dieser Vorgang jedoch nicht die zu erwartende Wiedergewinnung seiner Beweglichkeit. Die Dynamik der Tatsachen eilte dem Tempo der Worte voraus. Die Geleise sozialreformerischen Selbstverständnisses waren ja nicht nur überhaupt tief eingefahren, sie zu verlassen hätte außerdem bedeutet, die prestigeträchtige Position des unabhängigen Experten aufzugeben und sich als Vertreter nicht einer Sache, sondern einer Partei zu verstehen.

Die Debatte um die »Zukunft der Sozialreform«, die die *Gesellschaft für soziale Reform* im Januar 1919 veranstaltete, schuf darum keine neuen semantischen Tatbestände. Sombart war einer der ganz wenigen Teilnehmer, der seinen Kollegen klarzumachen versuchte, daß »die Sozialreform in diesem Sinne, nämlich Stärkung der Stellung der Arbeiter im Kampf mit dem Unternehmertum [. . .] ein legitimes Kind des Manchestertums« sei. Jetzt breche aber die Zeit des Sozialismus an. »Wo die Arbeiter aufhören, eine gegen eine andere Klasse kämpfende Klasse zu sein und wo *sie selber die Gesellschaft sind*, da entsteht eine neue Welt von Problemen.«[128] Begrifflich hatte er aber keine Alternative zu bieten, sachlich erhielt er nicht zufällig nur Zustimmung von katholischer Seite, während die Vertreter der tonangebenden protestantischen Sozialreform gegenteiliger Ansicht blieben. Es könne sein, prophezeite Tönnies, daß eine »wirkliche, gelungene Sozialreform [. . .] nötigenfalls

125 Beispiele dafür bei *Ursula Ratz*, »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland«. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz 7, H. 13, 1971, S. 9. Die beiden Bände von *Friedrich Thimme/Carl Legien* (Hrsg.), Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915, und *Friedrich Thimme* (Hrsg.), Vom Inneren Frieden. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916, markieren nicht nur begrifflich den Höhepunkt der Annäherung, die schon Ende 1916 aus mancherlei Gründen wieder größerer Distanz Platz machte

126 Es sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die Sozialreform unter den herrschenden Bedingungen nur die Rolle eines Nebenkriegsschauplatzes spielte. Ein scharfer Kritiker des von Thimme und Legien herausgegebenen Buches schrieb dazu: Das wirklich die Klassen Trennende »ist heute nicht Sozialreform und nicht die Bestätigung von Schöffen und Stadtverordneten, ja nicht einmal die preußische Wahlreform, sondern die Stellung zur Staatsmacht, die Frage: Machtpolitik und Imperialismus oder Demokratie und Sozialismus.« *Rudolf Hilferding*, Arbeitsgemeinschaft der Klassen?, in: Der Kampf, Jg. 8, 1915, S. 329; zitiert bei *Ratz*, S. 16 f.

127 Ein Urteil *Ludwig Prellers*, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949 (ND Kronberg/Ts. etc. 1978), S. 179.

128 Die Zukunft der Sozialreform. Koalitionsrecht – Tarifrecht. Bericht über die Verhandlungen der außerordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform in Berlin am 29. und 30. Januar 1919, Jena 1919, S. 24 f.

künftig in mancher Beziehung dämpfend und mildernd einzuwirken Veranlassung haben wird, während sie bisher vorzugsweise treibend, fördernd, anfeuernd, ermutigend tätig sein konnte.«[129]

Damit war nichts weniger ausgedrückt, als daß der Kathedersozialismus in Zukunft gegebenenfalls den Kapitalismus vor den Arbeitern schützen müsse – und das im Namen der Sozialreform. Die Sozialpolitiker glaubten dabei, formal sei alles beim alten geblieben. 1920 verkündete nämlich die Soziale Praxis, das Organ der *Gesellschaft für soziale Reform*, selbstgewiß: »Revolutionen kommen und gehen, der große sittliche Gedanke organischer Sozialreform bleibt bestehen.«[130] Auch die etwas später erschienene umgearbeitete Neuauflage des wichtigsten sozialpolitischen Lehrbuchs, Heinrich Herkners zweibändige *Arbeiterfrage*, benützte noch den überlieferten Begriffsapparat. Das vom Berliner Ordinarius und Nachfolger auf Schmollers Lehrstuhl gezeichnete Bild war ganz das alte: Über dem Getümmel des Klassenkampfes schwebte, nur der Wissenschaft verpflichtet, der sachverständige Reformer. »Weil das privatwirtschaftliche System aus eigener Kraft das Gesamtinteresse nicht immer und überall zu verwirklichen imstande ist, bedarf es der sozialen Reform.«[131]

Erst als sich in der Inflation die Gewerkschaften gegen den Abbau sozialpolitischer Errungenschaften vehement wehrten, als plötzlich nicht mehr die Arbeitnehmer, sondern die Arbeitgeber in der Defensive waren, oder besser: zu sein schienen, bemerkte man, daß die Voraussetzungen für Sozialreform im überlieferten Sinn entfallen waren. In dieser »Glaubenskrise« spalteten sich nun auch die bürgerlichen Sozialreformer. Eine Minderheit erkannte, daß man nunmehr zwischen »Sozialreform ehedem und heute«[132] unterscheiden müsse, d. h. zwischen einer modernen Spielart, die ihre gesellschaftlichen Ziele offen als politische Setzungen zu erkennen gibt, und einer traditionellen, die sie hinter verantwortungsethischer Fassade verbirgt. Diese Gruppe diagnostizierte folgerichtig »die Krise der Sozialpolitik« oder den »Zusammenbruch des Kathedersozialismus«[133], hielt aber am Terminus Sozialreform fest, weil sie glaubte, ihn im geläuterten Sinne beibehalten zu können. Tonangebend blieben jedoch diejenigen, die die Anpassung verweigerten. Ihr Wortführer Herkner hielt es für »ganz irreführend«, von der »Krise der Sozialpolitik« zu sprechen.[134] Er attackierte statt dessen die »machttrunkenen Gewerkschaftler« und beklagte, daß die Arbeiter »ideallose, profitgierige, kleine Bourgeois geworden« seien.[135] Solange man nicht akzeptiere, daß »Wirtschafts- und Sozialpolitik keine voneinander getrennten Gebiete, sondern eine sich vollständig durchdringende Einheit bedeuten«, bleibe es schwer, »den Punkt zu bestimmen, an dem sich die Wege der bürgerlichen Sozialpolitiker und der Sozialisten scheiden mußten.«[136] Für Sozialreform war hier kein Platz mehr.

---

129 Ebd., S. 20.

130 Soziale Praxis Jg. 29, 1920, Sp. 563; zitiert bei *Günther Schulz*, Bürgerliche Sozialreform in der Weimarer Republik, in: *vom Bruch* (wie Anm. 60), S. 207.

131 *Heinrich Herkner*, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung, Bd. 1, 8. Aufl., Berlin/Leipzig 1922, S. 84.

132 *Ferdinand Tönnies*, Sozialreform ehedem und heute, in: Soziale Praxis Jg. 32, 1923, Sp. 659–666. »Glaubenskrise«, zitiert bei *Schulz* (wie Anm. 130), S. 194, jedoch mit einem falschen Verweis; der richtige konnte nicht gefunden werden.

133 Ebd., Sp. 659.

134 *H. Herkner*, Unbestrittene und bestrittene Sozialpolitik, in: Schmollers Jahrbuch 48, 1924, S. 202. Ihm pflichtet bei *Leopold von Wiese*, Art. »Sozialpolitik«, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 7, 4. Aufl., Jena 1926, S. 622.

135 *H. Herkner*, Sozialpolitische Wandlungen in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, in: Der Arbeitgeber 13, Nr. 3 (1. 2. 1923), S. 35. Schon der Ort der Publikation dieses Artikels löste heftige Proteste aus, zeigt aber auch, wie planvoll Herkner bei seinem Versuch einer sozialpolitischen Kehrtwende vorgegangen ist.

136 *Ders.*, Unbestrittene (wie Anm. 134), S. 216.

Diese unterschiedliche Begrifflichkeit ist aufschlußreich, denn sie zeigt, daß die Krise nicht nur die Ebene der Politik betraf, sondern auch und vor allem den Bereich der Ausdrucksmöglichkeiten. Der stillschweigende Verzicht auf Sozialreform bei all denen, die eine Krise leugneten, verweist noch einmal auf die bereits angesprochene Blockade dieses sozialpolitischen Zentralbegriffs. In den Auseinandersetzungen um den Achtstundentag konnten Gelehrte wie Herkner oder von Wiese nicht länger verschweigen, daß Sozialreform unbrauchbar geworden war. Nicht nur wegen des Abbaus sozialpolitischer Errungenschaften mußte auf den Terminus verzichtet werden, sondern auch wegen seiner Bindung an gesellschaftliche Rahmenbedingungen, deren Verschwinden die augenblickliche Diskussion überhaupt erst ausgelöst hatte. An der Einsicht, daß Sozialreform gewissermaßen keine Geschichte hatte, daß sie identisch mit sich selbst geblieben war, kamen allerdings auch die ›Modernen‹ nicht vorbei. Tönnies' Unterscheidung zwischen »Sozialreform ehedem und heute« setzte sich nicht durch. Die bürgerliche Sozialreform war nicht reformierbar.

Diese Nicht-Reformierbarkeit verweist auf ein zentrales Problem deutscher Geschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine verbreitete Ansicht lautet, daß ins Gehäuse einer immobilen Verfassung, der konstitutionellen Monarchie, ein sich entfaltendes Bürgertum wider Willen hineingepreßt worden sei und sich aus ihr nicht habe befreien können. Die Begriffsgeschichte, die ja vor allem die Wertordnung der Eliten registriert, mahnt hier jedoch zur Vorsicht. Denn gerade das Stichwort Sozialreform belegt, daß dieses Bürgertum selbst überraschend immobil im Hinblick auf seine Wertordnung war. Weder die Hochindustrialisierung noch der Aufstieg der Arbeiterbewegung oder die Entfaltung der Sozialwissenschaften füllten den alten Begriff mit neuen Inhalten.[137] Er blieb Bestandteil der ideologiebefrachteten Sprache der 1840er Jahre, in denen man mit Vorliebe Grundsatzdebatten geführt hatte – rechts natürlich ebenso wie links, so daß die Mitte sich immer wieder spaltete. So ist Sozialreform Paradebeispiel für einen umstrittenen Begriff, der eigentlich eine pragmatische Verwendung hätte erwarten lassen. Erst als die geschilderten Konstellationen sich aufzulösen begannen und der Niedergang bürgerlich-protestantischer Definitionsmacht den Begriff semantisch entlastete, wurde dieser frei für eine weitere Karriere.

V

Denn die Geschichte von Sozialreform war noch nicht zu Ende. Gerade ihr vierter und letzter Abschnitt liefert den Beweis für die These, daß erst die die konstitutionelle Monarchie tragenden Schichten abtreten mußten, bevor Sozialreform dynamisiert, d. h. den gewandelten Zeitumständen angepaßt werden konnte.

Die Anstöße dazu kamen von einer Seite, die, was kein Zufall war, weder zu den tonangebenden Gruppen des Kaiserreichs noch zu deren sozialdemokratischem Widerpart gehört hatte, d. h. zu gesellschaftlichen Segmenten, deren politischer Antagonismus weltanschauliche Affinitäten keineswegs ausschloß. Hier ging es nicht mehr um »christlich-soziale Reform im evangelischen Geist« und ebensowenig um »sozialistische Reformarbeit«. Die Rede ist von der katholischen Soziallehre.

Sie vertrat einen völlig anderen Ansatz. Er beschränkte die Frage sittlicher Gebote in der Wirtschaftsordnung nicht auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit – sie dürften we-

137 Vgl. im Zusammenhang dazu die Ausführungen Hölschers, daß das Bürgertum seit ungefähr 1885 Opfer seiner eigenen Ausgrenzungsstrategien geworden und deshalb auch aus dem Spektrum möglicher politischer Gestaltungskräfte ausgeschieden sei; *Hölscher* (wie Anm. 116), S. 227 ff.

der Zweckmäßigkeit noch Wohlwollen untergeordnet werden, wie Freiherr von Hertling 1893 nicht ohne Seitenhieb formulierte –, sondern legte die »Bestimmung des natürlichen Rechts« zugrunde, um von hier aus »die Berechtigung oder Unzulässigkeit der sozialistischen oder sozialreformatorischen Forderungen zu erkennen«.[138] Damit war ein Ausgangspunkt gewonnen, der, da er »die natürlichen Freiheitsrechte der Person und das Heiligtum der Familie«[139] in die Mitte stellte, von vornherein eine ganz andere Dimension von sozialer Frage und sozialer Reform eröffnete und neben dem klassischen Katalog des Arbeiterschutzes auch Maßnahmen zur »Erhaltung des Mittelstandes«[140] aufzählte.

Leo XIII. dagegen hatte 1891 nicht mehr verlangt als die bürgerlichen Sozialreformer, nämlich die Entproletarisierung der Industriearbeiter. Während der Vatikan sich jedoch außerordentlich lernfähig zeigte und Schritt für Schritt die Sozialreform der deutschen katholischen Soziallehre zur offiziellen Lehrmeinung der Kirche erhob, blieben die bürgerlichen Sozialreformer aufgrund ihres gänzlich anderen Weltbildes unflexibel. Wo sie nach dem Ersten Weltkrieg die »Krise der Sozialpolitik« beklagten, schöpfte ein Johannes Mesner neue Hoffnung: »Die Krise der Sozialpolitik läßt wieder mehr den Gedanken der Sozialreform hervortreten und dabei an die gesellschaftlichen Kräfte und Ordnungen denken, soweit sie nicht schon ›Staat‹ sind«, versicherte er 1931, dem Jahr der zweiten Sozialenzyklika, Quadragesimo anno.[141] Damals war die deutsche katholische Soziallehre auf dem Höhepunkt ihres Einflusses. Angeregt von der Weltwirtschaftskrise, legte sie Anfang der 1930er Jahre ihren Plan vor, wie der herkömmliche Kapitalismus zu überwinden sei. Dies wurde mit Sozialreform umschrieben, und somit haben wir es mit einem völlig neuen Begriff zu tun. An der Gesamtgesellschaft orientiert und ihrer Dynamik Rechnung tragend, lud sich das verbrauchte Schlagwort mit einer bislang undenkbaren Zukunftsperspektive auf. Nicht mehr der Politiker, sondern die Gesellschaft selbst, d. h. die ihr eigentümliche sittliche Bestimmung legte die Richtung fest. »Die sich [!] anbahnende Sozialreform«[142], von der Theodor Brauer sprach, zeigte schon mit ihrem Reflexivpronomen die Autonomie des Prozesses an, die der Staat künftig mit seiner Gesetzgebung zu respektieren habe. Damit war das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialreform auf den Kopf gestellt, die Politik war nicht länger eine am grünen Tisch erdachte und in den Ministerien bzw. Parlamenten ausgehandelte Zielansprache, sondern nur mehr Erfüllungsgehilfin des gesellschaftlichen Fundamentalzieles Sozialreform. Oder, um es mit Paul Jostock zu sagen, »Sozialpolitik begnügt sich mit Flickwerk an der Gesellschaftsordnung, Sozialreform dagegen erstrebt deren Neubau.«[143]

Jostock lieferte, nicht als erster, das Stichwort, das die so unterschiedliche Reichweite von Sozialreform erklärt. Den vielfach an Sombart geschulten katholischen Sozialwissenschaftlern ging es um die Überwindung des Kapitalismus, ihren bürgerlich-protestanti-

138 *[Georg] Frh. von Hertling*, Naturrecht und Socialpolitik, Köln 1893, S. 7.

139 Ebd., S. 22.

140 Ebd., S. 71 (Kapitelüberschrift).

141 *Johannes Meßner*, Zum Begriff der sozialen Gerechtigkeit, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika »Rerum novarum«, Paderborn 1931, S. 423. Besonders zukunftsweisend ist Meßners Forderung, die Arbeitnehmer hätten das Recht auf einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt, womit er die Lohndiskussion der bürgerlichen Sozialreformer weit hinter sich ließ.

142 *Theodor Brauer*, Sozialpolitik und Sozialreform, Jena 1931, S. 92. Zum forschungsstrategischen Hintergrund dieser Formulierung vgl. *Irmela Gorges*, Sozialforschung in der Weimarer Republik 1918–1933, Frankfurt/Main 1986, S. 620 f.

143 *Paul Jostock*, Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform, Freiburg 1946, S. 147 f. Vierzehn Jahre vorher hatte Jostock gelegentlich »Sozialreform« durch »Gesamtreform« ersetzt, um so die Rangfolge noch stärker zu verdeutlichen. *P. Jostock*, Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus, Regensburg o. J. [1932], S. 210.

schen Kollegen um dessen Reform. Die katholische Gesellschaftslehre erlangte damit semantisch einen großen Vorsprung, Sozialreform war nicht länger an die bestehenden Systemgrenzen gebunden, und das, ohne dadurch in den Verdacht der Revolution zu kommen.

Der Höhenflug ihres Leitbegriffs wurde jedoch durch die Versuche inhaltlicher Konkretion stark gebremst, vorläufig jedenfalls. Denn alle diese Entwürfe liefen auf den Terminus »berufsständische Ordnung« hinaus, der altertümlich oder wirklichkeitsfremd und in jedem Fall verschwommen wirkte; alle Versuche, ihn schärfer zu fassen, konnten nicht überzeugen.[144] Solange Sozialreform an korporative Modelle gebunden blieb, solange von »sozialreformerischer Gruppengestaltung« bzw. von »berufsständischer Sozialreform« die Rede war[145], fehlte es diesem Begriff an der nötigen, die vielgestaltigen Milieus überzeugenden Kraft. Man entlehnte die Argumente aus Gierkes Genossenschaftsdarstellung und den noch älteren Schriften zum Assoziationswesen und übersah weithin die gegenwärtige Realität des Wohlfahrtsstaates.[146] Insoweit blieb die katholische Soziallehre auch in der Weimarer Republik im selbsterrichteten Ghetto, was tatkräftige Mitarbeit auf vielen praktischen Gebieten nicht ausschloß. In der Sprache dieser Wertordnung: Man beteiligte sich an Sozialpolitik, verfehlte aber die Sozialreform.

Doch steckte in der katholischen Sozialreform gleichwohl genügend Modernisierungspotential, um diese Blockade zu beseitigen. Oswald von Nell-Breuning, der neben Gustav Gundlach maßgebliche Teile zur Enzyklika Quadragesimo anno beigesteuert hatte, kommentierte diese 1931 mit den Worten: »Über das, was wir in Deutschland ›soziale Frage‹ und ›Sozialpolitik‹ zu nennen pflegen, hinausgehend, werden *gesellschaftliche* Ziele aufgestellt und Wege gewiesen.«[147] Noch deutlicher sprach er an anderer Stelle davon, daß *»Gemeinwohlgerechtigkeit im gesellschaftspolitischen Sinne«* das Ziel sei.[148] Mit »Gesellschaftspolitik« hatte sich Nell-Breuning eines Begriffs bedient, der einen doppelten Vorzug besaß: Er wies semantisch genügend Abstand zu Sozialpolitik auf, um nicht mit dieser verwechselt zu werden, und gab durch seinen (gesamt-)gesellschaftlichen Bezug zu erkennen, daß er auf das vollständige Spektrum moderner, in der deutschen Praxis freilich noch unerprobter Systeme zielte.

Vorderhand fehlten jedoch noch alle Voraussetzungen zur Einlösung dieser semantischen Latenz. Sie stellten sich aber im Zusammenhang der sozialen Umbrüche in Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit ein. Zwei Vorgänge von ausschlaggebender Bedeutung auch für die Begriffsgeschichte seien wenigstens genannt. Erstens die Tatsache, daß eine neue Gesellschaft seit Stalingrad im Entstehen war, unvergleichlich moderner als die berufsständischen Entwürfe der Katholiken und die Klassengesellschaft der Linken, beides mittlerweile reichlich angestaubte Modelle sozialer Ordnung.[149] Zweitens das 1949 endgültig durchgesetzte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das von der Sozialpolitik »grund-

144 Im Rückblick kritisierte Nell-Breuning »diesen Teil der Enzyklika«. *Oswald von Nell-Breuning*, Der Königswinterer Kreis und sein Anteil an »Quadragesimo anno«, in: *J. Broermann/Ph. Herder-Dorneich* (Hrsg.), Soziale Verantwortung. Festschrift für Goetz Briefs zum 80. Geburtstag, Berlin 1968, S. 581.

145 *Brauer* (wie Anm. 142), S. 91, S. 104.

146 Die zeitgenössische Literatur ist verarbeitet bei *Franz Joseph Stegmann*, Der soziale Katholizismus und die Mitbestimmung in Deutschland. Vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahre 1933, 2. Aufl., Paderborn 1978, S. 157 ff.

147 *O. von Nell-Breuning*, Die Enzyklika von der sozialen Gerechtigkeit, in: Kölnische Volkszeitung, Nr. 252 (29. 5. 1931); auch in: *Ders.*, Die soziale Enzyklika. Erläuterungen vom Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung, Köln 1932, S. 247.

148 *Ders.*, Leitsätze, vorgetragen auf dem 70. deutschen Katholikentag (27. 8. 1931); ebd., S. 245.

149 Materialien dazu bei *Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller* (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

sätzlichen Wandel«[150] in Richtung auf »marktwirtschaftliche Gesellschaftspolitik«[151] verlangte.

Allerdings überstiegen beide Vorgänge konzeptionell und erst recht sprachlich den Horizont vieler katholischer Soziallehrer. Sie verloren darum einiges von ihrer früheren Bedeutung.[152] Während ihr traditionalistischer Flügel noch stritt, ob »christlicher Sozialismus« oder »christliche Sozialreform« der angemessene Begriff zur Beschreibung zukünftiger Gesellschaftsmodelle sei[153], erklärte Nell-Breuning »Sozialreform« bereits zur »Gehilfin der Gesellschaftspolitik«, die die Ziele nennt und die Wege dorthin weist.[154] Dieses Ziel war aber auch für ihn nach wie vor die berufsständische Ordnung, auch wenn er dies nicht mehr so deutlich wie früher und schon gar nicht im Beisein von Gewerkschaftern aussprach.[155] Gustav Gundlach schließlich, der Nestor der katholischen Soziallehre und einflußreicher Berater Papst Pius' XII., bezeichnete die »katholische Sozialreform« als unvereinbar mit dem modernen Wohlfahrtssystem, das statt Selbsthilfe und Solidarität den »Versorgungsstaat« hervorbringe.[156]

In dieser Situation griff ein pragmatisch denkender Beamter des Bundesministeriums für Finanzen zu und okkupierte den prestigeträchtigen, aber im Augenblick gleichsam herrenlosen Sozialreform-Begriff.[157] Konrad Elsholz baute ab Mitte 1950 einen *Arbeitsstab Sozialreform* auf, der 1952 um eine interministerielle *Arbeitsgemeinschaft Sozialreform* erweitert wurde. Ziel war die Anpassung der Renten an die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, womit zunächst die knappen Mittel nur sinnvoller verteilt, nicht die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen vermehrt werden sollten.

Der solchermaßen verengte Begriff eignete sich vorzüglich als Schlagwort politischer Propaganda, und das besonders in einer Partei, die zwar vom Sozialkatholizismus beeinflußt, ihm aber, weil moderner, nicht verpflichtet war. Als Adenauer Material für seine Regierungserklärung anforderte, regte Finanzminister Schäffer eine »Sozialreform an Haupt und Gliedern« an.[158] In der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 wurde daraus

150 *Alfred Müller-Armack*, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft [1946]; jetzt in: *Ders.*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg 1966, S. 133.

151 *Ders.*, Die zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft [1960]; ebd., S. 307.

152 Zum Sozialkatholizismus als dem großen Verlierer der Neuordnung der Parteien nach 1945 vgl. *Ute Schmidt*, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987, S. 129 ff.

153 *P. Jostock*, Christlicher »Sozialismus«?, in: Neues Abendland, Nr. 2 (Februar 1948), S. 33–37.

154 *O. von Nell-Breuning*, Art. »Sozialreform«, in: *Ders./Hermann Sacher* (Hrsg.), Zur Sozialen Frage, Freiburg 1949, Sp. 87. Vgl. auch seinen Artikel »Gesellschaft«, in: *Dies.* (Hrsg.), Zur christlichen Gesellschaftslehre, Freiburg 1947, Sp. 40 f.

155 *Wolfgang Schroeder*, Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 39, 1991, S. 214, S. 218.

156 *Gustav Gundlach*, Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Die soziale Frage von heute nach der Lehre der katholischen Kirche, in: Rheinischer Merkur 6, 1951, Nr. 41; jetzt in: *Ders.*, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, Bd. 2, Köln 1964, S. 362–370, mit heftigen Ausfällen gegen »beide Flügel des Liberalismus«, den »bürgerlichen« und den »proletarischen«. Zu Gundlach jetzt *Anton Rauscher* (Hrsg.), Gustav Gundlach 1892–1963, Paderborn 1988.

157 Zum Hergang vgl. *Hans-Günter Hockerts*, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957, Stuttgart 1980, S. 237 ff.

158 Brief Schäffers an Adenauer (13. 10. 1953); zitiert ebd., S. 241.

»eine umfassende Sozialreform«[159] als Verheißung für die kommende Legislaturperiode, eine »große Sozialreform« als »innerpolitische Aufgabe Nr. 1 schlechthin«.[160]

Die Unbestimmtheit der Parole löste sofort ein Tauziehen um die Besetzung dieses Begriffes aus. Der DGB wollte darunter Mitbestimmung verstanden wissen, die katholische Arbeiterbewegung Miteigentum.[161] Beide Verbände orientierten sich offensichtlich noch an der semantischen Tradition und verstanden Sozialreform nach wie vor als Weg, die Konfrontation von Kapital und Arbeit im großen Maßstab und unter Beteiligung der Betroffenen zu überwinden. Das war zwar weniger als die Theoretiker 20 Jahre früher entworfen hatten, aber weit mehr als das Bundeskabinett anstrebte. Der unorthodoxe regierungsamtliche Sprachgebrauch, der Sozialreform als Synonym für »Sozialleistungsreform« benutzte, setzte sich jedoch durch. Adenauer dachte nicht in den Kategorien der katholischen Soziallehre, sondern stets an die nächste Wahl. So wurde aus der ursprünglich angestrebten großen Reform des Bismarckschen Systems die Rentenreform, die den Betroffenen die dynamisierte Altersversorgung, der CDU dafür den haushohen Wahlsieg bescherte.

Was diesem Vorgang seine weitreichende Bedeutung verlieh, war der Umstand, daß durch ihn das Schlagwort der Sozialreform zu einem der Kernbegriffe der politischen Auseinandersetzung in den 1950er Jahren wurde. Keine Partei konnte es fortan riskieren, ohne ihn auszukommen, und so war nicht mehr der Terminus umstritten, auch nicht mehr seine Reichweite, sondern angesichts begrenzter Finanzmittel allenfalls noch die Priorität.

Aber es war nicht mehr der alte Begriff, sondern gleichsam nur noch seine Hülse, die eine Leerformel enthielt, mit der je nach Bedarf Rentner oder Schüler, Arbeitslose oder Kranke, immer jedoch die Bürger als Steuer- und Beitragszahler angesprochen wurden. Den Zeitgenossen war dieser Sprachwandel durchaus bewußt. Während aber die am Entwurf der Rentenreform beteiligten Fachleute »das Wort im engeren Sinne« ohne Vorbehalt benützten[162], sprach Nell-Breuning abschätzig von »sogenannter ›Sozialreform‹«.[163] Die Distanz zwischen normativer Sozialphilosophie und pragmatischen »Sozialtechnikern«[164] war da-

159 *Hans-Ulrich Behn* (Hrsg.), Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1971, S. 40.

160 Interview, August 1955; zitiert bei *Hans-Günter Hockerts*, Sozialpolitische Reformbestrebungen in der frühen Bundesrepublik. Zur Sozialreform-Diskussion und Rentengesetzgebung 1953–1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25, 1977, S. 341.

161 *Ders.*, Ausblick: Bürgerliche Sozialreform nach 1945, in: *vom Bruch* (wie Anm. 60), S. 253.

162 *Ludwig Neundörfer*, Die Sozialreform. Gelöste und ungelöste Probleme, Freiburg 1957, S. 5. Ähnlich *Kurt Jantz*, Krankenversicherung und Sozialreform, in: Bericht über den deutschen Krankenkassentag 1955, Bad Godesberg 1956; zitiert bei *Florian Tennstedt*, Sozialreform – Sozialversicherungsreform – Gesellschaftspolitik, in: *Greiffenhagen* (wie Anm. 2), S. 106. Auch institutionell hat sich der neue Bedeutungsgehalt alsbald verfestigt, wobei 1955 der Durchbruch gewesen zu sein scheint. Damals errichtete das Bundesarbeitsministerium ein Generalsekretariat für Sozialreform (aus ihm wurde später die Sozialversicherungsabteilung), damals begann die Zeitschrift für Sozialreform zu erscheinen, und damals veröffentlichte auf Veranlassung von Prof. Achinger, der zusammen mit seinen Kollegen Höffner, Muthesius und Neundörfer in Adenauers Auftrag die Expertise zur Neuordnung der sozialen Leistungen verfaßt hatte, das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt eine Bibliographie zur sozialen Reform mit mehreren hundert Titeln. Auch eine Loseblattsammlung, Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen, bearb. v. *Max Richberg*, erschien ab 1955 für einige Jahre.

163 *O. v. Nell-Breuning*, Zur Sozialreform. Erwägungen zum Subsidiaritätsprinzip, in: Stimmen der Zeit 157, 1955/56, S. 1 f. Der traditionelle, weitgefaßte Begriff dominierte nicht zufällig im Sprachhaushalt der in der Minderheit befindlichen Sozialausschüsse. Vgl. auch: Von der Sozialpolitik zur Sozialreform. Bundestagung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft, Köln, 28. 2. – 1. 3. 1953, Königswinter o. J. [1953], insb. S. 16, S. 18, S. 47 f., S. 70, S. 76.

164 *Neundörfer* (wie Anm. 162), S. 11.

mit treffend bezeichnet. Daß alle Teilnehmer dieser Debatte der katholischen Tradition entstammten, unterstreicht nur den Bruch innerhalb dieses Lagers, zugleich allerdings auch den enormen Bedeutungsverlust des protestantischen Gegenstücks.

Katholisch geprägt, denn am katholischen Vorsprung gesamtgesellschaftlicher Orientierung besteht kein Zweifel, war auch der terminologische Ersatz, der sich anschickte, das Erbe der Sozialreform zu übernehmen: »Gesellschaftspolitik«.[165] Aber hinter diesem Vorgang stand mehr als ein bloßer Austausch von Wörtern. Die Konzeption war es, die sich radikal gewandelt hatte. Sozialreform war ein Begriff des 19. Jahrhunderts, kreiert von bürgerlichen Eliten. Arbeiterbewegung und katholische Soziallehre hatten ihn übernommen, freilich nur begrenzt bzw. in programmspezifischer Abwandlung. Als diese drei Richtungen ihrer Auflösung entgegentrieben und ihre Restbestände fusionierten, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse sich grundlegend gewandelt hatten, geschah das Unvermeidliche: Der Begriff verschwand, er wurde abgelöst von einem anderen, dessen Herkunft aus einer Schule, die gewohnt war, in gesamtgesellschaftlichen Ordnungszusammenhängen zu denken, auf semantischer Ebene dem Ausmaß des sozialen Wandels perfekt entsprach. Im Verschwinden entlarvt sich darum Sozialreform als das, was sie von Anfang an war: ein Kampfbegriff. Seine »geschichtsphilosophische Komponente«[166] war ja nicht so sehr dem Konsens als vielmehr der Revolutionsprophylaxe verpflichtet. Erst jetzt, nach dem Verschwinden der Revolutionsdrohung, konnte auch dieses Motiv verschwinden. Die Sozialreform sittlich geleiteter Wohlfahrtsstrategen trat ab, die »Sozialtechniker« bestiegen die Bühne. Sie machen von nun an Gesellschaftspolitik.

165 Vgl. hierzu die zahlreichen Belege bei *Albrecht Langner*, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963, in: *Ders.* (Hrsg.), Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963, Paderborn 1980, insb. S. 100 ff. Vgl. ferner *v. Nell-Breuning*, Aktuelle Fragen der Gesellschaftspolitik, Köln 1970. Mittlerweile hat die katholische Soziallehre ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht. *Arthur F. Utz* (Hrsg.), Die katholische Soziallehre und die Wirtschaft, Trier 1991.

166 *Zimmermann* (wie Anm. 2).

Reinhard Flessner

Der wohltätige Leviathan

*Wohlfahrtspolitik und Sozialstaat in den USA in der neueren Historiographie**

I. Die historische Entwicklung der Wohlfahrts- und Sozialpolitik in den USA gehörte in den letzten Jahren zu den historiographischen Wachstumssektoren. Die Gründe für diesen Boom sind dabei, wie in vergleichbaren Fällen, sicherlich vielfältig. Der Aufschwung beruht auf akademischer Spezialisierung genauso wie auf einer florierenden Interdisziplinarität, bei der die Geschichtswissenschaft theoretische Anleihen von der Politologie, Soziologie und Ökonomie nimmt, aber auch den Austausch mit vormals exotischen Fächern wie der Ethnologie oder den Literaturwissenschaften pflegt. Motive lassen sich in der Entwicklung der Wissenschaften ebenso finden wie in der gesteigerten politischen und intellektuellen Konfrontationsatmosphäre der Ära Reagan. Immerhin gehörte die Revolte gegen den Wohlfahrtsstaat zu den zentralen Merkmalen der neokonservativen Bewegung und die Reform des Sozialststaates an Haupt und Gliedern zu den programmatischen Glaubenssätzen der Reagan Revolution.[1] Wo immer auch die Ursachen für das neu entfachte Interesse liegen, das Resultat scheint eindeutig: Nachdem die Geschichte der amerikanischen Wohlfahrts- und Sozialpolitik in den 1960er und 1970er Jahren in der Sozialgeschichte aufzugehen schien oder gar von ihr überwältigt und absorbiert zu werden drohte, zeigte sich spätestens seit Beginn der 1980er Jahren der Versuch, eine selbstbewußte und von der Strukturgeschichte eindeutig unterschiedene Fortschreibung und Weiterentwicklung einer eigenständigen historiographischen Tradition der *historical study of social policy* zu entwickeln.[2]

* Die Arbeiten zu diesem Aufsatz sind durch die folgenden Institutionen unterstützt wurden: die Friedrich-Ebert-Stiftung, das Deutsche Historische Institut Washington, das John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien in Berlin und das Zentrum für Nordamerika-Forschung in Frankfurt am Main. Ihnen allen gilt mein Dank ebenso wie Matthias Hannes und Jakob Schissler für zahlreiche Anregungen und kritische Anmerkungen.

1 Beispiele hierfür liefern *Martin Anderson*, Welfare. The Political Economy of Welfare Reform in the United States, Palo Alto 1981; *George Gilder*, Wealth and Poverty, New York 1981; *Charles Murray*, Losing Ground. American Social Policy, 1950–1980, New York 1984; *Stuart Butler/Anna Kondranta*, Out of the Poverty Trap. A Conservative Strategy for Welfare Reform, New York 1988; *Nathan Glazer*, The Limits of Social Policy, Cambridge/London 1988. Vgl. dazu auch *Frances Fox Piven/Richard Cloward*, The New Class War. Reagans Attack on the Welfare State and Its Consequences, New York 1982; *John Schwarz*, America's Hidden Success. Reassessment of Twenty Years of Public Policy, New York 1983; *Anthony Champagne/Edward J. Harpham* (Hrsg.), The Attack on the Welfare State, Prospect Heights 1984; *Fred Block u. a.*, Mean Season. The Attack on the Welfare State, New York 1987; *David T. Ellwood/Lawrence H. Summers*, Poverty in America. Is Welfare the Answer or the Problem?, in: *Sheldon H. Danziger/Daniel H. Weinberg* (Hrsg.), Fighting Poverty, Cambridge 1986, sowie die zusammenfassende Diskussion bei *Edward J. Harpham/Richard K. Scotch*, Ideology and Welfare Reform in the 1980s, in: *Richard M. Coughlin* (Hrsg.), Reforming Welfare: Lessons, Limits, and Choices, Albuquerque 1989, S. 43–77.

2 Zugänge zu den historiographischen Entwicklungen zur Geschichte der amerikanischen Wohlfahrts- und Sozialpolitik liefern in diesem Sinne etwa: *Raymond A. Mohl*, Mainstream Social Wel-

Die folgende Übersicht versucht, diese Entwicklung in zweifacher Weise einzuordnen: Zum einen soll an einigen der wichtigsten neueren Arbeiten exemplarisch gezeigt werden, wie sich das Zentrum der Forschungsarbeiten zugunsten von neuen Perspektiven und Themen innerhalb der historischen Rekonstruktion des amerikanischen Sozialstaates verschob. In einem zweiten Schritt soll dann versucht werden, die Konturen jenes Gegenstandes nachzuzeichnen, der einen wachsenden Teil der Untersuchungen zusammenführt und dessen heuristischem Konzept sich diese verpflichtet sehen: der Entwicklung und den Merkmalen des modernen amerikanischen Staates. Abschließend sollen in einem Ausblick einige Konsequenzen und Möglichkeiten erörtert werden, die sich aus diesen Arbeiten für eine vergleichende Sicht auf das ergeben, was sich als der oft problematisierte amerikanische Sonderweg in die Moderne des entwickelten kapitalistischen Industriestaates bezeichnen läßt.[3]

II. Die neuere historiographische Diskusssion zur Entwicklung der Wohlfahrts- und Sozialpolitik in den Vereinigten Staaten stellt sich auch als ein Rückgriff auf die Anfänge der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Feld dar. Wie Donald Critchlow in seiner Einleitung zu dem Band *Federal Social Policy* ausführt, stand das Interesse an der staatlichen Sozialpolitik sogar am Beginn der disziplinären Entwicklung der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung in den USA überhaupt. Arbeiten wie Herbert Baxter Adams' *Notes on the Literature of Charities* und viele der folgenden Untersuchungen waren besonders durch die deutsche sozialökonomische Diskussion beeinflußt.[4] Konsequenterweise beton-

---

fare History and Its Problems, in: Reviews in American History 7, 1979, S. 469–476; *Gerald Grob*, Reflections on the History of Social Policy in America, in: Ebd., S. 293–306; *Clarke A. Chambers*, Toward a Redefinition of Welfare History, in: Journal of American History 73, 1986, S. 407–433; *E. Wayne Carp*, Old Problems, Poor Solutions, in: Reviews in American History 17, 1989, S. 44–50. *W. Andrew Achenbaum*, Review Essay: Whither Social Welfare History?, in: Journal of Social History 24, 1990, S. 135–141. Vgl. auch die Einleitung in: *Walter Trattner/W. Andrew Achenbaum* (Hrsg.), Social Welfare in America: An Annotated Bibliography, 1983.

3 Einen Einstieg in die unüberschaubare Literatur zum amerikanischen »Exzeptionalismus« vermittelt etwa *Seymour M. Lipset*, Why No Socialism in the United States?, in: *Seweryn Bialer/Sophia Sluzar* (Hrsg.), Radicalism in the Contemporary Age, Boulder 1977 (= Sources of Contemporary Radicalism, Bd. 1), S. 31–149; vgl. auch *Richard Rose*, How Exceptional Is American Political Economy?, in: Political Science Quarterly 104, 1989, S. 91–115; *Hugh Heclo*, General Welfare and Two American Political Traditions, in: Political Science Quarterly 101, 1986, S. 179–196; *Gary P. Freeman*, National Styles and Policy Sectors: Explaining Structured Variation, in: Journal of Public Policy 5, 1986, S. 467–496; *John Ikenberry/Theda Skocpol*, The Political Formation of the American Welfare State in Historical and Comparative Perspective, in: Comparative Social Research 6, 1983, S. 87–147. Beispiele für die deutsche Debatte liefern etwa *Axel Murswieck*, Sozialpolitik, in: *Willi Paul Adams u. a.* (Hrsg.), Länderbericht USA, 2 Bde., Bonn 1990, hier Bd. 1, S. 160–182; *Kurt L. Shell*, Amerikanische Einstellungen zur Armut und sozialen Ungleichheit, in: *Diether Döring/Richard Hauser* (Hrsg.), Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutsproblems, Frankfurt/New York 1989, S. 9–24; mit einem »institutionellen« Akzent vgl. *R. Kent Weaver*, Die Politik der Entwicklung der Sozialversicherung in den Vereinigten Staaten, in: Ebd., S. 25–58.

4 Adams' Untersuchung war eine der ersten, die 1898 in der einflußreichen Reihe der Johns Hopkins Historical and Political Science Monographs erschien. Vgl. dazu *Donald T. Critchlow*, Introduction, in: *Ders./Ellis W. Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy. The Historical Dimension, University Park/London 1988, S. 9–31. *Thomas L. Haskell*, The Emergence of Professional Social Science. The American Social Science Association and the Nineteenth Century Crisis of Authority, Urbana 1977, S. 88–94, deutet dieses Interesse an der Sozialpolitik sozialpsychologisch als einen Ausdruck der »Statuskrise« jener Mittelklasse, der die erste Generation der amerikanischen Historiker entstammte.

ten und befürworteten sie den Aufbau einer starken, zentralisierten staatlichen Sozialpolitik als eine der Grundvoraussetzungen für die notwendige Reform der Gesellschaft im Einklang mit ihren vermeintlich natürlichen Entwicklungsgesetzen.

Diese frühen Abhandlungen leiteten ein historiographisches Interpretationsmuster ein, das im frühen 20.Jahrhundert und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg einen dominanten Einfluß auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem modernen amerikanischen Sozialstaat ausübte. Die sogenannten progressiven Historiker porträtierten nun die politische, verfassungsrechtliche und administrative Expansion des Interventionsstaates als eine Fortsetzung und Weiterentwicklung jener demokratischen Reformbewegungen des 19. Jahrhunderts, die in den egalitären Idealen der *Jeffersonians* und der *Jacksonians* sowie in Lincolns Republikanismus ihren markantesten Ausdruck gefunden hatten. Diese Bewegungen hatten, wie es hieß, die Entwicklung des amerikanischen Frühkapitalismus mindestens insoweit reformistisch beeinflußt, als die sozialen Folgen des Marktes zur Stärkung und zur Ausweitung der demokratischen Partizipation breiter Teile der Nation genutzt werden konnten.[5]

Mit der generellen Kritik am harmonisierenden Optimismus der progressiven Historiographie seit den 1960er Jahren löste sich auch der Glaube an die demokratisierenden Wirkungen auf, die einem solchen Bild vom vorgeblich wohltätigen Wirken eines aufgeklärten Kapitalismus innewohnten. Statt dessen diagnostizierten die historischen Beobachter nun eine klar erkennbare und sich vergrößernde Spaltung zwischen den organisierten und sozial wie kulturell dominierenden Schichten der Bevölkerung, die von Eliten aus der oberen Mittelschicht angeführt wurden, und einem wachsenden Segment der unorganisierten einfachen Leute auf der anderen Seite, die in zunehmendem Maß wirtschaftlich, kulturell und politisch marginalisiert worden waren. Demokratisierung und soziale Reformen, so wurde argumentiert, waren vor allem Mittel der ideologischen Täuschung und Vernebelung, hinter denen sich die Anhäufung eigennütziger Klasseninteressen der Besitzenden und die Optimierung der kapitalistischen Ausbeutung des industriellen Arbeitsmarktes verbargen. Statt einer gestiegenen demokratischen Partizipation konnte man in den Augen dieser Kritiker bestenfalls eine besorgniserregende Vermehrung von Interessengruppen beobachten, die in immer größerer Zahl ihre partikularen Interessen durchzusetzen lernten und die damit jede Behauptung einer demokratischen Kontrolle der Regierung durch das Volk zu einer Farce machten. Der amerikanische Staat und mit ihm die staatliche Sozialpolitik gerieten deshalb in dieser Sicht am Ende zu antidemokratischen und antiprogressiven Instrumenten der herrschenden Klassen.[6]

Die Antwort auf diese Sichtweise und auf die radikalisierte Fundamentalkritik der Neuen Linken an der sozialen Wirklichkeit der amerikanischen Demokratie betonte dagegen die positiven Seiten der Entwicklung. Der Interessengruppenpluralismus in der moder-

5 Vgl. in diesem Sinn etwa *Frederick L. Allen*, The Big Change. America Transforms Itself, 1900–1950, New York 1952. Weitere Beispiele hierfür sind auch *Robert H. Bremner*, Up from Depths. The Discovery of Poverty in the United States, New York 1956; *ders.*, American Philanthropy, Chicago 1960; *Sidney Fine*, Laissez Faire and the General Welfare State. A Study of Conflict in American Thought, 1865–1901, Chicago 1956; *June Axinn/Herman Levin*, Social Welfare. A History of the American Response to Need, New York 1970. Bei manchen dieser sozialpolitischen Modernisierungstheorien verknüpft sich mit der Herausbildung des Wohlfahrtsstaates auch eine generelle Theorie über die Anfänge moderner industriekapitalistischer Staatlichkeit. Vgl. dazu die Diskussion in: *Peter Flora/Jens Alber*, Modernization, Democratization, and the Development of the Welfare State, in: *Peter Flora/Arnold Heidenheimer* (Hrsg.), The Development of Welfare States in Europe and America, New Brunswick/London 1981, S. 37–80.

6 Vgl. etwa *John K. Galbraith*, The Affluent Society, Boston 1958; *Gabriel Kolko*, Wealth and Power in America, New York 1962; *Michael Harrington*, The Other America, Baltimore 1963.

nen Sozialpolitik der USA gewann für viele vor allem im Vergleich zu den totalitären Alternativen, die das 20. Jahrhundert geboren hatte, an Attraktivität. Die Chancen zu einer gleichberechtigten, demokratischen Teilnahme an Entscheidungs- und Verteilungsverfahren des politischen Systems der Vereinigten Staaten hatten sich danach nach dem »Ende der Ideologien« für alle Bevölkerungsschichten entscheidend verbessert. Und die damit einhergehenden Prozesse sozialer wie wirtschaftlicher Reformen im 20. Jahrhundert hatten auf jeden Fall das Überleben einer Form demokratischer Herrschaft ermöglicht, die anderswo an vergleichbaren Problemen gescheitert war – mit weltweit prekären Folgen.[7] Dieses Bild von der Geschichte und Gegenwart des amerikanischen Sozialstaates durchdringt, wie Critchlow betont, noch immer einen großen Teil der Literatur. Aber weder kann man die optimistischen Annahmen über das Entwicklungspotential des Interessengruppenpluralismus für die Gesamtgesellschaft bestätigt finden, noch läßt sich der große Plan ausmachen, mit dem so viele Darstellungen der Neuen Linken den absichtsvollen und geplanten Einsatz der Sozialpolitik als Mittel der sozialen Kontrolle durch die herrschenden Klassen zu erklären trachten. Mit der erneuten Konzentration auf politische und administrative Strukturen und Akteure tritt vielmehr, so Critchlow zusammenfassend, eine in zweifacher Weise geläuterte Sicht über die Charakteristika des modernen amerikanischen Sozialstaates hinzu:

1. Der Schlüssel zum Verständnis seiner Entwicklung (zumindest im 20. Jahrhundert) wird in der Analyse jener Offiziellen gesehen, die ein klar identifizierbares, eigenes korporatives Interesse an der Formulierung und Implementierung von Sozialprogrammen entwickeln, das sich in einem Geflecht historisch wechselnder Beschränkungen bewegt. Diese Begrenzungen ihrer administrativen Autonomie leiten sich sowohl rechtlich, institutionell, kulturell und sozial als auch intellektuell und ethisch ab. Aus diesen Bedingungen lassen sich danach sowohl die Konturen der Input-Output-Verhältnisse als auch die Spannungen, Widersprüche und Ungereimtheiten erklären, die dieser Politik im Ergebnis innewohnen.

2. Die fortgesetzten Teilungen und Unterteilungen politisch-administrativer Macht unter diesen Offiziellen erklärt auch, daß die daraus erwachsende Politik weder von einem hohen Grad an innerer Kohärenz gekennzeichnet ist noch jenes Maß an Stabilität, Rationalität und Demokratisierung entstehen läßt, das etwa pluralistische Theoretiker als ihr (gewünschtes) Ergebnis ansehen. Die neue Sicht des Staates sieht ihn danach weder als Stifter noch als Förderer irgendwelcher sozialer Qualitäten, sondern betrachtet ihn nur als eine – besonders umfangreich geratene – Spielart aggregierter politischer Erfahrungen, die dem Gewinn und der Sicherung von politischen Machtbasen und dem Zuwachs eigener Entscheidungsgewalt verpflichtet sind. Der Staat, der hier »wieder hineingebracht« wird, stellt sich in einer umfassenden Weise als ein politisierter dar, der in all seinen Bestandteilen und auf allen Ebenen ein Objekt politischer Auseinandersetzungen und Kämpfe bleibt. Vor allem diese Gründe erklären die widersprüchliche und halbfertige Geschichte und Gegenwart des modernen amerikanischen Sozialstaates.[8]

---

7 Vgl. *Daniel Bell*, The End of Ideology, New York 1960 (dt. Frankfurt/Main 1971); *Robert A. Dahl*, Pluralist Democracy in the United States, Chicago 1967; *Richard Pells*, The Liberal Mind in a Conservative Age, New York 1985, S. 130–147.

8 Den Ausgangspunkt für diese Diskussion bildeten die Beiträge in: *Peter B. Evans/Dietrich Rueschemeyer/Theda Skocpol*, Bringing the State Back In, Cambridge 1985, besonders *Theda Skocpol*, Bringing the State Back In: Strategies of Analysis in Current Research, in: Ebd., S. 3–38, sowie *Peter B. Evans u. a.*, On The Road toward a More Adequate Understanding of the State, in: Ebd., S. 347–66; vgl. weiter die Beiträge von *Almond, Nordlinger, Lowi und Fabbrini* in: American Political Science Review 82, 1988, S. 853–901; *Klaus von Beyme*, The Contemporary Relevance of the Concept of the State, in: International Political Science Review 7, 1986, S. 115–119; *Göran Therborn*, Karl Marx Returning. The Welfare State and Neo-Marxist, Corporatist and Statist Theories, ebd., S.131–164.

III. An Michael Katz' Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik lassen sich große Teile dieser historiographischen Entwicklung ablesen.[9] Liest man die drei Bände zusammenhängend, dann gerät der Wandel seiner neo-marxistischen, stark an Foucault orientierten theoretischen Perspektive eindeutiger in den Blick. Katz' ursprüngliche, vor allem in Auseinandersetzung mit Rothman und Grob entwickelte Betonung der Rolle, die soziale und politökonomische Veränderungen im frühen amerikanischen Industriekapitalismus für die Herausbildung einer institutionalisierten öffentlichen Fürsorge spielten, macht dabei zunehmend einem Bild Platz, das von spezialisierten und professionalisierten Sozialexperten, von einer wachsenden Zahl von Interessenorganisationen und von unkontrollierbaren staatlichen wie privaten Bürokratien beherrscht wird.[10]

So stellt Katz etwa seine Beschreibung der öffentlichen Fürsorgepolitik im Amerika des 19. Jahrhunderts bis zum Bürgerkrieg noch weitgehend unter den Begriff und die symbolische Bedeutung des Armenhauses. In der Weiterentwicklung der privaten, stark christlich geprägten voluntaristischen Anfänge sieht Katz, wie etwa auch in Krankenhäusern, Irrenanstalten und Gefängnissen oder im Schulsystem, die Ursprünge des institutionellen Staates angelegt. Das ordnende Prinzip war dabei die soziale Kontrolle der Armen und von abweichendem Verhalten. Armut und Pauperismus wurden, so Katz, in zunehmendem Maß durch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen verursacht und durch die disziplinierenden Normen industrieller Lohnarbeit definiert. »Working-class experience was a continuum«, schreibt Katz. » [. . .] no clear line seperated the respectable poor from paupers.«[11]

Schon kurz nach dem amerikanischen Bürgerkrieg sieht Katz dann aber auch jene sozialpolitisch dominierende Allianz entstehen, die die private Philanthropie der Vorkriegszeit mit der Theorie der wissenschaftlichen Wohltätigkeit verband. Das Gewähren von Unterstützungsleistungen sollte nicht mehr vom Gefühl der Nächstenliebe, sondern von objektiven wirtschaftlichen Daten abhängig gemacht werden, nach denen die Bedürftigkeit festzustellen war. Grundsätzlich aber wurden Armut und Abhängigkeit in diesem Rahmen als unnatürlich charakterisiert und stigmatisiert. Und es war diese am Begriff der Arbeitsgesellschaft orientierte Ideologie, die die Rechtfertigung für die Isolation der Armen und für die Trennung der Kinder von ihren angeblich mutwillig nachlässigen Eltern lieferte.

Zwei Entwicklungen vor allem aber sorgten nach Katz dafür, daß sich diese Stigmatisierung der Bewohner der Armenhäuser gegen Ende des 19.Jahrhunderts aufzulösen begann: Eine fortschreitende institutionelle Spezialisierung und eine neu entstehende Sorge um die Familie, besonders um die Kinder. Die, wie Katz schreibt, sentimentale Furcht vor den Folgen, die die Auflösung der Familie (nicht zuletzt für die traditionelle Beschränkung der Frau auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter) mit sich bringen mußte, einte die verschiedenen Gruppen von bürgerlichen Sozialreformern mit der politischen Bewegung des Progressivismus in den städtischen Industriezentren. Diese Koalition trieb so unterschiedliche Reformprojekte wie Waisenhäuser, Kinderarbeitsschutzgesetze, Beihilfen für alleinstehende Mütter oder auch die Entwicklung der städtischen Kanalisation voran. Vor allem in kommunalen Körperschaften wie den Boards oder Departments of Public Welfare, die seit der Jahrhundertwende entstanden, sieht Katz deshalb auch die Ansätze einer übergeordneten,

---

9 *Michael B. Katz*, Poverty and Public Policy in American History, New York 1983; *ders.*, In the Shadow of the Poorhouse. A Social History of Welfare in America, New York 1986.

10 Vgl. *Rothman*, Discovery; *Gerald N. Grob*, Mental Institution in America. Social Policy to 1875, New York 1973; *ders.*, Mental Illness and American Society, 1875–1940, Princeton 1983; *ders.*, From Asylum to Community. Mental Health Policy in Modern America, Princeton 1991.

11 *Katz*, In the Shadow of the Poorhouse, S. 10. Vgl. auch *ders.*, Origins of the Institutional State, in: Marxist Perspectives 1, 1978, S. 6–22, wiederabgedruckt in: *Donald T. Critchlow/Ellis W. Hawley* (Hrsg.), Poverty and Public Policy in Modern America, Chicago 1989, S. 5–17.

versachlichten und neutralen Administration der Sozialleistungen. Außerdem schloß diese politische Koalition nach Katz nicht nur die sich rasch entwickelnden professionellen Standesorganisationen und technisch-wissenschaftlichen Experten mit ein, sondern wurde auch von einem großen Teil der Wirtschaft mitgetragen. Vor allem mit ihrer Hilfe konnte die Überzeugung überleben, daß die lokale Wohlfahrt weitgehend ohne die Hilfe der Landes- und erst recht der Bundesregierung auskommen konnte. Erst die Weltwirtschaftskrise löste diese Gewißheit auf.

Der moderne, halbfertige amerikanische Wohlfahrtsstaat ist denn auch nach Katz das Ergebnis des großen sozialpolitischen Sprungs nach vorne, den die Vereinigten Staaten unter dem New Deal taten. Die Expansion der Ausgaben, Programme und administrativen Fähigkeiten, die der New Deal sowohl auf der nationalen Ebene wie bei den Einzelstaaten und Kommunen bewirkte, hob aber die strukturellen Limitierungen der Sozialpolitik nicht auf. Die Sozialversicherung blieb lokal bezogen und tolerierte damit eine enorme Bandbreite in den Leistungen und in der Durchführung der Sozialprogramme. Auch hob sie, wie Katz betont, die archaische Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Empfängern nicht auf.

The Undeserving Poor, der dritte und abschließende Band von Katz' Trilogie, der die sozialpolitische Entwicklung zwischen Johnsons *Great Society* der Mitsechziger und Reagans Angriff auf den Wohlfahrtsstaat in den 1980er Jahren behandelt, repräsentiert am klarsten die Betroffenheit, von der aus seine Darstellung zu weit mehr als einer akademischen Übung wird.[12] Man muß Katz' Geistesgeschichte der sozialpolitischen Spaltung der amerikanischen Gesellschaft in den wohlhabenden, versorgten und versicherten Teil und den verarmenden und politisch abgeschriebenen Teil denn auch sowohl als ein Plädoyer als auch als eine Beschreibung der Möglichkeiten lesen, die einer aktiven Regierungspolitik bei der Bekämpfung von Armut und all ihren Folgeerscheinungen offenstehen. Dies ist eine politische Frage, die am Ende einzig von einer Entscheidung abhängig bleibt, die aus mehreren Alternativen auswählt. Für Katz bietet auch Amerikas »halbfertiger Sozialstaat« (*semi-welfare state*) ein ausreichendes und taugliches Instrumentarium an, um die verhängnisvolle Ausgrenzung der Armut zu verhindern.

IV. *The Transformation of Old Age Security* baut noch viel deutlicher als Katz' Trilogie auf einer neo-marxistischen Perspektive auf.[13] Obwohl sich Quadagnos Buch als eine historische Fallanalyse zur Geschichte der Alterversicherungssysteme gibt, will es die Autorin auch als einen umfassenden theoretischen Revisionsversuch zur Geschichte und Theorie des amerikanischen Sozialstaates verstanden wissen. Quadagno setzt sich dabei gegen diejenigen komparativen Theorien ab, die die Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates entweder als die natürliche Antwort auf den Aufstieg des Industriekapitalismus, als Reaktion auf die wachsende politische Stärke der Arbeiterbewegung oder aber als Resultat eines entwickelten Kapitalismus selbst sehen.[14] Dagegen betont Quadagno drei Faktoren, die nach ihrer Ansicht den amerikanischen Exzeptionalismus und seine relative Verspätung erklären: Die späte Organisation der Industriearbeiterschaft, die auch nach ihrem Scheitern in der Weltwirtschaftskrise anhaltende Bedeutung privater Sozialversicherungssysteme und das Nebeneinander zweier völlig unterschiedlicher, regional verankerter Wirt-

12 *Michael B. Katz*, The Undeserving Poor. From the War on Poverty to the War on Welfare, New York 1989.

13 *Jill Quadagno*, The Transformation of Old Age Security. Class and Politics in the American Welfare State, Chicago/London 1988.

14 Vgl. dazu ausführlicher oben S. 362 f.

schaftssysteme, nämlich des industrialisierenden Nordens und der Plantagenwirtschaft des Südens.[15]

Quadagno leitet aus dem weitgehenden Fehlen einer Massengewerkschaftsbewegung in den USA im 19. Jahrhundert zweierlei ab. Zum einen beraubte sich die Arbeiterbewegung damit in ihren Augen selbst des Instruments, das in einem massendemokratischen politischen System notwendig war, um sozialpolitische Forderungen effektiv vertreten zu können. Zum anderen erklärt die Facharbeiterstruktur der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung für Quadagno auch ihren voluntaristischen Antietatismus (oder mindestens ihr ambivalentes Verhältnis zum Staat). Für sie stellt sich nämlich diese Haltung als die politische Verlängerung ihres Kampfes um die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz dar, die von den Veränderungen in den Arbeitsprozessen selbst massiv bedroht waren. In der frühen Entwicklungsphase des amerikanischen Industriekapitalismus findet Quadagno die paternalistischen Aspekte der betrieblichen Sozialversicherung vorherrschend. Darin sieht sie die strukturelle wirtschaftliche Dominanz der klein- und mittelgroßen Betriebe reflektiert, in denen die Unternehmer weitgehend unabhängig wirtschafteten und nach eigenem Gutdünken herrschten. Versicherungsleistungen waren deshalb vor allem ein Mittel der Kontrolle, der Belohnung oder der Bestrafung. Erst mit dem Aufstieg des »Monopolkapitalismus« in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden diese bestrafenden Bestandteile der Sozialversicherung durch ein System von Anreizen ersetzt. Aus den beitragsfreien wurden beitragspflichtige Vergütungen. Dieses System aber wurde Quadagno zufolge nicht nur als Herzstück der modernen Betriebsführung und des Wohlfahrtskapitalismus verstanden, sondern sollte auch eine effiziente amerikanische Alternative zu den staatlichen Sozialprogrammen in Europa verkörpern.

Die *Social Security Act* von 1935, der eigentliche Fluchtpunkt von Quadagnos Darstellung, spiegelte für die Autorin vor allem die »monopolkapitalistischen« Interessen der großen Firmen wider, die damit dem unkoordinierten und stabilitätsgefährdenden Wettbewerbsverhalten der kleinen und mittleren Betriebe begegnen wollten. Konzipiert als Mittel gegen die hohe Fluktuation in den Belegschaften, sollte es die sozialpolitische Einbindung der Gewerkschaften und ein höheres Maß an wirtschaftlicher Kalkulierbarkeit ermöglichen helfen. Das Sozialgesetz war aber nicht, wie Quadagno unterstreicht, das einfache Produkt dieser Wirtschaftsinteressen, sondern repräsentierte einen von den Sozialversicherungsexperten in der Regierung eingeleiteten und sorgsam ausgehandelten politischen Kompromiß. Die betrieblichen Sozialversicherungssysteme wurden darin ausdrücklich zum Musterfall erklärt und ihre Leistungen mit den staatlichen verbunden (anstatt sie einfach zu verstaatlichen). Damit wurde ein entscheidender Beitrag zum Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit geleistet, diesem wesentlichen Ziel der Wirtschaftspolitik des New Deal. Der politische Kompromißcharakter der Gesetzgebung wird aber, so Quadagno, am nachdrücklichsten in den Lücken sichtbar, die das Gesetz bestehen ließ. Der Verzicht auf die Einbeziehung der Landarbeiter und Pächter sicherte die politische Unterstützung durch den Süden. Erst die forcierte Industrialisierung des Südens, der relative ökonomische Verfall der Plantagenwirtschaft, die fortschreitende Mechanisierung der Baumwollproduktion, die Bürgerrechtsbewegung und die institutionellen Reformen im Kongreß, die den disproportionalen Einfluß der Abgeordneten aus den Südstaaten im Kongreß beendeten, sorgten seit den 1950er Jahren dafür, daß heute knapp 93 % der Erwerbstätigen in der Rentenversicherung sind.

Die Kritik an Quadagnos Darstellung muß zuerst an diesem ökonomisch-regionalistischen Erklärungsmodell ansetzen. Denn, wie sie am Ende selbst bemerkt, für die These von

15 Vgl. dazu ausführlicher auch *Jill Quadagno*, Theories of the Welfare State, in: Annual Review of Sociology 13, 1987, S.109–128.

der ursprünglichen Obstruktionshaltung des Südens gegenüber der Sozialgesetzgebung lassen sich nur wenige historische Belege finden.[16] Außerdem bleibt für die Periode nach der Verabschiedung der *Social Security Act* festzustellen, daß die politische Koalition, die die Kritik an dem Gesetzeswerk trug, geographisch wesentlich breiter gestreut war, als dies Quadagnos Theorem impliziert. In ähnlicher Weise verkürzt ist auch Quadagnos Erklärung der Nachkriegsstrategien der gespaltenen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die Konzentration von der *American Federation of Labor* (AFL) und dem *Congress of Industrial Organization* (CIO) auf betriebliche Sozialprogramme war nicht nur eine Antwort auf die restriktive Politik des Kongresses nach 1944 oder auf die allgemeine politische Schwäche der Gewerkschaften, sondern sie wurde nicht zuletzt auch von gewichtigen Teilen der Regierung Truman selbst nach Kräften befördert. Eine solche komplementäre sozialpolitische Ausweitung der Tarifverhandlungen sollte helfen, den Druck auf die staatlichen Sozialleistungen zu mindern und die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu verbessern, die gerade nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Phase dramatisch zunehmender Konflikte eingetreten waren.[17]

Schließlich hat Quadagnos theoretischer Anspruch, über die historische Rekonstruktion eines wichtigen, gleichwohl in vieler Hinsicht sehr spezifischen Feldes der Sozialpolitik, nämlich der Rentenversicherung, zu einer allgemeinen Erklärung des amerikanischen Exzeptionalismus zu gelangen, keinen Bestand. Dies wird etwa deutlich, wenn man die Quellen nach der politischen Unterstützung durchforsten würde, die hinter der Einführung und späteren Ausweitung der Kinderhilfsprogramme stand. Dort würde man beispielsweise vergeblich nach jenen »Monopolkapitalisten« suchen, die in Quadagnos Modell eine so zentrale Rolle spielen. Und man müßte auch anerkennen, daß die regionalistischen Momente keine große Bedeutung hatten.

V. In welcher Weise sich eine paradigmatische (Rück)-Verschiebung des Themas Sozialstaat in die Hauptverlaufslinien der historischen Forschung in den USA andeutet, läßt sich am besten und am prägnantesten in Edward Berkowitz' Überblicksdarstellung erkennen.[18] Berkowitz' Geschichte des modernen amerikanischen Sozialstaates, den er mit der Einführung der Sozialversicherungsgesetze 1935 beginnen läßt, setzt sich bewußt und gezielt von einer Unterordnung dieses Gegenstandes unter die Geschichte von Klassen-, Geschlechts- oder Rassenbeziehungen ab. Statt dessen entsteht ein theoretisches Konzept, das im gleichen Maß von einer eigentümlichen Doppeldeutigkeit wie von einer methodologischen Verengung der Perspektive gekennzeichnet wird. Berkowitz stellt dazu programmatisch fest: »I believe the welfare state should be viewed both more broadly, as something that affects all of American society, and more narrowly, as a product of a constricted policy process that limits popular input.«[19]

Diese Konzentration auf die historische Analyse der politischen Prozesse, die im Zusammenhang mit der Herausbildung des modernen amerikanischen Wohlfahrtsstaates gesehen werden, wendet sich vor allem gegen drei prinzipielle Sichtweisen, die Berkowitz als *entwicklungsgeschichtliche* (»developmental«), als *sozialdemokratische* und als die der *Sozialkontrolle* bezeichnet. Die erste betrachtet die Herausbildung des modernen Wohl-

16 Vgl. auch *W. Andrew Achenbaum*, Social Security. Visions and Revisions, S. 201–203; *Edward Berkowitz/Kim McQuaid*, Creating the Welfare State. The Political Economy of Twentieth-Century Reform, 2. Aufl., New York 1988 (zuerst 1980), S. 121–125.

17 Vgl. *Beth Stevens*, Labor Unions, Employee Benefits, and the Privatization of the American Welfare State, in: Journal of Policy History 2, 1990, S. 233–260, insb. S. 248–254.

18 *Edward D. Berkowitz*, America's Welfare State. From Roosevelt to Reagan, Baltimore/London 1991.

19 Ebd., S. XI.

fahrtsstaates als das Resultat einer natürlichen Modernisierung der industriekapitalistischen Gesellschaften. Der Staat zwingt danach die Arbeitnehmer, sich gegen die steigenden Risiken von Unfall und Altersversorgung zu versichern, die sich parallel zur wachsenden Industrialisierung entwickeln. Der Begriff Wohlfahrtsstaat fällt hier mit dem Prinzip einer allgemeinen, staatlich organisierten und garantierten Versicherung gegen die Risiken industrieller Lohnarbeit zusammen.[20] Die zweite Sicht weist der organisierten Arbeiterschaft die Schlüsselrolle bei dieser Entwicklung zu. Ihre erfolgreiche Mobilisierung zwingt dem Kapital den Sozialstaat gleichsam von unten ab.[21] In der dritten Perspektive schließlich wird der moderne amerikanische Wohlfahrtsstaat zu einem Instrument der Befriedung und der sozialen Kontrolle (und letztlich zu einem besonders ausgeklügelten System von Herrschaft) erklärt, mit deren Hilfe die Kapitalisten im Verein mit der politischen Führungselite den sozialen Frieden und das politische Einverständnis der Arbeiterschaft erkaufen.[22]

Berkowitz lehnt, in Anlehnung an Daniel Levines vergleichende Studien, sowohl die mechanistische These von der Naturnotwendigkeit und Unvermeidbarkeit des modernen amerikanischen Wohlfahrtsstaates wie auch die Ableitung seiner Entstehung und Entwicklung aus basisdemokratischen Bewegungen und Forderungen aus der Bevölkerung ab. Der Behauptung von der sozial-kontrollierenden Funktionalisierung der Sozialpolitik hält er die Beobachtung entgegen, daß die größte Expansion sozialpolitischer Programme in den USA in Zeiten wirtschaftlicher Booms erfolgten, in ihren größten Teilen nicht als Antwort auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes taugten und schließlich in dem Maße eher Unzufriedenheiten als Zufriedenheit hervorriefen, als sich mit ihnen neue Erwartungen verknüpften.[23]

Statt dessen stellt Berkowitz die Feststellung des Politologen Theodore Lowi an den Ausgangspunkt seiner Überlegungen: »Policy determines politics.« Bezogen auf die Sozialpolitik heißt dies für ihn, daß sich die Auseinandersetzungen zuerst und vor allem auf die politischen Programme beziehen, die ihnen vorausgingen, genauer: auf ihre kritisierten Unzulänglichkeiten. Das bedeutet auch, daß ihre Entstehung und Entwicklung als das Produkt eines komplizierten Prozesses verstanden werden müssen, der nur sehr bedingt einer ursprünglichen Logik gehorcht, dafür aber später um so mehr einer eigenen Entwicklungslogik und unabhängigen Gesetzen folgt.

Berkowitz' historische Perspektive rückt zu Anfang den Stellenwert der *Social Security Act* von 1935 in ein anderes Licht, und zwar in doppelter Weise: Einerseits folgt er den traditionellen Beurteilungen, die den epochalen Charakter dieser zentralen Sozialreformge-

---

20 Vgl. dazu die in Anm. 1 angegebene Literatur.

21 Vgl. etwa *Art Preis*, Labor's Giant Step. Twenty Years of the CIO, New York 1964; *Irving Bernstein*, Turbulent Years. A History of the American Worker, 1933–1941, Boston 1969; *Rhonda F. Levine*, Class Struggle and the New Deal, Lawrence 1988; *Marvin E. Gettleman*, Charity and Social Classes in the United States, 1874–1900, in: American Journal of Economics and Sociology 22, 1963, S. 313–331, S. 417–427.

22 Vgl. *James Weinstein*, The Corporate Ideal and the Liberal State, 1900–1918, Boston 1968; *David J. Rothman*, The Discovery of the Asylum. Social Order and Disorder in the New Republic, Boston 1971; *Frances F. Piven/Richard A. Cloward*, Regulating the Poor. The Functions of Social Welfare, New York 1971; *Lois Banner*, Religious Benevolence as Social Control. A Critique of an Interpretation, in: Journal of American History 60, 1973, S. 23–41; *William A. Muraskin*, The Social Control Theory in American History. A Critique, in: Journal of Social History 9, 1976, S. 559–570; *Walter I. Trattner* (Hrsg.), Social Welfare or Social Control?, Knoxville 1983.

23 Vgl. auch *Michael Shalev*, The Social Democratic Model and Beyond. Two Generations of Comparative Research on the Welfare State, in: Comparative Social Research 6, 1983, S. 315–351.

setzgebung des New Deal betonen. Das Gesetz brach mit den gut dreihundertjährigen Prinzipien der lokal verwalteten, föderalistisch abgesicherten Armenfürsorge, bei der vor Ort entschieden wurde, ob Bedürftige Leistungen verdient hatten. Diese Entscheidung war grundsätzlich an eine Mindestwohndauer gekoppelt. Die Leistungen wurden sowohl in Form von Essen und Unterkunft wie auch in bar erbracht. Nach 1935 waren diese Ansprüche objektiviert, das heißt, sie wurden an die Lebensarbeitszeit, an nationale Standards und an eine unabhängige Verwaltung gebunden. Auf der anderen Seite sicherte das Festhalten am Prinzip der Sozialversicherung und die Betonung der Rehabilitation, daß sich weder ein allgemeiner und lückenloser Anspruch auf staatliche Sozialleistungen entwickeln konnte noch die strikte Bindung an die Lohnarbeit aufgegeben wurde. In diesen beiden zentralen Punkten lebt aber, wie Berkowitz unterstreicht, die Sozialpolitk des 19. Jahrhunderts bis heute ungebrochen fort.

Berkowitz' Darstellung ist triadisch organisiert. Er variiert sein Thema »Von der Krise über den Konsens zur neuen Krise der Sozialpolitik« anhand der exemplarischen Behandlung dreier zentraler Bereiche der Sozialpolitik: der Sozialversicherung, der Sozialfürsorge und der Krankenversicherung. Dabei arbeitet er drei prinzipielle Gemeinsamkeiten in der sozialpolitischen Entwicklung heraus. Erstens betont er die durchgängige Wichtigkeit, die die wechselnden Koalitionen von Sozialreformern auf der einen und professionellen Experten auf der anderen Seite für die Herausbildung dieser drei Säulen des amerikanischen Sozialstaates hatten – und zwar in positiver wie negativer Hinsicht. Berkowitz mißt deshalb mächtigen und einflußreichen Individuen wieder eine zentrale Bedeutung bei, angefangen von Franklin Roosevelt und seiner Arbeitsministerin Frances Perkins bis hin zu zeitgenössischen Sozialpolitikern wie Wilbur Cohen und Daniel Moynihan. Perkins, Cohen und Moynihan stehen hierbei stellvertretend für das Muster einer zunehmenden Professionalisierung in der Sozialpolitik, die bis in die Vorgeschichte der Rooseveltschen Sozialgesetze zurückreicht und deren typisches Merkmal der stete Wechsel zwischen akademischen und administrativen Berufskarrieren ist, die sich gegenseitig speisen.

Berkowitz veranschaulicht an einer erstaunlichen Vielzahl von solchen Biographien nicht nur das große Maß an personeller Kontinuität und Persistenz einer sozialpolitischen Elite, sondern er veranschaulicht auch das Auf und Ab der politischen Auseinandersetzungen über die Sozialpolitik. Dabei macht er deutlich, daß die wissenschaftlichen und bürokratischen Experten nur in der ersten Phase, d. h. bei der Einführung der Sozialgesetze 1935 einen relativ hohen Grad von Unabhängigkeit und Eigengewicht besaßen. Sowohl in der Nachkriegszeit als auch in den 1970er und 1980er Jahren reflektierten sie allgemeiner angelegte gesellschaftliche und politische Tendenzen. Von 1945 bis zum Ende der 1960er Jahre bedeutete dies, daß sie sich in einem breiten Konsens aufgehoben sahen, der vor dem Hintergrund einer beinahe ungebrochenen wirtschaftlichen Expansion die Überwindung der Armut und der Risiken von Krankheit und Alter für möglich und machbar hielt. Nach 1970 aber hieß dies zunehmend, daß mit der akuten Finanzkrise in allen drei Programmbereichen der politische Generationenvertrag gefährdet schien, der weite Teile der Sozial-, Fürsorge- und Krankenversicherungsleistungen trug. Gleichzeitig brachen, wie Berkowitz betont, unter den wissenschaftlichen und politischen Experten immer härtere Meinungsverschiedenheiten darüber aus, ob dieses System nicht an seinen prinzipiellen Widersprüchen scheitern *mußte* (wie die wachsende Zahl seiner konservativen Kritiker nicht müde wurde anzumahnen), wenn man sich nicht zu einer radikalen Reform zugunsten einer strikt interpretierten Bedürftigkeit und einer Stärkung der Anreize zur Arbeit entschloß (»workfare« statt »welfare«). Nun erschien, wie Berkowitz zeigt, die ursprüngliche Koppelung der Programme an ein stetiges Wirtschaftswachstum als fahrlässig und naiv, ihre expansive Klientelwirtschaft als gefährlicher Wildwuchs und ihre wirklichkeitsfremde Ignoranz gegenüber einer »Kultur der Armut«, die sich als unempfindlich und unempfänglich gegenüber den staatlichen Reformversuchen erwies, als grundsätzliche Belastung, die auch

die gesunden Teile des Sozialversicherungssystems in den Abyssus der nicht mehr zu finanzierenden Kostenexplosion führen mußten.[24]

Die zweite Gemeinsamkeit, die Berkowitz bei der Entwicklung dieser drei Bereiche in der Sozialpolitik entdeckt, liegt in den wiederholten – und gleichbleibend erfolglosen – Versuchen, die Sozialgesetzgebung des Landes mit einem großen und umfassenden Konzept von Grund auf zu sanieren. Dabei blieben beide Seiten gleichermaßen erfolglos: Den liberalen Linken gelang es nicht, die soziale Sicherheit zu einem Angebot für alle Teile der Bevölkerung auszuweiten. Und die konservative Rechte ließ auch unter den vermeintlich günstigen politischen Bedingungen während der Ära Reagan die Kernbestandteile des Systems sozialer Sicherheiten intakt. Schließlich sieht Berkowitz bei allen Programmen das gemeinsame Merkmal eines sich selbst erhaltenden und vorantreibenden Prozesses, mit Administratoren, Sozialexperten und dem Kongreß als den hauptsächlichen Akteuren, die durch das stetige Wachstum und die Ausweitung der Leistungsangebote dafür sorgten, daß diese Programme eine erstaunliche Widerstandskraft gegenüber radikalen Reformversuchen entwickelten.

VI. Wie weit die politisch unbeabsichtigten Konsequenzen etablierter Sozialprogramme reichen können, wird besonders in Andrew Achenbaums Beitrag zu dem Band *Social Security: The First Half-Century* deutlich. Achenbaums Rekonstruktion der normativen Debatte über die Grundlagen und die Entwicklung der Sozialversicherungsprogramme in den USA gelangt zu einem scheinbar paradoxen Befund. Während die politisch-administrativen Ursprünge des Gesetzes relativ konstant blieben und weiterhin das Prinzip galt, Versicherung als den durch die Teilnahme am Arbeitsprozeß erwirtschafteten Schutz vor Not zu verstehen, näherten sich die politischen, ökonomischen und kulturellen Vorannahmen nach 1945 unter den Bedingungen einer beispiellos langen Periode wirtschaftlicher Prosperität dem Grundsatz der staatlich garantierten sozialen Grundversicherung an. Dieser grundsätzliche Wertewandel war nicht zuletzt das Ergebnis der sukzessiven Ausweitung der Sozialleistungen, in deren Folge sich vor allem ein anderes Verständnis über Rechte und Verantwortlichkeiten entwickelte. Aus den Rechten wurden gesetzlich verbürgte Ansprüche, deren Formulierung und Durchsetzung von einer Mischung aus traditioneller kongressionaler Klientelwirtschaft und Grundsatzentscheidungen des Obersten Gerichtshofes getragen wurden. Dieser gewachsene Konflikt zwischen dem ursprünglichen, weiterhin gültigen normativen Prinzip des erarbeiteten Versicherungsschutzes und den gewachsenen Forderungen nach einem allgemeinen, staatlich garantierten Schutz vor den Risiken von Krankheit, Unfall und Alter erklärt nach Achenbaum die Widersprüche und Unklarheiten, die die Entwicklung der Programme bis in die Gegenwart begleiteten.[25]

---

24 Vgl. neben Murray und Gilder etwa *Nathan Glazer*, The Limits of Social Policy, Cambridge/London 1988; *Andrew Hacker*, »Welfare«. The Future of an Illusion, in: *Michael K. Brown* (Hrsg.), Remaking the Welfare State. Retrenchment and Social Policy in America and Europe, Philadelphia 1988, S. 290–307.

25 *W. Andrew Achenbaum*, Social Security's Three R's, in: *Gerald D. Nash/Noel H. Pugach/Richard F. Tomasson* (Hrsg.), Social Security. The First Half-Century, Albuquerque 1988, S. 113–144. Vgl. dagegen aber *G. John Ikenberry/Theda Skocpol*, Expanding Social Benefits. The Role of Social Security, in: Politcal Science Quarterly 102, 1987, S. 389–416. Vgl. auch *Charles Lockhart*, Gaining Ground. Tailoring Social Programs to American Values, Berkeley etc. 1989, für eine umfassende Diskussion der Verbindungen zwischen politischer Kultur und Sozialstaat in den USA. *Lawrence M. Mead*, Beyond Entitlement. The Social Obligations of Citizenship, New York 1985, ist ein Beispiel für die Weiterführung dieser Diskussion in den Bereich der Demokratietheorie. *Gaston V. Rimlinger*, Capitalism and Human Rights, in: Daedalus 112, 1983, S. 51–79.

Achenbaum konkretisiert und veranschaulicht diese Überlegungen in seiner Untersuchung der staatlichen Rentenpolitik in seinem Beitrag zu *Federal Social Policy: The Historical Dimension*. Staatliche Sozialprogramme bereiteten hier in seinen Augen den Boden, auf dem sich erst eine Vielzahl von – am Ende äußerst einflußreichen – staatlichen Behörden und Interessengruppen bilden konnten. Medicare und Medicaid symbolisieren diese Entwicklung für Achenbaum am eindrücklichsten. An ihrem Beispiel macht er aber auch klar, wie stark die voluntaristischen, individualistischen und anti-etatistischen Traditionen waren, die für den nur schrittweisen Ausbau der Sozialgesetze und für ihre Lücken verantwortlich blieben. Achenbaum votiert vor diesem Hintergrund deshalb am Ende für die Fortschreibung des Modernisierungsmodells hin zu einem Entwicklungsmodell als dem theoretischen Kern des modernen amerikanischen Nationalstaates. Letzteres vermeide und überwinde die teleologischen und deterministischen Nachteile der Modernisierungstheorie und vermittle darüber hinaus eine Einsicht in das Problem, wie vergangene Entscheidungen zukünftige Optionen beeinflußt haben, ohne die unerwarteten und oftmals kontraproduktiven Konsequenzen aus den Augen zu verlieren, die die Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik für Achenbaum zu allen Zeiten und in all ihren Teilen auszeichnet.[26]

In Achenbaums Beiträgen lassen sich einige der wesentlichen theoretischen und inhaltlichen Kennzeichen wiederfinden, die die verschiedenen Arbeiten verbinden und zusammenhalten sollen, die sich unter dem Stichwort der *historical studies of public policies* gemeinsam anordnen. *Federal Social Policy* kann als ein historiographisches Wegzeichen verstanden werden, mit dem diese Historiker begannen, ein knappes Vierteljahrhundert ökonomisch, soziologisch und politologisch dominierter Arbeiten zur *Public Policy* mit den theoretischen wie praktischen Dimensionen von Zeit und Wandel zu versehen. Neben der Veröffentlichung dieses Buches versuchten sie mit der Herausgabe des *Journal of Policy History* ein weiteres Zeichen dafür zu setzen, daß sich hier eine gesonderte, theoretisch und methodologisch abgesicherte professionelle Identität zu bilden begann, die die historische Analyse politischer Programme, Institutionen oder Organisationen als einen originären Beitrag zur policy-Forschung verstanden wissen und forcieren wollte. *Federal Social Policy* bietet also deshalb auch Aufschlüsse darüber, welche Merkmale dieses Unternehmen kennzeichnen und welche Aussichten man ihm einräumen kann. Eine abschließende Antwort fällt in beiderlei Hinsicht nicht leicht. Dies läßt sich nicht nur darauf zurückführen, daß der disziplinäre Klärungs- und Definitionsprozeß der *historical studies of public policies* naturgemäß noch in seinen Anfängen steckt, obwohl, wie Robert Kelley in seinem Vorwort bemerkt, *public history* seit den Tagen des Thukydides ein zentraler Bestandteil historischer Arbeiten ist.[27] Aber aus dieser Selbstverständlichkeit erwuchsen erst Ende der 1970er

26 *W. Andrew Achenbaum*, Reconstructing the History of Federal Policies Toward the Aged Since 1920, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 35–53, Zitate S. 50; vgl. weiter *Jill Quadagno*, Generational Equity and the Politics of the Welfare State, in: Politics & Society 17, 1989, S. 353–376, die den Erfolg der konservativen Interessengruppe »Americans for Generational Equity« (AGE) beschreibt bei der Einführung des Konzeptes der intergenerationalen Ungleichheit als eines Kampfbegriffes gegen die staatlichen Rentenversicherungsprogramme.

27 Kelley leitet das einzige Zentrum für die historische Analyse von public policies, das Graduate Program in Public Historical Studies an der University of California, Santa Barbara. Vgl. *ders.*, Public History. Its Origins, Nature, and Prospects, in: Public Historian 1, 1978, S. 5–22. Ein anschauliches praktisches Beispiel für die Anwendung historischer Analyse in der sozialpolitischen Diskussion liefert *John Demos*, History and the Formation of Social Policy toward Children. A Case Study, in: *David J. Rothman/Stanton Wheeler* (Hrsg.), Social History and Social Policy, New York 1981, S. 301–324; vgl. auch *W. Andrew Achenbaum*, Politics, Power, and Problems. Perspectives on Writing Policy History, in: Journal of Policy History 1, 1989, S. 206–231.

Jahre die Wurzeln eines kollektiven Selbstbewußtseins, das den Prozeß der Entstehung, Formulierung und Durchführung von public policies zu einem zentralen Gegenstand historischer Analyse machen wollte. Die Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik ist dabei zwar nicht das einzige Thema, aber sie nimmt doch einen auffällig breiten Raum ein. Eine naheliegende und offensichtliche Erklärung hierfür liegt in der engen Verbindung, die zwischen der Ausweitung der sozialpolitischen Aufgaben der Bundesregierung und dem Wachstum der Regierungsbürokratien gesehen wird. Hier vor allem, in seiner bürokratisierten Gestalt, begegnet man der materiellen Verkörperung jenes theoretischen Konzeptes, das, wie Kelley anmerkt, die verschiedenen Arbeiten und Ansätze verbindet und zusammenhält: dem Staat.[28] In den drei Fallstudien, die der Entwicklung des Staates in der Sozialpolitik nachgehen, kommt dieses Konzept aber bezeichnenderweise nur teilweise zum Tragen. Judith Sealander etwa sieht nicht den Staat, sondern ein durch den Eintritt von Millionen von Frauen in den Arbeitsmarkt der Nachkriegszeit hervorgerufenes »soziales Klima« als den wesentlichen Grund für die Veränderungen an, mit der die Bundespolitik die rechtliche und ökonomische Gleichstellung der Frau vorantrieb. Die Abhängigkeit dieser politischen Erfolge und der bürokratischen Strukturen, die ihre Festschreibung garantieren sollen, von einer solch breit angelegten sozio-kulturellen Einstellung, erklärt aber auch, so Sealander, ihren temporären Charakter. Mit der Arbeitsmarktkrise Ende der 1970er Jahre geriet auch das Projekt der wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation der Frau in die Krise, wie die Debatten um die Lohngleichheit oder um das Abtreibungsrecht in ihren Augen zeigen.[29]

Brian Baloghs Untersuchung des leitenden Gremiums unter der *Social Security Act*, des *Social Security Board* (SSB), wendet das Theorem von der relativen Autonomie des Staates und seiner administrativen Institutionen am explizitesten an. Bei Balogh kommt den drei Sozialexperten, die den unabhängigen Aufsichtsrat besetzten, der über die Durchführung der Sozialprogramme zu wachen hatte, die zentrale Rolle bei der Sicherung und dem Ausbau der Leistungen zu. Die politisch erfahrenen wissenschaftlichen und technischen Experten verstanden von Anfang an, so Balogh, daß der Erfolg der Sozialgesetzgebung von ihrer Fähigkeit abhing, sich eine breit angelegte politische Unterstützung zu sichern, und zwar sowohl im Kongreß als auch in der Öffentlichkeit.

Folgerichtig entwickelte sich der SSB denn auch schnell zu einem effektiven politischen Instrument, das eine umfassende Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in Gang setzte und eng mit organisierten Interessengruppen zusammenarbeitete. Es waren deshalb vor allem diese politischen – und weniger bloße administrative – Fähigkeiten, die dafür sorgten, daß sowohl das Programm als auch der SSB die konservativen Angriffe überlebten, die andere sozialpolitische Projekte des New Deal stark beschnitten oder sogar ganz abgeschaft hatten. Dieser Erfolg war aber nicht zuletzt auch abhängig, wie Balogh betont, von dem Eindruck der unparteiischen Effizienz, den der SSB verbreitete und besonders gegenüber dem Kongreß gezielt förderte. Auch die politisch-rhetorische wie programmatische Konzentration auf die Idee der beitragspflichtigen und sich selbst finanzierenden Sozialversicherung (statt eines allgemeinen und umfassenden Wohlfahrts-Konzeptes) half dem SSB über die frühen politischen Krisen hinweg, weil damit seinen Bemühungen nicht das Odium öffentlicher Almosendienste anhing.[30]

---

28 Zu den Zusammenhängen zwischen der Sozialpolitik und dem Wachstum staatlicher Kapzität vgl. *Robert Higgs*, Crisis and Leviathan. Critical Episodes in the Growth of American Government, Oxford etc. 1987, S. 3–34; *William D. Berry/David Lowery*, Understanding United States Government Growth. An Empirical Analysis of the Postwar Era, New York etc. 1987, S. 181–190.

29 *Judith Sealander*, Moving Painfully and Uncertainly. Policy Formation and »Women's Issues,« 1940–1980, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 79–96.

30 *Brian Balogh*, Securing Support. The Emergence of the Social Security Board as a Political Actor,

Der Übergang von diesen Einzelstudien zu den übergreifenden Abhandlungen über den historischen und institutionellen Kontext des liberalen amerikanischen Staates des 19. und 20. Jahrhunderts, der in den Essays von Morton Keller, Ellis Hawley, Jack Walker und Edward Berkowitz nachgezeichnet wird, wirkt eher unvermittelt. Am ehesten gelingt diese Verbindung noch in Berkowitz' Essay, in dem die historische Analyse des modernen amerikanischen Sozialstaates zur Vorbedingung seines angemessenen Verständnisses erklärt wird. Denn, so erklärt der Autor, in der amerikanischen Sozialpolitik der Gegenwart leben die Sozialprogramme aus verschiedenen historischen Epochen fort. Berkowitz betont, daß bei der dreigeteilten Untersuchung der Verabschiedung, der Implementierung und der Modifizierung der Sozialprogramme die Einflüsse herausgearbeitet werden müssen, mit denen das dezentralisierte und föderalistische System der Gewaltenteilung diese Programme auf allen Etappen ihrer Entwicklung abändert. Daraus folgt für ihn auch, daß bei der historischen Analyse der amerikanischen Sozialpolitik keinesfalls der Staat mit der Präsidentschaft oder mit der Regierungsbürokratie gleichgesetzt werden darf.[31]

Berkowitz' Plädoyer für eine betonte Unterscheidung des amerikanischen Sozialstaates des 19. Jahrhunderts von dem des zwanzigsten wird von Keller mit Hilfe von Burnhams Diktum radikalisiert: »The chief distinguishing characteristic of the American political system before 1861 is that *there was no state.*« Auch nach dem Bürgerkrieg, so stellt Keller fest, waren es nicht der Nationalstaat, Sozialreformer oder Bürokratien, die die Sozialpolitik definierten und durchführten. Vielmehr bestimmten Politiker und die Parteiapparate in den Städten die Agenda der sozialen Fragen. Und die Rechtsprechung tat das ihre, für ein hochgradig dezentralisiertes System von mehreren *commonwealths* zu sorgen, die die nationale Regierung in diesen Fragen überflüssig machten und die mit Hilfe des Kongresses eifersüchtig darüber wachten, daß diese Vorrechte gewahrt blieben.[32] Deshalb kommt Keller zu dem Schluß: »[. . .] it may be questioned whether so varied, decentralized, and responsive rather than initiatory a structure of politics and government may be called a ›state‹ – any more than the mass of American laborers, so divided by ethnicity, religion, region, and culture, may usefully be called a ›class‹.«[33]

Für Keller sind es denn auch nicht die klassenbezogenen sozialen Fragen, die die sozialpolitischen Diskussionen des frühen 20. Jahrhunderts bestimmten, sondern die ethno-kulturellen, z. B. Prohibition und Immigration, beides direkte Abkömmlinge einer öffentlichen politischen Kultur, die gerade nicht durch die politische Ökonomie des Industriekapitalismus geprägt war. In diesem Sinne vererbte ein langes 19. Jahrhundert dem modernen amerikanischen Staat eine Staatslosigkeit, in der die Infrastruktur der Moderne unter der Aufsicht einer politischen Gesellschaft stand, die durch lokale Parteistrukturen dominiert wurde und in den Bundesstaaten dezentralistisch verankert war.[34]

1935–1939, in: Ebd., S. 55–78. Ähnlich und bezogen auf einen größeren Zeitraum argumentieren *Marta Derthick*, Policymaking for Social Security, Washington 1979; *Jerry R. Cates*, Insuring Inequality. Administrative Leadership in Social Security, 1935–1954, Ann Arbor 1983.

31 *Edward D. Berkowitz*, Social Welfare and the American State, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 171–200.

32 Vgl. *Terrence J. McDonald*, The Burdens of Urban History. The Theory of the State in Recent American Social History, in: Studies in American Political Development 3, 1989, S. 3–29, und den Kommentar von *Ira Katznelson*, in: Ebd., S. 30–51.

33 *Morton Keller*, Social Policy in Nineteenth–Century America, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 99–114, hier S. 109. Vgl. auch *Robert Harrison*, The »Weakened Spring of Government« Revisited. The Growth of Federal Power in the Late Nineteenth Century, in: *Rhodri Jeffreys-Jones/Bruce Collins* (Hrsg.), The Growth of Federal Power in American History, DeKalb 1983, S. 62–75.

34 *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 113.

Hawleys Erklärung für die Ausweitung der Sphäre nationalstaatlicher Politik im 20. Jahrhundert konzentriert sich dagegen auf die Funktion des modernen Staates als Mittler zwischen den öffentlichen Wohlfahrtsinteressen und den privaten Wirtschaftsinteressen. Bei dieser Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt kommt den verantwortlichen Administratoren die entscheidende Rolle zu. Hawley sieht diese Administratoren aber nicht allein durch die Regime-Imperative des modernen, liberalkapitalistischen Staates bestimmt, sondern er versteht sie ausdrücklich als politische Akteure, deren Handeln darauf gerichtet ist, politische Legitimität für Programme zu sichern, die weder dem Prinzip der unbeschränkten staatlichen Autorität noch dem der grenzenlosen wirtschaftlichen Freiheit genügen konnten. Von hier aus, so Hawley, werden zum einen die zahllosen privat-öffentlichen, subnationalen und administrativen Arrangements verständlich, die den Ausbau des amerikanischen Sozialstaates im 20. Jahrhundert kennzeichneten. Und zum anderen geraten auch die vielfältigen kulturellen und strukturellen Hindernisse und Begrenzungen in den Blick, die diesen Aufbau begleiteten und die nicht zuletzt auch die Vorbehalte eben dieser Offiziellen reflektierten, die diese selbst gegenüber der Stärkung der administrativen Kapazitäten des Zentralstaates hatten. Hier aber sieht Hawley dann auch die Notwendigkeit begründet, diese Form der politischen Geschichte mit einer sozialgeschichtlichen Analyse zu verbinden, um die anti-etatistischen Traditionen aus einer prosopographisch isolierten Sichtweise herauszuheben.[35]

Quer zu allen Krisenanalysen, die das zeitgenössische politische System in den USA beschreiben, legt sich schließlich Walkers Beitrag. Walker wertet die vorgebliche Schwächung des amerikanischen Parteiensystems durch das wuchernde Wachstum von wohl organisierten Interessengruppen als ein Zeichen der Stärke. Weder sieht er die Parteien unter der Last der Interessengruppen zusammenbrechen, noch empfindet er diese Form der politischen Organisation als das Signum eines zunehmend undemokratischen politischen Prozesses. Im Gegenteil! Für Walker stehen diese Gruppen stellvertretend für die Ausweitung der politischen Partizipation, in der die Regierung mit so unterschiedlichen Gruppen wie privaten Stiftungen, den Kirchen, Wirtschaftsunternehmen oder den Gewerkschaften um die Ausformulierung politischer Programme wetteifern muß. Viele dieser Programme wurden von oben initiiert, wie Walker betont, mit der *Social Security Act* von 1935 als der wichtigsten Station der staatlichen Bemühungen um die Repräsentation öffentlicher Interessen durch organisierte Vertretungen. Seit den 1950er Jahren und mit der konservativen Gegenmobilisierung seit den 1970er Jahren traten immer mehr Bürgerbewegungen dazu, die allesamt in Walkers Augen das Parteisystem ergänzen und dazu beitragen, das politische System in Amerika besser an Bedingungen anzupassen, in denen demokratische Autorität und Führung immer weniger auf dem Boden festgefügter ideologischer Loyalitäten begründet werden kann. Dieses höhere Niveau politischer Partizipation ist nach Walker schließlich auch für die bemerkenswerte politische Stabilität in den Vereinigten Staaten verantwortlich: »Given the extreme disparities of wealth and status in the United States, it is remarkable that the level of revolutionary terrorism is as low as it is. [. . .] it is a remarkable political achievement that there are only rare instances of persistent internal war. There are many reasons for America's political stability, most of which have little or nothing to do with its system of government, but surely part of the explanation must be found in its permeable political institutions.«[36]

35 *Ellis W. Hawley*, Social Policy and the Liberal State in Twentieth-Century America, in: Ebd., S. 117–139. Hawley führt seine Analyse des Anti-Etatismus und des Anti-Bürokratismus weiter aus, in: *Ders.*, The New Deal State and the Anti-Bureaucratic Tradition, in: *Robert Eden* (Hrsg.), The New Deal and Its Legacy. Critique and Reappraisal, New York etc. 1989, S. 77–92.

36 *Jack L. Walker*, Interests, Political Parties, and Policy Formation in American Democracy, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 141–170.

VII. Die Erwartungen, die sich mit einer vergleichenden Darstellung der Geschichte der amerikanischen Wohlfahrts- und Sozialpolitik verbinden, zielen gewöhnlich auf zwei Bereiche: Zum einen kann man eine bessere und kritischere Bewertung der Besonderheiten und Gemeinsamkeiten in der nationalen Entwicklung erwarten. Zum anderen erscheint ein höheres Maß an Verallgemeinerung und Theoriebildung möglich. Levines *Poverty and Society* enttäuscht solche Erwartungen in beiderlei Hinsicht. Insofern hält das Buch nicht, was es im Untertitel verspricht.[36a] Denn es ist weniger ein Vergleich, der hier vorgenommen wird, als eine Addition von nationalen Sonderwegen, die Levine anbietet. Dies entspringt und entspricht seiner eingangs formulierten Überzeugung, nach der es der Geschichtswissenschaft gerade nicht um die Verallgemeinerung als Ziel, sondern um das Herausarbeiten des Besonderen gehen muß. Was aber gewinnt man dann mit dem Versuch, vier Entwicklungsgeschichten – teilweise verbunden, teilweise unverbunden – in der Zusammenschau zu präsentieren, um damit den amerikanischen Fall zu erhellen? Levines Synopsis gibt darauf vor allem in ihren inhaltlichen und theoretischen Problemen eine möglicherweise nützliche Antwort.

Zunächst einmal bleibt allerdings festzuhalten, daß *Poverty and Society* in der Tat eine der wichtigsten Fragen thematisert, die bei vielen Versuchen der historiographischen Rekonstruktion der amerikanischen Sozialpolitik offen bleiben. Dieses Defizit resultiert nicht zuletzt daraus, daß vielfach implizit komparative Feststellungen und Analysen betrieben werden, ohne daß man sich tatsächlich der Mühe einer vergleichenden Betrachtung unterzieht. Dabei sind solche übergreifenden, transnationalen Perspektiven in ungezählten Einschätzungen des Sonderfalls Amerika anzutreffen. Auf der Suche nach den Ursachen des amerikanischen Sonderwegs in die moderne Sozialstaatlichkeit reichen die Antworten von den anti-feudalen revolutionären Ursprüngen über die politische Gleichberechtigung (abzüglich solcher »Minderheiten« wie Frauen und Schwarzen) bis hin zu einem relativen sozialen Egalitarismus, der von einer stark individualistisch und anti-autoritär geprägten Kultur getragen wird.[37]

Levine bietet nun auf der Basis von vier Länderuntersuchungen die Möglichkeit einer Einschätzung von Vergleichbarkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschieden in der Entwicklung des amerikanischen Sozialstaates an. Verglichen wird dieser mit seinem deutschen, englischen und dänischen Gegenüber. Im Sinne der *intellectual history*[38] geht es Levine um die Wahrnehmungen, Sichtweisen und Ideen derjenigen Frauen und Männer, die die Sozialgesetzgebung in diesen Ländern dominierten. (S. 3) Indem er diese Studie damit metho-

36a *Daniel Levine*, Poverty and Society: The Growth of the American Welfare State in International Comparison, New Brunswick 1988.

37 Loci Classici sind neben Hartz' Liberal Tradition *Daniel Boorstin*, The Genius of American Politics, Chicago 1953; *David M. Potter*, People of Plenty, Chicago 1954; *Richard Hofstadter*, The American Political Tradition and the Men Who Made It, New York 1948; *Samuel P. Huntington*, American Politics. The Promise of Disharmony, Cambridge 1981. Vgl. dazu die Diskussion: *Daniel Bell*, American Exceptionalism Revisited. The Role of Civil Society, in: Public Interest 95, 1989, S. 38–56; *J. David Greenstone*, Political Culture and American Political Development. Liberty, Union, and the Liberal Bipolarity, in: Studies in American Political Development 1, 1986, S. 1–49; *ders.*, The Transient and Permanent in American Politics, in: *Ders.* (Hrsg.), Public Values and Private Power in American Politics, Chicago 1982, S. 3–33.

38 Dieser Begriff ist mit dem deutschen Ausdruck Geistesgeschichte nur sehr unzureichend übersetzt und wird im folgenden deshalb weiter im Original benutzt werden. Zu den definitorischen Fragen dieses Begriffs vgl. *John Higham/Paul K. Conkin* (Hrsg.), New Directions in American Intellectual History, Baltimore 1979, insb. S. 58–63; *Dominick La Capra/Steven Kaplan* (Hrsg.), Modern European Intellectual History. Reappraisals and New Perpectives, Ithaca 1982 (dt. Frankfurt/Main 1989), insb. S. 98–106.

dologisch und epistemologisch als ein geisteswissenschaftliches – und nicht so sehr als ein sozialwissenschaftliches – Unternehmen ausweist, erhebt er denn auch nicht die Erklärung, sondern das Verstehen zu seinem Programm. (S. 2) Das Ergebnis ist, wie Levine unterstreicht, eine Bestätigung und eine sozialpolitische Anreicherung der nationalen Eigenheiten, die die Begriffe Deutschland, Dänemark, Großbritannien und Vereinigte Staaten üblicherweise anzudeuten scheinen. (S. 12, S. 283–285)

Levine stellt dabei die einkommenssichernden Sozialprogramme in das Zentrum seiner vergleichenden Untersuchungen. Diese sind für ihn das entscheidende Charakteristikum für den Wohlfahrtsstaat: »The ›welfare state‹ is a complex, interrelated system of subsidies, tax laws, protective legislation, and income maintenance. It involves political relationships, economic functions, and ideological factors. Yet central to the welfare state are the ways income that is normally generated from wages and salaries is maintained when earnings are diminished or stopped.« (S. 1) Levines Befund für die USA betont vor diesem Hintergrund die Bedeutung, die dem Eindruck zukam, daß Amerika im Vergleich zu Europa vor allem durch Überfluß und Reichtum charakterisiert war. Für die sozialpolitische Diskussion bedeutete dies, daß Armut und Verarmung als eine prinzipielle Ausnahme und nicht als eine systemische Begleiterscheinung des Industriekapitalismus galten. Der englische Poor Law Report von 1834, den Levine als die wichtigste Quelle für die amerikanische Diskussion für das 19. und das frühe 20. Jahrhundert ausmacht, führte deshalb auch den Pauperismus auf Arbeitsentwöhnung und auf die Abhängigkeit von Almosen und Spenden zurück. Hieraus leitete sich die dominante These ab, daß es »keinen Grund für die Leute gab, arm zu sein, und deshalb auch keinen Grund für mehr als nur die nötigste, überwiegend private Wohlfahrtshilfe.« (S.23) Ausgestattet mit dem Signum der Wissenschaftlichkeit und getragen vor allem von Frauen der oberen Mittelschicht, die sich seit den 1870er Jahren in den Charity Societies zu organisieren begannen und die als *friendly visitors* Hausbesuche im Auftrag der Kommunen durchführten, beherrschten die Prinzipien von Bedürftigkeit und Kontrolle die Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts.

Erst mit der Wirtschaftskrise von 1893–1896 sieht Levine einen Wechsel beginnen, der stärker auf Reformen setzte und auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen zielte. Als Teil des amerikanischen *Progressivism* forderten die zunehmend professionalisierten Sozialreformer nun bessere Wohn- und Hygieneverhältnisse, eine besssere Schulausbildung und auch höhere Löhne. Dies alles war, wie Levine unterstreicht, angelehnt an Vorstellungen über eine soziale Gerechtigkeit, die den Reichtum des Landes als Argument gegen die Notwendigkeit eines Sozialversicherungssystems nahmen, wie dies etwa im Deutschen Reich und in Dänemark seit den 1880er Jahren auf den Weg gebracht worden war. Und ohne entsprechende nationale Erhebungen über Arbeitsunfälle, arbeitsbezogene Erkrankungen usw. gab es in den USA, so Levine, große Zweifel darüber, daß es überhaupt solche Probleme wie Industrieunfälle, die medizinische Versorgung der Arbeiter und die Altersversorgung gab. Konsequenterweise blieb die Ansicht vorherrschend, daß ein nationales Versicherungssystem ein für Amerika unangemessenes und unpassendes Konzept darstelle. (S. 32–36, S. 49, S. 151 f.) All dies wurde getragen, so Levine, von der Überzeugung, daß es die soziale Frage in den USA nicht gab, jedenfalls nicht in dem Sinn, in dem sie wenigstens in Kontinentaleuropa als unausweichliche Begleiterscheinung des Industriekapitalismus verstanden wurde.

Levine verweist dabei zwar auf einige der Versicherungsgesetze, die in den Einzelstaaten vor 1935 auf den Weg gebracht wurden. Aber mit Ausnahme von einigen gesetzlichen Regelungen zur Invalidenrente und zur Arbeitsunfallversicherung, zur Witwenrente und der Pensionsansprüche von Lehrern gab es bis in die 1930er Jahre keine nationalen Sozialprogramme. Der Primat von sozialer Gerechtigkeit vor Sozialversicherung blieb bis 1935 erhalten, weil, wie Levine erklärt: »It comes down to the fact that Americans did not have social insurance before 1935 because Americans did not want social insurance. Social in-

surance was not a historical imperative. [. . .] Later scholars may regret that absence, but it can be attributed to the workings of democracy.« (S. 179)

Was in Amerika demokratisch wirkte und gegen die Einführung eines sozialen Leistungssystems arbeitete, wie es in den anderen angeführten Ländern spätestens nach dem Ersten Weltkrieg zur Norm wurde, waren die Wirksamkeit der föderalen Strukturen und die Prinzipien und die Praxis der Rechtssprechung. Die Gerichte zogen der Verfügungsgewalt des Bundes enge Grenzen und stellten kontinuierlich den Schutz der Eigentumsrechte vor das Prinzip ihrer Einschränkung zugunsten von sozialrechtlichen Bestimmungen. Schließlich wirkte auch der wachsende Einfluß organisierter Interessen, vor allem der Ärzteschaft und ihrer Standesorganisation, der *American Medical Association*, in dieser dezentralistischen Weise.

Welche Faktoren nun vor diesem Hintergrund letztlich die Einführung der Sozialversicherung in den USA mit der *Social Security Act* von 1935 bewirkten, darüber läßt Levine den Leser mehr oder weniger im Unklaren. Wichtig sind für Levine hier die unmittelbar Beteiligten. Franklin Roosevelt taucht auf, wirkt aber in Levines Darstellung eindeutig weniger wichtig als etwa Senator Robert Wagner oder die Regierungsmitglieder Hopkins und Perkins. Entscheidend für den legislativen Erfolg des Gesetzes bleibt für Levine aber die Tatsache, daß es auf bestehenden Ländergesetzen und privaten Versicherungsprogrammen aufbaute und alles innerhalb der Tradition des Antizentralismus beließ. Die privilegierte Stellung von Kongreß und Ländern blieb damit auch in der Sozialpolitik gewahrt. Immerhin – und dies taucht als die vielleicht wichtigste Einsicht in Levines Darstellung auf – reihen sich die USA mit dem Gesetz nicht nur in die Entwicklung der anderen Industrieländer ein, sondern in ihm enthalten ist auch die Anerkennung der positiven Möglichkeiten, die der Regierung vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Not zukommt. Vor allem aus diesem Grund stellt 1935 für Levine eine »größere Transformation als die Bismarck'schen Reformen« dar. (S. 258)

Am Ende steht dabei für Levine neben der Festellung, daß alle Entwicklungen ein hohes Maß an Differenzierung charakterisierte, doch die Einsicht, daß alle Länder sich in die Richtung eines mehr oder weniger kapitalistischen und demokratischen Wohlfahrtsstaates bewegten. Der ungefähre Konsens, der sich dabei zwischen der Linken und Rechten im Hinblick auf die Sozialpolitik entwickelte, war von einer so weitreichenden Ausweitung der Leistungen begleitet, daß Levine die kulturelle Verbürgerlichung des Proletariats als ein entscheidendes Ergebnis ausmacht. Als Folge davon sieht Levine nicht nur das Verschwinden der sichtbaren Klassenunterschiede in den USA, sondern auch die Aufhebung der klassenspezifischen Eigenwahrnehmung des Proletariats als Proletariat. (S. 283 ff.)

Levines Rückgriff auf eine Vielzahl von soziologischen, ökonomischen und kulturellen Erklärungen läßt einige der grundsätzlichen Probleme hervortreten, die dieser Studie anhaften. Denn Levines vergleichende *intellectual history* der Entwicklung des amerikanischen Wohlfahrtsstaates zahlt in seiner Konzentration auf die Ideengeschichte der amerikanischen Sozialpolitik einen sehr hohen Preis. Levines Darstellung haftet an zu vielen Stellen etwas Ätherisches an. Die intellektuellen Auseinandersetzungen und Diskussionen, die er beschreibt, bewegen sich in einem Raum, in dem so gut wie gar nichts von den tiefgreifenden wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen zu spüren ist, die die USA im 19. und 20. Jahrhundert kennzeichneten. So erfährt man bei Levine beispielsweise kaum etwas über den großen Einfluß, den die verschiedenen Immigrationswellen auf die Zusammensetzung und die Diskussionen innerhalb der amerikanischen Arbeiterbewegung hatten. Seine Konzentration auf Samuel Gompers als dem Repräsentanten der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung wirkt verzerrt und bleibt unverständlich. Bei Levine bleiben so wichtige alternative Organisationsmodelle, wie die *Knights of Labor*, die *International Workers of the World* (IWW) oder auch der *Congress of Industrial Organization* (CIO) unerwähnt. Sie alle befürworteten nicht nur eine andere, breiter angelegte Organisation der

Arbeiter, sondern sie entwickelten in ihren sozialpolitischen Forderungen ein wesentlich funktionaleres Verhältnis zur Rolle von Regierung und Staat, das sich gründlich vom antietatistischen Credo von Gompers *American Federation of Labor* (AFL) unterschied.

Ähnlich kurz muß aus den gleichen Gründen auch seine Beschreibung der Positionen jener Frauen aus der gehobenen Mittelschicht greifen, die eine so zentrale Rolle in der Arbeit der *Charity Societies* und, später dann, unter den sich professionalisierenden Bewegungen der Sozialarbeiter spielten. Ohne einen Verweis auf die kulturellen Unterschiede, die die Armenviertel in den Industriezentren als Orte der Einwandererkulturen erscheinen ließen, bleibt ein großer Teil der Wahrnehmungen und Urteile dieser Reformer über die soziale Frage unverständlich.[39]

Levines Behauptung, daß es in den USA bis in die *Progressive Era* diese soziale Frage gar nicht gab, weist auf ein weiteres methodologisches Problem in seiner Abhandlung hin, das sich aus einer prinzipiell unangemessenen Perspektive ergibt, die er für sein Vorgehen wählt. Denn diese These läßt sich (wenn überhaupt) nur dann aufstellen, wenn man, wie Levine, seinen Blick vor allem auf die Diskussionen auf der zentralstaatlichen Ebene lenkt. Dort, wo er die Auseinandersetzungen in den Einzelstaaten tatsächlich zu analysieren beginnt (anstatt bloß auf sie zu verweisen), bleiben seine Befunde Episoden, bei denen er unbeantwortet läßt, wie und warum sie dann zu irgendeinem Zeitpunkt Bestandteil der nationalen Debatten wurden. Mit dem Verweis auf New York, Illinois und Wisconsin läßt sich eben nicht eine gesamtamerikanische Geschichte der Sozialpolitik schreiben. Und an keiner Stelle findet der Leser einen Hinweis auf die enorme Varianz, die nicht nur die einzelnen Politiken der Bundesstaaten – teilweise bis in die Gegenwart – charakterisiert, sondern die auch für die großen Unterschiede von Kommune zu Kommune verantwortlich ist.[40]

Zu einer Ideengeschichte der amerikanischen Sozialpolitk gehörte auch in viel stärkerem Maße, als Levine dies unternimmt, eine Diskussion der rechtstheoretischen und -historischen Dimensionen, die der amerikanischen Rechtsprechung zugrunde lagen. Levine beachtet die Auseinandersetzungen um die Bedeutung von Eigentumsrechten und Vertragsfreiheit genauso wenig wie die juristischen Debatten, die im *Legal Realism* des Progressivismus die Grundlagen für die veränderte Arbeits- und Sozialrechtsprechung erst möglich machten, die die Sozialgesetze des New Deal aufrechterhielten. Ohne eine genügende Erörterung dieses Aspektes der sozialpolitischen Kontroversen bleibt aber ein zentraler Einfluß weitgehend unbehandelt, der mindestens ebenso wichtig scheint, wie die verschiedenen Diskussionen unter Sozialarbeitern oder Universitätsökonomen.[41]

Die gesamte Darstellung leidet dabei auch unter unvermittelt einbrechenden Arabesken des Autors, unter einer nachlässigen Editionsarbeit[42] und unter vereinzelt ungeklärt auftauchenden Größen. So erfährt man weder etwas über die Bedeutung noch über die Funk-

39 Vgl. dagegen etwa *Gwendolyn Mink*, Old Labor and New Immigrants in American Political Development: Union, Party, and State, 1875–1920, Ithaca 1986.

40 Vgl. dagegen etwa *Edwin Amenta u. a.*, The Political Origins of Unemployment Insurance in Five American States, in: Studies in American Political Development 2, 1987, S. 137–182; *David B. Robertson*, The Bias of American Federalism. The Limits of Welfare-State Development in the Progressive Era, in: Journal of Policy History 1, 1989, S. 261–291.

41 Vgl. etwa *William E. Forbath*, Law and the Shaping of the American Labor Movement, Cambridge/London 1991; *Victoria Hattam*, Economic Visions and Political Strategies. American Labor and the State, 1865–1896, in: Studies in American Political Development 4, 1990, S. 82–129; *Susan Sterett*, Constitutionalism and Social Spending. Pennsylvania's Old Age Pensions in the 1920s, in: Ebd., S. 231–247; *Vivien Hart*, Minimum-Wage Policy and Constitutional Unequality. The Paradox of the Fair Labor Standards Act of 1938, in: Journal of Policy History 1, 1989, S. 319–343.

42 Man möchte dem Buch z. B. für die nächste Auflage einen Lektor wünschen, der sich besser mit der deutschen Rechtschreibung auskennt.

tionen der lokalen englischen *Board of Guardians*. Bedeutsamer und irritierender aber muß es wirken, wenn Levine etwa weder eine Begründung für seine paarweise Aufteilung der vier Untersuchungfälle liefert (nämlich der USA und Englands auf der einen und Dänemarks und des Deutschen Reiches auf der anderen Seite), noch sich davon beeindrucken zu lassen scheint, daß die offensichtlichen Gegensätze und Unterschiede, die er innerhalb dieser Gruppen konstatiert, diese Zusammenstellung insgesamt wieder in Frage stellen.

Am Ende bleiben nach der Lektüre erhebliche Zweifel über den Ertrag dieser Studie zurück. Als ein systematischer Vergleich kann Levines Buch nicht überzeugen, denn dazu verfährt es zu additiv und unverbunden. Und auch mit dem Blick auf die Informationen, die der Leser über die einzelnen Nationalgeschichten der sozialpolitischen Ideen erhält, bleiben viele Fragen offen.[43]

VIII. Zu den vielleicht innovativsten Ansätzen in der Historiographie über den amerikanischen Sozialstaat zählen Arbeiten, die sich unter der Perspektive der Geschlechtsspezifität mit dieser Entwicklung beschäftigt haben. Linda Gordon hat dieses Unternehmen an führender Stelle mitangestoßen und beeinflußt. *Women, the State, and Welfare* bietet nun zwar keinen Überblick über die gesamte Entwicklung jener Arbeiten, die begonnen haben, mit Hilfe eines mittlerweile weit ausgreifenden und differenzierten theoretischen Konzepts diese Geschichte neu zu schreiben.[44] Aber die Anthologie zeigt doch, an welchen wichtigen Stellen diese Arbeiten Erweiterungen und Uminterpretationen der bisherigen Darstellungen vorantreiben und in welcher Art und Weise dieses inter- und multidisziplinäre Unternehmen beginnt, sich auch einer umfassenden Diskussion über die Geschichte und die Charakteristika des modernen amerikanischen Sozialstaates zu nähern.[45] Daß nur fünf von den hier versammelten zwölf Beiträgen explizit historische Untersuchungen darstellen, ist auch ein Kennzeichen für die Interdisziplinarität und für die aktuellen Bezüge, aus denen sich das historische Interesse an der Geschichte des amerikanischen Sozialstaates unter dem Aspekt von *Gender* speist.[46] Gordons einleitender bibliographischer Essay klärt über die Notwendigkeiten auf, die diesen Zustand begründen.[47] Gordon betont die Bedeutung, die historischen Arbeiten für die Soziologie, Politologie, die Ökonomie und die Philosophie der geschlechtlichen Dimensionen von Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit zukommt. Gordon stellt hierbei fest, daß sich nicht wenige historische Untersuchungen den ursprünglichen Anregungen feministischer Theorie verdanken. So hat diese nach ihrer Ansicht entscheidend dazu beigetragen, das Theorem der sozialen Kontrolle in seiner simplen Ausformulierung aufzulösen. Außerdem wurde der Blick freigelegt auf die Fähigkeit und die eigenständige politische Macht von Frauen, die innerhalb verschiedener sozialer Gruppierungen und Klassen zu verschiedenen Zeiten öffentliche und staatliche Mittel für ihre Zwecke und zu ihren Gunsten einzusetzen lernten. Frauen erscheinen hier, kurz gesagt, weder als passiv noch als bloße Opfer von Kontrolle und Unterdrückung durch eine männlich

43 Vgl. dagegen *Gerhard A. Ritter*, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989, der den deutschen Fall durch eine wesentlich sparsamer und prägnanter erscheinende internationale Kontrastierung viel eindeutiger hervortreten läßt. Gänzlich unberücksichtigt bleiben bei Levine etwa auch die Arbeiten von Saul und Hentschel zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik.

44 *Linda Gordon* (Hrsg.), Women, the State, and Welfare, Madison 1990.

45 Einen Überblick gibt *Mimi Abramovitz*, Regulating the Lives of Women. Social Welfare Policy from Colonial Times to the Present, Boston 1988.

46 Bis auf den einleitenden Essay von Gordon und die Artikel von Mink und Amott handelt es sich bei den Beiträgen um Wiederveröffentlichungen von Arbeiten, die bis 1984 zurückreichen.

47 *Linda Gordon*, The New Feminist Scholarship on the Welfare State, in: *Dies.* (Hrsg.), Women, the State, and Welfare, S. 9–35.

bestimmte und definierte Herrschaft, sondern treten als selbständige und selbstbewußte Akteure auf. Dies konnte dabei auch bedeuten, wie Gordon unterstreicht, daß Frauen gegen Frauen Position bezogen, wie dies etwa im Verhältnis zwischen Sozialreformerinnen der *Progressive Era* und bedürftigen Frauen zum Ausdruck kam. Umgekehrt trugen Sozialleistungen auch dazu bei, wie Frances Piven in ihrem Beitrag zeigt, Frauen gegenüber Männern und gegenüber dem Staat in eine Lage zu versetzen, in der sie überhaupt erst politische Macht erwerben und zur Geltung bringen konnten.[48]

Im engen Zusammenhang damit steht der zweite wichtige Beitrag, den Gordon der historischen Analyse von *Gender* im amerikanischen Sozialstaat beimißt. Die kritische historische Rekonstruktion dieser Geschichte muß nämlich, wie sie zeigt, den Mythos der geschlechtsneutralen Entwicklung der Sozialpolitik aufheben. Dies läßt sich, wie Gordon ausführt, an vielen Stellen demonstrieren, durchzieht die ideengeschichtlichen Annahmen über die arbeitsteilige Rolle der Frau als Hausfrau und Kindererzieherin genauso wie die Beurteilung dessen, was eine respektable und bedürftige von einer unberechtigten Empfängerin öffentlicher Beihilfen unterscheidet. Die politische Debatte über das *Aid to Families with Dependent Children* (AFDC) Programm, einem Herzstück der *Social Security Act*, macht dies besonders deutlich. In dem Maße, in dem die normativen Annahmen vom Bild der Mutter, die zu Hause für den Zusammenhalt der Familie sorgt, sich hin zu der Forderung veränderte, daß auch für Frauen der normale Arbeitsplatz außerhalb des Zuhauses liegt, wandelte sich auch die Einschätzung, ob der Verbleib der Mutter bei den Kindern unter allen Umständen und mit Hilfe von Sozialleistungen gefördert werden müsse. Im Falle der Auseinandersetzungen über AFDC, dem bevorzugten *bête noire* der konservativen Kritik an den Auswüchsen wohlfahrtsstaatlicher Programme in den USA, vermischt sich dieses Bild mit den Merkmalen eines geschlechtsspezifisch aufgeteilten Arbeitsmarktes, der Frauen den unteren Lohnklassen zuordnet, und mit Rassismen, da gleichzeitig mittlerweile über achtzig Prozent der Leistungsempfänger aus schwarzen und hispanischen Familien kommen.[49]

Diesen Aspekt arbeitet Gwendolyn Mink in ihrem Beitrag noch deutlicher heraus.[50] Mink betont, daß sowohl unter dem Gesichtspunkt von Herrschaft als auch unter dem der sozialpolitischen Aktivität von Frauen rassische und geschlechtsspezifische Merkmale zusammenfallen. Mink sieht deshalb den Fokus der frühen amerikanischen Sozialpolitik auf die Situation von Frauen und das Ideal der Mutterschaft als eine Weiterführung der revolutionären Geschlechterideologie, die die politische Demokratie zu einer Angelegenheit von weißen Männern gemacht hatte. Verknüpft mit einer protestantisch geprägten Arbeitsmoral und dem republikanischen Ideal der Unabhängigkeit als den Voraussetzungen für Bürgerschaft und Bürgerrechte bedeutete dies, daß Frauen als Abhängige wirtschaftlich wie politisch diskriminiert blieben, solange sie weder Zugang zum Arbeitsmarkt noch vollständige Eigentumsrechte besaßen. Die ideologischen Voraussetzungen und Prioritäten der amerikanischen Sozialpolitik seit dem 17. Jahrhundert basierten, wie Mink argumentiert,

48 Vgl. *Frances Fox Piven*, Ideology and the State. Women, Power, and the Welfare State, in: Ebd., S. 265–279.

49 Vgl. *Richard M. Coughlin*, Welfare Myths and Stereotypes, in: *Ders.* (Hrsg.), Reforming Welfare. Lessons, Limits, and Choices, Albuquerque 1989, S. 79–106, hier S. 88. Gordon hat jüngst in ihrer Analyse der verschiedenen Reformbewegungen, professionellen Organisationen und Expertengruppen, die mit ihrer Arbeit die Prinzipien der Social Security Act anleiteten, die geschlechtsspezifischen Einflüsse detailliert und multivariabel herausgearbeit. Vgl. *Linda Gordon*, Social Insurance and Public Assistance. The Influence of Gender in Welfare Thought in the United States, 1890–1935, in: American Historical Review 97, 1992, S. 19–50.

50 *Gwendolyn Mink*, The Lady and the Tramp. Gender, Race, and the Origins of the American Welfare State, in: *Gordon* (Hrsg.), Women, the State, and Welfare, S. 92–122.

auf der männlich dominierten Definition derjenigen, die würdig waren, öffentliche und private Fürsorge zu erhalten. Und Männer bestimmten auch die Annahmen, die die Bedeutung und die Normativität jenes Begriffs von Unabhängigkeit begründeten, der sowohl die politischen Kriterien für die soziale Förderung abgab als auch den Widerstand gegen die Ausweitung staatlicher Sozialprogramme legitimieren konnte. Diese männliche Unabhängigkeit aber war nicht zuletzt auch weiß besetzt und schloß die Afro-Amerikaner aus. Auch die Programme des New Deal waren, wie Mink richtig herausstellt, in diesem Sinne rassisch exklusiv. Und der sozialpolitische Ausschluß der Schwarzen stellte umgekehrt eine der wesentlichen Grundlagen für die politische New Deal-Koalition dar, die damit eben auch die konservativen weißen Männer aus den Südstaaten einschließen konnte. Diana Pearce schreibt deshalb in ihrem Beitrag, daß sich aus diesen historischen Ursachen erklärt, warum sich die Programme von Lyndon Johnsons War on Poverty als strukturell unfähig erwiesen, die Feminisierung der Armut, also den disproportionalen Anstieg von Beihilfeempfängerinnen, aufzuhalten oder gar umzukehren.[51]

Daß die Geschichte der amerikanischen Politik aber nicht allein unter einer eindimensionalen Betrachtungsweise der Dominanz und Ausgrenzung von Frauen durch Männer gelesen werden darf, belegt Paula Bakers Aufsatz.[52] Unter Hinzunahme eines weit gefächerten Konzepts von politischer Kultur geraten bei ihr auch und gerade die unbeabsichtigten Aspekte jener Zuweisung von Frauenrollen auf das Ideal der *Republican Motherhood* in den Blick, die in den meisten Darstellungen der nach-revolutionären Entwicklungen unterschlagen werden. Baker zeigt, daß gerade die sozialen Fragen wichtig für die kontinuierlich wachsende politische Emanzipation der Frauen im 19. Jahrhundert waren. Frauen nutzten somit die öffentliche Ideologie der separaten Sphären, die ihnen die Bereiche von Politik und Wirtschaft vorenthielt, mit Hilfe der Sozialarbeit politisch aus, lange bevor das Frauenwahlrecht zu der dominierenden politischen Frage der Frauenbewegung wurde. Baker geht in ihrer Analyse aber über diese Feststellung und über die sozialhistorische Restitution der politischen Agentur von Frauen hinaus. Für sie nämlich übten Frauen, vor allem auf Länder- und lokaler Ebene und durch ihre führende Rolle in der Temperenzbewegung, einen entscheidenden Einfluß auf die Ausweitung staatlicher Verantwortlichkeit und damit auf die Gestaltung des modernen amerikanischen Staates aus. Damit endete in der *Progressive Era*, so Baker, nicht nur die traditionelle Aufteilung in eine weibliche und eine männliche politische Kultur. Vielmehr hielten mit den von Frauen entwickelten und von Frauen getragenen politischen Mobilisierungsstrategien der *single-issue* und der außerparlamentarischen Kampagnen auch neue Formen des politischen Kampfes Einzug in die politische Kultur und Praxis der USA. Deren aktuelle Bedeutung bleibt augenfällig.[53]

Jane Jensons vergleichende Untersuchung der Mutter- und Kinderarbeitsschutzgesetze in den USA und Frankreich im 19. und frühen 20. Jahrhundert verdeutlicht in exemplarischer Weise, wie ein komparativer historischer Ansatz genutzt werden kann.[54] Die französische Sozialgesetzgebung räumte Frauen im Vergleich zu den USA frühzeitiger und umfassender Arbeitsschutzrechte ein, obwohl deren politischer und kultureller Status eher un-

---

51 *Diana Pearce*, Welfare Is Not for Women. Why the War on Poverty Cannot Conquer the Feminization of Poverty, in: Ebd., S. 265–279.

52 *Paula Baker*, The Domestication of Politics. Women and American Political Society, 1780–1920, in: Ebd., S. 55–91.

53 Vgl. auch *Judith Ann Trolander*, Professionalism and Social Change: From the Settlement House Movement to Neighbourhood Centers, 1886 to the Present, New York 1987; *Allen F. Davis*, Spearheads for Reform. The Social Settlements and the Progressive Movement, 1890–1914, New York 1967.

54 *Jane Jenson*, Representations of Gender. Politics to »Protect« Women Workers and Infants in France and the United States, in: *Gordon* (Hrsg.), Women, the State, and Welfare, S. 152–177.

ter dem der amerikanischen Frauen lag. Entscheidend aber wurde, so Jenson, daß Frauen in Frankreich schneller und zahlreicher ein Teil der industriellen Arbeiterschaft wurden und dort, wie auch in der französischen Arbeiterbewegung, rascher Anerkennung erlangten.

IX. An kaum einer anderen Arbeit läßt sich der Zusammenhang zwischen der politischen Legitimationskrise der liberalen amerikanischen Sozialpolitik und ihren stimulierenden wissenschaftlichen Folgen so gut ablesen, wie an der von Margaret Weir u. a. herausgegebenen Studie zu den *Politics of Social Policy in the United States*, die aus dem *Project on the Federal Social Role* hervorgegangen ist.[55] Dieses 1983 gegründete, gemeinnützige und parteiunabhängige Unternehmen wies den historischen Untersuchungen zur Sozialpolitik eine klare Aufgabe zu, nämlich die Aufklärung über die destruktiven Mythen und Mißverständnisse, die bei der konservativen Kritik auf so fruchtbaren Boden gefallen waren. Der größte und zerstörerischste Mythos war dabei, wie das Vorwort informiert, daß es eindeutige Grenzen für das gibt, was eine aktive Regierungspolitik bewirken kann. Statt dessen wird festgestellt: »If our national history teaches us anything, it is that each generation is capable of accomplishing far more through the use of government than previous generations would have dreamed possible.« (S. X)

Weir und ihre Mitautoren führen in ihrem Beitrag nun anschaulich aus, wie unter solchen Gesichtspunkten eine historische Analyse des amerikanischen Sozialstaates zu verfahren hat und welche Art von historisch informiertem Verständnis über seine Gegenwart sich damit verknüpft.[56] Die Autorinnen unterscheiden drei prinzipielle Untersuchungsbereiche, in denen sie die wesentlichen Merkmale der amerikanischen Sozialpolitik aufgehoben sehen und deren Interpretation sie unter das Theorem des *institutional-political process* stellen: Den Prozeß der Staatsbildung, die politischen Nachwirkungen einzelner *policies* und das institutionelle Eigengewicht administrativer Organisation. Es ist dabei offensichtlich der erste Bereich, den sie als denjenigen verstanden wissen wollen, den es historisch zu analysieren gilt. Hier entwerfen sie vor dem Hintergrund des antikolonialen und antifeudalistischen Erbes der amerikanischen Revolution das Bild eines *state of courts and parties*[57], in dem im 19. Jahrhundert die Gerichte und die städtischen »Parteimaschinen« als Mobilisierungs- und Distributionsapparat nicht nur an die Stelle einer nationalen öffentlichen Verwaltung traten, sondern diese auch dort, wo sie sich entwickelten (etwa bei dem System der Entschädigungen für die Veteranen des Bürgerkriegs), qua Patronage kolonisierten.[58]

---

55 Die zweite, parallel erschienene Studie bleibt hier unberücksichtigt, da sie keine explizit historischen Arbeiten enthält. Die Ausnahme bildet Kelleys Untersuchung zur Ablösung der New Deal Mehrheitskoalition und zur sogenannten Realignment-These. Sein – in beiden Fällen eingeschränkt negativer – Befund orientiert sich vor allem an der Periode von 1952–1984. Vgl. *Stanley Keller Jr.*, Democracy and the New Deal Party System, in: *Amy Gutman* (Hrsg.), Democracy and the Welfare State, Princeton 1988, S. 185–205. Dennoch bieten die Einleitung und der Beitrag von Michael Walzer einen guten Überblick über die hauptsächlichen Diskussionslinien, die zwischen »konservativen«, »radikalen« und »liberalen« Kritikern des amerikanischen Sozialstaates in den achtziger Jahren verliefen. Vgl. Introduction, in: Ebd., S. 3–12; *Michael Walzer*, Socializing the Welfare State, in: Ebd., S. 13–26.

56 Vgl. *Margaret Weir/Ann Shola Orloff/Theda Skocpol*, Introduction. Understanding American Social Politics, in: *Dies.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy in the United States, Princeton 1988, S. 3–27.

57 Diesen Ausdruck hat *Stephen Skowronek*, Building a New American State. The Expansion of National Administrative Capacities, 1877–1920, New York 1982, geprägt (vgl. insb. S. 39–162).

58 Vgl. *Martin Shefter*, Party, Bureaucracy, and Political Change in the United States, in: *Louis Maisel/Joseph Cooper* (Hrsg.), Political Parties. Development and Decay, Beverly Hills 1978,

Die fragmentierte und dezentralisierte Struktur administrativer politischer Souveränität bleibt für die Autorinnen auch in den Perioden prägend, in denen sich die Reformschübe in der amerikanischen Sozialpolitik vollzogen, nämlich in der *Progressive Era* zwischen 1906–1920, im *New Deal* Mitte der 1930er Jahre und in den Reformen der *Great Society* sowie in der Ära Nixon zwischen 1965–1975, den drei »Big Bangs« der amerikanischen Sozialpolitik. Die föderalisierte Struktur diagnostizieren sie nicht nur in den Beziehungen zwischen dem Zentralstaat und den Einzelstaaten, sondern sie weiten dieses Merkmal auf alle Bereiche der politischen Entscheidungsverfahren aus, also auf das Verhältnis von Exekutive, Legislative und Judikative genauso wie auf die Koalitionsbildungen im Kongreß selbst und auf die Entwicklung der politischen Parteien.[59] Dieser Föderalismus begründete in ihren Augen dann auch die folgenreiche Zweiteilung der politischen Entwicklung zwischen einem tatsächlich undemokratischen, bis in die 1960er Jahre auch formal rassistischen und ökonomisch vergleichsweise unterentwickelten »Einparteien-Süden« und dem Rest des Landes. Darin finden sie auch die Erklärung für die Persistenz der lokalen und bundesstaatlichen Differenzen in der Ausstattung und der Durchführung der nationalen Sozialprogramme. Zusammen mit der Diskreditierung, die der öffentlichen Verwaltung seit ihrer ursprünglichen Verquickung mit der Vetternwirtschaft der lokal herrschenden Parteien im 19. Jahrhundert anhaftet, sorgten diese Bedingungen dafür, daß sich auch im Zuge einer umgreifenden Professionalisierung der wachsenden zentralstaatlichen Bürokratie weder Konsistenz noch Kohärenz herstellen konnten. Dies gilt, so die Autorinnen, auch für die Entwicklung einer einheitlich sozialdemokratisch ausgerichteten Industriearbeiterklasse. Hier sorgte nicht zuletzt das allgemeine Wahlrecht dafür, daß eine Trennung zwischen den Forderungen nach politischen und denjenigen nach wirtschaftlichen Rechten entstand. Zusammen mit der multiethnischen Zusammensetzung der Arbeiterschaft hatte dies zur Folge, daß die amerikanische Arbeiterbewegung zersplittert und politisch weitgehend einflußlos blieb.[60] Schließlich sehen die Autorinnen das föderalisierte politische System der USA auch als dafür verantwortlich an, daß agrarwirtschaftliche Interessen über einen unverhältnismäßig langen Zeitraum ein disproportional großes politisches Gewicht beibehielten, das gerade im Bereich der Sozialpolitik oft zu der Obstruktion von Reformvorschlägen führte.

Dieser elaborierten Theorie des *institutional-political process approach* lassen sich die folgenden Fallstudien in dieser Anthologie allerdings nur zum Teil unterordnen. Orloffs

---

S. 211–265; *ders.*, Party and Patronage, in: Politics and Society 7, 1977, S. 404–451; *Richard F. Bensel*, Sectionalism and American Political Development, 1860–1980, Madison 1984, S. 61–73; *Morton Keller*, Affairs of State. Public Life in Late Nineteenth Century America, Cambridge 1977, S. 272–275, S. 310–312.

59 Vgl. dagegen die Diskussion bei *Richard Oestreicher*, Urban Working-Class Political Behavior and Theories of American Electoral Politics, 1870–1940, in: Journal of American History 75, 1988, S. 1257–1289, der sektionale Differenzen weitgehend unberücksichtigt läßt.

60 Vgl. dazu in ähnlichem Sinn *Amy Bridges*, Becoming American. The Working Classes in the United States before the Civil War, in: *Ira Katznelson/Aristide R. Zollberg* (Hrsg.), Working Class Formation. Nineteenth Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton 1986, S. 157–196; *Martin Shefter*, Trade Unions and Political Machines. The Organization and Disorganization of the American Working Class in the Late Nineteenth Century, in: Ebd., S. 197–276. Dagegen messen andere Analysen der »patronage democracy« im Amerika des späten 19. Jahrhunderts eine bloß »symbolisch-expressive« Bedeutung zu, werten sie als »Unterhaltung« und unterschlagen damit ihre »materialen« sozialpolitischen Aspekte. Vgl. *Theda Skocpol/John Ikenberry*, The Political Formation of the American Welfare State in Historical and Comparative Perspective, in: Comparative Social Research 6, 1983, S. 87–148; *Theda Skocpol/Ann Shola Orloff*, Why Not Equal Protection? Explaining the Politics of Public Social Spending in Britain, 1900–1911, and the United States, 1880–1920, in: American Sociological Review 49, 1984, S. 726–750.

Beitrag über die verspäteten Anfänge des amerikanischen Wohlfahrtsstaates rückt etwa den Zusammenhang von elektoraler Demokratisierung und einer nachfolgenden Bürokratisierung in das Zentrum der Antworten auf die Frage, warum die Reformkräfte in den USA nicht ein umfassendes nationales sozialpolitisches Programm anstrebten.[61] Ohne eine – den europäischen Staaten vergleichbare – administrative Kapazität bot sich, so Orloff, hierfür keine Aussicht. Auf der anderen Seite erklärt dieses Defizit für Orloff auch, Warum sich – wieder im Vergleich zu Europa – keine politische Koalition entwickeln konnte, die den Aufbau einer umfassenden und autonomen Bürokratie hätte vorantreiben können. Und schließlich fehlten in den USA auch die Stimulans, die Kriege in Europa für den Prozeß der Bürokratisierung bedeutet hatten.[62]

Für Orloffs Behauptung, daß sich die Ziele und Forderungen von bestimmten Gruppen und Akteuren nicht allein aus deren zeitgenössischer politischer Position oder aus ihren ideologischen Präferenzen erklären lassen, bieten die sozialpolitschen Debatten bis zum New Deal (und darüber hinaus) ein reichhaltiges Anschauungsmaterial. Wie sie am Beispiel der Debatten über Alters- und Sozialversicherungsprogramme in der *Progressive Era* sowie anhand der Analyse der sozialpolitischen Kompromisse zwischen dem Bund und den Einzelstaaten zeigt, lassen sich die begrenzten und teilweise unverbundenen Ergebnisse besser verstehen, wenn man sie als Antworten auf begrenzte lokale und einzelstaatliche Programme begreift, die teils übernommen, teils verbessert werden sollten. Diese Art von politischem Lernen sieht Orloff als einen wesentlichen Grund dafür an, daß umfassende und grundsätzliche Antworten auf ein soziales Problem politisch kaum oder gar nicht angestrebt wurden. Es muß deshalb, so betont sie, als negative Lernerfahrung auch im Hinblick auf das politische Zutrauen in Rechnung gestellt werden, das in die administrativen Fähigkeiten der nationalen Regierung gesetzt wurde.

Orloffs Hinweis auf die zahlreichen politischen Forderungen, die auch in den USA für staatliche Sozialprogramme vor dem New Deal aufgestellt wurden, trifft zweifelsohne die geistesgeschichtliche Erklärung, die die historische Verspätung der amerikanischen Sozialpolitik mit dem Fortwirken der Traditionen des Lockeschen Liberalismus begründet. So effektiv diese Kritik aber auch erscheint, so problematisch fällt ihre Gegenrechnung aus. Zwar lassen sich in der Tat wichtige und politisch einflußreiche Reformvorstellungen finden, die von Teddy Roosevelts *Progressive Party* 1912 bis zu einzelnen Gewerkschaften reichen. Aber in beiden Fällen handelte es sich eben auch um Minderheitenpositionen, und zwar sowohl innerhalb der Parteien als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Warum sie dies – bis weit über den New Deal hinaus – blieben, darüber sagt Orloff nichts aus.

Einige dieser Schwierigkeiten, die sich in Orloffs Beitrag auch bei ihrer abschließenden Bewertung der Social Security Act von 1935 wiederfinden, offenbaren sich auch in Amenta und Skocpols Versuch, den Neuanfängen und gescheiterten Unternehmungen auf dem Weg zum amerikanischen Sozialstaat im und nach dem Zweiten Weltkrieg nachzugehen.[63]

---

61 *Ann Shola Orloff*, The Political Origins of America's Belated Welfare State, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 37–80.

62 Vgl. dagegen *Richard F. Bensel*, Yankee Leviathan. The Origins of Central State Authority in America, 1859–1877, Cambridge etc. 1990, insb. S. 94–237. In Bensels Darstellung erscheint der »Verlierer« des amerikanischen Bürgerkrieges, der konföderierte Süden, als das Beispiel eines relativ »modernen«, d. h. weitgehender zentralisierten politischen Systems, das mit Hilfe einer vergleichsweise umfangreichen Bürokratie eine staatliche Regelung sozialer Konflikte betrieb.

63 *Edwin Amenta/Theda Skocpol*, Redefining the New Deal. World War II and the Development of Social Provisions in the United States, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 81–122. Die Autoren haben ihre Interpretation des amerikanischen »Sonderwegs« im 19. Jahr-

Hier greifen die Autoren auf Großbritannien als einem naheliegenden und plausiblen Vergleichsbeispiel zurück. Und ihre Antwort auf die Frage »Warum gab es in den USA keinen Beveridge Plan?« liefert u. a. eine sehr anregende Diskussion einiger geläufiger Theorien über das Modernisierungspotential, das Kriege in der industrialisierten Massengesellschaft darstellen. Aber ähnlich wie bei Orloff bleibt auch hier die empirische Auffüllung der theoretischen Fragestellungen lückenhaft und unbefriedigend. Beispielhaft bleibt hierfür ihre unzureichende Erklärung dessen, was sie die administrative Kapazität des Staates nennen, immerhin einer zentralen Kategorie nicht nur dieser Untersuchung.[64]

Der Vergleich mit den staatlichen Kontroll- und Regulierungsinstitutionen im England des Zweiten Weltkriegs erhellt sicherlich den Unterschied zu den USA. Aber er wirkt auf der Suche nach den Gründen für die unterschiedliche Kriegs- und Nachkriegsentwicklung auch irreführend, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen versäumen es die Autoren, der Frage nachzugehen, warum die Regierung Roosevelt und die Mehrheit im Kongreß so weit wie möglich auf freiwillige, öffentlich-private Arrangements in der Sozial- und Arbeitspolitik zurückgreifen wollten, um die Kriegsanstrengungen zu organisieren. Zum zweiten unterlassen sie es auch, den Kongreß selbst als eine kontinuierliche und institutionalisierte Interessenvertretung umfassender Sozialreformen zu behandeln und ernst zu nehmen. Wenn die Legislative in diesen Darstellungen auftaucht, dann fast ausschließlich in Verbindung mit den Namen, die die entsprechenden Gesetzesvorschläge auf den Weg brachten. Es greift aber wesentlich zu kurz, sich allein auf die konservative Obstruktionsrolle der Legislative in diesen Diskussionen zu beschränken. Ideen und Reformvorschläge zur Sozialpolitik hatten auch zwischen 1937 und den *Great-Society-Programmen* der 1960er Jahre ihre kongressionale »Behausung«.

Amenta und Skocpol ziehen die Konfliktlinien zwischen den sozialreformerischen Regierungen Roosevelt und Truman hier, und einem konservativen Kongreß dort denn auch zu einfach. Und sie mißachten einen der wesentlichen Aspekte, der so vieles von den Anfängen der Rooseveltschen Sozialgesetzgebung erklärt, aber eben auch die politischen Legitimationsprobleme beinhaltet, in die die Politik beider Präsidenten immer dann geriet, wenn die Notstandssituation beendet schien. Daß es sich dabei nicht nur um bloße Rhetorika handelte, dazu hätte ein exemplarischer Blick in die entsprechenden Parlamentsprotokolle des *Congressional Record* genügt. Darin zeigt sich nämlich nicht zuletzt, daß der Kongreß zwar bereit war, Roosevelt und der Zentralverwaltung Sondervollmachten einzuräumen – aber eben nur auf Zeit. Das galt für die Notversorgungsmaßnahmen unmittelbar nach 1933 genauso wie für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der *Public Works Administration* (PWA) oder der *Works Progress Administration* (WPA). Und über den temporären Charakter dieser Gesetze herrschte weitgehende Einigkeit zwischen Roosevelt und dem Kongreß. Deshalb ist es beispielsweise irreführend, wenn die Autoren die Abschaffung der WPA als Indiz für die Macht eines konservativ gesinnten Kongresses aufführen. Weder im Kongreß noch in der Regierung Roosevelt war diese Maßnahme wirklich umstritten. Und schließlich bleibt bei Amenta und Skocpol in ihrer Diskussion der Rolle der Gewerkschaften auch unerwähnt, daß eine große Zahl von Arbeitnehmern und Unternehmen im und nach dem Zweiten Weltkrieg begannen, private Versicherungsprogramme auszuhandeln, die eine attraktive und, wie es schien, billigere, weil unbürokratischere Alternative boten.

---

hundert skizziert in: *Edwin Amenta/Theda Skocpol*, Taking Exception. Explaining the Distinctiveness of American Public Policies in the Last Century, in: *Francis G. Castles* (Hrsg.), The Comparative History of Public Policies, London 1989.

64 Zu Skocpols frühem (ebensowenig überzeugenden) Versuch, Kriterien und Maßstäbe für die Bemessung staatlicher »administrativer Kapazität« anzugeben, vgl. *Theda Skocpol/Kenneth Finegold*, State Capacity and Economic Intervention in the Early New Deal, in: Political Science Quarterly 97, 1982, S. 255–278.

Beth Stevens' Beitrag über die Beziehungen zwischen öffentlicher und privater Sozialversicherungspolitik füllt diese Lücke.[65] Für Stevens mündet diese Gabelung der Sozialpolitik in jenen zweigeteilten öffentlichen und privaten Sozialstaat, der Amerikas sozialpolitische Gegenwart charakterisiert. In diesem dualen Wohlfahrtssystem bleiben der öffentlichen Hand die Armen, Arbeitslosen, Alten und Kranken überlassen, während sich die privaten Versicherungsleistungen um die oberen Einkommensgruppen, Jungen und relativ Gesunden anordnen. Stevens historische Rekonstruktion dieser Entwicklung läßt eine steigende Tendenz zugunsten der privaten Programme erkennen. Ihr sehr anregender Beitrag weist dabei auf die vielen, sehr unterschiedlich angelegten Etappen hin, in denen die staatliche Politik und Sozialpolitik diesen Trend, gewollt oder ungewollt, auf den Weg brachte und verstärkte. Ihre Darstellung der Auswirkungen, die die Steuerpolitik während und nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Ausbau privater Sozialleistungen hatte, arbeitet dabei beispielsweise nicht nur einen oft unbeachteten, gleichwohl zentralen Aspekt der Sozialpolitik heraus. Vielmehr stellt sie auch völlig richtig heraus, wie und aus welchen politischen Zwängen heraus sich die zögerliche Unterstützung der Gewerkschaften für die private Alternative nach 1946 im Angesicht eines sozialpolitisch restriktiv eingestellten Kongresses soweit änderte, daß sie diese den öffentlichen Programmen sogar vorzuziehen begannen.[66]

Stevens' zusammenfassende Bewertung der Folgen, die diese Entwicklung nicht nur für die Sozialpolitik, sondern für die Gesamtentwicklung des politischen Systems in den USA hatte, enthält eine Reihe weitreichender Perspektiven. Dies trifft etwa für ihren Befund zu, daß die private Sozialpolitik über Generationen nicht nur dazu beigetragen hat, das öffentliche Image der Privatwirtschaft zu verbessern, sondern auch den Eindruck verbreiten half, daß die Sozialversicherung insgesamt in privaten Händen besser aufgehoben sei. Genauso wichtig erscheint ihre Beobachtung, daß dieses duale Sozialsystem die Bewegung hin zu einer »Brot-und-Butter«-, und weg von einer politischen Arbeiterbewegung verstärkte. Und schließlich lassen sich in den Anfängen dieses Systems nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Wurzeln für jene Spaltung der Arbeiterschaft wiederfinden, die den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen einerseits zunehmend den Anstrich von Besitzstandskämpfen auf Kosten der schlechter Versorgten zu geben scheinen und die auf der anderen Seite die Verbreiterung der Organisationsbasis der Arbeiterbewegung erschweren.

Allgemein hat sich hierdurch, wie Stevens betont, die politische Debatte um die Sozialpolitik verbreitert. Sie konzentriert sich nicht mehr allein auf die Inhalte und Reichweite der Sozialprogramme, sondern thematisiert zusehends die Grundsatzfrage, ob der Staat oder die Wirtschaft die sozialen Probleme verwalten soll. Und schließlich zeigt sich eine Wechselbeziehung zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor in der Sozialpolitik: Beide entlasten sich gegenseitig von sozialen Verpflichtungen (Beispiel: Sozialhilfe für Niedriglohnarbeiter). Unterlassungen werden in dieser Konstellation nun genauso wichtig wie Handlungen und Programme, erhöhen sie doch den Druck auf die Gegenseite, kompensatorische Politik zu betreiben (Beispiel: private Rentenpläne).

Theda Skocpols einleitender Essay zum dritten Teil dieser Studie unterstreicht dann den grundlegenden Wert, den die *Social Security Act* von 1935 sowohl für den Aufbau als auch für die Lücken hatte, die der amerikanische Sozialstaat in dem halben Jahrhundert danach entwickelte.[67] Skocpol beschreibt dabei die weitreichenden Folgen, die die Aufteilung in

65 *Beth Stevens*, Blurring the Boundaries. How the Federal Government Has Influenced Welfare Benfits in the Private Sector, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 123–148.

66 Vgl. auch *Ann Shola Orloff/Eric Parker*, Business and Social Policy in Canada and the United States, 1920–1940, in: Comparative Social Research 12, 1990, S. 295–339.

67 *Theda Skocpol*, The Limits of the New Deal System and the Roots of Contemporary Welfare Dilemmas, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 293–312.

den legitimen, weil durch Beiträge verdienten Anspruch auf soziale Sicherheit einerseits und in die unverdienten Forderungen der Arbeitslosen und Armen nach Wohlfahrt auf der anderen Seite hatte. Skocpol verknüpft dies mit der historischen Rekonstruktion des Scheiterns einer auf Vollbeschäftigung zielenden Wirtschaftspolitik in den USA, die sich an den Ideen des sozialen Keynesianismus orientierte. Der kommerzielle Keynesianismus, der mit seinem Schwergewicht auf den finanz-, steuer- und geldmengenpolitischen Instrumenten der makroökonomischen Steuerung seit dem Scheitern der *Full Employment Bill* von 1945 die Wirtschaftspolitik der demokratischen wie der republikanischen Regierungen zu bestimmen begann, verstärkte diese ungleiche Gabelung in der Sozialpolitik. Er begründete auch, wie Skocpol argumentiert, daß sich die Verteidigung der Sozialprogramme unter den sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit dem Ende der 1970er Jahre besonders dort als schwierig erwies, wo sich ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen unregelmäßigen Arbeitseinkommen oder Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit und Armut entwickelte.

Die Unfähigkeit und die politische Unwilligkeit, diesen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik herzustellen, machte, so Skocpol, in den 1970er und 1980er Jahren den Weg frei für die konservative Kritik am Sozialstaat, nach der Arbeitslosigkeit und Armut durch individuelles Verhalten verschuldet seien. Besonders im Hinblick auf die schwarze Bevölkerung bedeutete dies, daß die Behauptung der Konservativen, die staatliche Sozialpolitik sei nicht das Gegenmittel, sondern vielmehr die Ursache für eine unkorrigierbare Armut, leichter verfangen konnte, solange die gravierenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die die Schwarzen disproportional trafen, unthematisiert blieben.[68]

Gary Orfield ergänzt diesen Befund mit einem Blick auf die politischen Koalitionen zwischen den urbanen liberalen Demokraten und den organisierten Schwarzen des Nordens.[69] Er zeigt, wie die Hautfarbe bzw. wie *Race* (in der umfassenden Bedeutung, die dem Begriff im amerikanischen Englisch zukommt) von den Anfängen in der Protestbewegung der sogenanten *Dixiecrats* 1948 über die Präsidentschaftskandidatur des rassistischen Populisten Wallace 1968 zu der entscheidenden Frage wurde, die die demokratische Partei seit der Mitte der 1960er Jahre zu spalten begann. Orfield fixiert den Zeitpunkt dieses liberalen Schismas relativ genau auf das Jahr 1965, wo er mit dem Beginn von Johnsons expansiven Sozialprogrammen die Ansätze zu der Möglichkeit erkennt, einen sozialpolitischen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklung, Aufhebung der schwarzen innerstädtischen Ghettos und der Bürgerrechtsbewegung herzustellen. Mit den blutigen Rassenunruhen in den großen Städten des Nordens im gleichen Jahr bricht in seinen Augen nicht nur diese politische Koalition zusammen, sondern hier setzt auch der erfolgreiche Widerstand des Kongresses gegen Johnsons Vision des sozialpolitischen Aufbaus der *Great Society* ein. Gleichzeitig beginnt sich eine Obstruktionsbewegung gegen die staatlichen Bemühungen um eine soziale Rassenintegration in der weißen Mittelschicht abzuzeichnen. Prominentestes Beispiel dafür wurde der Kampf von weißen Eltern in Boston gegen die Politik der forcierten Schulintegration durch das Zusammenführen von farbigen und weißen Schülern (»busing«) Mitte der 1970er Jahre.[70] Der »Verrat« und die Aufgabe der Schwar-

68 *William J. Wilson*, The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy, Chicago 1987, S. 56 f., stellt die Arbeitslosigkeit unter schwarzen Männern in den Mittelpunkt und sieht die Ursache dafür in den Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes seit den frühen sechziger Jahren.

69 *Gary Orfield*, Race and the Liberal Agenda. The Loss of the Integrationist Dream, 1965–1974, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 313–356.

70 Vgl. *Ronald P. Formisano*, Boston Against Busing. Race, Class, and Ethnicity in the 1960s and 1970s, Chapel Hill/London 1991, der die Übernahme der politischen Strategien der Bürgerrechts- und Studentenbewegung durch die weißen Gegner des »forced busing« betont.

zen durch die demokratischen Liberalen, so schließt Orfield, führte zu dem gleichen Ergebnis, das die Konservativen verfolgten, nämlich zu der Ignorierung der rassistischen Hintergründe von Armut und Abhängigkeit und zu einer Individualisierung des Problems.

Aus den abschließenden Beiträgen von Slessarev, Bane und Neckermann läßt sich nicht nur herauslesen, wie wenig die Sozialprogramme des New Deal und der *Great Society* tatsächlich in der Lage waren, die Probleme der neuen Armut der 1970er und 1980er Jahre anzugehen. Sie verdeutlichen auch, in welcher Weise das Zusammenwirken der historischen Erbschaft von Rassen- und Geschlechterdiskriminierung diese Probleme verstärkte.[71] Ihre verdeckte ideologische Herrschaft lieferte die intellektuelle Legitimation für die Kürzungen der Sozialleistungen unter Reagan. Ihre fortwirkenden Spannungen und Konflikte bewirkten das Auseinanderfallen der progressiven sozialpolitischen Koalition in den 1970er und 1980er Jahren. Und wenn die Autoren umgekehrt betonen können, daß die Verbindung eines geschlechtsneutralen Sozialprogrammes mit der richtigen Hautfarbe dieses davor zu bewahren vermochte, dem Rotstift einer kongressionalen Mehrheit zum Opfer zu fallen, wie *Medicaid* und die *Housing Act* von 1986 veranschaulichen, dann ist damit keine hoffnungsvolle Aussicht für die zukünftige Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik in den USA verknüpft.[72]

IX. Versucht man anhand der hier besprochenen Arbeiten eine Bestandsaufnahme der Historiographie über den amerikanischen Sozialstaat, so scheint am Ende ein paradoxer Befund zu stehen. Denn obwohl sich ein großer Teil der Untersuchungen einem (komparativ gewonnenen) einheitlichen Verständnis über die Bedeutung und die Merkmale des modernen Wohlfahrtsstaates verdankt, bricht diese Einheitlichkeit im Verständnis und in den Annahmen im Hinblick auf den amerikanischen Fall – und wohl nicht nur dort – zusammen. Die historische Analyse des amerikanischen Sonderwegs löst dabei nicht nur die rückwärtsgewandten entwicklungslogischen Voraussetzungen präsentistischer sozialwissenschaftlicher Theorien auf. Vielmehr scheint sie auch eine methodologische Vervielfältigung des Nachdenkens über das zwingend zu machen, was sich etwa im historischen Verständnis von Begriffen wie öffentliche Fürsorge oder Sozialstaat verbarg. Erst wenn sich ein geschärftes methodologisches Bewußtsein dafür etabliert, daß innerhalb einer vergleichbaren Entwicklung industriekapitalistischer Gesellschaften eine enorme Breite unterschiedlicher Definitionen von sozialem Wandel und seiner politischen Organisation möglich ist, entgeht man der unfruchtbaren Fixierung auf den Typus des verzögerten oder zu spät gekommenen Wohlfahrtsstaates. Wie wenig dieses Konzept für den amerikanischen Fall taugt, verrät schon ein kurzer Blick auf das nahezu avantgardistische Selbstbewußtsein, mit dem amerikanische Sozialpolitiker und Manager die Mischsysteme öffentlicher und privater Sozialversicherung in den 1920er oder auch in den 1950er Jahren priesen.[73]

---

71 *Helen Slessarev*, Racial Tensions and Institutional Support. Social Programs during a Period of Retrenchment, in: *Weir u. a.* (Hrsg.), The Politics of Social Policy, S. 357–380; *Mary Jo Bane*, Politics and Policies of the Feminization of Poverty, in: Ebd., S. 381–396; *Kathryn Neckerman/Robert Aponte/William J. Wilson*, Family Structure, Black Unemployment, and American Social Policy, in: Ebd., S. 397–419.

72 Vgl. auch *Linda Gordon*, Black and White Visions of Welfare. Women's Welfare Activism, 1890–1945, in: Journal of American History 78, 1991, S. 559–590. *Donald R. Kinder*, The Contusive American Dilemma. White Resistance to Racial Change 40 Years After Myrdal, in: Journal of Social Issues 42, 1986, S. 151–171, beschreibt sowohl die Persistenz als auch den (geringen) Wandel der Einstellung in der weißen Bevölkerung.

73 Vgl. in diesem Sinn *Douglas E. Ashford*, The Whig Interpretation of the Welfare State, in: Journal of Policy History 1, 1989, S. 24–43.

Methodologische Folgen muß auch die Einsicht in die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen haben, wie sie etwa im Blick auf die fortdauernde Bedeutung des Strafcharakters der Armengesetze, auch unter vollkommen veränderten Bedingungen der Armut, auftaucht. Das amerikanische Beispiel belegt vor allem dreierlei:

1. Die Reichweite und Bedeutung des Wohlfahrtsstaates wird bis heute sowohl von politisch-institutionellen als auch von intellektuellen Entscheidungen (bzw. Unterlassungen) getragen, die schon am Anfang des 19. Jahrhunderts und damit noch vor dem industriekapitalistischen Take-off getroffen wurden.

2. Die Ideen, die diesen Entscheidungen zugrunde lagen, waren weder ideologisch neutral noch das einfache Produkt sozio-ökonomischer Bedingungen eines sich entwicklenden industriekapitalistischen Systems und sie verdankten sich auch nicht einer abstrakten philanthropischen Vorstellung über die soziale Gerechtigkeit.

3. Der Aufbau staatlicher Sozialpolitik in den USA vollzog sich inkremental, d. h. er fußte eher auf einer Vielzahl von unterschiedlichen, auf verschiedenen politischen Ebenen angesiedelten, öffentlichen wie privaten Mustern. Diese Modelle waren nur zu einem geringen Teil miteinander verbunden bzw. miteinander vereinbar. Sie widersprachen sich eher öfter als weniger. Und diese Entwicklung vollzog sich in Auseinandersetzung mit einer durchgehend wichtigen, institutionell, konstitutionell und kulturell verankerten Tradition der Dezentralisierung und des Anti-Etatismus.

Dies zusammen beschreibt und erklärt Amerikas halbfertigen Wohlfahrtsstaat der Gegenwart nicht nur angemessener, sondern es macht auch besser verständlich, warum diese Eigenarten in so hohem Maße nicht nur als Probleme, sondern positiv als das sozialpolitische Äquivalent in einer politischen Kultur verstanden werden, die zwischen individualistischen und egalitären Vorstellungen zu oszillieren scheint.[74]

Morton Kellers wissenschaftsgeschichtliche Beobachtung schließlich scheint zum anderen ein weiteres nützliches Caveat für das neu entstandene Interesse an einer Aufwertung des Staates für die historischen Arbeiten zur Sozialpolitik darzustellen: »It is only as the twentieth century draws to a close and decades of regulation welfare, and warfare, ever-larger bureaucracies, ever-greater government taxation and expenditure, and ever more active and assertive economic and social policymaking have become a conspicious part of the Anglo-American experience that ›bringing the state back in‹ has come to be an attractive intellectual enterprise.«[75]

Trotzdem bleibt, wiederum mit Keller, festzuhalten: »Jede Diskussion über die Sozialpolitik in der Geschichte der Vereinigten Staaaten muß heutzutage mit einer Erörterung des Wesens des amerikanischen Staates beginnen.«[76] Dessen Unterschiede gegenüber den westeuropäischen Vergleichsfällen gehören aber zu den entscheidenden Merkmalen, die gemeinhin zur Beschreibung wie Erklärung eines amerikanischen Exzeptionalismus angeführt werden. Der Rückgriff auf die liberale Tradition Amerikas bedeutet hier, bezogen auf die Entwicklung staatlicher Sozialpolitik, daß die Trennung zwischen einem ökonomisch dominierten Markt und einem politisch kontrollierten sozialen Bereich verfassungsrechtlich-normativ und in der Praxis zugunsten des ersten ausfällt. Die Rolle des liberalen Staates in den Vereinigten Staaten scheint in der sozialen Sphäre vor allem auf die Wahrung

74 Vgl. *Charles Lockhart*, American Exceptionalism and Social Security. Complementary Cultural and Structural Contributions to Social Program Development, in: Review of Politics 53, 1991, S. 510–529; *Reeve Vanneman/Lynn W. Cannon*, The American Perception of Class, Philadelphia 1987; *Harold Wilensky*, The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures, Berkeley 1975.

75 *Morton Keller*, Social Policy, in: *Critchlow/Hawley* (Hrsg.), Federal Social Policy, S. 99–115, hier S. 100.

76 Ebd., S. 99.

von sozialer Ordnung, die pragmatische Lösung sozialer Konflikte und die Bereitstellung sozialer Serviceleistungen, weniger auf eine planvoll angeleitete und zusammenhängende Strategie zu zielen, an deren Ende die Realisierung des Sozialstaates stünde. Die Rolle des amerikanischen Sozialstaates bleibt weitgehend beschränkt und in hohem Maße abhängig von Entwicklungen und Entscheidungen, die der Markt bestimmt.[77]

Es scheint eindeutig, daß sich die historiographische Wiederbesinnung auf eine sozialgeschichtlich gesättigte und selbstkritische Politikgeschichte in diesem Sinne auch selbst zu historisieren hat. Das heißt, daß die gebetsmühlenhafte Wiederholung der Forderung, den Staat wieder hineinzubringen in das Zentrum der Historiographie zur politischen Entwicklung der USA im späten 19. und im 20. Jahrhundert, nicht genügen darf, um die Relevanz dieses Themas zu legitimieren. Im Gegenteil! Eine gesunde Skepsis gegenüber dem verständlichen Bemühen, am Ausgang des 20. Jahrhunderts die historischen Anfänge eines der wichtigsten und prägendsten Phänomene in den entwickelten Industriegesellschaften immer weiter zurückzuverlagern, scheint besonders im Falle der Vereinigten Staaten angebracht. Das mag sich besonders für eine kontinentaleuropäisch geprägte, an die überragende Bedeutung staatlicher Administration und Bürokratie gewöhnte Perspektive als hilfreich erweisen. Es könnte aber auch verhindern helfen, daß der eine Shibboleth der Staatslosigkeit bloß durch den anderen des zeitlosen Leviathan ersetzt würde.[78]

Am Ende dieser historiographischen Diskussion über die Ursprünge, die Entwicklung und Charakteristika des modernen amerikanischen Sozialstaates scheint außerdem ein auffälliges Merkmal zu stehen, das eine eher disziplinär angelegte Frage aufwirft. Man kann als den theoretischen bzw. theoriebildenden Fluchtpunkt vieler der zitierten Arbeiten eine historisch gereinigte Theorie des modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaates annehmen. Und nicht wenige der neueren Ansätze in der historischen Forschung sind methodologischen und konzeptionellen Anleihen verpflichtet, die bei den sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der historischen wie aktuellen Sozial- und Wohlfahrtspolitik gemacht wurden. Dennoch scheint gerade an dieser Stelle ein offenkundiges Ungleichgewicht in den disziplinären Beziehungen zutage zu treten. Der Beitrag der Historie zur Theorie des Sozial- und Wohlfahrtsstaates erschöpft sich weitgehend in einer eher rituell anmutenden Beschwörung der Dimensionen von »Zeit«, »Wandel« und, darauf fußend, »Kontingenz«, die es bei diesen Diskussionen zu berücksichtigen gelte. Das taugt, auch dies machen viele der hier besprochenen Arbeiten eher ungewollt deutlich, zweifelsohne zur kritischen Auflösung jener präsentistischen Verdinglichung, zu der etwa strukturorientierte Darstellungen neigen. Geschichtsschreibung käme hier und innerhalb einer sozialwissenschaftlichen Interdisziplinarität eine wichtige kritische Dimension zu.

Weniger überzeugend aber scheint mir die Bestandsanalyse auszufallen, wenn man nach den produktiven Bestandteilen zu fragen beginnt, die die historische Forschung zu einer Theorie des Sozial- und Wohlfahrtsstaates beizusteuern hätte. Der einfache Verweis auf die verschiedenen und vielfältigen Kräfte, die im Durchlauf durch die Geschichte die Gegenwart geformt und beeinflußt haben, bleibt vage und greift schließlich dort zu kurz, wo es um die Diskussion der Ausgangsfrage gehen muß, nämlich in welcher Weise die gegenwärtige amerikanische Sozialpolitik historisch verstanden werden muß.[79] Dies bleibt nicht nur

77 Vgl. *Stephen L. Elkin*, Pluralism in Its Place. State and Regime in Liberal Democracy, in: *Roger Benjamin/Ders.* (Hrsg.), The Democratic State, Lawrence 1985, S. 213–265. Diese Argumentation folgt vor allem *Clarence Stone*, Systemic Power in Community Decision Making, in: American Political Science Review 74, 1980, S. 978–990.

78 Vgl. *Theda Skocpol*, A Society without a »State«? Political Organization, Social Conflict, and Welfare Provision in the United States, in: Journal of Public Policy 9, 1989, S. 349–371.

79 Vgl. *Christopher Lloyd*, The Methodologies of Social History. A Critical Survey of Structurism, in: History and Theory 30, 1991, S. 180–219.

eine Frage der Relevanz historischer Studien, sondern würde sich auch dem Problem stellen, wie das Verhältnis von Ereignissen, Handlungen und bewußten Deutungen prozessual gegenüber Strukturen wie Klassen, der Familie, Institutionen, Mentalitäten und dem Staat verstanden werden muß. Der historische Beitrag zu einer Schärfung dieses Problembewußtseins im Hinblick auf die Geschichte der amerikanischen Sozialpolitik steht, so scheint mir, noch aus.

John Breuilly

Liberalism and the bourgeoisie
Germany in comparative perspective

Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1988, 381 S., brosch., 18 DM.

Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988, 537 S., kart., 84 DM.

Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1988, je 384 S., brosch., zus. DM 78.

Arno J. Mayer, Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1988, 344 S., brosch., 14,80 DM.

Liberalism in Germany

The book by Langewiesche[1] is the first general study of German liberalism since the 1978 study of James. Sheehan.[2] Since that time a great deal of new work has appeared which any general study must take into account. Lothar Gall's seminal essay on early liberalism has had a major influence on research, particularly into liberalism in the Vormärz period, most of which appeared after 1978.[3] For the period after 1848 there has been a considerable revision of the idea of liberalism as a ›failure‹ and studies of the bourgeoisie have in any case uncoupled that idea from the broader notion of a deferential society remaining under the domination of pre-modern elites.[4] There have also been comparative studies which have questioned certain assumptions about other countries which informed some understandings of German liberalism.[5] Although Sheehan anticipated some of the ideas involved, never for example arguing any crude ›failure of liberalism‹ case, he did not have much of

1 Henceforth the works under review will be referred to as Langewiesche, Langewiesche (ed.), Kocka 1, Kocka 2, Kocka 3, and Mayer.

2 *James Sheehan*, German Liberalism in the 19th century, Chicago 1978. A German translation was published in 1983.

3 *Lothar Gall*, Liberalismus und »Bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220, 1975, pp. 324–356. For a good indication of the range of work involved see *Wolfgang Schieder* (ed.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, especially the introduction by the editor.

4 Some of this was stimulated in response to the book by *David Blackbourn* and *Geoff Eley*, The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in 19th century Germany, Oxford 1984, a modified version of the original German study which was published under the title: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/Main 1980.

5 *Langewiesche* (ed.), and *Kocka*, 1, 2, and 3, as well as *Jürgen Kocka* (ed.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, are the best examples of this work and all arise out of the interdisciplinary study on the bourgeoisie under Kocka's direction at the Zentrum für interdisziplinäre Forschung at the university of Bielefeld.

this new and complex historiography to take into account.[6] It is on how Langewiesche integrates this historiography into his general study of liberalism that I will focus attention.

After a brief introduction to the 18th century background, where Langewiesche points to our lack of knowledge about continuities between the enlightenment, Napoleonic and restoration periods, attention is turned to liberalism as an oppositional movement. Langewiesche justifies this because by this time much of the steam was running out of liberalising reforms from above. Instead, liberalism increasingly took the form of a constitutional movement which focused attention upon the attainment of political freedoms. What is more, a central theme throughout Langewiesche's study is that liberalism requires, for its development, some of the institutional arrangements which it also demands. Without some freedom to organise and to express opinions and without some institutions (parliaments, city councils, chambers of commerce, provincial estates, etc.) through which to organise, liberalism cannot develop as a movement but remains, at best, an informal current of opinion.

I think this is very true and it is borne out by many of the essays in the book edited by Langewiesche. It is clear, for example, that *opinions* of the kind worked out by liberals in the south German states and in Prussia also were developed in Vormärz Austria. Nevertheless, the lack of such institutions and the more stringent control over associations and freedom of expression prevented as clear a development of a liberal movement in Austrian Germany.[7] In turn the institutional framework shaped the kind of liberal movement that developed in the different German states. The south German states with their state parliaments allowed the growth of state-wide liberal oppositions. In Prussia, by contrast, up to 1847 the provincial estates offered the highest level institution within which a liberal opposition could form, and this helps account for the provincial character of early Prussian liberalism.[8]

Langewiesche can also connect this to the kinds of demands raised by liberals. The concern to establish a secure political basis for liberalism led to a concentration upon constitutional demands. However, these demands were more for *rights* than *powers*. The theoretical basis of such rights appeared to be in natural rights, but in the German context their embodiment in constitutions granted by existing states could make them appear as positive »Toleranzen« created by government.[9] What is more, therefore, the distinction between the state and the structure of rights the state creates can lead to the constitutionalist doctrine of dualism. This doctrine confines parliament to the role of opposition, or the representation of social interests (often seen as divisive and factional) rather than becoming the basis of governmental power.

It is, naturally, possible to see this political thought as the product of an intellectual tradition. That was largely the line taken by Krieger in his pioneering study »The German Idea

---

6 Some of the critical points were made, however, early on in the reception of Sheehan's work. See *Geoff Eley*, James Sheehan and the German liberals: a critical appreciation, in: Central European History 14/3, 1981, pp. 273–288.

7 *Klaus Koch*, Frühliberalismus in Österreich bis zum Vorabend der Revolution 1848; *Harm-Hinrich Brandt*, Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression; *Lothar Höbbelt*, Die Deutschfreiheitlichen Österreichs. Bürgerliche Politik unter den Bedingungen eines katholischen Vielvölkerstaates, all in: *Langewiesche* (ed.).

8 See *Herbert Obenaus*, Region und politisches Interesse im Vormärzliberalismus Preußens, in: *Langewiesche* (ed.). There are other reasons for regional variations which persist after 1848, as is made clear in: *Toni Offermann*, Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich. Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktszeit, in: *Langewiesche* (ed.).

9 See further Dieter Grimm, Die Grundrechte im Entstehungszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft, in: *Kocka* 1.

of Freedom«.[10] It is also the type of argument employed by John Keane when he argues that in German political thinking the notion of ›civil society‹ as incomplete and fractious, best expressed by Hegel, rather displaced alternative notions of civil society. In these alternatives civil society might be presented as standing in an harmonious relation to government (e.g. in the work of Ferguson, and earlier Locke), or as potentially able to function without a powerful state (Adam Smith) or even, in utopian versions (Paine) any state, or as the source of fruitful opposition to the all-powerful state to which mass politics could give rise (John Stuart Mill, Alexis de Tocqueville).[11] From this one can go on to deduce German liberal hostility to ›party‹ as factious and the failure to press for parliamentary government.

Langewiesche's institutional approach complements this intellectual approach in a convincing way. Liberalism now appears in certain respects as a reflection of the political structures within which it develops, demanding reform of those structures, often of a quite radical kind, which will entrench liberal freedoms and influence. Obviously one has to go further and connect those liberal demands to their social and economic context. Here Langewiesche accepts much of the argument about ›mittelständisch‹ liberalism which envisaged a harmonious and ›classless‹ society of the propertied, largely based upon pre-industrial economic arrangements. Themes such as laissez-faire economics are marginal, if not negative, within this type of liberalism. More important are demands for more local rights in government and for the entrenching of freedoms in a constitution.

It has long been recognised that this is not the whole story. Langewiesche is well aware of the claims to be considered ›liberal‹ on the part of reforming officials who sought to reduce guild powers or tariffs or push through land tenure reform, and of Rhenish businessmen who had come to accept greater social inequality than the Mittelstand social vision could bear, and who were prepared, in the name of economic progress, to defend oligarchy as a necessary consequence and bulwark of such inequality. Nevertheless, his focus on opposition and political institutions tends to marginalise the role of reforming bureaucrats, and he points to studies of Rhenish liberalism which also suggest that their bourgeois class character has been exaggerated.[12]

However, I think there is a rather bigger problem here. It is difficult to work out why some of the Mittelstand politics under discussion merit the name ›liberal‹ at all, when it believed in local autonomy in order to protect guild rights and keep out immigrants. In this sense, the government officials in states such as Prussia who tried to compel local communities to give up such restrictions are more deserving of the title ›liberal‹, if by that we mean those who try to increase the opportunities for individuals to decide for themselves such questions as where they will live and what job they will do.[13]

I also think there are two particular problems with an approach which makes too much of the pre-industrial Mittelstand argument. First, it tends to fit into a broader argument which then sees this kind of liberalism giving way to one based on the acceptance of industrial society and its attendant class divisions and inequalities. Much of the remaining argument concerns only the dating and description of the shift from the one to the other kind of liberalism. Yet there is another ›social‹ model of liberalism available. One can see this social vi-

10 *Leonhard Krieger*, The German Idea of Freedom: History of a Political Tradition, Boston 1957.

11 *John Keane*, Despotismus und Demokratie. Über die Unterscheidung zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat 1750–1850, in: *Kocka* 1.

12 See especially *Elisabeth Fehrenbach*, Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, in: *Schieder*, pp. 272–294.

13 The ›illiberalism‹ of such burghers is brought out clearly in: *Mack Walker*, German Home Towns. Community, State, General Estate 1648–1871, Ithaca 1971. The ›liberalism‹ of the state is brought out in: *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: 1815–1845/49, München 1987, especially pp. 281–296.

sion, for example, exemplified in the thinking of the Prussian reformer Christian Scharnweber, the subject of an essay on ›bureaucratic liberalism‹ by Barbara Vogel.[14] Here the vision is one of ›commercial society‹, a vision which arguably is also to be found in writers of the Scottish enlightenment such as Adam Smith. Whereas the pre-industrial Mittelstands social vision is one of a static, no-growth economy in which controls are an important way of preventing too much inequality; by contrast, this social vision envisages increasing prosperity coming about through greater freedom and divisions of labour, though not necessarily giving rise to a new kind of economy in which agriculture has been displaced by industry as the major sector.

It seems to me that this is the image to which many Rhenish businessmen such as Hansemann and Camphausen subscribed. The contrast underpins the distinction between ›optimists‹ and the ›pessimists‹ on economic prospects before 1848. The balance varies with the economic situation: in the bad years of 1844–1847, for example, the pessimistic view was strengthened, and many Mittelstand elements moved away from any recognisable liberal position. The years of growth after 1854 strengthened the optimistic view and enabled positive links to be forged between bourgeois leaders of liberalism and many peasant farmers, small craftsmen and retailers. In many respects it seems to me that it is the return of pessimism after the economic downturn in 1873/74, as much as the acceptance of an emergent industrial society of class inequality, which leads to the third kind of social vision.

A distinction of this kind can also account for the way in which liberals in 1848, certainly at national and state level, seem quickly to forget all the Mittelstand themes which tend to be emphasised for Vormärz. Langewiesche recognises squarely that the parliamentary liberals of 1848 did not have much time for placing any ›social‹ rights alongside political rights in the constitutions which were drawn up. Admittedly, neither did they take a doctrinaire laissez-faire position, something which seems to be peculiar to English liberalism. One can explain the political defensiveness of most liberals in 1848 in terms of the need to bring an unwanted revolutionary situation under control, but I think this lack of interest in social guarantees for Mittelstand concerns is because the bourgeois liberals who have state-wide and nation-wide contacts never did subscribe to the ›static society‹ vision of many of their small-town constituents. Rather, I think, they went along with those constituents for so long as the principal goal was the modernisation or liberalisation of the corporate social arrangements of the time.[15]

Langewiesche's account of the politics of 1848 and the role of the national question is exemplary, and it is only this issue of the kind of social vision which underpins early German liberalism which I would question. Langewiesche understands well the concerns of those liberals and does not dismiss their anxieties about revolution or democracy as ›betrayal‹, but points rather to the underlying consistency of their values, which never included revolution and democracy.

Again, the institutional approach is illuminating for post-1848 liberalism. The Prussian constitution of December 1848 both shaped as well as permitted the development of a state-wide liberal movement. Langewiesche also makes it clear that the ›realists‹ who turned to Prussian leadership did so on the basis of genuine beliefs in progress and the need to liberalise Prussia as a condition of her playing a positive role in national unification. He has much sympathy for the National Liberal acceptance of Bismarck's achievements in 1867 and 1870/71 as something unavoidable and which they could shape in a liberal direction.

---

14 *Barbara Vogel*, Beamtenliberalismus in der Napoleonischen Ära, in: *Langewiesche* (ed.).

15 This idea of modernising corporate institutions is central to the essay by *Wolfgang Kaschuba*, Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: *Langewiesche* (ed.).

Later he points to the pride liberals took in the part they played in laying down the legal and economic basis of the new Germany in the years between 1867 and 1878.

I would agree with this, as well as with Langewiesche's account of how liberalism began to lose some of its integrative power, for example in relation to the labour movement. I think, perhaps, the point could be reinforced in institutional terms. Bismarck institutionalised the dualist doctrine – in his ›constitutional gap‹ theory during the constitutional crisis in Prussia from 1862 to 1866, and in the constitutions drawn up for both the North German Confederation and the Second Empire. At the same time, he provided liberals with avenues of influence not only through parliament, in which they were the dominant political force for the first decade or so, but also through the developing bureaucracy. On the other hand, the constitution of 1871 rather set back some liberal achievements because it decentralised power with its explicit recognition of state rights for the south German states (and, by implication, for Prussia). Liberals were now oriented to at least five different institutional arenas to achieve their objectives: the national parliament, the state parliaments, the developing national bureaucracy, the existing state bureaucracies, and local, especially urban, government. What is more, in the sovereign state institutions liberals operated by means of pressure, connection, and ideological agreement.

I think this institutional fragmentation of liberal effort helps account for the increasing incoherence of any liberal political vision and the breakup of any single focus of liberal political efforts. In turn that led, as Langewiesche brings out very well, to a stress on the ›national‹ values of liberalism and its self-image as the embodiment of high cultural values.[16] Increasingly liberals adopted a rhetoric of being above party. Their opposition to Catholicism was sincerely grounded in the values of nationality, progress and reason. Their anti-socialist views, as Langewiesche argues with reference to Heinrich von Treitschke, implied a hard-headed acceptance of a need for a strong state to preserve the necessary inequalities of a bourgeois-dominated society against a socialism which threatened nationality, religion, family and property.

Langewiesche also very persuasively shows that much of the case for the ›failure of liberalism‹ is based upon this acceptance of the liberal self-image. Once party politics developed, liberals were bound to be reduced to just one party amonst many. Once that had happened, liberal parties actually fared reasonably well in elections. What is more, lack of party discipline or identification with a particular social milieu may actually have helped maintain the electoral basis of liberalism, by giving it flexibility in relation to a variety of social constituencies. Liberalism adapted progressively in important ways to the rise of mass politics, new international rivalries, and the social problems of industrial society. Langewiesche sees in liberal support for imperialism a projection of the national claims of liberalism into the international sphere of politics. That support in turn led to the formation of national political organisations with large memberships. Finally, in a very important section, Langewiesche deals with the impressive achievements of liberals in urban government.

These are important correctives to the story of a declining and increasingly irrelevant liberalism. In many ways these liberal adaptations were more impressive than what happened in countries such as France and Britain in the years before 1914. However, I do think there are two points to which Langewiesche could have given more emphasis.

First, the splits within liberalism need more consideration. Langewiesche rightly draws attention to the growing pessimism of all liberals as Bismarck undermined their position and retained personal dominance. But how the post-Bismarckian future was seen perhaps needs more explicit consideration. I would distinguish at least four responses amongst liberals. First, there were those who simply ceased to be liberal in any meaningful sense, so

16 See also *Gangolff Hübinger*, Hochindustrialisierung und die Kulturwerte des deutschen Liberalismus, in: *Langewiesche* (ed.).

completely did they accept authoritarian government, special measures against whole sections of the population, tariffs, etc. Second, there were those who increasingly saw in the authoritarian institutions of bureaucracy, army and elite government (as in many urban communes) the appropriate instruments for achieving reforms in such fields as education and public health which would help create ›free personalities‹. These liberals had largely abandoned any faith in the specifically *political* vision of liberalism. Third, there were those who sought more constitutional constraints over government – both through increased parliamentary power and also through legal controls. Finally, there were those who sought to ›parliamentarise‹ the state.

Splits within liberalism were, above all, provoked by divisions over the relationship between parliament and state. The original division between Progressive and National Liberals came over the Indemnity Bill: could one put aside the way Bismarck had ridden roughshod over parliament? The battles of 1878/79 were in part about ensuring that Bismarck did not get access to more revenues at national level if parliament still could not properly control how those revenues were spent. The divisions of the 1880s and 1890s came over the key question of the military budget. The ›authoritarian‹ liberals stressed the ›national‹ interest and the need to ensure that the ›accidents‹ of party balance could not determine military spending; the ›parliamentary‹ liberals stressed that without budgetary rights parliament was a nullity.

The chapters on post 1918 are something of a postscript. For Weimar what is brought out is the way continued political division amongst liberals, and the increasing role of interest groups in the liberal parties, rendered both necessary but also unconvincing the appeal to national interests above sectional concerns and made it difficult for liberals to take up any meaningful domestic political programme. Yet, as in the Second Empire, liberals possessed a political power out of proportion to their electoral standing – partly because they figured in virtually every coalition. What I found especially illuminating was by contrast the way liberals could develop a firmer party discipline at state level (as in Prussia and Hamburg) and cooperate with the SPD. But the logic of the argument points remorselessly to the ›liberal‹ electorate moving towards the two extreme poles of liberal practice and liberal rhetoric: at the one extreme to vote for splinter parties which explicitly represented narrow interests; at the other for a party which more radically than any other claimed to represent the ›nation‹, the Nazi party.

A final chapter considers the development of liberalism in the Federal Republic. Here Langewiesche rightly stresses the distinction between liberalism (or liberality) as a feature of a whole political system and a component in the values of most actors in that system, and liberalism as the politics of a particular party or social group. What really mattered in the Federal Republic was that eventually a liberal constitutional structure was created and that the two major parties, the CDU and the SPD, came to accept that as legitimate. Less important was the emergence of the FDP out of an illiberal or very archaic liberal beginning to the acceptance of distinctively liberal concerns (above all the free market), although that process is an interesting story.

It is almost unbelievable that Langewiesche manages to cover all this ground, in a clear and persuasive manner, in just 300 pages of a small paperback. To this is added some useful tables detailing many features (electoral, sociological) of liberal parties and other organisations at national, state and local levels. This book is now the indispensable starting point for anyone wishing to understand German liberalism.

The German bourgeoisie

There clearly are close links between the fortunes of German liberalism and the development of the bourgeoisie. A number of studies, both comparative and German, have made clear the relative unimportance of aristocrats in German liberalism.[17] If one focuses upon the state as a vehicle of liberal reform, this tends to draw attention to the role of a bourgeois officialdom. If one concentrates upon the role of liberal political movements, the central figures are officials, professionals, and members of the economic bourgeoisie. More than perhaps any other liberal movement, German liberalism is bourgeois. That was, as I shall argue later, one of its major weaknesses as a political movement.

But if liberalism (nearly) equals bourgeois, bourgeois does not equal liberalism. The need to uncouple the two concepts was argued strongly by Blackbourn and Eley. They argued that bourgeois values and interests could come to dominate a society in which liberalism failed. The argument was often unclear, because the key terms such as bourgeois and liberalism were not properly defined and the identity and content of ›bourgeois dominance‹ remained vague.

The project led by Jürgen Kocka at the Centre for Interdisciplinary Research at the university of Bielefeld has been the single most important initiative in trying to clarify these issues and to stimulate research in Germany and elsewhere, frequently with an explicitly comparative character, into the many aspects of the subject.[18] It has also brought together work that was already going on in a variety of disciplines, and there are a variety of other research projects which bear upon this subject.«

Even in a review article it is impossible to do justice to the extraordinary range of studies published in the three volumes on *Bürgertum im 19. Jahrhundert*. Here I will just focus on some findings on the German bourgeoisie. In the next section I will consider what those findings mean when placed in a broader comparative context. It is simply impossible to consider the non-German studies in their own right, and I have had to be very selective even with this German focus.

Very broadly one can make distinctions between economy, society, culture and politics. In the first instance, the term bourgeoisie is related to different branches of the economy. There is an older grouping based on the towns (the Bürger) but increasingly attention focuses upon state officials and professionals (together defined as the Bildungsbürgertum) and the capitalists who come to the fore in the various new branches of the growing free market economy (bankers, merchants, industrialists). Kocka generally excludes the Bürger groups from the category ›bourgeoisie‹, and so consequently many of those later defined as the ›old‹ petty bourgeoisie (self-employed craftsmen, small shopkeepers) as well as, from the later 19th century, the growing ›new‹ lower middle class (clerks in both public and private employment, elementary school teachers).[20]

---

17 *Christof Dipper*, Adelsliberalismus in Deutschland; *Rudolf Muhs*, Deutscher und britischer Liberalismus im Vergleich. Trägerschichten, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen (ca. 1830–1870), both in: *Langewiesche* (ed.).

18 I have already reviewed another product of this initiative, *Jürgen Kocka* (ed.), Bürger und Bürgerlichkeit, in: Bulletin of the German Historical Institute London X/3, 1988, pp. 20–25.

19 There is, for example, the major study by *Lothar Gall*, Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989; the studies on city and bourgeoisie Gall has edited: Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990; and the recent collection of essays edited by *David Blackbourn and Richard Evans* (eds.), The German Bourgeoisie, London 1991. There are many overlaps between these with the same authors cropping up in more than one publication.

20 In his introduction to »Bürger und Bürgerlichkeit« Kocka justifies this on cultural grounds; until these groups had acquired elements of bourgeois culture they could not be regarded as bourgeois.

One can always argue about such definitions and how to apply them (when does a ›small‹ employer belonging to the lower middle class become an ›entrepreneur‹ belonging to the bourgeoisie?) but this does tend to yield a particular interest in three broadly defined groups: state officials (identified as bourgeois by social origins and lifestyle rather than occupation), members of the professions, and capitalists.

At this point two issues could be raised. How do each of these groups develop and how do they relate to one another? The studies of the professional and state-employed bring out a number of issues. Sigrist shows how even professionals in the private sector were oriented to the state which determined their education and certification as professionals and which often continued to control them, for example by setting standard fees for lawyer's services.[21] Jarausch takes the argument further and argues that this state orientation of the professions meant that they stressed expertise and a corporate status guaranteed by the state over any commitment to parliament.[22] König also touches upon this closeness to the state, comparing it to the situation of some professional-type occupations in Switzerland, although this study moves beyond the bourgeoisie proper.[23] Already one can see that two further preoccupations inform much of this historical study: the lack of liberalism amongst many of the professionals in the German bourgeoisie, and the explanation of this ›peculiarity‹ in terms of the particular weight of the state in shaping the careers and values of these people.[24]

Most of the studies of the ›economic‹ bourgeoisie are explicitly comparative.[25] A number of points seem to suggest themselves so far as Germany is concerned. First, an industrial capitalist class is created fairly quickly and extensively. The speed helps account for the relative homogeneity. It is also clear that the really large businesses in Germany by 1900 are concentrated overwhelmingly in iron and steel and coal, whereas they are more diffused through other manufacturing sectors in Britain and France.[26] The extensiveness helps account for the self-sufficient character of this group in Germany which appears to have fewer social ties either with those above – the aristocracy – than in Britain, or with the state and professional elites (as in France) or even with those below (small businessmen, managers).[27] These are valuable points of comparison and I will take them up again in the next sec-

---

21 *Hannes Sigrist*, Die Rechtsanwälte und das Bürgertum. Deutschland, die Schweiz und Italien im 19. Jahrhundert, in: *Kocka* 2. See also *Michael John*, Between estate and profession: lawyers and the development of the legal profession in 19th century Germany; *Paul Weindling*, Bourgeois values, doctors and the state: the professionalisation of medicine in Germany 1848–1933, both in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 162–197, pp. 198–223.

22 *Konrad Jarausch*, Die unfreien Professionen. Überlegungen zu den Wandlungsprozessen im deutschen Bildungsbürgertum 1900–1955, in: *Kocka* 2.

23 *Mario König*, Angestellte am Rande des Bürgertums. Kaufleute und Techniker in Deutschland und in der Schweiz 1860–1930, in: *Kocka* 2.

24 See also the arguments along these lines in the contributions to *Kocka*, Bürger und Bürgerlichkeit by *Dietrich Rüschemeyer*, Bourgeois, Staat und Bildungsbürgertum. Idealtypische Modelle für die vergleichende Erforschung von Bürgertum und Bürgerlichkeit, pp. 101–120, and *Hans-Ulrich Wehler*, Wie bürgerlich war das Deutsche Kaiserreich?, pp. 243–280.

25 *Youssef Cassis*, Wirtschaftselite und Bürgertum. England, Frankreich und Deutschland um 1900; *Richard Tilly*, Unternehmermoral und -verhalten im 19. Jahrhundert. Indizien deutscher Bürgerlichkeit; *Patrick Fridenson*, Herrschaft im Wirtschaftsunternehmen. Deutschland und Frankreich 1800–1914, all in: *Kocka* 2.

26 See especially *Cassis*.

27 For further details on the relationship of capitalists to other social groups see the references to the literature provided by *Karin Kaudelka-Hanisch*, The titled businessman: Prussian Commercial Councillors in the Rhinelands and Westphalia during the 19th century, in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 87–114.

tion. Until they are linked to cultural values or political connections, however, it is difficult to know what wider significance to attribute to these features of the German bourgeoisie.

One thing this very forcefully suggests, however, is that there really is no obvious bourgeois unity to be had at the level of occupational or economic definition. Kocka suggests that the next point of analysis might be in the way bourgeois groups relate to other social classes. The problem with the studies on this subject is that they cannot, in many instances, begin from the economic or occupational situation because at that level many bourgeoisie *do not have* a relationship with other social groups. Interestingly the most informative studies tend to be for the economic bourgeoisie, especially industrial employers, precisely because in the field of industrial relations there *is* such a starting point.

At that level, a major concern has been with the rationality of capitalist behaviour. The idea of the ›feudalisation‹ of the German capitalists suggested that the anti-socialist and anti-trade union ›Herr-im-Haus‹ attitudes of the larger employers represented an imitation of aristocratic behaviour. That view has largely been abandoned in the face of research which shows that, especially in sectors such as iron, steel and coal-mining, with cartels, tariffs, and very large enterprises, various anti-union strategies made good sense. This particular aspect of the subject is not really considered in the volumes edited by Kocka.[28] Rather, more indirect relations with workers are considered in an interesting essay by Christiane Eisenberg on voluntary associations comparing England and Germany in mid-century.[29] Eisenberg argues that workers and bourgeois did not get on together when they met in such associations, as much because of clashes of social styles and values as because of any underlying political or economic conflict. What mattered in Germany was that there were precious few other organisational possibilities for workers, so that these tensions took on a great importance in shaping class relations. Eisenberg argues that only where workers were able to develop powerful and effective organisations of their own could they negotiate cooperative relationships with middle class groups. I find this a persuasive argument. It is also borne out by other findings, for example Langewiesche's point that the growth of a powerful social democratic movement in Hamburg before 1914 contributed to the effective SPD and left-liberal cooperation in the Weimar Republic.

This suggests that bourgeois self-confidence might be increased by the lack of working class organisation. There was also clearly a good deal of bourgeois superiority vis-à-vis rural society. In part one sees that expressed in terms of the hostility to Catholicism, concentrated as it was into more rural and economically less developed parts of Germany. It does appear that in Germany Catholicism was, unlike in France, less a matter for divisions *within* bourgeois ranks, but more one negative element helping unify a bourgeois sense of identity.[30]

The complexity of this bourgeois identity in relation to rural society is brought out well by Jacobeit.[31] Jacobeit points out how capitalist German agriculture had become by the second half of the 19th century and how implicated in this were many peasants. They were, in effect, part of a rural bourgeoisie, and in many of their tastes, their ways of presenting an image of themselves, for example, in photographs, they were thoroughly bourgeois. Yet this process coincided with the creation of an image of rural society as tradition, of the peasant as, in Wilhelm Riehl's phrase, one of the forces of preservation *(Mächte des Beharrens)*

28 But see now *Dick Geary*, The industrial bourgeoisie and labour relations in Germany 1871–1933, in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 140–161.

29 *Christiane Eisenberg*, Arbeiter, Bürger und der »bürgerliche Verein« 1820–1870. Deutschland und England im Vergleich, in: *Kocka* 2.

30 *Gabriel Motzkin*, Säkularisierung, Bürgertum und Intellektuelle in Frankreich und Deutschland während des 19. Jahrhunderts, in: *Kocka* 3.

31 *Wolfgang Jacobeit*, Dorf und dörfliche Bevölkerung im bürgerlichen 19. Jahrhundert, in: *Kocka* 2.

against the various forces for movement *(Mächte der Bewegung)*. Jacobeit very persuasively argues that this image was a bourgeois construction with a serious underlying political purpose, namely the defence against radical demands for the extension of bourgeois values downwards into the ranks of the unpropertied.

Again, the main thrust of this argument appears to be that such shifts in bourgeois values, from innovation to tradition, from emancipation to defensiveness, are to be understood in terms of rational self-interest rather than in terms of the power of pre-modern elites and values to tame the bourgeoisie. The same points are made finally in relation to the aristocracy. The very rich, especially from the world of banking and commerce, intermarried with leading families of the nobility. This was a general European phenomenon and, as various studies show, the development of a plutocracy went further in Britain than in Germany.[32] The acquisition of titles, access to court, country villas, the position of reserve officer in the army are all seen as indicators of feudalisation. However, Ute Frevert tackles this issue head-on by arguing that one of the most apparently aristocratic of practices, that of duelling, actually changed its character and function when appropriated by the bourgeoisie.[33] It is a pity that there are not equally critical treatments of such subjects as the reserve officer rank or the purchase or building of country villas.[34] At times one wonders if the argument has not been pressed a little too far, but certainly there seems to be little to be said for the older ideas of bourgeois incorporation into pre-modern aristocratic values.

Two other specific themes explore both the attractions and limitations of the bourgeois way of life in Germany. A section on German Jews makes it clear that for them assimilation into the bourgeoisie specifically, and not just acceptance into civil society at any social level, was of central concern.[35] In many respects this seems to be especially German, although there are only limited international comparisons in the studies. At the same time, a study of certain novels in late 19th Germany and France suggests that culturally Jews were always regarded to some degree as outsiders.[36] What I think is important, however, is that in many other countries Jewish groups expected also to remain an important part of rural society or of the urban working class, so that this overwhelming focus on bourgeois assimilation in Germany could create very special problems.

---

32 *Werner Mosse*, Adel und Bürgertum im Europa des 19. Jahrhunderts. Eine vergleichende Betrachtung, in: *Kocka* 2. See also the various essays in part I of *Kocka* 1 entitled »Europäische Vielfalt«. Especially useful for comparison with other west European countries are: *Eric Hobsbawm*, Die englische middle-class 1780–1920; *Hartmut Kaelble*, Französisches und deutsches Bürgertum 1870–1914; *Marco Meriggi*, Italienisches und deutsches Bürgertum im Vergleich; *Ernst Bruckmüller and Hannes Stekl*, Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich; *Albert Tanner*, Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz. Die ›Mittelklassen‹ an der Macht; *Bo Strath*, Die bürgerliche Gesellschaft Schwedens im 19. Jahrhundert. Soziale Struktur und politischer Wandel.

33 *Ute Frevert*, Bürgerlichkeit und Ehre. Zur Geschichte des Duells in England und Deutschland, in: *Kocka* 3. An English version focusing on Germany alone has been published in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie under the title Bourgeois honour: middle-class duellists in Germany from the late 18th to the early 20th century, pp. 255–292.

34 But see the interesting essay by *Dolores L. Augustine*, Arriving in the upper class: the wealthy business elite of Wilhelmine Germany, in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 46–86, which argues that there is a thoroughly modern and bourgeois characater to much of this activity.

35 *Kocka* 2, Part V »Die jüdische Minderheit in der bürgerlichen Gesellschaft« contains four essays. *Shulamit Volkov*, Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland. Eigenart und Paradigma; *Moshe Zimmermann*, Eintritt in die Bürgerlichkeit. Vom Selbstvergleich deutscher mit außereuropäischen Juden im Vormärz; *Steffi Jersch-Wenzel*, Minderheiten in der bürgerlichen Gesellschaft. Juden in Amsterdam, Frankfurt und Posen; *Egon Schwarz*, Das Bild der Juden in deutschen und französischen Romanen des ausgehenden 19. Jahrhunderts.

36 *Schwarz*, ebd.

The other theme is that of women and it is explored in a fresh and illuminating way in two studies which focus upon law.[37] Ursula Vogel in particular argues persuasively that the exclusion of women from the claims to legal equality that were embodied in bourgeois law[38] is different in kind from every other exclusion. First, it was permanent. A worker subject to an unequal legal status in contracts or someone below the level of income or property to qualify for the vote could always hope to become an employer or rich enough to earn the franchise. A woman excluded from the vote had no such chance. Second, it was contradictory. To deprive married women of legal rights was justified in terms of a certain view of marriage and the family. However, that case could not be extended to spinsters or widows. Indeed, the law often had to recognise such women (as well as married women when the property of their side of the family was at stake or when their husbands were absent or incapable for some other reasons of entering into legal relationships) as capable legal agents. This undermined any consistent resort to any universal argument of biological difference or lack of physical strength to justify the exclusion of women from legal equality, and in any case such an argument contradicted a central liberal tenet that the law should ignore such differences.

Vogel concludes that whereas bourgeois values in respect of other unequally treated groups (slaves, religious minorities, manual workers, the poor) was capable of reform, that it was a matter of time before these issues were addressed, in the case of women this inequality was actually a central, even essential, component of bourgeois values. The fact that in the later part of the 19th century women began to acquire more legal rights (divorce, property) in Britain compared to Germany might, on that basis, be taken to indicate how more thoroughly bourgeois a society was Germany. Clearly these are controversial claims but they are presented persuasively. I would also draw attention to another important point Vogel makes: that in the British legal structure reforms could take the form of piecemeal additions of hitherto excluded groups to the ranks of the ›privileged‹, but in Germany, with general legal codes rather than specific statutes, and an orientation to experts rather than parliamentarians, such questions had to be tackled in a more systematic fashion.

That leaves the issues of bourgeois culture and politics. The former is perhaps the most difficult but also the most important component of bourgeois identity. We have seen that there is little bourgeois unity to be seen at economic and social levels. The general agreement on bourgeois politics in Germany is that it is highly fragmented, as Langewiesche's study of liberalism makes clear. The problem is that the term ›bourgeois culture‹ dissolves as one moves closer to it, especially as there are so many changes over the 19th century.

Four areas seem to be especially suggestive. One is to take the idea of particular notions of social virtue and style as bourgeois. Respectability, punctuality, hard work, independence, cleanliness are such virtues. They are mentioned in an impressionistic way in some of the essays Kocka has edited, and there are very suggestive ideas about exploring such subjects as the impact of school or railway timetables upon the bourgeoisie. But these do not go much further.[39]

---

37 *Ursula Vogel*, Patriarchale Herrschaft, bürgerliches Recht, bürgerliche Utopie. Eigentumsrechte der Frauen in Deutschland und England; *Ute Gerhard*, Die Rechtsstellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankreich und Deutschland im Vergleich, both in: *Kocka* 1.

38 On that see *Grimm*, ebd., as well as his contribution Bürgerlichkeit im Recht, in: *Kocka*, Bürger und Bürgerlichkeit, pp. 149–188.

39 See the illuminating study by *Wolfgang Schivelbusch*, The railway journey:the industrialisation of time and space in the 19th century, Leamington Spa 1986. A German version was published under the title: Geschichte der Eisenbahnreise, München 1977. School timetables, both in their implications for punctuality and also for the way the world of knowledge is organised, could be a very fruitful subject of study.

A second approach is to look at the family. Within the ranks of the bourgeois proper it might be suggested that there is a particular model of the family which prevails – with a husband going to a separate place of work, a non-working wife, and some domestic servants.[40] One might compare this to aristocratic conceptions of marriage and family as well as with that of the pre-modern Bürger.[41] In turn lower class families would contrast markedly in terms of structure even if amongst some groups (skilled workers, clerks) there was a serious attempt to emulate the ›bourgeois‹ forms. However, this subject is largely omitted in the books under review, though it has been considered in many other studies.

A third approach is to consider the way in which members of the bourgeoisie are brought up to accept particular values. There is only one essay in this collection which deals explicitly with this, a study of ideals of education in grammar schools (Gymnasien).[42] Kraul brings out well the rhetoric of idealism in these schools, for example in the annual reports and speeches of headmasters. She also argues that, as the schools increasingly stress obedience and loyalty to the monarchy, and also as the curricula becomes increasingly empirical, so this idealism acquires a hollow and more obviously ›ideological‹ character. Similar trends seem to be taking place in the secondary schools on the next rung down the school hierarchy, the Realschulen. Rather more impressionistic is a comparison of German views about English schools and vice versa[43] which stresses that the real purpose of schooling was seen in terms of discipline and control and that in the more state-dominated German system this was especially apparent.

More generally Kaschuba explores bourgeois autobiographies.[44] In a very suggestive study he focuses a good deal of attention upon the idea that the formal universalism of bourgeois culture (anyone can join in; it is relevant to everyone) is linked to informal strategies of exclusion (joining in requires a certain amount of cultural capital as well as wealth). Schooling, travel, the cult of sensibility and friendship often linked to particular cultural activities, the informally exclusive character of many Vereine – all point to a culture distinguished in this way. This seems to be a very fruitful approach and points to a distinctive but also widespread pattern in mid-19th century Germany.[45]

A fourth approach is to look at ›culture‹ in the narrower sense of the use of leisure time and the kinds of cultural goods – books, theatre, music, etc. Unfortunately, apart from Eisenberg's study with its focus on the relationship to workers, there is not very much on voluntary associations, a key institution in such leisure activity. However, this has been a subject of study elsewhere.[46] The main focus in the books under review is upon literature.[47]

---

40 See Blackbourn's introduction to *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 1–45.

41 *Gall*, Bürgertum in Deutschland portrays, for example, the growing separation of work and home and the exclusion of wives from the world of work as a network of Mannheim burger families became part of a highly successful bourgeoisie.

42 *Margaret Kraul*, Bildung und Bürgerlichkeit, in: *Kocka* 3.

43 *Katharina Rutschky*, Bilder, Zahlen und Gesetze. Triebkräfte der Verschulung in Reiseberichten englischer und deutscher Experten, in: *Kocka* 3.

44 *Wolfgang Kaschuba*, Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800. Kultur als symbolische Praxis, in: *Kocka* 3.

45 *Kraul*, ebd., cites similar points in recollections of those who had been grammar school pupils. The idea is used to good effect in relation to clothes and fashion in *Hermann Bausinger*, Bürgerlichkeit und Kultur in: *Kocka*, Bürger und Bürgerlichkeit, pp. 121–142. It is used also by *James J. Sheehan*, Wie bürgerlich war der deutsche Liberalismus?, in: *Langewiesche* (ed.), One sees such patterns in towns as different as Mannheim (see *Gall*, Bürgertum in Deutschland) and Hamburg (see *Percy E. Schramm*, Neun Generationen, 2 Bde., Göttingen 1964, Bd. 2).

46 See, for example, *Thomas Nipperdey*, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *Nipperdey*, Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, pp. 174–205; *Otto Dann* (ed.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984.

Some of the points are comparative, such as the popularity of the historical romance novel in the 1815–1830 through Europe which Lützeler persuasively links to a bourgeois concern to find a middle way between revolution and reaction.[48] Whereas this points to a common European feature, Vosskamp's essay on the *Bildungsroman* does suggest that the more abstract and idealised form of such novels (unlike the more practical concern of a book such as *David Copperfield* with how someone learns to adjust to their world) was distinctively German.[49] Naturally this can be linked back to other essays about idealism in the schools and the cult of sensibility.

I found especially interesting Hohendahl's study of literary history.[50] As early as the 1830s this had been established as an important intellectual form and sought to identify a particular national tradition. What is more, in the work of Gervinus, this had a political function – arguing that Germany had first established her identity in religion (Luther and the Reformation), then in literature (above all in the work of Goethe and Schiller), and the next step would be political. Hohendahl goes on to plot further developments in this approach as literary history shifted increasingly from the literature to the supposed bases of that literature – in language, folklore and finally and depressingly in biology.

The way literature was put to political use, and the increasingly right-wing character of such use is also brought out in Georg Iggers' comparison of the development of history in 19th century Germany and France.[51] Iggers sketches out the story he has told before at length of the rise to dominance of university history in Germany, in which learning, narrative, a focus on high politics and institutions, and a sense of the uniqueness of national histories all combined.[52] More interesting is the way in which competing approaches to history were marginalised. In France where a university system had yet to become dominant, a socialist like Jean Jaurès could establish a major reputation as a historian, and someone like Emile Durkheim could argue for ›structural‹ approaches. When Karl Lamprecht suggested such an approach, in terms of the cultural basis of history, he was quickly sidelined. Interestingly, the radical potential of such ›culturalist‹ or ›structuralist‹ approaches might take right as well as left wing forms.[53] In a way these studies tell us more about German bourgeois politics than do the essays in Kocka 3 on politics which are all comparative and I will consider them below.

My one reservation about the volumes edited by Kocka is that sometimes the essays are too general. A focus on some specific event could often have brought out central themes more effectively. For example, the Schiller centenary celebrations of 1859 could be used to bring together arguments put forward by Kraul, Kaschuba, and Hohendahl. Grammar

47 There is also a very interesting essay by *Monika Steinhauser*, »Sprechende Architektur«. Das französische und deutsche Theater als Institution und monument public (1760–1840), in: *Kocka* 3, but this raises a further complex of themes which there is not space to explore.

48 *Paul-Michael Lützeler*, Bürgerkriegs-Literatur. Der historische Roman im Europa der Restaurationszeit (1815–1830), in: *Kocka* 3.

49 *Wilhelm Vosskamp*, Der Bildungsroman in Deutschland und die Frühgeschichte seiner Rezeption in England, in: *Kocka* 3.

50 *Peter Uwe Hohendahl*, Bürgerliche Literaturgeschichte und nationale Identität. Bilder vom deutschen Sonderweg, in: *Kocka* 3.

51 *Georg G. Iggers*, Geschichtswissenschaft in Deutschland und Frankreich 1830 bis 1918 und die Rolle der Sozialgeschichte. Ein Vergleich zwischen zwei Traditionen bürgerlicher Geschichtsschreibung, in: *Kocka* 3.

52 *Georg G. Iggers*, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsschreibung von Herder bis zur Gegenwart, München 1971.

53 In Weimar, for example, the ›völkisch‹ approach to German history of someone like von Srbik could be used as an alternative to the conventional view which took the 1871 state as defining the subject of German history. See *Bernd Faulenbach*, Ideologie des deutschen Weges, München 1980.

school headmasters, teachers and pupils played a leading role in the celebrations. They put forward a particular national image in which the idealist figure of Schiller was central but which did not easily connect to any particular political programme. There was very clearly a ›bourgeois‹ appropriation of Schiller (commoner by birth) which was anti-aristocratic, scornful of complete immersion in the ›workaday world‹, dependent upon the accumulation of a good deal of cultural capital. Other themes such as the autonomy of art and the use of art to interpret ›life‹ could also be brought out.[54] This would also enable greater integration of the various disciplines, which often remain fairly separate in these volumes, for example by considering the iconography of the celebrations in relation to the social groups involved, the rhetoric of the speeches, and the themes of the publications the celebrations produced.

The German liberalism and bourgeoisie in perspective

A number of very important comparative points come out of the essays edited by Kocka and by Langewiesche. Above all, I think they point to a particularly close connection between bourgeoisie and liberalism in Germany. Clearly a fairly autonomous and differentiated middle class within a developing civil society is fundamental to the development of any coherent liberalism. Studies which refer to many parts of eastern Europe, such as Congress Poland and Russia, make it quite clear that liberalism had little chance of achieving much without such a social underpinning.[55] In Poland opposition came to focus on a more radical intelligentsia, as a state-dependent, privileged and often foreign bourgeoisie was not the vehicle for the formation of liberal ideals. In Russia there were small moves towards gentry liberalism based on decentralisation and bureaucratic liberalism based on modernising objectives. But without a strong bourgeoisie to pick up the ball and run with it, these ideas conflicted with one another and ran into insuperable problems when taken too far.[56] Similar problems to those that confronted the minority of liberal nobles and officials in Germany in the early 19th century presented themselves here in an even more difficult way.

The one exception seems to be that of Hungary where key elements of the nobility did espouse liberalism, and seemed to be the functional equivalent of the bourgeoisie in other countries.[57] The interest in land reform along liberal lines, the firm control of local government, the resistance to Habsburg control from the centre, and the need to consider how to assimilate dangerous peasant and non-Hungarian threats: these all, it is argued, pushed this

54 These ideas are developed by *Thomas Nipperdey*, Wie das Bürgertum die Moderne fand, Berlin 1988. See also his comments on Bausinger, in: *Kocka*, Bürger und Bürgerlichkeit, pp. 143–148.

55 On east European bourgeoisies see *Gyorgi Ranki*, Die Entwicklung des ungarischen Bürgertums vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert; *Waclaw Dlugoborski*, Das polnische Bürgertum vor 1918 in vergleichender Perspektive, both in: *Kocka* 1. *Elzbieta Kaczynska*, Bürgertum und städtische Eliten. Kongreßpolen, Rußland und Deutschland im Vergleich, in: *Kocka* 3. *Harmut Zwahr*, Konstitution der Bourgeoisie im Verhältnis zur Arbeiterklasse. Ein deutsch-polnischer Vergleich, in: *Kocka* 2. On liberalism in eastern Europe see the contributions to part IV of *Langewiesche* (ed.), »Südost- und Osteuropa: Ungarn und Rußland«.

56 *Dietrich Beyrau*, Liberaler Adel und Reformbürokratie im Rußland Alexanders II, brings out the first point. *Heinz-Dietrich Löwe*, Bürgertum, liberale Bewegung und gouvernementaler Liberalismus im Zarenreich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, brings out the last point especially well in relation to Stolypin's peasant programme.

57 *Andras Gergely*, Der ungarische Adel und der Liberalismus im Vormärz; *Istvan Diòszegi*, Die Liberalen am Steuer. Der Ausbau des bürgerlichen Staatssystems in Ungarn im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: *Langewiesche* (ed.).

nobility, especially those in its middling ranks, towards liberalism. Partly the puzzle is a product of semantics – these middle nobles would be gentry in Britain or commoners in many western European countries. However, I think there is a tendency, especially on the part of Diószegl, to paint an over-rosy picture. The nobility were already severely divided over resistance by late 1848, and the shift of ›liberal‹ opinion towards the Ausgleich of 1867 was clearly in an authoritarian direction.[58] The failure to take proper note of non-Hungarian interests increasingly hollowed out the claims of this politics to be liberal in any real sense of that word.

So German liberalism from this perspective is strong and clearly bourgeois. It is also popular in comparison with French liberalism which was, by 1878, undercut by more populist forms of republicanism and which took on an increasingly old-fashioned and archaic appearance. This is brought out particularly well by Allan Mitchell[59] who shows how French liberalism, with its stress on freedom from state interference, was unable to adapt as effectively as German liberalism to the social problems of industrial society and the progress science had made in the treatment of various diseases. A modernist, secular bourgeoisie seems to be at the heart of the German liberal view of such matters, stressing effective action by authoritarian and state methods over parliamentary methods and a libertarian ethos.[60]

Italian liberalism was more clearly bourgeois at a national level (the nobility tended to focus on local affairs). However, the stronger role of a professional bourgeoisie compared to Germany, the weaker development of any national politics, and the lack of any rival to these bourgeois liberals at national and parliamentary level, meant that increasingly this small elite was concerned with internal struggles at the centre, and its politics was largely divorced from the localities. By comparison, in Germany liberalism remained coherent at levels where it had power, for example in city government, and ideologically more clearly identifiable at a national level.

The most comparisons have been made with Britain.[61] Two key points need to be made. First, government in Britain lay in the hands of a national parliament and there was no other significant level of power, at provincial or local level. Political power required the use of parliamentary methods – including the maintenance of political alliances to ensure majorities. The relative unimportance of local government or of state bureaucracy meant that any other political style, be it the command of expert arguments within a bureaucratic agency or the informal command of a local network of families with influence, was of subordinate importance to that associated with electoral influence and command of parliament through oratory and political deals. Second, liberalism was identified not as an ideology, or the values of a social milieu, but as the issues taken up by a major party. These issues cut across social groups. British liberals could never regard party as ›faction‹; nor could they

58 See *I. Deak*, The Lawful Revolutions: Louis Kossuth and the Hungarians 1848–1849, New York 1979; *G. Szabad*, Hungarian Political Trends between the Revolution and the Compromise 1848–1867, Budapest 1977.

59 *Allan Mitchell*, Bürgerlicher Liberalismus und Volksgesundheit im deutsch-französischen Vergleich 1870–1914, in: *Kocka* 3.

60 However, for an ›archaic‹ liberal defence against such state-imposed medical reforms within Germany, see *Richard Evans*, Death in Hamburg: Society and Politics in the Cholera Years, 1830–1910, Oxford 1987.

61 Apart from essays already cited from the books under review, see also *Wolfgang Mommsen*, Einführung. Deutscher und britischer Liberalismus: Versuch einer Bilanz; *Geoff Eley*, Liberalismus 1860–1914: Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: *Langewiesche* (ed.). An English version of the latter piece appears under the title Liberalism, Europe and the bourgeoisie, 1860–1914, in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, pp. 293–317.

regard it as the vehicle of a particular idea or interest. Ideas did play an important part in holding liberalism together – an idea such as disestablishment of the Irish Church in 1868/69 was crucial to party unity for a brief period. But the ›idea‹ was also a policy, and the clutch of policies altered, often quite quickly.

What this meant was that liberalism was socially more diverse than in Germany. Muhs brings out the importance of aristocratic liberalism in Britain. This is relatively unimportant in Germany.[62] A number of studies have indicated how a strong and fairly independently organised radical and labour movement was a crucial support for the coalition of interests that was the Liberal Party from the 1860s.[63] Obviously many middle class elements also supported the party.

It is not possible to consider in detail why this is so, or to compare the situation to Germany.[64] But three points of central importance emerge, some of which indicate German distinctiveness generally and not just in relation to Britain.

First, and in this respect it is Britain that is unique, is the overwhelming importance of the centre in politics. In Germany liberalism could entrench itself in local and state politics as well as at the centre. However, the character of that entrenchment was different, which helped fragment the character of liberal politics. What was perhaps distinctively German was the relatively equal importance of each level for liberals. In Italy the national level was far more important; local politics had a completely separate character. In France there simply did not exist, since the Napoleonic centralisation, independent institutional fora for a liberal politics at departmental level.

Second, parliament was not sovereign in Germany. Furthermore, a point Langewiesche makes in a stimulating and wideranging comparative essay,[65] Germany was unique in that democratisation, in the sense of universal manhood suffrage, preceded parliamentarisation. Liberals had to cope with a mass electorate, but winning over a majority of that electorate would not secure them power. That forced them increasingly into non-parliamentary institutions and to dependence on arguments about the national interest over factious party.

Third, that process tended to make liberalism distinctively bourgeois in Germany. Unable to hold out the prospect of a share in power at parliamentary level, but unwilling to take up explicitly the interests of particular groups, liberalism lost non-bourgeois support to political forces that would take up those interests. That tended to mean that at home, at national parliamentary level, liberalism looked increasingly defensive and negative – stressing the vices of Catholics, socialists, particularists such as the Guelphs, and ethnic minorities. It also reduced its scope for making political alliances even when differences with government policies suggested this as a useful tactic.

Here the failure of parliamentary advance is absolutely crucial. There is a lot of evidence to suggest that the general problems of liberals and bourgeois groups in late 19th century Europe were the same – how to cope with increasing international rivalry and the burden of arms expenditure, with an organised labour movement, with the social problems of urban-industrial life, with the rise of economic protectionism. A liberalism based on parliament in

62 *Muhs*, ebd.; *Dipper*, ebd.

63 *Eisenberg*, ebd. See also *John Breuilly*, Liberalism or Social Democracy: a comparison of British and German labour politics, 1850–1875, in: European History Quarterly 15, 1985, pp. 3–42. There is a German version of this in *Jürgen Kocka* (ed.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Göttingen 1983. A considerably revised and updated version in: *John Breuilly*, Labour and liberalism in 19th century Europe: essays in comparative history, Manchester 1992.

64 See now my essay, Liberalism in mid-19th century Britain and Germany, in: *Breuilly*, Labour and liberalism.

65 *Dieter Langewiesche*, Liberalismus und Bürgertum in Europa, in: *Kocka* 3.

certain respects could appear less modernist in adapting to these problems than German liberalism. German liberals, oriented to state provision, authoritarian agencies such as city oligarchy and expert bureaucracy, could in certain respects move towards the ›right‹ solutions more quickly than a Gladstonian liberal.

Yet the inability to make political coalitions was crippling. In the end French and English liberals did make such coalitions, because the need to hold together to obtain power is the basis of political alliances between those with different values and interests. French liberals with quite archaic views actually accepted political alliances with socialists before 1914; Asquith was compelled to move closer to elements in the labour party and espousing social liberalism after 1905; even Giolitti was bringing some Italian liberals into a positive relationship to labour.

German liberalism did not fail in this respect because it was not bourgeois or »bürgerlich«. If anything it was *too* confined to middle class constituencies, *too* bourgeois in its concerns. Its problem was that, in an age dominated by mass politics where parliament was the most effective way of formulating and implementing political programmes, it was oriented to non-parliamentary forms of political action. The last issue one has to raise, however, was whether this orientation was part of a German middle class capitulation to the power and values of pre-modern elites and also whether this was distinctively German.

First, there are a range of studies which suggest such a ›feudalisation‹ or ›gentrification‹ process occurring in other countries. Wiener's study of England has had a major impact in Britain, and not just on academic circles.[66] Recently the head of the Institute of Directors, without directly referring to Wiener's study, presented the Wiener thesis in its entirety at a major public function. The thesis, basically, is that towards the end of the 19th century an independent, modernist, scientific entrepreneurial culture which had developed in the provinces began to crumble. Businessmen sent their sons to public schools and then on to Oxford and Cambridge, where Greek and Latin was taught in preference to French and German; and where the education of a gentleman took precedence over a thorough grounding in physics and chemistry. In the provinces businessmen moved out of towns into suburbs where they built villas or purchased country houses. Nostalgia for an older England, for preservation rather than innovation gained ground. Successful entrepreneurs married into the aristocracy and the business community shifted to the Conservative Party. One can see the attractions of this argument to adherents of Thatcherism which claims to return to those Victorian values of entrepreneurialism before they were undermined by an establishment made up, amongst other elements, of the monarchy, the BBC, the trade unions, and the professions.

One can add much more detail to this picture. Take, for example, certain features of Manchester history. In 1851 the foundation of Owens College, precursor of the university, was based upon the bequest of a successful businessman who had received no higher education. The bequest was managed by similar business friends of John Owens. They looked to Scotland and Germany for a model of higher education, disdaining the Anglican and gentry ethos of Oxbridge as irrelevant. One of the first professorships established was in chemistry. Yet by the late 1870s Owens was seeking university status and for this it had to convince the government of its sound credentials. It began to move towards the dominant (that is the Oxbridge) image of a university – placing more stress on the classics, on English and history, on halls of residence. It moved out from the city centre and had a new building erected in a neo-Gothic style (interestingly enough, this was sited on Oxford Road). For some 20 years it was part of a federal university (joined with Leeds and Liverpool), but in 1903 gained independence as the Victoria University of Manchester, named now after a

66 *Martin J. Wiener*, English Culture and the decline of the industrial spirit 1850–1980, Cambridge 1981, reprinted 1987.

monarch rather than a local businessman. Increasingly it moved away from its links to the local community and adjusted to the dominant culture.

Yet one can tell a quite different story as well. Part of the story questions the notion of an original ›modernist‹ bourgeoisie. Right at the start there was a stress on the classics and the professor of chemistry was paid less than the professors of Greek and Latin. But above all, one needs to question the idea of a ›dominant‹ culture and adaptation to it. At Manchester there persisted a concern to teach science and research methods, a concern expressed in a subject such as history just as much as in the natural sciences.[67] The study of law remained marginal for a long time. Theology had a quite different position in a place where nonconformity was a major concern and where it was religious controversy rather than indifference which ensured a secular foundation. When a faculty of theology was introduced (at the same time as faculties of commerce and technology) it did not signal imitation of Oxbridge. The point was to study religion properly rather than to prepare people for the Anglican ministry. The move to university status came at precisely the time there was agonised debate over a faltering in Britain's economic performance.[68] The stress was on professionalism as a key to successful competition, especially in the field of education, an ethos which challenged both pre-modern and simple entrepreneurial values.[69] The innovations introduced had a marked effect on the progress of curricular reform at Oxbridge and in London. Neo-Gothic architecture was seen by the architect Waterhouse as innovatory, and he spent as much time on making sure the laboratory facilities were right as on the facade of his building.

I have given this example at length because it is necessary to show how sterile is the obsession with outside appearances – the facades – and the use of simple contrasts between tradition and modernity, dominant and subordinate culture. One has to go below the surface to ask questions about *functions*. What does a certain style mean in terms of economic behaviour or the exercise of political power?

Numerous studies do not do this. Mosse's essay, for example, displays these drawbacks.[70] What is the significance of one or another rate of intermarriage between ›aristocrats‹ and ›bankers‹ if we do not know what it means to be an ›aristocrat‹ or a ›banker‹ in that particular society? Mosse implies that on the basis of some data on intermarriage and other social prestige indicators, he can identify the emergence of a dominant elite. But how is this possible? How do we know the ›dominant elite‹ actually dominates? Does their domination depend centrally upon the kind of social prestige they enjoy and the cultural images they project? Or is that the tip of the iceberg, and is more significance to be attributed to the way pressure groups work, public opinion is shaped, parliamentary influence is built up, labour relations are conducted, etc.? Neither Wiener nor Mosse ask such questions and so their contentions are unproved.

The thrust of the studies in the books Kocka has edited, as well as that edited by Langewiesche and his general study of liberalism is away from such arguments. Indeed, the great danger now is that the idea of a silent bourgeois revolution, of a dominant bourgeois culture will become another, equally sterile conventional wisdom replacing that of the feudalisation or gentrification thesis. Clearly there are various bourgeois cultures, just as there are various liberal political styles and capitalist modes of behaviour.

---

67 See *Peter Slee*, Learning and a liberal education: the study of modern history in the universities of Oxford, Cambridge and Manchester 1800–1914, Manchester 1986.

68 In addition to Peter Slee's book cited in the previous footnote, see also his short essay, Concern for skills, in: Culture, Education and Society 40/1, 1986, pp. 163–170.

69 See now *Harold Perkin*, The Rise of Professional Society: England since 1880, London 1989.

70 *Mosse*, in: *Kocka* 2.

Nevertheless, the trend is to be welcomed. One can see the sterility of much of the older argument in the work of Arno Mayer. Here the feudalisation or gentrification thesis is presented as a pan-European phenomenon. In a number of sweeping chapters Mayer relentlessly presses home this argument. At the economic level industry is less important than is often assumed, and agriculture, artisan manufacture, private banking and petty retailing much more important. Mayer insists on the continuing prestige and wealth of nobilities in his second chapter. In his third chapter he points to the continuing, even widening popularity of monarchy, the power of upper chambers in which the nobility dominate, and even noble influence in the composition of lower chambers. In chapter 4 he argues for the cultural domination of the aristocracy – e.g. in the cultivation of ›historicising‹ styles (Renaissance, neo-Gothic, Baroque, etc.). In chapter 5 he goes on to plot the intellectual turn against enlightenment, democratic and liberal thinking towards elitism and cultural pessimism. Finally, he sees the consequences of all this in the lurch rightwards in politics and the path to 1914 in which armies, dominated by noble officers, would slaughter one another in a war which made no sense to any sober, calculating bourgeois ethos. Mayer gloomily concludes: It would take the two World Wars and the Holocaust, or the Thirty Years' War of the 20th century, to finally dislodge and exorcise the feudal and aristocratic presumption from Europe's civil and political societies. (English edition, p. 329.)

It is difficult to work out how to begin criticising this book. Mayer does not make the task any easier by scandalously omitting *any* references, even to quotations! No doubt one can write more quickly if the tedious necessity of providing references is omitted, and it may be that publishers breathe a sigh of relief at not having to print all those tedious references, but it *is* a necessity and one cannot really take a work of academic history seriously if it is left aside.

Turning to the substance of the book, I find it unconvincing. The technique is one of building up layer after layer of highly selective assertion which never penetrates to the function or meaning of what is being considered. Economic historians have long recognised that industry, in the sense of large scale factory production, never did come to employ more than a minority of the labur force or account directly for more than a small part of total economic production. But to imply that the rest of the economy is therefore traditional is wrong. Agriculture was transformed into a commercial undertaking; small workshops and retail establishments also were now oriented to the competitive market. All were tied into complex webs of interdependency with one another. Just describing the relative sizes of sectors crudely defined as agriculture, industry, artisan production, etc. is meaningless until one looks at their changing functions relative to one another and within the economy generally.

Looking at aristocratic ›styles‹ at the level of ›facades‹ means little.[71] To just read off ›deference‹ from the purchase of a country villa and a shift of residence from town to country is convenient but misleading. One can locate such behaviour even in the complete absence of a traditional aristocracy, for example in France and even more strikingly in the USA. Is one to argue that the American bourgeoisie were capitulating to an absent culture, to a non-existent class? The popularisation of monarchy can equally be interpreted as a bourgeois or populist appropriation from its original aristocratic setting. Monarchy is increasingly seen as national, as a ruler and his/her family abstracted from the context of court and position at the pinnacle of an aristocratic hierarchy.

71 The essays in: *Blackbourn/Evans*, The German Bourgeoisie, are especially good on this. For example, *Augustine*, shows how the villas of great industrialists, such as the Villa Hügel built outside Essen for the Krupp family, had a quite different set of functions from a ›traditional‹ aristocratic villa, functions which were rationally related to the economic concerns of the Krupps.

To take the use of historicising styles as somehow conservative or aristocratic or traditional is misleading. The stress on historicity, on authenticity actually began in Germany as part of the bourgeois and idealist reaction against the excessively abstract reason of some elements of enlightenment thought. It encouraged professionalisation in areas such as history, art history, linguistics, and folklore and if anything was diametrically opposed to any dilettante, eclectic appropriation of the past such as one found in court opera and royal art collections. It was the modernity of armies which made them so lethal in 1914–1918, as well as the efficiency with which industrial production and mass mobilisation could be set into motion. It was Ludendorff and Lloyd George (significantly one was an officer and the other a civilian politician), thoroughly modern men in their view of how to fight modern wars and in their rise from commoner status, who came to the fore over increasingly irrelevant aristocratic or gentry figures such as Asquith or the Kaiser. The most thoroughly aristocratic armies, those of Russia and the Habsburg Empire, were also the least effective.

One could go on and on in this vein. What is needed is differentiation: by country, by region, and by function. Mayer's account is selective, unreferenced and undifferentiated. It is not actually of much use to engage in equally blanket contradictions of his argument, simply providing a different reading to each of the examples he brings forward. Instead, what is needed is genuinely comparative history which is more focused, which penetrates below façades to ask how similar functions are carried out in different societies, and which then relates that back to the arguments about the position and character of the bourgeois in those societies.

Conclusion

The books edited by Kocka and Langewiesche provide us with many fine examples of such comparisons, and Langewiesche's study of liberalism is informed throughout by an awareness of this broader perspective. I would pick out a few points from the wealth of things one can learn from these publications.

First, I think they do show that it remains a legitimate and important question to ask why Germany, unlike the other countries of western Europe, had not become a parliamentary state by 1914. There seems to be no doubt that the rise of mass politics in a modernising economy with a powerful and autonomous and complex civil society but without a sovereign parliament is something special and this needs explaining and its consequences considering. In this sense the question of the ›critical historians‹ concerning the German Sonderweg remains as important as ever.

Second, however, some of the original answers to that question are clearly no longer tenable. There is no simple story of bourgeois or liberal failure in the face of pre-modern forces. Rather it is a story about differences within bourgeois society and differences within the original liberal project. Bourgeois society is as much about the professional provision of goods and services as it is about the entrepreneurial ethic, and that professional ethos can more easily take on a statist, anti-capitalist veneer. If the dominant institutions are not so much those which stress competition (the free market, parliament) but those which stress expertise and hierarchy, then this aspect will take precedence. Liberalism was as much about the *creation* of free individuals as it was about the institutional framework in which those individuals should exercise their liberty. And as liberals grew defensive – a general phenomenon – so the form of that defensiveness would also vary according to whether it was the cultivation of individualism or the liberty of individuals which had earlier been stressed, and whether that liberalism was oriented through hierarchical or egalitarian, closed or open institutions.[72]

Future research surely will build upon this work, stressing different kinds of bourgeois culture, different kinds of capitalist economy, and different kinds of liberalism. I think that work will still support a Sonderweg notion, but it will be a Sonderweg understood in terms of a particular question (rather than some meaningless idea of uniqueness per se), namely about the lack of parliamentary sovereignity, and it will be a Sonderweg based upon well-informed and disciplined comparisons with other countries. These studies of liberalism and the bourgeoisie have sketched out some lines along which research might proceed.

72 This notion of a shift from offensive to defensive, and the different strategies involved according to whether the type of bourgeoisie involved was state officials, free professions or capitalists is elaborated in a fine example of sociological model-building by *Rainer Lepsius*, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: *Kocka*, Bürger und Bürgerlichkeit, pp. 79–100.

Thomas Sokoll

Historische Demographie und historische Sozialwissenschaft

Edward A. Wrigley/Roger S. Schofield, The Population History of England 1541–1871. A reconstruction, Cambridge University Press, Cambridge 1989 (= um eine neue Einführung erweiterter Nachdruck der Ausgabe von 1981), XXXVII + 779 S., pb., £ 20,00.

Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, mit Beiträgen von Ivar Cornelius u.a., Redaktion Hans-Georg Wehling, Kohlhammer Verlag, Stuttgart etc. 1988, 174 S., pb., 20,00 DM.

Arthur E. Imhof, Von der unsicheren zur sicheren Lebenszeit. Fünf historisch-demographische Studien, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1988, VIII + 247 S., hb., 48 DM, für Mitglieder 36 DM.

Rainer Mackensen/Lydia Thill-Thouet/Ulrich Stark (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Campus Verlag, Frankfurt/Main etc.1989, 337 S., pb., 68 DM.

Es gehört zu den deutschen Besonderheiten in der Entwicklung der Sozialgeschichte zur historischen Sozialwissenschaft, daß die bewußte Orientierung an den Fragestellungen, Methoden und Theorien der systematischen Nachbarwissenschaften von Anfang an auch eine deutliche internationalistische und populistische Spitze besaß. Ohne die Entschlossenheit, die eigene Arbeit künftig an den methodischen Standards der internationalen sozialwissenschaftlichen Forschung zu messen, wäre es kaum möglich gewesen, die traditionelle Sozialgeschichte aus ihrer hermeneutischen Umklammerung zu lösen. Dies geschah zugleich in der bewußten Erwartung, daß erst durch die Übernahme moderner Werkzeuge der Analyse eine wirkliche Öffnung »nach unten« möglich sei: Ohne die Auswertung statistischer Massendaten keine Sozialgeschichte der Massen, ohne Computer keine wirkliche Sozialgeschichte der einfachen Leute.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß in Deutschland mit der Hinwendung zur historischen Sozialwissenschaft auch das Interesse an der historischen Demographie erwachte. Auf diesem Gebiet war einerseits der Rückstand gegenüber der internationalen Forschung besonders groß, nachdem die vielversprechenden heimischen Forschungsansätze der 1920er Jahre ins Fahrwasser rassenbiologischer Fragestellungen geraten waren und deren Diskreditierung nach dem Krieg zu einer anhaltenden »bevölkerungsgeschichtlichen Tabuisierung« (Imhof) geführt hatte. Andererseits zeichneten sich die neuen Wege zu einer umfassenden Sozialgeschichte »von unten«, die sich durch die seit den 1950er Jahren zunächst in Frankreich und dann in England entwickelten Methoden der Auswertung von Pfarregistern eröffnet hatten, besonders deutlich ab. Ergab sich doch hier die atemberaubende Aussicht, im Rahmen mikro-analytischer Fallstudien potentiell alle Menschen eines abgeschlossenen Untersuchungsgebietes zu erfassen und in ihren elementaren Handlungen, Ängsten und Notlagen zu studieren: Geburt und Aufzucht, Heirat und Sexualität, Arbeit und Auskommen, Hunger und Krankheit, Leid und Tod.

Ganz in diesem Sinne entstand hierzulande die historische Demographie im Rahmen der sich herausbildenden historischen Sozialwissenschaft. Und es entsprach dieser Aufbruchsstimmung, daß es sogleich mit großen Schritten voranging. Die französische und angelsächsische Forschung wurde zügig rezipiert, so daß man in der internationalen Diskussion auf konzeptionellem Gebiet schon bald nicht nur einigermaßen mithalten konnte,

sondern an strategischen Punkten, etwa in der Proto-Industrialisierungsdebatte, die Diskussion selbst nachhaltig durch deutsche Positionen bestimmt wurde. Gleichzeitig setzte eine eigene empirische Forschung ein, die zwar noch auf vergleichsweise wenige Fälle beschränkt war, aber in methodischer Hinsicht schnell den internationalen Standard erreichte. Als Arthur Imhof 1977 seine glänzende Einführung in die historische Demographie vorlegte, präsentierte sich auch in Deutschland die junge Disziplin ebenso selbstbewußt wie selbstverständlich als mikro-analytisches Schaltbrett jeder ernstzunehmenden historischen Sozialwissenschaft, insbesondere bei der Erforschung der frühneuzeitlichen Gesellschaft und des Übergangs zum industriellen Kapitalismus.[1]

Inzwischen fragt sich, wieviel von diesem vielversprechenden Programm noch übrig ist. Zwar gibt es nach wie vor historisch-demographische Einzelkämpfer. Imhof legte zum Thema des säkularen Anstiegs der Lebenserwartung, das ihn seit Jahren beschäftigt, einen weiteren Band vor, in dem er die Konsequenzen der westlichen Entwicklung »von der unsicheren zur sicheren Lebenszeit« mit den Erfahrungen im gegenwärtigen Japan, in Brasilien, Australien und Neuseeland vergleicht. Auch in diesen Aufsätzen zeigt Imhof erneut – nicht zuletzt durch seine ebenso erfindungsreichen wie eindringlichen Graphiken, in denen umfangreiche demographische Daten thematisch gebündelt sind –, wie viel gerade die Erörterung von Fragen der aktuellen Bevölkerungsentwicklung durch eine langfristige historisch-demographische Perspektive gewinnen kann.[2] Doch solche Ausnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß aufs ganze gesehen innerhalb der historischen Sozialwissenschaft westdeutscher Provenienz das Interesse an der historischen Demographie verpufft ist. Der Anschluß an die internationale Szene ist bis auf weiteres verspielt. Nicht nur, daß das reichhaltige Material, das uns in Deutschland in Gestalt der Ortssippenbücher für historisch-demographische Analysen zur Verfügung steht, mittlerweile wieder von ausländischen Kollegen ausgewertet wird.[3] Seit Jahren hält es das Gros unserer Sozialhistoriker – beiderlei Geschlechts – offenbar nicht einmal mehr für nötig, wenigstens die wichtigsten Ergebnisse der internationalen Forschung aufzunehmen.

---

1 Zur Erinnerung einige Meilensteine der Entwicklung bis 1977: *Hans Medick*, Bevölkerungsentwicklung, Familienstruktur und Protoindustrialisierung, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 3,1974, S. 33–38 (frühe Rezeption englischer Arbeiten); *Arthur E. Imhof* (Hrsg.), Historische Demographie als Sozialgeschichte. Gießen und Umgebung vom 17. zum 19. Jahrhundert, Darmstadt etc. 1975 (Sprung der eigenen Forschung auf das internationale Niveau); *Werner Conze* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976 (Beginn des internationalen Austauschs); *Hans Medick*, The proto-industrial family economy: the structural function of household and family during the transition from peasant society to industrial capitalism, in: Social History 1, 1976, S. 291–315 (programmatischer Durchbruch auf dem internationalen Diskussionsfeld); *Peter Kriedte/Hans Medick/Jürgen Schlumbohm*, Industrialisierung vor der Industrialisierung, Göttingen 1977 (systematische Weichenstellung für die internationale Forschung); *Arthur E. Imhof*, Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie, in: *Reinhard Rürup* (Hrsg.), Historische Sozialwissenschaft, Göttingen 1977, S.16–58 (problemorientierter Abriß der internationalen Forschung); *ders.*, Einführung in die historische Demographie, München 1977 (mustergültiges Lehrbuch). Es war kein Zufall, daß sich »Geschichte und Gesellschaft«, das 1975 gegründete Organ der deutschen historischen Sozialwissenschaft, bereits in Heft 2/3 des ersten Jahrgangs der historischen Demographie annahm.

2 Die Aufsätze stehen im inneren Zusammenhang mit seinen zwei vorausgegangenen Büchern: *Arthur E. Imhof*, Die gewonnenen Jahre, München 1981; *ders.*, Die Lebenszeit, München 1988.

3 *John E. Knodel*, Demographic behavior in the past. A study of fourteen German village populations in the eighteenth and nineteenth centuries, Cambridge 1988. Damit ist die historisch-demographische Grundlagenforschung auf der Basis deutscher Quellen im Grunde dort hängengeblieben, wo sie bereits in den sechziger Jahren angesiedelt war – man erinnere sich, daß Knodel den deutschen Kollegen in der Aufbruchsphase der historischen Sozialwissenschaft die eigenen Quellen noch nahebringen mußte. Vgl. *ders.*, Ortsippenbücher als Quelle für die Historische Demographie, in: GG

Das anhaltend betretene deutsche Schweigen auf die hier anzuzeigende »Population History of England, 1541–1871« (im folgenden: PHE) von E. A. Wrigley und R. S. Schofield ist dafür symptomatisch. Bereits vor zehn Jahren erschienen, bildet diese Studie das Glanzstück der englischen historischen Demographie. In den international führenden Organen der historischen Sozialwissenschaft wurde sie entsprechend ausführlich gewürdigt und einhellig als Meilenstein der historisch-demographischen Analyse gefeiert, wobei es bezeichnend ist, daß die Rezeption von vorneherein nicht etwa in den engen Bahnen binnenfachlich spezialistischer Fragestellungen, sondern auf breiter interdisziplinärer Front verlief.[4] In der Tat wäre es ein groteskes Mißverständnis, zu meinen, hier ginge es »nur« um die englische Bevölkerungsgeschichte seit dem 16. Jahrhundert, um einen Gegenstand also, der allenfalls für Spezialisten der englischen Geschichte oder der historischen Demographie von Belang sei. Die PHE ist vielmehr von höchstem Interesse für die allgemeine Wirtschafts- und Sozialgeschichte, da ihre überraschenden Ergebnisse die Frage nach dem Wechselverhältnis von ökonomischem Wachstum, sozialem Strukturwandel und demographischer Entwicklung im Industrialisierungsprozeß in ein völlig neues Licht rücken, und zwar nicht nur im engeren Sinne des Zusammenhanges von demographischer und industrieller Revolution, sondern auch im Hinblick auf die säkularen Wechsellagen im demo-ökonomischen Profil der vorindustriellen Gesellschaft. Auf eine einfache Formel gebracht lautet die Botschaft der PHE, daß das Modell des demographischen Übergangs zur Beschreibung der englischen Bevölkerungsgeschichte endgültig passé ist. Es kippte sozusagen an beiden Enden, indem sich auf der einen Seite die Vorstellung, das Bevölkerungswachstum im Zeitalter der Industrialisierung sei durch den Rückgang der Mortalität – bei gleichbleibend hoher Fertilität – ausgelöst worden, als unhaltbar erwies, während sich auf der anderen Seite zeigte, daß von einem für die vorindustrielle Gesellschaft typischen, gleichsam naturwüchsig gegebenen hohen Plateau sowohl der Mortalität als auch der Fertilität überhaupt keine Rede sein kann.

1, 1975, S. 288–324 (dort auch Nachweise seiner älteren Arbeiten zur deutschen Bevölkerungsgeschichte). Die wenigen seither von deutscher Seite vorgelegten Studien, etwa von *Rolf Gehrmann*, Leezen 1720–1870. Ein historisch-demographischer Beitrag zur Sozialgeschichte des ländlichen Schleswig-Holstein, Neumünster 1984, sind Ausnahmen, die die Regel des deutschen Desinteresses bestätigen.

4 Das Journal of Interdisciplinary History brachte gar keine Besprechung, sondern widmete der Debatte um die PHE gleich ein ganzes Heft, das inzwischen auch als Buch greifbar ist: *Robert I. Rotberg/Theodore K. Rabb* (Hrsg.), Population and economy. Population and history from the traditional to the modern world, Cambridge 1986. Ähnlich erschien in Social History als »Besprechung« ein umfangreicher dreiteiliger Beitrag im Aufsatzteil: *David Gaunt/David Levine/Elspeth Moodie*, The Population History of England 1541–1871: a review symposium, in: Social History 8, 1983, S. 139–168. Unter den ausführlichen Einzelbesprechungen ragen heraus: *M. W. Flinn*, The Population History of England, 1541-1871, in: Economic History Review 35, 1982, S. 443–457; *J. M. Winter*, The demography of Dorian Gray, in: Historical Journal 26, 1983, S. 213–220. Vgl. weiter *Kenneth Lockridge*, Brilliance and whiggery, in: Comparative Studies in Society and History 26, 1984, S. 297–304; *Joel Mokyr*, Three centuries of population change, in: Economic Development and Cultural Change 31, 1983, S. 183–192; *Katherine A. Lynch*, in: History and Theory 22, 1983, S. 93–100. Daß die PHE in England nicht nur in den einschlägigen Fachzeitschriften, sondern auch in den großen allgemeinen Rezensionszeitungen überschwenglich gefeiert wurde, ist vielleicht nicht weiter verwunderlich. Auf die Zurückhaltung der deutschen Historikerschaft wirft es aber ein schlagendes Licht, daß selbst im traditionellen Organ der amerikanischen Zunft eine – dem Ort entsprechend – zwar vergleichsweise knappe, aber der Sache nach völlig zutreffende Besprechung erschien. Vgl. *Rosalind Mitchison*, Light on a rich country, in: London Review of Books, 17.–30. Juni 1982, S. 8–9; *L. A. Clarkson*, History will never be the same again, in: Times Higher Educational Supplement, 5. Febr. 1982, S.13; für die USA American Historical Review 88, 1983, S. 386–387 (Rezension *William Petersen*).

Natürlich gelten die empirischen Befunde der PHE nur für England. Gleichwohl ist damit das Modell des demographischen Übergangs aber auch in grundsätzlicher Hinsicht berührt, denn um ein Modell als allgemeingültiges Erklärungsmuster umzuwerfen, ist ein Gegenbeispiel ausreichend. Zudem handelt es sich in diesem Fall um ein für die vergleichende Geschichte der Industrialisierung nicht gerade unwesentliches Land. Genau dies ist denn auch der Grund für die überaus breite Diskussion, die auf internationaler Ebene um die PHE entbrannte und die nicht nur Fragen der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte oder der vergleichenden Demographie, sondern ebenso der Ökonomie oder der Entwicklungssoziologie berührte. Unterdessen hielten sich hierzulande die Kollegen (hilflos ?) bedeckt: Soweit ich sehe, wurde die PHE bis heute noch in keiner deutschen historischen oder demographischen Fachzeitschrift besprochen.[5]

Die inzwischen vorliegende Studienausgabe der PHE bietet die Gelegenheit, dies endlich nachzuholen. Natürlich läßt sich die versäumte Zeit dadurch nicht wieder zurückgewinnen. Dennoch werde ich so tun, als ließe sich aus der Not eine Tugend machen, und das Buch nicht nur nach dem Forschungsstand von 1981 behandeln, sondern auch auf einige im Anschluß an die Erstauflage unternommene Forschungen aufmerksam machen. Ich werde zusätzlich ein paar deutsche Titel einbeziehen, die etwa zur gleichen Zeit wie die Studienausgabe der PHE erschienen sind. Im Vergleich, so hoffe ich, wird sich die Frage besser beantworten lassen, warum die deutsche Geschichtswissenschaft erneut ins historisch-demographische Abseits geschlittert ist.

Der Weg in die Sackgasse: Die ältere Forschung zur englischen Bevölkerungsgeschichte

Das für die Sozialgeschichte der Industrialisierung wichtigste Ergebnis des Buches lautet, daß in England im 18. und 19. Jahrhundert nicht der Sterblichkeitsrückgang, sondern der Geburtenanstieg der entscheidene Motor des Bevölkerungswachstums war, und daß dieser auf Veränderungen im Heiratsverhalten (sinkendes Heiratsalter, steigende Heiratshäufigkeit) zurückzuführen ist, die sich wiederum am ehesten (wenn auch nicht zwingend) durch die ökonomische Entwicklung erklären lassen. Um die Tragweite dieses Befundes ermessen zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die ältere Forschung angebracht.

Die traditionelle Auffassung lautete, daß das Bevölkerungswachstum in England im Zeitalter der Industrialisierung auf den Rückgang der Sterblichkeit und dieser wiederum auf medizinische Errungenschaften, hygienische Verbesserungen und sonstige Fortschritte in der Lebensführung zurückzuführen war. Diese These, deren klassische Formulierung von Griffith stammt[6], war zwar in der Forschung nie ganz unumstritten. So wurden gegen die von Griffith für das 18. und frühe 19. Jahrhundert berechneten Geburten- und Sterberaten von Anfang an schwere methodische Bedenken erhoben.[7] Gleichwohl setzte sich

5 Mein kürzlich erschienener Beitrag, Des Rätsels Lösung: Das Bevölkerungswachstum im Zeitalter der Industrialisierung, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 20, 1991, S. 213–217, entstand parallel zum vorliegenden Forschungsbericht.

6 *G. T. Griffith*, Population problems in the age of Malthus, Cambridge 1926 (repr. London 1967).

7 *T.H. Marshall*, The population problem during the industrial revolution: a note on the present state of the controversy, in: Economic History 1, 1929, S. 429–456; wiederabgedruckt in: *D. V. Glass/D. E. C. Eversley* (Hrsg.), Population in history, London 1965, S. 247–268. Es handelt sich um denselben Marshall, der später durch seine legendären Arbeiten zum Klassenbegriff (Citizenship and social class, Cambridge 1950) die britische Nachkriegssoziologie entscheidend geprägt hat. Jüngst ist diese Arbeit auch in Deutschland wiederentdeckt worden. Vgl. *T. H. Marshall*, Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt/Main etc. 1992.

seine Auffassung durch und ging schnell in die populären Lehrbücher ein[8], nicht nur, weil es zunächst keine alternativen Daten gab, sondern vor allem deshalb, weil sie sich nahtlos in das Modell des »demographischen Übergangs« (demographic transition) einfügte, das etwa zur gleichen Zeit in der Bevölkerungswissenschaft auftauchte, nach dem Krieg in seiner offiziellen UNO-Version geradezu kanonische Bedeutung erlangte und seitdem die gesamte Diskussion um die Entwicklung der Weltbevölkerung bestimmte.

Nach diesem Modell geht jedes Land im Verlauf der Industrialisierung von der vorindustriellen, durch hohe Geburten- und Sterberaten chrakterisierten Bevölkerungsweise zur modernen Bevölkerungsweise mit niedrigen Geburten- und Sterberaten über. In der ersten Phase des Übergangs geht infolge des medizinischen Fortschritts die Sterblichkeit zurück, während die Geburtenrate noch auf ihrem hohen vorindustriellen Ausgangsniveau verbleibt, woraus der für die Industrialisierung typische Bevölkerungsanstieg resultiert. In der zweiten Phase schließt sich der Geburtenrückgang an. Im Zuge des steigenden allgemeinen Wohlstands kommt es zur Familienplanung und bewußten Geburtenbeschränkung. Die Geburtenrate geht zurück, bis sie sich auf demselben modernen Niveau wie die Sterberate einpendelt. Das Bevölkerungswachstum läuft aus, wenn die Gesellschaft nach dem Übergang zum Massenkonsum ihr neues demographisches Gleichgewicht gefunden hat.[9]

Die klassische Version des Modells entstand während des Zweiten Weltkriegs in der amerikanischen Administration. Auf der Basis bevölkerungsstatistischer Daten europäischer Länder entwickelt, diente es zur Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Weltbevölkerung im Zuge der erwarteten Ausdehnung der Segnungen der industriellen Zivilisation über den gesamten Erdball. Der grandiose Fehlschlag dieses optimistischen Analogieschlusses tat der Faszinіation des Modells jedoch keinen Abbruch. Vielmehr wurde es, sozusagen unter umgekehrtem Vorzeichen, seit den Prognosen des Club of Rome zum festen Bestandteil der großen pessimistischen Szenarien über die Weltentwicklung.[10]

---

8 Notorisch *G. M. Trevelyan*, English social history, London 1946, S. 341–345 (erstmals 1942; später auch als Penguin-Taschenbuch mit Bildern u.d.T. Illustrated social history of England, 4 Bde., Harmondsworth 1962; zuletzt mit einer Einführung von Asa Briggs, London 1978). Neben der Reproduktion einer Graphik von Griffith über den Verlauf der Geburten- und Sterberaten (aus: Population problems, S. 43) liefert diese Darstellung nichts als eine sinnlose Kompilation von Anekdoten über Krankenhäuser, Apotheken, Quacksalber und – natürlich – den Kampf gegen den Ginkonsum, also über all jene Faktoren, die angeblich zum Rückgang der Sterblichkeit im 18. Jahrhundert beigetragen haben. In der Einleitung Trevelyans vielzitierte Definition der Sozialgeschichte als »history of a people with politics left out« (S. VII), an der sich die Väter der deutschen Sozialgeschichte bereits gerieben haben. Vgl. *Otto Brunner*, Das Problem einer europäischen Sozialgeschichte, in: *Ders.*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968, S. 80–102, hier S. 80 f. (erstmals 1954); *Werner Conze*, Sozialgeschichte, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 9–26, hier S. 23 f.

9 Dem Sinn, wenn auch noch nicht dem Begriff nach findet sich das Modell bereits bei *W. S. Thompson*, Population, in: American Journal of Sociology 34, 1929, S. 959–975; *Adolfe Landry*, La révolution démographique, Paris 1934. Die klassische Formulierung lieferten *Frank W. Notestein*, Population – the long view, in: *Theodore W. Schultz* (Hrsg.), Food for the world, Chicago 1945, S. 36–57; *Kingsley Davis*, The world demographic transition, in: Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 273, 1945, S. 1–11. Ein materialreicher, wenn auch ziemlich kompilatorischer Forschungsüberblick bei *Josef Schmid*, Bevölkerung und soziale Entwicklung. Der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption, Boppard/Rhein 1984; pointierter ist *Peter Marschalck*, Zur Theorie des demographischen Übergangs, in: Ursachen des Geburtenrückgangs – Aussagen, Theorien und Forschungsansätze zum generativen Verhalten, Stuttgart etc. 1979, S. 43–60.

10 Vgl. etwa *Dennis Meadows u. a.*, Die Grenzen des Wachstums, Reinbek 1973 (engl. 1972), S. 26–30; Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt/Main 1980 (amerik. 1980), S. 39–50, S. 143–189, S. 530–538, S. 991–1027, S. 1270–1274.

Die vermeintliche Plausibilität des Modells erwächst aus einem modernisierungstheoretischen Selbstmißverständnis. Denn obwohl es inzwischen deutlich genug ist, daß in den meisten Ländern der Erde die zweite Phase des demographischen Übergangs mehr denn je auf sich warten läßt, wird die anhaltende Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt z. B. von den Entwicklungsökonomen der Weltbank nach wie vor, wenn auch inzwischen eher unterschwellig, als grausame Bestätigung des Modells empfunden, während man ansonsten dazu übergegangen ist, in den Schwellenländern jede im projektierten Verhältnis zum Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens erfolgte Verringerung der Fertilitätsrate aufmerksam zu registrieren und flugs in die fortlaufende Korrektur der entsprechenden Regressionsfunktion einzugeben, die den übrigen Ländern, die immer noch unterhalb der magischen Schwelle der partiellen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt liegen, als prognostische Norm entgegengehalten wird.[11]

Doch die Frage, warum sich die moderne Entwicklungsökonomie so schwer damit tut, angesichts der aktuellen Bevölkerungsentwicklung endlich mit dem Modell des demographischen Übergangs zu brechen[12], braucht uns nicht weiter beschäftigen. Denn historisch paßt es ohnehin nicht.

Bezeichnenderweise tauchten die ersten alternativen Erklärungsansätze in den 1950er Jahren im Rahmen der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte der Industrialisierung auf, innerhalb einer Forschungsrichtung also, die selbst ausgesprochen modernisierungstheoretisch orientiert war. Es war vor allem Habakkuk, der in seinem Bemühen um eine streng systematische Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischer und demographischer Entwicklung – die Vorstellung eines nicht näher bestimmbaren Wechselverhältnisses war ihm zu einfach – die These durchspielte, daß es durch die Zunahme industrieller Beschäftigung zu früheren und häufigeren Heiraten und damit zu einem Anstieg der Fertilität gekommen und folglich das Bevölkerungswachstum seit dem 18. Jahrhundert eher durch den Geburtenanstieg als durch den Sterblichkeitsrückgang beeinflußt worden sei.[13]

Parallel dazu geriet die alte These von Griffith auch durch die bahnbrechenden medizinhistorischen Forschungen McKeowns ins Wanken. McKeown konnte zeigen, daß sich die sinkenden Sterblichkeitsraten (insbesondere der Rückgang der Kindersterblichkeit) erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts tatsächlich auf therapeutische Verbesserungen zurückführen lassen – zu einer Zeit also, als die »heiße« Phase des Bevölkerungswachstums längst ausgelaufen war. Dagegen waren die in der Zeit davor erreichten Fortschritte so bescheiden, daß sie sich auf das allgemeine Sterblichkeitsniveau kaum ausgewirkt haben können –

---

11 The World Bank, World development report 1984, Oxford 1984, S. 155–181 (Kap. 8: The policy agenda), liefert entsprechende Beispiele.

12 Natürlich wird es heute nicht mehr (wie noch in den 1960er Jahren) völlig blind auf die Entwicklungsländer übertragen. Typischerweise zielt aber die bisherige Kritik nur darauf ab, die orthodoxe Version des Modells so zu modifizieren, daß es weiterhin paßt. Vgl. etwa die ausgezeichnete Einführung von *Jörg Hauser*, Bevölkerungslehre für Politik, Wirtschaft und Verwaltung, Bern etc. 1982, S. 224–246.

13 *H. J. Habakkuk*, English population in the eighteenth century, in: Economic History Review 6, 1953, S. 117–133 (auch in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 269–284). In seinen späteren Beiträgen hat er zwar dem Sterblichkeitsrückgang zum Teil etwas größere Bedeutung beigemessen, ihn aber nie in der damals üblichen reduktionistischen Weise als alleinige Ursache gelten lassen wollen. Vgl. *ders.*, The economic history of modern Britain, in: Journal of Economic History 1958, S. 486–501 (auch in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 147–158); *ders.*, Population problems and European economic development in the late eighteenth and nineteenth centuries, in: American Economic Review 53, 1963, S. 607–618; dt. u.d.T. Bevölkerungsproblem und Wirtschaftswachstum Europas im späten 18. und 19. Jahrhundert, in: *R. Braun u. a.* (Hrsg.), Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973, S. 207–218; *ders.*, Population growth and economic development since 1750, Leicester 1971.

wenn sie in der praktischen Anwendung nicht sogar negative Folgen hatten. Und in den Krankenhäusern des 18. Jahrhunderts wurde die Sterblichkeit der Insassen wohl nicht gesenkt, sondern vermutlich noch erhöht, da sie förmlich als institutionelle Ansteckungsherde wirkten. Mit bestem englischen Humor meinte er, daß »it was not until much later that hospital patients could be reasonably certain of dying from the disease with which they were admitted.«[14] Gleichzeitig hielt McKeown allerdings daran fest, daß das Bevölkerungswachstum während der Industriellen Revolution nur durch einen Rückgang der Sterblichkeit zu erklären sei. Denn vor dem 18. Jahrhundert hätten in England – wie in allen vorindustriellen Gesellschaften – die Geburten- wie die Sterberate auf einem so hohen Niveau gelegen, daß die Geburtenrate gar nicht weiter hätte steigen können und folglich allein ein Rückgang der Sterberate als plausible Ursache übrig bleibe. Als wahrscheinlicher Grund dafür wurde ziemlich vage auf die Verbesserungen der Lebensbedingungen und der Umwelt verwiesen.[15]

Durch McKeown, den Mentor der englischen Sozialmedizin, dessen letztes Werk noch einmal seine aus gesunder Skepsis erwachsene Kritik am medizinischen Fortschrittsglauben zusammenfaßt[16], wurde also die ursprüngliche Sterblichkeitsrückgangsthese bereits vor 30 Jahren amputiert. Das Argument der medizinischen Verbesserungen war damit – jedenfalls für die Bevölkerungsgeschichte Englands – passé. Seitdem ging der Streit nur noch um die Frage, ob der Sterblichkeitsrückgang als solcher dennoch als Ursache der Bevölkerungsentwicklung angesehen werden könne oder nicht.

Daß dieser Streit überhaupt weiter ging, lag an der für eindeutige empirische Befunde (noch) zu brüchigen Quellenbasis. Einigermaßen zuverlässige offizielle Angaben über die Größe der englischen Bevölkerung gibt es nämlich erst seit 1801 (erste Volkszählung), und über die Geburten, Heiraten und Sterbefälle sogar erst seit 1837 (Beginn der standesamtlichen Registration). Für die Zeit vor 1837 waren die Historiker also schon immer auf Schätzungen angewiesen, und die standen bis zu den Forschungen von Wrigley und Schofield auf ziemlich wackeligen Füßen.

Die wichtigste Quelle vor Wrigley und Schofield waren die sog. Parish Register Abstracts: die offiziellen Schätzungen der Bevölkerung sowie der Taufen, Begräbnisse und Heiraten, die Rickman, der umsichtige Organisator der ersten Volkszählungen, sowohl für ganz England als auch für die einzelnen Grafschaften für bestimmte Jahre vor 1801 aus ent-

14 *Thomas McKeown/R. G. Brown*, Medical evidence related to English population changes in the eighteenth century, in: Population Studies 9, 1955, 119–141 (auch in: *Glass/Eversley*, Population and history, S. 285–307, das Zitat ebd., S. 291); *Thomas McKeown/R. G. Record*, Reasons for the decline of mortality in England and Wales during the nineteenth century, in: Population Studies 16, 1962, S. 94–122 (auch in: *M. W. Flinn/T. C. Smout* (Hrsg.), Essays in social history, Bd. 1, Oxford 1974, S. 218–250). Ob es vielleicht an McKeowns bitterem englischen Humor gelegen hat, daß seine frühen Arbeiten in Deutschland kaum bekannt geworden sind? Jedenfalls nahm selbst Blasius in seinem programmatischen Aufriß einer Sozialgeschichte der Krankheit keinerlei Notiz davon. Vgl. *Dirk Blasius*, Geschichte und Krankheit. Sozialgeschichtliche Perspektiven der Medizingeschichte, in: GG 2, 1976, S. 386–415, insb. S. 388 f., zur Diskussion der »demographischen Revolution« in der angelsächsischen Forschung.

15 *McKeown/Brown*, Medical evidence, S. 293–304. Im Gegensatz zum ersten, medizinhistorischen Teil war dieser zweite Teil des Aufsatzes – wie die Autoren ausdrücklich bekannten – wegen der fehlenden empirischen Daten weitgehend spekulativ. McKeown hat diese Auffassung freilich auch später aufrechterhalten. Vgl. *Thomas McKeown/R. G. Brown/R. G. Record*, An interpretation of the modern rise of population in Europe, in: Population Studies 26, 1972, S. 345–382; *Thomas McKeown*, The modern rise of population, London 1976.

16 *Thomas McKeown*, The role of medicine: dream, mirage or nemesis?, London 1979; dt. u.d.T. Die Bedeutung der Medizin. Traum, Trugbild oder Nemesis?, Frankfurt/Main 1982. Vgl. schließlich *ders.*, Food, infection, and population, in: Journal of Interdisciplinary History 14, 1983, S. 227–247.

sprechenden Pfarregisterauszügen hatte erstellen lassen.[17] Es handelt sich dabei um einen für die damalige Zeit beachtlichen und höchst komplexen, aber zugleich fehlerhaften und in sich widersprüchlichen Datensatz, in den nicht nur bei der ursprünglichen Datenerhebung Fehler eingeflossen sind, sondern der ironischerweise auch noch weitere Fehler enthält, die Rickman und seinen Mitarbeitern, die sich der Unzulänglichkeit ihrer ersten Schätzungen bewußt waren, bei späteren Korrekturen unterlaufen sind. Generationen von Bevölkerungswissenschaftlern und Historikern versuchten anschließend über einen Zeitraum von 150 Jahren, durch immer einfallsreichere und kompliziertere Korrekturen aus den Parish Register Abstracts doch noch einigermaßen zuverlässige Daten zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu gewinnen.[18] Tatsächlich war dies ein zunehmend schmerzhafter Prozeß historisch-statistischer Quellenkritik, an dessen Ende feststand, daß man auf dieser Datengrundlage niemals weiterkommen würde. Um die wichtigsten Gründe kurz zusammenzufassen: Die ursprünglichen Pfarregisterauszüge waren lückenhaft; die Schätzungen der jährlichen Taufen und Begräbnisse waren als solche für die Berechnung von Geburten- und Sterberaten nicht brauchbar, da in den anglikanischen Pfarregistern längst nicht alle Geburten und Sterbefälle registriert worden waren (bei den Heiraten dagegen spielte dies keine Rolle)[19]; auch durch die Bereinigung dieser Schätzungen mittels entsprechender Korrekturfaktoren war dem Problem nicht beizukommen, daß die eigentliche Bezugsgröße, also die jeweilige Gesamtbevölkerung, auch nur als Schätzwert verfügbar war; dieser Schätzwert war aber selbst nur durch die stufenweise Rückrechnung des – wiederum über die geschätzten Geburten- und Sterbefälle ermittelten – natürlichen Zuwachses vom Ausgangswert der ersten Volkszählung aus gewonnen worden[20]; selbst bei einer zuverlässigen Korrektur sämtlicher Werte konnte man unmöglich wissen, ob die betreffenden Stichjahre überhaupt für die langfristige Bevölkerungsentwicklung normale Jahre waren.[21]

17 Sie wurden in den Parlamentsdrucksachen mit den Ergebnissen der Volkszählungen von 1801, 1811, 1831 und 1841 veröffentlicht. Die Schätzungen der Bevölkerung (1700, 1710 etc. bis 1790), der Taufen und Begräbnisse (jeweils 1700, 1710, 1720 etc., ab 1781 jährlich) sowie der Heiraten (ab 1754 jährlich) bezogen sich zunächst auf ganz England. Sie wurden später durch zeitlich noch weiter zurückreichende Schätzungen für die einzelnen Grafschaften ergänzt (1570, 1600, 1630, 1670, 1700, 1750 und 1800).

18 Den letzten und in gewisser Weise heroischsten Versuch einer umfassenden Darstellung auf dieser Basis kennt jeder Wirtschaftshistoriker: *Phyllis Deane/W. A. Cole*, British economic growth 1688–1959, 2. Aufl., Cambridge 1967, (Kap.3: Industrialisation and population change in the eighteenth and early nineteenth centuries). Die gewissenhafteste Auswertung der Parish Register Abstracts war dagegen lange Zeit nur schwer zugänglich: *Per Göran Ohlin*, The positive and the preventive check: a study of the rate of growth of pre-industrial populations, Diss. masch. Harvard 1955, S. 222–279 (jetzt gedruckt: New York 1981).

19 Auch das bereits bei der ersten offiziellen Korrektur verwandte Verfahren, über den Vergleich der in den Pfarregistern erfaßten Taufen bzw. Gebräbnisse mit den nach 1837 in den standesamtlichen Registern erfaßten Geburten bzw. Sterbefällen die entsprechenden Dunkelziffern zu ermitteln, erwies sich als unbrauchbar. Es stellte sich nämlich heraus, daß sich diese Dunkelziffern – zumal als konstanter Wert – nicht auf die Zeit vor 1837 übertragen ließen. Bahnbrechend waren hier vor allem die Arbeiten von *J. T. Krause*, Changes in English fertility and mortality, 1781–1850, in: Economic History Review 11, 1958, S. 52–70; *ders.*, The changing adequacy of English registration, 1690–1837, in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 379–393.

20 Nach dem Prinzip: Bevölkerung zum Jahresbeginn 1801 plus Sterbefälle im Jahr 1800 minus Geburten im Jahr 1800 gleich Bevölkerung zum Jahresbeginn 1800 (unter der Annahme einer geschlossenen Bevölkerung). Dabei waren aber selbst die Ausgangswerte ungenau, da – wie bereits die Zeitgenossen wußten – bei den ersten Volkszählungen die Bevölkerung noch gar nicht vollständig erfaßt worden ist.

21 Die beste Zusammenfassung der älteren Forschung (beginnend mit Rickmans eigenen Forschungen) stammt von *D. V. Glass*, Population and population movements in England and Wales, 1700 to 1850, in: *Ders./Eversley*, Population in history, S. 221–246.

Dieser Stand war 1965 erreicht. Die Forschung war in eine Sackgasse geraten, aus der es nur einen Ausweg gab, nämlich die Arbeit mit den Parish Register Abstracts endgültig abzubrechen, auf die Quellen selbst zurückzugehen und die erforderlichen Daten aus den Pfarregistern neu zu erheben.[22] Hierfür gab es auch bereits Vorbilder. Einige regionale Fallstudien hatten demonstriert, wie sich durch die aggregative Analyse der Pfarregister, d. h. durch die reine Auszählung der Taufen, Heiraten und Begräbnisse die Bevölkerungsentwicklung einer Region oder eines Ortes in ihren Grundzügen rekonstruieren ließ.[23] Und in Frankreich hatte Louis Henry das Verfahren der Familienrekonstitution[24] entwickelt, mit dem sich demographische Maße wie z. B. altersspezifische Fruchtbarkeitsraten gewinnen und dadurch neben dem äußeren Verlauf auch die ›inneren‹ Seiten der Bevölkerungsentwicklung fassen ließen.[25]

Das Jahr 1965 markiert einen Wendepunkt der bevölkerungsgeschichtlichen Forschung in England. Es war das Jahr, in dem man sich endgültig von den Parish Register Abstracts verabschiedete und damit auch die Methodik der traditionellen Bevölkerungsgeschichte abstreifte, die im Grunde nur auf die Auswertung der offiziellen bevölkerungsstatistischen

22 Vgl. *D. E. Glass*, Introduction, in: *Ders./Eversley*, Population in history, S. 1–22, hier S. 9, mit der inzwischen berühmten Formulierung, daß »any further serious attempt to investigate population growth during the eighteenth century on the basis of parish register material must break away from Rickman's series and begin with a new compilation.«

23 Das bekannteste Beispiel ist *J. D. Chambers*, The Vale of Trent 1670–1800. A regional study of economic change, in: Economic History Review, Supplement Nr.3, 1957 (Auszug u.d.T. The course of population change, in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 327–334); wichtig ist ferner *D. E. C. Eversley*, A survey of population in an area of Worcestershire from 1660 to 1850 on the basis of parish registers, in: Population Studies 10, 1957, S. 253–279 (auch in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 394–419).

24 Wenn im Deutschen zuweilen von »Familienrekonstruktion« die Rede ist, beruht dies auf einem methodologischen Mißverständnis. Aus gutem Grund wird das Verfahren in der historischen Demographie nicht als Familienrekonstruktion bezeichnet, weil bei einer Rekonstruktion quellenmäßig gesicherte mit fehlenden Teilen kombiniert werden – wie in der Archäologie, wo die gefundenen durch die fehlenden Tonscherben ergänzt werden und erst beide zusammen die rekonstruierte Vase hergeben (wobei, wenn es sich um eine ordentliche Rekonstruktion handelt, die gefundenen von den ergänzten Teilen deutlich zu unterscheiden sind). Demgegenüber zeichnet sich eine solide Familien*rekonstitution* gerade dadurch aus, daß die Familien nur aus gesicherten Informationen über die Taufen, Eheschließungen und Begräbnisse, die in unterschiedlichen Quellen aufgezeichnet sind, als reproduktive Einheiten »wiederhergestellt« (rekonstituiert) werden.

25 *Louis Henry*, Anciennes familles genevoises. Etude démographique, XVI-XIXe siècle, Paris 1956; *Etienne Gautier/Louis Henry*, La population du Crulai, paroisse normande, Paris 1958. Aus seiner Hand gab es zudem speziell für das englische Publikum einen Forschungsüberblick, in dem zentrale Ergebnisse der frühen französischen Rekonstitutionsstudien mitgeteilt wurden. Vgl. *Louis Henry*, The population of France in the eighteenth century, in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 434–456. Die für die englische Forschung ebenfalls wichtigen Arbeiten von *T. H. Hollingsworth*, A demographic study of the British ducal families, in: Population Studies 11, 1957, S. 4–26 (auch in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 354–378; dt. u.d.T. Eine demographische Untersuchung der Familien des britischen Hochadels, in: *Wolfgang Köllmann/Peter Marschalck* (Hrsg.), Bevölkerungsgeschichte, Köln 1972, S. 230–258); *ders.*, The demography of the British peerage, Population Studies 18, 1964, Supplement, waren übrigens von Henry noch gänzlich unbeeinflußt. Es sind auch keine Familienrekonstitutionen im eigentlichen Sinne, obwohl die Methode ähnlich ist. Sie fußen auf genealogischem Material, kommen also aus einer anderen Richtung und knüpfen an die Pionierstudien von Peller an. Vgl. *Sigismund Peller*, Studies on mortality since the renaissance, in: Bulletin for the History of Medicine 13, 1943, S. 422–461; 16, 1944, S. 362–381; 21, 1947, S. 51–101; *ders.*, Mortality, past and present, in: Population Studies 1, 1948, S. 405–456. Vgl. auch die spätere Zusammenfassung: *ders.*, Births and deaths among Europe's ruling families since 1500, in: *Glass/Eversley*, Population in history, S. 87–100.

Daten gerichtet war, wie sie erst seit dem 19. Jahrhundert verfügbar waren – einschließlich der Schätzungen für die Zeit davor, die denselben Quellentypus repräsentieren. Und es war zugleich das Jahr, in dem der Übergang der englischen Forschung zur historischen Demographie im eigentlichen Sinne, mit einer neuen, auf die Auswertung der Pfarregister gerichteten Methodologie, offenbar wurde, als Wrigley auf der 3. Internationalen Konferenz für Wirtschaftsgeschichte in München erstmals auf seine Familienrekonstitution des Dorfes Colyton in Devon aufmerksam machte.[26] Die Ergebnisse dieser legendären Pilotstudie wurden im Jahr darauf veröffentlicht[27], ebenso wie der englische Leitfaden zur historischen Demographie, der als erste Veröffentlichung eines heute weltberühmten Forschungsinstituts vorgelegt wurde: Der 1964 von Edward Wrigley, Roger Schofield und Peter Laslett gegründeten Cambridge Group for the History of Population and Social Structure.[28]

Damit sind wir wieder bei unserem eigentlichen Gegenstand, der »Population History of England 1541–1871«. Denn das von Wrigley und Schofield in den folgenden Jahren an der Cambridge Group verfolgte Forschungsprojekt zur englischen Bevölkerungsgeschichte läßt sich als Ausdehnung der zunächst am Beispiel Colytons erprobten Forschungsstrategie auf ganz England verstehen. Die PHE fußt auf der aggregativen Analyse von 404 Pfarregistern, ergänzt durch die Daten aus 12 Familienrekonstitutionen.

Der neue Weg: Die Rekonstruktion der englischen Bevölkerungsgeschichte durch die »Cambridge Group«

Allein die Datenerhebung war ein logistisches Glanzstück. Auch wenn uns die Einzelheiten hier nicht weiter interessieren können, sind zumindest die wichtigsten Verfahrensschritte kurz zu umreißen.

Zunächst wurden aus den Pfarregistern von 530 Gemeinden die laufenden Taufen, Eheschließungen und Begräbnisse (pro Monat) erhoben. In Deutschland hätte man mit einer solchen Arbeit, die rund zehn Jahre in Anspruch nahm, wahrscheinlich Studenten oder bezahlte Hilfskräfte betraut. Wrigley und Schofield dagegen konnten hier auf das »barfußhistorische« Potential der zahllosen lokalen Geschichts- und Heimatkundevereine zurückgreifen, zu denen die Cambridge Group von Anfang an systematisch Kontakte aufgebaut hatte, und über 200 freiwillige Helfer gewinnen. Soviel nur nebenbei zum Stand der englischen historischen Kultur, von dem die Geschichtswerkstätten bei uns nur träumen können.[29] In Cambridge selbst wurden die eingehenden Erhebungen dann mit dem Computer einer eingehenden statistischen Quellenkritik unterzogen und auf diese Weise rund ein

26 *E. A. Wrigley*, Some problems of family reconstitution using English parish register material: the example of Colyton, in: Proceedings of the Third International Conference of Economic History, Munich 1965, Section VII, Demography and Economy, Paris 1972, S. 199–221.

27 *Ders.*, Family limitation in pre-industrial England, in: Economic History Review 19, 1966, S. 82–109. Darin ging es um Heiratsalter und eheliche Fruchtbarkeit, während die Ergebnisse zur Mortalität erst später vorgelegt wurden. Vgl. *ders.*, Mortality in pre-industrial England: the example of Colyton, Devon, over three centuries, in: Daedalus 97, 1968, S. 546–580.

28 *E. A. Wrigley* (Hrsg.), An introduction to English historical demography, London 1966.

29 Das breite populistische Fundament der Cambridge Group wird leicht übersehen. Organisatorischer Ausdruck dafür ist die Local Population Studies Society, mit ihrem Organ »Local Population Studies«.

Viertel der Pfarregister als unbrauchbar ausgesondert.[30] Doch selbst die 404 Gemeinden, deren Pfarregister sich am Ende für die aggregative Analyse als brauchbar erwiesen, sind nur ein Bruchteil (statistisch gesehen: eine Stichprobe) aller englischen Gemeinden. Außerdem sind Taufen und Begräbnisse noch nicht dasselbe wie Geburten und Todesfälle. Um an die für die eigentliche demographische Analyse entscheidenden vitalstatistischen Ereignisse (vital events) zu kommen, bedurfte es daher eines aufwendigen Umrechnungsverfahrens, das die Hochrechnung der Stichprobendaten für die 404 Gemeinden – rund 3,7 Millionen monatliche Angaben von Taufen, Eheschließungen und Begräbnissen – auf ganz England (unter Berücksichtigung der Verzerrung der Stichprobe)[31], die Bereinigung der Tauf- und Beerdigungsdaten (Korrektur systematischer Fehler)[32] sowie deren Hochrechnung auf Geburten und Sterbefälle (unter Berücksichtigung der durch nonkonformistische Kongregationen, Wanderungsverluste und andere Faktoren in den anglikanischen Pfarrregistern »verlorengegangen« Ereignisse)[33] umfaßte.

Die Beschreibung dieses Verfahrens macht den ersten Teil des Buches aus: »From parish register data to national vital series« (S. 13–154). Vermutlich werden viele deutsche Leser gerade diesen Teil zu technisch finden oder sich fragen, ob ein solcher Aufwand auch für den Leser wirklich nötig ist. Doch solche Gedanken sind abwegig. Denn dieses Musterbeispiel statistisch radikalisierter historischer Quellenkritik – an dem auch jeder konventionelle Historiker seine helle Freude haben sollte – ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, (selbst)kritisch zu begründen, wie die Daten, die die numerische Basis der englischen Bevölkerungsgeschichte bilden, aus den Quellen erschlossen wurden. Dadurch wird einerseits der Gegenstand der Darstellung, die englische Bevölkerung, überhaupt erst als historischer Gegenstand konstituiert. Andererseits wird durch die geradezu schonungslose Offenlegung der einzelnen Verfahrensschritte nicht nur die durch Wrigley und Schofield autorisierte »Lesart« der Quellen für jeden kontrollierbar, sondern zugleich die Möglichkeit eröffnet, selbst alternative »Lesarten« zu entwickeln.

Auch im zweiten Teil, der eigentlichen »English population history« (S. 155–484), geht es aus diesem Grunde nicht gleich zur Sache. Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung Englands kommt erst nach weiteren 50 Seiten zur Sprache (auf S. 207) – kein Wunder, denn auch dafür gibt es ja keine Quellen. Ebenso wie die am Ende des gerade beschriebenen

30 Die konventionelle Quellenkritik, der die Pfarregister bereits vor Ort unterzogen wurden, konnte sich naturgemäß nur auf offensichtliche Mängel in der Aufzeichnung von Taufen, Heiraten und Begräbnissen oder eindeutige Lücken über längere Zeiträume beziehen. Davon zu unterscheiden ist die Überprüfung der numerischen Konsistenz der Zeugnisse, die ich hier als statistische Quellenkritik bezeichnet habe und die sich auf Fälle unvollständiger Aufzeichnung bezieht, die in der Quelle selbst gar nicht unmittelbar erkennbar sind. In einer großen Gemeinde mit durchschnittlich 15 Taufen pro Monat wird man in normalen Monaten mit – beispielsweise – weniger als 3 Taufen einen Fehler vermuten können. Es gibt aber ebensogut unnormale Monate, z. B. während einer Epidemie, oder kleine Gemeinden, in denen im Schnitt nur wenige vitalstatistische Ereignisse anfallen (in einer Gemeinde mit 100 Einwohnern z. B. oft nur eine Eheschließung pro Jahr). Hier lassen sich mögliche Fehler nur mit Hilfe statistischer Tests ausfindig machen, die von typischen Verteilungsprofilen der Ereignisse ausgehen. Für Einzelheiten vgl. PHE, S. 19–23.

31 Da die Gemeinderegister nach Qualität der Quellen ausgewählt worden waren, es sich also nicht um eine Zufallsstichprobe handelte, enthielt die Stichprobe zu viele große Gemeinden. Außerdem gingen die wenigsten Pfarregister tatsächlich bis 1534, dem offiziellen Beginn der kirchlichen Registrierung, zurück.

32 Während des ersten Bürgerkrieges z. B. waren in fast allen Gemeinden die Aufzeichnungen der Pfarregister unvollständig.

33 Nach den Schätzungen von Wrigley und Schofield entsprachen um 1800 die in den anglikanischen Pfarregistern verzeichneten Taufen und Begräbnisse etwa drei Vierteln aller Geburten und Sterbefälle (PHE, S. 139–143). Bei den Eheschließungen dagegen fiel die Dunkelziffer zu keiner Zeit ins Gewicht.

Verfahrens ermittelten vitalstatistischen Datenserien mußten – unter Benutzung dieser Serien – die Bevölkerungszahlen in einem komplizierten Verfahren erst errechnet werden. Dazu wurden, ausgehend von den Eckdaten der amtlichen Volkszählungen (1801–1871), die Saldi der Geburten und Sterbefälle verwendet, um mit Hilfe eines neu entwickelten Verfahrens der »umgekehrten« Bevölkerungsprognose, der sog. Rückprojektion (*back projection*), und unter Berücksichtigung altersspezifischer Sterblichkeits- und Wanderungsprofile die Gesamtbevölkerung Englands schrittweise (für alle 5 Jahre) bis 1541 zurückzurechnen.[34]

Das endgültige Datenmaterial, auf dem die historisch-demographische Analyse der PHE beruht, ist also größtenteils »fabriziert«. Die Geburtenrate für 1781 beispielsweise errechnet sich, indem man die für dieses Jahr geschätzte Zahl der Geburten durch das Ergebnis einer fiktiven Volkszählung dividiert. Aber – um es nochmals zu sagen – diese Schätzungen sind das Ergebnis streng systematischer Verfahren, bei deren Durchführung die Grundsätze der historischen Quellenkritik ebenso gewissenhaft beherzigt wurden wie die Methoden der modernen Statistik.

Gerade die technischen Passagen der PHE dienen auch der kritischen Diskussion der älteren Forschung im Lichte der neuen Ergebnisse. Es werden also auch die älteren »Lesarten« der Quellen berücksichtigt, etwa beim Vergleich der neuen vitalstatistischen Serien und der Geburten- und Sterberaten mit den bisherigen Schätzungen auf der Basis der Parish Register Abstracts (PHE, S. 142–152, S. 597–630) oder der neuen mit den verschiedenen älteren Bevölkerungsschätzungen (PHE, S. 563–587).[35] Die forschungsgeschichtliche Systematik, mit der Wrigley und Schofield hier vorgehen, sichert der PHE zugleich den Rang des umfassendsten historiographischen Nachschlagewerkes zur englischen Bevölkerungsgeschichte.

Zum Ertrag der technischen Kapitel zählt schließlich auch die systematische Kritik der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Über bestimmte Fehler, etwa die mangelhafte Erfassung von Soldaten und Matrosen, wußte man auch schon früher Bescheid. Durch die Prozessierung der offiziellen Volkszählungsdaten im Rahmen der Rückprojektion wurden aber noch weitere Inkonsistenzen im Zahlenwerk der Volkszählungen von 1801 bis 1871 entdeckt, die Wrigley und Schofield zu umfangreichen Revisionen der amtlichen Volkszählungsergebnisse veranlaßten (PHE, S. 588–596, S. 631–637). Aus diesem Grunde führt auch für moderne Sozialhistoriker des 19. Jahrhunderts, die an der Bevölkerungsgeschichte vor 1800 überhaupt nicht interessiert sind, an der PHE kein Weg vorbei.

---

34 Es handelt sich hierbei um die Weiterentwicklung eines von Ronald Lee entwickelten Verfahrens (*inverse projection*). Vgl. *R. D. Lee*, Estimating series of vital rates and age structures from baptisms and burials: a new technique, with applications to pre-industrial England, in: Population Studies 28, 1974, S. 495–512. Zu Einzelheiten der Rückprojektion vgl. PHE, S. 194–199, S. 715–738.

35 Es ist interessant zu sehen, daß die aus heutiger Sicht gröbsten Fehl(ein)schätzungen der Geburten- und Sterberaten in der älteren Literatur ausgerechnet von den härtesten und zugleich grobschlächtigsten Verfechtern der Sterblichkeitsrückgangsthese vorgebracht wurden (z. B. Griffith und Hollingsworth), während Krause und Ohlin, die weitaus differenzierter argumentierten, mit ihren Schätzungen am besten lagen. Vgl. PHE, S. 142–152.

36 Im Licht der historiographischen Diskussion in der PHE fällt es nun auch leichter zu entscheiden, welche Beiträge aus der älteren Forschung nach wie vor von Interesse sind. Beispielsweise hat der Forschungsabriß von *M. W. Flinn*, British Population Growth, 1700–1850, London 1970, nichts von seiner Brillianz verloren, sondern kann sogar als zum Verständnis des historiographischen Hintergrunds der PHE unerläßlich gelten. Dagegen sollten Darstellungen wie die von *T. H. Hollingsworth*, Historical demography, London 1969, oder *N. L. Tranter*, Population since the industrial revolution: the case of England and Wales, London 1973, nicht mehr länger empfohlen werden.

Als rein numerisches Ergebnis dieser gigantischen historischen Rekonstruktion steht in der PHE der zuverlässigste und zeitlich am weitesten zurückreichende demographische Datensatz zur Verfügung, der bislang überhaupt für ein Land erstellt wurde. So liefert die PHE u. a. folgende Werte: Für jedes Jahr die mittlere Jahresbevölkerung und die rohe Geburten-, Eheschließungs- und Sterberate; für alle fünf Jahre (jeweils als Durchschnittswert) die Brutto- und Nettoreproduktionsrate, die Lebenserwartung bei der Geburt und die Altersstruktur der Bevölkerung (Anteile der Altersgruppen 0–4, 5–14, 15–24, 25–59, 60 und mehr; PHE, S. 527–535, App. 3: Back projection results). Diese Werte wurden sämtlich aus der Rückprojektion gewonnen, die auf den Ergebnissen der aggregativen Analyse von 404 Pfarregistern beruht. Hiervon zu unterscheiden sind die feineren demographische Maße, die sich nur über das sehr viel aufwendigere Verfahren der Familienrekonstitution gewinnen ließen und die nur als Durchschnittswerte für längere Zeiträume vorliegen: Altersspezifische eheliche Fruchtbarkeitsraten, altersspezifische Sterblichkeitsraten und mittleres Heiratsalter für Männer und Frauen (PHE, S. 248–257). Die Datengrundlage für diese Werte ist erheblich schmaler als für die aus den aggregativen Analysen gewonnen Werte, da zum Zeitpunkt des Manuskriptabschlusses der PHE »nur« die Ergebnisse der Familienrekonstitutionen für zwölf Gemeinden vorlagen.

In der Hauptsache beruht die Darstellung der PHE also auf den Ergebnissen der aggregativen Analysen, während die Ergebnisse der zwölf Rekonstitutionen nur ergänzend eingebaut wurden. Wrigley und Schofield kündigten seinerzeit bereits einen Folgeband zur PHE an, der auf der Basis der Ergebnisse weiterer Rekonstitutionen die ›inneren‹ Seiten der englischen Bevölkerungsgeschichte noch genauer darstellen sollte, und teilten im Anschluß an die Veröffentlichung der PHE weitere Daten aus den Familienrekonstitutionen mit.[37] Mittlerweile sind insgesamt 26 Rekonstitutionen ausgewertet, auf denen der noch in Arbeit befindliche Folgeband nun endgültig basieren soll.[38]

Die eigentliche wirtschafts- und sozialgeschichtliche Interpretation der bevölkerungsstatistischen Daten erfolgt im zweiten Teil der PHE. Als erstes werden die säkularen Wandlungen beschrieben, zunächst nur mit Hilfe der Rohdaten (Geburten, Heiraten und Sterbefälle) aus der aggregativen Analyse (Kap. 6, S. 157–191), sodann auf der Basis der durch die Rückprojektion gewonnenen Werte, ergänzt durch die Rekonstitutionsergebnisse (Kap. 7, S. 192–284). Anschließend geht es um die kurzfristigen Schwankungen, und zwar zunächst in Form einer Darstellung der grundlegenden Bewegungsmuster (Kap. 8, S. 285–355), sodann in Form einer ökonometrischen Analyse der wechselseitigen Beziehungen zwischen Fertilitäts-, Nuptialitäts- und Mortalitätsveränderungen und kurzfristigen Wetter- und Preisumschwüngen, die Ronald Lee (Berkeley) beigetragen hat (Kap. 9, S. 356–401; das schwierigste Kapitel der PHE). Im dritten Schritt folgt die Einordnung der zuvor beschriebenen langfristigen Trends in größere ökonomische Zusammenhänge, indem zunächst die Umschwünge in der Preis- und Reallohnentwicklung mit denen der Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung verglichen werden (Kap. 10, S. 402–453) und daran anschließend das Beziehungsgefüge der verschiedenen Faktoren in ein ökologisches Modell der Bevölkerungsentwicklung gefaßt wird (Kap. 11, S. 454–484).

37 *E. A. Wrigley/R. S. Schofield*, English population history from family reconstitution: summary results 1600–1799, in: Population Studies 37, 1983, S. 157–184.

38 Mitteilung von E. A. Wrigley an den Verfasser (Februar 1992).

Das Modell: Ein demographisches Niedrigdrucksystem mit wachstumsregulierendem Nuptialitätsventil

Die alte Frage nach den Ursachen des Bevölkerungswachstums in England im 18. und frühen 19. Jahrhundert ist – das wurde oben bereits kurz erwähnt – durch die Ergebnisse der PHE genau umgekehrt zur lange herrschenden Lehre vom Sterblichkeitsrückgang beantwortet. Fassen wir diesen Punkt nun etwas genauer.

Im Durchschnitt der fünf Jahre um 1671 (1669–73) waren die Geburten- und Sterberate genau gleich: 30 pro Tausend der Bevölkerung. Die Bevölkerung Englands betrug zu diesem Zeitpunkt knapp 5 und wuchs bis 1821 auf mehr als 11 Millionen. Im gleichen Zeitraum sank die Sterberate auf 26, während die Geburtenrate auf 42 pro Tausend stieg (alle Angaben wiederum Fünfjahresdurchschnitte). Natürlich ist durch diese wenigen aus dem Zusammenhang gerissenen Werte noch gar nichts bewiesen. Isolierte Werte sind immer fragwürdig, denn durch die Wahl anderer Stichdaten hätten wir auch zu ganz anderen Ergebnissen gelangen können. Dennoch mögen sie uns hier als grobe Anhaltspunkte dienen. Denn im langfristigen Trend zeichnet sich die Zeit um 1671 in der Tat durch das gleiche Niveau der Geburten- und Sterberate aus, während in die Zeit um 1821 die höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung fallen (PHE, S. 528–529, Tab. A 3.1).

Nun haben aber Geburten- und Sterberaten den Nachteil, daß sie als rohe demographische Maße die eigentlich entscheidenden Komponenten des Bevölkerungswachstums gar nicht erfassen. Ein Anstieg der Geburtenrate kann z. B. daher rühren, daß mehr Frauen Kinder bekommen, aber jede von ihnen die gleiche Zahl, oder aber daß die gleiche Anzahl von Frauen mehr Kinder bekommt. Zum Verständnis der ›inneren‹ Seite des Bevölkerungsprozesses bedient man sich in der Demographie daher anderer Maße, etwa der Bruttoreproduktionsrate (weibliche Lebendgeborene pro Tausend Frauen im gebärfähigen Alter) als Index der Fruchtbarkeit und der mittleren Lebenserwartung bei der Geburt als Index der Sterblichkeit. Beide Maße haben den weiteren Vorteil, sich mathematisch so auf die Wachstumsrate abbilden zu lassen, daß ihr jeweiliger Beitrag zum Bevölkerungswachstum erkennbar wird.

Auf diesem Wege aber haben Wrigley und Schofield gezeigt, daß über weite Strecken der englischen Bevölkerungsgeschichte das Bevölkerungswachstum in der Tat in erster Linie auf das Konto steigender Fertilität ging, während der sinkenden Mortalität nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zukam (PHE, S. 236–248). In einem im Anschluß an die PHE verfaßten Beitrag brachte Wrigley diesen Zusammenhang auf die Faustformel, daß im langen 18. Jahrhundert (1680–1820) »the fertility rise contributed about two-and-a-half times as much to the rise in growth rates as the mortality fall.«[39]

Der Fertilitätsanstieg wiederum hatte nichts mit Veränderungen im Profil der ehelichen Fruchtbarkeit zu tun. Die altersspezifischen ehelichen Fruchtbarkeitsraten blieben vielmehr durch die gesamte Bevölkerungsgeschichte Englands seit dem 16. Jahrhundert relativ konstant bei rund 380, 340, 290, 240 und 120 pro Tausend Frauenjahre für die Altersgruppen 20–24, 25–29, 30–34, 35–39 und 40–44 (PHE, S. 254). Anders gesagt: Eine Frau, die statt mit 20 erst mit 25 Jahren heiratete, verringerte dadurch rein statistisch ihre Fruchtbarkeit um mehr als ein Viertel. Auch uneheliche Geburten fielen kaum ins Gewicht, denn eigenartigerweise war deren Zahl – anders als man vielleicht erwarten sollte – gerade dann besonders niedrig, wenn das Heiratsalter besonders hoch lag. Entscheidend für den Geburtenanstieg war vielmehr, daß im Lauf der Zeit immer mehr Frauen immer früher heirateten. Um 1650 blieben rund 25 % aller Erwachsenen Zeit ihres Lebens ledig, um 1750 nur

39 *E. A. Wrigley*, The growth of population in eighteenth-century England: a conundrum resolved, in: Past and Present, Nr. 98, 1983, S. 121–150, hier S. 131.

noch 5 %. Und zwischen 1650 und 1850 sank das mittlere Heiratsalter für Frauen von 26,5 auf 23,5 Jahre (PHE, S. 254–265).

Als Ursache für den Fertilitätsanstieg kommen wahrscheinlich ökonomische Veränderungen in Frage. Im langfristigen Trend verliefen nämlich die Bruttoreproduktionrate und die Heiratsrate mit der Reallohnentwicklung parallel (PHE, S. 417–430). Allerdings ist hierbei eine Phasenverschiebung von etwa 30 Jahren zu beobachten, d. h. die säkularen Umbrüche der Reallohnentwicklung wurden erst nach einer Generation durch entsprechende Änderungen im Heiratsverhalten beantwortet (PHE, S. 438–443).

Demgegenüber wurde die Mortalitätsentwicklung kaum durch die Reallohnentwicklung beeinflußt. Im langfristigen Trend zeigt sich hier überhaupt kein klares Bild (PHE, S. 412–417). Bei den kurzfristigen Fluktuationen ergibt sich zwar eine statistisch signifikante, aber äußerst schwache Korrelation mit den Fluktuationen des Weizenpreises. Nur 16 % aller Mortalitätsveränderungen gegenüber dem Vorjahr lassen sich auf entsprechende Weizenpreisveränderungen zurückführen, im Vergleich zu 41 % aller Fertilitätsveränderungen.[40] Die meisten Mortalitätskrisen lassen sich nur für die Zeit vor 1640 mit einem – durch Mißernten hervorgerufenen – extremen Preisanstieg in Verbindung bringen, und selbst dieser Zusammenhang war längst nicht so eng wie man lange vermutete.[41]

Daraus ergibt sich, daß wir – zumindest für England – die traditionelle Vorstellung fallen lassen müssen, bis zum Fertilitätsrückgang des späten 19. Jahrhunderts sei die Mortalität der bestimmende Faktor der Bevölkerungsentwicklung gewesen. Vielmehr gilt, daß auch schon in der vorindustriellen Gesellschaft das Heiratsverhalten, also ein sozialer Regelungsmechanismus, die Bevölkerung langfristig im Gleichgewicht mit den ökologischen und ökonomischen Ressourcen hielt.[42] Auch die Vorstellung eines typischerweise hohen Bevölkerungsumschlags läßt sich so nicht halten, denn sowohl die Fertilität als auch die Mortalität bewegten sich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Wrigley und Schofield sprechen daher für das frühneuzeitliche England von einem fertilitätsbestimmten demographischen Niedrigdrucksystem (*fertility-dominated low-pressure system*).[43] An anderer Stelle ist im Hinblick auf die Tatsache, daß die Fertilitätsentwicklung nicht etwa auf innereheliche Geburtenbeschränkung oder -erhöhung, sondern auf äußere Veränderungen im Heiratsverhalten (Heiratsalter und -häufigkeit) zurückzuführen ist[44], vom Nuptialitätsventil (*nuptiality valve*) als dem entscheidenden Regelungsmechanismus des demographischen Systems die Rede.[45]

Die Auffassung vom Heiratsverhalten als der auch schon im vorindustriellen Europa entscheidenden Variable der Bevölkerungsentwicklung wurde vor langer Zeit bereits von

40 Dies nach *R. S. Schofield*, The impact of scarcity and plenty on population change in England, in: Journal of Interdisciplinary History 14, 1983, S. 265–291, hier S. 282 f., wo die komplizierte Diskussion dieser Zusammenhänge in der PHE (S. 368–377) auf einfachere Formeln gebracht wird.

41 Vgl. *Schofield*, Impact of scarcity, S. 286; PHE, S. 322–342 (mortality crises) und insb. S. 645–937 (App. 10: local mortality crises).

42 Dieser Zusammenhang ist durch weitere Forschungen inzwischen dahingehend präzisiert worden, daß die Veränderungen der Bruttoreproduktionsrate vor 1700 vor allem durch Schwankungen in der Heiratsquote, nach 1700 dagegen durch Verschiebungen im Heiratsalter bedingt waren. Vgl. *R. S. Schofield*, Family structure, demographic behaviour, and economic growth, in: *J. Walter/R. S. Schofield* (Hrsg.), Famine, disease and the social order in early modern society, Cambridge 1989, S. 279–304, hier S. 296 f.

43 PHE, S. 451; ähnlich schon *Wrigley*, Family limitation, S. 108 f.

44 Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu Wrigleys klassischer, am Beispiel Colytons entwickelter These, daß der Bevölkerungsrückgang im 17. Jahrhundert auf innereheliche Geburtenbeschränkung zurückging. Vgl. ebd., S. 100–105.

45 *Schofield*, Family structure, S. 297.

Gerhard Mackenroth vertreten[46] – dem großen alten Mann der modernen deutschen Demographie, den Wrigley und Schofield zu ihren wichtigsten geistigen Anregern rechnen (PHE, S. 268 f.). Um so eigenartiger ist es, daß ausgerechnet in Deutschland das monumentale Werk seiner beiden englischen Bewunderer bislang so stiefmütterlich behandelt wurde.

Doch als eigentlicher Lehrer der beiden Engländer entpuppt sich ein noch älterer Klassiker: der vielgeschmähte Malthus. Das ökologische Modell der englischen Bevölkerungsentwicklung, mit dem die PHE endet, ist ganz aus der erstmals von ihm entwickelten Frage nach den Bedingungen des langfristigen Gleichgewichts zwischen Bevölkerung und natürlichen Ressourcen entwickelt (PHE, S. 457–459, S. 466–480). Daran ist zweierlei interessant: Erstens erweist sich in der Deutung der englischen Bevölkerungsgeschichte durch Wrigley und Schofield die hohe analytische Tragfähigkeit der Begriffe des »vorbeugenden« und »nachwirkenden Hemmnisses« (*preventive check* und *positive check*).[48] Danach wurde die Bevölkerungsentwicklung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts vornehmlich durch das »vorbeugende Hemmnis« beschränkt: Starkes Bevölkerungswachstum (im 16. Jahrhundert) führte zum Preisanstieg für Lebensmittel und damit zum Rückgang des Reallohns; dies wiederum führte zum Rückgang der Nuptialität, wodurch anschließend die Fertilität sank, was schließlich die Bevölkerung (im 17. Jahrhundert) wieder schrumpfen ließ. Nur bis zum Ende des 16. Jahrhunderts war darüber hinaus auch das »nachwirkende Hemmnis« wirksam. Der sinkende Reallohn führte zum Anstieg der Mortalität. Aber dieser Zusammenhang war weitaus schwächer – und seit dem 17. Jahrhundert spielte er keine Rolle mehr. Seit dem frühen 19. Jahrhundert bestand auch die positive Verbindung zwischen Bevölkerungswachstum und Anstieg der Lebensmittelpreise nicht mehr. Damit war sozusagen der traditionelle Auslöser im Regelkreis des vorbeugenden Hemmnisses gebrochen. Im späten 19. Jahrhundert schließlich zerbrach auch die Verbindung zwischen Reallohn und Nuptialität (PHE, S. 466–480).

Zweitens ergibt sich aus der Darstellung von Wrigley und Schofield auch eine neue Lesart der Malthusschen Bevölkerungslehre. Wie Wrigley und Schofield auch in weiteren Arbeiten im Anschluß an die PHE betont haben, war Malthus' ökologisches Modell der Bevölkerungsentwicklung bereits in der ersten Auflage seines »Essay« (1798) voll entfaltet, und die Vorstellung vom *preventive check* gerade im Hinblick auf die englische Entwicklung als wesentliches Moment gedacht, auch wenn er erst in den späteren Auflagen die Bedeutung dieses Moments noch deutlicher herausarbeitete.[49] Malthus war somit gerade nicht der klassische Vertreter einer »naturalistischen« Bevölkerungslehre, als den ihn noch

46 *Gerhard Mackenroth*, Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin etc. 1953, S. 119–122, S. 421–432.

47 So bereits *R. S. Schofield*, The relationship between demographic structure and environment in pre-industrial western Europe, in: *Conze*, Sozialgeschichte der Familie, S. 147–160; vgl. weiter *ders.*, Through a glass darkly: The Population History of England as an experiment in history, in: Journal of Interdisciplinary History 15, 1985, S. 571–593, hier S. 574 f.

48 Ich übernehme die deutschen Begriffe der sorgfältigen, von Christian M. Barth besorgten Übersetzung von *Thomas Robert Malthus*, Das Bevölkerungsgesetz, München 1977, S. 37. Als vorzügliche englische Ausgabe vgl. *ders.*, An essay on the principle of population and A summary view of the principle of population, hrsg. von *Anthony Flew*, Harmondsworth 1970, hier S. 89.

49 Vgl. *E. A. Wrigley*, Malthus' model of a pre-industrial economy, in: *Jaques Dupâquier/E. Grebenik* (Hrsg.), Malthus past and present. London 1983, S. 111–124; *ders.*, Growth of population in eighteenth-century England, S. 145–148; *R. S. Schofield*, Through a glass darkly, S. 573–575, 588 f.; *E. A. Wrigley*, Elegance and experience: Malthus at the bar of history, in: *Roger S. Schofield/David Coleman* (Hrsg.), The state of population theory. Forward from Malthus, London 1986, S. 46–64.

Mackenroth mißverstand[50], sondern im Gegenteil einer der ersten dezidiert soziologisch argumentierenden Demographen.[51]

Historische Rückstände: Überlegungen zum Verhältnis von Demographie und Geschichte in Deutschland

Die Lebendigkeit der historischen Demographie steht und fällt mit der wechselseitigen Befruchtung von historischer und systematischer Forschung. Dazu reicht es nicht aus, daß sich die Historiker von den Demographen das moderne Werkzeug der systematischen Analyse bevölkerungsstatistischer Daten besorgen, um damit dann das historische Material zu bearbeiten. Vielmehr muß auch die Demographie von sich aus um eine möglichst weit zurückreichende historische Perspektive bemüht sein und sich selbst darüber klar werden, daß sich ihr Gegenstand aus dem beschränkten Blickwinkel auf die kurz- und mittelfristigen Veränderungen und ohne Berücksichtigung der langfristigen Entwicklungen überhaupt nicht angemessen begreifen läßt.

In England und Frankreich ist dies seit langem der Fall. »Population Studies« und »Population«, die beiden führenden Fachorgane, bringen seit jeher Beiträge zu historischen wie aktuellen Themen der Demographie. Am »Institut National d'Etudes Démographiques« (I.N.E.D.) in Paris ist die Entwicklung der Forschung sogar in umgekehrter Richtung gelaufen: von der Systematik aus zurück in die Geschichte. Bezeichnenderweise war Louis Henry, der Vater der modernen historischen Demographie, gar kein Historiker, sondern Demograph. Er war mit statistischen Problemen der aktuellen Fertilitätsmessung beschäftigt, bevor er auf die Idee kam, sich den Pfarregistern zuzuwenden.[52] Anders in Deutschland. Hatte Mackenroth seine Bevölkerungslehre noch auf einem breiten historischen Fundament errichtet, so blieben die späteren Lehrbücher im Grunde auf seinem damaligen bevölkerungsgeschichtlichen Kenntnisstand stehen. Die weitverbreitete Einführung von Bolte, Kappe und Schmid beispielsweise beschränkt sich auch in ihrer neuesten Auflage darauf, zur Bevölkerungsentwicklung vom frühen Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts einfach einen längeren Auszug aus Mackenroths Darstellung abzudrucken.[53]

Als Historiker mochte man daher auf die Ergebnisse der 21. Arbeitstagung (1987) der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, bei der es um »Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart« ging, einigermaßen gespannt sein. Doch aus historischer Sicht ist der inzwischen vorliegende Tagungsband ziemlich enttäuschend. Oder sollte man einfach unterstellen, daß es sich nur um eine hastig pro-

50 *Mackenroth*, Bevölkerungslehre, S. 302–306.

51 Als erster machte in Deutschland darauf aufmerksam: *Hans Linde*, Generative Strukturen, in: Studium Generale 12, 1959, S. 343–350, hier S. 347 f.; *ders.*, Die Bedeutung von Th. Malthus für die Bevölkerungssoziologie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 118, 1962, S. 705–720.

52 *Louis Henry*, Une richesse démographique en friche: les registres paroissieux, in: Population 8, 1953, S. 281–290 (dt. u.d.T. Die Kirchenbücher als demographische Quellen, in: *Köllmann/Marschalck*, Bevölkerungsgeschichte, S. 220–229). Dieser richtungsweisende Aufsatz läßt noch heute die Unbefangenheit erkennen, mit der sich damals der souveräne Systematiker der historischen Quellen bemächtigte.

53 *Karl Martin Bolte/Dieter Kappe/Josef Schmid*, Bevölkerung. Statistik, Theorie, Geschichte und Politik des Bevölkerungsprozesses, 4. Aufl., Opladen 1980, S. 38–41 (Auszüge aus: *Mackenroth*, Bevölkerungslehre, S. 112–119). Der gesamte Text zur natürlichen Bevölkerungsbewegung in Deutschland vor 1945 (S. 38–57) ist seinerseits bis auf geringfügige Änderungen aus *Karl Martin Bolte*, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Bd. 1, Opladen 1966, S. 90–101, übernommen worden. Es ist in der Tat verblüffend, wie unbeschadet das Bändchen insgesamt den biederen Geist der 1960er Jahre bewahrt hat.

duzierte Zusammenstellung weitgehend mittelmäßiger Tagungsbeiträge handelt, die als solche gar keine begründeten Rückschlüsse auf den Stand der historischen Diskussion innerhalb der etablierten deutschen Demographie zuläßt?

Zunächst einmal geht es – obgleich der Titel viel mehr verspricht – in erster Linie um die Geschichte der Bevölkerungswissenschaft. Doch selbst auf diesem Gebiet findet sich so gut wie nichts, was zu einer wirklichen Begegnung zwischen Geschichte und Gegenwart des Faches – etwa im Sinne einer Erhellung der modernen demographischen Theorie im doppelten Lichte von Dogmengeschichte und historischer Empirie – beitragen könnte. Sodann finden sich im letzten Teil des Bandes unter der Überschrift »Aufgaben und Konzepte der Bevölkerungswissenschaft heute« noch einige Beiträge, die offenbar über demographische Ansätze in der Soziologie, in der Makro- und Mikroökonomie und in der Sozialpolitik orientieren sollen. Für die Diskussion aktueller Bevölkerungsfragen sind sie wenig erhellend. Da ist man nicht nur in empirischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht mit dem vorzüglichen Bändchen zur »Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik«, das in der von Hans-Georg Wehling redigierten Reihe »Bürger im Staat« erschienen ist, weitaus besser bedient.[54] Doch selbst thematische Bezüge zur Geschichte der Demographie, wie sie der Titel des Bandes immerhin vermuten läßt, sucht man – bis auf eine Ausnahme – vergeblich. Allein das engagierte Plädoyer für die demographische Öffnung der Soziologie von Karl Ulrich Mayer ist durch das klare Bewußtsein für die historischen Versäumnisse getragen, die der deutschen Soziologie aus dem Widerwillen gegen vermeintlich biologische Ansätze erwachsen sind und bis heute anhängen.

In der Hauptsache enthält der Band Beiträge zu ausgewählten Kapiteln aus der Geschichte der Demographie seit dem 18. Jahrhundert, darunter einiges zu Süßmilch und Malthus, das meiste zur Bevölkerungswissenschaft und -statistik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Für den Historiker ist vieles davon verwunderlich. Zu Süßmilch finden sich nur Anekdoten, was auf der Tagung zur Entspannung des einen oder anderen Teilnehmers beigetragen haben mag, im Nachhinein aber jedes weitere Wort erübrigt. Der Beitrag von Wolfgang Köllmann über die »Lage der Bevölkerung in Preußen zur Zeit Süßmilchs und in England zur Zeit Malthus'« (S. 93–108), ist immerhin darum bemüht, den realen Erfahrungshintergrund der demographischen Theoriebildung am Beispiel der beiden großen Klassiker zu beleuchten. Doch die historische Fundierung ist sonderbar. Zur Bevölkerungsentwicklung in England im Zeitraum 1750–1821 heißt es dort: »Angaben zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung lassen erkennen, daß offensichtlich eine Phase sinkender Sterblichkeit eingesetzt hat, die den demographischen Übergang einleitete. So lag die rohe Geborenenziffer in diesem Zeitraum – mit seit 1810 leicht fallender Tendenz – bei etwa 37 ‰, während die rohe Sterbeziffer mit Schwankungen von rd. 33 ‰ auf rd. 21 ‰ zurückging« (S. 101). Als Beleg wird der von Köllmannn selbst verfaßte vierte Band des »Bevölkerungs-Ploetz« von 1965 angegeben – ein für die damalige Zeit durchaus beachtliches Nachschlagewerk, dem auch gewiß weniger Aufmerksamkeit beschieden gewesen ist als es eigentlich verdient hätte, dem man aber doch wohl, bei aller Anerkennung für die bleibenden Verdienste seines Autors auf dem Gebiet der modernen deutschen Bevölkerungsgeschichte, im Hinblick auf England spätestens seit den Forschungen von Wrigley und Schofield keine besondere Aktualität mehr wird zusprechen mögen. Im Vergleich zur PHE stellt der Bevölkerungs-Ploetz die Entwicklung im genannten Zeitraum geradezu auf den Kopf.

54 Hier werden nicht nur die entscheidenden demographischen Veränderungen (Geburtenrückgang, Verschiebung der Altersstruktur) gut zusammengefaßt, sondern auch in ihren sozialen und ökonomischen Auswirkungen dargestellt. In der Balance zwischen empirischer Dokumentation durch sorgfältig ausgewähltes und gut kommentiertes statistisches Material, problemorientierter Darstellung der grundlegenden Zusammenhänge und theoretischer Analyse unter Einbeziehung einschlägiger Erklärungsansätze und -modelle ist das Bändchen mustergültig.

Statt einer konstanten Geburtenrate und der Verringerung der Sterberate um ein Drittel ergibt sich aus den Daten der PHE ein Anstieg der Geburtenrate von 33,8 auf 40,8 pro Tausend, also um 20 %, während die Sterberate von 26,2 auf 24,1 pro Tausend zurückging, also um nicht mehr als 8 % (PHE, Tab. A 3.1).[55]

Noch einfacher hat es sich Herwig Birg in seinem Beitrag zu Süßmilch und Malthus gemacht, der offenbar als dogmengeschichtlicher Vergleich gedacht war. Die im Titel versprochenen »Marksteine der bevölkerungswissenschaftlichen Theorieentwicklung« sucht man im Text vergeblich. Jedenfalls läßt die geradezu hilflose Bewunderung Süßmilchs keinerlei theoretische Durchdringung seines Werkes erkennen. Und der Versuch, Malthus nicht nur erneut als biologistischen Schwachkopf hinzustellen, sondern das »eigentliche Ziel« seiner Bevölkerungslehre »in der Selektion der moralisch Guten bzw. in der Ausmerzung der Schlechten« (S. 63) zu sehen und ihn damit zum geistigen Ahnherrn der nationalsozialistischen Rassenpolitik zu stempeln (S. 64 f.), ist bevölkerungswissenschaftlich unhaltbar. Die im gleichen Atemzug mit hohlem Pathos vorgebrachten Ausfälle gegen Gunter Ipsens sperrigen Abriß der Bevölkerungslehre von 1933[56] mögen politisch gut gemeint gewesen sein, sind aber thematisch deplaziert. Im Hinblick auf die Wissenschaftsgeschichte der deutschen Demographie sitzen sie einer Selbsttäuschung auf.

Damit sind wir bei einem Thema, dem sich einige andere Beiträge des Bandes mehr oder weniger direkt angenommen haben, nämlich der durch biologische, eugenische und völkische Phantasien geprägten Phase der Bevölkerungslehre (Peter Marschalk, »Krise der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1880–1930«; Peter Weingart/Jürgen Kroll, »Bevölkerungswissenschaft und Rassenhygiene vor 1930 in Deutschland«; Charlotte Höhn, »Grundsatzfragen in der Entstehungsgeschichte der Internationalen Union für Bevölkerungsgeschichte«). Hier werden (im letztgenannten Beitrag allerdings eher zufällig) aus unterschiedlichen Perspektiven erneut die vielfältigen Querverbindungen beleuchtet, die nicht nur in Deutschland bereits um die Jahrhundertwende zwischen der Demographie und unverhohlen rassistischen Ansätzen unterschiedlichster wissenschaftlicher, politischer und ideologischer Provenienz bestanden. Allerdings ist das meiste davon hinreichend bekannt oder nur oberflächlich zusammengetragen. Allein den Beitrag von Weingart und Kroll kann man als pointierte Skizze der Eugenik vor 1930 gelten lassen – und damit zugleich als Einstieg in ihre gemeinsam mit Kurt Bayertz verfaßte umfangreiche Geschichte der Eugenik in Deutschland, auf die eigenartigerweise nicht verwiesen wird.[57]

---

55 Zahlen für 1750 und 1820 (gemeint ist aber wohl 1821) nach *Wolfgang Köllmann*, Bevölkerung und Raum in Neuerer und Neuester Zeit. Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte (Bevölkerungs-Ploetz), Bd. 4, 3. Aufl., Würzburg 1965, S. 6. Zum Vergleich habe ich aus der PHE die Durchschnittswerte für die Jahrfünfte um 1751 und 1821 (sprich: 1749–53 und 1819–23) angegeben.

56 *Gunter Ipsen*, Art. Bevölkerung, I. Bevölkerungslehre, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 1, Breslau 1933, Sp. 425–463 (kurzer Auszug u.d.T. »Bevölkerungsgeschichte«, in: *Köllmann/Marschalck*, Bevölkerungsgeschichte, S. 84–92).

57 *Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz*, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/Main 1988. Auch sonst fehlen durchweg Hinweise auf die neuere Forschung, wie z. B. *Peter Weingart*, Eugenik – Eine angewandte Wissenschaft. Utopien der Menschenzüchtung zwischen Wissenschaftsentwicklung und Politik, in: *Peter Lundgreen* (Hrsg.), Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1985, S. 314–349; *Gisela Bock*, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 23–76 (brilliante Darstellung, besonders zum »wissenschaftlichen Rassismus« der zwanziger Jahre). Vgl. jetzt auch *Ludger Weß* (Hrsg.), Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt, Nördlingen 1989 (verdienstvolle Quellensammlung; gute Einleitung mit umfangreichen Nachweisen der internationalen naturwissenschaftlichen Literatur).

Die vordergründige Entlarvung der rassenhygienischen und rassenbiologischen Interessen der Bevölkerungswissenschaft in den 1920er Jahren führt auf ein grundsätzliches methodologisches Problem: Wie sollen wir uns die kritische Wissenschaftsgeschichte einer Disziplin vorstellen, die immer im Grenzbereich zwischen Biologie und Sozialwissenschaft gelegen hat und auch weiterhin liegen wird? Denn wenn auch niemand wird bestreiten wollen, daß wir uns die politisch verhängnisvolle Rolle der älteren Bevölkerungswissenschaft gar nicht oft genug vergegenwärtigen können, so fragt sich angesichts der politischen Beklemmung, die einen hier unweigerlich befällt, dennoch, ob eine solche Lesart für die systematische Aneignung der Geschichte des Faches wirklich ausreicht. Anders gefragt: Ob nicht die reine Selbstvergewisserung unserer Abscheu vor den ›blutigen‹ Verstrickungen der älteren Lehre dazu führt, das historische Urteilsvermögen analytisch zu blockieren und einer systematischen Selbsttäuschung über die Ursprünge der heute herrschenden Lehre zu erliegen. Denn die Vorstellung, daß sich die moderne Demographie in Deutschland erst nach 1945, und dann in systematischer Abgrenzung von den durch ihre Nähe zur »Rassenbiologie« kompromittierten Vorläufern, als ordentliche Sozialwissenschaft konstituiert habe, ist falsch. Tatsächlich war es eher umgekehrt. So wie die deutsche Geschichtswissenschaft erst über die Vorstellung vom »Volk« auf den Begriff der »Gesellschaft« gekommen ist, so hat sich der deutschen Demographie die »Bevölkerung« als eine über ihre generative Struktur operationalisierbare Größe erst durch die Fiktion der »Rasse« erschlossen. In beiden Fällen lag der methodologische Durchbruch, der nach 1945 die soziologische Neuorientierung des eigenen Faches erleichtert hat, bereits früher. So wie die moderne deutsche Sozialgeschichte nicht ohne die Linie von Freyer und Brunner zu Conze, so ist die moderne deutsche Bevölkerungslehre nicht ohne die Linie von Ipsen zu Mackenroth und von dort wieder zu Bolte denkbar.[58]

Auf solche Zusammenhänge – und damit kommen wir nochmals auf den Tagungsband der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft zurück – macht allein Hans Linde, Ipsens treuester Schüler, der in der deutschen Demographie nach 1945 immer ein Außenseiter geblieben ist,[59] in seinem Beitrag über »Frühe Fragestellungen der neuen Bevölkerungslehre« (S. 192–214) aufmerksam. Weil er sich der Frage nach dem »heuristischen Erbe« (S. 197) der Ansätze aus den 1920er und 1930er Jahren für die gegenwärtige Demographie wirklich stellt, kann er am Ende auch den genannten Beitrag Ipsens als »Geburtsurkunde der deutschen Bevölkerungssoziologie« (S. 210) fassen.[60] Natürlich weiß er,

58 Daß sich die deutsche Sozialgeschichte der Nachkriegszeit nicht etwa in Abgrenzung von der nationalsozialistischen »deutschen Soziologie«, sondern umgekehrt gerade durch die Anknüpfung daran herausgebildet hat, ist eindringlich belegt bei *Winfried Schulze*, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 281–311. Vgl. weiter *Klaus Schreiner*, Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: *Lundgreen*, Wissenschaft im Dritten Reich, S. 163–252; *Otthein Rammstedt*, Theorie und Empirie des Volksfeindes. Zur Entwicklung einer »deutschen Soziologie«, in: Ebd., S. 255–313; eine erweiterte Fassung davon ist *ders.*, Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung, Frankfurt/Main 1986. Für die Entwicklung der deutschen Demographie gibt es leider noch keine vergleichbare Untersuchung.

59 Mit einer gewissen soziologischen Querköpfigkeit hat er sich vom mainstream der demographischen Nachkriegsforschung immer frei gehalten. Seine glänzende Kritik am Modell des demographischen Übergangs ist ganz von dieser Außenseiterposition aus geschrieben. Vgl. *Hans Linde*, Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800–2000, Frankfurt 1984.

60 Linde knüpft damit nicht nur an seine eigenen älteren Arbeiten an, in denen er Ipsen immer hervorgehoben hat, sondern vor allem an den verdienstvollen Versuch einer Rekonstruktion der Bevölkerungstheorie Ipsens und ihrer Bedeutung für Mackenroth von *Rainer Mackensen*, Gunter Ipsens Bevölkerungslehre: Herkunft, Inhalt und Wiedergabe im Werk Mackenroths, in: *Josef Schmid* (Hrsg.), Bevölkerungswissenschaft. Die »Bevölkerungslehre« von Gerhard Mackenroth – 30 Jahre danach, Frankfurt/Main etc. 1985, S. 42–89.

»daß und warum Ipsens Text keine gebratene Taube ist und seine Aneignung keine leichte Arbeit, sondern eben eine Arbeit« (S. 211). Aber er weiß eben auch, daß eine methodologisch reflektierte Wissenschaftsgeschichte der Demographie zur schonungslosen historischen Selbstkritik ihrer erkenntnisleitenden Begriffe, Fragestellungen und Theorien bereit sein muß. Wirkliches historisches Wissen ist eben immer auch eine Spur subversiv, besonders dann, wenn es sich der Geschichte des Wissens annimmt. Wollen wir hoffen, daß die Demographie als systematische Sozialwissenschaft diesen historischen Fehdehandschuh nun endlich aufnimmt.

Ähnliches gilt für die immer noch anstehende Aufgabe, die historische Demographie in Deutschland fest im Rahmen der historischen Sozialwissenschaft zu verankern. Immerhin liegen auch in Deutschland die inzwischen verschütteten Anfänge der historischen Demographie im Bereich einer systematischen Wissenschaft: der biologischen Anthropologie. Der Zweig der Anthropologie, der sich damals mit historisch-demographischen Fragen befaßte und dabei – rund zwanzig Jahre vor Henry – wesentliche methodische Bausteine der heute üblichen historisch-demographischen Analyse entwickelte, nannte sich allerdings »Rassenbiologie«. Wenn hieran nach 1945 niemand anschließen mochte, ist dies verständlich. Ebenso verständlich ist es, wenn es für einen Historiker damals nicht angehen konnte, für die Bevölkerungsgeschichte ausgerechnet auf die im Rahmen der nationalsozialistischen Pflege des »Ahnenerbes« entstandenen Ortssippenbücher als Quelle zurückzugreifen. Dennoch fällt es schwer, diese scheußliche Erbschaft als wirklichen Grund für die historisch-demographische Zurückhaltung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 gelten zu lassen. Schließlich hätte man ja die rassenbiologischen Vorläufer ebenso wie die Ortssippenbücher »rechts« liegen lassen und im Anschluß an die französische Forschung auf die Pfarregister selbst zurückgreifen können. Vor allem aber hat man ja – nach gewissen begrifflichen Bereinigungen – bereits in den frühen 1950er Jahren durchaus an das im engeren Sinne (und als solches nicht ganz so ›blutige‹) sozialgeschichtliche Erbe der Nazizeit ohne größere Skrupel angeknüpft.

Die Frage nach einem erneuten Vorstoß auf diesem Terrain, die Imhof vor nunmehr fünfzehn Jahren in seiner eingangs genannten Einführung aufwarf, ist also nach wie vor offen. Nachdem er in seinem forschungsgeschichtlichen Abriß daran erinnert hatte, daß in Deutschland bereits zweimal wichtige Ansätze der historisch-demographischen Analyse – gemeint waren die Arbeiten von Roller und Scheidt[61] – ohne nennenswerte Resonanz geblieben waren, meinte er angesichts der in der Zwischenzeit in Frankreich und England gemachten Erfahrungen auf diesem neuen Feld der historischen Analyse: »Der Ball ist damit den Historikern in Deutschland ein drittes Mal zugespielt. Wird die Zeit diesmal reif sein? Noch letztes Mal war sie es nicht.«[62] Wie wir inzwischen wissen, war sie es damals – und ist sie es wohl bis heute – immer noch nicht.

61 *Otto Konrad Roller*, Die Einwohnerschaft der Stadt Durlach im 18. Jahrhundert in ihren wirtschaftlichen und kulturgeschichtlichen Verhältnissen dargestellt aus ihren Stammtafeln, Karlsruhe 1907; *Walter Scheidt*, Niedersächsische Bauern II. Bevölkerungsbiologie der Elbinsel Finkenwerder vom dreißigjährigen Kriege bis zur Gegenwart, Jena 1932. Weitere Nachweise bei *Imhof*, Einführung, S. 19–29, S. 116–122.

62 *Imhof*, Einführung, S. 29.

Michael Schwartz

Eugenik und Bevölkerungspolitik

Über neuere Beiträge zur Geschichte einer problematischen Sozialtechnologie

Petra Finck/Marliese Eckhof, Euer Körper gehört uns! Ärzte, Bevölkerungspolitik und Sexualmoral bis 1933, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1987, 240 S., kart., 24,80 DM.

Kristine von Soden, Die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik 1919–1933, Edition Hentrich, Berlin 1988, 226 S., kart., 36 DM.

Paul Weindling, Health, race and German politics between national unification and Nazism 1870–1945, Cambridge University Press, Cambridge 1989, 641 S., geb., 55 £.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte jener Prozeß der wissenschaftlichen Verobjektivierung und szientistisch-technokratischen Verstaatlichung der bislang als privat definierten Sphäre menschlicher Fortpflanzung ein, der bereits in der Weimarer Republik Verfassungsrang erhalten sollte. Die »Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie« wurde ebenso zur staatlichen Aufgabe erhoben wie die Überwachung der durch die Eltern zu leistenden »Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit«. Die Bestimmung und Steuerung der *Anzahl* und der *(Erb-)gesundheit* der deutschen Bevölkerung wurden – bedingt durch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegskrise – immer stärker als Aufgabe eines *social engineering* durch politisch anerkannte Experten erkannt. Quantitative und qualitative (z. B. eugenische) Bevölkerungspolitik waren die Folge dieses szientistisch-politischen Konglomerats.[1]

Die Studien von Petra Finck und Marliese Eckhof beschäftigen sich mit wichtigen Teilaspekten dieser zunehmenden Implementierung von Bevölkerungspolitik, die bereits lange vor 1933 außerordentlich erfolgreich war. Bekanntlich richtete der Reichstag bereits im Ersten Weltkrieg einen Ausschuß für Bevölkerungspolitik ein, der eine ganze Reihe pro-natalistischer bevölkerungspolitischer Gesetzentwürfe erarbeitete, die freilich aufgrund der Revolution von 1918 unerledigt blieben; eine gleichzeitig gegründete Gesellschaft für Bevölkerungspolitik besaß in jener Zeit außerordentlich großen Einfluß auf die Verantwortlichen in Politik und Bürokratie. Auch die deutsche Rassenhygiene, der es im Gegensatz zum eher konservativen Pro-Natalismus wesentlich um eine eugenisch differenzierte Politik von Geburtenförderung und -verhinderung ging, klinkte sich in diesen sehr viel stärker akzeptanzfähigen bevölkerungspolitischen Diskurs ein.[2]

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich Petra Finck mit den Anfängen dieses szientistisch-technokratischen Syndroms ›Bevölkerungspolitik‹ in den Friedensjahren des Kaiserreichs. Bevölkerungspolitik als »Geburtenförderungspolitik« (S. 9) ist demnach die spezifische Antwort der Gesellschaft und des Staates auf das als bedrohlich erachtete Phänomen des Geburtenrückgangs. Fatal erscheint jedoch die allzu glatte Kontinuitätslinie zur Zeit nach 1933. Laut Verfasserin wurden die Konzepte zur »Planung und Lenkung der de-

1 Vgl. die erhellende Skizze von *Detlev J. K. Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987, S. 133–143.

2 Vgl. *Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz*, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/Main 1988, S. 220 ff.

mographischen Prozesse« schließlich im Nationalsozialismus »zu rigiden bevölkerungspolitischen Maßnahmen [. . .] bis hin zur Vernichtung ›minderwertigen Menschenmaterials‹ im Rahmen des ›Rassenhygiene‹-Programms«. Abgesehen davon, daß schon Bevölkerungspolitik und Eugenik nicht deckungsgleich sind und eugenische Programme auch untereinander erheblich divergierten – Holocaust und Euthanasie als Zielpunkt staatlicher Bevölkerungspolitik zu beschreiben, läßt denn doch signifikante Differenzierungen vermissen.

Nach einem Blick auf die demographische Entwicklung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 12 ff.) diskutiert Finck die Grundlagen der entstehenden Bevölkerungswissenschaft um die Jahrhundertwende. Sodann werden als »bevölkerungspolitische Grundkonzeptionen« des Kaiserreichs die Vorstellungen der bürgerlichen Nationalökonomie, der Sozialdemokratie, der katholischen Kirche sowie der Medizin erörtert. (S. 22 ff.) Die Nationalökonomie vertrat demnach zu Beginn des 20. Jahrhunderts sehr unterschiedliche Positionen: So habe etwa Adolf Wagner 1902 einen Geborenenrückgang noch dezidiert bestritten. Mit dieser Darstellung wird jedoch die Argumentation Wagners verzerrt; dieser bestritt das Phänomen nicht etwa grundsätzlich, sondern warnte lediglich vor einer vorschnellen Prognose und wünschte noch die längerfristige Entwicklung der Geborenenziffer zu beobachten. Seine These, daß Geborenenrückgang im Grunde nur bei schlechten wirtschaftlichen Lebensverhältnissen, also z. B. bei anhaltender Wirtschaftskrise zu konstatieren sei, ging jedoch in der Tat an den neuen Realitäten einer vielmehr sozial-aufstiegsorientierten Geburtenbeschränkung vorbei. Auf diesen Sachverhalt wiesen Lujo Brentano und Julius Wolf hin, indem sie den Geburtenrückgang wesentlich als Folge gestiegener kultureller Ansprüche (insb. der höheren Schichten) erklärten. Dennoch war auch für sie dieses Phänomen volkswirtschaftlich schädlich, da sowohl die »Rekrutierungsbasis für Soldaten« als auch die »Grundlage des Arbeitskräfte- und Steuerzahlerpotentials« für den Staat schmaler würden. Der bisherige Kulturfortschritt, so Brentano, sei schließlich nur mit hohem Bevölkerungswachstum erzielt worden; um denselben zu sichern, müsse folglich das Bevölkerungswachstum auf hohem Niveau gehalten werden; ansonsten sei eine Entnationalisierung durch die Einwanderung geburtenstarker Fremdvölker die Folge. Brentano markierte also eine Zwischenposition. Er betonte einerseits das Grundgesetz kulturellen Wandels für die Veränderung von Normen und Einstellungen, dachte diesen Relativismus aufgrund nationalistischer Prämissen jedoch nicht zu Ende. All diese Reaktionen der bürgerlichen Wissenschaft hätten »nur auf die Befürwortung einer geburtenfördernden Politik hinauslaufen« können. (S. 29)

Im Anschluß hieran wird »die Konzeption der SPD« (S. 30) erörtert. Die Tradition einer fortschrittsoptimistischen und darwinistisch motivierten Malthuskritik führte in der Sozialdemokratie dazu, die bürgerlichen Alarmrufe hinsichtlich des Geburtenrückgangs eher gelassen zu betrachten. Die Hebung des Lebensstandards der Massen, so Kautsky 1910, bewirkte vielmehr »eine Abnahme der Sterblichkeit und damit ein Bevölkerungswachstum selbst bei sinkenden Geburtenziffern«; sollte es dennoch zu einer zu großen Bevölkerungsverminderung kommen, werde eine feste geschlechtliche Ethik »entsprechend den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft« das generative Verhalten schon entsprechend beeinflussen. Diese generative Ethik schloß übrigens eugenische Ziele ausdrücklich ein.

Die Position der SPD in der Geburtenfrage war jedoch offensichtlich widersprüchlich. Während Engels generative Fragen noch als reine Privatsache der Betroffenen betrachtet habe und sich nicht weiter habe äußern wollen, sei schon bald eine immer stärkere Tendenz der Parteiführung erkennbar geworden, sich klar und deutlich gegen Geburtenprävention auszusprechen (Lassalle-Tradition, W. Liebknecht, Bebel); Klara Zetkin habe folgerichtig den Neo-Malthusianismus als »Egoismus der Eltern« abqualifiziert. Finck nimmt diese Beobachtung zum Anlaß, frühere Forschungspositionen zu modifizieren: »Die von Niggemann konstatierte ›freiheitliche Komponente‹ durch die Einordnung von Fragen der Fa-

milienplanung in den individuellen Entscheidungsbereich erfuhr allein durch die überwiegend negative Bewertung der Geburtenprävention von seiten führender SPD-Mitglieder eine starke Einschränkung.« (S. 33) In der Tat wird nur mit dieser differenzierten Interpretation die Brisanz der Gebärstreikdebatte von 1913 verständlich, in der Parteiführung und (weibliche) Basis in offenen Gegensatz gerieten. (S. 33 ff.) Die Schlußfolgerungen der Verfasserin sind jedoch überzogen: Die These, das Recht individueller Familienplanung sei von der SPD-Führung nur solange toleriert worden, »solange ihr politisches Ziel dadurch nicht gefährdet wurde«, wobei das »quantitative Element« die zentrale Rolle gespielt habe, läuft auf die Zuspitzung hinaus, bürgerliche Attacken auf die sittenlose SPD seien letztlich unberechtigt gewesen, zumindest was den Kurs der Führung betraf. (S. 37) Hier wird jedoch übersehen, daß sich die Parteiführung nach dem Debakel der Gebärstreikdebatte in bevölkerungspolitischen Fragen als gebranntes Kind extrem zurückhielt und damit stillschweigend der privaten Entscheidung das Feld überließ.

Was die katholische Kirche angeht (S. 38 ff.), muß es befremden, daß die Verfasserin deren bevölkerungspolitische Position lediglich aus »nationalstaatlichem Denken und eigenem machtpolitischen Kalkül« motiviert sieht; der evangelischen Kirche werden im übrigen ganze sechs Zeilen gewidmet, da sie »ähnliche Erwägungen« wie die katholische artikuliert habe. (S. 42) Mit solchem Minimalismus macht man es sich allzu leicht. Größeres Interesse hingegen finden offensichtlich die medizinischen Bewertungen der Geburtenentwicklung, da hier zahlreiche Befürworter neomalthusianischer Geburtenkontrolle verortet werden. (S. 44) Bei den ärztlichen Gegnern solcher Progressivität seien hingegen zumeist die Argumente der bürgerlichen Nationalökonomie geteilt worden, wozu noch die eugenische Furcht vor Qualitätsverminderung gekommen sei. (S. 45 f.; statt »von Grube« muß es natürlich »von Gruber« heißen.) Die Integration eugenischen Denkens in umfassendere medizinische Konzeptionen (z. B. Grotjahn) wird angemessen herausgestellt, allerdings nicht immer hinreichend von sozialdarwinistischen Postulaten geschieden. Richtig ist jedoch die These, daß im Kaiserreich »den extremen Ausleseplänen der eigentlichen ›Rassenhygieniker‹ kaum Rechnung getragen« worden sei, da die Behörden lediglich die ihnen genehmen Teilforderungen (positive Rassenhygiene) aufgegriffen hätten. Immerhin seien zahlreiche Termini in den medizinischen Sprachgebrauch eingegangen und »auch [von] fortschrittliche[n] Ärzte[n] und Eugeniker[n]« genutzt worden. Unter vielen Medizinern habe »Einigkeit in der Forderung nach ›gesundem Nachwuchs‹« geherrscht, jedoch sei man uneins über die diesbezüglichen praktischen Maßnahmen gewesen. (S. 50)

Zusammenfassend stellt Finck angesichts dieses Diskurses fest, daß zwar »einzelne Symptome« des Geburtenrückgangs zutreffend erkannt worden seien, »der historische Prozeß [. . .] in seiner Komplexität« dabei jedoch »nicht wahrgenommen« worden sei. Dabei habe es unter den verschiedenen Gruppen »Überschneidungen in der Argumentation« gegeben, was z. B. die Topoi der drohenden slawischen Überbevölkerung und eugenischer Postulate anbelangt. »Selbst fortschrittliche Ärzte und sozialdemokratische Kritiker der bevölkerungspolitischen Position ihrer Partei scheinen nicht frei von derartig ideologisch geprägten Gedankengängen gewesen zu sein.« Auch sie hätten letztlich »demographische Prozesse als manipulierbare Erscheinungen« begriffen, »anstatt sie als Ausdruck individueller menschlicher Bedürfnisse aufgrund bestimmter sozioökonomischer Lebensbedingungen zu verstehen.« (S. 52) Allgemein habe die zeitgenössische Debatte jedoch nicht gesehen, daß der Geburtenrückgang »das Resultat von veränderten Lebens- und Produktionsbedingungen und die zunehmende Empfängnisverhütung Ausdruck für gewandelte Bedürfnisse und Interessen war.« Solchen Erkenntnissen habe das subjektive Erkenntnisinteresse der Diskursteilnehmer »im Wege« gestanden. (S. 51 f.) Diese Wertung trifft jedoch in dieser Schärfe nicht zu. Sämtliche von Finck angemahnten Elemente waren in der zeitgenössischen Debatte durchaus vorhanden; deren Problem lag weniger in mangelnder Erkenntnis als in den jeweils weltanschaulich motivierten Handlungsanweisungen für eine

reagierende Politik. Das Problem war nicht, daß man die individuellen Motive des Geburtenrückgangs nicht erkannte, sondern daß man sie nicht anerkannte. Statt dessen sollten sie manipuliert, also nach übergeordneten Werten und Zielen gesteuert und kanalisiert werden.

Diese Situation führte – wie Finck im folgenden darlegt – zu bevölkerungspolitischen Maßnahmenkatalogen, die im wesentlichen auf der Bekämpfung der Abtreibung und der Empfängnisverhütung sowie auf geburtenfördernden Plänen wie der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit basierten. Ferner wurde ein umfassender Mutterschutz erstmals zum politischen Thema. Auch die SPD-Reichstagsfraktion habe eine solche Bevölkerungsökonomie unterstützt. (S. 53 ff., S. 71) Bis 1918 sei damit die gerade initiierte Bevölkerungspolitik im wesentlichen nur quantitative Geburtenpolitik gewesen, die zudem anfänglich nur über restriktive juristische Instrumente (z. T. intendierte Strafrechtsverschärfungen) realisiert werden sollte. Erst der Beginn des Ersten Weltkrieges habe die Bereitschaft des Staates gefördert, »zur Sicherung des Bevölkerungsbestandes finanzielle Aufwendungen zu riskieren« und auch positive bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Geburtenförderung zu treffen. Jedoch seien solche sozialpolitischen Maßnahmen »bis 1918 nicht verwirklicht« worden. (S. 74 ff.)

Trotz einiger wichtiger weiterführender Thesen sind einige noch nicht erledigte Desiderate unverkennbar: Dazu gehört eine vergleichende Untersuchung der bevölkerungspolitischen Konzeptionen gesellschaftlicher Großgruppen und Verbände. So ist es unverständlich, daß die Studie die Aktivitäten der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und deren Trägergruppen, aber auch die wichtigen bevölkerungspolitischen Tagungen des Weltkrieges vollkommen ausspart. Auch die unterschiedlichen politischen Akzente der Gesundheitsverwaltungen verschiedener deutscher Regierungen, wie sie etwa 1917/18 in der Frage eugenischer Gesundheitszeugnisse sichtbar wurden, harren noch der Aufarbeitung. Schließlich wäre auch ein differenzierterer Blick auf das sozialistisch-technokratische Konzept der Menschenökonomie notwendig, als Finck ihn geleistet hat.

Marliese Eckhof beleuchtet in methodisch vergleichbarer Weise die ärztlichen Debatten um die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 in der Weimarer Republik. Nachdem zunächst Ausmaß und Ursachen der Abtreibung (S. 85 ff.) diskutiert werden, werden die Abtreibungsgesetzgebung der Weimarer Republik (Novelle 1926) und die juristische Verfolgungspraxis erörtert. (S. 99 ff.) Die intensive öffentliche Debatte (S. 104 ff.) wird zunächst anhand der drei diskutierten Reformmodelle (Freigabe, Fristenlösung, kombinierte Indikationslösung) vorgestellt, bevor es dann zu einer sektoralen Analyse der Positionen der unterschiedlichen Ärzteverbände der Weimarer Republik kommt.

Dabei betont Eckhof ganz richtig, daß die Abtreibungsfrage innerhalb der SPD »stark umstritten« war, während sich die KPD frühzeitig auf die populistische Forderung nach völliger Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs festlegte. 1920 forderte zwar auch die USPD die völlige Freigabe, doch ca. die Hälfte der SPD-Fraktion habe demgegenüber die Fristenlösung favorisiert. Des weiteren hätten »die Gegner der Abtreibung innerhalb der SPD [. . .] für eine Indikationsregelung« votiert, »die zumindest die medizinische und eugenische Indikation beinhalten sollte. Über die soziale Indikation waren die Meinungen in diesem Lager geteilt.« Diese »ambivalente Haltung innerhalb der SPD« habe jegliches einheitliche und konsequente Agieren blockiert; Mitte der 1920er Jahre habe man den Konflikt schließlich mühsam verschleiert, indem das ganze Problem zur individuellen Gewissensfrage erklärt worden sei. Immerhin habe die SPD jedoch 1926 die Strafmilderung für betroffene Frauen durchgesetzt. (S. 105 ff.)

Auf der bürgerlichen Seite hätten sich DNVP und Zentrum – weitgehend auf der Linie der ihnen nahestehenden Kirchen – gegen jegliche Reform des § 218 gesperrt, während die DVP immerhin die Novelle von 1926 mitgetragen habe und die linksliberale DDP mehrheitlich sogar für die Indikationslösung eingetreten sei. Wenn Eckhof jedoch behauptet,

»die extremste Position auf der Seite der Abtreibungsgegner nahmen die Nationalsozialisten ein« (S. 108), so trifft dies nicht zu. Die NSDAP lehnte ein Indikationenmodell keineswegs ab. Hier muß eher von einem ideologisch motivierten Splitting der Indikationen die Rede sein. Eckhofs eigene Ausführungen über das unterschiedliche Verhältnis der NSDAP zur sozialen und eugenischen Indikation bestätigen diesen Sachverhalt. (S. 110 ff.)

In der Folge beschäftigt sich Eckhof mit den Positionen einiger politisch wichtiger Ärzteverbände. Der ca. 95 % aller deutschen Ärzte umfassende Deutsche Ärztevereinsbund (DÄVB) habe den § 218 »sehr heftig und auf breiter Ebene diskutiert«; dabei hätten die Reformgegner primär standesethisch, medizinisch (Gefahr für Frau) und bevölkerungspolitisch argumentiert. (S. 118 f.) Letzten Endes habe der Verband nicht nur die Freigabe-, sondern auch die Indikationslösung abgelehnt. Die soziale Indikation sei nichts als eine verschleierte Freigabe, da dieser Begriff »zu dehnbar« sei; die eugenische Indikation wurde hingegen, da sie wissenschaftlich noch nicht hinreichend gesichert sei, als Würfelspiel betrachtet, jedoch »grundsätzlich« als mögliche Lösung »für die Zukunft [. . .] von vielen Ärzten anerkannt«. Auch die ethische Indikation sei erwogen worden, doch letztlich sei im DÄVB allein die medizinische Indikation »allgemein anerkannt« gewesen. (S. 123 ff.)

Demgegenüber hätten die liberalen Reform-Befürworter im DÄVB größere Rücksicht auf die Lebenssituation der betroffenen Frauen nehmen wollen. »Bevölkerungspolitische Argumente [. . .] lehnten die Befürworter einer Änderung des Abtreibungsstrafrechts weitestgehend ab«, behauptet Eckhof, doch trifft dies nur für blanken Pro-Natalismus zu, da die Reformer selbst eine »qualitative Geburtenpolitik« als Gegenmodell propagierten. (S. 130) Eine größere begriffliche Stringenz wäre hier von Nutzen. Dessenungeachtet trifft es zu, daß die Reformer im DÄVB neben der eugenischen auch die soziale Indikation befürworteten, diese jedoch gegen Ende der 1920er Jahre zur bescheideneren medizinisch-sozialen Indikation verkleinerten, die – so mutmaßt die Autorin – »wahrscheinlich in der Praxis auch vielfach durchgeführt« wurde. (S. 130 ff.) Allerdings hatte der DÄVB auf dem Leipziger Ärztetag 1925 als offizielle Verbands-Richtlinien lediglich die Forderung nach Strafmilderung und Einführung der ethischen Indikation festgelegt. (S. 134 ff.)

Gegen diese Mehrheitsmeinung der organisierten Ärzteschaft kamen alternative Verbände nur schwer auf. Zwar forderte der kleine Bund deutscher Ärztinnen eine umfassende Indikationslösung (S. 144) und der Verein Sozialistischer Ärzte sogar grundsätzlich die gesetzliche Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs, so daß er die gleichzeitig erhobenen Rufe nach weitgehender Indikations- oder nach Fristenlösung nur als Etappen auf diesem Wege verstand. (S. 157 f.) Doch trotz der praktischen Relevanz dieser beiden progressiven Verbände in der kommunalen Ehe- und Sexualberatung der 1920er Jahre (S. 160) blieben ihre Positionen zum § 218 politisch marginal. Es erscheint in diesem Zusammenhang als Manko, daß Eckhof den Stellenwert eugenischer Themen im progressiven Spektrum nicht eingehender diskutiert. Eine umfassende Geschichte der Abtreibungsdebatten der Weimarer Republik muß noch geschrieben werden.

Auch zur Geschichte der Ehe- und Sexualberatung in der Weimarer Republik ist eine befriedigende Monographie noch nicht erschienen. Die diesbezügliche Studie Kristine von Sodens stellt bestenfalls eine erste Annäherung dar, denn sie setzt mit ihrer interessengeleiteten Konzentration auf die Erinnerung progressiver Sexualberatung (S. 163) falsche Akzente, da die staatlich geförderte und daher qualitativ weit bedeutendere Eheberatung allzu sehr an den Rand gerät. Zugleich ist die ausschließlich an theoretischen Konzeptionen orientierte Dichotomie zwischen progressiv-individualistischer Sexualberatung und eugenisch-autoritärer Eheberatung für die Rekonstruktion der Eheberatungspraxis wenig hilfreich, da hier eine Synthese aus Ehe- und Sexualberatung dominierte. In dieser Frage setzt von Soden durch ihren Versuch, ihre systematische Dichotomie durchzuhalten, historisch falsche Akzente. Der zutreffenden Beobachtung: »Nicht immer kamen die jeweiligen Positionen zur Ehe- und Sexualberatung gleichsam in reiner Form vor. Oft waren sie eng

miteinander verwoben [. . .]«, folgt sogleich die Einschränkung: »Trotz dieser teilweisen Überschneidungen und Ergänzungen wurde die Beratungsstellendiskussion durch die zwei großen Richtungen – Eheberatung kontra Sexualberatung – beherrscht.« (S. 58) Sodens Beobachtung, daß die vom preußischen Staat geförderte, strikt eugenische Eheberatung praktisch nur aufgrund der massiven Integration von Inhalten der Sexualberatung habe überleben können (S. 80 f.), belegt jedoch gerade die signifikante Mischstruktur der Institution und Inhalte, die im übrigen – was die Verfasserin nicht zur Kenntnis nimmt – von der sächsischen Regierung sogar konzeptionell verankert wurde.

Zu Recht verweist von Soden darauf, daß die Sexualberatung vielfach von Sozialisten und Sozialistinnen mitgetragen wurde. (S. 10) Sie vergißt freilich zu erwähnen, daß dieses sozialdemokratische Engagement auch im Bereich eugenischer Eheberatungspraxis mitentscheidend war. Die Sozialdemokratie zeigte sich in Sachen Ehe- und Sexualberatung ähnlich uneinheitlich wie in der Diskussion um den § 218. Libertinären Sexualreformern standen autoritär-technokratische Eugeniker gegenüber, wobei jedoch beide Gruppen stets zur Kooperation in Sachfragen fähig blieben.[3] Aber selbst diese – über von Soden schon hinausgehende – Feststellung verkennt noch die eugenischen Bestandteile innerhalb des sexualreformerischen Denkgebäudes, die erst unlängst von Atina Grossmann nochmals hervorgehoben wurden.[4] Es ist daher völlig unzureichend, mit von Soden »die ideengeschichtlichen Wurzeln der Sexualberatungsstellen [. . .] nicht allein in den praktischen Bemühungen und Zielen engagierter Arbeiterärzte, Frauenrechtlerinnen und Sexualreformer« zu suchen, »sondern ebenso im Neomalthusianismus und Sozialdarwinismus wie auch in der Marxschen Philosophie.« (S. 14) Diese an sich richtigen Feststellungen erwecken in ihrer bloßen Reihung allzu leicht schon wieder die Vorstellung gegeneinanderstehender guter Reform- und negativer Eugenik-Einflüsse, statt auf die signifikante Synthese solcher Konzeptionen zu achten.

Wenn von Soden in diesem Zusammenhang von »Sozialdarwinismus« spricht, schließt sie undifferenziert die Rassenhygiene und Eugenik mit ein; bereits im Falle Fincks ist auf die Unzulässigkeit solcher Vereinfachung hingewiesen worden. Davon abgesehen macht die Verfasserin jedoch die zutreffende Feststellung, daß auch in die sozialdemokratische Ideologie »sozialdarwinistische« Theoreme Eingang gefunden hätten. Dies erklärt von Soden jedoch – in unguter Nachbarschaft zu alten Sozialfaschismus-Thesen – mit dem ideologischen Verfall der Sozialdemokratie. Eugenik und Sozialdarwinismus im Sozialismus erscheinen daher als dissidente Verirrungen, aber nicht als Bestandteile genuin sozialistischen Denkens. Folglich hat sich »die zunächst eher eindeutige und klare Haltung der Marxisten zum Sozialdarwinismus« laut Soden erst »mit der Spaltung der Arbeiterbewegung«, dann »allerdings gründlich« kompliziert. Schon bald danach hätten sich in Teilen der Linken »Bruchstücke sozialdarwinistischen Denkens« (etwa: Minderwertigkeit, Auslese, Kampf ums Dasein) eingenistet; in anderen Teilen der Arbeiterbewegung sei jedoch gleichzeitig »auch eine scharfe Kritik daran« erwachsen. Selbstredend werden in solcher Perspektive Elemente einer sozialistischen Eugenik bei von Soden ganz einfach als reformistisch entschärft. Die weit größere, flügelübergreifende Brisanz dieses Phänomens wird daher bei der Wiedergabe einzelner eugenischer SPD-Postulate (S. 32 f.) gar nicht erfaßt. Sozialistische Eugenik – so die völlig verfehlte, von der neueren Eugenik-Forschung längst nicht mehr vertretene These – war damit grundsätzlich »bedingt durch den reformistischen Kurs der SPD« und ein Musterbeispiel für die Irrwege des Reformismus; »Anhänger des linken Flügels formulierten [hingegen] an der herrschenden Rassenhygiene Kritik.«

3 Vgl. die noch zu besprechende Arbeit von *Weindling*, S. 355 f.

4 Vgl. *Atina Grossmann*, Berliner Ärztinnen und Volksgesundheit in der Weimarer Republik. Zwischen Sexualreform und Eugenik, in: *Christian Pross/Götz Aly* (Bearb.), Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, Berlin 1989, S. 100–120, insb. S. 113.

(S. 33) Solche allzu eingängigen Erklärungs- und (politischen) Orientierungsmuster werden jedoch der komplizierten Realität der sozialistischen Eugenik in keiner Weise gerecht. Zu Recht meint von Soden zwar, daß diese Debatte »erst in Ansätzen erforscht« sei, fällt dann jedoch das frappierende Urteil, man wisse gegenwärtig primär um die sozialdarwinistische Durchdringung des Sozialismus, wohingegen die angeblich vehement kritische Haltung etwa der KPD kaum bekannt sei. In der Tat wäre es lohnend, das Verhältnis der KPD zur Eugenik im Zusammenhang zu diskutieren; dies würde jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen, das Schwarz-Weiß-Schema von Sodens und anderer ganz rasch ad acta zu legen. Gegen hier weitsichtigere Autoren wie Atina Grossmann richtet von Soden jedoch wohlgemut die Bemerkung, die »fälschliche Annahme, auch die KPD hätte rassenhygienische Maßnahmen, z. B. die ›Vernichtung unwerten Lebens‹, unterstützt«, beruhe auf »einer weitgehenden Ignoranz kommunistischer Publikationen.« (S. 31 f.) Abgesehen davon, daß die Vernichtung lebensunwerten Lebens nicht zum genuin rassenhygienischen Themenkreis gehörte, wollte die KPD etwa 1928 im Strafrechtsausschuß des Reichstages zumindest eine Euthanasie aus humanitären Gründen gesetzlich regeln[5] und zeigte sich auch in einigen eugenischen Fragen aufgeschlossener als mancher heute wahrhaben will. Der im übrigen mittlerweile fast allerorten als Paradebeispiel kommunistischer Eugenik-Kritik zitierte Aufsatz von Max Levien wird auch durch von Soden als prinzipielle Eugenik-Kritik mißverstanden; das von Levien vertretene Konzept einer linken Volkseugenik, die freilich erst in einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung auf rein wissenschaftlicher Grundlage wirken könne, wird völlig unterschlagen.[6]

Abgesehen von solchen Gravamina bieten die alltagsgeschichtlichen Komponenten der Studie (insb. S. 58–145), die den Hauptteil des Werkes ausmachen, interessante Einblicke in eine Beratungspraxis, die erhebliche Rückschlüsse auf das Funktionieren (auch) eugenischer Politik vor Ort und auf das Arzt-Patient-Verhältnis erlaubt. Eine stärkere Vermittlung dieser alltagsgeschichtlichen Ausführungen der Verfasserin mit der konzeptionellen Diskussion der späten Weimarer Republik wäre sicherlich fruchtbar.

Die Diskussion über das Verhältnis von Eugenik/Rassenhygiene, Gesundheitspolitik und Gesellschaft zwischen 1870 bis 1945 ist in den 1980er Jahren erheblich vorangekommen. Zunehmend wurde die innere Differenzierung der eugenischen Bewegungen, ihre jeweils unterschiedliche soziokontextuelle Ausprägung in Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Staat, aber auch die internationale Dimension ihrer Entwicklung in den Blick genommen. Gerade in Deutschland hoch in Kurs stehende und immer noch nicht völlig überwundene Interpretationsraster, die primär auf die scheinbar so klare Verkettung von präfaschistischer Rassenhygiene und verbrecherischem Nationalsozialismus abzielten und entsprechend häufig auch den pseudowissenschaftlichen Charakter der ersteren entlarven zu können meinten, haben im Verlauf der neuesten Forschungsdiskussion immer mehr einer angemessenen Historisierung des Gegenstandes Raum geben müssen. Die Revision allzu dichotomischer Geschichtsbilder war überfällig.[7]

Nicht zuletzt der in Oxford wirkende britische Wissenschaftshistoriker Paul J. Weindling hatte an dieser Entwicklung einen gewichtigen Anteil. Sein jüngstes, hier vorzustellendes Werk versucht in einer ambitionierten Gesamtschau, die Ideen- und Institutionalisie-

5 Vgl. *Susanne Hahn*, Positionen der kommunistischen Partei Deutschlands zur lebensbewahrenden Aufgabe der Medizin in der Zeit der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für die gesamte Hygiene 28, 1982, S. 468–471.

6 Vgl. hierzu die *vollständige* Quelle: *Max Levien*, Stimmen aus dem deutschen Urwalde (Zwei neue Apostel des Rassenhasses), in: Unter dem Banner des Marxismus 2, 1928, S. 150–195; eine treffende Wertung findet sich bei *Weingart/Kroll/Bayertz*, S. 112 f.

7 Vgl. *Michael Schwartz*, Sozialismus und Eugenik. Zur fälligen Revision eines Geschichtsbildes, in: IWK 25, 1989, S. 465–489.

rungsgeschichte der deutschen Eugenik/Rassenhygiene in größere Entwicklungszusammenhänge einzubetten – wohl wissend, daß ein derartig großangelegtes Projekt Widerspruch auf verschiedenster Ebene geradezu provozieren muß. Dies schmälert in keiner Weise den Rang von Weindlings Studie als einer der wichtigsten Neuerscheinungen des letzten Jahrzehnts zum Thema Eugenik.

Die sich zunehmend zu Politik verdichtenden Pole von Gesundheit und Rasse markieren den Diskurszusammenhang, in dem die auf politische Anwendung zielende, junge eugenische Wissenschaft Profil gewann. In diesem Zusammenhang läßt Weindling bereits in der Einleitung keinen Zweifel daran, daß das Standbein der frühen Eugenik der Pol der Gesundheit war. Gesundheit als Norm bürgerlicher Lebensführung und ihre Verallgemeinerung durch immer stärkere Medikalisierung der Gesamtgesellschaft war das ideengebende und legitimierende Umfeld für die Wissenschaft von der kollektiven Erbgesundheit, als die sich die Eugenik definierte. Der säkulare Aufstieg der Naturwissenschaften und der Medizin im 19. Jahrhundert erscheint Weindling zunehmend als eine politische »alternative to party politics«, insofern sie eine Grundlage für »collectivist social policies« zur Behebung sozialer Mißstände geboten habe. Dabei habe das Konzept eines gesunden Volkskörpers eine wichtige Funktion für soziale Stabilisierung und Integration in einer sich rapide wandelnden Gesellschaft und für die nationale Macht übernommen: »Health was not only an ideology of national integration at a time of rapid social change, but it also could ensure national unity through a uniform life style in everyday life.« Damit sei die Medizin zu einem elitären Beruf geworden, der eine »leading role« in der Festigung der nationalen Einheit Deutschlands gespielt habe. (S. 1)

Unbeschadet des Stellenwerts, den die Gesundheitspolitik in der sich industrialisierenden Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs zunehmend gewann, wird man hier fragen müssen, ob solche Wertungen die gesellschaftliche Rolle der Medizin im Kaiserreich nicht doch erheblich überschätzen. Schon ein Blick auf die schneidende Kritik der Arbeiterbewegung vermittelt den Eindruck, daß die staatliche Gesundheitspolitik den gesellschaftlichen Erfordernissen eher hinterherhinkte. Wichtige Schritte zur praktischen politischen Anwendung szientistischer Gesundheits- und Sozialpolitik erfolgten erst in der Weimarer Republik. Auf das Kollektive zielende Disziplinen der Medizin (Sozialhygiene und Eugenik) konnten erst ab 1910/20 eine Institutionalisierung im akademischen Bereich erlangen und ihre akademische Randständigkeit überwinden. Insbesondere erscheint die angebliche Funktion der Medizin als nationaler Integrationsfaktor als Überinterpretation; sie fungierte doch wohl weit eher als doppelgesichtiges Medium sozialer Disziplinierung und humanitärer Hilfeleistung im Rahmen eines industriellen Funktionalismus von Produktion und Reproduktion.[8]

Zentral jedoch bleiben Weindlings Beobachtungen über die Verbindung bürgerlicher Wissenschaft mit kollektivistischen Entwürfen für Gesellschaftsreform. Je mehr die Wissenschaft ihre soziale Aktivität erweitert habe, desto mehr sei sie das Thema widerstreitender sozialistischer und nationalistischer Strategien geworden. Den parteipolitischen Differenzen hätten verschiedene Konzepte eines kollektivistischen Wohlfahrtsstaates zugrunde gelegen, die jedoch stets die Charakteristika einer technokratischen Verwaltung und einer professionalisierten, verwissenschaftlichten Ärzteschaft gehabt hätten. Auf dieser kollektivistisch-technokratischen Grundlage sei die Medizin nach der Katastrophe von 1918 wesentlich damit betraut worden, über wissenschaftlich fundierte Gesellschaftspolitik die deutsche Wirtschaft und Volksgesundheit wiederherzustellen. Dabei habe sich die Medizin immer stärker mit einer autoritären Politik verbunden und sei dadurch zu einer wach-

8 Vgl. etwa *Alfons Labisch*, Doctors, Workers and the Scientific Cosmology of the Industrial World. The Social Construction of ›Health‹ and the ›homo hygienicus‹, in: Journal of Contemporary History 20, 1985, S. 599–615.

senden Bedrohung persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung geworden. Diese Entwicklung sei – geradezu »paradigmatic« für den Mißbrauch von Wissenschaft und Medizin – im antiliberalen Rassismus und Nationalsozialismus kulminiert. (S. 2) Diese Beobachtungen sind zutreffend, sofern man berücksichtigt, daß gleichzeitig auch die demokratischen, z. B. sozialistischen Varianten von Gesundheitspolitik potentiell die persönliche Freiheit bedrohten. Der Nationalsozialismus war keineswegs der einzige soziopolitische Kontext, um eine technokratisch-szientistische Bedrohung der Individualrechte zu produzieren.

Weindling würde dem vermutlich prinzipiell zustimmen. Allerdings ist seine Sicht der Dinge an eine nicht unproblematische Verfallshypothese gebunden. Während die Wissenschaft um 1850 noch offen für demokratisch-partizipatorische Modelle gewesen sei, so der Verfasser, habe sich in der Folgezeit immer stärker eine technokratisch-elitäre Variante durchgesetzt. Der Sündenfall der Naturwissenschaften sei mit ihrer Trennung von breiteren kulturellen und sozialen Bewegungen erfolgt. Das hier erkennbare Raster progressiver und reaktionärer Wissenschaft steht Pate für Weindlings Einschätzung, daß die im Zeitalter des Szientismus unvermeidliche Tendenz zur wissenschaftlichen Lösung sozialer Probleme einem Staat, der einer effektiven Antwort auf die sozialistische Gesellschaftsanalyse bedurfte, sehr nützlich sein konnte: »Technocratic science can be contrasted to science as a popular ideology supporting the democratic values of an open society.« (S. 3 f.) Diese Dichotomie verfehlt und verkürzt die historische Realität. Auch die sozialistische Analyse definierte sich zunehmend szientistisch und sogar naturwissenschaftlich; auch in der demokratischen Variante von Wissenschaft gab es die Tendenz zur technokratischen Elite. Statt zwischen gesellschaftlich guter und schlechter Wissenschaft zu trennen, wäre eher das Grundproblem wissenschaftlichen Macht-Wissens (M. Foucault) und szientistischer Verobjektivierung von Menschen zu thematisieren.

Die Geschichte der deutschen Eugenik ist für Weindling deshalb von besonderem Interesse, weil sie einen hervorragenden Einblick in die erwähnte globale Entwicklung einer autoritären Medizin gestattet. Die Eugenik, die sich gegenüber zahlreichen rivalisierenden Konzepten für Lebensreform und demokratische Funktionalisierung der Medizin durchsetzte, beantworte die Frage, auf welche Weise »the noble vision of the civilized ›Kulturstaat‹ took authoritarian forms«. Die fortschreitende Expansion der Wohlfahrtspolitik und ihre eugenischen Komponenten hätten die Individualrechte und damit das Erbe von 1848 unterminiert, weil sie durch die Stärkung staatlicher und professioneller Macht dazu beitrugen, eine autoritäre Gesellschaftsstruktur zu schaffen. (S. 5)

Ist damit für Weindling die Eugenik zutiefst in die Geschichte des naturwissenschaftlich-medizinischen Szientismus eingebettet, so übt er gegenüber den Interpretationen der Eugenik als Produkt rassistisch-völkischer Bewegungen deutliche (und durchaus angebrachte) Zurückhaltung. Obwohl es Verbindungen zwischen Eugenik und Antisemitismus gegeben habe, sei die Situation doch ziemlich »complex«: »Eugenics did not necessarily point the way towards Nazi racism«, sondern konnte auch in liberale oder sozialistische Entwürfe gesellschaftlicher Reform integriert werden. (S. 6) Weindlings These lautet, die Eugenik sei insofern autoritär gewesen, als sie Staat und technokratischer Profession (Ärzten) die unbegrenzte Gewalt gab, Krankheiten zu bekämpfen und die Gesundheit der künftigen Generationen zu sichern. Doch dabei sei die Eugenik weder ein Produkt der arischen Rassentheorie noch »inherently Nazi« gewesen. Die spätere Synthese von Nationalsozialismus und Eugenik sei vielmehr als »process of adaptation and appropriation on both sides« zu sehen. (S. 7) Allzu eilfertigen Gleichsetzungen von Eugenik und Rassismus begegnet Weindling mit Ironie: »It has been more comforting to heap the guilt for racism onto extremes that are remote from bourgeois liberalism than to investigate authoritarian elements in liberal science, professions and perceptions of social issues endemic in modern society, such as poverty, disease and crime.« Bei alledem negiert der Verfasser nicht etwa, daß Antisemitismus und arischer Rassismus Bestandteile der Eugenik gewesen sind, doch beharrt er

darauf, daß sich eugenisches Denken darin keineswegs erschöpfte. (S. 8) »Those who have assumed that Eugenics was an offshoot of Aryan ideologies [. . .] have considered only the ultra-conservative fringe and have failed to understand the course, intention and scope of German eugenics.« (S. 10) Besonders wichtig ist hier der methodische Hinweis, eine angemessene Analyse müsse stets »the changing intellectual and social composition of eugenics« im Auge behalten. (S. 8) »Eugenics has a history better understood from the perspectives of public health, social policy, and of the bio-medical sciences.« (S. 10)

Die hier skizzierte Verbindung ideen- und sozialgeschichtlicher Faktoren unter dem Aspekt zeitlicher Differenzierung ist das Grundgesetz der Weindlingschen Methode. Sie ermöglicht dem Autor eine differenzierte Rekonstruktion deutscher Eugenikgeschichte. Demnach war die eugenische Bewegung zunächst wenig mehr als eine »elitist association«, die eine biologisch regenerierte Aristokratie erstrebte und dabei rassistischen Komponenten eine nicht geringe Bedeutung einräumte. Der Erste Weltkrieg habe hier jedoch bereits als »turning point« gewirkt, die Eugenik sei von einem »cultural elitism« immer stärker zugunsten der populistischen Einflußnahme auf staatliche Gesellschaftsplanung abgerückt. Bereits im Krieg hätten staatliche Beamte die Bedeutung qualitativer Bevölkerungspolitik erkannt. Die Niederlage schließlich habe zu einer »profound transition in social values« geführt und eine biologistisch geprägte Sozialpolitik ermöglicht. Eine neue Zäsur habe die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Konzentration auf negative Eugenik markiert, welche bis 1932 dazu geführt habe, daß die Sterilisation »by a wide range of Catholic, Jewish and socialist eugenicists« akzeptiert wurde. Bereits 1933 sei es daraufhin erneut zu einem gravierenden Einschnitt gekommen: »The Nazi takeover marked a fundamental change in the course of German eugenics«, denn der weitere Weg war durch rassistische Faktoren, exzessiven Zwang, Ausdehnung der Kategorie der Degeneration sowie das prekäre Verhältnis zur NS-Euthanasie gekennzeichnet gewesen. Doch selbst die NS-Rassenhygiene sei in ihrer sozialen und inhaltlichen Ausrichtung alles andere als monolithisch gewesen; es habe vielmehr zahlreiche Gruppenkonkurrenzen gegeben – und »far from inevitable, the transition from sterilization to expansive ›euthanasia‹ measures provoked considerable dissension.« (S. 9 f.)

Die ersten vier Kapitel und damit mehr als die Hälfte des Buches beschäftigen sich mit der Entwicklung im Kaiserreich. Im ersten Kapitel, das dem Phänomen des Sozialdarwinismus gewidmet ist (S. 11–60), wird dasselbe als ein Mittel der Kompensation der durch Industrialisierung und daraus resultierender sozialer Entwurzelung ausgelösten gesellschaftlichen Krise interpretiert. (S. 13) Dabei repetiert Weindling die gängigen Thesen vom Wandel des Darwinismus »from individualism to corporate ideologies«, betont jedoch gleichermaßen, daß der »Social Darwinism gave legitimacy to a variety of interests in an expanding industrial society, and cannot be identified as an exclusively right-wing racist ideology. It enabled the formulation of concepts of a unified and developing society which were part of transformation of liberal and left-wing thought.« (S. 27 f.) Gleichzeitig beschreibt Weindling das Entstehen rassenanthropologischen (S. 48 ff.) und eugenischen Denkens, wobei letzteres den Graben zwischen Sozialismus und Konservativismus (besser: Sozialdarwinismus!) durch wissenschaftliche Lösungen habe überbrücken wollen, ohne dadurch dem grundlegenden Konflikt um sozialistische oder primitivistisch-rassistische Utopien als der eugenisch optimalen Gesellschaft der Zukunft entgehen zu können. (S. 25)

Im zweiten Kapitel (S. 61–154) handelt Weindling von der Entstehung der jungen eugenischen Bewegung und ihrer Entwicklung vom utopischen Sektierertum einiger Schüler und Studenten zu einer sich allmählich institutionalisierenden Wissenschaft. Dieses Kapitel gehört zu den besten des Buches. Sehr wichtige Fakten zu dieser historischen Phase der Eugenik werden erstmals präsentiert und in eine Sozialgeschichte der Ideen eingebettet,

wie sie bereits bei Kroll angelegt war.[9] Während die Darstellungen der Eugenik-Diskussionen in einigen akademischen Disziplinen (etwa der Soziologie) hinter anderen Studien zurückbleiben (vgl. S. 138 ff.), bringt Weindling hinsichtlich der Frühgeschichte der Gesellschaft für Rassenhygiene einige wichtige neue Erkenntnisse: So wird etwa gezeigt, daß sich – obgleich die Gesellschaft in ihrer sozialen Zusammensetzung das gesamte berufliche Spektrum des Bildungsbürgertums widergespiegelt habe – bereits vor 1913 eine deutliche Dominanz der Mediziner entwickelte. (S. 146 f.) Überzeugend werden ferner die frühen sozialistischen, lebensreformerischen und biologistischen Utopien des jungen Ploetz-Freundeskreises der 1880er Jahre dargelegt und die frühen, über den späteren Sachopportunismus der Eugeniker womöglich doch noch hinausgehenden Kontakte zur Exil-Sozialdemokratie und zu Bebel rekonstruiert: Der junge Alfred Ploetz, so legt Weindling überzeugend dar, habe die deutschen Sozialisten davon zu überzeugen gehofft, daß es durchaus Wege gebe, die gerade in Blüte stehende bürgerlich-sozialdarwinistische Kritik am Sozialismus zu widerlegen. (S. 75 f.) Mit diesem »middle course between socialism and the ultranationalist ideologies« habe Ploetz zu zeigen gehofft, »how biological theories of selection could provide a basis for reconciling socialism and Darwinism.« (S. 123) Im Kontext der 1890er Jahre wirkte dieser Versuch jedoch als eine Apologie des Sozialismus: So interpretiert Weindling Ploetz' frühen Theorie-Entwurf einer Rassenhygiene von 1895 als Reaktion auf die ultradarwinistischen Attacken auf Bebels Darwinismus-Adaption. (S. 102) Frühe Eugeniker wie Ploetz oder Schallmayer scheuten nicht vor der offenen Konfrontation mit den strikt antisozialistischen Freiburger Sozialdarwinisten zurück. (vgl. S. 121) Statt der kruden Ablehnung von Sozialpolitik als dysgenischer Erbverschlechterung propagierten sie eine kompatible Strategie einer »technocratic solution«. Das Angebot einer selektiven Befruchtung wurde als »a common interest of both the left and the right« in die Debatte eingebracht. (S. 124)

Neben der Positionsbestimmung zwischen Sozialismus und bürgerlichem Sozialdarwinismus war für die spezifische Institutionalisierung der Eugenik auch ihr Verhältnis zur zeitgleich entstehenden Rassenanthropologie von Bedeutung. Weindling verweist in diesem Zusammenhang auf die um 1900 starken Rivalitäten zwischen Sozialhygiene, Rassenhygiene und Rassenanthropologie um gesellschaftlichen und akademischen Einfluß. Dabei habe Ploetz mit den sog. Ariern durchaus Kompromisse gemacht; dennoch sei das gegenseitige Verhältnis stets ambivalent geblieben. Während Ploetz privat Antisemit gewesen sei, habe er den Antisemitismus öffentlich verurteilt. »The balance between racist ideology and technocratic eugenics was precarious.« (S. 135 ff.)

Das dritte Kapitel (S. 155–280) beschäftigt sich ausführlich mit der allgemeinen Medizingeschichte des Kaiserreiches und bringt einen lesenswerten Überblick zur Entwicklung von Medizin, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik im Kaiserreich – »from Hygiene to Family Welfare«. Zunächst geht es um die Entwicklung der hygienischen Teildisziplin der Medizin, ihrer wissenschaftlichen und therapeutischen Fortschritte und ihrer Einbettung in eine zunehmend technokratische Medizinentwicklung. Des weiteren wird gerade der von der Hygiene und Bakteriologie eröffnete Weg zu einer Gesundheitspolitik als wesentliches Betätigungsfeld der Kommunalpolitik erörtert. (S. 155 ff.) Stellenweise wirkt jedoch gerade dieses Kapitel wie ein wenig kohärentes Kompendium; genetischer Weismannismus und Keimgift-Hypothesen, die Expansion der Kliniken, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als Paradigma der Präventivmedizin, Hebammenwesen, Jugendwohlfahrt, Anfänge staatlichen Gesundheitswesens – alles kommt hier zusammen, ohne daß der konkrete Bezug zum eigentlichen Thema immer einsichtig wäre.

9 Vgl. *Weingart/Kroll/Bayertz*, S. 188 ff.

Eine Ausnahme stellen hier die Ausführungen über die Entwicklung der Sozialhygiene zur medizinischen Teildisziplin dar: Als Nachbarin und Konkurrentin der jungen Eugenik spielte die Sozialhygiene nach 1900 eine gewichtige Rolle. Sie als »product of medical practice, corporate professionalism, eugenics and socio-political concerns« zu bezeichnen (S. 214 f.), geht jedoch zu weit. Die Eugenik war keineswegs eine zentrale Grundlage der Sozialhygiene – selbst Grotjahn, der hier als Vermittler angesprochen werden muß, vollzog erst nachträglich eine Synthese und wußte die Felder beider Wissenschaften sauber zu trennen. Zudem war seine Synthese innerhalb der Sozialhygiene keineswegs unumstritten.

Weindling erblickt im Aufstieg der Sozialhygiene den Beleg dafür, daß sich um 1900 auch die Medizin kollektivistischen Konzepten öffnete. Diese Tendenz habe im übrigen nicht zwangsläufig nur nach rechts, sondern auch vom Liberalismus zum Sozialismus führen können (z. B. Julius Moses), zumal die frühe Sozialhygiene stark auf der politischen Linken angesiedelt war. (S. 217 f.) Diese zutreffende Wertung wird jedoch durch die einleitende Feststellung konterkariert: »Left-wing policies was replaced by nationalist consensus and professionalization of social hygiene.« (S. 218) Noch konfuser wird es dann mit der verwirrenden Bemerkung, es habe so etwas wie »a medical and nationalist consensus« gegeben, »that cut across party divisions, and linked socialist, Centre Party and conservative doctors around the themes of social and racial hygiene and population policy.« (S. 219 f.) Mit solch oberflächlichen Beobachtungen gehen unverzichtbare Differenzierungen verloren. Wohl herrschte damals ein weitreichender Grundkonsens zahlreicher Experten über die Relevanz all dieser Fragen, jedoch galt dies keineswegs auch für die Lösungen. Zudem kam dieser partielle Konsens erst ab 1918/19 zustande und galt keineswegs schon für das Kaiserreich. Im übrigen führten die Lösungsvorschläge der verschiedenen Gruppen sehr rasch wieder zurück in die alten parteipolitischen Konfliktlagen und wirkten auf die wissenschaftlichen Fronten zurück. Die von Weindling genannten Themenbereiche konfligierten sehr viel stärker, als es die unproblematische Reihung Weindlings vermuten läßt. So war die Ablehnung eugenischer Politik durch die Reichsleitung im Ersten Weltkrieg nicht zuletzt quantitativ-bevölkerungspolitisch motiviert – trotz aller Versuche der Rassenhygiene, sich in diesen Diskurs einzuschalten. Weindling trägt diesem Sachverhalt an anderer Stelle immerhin Rechnung, wenn er betont, daß die »relations of social hygiene with eugenics and racial hygiene involved many theoretical and personal differences of opinion.« (S. 223) In der akademischen Anerkennung der Sozialhygiene »simultaneously a victory for racial hygiene« sehen zu wollen (S. 225 f.), verwässert jedoch die Dialektik dieses Erfolgs. Das eugenische Thema wurde zwar in der Tat durch interessierte Sozialhygieniker wie Grotjahn akademisch, aber das war alles andere als ein Sieg für die bis dahin in der Eugenik dominierende Ploetz-Richtung der Gesellschaft für Rassenhygiene, die in dieser Konkurrenz um akademische Institutionalisierung den kürzeren gezogen hatte. Die Annexion eugenischer Inhalte durch eine bereits anerkanntere Nachbardisziplin bedeutete vielmehr, daß sich die Rassenhygiene personell und inhaltlich durch Professionalisierung und gesellschaftliche Institutionalisierung zunehmend wandelte. Weindling verkennt jedoch die Mehrdeutigkeit dieser Prozesse. Der Schulterschluß progressiver Linker mit der Rassenhygiene wird von ihm lediglich als Beleg dafür gesehen, daß »the democratic potential of social medicine was fading fast«, und zwar zugunsten einer »reformulation [. . .] in terms of racial biology.« (S. 226)

Das vierte Kapitel (S. 281–304) behandelt knapp die Transformationsphase während des Ersten Weltkriegs. Weindlings Beobachtung, die Eugenik habe damals begonnen, über verschiedene Wohlfahrtsorganisationen den Staat zu durchdringen, erscheint jedoch ebenso verfrüht angesetzt wie die Feststellung, zumindest eine »welfare-oriented eugenics was victorious by 1918.« (S. 281) Ganz so rasch erfolgte der Siegeszug der Eugenik denn doch nicht, wenngleich die kriegsbedingte Krise der Volksgesundheit und ihre Perzeption durch die politisch relevanten Eliten auch der Eugenik zu größerer Akzeptanz verhalfen.

Was Weindling jedoch im Verhältnis Eugenik – Sozialhygiene noch nicht wahrnehmen wollte, konstatiert er nunmehr an anderer Stelle selbst: Das zunehmend stärkere Werben der Eugenik-Bewegung um akademischen und politischen Einfluß erforderte eine weitgehende Anpassung der Rassenhygiene an die jeweiligen politischen und administrativen Rahmenbedingungen in Deutschland. Man lernte sehr bald, daß weder rassistische Ingredienzien noch allzu weitgehende Forderungen nach negativer Eugenik konsensfähig waren. Gerade die preußische Medizinalverwaltung erwies sich bis 1918 als außerordentlich eugenik-kritisch. (S. 292) Dies hatte schwerwiegende Folgen. »War transformed racial hygiene.« Es kam aufgrund der Anpassungsbedingungen für soziopolitische Anerkennung sehr bald zur Spaltung der Bewegung in eine wohlfahrtsorientierte Gruppe, die gezielt staatliche Förderung suchte (Berliner Richtung), und eine völkisch-nationalistische Gruppe, welche die Rassenhygiene eher als Erlösungsstrategie propagierte und sie durch ihr Engagement in der entsprechend ausgerichteten Vaterlandspartei frühzeitig politisierte. (S. 298 ff.)

Jenseits dieser Beobachtungen wird man mit Weindling über die Relevanz wissenschaftlicher Politikberatung debattieren müssen. Es ist zutreffend, daß dieselbe während des Krieges und erst recht danach an Bedeutung zunahm. Die Feststellung jedoch, »professional interests gained a technocratic hold on government ad advisers and policy makers« (S. 298), geht erheblich zu weit. Die professionellen Technokraten waren trotz gesteigerten Ansehens in Kaiserreich und Republik letzten Endes nur Berater der Politik, doch kaum je wirklich autonome policy makers. Schon die eklatante Nichtbeachtung der weitreichenden eugenischen Ratschläge des Reichsgesundheitsrates von 1920 durch Reichstag und Reichsregierung führt diesen Sachverhalt drastisch vor Augen. Allerdings nahm die Bedeutung wissenschaftlicher Legitimation in den gesundheitspolitischen Konflikten der Weimarer Republik unverkennbar zu, wie insbesondere die virtuose Nutzung des preußischen Landesgesundheitsrates durch das Volkswohlfahrtsministerium veranschaulicht.

Damit sind wir bereits in der Weimarer Phase, die Weindling analog zu gängigen Schemata in drei Teilphasen gliedert. Das fünfte Kapitel (S. 305–398) beschäftigt sich dabei mit der Revolutions- und Nachkriegskrise der Jahre 1918 bis 1923 und stellt die widerstreitenden Tendenzen der Zeit (völkischer Rassismus, biologistische Politik, Forderungen nach Sozialisierung der Gesundheit und nicht zuletzt »Sexuellen Bolschewismus«) nebeneinander. Die wesentliche Zäsur für die eugenische Bewegung selbst ist jedoch eher für das Jahr 1922 als für 1918/19 anzusetzen: Die Erneuerung der Gesellschaft für Rassenhygiene ging mit einem signifikanten Vorstandswechsel einher, der im Grunde eine Machtergreifung der gemäßigten Berliner Richtung bedeutete. Die Folge war ein ständig schwelender Konflikt zwischen der Berliner Mehrheit und der völkischen Minderheit in München. »A welfare-oriented eugenics meant working within the political parameters of voluntarism and of the Weimar welfare state, whereas racial elitism meant opposition to republican institutions as alien constructs.« (S. 316 f.) Zwar kamen beide Seiten zu akademischem Einfluß (vgl. S. 332 f.), aber allein die Gemäßigten hatten die Chance relativer politischer Akzeptanz. Forderungen nach Sterilisation und Euthanasie (letztere übrigens nicht eugenisch!) hatten in der Weimarer Republik keine Realisierungschance, da die Gesundheitsbürokratien – sofern sie überhaupt pro-eugenisch dachten[10] – alles zurückwiesen, was nicht auf Freiwilligkeit basierte. »It was felt that positive eugenics was more in keeping with the reformed political structure and social needs of the nation.« (S. 344) Allerdings dürfte für diese Zurückhaltung nicht immer ein demokratisches Bewußtsein der Beamten ausschlaggebend gewesen sein, sondern vielmehr deren eher konservatives Weltbild, das gerade den modernen Interventionismus in die Sexualsphäre weitgehend ablehnte. Dies führte im-

10 Weindlings These, daß die Nachkriegskrise zu einer eugenischen Konversion der Gesundheitsbürokratien geführt habe, trifft nur partiell zu; vgl. S. 339.

merhin dazu, daß es bis 1933 – mit einer geringfügigen Ausnahme – auf Reichsebene zu keiner eugenischen Gesetzgebung kam.

Es ist zutreffend, daß eugenische Politikentwürfe nach 1918 im wesentlichen Sache von Bürokraten und Universitätswissenschaftlern wurden, wobei »administrative, medical and eugenic interests coalesced.« (S. 340 f.) Demgegenüber wird jedoch die für politische Implementierung unverzichtbare Rolle der Parteien und ihrer parlamentarischen Gesundheitsexperten von Weindling allzu sehr unterbewertet. Dies gilt insbesondere für die hinsichtlich negativer Eugenik avantgardistische Rolle der SPD.[11] Zwar bemerkt der Verfasser am Beispiel eines preußischen DNVP-Vorstoßes von 1922, daß »political parties supported demands for the teaching of eugenics« (S. 337), doch bleiben hier die weit umfassenderen Initiativen der SPD und – in geringerem Maß – des Zentrums in Preußen unberücksichtigt. Das eugenische Engagement politischer Parteien durchweg lediglich als »echo« auf die »obsession of medical officials with racial degeneration« zu interpretieren (S. 341), verfehlt zumindest im Fall der Sozialdemokratie eine lange Tradition innerparteilicher Eugenik-Diskussion in Intellektuellen- und Expertenzirkeln. Im übrigen kamen namentlich aus der linken Parteienlandschaft nach 1920 z. T. sehr viel weitergehende Forderungen als aus der angeblich von der Eugenik besessenen Bürokratie.

Sehr richtig verweist Weindling darauf, daß die Weimarer Reichsregierungen sich bei eugenischer Politik außerordentlich zurückhielten. Statt dessen akzentuiert der Verfasser den »vigorous dynamism« in der pro-eugenischen Gesundheitspolitik der Länder (S. 348), wobei jedoch die Tatsache, daß im wesentlichen sozialdemokratisch regierte Länder (Preußen, Sachsen) sich für eugenische Politik stark machten, keine angemessene Würdigung erfährt. Das diffizile Verhältnis der preußischen Koalitionspartner SPD und Zentrum hinsichtlich eugenischer Politik wird – trotz Kenntnis einschlägiger Quellen – ebensowenig dargelegt wie der sozialistisch-eugenische Impetus in den mitteldeutschen Staaten. Zwar erklärt Weindling an einer Stelle in aller Kürze, »the twin processes of professionalization and the advance of eugenics were paralleled in other Länder«, so daß insbesondere »the socialist administration of Saxony advocated such radical eugenic policies as sterilization.« (S. 350) Doch wird die Verantwortung der sächsischen SPD-Regierung an anderer Stelle sofort wieder dadurch entwertet, daß eine an der Regierung quasi vorbeihandelnde Bürokratie für solche Gesetzesvorhaben namhaft gemacht wird. (vgl. S. 390) Häufiger finden sich zu Detailfragen innerhalb der Studie einander widersprechende Wertungen.

In der kommunalen Gesundheitspolitik erblickt Weindling zu Recht ein wesentliches Feld eugenischer Praxis der Weimarer Zeit. Die Reichshauptstadt Berlin und ihr Hauptgesundheitsamt spielten hier – unter der Ägide Alfred Grotjahns und seiner Schüler – eine zentrale und beispielgebende Rolle. Trotz seines Wissens um die Existenz einer sozialistischen Eugenik kann sich Weindling eines gewissen Befremdens nicht erwehren, daß ausgerechnet in Berlin der Stellenwert der Eugenik derart hoch war, wo doch diese Metropole politisch sehr viel radikaler war als andere. (vgl. S. 353) Dieses Befremden verhindert jedoch nicht die Wahrnehmung, daß Eugenik auch von linken Gesundheitsexperten favorisiert wurde und etwa für den Verein Sozialistischer Ärzte »a central focus« war. Linkssozialistische Ärzte hätten sich zwar gegen eine staatliche Zentralisation des Gesundheitswesens gewehrt und statt dessen eine kommunale Autonomie bevorzugt, doch auch sie hätten die Privilegierung des akademisch gebildeten Ärztestandes im Gesundheitswesen vorangetrieben und hierfür »eugenics as a rationale« genutzt. (S. 354)

Für Weindling ist diese autoritäre Form der Medizin und der von ihr dominierten Gesundheitspolitik der Tod des demokratischen Wohlfahrtsstaates: »The administrative and party political influence of professional and eugenic interests limited the extent to which

11 Hierzu sei auf die vor dem Abschluß stehende Dissertation des Rezensenten über Sozialdemokratie und Eugenik in der Weimarer Republik verwiesen.

party politics on a democratic basis could shape the Weimar welfare state.« (S. 341) Eugenisch geprägte Gesundheitspolitik wird damit zum klassischen Beleg für die These, daß die Weimarer Demokratie keineswegs nur von außen, durch die erklärt antidemokratischen Kräfte, bedroht gewesen sei; ein weiterer Feind saß im Innern – in Form einer autoritären, sozialdisziplinierenden Wohlfahrts- und Gesundheitstechnokratie: »Professionalism, reinforced by official powers, meant that welfare defined new spheres for the exercising of coercion. [. . .] The new technocracy of professions and welfare administrators might be seen as erecting anti-democratic and coercive social structures by extending the welfare state.« (S. 343) Die Herrschaft der Experten wird in der Tat mit solchen Thesen richtig beschrieben und reibt sich verständlicherweise am normativen Demokratie-Begriff des Verfassers. Aber wo ist der Zwang, den der Autor mit diesen Thesen beschwört? Die Weimarer Eugenik basierte, wie Weindling an anderer Stelle selbst darlegt, bis zum Ende stets auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit, der Beratung und Erziehung. Direkter Zwang (coercion) ist damit nicht aufweisbar; allerdings wären die subtilen, unterschwelligen »Machtdispositive« (Foucault) des wissen-schaftlichen Beraters gegenüber dem un-wissenden zu Beratenden hier kritisch zu thematisieren.

Zuweilen wird es zum Problem von Weindlings Studie, daß abstrakte Theorien eine unbefangenere Rekonstruktion des Faktischen überlagern. Deutlich wird dies auch in den Ausführungen zur Euthanasie-Debatte der 1920er Jahre, die nicht nur in die unhaltbare These münden, Zwangssterilisation und Euthanasie seien gleichermaßen »ultimate forms of negative eugenics« gewesen (S. 393), sondern sich gar zu solch kruden Bemerkungen versteigen, daß »compulsory sterilization and ›euthanasia‹ were the medical counterparts of the Freikorps and the first full flush of Nazism.« (S. 397) Was mit solchen Absurditäten nicht erklärt werden kann, sind die gleichzeitigen richtigen Beobachtungen, daß selbst völkische Rassenhygieniker wie Fritz Lenz eher für Sterilisation und Gesundheitszeugnisse als für Euthanasie votierten. (vgl. S. 397 f.) Andernorts läßt der Verfasser bei seinem Streifzug in die Euthanasie sogar hinreichende Quellenkenntnis vermisssen.[12]

Die Anlehnung an die gängige Phaseneinteilung der Weimarer Republik in Krisen des Beginns und des Endes und einer relativen Stabilität in der Mitte der 1920er Jahre verführt Weindling zu einer folgenschweren These, die im sechsten Kapitel (S. 399–439) über »Weimar Eugenics« expliziert wird. Was der Autor hier als genuine »Weimarer Eugenik« definiert, wird an die stabilen Jahre der Repubik gebunden: »Positive eugenics characterized the relatively more prosperous mid-20s with intensified health education and propaganda«, denn »a voluntaristic and democratic code of eugenics had to rely on education.« (S. 405) Negative Eugenik und erst recht natürlich Zwangs-Eugenik werden damit in die Krisenphasen der Republik verbannt und zum Krisenphänomen marginalisiert. Dieser Versuch einer sauberen Trennung erweist sich jedoch bei näherem Hinsehen als undurchführbar.

Richtig an dieser Beobachtung ist, daß in der Mitte der 1920er Jahre eugenische Volksaufklärung außerordentlich breitenwirksam wurde. Dies alles stützt aber keineswegs die These, die eigentliche »Weimarer Eugenik« sei eine positive, d. h. lediglich auf die Förderung der Fortpflanzung wertvoller Erbanlagen ausgerichtete Eugenik-Politik gewesen. Im Gegenteil: Sowohl positive als auch negative Eugenik wurden kontinuierlich in sämtlichen Phasen der Weimarer Republik erörtert – und ebenso war in sämtlichen Phasen allein eine auf Freiwilligkeit basierende eugenische Politik mehrheitsfähig. Was die Mitte der 1920er Jahre dominierende Eheberatung angeht, so war sie stets ein Konglomerat unterschied-

12 Vgl. etwa *Weindling*, S. 396 f., wo die im 'Euthanasie'-Diskurs signifikante Meltzer-Umfrage so wiedergegeben wird: „Of 162 replies [der Eltern], only nineteen favoured euthanasia for their children." Dies stellt die erschreckenden Ergebnisse der Umfrage geradezu auf den Kopf, denn nicht 19, sondern eine große Mehrheit von 119 Eltern sprachen sich für Euthanasie aus.

licher Zielsetzungen. Ihr eugenisches Teilziel jedoch stammte – in klarer Kontinuität zur Gesundheitszeugnisdebatte der frühen 1920er Jahre – aus dem Arsenal negativer Eugenik. Diese Eheberatung war zwar in der Tat »an attempt at reconciling eugenics with democratic values and the psychological, medical and social needs of the population« (S. 424), aber sie darf deshalb nicht als positiv-eugenische Maßnahme mißverstanden werden. Weindlings hieran anschließende Interpretationen der Eheberatungspraxis, die den wichtigen Übergang der Eugenik von einer Sache gebildeter Eliten zur Angelegenheit von Experten staatlicher Bevölkerungspolitik thematisieren (vgl. S. 429) und auf »conflicting types of eugenics« in der Beratungspraxis hinweisen, wobei »both groupings accepted forms of medical expertise, and biologistic and hereditary concepts« (S. 430), sind jedoch recht aufschlußreich. Die tiefgreifende Ambivalenz dieser scheinbaren Weimarer Stabilitätsphase konzediert Weindling selbst in seiner Interpretation des 1927 gegründeten eugenischen Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin. Zunächst ein Indiz für die neu definierte Rolle der Weimarer Eugenik, die »changed from being the creed of an introverted nationalist grouping to becoming an integral part of social medicine and welfare« (S. 430 f.), entdeckt der Verfasser darüber hinaus im Institut bereits antidemokratische Technokraten, die die Republik ablehnten. (S. 438 f.) Man könnte die trügerische Idylle einer künstlich definierten positiven Weimarer Eugenik ferner durch den Hinweis auf die Sterilisationsdebatte stören, die auch Mitte der 1920er Jahre unvermindert weiterlief.

Treten wir jedoch mit Weindling nunmehr an »das Krankenbett der Demokratie« (S. 441–487), dem das siebente Kapitel gewidmet ist. Bezeichnenderweise wird erst in dieser neuerlichen Krisenphase ab 1929 das Thema Sterilisation wiederaufgenommen (S. 450 ff.), was jedoch gleich mehrere Probleme aufwirft: Die bereits 1928 im Reichstag einsetzende Sterilisationsdebatte begann bereits in der ökonomischen Prosperitätsphase unter der Mitte-Links-Regierung Müller (SPD); der damalige Initial-Antrag zielte zudem weder auf Zwangssterilisation noch war er eine konservative Initiative. Es ging damals vielmehr um die sehr begrenzte Ermöglichung freiwilliger Unfruchtbarmachung bei erbkranken Sicherheitsverwahrten, und der Antrag wurde primär von den liberalen Regierungsparteien getragen und erhielt sehr bald auch die Unterstützung der SPD. Wenn man Zwang und rechte politische Träger als Indikatoren einer negativen Zwangseugenik der Weimarer Endkrise bestimmen will, ist das diskutierte Beispiel folglich denkbar ungeeignet. Ähnlich verfehlt wird ferner auch der preußische Entwurf für ein Sterilisationsgesetz des Jahres 1932 einem autoritären politischen Kontext – hier der Regierung Papen – zugeordnet. (S. 454 ff.) Auch dies ist falsch: Die entscheidende Sitzung des Landesgesundheitsrates hatte noch die Regierung Braun/Hirtsiefer veranstaltet, und auch in den folgenden Monaten des Papenschen Kommissariats in Preußen behielt die gemäßigte Zentrumsbürokratie relativ große Handlungsfreiheit. Wenig autoritär erscheint denn auch ihr klares Beharren auf rein freiwilliger Unfruchtbarmachung, das diesen Entwurf klar vom NS-Zwangsgesetz des Jahres 1933 unterscheidet.

In das konservativ-autoritäre Interpretationsschema Weindlings passen ebenso schlecht die sozialdemokratischen Initiativen zur Sterilisationspolitik, die der Verfasser nur kurz streift. (vgl. S. 452) In der Tat waren die Sozialisten »divided over the issue of eugenic sterilization«; Weindling weiß, daß »certain doctors and welfare experts who supported state socialism on a technocratic basis, advocated eugenic sterilization«, verkennt jedoch die hohe politische Relevanz dieser schmalen Expertenelite für die gesamte SPD, wenn er schlicht behauptet: »Such demands were never to be party policy.« (S. 454) Das Gegenteil war der Fall.

Was waren – trotz allen Aufschwungs der Eugenik in der Weimarer Republik – die entscheidenden Barrieren eugenischer Praxis? Weindling nennt das geltende Recht mit seiner klaren Absicherung der Individualrechte, daneben die christliche Ethik sowie die sozialistische Weltanschauung. (S. 481) In beiden letztgenannten Fällen sind jedoch erhebliche

Einschränkungen angebracht. Im Fall des Katholizismus trifft Weindlings These vermutlich noch am ehesten zu, obgleich erst eine umfassende Rekonstruktion der katholischen Eugenik-Debatten erweisen wird, ob und inwiefern die Eugenik-Befürworter Muckermann und Mayer tatsächlich jene Außenseiter waren, als die sie heute gelten. Im Bereich der evangelischen Kirche kam – zumindest in der praxisorientierten Inneren Mission – schon 1931 eine umfassende Anerkennung eugenischer Belange zustande, die vom Verfasser nicht recht gewürdigt wird. Im sozialistischen Spektrum wiederum war die Haltung zur Eugenik ziemlich uneinheitlich, was jedoch die verschiedenen SPD-Fraktionen nicht hinderte, sich massiv für eugenische Politik einzusetzen. Ähnliches gilt für die linke Ärzteschaft und die Frauenbewegung. Auch Weindling sieht ja: »Eugenics was taken up and developed by sexual reformers, pacifists, socialists and Jewish scientists as keenly as by right-wing intellectuals and politicians.« (S. 482) Dabei handelte es sich jedoch um eine eigenständige eugenische Variante, die sich in etlichen Punkten von der völkischen Rassenhygiene unterschied. Man favorisierte »a type of social eugenics, or Volkseugenik, in conjunction with a planned economy and greater social justice.« (S. 482)

Das achte Kapitel (S. 489–564) bietet einen breit angelegten Überblick über die NS-Rassenhygiene zwischen 1933 und 1945. Nicht nur der vorgeschaltete Abstecher in Hitlers eugenisches Denken (S. 490 ff.) belegt die Schärfe der Zäsur des Jahres 1933 für die Geschichte der eugenischen Bewegung: »Racial hygiene had to undergo a series of transformations so that it could be adapted to Nazism.« (S. 493) Es kam zu einer höchst selektiven Integration der eugenischen Tradition. (S. 497) Die Gesellschaft für Rassenhygiene und ihre Zeitschrift wurden – nicht zuletzt mittels eines erzwungenen Generationswechsels in der Leitung – gleichgeschaltet. (S. 499 ff.) Erst recht erfolgte inhaltlich ein »process of renegotiation or reformulation« (S. 494), wobei der alte binneneugenische Konflikt zwischen Ideologen und Technokraten – nunmehr NS-intern – seine Fortsetzung fand. Ob jedoch die dermaßen entstandene NS-Rassenhygiene als Beleg für die sehr viel weiterreichende These des Verfassers herhalten kann, daß es eine grundlegende »affinity of intellectual structures of science with authoritarian politics« gegeben habe (S. 495), ist fraglich. Wenn Weindling an anderer Stelle seine Diagnose, die NS-Rassenhygiene sei als wissenschaftliche Disziplin gescheitert, mit der Beobachtung begründet, »that academics had become subject to the dictates of party, state and the SS« (S. 505), so spricht dies eher gegen diese Interpretation.

Der Verlust wissenschaftlicher Autonomie wurde jedoch mit den übergroßen Handlungsmöglichkeiten innerhalb der eugenischen Praxis des NS-Staates kompensiert. Weindling zeigt, wie sehr gerade in der Sterilisationspolitik »professional powers and state authority reinforced one another« (S. 525), so daß schließlich bis 1945 eine im Ausland unerreicht hohe Zahl von ca. 360 000 Personen (ca. 1 % der Gesamtbevölkerung) sterilisiert wurden. (S. 533) Die Relevanz anderer eugenischer Maßnahmen, etwa des Ehegesundheitsgesetzes von 1935, wird jedoch nur unzureichend behandelt. Ähnliches gilt für den von Weindling nur kurz angerissenen Sektor der SS-Medizin und der damit verbundenen neuen Karrierechancen und Arbeitsfelder. (S. 534 ff.) Das mittlerweile recht gut erschlossene Thema Euthanasie (S. 541 ff.) ist in diesem Zusammenhang akzidentiell.

Im Schlußkapitel (S. 565–582) über »Eugenik und deutsche Politik« bietet Weindling zunächst einen recht knappen Ausblick auf die Zeit nach 1945. Er verweist auf die personellen Kontinuitäten in der akademischen Landschaft vor und nach 1945 (insb. S. 567), aber auch auf wichtige Diskontinuitäten. So habe die Rückkehr zu einem demokratischen Politik-Kontext auch »a return to the voluntary eugenic plans of 1932 and to a pro-natalist population policy« impliziert. Allerdings habe primär eine konfessionell geprägte Eugenik (Muckermann, Harmsen) sich re-etabliert, während die sozialistische Eugenik sich von ihrer Zerschlagung 1933 nicht wieder erholen konnte. (S. 566 f.)

Darüber hinaus bietet Weindling einige abschließende Thesen, die der eingehenden Erörterung bedürfen: Zunächst wird die schon eingangs diskutierte These vom autoritären

Verfall ehemals im liberalen Kontext stehender Naturwissenschaft und Medizin rekapituliert, allerdings durch einige wichtige untergeordnete Hypothesen ergänzt. Demnach habe nicht zuletzt der professionspolitische Kampf der Ärzteschaft um das Monopol im Gesundheitswesen die Rechte des Einzelnen gefährdet; das Arzt-Patient-Verhältnis habe sich um so mehr zugunsten des Arztes verschoben, als derselbe als Agent eines höheren kollektiven Interesses (Volksgesundheit, Erbgesundheit, Rasse) aufgetreten sei. Auch auf der politischen Ebene sei Gesundheit immer stärker zur elitären Angelegenheit von Experten-Ratgebern und professionell qualifizierten Bürokraten geworden. Die demokratisch legitimierten politischen Parteien seien in gesundheitspolitischen Entscheidungen zunehmend sekundär geworden. (S. 574) Diese Beobachtungen sind im wesentlichen zutreffend. Dennoch muß zweierlei gefragt werden: Waren diese Professionalisierung und die Entstehung einer wissenschaftlichen Technokratie ein vermeidbarer Vorgang oder unvermeidliche Folge eines gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses, und welche Implikationen hätte letzteres für Weindlings demokratisches Kriterium? Und zweitens: Ist die Dichotomie zwischen Experten/Bürokraten einerseits und demokratischen Parteien andererseits nicht allzu starr? Der wissenschaftliche Professionalisierungsschub machte schließlich auch vor den Parteien und ihren Fraktionen nicht halt. Ein Blick auf die parlamentarischen Gesundheitspolitiker der Weimarer Republik zeigt, daß auch hier zunehmend Ärzte Funktionen übernahmen. Durch Wahl demokratisch legitimiert, partizipierten diese Experten halbwegs gleichwertig am technokratischen Diskurs und spielten eine etwas größere Rolle bei politischen Entscheidungen, als Weindling ihnen zugestehen will.

An anderer Stelle hat der Autor selbst die Folgen solcher struktureller Veränderungen aufgewiesen. Bekanntlich waren die Gesundheitsbürokratien Weimars in eugenischen Fragen keineswegs monolithisch. Weindling sieht hier einen plausiblen Zusammenhang zwischen medizinischer Professionalisierung und pro-eugenischen Voten der Gesundheitsverwaltungen. Der säkulare Trend nach 1900 ging in Richtung Penetration der Staatsverwaltung durch medizinische Technokraten. Dies beschwor freilich erhebliche Konflikte zwischen den neuen gesundheitspolitischen Interventionisten und den traditionalistischen Juristen in der Verwaltung herauf, welche in der Regel zu konservativen Verteidigern der Individualrechte wurden. (S. 576)

Weniger einsichtig erscheint demgegenüber die These, daß ausgerechnet die föderalistische Dezentralisation der deutschen Gesundheitspolitik trotz des massiven Widerstandes der Reichsverwaltung die Durchsetzung eugenischer Politik in der Weimarer Republik erheblich erleichtert habe: »Prussia and Saxony took the lead in population policy and eugenics.« (S. 576) An dieser Beobachtung ist vieles richtig. In der Tat waren nicht nur die Bürokratien, sondern auch die Parlamente und Kabinette Preußens und Sachsens die vehementesten Befürworter eugenischer Politik, und dies schon seit den Anfängen der Weimarer Republik. In bemerkenswertem Kontrast zu den vielfältigen Gesetzesvorschlägen dieser Länder steht jedoch das äußerst magere Ergebnis: Kein eugenischer Vorstoß dieser Länder hatte effektive Folgen, da die in gesundheitspolitischen Dingen dominierende Reichsregierung ihre 1919 erheblich gewachsenen Befugnisse auf Kosten des Föderalismus massiv zur Eindämmung eugenischer Politik nutzte. Die Förderung der völlig auf Freiwilligkeit basierenden kommunalen Eheberatung durch Preußen und Sachsen erscheint in diesem Zusammenhang beinahe als Flucht in ein minimales landespolitisch-eugenisches Refugium.

Ob solch magere Ergebnisse die großzügige These rechtfertigen, die grundsätzliche Durchsetzung des interventionistischen Wohlfahrtsstaates gegen die Widerstände der konservativen Verwaltungsjuristen habe gleichzeitig auch »the removal of democratic barriers to negative eugenics« ermöglicht (S. 576 f.), erscheint außerordentlich fragwürdig. Es mag zutreffen, daß »Germany contrasts unfavourably with Britain and the USA in its lack of radical opponents to eugenics.« (S. 579) Doch dieser denkbare Mangel verhinderte nicht,

daß weltanschauliche, aber auch vererbungswissenschaftliche Einwände eine politische Implementation eugenischer Praxis in engsten Grenzen hielten. Es gibt Anzeichen, daß die staatliche Finanzkrise ab 1929/30 diese berechtigte Hemmschwelle senkte, doch erst der politische Systemwechsel von 1933 gab einer – freilich neuartigen Zwängen ausgesetzten – eugenischen Praxis breitesten Raum.

Zusammenfassend wird man Weindlings Studie als signifikanten Beitrag zu einer sozio-politisch differenzierten Geschichte der Eugenik zwischen 1890 und 1945 würdigen. Die Arbeit belegt den Nutzen einer Rekonstruktion der sozialen Vernetzung einer wissenschaftlich aktiven Gruppe von Menschen und geht vom Ploetz-Kreis zu einer Sozialgeschichte der hier ansetzenden frühen Eugenik-Bewegung über. Entsprechendes methodisches Vorgehen wäre vermutlich auch für andere pro-eugenische Zirkel fruchtbar, etwa im Hinblick auf das akademische und insbesondere gesundheitspolitische Wirken der Berliner Grotjahn-Schule. Ideengeschichtlich belegt Weindling überdies für die eugenische Frühphase die Ernsthaftigkeit der Suche nach einem »middle course« (S. 123) zwischen Sozialismus und Sozialdarwinismus. Primär wird man der jungen (wie auch der späteren) Eugenik wohl »Sachopportunismus« (Kröner) attestieren können, daneben die Auswirkungen konkreter politischer Affinitäten aber nicht ausschließen.

Es ist ein formales wie inhaltliches Problem von Weindlings Darstellung, daß sie zuweilen wie ein historisches Kompendium wirkt, ohne daß wirklich alles Gezeigte für die Hauptargumentation der Studie wirklich wesentlich wäre. Dies führt verschiedenenorts zu mangelnder Stringenz und zu Unübersichtlichkeit insbesondere in der Feingliederung der Arbeit. Auf der anderen Seite wird man Weindling zugute halten, daß er um die möglichst vollständige Erfassung des breiten eugenischen Spektrums in inhaltlicher wie soziopolitischer Hinsicht bemüht ist. Die Kenntnisse hinsichtlich konfessioneller Eugenik lassen zu wünschen übrig, aber endlich wird die Existenz einer sozialistischen Eugenik nicht mehr negiert, wenn auch in ihrer politischen Bedeutung erheblich unterschätzt. Als einer der ersten geht der Verfasser auch sinnvoll mit dem Phänomen positiver Eugenik in der Weimarer Republik um, indem er nicht in den gängigen Fehler verfällt, die bloße Sterilisationspolitik zum Kern der Eugenik (G. Bock) zu erklären.

Problematisch, ja letztlich untauglich erscheint jedoch sein diesbezüglicher Versuch, die genuine »Weimarer Eugenik« zeitlich auf die Stabilitätsphase Weimars und inhaltlich auf positive Eugenik, Aufklärung und Freiwilligkeit zu beschränken. Hat man erst einmal erkannt, daß selbst diese reduzierte »Weimarer Eugenik« starke negativ-eugenische Züge trug, während andererseits das Kriterium von Aufklärung und Freiwilligkeit für alle Phasen Weimars gültig blieb, so wird man die von Weindling akzentuierten Phasengrenzen deutlich relativieren müssen. Auf der anderen Seite steht hinter Weindlings Überbetonung der Zäsuren das berechtigte Bemühen, Eugenik nicht als bloßes Krisenphänomen zu begreifen. Man muß dies freilich – anders als der Autor – auch der negativen Eugenik zugestehen und zugleich klar sehen, daß jeglicher Eugenik ein die Weltwirtschaftskrise weit transzendierendes Krisenbewußtsein zugrunde lag, das jedoch einem kulturpessimistischen Fatalismus mit dem Selbstbewußtsein einer auf Anwendung drängenden jungen Wissenschaft begegnete. Die demgegenüber eher kurzatmigen Krisen der Nachkriegszeit und der Weltwirtschaftskrise spielen freilich für die gesellschaftliche Akzeptanz und politische Durchsetzungsfähigkeit des eugenischen Angebots zum Krisenmanagement der volksgesundheitlichen Degeneration eine entscheidende Rolle.

Detlef Döring

Neue Beiträge zur Geschichte der Bildungs- und Forschungsinstitutionen vom ausgehenden 18. bis zum 20. Jahrhundert

Jürgen Kocka (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV. Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation (= Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 48), Klett-Cotta, Stuttgart 1989, 237 S., Ln., 78 DM.

Rüdiger vom Bruch/Friedrich Wilhelm Graf/Gangolf Hübinger (Hrsg.), Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. Krise der Moderne und Glaube an die Wissenschaft, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1989, 205 S., kart., 68 DM.

Hans-Christian Harten, Elementarschule und Pädagogik in der Französischen Revolution (= Ancien régime, Aufklärung und Revolution, Bd. 19), Oldenbourg, München 1990, VIII + 462 S., geb., 152 DM.

Karl A. Schleunes, Schooling and Society. The Politics of Education in Prussia and Bavaria 1750–1900, Berg, Oxford/New York/München 1989, IX + 269 S., pb., 30 £.

Horst Schiffler/Rolf Winkeler, Bilderwelten der Erziehung. Die Schule im Bild des 19. Jahrhunderts, Juventa-Verlag, Weinheim/München 1991, 304 S., pb., 49,80 DM.

Claus-Hinrich Offen, Schule in einer hanseatischen Bürgergesellschaft. Zur Sozialgeschichte des niederen Schulwesens in Lübeck (1800–1866) (= Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, Bd. 17), Verlag Schmid-Römhild, Lübeck 1990, 468 S., kart., 48 DM.

Klaus Eichenlaub, Der Bayerische Schulgesetzentwurf von 1867. Ein Beitrag zur Parlamentsgeschichte Bayerns (= Historische Texte und Studien, Bd. 10), Georg Olms Verlag, Hildesheim/Zürich/New York 1989, 380 S., kart., 48 DM.

Hermann Schnorbach, Lehrer im Internationalen Gewerkschaftsbund. Entstehung und Entwicklung des Internationalen Berufsekretariats der Lehrer von 1918 bis 1945 (= Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung, Bd. 8), Juventa Verlag, Weinheim/München 1989, 305 S., brosch., 44 DM.

Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Band 5: Von 1918 bis zur Gegenwart, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, 821 S., geb., 140 DM.

Hartmut Titze, Der Akademikerzyklus. Historische Untersuchungen über die Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in akademischen Karrieren, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, 512 S., geb., 115 DM.

Marita Baumgarten, Vom Gelehrten zum Wissenschaftler. Studien zum Lehrkörper einer kleinen Universität am Beispiel der Ludoviciana Giessen (1815–1914) (= Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek und dem Universitätsarchiv Giessen, Bd. 42), Universitätsbibliothek, Gießen 1988, III + 180 S., kart., o. P.

Klaus Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Band 17), Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1988, 315 S., kart., 72 DM.

Manfred Brümmer, Staat kontra Universität. Die Universität Halle-Wittenberg und die Karlsbader Beschlüsse 1819–1848, Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 1991, 236 S., Ln., 68 DM.

William M. Calder III/Alexander Košenina (Hrsg.), Berufungspolitik innerhalb der Altertumswissenschaft im wilhelminischen Preußen. Die Briefe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorffs an Friedrich Althoff (1883–1908), Vittorio Klostermann, Frankfurt/Main 1989, XIV + 189 S., Ln., 78 DM.

Gert Schubring (Hrsg.), »Einsamkeit und Freiheit« neu besichtigt. Universitätsreformen und Disziplinbildung in Preußen als Modell für Wissenschaftspolitik im Europa des 19. Jahrhunderts. Proceedings of the Symposium of the XVIIIth International Congress of History of Science at Hamburg–Munich, 1–9 August 1989 (= Boethius. Texte und Abhandlungen zur Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften, Bd. XXIV), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1991, 334 S., kart., 78 DM.

Bernhard Diestelkamp/Michael Stolleis (Hrsg.), Juristen an der Universität Frankfurt am Main, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1989, 326 S., kart., 39 DM.

Klaus Bethge/Horst Klein (Hrsg.), Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Physiker und Astronomen in Frankfurt, im Auftrag des Fachbereichs Physik, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989, X + 237 S., kart., 29,80 DM.

Frank Golczewski, Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Aufsätze (= Studien zur Geschichte der Universität zu Köln, Bd. 8), Böhlau Verlag, Köln/Wien 1988, VII + 481 S., Ln., 78 DM.

Michael Gehler, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (= Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 6), Haymon-Verlag, Innsbruck 1990, 591 S., pb., 76 DM.

Johannes Bärmann, Zur Geschichte des Mainzer Universitäts-Fonds 1781–1822. Ein Archiv-Bericht. Band 1: Text, Band 2: Anlagen zu Band 1 (= Recht und Geschichte, Bd. VIII,1 und VIII,2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 160 + 874 S., kart., 148 DM.

Helmut Reinalter (Schriftleitung), Gespräche der Fakultäten – Interdisziplinarität, (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck, Bd. 174), Universitätsverlag, Innsbruck 1990, 114 S., brosch., 150 öS.

Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hrsg.), Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 304 S., kart., 75 DM.

Rudolf Vierhaus/Bernhard vom Brocke (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1990, XII + 1011 S., Ln., 98 DM.

Die Beschäftigung mit der Universitäts- und Schulgeschichte besitzt eine altehrwürdige, bis in das ausgehende Mittelalter zurückreichende Tradition und weist dennoch, betrachtet man die in den letzten beiden Jahrzehnten vorgelegten einschlägigen Publikationen, zahlreiche Züge einer neuen Wissenschaft auf. Die traditionellen Formen einer an Personen und Institutionen orientierten Historiographie, die uns oft in der anlaßgebundenen Form der Festschriftenliteratur entgegentritt, existiert weiter fort. Daneben aber hat sich eine Pluralität der Forschungsansätze herausgebildet, die trotz mancher zeitlich weiter zurückreichender Vorbilder bisher so nicht bekannt war: Der Einfluß der sozialen und politischen Strukturen auf die Bildungsgeschichte; die wissenschaftspolitischen Strategien des Staates; soziale Rekrutierungsfelder von Schülern und Studenten, Professoren und Lehrern; außeruniversitäre Wissenschaftsgeschichte; komparative Forschungen (im nationalen wie internationalen Maßstab); Berücksichtigung ökonomischer Rahmenbedingungen; Abhängigkeiten der verschiedenen Schulsysteme voneinander u. a. Verbunden damit ist die Anwendung neuer Methoden, die neben das herkömmliche Studium von Akten und Primär- wie Sekundärliteratur treten: quantitative Forschungen, Einbeziehung der Methode der »Oral History«, Sammlung und Auswertung von Bild- und Sachzeugnissen, Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Auch sollte schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß die nie ruhende und zur Zeit infolge der deutschen Vereinigung noch besonders auflebende Diskussion über Universitäts- und Schulreformen, über die Strategien optimaler Organisationen der Forschung in einer bald mehr, bald minder deutlich erkennbaren Korrelation zu wissenschaftsgeschichtlichen Fragestellungen und Untersuchungsergebnissen steht. Die folgende Sammelrezension soll die eben nur angedeuteten Tendenzen anhand einiger ausgewählter Publikationen der Jahre 1988 bis 1991 deutlicher werden lassen. Trotz der Versuche, Schul- und Universitätsgeschichte in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu sehen, orientiert sich der vorliegende Überblick an der traditionellen Scheidung beider Bereiche.[1]

Es besteht ein weitgehender Konsens in der Forschung, daß um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert im Bereich der Bildungsgeschichte (auf der Ebene der Universität wie der Schule) ein Neuansatz erfolgte, der zugleich den gewählten Terminus post quem unserer Übersicht rechtfertigt. Die entsprechenden Stichworte lauten Humboldtsche Universitätsreform, klare Hierarchisierung des Bildungssystems, Aufbau eines Systems der Lehrerbildung, beginnende Etablierung des niederen Schulwesens in einigermaßen effektiver Form. Untrennbar ist diese Entwicklung mit dem Auftreten eines neuen gesellschaftlichen Phänomens verbunden, der Herausbildung des Bildungsbürgertums. Es ist daher legitim, der Beschäftigung mit unserem eigentlichen Thema einen Blick auf zwei Bände voranzuschalten, die sich mit dem Problemkreis Bildungsbürgertum beschäftigen. Den Teil IV einer Schriftenreihe zum »Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert« bildet eine von Jürgen Kocka herausgegebene Aufsatzsammlung, die die Beiträge einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte aus dem Jahr 1986 zusammenfaßt. Ging es bei den vorangegangenen Veranstaltungen um die Themen Bildungssystem, Bildungsgüter und Lebensführung, so stand 1986 die Frage nach der politischen und sozialen Verortung des Bildungsbürgertums im Mittelpunkt. Voraussetzung einer solchen Untersuchung bildet freilich die sichere Erkenntnis, daß sich eine einigermaßen klar abgrenzbare soziale Formation »Bildungsbürgertum« überhaupt ausmachen läßt. Während die meisten Autoren diese Fest-

1 Zur Forschungsentwicklung innerhalb der letzten Jahre vgl. *Rüdiger vom Bruch*, Universität, Staat und Gesellschaft, in: AfS XX, 1980, S. 526–544; *Rainer Bölling*, Schule, Staat und Gesellschaft in Deutschland, in: AfS XXIII, 1983, S. 670–687. Zur Entwicklung und den gegenwärtigen Schwerpunkten der Universitätshistoriographie vgl. *Rüdiger vom Bruch*, Die deutsche Hochschule in der historischen Forschung, in: *D. Goldschmidt/U. Teichler/W.-D. Webler* (Hrsg.), Forschungsgegenstand Hochschule, Frankfurt/Main etc. 1984, S. 1–27.

stellung als gegeben voraussetzen, ist nach Kockas Auffassung hier von einem nahezu »idealtypischen Konstrukt« zu sprechen, das »nur mit spitzen Fingern« zu gebrauchen sei. Diese Meinung gründet sich nicht nur auf die kürzlich von Ulrich Engelhardt getroffene Feststellung, daß der Begriff des Bildungsbürgertums erst in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts geprägt worden ist[2], sondern auch und vor allem auf die Beobachtung, daß die unter jenen Begriff subsumierten Gruppen der Gesellschaft weder sozial noch politisch eine einigermaßen homogene Schicht ergeben. Ausdrücklich widerspricht Kocka der gängigen These, die Formation des Bildungsbürgertums sei wesentlich durch das gemeinsame Bildungserleben geprägt worden. Bildung lasse sich nicht eindeutig einer sozialen Schicht zurechnen, der Mensch werde stärker durch seine Herkunft geprägt (nicht durch die Schule), die Universitäten hätten eher Fachwissen vermittelt als die vielbeschworene Allgemeinbildung. Diese höchstens noch von Heinrich Best (in einer Untersuchung über die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49) geteilte Auffassung bildet jedoch für die weiteren Beiträge keinen Orientierungspunkt.

Hans Erich Bödeker, der allerdings die Bezeichnung »gebildete Stände« bevorzugt, sieht als ein zentrales konstituierendes Merkmal dieser sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts herausbildenden sozio-kulturellen Gruppierung durchaus auch die gemeinsame gelehrte Bildung. Die dadurch gegebene Grenzziehung zwischen Gebildeten und Ungebildeten habe dann auch die gesellschaftspolitische Position der »gebildeten Stände« entscheidend beeinflußt. Das politische Sagen kommt den »Experten des Sachverstandes« zu (also den Gebildeten), nicht aber einer nur aus der Herkunft ihre Legitimation beziehenden Klasse oder der ungebildeten Masse des Volkes. Von dieser Ebene aus sind verschiedene politische Optionen denkbar. Deren Entwicklung bis in die Zeit des Nationalsozialismus bildet das Thema der folgenden Vorträge, deren Gedankengänge hier nicht im einzelnen verfolgt werden können. Geteilt wird im wesentlichen die Ansicht, daß das Bildungsbürgertum bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein zum Liberalismus tendierte, der dann jedoch im wachsenden Maße seine Integrationskraft einbüßte. Dies gilt, so Dieter Langewiesche, auch und gerade für den kulturellen Bereich. Die gegen Ende des Jahrhunderts immer sichtbarer werdende »Kulturkrise« stellt den Wert und die Homogenität der Bildung in Frage: »Materialismus« dringt vor; der Status des Gebildeten als »Experten des Sachverstandes« (gerade auch auf dem Gebiet der Kunst) gerät ins Schwanken; die »Un- und Halbgebildeten« machen sich breit. Die Abwendung des Bildungsbürgertums vom politischen Liberalismus ist eine Folge dieser Entwicklung. Das Ende bildet die von Konrad H. Jarausch geschilderte Selbstzerstörung des in seinem Selbstbewußtsein zutiefst verunsicherten Bildungsbürgertums am Ausgang der Weimarer Republik in einer antimodernistischen Reaktion, als welche der Anschluß an den Nationalsozialismus zu interpretieren ist. Die Hoffnung, den erwähnten Expertenstatus im Dritten Reich zurückgewinnen zu können, spielt bei dieser Entscheidung eine gewichtige Rolle. Einen komparative Elemente einbeziehenden Gesamtüberblick bietet schließlich Hans-Ulrich Wehler. Das Bildungsbürgertum sei in »idealtypischer Reinheit« (vgl. damit Kockas Position) allein in Deutschland zu orten. Konstitutiv sei das revolutionäre Element des Leistungsprinzips, das sich wiederum auf den Bildungsgedanken gründe, der geradezu die Form einer Bildungsreligion angenommen habe, die es so in Westeuropa und Amerika nicht gab. (Höhere) Schule und Universität waren die Domäne der bildungsbürgerlichen Schichten, die entsprechende Absicherungen erfuhr. Der Verfall dieses Bildungsgedankens als integrierendes Element des Bildungsbürgertums trug zu dessen »fataler Pathogenese« bei, die in den Angriff auf die westliche Zivilisation mündete.

2 *Ulrich Engelhardt*, Bildungsbürgertum. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts, Stuttgart 1986.

Langewiesche weist in seinem eben erwähnten Beitrag darauf hin, daß das Schwinden der Integrationskraft der Kultur zu den von der Forschung noch vergleichsweise wenig beachteten Faktoren der Krise des Bildungsbürgertums gehört. Hier kann nun auf einen Band verwiesen werden (Kultur und Kulturwissenschaften um 1900), der ebenfalls auf Vorträge zurückgeht, die 1988 in Bad Homburg gehalten wurden. Von der Beobachtung ausgehend, daß um 1900 in Verbindung mit dem Empfinden einer »Krise der Moderne« eine inflationäre Verwendung des Kulturbegriffes einsetzte, wird die Frage gestellt, welche Wertorientierungen in diesen Debatten vermittelt wurden und inwieweit sich dahinter das Interesse an der Zementierung spezifisch interessenbestimmter Kulturideale verbarg. Als zentrale Gemeinsamkeit aller kulturkritischen Analysen der Zeit wird die Klage erkannt, daß den Menschen angesichts der Pluralisierung und Historisierung aller bisherigen sinndeutenden Kultursphären ein verpflichtendes Normensystem abhanden gekommen sei. Die Ursachendeutungen, insbesondere aber die Vorstellungen zur Problemlösung fallen jedoch innerhalb der einzelnen Kulturwissenschaften sehr unterschiedlich aus. Aus dem Bereich der Nationalökonomie, Historiographie, Theologie und Pädagogik werden Beispiele solcher Lösungskonzeptionen erörtert. Daneben stehen Beiträge, die sich mit den Positionen von Max Weber und Carl Schmitt in Hinsicht auf diese Diskussionen sowie mit der Auseinandersetzung um das Ideal des Kulturstaates befassen. Herausgegriffen sei im Zusammenhang mit dem Thema des vorliegenden Berichts nur die Debatte um die Rolle der Erziehungswissenschaft. Durchgesetzt habe sich hier in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, so Heinz-Elmar Tenorth, die geisteswissenschaftliche Pädagogik Wilhelm Diltheys, da sie zwei Bedürfnissen bzw. Sachlagen gerecht wurde, nämlich der Vermittlung eines Wissens jenseits des Relativismus der Werte bei gleichzeitigem Hinweis auf die historische Bedingtheit dieses Wissens. Die Frage nach dem Ideologieverdacht dieser Position wird von Tenorth in einem ambivalenten Sinne beantwortet. Man könne nicht bestreiten, daß Anspruch und Wirklichkeit dieses Typus der Pädagogik in wechselndem Grade in Widerspruch zueinander standen und daß die Ausübung sozialkonservativer Funktionen durchaus möglich war. Andererseits wohne der geisteswissenschaftlichen Pädagogik eine kritische Komponente inne, die sich allen verabsolutierenden Weltanschauungen entgegenstellte. In diesem Sinne besaß jene Konzeption durchaus Elemente der Dynamik und Zukunftsorientierung.

Wir wenden uns nun dem eigentlichen Themenkreis *Schulgeschichte* zu. Die Französische Revolution von 1789 bildete den Auftakt zur Herausbildung der modernen Welt. Die Frage liegt nahe, ob und inwieweit sich diese Feststellung auch in Hinsicht auf die Geschichte der Schule bestätigt. Angesichts der oben angedeuteten zentralen Rolle der Bildung in der Moderne und im Blick auf die geradezu erdrückende Literaturflut, die sich besonders in den letzten Jahren zum Thema Französische Revolution über die Buchhandlungen ergossen hat, ist es erstaunlich, daß das Problem der Entwicklung der Schule in jener Zeit bisher nur eine marginale Beachtung fand. Hans-Christian Harten bot sich so einerseits der Reiz, den ein Vorstoß in ein nur sehr unzulänglich erforschtes Gebiet gewährt, andererseits sah er sich mit den besonderen Anforderungen konfrontiert, die ein Vorhaben, das nur partiell auf Vorleistungen zurückgreifen kann, erhebt. Ohne umfangreiche Quellenerschließungen wäre eine sachgerechte, der Forschung wirklich dienende Behandlung des Themas nicht denkbar, und es läßt sich unzweifelhaft konstatieren, daß der Verfasser diese Aufgabe souverän bewältigt hat. Dokumente aus insgesamt 31 französischen Archiven sind weitgehend erstmals ausgewertet worden. Dazu treten zahlreiche veröffentlichte, aber oft nur noch schwer zugängliche Schriften der Revolutionszeit. In ausführlichen inhaltlichen Wiedergaben und Zitaten werden sie dem Leser einprägsam nahegebracht. Hervorzuheben ist ferner das Bemühen, die Praxis, d. h. das tatsächliche Schulleben sichtbar zu machen, so problematisch dies auch angesichts des oft einen sehr theoretischen Charakter tragenden Schrifttums erscheint.

Grundlegend für Hartens Interpretation der Schulgeschichte im Jahrzehnt der Revolution sind zwei Thesen: 1. Wenn sich Harten auch nirgends auf Tocqueville bezieht, so läuft die von ihm verfolgte Intention doch darauf hinaus, auf dem Gebiet der Bildungsgeschichte die Grundannahme von *L'Ancien Régime et la Révolution* zu illustrieren. Die Schulentwicklung Frankreichs während der Revolution stellt so letztlich nur eine Fortsetzung bzw. Beschleunigung von Tendenzen dar, die bereits im Ancien Régime das Bild beherrschten: beschränkte Liberalisierung des Zugangs zur Bildung, Fortsetzung (jetzt allerdings unter säkularen Vorzeichen) der Akkulturationsarbeit der Kirche auf dem Lande, begrenzte Erweiterung der traditionellen Bildungsinhalte um modernes Bildungsgut (Mathematik, Naturwissenschaften, neuere Sprachen). Geblieben sei die machtlegitimierende Funktion der Bildung für die herrschende Elite (nunmehr Adel plus Bürgertum). Diese These wird in eine leider nirgends explizit ausformulierte Auffassung Hartens eingebettet, die das Ergebnis der Revolution in einem bloßen Austausch der Eliten à la Pareto sieht. Das Schicksal der Bildung entsprach diesem letztlich nur quantitativen Vorgang innerhalb der Geschichte. 2. Die eben formulierte Feststellung zieht ihre Schlüsse ex eventu. Die Revolution beschleunigte jedoch nicht nur bereits vorhandene Prozesse, sondern brachte auch als »›unvorhergesehenes‹ Ereignis« den Spielraum für neue Orientierungen ein. Mit dieser Tatsache korrespondierte die Möglichkeit verschiedener Optionen auf dem Sektor der Bildungspolitik. Solange ein Kompromiß zwischen Adel und Bürgertum als alter und neuer Elite aussichtslos erschien, tendierte das im Zentrum der Revolutionsereignisse stehende Bürgertum dahin, seine Macht durch radikale Maßnahmen zu sichern. Dem entsprach nach Harten auf dem Gebiet der Bildung eine in den Jahren 1793/94 kumulierende Tendenz, einen tatsächlichen kulturellen Bruch herbeizuführen. Spätestens der durch Napoleon geschlossene Kompromiß zwischen alter und neuer Elite brachte diese Entwicklung zum Abbruch und ließ die Bildungspolitik wieder in die alten Fahrwasser einschwenken. Der Illustration und Begründung der zweiten These ist der Inhalt von Hartens Buch in der Hauptsache gewidmet. In stringenter Folge werden die verschiedenen Ebenen der Gesetzgebung, der hinter der republikanischen Erziehung stehenden Ideologie, der Didaktik des republikanischen Unterrichts, der Organisation und Praxis der neuen Erziehung, der zeremoniellen Formen des Unterrichts, der politischen Lenkung des Unterrichts und der Herkunft der Lehrer der Revolution untersucht.

Der Kern der Idee der republikanischen Erziehung war der Glaube an die Allmacht der Vernunft, deren Triumph über den noch existierenden Aberglauben eine Epoche des universellen Glücks herbeiführen sollte. Erst die nach den Prinzipien der Vernunft erzogene künftige Generation würde jedoch diese eschatologische Erfüllung der Zeit erleben. Die Erziehung des neuen Menschen im Geiste der Vernunft wurde daher zur zentralen Aufgabe der Schule. Dabei ergab sich das Paradoxon, daß die Erziehung im Sinne der autonomen Vernunft noch autoritärere Züge annahm als die an der christlichen Religion orientierte Pädagogik des Ancien Régime – diesmal im Namen der Natur. Das Erziehungsziel konnte nicht im Selbstlauf errungen werden, sondern bedurfte einer hinter der Schule stehenden Autorität, nämlich der Macht des Staates. Die Erziehung wurde in einem im nachantiken Europa bis dahin nicht gekannten Maße zur Angelegenheit staatlicher Macht; sie wurde in einem unmittelbaren Sinne zum Politikum. Harten illustriert diese Politisierung und Ideologisierung der Schule an einer Unzahl von Beispielen, so aus dem Bereich der zeremoniellen Pädagogik: Schulappelle, Feierstunden, Singen und Rezitieren revolutionärer Lieder und Gedichte, militärische Ausbildung (zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution) usw. Allerdings bildeten die hinter dieser neuen Schule stehenden Theoreme keinen einheitlichen Block, wenn sie auch die unbedingte Geltung der Vernunft zur Grundlage hatten. Harten unterscheidet drei idealtypische Formen der der Pädagogik zugrundeliegenden gesellschaftlichen Moral (formale, materielle und patriarchalische Reziprozität), die – grob formuliert – in die Richtung des Liberalismus (rational geregelter Interessenaus-

gleich auf dem freien Markt), des »kleinbürgerlichen Sozialismus« (Gesellschaft der Brüderlichkeit auf der Grundlage eines die Gleichheit garantierenden Staates) und in die Richtung einer »Republik von Kleinbauern und Handwerkern« (Versorgungswirtschaft des Staates als »generalisierten Familienvaters«) tendierten. Alle Konzeptionen seien jedoch insofern als vormodern zu charakterisieren, als sie an einer vorindustriellen Gesellschaft orientiert waren und die Reintegration des Menschen in die ihn umgebende natürliche Ordnung zum Ziel hatten. Ein Arbeitsethos im Sinne von Max Webers protestantischer Ethik sei noch nicht erkennbar gewesen.

Für Harten belegt diese Feststellung die These, die Französische Revolution sei keine »Revolution im ›klassischen‹ Sinn« gewesen. Es ist hier nicht der Ort, die historische Bedeutung der Französischen Revolution zu diskutieren. So sehr der Auffassung zuzustimmen ist, daß sie, und damit auch die von ihr betriebene Bildungspolitik, in einer Kontinuität zu weit in die Vergangenheit reichenden Entwicklungen stand, so sehr ist doch auch ihre Rolle als Wasserscheide zwischen der Frühmoderne und der Moderne zu sehen. Dies beweist gerade das von Harten so breit und anschaulich geschilderte Erziehungswesen im Frankreich der Revolution, das geistesgeschichtlilch zwar durchaus seine Vorläufer besaß (vor allem die Utopisten des 16.–18. Jahrhunderts), aber andererseits erstmals anstrebte, eine Konzeption in die Wirklichkeit umzusetzen, die die gesamte Jugend eines Staates zumindest in der Intention einer vom Staat zentral gelenkten Erziehung zu unterwerfen suchte. Das entscheidende Moment in dieser Konzeption, das sich so in keiner der frühneuzeitlichen schulpolitischen Maßnahmen findet, bildete die Vorstellung, durch Erziehung einen neuen Menschen heranbilden zu können. Dabei zeigte dieses Bestreben auf dem Höhepunkt der Revolution bereits deutliche Züge, die die mögliche Depravation staatlich gelenkter Erziehung sichtbar werden ließ. Kapitelweise lesen sich Hartens Schilderungen wie eine vorwegnehmende Darstellung der faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Erziehungspraktiken und ihrer jeweiligen theoretischen Begründungen. Hartens Feststellung, alle drei idealtypischen Konzeptionen seien weitgehend noch Ausdruck einer handwerklichen und agrarischen Kultur gewesen (S. 177), wirkt daher wenig überzeugend. Die Definition, Revolution bedeute in den vorgestellten Entwürfen immer Regeneration, d. h. die »Wiederherstellung eines ›natürlichen‹ Menschen, der in Harmonie mit einer vorgesellschaftlichen, vorgeschichtlichen Ordnung leben soll«, läßt sich auch auf die Gesellschaftskonzeptionen der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts anwenden. Insofern bildeten die Schulexperimente der Revolution weniger einen Ausdruck traditioneller Vorstellungen einer agrarischen Kultur als vielmehr ein Wetterleuchten zukünftiger Entwicklungen, für die freilich die Deutung als antimodernistische Erscheinungen ein verbreitetes Interpretament bietet. Hier hätte die Frage nach den Gemeinsamkeiten und den Unterschieden zwischen beiden Erscheinungen zumindest thematisiert werden müssen. Dies wäre denkbar gewesen im Zusammenhang mit einer ausführlicheren Diskussion der die Darstellung tragenden Thesen (Kontinuität zwischen Ancien Régime und Restaurationsepoche bei gleichzeitiger Beachtung der Revolution als »Ausnahmesituation«), deren innere Verknüpfung ohnehin nicht recht deutlich wird. So beeindruckend und überzeugend also die Materialerfassung und -darbietung in der vorliegenden Darstellung wirkt, so kann doch kaum der Eindruck entstehen, daß damit zur historischen Stellung der Pädagogik im Frankreich der Revolution das entscheidende Wort gesprochen ist.

Größeren Einfluß auf die Schulgeschichte des 19. Jahrhunderts als die pädagogischen Experimente der Französischen Revolution besaß jedoch das deutsche Beispiel. Nach einem geflügelten Wort (geprägt von Oscar Peschel) war Preußens Triumph über Österreich (1866) ein »Sieg der preußischen Schulmeister«. Tatsächlich war bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts der Ruhm des deutschen, insbesondere aber des preußischen Schulwesens weltweit verbreitet; nicht wenige Schulreformer der verschiedensten Nationen suchten in Deutschland Anregungen. Es liegt also nahe, daß der amerikanische Historiker Karl

A. Schleunes seine Untersuchung über die Schulen in Preußen und Bayern zwischen 1750 und 1900 mit einer Schilderung der Informationsreisen amerikanischer und französischer Pädagogen durch die deutschen Länder beginnt. Das Ziel seiner Forschung ist die Beantwortung der Frage nach den Zusammenhängen der Etablierung der »mass schooling« und der sozialen und politischen Entwicklung Deutschlands. Die Darstellung ist strikt chronologisch angelegt; die entsprechenden Einschnitte werden bei den Jahren 1800, 1830, 1848, 1866 und 1880 gesetzt. Entgegen der Buchtitelangabe beschränkt sich das Werk ganz auf die Geschichte des Volksschulwesens; andere Schulformen finden nur sporadisch Erwähnung. Die ausführliche Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse soll der regionalen Vielfalt der deutschen Entwicklung Rechnung tragen. Quellenmäßig stützt sich die Arbeit auf eine breite Auswahl der Sekundärliteratur (leider fehlt das »Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte«[3]), zieht aber auch (vor allem zum Zeitraum nach 1871) eine Reihe von Archivalien heran. Etwas leserunfreundlich ist das häufige Zitieren von Quellen aus der Sekundärliteratur. Sehr unzuverlässig ist schließlich das beigegebene Register.

Schleunes' zentrale These ist die Feststellung, die Herausbildung der deutschen Volksschule bilde eine, wenn nicht *die* Antwort der herrschenden Eliten auf die sozialen Wandlungen des ausgehenden 18. bzw. des 19. Jahrhunderts: »The idea of their schooling [gemeint sind die »lower orders«, D. D.] was born and nurtured within the womb of gathering social crisis.« (S. 18) Die letzte Wurzel dieser Krise sieht Schleunes in der demographischen Revolution dieser Zeit, die in ihren Auswirkungen (Betteln, Räuberbanden, Abtreibungen, soziale Unruhen u. a.) die Gefahr einer Auflösung der überkommenen Ordnungen ahnen ließ. Diesen Tendenzen sollte eine über die Schule herbeigeführte Integration der Unterschichten in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse entgegenwirken. Von Anfang an ging es dabei um die zentrale Streitfrage nach dem Charakter und der Verfassung eines Schulwesens, das dieser Aufgabe gerecht werden konnte, wurde doch innerhalb konservativer Kreise bald die Gefahr empfunden, die Schule könne im Ergebnis gerade die gegenteilige Wirkung erzielen, indem sie die Unterschichten zur Rebellion anstifte und ihnen das entsprechende geistige Rüstzeug vermittle. Die weitere Darstellung Schleunes' bietet im wesentlichen einen ausführlichen Bericht über das Auf und Ab der Wirkungen der Reformkräfte auf Regierungsebene (auf Preußen bezogen, verkörpert vor allem durch Rochow, Zedlitz, W. Humboldt, Süvern, Altenstein, Diesterweg, Falk) und der Vertreter der Reaktion (Wöllner, Beckedorff, Stiehl, Puttkamer). Neben der eigentlichen Schulgeschichte wird dabei der Lehrerausbildung (Seminare) breite Aufmerksamkeit gewidmet. Auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das in einem immer stärkeren Maße durch die Schulfrage bestimmt wurde, findet berechtigterweise breite Berücksichtigung. Das endlich um 1900 erzielte Ergebnis der windungsreichen Schulpolitik sei durchaus ambivalenter Natur gewesen. Die Schule wirkte gleichermaßen integrierend wie desintegrierend. Weder Süver und Falk noch Beckedorff und Stiehl hätten um 1900 ihre Vorstellungen als lebendige Realität vorfinden können. Einen teilweisen Fehlschlag bildete der Versuch, die Schule in den polnischsprachigen östlichen Provinzen Preußens auch als Mittel zur nationalen Integration zu benutzen (Germanisierungspolitik). Das Ergebnis war hier vielmehr, so Schleunes in seiner sehr umfangreichen Erörterung dieser Vorgänge, eine Stärkung des polnischen Nationalbewußtseins.

Selbstverständlich benennt Schleunes' Darstellung zentrale Elemente der Entwicklung, die jede Untersuchung des angesprochenen Themas berücksichtigen muß. Viele (nicht immer neue) Feststellungen, Beobachtungen und Thesen können sicher nur unterschrieben

3 *Karl Erich Jeismann/Peter Lundgreen* (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band III (1800–1870), München 1987. Die Beiträge zur Schulgeschichte in diesem Zeitraum stammen von Karl Erich Jeismann und Gerd Friedrich.

werden.[4] Es fragt sich jedoch, ob eine rein auf der Ebene der Schulpolitik operierende Untersuchung das Problem des Verhältnisses zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Schulgeschichte in seiner Komplexität erfassen kann. Der Wahl der bereits oben angedeuteten Quellengrundlage entspricht die eingeschlagene Untersuchungsmethode. Schleunes bewegt sich fast ausschließlich auf Regierungsebene: Denkschriften, Gesetze und Gesetzentwürfe, Kabinetts- und Parlamentsdebatten, Korrespondenzen zwischen den leitenden Beamten und deren Memoiren werden bevorzugt herangezogen. Dies gibt natürlich die Genese von Entscheidungen wieder, mit denen die Weichen auf der höchsten politischen Ebene gestellt wurden. Die Schulwirklichkeit zwischen Memel und Saarbrücken, Bamberg und Kempten wird damit aber nur bedingt sichtbar. Die unvermeidlich eintretende Verzerrung der Sichtweise bei einer Annäherung an das Thema allein von der genannten Optik her trägt zu der monokausalen Deutung Schleunes' für die Entstehung und Entwicklung der modernen Schule in Deutschland bei. Schulgeschichte als Sozialgeschichte, wie sie vom Verfasser angestrebt wird, muß eine breitere Basis aufweisen, die alle relevanten Aspekte der Geistesgeschichte und Wirtschaftshistorie, der Alltagsgeschichte und Mentalitätsentwicklung berücksichtigt.

Die Theorie, die Schule sei im 19. Jahrhundert ein Motor der Modernisierung gewesen, sei, so Schleunes, nicht haltbar, da Preußen und Bayern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts keineswegs an der Spitze des Modernisierungsprozesses in Europa standen und die zahlreichen reaktionären Rückschläge in der Schulpolitik jenen Entwicklungen oft eher kontraproduktiv entgegentraten. Eine Begründung für die im Vergleich zu Westeuropa frühe Herausbildung eines Systems der »mass schooling« in Deutschland gibt aber auch Schleunes nicht. Zwar weist er auf einige revolutionäre Entwicklungen des Aufklärungszeitalters hin (wachsende positive Einschätzung der niederen sozialen Schichten, Erkenntnis der Eigenständigkeit des Kindesalters, Lehren der Physiokraten über die Etablierung einer freien Wirtschaft, pädagogische Ideen aus dem Bereich des Pietismus, die Einflüsse Rousseaus und Pestalozzis u. a.), aber alles dies hätte dennoch nie zu einer »educational revolution« geführt. Die Erziehungsrevolution war vielmehr eine Antwort auf die Anforderungen durch die sozialen Wandlungsprozesse und bediente sich lediglich der o. g. Entwicklungselemente. Dieses Schema von challenge und response vernachlässigt zu viele Entwicklungsfaktoren und sieht die Schule zu einseitig als Instrument der Politik bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen, um mit einer unbedingten Zustimmung rechnen zu dürfen. Das gerade in Deutschland seit der Zeit der Reformation herrschende starke Interesse an pädagogischen Fragen, die wachsenden Tendenzen zur Verbreitung einer Volksaufklärung in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, die damit verbundene beeindruckende Verbreitung von Wissen über weite Bevölkerungskreise, der gewaltige geistige Aufschwung in der Zeit der antinapoleonischen Erhebung, insbesondere auch das Interesse der jeweiligen zentralstaatlichen Gewalten, auch und gerade über die Schule eine das Land integrierende Wirkung auszuüben, kann nicht nur als Hintergrund der »educational revolution« der Zeit gesehen werden. Dies wird freilich weniger aus der Analyse von Regierungsverlautbarungen sichtbar als über andere Quellen.

Hier vermag nun ein von Horst Schiffer und Rolf Winkeler vorgelegter Band »Bilderwelten der Erziehung« in mancherlei Hinsicht eine sehr geeignete Ergänzung zu Schleunes' Buch zu bieten. Das Bild (Gemälde, Zeichnungen, Stiche, Fotografien usw.) wird seit Jahren gerade auch im Zusammenhang mit der wachsenden Aufmerksamkeit für die Geschichte des Alltags in einem steigenden Maße als Geschichtsquelle entdeckt, nicht nur für das sog. historisch interessierte Publikum, sondern durchaus auch für die wissenschaftliche

4 Vgl. vor allem *Achim Leschinsky/Peter Martin Röder*, Schule im historischen Prozeß. Zum Wechselverhältnis von institutioneller Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung, Stuttgart 1976. Schleunes hat das Werk nicht benutzt.

Forschung. Andererseits müssen auch Bilder, die Vergangenheiten scheinbar unmittelbar und plastisch unserer Gegenwart vermitteln, ständig hinterfragt werden. Die Intentionen der Künstler und die an sie gestellten Forderungen sowie die Interessen und der Erwartungshorizont des Publikums bestimmen weitgehend die Auswahl und die Darstellung der jeweiligen Motive. Berücksichtigt man diese Faktoren, so eröffnen bildliche Materialien (in verwandter Form auch die Belletristik) gleichwohl Zugänge zu Bereichen des vergangenen Lebens, die das Studium herkömmlicher Quellen ergänzen können. Die »Bilderwelten der Erziehung« sind als ein gewichtiger Beitrag in dieser Hinsicht zu verstehen. Die Herausgeber haben aus der Gesamtzahl von 1000 Abbildungen, die ihnen zur Verfügung standen, insgesamt gut 300 Bilddokumente (unter Ausschluß von Fotografien) ausgewählt und nach Themenfeldern geordnet dargeboten. Neue Reproduktionstechniken, ein enormes Anwachsen der Zeitschriftenpresse und das wachsende Interesse an Schulfragen schaffte im Vergleich zu früheren Jahrhunderten eine unvergleichlich breite Basis für eine Bilddokumentation, wenn auch, wie von den Herausgebern betont wird, das zu den einzelnen Themen zur Verfügung stehende Material im Umfang sehr unterschiedlich gewichtet ist. So finden sich aus dem Bereich der Volksschule weitaus häufiger bildliche Darstellungen als aus der Welt der höheren Schulen. Die von den meisten Künstlern verfolgten pädagogischen Intentionen lassen den Schulalltag oft in einem harmonisierenden, idyllisierenden Licht erscheinen, das der Realität nicht entsprach.

Die vorliegende Dokumentation gliedert sich in die Abschnitte »Vor und nach der Schule«, »Schüler und ihr Verhalten«, »Schule und Elternhaus«, »Schule und ihre Schüler«, »Unterricht«, »Lehrer, Schule und Gesellschaft«, »Ansichten von Schulen«. Jeder Bildzusammenstellung ist eine knappe Einführung zum Thema vorangestellt; die Abbildungen werden (z. T. unter Heranziehung schriftlicher Quellen) im einzelnen kommentiert. Dabei bemühen sich die Herausgeber, die Bilder entsprechend den oben angedeuteten Kriterien in ihren jeweiligen Kontext einzuordnen.

Die Beschäftigung mit der Alltagsgeschichte, die mit dem wachsenden Interesse für die Bildungsgeschichte in Verbindung zu bringen ist, besitzt starke Bezüge zur Regional- und Lokalhistorie, denn nur in einem möglichst überschaubaren Raum wird der Blick auf den Alltag wirklich konkret. Nun kann die Aufarbeitung der Geschichte der Bildungseinrichtungen eines Ortes, vor allem aber einer bestimmten Schule auf eine lange Tradition zurückblicken. Insbesondere eine Unzahl von noch keineswegs erschöpfend erschlossenen Schulprogrammen widmete sich in den Jahrzehnten vor und nach 1900 diesem Thema. Jedoch unterschied sich die damalige Sicht auf die Vergangenheit (Lehrer, Lehrinhalte, äußere Geschicke) in einem doch erheblichen Maße von den heutigen, stark sozialgeschichtlich orientierten Fragestellungen, die u. a. dem sozialen Einzugsfeld der einzelnen Schultypen und Schulen breite Aufmerksamkeit zuwenden.

Diesem Thema (also weniger den schulischen »Lebenswelten« in ihrer Breite) gilt auch das Hauptinteresse einer von Claus-Hinrich Offen 1988 in Hamburg vorgelegten Dissertation zur Lübecker Schulentwicklung. Die unter Verwendung einer beeindruckenden Menge an Quellen vorgetragene Untersuchung gilt der Verifizierung oder Falsifizierung einer 1977 von Detlef K. Müller aufgestellten These, wonach die städtischen höheren Schulen bis in die 1870er Jahre eine »Regelanstalt für die männlichen Schulpflichtigen der städtischen Bevölkerung« gewesen seien, also in einem gewissen Sinne die Ideen der preußischen Reformer um Humboldt über die Gestaltung einer einheitlichen Erziehung zur Realisierung gebracht hätten. Erst nach diesem Zeitraum sei es zu einer konservativen Verwandlung dieser Einrichtungen in Richtung auf eine schichtenspezifische Eliteschule gekommen. Die Volksschulen dagegen seien Restschulen einer Minderheit gewesen.[5] Unwill-

5 *Detlef K. Müller*, Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulwesens im 19. Jahrhundert, Göttingen 1981 (gekürzte Studienausgabe). Der historischen Absicherung der Ge-

kürlich wird man bei dieser Hypothese an gegenwärtige schulpolitische Debatten erinnert (Gesamtschule!). Die Identifikation von Phänomenen (gleich welcher Art) aus verschiedenen historischen Epochen bildet immer ein äußerst fragwürdiges Unternehmen, und man ist gespannt, welche Ergebnisse Offens minutiöse Analysen erbringen.

Offen gelangt zu einem eindeutigen Ergebnis: »Von einer ›Bestimmung und Funktion der höheren Schulen als Gesamtschulen für die Mehrheit der städtischen Bevölkerung‹ sowie von einer dementsprechend erst späten Entwicklung der grundständigen Volksschule aus der Armenschule kann in Lübeck also nicht die Rede sein.« (S. 416) Es habe in Lübeck ein dreistufiges Bildungssystem gegeben (Elementar- und Mittelschule sowie das Gymnasium), das auf eine »klassenspezifische Reproduktion« der Lübecker Gesellschaft angelegt war. Eine Einheitsschule sei das Gymnasium lediglich für die Kinder des Besitz- und Bildungsbürgertums gewesen, nicht aber für die städtische Jugend in ihrer Gesamtheit, die allein die Elementar- und Mittelschulen (Volksschulen) besucht habe. Offens Arbeit bietet damit zumindest einen weiteren Beleg für die Notwendigkeit, die in Deutschland aus historischen Gründen außerordentlich reiche Differenzierung aller Lebensbereiche stärker zu berücksichtigen.

Einem in Verbindung mit der Schulgeschichte eher klassischen Thema, dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche, wendet sich Klaus Eichenlaub zu. Die zentralen Aussagen seiner Arbeit bringen weniger einen entscheidenden Erkenntnisgewinn zur Geschichte des bayerischen Schulwesens, als vielmehr neue Einsichten in die Entwicklung der politischen Bewegungen im zweitgrößten deutschen Bundesstaat. Immerhin lautet der Untertitel auch »Ein Beitrag zur Parlamentsgeschichte Bayerns«. Die Untersuchung gliedert sich in fünf Teile, die Vorgeschichte, Inhalt, Beratung und außerparlamentarische Rezeption des bayerischen Schulgesetzes von 1867 darzustellen versuchen. Hinsichtlich der Quellenbenutzung ist vor allem die breite Berücksichtigung von Zeitungen und Zeitschriften beachtenswert. Erstmals findet auch die bislang nur wenig beachtete Stellung der evangelischen Kirche Bayerns größere Aufmerksamkeit.

Der Streit um das bayerische Schulgesetz von 1867, das ein weitgehendes Hinausdrängen der Kirche aus dem Schulbereich intendierte, bildet ein Kapitel innerhalb der heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, zwischen der »Moderne« und dem Ultramontanismus, die im Kulturkampf der 1870er Jahre kulminierten. Aus naheliegenden Gründen (traditioneller Einfluß der Kirche auf das Bildungswesen, der unmittelbar weltanschauliche Charakter schulpolitischer Kontroversen) bot sich die Schule als Schlachtfeld der Auseinandersetzungen an. Eichenlaub gelangt nun im Ergebnis seiner Untersuchungen zu der Feststellung, daß sich die Formierung des politischen Katholizismus in Bayern weithin über die Organisation des am Ende erfolgreichen Widerstandes gegen das liberale Schulgesetz vollzog. Nur über eine Partei und in Verbindung mit einer entsprechenden Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise, so die Erkenntnis der Kirche und ihrer Interessenvertreter, war unter den gegebenen Bedingungen eines Verfassungsstaates noch damit zu rechnen, die eigenen Intentionen zu realisieren. Die Kirche konnte sich bei ihrem Vorgehen des wachsenden Unbehagens der überwiegend ländlichen und handwerklichen Schichten am fortschreitenden Modernisierungs- und Industrialisierungsprozeß bedienen. Das liberale Bürgertum, so Eichenlaub, habe das rasante Aufkommen des politischen Katholizismus noch zusätzlich gefördert, indem es meinte, die wachsenden sozialen Spannungen über die Bildungspolitik lösen zu können. Insofern könne die

---

samtschulkonzeption dient ja auch unverkennbar Müllers Arbeit, deren Bedeutung sich selbstverständlich mit diesem aktualisierenden Bezug nicht erschöpft, der die Diskussion aber unnötig belastet: Es handele sich bei den Gymnasien bis ca. 1880 um Schulformen, »die von der in der Gegenwart unter dem Typenbegriff einer integrierten Gesamtschule subsumierten Organisationsstruktur erwartet wird.« (S. 19).

Protestbewegung gegen das Schulgesetz als »Demokratisierungsprozeß« angesprochen werden, da bei dieser Gelegenheit die wahren Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung sichtbar geworden seien.

Eichenlaubs Thesen, die eher für den Bereich der Parteiengeschichte von Relevanz sind, ist grundsätzlich sicher zuzustimmen. Der Verfasser beeinträchtigt jedoch sein Werk, indem er seine Feststellungen in einen mitunter fragwürdigen historischen Kontext einbettet. Im Streit um das Schulgesetz ging es sicher nicht um das Ringen der »christlichen und liberalen Anschauungen« miteinander (S. 333); der Liberalismus des 19. Jahrhunderts war ganz gewiß nicht »entschieden areligiös und militant antiklerikal« (S. 41), wie er auch nicht die Vision »einer klassenlosen Gesellschaft« im Kampf gegen die Kirche auf sein Banner geschrieben hatte. Ein halbwegs brauchbarer Überblick über die weltanschaulichen Positionen der katholischen Kirche Bayerns und der ihr nahestehenden geistigen Strömungen und gesellschaftlichen Organisationen fehlt ganz. Dieses Desiderat wird auch nicht durch die verstreute Analyse der Meinungsäußerungen zum Schulgesetz seitens der Presseorgane, der parlamentarischen Abgeordneten und geistlichen Würdenträger geschlossen. Auch sollte vermieden werden, den Katholizismus zu voreilig en bloc und als entschieden konservative Macht zu behandeln. Gerade in Bayern nahm der katholische Liberalismus in der Jahrhundertmitte eine nicht unbeachtliche Position ein. Eichenlaub läßt im Zuge seiner Ausführungen durchaus differenziertere Beurteilungen erkennen, so daß es etwas verwundert, daß gerade in den zusammenfassenden Abschnitten seiner Arbeit jene etwas holzschnittartigen Bewertungen überwiegen. Auch die vom Verfasser mitunter gewählte Terminologie ist unbefriedigend, gerade bei theologischen Themen. Daß der Mensch nach »der christlichen Lehre« ein »böses Geschöpf« sei, dürfte wohl so schlankweg kein Theologe unterschreiben.

Eine andere Studie wendet sich dem bisher nur ansatzweise beachteten Thema der Lehrerverbände zu. Hermann Schnorbach untersucht die Geschichte des »Internationalen Berufssekretariats der Lehrer«, das als eine 1926 gegründete freigewerkschaftliche Organisation internationalen Charakter trug und politisch linksorientierte Positionen vertrat. Schnorbachs Darstellung erschließt auf der Grundlage eines erst mühsam zusammengetragenen Bestandes an verschiedenartigen Quellen (darunter mündliche Mitteilungen) weithin ein Niemandsland der pädagogikgeschichtlichen Forschung. Die übersichtlich gegliederte Arbeit berichtet über die Gründung des Sekretariats, über seine jeweiligen nationalen Verbände und schließlich schwerpunktmäßig über seine gewerkschaftlichen sowie pädagogisch-politischen Aktivitäten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Leider bevorzugt der Autor bei der Schilderung der Tätigkeit des Verbandes (vor allem in bezug auf sein politisches Wirken) eine moralisierende, holzschnittartige Methode. Die ständigen Hinweise auf die antifaschistischen Kampfmaßnahmen des Verbandes und auf die Primitivität der vom Nationalsozialismus bzw. Faschismus vertretenen pädagogischen Programme dienen sicher der Würdigung eines heute zu Unrecht vergessenen Strebens und der Anprangerung eines schrecklichen Systems, besitzen aber für eine differenzierende und analysierende historische Forschung nur geringen heuristischen Wert. Kritisch anzumerken ist auch die mangelnde Einbettung der beschriebenen Lehrergewerkschaft in die Schulgeschichte der Zwischenkriegszeit. Es wäre dann deutlich geworden, daß linke Gruppierungen innerhalb der Lehrerschaft (zumindest Deutschlands) nur eine marginale Rolle einnahmen.

Zu den an Umfang und inhaltlicher Bedeutung beeindruckendsten Unternehmungen der pädagogikgeschichtlichen Forschung der letzten Jahrzehnte gehört die von Helmut Engelbrecht verfaßte fünfbändige »Geschichte des österreichischen Bildungswesens«, deren abschließender Band hier angezeigt werden soll. Ein Werk, das auf über 3000 Seiten eine vom Mittelalter bis zur Gegenwart reichende Zeitspanne behandelt, ist heutzutage eigentlich nur noch als Gemeinschaftsarbeit denkbar; um so bewunderungswürdiger ist ihre Abfassung durch einen einzelnen Forscher. Der vorliegende Band behandelt die Entwicklung

des Schulwesens in Österreich seit dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie im Jahre 1918. Berücksichtigung findet das gesamte Bildungssystem von der Hilfsschule bis zur Universität (der jedoch vergleichsweise wenig Raum zugestanden wurde), einschließlich aller nur denkbaren Sonder- und Spezialschulen, der Erwachsenenbildung, der Berufsschulen, der Lehrerbildung und des Schulwesens der nationalen Minderheiten. Auch das Verhältnis zwischen Schule, Politik, Gesellschaft und Kirche wird innerhalb der einzelnen Zeitabschnitte immer wieder thematisiert, auch und gerade im Zusammenhang der Jahre 1933 bis 1938 (»Ständestaat«) und 1938 bis 1945, in denen die »Ostmark« in einem gewissen Maße als schulpolitisches Pionierland des Nationalsozialismus diente.

Im folgenden geht es um das Thema Universitätsgeschichtsschreibung. Daß diese in der Vergangenheit weithin aus der Prosopographie der Universitätslehrer und vielleicht noch aus der Beschäftigung mit den vermittelten Lehrinhalten sowie aus der Behandlung ausgewählter kulturgeschichtlicher Aspekte des Universitätsalltags (studentische Verbindungen, Duellwesen u. a.) bestand, wurde schon angedeutet. Trotz einer Reihe schon früher erbrachter Pionierleistungen ist es erst in den letzten Jahrzehnten zu einer wirklichen Verbreiterung des Themenspektrums gekommen, auch und vor allem in Richtung auf Einbeziehung sozialwissenschaftlicher Forschungen, wenn auch der Stand der entsprechenden Bestrebungen an den einzelnen Universitäten, auf deren jeweilige Geschichte die Historiographie in Deutschland weithin orientiert ist, ein sehr unterschiedliches Niveau erreicht hat.

Bahnbrechend für die sozialwissenschaftliche Behandlung der deutschen Universitäten in der Zeit des Zweiten Kaiserreiches und der Weimarer Republik war die 1969 erschienene Arbeit »The Decline of the German Mandarins« (dt. 1983) von Fritz K. Ringer. Die deutsche akademische Intelligenz wird hier als abgrenzbare soziale Gruppierung behandelt, deren Charakteristikum in der erworbenen Bildung zu sehen ist und der es gelang, innerhalb der Nation eine bestimmende Position einzunehmen (Geistesadel), die insbesondere mit dem Charakter des Staates als Hüter kultureller Werte begründet wurde, was den Gebildeten einen einzigartigen Rang im gesellschaftlichen Gefüge vermittelte, den Ringer mit dem Begriff des Mandarinentums zu charakterisieren sucht. Wenn er auch diese Vorstellungswelt des Gebildeten vorrangig als ideologisch (im Sinne von Marx) bezeichnet, so soll doch damit weder deren innerer Wert vorschnell abqualifiziert werden noch ihre (zeitgebundene) Logik bestritten werden. Die Affinität der deutschen Intelligenz zu konservativen und schließlich gar nationalsozialistischen Vorstellungen und Gesellschaftsmodellen sei schließlich aus der Bedrohung jener Bildungsideologie geboren worden.

Spätestens seit der klassischen Arbeit von Eulenburg »Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart« (Leipzig 1904) gehören statistische Untersuchungen zum gängigen Handwerkszeug der Universitätshistoriographie. Erst die Kapazitäten der modernen Datenverarbeitungssysteme ermöglichten es jedoch, die quantitativen Methoden der historischen Forschung in aller Breite zur Anwendung zu bringen, auch im Bereich der Bildungsforschung. Das wohl anspruchsvollste Unternehmen auf diesem Gebiet bildet das 1977 ins Leben gerufene Forschungsprojekt »Empirische Analyse von Qualifikationskrisen 1867–1945 in Preußen unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter Berufsgruppen« (QUAKRI). Das auf alle deutschen Universitäten und zeitlich bis ins frühe 19. Jahrhundert ausgedehnte Projekt erfaßt eine Unmenge an Daten zur Bildungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (z. B. Studierende nach Alter, Geschlecht, Religion, sozialer Herkunft, Fakultät, Vorbildung; Ergebnisse der Studienabschlüsse; berufspraktische Ausbildung; Wartezeiten vor dem Eintritt in den Beruf). Ihren Niederschlag haben diese Materialerfassungen nicht nur in einem »Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte« (bisher Band I, 1. Teil) gefunden, sondern auch in einer beachtlichen Anzahl von Aufsätzen, Vorträgen und Monographien. Das publizistisch aktivste Mitglied der QUAKRI-Gruppe ist ohne Zweifel Hartmut Titze, der mit seiner jetzt vorliegenden Arbeit

»Der Akademikerzyklus«, einer Göttinger Habilitationsschrift von 1985, nicht nur die Summe seiner eigenen bisherigen Forschungen zieht, sondern auch Ergebnisse vorlegt, die aus den von QUAKRI gesammelten Datenmaterialien gewonnen wurden.

Ausgangspunkt der Fragestellung Titzes (und damit des QUAKRI-Projektes) ist die Beobachtung, daß der Zustrom zu den Universitäten regelmäßigen Zyklen des Auf und Ab unterworfen ist. Diese Tatsache legt die Frage nahe, »ob sich hinter dem [. . .] nicht ein gesellschaftlich produzierter Mechanismus verbirgt, dessen Wirkungsweise sozialwissenschaftlich untersucht und aufgeklärt werden kann.« (S. 5 und S. 107) Titzes dieser Frage gewidmete Arbeit gliedert sich in logischer Stringenz in fünf Abschnitte: Ein erster Abschnitt untersucht anhand ausgewählter Fallbeispiele (Evangelische Theologen, Juristen, Mediziner, Lehrer an höheren Schulen) die Zyklen der Auf- und Abschwünge der Studentenzahlen seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. Ein zweites Kapitel geht der Hypothese nach, daß die zu beobachtenden Frequenzschwankungen mit einem gleichfalls erkennbaren Wandel in der sozialen Rekrutierungsbasis der Studenten in Verbindung zu bringen sind. Die Analyse der vorliegenden Daten erlaubt die Feststellung, daß die Selektion der Studenten je nach Mangel oder Überfüllung an Bewerberzahlen über einen Sog- bzw. Abschreckungseffekt erfolgte, der je nach der Abstufung im sozialen Niveau der Bewerber an Intensität zu- bzw. abnahm. Der dritte Teil wendet sich der zeitgenössischen Diskussion um die sich wandelnde Frequentierung der Hochschulen zu. Grundlage der Darstellung bildet hier die Untersuchung ausgewählter publizistischer Äußerungen zum Thema. Entscheidend ist die Erkenntnis, daß die sich in Parallele mit den Höhepunkten im Zulauf zu den Universitäten häufende Klage über die Überfüllung der Hochschulen die Interessen der beruflich bereits etablierten Akademiker zum Hintergrund hatte, die ihre sozialen Positionen durch die andrängende Konkurrenz neuer Absolventen bedroht sahen. Dabei deckten sich weithin (aber nicht ausschließlich) die Bildungselite (Geistes-Adel) mit der sozial herrschenden Schicht. Im Gegensatz zum früheren Geburts-Adel, der seine Privilegien offen verfechten konnte, mußte der neue Adel jedoch nach außen hin eine universalistische Moral vertreten, die die prinzipielle Gleichberechtigung aller Studienbewerber behauptete. Der Ausschluß der niederen sozialen Schichten aus dem Kreis der Akademiker mußte sich daher hinter der Propagierung des Gemeinwohles verschanzen, das eine »uferlose« Verbreitung der höheren Bildung verbot.

Die Wege, die zur Realisierung dieses Zieles eingeschlagen wurden, bilden den Inhalt der Darstellung des vierten Hauptabschnittes. Bot die äußere (herrschaftliche) Eindämmung der Studentenzahlen nur noch geringe Möglichkeiten, so mußten Mechanismen innerhalb des Bildungssystemes selbst gefunden werden, die den Selektionsprozeß im erwünschten Maße lenkten. Titze beschreibt diesen Vorgang als Herausbildung bürokratischer Strukturen, die die Bildungsselektion institutionalisieren (Abitur; Prüfungen; Zensuren; Beurteilungen; unbesoldete, also eigenes Vermögen erfordernde Ausbildungen nach Studienabschluß). Abgesichert wurde dieser Prozeß durch die Integration der Gebildeten als Berufsbeamte in das herrschende gesellschaftliche System. Im Interesse der Verteidigung ihrer privilegierten Position wurden sie zu Apologeten der existierenden Strukturen bzw. des bestehenden Staates – und zwar jedes Staates. Titzes Werk, das durchaus auch im Blick auf gegenwärtige bildungspolitische Diskussionen verfaßt worden ist, schließt mit der Feststellung, daß die seit bald 200 Jahren beklagte Überfüllung der Hochschulen, die die Legitimationsgrundlage für die beschriebenen Formen der Bildungsselektion bildete, der Dynamik der allgemeinen Entwicklungstendenzen des 19. und 20. Jahrhunderts nicht entspricht: Das Ungleichgewicht zwischen Hochschulbesuch und unmittelbarem gesellschaftlichen Bedarf an Akademikern war und ist das Normale. Die zeitweise Berufsüberfüllung hat sogar eine »objektiv stabilisierende Funktion«, da sie dem Akademiker den Wert seiner Statusprivilegien bewußt macht. Er wird somit »politisch abgekühlt« und auf seine eigene »soziale und politische Interessenlage« hingewiesen: »Darin liegt der latente Beitrag, den die

Zyklen für die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse leisten.« (S. 490) Die Entmythologisierung der Rolle des Intellektuellen wird, soweit dies noch nötig ist, deutlich sichtbar.

Die notgedrungen stark verkürzende Darstellung der Aussagen Titzes läßt vielleicht erkennen, daß sein Buch mehr beinhaltet als eine Analyse der Frequentierung der Universitäten und auch mehr ist als eine Untersuchung zur Bildungsgeschichte. Mechanismen des wissenschaftlichen Lebens werden durchschaubarer, und der Beitrag zur Sozialgeschichte der höheren Beamtenschaft und der Intellektuellen insgesamt ist von beachtlichem Gewicht und dürfte der Forschung nachhaltige Impulse verleihen. Angesichts der Bedeutung der insbesondere von Max Weber geschilderten Herrschaft des Beamtentums im modernen Europa liegt das Interesse an einer fundierten Analyse der Rekrutierungstechniken und statussichernden Strategien der Staat, Wirtschaft und Wissenschaft verwaltenden Eliten auf der Hand. Sicher sind Statistiken, auch und gerade solche beeindruckenden Datenanhäufungen, wie sie von QUAKRI erstellt wurden und die dennoch »nur« eine Auswahl bilden, immer verschieden interpretierbar, und man mag im einzelnen andere Schlüsse aus den Materialien ziehen als Titze. Die unterschwellige, aber doch deutlich sichtbar werdende Kritik an der historischen Rolle der Intellektuellen, denen es immer zuerst und vor allem um ihre eigene Statussicherung ging, mag beispielsweise nicht von jedem geteilt werden. Dennoch wird niemand künftig an Titzes grundlegenden Untersuchungen vorbeigehen können.

Eine der breitflächig angelegten Untersuchung Titzes verwandte Publikation, die sich jedoch nur auf eine einzige Universität konzentriert, hat Marita Baumgarten als überarbeitete Fassung ihrer Magisterarbeit vorgelegt. Anhand einer nach Fakultäten getrennten Untersuchung wird die geographische und soziale Herkunft sowie der wissenschaftliche Werdegang der jeweiligen Professorenschaft der hessen-darmstädtischen Universität Gießen aufgelistet. Den tragenden Gedanken bildet die These, diese Bildungseinrichtung habe im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Wandlung von einer Familien- zu einer Forschungsuniversität durchlaufen; statt der Selbstergänzung der Professorenschaft aus den Reihen eingesessener altehrwürdiger Universitätsfamilien habe das Leistungsprinzip eine schließlich dominierende Bedeutung gewonnen. Die Hochschullehrer seien dann aus dem Territorium des gesamten Deutschen Bundes bzw. Reiches berufen worden, wobei Gießen immer den Charakter einer Einstiegsuniversität für beginnende Karrieren besessen habe. Dieser Wandlungsprozeß verlief innerhalb der einzelnen Fakultäten in einem unterschiedlichen Tempo. Am raschesten modernisierte sich konsequent seit der Jahrhundertmitte die Juristische Fakultät, am schwerfälligsten die Philosophische Fakultät, die jenen Wandel in einzelnen Bereichen noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht abgeschlossen hatte. Dieser Vorgang wird von Baumgarten mit dem unterschiedlichen sozialen Rekrutierungsfeld der jeweiligen Fakultäten in Verbindung gebracht, worauf hier nur hingewiesen werden kann.

Dem Professor, in erster Linie dem Ordinarius, galt von jeher das besondere Interesse der Universitätshistoriographie, jedoch meist in Begrenzung auf das Nachzeichnen der Hochschullaufbahn (evtl. noch unter Berücksichtigung institutspolitischer Tätigkeiten) und auf eine Beschreibung des jeweiligen wissenschaftlichen Werkes. Soziale Herkunft, Mentalität, Stellung zum außeruniversitären Leben (Politik, Wirtschaft), Beziehungen zu anderen sozialen Gruppen und Schichten fanden höchstens ausnahmsweise Beachtung (Eulenburg!). Auch hier stellte die Arbeit von F. K. Ringer über die deutschen Mandarine eine Pionierleistung dar, der inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen folgte. Von einer zusammenfassenden Gesamtdarstellung (selbst nur zu einem historischen Epochenabschnitt) der Geschichte der deutschen Professorenschaft in der eben angedeuteten Ausrichtung ist die Forschung freilich noch weit entfernt. Die Schwierigkeiten liegen nicht zuletzt in der durchaus unterschiedlichen Sachlage innerhalb der einzelnen Wissenschaftsgebiete und in der für Deutschland typischen regionalen Vielfalt der Universitätsland-

schaft begründet, die die Mitarbeit von Vertretern der verschiedensten Disziplinen und die quellenmäßige Aufarbeitung der Geschichte einer großen Zahl von Universitäten erfordert, die weithin nur vor Ort geleistet werden kann. Wer auch nur oberflächlich mit der desolaten Situation der Universitätshistoriographie, die oft nur anläßlich von Jubiläen eine Aufpolierung erfährt, an zahlreichen Hochschulen vertraut ist, dürfte auch keine übertriebenen Hoffnungen hegen, daß in dieser Beziehung bald Abhilfe geschaffen wird. Dazu tritt in Hinsicht auf die Hochschulgeschichte zwischen 1933 und 1945 eine über lange Jahre hinweg betriebene und immer noch nicht überall abgebaute Tabuisierung der Rolle der Universitätslehrer in jener Zeit. Beobachten läßt sich diese Zurückhaltung (euphemistisch ausgedrückt) sowohl in der BRD als auch in der ehemaligen DDR.

Es stellte also ein gewisses (wenngleich notwendiges) Wagnis dar, eine Veranstaltung zum Thema »Deutsche Hochschullehrer als Elite« durchzuführen, wie dies 1983 im Rahmen der Büdinger Gespräche geschah. Dieses Unternehmen fügte sich ein in die Reihe der seit den 1960er Jahren vom Institut zur Erforschung historischer Führungsschichten (Bensheim) initiierten Untersuchungen zur Geschichte der Eliten in Deutschland, die sich schon den verschiedensten Gruppierungen (u. a. Bankiers, Beamten, Offizieren, Bürgermeistern und Diplomaten) zugewandt hatten, so auch bereits den Universitätsgelehrten des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit. Der nun vorliegende Band widmet sich dem Zeitraum zwischen dem Wiener Kongreß und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Vielleicht ist es den aus den bisherigen Tagungen gewonnenen Erfahrungen zuzuschreiben, daß bereits Themenverteilung und Gliederung der einzelnen Beiträge einen Eindruck der Stringenz und inneren Geschlossenheit vermitteln, der ansonsten den gedruckt vorliegenden Ergebnissen wissenschaftlicher Tagungen nicht selten abgeht. Jeder Vortrag behandelt, ohne deshalb uniform zu wirken, die Frage der Binnenstruktur der Professorenschaft (also ihre soziale Rekrutierungsbasis und die Rahmenbedingungen ihrer Karriere), ihr jeweiliges Selbstverständnis, die ihr eigene Sicht der Gesellschaft und die bei ihr zu beobachtenden Verbindungen zur Politik. Die Abfolge der Beiträge ist im wesentlichen chronologisch angelegt. Es wird das Bestreben deutlich, möglichst alle universitären Disziplinen zu berücksichtigen, wobei allerdings die Geisteswissenschaftler und unter ihnen wiederum die Historiker besondere Beachtung finden.

Der Band wird eröffnet durch einführende Bemerkungen von Klaus Schwabe, die insbesondere auf das seit Fichte anzutreffende Selbstverständnis der Gelehrten verweisen, der Nation die ideelle, die wertehafte Orientierung vermitteln zu können und zu müssen (Wertelite), eine Auffassung, die schließlich in einen wachsenden Widerspruch zu der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit geriet. Diese Position – die Hochschullehrer als wertesetzende Elite des 19. Jahrhunderts, die im 20. Jahrhundert in einen wachsenden Konflikt zu einer sich wandelnden Welt geriet – ist im Prinzip die Grundthese aller folgenden Beiträge. Charles McClelland (Verfasser von: State, Society and University in Germany, 1700–1914, Cambridge 1980) widmet sich der Zeit des Vormärz und der 1848er Revolution. Entscheidend sei die tiefe Zäsur in der Geschichte der Universität in der preußischen Reformära. McClelland unterliegt allerdings der weit verbreiteten Fehleinschätzung, den Charakter der neuen Universität in einen zu schroffen Gegensatz zur Vergangenheit zu setzen. Es kommt einer Karikatur nahe, wenn behauptet wird, daß die Professoren des 17. und 18. Jahrhunderts lediglich aus veralteten Lehrbüchern vorlasen und sich ansonsten allein in Rangstreitigkeiten ergingen. Hier findet eher der klägliche Stand unseres Wissens Widerspiegelung als die historischen Realitäten. McClellands Definition, Professionalisierung, Verwissenschaftlichung und ein engerer Einbezug in den Staatsdienst seien die Hauptelemente im Prozeß der Herausbildung der neuen Elite der Hochschullehrer, besitzt daher einen zu apodiktischen Charakter. Zuzustimmen ist McClelland sicher in der Feststellung, daß das Verhältnis der Professoren zu den herrschenden politischen Mächten im Vormärz und der Revolution von 1848/49 von einer späteren »heroisierenden« Ge-

schichtsschreibung idealisiert wurde. Die Göttinger Sieben repräsentierten keineswegs den Typ des Professors jener Epoche. Als neue Elite waren die Professoren (soweit sie sich überhaupt politisch engagierten) nur in einem beschränkten Grade an der Änderung der bestehenden Ordnungen interessiert. Dennoch bot sich in jener Zeit der Professorenschaft erstmals die Möglichkeit, »eine moderne politische Führungsrolle zu erproben.« (S. 52)

Dem Thema der parlamentarischen Betätigung der Professoren zwischen der Frankfurter Nationalversammlung und dem letzten Reichstag des kaiserlichen Deutschland geht Bernhard vom Brocke nach. Es gab zwar, so sein Ergebnis, im Laufe der Zeit einen Rückzug der Professoren aus dem Reichstag, der jedoch nicht mit einer parlamentarischen Abstinenz schlechthin gleichzusetzen sei, wenn auch die Zahl der in dieser Hinsicht politisch aktiven Hochschullehrer immer gering blieb. Fritz Ringer untersucht »Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871–1933«. Der Vortrag bietet im wesentlichen eine pointierte Wiederholung zentraler Thesen aus Ringers bekanntem Buch: Die Professoren bildeten die oberste Schicht im Mandarinentum der Intellektuellen, deren Funktion als wertebestimmende Elite durch das Vordringen der modernen Industriegesellschaft ab ca. 1890 immer stärker ins Wanken geriet. Den Vertretern der naturwissenschaftlichen Disziplinen, deren politische Rolle bisher nur geringe Beachtung fand, wendet sich Lothar Burchardt zu. Der umfangreiche Beitrag konzentriert sich jedoch im wesentlichen auf die Darstellung der Karriere- und Arbeitsbedingungen der Naturwissenschaftler an den Universitäten des Kaiserreiches. Abgesehen von einigen »Exoten« wie W. Ostwald und E. Haeckel beschäftigten sich die Naturwissenschaftler kaum mit sozialen oder politischen Fragen, was nicht bedeutete, daß man sich nicht als Elite verstand und sich nicht mit den existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen identifizierte. Ein weitgehend anderes Bild ergibt sich bei den Historikern im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, denen Rüdiger vom Bruch und Bernd Faulenbach ihre Untersuchungen widmen (vom Bruch bezieht außerdem die Nationalökonomen ein). Kam ihnen auch innerhalb der Gelehrtenwelt keine herausgehobene Position zu, so spielten sie doch eine überdurchschnittliche Rolle in der Setzung nationaler Identitäten und Wertvorstellungen, die in ihrem Inhalt auch nach dem Desaster von 1918 keine wesentlichen Änderungen erfuhren. Das hing mit dem fest verankerten elitären Selbstbewußtsein zusammen, das mit jenen Wertsetzungen eng verflochten war und eine ausgeprägte Reserve gegenüber der neuen Republik begründete. Im übrigen sieht vom Bruch auch die Nationalökonomen, in deren Kreis Ringer noch relativ viele »Modernisten« zu entdecken meinte, ganz im Fahrwasser der nationalen Machtstaatsidee, auch und gerade Max Weber.[6]

Die Professorenschaft der Weimarer Republik in ihrer Gesamtheit bildet das Thema von Kurt Sontheimer. Der größte Teil der Universitätslehrer habe sich in seinem Verständnis als Geisteselite von jeglicher politischer Betätigung ferngehalten, ohne die gerade in dieser Enthaltung implizit enthaltene politische Relevanz zu erkennen, die auf eine Stützung der antidemokratischen Tendenzen hinauslief. Der letzte Beitrag, vorgelegt von Hellmut Seier, befaßt sich mit dem besonders heiklen Kapitel der Rolle der Universitätslehrer im Dritten Reich. Entscheidend ist die Feststellung, daß es trotz aller »Hochschulerneuerungsprogramme«, die in Parteikreisen kursierten, zu keiner tiefgreifenden Umgestaltung der Universität kam, wenn man von ihrer vor allem durch die Rassenpolitik bedingten personellen Ausblutung absieht. Im übrigen läßt sich auch auf dem Gebiet der Hochschulpolitik die Polykratie des Dritten Reiches verfolgen, was vom Verfasser an verschiedenen Beispielen illustriert wird. Das Festhalten der Hochschullehrerschaft am überkommenen Sy-

6 Hinzuzuziehen zur Historiographie in der Weimarer Republik ist die grundlegende Studie von *Hans Schleier*, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975.

stem von Mentalitäten und Wertnormen sowie am elitären Standesdenken überhaupt spielte im wachsenden Maße die Rolle einer »latenten Systemkritik«.[7]

Seit jeher gelten die »Karlsbader Beschlüsse« von 1819 als besondere Manifestation der Reaktion, der restaurativen Wende, die nach 1815 Deutschland und insbesondere Preußen erfaßte. Niemand geißelte die im Deutschen Bund nach Karlsbad herrschende Atmosphäre schärfer als der aller Sympathien für die »Demagogen« unverdächtige und selbst Preußens Anteil an den Beschlüssen entschuldigende und mildernde Heinrich von Treitschke. Die heutige Historiographie urteilt differenzierter, indem sie auf die vielfach gebrochene Umsetzung der Karlsbader Beschlüsse in den verschiedenen Staaten verweist und den gleichwohl voranschreitenden Modernisierungsprozeß hervorhebt. (vgl. z. B. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866, München 1983, S. 282 ff.) Dies gilt auch für die Universitäten, die neben der Presse der Hauptadressat der Beschlüsse von Karlsbad waren. Ihr Aufstieg zu der späteren Weltgeltung setzte sich auch in den 1820er bis 1840er Jahren unvermindert fort. Leider fehlte es, trotz des den Karlsbader Beschlüssen immer beigemessenen Charakters einer historischen Zäsur, bis vor kurzem an Untersuchungen, die sich der konkreten Umsetzung der von den deutschen Regierungen festgelegten Maßnahmen innerhalb des universitären Bereichs widmeten.

Mit der Dissertation von Manfred Brümmer liegt nun eine Arbeit vor, die diese Aufgabe am Beispiel der preußischen Universität Halle-Wittenberg in Angriff nimmt und sich zugleich in die eben angedeutete Tendenz zur modifizierenden Beurteilung der Auswirkungen der Beschlüsse einordnet. Nach einem Überblick über die rechtsgeschichtliche Entwicklung der Hallenser Universität seit ihrer Gründung (1694) wendet sich Brümmer der Umsetzung der Karlsbader Beschlüsse (soweit sie die Universität betrafen) im preußischen Staatsgebiet zu. Im Mittelpunkt der vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen stand die Einsetzung eines Regierungsbevollmächtigten an jeder Universität, dem die scharfe Kontrolle der Studenten und Lehrer in politischer Hinsicht anvertraut werden sollte. Die vom Kultusminister Altenstein in Preußen betriebene Realisierung dieser Festlegung wies nun einige bemerkenswerte Modifikationen auf, die den Bevollmächtigten als Beamten des Kultusministeriums in einen strikten Instanzenzug eingliederten und ihn zugleich mit der Funktion eines Kurators (verantwortlich für die Vermögensverwaltung und für Bauangelegenheiten) der Universität betrauten. Brümmer vermutet wohl zu Recht, daß Altenstein mit letzterer Anordnung »die brisante Aufsichtsfunktion des Amtes durch praktische Verwaltungsaufgaben gemildert« sehen wollte (S. 46), deren Ausübung der Kontrolle, aber auch der nachdrücklichen Förderung der Hochschule dienen sollte und konnte. Vor allem ist die These von Bedeutung, daß die Umsetzung des Karlsbader Universitätsgesetzes letztlich den »Zentralisierungs- und Modernisierungsinteressen« der staatlichen Verwaltung diente. Gleichwohl kam es entscheidend darauf an, welche Persönlichkeiten als Regierungsbevollmächtigte die in ihrer Zielrichtung divergierenden Regelungen in die Tat umzusetzen hatten. Brümmer fällt daher eine durchaus sachgerechte Entscheidung, wenn er für den Hauptteil seiner Darstellung eine biographische Methode wählt, d. h. sich an der Amtszeit der jeweiligen Beamten orientiert. Das Ergebnis der durchweg auf gründlichen und umfassenden Archivstudien gegründeten Untersuchung bestätigt die Berechtigung der getroffenen Entscheidung. Die Person des Bevollmächtigten übte keineswegs die Rolle eines bloßen Transmissionsriemens zur Vermittlung Berliner Anordnungen aus. So läßt sich

7 Seier bezieht mit dieser sicher nicht auf einhellige Zustimmung stoßenden Auffassung eine Position, wie sie in den letzten Jahren auch in anderen Arbeiten zur Geschichte des Dritten Reiches zu finden ist. Verwiesen sei hier nur auf *Kurt Meier*, Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918–1945, Berlin 1987. Allein die Existenz der evangelischen Kirche »mit allen ihren soziokulturellen und sozialpsychologischen Implikationen« sei ein »Widerstandsfaktor« gewesen. (S. 149).

überzeugend nachweisen, daß Gottlieb Delbrück, der von 1831 bis 1842 dieses Amt innehatte, eine für die Universität geradezu segensreiche Tätigkeit ausübte, so in Berufungs- und Besoldungsfragen sowie im Bereich der Durchsetzung baulicher Maßnahmen. In der Beaufsichtigung der Studenten und des Lehrkörpers bemühte er sich um Zurückhaltung und um eine realitätsgerechte Analyse der Verhältnisse. Ein wesentlich anderes Bild bietet das Wirken von Ludwig W. A. Pernice, der sich einer nach Altensteins Tod (1840) vollzogenen reaktionären Wende in der Politik des Kultusministeriums voll anpaßte und Professoren und Studenten einer scharfen, mitunter von niedriger Gesinnung zeugenden Beaufsichtigung unterwarf. Abschließend verfolgt Brümmer die Geschichte des Kuratorenamtes bis zu dessen Aufhebung durch die Gleichschaltung der Universität durch die SED im Jahre 1948, die der Verfasser in einer für die Drucklegung sicher veränderten Fassung des Textes mit vollem Recht als Scheinharmonisierung von Staat und Universität bezeichnet. Der Abdruck von 33 Dokumenten (zumeist Archivalien aus Halle und Merseburg) runden die Studie ab, die, wie man nur hoffen kann, zur Anfertigung ähnlicher Untersuchungen an anderen Universitäten anregen möge.

Brümmers Arbeit belegt, daß Wissenschafts- und Universitätsgeschichte auch und nicht zuletzt eine Geschichte der an ihr beteiligten Persönlichkeiten ist; alle noch so wichtigen und gehaltvollen soziologischen, statistischen und kulturgeschichtlichen Untersuchungen oder anspruchsvolle Theoriesysteme können die Berücksichtigung dieses Aspektes nicht ersetzen. Es ist daher zu begrüßen, daß auch in den letzten Jahren Ergebnisse biographischer Forschungen unter den Neuerscheinungen nicht fehlen. Zu den deutschen Wissenschaftlern, die in den vergangenen Jahren ein breiteres, nicht nur national begrenztes Interesse fanden, gehört der Gräzist Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, dessen Bedeutung für die Wissenschaftsentwicklung und -politik der Zeit um die letzte Jahrhundertwende weit über sein engeres Fachgebiet hinausreichte. Der heutige Stand der Kommunikationstechnik hat die Bedeutung der schriftlichen Korrespondenz für Mitteilungen, für den Gedankenaustausch und für die Verständigung über anstehende Probleme an den Rand geschoben. Wilamowitz-Moellendorff gehörte noch einer Generation an, die den brieflichen Verkehr intensiv pflegte. Seine ausgedehnten brieflichen Verbindungen stießen in den letzten Jahren auf die wachsende Aufmerksamkeit der expandierenden Forschungen zur Wissenschaftsgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts. Eine ganze Reihe kleinerer und größerer Editionen belegen diesen Trend.[8]

Dazu zählt die Publikation der Briefe des großen Philologen an Friedrich Althoff, an der (wie bei fast allen anderen Wilamowitz-Editionen) M. Calder III beteiligt ist. Schon der Name des Korrespondenzpartners, Friedrich Althoff, zeigt, daß es sich gerade hier keineswegs allein um Quellenmaterial handelt, aus dem Aufschlüsse zur Geschichte der Klassischen Philologie zu erhoffen sind. Dem »System Althoff« ist nicht zuletzt der Aufstieg der deutschen Wissenschaft zur Weltgeltung zu verdanken.[9] Eine kluge und verantwortungsbewußte Personalpolitik gehörte zu den wichtigsten Methoden, mit denen der Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium seine Erfolge beim Ausbau der Universitäten erzielen konnte. Sachkundige Informationen entsprechender Insider zu den Stärken und Schwächen der Vertreter der verschiedenen Disziplinen gehörten zu den Voraussetzungen für das Funktionieren dieses Systems. Von Wilamowitz-Moellendorffs Briefe erlauben einen sehr lebendigen Einblick in die Vorgeschichte vieler Berufungen auf dem Gebiet der

8 Vgl. *Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff.* Selected Correspondence, hrsg. von *W. M. Calder III*, Neapel 1983; The Preserved Letters of Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, hrsg. von *W. M. Calder III* und *R. L. Fowler*, München 1986.

9 Vgl. *Bernhard vom Brocke*, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882–1907: Das »System Althoff«, in: *P. Baumgart* (Hrsg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980, S. 9–118.

Altertumswissenschaft (und nicht nur dieser), war doch Wilamowitz-Moellendorff neben Mommsen und Zeller der wichtigste Ratgeber Althoffs im Bereich jener Disziplin, die im 19. Jahrhundert eine Leitfunktion in der Herausbildung der Formen der modernen Wissenschaft ausgeübt hatte. Wir erfahren also eine Unmenge an Mitteilungen und Urteilen über den Stand der Altertumswissenschaft an den verschiedenen deutschen Universitäten und insbesondere über die fachliche und persönliche Qualifikation der entsprechenden Wissenschaftler. Diese Beurteilungen von Wilamowitz-Moellendorff verlieren durch ihre mitunter kräftige und scharfe Tinktion (»meine in gewohnter Rückhaltlosigkeit ausgesprochene Ansicht«, S. 95) keineswegs an Gewicht und werfen natürlich auch oft ein aufschlußreiches Licht auf die Person des Briefschreibers.[10] Der Leser erkennt einmal mehr, daß sich auch die Gelehrtenrepublik aus sehr menschlichen Individuen rekrutierte, für die persönliche Animositäten keineswegs nur marginale Bedeutung besaßen und die nicht wenig Energie in die unterschiedlichsten Fehden investierten, die nicht selten die wissenschaftliche Entwicklung beeinflußten. Deutlich werden auch die Kriterien zur Einschätzung der Qualifikation für das Einschlagen einer universitären Laufbahn: Umfang und inhaltliches Gewicht der vorgelegten wissenschaftlichen Publikationen und die pädagogische Befähigung waren entscheidend. Letztere rangierte jedoch erst in der zweiten Linie, wie die Warnung vor dem Eindringen der »Gymnasialpädagogik« in die Hörsäle der Universität in einem Brief vom 28. 2. 1895 zeigt. In späteren Jahren trat dazu die Klage über das Absinken der Universität zu einem Verbund von Fachschulen, die nur ein »banausisches« Studium vermittle, wobei Wilamowitz-Moellendorff eine durchaus einseitige und oberflächliche Sündenbocksuche betrieb. Hauptschuldige waren für ihn die Nationalökonomen, die nur Journalisten und Demagogen abrichten würden. (S. 167, in einem im Anhang aufgenommenen Brief an Max Lenz aus dem Jahre 1918)

Die Edition der im Zentralen Staatsarchiv Merseburg befindlichen Briefe vermeidet die leider immer noch weitverbreitete Unsitte modernisierender Textwiedergaben und ist als vorbildlich anzusehen. Bei der Kommentierung der Briefe konnten sich die Herausgeber auf die umfangreichen, meist archivalischen Materialien stützen, die durch die intensive Beschäftigung mit dem Wirken Wilamowitz-Moellendorffs in den vergangenen Jahren zugänglich geworden sind. Mit wenigen Ausnahmen konnten so alle für den Nachlebenden oft schwer verständlichen Anspielungen und Mitteilungen erklärt werden. Angesichts der ständigen Erwähnungen von Universitäten ist das Fehlen eines Ortsregisters bedauerlich.[11]

Die Realisierung der Universitätsidee Wilhelm von Humboldts durch die Gründung der Berliner Universität (1810) wird bekanntlich zu den Höhepunkten innerhalb der Wissenschaftsgeschichte der Moderne gerechnet. Die Vorbildwirkung dieser Hochschulkonzeption auf andere deutsche und europäische Staaten sowie auf Amerika ist unbestritten. Noch die gegenwärtige Umgestaltung der Wissenschaftsstrukturen der ehemaligen DDR hat Ideen Humboldts zum Hintergrund. Andererseits lassen sich seit ca. 20 Jahren Bestrebungen beobachten, das preußische Reformsystem des frühen 19. Jahrhunderts zu »entmythologisieren«, also es stärker im Rahmen seines historischen Kontextes (sowohl in chronologischer Hinsicht als auch im zeitgenössischen Bezugsfeld) zu sehen.

Innerhalb dieses Rahmens ist ein von Gert Schubring herausgegebener Band anzusiedeln, der Vorträge enthält, die auf einem Symposium über die preußischen Universitätsreformen im 19. Jahrhundert gehalten wurden. Die Intention der Veranstalter richtete sich in erster Linie auf drei bisher wenig berücksichtigte Fragestellungen, nämlich auf den Ver-

10 Die Briefe sind gut geeignet, von Wilamowitz-Moellendorffs Werk, Geschichte der Philologie, Reprint Leipzig 1959, zu ergänzen. Wilamowitz-Moellendorf formuliert dort moderater, verteilt aber Lob und Tadel in ähnlich souveräner Manier.

11 Eduard Zarncke war nicht Herausgeber einer »Literarischen Wochenschrift«, sondern des bekannten »Literarischen Zentralblattes«. Vgl. Anm. 315 auf S. 74.

gleich mit außerpreußischen Entwicklungen (vor allem in Frankreich), die Aufhebung der traditionellen Trennung von Schul- und Universitätsgeschichte (im Zusammenhang mit der Erklärung der innovativen Rolle der Philosophischen Fakultät) sowie die Beobachtung des Zusammenhanges »zwischen unterschiedlichen nationalstaatlichen Modernisierungspolitiken gegenüber der Wissenschaft und Disziplinbildungsprozessen.« (S. 10) Der allgemeinen Orientierung über den Stand und die Probleme der gegenwärtigen Forschung dient ein Vorwort von Gert Schubring und E. Hültenschmidt sowie ein sehr informativer Forschungsbericht von Steven R. Turner. Die Frage nach der Differenzierung zwischen Schul- und Hochschulbildung wird in verschiedenen Aufsätzen angesprochen, findet aber in Kapitel I über »Wissen und Institutionen im Transformationsprozeß« nähere Berücksichtigung. Der dritte oben erwähnte Aspekt wird hauptsächlich im Themenkomplex »Fallstudien zur Disziplinbildung in Preußen« (Kapitel II) untersucht, während die Untersuchungen zu den Reformbestrebungen in anderen deutschen und europäischen Staaten im III. Kapitel zusammengefaßt worden sind. Der als eigenes Kapitel ausgewiesene Beitrag von Schubring über »Spezialschulmodell versus Universitätsmodell – die Institutionalisierung von Forschung« versucht, soweit dies angesichts der Unterschiedlichkeit der Beiträge möglich ist, eine Art Summe aus dem Gebotenen zu ziehen.

Die Bedeutung des Bandes kann im wesentlichen in zwei Richtungen gesehen werden, in der Vermittlung neuer Ergebnisse der Quellenerschließung und im Bereich der Methodendiskussion. Beide Richtungen tragen zu einer Neuorientierung in der Beurteilung der preußischen Universitätsreform bei. Die Aufsätze, die sich hauptsächlich auf die Präsentation neuer Materialien (bzw. auf den ja oft aufschlußreichen erneuten Blick auf bereits bekannte Texte) konzentrieren, können hier nicht in ihrem Inhalt nachgezeichnet werden. Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß alle Untersuchungen im Gegensatz zur traditionellen Historiographie den Prozeß der Disziplinbildung als langwierigen, widersprüchlichen und von den verschiedensten Imponderabilien abhängigen Vorgang sehen. Hervorzuheben ist dabei der Aufsatz von Uwe Meves zur »Institutionalisierung der Germanistik als akademische Disziplin an den preußischen Universitäten«, der in geradezu vorbildlicher Form archivalische Quellen erschließt und somit das gängige Bild über die zielbewußte, von nationalen Gedanken getragene Gründung germanistischer Lehrstühle in Frage stellt.[12] Andere Referate beschäftigen sich mit der Entwicklung der Biologie, der experimentellen Medizin, dem Königsberger Seminar für Physik und mit der Emanzipation der chemisch-technologischen Disziplinen. Die Untersuchungen zu den Bildungs- und Universitätsreformen in anderen Staaten (vor allem Frankreich, außerdem die Niederlande und die Sonderentwicklung in Bayern und in dem von Bayern abhängigen Griechenland) gelangen zu ähnlich differenzierten Urteilen. Der Einfluß der Universitätsidee Humboldts setzte erst relativ spät ein, sie wurde nur selektiv rezipiert und besaß nicht die vielbeschworene absolute Überlegenheit. Hier knüpft auch Schubring mit seinem sehr anregenden, bereits erwähnten Schlußaufsatz an, der die preußische Universitätsreform im Gegensatz zum Vorgang der Modernisierung in Frankreich (Einrichtung von Spezialschulen für die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen) zwischen 1789 und 1815 als eine »anti-moderne Modernisierung« begreifen will (Festhalten am Bild der Ganzheitlichkeit der Wissenschaft in der Form der Philosophischen Fakultät als Gegensatz zu der »handwerklichen Gesinnung« an den Spezialschulen), die durch Gewährung einer inneren Autonomie für die zweckfreie Philosophische Fakultät über lange Zeit hinweg eine Dynamik in der Entwicklung der Wissenschaft erzielte, der Frankreich zumindest zeitweise unterlegen war. Aufschlußreich ist auch Schubrings überzeugende These, daß der reformierten Universität das Mandat zur Forschung nicht in die Wiege gelegt wurde. Auch *ihre* zentrale Aufgabe bestand im Lehr-

12 Meves korrigiert damit auch Thesen von *Klaus Weimar*, Geschichte der deutschen Literaturwissenschaft, München 1985.

auftrag; Forschung war bestenfalls als zusätzliche Tätigkeit vorgesehen. Die primäre Forschungsinstitution war und blieb die Akademie. Erst in einem jahrzehntelangen Prozeß sei die Forschung schließlich von der Universität usurpiert worden. Die Einheit von Forschung und Lehre an der »Humboldtschen Universität« sei ein Mythos.

Problematischer ist die Diskussion verschiedener aus dem Bereich der Soziologie übernommener Systemtheorien zur Erfassung der im 19. Jahrhundert ablaufenden Modernisierungsprozesse (»The great Transition«).[13] Besondere Aufmerksamkeit findet im vorliegenden Band eine von Rudolf Stichweh im Anschluß an Niklas Luhmann entwickelte Theorie[14], die den Modernisierungsvorgang als Wechsel von einer hierarchischen Gliederung der Wissensgebiete zu einem horizontal angelegten System beschreibt. Stichweh vermittelt in einem Aufsatz über »Differenzierung von Schule und Universität im 18. und 19. Jahrhundert« eine Kurzfassung seiner These, es habe bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts keine klare Trennung zwischen Schule und Universität gegeben. Erst die zunehmende Differenzierung des Wissens und eine wachsende Objektivierung des Wissenschaftsbegriffes (Anspruchsteigerung an das, »was noch als Wissenschaft soll gedacht werden können«) habe sozusagen die Integrationsmöglichkeiten des alten hierarchischen Systems gesprengt und den Weg zur Einführung der horizontalen Ordnung eröffnet. Damit einher ging die nun eindeutige Unterscheidung zwischen der Universität als einer wissenschaftlichen Ausbildungsstätte und der Schule als einer für den Besuch der Universität vorbereitenden Einrichtung (zwei »autonome Subsysteme«). Diese Thesen erscheinen aus verschiedenen Gründen, die im Rahmen einer Rezension nicht ausführlich vorgetragen werden können, als zweifelhaft. Auf die weitgehende Ausblendung aller politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Kontexte (Stichweh betont prononciert, daß politische Entwicklungen sich nur rezeptiv auf Vorgänge im Bildungsbereich verhalten, S. 38) weisen im Band selbst schon Schubring/Hültenschmidt (Vorwort, S. 12) und Turner (S. 26) kritisch hin. Ansonsten operiert Stichweh weitgehend mit Annahmen und Thesen, die sich so mit dem historischen Befund kaum in Übereinstimmung bringen lassen.[15] Die Aufarbeitung der Universitäts- und Schulgeschichte der frühen Neuzeit hat noch keineswegs einen Stand erreicht, der eindeutige Feststellungen erlauben dürfte. Daß Schule und Universität nur per jure getrennt waren, nicht aber im Bereich des Lehrangebotes, wird von Stichweh behauptet, aber nicht bewiesen.[16] Der Grad der »Differenzierung des gelehrten Wissens« und die »An-

13 Nebenbei sei auf die mitunter geradezu grotesk wirkende Verwendung einer gestylten Sprache verwiesen, die innerhalb dieser Schulen anscheinend als Ausweis wissenschaftlichen Arbeitens gilt. Will Stichweh sagen, daß die Ausbildung des Lehrers und seine Schultätigkeit zeitlich strikt getrennt sind, wird dies beschrieben als »strikte zeitliche Sequentialisierung des Involviertseins in diesen beiden Kontexten«. (S. 47).

14 Dargelegt vor allem in seinem Buch: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen – Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt/Main 1984. Auch andere Verfasser des vorliegenden Bandes nehmen ausführlich Bezug auf Stichweh.

15 Das von Stichweh beigebrachte Belegmaterial ist sehr knapp bemessen und besteht z. T. außerdem noch aus Sekundärliteratur. Es geht auch nicht an, nach Beliebigkeit deutsche, französische, italienische u. a. Quellen anzuführen, um jeweils gesamteuropäische Entwicklungen (oder gar nur preußisch-deutsche) zu belegen.

16 Die angeführten Argumente sind nicht stichhaltig. Was bedeutet z. B. der Hinweis auf den Umstand (ein näherer Beleg dafür fehlt übrigens), daß die Gymnasien in eine untere »schola privata« und eine obere »schola publica« eingeteilt gewesen seien, die Universität aber als öffentliche Schule galt? Stichweh leitet daraus merkwürdigerweise die Gleichstellung der Universitäten und der Gymnasien im Bewußtsein der Zeitgenossen ab. Mit einiger Berechtigung könnte Stichweh höchstens das sog. »Gymnasium illustre« ins Feld führen. Die anderen von ihm genannten Schultypen (Ritterakademien, Militärschulen, Pädagogien und Pensionate) waren kaum eine wirkliche Konkurrenz zur Universität.

spruchssteigerung« hinsichtlich des Verständnisses von Wissenschaft bilden höchst relative Maßstäbe zur Beurteilung früherer Formen des wissenschaftlichen Lebens. Ob Umfang, Differenzierung und Niveau der Wissenschaften im 17. Jahrhundert geringer waren als im 19. Jahrhundert, ist fraglich. Sicher ist nur, daß sie eine gänzlich andere Orientierung und Struktur aufwiesen. Die mit jener Wissenschaftsentwicklung in Verbindung gebrachte These von der Wandlung von einem vertikal zu einem horizontal strukturierten Bildungssystem kann zwar eine heuristische Orientierung bieten, wirft beim Blick auf die komplizierten Wege der Bildungsgeschichte aber zu viele Fragen auf (wie sind z. B. die »Leitwissenschaften« späterer Jahrhunderte zu interpretieren?), um mit ungebrochener Akzeptanz rechnen zu können. Insofern besteht gegenwärtig weniger der Bedarf nach neuen Modernisierungstheorien als die Notwendigkeit der intensiven Beschäftigung mit den historischen Phänomenen in ihrer konkreten historischen Erscheinung.

Eine weitverbreitete Form der Beschäftigung mit dem Aspekt der Bedeutung der Persönlichkeit in der Universitätsgeschichte bildet die Sammelbiographie. Der vorliegende Bericht hat auf zwei Beispiele dieses Genres hinzuweisen; beide betreffen die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Diese Universität bildet zusammen mit jenen in Hamburg und Köln eine Gruppe von Hochschulneugründungen zum Beginn dieses Jahrhunderts, die wesentlich vom Besitzbürgertum jener Städte getragen wurden. Die Frankfurter Universität als älteste dieser Einrichtungen konnte 1989 auf eine 75jährige Geschichte zurückblicken, die in einem von Notker Hammerstein verfaßten, opulenten Werk eine umfassende Darstellung gefunden hat. Gleichwohl konnte diese Arbeit, wie Bernhard Diestelkamp und Michael Stolleis als Herausgeber des vorliegenden Bandes betonen, die einzelnen Fakultäten nicht »in extenso« behandeln. Die von Rechtswissenschaftlern der Frankfurter Universität verfaßten biographischen Skizzen ihrer Vorgänger sollen einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke bilden. Lebende Persönlichkeiten wurden nicht erfaßt, ebensowenig Wissenschaftler, die nur flüchtig mit der Frankfurter Universität in Berührung kamen. Wenn auch der größere Teil der berücksichtigten Namen außerhalb der Juristenkreise wenig bekannt sein dürfte, so finden sich doch immerhin auch einige Personen, die weit über ihren engeren Fachbereich hinauswirkten: Hugo Sinzheimer, Hermann Heller, Friedrich Giese, Walter Hallstein. Ein Buch zur Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts, zumal wenn es sich auf die Jurisprudenz konzentriert, muß sich mit der Stellung und dem Verhalten der Hochschullehrer zu den politischen Umbrüchen der Zeit, insbesondere in den Jahren des Nationalsozialismus, beschäftigen. Das Spektrum der eingenommenen Positionen war in Frankfurt in dieser Beziehung recht breit, jedenfalls breiter als an den meisten anderen Universitäten der ersten Jahrhunderthälfte, was sicher auch auf den überdurchschnittlichen Anteil von Wissenschaftlern jüdischer Herkunft zurückzuführen ist. Hugo Sinzheimer und Hermann Heller als engagierte Sozialdemokraten und Juden hätten an den meist stark konservativ orientierten Hochschulen der Weimarer Republik anderswo nur schwer eine Chance erhalten. Arthur Baumgarten wich 1933 nach Basel aus und stellte sich nach 1945, inzwischen zum Kommunisten bekehrt, dem »Rechtssystem« einer Hilde Benjamin zur Verfügung. Ernst Levy, Heinrich Kronstein und Karl Strupp stehen für die 1933 durch das Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in die Emigration Gedrängten. Friedrich Giese, Hans Planitz und Erich Genzner vertreten die gleichsam abgetauchten Juristen, während Franz Beyerle die keineswegs auf die Juristen beschränkte Gruppe von Intellektuellen verkörpert, die glaubten, über den Nationalsozialismus eigene Vorstellungen realisieren zu können. Friedrich Klausing schließlich nahm die Rolle des willfährigen, sich mit dem System identifizierenden Juristen ein.

So bunt wie die Palette der Charaktere der hier genannten Personen, so vielfältig ist die von den einzelnen Biographen angewandte Darstellungsweise. Die einen bemühen sich um eine breite archivalische Grundlage ihrer Ausführungen (z. B. Diestelkamp über Beyerle und Stolleis über Giese), die anderen beschränken sich auf persönliche Erinnerungen und

auf Werkzitate. Einige Abrisse konzentrieren sich auf die Frankfurter Wirkungszeit des dargestellten Gelehrten, andere bringen die gesamte Lebensspanne in gleicher Breite zu Gehör. Viele Biographen berücksichtigen das zentrale Thema der Stellung des Gelehrten innerhalb des politischen und gesellschaftlichen Umfeldes; einige siedeln ihre Darstellung sozusagen jenseits von Zeit und Raum an, indem sie sich auf die akademische Karriere und auf Werkanalysen begrenzen. Besonders auffällig sichtbar wird diese Tendenz in dem Abriß über Adalbert von Unruh von Edgar Ruhwedel. Von Unruhs Wirken für den Ausbau der Luftwaffe im Dritten Reich erscheint als eine ganz normale Tätigkeit, wie sie auch im heutigen Deutschland denkbar wäre. Vielleicht hätten die Herausgeber, bei aller berechtigten Berücksichtigung der Legitimität des individuellen Herangehens der einzelnen Autoren an das gestellte Thema, doch stärker in einem normierenden Sinne wirken sollen, um den Wert des Bandes für die historische Forschung zu erhöhen. In der jetzt vorliegenden Fassung trägt er doch sichtbar den Charakter eines Auftragswerkes, das im Blick auf das Universitätsjubiläum verfaßt wurde.

Ähnliche Aussagen lassen sich auch zu einem zweiten Sammelband mit Biographien Frankfurter Wissenschaftler aus dem Bereich der Naturwissenschaften treffen. Die insgesamt 21 Porträts aller verstorbenen Mitglieder der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität sind zum größten Teil von Schülern oder Freunden der Verstorbenen verfaßt und weisen die Vor- und Nachteile solcher Beiträge auf. Sie bieten lebendige Schilderungen der jeweiligen Persönlichkeit und manche keinem Aktenstudium abzugewinnenden Informationen. Andererseits droht das Überwuchern anekdotenhafter Elemente und eine aus dem Verhältnis Schüler–Lehrer leicht entstehende panegyrische Färbung der Beiträge. Dazu tritt (vielleicht noch auffälliger als in dem zuvor besprochenen Band über die Juristen) eine starke Konzentration auf das wissenschaftliche Werk des Gewürdigten. Eine so orientierte Darstellung, die von einem naturwissenschaftlichen Laien nicht beurteilt werden kann, ist bis zu einem gewissen Grade selbstverständlich legitim und geradezu erforderlich. Trotzdem würde man als Universitäts- und Wissenschaftshistoriker doch gerne des öfteren nicht nur die Verdienste der geehrten Persönlichkeiten für die Wissenschaft und für den Ausbau von Instituten gewürdigt sehen, sondern auch etwas mehr über ihre Rolle innerhalb der die Zeit bewegenden Kräfte und Tendenzen (sowohl im Bereich der Universität wie auch außerhalb der akademischen Mauern) erfahren. Einige Autoren greifen dieses Thema durchaus auf, so z. B. Wolfgang Pohlit in seiner Biographie Friedrich Dessauers, dessen weit über den universitären Bereich hinausgreifende Tätigkeiten (so als sehr aktiver Politiker der Zentrumspartei) eine Berücksichtigung freilich geradezu erzwingen. Natürlich findet auch bei den Wissenschaftlern, die (meist aus rassischen Gründen) Verfolgungen durch die Nationalsozialisten erdulden mußten und in die Emigration gezwungen wurden (Karl Wilhelm Meissner, Max Born, Otto Stern, F. Dessauer, Wolfgang Gleißberg) dies als Tatsache Beachtung, meist ohne daran jedoch weitere Überlegungen zu knüpfen. Einige der Frankfurter Physiker (Max v. Laue, Wolfgang Gentner, Hermann Dänzer, Walter Gerlach) waren, um nur ein Beispiel zu nennen, am deutschen Uranprojekt beteiligt, was durchweg nur beiläufige Erwähnung findet, so wie andere »normale« Forschungsvorhaben auch. In einigen Biographien läßt überhaupt nur die notgedrungene Erwähnung der »schweren Zeit« des Zweiten Weltkrieges erkennen, vor welchem Hintergrund sich die Forschungstätigkeit des gewürdigten Universitätslehrers abspielte. Es kann und soll selbstverständlich nicht darum gehen, einer moralisierenden Geschichtsbetrachtung, die in den Jahren nach 1945 allerdings auch ihr Recht besaß, das Wort zu reden. Man kann sich jedoch nicht darauf beschränken, das Leben eines Wissenschaftlers auf sein Wirken im sprichwörtlichen Elfenbeinturm der reinen Forschung einzugrenzen. Beide hier erwähnten Sammelbände tragen in dieser Beziehung zu deutlich den Charakter von Festschriften, die manchen aufschlußreichen und gut lesbaren Beitrag bieten, viele wichtige und anregende Informationen vermitteln, aber keine den heutigen wis-

senschaftshistoriographischen Anforderungen gerecht werdenden Untersuchungen ersetzen können.

In medias res der eben angedeuteten Thematik bewegt sich eine umfangreiche Studie von Frank Golczewski, die sich ebenfalls einer der vergleichsweise liberal orientierten Universitätsneugründungen zwischen 1914 und 1919 zuwendet, nämlich der Hochschule in Köln. Das Verhalten der deutschen Professorenschaft in den Jahren des Dritten Reiches bildete bekanntlich nach 1945 ein Thema, das nicht gerade im Mittelpunkt der Universitätshistoriographie stand. Erst die Studentenbewegung der 1960er Jahre trug zum Aufbrechen dieser Tabuisierung bei, wenn auch manches damals Gesagte sicher mehr für den Tag und für die Stunde verfaßt worden ist. Auch heute, ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen, sind wir von einem umfassenden und überzeugenden Bild über die Geschichte der Hochschulen zwischen 1933 und 1945 noch weit entfernt. Zu sehr vernachlässigt die Sicht auf spektakuläre Einzelfälle (z. B. die Rolle Martin Heideggers) die Aufarbeitung des banalen Geschehens des »alltäglichen Faschismus«. Inzwischen drängt sich nach dem Zusammenbruch der DDR mit wachsender Schärfe bereits eine neue Notwendigkeit der »Bewältigung« des leidvollen Problems der Beziehung Wissenschaft – Politik heran, und es scheint nach allen vorliegenden Anzeichen auch diesmal nicht auf überzeugendere Weise zu gelingen, jenem Anliegen gerecht zu werden.

Auch und gerade unter diesem aktuellen Gesichtspunkt kommt Golczewskis Untersuchung Interesse zu, und dies um so mehr, als sie hinsichtlich der Quellenaufarbeitung, der Methode, der eingeschlagenen Intentionen und der getroffenen Wertungen weithin als vorbildlich zu charakterisieren ist. Zwei relativ knappe Kapitel orientieren über die nationalsozialistische Machtergreifung an der Universität und über die Auseinandersetzungen um die Hochschulleitung während der braunen Herrschaft. Im Zentrum der Untersuchung stehen die Abschnitte »Verfolgung Kölner Hochschullehrer« und »Nationalsozialisten an der Universität«. Unter dem Gesichtspunkt der Disziplingeschichte beschäftigen sich zwei weitere Kapitel mit der Geschichtswissenschaft und der Rassenhygiene in Köln. Ein wiederum recht umfangreicher Schlußabschnitt wendet sich der bisher fast gänzlich vernachlässigten Frage nach der Geschichte des »Wiederbeginns« nach 1945 zu. In allen Abschnitten entscheidet sich Golczewski für einen dezidiert personengeschichtlichen Ansatz, der nicht nur die Anschaulichkeit der Darstellung erhöht, sondern auch das damalige Geschehen bei aller Berücksichtigung sozialer, mentaler und politischer Hintergründe und Triebkräfte als ein Ergebnis des Handelns konkreter Persönlichkeiten erkennen läßt. Dabei vermeidet der Verfasser die naheliegende Gefahr pauschalisierender Schwarz-Weiß-Urteile. *Der* Nationalsozialist und *der* Antifaschist sind Idealtypen, die so in der Universitätsrealität nur selten anzutreffen waren. Es dominierten die verschiedenen Zwischenformen: Reine Opportunisten; »Idealisten« mit der Vorstellung, über den Nationalsozialismus ihre eigenen Visionen verwirklichen zu können; »Unpolitische«, die sich ganz in die Grenzen ihrer Wissenschaft zurückzuziehen versuchten; Vertreter der »inneren Emigration« u. a. m. Manche unterstützten verbal oder auch durch die Tat das neue System, gerieten dann aber selbst, aus welchen Gründen auch immer, in die Mühlen der Unterdrückungsapparate des Dritten Reiches und füllten mitunter auch die Reihen der Emigranten, deren heterogene Zusammensetzung ebenfalls genaue Beachtung findet.

Golczewski liefert zu allen Varianten eine beeindruckende Menge an Beispielen, die auf der Grundlage einer umfassenden Auswertung der Akten beruhen. Man stößt auf bekannte Namen, wie beispielsweise Hans Kelsen, Carl Schmitt, Paul Honigsheim, Martin Spahn, Eugen Schmalenbach, aber auch auf Persönlichkeiten, die nur den jeweiligen Fachwissenschaftlern geläufig sein dürften. Sicher wird man über einzelne Wertungen diskutieren können, so ob Carl Schmitt als eindeutiger Nationalsozialist zu bezeichnen ist, oder ob Julius Lips tatsächlich die Rolle eines verhinderten Proselyten spielte. Insgesamt gesehen wirkt das entworfene Bild jedoch überzeugend – und deprimierend. Ein nennenswerter Wider-

stand der Kölner Universität gegen die braunen Machthaber, die durchaus damit rechneten, wurde nicht geleistet. Golczewski führt dies auf die Salamitaktik der Nationalsozialisten bei der Ausschaltung ihrer Gegner zurück, vor allem aber auf den blanken Eigennutz weiter Teile der Professorenschaft, der dem von eben jenen Lehrern zur Standesideologie verklärten Idealismus als der Grundlage der Jugenderziehung geradezu ins Gesicht schlug.

Die insbesondere durch Wahlstatistiken belegte These von der höheren Resistenz der katholischen Gegenden des Reiches gegenüber der NSDAP läßt sich hinsichtlich der Universität Köln, die freilich keine konfessionelle Einrichtung darstellte, kaum bestätigen. Immerhin ist nach Meinung des Verfassers hier öfters als in anderen Hochschulen der Versuch unternommen worden, einzelne Kollegen vor staatlichen Verfolgungen zu schützen, was vielleicht auf die liberaleren Wurzeln der »Weimarer Universität« zurückzuführen ist. Allerdings hat gerade in dieser Hinsicht die rigorose Vertreibung aller der Ideologie der unpolitischen (und gerade damit sehr einseitig politisch orientierten) Hochschule kritisch gegenüberstehenden Persönlichkeiten im Dritten Reich Ansätze weggebrochen, die auch nach 1945 nicht wieder aufgenommen wurden, da der »Neubeginn« von 1945, von einigen kosmetischen Retuschen abgesehen, in der Kontinuität zur im traditionalistischen Sinne umgeprägten Universität der 1930er Jahre stand: »Köln war damit in das Glied der konventionellen deutschen Universitäten zurückgetreten.« (S. 443) Es wäre dringend zu wünschen, daß andere Hochschulen sich durchringen könnten, Mittel und Möglichkeiten zur Erarbeitung ähnlicher Untersuchungen zu gewähren. Das Jahr 1945 sollte dabei keine unüberschreitbare Grenze bilden – nicht nur für die Universitäten der späteren DDR.

Golczewski weist mit Recht die These zurück, die nationalsozialistische Machtergreifung an den Universitäten sei vorrangig von der Studentenschaft vorangetrieben worden. (S. 8 f.) Gleichwohl besteht kein Zweifel, daß sich weite Kreise der Studenten aufgrund einer tiefsitzenden Aversion gegen die Weimarer Republik als empfänglich für die Ideologien und Schlagworte der »konservativen Revolution« zeigten und im wachsenden Maße auch eine beträchtliche Rekrutierungsbasis für die NSDAP und ihre Gliederungen bildeten. Nachdem verschiedene Arbeiten über die Entwicklung in Deutschland bzw. an einzelnen deutschen Hochschulen vorgelegt worden sind, kann der Interessent jetzt auch zu einer sehr detailliert gestalteten Untersuchung über die studentischen Verbindungen einer außerhalb des Reiches gelegenen Universität des deutschen Sprachbereiches greifen, die aus einer Dissertation des jungen Innsbrucker Historikers Michael Gehler hervorgegangen ist. Das Wissen um etwaige Parallelen oder Unterschiede zur Entwicklung in Deutschland verspricht nicht nur Aufschlüsse für den engeren Bereich der Bildungsgeschichte, sondern auch einen Erkenntnisgewinn für die vergleichende Faschismusforschung (Austrofaschismus). Gehler hat sich um die Erschließung von Quellenmaterial der verschiedensten Archive bemüht (aufgrund des fehlenden Entgegenkommens mancher studentischen Verbindungen nicht immer erfolgreich) und nutzte auch die Methode der »Oral History« ausgiebig. Seine Darstellung soll sowohl eine Struktur- wie Ereignisgeschichte bieten. Allerdings formuliert der Verfasser nirgends die genaue Zielstellung seiner Arbeit. Anscheinend soll sie jedoch die Geschichte der Innsbrucker Studenten zwischen 1918 und 1938 schlechthin schildern (vgl. S. 11 und S. 17). Ausdrücklich heißt es in diesem Zusammenhang, Studentengeschichte sei »in erster Linie Geschichte der Korporationen«. Dem muß widersprochen werden. Der durchschnittliche Student bewegt sich innerhalb einer weit größeren Zahl von Lebensbereichen, die freilich meist weniger auffällig im Rampenlicht erscheinen als die Korporationen.

Geht es allein um die spezielle Frage »Studenten und Politik«, dann kommt den studentischen Verbindungen sicher zentrale Bedeutung zu. Selbst dann wäre man als Leser jedoch dankbar, einige Informationen über die Universität Innsbruck in der Zwischenkriegszeit zu erhalten, über ihren Aufbau, ihre Lehrerschaft (einschließlich deren politische Orientie-

rung), ihr wissenschaftliches Profil, ihre ökonomische Situation, ihre Stellung innerhalb des österreichischen Hochschulwesens usw. Auch das alles gehört wenigstens zum Hintergrund des Problems »Studenten und Politik« und hätte eine knappe Berücksichtigung verdient. Dies ist aber nicht der Fall. Immerhin erhalten wir jedoch fundierte statistische Aufschlüsse über die soziale und regionale Herkunft der Studenten (mit einem meist hohen Anteil aus dem Deutschen Reich) sowie über ihre wirtschaftliche Situation. Über knapp 350 Textseiten hinweg folgt dann eine minutiöse, quellengesättigte Darstellung der Korporationen hinsichtlich der in ihnen lebendigen Ideologien und der konkreten von ihnen vertretenen Politik.

Ganz unberücksichtigt bleibt leider der personalgeschichtliche Aspekt; die vielen genannten Namen erscheinen nur als schemenhafte Persönlichkeiten. Gehler differenziert in seiner Analyse sehr genau zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb des Verbandswesens, die sich weitestgehend ganz grob in deutschnationale, katholische und (später) nationalsozialistische Gruppierungen gliedern lassen. Bestimmte gemeinsame ideologische Fixpunkte lassen sich bei allen diesen Richtungen ausmachen, so der Antisemitismus, der Antimarxismus oder der »Kampf gegen Versailles«. Die Südtirolfrage verband die nationalen und katholischen Verbände, bereitete aber dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) in Innsbruck wegen der bekannten Stellung Hitlers in dieser Angelegenheit enorme Schwierigkeiten. Andererseits kam es nach dem Beginn der Ära Dollfuss (1932) und dem Schlüsseldatum 30. 1. 1933 zu einem immer deutlicheren Bruch zwischen der nationalen (am Anschlußgedanken festhaltenden) Richtung und den katholischen Korporationen, die den neuen autoritären, auf österreichische Eigenstaatlichkeit bedachten Ständestaat stützten. Damit verbunden war eine Wendung gegen den Nationalsozialismus, die angesichts der bleibenden zentralen ideologischen Gemeinsamkeiten in ihrer Entschiedenheit doch immer fraglich blieb. Gehler glaubt in diesem Zusammenhang sogar abschließend feststellen zu können, daß die katholischen Verbände »zum gleichsam faschistischen Teil des Ständestaates« gehörten.

Hier wird eine auch an anderen Stellen zu vermerkende Theorieschwäche sichtbar, die manche Schlußfolgerungen des Verfassers als fragwürdig erscheinen läßt. Faschismus und Nationalsozialismus sollten nicht so eindeutig und unbefangen synonym verwendet werden wie im vorliegenden Band. Bezeichnenderweise fehlt eine Darstellung der Rezeption des italienischen Faschismus durch die Verbände. Die Feststellung, die Studentenschaft sei »nahezu vollends« in der nationalsozialistischen Weltanschauung aufgegangen (S. 56), argumentiert zu kurzschlüssig und undifferenziert. Auch die in den »wertenden Schlußüberlegungen« (S. 431 ff.) aufgestellte These von der Verwurzlung nationalsozialistischer Ideologie und Praxis in der »Erziehungsarbeit« der nationalen schlagenden Korporationen (Mensur, Duell, vor allem die Negation religiöser Werte) kann in dieser einfachen Linienziehung und moralisierenden Wertung nicht akzeptiert werden. Das Gleiche gilt für die von Gehler vertretene Mittelstandstheorie zur Deutung des Charakters der Korporationen und deren daraus ableitbare Anfälligkeit für den Faschismus. Nach Gehler habe der wurzellose, sozial absinkende Mittelstand eine falsche, schichteninadäquate Ideologie entwikkelt, die sich an der sozialen Oberschicht orientierte und die unbedingte Abgrenzung nach unten suchte. Innerhalb der Korporationen habe sich diese Verhaltensweise geradezu ideal realisieren können. Die katholischen Verbände bevorzugten dabei eher die austrofaschistische Richtung, die nationalen Gruppierungen die nationalsozialistische Spielart, die Gehler in einer mitunter nur noch schwer zu unterscheidenden Weise in eine Nähe zueinander rückt. Hier muß in einem weit stärkeren Maße differenziert werden, innerhalb des Mittelstandsbegriffes selbst, zwischen Konservatismus und Faschismus und wiederum innerhalb dieser Phänomene. Unreflektierte Gleichsetzungen zwischen bestimmten Ideologien und bestimmten sozialen Schichten sollten vermieden werden. Nicht zuletzt ist die Erklärung des Faschismus als Bewegung »wild gewordener Kleinbürger« heute fragwürdig gewor-

den.[17] Gehler leistet so eine sehr anerkennenswerte Pionierleistung in der Erfassung, Aufbereitung und Darstellung von Material zu einem bisher wenig beachteten Thema. Die von ihm gezogenen Schlüsse können jedoch nicht immer überzeugen.

In Abwandlung des auf die Kriegführung bezogenen Spruches könnte man mit Samuel von Pufendorf sagen, daß zur Gründung und zum Erhalt von Universitäten drei Voraussetzungen nötig sind: Geld, Geld und nochmals Geld.[16] Fragen der finanziellen Ausstattung bildeten ein Dauerthema der sich sonst wandelnden Hochschulen, und nicht wenige Bildungseinrichtungen gingen aufgrund ihrer traurigen pekuniären Situation entweder ein oder fristeten ein bescheidenes, kaum beachtetes Dasein. Zu diesen Universitäten gehörte trotz ihrer scheinbar günstigen Lage in der Stadt des Erzkanzlers des Reiches und Primas der deutschen katholischen Kirche lange Zeit die bereits im 15. Jahrhundert gegründete Universität Mainz.

Einem gegen Ende des 18. Jahrhunderts unternommenen Versuch des Erzbischofs Friedrich Karl Joseph von Erthal, die Universität finanziell abzusichern, ist ein »Archiv-Bericht« von Johannes Bärmann gewidmet. In einem einleitenden Textband schildert der Verfasser die Entstehung des Universitäts-Fonds, der auf der Grundlage säkularisierter Klostergüter errichtet wurde, sowie dessen weitere verwickelte Geschichte, insbesondere in der Zeit der französischen Okkupation von Mainz bis zum faktischen Ende der Universität 1822. Den gewichtigsten Teil der Publikation bildet ein fast 900 Seiten umfassender Dokumentenband, der Quellen aus dem Bestand verschiedener Archive (u. a. aus Darmstadt, Mainz, Paris, Würzburg) dem Interessenten zugänglich macht. Es handelt sich in der Hauptsache um handschriftliche Texte, die als Faksimile wiedergegeben werden. Dieses ungewöhnliche Verfahren wird mit Sicherheit nicht nur auf Zustimmung stoßen. Der Verfasser äußert sich, soweit ich sehe, nirgends über die Gründe seiner Entscheidung. Wahrscheinlich wäre die Anfertigung einer Transkription der Texte nicht finanzierbar gewesen, so daß allein über ein fotomechanisches Verfahren die Dokumente überhaupt zur Veröffentlichung gelangen konnten. Außerdem ist jetzt jeder Leser in der Lage, sich selbst ein möglichst authentisches Bild zu verschaffen. Andererseits stellt die Lektüre der ja von der Qualität der Vorlagen abhängigen Kopien, die zudem alle Texte auf ein Format bringen (also vor allem verkleinern) eine so mühselige Angelegenheit dar, daß sich die Zahl der Benutzer des Bandes sicher in engen Grenzen halten wird.

Mehr den aktuellen Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen als der Berücksichtigung wissenschafts- und universitätsgeschichtlicher Fragen ist eine von Helmut Reinalter herausgegebene Broschüre gewidmet, deren Beiträge sich auf verschiedene interdisziplinäre Forschungsprojekte der Innsbrucker Universität stützen, die in der vorliegenden Publikation skizziert werden. Im Mittelpunkt stehen Themen aus dem Bereich der Naturwissenschaften (einschließlich der Ökologie) sowie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Aus dem Bereich der Geisteswissenschaften finden Beziehungen zwischen Theologie und Literaturwissenschaft, der Begriff der Aufklärung und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Nationalphilologien Beachtung.

Schule und Universität (einschließlich der eng mit ihr verzahnten Forschung) im Deutschland der Neuzeit sind in der Regel staatlich gelenkte und finanzierte Anstalten. Die Beschäftigung mit der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte hat daher immer wieder

17 Es genügt in diesem Zusammenhang nicht, sich auf die zweifellos scharfsinnige und wegweisende Arbeit von *Theodor Geiger*, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, zu berufen. Inzwischen ist über die Rolle des Mittelstandes in der Zeit zwischen dem Kaiserreich und dem Nationalsozialismus eine umfangreiche Literatur erschienen, die Berücksichtigung hätte finden müssen.

18 Samuel von Pufendorf an Christian Thomasius, 27. 2. 1692, in: Briefe Samuel Pufendorfs an Christian Thomasius (1687–1693), hrsg. von *E. Gigas*, München/Leipzig 1897, S. 64.

über das Thema der Beziehungen dieser Einrichtungen zum Staat und zur Politik zu reflektieren. Nun ist jedem, der auch nur oberflächliche Kenntnis über die gegenwärtigen Strukturen des wissenschaftlichen Lebens besitzt, geläufig, daß der Staat heute keineswegs mehr als einziger Träger der Forschung in Erscheinung tritt, daß vielmehr auch außerstaatliche Förderer in breitem Umfange wirken. Insbesondere die Industrie hat sich unter Einsatz beträchtlicher Mittel hier in einem erheblichen Maße engagiert. Das Thema der außerstaatlichen Wissenschaftsförderung wurde von der Historiographie bisher stiefmütterlich behandelt. So mußten fast sämtliche Referenten zweier diesem Stoff gewidmeter Tagungen der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg ausdrücklich feststellen, daß sie nur in einem sehr beschränkten Maße auf Vorarbeiten zurückgreifen konnten. Ein Teil dieser Vorträge liegt jetzt in überarbeiteter Fassung vor und gestattet einen Einblick in eine erst in den Anfängen steckende Richtung der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung. Neben Überblicksdarstellungen, die die Entwicklung innerhalb einzelner Länder (Österreich, Schweiz, England, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland) über längere Zeiträume verfolgen, stehen Studien zur Geschichte bestimmter Institutionen (z. B. Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) oder einzelner Disziplinen (Geschichtswissenschaften in Deutschland). Im zeitlichen Ansatz geht keine der Darstellungen über die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, wenn auch Rüdiger vom Bruch in seiner Einleitung zumindest darauf hinweist, daß sich ein nicht an den Staat gebundenes Mäzenatentum zeitlich wesentlich weiter zurückverfolgen läßt. Die zentralen Diskussionspunkte dieser Beiträge, die hier nicht im einzelnen referiert werden können, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Aus welchen Gesellschaftsschichten rekrutierten sich die neuen Mäzene wissenschaftlicher Forschung? Es herrscht allgemein die Auffassung vor, daß bei nicht unerheblichen inhaltlichen und chronologischen Abstufungen innerhalb der verschiedenen Länder die alten Eliten hier höchstens am Rande in Erscheinung traten. Es dominierte die Industrie. Das schließt nicht aus, daß sich auch die Finanzwirtschaft oder interessierte Privatleute an der Finanzierung von Forschungsprojekten beteiligten. 2. Was waren die Motive, die den oft erheblichen Einsatz finanzieller Mittel für Forschungszwecke veranlaßten? Hier ist auf ein ganzes Bündel von möglichen Gründen zu verweisen, die sich wiederum länder- und disziplinspezifisch ausgliedern lassen und natürlich oft in gemischter Form auftraten: religiöse Motivation, zum ewigen Gedächtnis des Namens des Stifters, patriotische Beweggründe (von engen regionalen bis zu übergreifenden nationalen Gesichtspunkten), echtes Interesse an der Entwicklung der Wissenschaft, ein gewisser gesellschaftlicher Zwang zur Spendenleistung, vor allem aber die Hoffnung auf die Möglichkeit der industriellen Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse. 3. Welche wissenschaftliche Vorhaben wurden außerstaatlich gefördert? Prinzipiell standen Projekte aus dem Bereich von Naturwissenschaft und Technik im Mittelpunkt des Interesses, bedingt durch die rasant wachsende Bedeutung der Entwicklung der Industrie, aus deren Reihen ja auch die wichtigsten Leistungen zur Förderung erbracht wurden. Dabei ist wieder zwischen der Förderung der Grundlagenforschung und der Unterstützung von Projekten, die der unmittelbaren Anwendung dienen sollten, zu unterscheiden. Forschungen im Bereich der Geisteswissenschaften konnten nur in einem weit geringeren Maße mit außerstaatlicher Hilfe rechnen, obwohl es selbst hier Mäzene aus dem industriellen Bereich gab. 4. Wie gestaltete sich das Verhältnis zum Staat? Aus naheliegenden Gründen waren die staatlichen Gewalten daran interessiert, Einflußmöglichkeiten auf die von privater Hand geförderten Einrichtungen wahren zu können. Oft bedurfte es auch staatlicher Anregungen, Absicherungen und finanzieller Beihilfen (Mischfinanzierung), um überhaupt entsprechende Projekte in die Tat umzusetzen (Beispiel Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft). Ein besonders problematisches Kapitel bildete das Beziehungsgeflecht Staat – Wirtschaft – Wissenschaft bei der Realisierung von Rüstungsvorhaben (z. B. das sog. »Gasinstitut« Fritz Habers). 5. Ähnlich wie in der Schul- und Universitätsgeschichte kann

nur der internationale Vergleich der Formen und Wege der außerstaatlichen Förderung der Wissenschaft brauchbare Maßstäbe für die Beurteilung des Geschehens innerhalb des nationalen Rahmens bieten.

Bildet also die Geschichte der außeruniversitär angesiedelten Forschung noch weithin eine terra incognita, so ist zur wohl bekanntesten wissenschaftlichen Institution im deutschen Sprachbereich, zur Max-Planck-Gesellschaft (bis 1946 Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), eine Darstellung erschienen, die im Umfang, in ihrer thematischen Breite und in der Intensität der Quellenerschließung in den nächsten Jahrzehnten kaum übertroffen werden dürfte. Nun besaß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) aus verschiedenen Gründen eine so exponierte Stellung in der Wissenschaftsgeschichte, daß über sie bereits ein doch beachtliches Schrifttum vorliegt. Dieses vermittelt nicht nur Orientierungshilfen bei der Materialerschließung, sondern bietet auch eine Reihe von Ansätzen für die Beantwortung der den Historiker besonders interessierenden Fragen nach den Gründen der Entstehung der Gesellschaft und ihren Initiatoren, nach ihrer Stellung zum Staat, zur Gesellschaft und zur Wirtschaft. In Auseinandersetzung mit jenen Interpretationen, vor allem aber über eine intensive Beschäftigung mit den gedruckten und ungedruckten Quellen werden Lösungsmöglichkeiten für die eben angedeuteten Probleme geboten. Generell bilden die Jahre 1949/50 mit dem Abschluß der ersten Etappe der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft die Zeitgrenze der Darstellung, wenn auch gelegentlich spätere Jahre einbezogen werden. Dabei wird das Thema von verschiedenen Seiten her angegangen: Einem großen Block der chronologisch voranschreitenden Darstellung (verfaßt von B. vom Brocke, L. Burchardt, H. Albrecht, A. Hermann, M. Heinemann) folgen Kapitel, die sich mit einzelnen Persönlichkeiten (Adolf von Harnack, Albert Einstein, Fritz Haber, Emil Fischer) und mit Sachthemen (Finanzierung, Einrichtungen, Beziehung zur Industrie, Wissenschaft als Dienstleistung) beschäftigen. Breiten Raum nimmt schließlich die Untersuchung der internationalen Beziehungen der KWG ein, deren Gründung und Entwicklung damit zugleich in einen umfassenden Kontext eingebettet erscheint. Aus diesem Aufbau ergeben sich nicht wenige Doppelungen in den Ausführungen. Sicher ist dies von der Sache her nicht immer zu vermeiden, hätte aber bei einer besseren Abstimmung der Texte aufeinander eingeschränkt werden können. Wenn auch immer wieder von den Entdeckungen und Erfindungen die Rede ist, die an den Instituten der KWG gelangen, so dominiert doch eindeutig der wissenschaftspolitische Aspekt (einschließlich sehr gründlicher Darlegungen zur Organisations- und Verwaltungsgeschichte). In der Tendenz herrscht die Auffassung vor, daß die Ursachen für die Entstehung der KWG wissenschaftsintern zu suchen sind (Ungenügen der Universitäten als Forschungsstätten angesichts der wissenschaftlichen Revolution). Die Industrie, die zumindest anfangs eine eher zurückhaltende Position einnahm, habe niemals einen beherrschenden Einfluß auf die Geschicke der KWG gewonnen. Wesentlicher sei die Abhängigkeit vom Staat gewesen, so bereits in der Gründungsphase. In den beiden Weltkriegen kam es zu einer erheblichen Inanspruchnahme der für die Rüstung interessanten Institute durch das Militär. In der Weimarer Republik wuchs der Umfang der staatlichen Beteiligung an der Finanzierung der KWG und damit auch an ihrer Entwicklung. Von besonderer Brisanz ist selbstverständlich die Stellung der KWG im Dritten Reich. Die Verfasser verweisen auf die Wissenschaftsfeindlichkeit Hitlers und auf die auch im Bereich der Wissenschaftspolitik zu beobachtende Polykratie in jener Zeit. Diese trug mit dazu bei, die drohende Auflösung der Gesellschaft zu verhindern und manche Maßnahmen zu bremsen oder abzumildern, wenn auch nach dem Ausscheiden Plancks aus der Präsidentschaft (1937) der nationalsozialistische Einfluß laufend wuchs. Das Bild bleibt freilich sehr ambivalent. Die im Buch drei oder vier Mal geschilderte Gedächtnisveranstaltung für Fritz Haber (jüdischer Abstammung) im Januar 1935 war für Planck und die KWG sicher ehrenwert. Ob die Devise »durchhalten und weiterarbeiten« (S. 374) richtig war, ist aber zweifelhaft, da sie (freiwillig oder nicht) dem System am Ende nützte. Auch läßt sich m. E. die von

Planck selbst betriebene Beteiligung der KWG an der Aufrüstung nicht durch deren »breite Unterstützung« (S. 377) durch das Volk entschuldigen.[19]

19 Vgl. auch die sicher anfechtbaren Ausführungen S. 395 f. über das »Uranprojekt«.

Karl Heinrich Kaufhold

Arbeiterklasse und Lohnarbeit – ein neues, fruchtbares Konzept

Jürgen Kocka, Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 1), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 320 S., Ln., 48 DM.

Jürgen Kocka, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 2), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 722 S., Ln., 98 DM.

I.

»Arbeiter« und »Arbeiterbewegung« besetzen in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zentrale Plätze. Als spezifische ökonomische und soziale Erscheinungen bildeten sie sich mit der Industrialisierung im aufsteigenden 19. Jahrhundert allmählich heraus, und es scheint, als lösten sie sich mit dem ausgehenden 20. Jahrhundert auf in soziale Verbände anderer Art. Wie dem auch sei: Für das 19. und 20. Jahrhundert sind sie eines der großen Themen der Wirtschafts- und Sozial-, doch auch der politischen Geschichte. Ungeachtet vieler internationaler Komponenten, auf die sich vor allem die Arbeiterbewegung immer wieder berufen hat, ist es in erster Linie ein Thema der nationalen Geschichte, denn die sozialökonomische Gestalt des Arbeiters fiel ebenso wie die Organisation und das Verhalten der Arbeiterbewegung von Staat zu Staat verschieden aus, und auch das Maß der Einbindung beider in die »allgemeine« Geschichte war von Land zu Land unterschiedlich.

Eine Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung stellt also inhaltlich wie methodisch hohe Anforderungen und muß mancherlei beachten. Das beginnt bei den Definitionen, denn beide Begriffe sind nicht ohne weiteres deutlich, und ihr Inhalt wandelte sich überdies im Zeitablauf. Sie muß vermeiden, beide gleichzusetzen, denn immer blieben viele Arbeiter unorganisiert. Sie darf aber andererseits die enge Verbindung zwischen ihnen nicht übersehen. Sie hat sich ferner den weitreichenden Differenzierungen in der Arbeiterschaft zuzuwenden, doch auch den vielfältigen Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung. Ein zentrales Thema ist das Verhältnis zum Staat, das sich vielfältig zeigte: Von der staatlichen Repression bis hin zum Wandel der Staatsverfassung unter dem Einfluß vor allem der politisch orientierten Arbeiterbewegung. Zu diesen allgemeinen Problemen treten weitere spezifisch deutsche, etwa die Eigentümlichkeiten der Industrialisierung und die besondere Stärke der Arbeiterbewegung in diesem Land sowie die mannigfachen Brechungen der deutschen Geschichte in beiden Jahrhunderten. Zusammenfassend also ein großes, doch auch ein schwieriges Thema.

Das erklärt wohl den auffälligen Mangel an deutschen Gesamtdarstellungen. Lange beherrschte Jürgen Kuczynski mit den 40 Bänden seiner »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus« das Feld, ein monumentales Werk mit allen Stärken und Schwächen der Arbeit eines einzelnen über ein Thema dieses Zuschnitts. Es ist allerdings, wie schon der Titel sagt, mehr eine Geschichte der Arbeiter als der Arbeiterbewegung. Für diese lag die von 1966 bis 1969 erschienene, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED herausgegebene »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« als parteioffizielle Darstellung vor. Beide Werke waren inhaltlich wie methodisch geschlossen, denn beide folgten konsequent der marxistisch-leninistischen Ideologie.

Nicht-marxistische Autoren hatten es schwerer. Die damals oft gestellte ungeduldige Frage, warum nicht auch in der Bundesrepublik eine Gesamtdarstellung des Themas erscheine (auch Kuczynskis Bände für Deutschland lagen seit 1969 sämtlich vor), verkannte die Lage der westdeutschen Sozialgeschichtsforschung: Sie entstand im wesentlichen erst in den 1960er Jahren, und wenn auch die Arbeiter die erste große soziale Schicht waren, der sie sich zuwandte, dauerte es doch bis weit in die 1970er Jahre, ehe die Materialgrundlage für zusammenfassende Arbeiten breit genug war. Und da eine verbindliche Ideologie fehlte, setzten solche Arbeiten auch eine Klärung der grundsätzlichen Positionen voraus.

1984 begann dann die von Gerhard A. Ritter herausgegebene »Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts« zu erscheinen, die auf 11 Bände angelegt ist und die das Thema in drei großen, zeitlich gegliederten Blöcken behandelt (um 1800 bis um 1875 in vier Bänden von Jürgen Kocka, um 1875 bis 1918 von Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde in 4 Bänden, Weimarer Republik von Heinrich August Winkler in 3 Bänden). Davon erschien der dritte Block zuerst (vgl. die Besprechung von Peter von Oertzen, in: AfS 28, 1988, S. 497–506). Die beiden vorliegenden Bände sind die ersten des ersten Blocks. Mit ihnen beginnt also das Gesamtwerk. Der Herausgeber hat daher dem ersten Band einige Bemerkungen zum Gesamtwerk vorangestellt, in denen er dessen Ziel, den Untersuchungsraum und die Methoden skizziert. Ziel ist, »die Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Zusammenbruch der Weimarer Demokratie darzustellen.« (S. 11) Der Untersuchungsraum, Deutschland, folgt politischen Grenzen: um 1800 das Alte Reich, danach der Deutsche Bund (wobei Österreich freilich im 2. Band deutlich zurücktritt), ab 1871 das Deutsche Reich. Methodisch verknüpft das Werk die Geschichte der Arbeiterschaft mit der der Arbeiterbewegung und erhebt damit einen bedeutenden innovativen Anspruch, da beide Bereiche bisher traditionell getrennt behandelt worden sind. Dieses umfassende Thema soll auch möglichst umfassend dargestellt werden, das heißt, die weiten, in sich stark differenzierten Bereiche Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung kommen insgesamt in den Blick. Überdies wird das Thema »als Teil der allgemeinen Geschichte begriffen«. (S. 13) Die Darstellung schließlich will über der »Analyse der Prozesse und objektiven (im Original kursiv) Verhältnisse« (S. 14) deren subjektive Erfahrung und Verarbeitung durch die Arbeiter nicht vergessen.

Ein großes Programm also. Es ist hinreichend allgemein gehalten, so daß die einzelnen Bearbeiter ihre Akzente setzen können. Beurteilen wird es sich erst lassen, wenn das Gesamtwerk vorliegt, die allgemeinen Vorgaben also konkret ausgefüllt sind.

II.

Die Zeit von um 1800 bis um 1870/75 wird von Jürgen Kocka in vier Bänden behandelt. Davon sind bisher zwei erschienen und Gegenstand dieser Besprechung. Da Kocka mit Recht die vier Bände als eine arbeitsteilig angelegte Gesamtheit versteht, scheint es nicht unbedenklich, hier einen Teil des Ganzen gesondert zu würdigen. Doch hat er »das argumentative Skelett« des gesamten Prozesses schon 1983 vorgelegt (Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Bonn 1983; vgl die Besprechung von Friedrich Lenger, in: AfS 24, 1984, S. 605–610), und auch in den beiden vorliegenden Bänden handelt er es jeweils zu Beginn ab. Das reicht aus, um beide Bände als Teil eines zusammenhängenden Ganzen beurteilen zu können.

1. Die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts sind für den Wirtschafts-, mehr noch für den Sozialhistoriker eine Schlüsselzeit, denn in ihnen versank in Deutschland allmählich ein großer Teil der traditionellen ökonomischen und sozialen Ordnung und machte neuen

Kräften Platz, die dann im letzten Drittel des Jahrhunderts, stärker noch im 20. die Herrschaft übernahmen. Dieser Prozeß war allenthalben zu beobachten, am frühesten und am ausgeprägtesten im Gewerbe, wo er häufig als »Industrielle Revolution« bezeichnet wird und wo er sich mit einer neuen Form des Kapitalismus, dem Industriekapitalismus, verband. Die Forschung hat darüber eine Fülle von Fakten zusammengebracht, und wenn auch noch manche Lücken bestehen, reichen jene doch aus, eine sozialgeschichtliche Analyse der Periode zu tragen. Allerdings bieten die Fakten ein buntes Bild: eine Flut einander gelegentlich widersprechender Angaben, die einmal das Neue, dann wieder die Tradition vorn sehen, eine »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« wie selten.

In einer solchen Lage bedarf es einer klärenden und ordnenden Theorie, die es zugleich erlaubt, die für das Thema zentralen sozioökonomischen Erscheinungen des Arbeiters, der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung zu definieren sowie deren Entstehen im historischen Prozeß zu klären. Dem marxistisch orientierten Forscher stand eine solche mit der aus den Lehren von Marx und Engels entwickelten Theorie der Klassenbildung geradezu selbstverständlich zur Verfügung. Sie wurde, zunehmend dogmatisch festgelegt, für die DDR-Forschung verbindlich und fand in den späten 1960er und den 1970er Jahren auch in der Bundesrepublik manche Vertreter. Die Mehrzahl der Historiker lehnte sie freilich ab, eine Entscheidung, in die oft der Ost-West-Gegensatz hineinspielte. Darüber wurde nicht selten vergessen, daß die Auseinandersetzung mit dem Klassenbegriff von Marx gerade in Deutschland eine lange, bedeutende Tradition hatte, zu der auch Max Weber in »Wirtschaft und Gesellschaft« beitrug, eine Tradition, die freilich in der Zeit des Nationalsozialismus nahezu ganz verschüttet wurde und die im Zeichen der ideologischen Konfrontation mit dem Osten kaum Chancen hatte, wiederbelebt zu werden.

Jürgen Kocka hat sich schon früh, Anfang der 1970er Jahre, und in der Folge immer wieder dieser Auseinandersetzung gestellt und aus ihr seinen Standort erarbeitet. Im vorliegenden Werk setzt er ihn als bekannt voraus; der Leser muß also auf das zweite Kapitel des Buches von 1983 (Lohnarbeit und Klassenbildung) zurückgreifen, will er Näheres über die Konstitutionsbedingungen der Arbeiterklasse erfahren. Hauptsächlich aus den Überlegungen von Max Weber in »Wirtschaft und Gesellschaft« entwickelt, geht Kocka – wie hier stark vereinfacht dargestellt – davon aus, die sich im 19. Jahrhundert wandelnden sozioökonomischen Bedingungen, vor allem die Entstehung von Arbeitsmärkten und die Umgestaltung der Produktion durch den Industriekapitalismus, hätten in zunehmendem Maße Lohnarbeit hervorgebracht, also Verkauf von Arbeitskraft aufgrund eines freien Vertrages gegen Entgelt, weiter fremdbestimmte Arbeit mit anderen (den Unternehmern) gehörenden Produktionsmitteln, ferner die Abhängigkeit von anonymen Märkten.

Lohnarbeit in diesem Sinn führt für die Arbeiter zu einer in wichtigen Punkten weithin gleichen ökonomischen und sozialen Lage (Klassenlage); sie bilden damit in der Terminologie Webers eine Marktklasse. Ob daraus »so etwas wie ein gemeinsames Bewußtsein als Klasse« (Kocka 1983, S. 26) erwächst oder, mit Weber zu sprechen, aus der Marktklasse eine soziale Klasse wird, ist offen und muß in einer historischen Analyse in verschiedenen materiellen und immateriellen »Wirklichkeitsbereichen« (ebd.) nachgewiesen werden. Ebenso offen und nachweispflichtig ist der letzte Schritt: Aus dem gemeinsamen Bewußtsein kann soliarisches Handeln erwachsen, können Organisationen der Arbeiterklasse entstehen (Arbeiterbewegung) und sich mit ihren sozialen Kontrahenten auseinandersetzen.

Was hier einfach, vielleicht zu einfach klingt, wird von Kocka stark differenziert gesehen. Vor allem betont er immer wieder die grundsätzliche Offenheit seines Modells der Klassenbildung, das Verzögerungen und Rückläufigkeiten durchaus zuläßt und keinesfalls teleologischen Charakter hat. Etwas zugespitzt gesagt: Entscheidend bleibt der empirische Befund. Die Modellkonstruktion hat lediglich die Funktion, die Fakten zu ordnen und zu erklären; »Arbeiterklasse« ist damit im Grunde nicht mehr als eine nützliche analytische Kategorie. Gründlicher kann man sich wohl kaum vom marxistisch-leninistischen Ver-

ständnis vom Proletariat als der sozialen Hauptkraft absetzen, die die Gesellschaft zu ihrem gesetzmäßig bestimmten Ziel des Sozialismus und Kommunismus führt.

Die so verstandene Arbeiterklasse entstand in einem allmählichen, im einzelnen sehr differenzierten und zum Teil auch widersprüchlich verlaufenden Prozeß im 19. Jahrhundert, in dem überhaupt die Klasse als ein Grundelement sozialer Ordnung an die Stelle von Stand als dem grundlegenden »Gliederungsprinzip der alteuropäischen Gesellschaftsordnung« (S. 33) trat. Auch hier argumentiert Kocka vorsichtig: Zwar schob sich die Klassengesellschaft allmählich an die Stelle der Ständegesellschaft, doch »nie hundertprozentig, denn immer gab es auch andere Gliederungsprinzipien (etwa die nach Geschlecht oder Konfession) und gegenläufige Prozesse (z. B. einige Interventionen des Staates)«. (ebd.)

Mit diesen Überlegungen ist das Grundmuster für die ersten vier Bände des Werkes gewonnen. »Vom Stand zur Klasse« (S. 36) – das gibt die Hauptrichtung an; es geht also um den historischen Prozeß der Bildung der Arbeiterklasse in Deutschland im 19. Jahrhundert. Als dessen zentrale Elemente werden untersucht erstens die zunehmende Ausbreitung von Lohnarbeit (also die Bildung einer Marktklasse), zweitens die Entstehung einer sozialen Klasse und drittens deren solidarisches Handeln, also die Entstehung einer Arbeiterklasse in vollem Sinn und zugleich einer Arbeiterbewegung. Die beiden vorliegenden Bände sind dem ersten Schritt gewidmet, also dem »Siegeszug der Lohnarbeit« (Bd. 2, S. 509) und dessen ökonomischen wie sozialen Voraussetzungen. Band 3 soll die Entstehung einer sozialen Klasse, Band 4 die Anfänge der Arbeiterbewegung behandeln.

2. Im Rahmen dieses Konzeptes mutet Band 1 auf den ersten Blick wie ein Fremdkörper an; schon sein Titel »Weder Stand noch Klasse« scheint ihn aus dem Zusammenhang des Generalthemas auszuschließen. Sieht man indes näher hin, handelt es sich bei den hier untersuchten »Unterschichten um 1800« um eine zentrale Größe im Prozeß der Klassenbildung, denn aus ihnen stammte im 19. Jahrhundert die Masse der Menschen, die diesen Prozeß trugen. Hier zeigt sich der Vorteil des offenen Modells Kockas: Er kann diese quantitativ bedeutsamen Schichten zwanglos darin aufnehmen, während sie in linear bestimmten Klassenbildungstheorien oft Anlaß zur Verlegenheit sind. Denn sie paßten weder in die antagonistischen Grundmodelle der feudalen noch der kapitalistischen Gesellschaft.

Kocka nutzt diesen Band aber auch, um ein Bild der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation um 1800 zu zeichnen. Er sieht sie doppelt charakterisiert, nämlich einmal als Ergebnis zum Teil weit zurückreichender Prozesse, zum anderen als Ausgangspunkt von Entwicklungen, die im 19. Jahrhundert auch die Entstehung der Arbeiterklasse entscheidend beeinflußten und die – das ist wichtig – ab »um 1800« rasch an Einfluß gewannen.

Hier, an der Epochenbedeutung der Zeit um 1800, knüpft das 1. Kapitel des Buches an. Es behandelt »Zäsuren, Begriffe und Perspektiven« und enthält damit eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen, die bereits oben angedeutet worden sind. Einleitend betont Kocka, er sehe »das späte 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts als den tiefen Epocheneinschnitt« an, »mit dem die Moderne begann«. (S. 25) Denn: »Im späten 18. und um die Wende zum 19. Jahrhundert beschleunigte sich der längst in Gang befindliche historische Wandel in auffälliger Art und Weise.« Das wird im folgenden ebenso betont wie die Einheit der sich anschließenden, bis in die 1870er Jahre reichenden Epoche. Vermittelt wird diese Einheit hauptsächlich durch den Prozeß, der oben schon angesprochen wurde, nämlich die allmähliche Herausbildung von Elementen einer Arbeiterklasse. Kocka betont dabei die »Eigenarten der deutschen Entwicklung« (S. 26), während er die These von einem deutschen »Sonderweg« ablehnt. Dabei wird er nicht müde zu betonen, wie sehr die ersten sieben Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts eine Periode des Übergangs waren, in der sich noch lange bedeutende Elemente »Alteuropas« hielten und gleichsam allmählich von den Kräften der Moderne überschichtet wurden.

Zwei Perspektiven stehen in diesem Kapitel im Vordergrund. Zunächst wird gefragt: »Was brachte die Modernisierung den kleinen Leuten, was bedeutete sie für das Volk, wie sieht ihre Bilanz für die Unterschichten aus?« (S. 30) Kocka geht dabei von einer bemerkenswert positiven Einschätzung der alteuropäischen Verhältnisse aus und schließt sich damit einer in der Forschung der letzten Jahre zunehmend verbreiteten Auffassung an, die mit der Charakterisierung der vorindustriellen Periode als rückständig (oder ähnlich) vorsichtig umgeht. Die zweite Frage geht auf die allmähliche Entstehung einer Arbeiterbewegung in Deutschland; sie reicht damit – wie im Grunde die erste auch – weit über die Zeit um 1800 hinaus und betont einmal mehr die Einheit der untersuchten Periode. Erklärungsbedürftiger Haupt-Befund hinsichtlich der Arbeiterbewegung ist dabei die Frage, wie es dieser »in relativ hohem Ausmaß gelang, die Vertretung der partikularen Interessen ihrer Mitglieder und den Einsatz für allgemeines Wohl und Fortschrittlichkeit für Jahrzehnte auf einen Nenner zu bringen.« (S. 31 f.)

Schließlich äußert sich das 1. Kapitel noch zu den Grundkonzepten von Stand und Klasse. Darauf ist schon oben hingewiesen worden, so daß hier nur nachzutragen bleibt, wie vorsichtig Kocka sich diesem in der Tat sehr sensiblen Bereich nähert. Auf dem Gebiet der Stände sieht er bereits seit dem 18. Jahrhundert allmähliche Dekorporierungsprozesse am Werk, die sich im 19. Jahrhundert beschleunigten. Auf der anderen Seite betont er mit Recht, wie schwer die zeitlichen Anfänge einer Klassenbildung festzulegen seien. »Doch ist klar, daß sie im deutschen Bereich um 1800 noch kaum gewirkt hatten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert dagegen schritten sie klar erkennbar voran, wenn sie auch nie an ein Ende gelangten und immer auch andere Differenzierungen und Zugehörigkeiten eine Rolle spielten.« (S. 33) Dieses etwas längere Zitat zeigt deutlich, wie vorsichtig und differenziert Kocka an sein Thema herangeht. Aus den weiteren Darlegungen sei nur noch auf die Mühe hingewiesen, die er sich mit dem – wie er mit Recht sagt, »dornigen« – Problem des Untersuchungsraumes gibt. (S. 39–42) Im Ergebnis behandelt er mit Ausnahme der österreichischen Niederlande »die Gebiete des Alten Reiches und des Deutschen Bundes, also einschließlich Österreichs westlich der Leitha [. . .] zusammen mit den Gebieten, die wie Ost- und Westpreußen außerhalb des Alten Reiches und des Deutschen Bundes lagen, aber später eindeutig zum Deutschen Reich gehörten.« (S. 42) Dem wird man zustimmen können.

Die folgenden vier Kapitel behandeln einzelne große Teilbereiche des Themas. Das 2. Kapitel stellt zunächst den Rahmen dar, nämlich das Reich und seine Bevölkerung sowie die Landesherrschaften und die Reichsstädte. Sozialgeschichtlich aufschlußreicher sind die folgenden Ausführungen über »Stadt und Land«. Kocka stellt diesen wesentlichen Gegensatz von der Herrschaft her dar: Grundherrschaft, Gutsherrschaft, Stadtherrschaft heißen die Stichworte, unter denen er die Unterschiede zwischen Stadt und Land vorwiegend aus rechtlicher Sicht behandelt. Das gibt eine gute Grundlage für den folgenden Abschnitt, der auf die vielfältige und kleinräumige Struktur der Herrschaft ebenso eingeht wie auf die Erfahrungen, die die ihr Unterworfenen damit machen. Das ist eine geradezu klassische Perspektive von unten, doch Kocka versteht es, durchaus beide Seiten des Herrschaftsverhältnisses deutlich zu machen – mit beachtlichen Ergebnissen, die neben der Konzentration der politischen Herrschaft in den Händen weniger deren Begrenzung »durch den Pluralismus der horizontalen Vielfalt und vertikalen Mehrstufigkeit, durch Tradition und durch Ineffektivität« ebenso betont wie ihre mangelnde Ausdifferenzierung in funktional definierte Teilsysteme. (S. 72) Herrschaftserfahrungen konnten, ja mußten also vielgestaltig sein.

Überaus materialreich werden im 3. Kapitel »Wirtschaftsverhältnisse und soziale Gliederung der Bevölkerung« entwickelt. Die Darstellung nutzt hier souverän die umfangreichen Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Sozial-, Agrar- und Gewerbegeschichte, die in den vergangenen rund drei Jahrzehnten erarbeitet worden sind. Die Einzelergebnisse können nur aufzählend angedeutet werden: Auf dem Land standen sich Herrschaft und

Untertanen scharf getrennt gegenüber, waren die Bauern inzwischen zu einer Minderheit (doch mit beachtlichen Rechten) geworden, hatten sich Kleinbauern, Landarme und Landlose deutlich vermehrt, wurden aber in ihrer Zahl noch von den unterbäuerlichen Schichten übertroffen. Vor allem diese waren die Träger der gewerblichen Durchdringung des Landes mit Landhandwerk, vor allem mit dem exportorientierten Heimgewerbe geworden, die in den letzten Jahren unter dem Schlagwort der »Protoindustrialisierung« lebhaft diskutiert worden ist – ein Begriff, dem gegenüber sich Kocka bemerkenswert zurückhaltend verhält.

Die knappe, doch detailreiche Darstellung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Gliederung in den Städten gliedert sich sinnvoll nach Stadttypen: ländliche Kleinstädte, Verwaltungs- und Regierungsstädte, Handels- und Gewerbestädte herkömmlicher und moderner Art – eine Typisierung, über die man sich freilich wie über fast jede solche Kennzeichnung von Städten lange streiten könnte. Ein Blick auf Soldaten, Almosenempfänger, Bettler und Vaganten steht am Schluß und streift damit die untersten Kategorien der sozialen Schichtung. Hier wäre es gut gewesen, die im 18. Jahrhundert so auffälligen Wandlungen in Geist, Ziel und Maßnahmen der Armenfürsorge stärker als geschehen herauszuarbeiten.

Mit den »Dimensionen sozialer Ungleichheit« und damit auch dem Problem der Abgrenzung der Unterschichten geht das 4. Kapitel klar zu sozialgeschichtlichen Fragestellungen über. Die unerhört großen – vor allem methodischen – Fragen, die sich hier stellen, werden in den materialreichen Ausführungen deutlich. An eine quantitative Einschätzung der einzelnen Schichten wagt sich Kocka nicht heran, sondern bleibt bei gut zusammengefaßten Einzelangaben. Dafür wird man Verständnis haben müssen, fehlt uns doch trotz der rasch fortschreitenden Forschung immer noch ein Maßstab für eine solche halbwegs zuverlässige Quantifizierung. Lediglich bei den Armen wagt er eine Schätzung: »Etwa die Hälfte der Bevölkerung um 1800« (S. 134), wobei er – im Hinblick auf die unsicheren Existenzgrundlagen mit vollem Recht – darauf hinweist, es komme nicht auf die tatsächliche, sondern auf die potentielle Armut an. Besonders wichtig für seine Argumentation ist der das Kapitel abschließende Abschnitt über »Abhängigkeit und Produktionsverhältnisse«. Denn hier geht es – nach der geringen sozialen Geltung und der ständigen Bedrohung durch Armut – um das dritte Merkmal der Unterschichten, nämlich ihre Abhängigkeit und Fremdbestimmung, die sich auch und vor allem an ihrer Stellung im Produktionsprozeß zeigte. Allerdings muß ein weiteres Mal deutlich differenziert werden, wie die Darstellung im folgenden deutlich macht. Kocka hebt die besondere Stellung der Zunftangehörigen heraus, betont die »hausrechtliche Einbindung« des Gesindes und der Gesellen und geht zum Schluß auf die »Ansätze zur Lohnarbeit« bei den Heimarbeitern, den Manufaktur- und den Landarbeitern ein. Das ist ein überaus schwieriges Gebiet, weil sich hier Elemente traditioneller Herrschaft und moderner Lohnarbeit oft kaum entwirrbar mischten. Vielleicht hätte Kocka die Unterschiede zwischen den drei Kategorien noch etwas stärker betonen können, doch sind seine Schlußfolgerungen klar: »Je eindeutiger sich das Lohnarbeitsverhältnis jeweils herauskristallisierte, desto stärker trat die Einbindung in umfassende vieldimensionale Herrschaftsverhältnisse zurück [. . .]«. (S. 157)

Welche Erfahrungen und Einstellungen die Unterschichten machten bzw. hatten, ob und wie es daraus zu Protest und Konflikt kam, das wird im 5. Kapitel behandelt. Gemeinsam konnten solche Erfahrungen nicht sein, denn dazu waren die Unterschichten in sich zu stark differenziert. Kocka weist – meiner Ansicht nach sehr treffend – hier auf die große Rolle gerade der »kleinen Differenzen und Distanzen« (S. 162) in den Unterschichten hin, die sie auf diesem Gebiet stark gliederten. Entsprechend schwierig ist es, allgemeine Aussagen über die »Verarbeitung von Armut und Abhängigkeit«, die Wege zu einer »Tröstung« und über den »Konservativismus der kleinen Leute« zu machen, zumal hier das leidige Quellenproblem besonders deutlich hervortritt: Angehörige der Unterschichten pflegten nur in Ausnahmefällen Aufzeichnungen zu machen, und so ist man meist auf Beobachtun-

gen höherer Schichten über die »kleinen Leute« angewiesen. Dennoch gelingt Kocka hier eine Fülle beachtlicher Beobachtungen, aus denen ich nur wenige heraushebe. So die Feststellung, »an der sozialen Ungleichheit als solcher nahm man, wie es scheint, [. . .] kaum Anstoß.« (S. 169) Egalitäre Ansprüche (oder ähnliches) lagen den Unterschichten im allgemeinen fern. Dafür – das ist wichtig – reagierten sie auf Verletzungen von Moral und Recht scharf. Bemerkenswert erscheint schließlich die verbreitete Hoffnung auf den Staat, etwa der »Glaube an den gerechten König in der Ferne« (S. 171) sowie die meiner Ansicht nach wohlbegründete Warnung Kockas, die These von der Autonomie der Volkskultur nicht zu übertreiben. (ebd.)

Schließlich zu den Konflikten. Die »Widerspenstigkeit der Landbewohner« hatte eine alte, in den letzten Jahren von der Forschung gut herausgearbeitete Tradition. In den 1790er Jahren griff sie auch auf die Städte über, wobei die Gesellenbewegungen eine besondere Rolle spielten. Kocka stellt deutliche Unterschiede zu den Entwicklungen in Westeuropa heraus, betont aber auch, gegen Ende des 18. Jahrhunderts hätten »Schärfe und die Häufigkeit der Konflikte« dank neuer Faktoren wie »staatliche Machtentfaltung und staatliche Anforderungen, die Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz, die Zunahme der Armut, die Einflüsse aus Frankreich« (S. 189) deutlich zugenommen und die Behörden das Fürchten gelehrt.

Unter der Überschrift »Tradition und Dynamik: das fehlende Gleichgewicht« zieht das 6. Kapitel eine Summe aus den Darlegungen. Die vieldiskutierte Frage, warum es in Deutschland nicht zu einem der Französischen Revolution von 1789 vergleichbaren Ausbruch gekommen sei, steht am Beginn. Kocka äußert ungeachtet aller Spannungen und Konflikte »die Vermutung, daß es im Reich konfliktbremsende, -zerlegende und -besänftigende Mechanismen gab, die anderswo schwächer entwickelt waren und früher abschwächten.« (S. 195) Mir scheint das vor dem Hintergrund seiner Analyse der deutschen Unterschichten um 1800 ein zutreffendes Ergebnis zu sein. Jedenfalls muß man nicht den »deutschen Nationalcharakter« bemühen, um das Ausbleiben einer großen Revolution östlich des Rheins zu begründen.

Das heißt freilich nicht, in Deutschland sei alles beim Alten geblieben. »Die Kräfte der Veränderung« wirkten vielmehr nach Kocka gerade in den Jahrzehnten um 1800 besonders kräftig. Er sieht hier am Werk einmal das Bevölkerungswachstum, das sich in der Tat erheblich beschleunigte, zum anderen den sich zunehmend herausbildenden Kapitalismus, zum dritten Staatsbildung und Absolutismus und endlich die Aufklärung. Auch hier argumentiert Kocka wieder sehr zurückhaltend, vorsichtig und differenziert. Beachtlich scheint mir zum Beispiel sein Plädoyer für »Lebensweisen und Gebräuche der Vor-Aufklärungszeit, die der Aufklärung entgegenstanden.« (S. 210) Hier sollte nicht vorschnell von Rückständigkeit gesprochen werden, denn dem Rationalismus der Aufklärer fielen oft jahrhundertealte Gebräuche und Überlieferungen zum Opfer, die durchaus Sinn und Funktion hatten. (S. 210 f.)

Die letzten Seiten der Darstellung fassen das Gesagte noch einmal knapp zusammen und leiten zugleich zu den folgenden Bänden über. »Die Unterschichten hatten riesige Ausmaße genommen, ihr Anteil an der Bevölkerung nahm überdies zu. Auf dem Lande gehörten zwischen 50 und 80 % der Haushalte und Einzelpersonen zu den unterbäuerlichen Schichten. In der Stadt zählten 60 bis 80 % zur abhängigen, einflußarmen, wenig angesehenen und unsicher lebenden Bevölkerung.« (S. 217) Markiert dieses Zitat in etwa den quantitativen Rahmen, so machen die folgenden Ausführungen noch einmal die eigentümliche Zwischenstellung der Unterschichten deutlich. Sie waren in der Tat »weder Stand noch Klasse«, jenes nicht, weil ihre Existenz gegenüber den ständischen Lebensbedingungen defizitär war, dieses nicht, weil zu ihnen Sozialkategorien sehr unterschiedlicher sozialökonomischer Stellung rechneten. Doch, das hebt Kocka zum Schluß noch einmal ausdrücklich hervor, in ihnen lag der Keim des Neuen begründet: »Der Siegeszug der Lohnarbeit

hatte im deutschen Bereich, anders als in Frankreich und England, um 1800 noch kaum begonnen. Erst im nächsten Jahrhundert sollte er die Gestalt der Unterschichten tiefgreifend ändern und entscheidend mithelfen, daß eine Arbeiterklasse aus ihnen entstand.« (S. 218)

Im Ergebnis macht der Band die widerspruchsvollen Züge dieser Zeit deutlich, vor allem aber den Umfang und die Lebensverhältnisse der Unterschichten. Kocka rechnet zu ihnen die Armen, die dies tatsächlich waren, doch auch die potentiellen, die es wegen des Fehlens einer Existenzsicherung jederzeit werden konnten. Ihr Leben war und blieb defizitär: Auf jeden Fall materiell, meist auch noch in anderen Beziehungen. Sie bildeten schon wegen ihrer rechtlichen Vielfalt keinen Stand, machten aber wegen der zwischen ihnen bestehenden ökonomischen und sozialen Unterschiede auch keine Klasse aus. Sie waren »ein in Bewegung befindliches Gemisch eigener Art, in dem ständische wie klassenmäßige Elemente nicht fehlten.« (S. 218) Solche mit den klassischen Kategorien der sozialen Analyse nicht zu fassende Elemente gab und gibt es in jeder Gesellschaft, doch hatten sie wohl nur selten einen solchen Umfang wie um 1800.

3. Der 2. Band ist im Rahmen des Gesamtkonzeptes den »Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert« gewidmet. Seine zentrale Frage lautet: Bildete sich in dieser Zeit eine Arbeiterklasse als Marktklasse heraus oder, anders gewendet, setzte sich Lohnarbeit im oben definierten, kapitalistisch bestimmten Zusammenhang durch, wenn ja, inwieweit und mit welchen Folgen für die Arbeitenden? Kocka sieht das Dreivierteljahrhundert von um 1800 bis um 1875 in jeder Hinsicht als eine Zeit des Übergangs, in der zahlreiche Modernisierungsprozesse stattfanden und die alteuropäischen Verhältnisse gründlich veränderten. In Deutschland verliefen sie besonders intensiv und spannungsreich, da sich hier die Probleme zwischen 1840 und 1870 bündelten: Die Industrialisierung und die mit ihr verbundenen sozialen Konflikte trafen auf Fragen der Verfassung und der Bildung eines Nationalstaates.

Das 1. Kapitel arbeitet den Grundriß dieses Wandels heraus. Kocka sieht dabei drei fundamentale Veränderungsprozesse am Werk, nämlich »die staatlich gelenkte Modernisierung von politischem System und Gesellschaft, das Bevölkerungswachstum sowie die Durchsetzung des Kapitalismus und die Industrielle Revolution« (S. 106), die ebenso wie der Wandel der Erwerbsstrukturen und der sozialen Schichtung in dieser Zeit im einzelnen dargestellt werden. Sie trugen, so die abschließende Hypothese, »gemeinsam und entscheidend dazu bei, daß sich in großen Teilen der herkömmlichen Unterschichten die Lohnarbeit durchsetzte und dadurch aus ihnen wie auch aus Teilen der unteren Mittelschicht eine Arbeiterklasse entstand.« (ebd.) Das heißt: Sie wurden zu Lohnarbeitern und gerieten dadurch in eine doppelte Abhängigkeit einmal vom Markt, zum anderen vom Unternehmer (Arbeitgeber), der über die Produktionsmittel verfügte.

Wie dies im einzelnen geschah und welche Folgen es hatte, wird für die sechs wichtigsten Kategorien von Arbeitern in den Kapiteln 2 bis 7 sehr ausführlich und in allen wesentlichen Einzelheiten geschildert. Die Gliederung folgt dabei dem unterschiedlichen Grad der Annäherung an den Lohnarbeiterstatus, den die einzelnen Kategorien von Arbeitern bis 1875 erreicht hatten: Am wenigsten das häusliche Gesinde (2. Kapitel), dann in aufsteigender Linie die Landarbeiter (3. Kapitel), die Heimarbeiter (4. Kapitel), die Gesellen und Meister (5. Kapitel), die Eisenbahnbauarbeiter (6. Kapitel) und schließlich, überwiegend bereits Lohnarbeit im Vollsinne leistend, Arbeiter in zentralisierten Gewerbebetrieben wie Manufakturen, Bergwerken und Fabriken (7. Kapitel).

Die Fülle des hier verarbeiteten Materials ist überaus eindrucksvoll. Kocka gibt eine Summe von (bezieht man die zeitgenössischen Arbeiten mit ein) rund eineinhalb Jahrhunderten Forschungen zur Lage der Arbeiter. Doch ist diese Breite notwendig, um darzulegen, unter welch' mannigfachen ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Prozeß einer allmählichen Herausbildung der Arbeiterklasse verlief, wie vielfältig differenziert er war und welch' unterschiedliche Wirkungen er auslöste. Im Rahmen

dieser Besprechung kann die Breite der dazu gegebenen Informationen auch nicht annähernd dargestellt werden. Einige Andeutungen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, müssen genügen.

Mit der Überschrift »Das Jahrhundert des Dienstmädchens« wird bereits angedeutet, welche Bedeutung das (überwiegend weibliche) Gesinde im »bürgerlichen« 19. Jahrhundert hatte. Dem entspricht durchaus der Wandel der inneren Gliederung des Gesindes, indem dessen landwirtschaftlich-gewerblicher Teil tendenziell hinter dem häuslichen zurücktrat, bis auch dieser ab den 1870er Jahren annähernd stagnierte. Kocka erklärt diese Entwicklungen – wie mir scheint treffend – mit ökonomischen Gründen. Dem Rückgang des landwirtschaftlich-gewerblichen Gesindes lag »die Durchformung der Marktwirtschaft und die Ausdifferenzierung von Haus, Ökonomie und Politik zugrunde« (S. 117), während das häusliche Gesinde wegen der wachsenden Angebote anderer Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmend knapper und daher teurer wurde, auch der Bedarf an ihm mit dem Anwachsen zentral angebotener häuslicher Dienstleistungen im Grundsatz zurückging. Dazu mag aber auch beigetragen haben, daß der rechtliche Minderstatus des Gesindes durchgängig erhalten blieb und diese Tätigkeit daher zunehmend weniger anziehend wirkte. »Weder Familienmitglied noch Lohnarbeiter« (S. 131) – in dieser Kurzformel faßt Kocka Status, Arbeits- und Lebensverhältnisse, Erfahrungen des Gesindes zusammen und trifft damit den Kern dessen eigentümlicher Lage.

Besonders verdienstvoll scheint es mir, den sonst in sozialgeschichtlichen Darstellungen eher vernachlässigten Landarbeitern ein eigenes, umfangreiches Kapitel zu widmen. Freilich entziehen sie sich einer vereinfachenden Einordnung, denn sie waren in sich vielfach gegliedert und wiesen entsprechend unterschiedliche Entwicklungstendenzen auf. Am bemerkenswertesten war wohl der »langgestreckte Niedergang des landwirtschaftlichen Gesindes«, der, vereinfacht gesagt, dem Rückgang der relativen Bedeutung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft entsprach. Das 3. Kapitel stellt dies materialreich und eindrucksvoll dar und ruft dabei zahlreiche, inzwischen halb vergessene Untersuchungen in die Erinnerung zurück. Es macht auch die starke Differenzierung und die überaus unterschiedlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse der einzelnen Arbeiterkategorien deutlich, aus denen sich das uneinheitliche Erscheinungsbild dieser Schicht ergab. Unverkennbar war allerdings überall das allmähliche Vorrücken der Lohnarbeit, wenn auch in verschiedener Form.

Ein besonders schwieriges Gebiet betritt die Darstellung in dem 4., den Heimarbeitern und der Hausindustrie gewidmeten Kapitel. Kocka sucht ihren Problemen bereits durch die Überschrift »Handwerkliche Tradition und kapitalistische Dynamik« gerecht zu werden, und er trifft damit in der Tat die beiden Pole, zwischen denen sich die Entwicklung dieser Schicht im 19. Jahrhundert vollzog. Ihrer klaren Erfassung stehen freilich deutliche begriffliche Unklarheiten entgegen, mit denen schon die Zeitgenossen zu kämpfen hatten und die bis zur Kreierung des Begriffs der »Protoindustrialisierung« in jüngster Vergangenheit nicht geringer geworden sind. Diese Begriffsprobleme spiegeln freilich nur die faktischen Probleme dieser nur schwer zu fassenden Schicht von Gewerbetreibenden. Sie war bedeutend und wuchs bis zur Jahrhundertmitte an, nahm dann allerdings absolut wie relativ rasch ab. Verantwortlich hierfür waren vor allem die Verhältnisse in der Textilproduktion, die zunehmend in den Sog der Mechanisierung geriet und nach und nach ein Arbeitsgebiet nach dem anderen aufgeben mußte – ein Prozeß, der sich unter zum Teil erschreckenden und die Zeitgenossen bewegenden Verelendungserscheinungen vollzog (erinnert sei nur an das wohl berühmteste Beispiel, den Weberaufstand im schlesischen Gebirge 1844). Kocka vergißt darüber freilich die heimgewerbliche Tätigkeit in anderen Gewerbezweigen, vor allem im Metallgewerbe, ebensowenig wie die »neuen Hausindustrien des 19. Jahrhunderts« (S. 256), die für die Magazine arbeiteten, in der Konfektion tätig waren oder Modeartikel herstellten. Dabei nahm in Umkehrung des älteren Trends das städtische

Heimgewerbe gegenüber dem ländlichen im 19. Jahrhundert deutlich zu. Das wirkte in Richtung auf eine Proletarisierung der Heimarbeit, doch standen weiterhin »der totalen Durchsetzung des Lohnarbeitsprinzips im Heimgewerbe [. . .] hohe Barrieren entgegen.« (S. 289) Bei der verständnisvollen Schilderung und Analyse der besonderen Verhältnisse dieses Gewerbezweiges zeigt sich ein weiteres Mal die Stärke von Kockas Darstellung, mit dem Klassenbegriff behutsam und differenziert vorzugehen: Er kann auf diese Weise auch diese Schicht, die oft ein Gegenstand der Verlegenheit von am Klassenbegriff ausgerichteten Historikern ist, ohne Zwang in den Zusammenhang seiner Analyse einfügen.

Gleiches gilt im Grundsatz für das Handwerk. In einer ökonomischen und sozialen Welt, die sich allmählich, doch zunehmend in die beiden Klassen der Unternehmer und der Lohnarbeiter zu polarisieren schien, bildete es einen großen und für Anhänger des Klassenkampfes beunruhigend stabilen Block, in dem sich traditionelle Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse hielten – wenn auch zunehmend »modern« überformt. Wieder einmal steht die Darstellung hier vor begrifflichen und statistischen Problemen, und wieder einmal ist es die starke Differenzierung des Handwerks, die vereinheitlichende Aussagen verbietet. Wieder einmal, so ist hinzuzufügen, zeigt Kocka aber auch gegenüber diesen Erscheinungen seine hohe Sensibilität gerade im Hinblick auf solche zwischen den (scheinbaren) Fronten stehende Phänomene. Er schließt sich dabei der neueren handwerksgeschichtlichen Forschung an, die im Gegensatz zur älteren die Beständigkeit des Handwerks auch in der Zeit der Industriellen Revolution betont, übersieht dabei aber freilich auch nicht die besonderen ökonomischen und sozialen Probleme, mit denen es in dieser Zeit zu kämpfen hatte. In der Tat gab es mannigfache Krisen des Handwerks, die schwere Verluste forderten: Ausscheiden zahlreicher Meister und Gesellen aus ihrem erlernten Beruf, doch auch tiefgreifende Wandlungen der überkommenen Strukturen. Wahrscheinlich traf dies die Gesellen stärker als die Meister. Sie scheinen mit der Ausdehnung der Industrie und ihrer, vor allem vom Lohn her verlockenden Angebote nicht selten in eine scharfe Identitätskrise geraten zu sein, die immer häufiger mit der Entscheidung für die Fabrik »gelöst« wurde. Zwar hielten sich handwerkliche Traditionen wie die Wanderschaft beachtlich lange, doch nutzten sie sich allmählich ab. Dennoch blieb, trotz allen Wandels, das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zumindest in den kleineren und mittleren Handwerksbetrieben immer ein besonderes, von der Industrie deutlich unterschiedenes. Das wird einfühlsam dargelegt, und doch scheint mir Kocka im Ergebnis die besondere Lage der Gesellen gegenüber den Lohnarbeitern eher zu unter- als zu überschätzen. Sicher bestand zwischen ihnen und den Meistern nicht die oft beschworene Harmonie, und doch: Von einem betonten Antagonismus waren sie weit entfernt.

Das knappe, doch entwicklungsgeschichtlich wichtige Kapitel über die Eisenbahnbauarbeiter leitet überzeugend über zum für das Generalthema des Bandes besonders wichtigen über die »Lohnarbeit im zentralisierten Gewerbebetrieb«. Jenseits der bis dahin notwendigen Differenzierungen zwischen Tradition und Modernität greift die Darstellung hier erstmals Lohnarbeit in reiner Form auf, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Erfreulich ist, daß sich Kocka nicht mit einem Blick auf die Fabriken begnügt (so sehr dies auch nahegelegen hätte), sondern mit den Manufakturen beginnt und auch die eine besondere Kategorie bildenden Bergarbeiter nicht vergißt. Freilich werden die Manufakturen arg knapp behandelt. Ihre gesamtwirtschaftlich geringe Zahl mag dies nahelegen, doch war meiner Ansicht nach ihre Bedeutung für die Herausbildung der Lohnarbeiter stärker, als es Kocka erkennen läßt. Verdienstvoll ist dagegen sein umfassender Blick auf die Sondergruppe der Buchdrucker, die sonst trotz ihrer qualitativen Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung oft übersehen wird.

Besondere Schwierigkeiten bot ohne Zweifel das Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter, stand es doch bis zu den Reformen des Bergrechts in den 1860er Jahren in einem eigentümlichen Spannungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und, wie Kocka schreibt, einer stän-

disch-bürokratischen Tradition. Diese ging selbst in der stürmischen Expansion des Bergbaus seit 1850 und in der kapitalistischen Umgestaltung seiner Arbeitsverhältnisse nicht ganz verloren – ein weiterer Beleg für das zähe Fortleben traditioneller Elemente in der Arbeitswelt. (vgl. dazu S. 410 ff.)

Den Übergang zur Fabrikarbeit markiert die Schilderung der »Schwerarbeit im Großbetrieb: Eisen und Stahl«. (S. 413) Das rasche Wachstum dieses Industriezweiges und die in ihm schnell aufeinander folgenden technischen Wandlungen beeinflußten die Arbeitsverhältnisse deutlich und schufen besondere Kategorien von Arbeitern, von denen Kocka – im Anschluß an Fremdling – mit Recht den Puddler (»diese vielleicht interessanteste Gestalt der frühen Hüttenindustrie«, S. 422) in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. In der Tat war er »ein merkwürdiger Übergangsberuf« (ebd.) mit handwerklichen Zügen, doch zugleich eine Zentralfigur der »modernen Industrie«. In ihm bündeln sich gleichsam mehrere sozialgeschichtliche Komponenten dieser Übergangszeit, und wie nur selten wird hier die Stärke des Kockaschen Klassenkonzepts deutlich, das es ohne Verlust an Glaubwürdigkeit gestattet, beide Komponenten dieser Arbeiterexistenz in den Blick zu nehmen.

Wie weit die Darstellung von traditionellen Schemata der Industrialisierungs- wie der Arbeitergeschichte entfernt ist, zeigt auch der folgende Abschnitt über »Handwerker in der Fabrik«, der dem Maschinenbau gewidmet ist. Auch hier bestand eine eigentümliche Zwischenlage zwischen Handwerk, Manufaktur und Fabrik, die im Grunde jeder Typisierung spottete und deren Besonderheit sich auch in ihren Arbeiterverhältnissen niederschlug. Allerdings ging all' dies ab den 1870er Jahren zunehmend verloren, und die Lohnarbeit im »normalen« Sinne breitete sich aus.

Mit den Arbeitern in der Textilindustrie treffen wir dann zum ersten Mal auf einen geradezu »klassischen« Fabrikzweig, in dem Kocka nach den Hüttenbetrieben und den Maschinenfabriken einen dritten Typus von Fabrikarbeitern ausmacht, da hier nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder in größerem Umfange beschäftigt wurden. »Das Elend der frühen Fabrikarbeit war hier mit Händen zu greifen« (S. 448) – in der Tat, und es wundert daher nicht, wenn die meisten anklagenden Darstellungen der Frühindustrialisierung ihre Beispiele hier entnahmen und entnehmen. Nicht zu den geringsten Verdiensten der vorliegenden Arbeit gehört es freilich, deutlich zwischen diesem Teil der Industrie und den übrigen Zweigen zu unterscheiden – eine Differenzierung, die sonst oft übersehen wird und dann zu verzerrenden sozialgeschichtlichen Ergebnissen führt. Um so überzeugender kann Kocka dann auf die Besonderheiten der Frauen- und Kinderarbeit eingehen.

Bildeten die Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter den Kern der Arbeiterklasse? Diese Frage steht am Schluß dieses langen und ergebnisreichen Kapitels. Kocka durchmustert noch einmal, nun zusammenfassend, wesentliche Ergebnisse der Arbeits- und Lebensverhältnisse dieser Arbeiterkategorien, übrigens mit höchst beachtlichen Ergebnissen etwa für die Entwicklung des Lohnes. Am Schluß steht die, nach dem Gesagten freilich nicht sonderlich überraschende Erkenntnis, »diese Arbeiter – vor allem die Fabrikarbeiter, aber nicht nur sie – [seien] in der Tat in stärkerem und reinerem Maße zu Lohnarbeitern geworden [. . .] als irgend eine der vorher behandelten Kategorien [. . .]«. (S. 506) Mit Recht macht Kocka dafür weniger die Maschinisierung, sondern hauptsächlich die Zentralisierung der Produktion verantwortlich, da »mit dieser [. . .] die ausgeprägte Besitzlosigkeit an Produktionsmitteln, die Trennung von Arbeit und Haushalt, die überberufliche Mischsituation und die Herrschaftsabhängigkeit dieser Arbeiter« (ebd.) kausal zusammenhängen. Doch: »Aber daraus ist nicht notwendig zu folgern, daß sie durchweg und insgesamt zum aktiven Kern der entstehenden Arbeiterbewegung rechneten.« (ebd.) Dieser Satz weist bereits auf den Fortgang der Darstellung in den noch ausstehenden Bänden hin.

»Im Ergebnis kann am Siegeszug der Lohnarbeit zwischen 1800 und 1875 gar kein Zweifel bestehen.« (S. 509) Sie rückte in allen untersuchten Bereichen vor, und die Zahl der Lohnarbeiter vor allem in den zentralisierten Gewerbebetrieben stieg besonders nach 1850

kräftig an. Die Hemmnisse, die solchen Entwicklungen entgegenstanden, verschwanden zwar nicht ganz, verloren aber an Kraft. Die Wirkungen dieses säkularen Prozesses lassen sich nur schwer generalisieren, weil sie im einzelnen unterschiedlich ausfielen. Wahrscheinlich führte er »zu einer begrenzten Angleichung der Verhältnisse und Erfahrungen in den verschiedenen Fraktionen der entstehenden Arbeiterklasse.« (S. 519) Wichtiger waren die Folgen für die materielle Ausstattung und die soziale Lage der zu Lohnarbeitern gewordenen Arbeitskräfte. Kocka wägt dabei Nachteile und Vorteile gegeneinander ab und kommt zumindest für den aus den Unterschichten (vgl. Bd. 1) stammenden, also für den größten Teil der Lohnarbeiter zu einer positiven Bilanz hinsichtlich Lohn und Arbeitszeit: »Wenn man nicht von einem falschen, idyllisierten Bild der Zustände am Ende des 18. Jahrhunderts ausgeht, kann man die Proletarisierung des 19. Jahrhunderts nicht schlechtweg als Verelendung oder Abstieg deuten.« (S. 522) Diese klare Absage an die Verelendungstheorie ist nicht zuletzt deswegen so beachtlich, weil sie aus einer breiten, differenzierten Beweisführung gewonnen worden ist.

III.

1. Eine Bewertung des Werkes muß von seinem gesamten Konzept ausgehen und darf sich daher nicht auf die beiden bisher vorliegenden Bände beschränken. Stellt man es in den Zusammenhang der neueren Forschungen zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, scheint mir überdies in diesem Konzept sein größtes Verdienst zu liegen. Kocka hat damit einen eigenen Weg zwischen scheinbar festgelegten Positionen gefunden, der die positiven Elemente der bisherigen Arbeiten aufnimmt, doch deren bisweilen dogmatische Verhärtungen vermeidet. Schlüsselbegriff ist dabei die Klasse, ein Begriff, den Kocka beherzt aus seinen mannigfachen, meist aus ideologisch bedingtem Vorverständnis herrührenden Festlegungen und Tabus löst und schlicht als eine weitreichende analytische Kategorie benutzt, um mit ihm einen der bedeutendsten sozialen Prozesse des an solchen nicht armen 19. Jahrhunderts zu erfassen. Der Begriff erweist sich dabei als fruchtbar, wie schon die beiden vorliegenden Bände eindrucksvoll belegen. Kocka nimmt damit die große Tradition der deutschen sozialwissenschaftlichen Forschung im ersten Drittel dieses Jahrhunderts wieder auf, die ihrerseits auf Karl Marx und die jüngere historische Schule der Nationalökonomie zurückgriff, und dies ist nicht das geringste Verdienst seiner Arbeit. Vielleicht wirkt es zu plakativ, von einer Rehabilitierung des Klassenbegriffs zu sprechen, doch wird die Forschung hinter den hier mit dessen Hilfe erreichten Standard ohne Schaden nicht mehr zurückgehen können.

Dagegen ließe sich einwenden, der Klassenbegriff sei eine primär, wenn nicht ausschließlich ökonomisch definierte Kategorie (auch Kocka verwendet ihn im Anschluß an Max Weber so), und das müsse die Analyse ökonomistisch verengen. Dieses Argument ist vor dem Hintergrund der bemerkenswerten Ergebnisse, die eine in erster Linie an den nichtwirtschaftlichen Aspekten der Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung orientierte Forschung in den letzten Jahren erzielt hat, ernstzunehmen. Kocka kennt es selbstverständlich und nimmt es auf, indem er den nicht-ökonomischen Aspekten in seiner Darstellung hinreichenden Raum gibt. Im Ergebnis zeigt sich, daß der Klassenbegriff nicht zwingend zu einer ökonomistischen Verkürzung führen muß, wenn man ihn wie Kocka hinreichend offen und flexibel benutzt.

Hier freilich droht eine andere Gefahr, nämlich die Aufweichung des Begriffs zu einer bloßen Sammelbezeichnung für Erscheinungen unterschiedlichster Art. Kocka entgeht ihr mit Erfolg, indem er bestimmte, in der Regel eindeutig empirisch nachweisbare Kategorien als für eine Klasse konstitutiv einführt, vor allem den zentralen Begriff der Lohnarbeit für

die Arbeiterklasse. An solchen klaren Merkmalen wird die Forschung festhalten müssen, wenn »Klasse« nicht zu einem Passepartout für soziale Phänomene unterschiedlicher Art werden soll.

Schließlich kann eine Orientierung am Klassenkonzept dazu führen, die Schichten zu übersehen, die sich ihm nicht einfügen lassen. Das gilt besonders für eine Periode wie die hier behandelte, in der solche Schichten eine bedeutende Rolle spielten. Kocka ist ihr so gut wie ganz entgangen, da er den Unterschichten um 1800, die noch nicht Klasse waren, einen eigenen Band widmete und da er in Band 2 gerade das langsame Hineinwachsen der Arbeitenden in die Lohnarbeit und damit die Existenz umfangreicher, von dieser noch nicht erfaßter Schichten betonte.

Alles in allem zeigt die Klassenanalyse bei dem schwierigen Thema des Bandes ihre Leistungsfähigkeit. Sie löst zugleich in eindrucksvoller Weise den Anspruch der »historischen Sozialwissenschaft« ein, mit Hilfe theoretisch fundierter Methoden in der Sozialgeschichtsforschung zu neuen, weiterführenden Ergebnissen zu kommen. Kocka gelang dies freilich nur – das ist sofort hinzuzufügen –, weil er auch oder besser in erster Linie genügend Historiker ist, um der quellenfundierten geschichtlichen Erfahrung ihr Recht zu lassen. Das, salopp gesagt, Erfolgsrezept des Werkes liegt in seinem ständigen Dialog zwischen Theorie und Empirie, der methodisch zu seiner Leitlinie geworden ist. Unwillkürlich denkt der Leser dabei an Schmollers berühmtes Bild von den zwei Beinen, auf denen sich die sozialwissenschaftliche Forschung voranbewegt: induktive und deduktive Methode, beide sinnvoll aufeinander bezogen.

2. Kockas Methode hat noch eine andere positive Wirkung. Sie zwingt zu einer kühlen Rationalität der Betrachtung und schützt so davor, unkritische Urteile zu fällen und voreilige Wertungen vorzunehmen. Beides hat in der Arbeitergeschichtsforschung ja Tradition, denn ihr Gegenstand reizt zu Reaktionen, die von Sympathie für die »Verdammten dieser Erde« bis hin zu Agitation im politischen Tageskampf reichen. Vor allem viele marxistisch-leninistische Arbeiten haben sich hier, wohl als Konsequenz der berühmten Marxschen 11. These über Feuerbach, zu profilieren versucht, denn die Geschichtsschreibung war immer auch eine gute Waffe im Klassenkampf. Selbstverständlich ist Kocka nicht frei von Sympathien und Antipathien, doch unterliegen sie der Kontrolle des rational argumentierenden Sozialwissenschaftlers und halten die Arbeit frei von jenem Vorverständnis, das bei der Behandlung dieses Themas verbreitet war und ist, nämlich (pointiert formuliert) das Handeln der Arbeiter und ihrer Organisationen ohne weiteres als gut und moralisch gerechtfertigt und das der Gegenseite ebenso selbstverständlich als von negativen Motiven bestimmt anzusehen. Diese »Objektivität« des Denkens gestattet es Kocka, die Lage der Arbeiter im Ergebnis treffender einzuschätzen als manche andere Autoren.

Dazu trug aber auch die geradezu enzyklopädische Fülle der Nachrichten in beiden Bänden bei. Sie beruhen, wie schon gesagt, auf einer umfassenden Auswertung der reichlich vorhandenen Literatur zum Thema. Dadurch kommt in das Werk eine fruchtbare Spannung zwischen dem strengen Rahmen der Klassenanalyse und der breiten Darlegung des empirischen Befundes, dadurch wird es aber auch zu einer vorzüglichen Informationsquelle für die Leser, die sich für die Arbeiterverhältnisse in dieser Periode bis hin zu deren Einzelheiten interessieren.

3. Einwände gegen das Werk gibt es aus meiner Sicht nur wenige, und sie stehen überdies unter dem Vorbehalt, durch die noch ausstehenden Bände überholt zu werden. Drei, allerdings nicht sonderlich ausgeprägte Defizite sind mir aufgefallen.

Zunächst bleibt die »Gegenseite« der Arbeiter, bleiben also die Unternehmer merkwürdig blaß. Selbstverständlich kommen sie vor, und an einigen Stellen (besonders ausgeprägt im Handwerk: das Meister-Gesellen-Verhältnis) treten sie stärker nach vorn. Bedenkt man aber, welche Bedeutung Unternehmer als Arbeitgeber vor allem in den zentralisierten Großbetrieben für die Arbeitsverhältnisse hatten, wird man ihre zurückhaltende Behand-

lung bedauern. Kocka stellt – wofür man ihn nicht tadeln kann – die Arbeitenden betont in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, und das bedingt deren gewisse Einseitigkeit.

Zum zweiten hätte eine stärkere Betonung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen die Klarheit noch erhöht. Dies gilt weniger für die alteuropäischen Verhältnisse, die in Band 1 ausführlich dargestellt werden; besonders prägnant sind hier die knappen Darlegungen über das »ständisch-feudale Grundmuster« der Produktionsverhältnisse und der sozialen Gliederung. (S. 81 ff.) Dagegen wäre eine stärkere Verbindung der Lohnarbeit mit dem als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstandenen Kapitalismus und vor allem mit dem Industriekapitalismus hilfreich gewesen. Zwar wird das Verhältnis von Kapitalismus und Industrialisierung in Band 2 vorzüglich diskutiert (S. 61–64), doch ist für den weniger sachkundigen Leser der Weg von hier zu den Grundaussagen über die Klassenbildung meiner Ansicht nach recht weit.

Der dritte Punkt schließlich mag im Hinblick auf den ohnehin großen Umfang des Werkes unbillig erscheinen. Die über Deutschland hinaus vergleichende Perspektive tritt sehr stark zurück. Kocka könnte hier allerdings zurückfragen: Was hätte sie angesichts der starken nationalen Bezogenheit des Themas an neuen Einsichten für dieses gebracht? Fundiert antworten läßt sich darauf nicht, weil ein solcher Vergleich auf breiter Grundlage noch nicht versucht worden ist.

4. Die abschließende Würdigung kann kurz ausfallen. Kocka hat mit der Entwicklung einer Klassenanalyse in offener, flexibler Form für das Thema ein fruchtbares Konzept entwickelt und mit guten Erfolgen angewandt. Er hat ein umfangreiches Material – eine Summe der bisherigen Forschungen – zusammengetragen und nach seinem Konzept gegliedert und analysiert. Der sachliche Ertrag für die Geschichte der Unterschichten um 1800 und für die der Ausbreitung der Lohnarbeit im 19. Jahrhundert ist hoch. Das Werk ist ein guter Beleg für die Leistungsfähigkeit einer historischen Sozialgeschichtsforschung, die das Historische in ihrem Begriff ernst nimmt. Die abschließende Probe aufs Exempel steht freilich noch aus, nämlich die wahrscheinlich besonders schwierigen Bände 3 und 4, die der Herausbildung der Arbeiterklasse als soziale Klasse und den Anfängen der Arbeiterbewegung gewidmet sind.

Michael Klöcker

Katholizismus in der modernen Gesellschaft

1. Theoretische und methodische Grundfragen

Ulrich von Hehl/Konrad Repgen (Hrsg.), Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung, Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1988, 142 S., kart., 19,80 DM.

Victor Conzemius/Martin Greschat/Hermann Kocher (Hrsg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte. Referate der internationalen Tagung in Hünigen/Bern (Schweiz) 1985, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1988, 322 S., kart., 48 DM

Urs Altermatt, Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Benziger Verlag, Zürich 1989, 469 S., geb., 54 DM.

Richard van Dülmen, Religion und Gesellschaft. Beiträge zu einer Religionsgeschichte der Neuzeit, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1989, 240 S., brosch., 19,80 DM.

Andreas Heller/Therese Weber/Oliva Wiebel-Fanderl (Hrsg.), Religion und Alltag. Interdisziplinäre Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Katholizismus in lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen, Böhlau Verlag, Wien/Köln 1990, 301 S., brosch., 54 DM.

Wilfried Loth (Hrsg.), Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1991, 284 S., kart., 44 DM.

Ansprachen und Vorträge anläßlich des 25jährigen Jubliläums der Kommission für Zeitgeschichte bilden die Grundlage des Sammelbandes, den Ulrich von Hehl und Konrad Repgen 1988 vorgelegt haben. Der Band enthält einleitend einen kurzen Rückblick auf die Gründung und die Arbeitsschwerpunkte der Kommission, die sich auf die Erforschung des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert konzentriert. Bei allem durchaus berechtigten Stolz auf »87 z. T. sehr umfangreiche wissenschaftliche Werke mit fast 40 000 Druckseiten eines relativ großen Formats« (S. 16) schimmert doch große Bitterkeit darüber durch, daß »die neuere Geschichte des deutschen Katholizismus erstaunlich wenig beachtet und erforscht [wird]« (Buchrücken-Text) bzw. daß die »Hinwendung zur Sozialgeschichte und das Bekenntnis zum ›Primat der Innenpolitik‹ in der Forschung der sechziger und siebziger Jahre, welche ja auch Konsequenzen des damaligen Wertewandels waren, [. . .] für den Katholizismus meist nicht zu adäquaterer Beurteilung geführt haben.« In besonderer Hinsicht auf Wolfgang Schieder, seine Mitarbeiter und Hans-Ulrich Wehler urteilt so Rudolf Lill (S. 44), der in einer Reihe weiterer neuartiger sozialgeschichtlicher An-

näherungen an die Geschichte von Kirche und Frömmigkeit den »Sinn für das Proprium von Kirche, Religion und Religiosität« geschwunden sieht, aber zugleich eine stärkere Berücksichtigung der Mentalitätsgeschichte befürwortet. Heinz Hürtens Konzept einer »Verkirchlichung« der katholischen Zeitgeschichtsforschung ist auf Widersprüche gestoßen. (S. 115 f.)

Überblickt man die Fülle der gerade in jüngster Zeit vorgelegten Forschungsergebnisse[1], so kann durchaus von einem großenteils auch unabhängig von der Kommisssion für Zeitgeschichte erfolgten Aufschwung der Katholizismusforschung gesprochen werden, der in beachtlichem Ausmaß von theoretischen und methodischen Neuorientierungen geprägt ist, teils in Anknüpfung an die neuere sozial- und strukturgeschichtliche Wende bzw. an modernisierungstheoretische Ansätze, zunehmend auch durch Fragestellungen und Methoden der historischen Anthropologie. Dabei wird oft verwiesen auf das »Plädoyer für die Sozialgeschichte des Katholizismus«, das Urs Altermatt seinen aufschlußreichen Studien von 1989 zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert voranstellte, in denen er die Herausbildung der katholischen Sondergesellschaft, ihren Aufmarsch gegen den Zeitgeist, Aspekte des Alltagslebens sowie die neuerliche Wende vom »Milieukatholizismus« zur »Sektorenkirche« abhandelte. Gefragt ist eine interdisziplinäre Katholizismusforschung »von unten« und »von innen«, die orientiert ist am Modell der französischen »Histoire religieuse«, also an mentalitätsgeschichtlichen und religionssoziologischen Fragestellungen, die auf die soziale Wirkungsgeschichte von Religion in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft hinzielen.

In dem Tagungsband über die »Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte« skizziert Altermatt die »Stimmungslage« im politischen Katholizismus der Schweiz nach 1945 und erklärt den kämpferischen Antisozialismus sozialpsychologisch als »Angstsyndrom« gegenüber der drohenden »Weltreaktion«. Der Mitherausgeber Victor Conzemius gibt einen informativen Überblick über die Phasen der katholischen und protestantischen Kirchenkampfgeschichtsschreibung. Er sieht zwei Hauptschwächen der katholischen Historiographie: die typische Beschränkung auf die eigene Konfession und die Vernachlässigung der »theologischen Problematik«. Wenn Konrad Repgen eingehend das »Selbstverständnis« insbesondere führender Katholiken nach dem politischen Zusammmenbruch von 1945 analysiert, so wird das Deutungsmuster für die »deutschen Katastrophe« klar: Schuld an letzterer war die Entchristlichung der Welt; nach 1945 standen folglich die nun scheinbar durchsetzbare »Rückkehr« zum »Christlichen Abendland«, nicht quälende Schuldgefühle oder gar die Akzeptanz einer kollektiven Verurteilung im Vordergrund. Für Repgen war der katholische Kirchenkampf »Abwehrbemühung einer intakten Kirche« (S. 137); er interpretiert eine Passage des ersten Hirtenbriefes der deutschen Bischofskonferenz vom 23. 8. 1945 als ein Schuldbekenntnis, »das in seinem substantiellen Gehalt weiter« ging als das spätere Stuttgarter Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche. (S. 149) Gerade an Repgens oft als apologetisch kritisierter Sicht der katholischen Kirche, speziell ihrer Rolle im und nach dem NS-Staat, scheiden sich Einordnungen und Wertungen der Historiographie.

Von Luckmanns Definition der Religion als einem »sozial geformte[n], mehr oder weniger verfestigte[n], mehr oder weniger obligate[n] Symbolsystem« geht van Dülmen aus, bevor er in Untersuchungen von der sozialreligiösen Täuferbewegung über die Volksfrömmigkeit des 17. Jahrhunderts bis hin zum Katholizismus im Ersten Weltkrieg exemplarisch vorführt, worauf es ihm – in Anknüpfung an »Gesellschaftsgeschichte« im Sinne Max We-

1 Vgl. die aufschlußreichen neueren Forschungsberichte: *Margaret Lavinia Anderson*, Piety and Politics: Recent Work on German Catholicism, in: Journal of Modern History 63, 1991, S. 681–716; *Antonius Liedhegener*, Der deutsche Katholizismus um die Jahrhundertwende (1890-1914). Ein Literaturbericht, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 32, 1991, S. 361–392.

bers – ankommt: »den historisch-sozialen ›Sinn‹ von Religion, religiöser Lehre und religiöser Symbolik zu erkunden, ihre Funktionen in der Gesellschaft zu untersuchen wie umgekehrt danach zu fragen, welche Rolle ihnen in der Geschichte, in historischen und sozialen Prozessen zukommt.« (S. 8) Van Dülmens Sammelwerk über »Religion und Gesellschaft« bündelt wichtige, insbesondere auf den süddeutschen Raum bezogene Beiträge des Autors bis hin zu dem programmatischen Aufsatz zur Verankerung der »Religionsgeschichte in der historischen Sozialforschung«, der erstmals 1980 in »Geschichte und Gesellschaft« erschien.

Der von Wilfried Loth herausgegebene Sammelband von 1991 konzentriert sich auf die Umbrüche zu Trends der Moderne in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Kaiserreich. Die Einsicht drängt sich auf, daß »modern« bzw. »unmodern« als Trendausssagen jeweils genau(er) definiert, operationalisiert und historisch relativiert werden müssen. Hermann Leugers-Scherzberg reflektiert hier kritisch den theoretisch unterschiedlich fundierten »Katholizismus«-Begriff (wobei er Franz-Xaver Kaufmanns Lesart als Sozialform und »spezifische Antwort der katholischen Tradition auf die Herausforderung durch die neuzeitliche Gesellschaftsentwicklung« hervorhebt) und die Grenzen modernisierungstheoretischer Annäherung. Wenn Wilfried Loth die Wandlungen des katholischen Milieus analysiert, so geht er von einzelnen Milieus aus und verfolgt deren Zusammenwachsen zu einem »ultramontanen Verband«. Der Begriff des katholischen Milieus ist überhaupt zu einer zentralen Katogorie der Erforschung spezifisch katholischer Lebensumstände und -formen geworden: Über die Ausrichtung auf Milieu als Nährboden für (partei)-politische und soziale Formierungen hinaus, häufen sich Milieustudien, die vor allem Herrschaftsstrukturen, Sozialisationsvorgänge und daraus resultierende mentale Eigenarten rekonstruieren.[2]

In durchweg substantiellen Beiträgen werden in dem Lothschen Sammelband neue Forschungswege an bisher eher vernachlässigten Themen dokumentiert. Dazu zählen sozialgeschichtliche Phasen und Dimensionen (Wandel der sozialen Herkunft, Klerikalisierung und Sakralisierung des Priesterbildes, Veränderung der Ausbildung, Überwachen und Strafen) der Ultramontanisierung des Klerus am Beispiel der Erzdiözese Freiburg (Irmtraut Götz von Olenhusen); die Bedeutung der Religion für Erfahrungen, Ängste, kirchliches und politisches Verhalten der Unterschichten am Beispiel des Saarreviers (Klaus-Michael Mallmann); die heterogenen Formen von Religiosität (zugespitzt: kirchen-, volks-, weltfromm) in Bayern einschließlich der Grenzen von Verkirchlichung und des insgesamt sehr beachtlichen Einflußgewinnes kirchengemäßer Katholizität (Werner K. Blessing); die Ausrichtungen und Wertschätzungen traditioneller Orientierung am »christlichen Beruf«, die seit den 1880er Jahren in beachtlichem Ausmaß »umgebogen« werden (Josef Mooser); die Aufbrüche der katholischen Frauenbewegung mit ihrem »Schillern« zwischen »modernen« und »antimodernen« Einstellungen und Verhaltensweisen (Lucia Scherzberg); die Organisationen und Aktivitäten des Antiultramontanismus (Norbert Schloßmacher); die Auseinandersetzungen um den Reformkatholiken Hermann Schell, kulminierend im Streit um sein Grabdenkmal (Karl J. Rivinius); die Leitmotive, ausgrenzenden und identi-

2 Vgl. *Michael Klöcker*, Das katholische Milieu. Grundüberlegungen – in besonderer Hinsicht auf das Deutsche Kaiserreich von 1871, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 44, 1992, H. 3. Mit der von Jonathan Sperber betonten religiösen Milieu-Erneuerung schon in den Jahrzehnten vor der kleindeutschen Reichsgründung setzt sich erneut *Anderson* (wie Anm. 1) auseinander. In ihrer Beurteilung neuerer Studien zum deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert (unter besonderer Berücksichtigung der Erforschung der Redemptoristen im Bayern des 19. Jahrhunderts durch Otto Weiß) akzeptiert sie den Erkenntnisgewinn durch vertiefte Ausrichtungen etwa auf Staat-Kirche-Allianz, kirchliche Personalpolitik, Frömmigkeitspraxis, spirituelle »Tyrannei«, will aber den »Ultramontanismus« abgewogener und mehr relativiert durch den Rahmen der komplexen konfessionellen, sozialen und politischen Prozesse gewürdigt wissen.

tätsstiftenden Funktionen des Katholizismus im Kaiserreich sowie die neuartige Aufgipfelung der katholischen Judenfeindschaft (Olaf Blaschke). In einer phänomenologisch reich abgesicherten, die Zuspitzung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausstellenden Studie charakterisiert Christoph Weber den neuzeitlichen Ultramontanismus anhand einer Reihe von typischen Strukturmerkmalen als katholischen Fundamentalismus.[3] Weber verweist in seinem ausführlichen begriffsgeschichtlichen Rekurs zu Recht darauf, daß die fragmentarische Beschäftigung mit dem »Ultramontanismus« über innerkatholische Ausklammerungen hinaus auch als »Ausdruck eines übergeordneten Defizits der gesamten politischen (und kulturellen) Tradition Deutschlands« (S. 24) zu reflektieren sei.

Besondere Beachtung verdient die 1982 von Michael Mitterauer initiierte systematische Sammlung von lebensgeschichtlichen Aufzeichungen am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. 1990 umfaßte sie autobiographische Aufzeichnungen von 440 Frauen und 194 Männern, fast alle von ihnen aus Österreich oder den ehemaligen Kronländern stammend und überwiegend zu den Unterschichten gehörend. Die Bedeutsamkeit dieser Aufzeichnungen wird deutlich in den qualitativen Analysen, die 1990 in dem Sammelband »Religion und Alltag« vorgelegt wurden. Sie beinhalten prägnante und subtile Ausleuchtungen der katholischen Frömmigkeitspraxis. Im »individuellen Erleben«, so konstatiert Andreas Heller, zeichnen sich bereits in der ersten Jahrhunderthälfte viele Themen (Kirchendistanzierung, Auseinanderleben von gelehrter Doktrin und gelebter Praxis, Auswahlverhalten im Umgang mit den normativen Vorgaben) ab (S. 298), die in jüngster Zeit – nunmehr auch mit dem Instrumentarium der modernen empirischen Sozialforschung meßbar – alarmierende Züge angenommen haben.

2. Überblicksdarstellungen, Festschriften, ideengeschichtliche Grundlagenwerke

Helmut Kuhn, Die Kirche im Zeitalter der Kulturrevolution, Styria Verlag, Graz etc. 1985, 171 S., brosch., 18 DM.

Klaus Schatz, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Josef Knecht Verlag, Frankfurt/Main 1986, 344 S., pb., 42 DM.

Emerich Coreth SJ/Walter M. Neidl/Georg Pfliggersdorffer (Hrsg.), Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1: Neue Ansätze im 19. Jahrhundert, Styria Verlag, Graz etc. 1987, 799 S., Ln., 110 DM.

Thomas Nipperdey, Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918, C.H. Beck Verlag, München 1988, 167 S., pb., 16,80 DM.

Albert Portmann-Tinguely (Hrsg.), Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit. Festschrift für Heribert Raab zum 65. Geburtstag, Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 608 S., kart., 98 DM.

Konrad Repgen, Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte, hrsg. von Klaus Gotto und Hans Günter Hockerts (anläßlich des 65. Geburtstages von Konrad Repgen), Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 359 S., geb., 58 DM.

3 In der aktuellen Fundamentalismus-Debatte innerhalb des bundesdeutschen Katholizismus (vgl. u. a. die Beiträge von W. Beinert, K. Kienzler, J. Werbick) wird oft angeknüpft an die Begriffsfassung von Thomas Meyer und in beachtlichem Ausmaß historisch argumentiert (insbesondere durch Verweis auf die in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts durchgesetzte »antimodernistische« Kirchenlinie).

Hermann Josef Sieben, Die katholische Konzilsidee von der Reformation bis zur Aufklärung, Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 560 S., geb., 148 DM.

Adam Müller 1779–1829, hrsg. und erläutert von Albrecht Langner, Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 143 S., kart., 19,80 DM.

Gustav Gundlach 1892–1963, hrsg. und erläutert von Anton Rauscher, Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 181 S., kart., 24,80 DM.

Heiner Ludwig/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung, Josef Knecht Verlag, Frankfurt/Main 1990, 287 S., pb., 34 DM.

Die Überblick-Darstellung über den Weg des deutschen Katholizismus »Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum« von Klaus Schatz kann ebenbürtig neben den ebenfalls 1986 erschienenen Überblick von Heinz Hürten zur gleichen Thematik gestellt werden. Beides sind auf den sozialen und politischen Katholizismus konzentrierte Einführungen, die allerdings in Teilaspekten unterschiedliche Akzentsetzungen haben. So zeichnet sich etwa Schatz' Studie durch eine intensivere Behandlung von »Außenseitern« aus.[4] Thomas Nipperdeys Überblick über Religion im Deutschen Kaiserreich von 1871, im wesentlichen übernommen in den 1990 vorgelegten ersten Band seiner »Deutschen Geschichte 1866-1918«, bietet für den Katholizismus eine Fülle wichtiger Grundinformationen, klammert allerdings »eine analytische Erzählung des Kulturkampfes oder der Politik der Zentrumspartei« ebenso wie etwa »religiöse Züge der Mentalität von Bauern« bewußt aus (S. 8) und überzeichnet die »Emanzipations«-ausrichtung.

Die Festschriften für Heribert Raab und Konrad Repgen, deren zahlreiche substantiellen Katholizismusforschungen nunmehr in den jeweiligen Bibliographien umfassend aufgelistet sind, gehen unterschiedliche Wege. Während sich in der Festschrift für Raab 21 beachtliche Beiträge dem »Grundthema« seines wissenschaftlichen Werkes »Kirche, Staat und katholische Wissenschaft in der Neuzeit« widmen und damit inhaltlich eine weite Bandbreite umspannen, sind in der Festschrift für Repgen, dem Herausgeber der »Acta Pacis Westphalicae«, 19 ausgewählte Aufsätze des Jubilars gesammelt, die einen sehr beachtlichen Bogen über die gesamte Neuzeit spannen: von Studien zu Reformation, Dreißigjährigem Krieg, Westfälischem Frieden bis hin zu seiner Deutung des Reichskonkordates von 1933 als »vertragsrechtliche[r] Form der Nichtanpassung der katholischen Kirche an das totalitäre System des Dritten Reiches«. Hinzu kommen die biographischen Skizzen über Freunde und Weggenossen (Kardinal Frings, Hubert Jedin, Alois Mertes) und theoriegeschichtliche Darlegungen, die die neuere sozial- und strukturgeschichtliche Wende als methodisch nicht innovativ beurteilen und das Objektivitäts-Postulat betonen. In seinem Essay über »Christ und Geschichte« distanziert Repgen sich von Interpretationen einer bestimmten Geschichtsepoche als besonders heils-nahe und hebt noch die »katholische Geschichtswissenschaft«, die freilich auch den allgemeinen Wissenschaftsregeln verpflichtet sei, funktionell von der »nicht-katholischen Forschung« ab. Erstere habe eine besondere Nähe und ideelle Verpflichtung bei der Erforschung von katholischer Kirche und Katholizismus, zeichne sich durch eigentümliche normative Wertausrichtungen aus und bringe eine besondere »Schärfung des gesunden Mißtrauens in die Erlösungsfähigkeit des Menschen durch Politik« ein. (S. 331 f.)

4 Vgl. den genaueren Vergleich bei *Oskar Köhler*, Glück und Unglück im deutschen Katholizismus. Dieselbe Geschichte in zwei Büchern des gleichen Jahres, in: Stimmen der Zeit 205, 1987, S. 177–194.

Von der »Herausforderung: Luthers Konzilsidee« geht der souveräne Überblick aus, den Hermann Josef Sieben über die Konzilsidee gibt, um dann die Negation dieses Neuansatzes (»rühmliche Ausnahme«; Reginald Pole) in der nachreformatorischen katholischen Konzilsidee, die intensivierte Konzilienforschung, den neuen Streit über das Konstanzer Superioritätsdekret »Haec Sancta«, die Rolle des Konzils im ökonomischen Dialog zwischen Leibniz und Bossuet sowie die weitere Ideengeschichte bis zum Mainzer Theologen Felix Anton Blau (»Aufklärung über Konzilsautorität«) material- und kenntnisreich und zugleich in flüssigem Stil aufzuarbeiten. Der voluminöse erste Band über »Christliche Philosophie im katholischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts« konzentriert sich auf die Neuansätze im 19. Jahrhundert. Er bietet neben begrifflichen und strukturellen Sonderuntersuchungen für den deutsch- und französischsprachigen Raum, Italien, den spanisch-portugiesischen und angelsächsischen Raum Beiträge ausgewiesener Sachkenner über einzelne Philosophen und Schulrichtungen. Für die Ideengeschichte liegt damit ein nunmehr unverzichtbares Handbuch vor, das Licht auf vielfach vergessene Strömungen und Personen wirft. In seiner sorgenvollen, im Kern »antimodernistischen« Studie über »Die Kirche im Zeitalter der Kulturrevolution« (1985) diagnostiziert der katholische Philosoph Helmut Kuhn in Literatur, Malerei und Philosophie der Gegenwart kulturrevolutionäre Tendenzen, die auch die Kirche zu überschwemmen drohen. Diese werden ideengeschichtlich eingeordnet (unter besonderer Berücksichtigung von Hegel und Heidegger) und verurteilt als absolute und ziellose Befreiungen, die letztlich den Kern der Person zerstören und im Nihilismus enden.

Für die neue Reihe »Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus« sind zehn personen- und zehn themenorientierte Bände zum deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert geplant. Wenn in dieser Reihe als Sozialethiker und Gesellschaftstheoretiker vorweg Adam Müller, der Begründer des »erfolgreichsten Konzepts des christlichen Konservativismus«, und Gustav Gundlach SJ nach knapper Einleitung mit Kerntexten präsentiert werden, so ist das angesichts der Wirkungsmächtigkeit ihrer Ideen (nicht nur) für den deutschen Katholizismus selbstverständlich. Gundlach zeichnete sich aus bei der Herausarbeitung des Subsidiaritäts- und Personalitätsprinzips; er war enger Mitarbeiter Pius' XII. und formulierte um 1950 die Lehre über die Kirche als »Lebensprinzip der Gesellschaft«: Es geht dabei um die Zurückführung des Machtelementes auf Gott und seine Schöpfungsordnung und die Bejahung der Koexistenz der Kirche mit jeder als solcher akzeptierten »Kultur«, wozu er den Kommunismus nicht rechnete. Heiner Ludwig und Wolfgang Schroeder haben 1990 einen Sammelband mit instruktiven Beiträgen über Träger, Entwicklungen und Umbrüche des Sozial- und Linkskatholizismus herausgegeben. Sie bilanzieren einleitend: »Bei aller Unterschiedlichkeit trugen beide insgesamt dazu bei, daß der Katholizismus nicht zur Plattform besitzbürgerlicher Interessen oder Reflexionen degenerierte und daß der Glaube nicht privatisiert oder bloß kirchlich-administrativen Vorstellungen gefügig gemacht wurde.« (S. 8)

3. Kirchenorganisation und -finanzierung, kirchliches Leben

Peter Berglar/Odilo Engels (Hrsg.), Der Bischof in seiner Zeit. Bischofstypus und Bischofsideal im Spiegel der Kölner Kirche. Festgabe für Joseph Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln, Bachem Verlag, Köln 1986, 481 S., geb., 48 DM.

Norbert Greinacher/Hans Küng (Hrsg.), Katholische Kirche – Wohin? Wider den Verrat am Konzil, Piper Verlag, München 1986, 467 S., brosch., 17,80 DM.

Erwin Gatz (Hrsg.), Pfarr- und Gemeindeorganisation. Studien zu ihrer Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit dem Ende des 18.

Jahrhunderts (= Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, N. F., H. 10), Schöningh Verlag, Paderborn 1987, 151 S., kart., 21 DM.

Eduard Hegel, Das Erzbistum Köln zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts: 1815–1962 (= Geschichte des Erzbistums Köln, Bd. 5), Bachem Verlag, Köln 1987, 672 S., Ln., 98 DM.

Franz Xaver Bischof, Das Ende des Bistums Konstanz. Hochstift und Bistum Konstanz im Spannungsfeld von Säkularisation und Suppression (1802/03 – 1821/27) (= Münchener Kirchenhistorische Studien, Bd. 1), Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1989, 571 S., kart., 89 DM.

Horst Herrmann, Die Kirche und unser Geld. Daten, Tatsachen, Hintergründe, Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1990, 272 S., geb., 36 DM.

Mit der lokalen Konzentration auf Typus und Ideal des Bischofs im gesamten Verlauf der Kölner Kirchengeschichte beschreitet die Festschrift anläßlich des 80. Geburtstages von Kardinal Höffner einen nachahmenswerten Forschungsweg, der spätere komparative Studien fundieren hilft. Neun ausgewiesene Sachkenner – darunter acht »Profanhistoriker« – verfolgen verständnisvoll epochentypische Konturen und Defizite bis hin schließlich zu dem Mitherausgeber Peter Berglar, der für die Zeit nach 1945 gegenüber dem »mentalen Sieg der ›Moderne‹« einen Bischofstyp heraufbeschwört, der die göttlichen Prinzipien »Vater« und »Bruder« vereinen soll. Kurienkardinal Ratzinger entwirft abschließend einen elitären Tugendkatalog für den Bischof von heute. So mündet diese Festschrift in eine Dokumentierung des zeitgenössischen kirchenoffiziellen Selbstverständnisses von Herrschaft.

Auf breiter archivalischer Grundlage schildert Franz Xaver Bischof in seiner Luzerner Theologischen Dissertation von 1988 das staatlich und römisch herbeigeführte Ende des rund tausendjährigen Bistums Konstanz und die Errichtung der Oberrheinischen Kirchenprovinz – eine dramatische Darstellung zugleich des Kesseltreibens der römischen Kurie und speziell des Luzerner Nuntius Testaferrata gegen den letzten Fürstbischof Dalberg und den Generalvikar bzw. Bistumsverweser Wessenberg, die hier historiographisch angemessen gewürdigt werden. Mit diesem ersten Band, der exemplarisch die fortschreitende Durchsetzung eines zentralistischen Kirchenregiments widerspiegelt, haben Georg Schwaiger und Manfred Weitlauff als Herausgeber ihrer neuen »Münchener Kirchenhistorischen Studien« einen hohen Standard gesetzt. Nach dem vierten hat Eduard Hegel auch den fünften Band der von ihm herausgegebenen Geschichte des Erzbistums Köln verfaßt, der die Zeit von 1815 bis 1962 umfaßt. Ein nunmehr unentbehrliches, durch das ausführliche Register schnell nutzbares Handbuch liegt vor, das zunächst die »Leitung des Erzbistums« (Personen und Institutionen, Diözesanpriester und Ordensleute), dann kirchliches Leben und religiöse Praxis, schließlich die geistige, soziale und politische Umwelt breit entfaltet.[5]

5 Zu den Problemen einer Diözeangeschichtsschreibung vgl. die Grundüberlegungen am Beispiel der neuen Rottenburger Bistumsgeschichte von *Ernst Walter Zeeden*, Probleme, Aufgaben und Möglichkeiten der Diözesangeschichtsschreibung. Anregungen und Überlegungen zu einer neuen Bistumsgeschichte, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 10, 1991, S. 277-300. In seiner Rezension des 5. Bandes der Geschichte des Erzbistums Köln von Eduard Hegel verweist *Pierre Ayçoberry*, in: Geschichte in Köln, H. 24, 1988, S. 180 f., auf drei Aspekte, die sicherlich generell in der zukünftigen Bistumshistorie verstärkt zu beachten sind: die Reflexion der theoretischen/methodischen Vorgehensweise, die Probleme und Ergebnisse der Religionsstatistik sowie die Ausrichtung auf das »gemeine Kirchenvolk«.

Als Teilergebnis seines großangelegten Forschungsprojektes zur Seelsorge-Geschichte im deutschen Sprachgebiet seit der Säkularisation hat Erwin Gatz 1987 Symposion-Referate zur Entwicklung der Pfarr- und Gemeindeorganisation vorgelegt, die eine beträchtliche Reihe von Diözesen aufarbeiten. Es sind informative, teils mit Karten bzw. Tabellen versehene Studien.[6] Der restaurative Kurs der Kirchenleitung unter Papst Johannes Paul II. wird in dem von Hans Küng und Norbert Greinacher herausgegebenen Taschenbuch »Katholische Kirche – wohin?« durch kritische Katholiken in Hinsicht auf die Kirchenleitung, die Theologie sowie typische Vorgänge beleuchtet. Das Kompendium dokumentiert in 30 Beiträgen in griffiger Kürze die Bandbreite zeitgenössischer Kirchenkritik jenseits des »katholischen Fundamentalismus« und Reformorientierungen in Anknüpfung an das »Aggiornamento« des 2. Vatikanischen Konzils. Horst Herrmann greift in seinen Essays unter dem Titel »Die Kirche und unser Geld« scharf die Privilegierung der Kirche in der Bundesrepublik an und thematisiert dabei historische und aktuelle Aspekte, die sehr oft ausgeblendet werden: so die Staatsleistungen an die katholische Kirche und ihre bedenkliche historische Legitimierung durch die Säkularisation am Beginn des vorigen Jahrhunderts, das in neuester Zeit herausgebildete System der Kirchensteuer und mögliche Alternativen, die Finanzierung der kirchlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen aus öffentlichen Steuermitteln sowie die Souveränität der Kirche als Arbeitgeber im Abseits von Errungenschaften des modernen Arbeitsrechts.

4. Politischer und sozialer Katholizismus

Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 51), Westdeutscher Verlag, Opladen 1987, 410 S., kart., 56 DM.

Martin Baumeister, Parität und katholische Inferiorität. Untersuchungen zur Stellung des Katholizismus im Deutschen Kaiserreich (= Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Bd. 3), Schöningh Verlag, Paderborn 1987, 120 S., kart., 14,80 DM.

Ulrich von Hehl, Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 47), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1987, XLVI + 510 S., Ln., 64 DM.

Hans Maier/Otto B.Roegele/Manfred Spieker (Hrsg.), Katholikentage im Fernsehen. Referate der Arbeitstagung der Sektion für Politik- und Kommunikationswissenschaft bei der Jahresversammlung der Görres-Gesellschaft in Osnabrück am 7. Oktober 1985 (= Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Bd. 2), Schöningh Verlag, Paderborn 1987, 78 S., kart., 12,80 DM.

Hans Buchheim/Felix Raabe (Hrsg.), Christliche Botschaft und Politik. Texte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu Politik, Staat, Verfassung und Recht, Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 235 S., kart., 38 DM.

6 Dieser Band fügt sich ein in die umfangreiche Publikations-»strategie« von *Erwin Gatz* (Rektor des Campo Santo Teutonico in Rom und geschäftsführender Direktor des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft), der soeben den ersten Band einer »Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts« herausgegeben hat, in der die Entwicklung der Pfarrei als fundamentaler kirchlicher Lebenseinheit in Hinsicht auf jedes der 53 Bistümer dargestellt wird.

Rudolf Morsey (Hrsg.), Katholizismus, Verfassungsstaat und Demokratie. Vom Vormärz bis 1933 (= Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe A: Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Bd. 1), Schöningh Verlag, Paderborn 1988, 211 S., kart., 38 DM.

Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, hrsg. und eingeleitet von Tilman Mayer, Bund Verlag, Köln 1988, 710 S., geb., 39,80 DM.

Winfried Becker/Rudolf Morsey (Hrsg.), Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1988, 291 S., brosch., 28 DM.

Rolf Kiefer, Karl Bachem 1858 – 1945. Politiker und Historiker des Zentrums (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 49), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1989, XXIV + 228 S., Ln., 46 DM.

August Hermann Leugers-Scherzberg, Felix Porsch 1853–1930. Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 54), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1990, XXXVIII + 301 S., Ln., 64 DM.

Albert Eßer, Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 53), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1990, 316 S., Ln. 76 DM.

Michael Hanke/Rosa Copelovici (Hrsg.), Adolph-Kolping-Schriften. Kölner Ausgabe, Bd. 2: Briefe, 2. ergänzte und überarbeitete Aufl., Kolping Verlag, Köln 1991, 631 S., Ln., 80 DM.

Thomas M. Gauly, Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust, Bouvier Verlag, Bonn 1991, 474 S., geb., 68 DM.

Thomas Großmann, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945-1970 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 56), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1991, 522 S., Ln., 72 DM.

Epochal gegliedert, präsentiert die 1988 von Rudolf Morsey herausgegebene Dokumentation von Parlamentariern, Publizisten, Staatstheoretikern und Bischöfen verfaßte Kerntexte des (partei)politischen Katholizismus vom Vormärz bis 1933, welche die Hindernisse, Vorbehalte und Etappen hin zur (inneren) Annahme des demokratischen Verfassungsstaates widerspiegeln. Der von Winfried Becker und Rudolf Morsey herausgegebene Sammelband »Christliche Demokratie in Europa« konzentriert sich in europäisch vergleichender Perspektive auf die »politischen Gemeinsamkeiten und Doktrinen, die wohl innerhalb der konfessionellen Bewegungen der nationalen Katholizismen entstanden, aber nach der Erfahrung des Totalitarismus das interkonfessionelle, primär politisch motivierte Zusammenwachsen christlicher Gruppen und Parteien begünstigt haben.« Er bietet u. a. eine minuziöse Rekonstruktion des katholischen Vereinswesens in den preußischen Westprovinzen 1848-1855 unter der Kernfrage »Kirchenpolitik oder christliche Demokratie?« (Ernst Heinen), Analysen zum Selbstverständnis des Zentrums im Kaiserreich (Hans Georg Aschoff, M. L. Anderson) und fundierte Überblicke über Entwicklungen in Belgien, den Niederlanden, Österreich, Frankreich und Italien. Die dokumentierte Diskussion über die ersten der hier wiedergegebenen Referate eines internationalen Symposions von 1987 wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten einer Traditionsrückführung der nach 1945 entstandenen christlich-demokratischen Parteien auf das 19. Jahrhundert unter

dem Leitbegriff »Christliche Demokratie«, den Winfried Becker unter besonderer Berücksichtigung von Görres zurückverfolgt.

In der deutschen Sozialgeschichtsforschung ist die mittlerweile auf sechs Bände angewachsene »Kölner Ausgabe« der Adolph-Kolping-Schriften kaum beachtet worden.[7] Ob dies als Indiz für die Ausklammerung der Katholischen Gesellenvereine aus der »eigentlichen« Arbeiterbewegung zu deuten ist, sei hier dahingestellt. Der 1991 in 2. Auflage ergänzte Band II, herausgegeben von Michael Hanke und Rosa Copelovici, bietet eine sorgfältige Edition von 402 Briefen Kolpings von 1837 bis 1865, welche die Ausformung seiner religiös-weltanschaulichen Grundposition, seine Konflike mit weltlicher und geistlicher Obrigkeit sowie das rastlose Wirken des »Managers« und Publizisten widerspiegeln.

In seiner Münchener Magisterarbeit über die Stellung des Katholizismus im Deutschen Kaiserreich hat Martin Baumeister die zeitgenössische Statistik zum »katholischen Bildungsdefizit« genauer ausgeleuchtet, die damalige politisch-publizistische und wissenschaftliche Debatte um geforderte »Parität« und behauptete »katholische Inferiorität« nachgezeichnet und methodisch-kritisch reflektiert. Die neueren von der Kommission für Zeitgeschichte veröffentlichten Biographien von Zentrumspolitikern erweisen, jeweils auf satter, archivfundierter Quellengrundlage, die Intensivierung und Bedeutsamkeit des biographischen Zugangs: Rolf Kiefer behandelt in seiner Biographie des geschickt im Hintergrund agierenden, wertvolle Kontakte zum Vatikan pflegenden Politikers, Rechtsanwalts, Publizisten und Zentrum-Historikers Karl Bachem dessen familiäre Sozialisation im Kölner Elternhaus (sein Vater war der bedeutende katholische Verleger Josef Bachem) und die Berliner Umgebung. Dabei profitiert Kiefer von Bachems abschriftlich erhaltenen Erinnerungen; deutlich werden die überzogene nationale Rhetorik vor und im Ersten Weltkrieg, der Paritätskampf sowie das gegen große Widerstände kontinuierliche Öffnungsstreben zu überkonfessioneller parteipolitischer und gewerkschaftlicher Formierung herausgearbeitet. August Hermann Leugers-Scherzberg verfolgt in seiner Biographie des schlesischen Abgeordneten und langjährigen Parteiführers des preußischen Zentrums (1904–30) Felix Porsch eingehend die Vertretung der »katholischen Interessen« in der Kirchen- und Schulpolitik. Er markiert genau die Wandlungen zu »modernen« Positionen im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Wegweisend waren hier der Zentrums- und Gewerkschaftsstreit, das Einschwenken auf die »Kölner Richtung« sowie, nach 1918, der Einsatz für eine Koalition mit den Sozialdemokraten und die Verteidigung der republikanischen Ordnung. Leugers-Scherzbergs Studie besticht zugleich durch ihre präzise Ausleuchtung der schlesischen Verhältnisse und der milieutypischen Organisierung, speziell im CV. Ulrich von Hehls »politische Biographie« des viermaligen Kanzlers in der Weimarer Republik, Wilhelm Marx, rekonstruiert genau dessen pragmatische Amtsführung als Kanzler; sie zeichnet ferner das Scheitern bei der Reichspräsidentenwahl 1925 nach und legt den tiefgreifenden Auseinanderfall der Zentrumsgeschlossenheit als eine Hauptursache des schließlichen Scheiterns als Kanzler offen. Die Stärke dieser Biographie, einer Bonner Habilitationsschrift, liegt zugleich in der präzisen Erhellung der »politischen Sozialisation« von Marx und seines Wirkens als Parteivorsitzender (1922–28). Erhellt werden ferner die Aktivitäten im Verbandskatholizismus bis hin zu den Positionen an der Spitze der 1911 von Marx gegründeten Katholischen Schulorganisation, des Volksvereins für das katholische Deutschland und des KV. Wenn Albert Eßer den Lebensweg des in der katholischen

7 In Bd. 3 (S. 113, S. 261) und 4 (S. 314) sind Erinnerungen Kolpings an die Gründung des Kölner Gesellenvereins am 6. 5. 1849 wiedergegeben. Die spätere Legendenbildung, daß am selben Tag Karl Marx im Gürzenich eine Revolutionsrede gehalten habe, ist bis in die jüngste Zeit hinein gepflegt worden; vgl. die Widerlegung von *Franz Lüttgen*, Zwei Kolpingslegenden aus Köln, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 62, 1991, S. 97–108, hier S. 98 ff., S. 106 ff. Lüttgen beklagt, was immer noch fehlt, nämlich eine »wissenschaftlich exakte Kolpingbiographie« (S. 108).

Arbeiterwegung verwurzelten Wilhelm Elfes (1927 erster Polizeipräsident in Krefeld, erster Nachkriegs-Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach) aufgearbeitet hat, der nach 1945 eine »Partei der Arbeit« nach dem Vorbild der britischen Labour Party gründete, dann zum markanten Verteter auf dem linken Flügel der CDU wurde und schließlich durch seine Linksausrichtung (Neutralitätspolitik, Wiedervereinigung durch Konföderation sogar mit einer SED-geführten DDR, Einsatz für einen konsequent »christlichen Sozialismus«) politisch und menschlich ins Abseits geriet, so ist daraus die fesselnde Biographie eines schließlich gescheiterten Idealisten geworden.

Gerade in den biographischen Forschungen tritt eine dichte Annäherung an typische Sozialisationsprägungen und Milieueigentümlichkeiten hervor, die eine Intensivierung der Forschungsbemühungen in diesen Richtungen fundieren hilft. Grundlagen werden hier auch gelegt für noch ausstehende regionale und lokale Schwerpunktsetzungen, so für zusammenhängende Darstellungen des westfälischen und rheinischen oder beispielsweise des Kölner Katholizismus.

Die ausführliche, zahlreiche neue Materialien (insbeondere den Nachlaß Kaiser im Bundesarchiv) ausschöpfende »Werkauswahl« über »Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot« kann als nützliches Studienbuch dienen. In seiner Einführung betont der Herausgeber Tilman Mayer Kaisers »christliche, soziale und nationale Grundsatzfestigkeit« (S. 130) und spart nicht mit Seitenhieben gegen die Widersacher Kaisers und bestimmte Zeithistoriker.[8] Die zeitgeschichtliche Erforschung der deutschen Katholizismus wendet sich verstärkt den sozialen Formierungen in jüngerer Zeit und ihren Wirkungen zu. Da gewinnt der 1987 von Hans Maier u.a. herausgegebene Sammelband besondere Bedeutung, der Ergebnisse der Massenmedienforschung vorstellt: Er enthält Analysen der »Vermittlungsleistungen« von ARD und ZDF bei der Präsentation der Katholikentage 1982 und 1984 sowie aufschlußreiche Analysen zum Medienecho auf den Papstbesuch in Österreich (1983), der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein (1984). In ihrem Vorwort resümieren die Herausgeber, daß die Fernsehbeiträge zu den Katholikentagen in ihrer Auswahl »parteiisch, subjektiv, oftmals beliebig« gewesen seien; »der ›Medien-Katholikentag‹ sei ein anderer als der ›wirkliche Katholikentag‹«. (S. 8) Eine Relativierung dieser Medienschelte ergibt sich aus der abschließend wiedergegebenen Podiumsdiskussion einer Arbeitstagung von 1985, in der Medienvertreter ihre journalistische Position markierten, notwendige Erweiterungen der Massenmedienforschung diskutiert wurden und u. a. die seitens der katholischen Kirche annehmbarere Berichterstattung über die Papstbesuche als Ergebnis einer intensiveren Medienbetreuung plausibilisiert wurde.

Die 1988 von Hans Buchheim und Felix Raabe herausgegebenen Texte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sind zum größten Teil von 1970 bis 1987 im »Beirat für politische Fragen« und in der Kommission »Politik, Verfassung, Recht« entstanden. Es handelt sich bei ihnen um eine für die zeitgeschichtliche Forschung nützliche Sammlung. Ihre zeitgeschichtliche Einordnung in die ideelle Ausrichtung und das Organisationssystem des Zentralkomitees wird nunmehr erleichtert durch Thomas Großmann, der auf der Basis einer breiten Überlieferung (Archiv des Zentralkomitees, gedrucktes Material, Befragungen ausgewählter ZdK-Mitglieder) das bundesrepublikanische Zentralkomitee von seinen Anfängen bis 1970 untersucht hat. Das Ergebnis ist eine sehr aufschlußreiche Studie, welche die konkurrierenden Sinngebungen in den 1950er Jahren, die aufgrund des Drängens der Hierarchie herausgebildete Zentralisierung und Monopolisierung und schließlich den Strukturwandel nach der konziliaren Horizonterweiterung herausarbeitet. Zur »Veror-

8 Anläßlich des 100. Geburtstages von Kaiser hat zugleich Christian Hacke eine Schriften-Auswahl ediert (ebenfalls ohne Anmerkungsapparat). Beide Editionen bilden eine wertvolle Ergänzung zur vierbändigen politischen Biographie Kaisers, die von dessen Witwe Elfriede Kaiser-Nebgen sowie Werner Conze und Erich Kosthorst verfaßt wurde.

tung« des Gremiums im politisch-gesellschaftlichen Prozeß (strukturiert in Hinsicht auf die staats-, sozial- und kulturpolitischen Ausrichtungen) gehört auch die Offenlegung der Nähe zu den Unionsparteien. Großmann reflektiert abschließend kritisch die Grenzen der Wirkung (und der Wirkungshistorie) des Zentralkomitees und resümiert: »Im triangulären Raum zwischen Laienkatholizismus, Episkopat und Unionsparteien verfügte das ZdK bis zur Mitte der sechziger Jahre nur über eine sehr eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Durch die Neuvermessung des Laienapostolats im Rahmen des Konzils, in dessen Folge sämtliche Markierungslinien neu gezogen werden mußten, eröffneten sich andere Dimensionen. Für das ZdK bedeutete das Jahr 1965 einen Epochenschnitt.« (S. 511)

Zur Entwicklung des politischen Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 sind zwei Darstellungen erschienen, die heftige Diskussionen herbeigeführt haben: Ute Schmidts präzise Rekonstruktion des wiederbegründeten Zentrums beleuchtet Motive, Flügelausrichtungen, Gruppierungen, Sozialprofil und regionale Schwerpunkte (besonders in Nordrhein-Westfalen), den Ansatz zum Labour-Party-Konzept, Verhandlungen mit der CDU und der katholischen Kirche sowie schließlich die – angesichts der massiven Option der Kirche für die Unionsparteien unvermeidliche – Erosion dieser Partei. Die historische Einordnung der neuen Zentrumspartei in die Traditionslinie des politischen Katholizismus, deren Kennzeichnung als »sozial-fortschrittlich« orientierte »Integrationspartei« und demgegenüber die Pointierung der von Zentrumsvertretern vorhergesehenen Entwicklung der CDU zum »Bürgerblock« mit »unvermeidlichem Rechtskurs« (S. 193) haben Ablehnungen, aber auch Zustimmung hervorgerufen.[9] Thomas M. Gauly schildert – gestützt auf reiches Quellenmaterial (u. a. Nachlässe der Mainzer Bischöfe Stohr und Volk, Wahlstatistik, Interviews) und strukturiert nach Phasen – Intensität und Gleichklang des politischen und gesellschaftlichen Einflusses von Bischöfen, Prälaten und Spitzenkräften des Laienkatholizismus einschließlich des engen Anschlusses an die Unionsparteien bis um 1960. Den anschließenden Niedergang des Einflusses der Kirchenvertreter mit hohem »Machtverlust« erklärt er als Folge äußerer, vor allem jedoch innerer Faktoren (Kompetenzverlust). Man kann den Gebrauch von Umfragedaten und die Definition von »Macht« kritisieren, die »Wiederverchristlichung« von Staat und Gesellschaft als Ziel des Episkopats zeitlich relativieren (als schon in den 1950er Jahren von nüchterneren Einsichten begrenzt), eine viel stärkere Verschränkung von politischer, sozialer und religiöser Ebene bis hinunter zum »Normalkatholiken« fordern, die am Ende des Buches programmatisch erhobenen Reformforderungen nach mehr Dialog, Partizipation, Öffentlichkeit noch eindringlicher thematisieren oder auch ablehnen wollen – sicherlich jedoch vermittelt diese wertvolle Studie vielfältige neue Aufschlüsse über die politische und religiöse Kultur der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere über das sich wandelnde Verhältnis von katholischer Kirche und CDU/CSU bzw. SPD.

5. Militärseelsorge, Mission

Karl Josef Rivinius SVD, Weltlicher Schutz und Mission. Das deutsche Protektorat über die katholische Mission von Süd-Shantung (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 14), Böhlau Verlag, Köln/Wien 1987, 599 S., Ln., 162 DM.

9 Vgl. etwa *Winfried Beckers* widersprechende Rezension in: HPL 36, 1988, S. 24 f.; dagegen die Ausführungen von *Wolfgang Schroeder*, in: Orientierung, Nr. 3/1988, S. 34–36. *Göttrik Wewer* resümiert in: NPL 1988, S. 217, es sei eine »dichte, lesenswerte Darstellung« entstanden, »die allzu simplen Interpretationen der Erfolgsgeschichte der christlichen Konkurrenzpartei begründet widerspricht«.

Hans-Josef Wollasch, Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg. Das Kriegstagebuch des katholischen Feldgeistlichen Benedict Kreutz (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 40), Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1987, XCII + 210 S., kart., 62 DM.

Johannes Güsgen, Die katholische Militärseelsorge in Deutschland zwischen 1920 und 1945 (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 15), Böhlau Verlag, Köln/Wien 1989, LXIX + 526 S., geb., 68 DM.

Beruf und Alltag des preußischen katholischen Militärseelsorgers im Ersten Weltkrieg werden in der Edition von Hans-Josef Wollasch aus der nüchtern auflistenden Tagebuch-Perspektive des »überaus eifrigen und mutigen« Benedict Kreutz dokumentiert, der nach dem Krieg Präsident des Deutschen Caritasverbandes wurde. Die Quellengrundlage wird ergänzt durch Berichte an den Feldpropst und ein aufschlußreiches Orientierungsreferat aus dem dritten Kriegsjahr (Disposition). In seiner Einleitung informiert Wollasch ausführlich über die Stationen, auch die Nachwirkungen des Einsatzes von Kreutz als Feldgeistlicher und über das System der katholischen Militärseelsorge. Er verweist auch auf den »Hintergrund« politischer, sozialer und religiöser Beweggründe für den verbreiteten katholischen Nationalismus. Einen breiten Rahmen steckt die Untersuchung von Johannes Güsgen über die Militärseelsorge in Deutschland zwischen 1920–1945 ab auf der Grundlage eingehender Archivforschungen – allerdings voller Skepsis gegenüber dem Wert individueller Erinnerungen. (S. 7 f.) Sie informiert sehr genau über die staatskirchenrechtliche Regelung, das Tauziehen zwischen Episkopat, deutscher Reichsregierung und römischer Kurie um eine Neuordnung der Militärseelsorge in den 1920er Jahren, schließlich über die Relevanz dieses Themas bei den Reichskonkordatsverhandlungen und die Regelung durch das Apostolische Breve vom 19. 9. 1935. Der Schlußteil gilt Aspekten der Praxis, umkreist auch vorsichtig das Wirken des Feldbischofs Rarkowski, informiert über die abweichende Organisation bei Luftwaffe und Marine und skizziert die Situation bei Kriegsausbruch. Im Anhang werden sämtliche zum Wehrdienst einberufenen Kölner Diözesanpriester aufgelistet. Güsgen resümiert, ohne die Verflochtenheit von Staat und Kirche prinzipiell in Frage zu stellen: »Die Militärseelsorge in der nationalsozialistischen Zeit stand zwar im Widerspruch von Kreuz und Hakenkreuz, aber sie diente dem Menschen und nicht dem System.« (S. 472)

In seiner reiches Archivmaterial aufarbeitenden Bonner theologischen Habilitationsschrift untersucht Karl-Josef Rivinius die katholische Missionierung durch seinen Orden, die Steyler Missionsgesellschaft, in Süd-Shantung. Dabei konzentriert er sich kenntnisreich auf die Frage des »weltlichen Schutzes«, auf das – trotz des großen französischen Einflusses im Vatikan – endlich erfolgreiche, von Missionsbischof Anzer unterstützte Bemühen der deutschen Regierung, die deutschen Missionare unter eigenes Protektorat zu stellen, wie auch auf die Auswirkungen des deutschen Protektorates bis zum Boxeraufstand 1900/1901. Die innen- und außenpolitischen »Verschränkungen« werden deutlich. Den Pauschalvorwurf, die Missionare »seien bloß Agenten, Steigbügelhalter und die Speerspitze ihrer Regierung gewesen«, weist Rivinius als »zumindest in dieser undifferenzierten Weise falsch« zurück: »Durch die äußeren Umstände gezwungen, sahen sich die Missionare genötigt, mit der jeweiligen Kolonialmacht zusammenzuarbeiten. Aber wegen dieses Faktums den christlichen Missionaren generell zu unterstellen, sie hätten bewußt die Verquickung von Weltmachtpolitik und Mission intendiert, ist eine durch nichts zu beweisende Behauptung. Als Kinder ihrer Zeit waren sie freilich beeinflußt von nationalen, patriotischen, sendungsideologischen und imperialistischen Ideen, die ihre missionarische Tätigkeit und die Aktivitäten des heimatlichen Missionswesens bestimmten. Erst spätere Einsicht in schuldhaftes Verhalten und unentschuldbare Versäumnisse infolge der biswei-

len zu engen Symbiose zwischen Politik und Mission, vor allem auch durch die Vorgänge und Folgen des Ersten Weltkrieges bewirkt, setzte einen Meinungsbildungsprozeß in Gang, an dessen Ende eine gewisse Metanoia und Mentalitätsänderung ansatzhaft stand.« (S. 539)

6. Nationale Kampfverbände und Nationalsozialismus als Herausforderung

Thomas Mengel, Das Schicksal der schlesischen Frauenklöster während des Dritten Reiches und 1945/46 (= Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd. 22), Böhlau Verlag, Köln/Wien 1986, XXIX + 261 S., geb., 68 DM.

Wieland Vogel, Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 48), Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1989, XXVI + 371 S., kart., 76 DM.

Volker Franke, Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf. Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt (= Historie in der Blauen Eule, Bd. 4), Verlag Die blaue Eule, Essen 1987, 350 S., geb., 39 DM.

Clemens August von Galen, Akten, Briefe und Predigten 1933–1946, bearb. von Peter Löffler (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 42), Matthias Grünewald Verlag, 2 Bde., Mainz 1988, zus. 1417 S., Ln., 240 DM.

Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Halbjahresschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft (KGZ), 1. Jg., H. 1/1988. Themenschwerpunkt: Der Widerstand von Kirchen und Christen gegen den Nationalsozialismus, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1988, 207 S., Heftpreis 38 DM, Jahrespreis 68 DM.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, Schriften zu Staat – Gesellschaft – Kirche, Bd. I: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos. Mit einem historiographischen Rückblick von Karl-Egon Lönne, Herder Verlag, Freiburg 1988, 159 S., kart., 28 DM.

Die u. a. kirchliche und staatliche Archive sowie Nachlässe katholischer Adeliger (aufschlußreich für rechtskatholische Positionen) auswertende Bonner Dissertation von Wieland Vogel bietet eine Reihe bemerkenswerter Ergebnisse, die noch stärker in Lage, Strukturen und Richtungen des Katholizismus der Weimarer Republik hätten verankert werden können. Die Beschränkung auf den Bereich der Fuldaer Konferenz und damit die Ausklammerung der Verhältnisse in Bayern ist zu bedauern und markiert zugleich ein nunmehr verstärkt zu berücksichtigendes Forschungsfeld. Vogels Studie konzentriert sich auf Erwägungen, Maßnahmen und speziell die im Anhang wiedergegebenen Stellungnahmen der Fuldaer Bischofskonferenz seit 1924 (maßgebliches Drängen des Vorsitzenden, Kardinal Bertram) gegen die »wehrbündische Herausforderung« von »rechts« und »links«. Diese Stellungnahmen richteten sich insbesondere gegen den Jungdeutschen Orden und den Stahlhelm, später auch gegen das Reichsbanner. Eine eindeutige Formulierung der Bischofskonferenz gegen das Reichsbanner blieb jedoch aus; auch gab es hier keine erkennbare Auswirkung auf die Zentrumspolitik. In erster Linie rekurrierte die Bischofskonferenz auf seelsorgerische Motive. Nach dem Protest national-konservativer Katholiken wurde

1926 die Geltung der Warnung der katholischen Jugend vor den sog. »Vaterländischen Verbänden« auch für alle vorwiegend politisch orientierten Organisationen festgestellt. Wenn Vogel abschließend konstatiert, die »Geschichte der Warnungen vor den Vaterländischen Verbänden« habe den »Charakter einer Vor- und Frühgeschichte der bischöflichen Warnungen vor dem Nationalsozialismus« (S. 339), so ist dagegen allerdings der Unterschied zwischen diesen Verbänden und dem Nationalsozialismus hervorzuheben. Eine eindeutige Verurteilung der antirepublikanischen und antidemokratischen Bestrebungen der »Vaterländischen Verbände« erfolgte nicht. In seiner Kundgebung vom 28. März vollzog der deutsche Episkopat eine Wende zur bedingten Akzeptierung des Nationalsozialismus, damit zugleich auch eine Revision der Haltung gegenüber den nationalen Kampfverbänden. (S. 321 ff.)

Unter den katholisch dominierten Großstädten der Weimarer Republik stellte neben München Düsseldorf die meisten Wähler für die NSDAP, blieb aber immer noch deutlich hinter den protestantisch dominierten Städten zurück. Volker Frankes Rekonstruktion der »nationalsozialistischen Basis« in Düsseldorf behandelt Wahlbewegungen und nationalsozialistische Organisationen. Eine scharfe Konturierung katholischer Milieubildung und eine daraus geschöpfte Analyse der Anfälligkeit für Rechtsextremismus/Nationalsozialismus steht hier nicht im Zentrum der Untersuchung, die besonderes Interesse durch die Analyse und den Vergleich zweier Oberschulen mit konfessionell unterschiedlicher Struktur (u. a. Auswertung von Abituraufsätzen) beanspruchen kann. Dieser Ansatz sollte (über)lokal weiterverfolgt werden.[10]

Nach mühevollen Vorarbeiten hat Peter Löffler in zwei voluminösen Teilbänden 565 großenteils bisher unbekannte Aktenstücke, Briefe und Predigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen vorgelegt, der vor allem durch seine Predigten gegen Klostersturm und Euthanasie von 1941 sowie durch sein Zurückweisen der Kollektivschuld nach Kriegsende bekannt geworden ist. Die Edition vermittelt vielfältige Aufschlüsse, so über die anhaltend »konservativ-patriotische« Gesinnung und deutsch-nationale Linie des Bischofs, über sein Beharren auf Gehorsam gegenüber der gottverordneten Obrigkeit, über die Relevanz der Furcht vor der bolschewistischen Gefahr, über seinen Weg zum »Staatsfeind« und seinen Kampf gegen das »Neuheidentum«, über das unermüdliche Taktieren mit Parteistellen und Behörden sowie über die zahlreichen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften an Staats- und Parteigrößen, bis hin zu Hitler. An dieser Edition haben sich wiederum Diskussionen über den Widerstand der katholischen Kirche im Dritten Reich entzündet. Hat sich die Kirchenführung durchweg nur für die Eigeninteressen der katholischen Kirche eingesetzt? Lothar Groppe SJ kommentiert z. B. im IBW-Journal (H. 2/1990, hier S. 32) die Tatsache, daß sich in der Dokumentation Löfflers kein Hinweis etwa auf die Vorgänge der »Reichskristallnacht« findet, so: »Dennoch steht anderweitig fest, daß sich Graf von Galen für die Verfolgten, Christen wie Juden, eingesetzt hat. Ich selber traf 1982 die Jüdin L. W., die 1938 ohne Taufe vom Grafen von Galen einen Taufschein erhielt, der es ihr ermöglichte, Deutschland zu verlassen. Spektakuläre Aktionen waren damals meist von vornherein zum Scheitern verurteilt, für gewöhnlich war nur Hilfe im Verborgenen möglich.« Folgerichtig relativiert er auch die Wirksamkeit der öffentlichen Anklage Galens gegen die Euthanasie: »Zwar befahl Hitler die Einstellung der Euthanasie in den bisherigen Anstalten, doch wurden sie künftig dezentralisiert fortgesetzt.« Galens Übernahme der judenfeindlichen NS-Terminologie und seine Stellungnahme zu jüdischen Fragen vor allem, wenn es um das Schicksal der getauften Juden ging,

10 Vgl. S. 177 ff., mit einer immerhin positiveren Bewertung des neuen Staates im katholischen Hohenzollerngymnasium; vgl. für Köln die kritische Studie zum Apostelgymnasium in der NS-Ära von *Otto Geudtner/Hans Hengsbach/Sibille Westerkamp*, »Ich bin katholisch getauft und Arier«. Aus der Geschichte eines Kölner Gymnasiums, Köln 1985.

hat Horst Ferdinand in seiner ausführlichen Würdigung der Edition Löfflers behutsam ausgelotet.[11]

In die kontroverse Diskussion um Kooperation und Konfrontation der katholischen Kirche mit dem Nationalsozialismus und speziell um die Problematik eines »Widerstandes« im offiziell anerkannten Rahmen des politischen Systems (unter ständiger Berufung auf das Reichskonkordat von 1933)[12] hat sich wiederholt Heinz Hürten eingeschaltet. Er deutet Überlegungen in einer Besprechung Bischof Galens mit den Dechanten vom 19. 4. 1934 (Löffler, Bd. 1, S. 85) als ein frühes »Programm kirchlichen Widerstandes«.[13] Im Auftaktband der neuen internationalen Halbjahresschrift »Kirchliche Zeitgeschichte« zum Schwerpunktthema »Der Widerstand von Kirchen und Christen gegen den Nationalsozialismus«, der Grundüberlegungen und Fallbeispiele, allerdings nicht Spezialstudien zum Katholizismus bietet, hat Hürten in zehn »Thesen eines profanen Historikers« Stellung zur Widerstandsdiskussion bezogen. (S. 116 f.) Die politische Kategorie Widerstand liefere, so betont der an der Katholischen Universität Eichstätt lehrende Historiker abschließend, »einen gültigen, aber nur begrenzt zureichenden Interpretationsrahmen für das Verhalten der Kirche unter nationalsozialistischer Herrschaft. Sofern die Kirche sich als eine über das Aktionsfeld der säkularen Gesellschaft hinausgreifende Größe versteht, kann sie nicht die Gesamtheit ihres Tuns und Leidens ausschließlich einer Deutungskategorie politischen Handelns unterstellen. Die (profane) Geschichtswissenschaft ist ihrerseits nicht imstande, eine über die sinnenhaft zugängliche Außenseite der Kirche und des kirchlichen Lebens hinausdringende und somit abschließende Bilanz vorzulegen.« Damit sind der Geschichtswissenschaft allerdings unüberwindliche Grenzen gesetzt!

Als falsche »Affinitätsthese« lehnt Konrad Repgen in seiner Deutung des Reichskonkordats von 1933 ab[14], was Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinen berühmt gewordenen, bis heute oft debattierten, für die Wende breiterer Kreise im Katholizismus zu einer kritischen Geschichtssicht höchst bedeutsamen »Hochland«-Aufsätzen über die Rolle der Kirche gegen Ende der Weimarer Republik ausgeführt hat. Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Bestimmung des Spannungsverhältnisses zwischen Kirche und demokratischem Ethos analysieren diese nunmehr im ersten Band der Schriften Böckenfördes (1988) neu veröffentlichten Aufsätze die Denkstrukturen, die in der kritischen Phase von 1933 etliche hohe kirchliche Amtsträger, aber auch katholische Verbände und Intellektuelle vorübergehend dazu führten, das sich etablierende NS-Regime zu unterstützen. Karl-Egon Lönne hat diesen Neudruck durch einen informativen historiographischen Rückblick ergänzt. Eine schwierige Quellenlage hat Thomas Mengel gut bewältigt. Er wertete zumeist ungeordnete »Archive« aus, ferner Chroniken, Berichte, Statistiken, Festschriften, und führte Gespräche mit schlesischen Schwestern, um das »Schicksal« der schlesischen Frauenklöster (kontemplative, karitative, Schulorden) zu rekonstruieren. Verschlechterungen seit Mitte der 1930er Jahre, der 1937 einsetzende Schulabbau, die Folgen des Krieges und der polnischen

11 Vgl. *Horst Ferdinands* Besprechung, in: Theologische Revue, Nr. 3/1991, Sp. 208–216, hier Sp. 214–216. Ferdinand verweist hier auch auf die Studie Heinz Mussinghoffs von 1989 über das Judenpogrom von 1938 in Münster (einschließlich der Edition des erschütternden Berichts des Rabbiners Steinthal). Mit Mussinghoff zögert er, »unterschwellige antijüdische Stimmungen – wie sie auch in katholischen Volksteilen vorkamen« (*Mussinghoff*, S. 87), bei von Galen zu vermuten. Die »quellenmäßig nun festliegende relativ unbedenkliche Verwendung judenfeindlicher Begriffe könnte jedoch zu weiterem Nachdenken über diese Frage veranlassen.« (Sp. 215).

12 Vgl. *Michael Klöcker*, Katholizismus und Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: AfS 28, 1988, S. 469–488, hier S. 482–486.

13 Vgl. *Hürtens* Besprechung der Edition Löfflers, in: HZ 251, 1990, S. 744.

14 Vgl. in der o. a. Festschrift Repgen (1988) dessen Aufsatz über »Die Historiker und das Reichskonkordat«, hier S. 200 f.

Verwaltung sowie die Vertreibung werden herausgearbeitet. Im Blick auf den uneinheitlichen Kampf des Nationalsozialismus gegen die Orden hebt Mengel die Ausschaltung der Orden aus dem gesamten Erziehungsbereich als »zentrales und vorrangiges Anliegen der nationalsozialistischen Regierung« (S. 240) hervor, das aber im Elementarbereich und in der Berufsbildung auf Grenzen der finanziellen Belastbarkeit des Staates stieß; staatliche Alternativen fehlten auch im karitativen Sektor. Deutlich werde, so resümiert Mengel, »auch in dem Bereich der schlesischen Frauenorden die vielzitierte Eingabenpolitik des Breslauer Kardinals (Bertram), die kaum moralisch argumentierte, sondern von den rechtlichen Grundlagen ausging. Sie konnte zwar in Einzelfällen kleine Erleichterungen schaffen, mußte aber bei einem Regime, das Recht setzte und beugte, wie es ihm opportun schien, in der Tendenz erfolglos bleiben.« (S. 240 f.)

7. Schule, Religionspädagogik

Wolfgang Schaffer, Schulorden im Rheinland. Ein Beitrag zur Geschichte religiöser Genossenschaften im Erzbistum Köln zwischen 1815 und 1875 (= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 13), dme-Verlag, Köln 1988, 374 S., kart., 44 DM.

Rainer Bolle, Religionspädagogik und Ethik in Preußen. Eine problemgeschichtliche Analyse der Religionspädagogik in Volksschule und Lehrerausbildung in Preußen von den Preußischen Reformen bis zu den Stiehlschen Regulativen (= Internationale Hochschulschriften, Bd. 6), Waxmann Verlag, Münster/New York 1988, 440 S., brosch., 69,90 DM.

Ulrich Seng, Die Schulpolitik des Bistums Breslau im 19. Jahrhundert (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 4), Otto Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1989, 522 S., brosch., 120 DM.

Agnes Lange-Stuke, Die Schulpolitik im Dritten Reich. Die katholische Bekenntnisschule im Bistum Hildesheim von 1933 bis 1948 (= Beiträge zur historischen Bildungsforschung, Bd. 9), August Lax Verlag, Hildesheim 1989, 297 S., kart., 48 DM.

Für das Erzbistum Köln hat Wolfgang Schaffer die überwiegend weiblichen, meist im niederen Bildungssektor wirkenden Schulorden auf breiter Archivgrundlage untersucht. Auf die Schilderung der Verluste in französischer Zeit, des geringen Aufschwunges nach der preußischen Staatssukzession im Vormärz und der neuen Rechtslage seit der Jahrhundertmitte als Voraussetzung für einen »Ordensfrühling« folgt eine sehr ausführliche Bestandsaufnahme der Niederlassungen der einzelnen geistlichen Genossenschaften (meist Neugründungen zur Förderung des Mädchenbildungswesens), deren Tätigkeit im Kulturkampf radikal beschnitten wurde. Wertvolle Grundinformationen werden dabei vermittelt; Strukturprobleme und Motive werden relativ ausführlich thematisiert; die Verschränkung mit der allgemeinen Schulgeschichte und die konkrete Schulwirklichkeit stehen nicht im Zentrum dieser Arbeit. Doch generell zeichnet sich in jüngster Zeit ein stärkerer Einbezug neuerer bildungshistorischer Ansätze in der Katholizismusforschung ab.[15]

15 Vgl. die Forschungsbilanz und die methodischen Grundüberlegungen bei *Michael Klöcker*, Katholizismus und Bildungsbürgertum. Hinweise zur Erforschung vernachlässigter Bereiche der deutschen Bildungsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen, hrsg. von *Reinhart Koselleck*, Stuttgart 1990, S. 117–138.

Rainer Bolles »problemgeschichtliche Analyse« der Religionspädagogik seit den Preußischen Reformen hebt den Prozeß der Politisierung und den damit einhergehenden Verlust der relativen Eigenständigkeit von Erziehung und Pädagogik hervor, die für Schleiermachers dialektisch konzipiertes offenes »Sozialisationsmodell« konstitutiv waren. Bolle postuliert einen ethischen Universalismus, der politisch unberechtigte Indienstnahme vermeide – eine Ausrichtung, die bei Kant und Diesterweg hervortrat. Als bedeutenden Katholiken behandelt er ausführlicher nur Overberg, und zwar dessen Konzept einer »Individualisierung« der Religion (entscheidend sei die Verantwortung des einzelnen vor Gott), das auf die »abgeleitete, aber kategorisch geforderte Unterordnung unter kirchliche und staatliche Autorität« (S. 230) beharrte. Bolles Reflexionen lenken hin zu den »Meisterdenkern« der Religionspädagogik, die bis zur Gegenwart die Diskussion in der protestantischen und katholischen Religionspädagogik wesentlich prägen. In der Sozial-, aber großenteils auch in der Bildungs- und Kirchengeschichte sind die Leitlinien und Veränderungen der Religionspädagogik wie auch die Wirklichkeit religionspädagogischer Vermittlung in hohem Ausmaß vernachlässigt, ja oft außeracht gelassen worden – eine eigentlich unbegreifliche Ausklammerung, wenn man sich die konstitutive Bedeutung der religiösen Bildung in Familie, Schule und Kirche vergegenwärtigt.[16] Archivfundiert schließt die Dortmunder Dissertation von Ulrich Seng die Lücke einer zusammenhängenden Darlegung der Schulpolitik des Bistums Breslau im 19. Jahrhundert, wobei die spezifischen Einflüsse Österreichs, die Konflikte zwischen Staat und Kirche, das zunehmende Selbstbewußtsein der Kirche, die hervorragende Rolle des Fürstbischofs Diepenbrock und die Sprachprobleme hervortreten. In ihrer auf das Bistum Hildesheim konzentrierten Arbeit von 1989 über die Schulpolitik im Dritten Reich, einer Hildesheimer Dissertation, die zugleich die Prozesse in den benachbarten norddeutschen Bistümern analysiert und vergleicht, entfaltet Agnes Lange-Stuke die herausragende Position der Schulpolitik des Hildesheimer Bischofs Machens, der bis 1942 erfolgreich an der Konfessionsschule festhielt und sich auch nach Kriegende beharrlich für das »Prinzip Konfessionsschule« einsetzte.

8. Sexualität, Jugend, Ehe

Karl-Werner Goldhammer, Katholische Jugend Frankens im Dritten Reich. Die Situation der katholischen Jugendarbeit unter besonderer Berücksichtigung Unterfrankens und seiner Hauptstadt Würzburg (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 23: Theologie, Bd. 275), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1987, 550 S., brosch., 78 DM.

Paul Mikat, Ethische Strukturen der Ehe in unserer Zeit. Zur Normierungsfrage im Kontext des abendländischen Eheverständnisses (= Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 21), Schöningh Verlag, Paderborn 1987, 72 S., kart., 9,80 DM.

Uta Ranke-Heinemann, Eunuchen für das Himmelreich. Katholische Kirche und Sexualität, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1988, 370 S., Ln., 58 DM.

Georg Denzler, Die verbotene Lust. 2000 Jahre christlicher Sexualmoral, Piper Verlag, München 1988, 378 S., kart., 19,80 DM.

16 Vgl. in Hinsicht auf den deutschen Katholizismus in neuester Zeit *Michael Klöcker*, Katholisch – von der Wiege bis zur Bahre. Eine Lebensmacht im Zerfall?, München 1991, S. 251–281, S. 516 ff. (= Register-Angaben zu »Katechismus« und zu den zentralen Strukturen der religiösen Bildung).

Paul Hastenteufel, Katholische Jugend in ihrer Zeit, Bd. I: 1900 – 1918; Bd. II: 1919–1932, St. Otto Verlag, Bamberg 1988–1989, 505 u. 614 S., pb., 68 u. 74,80 DM.

Anfang der 1970er Jahre hat der Fribourger Moraltheologe und Dominikaner Stephan Pfürtner durch seine kirchenhistorischen »Hinterfragungen« (beginnend mit dem Nachweis fortwirkender magisch-numinoser Kulttabus in der kirchlichen Sexualmoral) und seinen energischen Einsatz für eine offene Bejahung der Sexualität einschließlich ihrer Sinnenvielfalt die Weichen zu einer – dann in der pointiert kritischen »Sexualgeschichte des Christentums« Karlheinz Deschners von 1974 fortgesetzten – historisch-kritischen und zugleich aktuellen, öffentliches Interesse erregenden »Durchforstung« der Geschichte katholischer Sexualmoral gelegt. In zwei, jeweils flüssig verfaßten und aufschlußreichen Gesamtdarstellungen wird nun epochenübergreifend und kritisch Bilanz gezogen. Gegenüber der mit »heiligem Zorn« verfaßten Streitschrift »Eunuchen für das Himmelreich« der Essener Theologie-Professorin Uta Ranke-Heinemann, die wegen ihrer Angriffe gegen die Kirchenlehre von der Jungfräulichkeit Mariens die kirchliche Lehrbefugnis verlor, ist das Werk des Bamberger Kirchenhistorikers Georg Denzler (Verlust der kirchlichen Lehrbefugnis nach seiner Heirat 1973) »Die verbotene Lust« mit seinem differenzierten Aufweis kirchengeschichtlicher Prozesse und Strukturen als sachlich-informativer »Einstieg« in die Thematik vorzuziehen, der sich hauptsächlich um Fragen nach der Sexualität in der Ehe, der Sexualität außerhalb der Ehe und der Sexualität der Frau dreht.

Der 1987 verstorbene Pädagoge Paul Hastenteufel hat noch die ersten beiden Bände seiner vierbändig konzipierten zeitgeschichtlichen Reihe »Katholische Jugend in ihrer Zeit« vorlegen können. Es sind sozial- und bildungsgeschichtlich fundierte Entfaltungen und Bewertungen der katholischen Jugendarbeit 1900–1932. Angesichts der Fülle des hier aufgearbeiteten Quellenmaterials von konzeptionellen Entwürfen bis hin zu »grauer Literatur«, Briefen und Fotos (Ergebnis systematischen Sammelns seit den 1970er Jahren), der Dokumentierung und Illustrierung aller Aspekte der Organisierung und des Alltags liegt hiermit eine sehr nützliche Dokumentierung vor. Karl-Werner Goldhammers umfangreiche Studie zur katholischen Jugendarbeit, eine gekürzte Fassung seiner Würzburger Dissertation, konzentriert sich auf die präzise Rekonstruktion der Organisationen und Entwicklungen in Unterfranken. Die zunehmende Konfliktschärfe in der Auseinandersetzung mit dem Staat, die Verstärkung des aktiven Widerstandes ab 1940, der Einklang von Geistlichkeit und Jugend, die stabile Einbindung in das katholische Milieu werden herausgearbeitet. In jüngerer Zeit häufen sich – bis hin zu Spezialstudien in Geschichtswerkstätten – Untersuchungen zur katholischen Jugend im Dritten Reich, die neben dem Aufweis von Widerstand teils aber auch bedenkliche Systemanalogien bzw. -anpassungen dokumentieren und die Milieugeschlossenheit kritisch(er) beurteilen.[17] Der informative Überblick, den Paul Mikat in seinem Bändchen über die ethischen Strukturen der Ehe in der Gegenwart (und zwar im Kontext des abendländischen Eheverständnisses) gibt, lenkt hin zu sozialhistorisch relevanten Themen wie den ideengeschichtlichen Wurzeln des (post)modernen Ehe- und Familienverständnisses oder der Rolle von Mann und Frau. Überhaupt ist zu erwarten, daß bei künftigen Studien zur Geschichte des (deutschen) Katholizismus in neuerer

17 Für eine verstärkt kritische Diskussion hat vor allem die Dokumentation (mit Materialien wie Tagebuchnotizen, Briefen, Schularbeiten, Berichten, Protokollen, Redetexten, Büchern, Zeitschriften) gesorgt, die Christel Beilmann (1947 Mitgründerin des BDKJ in Hardehausen, erste gewählte Diözesanführerin der katholischen Frauenjugend im Erzbistum Paderborn) vorgelegt hat. Vgl. *Christel Beilmann*, Eine katholische Jugend in Gottes und dem Dritten Reich. Briefe, Berichte, Gedrucktes 1930–1945. Kommentare 1988/89, mit einem Nachwort von Arno Klönne, Wuppertal 1989.

und neuester Zeit verstärkt die Lebensphasen wie auch die Prozesse und Strukturen der Sozialisation Interesse finden werden.[18]

18 In der »kollektiven Biographie«, die ich 1991 in Hinsicht auf den deutschen Katholizismus in neuester Zeit veröffentlicht habe, werden diese Forschungsrichtungen intensiviert ausgelotet und ausgeschöpft; vgl. *Michael Klöcker*, Katholisch – von der Wiege bis zur Bahre (wie Anm. 16).

Udo Wengst

Die Partei Adenauers

Neuerscheinungen zur Geschichte der Union

Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag

Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU 1981–1986. Mit Nachträgen 1945–1980, erstellt von Brigitte Krahe und Michaela Seibel (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 15), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, XVI+687 S., Ln, 148 DM.

Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, bearb. von Brigitte Kaff (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 17), Droste Verlag, Düsseldorf 1991, XXXII+842 S., Ln, 148 DM.

Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949, bearb. von Rainer Salzmann (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 13), Droste Verlag, Düsseldorf 1988, 481 S., Ln, 138 DM.

Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter Buchstab (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 16), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, XXXII+1380 S., Ln, 98 DM.

Horstwalter Heitzer, Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 12), Droste Verlag, Düsseldorf 1988, 814 S., Ln, 98 DM.

Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (= Forschungen und Ouellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 19), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 488 S., Ln, 79 DM, 2. Aufl. Paperback, 29,80 DM.

Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 7), Klett-Cotta, Stuttgart 1985, 343 S., Ln, 74 DM.

Josef Schmid, Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Förderalismus, Leske + Budrich, Opladen 1990, 350 S., Kart., 48 DM.

Hans Süssmuth, Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990 (= Parteien und Verbände, hrsg. von Hans Süssmuth, Bd. 1), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 221 S., Kart., 12,80 DM.

Johannes Weberling, Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945–1986, Walter Rau Verlag, Düsseldorf 1990, 289 S., Kart., 36 DM.

Wolfgang Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Bund-Verlag, Köln 1990, 440 S., Linson, 39,80 DM.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 8: Manfred Luda – Bernhard Winkelheide, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Unterabteilung Wissenschaftliche Dokumentation , Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1990, 258 S., Paperback, 38 DM.

Heinrich Köppler, Christ und Politiker 1925–1980, hrsg. von Friedrich Kronenberg und Bernhard Vogel, Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 239 S., Ln, 29,80 DM.

Hermann Ehlers, Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954, bearb. von Rüdiger Wenzel, hrsg. und eingeleitet für die Hermann-Ehlers-Stiftung von Karl-Dietrich Erdmann, Haraldt Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1991, X+676 S., Ln, 96 DM.

Andreas Meier, Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik, Bouvier Verlag, Bonn 1991, 625 S., geb., 68 DM.

Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1991, 1083 S., geb., 68 DM.

Ihrer Bedeutung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland entsprechend sind die Parteien seit geraumer Zeit viel untersuchter Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Sicherlich dominieren dabei Studien, die von Politikwissenschaftlern, Soziologen und Journalisten erstellt wurden, deren Forschungsinteressen sich eher auf den augenblicklichen Zustand beziehen, die nicht selten auf Aktualität bedacht sind und deren Beiträge schon bald wieder in Vergessenheit geraten, da sie durch neue wiederum aktuellere Arbeiten ersetzt werden. Daneben hat sich jedoch auch eine Parteienforschung etabliert, die von Historikern betrieben wird, die Geschichte der Parteien aufarbeitet und dabei mittlerweile eine Quellenbasis vorfindet, wie sie kaum jemals zuvor existierte. Dies trifft im besonderen Maß für die CDU zu, über deren Geschichte es eine Fülle von Veröffentlichungen gibt. Das starke Interesse der Historiker an der Union ist jedoch nicht in erster Linie auf die günstige Quellengrundlage zurückzuführen, sondern vielmehr darauf, daß die Neugründung der Union nach 1945 sich als erfolgreich erwies und diese zu der Partei wurde, die das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wie keine andere prägte.

Eine zweibändige Bibliographie zur Geschichte der CDU und CSU, deren erster Band den Zeitraum von 1945–1980 abdeckt (siehe Besprechung AfS XXIV, 1984, S. 683 f.) und deren zweiter die Literatur aus den Jahren von 1980–1986 auflistet (mit Nachträgen von 1945–1980), gibt annähernd 19 000 Titel an (11 753 in Bd. 1, 7157 in Bd. 2). Im wesent-

lichen orientiert sich die Gliederung des zweiten Bandes am ersten: In einem 1. Teil unter der Überschrift »Geschichte, Programmatik und Struktur der CDU und CSU« werden die Veröffentlichungen in neun Unterkapitel gegliedert: Quellen; Ansprachen von CDU- und CSU-Politikern; Politisch-biographisches Schrifttum über CDU- und CSU-Politiker; Parteigeschichte der CDU und CSU; Programme, Organisation, Parteitage und Kongresse der CDU und CSU; Organisation und Kongresse der Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU und CSU; Beziehungen der CDU und CSU zu anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen; Beziehungen der CDU und CDU zu christlich-demokratischen Parteien des Auslandes sowie Wahlen und parlamentarische Vertretung. In einem 2. Teil, überschrieben mit »Die Politik der CDU und CSU«, wird sodann die Literatur aufgeteilt in die Gruppen Allgemeine Darstellungen, Länder und Gemeinden sowie die Bundesebene, wobei die letztere nochmals zeitlich (bis 1949, 1949–1963, 1963–1969, 1969–1982 und 1982–1986) und jeweils thematisch untergliedert ist. Das Ganze wird erschlossen durch ein Personen-, Sach- und Institutionen- sowie ein Regionenregister, so daß der Benutzer einen leichten Zugriff auf die ihn interessierenden Themen hat. Hingewiesen werden muß darauf, daß die Bibliographie alle Titel erfaßt, die auch nur entfernt mit der Union zu tun haben. Nicht zuletzt enthält der zweite Band auch Angaben zur sogenannten grauen Literatur, d. h. zu Schriften, die von den Parteien, ihren Vereinigungen und Sonderorganisationen herausgegeben wurden.

Alles in allem ist die Bibliographie für jeden, der sich mit der CDU befaßt, ein unverzichtbares Hilfsmittel. Sie vermittelt aber durch die große Zahl der aufgeführten Titel ein falsches Bild über den Stand der wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte der Union, da nur ein Teil der genannten Arbeiten sich der Union als eigentlichem Forschungsgegenstand zuwendet. Von diesen Arbeiten kann wiederum nur ein Teil als wissenschaftlich gelten, und davon schließlich weist ein noch geringerer Teil eine historische Zielsetzung und Vorgehensweise auf. Von diesen vergleichsweise wenigen Arbeiten sollen im folgenden einige Neuerscheinungen der letzten Jahre zur Besprechung kommen, wobei die einzelnen Titel durchaus unterschiedlich gewichtet werden: Auf Bücher, die in den letzten beiden Jahren erschienen sind, wird detaillierter eingegangen als auf etwas ältere Arbeiten, und Bände, deren Beitrag zum Erkenntnisfortschritt offensichtlich ist, werden eingehender abgehandelt als Studien, für die das weniger zutrifft.

Einen wichtigen Platz nehmen im Rahmen der Neuerscheinungen zur Frühgeschichte der Union die von Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung bearbeiteten Bände ein, in denen Quellenbestände veröffentlicht werden. So sind bereits in den Jahren 1981 und 1986 die Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat (siehe Besprechung AfS XXIV, 1984, S. 686) und des CDU-Bundesvorstandes für den Zeitraum von 1950–1953 (siehe Besprechung AfS XXVIII, 1988, S. 637 f.) erschienen. Nunmehr liegen drei weitere gewichtige Quellenbände vor. Da ist zuerst auf die Edition der Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden zu verweisen, die Brigitte Kaff bearbeitet hat. Die Arbeitsgemeinschaft, die von 1946 bis 1950 das »organisatorische Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden« darstellte (S. VII), besaß keine Entscheidungskompetenzen und diente lediglich als Diskussionsort und Clearingstelle. Verschiedene Versuche, auf der Basis der Arbeitsgemeinschaft die CDU als Bundespartei zu gründen, scheiterten insbesondere an Bayern, aber auch an Adenauer, der sich über Jahre hinweg in dieser Frage abwartend verhielt und erst im Mai 1950 dafür eintrat, »die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren« (S. 695). Adenauers Stellung in der Partei war inzwischen so gefestigt, daß er bereits zu diesem Zeitpunkt von den Landesvorsitzenden einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei gewählt wurde (S. 698) und an einer Bestätigung dieser Entscheidung, die im Herbst 1950 in Goslar erfolgte, kein Zweifel mehr bestand.

Während die Arbeitsgemeinschaft keinen Vorsitzenden, sondern nur einen Vorstand besaß, ließ sich Adenauer auf der ersten Konferenz der Landesvorsitzenden am 10. Juni 1948 sogleich zum Vorsitzenden dieser Konferenz wählen (S. 212–217). Ebenso verfuhr er, als zur Koordinierung des Bundestagswahlkampfes im Frühjahr 1949 ein Wahlausschuß und ein Wahlrechtsausschuß eingesetzt wurden, deren Sitzungsprotokolle ebenfalls in dem Band veröffentlicht sind (S. 371–465, S. 560–634). Insbesondere aus der Konferenz der Landesvorsitzenden entwickelte sich ein »organisatorisches Institut«, auch wenn sich die CSU dagegen verwahrte und an der Übernahme des Vorsitzes durch Adenauer zunächst Kritik übte (S. 223 ff. und S. 230 f.).

Bis in das Jahr 1948 hinein nahmen Mitglieder der Ost-CDU an den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft und der Landesvorsitzenden teil; erst im August 1948 distanzierte sich die Arbeitsgemeinschaft von der Führung der Ost-CDU unter Nuschke und Hickmann. Vertreter der CSU beteiligten sich bis Mai 1950 an den Sitzungen, und noch das Partei-Statut vom Oktober 1950 enthielt als letzten Paragraphen die Formulierung: »Die CDU bildet nach näherer Vereinbarung mit der CSU eine Arbeitsgemeinschaft« (S. 756).

Die veröffentlichten Dokumente sind insbesondere im Hinblick auf die Konflikte von Interesse, die im Vorfeld der Staats- und Parteigründung auf Bundesebene geführt wurden, etwa zwischen Adenauer und Kaiser um die Führung der Union (S. 46–57) oder zwischen Adenauer und Ehard über das Grundgesetz (S. 520–533). Darüber hinaus verdeutlicht die Lektüre der Quellen das stetig wachsende Gewicht Adenauers in der Partei, und nicht zuletzt ist es reizvoll, beispielsweise Ausführungen Adenauers über eine eventuelle Wiederbewaffnung (S. 264 ff.) oder seine Vorstellungen über die einzuschlagende Taktik gegenüber den Alliierten (S. 284) vom Januar 1949 nachzulesen.

Brigitte Kaff hat insgesamt Unterlagen von 23 Sitzungen unterschiedlicher Leitungsgremien der Union veröffentlicht. Dabei ist die Überlieferung durchaus verschieden. Neben stenographischen Niederschriften gibt es knappe Beschlußprotokolle oder lediglich Einladungsschreiben und Pressekommuniqués. Wenn möglich, hat die Bearbeiterin zur Aufhellung von Sitzungsabläufen auch Parallelüberlieferungen abgedruckt und somit den Informationswert ihrer Edition erhöht. Die Dokumente werden durch eine knappe Einleitung sowie ein Personen- und Sachregister erschlossen. Wie in den anderen Bänden dieser Reihe fehlt beim Personenregister allerdings bei häufig genannten Namen eine sachthematische Untergliederung (was die Benutzerfreundlichkeit einschränkt), und die Kommentierung der einzelnen Dokumente ist insgesamt knapp ausgefallen. Informativ sind dagegen die im Band enthaltenen Übersichten über die Organisationsstruktur der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Ausschüsse sowie die Kurzbiographien der Sitzungsteilnehmer.

Bereits 1988 sind die von Rainer Salzmann bearbeiteten Protokolle der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat erschienen. In diesem Band sind insgesamt 161 Sitzungen festgehalten, die im Zeitraum vom 21. Juli 1947 bis zum 27. August 1949 stattfanden. In aller Regel handelt es sich bei den Protokollen um knappe Beschlußprotokolle, in einigen Fällen auch um ausführlichere Verlaufsprotokolle. Zur Erhöhung des Informationswertes der Protokolle hat Salzmann in den Anmerkungen ergänzendes Material insbesondere aus den Nachlässen Holzapfel (Fraktionsvorsitzender) und Pünder (Oberdirektor der Verwaltung) abgedruckt. Erschlossen wird die Edition durch eine knappe Einleitung, einen – bisweilen recht ausführlichen – Kommentar sowie ein Personen- und Sachregister.

In den veröffentlichten Protokollen kann man nachlesen, wie die CDU/CSU-Fraktion im Sommer 1947 mit ihrem Festhalten an der Forderung, daß ein Unionspolitiker den Direktorenposten der Verwaltung für Wirtschaft besetzen müsse, die Vorentscheidung für die »bürgerliche« Koalitionsbildung fällte (S. 43–46, S. 51–54) und im Frühjahr 1948 durch ihre Kompromißbereitschaft gegenüber der FDP die Wahl von Pünder zum Oberdirektor und von Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft durchsetzte (S.

156 f.). Von besonderem Interesse sind die Debatten über den wirtschaftspolitischen Kurs des Wirtschaftsrates, wobei in diesem Gremium schon vor der Wahl Ludwig Erhards eine Mehrheit für eine freie Wirtschaft plädierte (S. 64, S. 73, S. 86, S. 96 und S. 108). Forciert und durchgesetzt hat die marktwirtschaftliche Konzeption dann allerdings erst Erhard, der dann aber auf Widerstand in der Fraktion stieß, als nach der Währungsreform im Herbst 1948 Probleme auftraten (S. 225 f., S. 268, S. 285 f.).

Obwohl Adenauer dem Wirtschaftsrat nicht angehörte, nahm er doch an einer Reihe von Sitzungen teil und wirkte darauf hin, daß die von der Fraktion verfolgte Politik seinen Intentionen entsprach. So vertrat er im Sommer 1947 in der Fraktion mit Nachdruck die Meinung, daß die CDU die »Regierungsverantwortung« in der Bizone übernehmen müsse (S. 46). Wenig später warnte er vor der SPD, die danach trachte, »die CDU kaputt zu machen« (S. 81 f.). Bereits zu diesem Zeitpunkt und nochmals ein Jahr später mahnte er die Fraktion, auf die Abgrenzung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Alliierten bedacht zu sein, und im Oktober 1948 verlangte er mit Blick auf die erste Bundestagswahl von seinen Parteifreunden in Frankfurt eine einheitliche (Wirtschafts-)Politik (S. 284). Auch 1949 hat es Interventionen Adenauers gegenüber CDU-Abgeordneten des Wirtschaftsrates gegeben – an den Sitzungen der Fraktion nahm er nun allerdings nicht mehr teil. Dies war darauf zurückzuführen, daß der Wirtschaftsrat an Bedeutung verlor, da die wichtigen politischen Entscheidungen nun vor allem in Bonn – im Parlamentarischen Rat und in den Überleitungsausschüssen – fielen.

In Bonn trat ab 1950 in aller Regel auch der CDU-Bundesvorstand zusammen, dessen Sitzungsprotokolle für den Zeitraum vom September 1953 bis zum Juli 1957 Günter Buchstab veröffentlicht hat. Im angegebenen Zeitraum trat der Bundesvorstand zu insgesamt 20 Sitzungen zusammen. Angesichts der geringen Tagungsfrequenz und der Größe des Quorums (zwischen 45 und 62 Teilnehmern) fungierte der Vorstand weniger als Entscheidungsgremium, sondern als Diskussionsforum, in dem über alle wesentlichen Aspekte der Politik debattiert wurde. Für Adenauer dienten die Vorstandssitzungen dazu festzustellen – so seine Äußerung am 10. März 1956 –, ob »denn die Leute im großen und ganzen« mit ihm übereinstimmten oder ob es nicht »andere Möglichkeiten« gebe, als er sie aufgezeigt habe (S. 850). Der Wert der Quelle ergibt sich vor allem daraus, daß es sich bei den Sitzungsprotokollen um stenographische Mitschriften handelt, die insgesamt 1315 Druckseiten füllen. Mit Hilfe eines knapp 50 Seiten umfassenden Personen- und Sachregisters und einer – etwas knappen – Kommentierung wird dem Benutzer ein insgesamt guter Zugang zu der umfangreichen Quellenbasis geboten.

In seiner kurzen, aber prägnanten Einleitung verweist Buchstab mit Recht darauf, daß man sich durch die beiden Eckdaten der zweiten Legislaturperiode, nämlich die großen persönlichen Erfolge Adenauers bei den Bundestagswahlen von 1953 und – noch stärker – 1957 nicht dazu verleiten lassen sollte, »die politische Entwicklung jener vier Jahre« als »einen stetigen und gradlinigen Aufwärtstrend der CDU« mißzuverstehen (S. VII). Zu einer ähnlichen Fehldeutung könnte auch der historische Rückblick auf diese Zeit verführen, wenn man insbesondere die Erfolge der Bundesregierung in jenen Jahren betrachtet: Hier ist vor allem hinzuweisen auf den erfolgreichen Abschluß der Westintegration durch die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und die Erlangung der (eingeschränkten) Souveränität 1955, den Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik und den Zusammenschluß Westeuropas in EWG und EURATOM 1957 sowie die als historisch zu bezeichnende Rentenreform im selben Jahr.

Das Studium der Protokolle zeigt nachdrücklich, daß alle diese heute unbestrittenen und unbestreitbaren Erfolge mit vorherigen Niederlagen, tiefgreifenden Kontroversen oder gravierenden Einschränkungen ursprünglicher Konzepte verbunden waren. Zur Konkretisierung dieser allgemein gehaltenen Aussagen sei nur darauf verwiesen, daß der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO das Scheitern der EVG vorausging; daß der Beitritt des

Saarlandes zur Bundesrepublik nicht der von Adenauer lange Zeit verfolgten Saarpolitik entsprach, die im Bundesvorstand zu heftigen Auseinandersetzungen führte (S. 609–644); daß die Rentenreform lediglich einen Teilbereich einer ursprünglich geplanten umfassenden Sozialreform darstellte.

Darüber hinaus war die Politik der Bundesregierung und der Union durch weitere Belastungen gekennzeichnet, die das Erreichen der angestrebten Ziele durchaus in Frage stellten. Hier ist hinzuweisen auf die Differenzen mit der FDP, die 1956 zum Auseinanderbrechen der Regierungskoalitionen mit den Liberalen im Bund und in Nordrhein-Westfalen führten; auf die Aufbauprobleme der Bundeswehr mit dem hiermit verbundenen Wechsel des Verteidigungsministers (von Blank zu Strauß) und die Debatte über die Atombewaffnung; schließlich auf das ständig notwendige Bemühen des Bundeskanzlers, in den eigenen Reihen um Verständnis und Unterstützung für seine Politik der Westintegration und der damit in Zusammenhang stehenden Wiedervereinigungskonzeption zu suchen. Insbesondere das zuletzt genannte Thema durchzieht die Protokolle wie ein roter Faden.

Hinzu kam schließlich noch eine Kritik am Zustand der Partei und Adenauers Führungsstil. Es war Alois Zimmer, der im November 1955 die Frage aufwarf, ob überhaupt noch eine »autonome Parteiführung« vorhanden oder ob »die Parteiführung identisch mit der Führung des Kabinetts plus Bundestagsfraktionsvorstand« sei (S. 692). Derselbe Zimmer hatte bereits zwei Monate zuvor ein stärkeres »Selbstbewußtsein« der Partei mit der Begründung gefordert, daß irgendwann die Zeit kommen werde, »wo der Bundeskanzler nicht mehr oben steht« (S. 646 f.). Adenauer, in dessen Abwesenheit Zimmer seine Kritik bezeichnenderweise äußerte, sprach sich zur Frage nach der Rangfolge von Partei und Fraktion unterschiedlich aus (S. 567 und S. 829), und im Juni 1955 fand er es selbst erschreckend, daß sich die CDU nur auf ihm aufbaue (S. 572). Als jedoch die Vertreter der Landesverbände von Nordrhein und Westfalen-Lippe im Frühjahr 1956 daran gingen, durch eine Statutenänderung die Zusammensetzung des Vorstandes zu ändern und durch eine Erweiterung der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden die Parteiführung auf eine breitere Basis zu stellen, stieß dies auf den erbitterten Widerstand des Bundeskanzlers (S. 908–918). Auf dem Parteitag in Stuttgart 1956 setzten sich die Antragsteller jedoch durch und fügten Adenauer eine Niederlage bei. An der »dominierenden Rolle Adenauers« in der Partei – so Buchstab in der Einleitung – und dem großen Einfluß der »Regierungsfraktion in der Parteispitze auf die politischen Richtlinien und auf den Gesetzgebungsprozeß« (S. XXVII und S. XXXI) vermochte dies jedoch wenig zu ändern.

Erste Erfahrungen als Parteiführer hatte Konrad Adenauer nach dem Krieg als Vorsitzender der rheinischen CDU und insbesondere als Vorsitzender des Zonenverbandes der CDU in der britischen Zone gemacht. Die Geschichte dieses Zonenverbandes, der in den Westzonen die einzige Unionsorganisation oberhalb der Länderebene darstellte, hat Horstwalter Heitzer in einer umfangreichen Monographie, einer Habilitationsschrift, auf der Grundlage einer beeindruckenden Quellenbasis abgehandelt. Gegliedert in drei Teile (CDU-Parteigründungen in den Ländern der britischen Zone und erste Versuche überregionaler parteipolitischer Zusammenarbeit, Parteiführung und -organisation von 1946 bis 1949, Zonenausschuß), vermittelt sie dem Leser einen detaillierten Einblick in den Zonenverband, der »in hohem Maße mit der Persönlichkeit Adenauers« verbunden war (S. 742) und der dem späteren Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden »als Hausmacht im Kampf um die Führung der CDU« diente (S. 745). Aufgrund der herausgehobenen Stellung Adenauers im Zonenverband steht Adenauer so sehr im Mittelpunkt von Heitzers Darstellung, daß sie sich über weite Strecken wie ein Beitrag zu Adenauers Biographie in den ersten Nachkriegsjahren liest.

Heitzers Buch vermittelt nicht so sehr grundsätzlich neue Einsichten, sondern leuchtet ein an sich bekanntes Bild facettenreich aus. Dies gilt beispielsweise im Hinblick auf Adenauers Einflußnahme auf die Programmdiskussion der Union, die Adenauer Heitzer zu-

folge »direkt oder indirekt dominiert« habe, aber im wesentlichen auch für die Auseinandersetzungen und Konflikte Adenauers mit Hermes, Kaiser und Arnold, in denen sich Adenauer schließlich gegen seine Konkurrenten durchsetzte.

Von besonderem Interesse sind im Zusammenhang dieses Forschungsberichtes Heitzers Ausführungen über Adenauers Führungsstil, der von seinen Erfahrungen als Kölner Oberbürgermeister geprägt war und bereits alle Elemente enthielt, die auch Adenauers späteren Umgang mit der Bundes-CDU auszeichneten. Der Vorsitzende des Zonenverbandes »stand einer kooperativen Parteiführung distanziert gegenüber, weil sie seinen politischen Handlungspielraum einschränkte. Adenauers Stellvertreter in der rheinischen und zonalen Partei wurden an politischen Entscheidungsprozessen oft nur partiell beteiligt, unzureichend oder verspätet unterrichtet. Kein anderer Landesvorsitzender handhabte die Einberufung des Vorstandes so eigenmächtig wie Adenauer« (S. 743). Mit Blick auf Adenauers mächtige und unangefochtete Stellung im Zonenverband wird verständlich, warum er einem organisatorischen Ausbau der Arbeitsgemeinschaft zu einer Bundespartei über Jahre hinweg distanziert gegenüberstand und den Zonenverband auch erst dann auflöste, als er bereits Bundesvorsitzender der CDU war.

Auf den ersten Blick erscheint es unverständlich, daß die Monographie, die Michael Richter über die Geschichte der Ost-CDU für die Jahre von 1948 bis 1952 geschrieben hat, in einem Forschungsbericht abgehandelt wird, der unter der Überschrift »Die Partei Adenauers« steht. Als eines der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit Richters, die lediglich auf Aktenbeständen in Archiven der »alten« Bundesrepublik und auf Zeitzeugenbefragungen basiert, aber gleichwohl durch ihren Ertrag beeindruckt, ergibt sich jedoch, daß sich Funktion und Bewegungsspielraum der Ost-CDU im behandelten Zeitraum allein aus gesamtdeutscher Perspektive erklären lassen. Die Sowjets erkannten, daß auch in einem wiedervereinigten Deutschland die CDU (Adenauers) eine Mehrheit erringen würde, und wollten sich für diese Eventualität über die Ost-CDU Einflußmöglichkeiten offenhalten.

Richter, dessen Darstellung mit der Absetzung Kaisers als Vorsitzender der Ost-CDU durch die Sowjets im Dezember 1947 einsetzt, zeichnet präzise den Umwandlungsprozeß der Ost-CDU von einer zu Beginn noch teilweise demokratischen Partei zu einer Kaderpartei nach. Er kann darlegen, wie sich die Führung und die Basis auseinanderentwickelten, weil die Parteispitze offen die SED-Diktatur unterstützte, »während die CDU-Arbeit an der Basis in die Illegalität gedrängt und kriminalisiert wurde« (S. 195). Mit rüden Methoden, die an Vorgänge bei der nationalsozialistischen Machtergreifung erinnern, wurde in der zweiten Januarhälfte 1950 der sächsische Landesvorsitzende Hickmann zum Rücktritt gezwungen (S. 223 f.) und die CDU der DDR »als Teil der Nationalen Front vollständig zu einem Instrument kommunistischer Machtpolitik« umgeformt (S. 289). Bis zum Frühjahr 1952 kam es zu Entlassungswellen von CDU-Mitgliedern in Verwaltungen, Schulen, in der Justiz und der Polizei: »Schritt für Schritt wurde die CDU aus allen Bereichen, die für das politische Leben der DDR von Bedeutung waren, verdrängt« (S. 317).

Bis zu den Stalin-Noten von 1952 blieb ihr allein die Aufgabe gestellt, Einfluß auf die Kirchen und die christliche Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu nehmen, Westspionage zu betreiben und sich für eine eventuelle gesamtdeutsche Alternative bereit zu halten. Dabei ließen die Sowjets gegenüber dem Außenminister der DDR und führenden CDU-Politiker Dertinger keinen Zweifel an der mit den Stalin-Noten verfolgten Absicht. Der sowjetische Botschafter Puschkin teilte ihm mit, daß »gerade die Verhinderung der Westbindung der Bundesrepublik das eigentliche Ziel der (1.) Note gewesen sei« (S. 356). Und aus einem Artikel, den Dertinger Anfang April 1952 für die »Tägliche Rundschau« geschrieben hatte, strich der sowjetische Chefredakteur folgenden Satz: »Im Gegensatz zur (1.) westlichen Antwort geht aus der (2.) sowjetischen Note hervor, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, Deutschland in ein östliches Bündnissystem einzugliedern oder das deutsche Potential für sich nutzbar zu machen« (S. 357). Mit dem Scheitern des Notenwechsels und damit

der gesamtdeutschen Alternative verloren die Sowjets endgültig das Interesse an der Ost-CDU, und die SED besaß nun freie Hand. Dertinger und zahlreiche andere CDU-Funktionäre wurden im Januar 1953 verhaftet und anschließend verurteilt (S. 363–368). Als neuer »starker Mann« der Partei etablierte sich Generalsekretär Gerald Götting, der die Partei zu einer Kaderpartei umformte.

Mit Recht hat Richter als den wesentlichen Unterschied der Entwicklungen in der Union der Bundesrepublik und der CDU in der SBZ/DDR herausgehoben, »daß sich in der westlichen Union die Politiker durchsetzten, deren Auffassungen Mehrheiten in der Partei fanden, während durch die restriktive Politik der SMAD in der SBZ gerade die politischen Kreise protegiert wurden, die kaum über Rückhalt unter den Mitgliedern der CDU verfügten« (S. 376).

Mit der Geschichte der Organisation der (westlichen) CDU in den Jahren von 1950–1980 hat sich Wulf Schönbohm beschäftigt. Für den Zeitraum der Ära Adenauer konstatiert Schönbohm eine starke Stellung der Landesverbände, denen gegenüber allein Adenauer eine Chance hatte, sich durchzusetzen, da er »durch Kanzleramt, Parteivorsitz und seine überragende Persönlichkeit eine besondere Autorität in der Partei genoß« (S. 38). Allerdings schränkt Schönbohm diese Feststellung im folgenden ein, wenn er sagt, daß Adenauers Macht als Parteiführer nicht »unbegrenzt« gewesen sei: »In allen Fragen der Parteiorganisation, des Parteiapparates, der Parteifinanzen usw., bei denen die Kompetenzen der Landesverbände tangiert waren, setzte sich Adenauer [...] in der Mehrzahl der Fälle nicht durch« (S. 40 f.). Im gewissen Gegensatz hierzu formuliert Schönbohm an anderer Stelle, daß die CDU der 50er Jahre ein »Hilfsorgan von Parteirepräsentanten in Regierung und Fraktion« gewesen sei und sie sich erst seit den 60er Jahren als eigenständige Organisation emanzipiert habe (S. 295). Aus einem »Kanzlerwahlverein« und einer »Honoratiorenpartei«, aus einer »christlichen Gesinnungs- und Weltanschauungspartei« entwickelte sich – so Schönbohm – letztlich erst im Lauf der 70er Jahre eine »pluralistische Volkspartei«, eine »Mitgliederpartei« mit einer »zur politischen Drehscheibe und Koordinationszentrale« gewordenen Bundesgeschäftsstelle, die eine Zentralisierung der Parteiführung herbeigeführt habe, die mit der »Zurückdrängung der in der CDU traditionell starken föderalistisch-dezentralen Vorstellungen« verbunden gewesen sei (S. 297–300).

In mehrfacher Hinsicht kann an der etwas stromlinienförmig geratenen Darstellung Schönbohms Kritik angemeldet werden. So hat Heitzer bereits der CDU in der britischen Zone bescheinigt, daß sie aufgrund ihrer weltanschaulichen Grundpositionen, der Programmatik sowie der Mitglieder- und Wählerstruktur von Beginn an eine Mitglieder- und Volkspartei gewesen sei. Unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses erscheint es sinnvoller, den zweifellos zu konstatierenden Wandlungsprozeß der Union als Entwicklung zu einer modernen »Apparatpartei« zu kennzeichnen, wobei allerdings aufgrund einer kürzlich erschienenen politikwissenschaftlichen Studie zu fragen ist, ob die Bedeutung der Landesverbände auch in der Gegenwart nicht höher zu veranschlagen ist, als dies Schönbohms Analyse nahelegt. Denn Josef Schmid kann in seiner Monographie, deren politikwissenschaftlicher Jargon dem Rezensenten ein Ärgernis war, nachweisen, daß in der CDU immer noch ein »föderatives Subsystem« existiert (S. 247), daß die Partei durch einen föderativen Aufbau mit einer beachtlichen Autonomie der Landesverbände geprägt ist, der zwar einerseits »durch konvergierende Effekte eingeschränkt« wird, der andererseits jedoch durch einen föderativ ablaufenden Willensbildungsprozeß wiederum größeres Gewicht erhält (S. 285–288).

Als »parteiliche Geschichtsschreibung« können die Arbeiten bezeichnet werden, die Hans Süssmuth über die CDU-Frauen-Union und Johannes Weberling über den Ring Christlich-Demokratischer Studenten geschrieben haben. Da beide Arbeiten wenig analytisch, sondern weitgehend deskriptiv angelegt sind und zudem auf einer schmalen Quellenbasis beruhen, sollen wenige Anmerkungen genügen. Hans Süssmuth, der Ehemann der jet-

zigen Vorsitzenden der Frauen-Union, bietet einen bisweilen langweiligen und den Leser ermüdenden Bericht über die Entstehung und Entwicklung der verschiedenen Frauenorganisationen der Union aufgrund von Tagungsprotokollen, Resolutionen und Briefen, wobei letztere in großer Zahl auch abgedruckt wurden. Einen ersten wichtigen Erfolg im Kampf der CDU-Frauen um mehr politisches Mitspracherecht sieht Süssmuth in der Berufung von Elisabeth Schwarzhaupt in das Bundeskabinett im Jahr 1961 durch Adenauer. Den »Durchbruch in der Frauenpolitik« der Union setzt Süssmuth allerdings erst für die Jahre nach 1985 an. Das ist nun just der Zeitraum, für den Ehefrau Rita als Vorsitzende der Frauen-Union und als Ministerin bzw. Bundestagspräsidentin herausragende Verantwortung für die Frauenpolitik der Union trägt. Geschichtsschreibung gerät Süssmuth in diesem Teil seines Buches zur »innerfamiliären Hagiographie«, die zudem im Stil der Erfolgsbilanzen von Wahlkampfbroschüren abgefaßt ist.

Wesentlich umfassender als Süssmuths Darstellung ist die Dissertation von Johannes Weberling über den RCDS ausgefallen, dessen Vorsitzender er selbst von 1981–1983 war. Weberling informiert ausführlich über Vorgeschichte, Geschichte, Organisation, die Hauptfelder der politischen Arbeit, Publikationswesen und Finanzierung des Verbandes, der selbst keine Gliederung der Union darstellt, mit ihr aber doch vielfältig verbunden war und ist. Aus Weberlings Arbeit läßt sich ersehen, daß der RCDS die Nähe der Union suchte, wenn sie in der Bundesregierung vertreten war, aber auf Distanz ging, als sie die Oppositionsrolle übernehmen mußte (S. 243 f.). Eine Erklärung hierfür sucht man bei Weberling allerdings vergeblich, wie überhaupt das Kapitel über das Verhältnis des RCDS zur CDU/CSU sehr allgemein und knapp gehalten ist. Ein problematisierender Ansatz fehlt durchgängig, und nicht selten glaubt man, bei der Lektüre Vorstandsproklamationen vor sich zu haben, etwa wenn Weberling die Arbeit des RCDS wie folgt charakterisiert: »Aus seinem Grundverständnis kam es ihm darauf an, eine konkrete, überschaubare und durchsetzbare Politik zu betreiben, ohne den Blick für das Ganze zu verlieren, und seine christlich-demokratischen Grundwerte durch Arbeit, Inhalt und Stil deutlich zu machen und dafür zu werben« (S. 202).

Mit Hilfe von Zeitzeugenbefragungen versuchte Wolfgang Schroeder im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes den »katholischen Beitrag zur Entwicklung der Einheitsgewerkschaft« aufzuhellen. Von den 50 Interviews, die er hierzu geführt hat, sind nunmehr 17 veröffentlicht worden, die in sieben Kapitel unterteilt und jeweils mit einer kurzen Einleitung versehen wurden. In den einzelnen Kapiteln kommen einer oder mehrere Vertreter einer bestimmten Gruppierung oder Richtung zu Wort. u. a. die Christlich-Sozialen im DGB (Bernhard Tacke, Maria Weber, Adolf Müller, Rudi Nickels), die Christlich-Soziale Kollegenschaft (Franz Heckhausen, Hermann Pieperhoff), die Sozialausschüsse der CDU (Hans Katzer), die Katholische Arbeiterbewegung (Bernhard Winkelheide, Heiner Budde, Josef Hofmeister), die christliche Arbeiter-Jugend (Georg Ruhmöller), der Jesuitenorden (Oswald von Nell-Breuning, Franz Prinz, Hermann-Josef Wallraff) sowie schließlich die linkskatholischen »Partisanen« (Walter Dirks, Theo Pirker, Alfred Horné).

Ein großer Teil der Interviewten war personell und auch institutionell an die CDU gebunden, in der sie allerdings allesamt dem sich in der Minderheit befindlichen »linken« Flügel angehörten. Aus mehreren Interviews ergibt sich, daß Adenauer diesem Teil seiner Partei mit Distanz und Reserve gegenüberstand und bestrebt war, die einzelnen Organisationen (z. B. Sozialausschüsse, Christlich-Soziale Kollegenschaft und Katholische Arbeiterbewegung) gegeneinander auszuspielen und zu schwächen (S. 164). Dem gleichen Ziel dienten auch Personalentscheidungen, wenn Adenauer profilierte Vertreter der christlichen Gewerkschaften in wichtige Staatsstellungen brachte, »damit sie ihm nicht als linker Flügel in der CDU Schwierigkeiten machen konnten« (S. 362). Daneben verstand er allerdings auch, diese Kräfte zur Durchsetzung seiner Politik in der Öffentlichkeit einzusetzen,

so die Katholische Arbeiterbewegung, die er frühzeitig für eine Kundgebung für die Wiederbewaffnung gewann (S. 202).

Einer der Interviewten, Bernhard Winkelheide, hat in einem Band der Reihe »Aufzeichnungen und Erinnerungen« von Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen kurzen 15-seitigen Lebensbericht gegeben, der allerdings zur Parteigeschichte der CDU nichts beiträgt. Das gilt weitgehend auch für die im selben Band enthaltenen, fast 200 Seiten umfassenden Erinnerungen des CDU-Abgeordneten Manfred Luda, der dem Bundestag von 1961 bis 1980 angehörte. Wie die Mehrzahl der in dieser Reihe zu Wort kommenden Abgeordneten ermüdet auch Luda über weite Strecken den Leser mit vielen Belanglosigkeiten, mit einer oft zur Schau gestellten Eitelkeit oder mit so banalen Feststellungen wie dieser: »Die Parteiarbeit ist überhaupt Voraussetzung und ständiger Rückhalt für Erlangung und Bewahrung eines Mandates« (S. 180). Von einigem Interesse ist allerdings die Schilderung Ludas über die Vorgänge auf dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart im April 1956, an dem er als Vertreter des Landesverbandes Westfalen-Lippe teilnahm und an dem der Versuch unternommen wurde, Adenauers Machtbefugnisse als Parteivorsitzender zu beschneiden (S. 63 f.), worauf oben bereits hingewiesen wurde.

Über die in den 70er Jahren sich abspielenden Machtkämpfe und Auseinandersetzungen zwischen den Initiatoren der damaligen Fronde gegen Adenauer, den bis 1986 selbständigen Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe, kann man in einem Sammelband nachlesen, der über Heinrich Köppler erschienen ist. Köppler, der in den 50er und frühen 60er Jahren als Bundesführer der Deutschen Katholischen Jugend und Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken fungierte, war von 1965–1970 Bundestagsabgeordneter der CDU, danach bis zu seinem plötzlichen Tod 1980 Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, daneben von 1969 bis 1980 auch Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland. Als solcher hatte er bis 1977 mit Heinrich Windelen und danach mit Kurt Biedenkopf als Vorsitzenden des Landesverbandes Westfalen-Lippe zu tun. In den Beiträgen von Heinrich Windelen, Kurt Biedenkopf und dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion von 1971–1980, Ottmar Pohl, werden vor allem die Konflikte zwischen Köppler und Biedenkopf mehr oder weniger deutlich, und es hat den Anschein, daß Köppler den Machtkampf gegen Biedenkopf bereits verloren hatte, als ihn der Tod ereilte.

Ein überraschend früher Tod beendete im Oktober 1954 auch die politische Karriere einer der herausragenden Persönlichkeiten in der Frühgeschichte der CDU, des heute weitgehend vergessenen Hermann Ehlers. Ehlers, 1904 in der Nähe Berlins geboren, war Zeit seines Lebens aktiver protestantischer Christ, der auch zu seinem politischen Engagement aus dem christlichen Glaubensbekenntnis fand. In der Weimarer Republik Mitglied der Bibelschülerkreise, verweigerte er sich nach 1933 dem Nationalsozialismus. Ab 1936 war er in führender Position in der Bekennenden Kirche aktiv und fand nach 1945 zunächst ein ihn ganz ausfüllendes Tätigkeitsfeld als juristisches Mitglied des Oberkirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Ehlers, in jungen Jahren in der Weimarer Republik antiparlamentarisch eingestellt, kam erst aufgrund der Erfahrungen im Nationalsozialismus zu einer Bejahung der parlamentarischen Demokratie, in der er nun die Staatsform erkannte, die allein dem einzelnen und der Kirche den notwendigen Freiraum zu geben vermochte.

Damit war für Ehlers auch die Anerkennung des Parteienstaates verbunden und konsequenterweise trat er im August 1946 in die CDU ein, die er als »die politische Organisation der durch den nationalsozialistischen Terror zusammengeführten Christen« ansah, »die den als Schöpfungsordnung Gottes begriffenen Staat in der Gemeinsamkeit auch mit Nichtchristen aufbauen wollten« (Meier, S. 236). Als noch wenig bekannter Mann 1949 in den Bundestag gewählt, trat er im Herbst 1950 in das Rampenlicht der Öffentlichkeit, als er als Nachfolger des glücklosen Erich Köhler das Amt des Bundestagspräsidenten übernahm.

Hier erwarb er sich rasch Anerkennung und wurde bereits ein Jahr später mit einer überzeugenden Mehrheit zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU gewählt. Nicht wenige sahen in ihm den »Kronprinzen« Adenauers.

Über Hermann Ehlers sind 1991 gleich zwei Veröffentlichungen erschienen: zum einen eine Edition ausgewählter Reden, Aufsätze und Briefe aus dem Zeitraum, in dem er als Bundestagspräsident amtierte; zum zweiten eine Biographie, die das Leben von Ehlers in Kirche und Politik zum Thema hat. Die von Rüdiger Wenzel bearbeitete Edition enthält 46 Reden und Aufsätze sowie 203 Briefe. Die Texte sind knapp kommentiert und werden nur durch ein Personenregister erschlossen – ein an sich bei einer Edition notwendiges Sachregister fehlt. Als Auswahlprinzipien für die abgedruckten Dokumente werden ihre »zeitgeschichtliche und autobiographische Aussagekraft« genannt (S. 45). Auffällig ist, daß es sich bei den Adressaten der abgedruckten Briefe in erster Linie um unbekannte Empfänger handelt, in ihrer überwiegenden Zahl um Pastoren oder sonstige Männer der Kirche. In Erscheinung tritt damit in der Edition nicht der gestaltende Politiker Ehlers, sondern der die parlamentarische Demokratie und die Politik in der Öffentlichkeit rechtfertigende und sie gegenüber seinen innerkirchlichen Kritikern verteidigende Bundestagspräsident. Möglicherweise ist damit auch der wichtigste Aspekt seines Politikerlebens in den Blick genommen worden, denn Karl Dietrich Erdmann schließt die Einleitung, die er dem Band vorangestellt hat, mit dem Satz: Ehlers »wurde in der kurzen Zeit seines Wirkens als Präsident des Deutschen Bundestages zu einem der markantesten politischen Erzieher, den die deutsche Geschichte kennt« (S. 41).

Im Gegensatz zu der wohlformulierten Porträtskizze, die Erdmann als eine seiner letzten Arbeiten kurz vor seinem Tod vollendet hat, ist die Lektüre der Biographie, die Andreas Meier als Dissertation verfaßt hat, mühsam, da sie sprachlich über weite Strecken unbeholfen und bisweilen konfus wirkt und der Lesefluß darüber hinaus durch die zahlreich in den Text eingefügten Zitatblöcke immer wieder gehemmt wird. Zudem drängt sich die Frage auf, ob Meier seinen »Helden« nicht doch manchmal etwas verklärt sieht, ob er nicht zu sehr den gradlinigen, konsequenten »Kirchenmann« herausarbeitet und dabei den machtorientierten und taktierenden Politiker zu wenig in den Blick nimmt. Gleichwohl muß man Meier bescheinigen, daß ihm eine insgesamt ertragreiche Lebensbeschreibung gelungen ist, die auf einer breiten Quellenbasis beruht.

Der mit der Wahl zum Bundestagspräsidenten verbundene kometenhafte Aufstieg von Ehlers in der Politik war darauf zurückzuführen, daß er dem Bruderrat der EKD angehörte und trotzdem einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik befürwortete. Nach dem Ausscheiden Heinemanns aus dem Bundeskabinett, das eine wachsende Distanzierung großer Teile der evangelischen Kirche von der westlichen Integrationspolitik der Bundesregierung signalisierte, schien Ehlers in herausgehobener politischer Stellung der richtige Mann zu sein, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dabei lag auch Ehlers noch 1949 der Gedanke fern, »daß die Bundesrepublik ein Kontingent in einer europäischen Armee aufstellen solle« (Erdmann, S. 76). Und selbst 1950 besaß er in dieser Frage aufgrund gesamtdeutscher Überlegungen noch eine gewisse Skepsis (Meier, S. 281 f.). Daß er sich schließlich doch von der Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung im Rahmen des westlichen Bündnisses überzeugen ließ, ergab sich für ihn aus der Notwendigkeit der Sicherung der Freiheit, die für ihn nicht nur ein »politisches Postulat« war, sondern »eine Forderung des Glaubens, weil die Würde des Menschen davon abhängt, daß er frei ist« (Meier, S. 322).

Für Ehlers wurde es zunehmend zu einem Problem, daß seine politischen Auffassungen in der Kirche auf eine breitgefächerte Kritik stießen und darüber auch seine freundschaftlichen Beziehungen zu Heinemann und Niemöller zerbrachen. Aber auch in der CDU vertrat Ehlers eine Minderheitenposition, sei es, daß er christliche, und das hieß in der Regel evangelische Standpunkte und Forderungen in der Partei durchzusetzen versuchte (Wenzel, S. 608 f.), oder sei es, daß er in der Deutschlandpolitik eigene Akzente setzte und damit

gegen den Willen des Bundeskanzlers handelte. So empfing er Ende 1952 – gegen das ausdrückliche Votum Adenauers – eine Delegation der Volkskammer in Bonn (Wenzel, S. 523 ff., Meier, S. 406 ff.) und berief im Sommer 1954 gegen den Willen der Bundesregierung die Bundesversammlung nach Berlin ein (Meier, S. 410).

Infolge der Spannungen, denen Ehlers ausgesetzt war, konstatiert Meier eine wachsende Vereinsamung des Mannes aus Oldenburg, der sich von seiner Kirche als »lauer Protestant« abgetan sah und sich in der CDU als religiöser »Kulturkämpfer« belächelt fühlte (S. 396). Meier erkennt Anzeichen, daß Ehlers 1954 Erwägungen über ein Ausscheiden aus seinen politischen Ämtern anstellte, für die sich auch eine Bestätigung in der Edition findet (S. 626). Da es außerdem Hinweise auf eine wachsende »innere Distanz« von Ehlers zur CDU gibt (Meier, S. 415) und man feststellen muß, daß die Politik nicht Ehlers' eigentliche Heimat war, sondern seine Bindung an die Kirche immer enger und elementarer blieb (Meier, S. 395), darf man Zweifel anmelden, ob Ehlers mit Recht als »Kronprinz« Adenauers gehandelt wurde oder dies nicht doch eine grandiose Fehleinschätzung darstellte.

Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt auch Hans-Peter Schwarz nicht, der nunmehr seine Adenauer-Biographie mit der Vorlage des 2. Bandes abgeschlossen und wohl auf lange Zeit die maßgebliche Lebensbeschreibung des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt hat. Ehlers kommt in diesem dickleibigen Band nur an wenigen Stellen vor. Schwarz macht deutlich, daß Adenauer stets auf Einbindung »dieses ihm ganz wesensfremden niedersächsischen Parteifreundes« bedacht war, um die »evangelische Flanke der CDU« abzudecken (S. 32 f.). Außerdem wird eine Tagebuchnotiz Blankenhorns vom Oktober 1952 wiedergegeben, der es nicht für ausgeschlossen hielt, Ehlers »in späterer Zeit einmal als Parteichef oder Bundeskanzler wiederzusehen« (S. 33). Von einem »möglichen Nachfolger« Ehlers für Adenauer spricht Schwarz dann expressis verbis, als er über den Tod des Bundestagsvizepräsidenten berichtet (S. 170). Schwarz hält sich jedoch nicht weiter damit auf, in diesem Zusammenhang das Nachfolgeproblem detailliert zu erörtern. Welch geringe Chancen Ehlers gehabt haben dürfte, jemals Parteivorsitzender der CDU zu werden, ergibt sich allerdings aus einer Bemerkung Adenauers vom April 1955, daß Parteivorsitzender der CDU ein Katholik sein müsse (S. 237), was in der Folgezeit mit Ausnahme des kurzen Zwischenspiels von Ludwig Erhard auch stets der Fall war.

Schon der Titel »Der Staatsmann«, mit dem der zweite Teil der gründlich recherchierten, überzeugend komponierten und glänzend erzählten Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz überschrieben ist, die die Jahre von 1952 bis 1967 abdeckt, weist darauf hin, daß die »Staatsgeschäfte« in dieser Darstellung im Vordergrund stehen. Aber daneben kommt auch der Parteipolitiker und die Partei in den Blick, und nur hierauf soll im folgenden eingegangen werden.

Des öfteren konstatiert Schwarz, daß die Bundes-CDU die 50er Jahre hindurch gegenüber Adenauer »nicht viel politisches Eigengewicht« besaß (S. 350). So hatte sie bei der Regierungsbildung 1957 »so gut wie nichts zu bestellen« (ebd.), und selbst nach dem Rücktritt Adenauers von der Präsidentschaftskandidatur 1959 war »der Sturm in der eigenen Partei [...] ein sanftes Säuseln verglichen mit der gewaltigen Entrüstung in der öffentlichen Meinung« (S. 524). Politisches Gewicht besaßen die Fraktion, besonders von 1958 bis 1961, als Heinrich Krone ihr Vorsitzender war und sie auf Kanzlerkurs hielt, sowie die Landesverbände, vor allem Nordrhein und Westfalen-Lippe, deren Vertreter in der CDU und in der Bundesregierung dominierten.

Seit 1960 allerdings verlor Adenauer sowohl in der Partei als auch in der Fraktion immer mehr an Boden. Die Landesfürsten der CDU entzogen sich »zunehmend hochmütiger seiner Autorität« (S. 594) und demonstrierten Adenauer wiederholt, z. B. beim Fernsehstreit 1960/61, »daß der CDU-Vorsitzende gegenüber renitenten Landesfürsten praktisch machtlos ist« (S. 623). Ab 1961 entglitt ihm auch die Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz Heinrich von Brentanos sichtlich (S. 713), und unter dem Stichwort »Parteireform« setzte

der Bundesvorstand 1962 gegen den Willen Adenauers dem amtierenden Parteivorsitzenden mit Josef Hermann Dufhues einen geschäftsführenden Vorsitzenden an die Seite (S. 714 ff.), der sich bald mit Adenauer anlegte (S. 717 f.). Krone konstatierte jedenfalls im Herbst 1962, daß Adenauer »nicht mehr Herr im Hause« sei (S. 719), und Schwarz stellt mit Recht fest, daß Adenauer ab 1962 innerhalb der Union »die zentrifugalen Kräfte nicht mehr auf seine Person zu vereinigen« wußte und zunehmend in die »Isolierung« geriet. Aus der großen Integrationsfigur der CDU – so Schwarz treffend – wurde nun der »Anführer einer innerparteilichen Minderheit« (S. 726).

In der Auseinandersetzung mit Erhard über die Kanzlernachfolge hörte 1963 in der Fraktion auf Adenauer »kein Mensch mehr« (S. 837), und »von der eigenen Partei, die er groß gemacht hat, [wurde] er gnadenlos abgehalftert« (S. 838). Zwar gelang es Adenauer, den Parteivorsitz nach dem Sturz als Kanzler noch bis 1966 zu behalten, doch – so Schwarz – ohne die Machtfülle des Kanzleramtes oder des Fraktionsvorsitzes habe Adenauer als Parteivorsitzender einem »Ritter von der traurigen Gestalt« geglichen (S. 846 f.). Adenauer vermochte Erhard zwar immer wieder zu schwächen – er konnte ihm jedoch nicht den Weg versperren, ihn 1966 auch als Parteivorsitzenden zu beerben. Das definitive Ende von Adenauers immer noch beachtlichem Einfluß innerhalb der CDU sieht Schwarz bereits im Herbst 1965 gekommen, als »Adenauer in eigener Person den Bundespräsidenten aufsuchen und diesem Ludwig Erhard als Kanzler vorschlagen« mußte (S. 910).

Auf die politische Entwicklung hatte Adenauer danach kaum noch Einfluß. Am Sturz Erhards im Herbst 1966, der Adenauer mit Genugtuung erfüllte, war er nicht mehr beteiligt, und bei den anschließenden Willensbildungsprozessen und Entscheidungen, die zu einer Bundesregierung von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kiesinger führten, war Adenauer mehr oder weniger in eine Zuschauerrolle gedrängt – »trotz unablässiger Telefonate« (S. 930). In diesen Wochen wurde nicht nur offensichtlich, wie wenig Adenauer noch politisch zu bewegen vermochte, sondern es zeigte sich außerdem, daß die von ihm »seinerzeit aufgebaute Machtstruktur – Bundeskanzler und Bundesvorsitzender gestützt auf die Bundestagsfraktion – ziemlich zusammengebrochen« war und die »föderalistischen Komponenten der Unionsparteien über den Parteivorsitzenden und die Bundestagsfraktion« obsiegten (S. 930).

Wenn auch infolge der in diesem Forschungsbericht abgehandelten – zum großen Teil gewichtigen – Studien die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Union deutlich vorangeschritten ist, so gilt doch bis heute die Feststellung Rudolf Morseys aus dem Jahre 1987, daß es bislang »keine dem Standardwerk von K. Klotzbach über die Geschichte der SPD vergleichbare Darstellung« für die CDU gibt. Eine Monographie mit dieser Zielsetzung aus der Feder von Hans-Otto Kleinmann ist zwar angekündigt, bisher aber noch nicht erschienen. Sobald dies geschehen ist, wird es sicherlich ein reizvolles Unterfangen sein, Kleinmanns Ausführungen mit den Ergebnissen der hier vorgestellten Werke zu Teilbereichen der Unionsgeschichte einer vergleichenden Betrachtung zu unterziehen.

Gerrit Walther

Auf der Suche nach der »Gattung«

Interdisziplinäre Reiseliteraturforschung

Hermann Bausinger/Klaus Beyrer/Gottfried Korff (Hrsg.), Reisekultur. Von der Pilgerfahrt zum modernen Tourismus, C. H. Beck Verlag, München 1991, 413 S., 103 Abb., Ln., 68 DM.

Peter J. Brenner, Der Reisebericht in der deutsche Literatur. Ein Forschungsüberblick als Vorstudie zu einer Gattungsgeschichte, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1990, 741 S., kart., 224 DM.

Joachim Schlör, Nachts in der großen Stadt. Paris, Berlin, London 1840–1930, Artemis & Winkler Verlag, München/Zürich 1991, 326 S., 33 Abb., Ln., 48 DM.

Harro Segeberg, Literarische Technik-Bilder. Studien zum Verhältnis von Technik- und Literaturgeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1987, 291 S., 62 Abb., kart., 86 DM.

»Die frappante Zunahme philologischer und historiographischer Studien zum Thema [Reiseliteratur] ist ein deutliches Indiz dafür, daß der Reisebericht zu einer abgestorbenen Kunstform geworden ist, welche die originären Erfahrungen der zivilisatorischen Gegenwart nicht mehr zu verarbeiten vermag. Als Gegenstand historischen Interesses ist die Gattung aber aktueller als zuvor, denn wie kaum eine andere literarische Form gibt sie Auskunft über das okzidentale Welt- und Selbstverständnis in den verschiedenen Phasen seiner Entwicklung.« (Brenner, S. 666) Besonders prägnant nämlich treten in der Entwicklung des Reiseberichts die beiden Lieblingsthemen bundesdeutscher Geisteswissenschaft der letzten 20 Jahre hervor: Das Phänomen der »Modernisierung« und das der »Subjektivität«. Denn nur auf den ersten Blick erscheint die Geschichte des Reisens als die einer »fortschreitende[n] Befreiung [. . .]: immer mehr, immer weiter, immer schneller – und immer weniger Zwang.« Schaut man hingegen genauer hin, »dann kehrt sich das Verhältnis beinahe um. Das Reiseangebot von heute will dann in seiner Buntheit fast monoton erscheinen; die Abenteuer jedenfalls, die heute mühsam geplant werden müssen, waren früher ein unvermeidlicher Teil vieler Reisen.« (Bausinger/Beyrer/Korff, S. 9) Dieser oft paradoxe Dualismus von Erweiterung und Verengung, Vielfalt und Monotonie hat die Literaturwissenschaft vielleicht noch mehr beschäftigt als die Historie. Wohl haben der Lévi-Strauss'sche Strukturalismus und diverse »Mentalitäts«-Forschungen auch hier zu neuen Fragen geführt, vor allem zu der nach den »Formen des europäisch-überseeischen Kulturkontakts vom 15. bis zum 18. Jahrhundert.« (Urs Bitterli)[1] Solche neuen Ansätze aber bestätigten nur die hohe Wertschätzung, die der Reisebericht seit den Tagen eines Abbé Raynal und anderer aufgeklärter Übersee-Historiker innerhalb der Geschichtswissenschaft als Quelle genießt.

Ganz anders in der Germanistik! Hier war die Reiseliteraturforschung bis Mitte der 1960er Jahre ein kaum beachteter Nebenzweig gewesen. In einer Zeit jedoch, in der das

1 Vgl. etwa *Urs Bitterli*, Die »Wilden« und die »Zivilisierten«. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung, München 1982; *ders.*, Alte Welt – Neue Welt. Formen des europäisch-überseeischen Kulturkontakts vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, München 1986.

Reisen zum Zeichen des Protests gegen die Vorurteile und Zwänge bürgerlicher Normalität, zum Symbol des politischen Aufbruchs und eines neuen, spontanen Lebensgefühls wurde, entwickelte sie sich zum Paradigma eines neuen, interdisziplinären Wissenschaftsideals. Daß sich diese Textart den poetologischen Maßstäben der konservativen Germanistik entzog, diskreditierte jetzt nicht mehr sie, sondern diese. Reiseliteratur, so fand man, sei eben keine hermetische Kunstübung, sondern ein typisch aufklärerisches Genre: offen, kritisch, undogmatisch, antiautoritär, radikal praktisch, nicht auf Bestätigung des Altbekannten, sondern auf Neues gerichtet. Gegen akademische Werkgenügsamkeit bewies sie die permanente, notwendige Interaktion zwischen Welt und Subjekt auf allen Ebenen. So wie einst der Jakobiner Georg Forster und der Republikaner Heinrich Heine ihre politischen Ideen in Reiseberichten entwickelt hatten, so schätzten progressive Germanisten seit den frühen 1970er Jahren die Forschung über sie, weil man in ihrem Rahmen paradigmatisch neue Ansätze, Themen und Aspekte erproben konnte.

Die beiden ersten der hier zu erörternden Studien versuchen, diesen Weg germanistischer Forschung im Überblick darzustellen. Die beiden anderen sind Beispiele für deren aktuellen Stand. Alle vier Untersuchungen stehen vor der Aufgabe, die Erkenntnisziele dieser Forschungs-»Gattung« zu präzisieren und eine Methode zu entwickeln, die die Vielzahl bestehender Ansätze plausibel synthetisiert. Alle vier werden somit – über ihr Thema hinaus – zu Beispielen für Versuche, methodischen Pluralismus und planmäßige Interdisziplinarität systematisch zu realisieren und dabei alte, zu eng gewordene »Gattungs«-Kategorien neu zu definieren.

Betont zwanglos tut dies der neue Band des Beck-Verlages. Nicht »Reiseliteratur«, sondern »Reisekultur« heißt er, und nicht Germanisten, sondern zwei empirische Kulturwissenschaftler aus Tübingen und ein Mitarbeiter des Frankfurter Postmuseums zeichnen als Herausgeber. Mit Recht sind sie stolz darauf, »rund ein halbes Hundert von Fachleuten [. . .] zur Mitarbeit an dem Buch gewonnen [zu haben]: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Sozial- und Kulturgeschichte, der Technikgeschichte, der Religionsgeschichte, der Literatur- und Kunstgeschichte.« (S. 9) Denn was sich auf 400 schön gedruckten, originell bebilderten Seiten so unterhaltsam durchschmökern läßt, das ist kein feuilletonistisches Konjunkturprodukt – was man beim ersten Durchblättern befürchten könnte –, sondern ein wohlüberlegter Querschnitt durch alle derzeit diskutierten Bereiche der Reiseforschung. Dabei erleichtert es den Überblick, daß jeder Artikel im Rahmen von höchstens zehn Seiten bleibt und jeder seine Gelehrsamkeit zugunsten einer klaren, oft vorbildlich lebendigen Darstellung in die Anmerkungen verpackt.

Das erste der sieben Kapitel (»Alte Wege«) umfaßt mit Artikeln zu Pilger-, Kavaliers-, Gelehrten-, Handwerker- und Vagantenreisen sowie Reisehandbüchern und Wirtshausalltag die eher traditionellen Interessenschwerpunkte der Reiseforschung. Im zweiten Kapitel (»Neue Welten«) wird über Entdeckungsreisen und ihre Gefahren, über Auswanderer und Postkutschenreisen berichtet. Dann differenziert sich das Bild immer weiter. Mit Artikeln über Münchhausiaden seit Mandeville, über »Reisen und Aufschreiben«, Reiseplanung und Reiselangeweile, über Frauen-, Erziehungs- und Fußreisen hebt das dritte Kapitel (»Horizonterweiterung«) den Leser auf die Höhe zeitgenössischer Bewußtseins-Reiseforschung. »Enthusiasmus und Neugier« ist das Kapitel überschrieben, in dem erst jüngst beachtete Themen wie Revolutions- und Antikentourismus, Musiker- und Badereisen, Luftschifferei und Ausflüge in »Irrenanstalten, Zuchthäuser und Gefängnisse« vorbildlich aufgefächert werden. Das folgende Kapitel resümiert die neuerdings zahlreichen Forschungen über einzelne »Reiseländer« (Italien, Frankreich, England, Schweiz, Rußland, Skandinavien). Vier Artikel stecken dann nicht ohne Geschick das schwierige Feld der fiktiven Reiseliteratur (»Reisen auf dem Kanapee«) ab. Das Schlußkapitel (»Neue Perspektiven«) schildert die Einwirkungen der Technik auf Reisestil und Reiseverhalten (Schnellpost, Technologiespionage, Dampfkraft, Weltausstellungsreisen und Massentourismus).

Wohlweislich hüten sich die Herausgeber vor einer generellen Zusammenfassung. Sie liegt in der Gliederung selbst, die die Entfaltung der Reisearten wie die Ausdifferenzierung der Reiseforschung gleichermaßen spiegelt. Die Offenheit der Form symbolisiert die Unabgeschlossenheit der Forschung wie die Vielfalt ihrer Themen. Kann man die popularisierende Absicht des Buches (das rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft 1991 erschien) auch nicht übersehen, so stellt sich doch zugleich die Frage, ob dieser Verzicht auf theoretische Totallösungen wie auf jeden Soziologen- und Kommunikationsjargon nicht überhaupt die beste Chance bietet, möglichst viele Felder des weiten Bezirks Reiseforschung in einem wissenschaftlichen Gesamtüberblick zusammenzufassen.

Der Regensburger Privatdozent Peter Brenner würde dies wohl entschieden bestreiten. Sein voluminöses Werk jedenfalls liest sich wie ein einziger Gegenentwurf zu Bausingers, Beyrers und Korffs »Reisekultur«. Zwar träumt auch er von einer interdisziplinären Reiseforschung durch eine Germanistik, die sich in der Auseinandersetzung »mit den faktographischen Ergebnissen und den methodischen Grundlagen der Geschichts- wie der historischen Sozialwissenschaft, der Ethnologie, der Anthropologie, der Philosophie und der Volkskunde, der Geographie und der Geschichte der Naturwissenschaften« zur »Kulturwissenschaft« geläutert hat. (S. 2) Brenner jedoch sucht neben der thematischen auch die theoretische Synthese. Als »Vorstudie zu einer Gattungsgeschichte« will er es daher verstanden wissen, wenn er in einer atemberaubenden Arbeitsleistung rund 800 Monographien und Aufsätze referiert, die zwischen 1970 und 1989 von Literaturwissenschaftlern, Historikern, Ethnologen oder Soziologen über deutschsprachige Reiseliteratur geschrieben worden sind. Von dieser Generalrevision aus möchte er zu einer grundlegenden Bestimmung künftiger Forschungsziele und »Gattungs«-Eigenschaften vorstoßen. Eben hier nämlich sieht Brenner das große Versäumnis seiner Vorgänger. Trotz der überbordenden Fülle von Studien zur Reiseliteratur fehle bis heute jeder »Konsens über relevante Texte und Probleme.« (S. 6) Bevor man also von einer forschungsrelevanten »Gattung« (S. 13) bzw. einer »›Reiseliteraturforschung‹ im strengen Sinne des Wortes« (S. 3) sprechen könne, müsse deren »Gegenstand überhaupt erst konstituiert« werden. (S. 12)

Eine solche »Gattung« freilich soll kein normativer Kanon literarischer Formgesetze mehr sein, sondern – nach Wilhelm Voßkamps Definition – eine »soziokulturelle Institution [. . .], die bestimmte Funktionen innerhalb einer literarischen und sozialen Umgebung« wahrnimmt bzw. »ein reihenbildendes literarisches Phänomen, das innerhalb der Literaturgeschichte einen eigenen Kontinuitätsstrang herausgebildet hat.« (S. 5) Gleichgültig, ob Brenner mit »Literaturgeschichte« hier die historische Entwicklung der Literatur selbst oder die ungleich kürzere Periode der Literaturgeschichtsschreibung meint – auf jeden Fall ist die »Gattung«, die er sucht, nur noch über ihre Wirkungsgeschichte bestimmbar. De facto fallen beide sogar in eins.

Brenner nämlich verfolgt sein Konzept einer »Forschungsgeschichte als d[er] eine[n] Dimension der Wirkungsgeschichte von Texten« (S. 12) mit eiserner Konsequenz. So gut wie nirgends in dem 700 Seiten starken Werk über die »Gattung« Reiseliteratur wirft er auch nur einen flüchtigen Blick auf die Reiseberichte selbst. Ohnehin, so argumentiert er, werde sich heutzutage »kaum jemand ernsthaft der freilich oft genährten Illusion hingeben, daß sich literaturgeschichtliche Arbeiten eines einzelnen Verfassers zu einem größeren Komplex stets auf authentische Quellenkenntnis stützen können.« (S. 11) Dies aber sei völlig legitim, da die »Illusion der romantischen Hermeneutik«, die »die Möglichkeit eines unmittelbaren, freilich durch die ›komparative‹ Methode zu komplettierenden Zugangs zum Text suggerierte« (S. 8), ohnehin längst durch Gadamer und Habermas widerlegt sei. Brenner sieht sich daher an der Spitze moderner Methodenreflexion, wenn er fordert, die Praxis einer Forschungsgeschichte ohne Quellenkenntnis endlich zu »legalisieren«. (S. 12) Will er diese auch nicht schlechthin für überflüssig erklären – nicht den »reale[n], wohl aber de[n] forschungslogische[n] Primat der Wirkungsgeschichte vor dem Text« behaupte er (S. 11) –,

so kommt es ihm in seiner »gattungs«-geschichtlichen Grundlegung doch ausschließlich darauf an, »die durch die wissenschaftliche Wirkungsgeschichte bereitgestellten Vormeinungen« kennenzulernen und künftigen Reiseliteraturforschern »als ›abhebbare‹ zur Verfügung zu stellen.« (S. 12)

»Forschungslogisch« bedeutet dies nichts anderes als den Verzicht auf jedes Wahrheitskriterium. Denn da Brenner die Quellen der von ihm so penibel referierten Forschungsarbeiten gänzlich ausblendet, kann er diese nur noch nach Äußerlichkeiten beurteilen. Als »plausibel« (S. 326), »nützlich« (S. 359) oder »sehr kompetent« (S. 522) lobt er zumeist entweder jene »sehr ausführlich[en] und detailliert[en]« (S. 477) Studien, die ihm einen umfassenden Eindruck des Originaltextes vermitteln, oder solche, die ihm »sprachlich und gedanklich ambitioniert« (S. 180), also formal überzeugend scheinen. Gleichwohl referiert er auch solche Bücher ausgiebig, die er für »methodisch irrelevant« (S. 15), ja sogar für »methodisch wie sachlich« belanglos hält (S. 542; vgl. auch S. 349 oder S. 583), weil selbst sie »doch stets materiale Facetten zur Geschichte der Gattung« beisteuern könnten. (S. 15) Lob oder Kritik jedoch bringt er grundsätzlich nur dann vor, wenn sie in konkurrierenden Untersuchungen zum gleichen Thema vorgeprägt sind oder sich aus dem Vergleich mit diesen ergeben. Fehlen solche Parallelstudien, so referiert Brenner sogar konfessionelle Tendenzhistorie wie reine, objektive Wahrheit. (S. 68)

Doch selbst diese Zumutung wäre eventuell noch hinnehmbar, wenn Brenner tatsächlich eine »Wirkungs- und Forschungsgeschichte« (S. 11) schriebe: Eine Geschichte nämlich, die systematisch sichtete, was die bisherige Forschung zu Themen wie Kulturaustausch, Wahrnehmung und Beschreibung des Fremden, Selbstverständnis und Sozialstatus der Reisenden zu sagen wußte (ganz gleich, ob sie dies am Beispiel Goethes, Fontanes oder Koeppens tat), um dann all diese unterschiedlichen Ansätze und Interpretationen als Funktionen streitender wissenschaftspolitischer Ambitionen zu analysieren und zu einer Ideen- und Sozialgeschichte bundesdeutscher Geisteswissenschaft zwischen 1960 und 1989 zu formieren. Statt aber die »Gattung« Reiseliteratur dergestalt als »soziokulturelle Institution« ernstzunehmen und jenes »komplexe Arsenal von aufeinander bezogenen Fragestellungen und methodischen Ansätzen« aufzubauen (S. 3), was die Einleitung verspricht, präsentiert Brenner seinen Stoff in einer Art, die all diese Möglichkeiten im Keim erstickt: Nicht nach den Fragen und Forschungsverfahren, sondern wiederum nach dem äußerlichsten Kriterium, das es gibt, nämlich dem Thema.

Nicht nach Epochen der Reiseliteraturforschung teilt er also die Kapitel ein, sondern nach denen der Reiseliteratur selbst (d. h. Spätmittelalter, Frühe Neuzeit und Barock, Aufklärung, Goethezeit, usw.); nicht nach Forschern, sondern nach Autoren der Reiseberichte, nicht nach Fragen, sondern nach Reisezielen. Im Kapitel über Reiseberichte des 20. Jahrhunderts etwa prüft Brenner zunächst allgemeine Darstellungen zur Entstehung des Massentourismus, referiert dann Studien zu expressionistischen Reiseberichten und Kriegsreisebüchern (»nach wie vor ein weißer Fleck auf der Karte der Reiseliteraturforschung«, S. 591), um danach über Forschungen zu Reisen nach Amerika und in die Sowjetunion (hier gegliedert nach Studien zu Dwinger, Toller, Kisch, Renn usw.) zu berichten. Nach einem Blick auf die (erstaunlich defizitäre) Forschung zur Reiseliteratur im »Dritten Reich« folgen entsprechende Ausführungen über die Literatur zur »Gattungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg«.

Mag eine solche Gliederung all denen weiterhelfen, die wissen wollen, wieviele Bücher es über bestimmte Epochen und Autoren gibt – übergreifende Fragen nach der »Gattung« erlaubt sie nicht. Wie sehr ein so problemfernes Schema sogar dazu verführen kann, das spezifische Erkenntnisinteresse einer Untersuchung auszublenden, zeigt eine willkürlich herausgegriffene Stichprobe. So kritisiert Brenner etwa an Ralph-Rainer Wuthenows Studien zur aufgeklärten Reiseliteratur, daß hier stets eine untrennbare Einheit von Welterfahrung und Icherfahrung gesehen und so »die Gattungsentwicklung teleologisch auf ›philosophi-

sche Reise‹ ausgerichtet« werde: »Diese Auszeichnung eines bestimmten exponierten und erst in der späteren Aufklärung entstandenen Typus von Reisebeschreibung [. . .] als Modell der Gattung schlechthin bedeutet eine ebenso wesentliche wie unnötige Einschränkung des Forschungskonzepts. Sie läßt nicht in den Blick kommen, daß es auch innerhalb einzelner Epochen verschiedene mögliche und legitime Formen der ›Welterfahrung‹ geben kann. Der Reisebericht muß nicht immer ›Welterfahrung‹ als eine Form der ›Selbsterfahrung‹ vorstellen, um zum Gegenstand literatur- und kulturgeschichtlicher Forschung werden zu dürfen.« (S. 150 f.) Das stimmt. Doch Wuthenow wäre fern, es zu bestreiten. Im Gegenteil stellt er gleich zu Beginn seines Reisebuchs von 1980 ausdrücklich klar, daß es ihm »nicht um eine Erfassung und Übersicht der gesamten, so reichen Reiseliteratur des 18. Jahrhunderts« und auch nicht um eine »Geschichte der Welterfahrung« in dieser Epoche insgesamt geht, sondern um eine bestimmte »wichtige Phase der Entwicklung der europäischen Reiseliteratur [. . .] mit eigenen Merkmalen, eigenen Ansprüchen verschiedener Art.«[2]

Brenners Kritik geht ins Leere, weil sie dem Kritisierten ein Ziel unterstellt, das er nicht verfolgt, nämlich materiale Vollständigkeit. Nicht dessen Einseitigkeit also beweist sie, sondern die eines »Gattungs«-Forschers, der Fachliteratur nur dann für wirklich gut hält, wenn sie Handbuchwissen liefert. Prompt trifft daher auch sein Kompliment für Wuthenow daneben. Nicht deshalb gilt »Die erfahrene Welt« bis heute als Standardwerk zur Geschichte aufgeklärten Reisens, weil sie »die wesentlichen Facetten der Gattungsentwicklung in diesem Zeitraum abdeckt« (S. 149), sondern weil sie das diffuse Quellenmaterial kraft einer originellen Leitthese durchdringt und erschließt. Das »Abdecken« hat dieser Verfasser anderen überlassen.

So scheitert Brenners hoffnungsvolles Unternehmen an zwei grundsätzlichen Mißverständnissen. Das erste erwächst aus seiner Idee, daß eine »Wirkungsgeschichte« der Reiseliteratur ihre Definition als »Gattung« nicht nur unterstützen, sondern geradezu ersetzen könne, daß also – generell gesprochen – die historische Darstellung eines Phänomens seine normative Bestimmung schlechthin überflüssig mache. Brenner verkennt, daß er der Geschichte reine »Objektivität« zuschreibt, wenn er sie als wertneutral begreift. Sein Postulat vom »Primat der Wirkungsgeschichte« löst den romantischen »Glauben an die Möglichkeit eines unmittelbaren Zugangs zum ›Sinn‹ von Texten« (S. 11) daher keineswegs ab, sondern kehrt ihn nur um. Nicht minder naiv jedenfalls als die alte Illusion vom »wahren« Kunstwerk ist die Idee, daß eine Summe von Forschungstexten an sich schon »Wirkungsgeschichte« sei, daß es eine bare Forschungsmeinung gebe, die sich »abheben« ließe wie Geld von der Bank. So verfällt Brenner dem gleichen Fehler, den er der bisherigen Reiseliteraturforschung ankreidet: Daß sie unhistorisch verfahre, weil sie sich blindlings »auf die unreflektierte Überlieferung von wissenschafts- und rezeptionsgeschichtlichen Kanonisierungstraditionen« verlasse. (S. 11)

Damit gerät ein zweiter Grundirrtum in den Blick. Brenner sieht nicht, daß sein Ideal der Normfreiheit in sich bereits einen massiven Wertmaßstab darstellt – einen Maßstab allerdings, der in krassem Gegensatz zu den immanenten Normen der »Reiseliteraturforschung« steht. Deren Grundprinzip nämlich ist – wie das jeder Forschung – die qualitative Selektion des Wahren vom Unwahren. Eine normfrei, d. h. bloß quantitativ verfahrende »Forschungsgeschichte« zwingt ihrem Objekt somit eine Norm auf, die ihm nicht nur äußerlich, sondern geradezu feindlich ist und daher keine positive Erkenntnis erzielen kann. Wem schließlich hilft eine »Gattung«, die schlechthin alles umfaßt, was irgendjemand irgendwann aus irgendwelchen Gründen als »Reiseliteratur« bezeichnet hat?

Am wenigsten sicherlich hilft sie all denen, die, wie Brenner selbst, von einer systematischen Reiseliteraturforschung Zündfunken zur Erneuerung des Faches Germanistik erhof-

2 *Ralph-Rainer Wuthenow*, Die erfahrene Welt. Europäische Reiseliteratur im Zeitalter der Aufklärung. Mit zeitgenössischen Illustrationen, Frankfurt/Main 1980, S. 11–14, hier S. 11 f.

fen. Denn gerade die Ausweitung des »Gattungs«-Begriffs zur absoluten Beliebigkeit muß im großen eben die Wirkung zeitigen, die Brenners Buch im kleinen hinterläßt. Das Rattern der Dissertationsmaschinerie übertönt originelle Stimmen; in der Fülle beflissen »abgedeckter« Mittelmäßigkeit verliert der Leser Bahnbrechendes aus dem Blick. Was er behält, sind Banalitäten: Daß »die Erfahrung des Fremden« (S. 25) das Grundproblem und die Aufklärung »zweifellos die Blütezeit des europäischen Reiseberichts« (S. 273) gewesen seien; daß Goethes »Italienische Reise« und Heines Reiseprosa jeweils einen »Wendepunkt« (S. 276) bedeuten und vergleichsweise am besten erforscht sind; daß wissenschaftliche und literarische Reisebeschreibung im Laufe des 19. Jahrhunderts immer weiter auseinanderdriften; daß der »Funktionsverlust« jener auch eine »Funktionsentlastung« bedeute (S. 275), die eine Literarisierung des Reiseberichts gemäß der allgemeinen Stilentwicklung begünstigt habe, und ähnliches.

Zugegeben: Wären dies die Ergebnisse von 20 Jahren Reiseliteraturforschung, so hätte Brenner allen Grund, Versäumnisse einzuklagen. Doch glücklicherweise verwechselt er die Sachlage mit seiner Methode, sie anzuschauen. Rückwärtsgewandt nämlich ist in diesem Falle weniger die Forschung als sein Ehrgeiz, eine Disziplin, die sich seit den späten 1960er Jahren als eine systematische Kritik des »Gattungs«-Modells konstituiert hat, in »Gattungs«-Begriffe zurückzuzwingen und so einen zünftigen Konsens über das schlechthin Antizünftige herzustellen. Würde Brenner hingegen eine wirklich kritische Perspektive wählen, so würde er leicht sehen, daß die »Reiseliteraturforschung« längst nicht mehr dort steht, wo er sie sucht.

Nicht weniger sensibel nämlich als auf den »Aufbruch« der Germanistik reagierte diese Disziplin auch auf das Abebben des revolutionären Elans. 1977 erschien jene »bahnbrechende Studie« (Brenner, S. 492), die die These von der bewußtseinsverändernden Kraft des Reisens zu höchster Konsequenz steigerte, ihre Emphase jedoch gänzlich widerrief. In seiner »Geschichte der Eisenbahnreise«[3] führte Wolfgang Schivelbusch vor, wie die äußere Perfektionierung des Reisens durch den modernen Schienenverkehr die Aufklärung nicht etwa vollendete, sondern umkehrte: wie sie die Wahrnehmung verengte und verflachte (weil der Blick aus dem rasenden Zug heraus kein Objekt mehr fand); wie sie Einsamkeit und Angst des (im Abteil isolierten) Reisenden steigerte; wie ihr Klassensystem reaktionäre Standesschranken befestigte; wie überall eine künstliche, entfremdete, schablonierte Wirklichkeit die individuelle, authentische Erfahrung erstickte. Reisegeschichte als Befreiungsgeschichte war passé. So wandte sie sich anderen, raffinierteren Bereichen der »Fremdheits«-Erfahrung zu. Schivelbusch selbst gab ein Beispiel, wenn er zu Forschungsreisen in die künstlichen Paradiese der Narkotica und des elektrischen Lichts aufbrach.[4] Andere wählten die Großstadt-Wahrnehmung oder jene imaginären Reisen, die im Band von Bausinger, Beyrer und Korff als »Reisen auf dem Kanapée« subsumiert sind.

In eben diese »Wirkungsgeschichte« der »Reiseliteraturforschung« gehört Joachim Schlörs Tübinger Dissertation. Am Beispiel der Großstadtnacht versucht er, die These seines Lehrers Gottfried Korff (eines der »Reisekultur«-Herausgeber) zu prüfen und zu differenzieren, nach der zwischen »äußerer« und »innerer Urbanisierung« – also zwischen der baulich-zivilisatorischen »Modernisierung« der Städte und den Lebens-, Verhaltens- und Denkweisen ihrer Bewohner – ein permanentes, dynamisches Wechselverhältnis bestehe. Es geht »darum, die Entwicklung einer merkwürdigen Konfrontation zu untersuchen: Das Alt-Vertraute, die Nacht, wird in den hundert Jahren zwischen 1830 und 1930 einem Pro-

3 *Wolfgang Schivelbusch*, Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. München/Wien 1977.

4 Vgl. *ders.*, Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft. Eine Geschichte der Genußmittel, München/Wien 1980; *ders.*, Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München 1983.

zeß des rasanten Wandels, der beschleunigten Veränderung unterworfen. Das Erscheinungsbild der Nacht verändert sich stark, in erster Linie durch die Fortschritte der Straßen- und Schaufensterbeleuchtung, auch die *Redeweisen* über die Nacht nehmen neue – moderne – Formen an. Dennoch bleibt die Grundstruktur erhalten, und aus dem Verhältnis zwischen der schwerfälligen, festverankerten Grundstruktur und ihrer sich so entscheidend verändernden Erscheinung erwachsen zahlreiche Konflikte, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten.« (S. 22)

Schivelbuschs »Lichtblicke« blinken herüber. Tatsächlich liest sich Schlörs Buch über weite Strecken wie eine ausgeführte Fassung dessen, was dort im »Exkurs: Nachtleben« skizziert ist.[5] Sei es in den Abschnitten über die Verdrängung des Nachtwächters und die »Ausdifferenzierung der nächtlichen Zeit« (S. 101), über »Verbrecherwelten« und Nachtasyle, über Schließzeiten und »Frauen in der Stadtnacht« oder über »Flanerie« und »Straßen als Bühnen« – überall borgt er sich Schivelbuschs dialektisches Schema, nach dem die durch zivilisatorische Fortschritte gewonnene Freiheit zugleich die Reichweite der Sozialdisziplinierung steigerte, die jene schließlich rückgängig machte: Kaum war der Nachtwächter abgeschafft, trat eine modern organisierte Polizei an seine Stelle; kaum erlaubte die großräumige Stadtbeleuchtung ein Nachtleben von bislang ungekannter Vielfalt, so dehnte die Obrigkeit ihre Ordnungsmechanismen auf dieses Gebiet aus – nicht kontinuierlich allerdings, sondern in »ungleichzeitigen« Wellen. Nach dem planlosen Aufweichen der Sperrstunden wurden sie restriktiv verschärft, was Widerstand hervorrief und zu einer neuerlichen, nun aber eben kontrollierten Lockerung führte. Stets siegte die Organisation. Selbst die Pariser »Apachen« wurden, nachdem sie als Schreckbild abgedankt hatten, zum programmgemäßen Ziel der Amüsierindustrie.

Schlör verfolgt diese »innere Urbanisierung« anhand einer bunten, stupenden Fülle von oft entlegenen zeitgenössischen Quellen (darunter Polizeiakten aus Paris und Berlin). Dank seines bemerkenswerten Geschicks, das disparate Material überzeugend zu montieren, und seines flüssigen Schreibstils kann er dem Leser dabei auf kurzweilige Art vorführen, wie sich die »Nacht« je nach Ort, Zeit und Beobachter »in viele unterschiedliche Nacht-Vorstellungen auf[löst]. [. . .] alle haben unterschiedliche Bilder von der Nacht, sie erleben sie auf unterschiedliche Weise.« (S. 23) Diese »Bilder«, nicht so sehr die je historische »Wirklichkeit«, interessieren ihn. (S. 87) Daher tut er sein Möglichstes, die Quellen für sich selbst sprechen zu lassen, Kommentare durch Zitate zu ersetzen, die Analyse gleichsam in einer Art des Arrangements auszusprechen.

In diesem Konzept nun wird ein anderes großes Vor-»Bild« sichtbar: Walter Benjamins »Passagen-Werk«. Seit 1982, als Rolf Tiedemann dieses monumentale, aus Tausenden von Zitaten und Notizen bestehende Fragment eines Totalpanoramas von Paris im 19. Jahrhundert aus dem Nachlaß veröffentlichte, gilt es als Muster einer perfekten Synthese von kritischer Theorie und historischer Methode, als ein Meilenstein der Reise- und Großstadtforschung.[6] Diese Methode, die Benjamin »zur höchsten Höhe entwickeln« zu können hoffte (N I,10/S. 572), ist die »literarische Montage: ich habe nichts zu sagen. Nur zu zeigen« (N I a,8/S. 574). Durch eine nahezu kommentarlose Reihe von Zitaten wollte er »das bildschaffende Medium in uns zu dem stereoskopischen und dimensionalen Sehen in die Tiefe geschichtlicher Schatten [. . .] erziehen« (N I,8/S. 571), um »einen historischen Materialismus zu demonstrieren, der die Idee des Fortschritts in sich annihiliert« und das Prinzip der »Aktualisierung« an dessen Stelle setzt. (N 2,2/S. 574)

5 *Schivelbusch*, Lichtblicke, S. 131–148.

6 *Walter Benjamin*, Das Passagen-Werk, hrsg. von *Rolf Tiedemann* (Gesammelte Schriften, Bd. V), Frankfurt 1982. Ich zitiere im Folgenden nach der text- und seitengleichen Taschenbuchausgabe von 1983. Dabei gebe ich vor der Seitenzahl jeweils die Nummer des betreffenden Aphorismus an.

Da Schlör das »Passagen-Werk« nur an belanglosen Stellen erwähnt, ist schwer abzuschätzen, ob er Benjamins Methode direkt adaptiert (und dies für so selbstverständlich hält, daß er es nicht erwähnen zu müssen meint) oder ob er sie tatsächlich nur so atmosphärisch vage kennt, wie manche Historiker, die nie eine Zeile Max Weber gelesen haben und gleichwohl eifrig mit dessen Kategorien operieren. Jedenfalls folgt er ziemlich genau dem Programm und den Themen des »Passagen-Werks«, wenn er genüßlich von Zitat zu Zitat schlendert, um seine Leser die eigentümliche Stimmung schmecken und »die Vielfalt der Anmutungen« ahnen zu lassen, die »die Stadtnacht seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgezeichnet« haben. (S. 271) Nicht »an sich«, so bekennt er, suche er die »Bilder« vergangener Wahrnehmungen, »sondern als Grundlage des Heutigen, Gewordenen«; als eine Hilfe, »die Existenz verlorengeglaubter Elemente in unseren heutigen Stadtnächten wiederzufinden« (S. 14 f.) und so »die Erlebniswelt Großstadtnacht neu zu öffnen.« (S. 271)

Mit »Aktualisierung« im Sinne Benjamins freilich hat solche Nostalgie wenig zu tun. Denn nicht um bürgerliche Freizeitgestaltung geht es dem Verfasser des »Passagen-Werks«, sondern um eine radikal kritische »Archäologie« des bürgerlichen Charakters. Benjamin lauert auf »Bilder«, weil er aus ihnen besser als aus jeder anderen Quelle lesen zu können meint, wie die »warenproduzierende Gesellschaft [. . .] sich stets dann vorstellt und zu verstehen glaubt, wenn sie von der Tatsache, daß sie eben Waren produziert, abstrahiert.« (X 13a/S. 822) In den »Bildern« hofft er »die Monumente der Bourgeoisie als Ruinen zu erkennen noch ehe sie zerfallen sind.« Kurz: eine sozialhistorische Tatsache zu fassen, die in der Vergangenheit ebenso verschwiegen wird wie in der Gegenwart.[7] Weil er beiden mißtraut, warnt er vor der populären Idee, »daß das Vergangene sein Licht auf das Gegenwärtige oder das Gegenwärtige sein Licht auf das Vergangene wirft.« (N 2a,3/S. 576) Im Gegenteil dürfe, »damit ein Stück Vergangenheit von der Aktualität betroffen werde, [. . .] keine Kontinuität zwischen ihnen bestehen.« (N 7,7/S. 587) Benjamin wird zum literarischen Flaneur, weil »in den Gebieten, mit denen wir es zu tun haben«, mit Kalkül überhaupt sehr wenig auszurichten sei. Immer »nur blitzhaft« vereinige sich »das Gewesene mit dem Jetzt« zum erkenntnisträchtigen »Bild«. (N 1,1/S. 570; N 2a,3/S. 576) Dafür sei, um ein so »aufblitzendes« Bild für die Forschung zu »retten«, dann »der feste, scheinbar brutale Zugriff« nötig. (N 9a,3/S. 592)

Auch der Nachtwanderer Schlör mißtraut dem Kalkül. Anders als Benjamin aber liebt er sein Thema. Daher betastet er es mit Samthandschuhen. Um nur ja keinem Detail analytische Gewalt anzutun, wählt er seine Ordnungskategorien so weit und vage als möglich. Begriffe wie »Entgrenzung« (S. 73), »Zugänglichkeit« (S. 25), »Konflikte, Widersprüche« (S. 22), »Ungleichzeitigkeit« – ein in der Reiseliteraturforschung beliebtes Wort, auf dessen Marx-Bloch'sche Herkunft Brenner hinweist (S. 502, Anm. 45) –, »Ungleichheit« (S. 26), und – immer wieder – »Differenzierung« erscheinen in ihrer Allgemeinheit weniger als analytische Werkzeuge denn als Vorwand, keine benutzen zu müssen. Für so wertvoll nämlich hält Schlör jede »Differenzierung«, daß er auch zarteste Generalisierungsansätze erschrocken zurückweist: Würde er seine Beobachtungen »in ein vorgeformtes Konzept« pressen oder als »Versatzstücke« eines »theoretische[n] Unternehmen[s]« mißbrauchen, würden sie nur all ihre »assoziative, metaphorische Kraft« einbüßen (S. 236) – wobei es Schlörs Geheimnis bleibt, welche Art von Assoziationen er meint.

Durch eben diese Ehrfurcht vor der »Vielfalt« der Quellenstimmen krankt Schlörs »Nachtforschung« (S. 60) an ähnlichen Schwächen wie Brenners »Wirkungsgeschichte«. Trotz aller hochinteressanten Details kann der Leser am Ende nur mutmaßen, worin genau

7 So in Benjamins Exposé »Paris, die Hauptstadt des XIX. Jahrhunderts«, in: *Benjamin*, Passagen-Werk, S. 59. Als »The Social History of the City of Paris in the 19th Century« figurierte sein Projekt denn auch im Programm des Instituts für Sozialforschung; vgl. Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte, in: Ebd., S. 1097).

die historische Eigenart und der wehmütig beschworene Zauber einstiger Nachtwelten bestehen soll. Die »Grundstruktur« jedenfalls, so verraten Schlörs Resümees allenthalben, war schon immer gleich (»Die Agenten der Sittenpolizei sehen überall Prostituierte«, S. 181) – und schon immer gleich banal: »Auf den Straßen der nächtlichen Stadt begegnen sich Männer und Frauen. [. . .] Ihre Begegnung trägt einen ungleichen Charakter: Alle Männer, alle Frauen, egal was sie in die Stadtnacht treibt, bewegen sich darin unter den Bedingungen allgemeiner ›Verhältnisse‹, die sie nicht selbst geschaffen haben, die aber ihr Verhalten prägen. Prostitution ist ein extremer Ausdruck ungleicher Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Sie steht, historisch wie gegenwärtig, als Sinnbild für unterschiedliche Beweg-Gründe, unterschiedliche An-Sichten, unterschiedliche Vorstellungen vom Gang in die nächtliche Stadt.« (S. 175 f.)

Durch derlei Luftblasen, durch tönenden Jargon (»Solange sie [die nächtliche Stadt] nicht Frauen ebenso zugänglich ist wie Männern, solange kann von Freiheit keine Rede sein«, S. 167) und biedere Lebensweisheiten (»Sitten können sich also verändern, wie die Maßstäbe dafür, was ›sittlich‹ und was ›unsittlich‹ ist; solange sie aber gelten, muß die Polizei über ihre Einhaltung wachen«, S. 165) entlarvt sich Schlörs Versuch, eine essentiell kritische Methode einer ästhetisierenden Sozialromantik dienstbar zu machen. Und so wie Brenner die Enge der eigenen Methode für Versäumnisse der Forschung hält, erklärt auch Schlör seinen Mangel an historischer Differenzierung zur historischen Tatsache: »Es scheint [. . .] eine untergründige Form der Großstadtwahrnehmung zu geben, die sich dem chronologischen Zugriff entzieht.« (S. 235 f.) Beide irren, weil sie ihr Material mit den Fragen verwechseln, die an dieses Material zu richten wären. Beider Blick bleibt eindimensional und damit unkritisch, weil sie die Kriterien des eigenen Urteils nie wirklich in die historische Analyse einbeziehen.

All diese Fehler vermeidet Harro Segeberg mit wohltuender Souveränität. Mag ein Vergleich zwischen seiner Hamburger Habilitationsschrift über »Literarische Technik-Bilder« und den bisher besprochenen Büchern zunächst befremden, so erkennt man bei näherem Hinsehen eine Fülle von Anknüpfungspunkten – vor allem den, daß Schilderungen spektakulärer technischer Projekte in den Reiseberichten des 19. Jahrhunderts zusehends die Stelle jenes exotisch »Fremden« einnehmen, das die Reisenden früherer Zeiten mit derselben Mischung aus Furcht und Faszination, Staunen und Schrecken betrachtet haben. Daß fünf der sieben von Segeberg analysierten Beispiele nachweislich auf Reise- und Zeitungsberichte aus fernen Ländern zurückgehen – die Deichbauten von »Faust II« und Theodor Storms »Schimmelreiter« (1888), die literarischen Darstellungen des Einsturzes der schottischen Tay-Brücke durch Theodor Fontane (1880) und den Populärromancier Max Eyth (1899) und Bernhard Kellermanns Vision eines Tunnelbaus zwischen Amerika und Europa (1913) –, ist ein zusätzlicher Beweis dafür, daß eine Studie, die nach der Wahrnehmung von »Technik« als des wichtigsten Gradmessers materialer »Modernisierung« fragt, als logische Fortsetzung der Reiseliteraturforschung gelten muß.

In Benjamin'schem Geist arbeitet auch Segeberg – nur eben auf vergleichbarem Niveau. Wenn er nach »Bildern«, genauer: »nach dem Anteil von Schriftstellern an der Konstruktion des Wirklichkeitsbildes ›Technik‹« fragt (S. 6), so geht es ihm um weit mehr als um eine »Untersuchung von speziellen Symbol- oder Motiv-Reihen eines darauf eingegrenzten historischen Längsschnitts [. . .]. Mit ›Literarischen Technik-Bildern‹ sind vielmehr die sehr viel umfassender angelegten und künstlich imaginierten Wirklichkeitsbilder gemeint, in deren Rahmen das Bild einer Brücke oder eines Tunnels seinen spezifischen Signalwert dadurch erhält, daß die literarische Konstruktion des Gesamtbildes auf ein weithin verbreitetes globales Einstellungsmuster zurückgreift und es zugleich weiter zuspitzt.« (S. 3)

Um diese »Einstellungsmuster« herauszupräparieren, die nur in der Literatur in »unterschiedlichen Abstraktionsstufen« komprimiert faßbar seien, bedient sich Segeberg einer hochreflektierten Verbindung von »Werkinterpretation, technikhistorische[r] Kommen-

tierung und Rezeptionsanalyse.« (S. 6) Bei seiner Analyse von Kellermanns »Der Tunnel« etwa – der Geschichte eines Ingenieurs, der mit Hilfe eiserner Willenskräfte und eines Großindustriellen einen Tunnel quer durch den Atlantik plant und baut –, beginnt er bei der enormen Popularität, die dieser Roman seit seiner Entstehung im Jahr 1913 genossen hat. Im Blick auf die Pressespiegel erklärt Segeberg dieses Echo zunächst mit Kellermanns Gespür für populäre Stimmungen (wie die zeitgenössische Begeisterung für technische Großprojekte oder die zwiespältige Faszination für Amerika als Land grenzenlosen Fortschritts und reinen Kapitalismus'). Vor allem aber habe dieser Schriftsteller ein heroisches Ideal »verdichtet und radikalisiert [. . .], mit dessen Entfaltung insbesondere die akademischen Wortführer der Techniker-Zunft schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf eine irritierende Erfahrung reagiert hatten: dem Aufstieg der Berufsgruppe insgesamt entsprach eine fortschreitende Bürokratisierung und Nivellierung der Stellung der einzelnen Ingenieurs.« (S. 173) Mit dieser »gegen die Geschichte gewendete[n] Aktualisierung« nämlich habe Kellermann eine »Antwort auf die zunehmende Kommerzialisierung der Technik« gegeben, die »ebenso genial wie einfach« und hinsichtlich allgemeiner (keineswegs nur berufsständischer) Deklassierungsängste geradezu erlösend gewirkt habe: »Die technische Vernunft bringt im ›Tunnel‹-Roman eine von allen Auswüchsen gereinigte wirtschaftliche Vernunft erst richtig zur Geltung.« (S. 174) Systematisch vergleicht Segeberg die ökonomisch-technischen Theorien der Zeit mit den Vorstellungen von Kapital und technischer Optimierung, wie sie sich in der Handlung und den Charakteren, ja selbst in der Sprachform des Romans zeigen – schon frühen Kritikern sei aufgefallen, wie genau Kellermanns atemlose Diktion dem Tempo der von ihm verherrlichten Akkordarbeit entspreche. (S. 190) Dabei entpuppt sich der (später von den Nazis als »Jude« verfolgte) Autor als »ein bisher völlig übersehener literarischer Vordenker eines rassistisch verschärfte Fordismus in Deutschland.« (S. 174) Auf gleichem Weg weist Segeberg nach, wie die »Stahlnatur« des Romanhelden, der in der »Hölle« der Tunnelbaustelle militärisch disziplinierte »Arbeiterbataillone« befehligt, »mit aller Schärfe als Resultat eines normativen sozialen Lebensentwurfs begriffen« wird, den weite Kreise der zeitgenössischen wie der späteren Leserschaft teilen konnten. (S. 191) In der systematischen Spiegelung von literarischer Motiv- und Strukturanalyse und kritischer Rezeptions-, Theorie- und Technikgeschichte (das Kapitel über Max Eyth etwa widmet der Debatte um die Konstruktionsfehler der Tay-Brücke scharfsinnige Reflexionen) entsteht somit ein »Bild«, das nicht blind dem Augenschein vertraut, sondern ihn anhand jener im Material »aufblitzenden« Hinweise widerlegt und korrigiert, in denen die Geschichte plötzlich »ihre Marke von Scotland-Yard« zeigt.[8]

Analysen wie diese belegen Segebergs Leitthese, daß die Technik bestimmte Haltungen und Ressentiments nicht nur hervorruft, sondern daß hier nicht selten »ein Lebensgefühl ins Spiel [gerät], das seiner Technik-Einschätzung vorausliegt und sich nur scheinbar aus einer zuvor unterstellten ›technischen‹ Eigendynamimk ableitet.« (S. 261) Diese »Differenzierung« ist kein rein historischer Befund, sondern eine »Aktualisierung« im besten Benjamin'schen Sinn. Eben weil Segeberg die heute mehr denn je verbreitete »Angst vor einer die Menschen förmlich überrollenden ›Ding‹-Technik« ernst nimmt, kann er sie in den literarischen Beispielen als Projektion einer Sozialerfahrung von »Modernisierung« beschreiben, für die sich die Maschine nur als eine besonders treffende Chiffre anbietet: »Autor wie Rezipienten, die ihm zustimmten, fühlten sich von Anfang an schutzlos der Einwirkung absolut unzugänglicher, weil dinghaft erstarrter sozialer Einflußgrößen ausgeliefert, ja die Gesellschaft als Ganzes hatte sich für sie zum monolithischen Riesen-Apparat verfestigt. [. . .] Schon der allereinfachsten mechanischen Maschinentechnik wird damit

8 Eine von Benjamin notierte Bemerkung Ernst Blochs über sein Passagen-Werk (N 3,4, S. 578).

eine Perfektion unterlegt, über die sich der empirische Technik-Erforscher zu Recht sehr wundert. [. . .] Wie aber, wenn solches Denken doch zu früh kapitulierte?« (S. 261 f.)

Ganz gleich, ob der Leser diese rein soziologische Sicht in allen Stücken teilen mag. Auf jeden Fall hat Segeberg mit einer wohlreflektierten Methode und einer klaren Leitfrage einen veritablen Beitrag zu der »von den Technik-Wissenschaften selber geforderten ›technologischen Aufklärung‹« (s. 262) geleistet. So setzt seine Analyse des »Fremden« in der Technik die große aufklärerisch-praktische Linie der Reiseliteraturforschung rühmlich fort.

Peter Blum

Neuere Studien zur Unternehmensgeschichte

Ludwig Brake, Die ersten Eisenbahnen in Hessen. Eisenbahnpolitik und Eisenbahnbau in Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau bis 1866 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 51), Selbstverlag der Historischen Kommission für Nassau, Wiesbaden 1991, 322 S., geb., 38 DM.

Joachim Borchart, Der europäische Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg, C. H. Beck-Verlag, München 1991, 353 S., geb, 44 DM.

Michael Stürmer/Gabriele Teichmann/Wilhelm Treue, Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie, Piper-Verlag, München/Zürich 1989, 528 S., Ln., 68 DM.

Helmut Uebbing (Hrsg.), Wege und Wegmarken. 100 Jahre Thyssen, Siedler Verlag, Berlin 1991, 348 S., Ln., 68 DM.

Dietrich Yorck, Die Mannesmannröhren-Werke 1888 bis 1920. Organisation und Unternehmensführung unter der Gründerfamilie, Bankiers und Managern (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 66), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1991, 203 S., kart., 58 DM.

Karl-Heinz Gorges, Der christlich geführte Industriebetrieb im 19. Jahrhundert und das Modell Villeroy & Boch (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 60), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1989, 421 S., kart., 72 DM.

Sigfrid von Weiher, Die englischen Siemens-Werke und das Siemens-Überseegeschäft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 38), Duncker & Humblot, Berlin 1990, 220 S., geb., 48 DM.

Es sind sieben Publikationen anzuzeigen, deren zeitliche Schwerpunkte auf dem 19. und/oder 20. Jahrhundert liegen. Inhaltlich geht es bei den vorzustellenden Arbeiten im weitesten Sinn um unternehmerisches Handeln, das dem Aufbau, Ausbau und Bestand des Unternehmens oder der Ausgestaltung des betrieblichen Sozialwesens (Gorges) diente. Allein die Untersuchung von Brake fällt etwas aus diesem Rahmen heraus, beleuchtet sie doch eher die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Organisation und Ausführung des Eisenbahnbaus, die Situation der Eisenbahnarbeiter, und damit insgesamt das Umfeld, in dem sich privatwirtschaftliche Aktivitäten entfalten konnten. Damit ergänzt diese Studie die von Joachim Borchart vorgelegte Unternehmerbiographie des als europäischen Eisenbahnkönig apostrophierten Bethel Henry Strousberg. Stark biographische Momente enthalten auch die Untersuchungen von Sigfrid von Weiher zu den Brüdern Siemens, von Karl-Heinz Gorges (Villeroy & Boch) sowie von Michael Stürmer, Gabriele Teichmann und Wilhelm Treue zum Privatbankhaus Sal. Oppenheim & Cie. Die Arbeit von Dietrich Yorck verfolgt die Entwicklung von Organisation und Management bzw. von Führungsschichten am Beispiel eines Großunternehmens, nämlich der Mannesmannröhren-Werke. Das Interesse gilt somit in erster Linie Unternehmer- oder Managerpersönlichkeiten und Unternehmerfamilien, d. h. der unternehmerischen Führungsschicht, woraus sich auch wesentlich der Beitrag, den diese neueren Studien zur Unternehmensgeschichte für die Sozialgeschichte leisten, ableiten läßt. Am weitesten in diese Richtung weist die Ar-

beit von Gorges, der insbesondere nach der Umsetzung christlicher Wertvorstellungen im unternehmerischen Handeln fragt. Nahezu durchweg beruhen die Untersuchungen auf dem Studium ungedruckter Quellen, die in den entsprechenden Firmenarchiven ausgewertet wurden; sie können überwiegend mit neuen und interessanten Informationen und Erkenntnissen aufwarten. Einzig die Festschrift aus der Feder von Helmut Uebbing erscheint im krassen Gegensatz dazu archivalisch gewissermaßen unterbelichtet – ein umfangreich geratener Firmenprospekt, der sich mit seiner plakativen Ausstattung immerhin noch als (Werbe-)Präsent für Geschäftsfreunde der Firma Thyssen anbietet.

Bei der Untersuchung von Ludwig Brake über Eisenbahnpolitik und Eisenbahnbau in Hessen handelt es sich um eine leicht veränderte Fassung seiner 1988 am Fachbereich Geschichte der Justus-Liebig-Universität Gießen angenommenen Dissertation. In ihr werden u. a. die bereits länger zurückliegenden begrüßenswerten Ansätze einer regional übergreifenden Erforschung des Eisenbahnbaus (z. B. Konrad Fuchs, Eisenbahnprojekte und Eisenbahnbau am Mittelrhein 1836-1903, Diss. Mainz 1953) wieder aufgegriffen und fortgeführt. Brakes Arbeit ist fruchtbar für den hessischen Raum, wobei die Bezeichnung Hessen nicht zu eng ausgelegt werden darf, umfaßt der hier gewählte geographische Rahmen doch ausschließlich die Staaten Kurhessen, das Großherzogtum Hessen, das Herzogtum Nassau und die Freie Stadt Frankfurt.

Dadurch eröffnen sich regionalgeschichtliche Vergleichsmöglichkeiten, wobei sich der Untersuchungszeitraum von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis ins Jahr 1866 erstreckt, dem Jahr, in dem durch die preußischen Annexionen eine Zäsur gesetzt wurde. Die Quellengrundlage der Untersuchung bildet die im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, im Staatsarchiv Darmstadt, im Generallandesarchiv Karlsruhe sowie in den Stadtarchiven von Frankfurt und Mainz verwahrte Überlieferung. Der Stoff ist bestens bewältigt und die Studie ist erschlossen durch eine schlüssige Gliederung, ein Personen- und ein geographisches Register.

Das erste Großkapitel behandelt die Anfänge des Eisenbahnbaus in Hessen, d. h. die öffentlichen Diskussionen um den Eisenbahnbau, die Eisenbahnprojekte und die Finanzierung des Eisenbahnbaus in den einzelnen Territorien. Im zweiten Großkapitel geht es um die Durchführung des Eisenbahnbaus. Dabei stehen im Mittelpunkt die Organisation der Baumaßnahmen, die Eisenbahnarbeiter und – mit Eröffnung der Bahnlinien – die Schaffung von Eisenbahnbehörden. Den Bau von Anschlußstrecken, die Entwicklung der Betriebsergebnisse und des Verkehrs sowie Zusammenhänge zwischen Eisenbahnbau und Wirtschaft thematisiert Kapitel III. Eine komprimierte Zusammenfassung schließt das für Eisenbahnfreunde – ohne Abstriche an wissenschaftlichen Anforderungen hinnehmen zu müssen – gut lesbare Buch ab. Der Leser erfährt Daten und Hintergründe über die Frankfurt-Hanauer-Bahn, die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, die Hamburger Bahn, die Hessische Ludwigseisenbahn, die Main-Neckar-Bahn, die Main-Weser-Bahn, die Nassauischen Staatsbahnen und die Taunuseisenbahn, ohne deshalb durch die Summe der gebotenen Detailinformationen erdrückt zu werden.

Voraussetzung dafür, daß die durch den Eisenbahnbau freigesetzten Impulse zu voller Entfaltung gelangten, war ein schon fortgeschrittener Entwicklungsstand von Gewerbe und Industrie. Dieser war jedoch nach Brakes Auffassung in Hessen allenfalls im Werden begriffen, so daß sich die mit dem Eisenbahnbau anderswo zu beobachtenden Fortschrittskräfte eher harmonisch denn rasant in die allgemeine Aufwärtsentwicklung einfügten. Daher kamen auch das know-how, das beschaffte Gerät wie das zur Finanzierung notwendige Geld oft aus dem Ausland. Die Wirtschaft hatte sich zunächst einmal auf die neuen Anforderungen und die daraus erwachsenden Chancen einzustellen. Wie kaum anders zu erwarten, wurde der Eisenbahnbau anfangs weniger durch staatliche Stellen vorangetrieben. Überraschenderweise wurde aber in Hessen nicht das Wirtschaftsbürgertum als Eisenbahnbefürworter initiativ und aktiv, sondern es waren vor allem die Staatsdiener, d. h. die

Bürokratie, auf deren Schultern der Eisenbahnbau Einzug hielt. Umgehungsfurcht, Konkurrenzangst, Wirtschaftlichkeitsüberlegungen legten eine großräumige Streckenplanung nahe. In der Tat erwies sich die territoriale Struktur Hessens hierbei als hinderlich, erschwerten die bisweilen mehrfach zu überschreitenden Landesgrenzen Koordination und Interessenausgleich bzw. zwischenstaatliche Abstimmungen. Dies förderte die verstärkte Einflußnahme seitens der Regierungen, die über Genehmigungs- und Kontrollrechte, aber vor allem durch die Aufbringung der notwendigen Investitionskosten, die in ihrer Höhe das gewohnte Maß und das Leistungsvermögen der Unternehmerschaft sprengten, den Eisenbahnbau beeinflußten. Die staatlichen Baubehörden waren zugleich beim Landerwerb im Vorteil, konnten sie sich doch des Mittels der Enteignung mit dem ganzen Gewicht staatlicher Autorität bedienen.

Daß ohne die Impulse, das Kapital und das Engagement privater Unternehmer der Eisenbahnbau kaum vorstellbar ist, verdeutlicht die Arbeit von Joachim Borchart über eine der schillerndsten Persönlichkeiten des europäischen Eisenbahnbaus. Bereits zu Lebzeiten galt Bethel Henry Strousberg (1823-1884) als Eisenbahnkönig, gleichsam als lebende Legende. Er war der Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Ostpreußen. Seine von Rückschlägen nicht freie Karriere begann in England. Strousberg, der nach der Mittleren Reife das Königsberger Gymnasium verlassen hatte, eignete sich durch intensives Selbststudium Kenntnisse in Recht, im Versicherungswesen, in Versicherungsmathematik, Nationalökonomie, Wirtschaftspolitik sowie im Geld-, Bank- und Börsenwesen an. In der Folge trat er als Journalist, Zeitschriftenverleger und Manager einer Versicherungsfirma hervor. Nachdem eine bereits Jahre zurückliegende Verurteilung wegen Unterschlagung öffentlich geworden war, kehrte Strousberg nach Preußen zurück. Seine Bemühungen um den Aufbau einer neuen Existenz in Berlin lenkten sein Engagement eher zufällig als planvoll auf industrielle Gebiete und vorzugsweise auf den Eisenbahnbau. Dabei entwickelte er die Idee einer vertikal gegliederten Industrie, die Strousberg konsequent in die Tat umsetzte. Binnen weniger Jahre verfügte er über ein Industrieimperium, bestehend aus Hütten- und Bergwerken, Stahl- und Walzwerken, Fabriken des Maschinenbaus und der Eisenbahnschienen-, Waggon- und Lokomotivenherstellung. Zugleich baute er in Phasen wirtschaftlicher Flaute selbst Tausende von Eisenbahnkilometern in Preußen, Ungarn, Rumänien und Rußland. Dabei bewies Strousberg Organisationstalent und Wagemut. Überdies beschreibt Borchart Strousberg als »Meister auf dem Gebiet der public und der human relations« (S. 137). Damit einher gingen freilich ein Fortschrittsglaube und Optimismus, die sich in Fragen der Finanzierung und der Liquiditätsvorsorge in Leichtfertigkeit verkehrten. Strousbergs Fall war daher gleichsam vorprogrammiert. Seine Unternehmungen finanzierte er mit Hilfe eines halsbrecherischen Systems kurzfristiger Ver- und Umschuldungen. Die zum Teil enormen Gewinne investierte Strousberg dagegen vor allem in Immobilien und in ausgedehnte Ländereien, die gerade in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs nur unter erheblichen Schwierigkeiten und meist mit Verlust wieder zu Geld gemacht werden konnten.

Strousbergs Person steckte voller Widersprüche. Einerseits von großer unternehmerischer Begabung, war er andererseits ein Mann großer Selbstherrlichkeit. Sein persönlicher Weg mußte letztlich unweigerlich in den Zusammenbruch führen. Aber insbesondere durch den forcierten Eisenbahnbau leistete Strousberg einen in seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Europas kaum zu unterschätzenden Beitrag. Hervorzuheben ist dabei die verkehrsmäßige Erschließung Rumäniens. Borchart ist eine fundierte, lesenswerte Unternehmerbiographie gelungen, die auf Strousbergs Schriften und Unterlagen aus seinem Nachlaß sowie auf Material aus zahlreichen in- und ausländischen Archiven basiert. Für dessen Bewertung dürfte Borcharts langjährige Tätigkeit im Bankgeschäft von besonderem Vorteil gewesen sein. Sein Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Eisenbahn- und zur Unternehmens- bzw. Unternehmergeschichte im 19. Jahrhundert.

Nicht nur, aber auch auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus war das Kölner Privatbankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. tätig. Der Wunsch nach einer Darstellung der nunmehr 200jährigen Geschichte der 1789 gegründeten Bank war der Ausgangspunkt des Buches. Die vorgelegte Arbeit bietet indessen ungleich mehr als die gewohnten Jubiläumsschriften, mit denen es die repräsentative äußere Erscheinung teilt, der aber ein Anmerkungsapparat zum Opfer fiel – vermutlich eine bewußte Vorgabe des Auftraggebers, der offensichtlich abschreckende Wirkungen auf potentielle Leser seiner Jubiläumsgabe befürchtete. Mit der Geschichte einer Bank verbindet sich das Schicksal einer bedeutenden deutsch-jüdischen Familie. Damit eröffnet sich dem Leser in der Tat ein kulturgeschichtliches Panorama der letzten 200 Jahre, in denen sich der Aufstieg der Industriegesellschaft in Europa vollzog. Wesentlichen Reiz und seine über eine Firmenschrift hinausweisende Bedeutung bezieht das Buch aufgrund des steten Perspektivenwechsels: Bank-, familien-, industrie-, politik- und kulturgeschichtliche Aspekte werden aufgegriffen und miteinander verknüpft, so daß ein geschlossenes Zeitbild entsteht. Dabei zeichnet Michael Stürmer für die Bereiche Familie, Politik und kulturelle Lebensform als Autor verantwortlich. Wilhelm Treue, der seit 1958 an der Fortführung und Weiterentwicklung des 1932 gebildeten Bankarchivs mitwirkte, bearbeitete die Themenbereiche Wirtschaft und Bankfinanzen. Archivalische Vorbereitung, Dokumentation, Analysen, Bildmanuskript und Schlußredaktion sind Gabriele Teichmann als der Archivarin des Bankhauses zu verdanken. Die Quellengrundlage bilden die ab den 1820er Jahren in breiterem Fluß einsetzenden Geschäftsakten, Vermögensaufstellungen, Korrespondenzen, Gesellschaftsverträge und Testamente aus dem Archiv des Bankhauses sowie relevantes Material anderer Archive (u. a. Stadtarchive von Bonn und Köln, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf).

Die Bankiersfamilie ging aus dem Bonner residenzstädtisch-jüdischen Handelsbürgertum des ausgehenden 18. Jahrhunderts hervor. Ihr Aufstieg in das patrizische Großbürgertum Kölns verlief zwar nicht ohne Rückschläge, aber doch recht rasch. Bereits 1807/08 war Salomon Oppenheim der höchstbesteuerte Jude der Stadt Köln. Vom Kommissions- und Wechselgeschäft verlagerte sich das Engagement zunehmend auf das Eisenbahn-, Bergwerks-, Versicherungs- und Industriegeschäft. Als Mitzeichner von 25 % der Aktien der 1837 von ihm mitbegründeten Rheinischen Eisenbahngesellschaft firmierte Abraham Oppenheim gleichermaßen als Bankier und Betriebsdirektor. Der Einfluß der Familie wuchs stetig. Mit dem geschäftlichen Aufstieg ging ein selbstbewußtes Auftreten einher. In den 1860er Jahren erlebten Abraham und Simon Oppenheim ihre Erhebung in den preußischen bzw. österreichischen Freiherrnstand. Damit korrespondierten Patriotismus und ein ausgeprägtes soziales Engagement für die Bediensteten der Bank und für notleidende Kölner Bürger. Auch als Kulturmäzene traten die Oppenheims hervor. Gleichsam Sinnbild des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Erfolgs und Ausdruck standesgemäßen Lebensgefühls war das 1870 erworbene Gut Schlenderhan und das dort von Eduard von Oppenheim begründete Pferdegestüt, dessen Name noch heute fast synonym für die deutsche Pferdezucht und den Pferderennsport steht. Unter dem Druck der nationalsozialistischen Machthaber ging das Gestüt später an die Waffen-SS über, wofür Waldemar von Oppenheim für sich und seine Familie im nachhinein einen Schutzbrief – wenn auch von recht zweifelhafter Sicherheit – erhielt. Mit viel Glück überstand die Familie die lebensbedrohliche Situation. Das Überleben des Bankhauses resultiert nicht zuletzt aus einem über 200 Jahre bewiesenen besonderen Geschick bei der Weitergabe der Führung des Bankhauses. Das ging nicht immer ohne innere familiäre Konflikte ab, die jedoch durchweg in den entscheidenden Situationen den Unternehmerinteressen hintangestellt wurden. So zählt das Bankhaus Oppenheim noch heute zu den bedeutendsten europäischen Privatbanken, und seine hier angezeigte Unternehmensgeschichte zu den vorbildlichen historischen Arbeiten.

Dagegen fällt die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Thyssen AG von Helmut Uebbing erstellte Festschrift merklich ab. Sie paßt eher in das Bild jener aufwendig ausge-

führten und mit farbigem Bildmaterial reichlich ausgestatteten Firmenschriften, die gern zu unterschiedlichen Anlässen an Geschäftsfreunde, Jubilare etc. gereicht werden. Historisches Bildmaterial wird denn auch eher als schmuckes Beiwerk, denn als Quelle genutzt. Überhaupt erscheinen dem Autor, einem Wirtschaftsjournalisten, die zweifellos komplexen wirtschaftlichen, sozialen und technischen Zusammenhänge im Zuge einer weniger chronologischen, sondern vielmehr thematischen Vorgehensweise leichter darstellbar. Da der Schwerpunkt der Untersuchung auf die Zeit ab den 1960er Jahren gelegt wurde, verwundert es kaum, daß die Festschrift der Versuchung erlegen ist, die Unternehmensgeschichte der Thyssen AG und ihrer Tochtergesellschaften fast durchweg unter dem Aspekt zukunftsorientierter Neuordnungen, Unternehmensumschichtungen, Unternehmensan- und -umgliederungen, Diversifikationen sowie unter dem Aspekt der Zuwendung zu neuen Tätigkeitsfeldern zu beleuchten. Imponierend ist die unstreitig zum Ausdruck kommende Wirtschaftskraft des tiefgegliederten Konzerns allemal. Die Wege und Wegmarken präsentieren sich freilich vorwiegend als solche technischer und vor allem konzernorganisatorischer Art. Die ins 19. Jahrhundert zurückreichenden historischen Wurzeln der Unternehmensgruppe werden allenfalls angerissen. Die Entwicklung des Konzerns erscheint zwar durchaus logisch, aber doch wirtschaftlich allzu einseitig geradezu vorbestimmt. Über die »Macher« des Konzerns ist meist kaum mehr als ihre formale Zuständigkeit zu erfahren. Konturen als Unternehmer-/Managerpersönlichkeit gewinnt keine Person. Kurzum: Die Festschrift erschöpft sich vielfach bereits da, wo gerade der Historiker tiefere Stoffdurchdringung wünscht, etwa wenn im Zusammenhang mit der nur kurz gestreiften Fremdarbeiterproblematik im Dritten Reich zu lesen steht, »daß die Verhältnisse in den Arbeiter-Lagern im Vergleich zu den Zuständen in den besetzten Ostgebieten oder in geheimen Rüstungsbetrieben im Reich noch einigermaßen erträglich waren; dies gilt, von Einzelfällen abgesehen, auch für die Behandlung dieser Menschen am Arbeitsplatz. Es gibt Zeugnisse aus der Nachkriegszeit, aus denen hervorgeht, daß sich Deutsche um eine humanere Behandlung der Ausländer bemüht hatten« (S. 265). Warum bemüht die Festschrift nicht diese Zeugnisse? Oder erschöpfen sich die Bestände der verschiedenen Werksarchive der heutigen Thyssen AG in der Sammlung wohltönender Presseverlautbarungen und nüchterner Unterlagen zur Organisationsstruktur des Konzerns?

Einen wesentlich ertragreicheren Beitrag zur Unternehmensgeschichte leistet die Arbeit von Dietrich Yorck. Dabei handelt es sich um die überarbeitete Fassung seiner an der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn entstandenen Magisterarbeit. Deren erklärtes Ziel ist die Verfolgung der Entwicklung von Organisation und Management eines Großunternehmens über einen längeren Zeitraum hinweg. Untersuchungsobjekt sind die Mannesmannröhrenwerke, die Keimzelle der heutigen Mannesmann AG. Als Behandlungszeitraum wurden die Jahre von 1888 bis 1920 gewählt. Angelegt war die Untersuchung ursprünglich als Studie über die Rekrutierung und den Aufstieg von Führungskräften. Eine ohnehin bereits nicht eben glückliche Quellenlage – das Mannesmann-Archiv wurde erst im Jahr 1938 begründet und nach dem Zweiten Weltkrieg erst ab 1971 fortgeführt – verschärfte sich, weil die Einsicht in die Personalakten versagt wurde. Die Auswertung des im Deutschen Museum in München verwahrten Nachlasses von Reinhard Mannesmann (jun.) und das Studium der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen OMGUS-Akten erbrachten allenfalls ergänzende Aufschlüsse. Die Zielrichtung der Arbeit verschob sich denn auch folgerichtig hin zu dem Versuch, die Entwicklung von Organisation und Management eines Großunternehmens aufzuzeigen.

Den unternehmensgeschichtlichen Hintergrund bildet das frühe Ausscheiden der Familie Mannesmann aus der Unternehmensleitung. Nach Auffassung Yorcks kann Mannesmann bereits vor dem Jahr 1900 als sogenanntes »managerial enterprise« bezeichnet werden. Der Aufschwung des Unternehmens war weniger eine Folge des technischen Fortschritts, d. h. hier der gehaltenen Patente, sondern eher der Vorreiterrolle bei der Erschlie-

ßung neuer Märkte zu verdanken. Yorcks Vorgehensweise ist schlüssig. Einleitenden Ausführungen zu Röhren und zur Röhrenindustrie folgt unter der Überschrift »Kontrolle und Integration« die Darstellung der Entwicklung vom Personal zum Managerial Enterprise (1888-1900). Leitungsstrukturen, Unternehmensorganisation und -strategie stehen dabei im Vordergrund. Die anschließenden beiden Kapitel behandeln Mannesmann als Mitglied wie nach Auflösung der Syndikate. Die damit vermittelten Einblicke und Einsichten können hier nicht im einzelnen aufgeführt werden, zumal der Autor stets selbstkritisch auf die durch die Quellenlage bedingten Grenzen hinweist. Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit Personalführung und Sozialpolitik, wobei die Angestellten, die Personalverwaltung, die einzelnen Kategorien der Beschäftigten (Angestellte, Arbeiter) sowie die Anstellungsbedingungen, die Mitarbeiterrekrutierung, Mitarbeiterqualifikation und die Bezahlung Untersuchungsgegenstand sind. Dieses etwa ein Viertel des Buches einnehmende Kapitel bietet ein hohes Maß an Informationen und Erkenntnissen.

Gleichermaßen Beiträge zur Unternehmensgeschichte wie zur Unternehmergeschichte leistet die Studie von Karl-Heinz Gorges. Er untersucht die Verwirklichung christlicher Wertvorstellungen im unternehmerischen Handeln. Der Frage nach den christlich geführten Industrieunternehmen wird explizit nachgegangen am Modell der Steingutfabriken Villeroy & Boch. Dabei bilden im wesentlichen die im Firmenarchiv in Mettlach verwahrten Archivalien die Quellengrundlage. Das sind vor allem Arbeits- und Fabrikordnungen sowie die Statuten der vielfältigen innerbetrieblichen Einrichtungen. An erster Stelle dieser Einrichtungen ist die sogenannte Antoniusbruderschaft zu nennen, in der bereits seit 1819 Kranken-, Witwen- und Waisenkasse zusammengefaßt waren. Eine Bruderschaft als Organisationsform religiösen Lebens war hier ganz bewußt gewählt worden. Allerdings wurde auf die Mitglieder kein religiöser Zwang ausgeübt, sondern es wurden nur Formen betrieblicher Fürsorge personell mit der Bruderschaft als Vereinigung der Betriebsangehörigen zu sozialen Zwecken verbunden. »Die Mitgliedschaft in der Antoniusbruderschaft war auf eine Identifikation ihrer Mitglieder mit der Fabrik ausgerichtet, auch wenn sie im religiösen Bereich ihre Wurzeln hatte.« (S. 162) Gorges unterscheidet zwischen originären Wohlfahrtseinrichtungen im innerbetrieblichen Bereich und subsidiären, aber betriebsbezogenen Wohlfahrtseinrichtungen im außer- und überbetrieblichen Bereich des Unternehmens. Erstere sucht direkt den Betriebsablauf zu unterstützen. Dazu zählten Einrichtungen wie Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Bei den subsidiären Wohlfahrtseinrichtungen sind zu nennen: Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen, Institutionen zur Erholung und zur kulturellen Betätigung, zur Beschaffung von Wohnraum und zur sozialen Absicherung der Familien etc. Z. B. wurden im Zuge der betrieblichen Arbeiterwohnungsfürsorge zwischen 1889 und 1910 insgesamt 620 Häuser gebaut und von Fabrikarbeitern des Unternehmens gekauft. Gorges legt ein für die Zeit überraschend facettenreiches Bild einer auf Unternehmerinitiative aufbauenden und tiefgestaffelten betrieblichen Fürsorgeorganisation offen. Darin zeigt sich für den Autor ein Geist, »der von der selbstverständlichen Überzeugung eines gemeinsamen christlichen Glaubens ausgeht.« (S. 270) Die von Gorges gezogenen Vergleiche zu den zeitgenössischen Modellen der Firmen Léon Harmel, Val-des-Bois, Franz Brandt sowie des Schweizer Paters Theodosius Florentini machen indessen deutlich, daß der christlich-geführte Industriebetrieb differenziert zu sehen ist.

So fußte die Organisationsform der Unternehmen von Harmel und Brandt im Gegensatz zu Villeroy & Boch auf einem ganzen Netz von religiösen Vereinen; das von Florentini verfolgte Modell war gar der Versuch, die »christliche Fabrik« im Sinne klösterlichen Lebens in gemeinsamer Arbeit und Gebet Wirklichkeit werden zu lassen. Ausschlaggebend für die Formen des Zusammlebens im Betrieb mit christlichen Wertvorstellungen blieb letztlich stets der Unternehmer selbst einschließlich seiner Familienangehörigen. Im Fall Villeroy & Bochs führte das nicht nur zur Zusammenfassung originärer und subsidiärer Wohlfahrtseinrichtungen sowie sozialer Maßnahmen zu einem einheitlichen Ganzen, sondern zu ei-

nem Zusammenwirken, einem Mit-, Zu- und Füreinander im gesamten Organismus eines sozio-ökonomischen Industriebetriebes, und zwar zu beiderseitigem ökonomischen wie soziokulturellen Nutzen. (S. 275) Die interessante und mit einem ausführlichen, aus Tabellen, Graphiken und Quellenabbildungen bestehenden Anhang versehene Arbeit sollte anregend auf die Forschung ausstrahlen.

Mit gut 30jähriger Verzögerung bereichert die Untersuchung Sigfrid von Weihers die wirtschaftshistorische Forschung. Hervorgegangen aus seiner bislang ungedruckten Dissertation aus dem Jahr 1959, will von Weiher die erweiterte und ergänzte Dokumentation als quellenkritischen Beitrag zur Kultur-, Wirtschafts- und Technikgeschichte verstanden wissen. Daß die Arbeit inhaltlich auf der Höhe der Zeit ist, garantiert der berufliche Werdegang des Autors. Über 32 Jahre war er im Siemens-Archiv tätig, von 1960 bis 1983 als dessen Leiter. Damit gehört der Autor unstreitig zu den profunden Kennern der firmen- und der familieneigenen Quellen. Freilich wurde das Literaturverzeichnis aus dem Jahr 1959 lediglich um einschlägige Veröffentlichungen Sigfrid von Weihers seit 1960 ergänzt. Mit dem Aufbau, Ausbau und der Entwicklung des Überseegeschäfts des Hauses Siemens wurde ein in mehrfacher Hinsicht besonders interessanter Untersuchungsgegenstand gewählt, war doch durch die eher in loser Abstimmung unter den Brüdern Siemens übliche, weitgehend selbständige Unternehmensführung ständig Konfliktpotential für den Kurs des Gesamthauses gegeben. Der Sog zur Verselbständigung des Überseegeschäftes bzw. von Siemens-Brothers lag auch begründet in dem recht unterschiedlichen persönlichen Naturell der Brüder. So bezeichnet der Autor William als den Forscher, Friedrich als den Erfinder, Carl als den Unternehmer; darüber rangierte als Familien- wie Firmenoberhaupt Werner, der die positiven Merkmale des Forschers, Erfinders wie Unternehmers in sich vereinigte und Entwicklung und Fortbestand seines Lebenswerkes stets zu sichern trachtete. Der für die Filialfirma in London verantwortliche William dagegen eröffnete aufgrund seiner leidenschaftlichen Forscherambitionen und eines gewissen Widerwillens gegenüber der notwendigen Routinearbeit Ludwig Löffler das Eintreten in die Managerfunktion, die beinahe mit der gänzlichen Abspaltung des englischen Zweiges des Familienunternehmens geendet hätte. Gerade mit der Herausarbeitung der für die Unternehmensentwicklung der Siemens-Häuser in Berlin, London und St. Petersburg mitentscheidenden Persönlichkeiten besteht die besondere Leistung des Buches, das sich dem Leser auch sprachlich ansprechend darbietet. Der Abdruck einer Reihe von für die Firmenentwicklung wichtigen Quellen rundet die lesenswerte Arbeit ab.

Michael Schneider

Nationalsozialismus und Modernisierung?

Probleme einer Neubewertung des »Dritten Reiches«

Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991, 337 S., Ln., 64 DM.

Ausgehend von der These Ralf Dahrendorfs[1], nach der die nationalsozialistische Herrschaft durch die Auflösung der traditionellen sozialen Strukturen einen Stoß in die Modernität, eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft wider Willen verursacht habe, und vorangetrieben von David Schoenbaums[2] Analyse der »braunen Revolution«, sind in den letzten Jahren Tendenzen einer Neubewertung von Ideologie und Funktion des Nationalsozialismus zu beobachten. Infolge solcher Bemühungen um eine »Historisierung« und/oder »Entmythologisierung« des »Dritten Reiches« werden speziell in der nationalsozialistischen Sozial-Ideologie und -Politik geradezu »revolutionäre« und »moderne« Elemente ausgemacht.[3]

Eingebunden in dieses Argumentations- und Interpretationsmuster ist der hier anzuzeigende Band, in dem Michael Prinz und Rainer Zitelmann eine Reihe von Beiträgen zum Problem »Nationalsozialismus und Modernisierung« zusammengefaßt haben. Die Palette der angesprochenen Themen ist zu bunt, als daß hier alle Beiträge im einzelnen gewürdigt werden könnten. Nicht zuletzt deshalb konzentrieren sich die folgenden Anmerkungen auf das Vorwort und die Aufsätze der beiden Herausgeber, die sowohl Programm als auch Bilanz der Modernisierungs-Interpretation bieten.

Welcher Modernisierungsbegriff liegt den Beiträgen zugrunde? Im Vorwort wird eingestanden, daß »der Band ein Spiegel der kontroversen Debatte selbst« sei; zwar gebe es »bei den Autoren Abweichungen im Verständnis von ›modern‹«, die »Gemeinsamkeiten und Überschneidungen im begrifflichen Vorverständnis überwiegen aber die Unterschiede«. Als unbestrittene Indikatoren der Modernisierung könnten demgemäß gelten: »Säkularisierung, Abbau *traditioneller* Formen sozialer Ungleichheit, Verbesserung sozialer Aufstiegschancen, technischer Fortschritt, Institutionalisierung von Wissenschaft, Expertenherrschaft, wirtschaftliches Wachstum, Rationalisierung und Massenproduktion, rationalinstrumentelle Einstellungen gegenüber Traditionsbeständen«. Sehr viel »ambivalenter«, d. h. »skeptischer«, »sehen dagegen die meisten Autoren das Verhältnis von sozialökonomischer und politischer Modernisierung, sprich: Demokratisierung« (S. IX f.). Es ist zu fragen, ob nicht mit diesem vorgeblich entpolitisierten Beurteilungsraster, dessen Indikatorenkatalog weitgehend auf eine Identifizierung von Modernisierung und wissenschaftlich-wirtschaftlich-technischer Effektivität hinausläuft, der Kern der nationalsozialistischen Herrschaft verfehlt wird.

---

1 *Ralf Dahrendorf*, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 431 ff.

2 *David Schoenbaum*, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Mit einem Nachwort von Hans Mommsen, München 1980 (1. Aufl., engl. 1966).

3 Siehe den Überblick über neuere Arbeiten: *Michael Schneider*, Nationalsozialistische Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des »Dritten Reiches«, in: AfS 31, 1991, S. 514–557, insb. S. 515 u. 541 ff.

Detaillierter entfaltet wird das »Programm« der Modernisierungs-Interpretation in dem Beitrag von Rainer Zitelmann, der »Die totalitäre Seite der Moderne« (S. 1–20) beleuchtet. Woher kommt – so fragt er – das Unbehagen vieler Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler, den Nationalsozialismus als moderne Erscheinung zu werten? Von den von Zitelmann genannten Ursachen für dieses Unbehagen interessieren hier wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung insbesondere die beiden folgenden: »1. Die normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs; 2. die Annahme, Demokratisierung sei ein konstitutives Moment des Modernisierungsprozesses.« (S. 1)

So richtig es ist, daß »sich mit den Mitteln und Methoden der Geschichtswissenschaft nicht entscheiden« läßt, ob »›Modernisierung‹ etwas Wünschenswertes oder Verwerfliches« sei (S. 3), so deutlich muß demgegenüber auf die Unausweichlichkeit einer wertgeleiteten Beurteilung historischer Vorgänge hingewiesen werden. Das heißt freilich nicht, daß Begriffen wie dem der Modernisierung allein positive oder negative Wertgehalte zuzuschreiben sind. Gerade der vielfach mit positiven Assoziationen aufgeladene Begriff der Modernisierung fordert dazu heraus, das Doppelgesicht gesellschaftlicher Modernisierung und damit eben auch die von Zitelmann angesprochene »totalitäre Seite der Moderne« herauszuarbeiten. Nur »wertfrei« wird man den Begriff der Modernisierung nicht verwenden können, so daß es als Illusion erscheint, ihn – wie von Zitelmann postuliert – »so weit wie möglich von diesen normativen Elementen befreien« zu wollen (S. 4); vielmehr wird hier dafür plädiert, eben den normativen Gehalt nur *scheinbar* wertfreier Begriffe offenzulegen und diese nur dann zu verwenden, wenn die ex- und implizierten Wertungen gewollt sind.

Zu Recht geht Zitelmann von der engen Verbindung zwischen der Einsicht in die normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs und der Ansicht, Demokratisierung sei ein konstitutives Element der Modernisierung, aus (S. 4). Wenn dieser definitorische Zusammenhang mit den Thesen vom »Ende der Geschichte« mit all ihren teleologischen und demgemäß unhistorischen Festlegungen und Heilserwartungen identifiziert wird (S. 7 f.), so wird damit die Position möglicher Kritiker der Anwendung des Modernisierungsparadigmas auf das »Dritte Reich« bis zur Unkenntlichkeit vergröbert, um diese dann um so leichter diskreditieren zu können. Der Rückzug auf die Position des »empirisch forschenden und argumentierenden Historikers« (S. 8) sucht Immunität in der Pose scheinbarer Entpolitisierung und zugleich vorgeblicher Wertfreiheit. So bewahrt die (zutreffende) Erkenntnis, daß die Prozesse von Demokratisierung und Modernisierung nicht abgeschlossen sind, daß auch nicht auszumachen ist, was späteren Generationen als Ausnahme und was als Regel erscheinen wird, nicht davor, den normativen Gehalt von Begriffen hier und jetzt ernstzunehmen. Das gilt im übrigen auch dann, wenn man ausdrücklich meint, einer Geschichtsschreibung das Wort reden zu müssen, »in der politisch-moralische Intentionen zumindest eine geringere Rolle spielen und volkspädagogische Motive durch eine distanziertere Sichtweise verdrängt werden« (S. 20).

Die Problematik der Darstellung des Nationalsozialismus ist demgemäß – will man dieser Betrachtung folgen – nicht eine Frage der anzustrebenden *Korrektheit* des entworfenen Bildes, sondern eine der *Intention* des Autors oder der Autorin. Der Vorwurf an die überkommene Geschichtsschreibung wird nicht unter Hinweis auf konkret zu belegende Defizite, Fehler und auch Fehleinschätzungen untermauert, sondern ist insofern politisch motiviert, als es darum geht, durch »Historisierung« und »Entmythologisierung« des Nationalsozialismus aus dem Schatten dieser Vergangenheit zu treten.

Deutlicher als bei Rainer Zitelmann wird dies im Beitrag von Hans Dieter Schäfer, der sich gegen die »Neigung« wehrt, »eine Entmythologisierung des Dritten Reiches moralisch zu verunglimpfen« (S. 199). Als Beispiel dafür gilt ihm nicht nur die kritische Reaktion auf eigene Arbeiten, sondern auch auf die »Rede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Jenninger zum 40. Jahrestag des November-Pogroms, die bei aller Vereinfachung richtig we-

sentliche Ergebnisse der Forschung referierte, aber dadurch in Konflikt mit dem herrschenden Verurteilungs- und Schuldübernahme-Zeremoniell geriet« (S. 200). Gerade der Hinweis auf diese politische Rede und die dadurch ausgelöste Kontroverse macht deutlich, daß es nicht um die volkspädagogische Ausrichtung an sich geht, sondern um deren Inhalt.

Wie gesagt, hier können nicht alle Beiträge besprochen werden. Nur so viel sei angemerkt: Offensichtlich ist der Band nicht nach einem systematischen Katalog von (möglichen) Modernisierungs-Indikatoren zusammengestellt worden. Einigendes Band scheint eher – wie von Zitelmann im Vorwort angedeutet – die grundsätzlich ähnliche Argumentations- und Interpretationsrichtung der Autoren zu sein. So stehen Beiträge über die NSDAP als moderne Volkspartei (Jürgen W. Falter), die nationalsozialistische Wirtschaftsideologie (Albrecht Ritschl) und die Sozialplanung der DAF (Ronald Smelser) neben Untersuchungen zu Raumforschung und Raumordnung (Rolf Messerschmidt) und Architektur und Stadtplanung (Werner Durth). Außerdem werden Analysen des Amerikanismus (Hans Dieter Schäfer), der Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit (Willi Oberkrome), der Reformpsychiatrie (Hans-Walter Schmuhl) und der Veränderungen in der Militärstruktur (Bernhard R. Kroener) geboten. Widerstände gegen die Modernisierung geraten in den Blick am Beispiel der Folgen agrarischer Umstrukturierungen für die Dorfgemeinschaft in Württemberg 1939–1945 (Jill Stephenson) und der Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern 1935–1938 (Franz Sonnenberger).

Nur auf ein Problem sei hingewiesen: Angesichts der Freiheit der Autoren, ihren Modernisierungsbegriff nach den eigenen Bedürfnissen zu bestimmen, ist die Gefahr relativ groß, zu Modernisierungszirkelschlüssen zu kommen, zumal nicht die breite Palette möglicher Indikatoren diskutiert wird. Dieses Verfahren mag sich im Hinblick auf einen relativ überschaubaren Problemkreis wie Struktur und Politik der NSDAP noch bewähren. Da die Ansätze zu weitgehend gleichmäßiger regionaler und schichtenspezifischer Rekrutierung von Mitgliedern und Wählern sowie zu effektiven Techniken der Stimmenmaximierung über alle Lager- und Klassengrenzen hinweg als hinreichende Anzeichen von Modernität gelten können, kann man die NSDAP mit guten Gründen schon für die Zeit vor 1933 als »moderne« Partei ansprechen (Falter, insb. S. 45 f.). Schwieriger zu treffen ist ein solches Urteil im Hinblick auf komplexere Phänomene, z. B. die Wirtschaftspolitik. *Ein* zentraler Indikator – das Konzept wirtschaftlicher Wachstumspolitik – reicht gewiß nicht aus, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik als »modern« zu klassifizieren, wenn dieses Kriterium doch einerseits die Wirtschaftspolitik seit dem 19. Jahrhundert kennzeichnet, andererseits andere Indikatoren – Vollbeschäftigungspolitik, Geldwertstabilität, Zahlungsbilanzausgleich usw. – außer acht gelassen werden. Immerhin aber taugt dieser Indikator dazu, die Widersprüche der wirtschaftspolitischen Modernisierung herauszuarbeiten, basierte das Wachstumsmodell des Nationalsozialismus doch auf Konzepten der Produktivitätssteigerung und zugleich auf der Ideologie des extensiven Wachstums durch Zugewinn von Land und Ressourcen (Ritschl, S. 70).

Daß die Beurteilung der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik auch unter modernisierungstheoretischem Aspekt durchaus kompliziert ist, macht insbesondere der Beitrag von Smelser über die Sozialplanung der DAF deutlich. Sein Beurteilungsraster ist offen genug, die funktionalen Zusammenhänge von widersprüchlichen Maßnahmen der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik in den Blick zu nehmen. Smelser zeigt, daß die von ihm herausgearbeiteten gesellschaftspolitischen Maßnahmen – gemessen an der Entwicklung des demokratisch-pluralistischen Westens – Teile eines Modernisierungsprozesses in einem imperialistischen und rassistischen System waren (S. 86). Doch er bleibt nicht dabei stehen, die Widersprüchlichkeit von moderner Sozialplanung und rückständiger Gesamtpolitik zu konstatieren, sondern er sieht deren funktionalen Zusammenhang, etwa die Eroberung des »Lebensraumes« im Osten als Voraussetzung für die Finanzierung der Sozialpläne für »deutsche Volksgenossen« (S. 89).

Wie in einem Brennspiegel werden die Probleme der Modernisierungs-Interpretation deutlich in dem bilanzierenden Aufsatz von Michael Prinz über »Die soziale Funktion moderner Elemente in der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus« (S. 297–327). Mit der Pose des einsamen Kämpfers gegen eine »Phalanx der Kritiker« (S. 300) untersucht Prinz Substanz und Kohärenz der nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, das Problem der Modernität der Politik, den Grad der Intentionalität und schließlich die Langzeitwirkungen.

Der Reihe nach nimmt er sich einzelne Teilbereiche der Gesellschaftspolitik vor:

- Könne auch über »den aus der Arbeiterperspektive reaktionären Charakter des AOG [. . .] kein Zweifel herrschen« und erscheine auch das Vokabular als »mittelalterlich«, »die dahinterstehende Praxis war auf der Höhe der Zeit«. Dies kann nur dann gesagt werden, wenn die an der Entwicklung in den USA gemessene »Höhe der Zeit« allein unter Hinweis auf funktionale Aspekte der Effizienzsteigerung und Pflege der *Human Relations*, wenn also inhaltliche Aspekte von der Autonomie der Arbeitnehmer-Interessenvertretung bis hin zu den entsprechenden Partizipationsrechten außer acht gelassen werden (S. 300 f.).
- Problematisch ist es zudem, wenn überkommene Urteile über die nationalsozialistische Frauenpolitik mit dem Argument relativiert werden sollen, sie beruhten doch »häufig auf einem verkürzten Arbeitsbegriff, der Hausarbeit und familiäre Reproduktionsleistungen ausklammert« (S. 303). Sollen mit einem »neuen«, Haus- und Erwerbsarbeit umfassenden Arbeitsbegriff die Verdrängung von Frauen aus akademischen Berufen (angesprochen S. 309 f.) und die sozialen Folgen der Ehe- und Mutterpropaganda in dem Sinne neu bewertet werden, daß der nationalsozialistischen Frauenpolitik attestiert wird, sie habe die Frauen doch weiterhin »arbeiten« lassen?
- Aufräumen will Prinz mit der Annahme, die Sozialpolitik der 1930er und 1940er Jahre »habe im wesentlichen aus Propaganda bestanden [. . .]. Obwohl durch rassistische Bestimmungen deformiert, überstand doch die materielle Substanz des Weimarer Sozialstaates – selbstverständlich nicht seine demokratische Struktur – die Jahre nach 1933 im wesentlichen unbeschadet.« (S. 303) Wenn man die nichtrassistische Orientierung sowie die demokratische Struktur indessen als wesentliche Elemente des *Sozialstaates*, das Ausmaß materieller Leistungen hingegen als Kennzeichen des *Wohlfahrtsstaates* betrachtet, wird man erkennen, daß 1933 eben der Kern des Sozialstaates zerstört (und nicht nur deformiert) wurde.
- Eben angesichts der vielfach anzutreffenden Ausblendung politisch-inhaltlicher Faktoren kann es nicht verwundern, daß Prinz schließlich dazu kommt, den Einfluß der DAF sehr hoch zu veranschlagen. Wehrt er sich zunächst dagegen, »die DAF als eine Art Gewerkschaft wider Willen zu interpretieren« (S. 302), so betont er wenig später, daß der Einfluß der DAF, obwohl sie »formal gesehen [. . .] in den Betrieben kaum verbriefte Rechte« hatte, »jedoch weit über das hinaus[ging], was deutsche Gewerkschaften bis dahin der Wirtschaft abgetrotzt hatten« (S. 307). Wohl nur, wenn man den strukturellen Zusammenhang von Effektivitätssteigerung, Rationalisierung, Profitmöglichkeiten im Rahmen der Aufrüstung und betrieblicher Sozialpolitik ausblendet, mag man zu derart verkürzten Urteilen kommen.
- Deutlich wird die Tendenz zur Verabsolutierung von Einzelbereichen und demgemäß zu verkürzten Urteilen auch bei der Frage der antizyklischen Konjunkturpolitik. Prinz hat ohne Zweifel mit der Feststellung recht, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik in Deutschland unter Berücksichtigung des weltweiten Übergangs zum Keynesianismus nicht als Sonderentwicklung gelten kann (S. 312). Gewiß hatte diese Politik – man denke nur an die Pläne der Freien Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung (1931/32) – ihre

Wurzeln nicht »einzig und allein im politischen Willen zu Aufrüstung und Kriegführung« (S. 312). Aber um zu erklären, warum der »deutsche Weg, was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anging, zweifellos eine der erfolgreichsten Varianten« war (S. 313), bedarf es gerade der Erkenntnis des 1933 hergestellten systematischen Zusammenhanges von Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungspolitik. Angesichts der Belobigung der erfolgreichen Arbeitsbeschaffungspolitik 1933 ff. ist man versucht zu vermuten, auch die nächste Feststellung solle der Hervorhebung von »Verdiensten« des Nationalsozialismus dienen: »Daß sich während des Zweiten Weltkrieges und danach Vollbeschäftigung als sozialpolitisches Programm international durchsetzte, hatte gleichfalls viel mit den Erfahrungen des Nationalsozialismus zu tun. Stimmten doch alle kriegführenden Länder darin überein, daß die Massenarbeitslosigkeit zu den Grundlagen der NS-Diktatur gehört hatte.« (S. 313)

Durchgängig ist in Prinz' Beitrag eine Geringachtung rassistischer und antidemokratischer Elemente in der nationalsozialistischen Politik zu beobachten, werden diese doch durch den Argumentationsgestus vielfach implizit zur Nebensache. Ein Beispiel wurde bereits genannt: die ›Deformierung‹ des Sozialstaats durch rassistische Bestimmungen. Und weiter: »Was von den Technokraten des Arbeitswissenschaftlichen Institutes der Deutschen Arbeitsfront« seit 1940 an Programmen »vorgelegt wurde, mochte disziplinierende und atavistisch anmutende rassistische Elemente enthalten. Seine Realisierung setzte in jedem Fall ein noch um vieles gesteigertes Industrialisierungs- und Rationalisierungstempo voraus.« (S. 319) Hier zeigen sich die Auswirkungen einer vorrangig technizistisch-effektivitätsorientierten Sichtweise, derzufolge undemokratische und rassistische Politikelemente fast zu »Schönheitsfehlern« des Modernisierungsprozesses werden.

Nur auf dieser Basis sind Sätze nachvollziehbar wie: »Der Nationalsozialismus stand auf dem Boden der Moderne, und es gibt keine überzeugenden Gründe für die Annahme, daß er ihn verlassen wollte.« Die Problematik des Begriffs der »Moderne« wird vollends deutlich, wenn Prinz diesen mit dem Begriff der »Amerikanisierung« der deutschen Gesellschaft identifiziert. In beiden Fällen wird – aus meiner Sicht unzulässigerweise – auf formale Kriterien wie wirtschaftliche Entwicklung und moderne Technik abgehoben, die fundamentalen politischen Unterschiede aber werden ausgeblendet.

Dementsprechend unvermittelt, wenn nicht aufgesetzt, wirkt der Schlußsatz: »*Eine* Grenze jeder Historisierung des Nationalsozialismus unter modernisierungstheoretischem Aspekt liegt freilich für alle Zukunft fest: Wie kritisch man auch immer das Erbe des ›deutschen Sonderwegs‹ sehen mag: der Nutzen, der in der Schwächung mancher Tradition lag, steht in keiner irgendwie begründbaren Relation zu den Kosten, die diesen Prozeß zwischen 1933 und 1945 begleiteten.« (S. 327) Die Geschichte des Nationalsozialismus läßt sich wohl kaum auf eine derartig formelhafte Kosten-Nutzen-Analyse reduzieren. Das gilt um so mehr, als die »Kosten« in der eigentlichen Aufstellung der Modernisierungs-Bilanz von Prinz und Zitelmann vielfach nur angedeutet werden.

Frank Hampel

Zum Beispiel Österreich

Anmerkungen zu methodisch-methodologischen Problemen aktueller Geschichtsforschung

I. Problemstellung

Wie Rossi[1] kürzlich bemerkte und Rüsen bestätigte, begibt sich der praktisch arbeitende Historiker stets in die Gefahr, den Zusammenhang »zwischen meta-theoretischer Reflexion und praktischer Erkenntnisarbeit«[2] aus den Augen zu verlieren. So stellt Rossi etwa mit Blick auf die seit Mitte der 1940er Jahre laufende und zum Teil vehement ausgetragene methodologische Debatte über das Problem der »Erklärung« fest, daß die Praktiker an dieser Debatte weder aktiv teilgenommen noch von deren Lösungsvorschlägen – wegen fehlender Relevanz für die praktische historische Forschung – Gebrauch gemacht hätten. Gleichwohl – so meine These – sind die praktisch forschenden und arbeitenden Historiker von dieser meta-theoretischen Debatte der scientific community, wie Kuhn sagen würde, indirekt nicht unbeeinflußt geblieben. Wie die moderne Wissenschaftstheorie in dem angesprochenen Kontext m. E. überzeugend nachweisen konnte, baut sich historisches Wissen eben nicht nur aus induktivistischer, positivistischer Darstellung von Fakten auf und/oder erschöpft sich in historischer Narration[3], die als autoexplikativ behauptet wird, sondern unser (historisches) Wissen ist primär theoriegeleitet. Es ist von vorgängigen Regeln, Erkenntnissen und Deutungsmustern geprägt, die die Wirklichkeit in ihrer Komplexität erst konstituieren und historische Erfahrung somit erst interpretierbar und sinn- bzw. identitätsstiftend werden lassen.[4]

Da Forschung zudem ein sozialer Prozeß ist, unsere Theorien, Deskriptionen oder Narrationen letztlich soziale Produkte sind, die offenbar sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Realität vermitteln können, erscheint eine explizite Auseinandersetzung mit den methodisch-methodologischen Grundlagen historisch-politischen Forschens auch von daher durchaus angebracht und notwendig. Das zu untersuchende Grundproblem besteht mithin zunächst darin, zu erklären, ob und inwieweit sich der historisch Forschende seiner vorgängigen wissenschaftstheoretischen Prämissen (implizit oder explizit) vergewissert. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die nicht immer explizit reflektierten metatheoretischen Prämissen des jeweiligen Autors sozusagen nicht in Reinform und in Übereinstimmung mit der gerade en vogue befindlichen und dominierenden wissenschaftstheoretischen Hauptrichtung bestehen und wie ein Schatz quasi nur gehoben werden müssen, sondern sie sind eher als verunreinigte Sedimente, als sich gegenseitig überlagernde, überdeter-

1 *Pietro Rossi* (Hrsg.), Theorie der modernen Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main 1987, S. 17.
2 *Jörn Rüsen*, Rekonstruktion der Vergangenheit. Grundzüge einer Historik II: Die Prinzipien der historischen Forschung, Göttingen 1986, S. 16.
3 Zum narrativen Ansatz Dantos vgl. ausführlich *Arthur C. Danto*, Analytische Philosophie der Geschichte, Frankfurt/Main 1974, auf den hier nicht näher eingegangen werden soll.
4 Vgl. z. B. *Rüsen*, Rekonstruktion, S. 20 f.

minierte latente Strukturen vergangener und gegenwärtiger methodologischer Diskussionsprozesse zu begreifen bzw. zu charakterisieren.

Dies vorausgeschickt, wird im folgenden anhand der von Norbert Leser bzw. Ilona Duczynska vorgelegten Forschungsergebnisse zur Geschichte der Ersten Österreichischen Republik paradigmatisch zu prüfen sein, auf welchen methodologisch-methodischen Grundlagen diese basieren und ob sich die aufgestellten Behauptungen und Vermutungen verifizieren lassen.

II. Die theoretische Ausgangslage: Anmerkungen zur Mitschuld-These Norbert Lesers

Die gegenwärtige wissenschaftliche Diskussion zur Geschichte und dem Scheitern der Ersten Österreichischen Republik ist nach wie vor von gegensätzlichen Positionen bestimmt. Dabei kommt der von Norbert Leser vertretenen Mitschuldthese immer noch erhebliche Bedeutung zu. Der Autor selbst vertritt die Ansicht, daß die von ihm 1968 vorgelegten Forschungsergebnisse und die hieraus gezogenen Schlußfolgerungen durch neuere Arbeiten im Kern bestätigt bzw. nicht falsifiziert worden seien.[5] In der Tat scheinen denn auch die neueren Forschungsergebnisse – insbesondere die von Ilona Duczynska[6] vorgelegte Arbeit über Theodor Körner und den Republikanischen Schutzbund – die Leserschen Thesen zu bestätigen.

Kurz zusammengefaßt begründet Leser die von ihm vehement vertretene Mitschuldthese in etwa mit folgender Argumentationskette: Das Scheitern der Ersten Republik wäre zu verhindern gewesen, weil sich die SDAP an genau angebbaren historischen Knoten- bzw. Wendepunkten für eine alternative Politik hätte entscheiden können, ja müssen. Das »Sich-nicht-entscheiden-können«, der revolutionäre Attentismus, so Leser an anderer Stelle, lag seinerseits an einer »Kombination von mangelnder theoretischer Klarheit und fehlender praktischer Konsequenz, [die] den Weg zur optimalen Bewältigung der schwierigen objektiven Situation, in der die Sozialdemokratie ihre Politik durchzuführen hatte, [verbaute].«[7]

Eine historische Verifizierung des Vorhandenseins der behaupteten alternativen politischen Handlungsmöglichkeiten seitens der SDAP sieht Leser zum einen in dem Seipelschen Koalitionsangebot, das jedoch im Juni 1931 von der SDAP abgelehnt wurde. Zum anderen geht Leser davon aus, daß die Nicht-Verwirklichung der von Theodor Körner entwickelten wehrstrategischen Konzeption maßgeblich für das Desaster vom 12. Februar 1934, das Scheitern der Republik, verantwortlich zu machen ist. Von beiden Alternativen, so Leser weiter, sei bereits aus der Sicht der damaligen Verhältnisse erkennbar gewesen, daß sie im Kampfe um die bürgerliche Republik und in der Abwehr des Faschismus hätten erfolgreicher sein können.

Ist für Leser die angesprochene Ablehnung des bzw. der Seipelschen Koalitionsangebote in der näheren Bestimmung aber lediglich einem ideologischen Verblendungszusammen-

5 Vgl. *Norbert Leser*, 12 Thesen zum Februar 1934, in: *Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck* (Hrsg.), Das Jahr 1934, 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974, München 1975, S. 58, sowie sein grundlegendes Werk aus dem Jahre 1968: *Norbert Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968.

6 *Ilona Duczynska*, Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt, München 1975; *dies.*, Theodor Körner und der 12. Februar, in: *Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck* (Hrsg.), Österreich 1927–1938. Protokoll des Symposiums in Wien vom 23.–28. 10. 1972, München 1973.

7 *Leser*, 12 Thesen, S. 61.

hang geschuldet, der »nicht als Schuld im eigentlichen und engeren Sinne«[8] zu verstehen ist, so besteht die eigentliche Mitschuld der Sozialdemokratie letztlich darin, eine insgesamt verfehlte Wehrpolitik betrieben zu haben, die in »den Massen den Eindruck erweckte, für den Ernstfall über ein durchdachtes Konzept zu verfügen, während es in Wahrheit kein solches Konzept und keine ernstliche Absicht gab, im Entscheidungsfalle die Politik der Drohungen in die Tat umzusetzen.«[9]

Das »echte Versagen« und »der Vertrauensbruch« der SDAP gegenüber den Massen sozialdemokratisch orientierter Arbeiter und Angestellten, so führt Leser abschließend aus, »läßt sich aus der Kausalkette der Ereignisse, die zum 12. Februar 1934 führten, nicht wegdenken und wegargumentieren.«[10]

Die von Leser implizit in Anspruch genommene kausale Erklärung wirft im Zusammenhang mit den hier zu diskutierenden hochkomplexen gesellschaftlichen Prozessen indes nicht unerhebliche methodisch-methodologische Probleme auf. Legt man z. B. eine innerhalb der analytischen Wissenschaftstheorie gebräuchliche Begriffsbestimmung zugrunde, so heißt »einen Vorgang ›kausal erklären‹ [. . .] einen Satz, der ihn beschreibt, aus Gesetzen und Randbedingungen deduktiv ableiten.«[11]

Die Annahme eines zwangsläufigen, notwendigen und kausalen (deterministischen) Geschichtsverlaufes wird gleichwohl von Leser nicht vertreten. Er führte zu diesem Punkt aus, daß Kausalität »höchstens indirekt und in einer tragischen Verkettung«[12] wirksam wurde. Auch in der analytischen Philosophie führte der in bezug auf gesellschaftliche Prozesse allzu reduktionistische Gehalt der gegebenen Definition zu einer langanhaltenden Erklären-vs.-Verstehens-Debatte, auf deren Verlauf in ihren Grundzügen weiter unten kurz eingegangen werden soll.

Läßt sich mithin aus der Sicht Lesers eine kausale Erklärung im engen, streng deterministischen Sinne hinsichtlich des Scheiterns der Ersten Republik und den damit zusammenhängenden politischen und gesellschaftlichen Prozessen kaum nachweisen, so stellt sich gleichwohl die Frage, wie die behauptete Mitschuld der SDAP stringent und im weitesten Sinne kausal abgeleitet bzw. erklärt werden kann. Leser greift zu diesem Zwecke – wie noch dezidiert zu zeigen sein wird – auf den von Ryle[13] und Dray[14] in die wissenschaftliche Diskussion eingebrachten Begriff der Disposition[15] zurück, ohne freilich, dies sei bereits an dieser Stelle vermerkt, die Stoßrichtung Drays – die Negierung eines Kausalzusammenhanges »als Einzelfall einer in allgemeinen Termini faßbaren Korrelation«[16] – zu teilen. Leser selbst beschreibt seine methodologischen Prämissen in ihren Grundzügen wie folgt:

»Selbst wenn nicht bewiesen werden kann, daß andere subjektive Voraussetzungen und ein anderes Verhalten auf seiten des betroffenen Subjekts zu einem anderen Gesamtergebnis geführt hätten, ist es

8 *Norbert Leser*, Wilhelm Ellenbogen – Ein Kronzeuge der historischen Wahrheit, in: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Februar 1984, Heft 2, S. 15.

9 *Leser*, Wilhelm Ellenbogen, S. 15.

10 *Leser*, Wilhelm Ellenbogen, S. 15; *ders.*, 12 Thesen, S. 60.

11 *Karl Raimund Popper*, Logik der Forschung, 5. Auflage, Tübingen 1973, S. 31.

12 *Leser*, Wilhelm Ellenbogen, S. 15.

13 *Gilbert Ryle*, The Concept of Mind, London 1949; dt.: Der Begriff des Geistes, Stuttgart 1969.

14 Vgl. *William Dray*, Laws and Explanations in History, 3. Aufl., Oxford 1970; *ders.*, Überlegungen zur historischen Erklärung von Handlungen, in: *Karl Acham* (Hrsg.), Methodologische Probleme der Sozialwissenschaften, Darmstadt 1963.

15 Vgl. *Wolfgang Stegmüller*, Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. I: Wissenschaftliche Erklärung und Begründung, Berlin etc. 1969, S. 120 ff.; *Karl Acham*, Analytische Geschichtsphilosophie. Eine kritische Einführung, Freiburg/München 1974, S. 195 ff.; *Dray*, Überlegungen, S. 174 ff.

16 *Rossi*, S. 11.

geboten, diese subjektiven Dispositionen zu untersuchen, wie wir ja auch auf die Konfrontation des Täters mit der Tat in einem Fall individueller Natur nicht verzichten, obwohl wir nie mit Sicherheit feststellen können, ob diese Dispositionen auf freier Wahl oder unentrinnbarer Notwendigkeit beruht und noch weniger sicher sein können, ob es im Falle anderer Dispositionen nicht aus anderen, äußeren Gründen zum selben Ergebnis gekommen wäre. Die logische Unmöglichkeit, den Beweis für die Möglichkeit, oder gar die Notwendigkeit eines real nicht eingetretenen Erfolges zu führen, enthebt uns nicht der Verpflichtung, den durch die objektiven und subjektiven Bedingungen gegebenen historischen Aktionsradius festzustellen, wenn wir nicht in den fatalistischen Fehler und Kurzschluß verfallen wollen, alles, was geschehen ist, in den Rang der einzigen Möglichkeit zu erheben und uns damit das Eingehen auf alle Irrtümer und Fehlleistungen zu ersparen, uns aber auch den Weg zur Freilegung korrigierbarer Irrtümer der Vergangenheit zu versperren.«[17]

Das von Leser skizzierte Verfahren, welches vorrangig das Verhalten von Personen mittels Dispositionen, die diesen Personen zukommen, zu erklären trachtet, d. h. im weitesten Sinne nach Charaktereigenschaften, Überzeugungen, Zwecken und Faktoren fragt, ist bereits von anderer Seite kritisiert worden.[18] Worauf es darüber hinausgehend hier im wesentlichen ankommen soll, ist zunächst auf die Problematik, die Reichweite und den Stellenwert des angesprochenen methodisch-methodologischen Ansatzes kritisch einzugehen. Wenn wir davon ausgehen können, daß die von Leser zur Erklärung historischer Ereignisse und Prozesse herangezogenen zentralen Begrifflichkeiten wie Kausalität, Kausalnexus, Kausalkette, subjektive Dispositionen u. a. m. nicht losgelöst von der bis Mitte der 1960er Jahre geführten wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung inner- und außerhalb der analytischen Philosophie zu diskutieren sind, so ist im folgenden zunächst ein Blick auf die Hauptzüge und -linien dieser Debatte zu werfen, die im weitesten Sinne von der Verstehen-vs.-Erklärungs-Debatte beeinflußt und überlagert[19] wurde und die mit der Anerkennung der Dichotomie von Erklären und Verstehen auch im analytischen Lager ihren vorläufigen Schlußpunkt gefunden zu haben scheint.

III. Die methodologische Ausgangslage: Zur Diskussion des Erklärensbegriffs innerhalb der analytischen Philosophie

Ausgangspunkt der wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung um den Erklärensbegriff innerhalb der analytischen Philosophie war dabei das von Hempel/Oppenheimer in die Diskussion eingebrachte wissenschaftstheoretische Modell der deduktiv-nomologischen Erklärung und Vorhersage, das die strukturelle Identität von historischer und naturwissenschaftlicher Erklärung behauptet (auch Covering-Law-Theory genannt).[20]

Demnach zeichnet sich eine wissenschaftliche (kausale) Erklärung (im Gegensatz zur metaphysischen, unwissenschaftlichen) dadurch aus, daß sie versucht, zu erklärende Ereignisse (physikalischer oder historischer Natur) mittels logischer Implikation aus allgemeinen Gesetzen und Anfangsbedingungen zu deduzieren. Die angenommene Idee der Einheit

17 *Leser*, 12 Thesen, S. 60 f.

18 Vgl. *Richard Saage*, Wehrhafter Reformismus. Zur Körner-Rezeption Ilona Duczynskas, in: *Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner* (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum 25jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, 3 Bde., Wien 1984.

19 Zur Erklären-vs.-Verstehens-Debatte vgl. statt vieler Einzelbeispiele *Karl-Otto Apel*, Die Erklären-Verstehen-Kontroverse in transzendentalpragmatischer Sicht, Frankfurt/Main 1979; *Georg Henrik von Wright*, Erklären und Verstehen, 2. Aufl., Königstein/Ts. 1984. Auf den marxistischen Erklärensbegriff sowie auf den marxistischen Kausalitätsbegriff soll im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingegangen werden.

20 Zukünftig abgekürzt CLT; auf die Auseinandersetzung um die Originalität dieses Modells zwischen Popper und Hempel wird hier nicht eingegangen.

zwischen historischer und naturwissenschaftlicher Methode wurde schon bald innerhalb der analytischen Philosophie kritisiert. Insbesondere wurde es als unbefriedigend empfunden, historische Erklärungen ausschließlich »als Deduktion des explanandum aus dem explanans zu interpretieren.«[21] Mit zunehmender Dauer der Debatte begriff man das deduktive Erklärungsmodell als ein mehr oder weniger privilegiertes Modell, neben dem aber durchaus auch andere Erklärungsmodelle – probabilistische, genetische, funktionale, historische u. a. – ihre wissenschaftliche Berechtigung fanden.[22]

Schließlich stellte Wilhelm H. Dray in seinem bahnbrechenden Werk »Laws and Explanation« das Primat des deduktiv-nomologischen Modells für die Geisteswissenschaften radikal in Frage. An die Stelle des CLT-Modells setzte er sein rationales Erklärungsmodell, das starke Bezüge zur dispositionellen Erklärung Ryles aufwies. Begreift man nämlich die historisch agierenden Personen als rational Handelnde, so lassen sich ihnen eine Reihe von Merkmalen zusprechen, die verantwortlich dafür sind, daß die Personen in einer bestimmten Situation in je spezifischer Weise reagieren. Während aber Ryle, Dray u. a. ihre Modelle als Gegenmodell zur CLT auffaßten, waren die Vertreter der CLT wie Hempel, Stegmüller u. a. darum bemüht, nachzuweisen, daß Dispositionserklärungen bzw. rationale Erklärungen lediglich gewisse Sonderformen darstellen, die sich durch Explikation des Explanans als mit dem Subsumtionsmodell durchaus vereinbar bzw. ableitbar darstellen lassen.[23] Dray beharrte im Gegensatz zu dieser Auffassung auf dem Sonderstatus der rationalen Erklärung. Für ihn – so Rossi –

»beschreibt die historische Erklärung keineswegs einen Kausalzusammenhang als Einzelfall einer in allgemeinen Termini gefaßten Korrelation, sie hat vielmehr zum Ziel, die spezifischen Bedingungen eines sich in einer bestimmten Situation vollziehenden Ereignisses zu erkennen.«[24]

Das Draysche Modell geht mithin davon aus, daß der

»Historiker die Erwägungen des Handelnden in einer gegebenen Situation [zu rekonstruieren habe], also die Erwägungen, welche die zur Erreichung eines gesteckten Zieles notwendigen Mittel betreffen.«[25]

Dray kommt es im wesentlichen darauf an, nachzuweisen, daß es in einer Situation vom Typ C1, C2, . . ., Cn richtig ist, Y zu tun. Die Rekonstruktion normativer und moralischer Maßstäbe und Verhaltensregeln dient ihm dazu, zu zeigen, wie es aus der Sicht der historisch agierenden Personen möglich war, daß sich etwas Bestimmtes so und nicht anders ereignete. In den Worten Drays:

»[. . .] what we very often want is a reconstruction of the agent's calculation of means to be adopted towards his chosen end in the light of circumstances in which we found himself. To explain the action we need to know what considerations convinced him that he should act as he did.«[26]

Die Drayschen Vorstellungen wurden von Stegmüller – in Anlehnung an Hempel – kritisch ergänzt und als *Normatives Erklärungsschema* (abgekürzt: NRat für *normatives Rationalitätsschema*) bezeichnet in die Literatur eingeführt. Schematisch stellt sich das Modell wie folgt dar:

21 *Rossi*, S. 8.
22 Zum Verlauf der Diskussion vgl. insbesondere die im Sammelband von *Rossi* enthaltenen Beiträge.
23 Vgl. z. B. *Stegmüller*, S. 397.
24 *Rossi*, S. 11.
25 *Rossi*, S. 11.
26 *Dray*, Laws, S. 122.

»(a) Person X befand sich in einer Situation vom Typ C
(NRat) (b) In einer Situation vom Typ C ist es angemessen Y zu tun (soll Y getan werden)

(c) In der Situation, in welcher sich X befand, wäre es angemessen gewesen, Y zu tun (hätte X Y tun sollen).«[27]

In seiner Kritik an Dray führte Stegmüller zunächst aus, daß die Konjunktion von (a) und (b) – selbst unter Zugrundelegung eines weiten Erklärungsbegriffes – kein brauchbares Explanans bilde, weil es noch nicht einmal eine induktive Basis für einen Schluß auf das Explanandum liefere.[28] Dies sei deshalb der Fall, weil

»die Mindestforderung, die man an ein Explanans zu stellen hat, ja die [sei], daß es ›vernünftige‹ Gründe dafür liefer[e], das Eintreten des zu erklärenden Ereignisses für richtig zu halten.«[29]

Ferner wies er zu Recht darauf hin, daß in Drays Ansatz die normative und deskriptive Ebene der Betrachtungsweise konfundiert wird, was durch die Verwendung des Ausdrucks ›rational‹ mitbedingt sei. Er führte dazu näher aus:

»Wenn man eine Handlung als rational bezeichnet, so kann diese Behauptung entweder eine *empirische Hypothese* beinhalten oder eine *kritische Beurteilung*. Im ersten Falle behaupte ich, daß etwas unter einen empirischen Begriff fällt, im zweiten Fall beurteile ich, ob etwas einer Norm gemäß ist. Bei Dray stoßen wir auf beides.«[30]

Stegmüllers Kritik an Dray gipfelte schließlich in dem empirischen Rationalitätsmodell, das die Mängel des normativen Erklärungsmodells vermeiden und darüber hinaus zeigen sollte, daß eine wissenschaftliche Erklärung vom Typ rationale Erklärung sich sehr wohl mit den Prämissen des deduktiv-nomologischen wissenschaftstheoretischen Ansatzes vereinbaren ließe, sozusagen Sonderfall dieses generellen Schemas wissenschaftlicher Erklärung (und Prognose) sei. Nach Stegmüller läßt sich das empirische Rationalitätsschema wie folgt charakterisieren:

»(a) Person X befand sich in einer Situation von der Art C;
(b) Person X war ein rational Handelnder;
(ERat) (c) In einer Situation vom Typ C wird jeder rational Handelnde Y tun;

(d) Also hat X Y getan.«[31]

In der Kritik am *Empirischen Rationalitätsschema* von Stegmüller bzw. Hempel wurde bereits zu Recht eingewandt, daß »die als empirische Anfangsbedingung eingeführte Annahme der Rationalität des Handelnden«[32] problematisch sei, weil dies zu einer Art unendlichem Regreß führe, der im Grunde nichts beweisen könne. In die gleiche Richtung lassen sich auch die Ergebnisse der modernen Entscheidungs-/Handlungstheorie verwenden, die darauf abzielen, die im Schema behauptete Rationalität hinsichtlich dynamischer, hochkomplexer gesellschaftlicher Systeme zu relativieren. Zunächst ist die im Explanans des *Empirischen Rationalitätsmodells* implizit enthaltene Behauptung, daß es in bestimmten

27 *Stegmüller*, S. 384.
28 Vgl. *Stegmüller*, S. 384.
29 *Stegmüller*, S. 384.
30 *Stegmüller*, S. 383.
31 *Stegmüller*, S. 396.
32 *Hans Christian Hennig*, Erklären – Verstehen – Erzählen, in: *Jörn Rüsen/Hans Süssmuth* (Hrsg.), Theorien in der Geschichtswissenschaft, Düsseldorf 1980, S. 70.

konkreten Situationen ein einziges feststellbares Prinzip des rationalen Handelns gebe, in hohem Maße von den Prämissen der normativen oder geschlossenen Entscheidungstheorie geprägt.[33] Die wichtigsten Annahmen dieses Modells bestehen kurz gesagt darin, dem Entscheidungsträger – im vorliegenden historischen Fall also dem Parteivorstand der SDAP – zu unterstellen, er sei in der Lage, alle Ergebnisse der als alternativ zur Auswahl stehenden Handlungen rational zu prüfen, zu bewerten und demgemäß zu handeln. Die Voraussetzungen dieser Annahmen sind u. a. darin zu sehen, daß sowohl das Wertesystem in sich konsistent (d. h. nach den Kriterien der Konsistenz, Transitivität und Instrumentalität geordnet), als auch das Informationssystem dazu in der Lage sein muß, vollständige Informationen über die Umwelt zu erlangen (d. h. sämtliche Alternativen algorithmisch zu berechnen).

Diese hier nur kurz skizzierten zentralen Annahmen sind aber, selbst wenn es sich um überschaubare nicht-dynamische Situationen handeln sollte (sogenannte Entscheidungen unter Sicherheit), wenig realistisch. Sie können höchstens bei extrem einfachen System-Umwelt-Konstellationen zutreffen, wie die Ausführungen der modernen Entscheidungstheorie zeigen konnten.[34] Problematisch erscheint auf alle Fälle die Übertragung dieses Modells auf hochkomplexe, dynamische soziale Systeme, auf Entscheidungen unter Unsicherheit und Risiko, wie sie im hier betrachteten Fall vorliegen.

Darüber hinaus, dies sei schon an dieser Stelle ergänzend angemerkt, fragen weder Duczynska noch Leser danach, ob die Konzeption Körners möglicherweise nicht realisiert wurde, weil sie ganz einfach nicht systemrational war, sondern gehen implizit davon aus, daß die zweckrationalen Handlungsmaximen Clausewitzscher Provenienz (Zielmaximierungsmodell), wie sie Körner in seinem Konzept vertrat, quasi automatisch auch systemrational gewesen seien. Dem auf diese Weise

»reduzierten Rationalitätsbegriff entspricht ein Handlungsbegriff, der nur die bloße Explikation alternativer Entscheidungsmöglichkeiten erfaßt, nicht aber die Realisierungen von Handlungen im sozialen Kräftefeld.«[35]

Die hier vorgetragenen kritischen Einwände blieben natürlich auch Stegmüller nicht verborgen. Auf die Imponderabilität des empirischen Rationalitätsmodells eingehend, führte er relativierend und durchaus kritisch aus, daß in allen Fällen der Entscheidung unter Unsicherheit der empirische Rationalitätsbegriff einem normativen Rationalitätsbegriff entspreche, und fügte hinzu: »Für die Frage, ob dieser Begriff in einer konkreten Situation anzuwenden sei oder nicht, dürften aber ausschließlich empirische Kriterien maßgebend sein.«[36] Dies vorausgesetzt, ist nunmehr zu prüfen, ob und inwieweit Leser sich des empirischen Rationalitätsschemas bedient hat.

---

33 Zur Kritik am Modell der geschlossenen Entscheidungstheorie vgl. insb. *Frieder Naschold*, Systemsteuerung. Eine Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. 2, 2. Aufl., Stuttgart 1971, auf den ich mich hier hauptsächlich beziehe, aber auch *Gérard Gäfgen*, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, 2. Aufl., Tübingen 1968; *Egbert Kahle*, Betriebliche Entscheidungen. Lehrbuch zur Einführung in die betriebliche Entscheidungstheorie, München/Wien 1983; *Niklas Luhmann*, Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen, Frankfurt/Main 1973; vgl. auch die Ausführungen von *Stegmüller*, S. 385 ff.

34 Vgl. *Naschold*, S. 44 ff.

35 *Naschold*, S. 46.

36 *Stegmüller*, S. 397.

IV. Zur Kritik des Leserschen Ansatzes

Wie bereits weiter oben festgestellt wurde, versucht Norbert Leser die historischen Ereignisse im wesentlichen mittels subjektiver Einstellungen und Überzeugungen (Dispositionen) und/oder Motive, Absichten und Pläne (Intentionen) der historisch agierenden Individuen *rational* zu erklären. Im konkret vorliegenden Fall wird das Scheitern der SDAP bzw. der Ersten Republik ganz eindeutig primär in den individuellen, psychisch-rationalen Dispositionen der handelnden Personen im Parteivorstand der SDAP und im Republikanischen Schutzbund gesehen und kaum in sozialen, ökonomischen oder sonstigen strukturellen oder materiellen Gegebenheiten. Veranschaulicht wird diese Auffassung durch die Ausführungen Lesers, die er hinsichtlich seines methodisch-methodologischen Vorgehens in seinem Buch »Zwischen Bolschewismus und Reformismus« gab. Dort schrieb er:

»Der subjektive Faktor des historischen Geschehens, der den objektiven Bedingungen und Verhältnissen als ebenbürtige, ja in vieler Hinsicht eigentlich bewegende Größe gegenübersteht, stellt sich einerseits als ideologische Rationalisierung eines bestimmten Wollens dar, das dann als letzte und unableitbare Elementarwirklichkeit zu gelten hat, andererseits aber ist auch dieses Wollen selbst durch die von ihm produzierte Ideologie geprägt.« Und wenig später fügte er gegen Engels polemisierend hinzu, daß »trotz der Rückwirkung der ideologischen Interpretation auf den Willen es doch letztlich der Wille ist, der sich durchsetzt und als Souverän erweist.«[37]

In erster Linie kommt es Leser somit darauf an, die Überzeugungen und Zielsetzungen (das rationalisierte Wollen) der (politisch) Handelnden aufzuzeigen. Allerdings – und diese Konsequenz ist ja implizit im rationalen Erkärungsansatz als Negation enthalten – mißlingt sein Versuch, die den Parteivorstand der SDAP, insbesondere Otto Bauer, motivierenden Faktoren aus den gegebenen Zeitumständen und mittels der ausgebreiteten Fakten als rational zu rekonstruieren und zu erklären. Die Rationalitätsthese wird folglich aufgegeben, die Irrationalität der Handlungen und die Schuld der politisch Agierenden statt dessen festgestellt.

Im Unterschied zur methodologischen Verfahrensweise Drays fällt zunächst auf, daß Leser in häufig wiederkehrenden Wendungen die quasi gesetzesartigen, kausalen Wirkungen, die aus den falschen Entscheidungen des Parteivorstandes angeblich resultieren, betont. War ein entscheidendes Anliegen Drays die Zurückweisung jeglicher generalisierender Perspektive, so ist Leser im Gegensatz hierzu offenbar darum bemüht, gesetzesartige Zusammenhänge aufzudecken bzw. explizit zu behaupten. Man geht aus diesem Grunde wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Autor implizit auf die von der neopositivistischen Seite innerhalb der analytischen Philosophie geäußerte Kritik gegenüber der Drayschen ›Methode des Verstehens‹ zurückgreift und im Grunde darum bemüht ist, den Relativismus Drays hinsichtlich des Rationalitätsprinzips durch ein empirisches Rationalitätsprinzip zu ersetzen. Denn wie sollte sonst der Schuldvorwurf aufrechterhalten werden können? Wie oben gezeigt, führen die Prämissen des empirischen Rationalitätsprinzips bei Vorlage hochkomplexer Entscheidungen unter Unsicherheit – und um solche handelt es sich hier zweifellos – auf immense Schwierigkeiten. Wie weiterhin gezeigt, wies Stegmüller auf diesen Punkt äußerst kritisch hin und gab zu bedenken, daß in solchen Fällen eine Entsprechung von normativem und empirischem Rationalitätsbegriff in der Regel nicht zu umgehen sei. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es kaum möglich sei, ein »einheitliches Rationalitätskriterium [. . .] aus der Klasse der in einer gegebenen Situation möglichen Handlungen eine bestimmte als diejenige aus[zu]sondern, die zu *vollziehen* ist.«[38]

37 *Leser*, Zwischen Reformismus, S. 17 f.
38 *Stegmüller*, S. 395.

Genau dieses einheitliche Rationalitätskriterium vermeint nun aber Leser in dem Wehrkonzept Theodor Körners gefunden zu haben. Gemäß dem empirischen Rationalitätsschema unterstellt er, daß der Parteivorstand in der gegebenen Situation vom Typ C als rational Handelnder anders hätte handeln müssen. Da er es nicht tat, die Handlung Y unterließ, so der Rückschluß auf das Explanans, handelte er nicht rational, was wiederum Ausdruck seiner ideologischen Verblendung, sprich: dem historischen Materialismus geschuldet war. Die unterstellte Rationalitätsthese (ERat) wird in der empirischen Untersuchung nun aber nur unzulänglich überprüft. Dadurch verwandelt sich aber die behauptete alleinige Rationalität der Körnerschen Wehrkonzeption faktisch in eine (normative) A-priori-Hypothese. Diese normative Setzung wiederum hat zur Konsequenz, daß die Prämisse des rationalen Erklärungsschemas – daß nämlich der Parteivorstand nicht rational handelte – letztlich immunisiert und dogmatisiert wird. Die Prämisse im implizit verwendeten Schlußschema

»ist nun keine empirisch bestätigte Annahme mehr, sondern ein Satz, der auf Grund von [normativen; F. H.] Festsetzungen wahr ist. Seine Wahrheit bildet die stillschweigende Voraussetzung für das Testkriterium von Hypothesen über Willensziele und Überzeugungen. Eine empirische Falsifikation dieser Voraussetzung wäre ausgeschlossen.«[39]

So gesehen verurteilt Leser die Handlungsweise des Parteivorstandes der SDAP eben nicht – wie eigentlich gefordert – aufgrund einer empirischen Hypothese, die vermutet, daß alternative Handlungen möglich und aller Wahrscheinlichkeit nach sinnvoll und erfolgreicher gewesen wären, die aber die Möglichkeit einer Falsifikation zur Voraussetzung haben müßte, sondern er beurteilt die Handlungsweisen des Parteivorstandes ausschließlich normativ, auf der Folie der von ihm für gut und richtig befundenen politischen bzw. staatstheoretischen Vorstellungen. Anders ausgedrückt: Leser übersieht in seinem Beweisgang, daß im Grunde auch er dazu gezwungen ist, implizit eine Entsprechung von normativen und empirischen Argumenten vorzunehmen. Somit beurteilt er die in Betracht stehenden (unterlassenen) Handlungen der Partei bzw. des Republikanischen Schutzbundes letztlich ausschließlich normativ, reduziert das empirische Rationalitätsmodell dem Gehalt nach auf das normative. Die normative Leitidee zur Beurteilung der konkreten historischen Gegebenheiten und Handlungen der SDAP findet Leser dabei zweifellos im sozialintegrativen oder sozialreformerischen Ideen- und Gedankengut der heutigen Sozialdemokratie, dem er im Endeffekt eine überhistorische Wahrheit und Geltung zubilligt. Insofern knüpft Leser im übrigen an Grundprämissen des modernen Rationalismus Popperscher Prägung an[40], auf deren Problematik hier nicht weiter eingegangen werden soll. Mit Hilfe eines normativen Rationalitätskriteriums läßt sich indes aber »nur *begründen*, was in einer Situation hätte getan werden *sollen*, nicht jedoch *erklären*, was *tatsächlich* getan wurde.«[41] Daraus folgert logisch konsistent, daß aus der Unterlassung einer (wünschbaren) Handlung keinesfalls deduktiv abgeleitet, d. h. erklärt werden kann, daß diese Unterlassung in irgendeiner (auch noch so vagen) Weise ursächlich für irgendein Ergebnis war. Selbst wenn es ein solches rationales Kriterium gäbe, so käme diesem Kriterium höchstens eine heuristische, keinesfalls aber eine erklärende Funktion zu.[42] Letzteres beansprucht aber Leser zu leisten. Er behauptet ja nichts weniger, als daß mit quasi notwendiger und hinreichender Gewißheit die Niederlage der Sozialdemokratie (und der Faschismus) hätte vermieden werden

39 *Stegmüller*, S. 411.

40 Vgl. *A. F. Chalmers*, Wege der Wissenschaft. Einführung in die Wissenschaftstheorie, hrsg. und übersetzt von *N. Bergmann* und *J. Prümper*, Berlin etc. 1986, S. 119 ff.

41 *Stegmüller*, S. 396.

42 Vgl. *Stegmüller*, S. 395.

können, und stellt so ganz bewußt eben nicht nur mehr oder weniger sinnvolle und fruchtbare heuristische Thesen auf.

Wie gezeigt, gelingt es Leser kaum, gemäß den methodologischen Standards der neopositivistischen Richtung innerhalb der analytischen Wissenschaftstheorie empirische Kriterien für die Anwendung eines empirischen Rationalitätsschemas zu finden. Es stellt sich abschließend die Frage, ob und inwieweit Leser implizit vom Drayschen Verfahren Gebrauch machte und insofern sein methodologisches Vorgehen eher der sprachlogischen Richtung innerhalb der analytischen Philosophie zurechenbar ist.

Das Beurteilen historischer Handlungen mittels einer Norm soll bei Dray zunächst zur Herausbildung eines Vorurteils beim Historiker dienen. Andererseits hat der Forscher sich seiner A-priori-Annahmen aber stets bewußt zu bleiben. Er muß sich davor hüten, will er nicht einen methodologischen Zirkelschluß begehen, seine vorläufigen Annahmen als selbstevidente Wahrheiten zu hypostatisieren. Anders gesagt: Der ›Verstehenszirkel‹ des Historikers, der mit ›Vorurteilen‹ beginnt, enthält zumindest theoretisch ein Moment der »*Selbstkorrektur*: Neue Fakten, die ihm [dem Forschenden; F. H.] bekannt werden, können ergeben, daß Ziele, Überlegungen, Rationalitätsprinzipien andere waren als er zunächst annahm.«[43]

Die methodologischen Prämissen Drays hatten zum Ziel und zum Zweck, daß der Historiker gegenüber den empirischen Fakten immer offen bleiben und eine Dogmatisierung der Erklärungsmuster – zumindest dem Anspruch nach – vermeiden sollte. Um diese Forderung durchzusetzen, dies sei am Rande erwähnt, ist ein quellenkritisches Studium der Fakten unabdingbare Voraussetzung.

Vergleicht man das methodisch-methodologische Vorgehen Lesers mit dem Drayschen Forderungskatalog, so bin ich mir nicht sicher, ob Leser diesen Essentials in allen Punkten gerecht wurde oder ob er nicht sogar hinter das von Dray aufgestellte Niveau wissenschaftlichen Arbeitens zurückfiel. Zugegeben: Die Rekonstruktion der Rationalitätsprinzipien der politischen Agenten unter Abstraktion dessen, was wir ex post darüber denken mögen und gleichzeitiger (normativer) Bewertungen dieser Handlungen ist ein schwieriges Unterfangen, bei dem die Übergänge fließend und die Gefahr einer Konfundierung von deskriptiver und normativer Ebene groß und bereits in den methodologischen Prämissen präsent ist. Nimmt man aber die geforderte theoretische Offenheit gegenüber dem empirischen Material bzw. die quellenkritische Perzeption desselben als Gradmesser dafür, inwieweit sich der Forscher seinen A-priori-Annahmen bewußt geblieben ist, so kann gesagt werden, daß Leser in seinen wesentlichen Aussagen dazu tendiert, seine normativen Prämissen zu hypostasieren bzw. zu dogmatisieren. Gemessen an den Drayschen Vorgaben wird letztlich kaum mehr versucht, mögliche Rationalitätsprinzipien des Parteivorstandes der SDAP bzw. des Republikanischen Schutzbundes angemessen zu rekonstruieren – was u. a. eine angemessene Rekonstruktion der Situation C beinhalten müßte –, sondern auf Grundlage der eigenen, für absolut richtig und wahr gehaltenen Rationalitätskriterien werden die Handlungen des Parteivorstandes apodiktisch verdammt. Die behauptete Irrationalität des Parteivorstandes verflüchtigt sich so gesehen zu einer ex-post-Rationalität im Range einer selbstevidenten Wahrheit oder voluntaristischen Metaphysik, die man glauben mag – oder nicht.

V. Anmerkungen zur methodisch-empirischen Ebene

Standen bislang methodologische Probleme im Mittelpunkt meiner Betrachtungen, so ist nun – anknüpfend an die oben geäußerte These, daß historisches Wissen in starkem Maße

43 Vgl. *Stegmüller*, S. 381 f.

von vorgängigen methodologischen Prämissen bestimmt wird – zu untersuchen, inwieweit die erkenntnistheoretischen Annahmen sich gleichsam auf die Perzeption der empirischen Fakten auswirken. Da Norbert Leser die Ergebnisse der Untersuchung Duczynskas vollständig und zustimmend adaptiert, soll aus diesem Grunde die von Duczynska geleistete Rekonstruktion historischer Fakten kritisch reflektiert werden.

Auch Ilona Duczynska geht von einer historischen Mitschuld der SDAP aus: Bei ihr reduziert sich die historische Mitschuld der SDAP allerdings hauptsächlich auf das Versäumnis der Parteileitung, nicht die als alternativ aufgefaßte Wehrkonzeption Theodor Körners ab 1928 verwirklicht zu haben. Für sie stellt sich die Geschichte der Ersten Republik so gesehen als eine Kette verpaßter revolutionärer Gelegenheiten seitens der SDAP dar, die zwangsläufig in eine »Defensive, die keine mehr war«[44], übergehen und in der Niederlage vom Februar 1934 enden mußte. Im Prinzip knüpft sie – methodologisch gesehen – somit an gängige Interpretationsmuster, wie sie auch von der Komintern zur Erklärung des Faschismus benutzt wurde, an, wonach sich, objektiv gesehen – von der ökonomischen Basis her –, der Monopolkapitalismus im Stadium der parasitären Fäulnis befunden habe, aber subjektive Faktoren (der Klassenverrat der Sozialdemokratie) dem historisch überlebten Monopolkapitalismus eine Galgenfrist verschafft habe.

Ganz ähnlich wie Leser sieht Duczynska also im Voluntarismus und in den subjektiven Faktoren der historisch Agierenden den entscheidenden Faktor zur (rationalen) Erklärung der Niederlage und des Scheiterns der Ersten Republik. Oder anders ausgedrückt: Um die subjektiven Faktoren zu erklären, die ihrer Meinung nach den objektiven Gang der Weltgeschichte in gewissen Bandbreiten zu modifizieren, aber niemals aufzuhalten vermögen, greift Duczynska methodologisch gesehen implizit auf den normativen Erklärensansatz zurück.

Somit begreifen sowohl Duczynska als auch Leser die von Theodor Körner entworfene Wehrkonzeption als die Alternative, welche (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) geeignet gewesen wäre, das Desaster vom Februar zu verhindern. Der vorgängige Bezugsrahmen zur Strukturierung historischer Realität führt bei Duczynska allerdings dazu, Körners Wehrkonzeption als linke, leninistische Guerillastrategie zu rekonstruieren und damit zu mißinterpretieren. Sie schreibt:

»Hier [in der Konzeption Körners; F. H.] wird die Quintessenz der leninschen Lesart des Marxismus ausgesprochen. Der in Österreich so wohlkonservierte Altmarxismus mit seinem aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Hang zum Determinismus, ja Automatismus der geschichtlichen Entwicklung blieb solchen Einsichten hermetisch verschlossen und bereit, den magischen Mantel der ›historischen Notwendigkeit‹ dem Tun des Gegners wie dem eigenen Lassen mit hergebrachter Überzeugung umzuhängen.«[45]

Und an anderer Stelle:

»Die Kampfregeln der russischen Sozialdemokraten von 1905, nach fast einem Jahr verlustreicher Kampfhandlungen aufgestellt, erkannte Körner als die gegebene Taktik eines politisch-revolutionär geführten Bürgerkrieges. Sie sind bis heute das gültige Prinzip der Großstadtguerilla geblieben. Mit ihnen stand und fiel Körner.«[46]

Unter Rückgriff auf eine ebenfalls verkürzte Clausewitz-Interpretation, sieht Duczynska letztlich im Niederwerfen des Feindes die damals wie heute optimale politisch-strategische Zwecksetzung, um den Faschismus, interpretiert als bürgerlich-kapitalistische Reaktion

44 *Duczynska*, Der demokratische Bolschewik, S. 63.
45 *Duczynska*, Der demokratische Bolschewik, S. 171.
46 *Duczynska*, Der demokratische Bolschewik, S. 153.

auf die drohende Machtübernahme seitens des Proletariats, zu verhindern und den endgültigen Sieg der emanzipativen Kräfte der Menschheit zu gewährleisten. Bei dieser Sicht der Dinge verkürzt sie die in der Clausewitzschen Theorie vom Kriege angelegte duale Begrifflichkeit – die zwei Arten des Krieges, von denen Clausewitz in der Vorrede sprach und die als Endstand seiner Theorie des Krieges anzusehen waren[47] – und identifiziert die Körnersche Wehrkonzeption ganz eindeutig und unmißverständlich aus der Sicht derjenigen, die Clausewitz als Vater der unabdingbaren Vernichtungsstrategie begreifen, so als ob die monistische Definition des Krieges bei Clausewitz nicht der Ausgangspunkt, sondern der Endpunkt seines Denkens gewesen sei. Nichts aber ist verkehrter als dieser Reduktionismus.

In der fehlenden Setzung eines subjektivistischen, positiven politischen Zweckes (der als eine alternative, revolutionär-sozialistische Staatlichkeit im Sinne Lenins begriffen wird) seitens der SDAP sieht Duczynska schließlich die Hauptursache für das Scheitern der Ersten Republik und den bedingungslosen Aufstieg und Sieg des Faschismus. Andererseits sieht sie und alle, die ihr in dieser Interpretation folgen, in der wehrpolitischen Konzeption Körners genau jenes Instrumentarium, das geeignet gewesen wäre, diesen positiven politischen Zweck adäquat umzusetzen, wenn nur die politische Führung anders gewesen wäre. Körner, so die weitere Annahme Duczynskas, hätte sich sozusagen in Ermangelung einer verbindlichen Setzung eines positiven politischen Zweckes diesen selbst suchen müssen und implizit auch in der leninschen Lesart des Marxismus gefunden. Im Guevarismus erblickt Duczynska schließlich eine sozusagen nachträgliche Manifestation der Körnerschen Ideen, eine gelungene Entsprechung von politischem Willen und militärischen Mitteln, die uns zeigen kann, wie erfolgreich und quasi überhistorisch gültig eine derartige Strategie sein kann, wenn nur der Wille zum Sieg vorhanden ist bzw. gewesen wäre.

Es ist hier nun nicht der Ort, auf die empirischen Widersprüche, die diese Körner-Interpretation mit dem Quellenmaterial aufwirft, im Detail einzugehen. Summarisch sei an dieser Stelle deshalb festgestellt, daß sich Duczynska mit dem vorhandenen Quellenmaterial äußerst selektiv und unkritisch auseinandersetzte.[48] Widerborstiges, sich nicht einer stromlinienförmigen Interpretation fügendes Quellenmaterial klammerte sie offenbar einfach aus. So geht Duczynska beispielsweise auf das zum Verständnis der Körnerschen Konzeption zentrale Dokument, das »Referat über den Schutzbund Wien nebst vier Beilagen, Wien betreffend«[49], nicht ein und bestätigt somit auf eindrucksvolle Weise, daß historische Realität erst durch einen vorgängigen Bezugsrahmen konstituiert wird. In der gleichen Art und Weise wie Leser tendiert nun auch Duczynska dazu, ihre normativen Prämissen zu hypostasieren. Auch sie versucht letztlich nicht mehr, die möglichen rationalen und intentionalen Gründe des Parteivorstandes zu erforschen, sondern sie verdammt apodiktisch dessen Irrationalität und fällt so gesehen hinter den Standard wissenschaftlichen Arbeitens zurück.

Nähert man sich indes mit der gebotenen theoretischen Offenheit dem empirischen Material und bleibt sich seiner A-priori-Annahmen bewußt, so läßt sich mittels quellenkritischer Verfahrensweise der intentionale Ansatz des Erklärens – trotz einiger schwerwiegender Bedenken, auf die weiter unten einzugehen sein wird – für die Findung hermeneutischer Sinnzusammenhänge durchaus fruchtbar machen. Anders gesagt: Durch theoretisch offen bleibendes und kritisches Studium der Quellen und Fakten läßt sich in bezug auf die hier in Frage stehenden Vorgänge (in der Situation C, in der sich der Parteivorstand befand) durchaus zeigen, daß die historisch agierenden Subjekte rational handelten. Die

47 Zur Clausewitz-Interpretation vgl. *Frank Hampel*, Zwischen Guerilla und proletarischer Selbstverteidigung. Clausewitz-Lenin-Mao Zedong-Che Guevara-Körner, Frankfurt/Main etc. 1989, S. 31–66.

48 Zur detaillierteren Kritik an Duczynska vgl. *Hampel* (wie Anm. 47).

49 *Theodor Körner*, 1930 (vgl. Anm. 54).

Frage ist nur, ob sich »geschichtliche Verläufe hinreichend als Realisationen handlungsleitender Absicht intentional erklären« lassen.[50]

In Anwendung dieser Vorüberlegungen auf Körners Wehrkonzeption läßt sich zunächst summarisch feststellen, daß Körner weit entfernt davon war, eine Guerillastrategie im Sinne Che Guevaras oder Mao Zedongs – und somit im Sinne einer revolutionären Transformation der bestehenden Gesellschaftsformation – zu vertreten. Im Gegenteil: Der Ausgangspunkt seiner Reflexionen über Krieg und Bürgerkrieg war der Clausewitzsche Primat der Politik. Konkret auf die innenpolitischen Verhältnisse Österreichs bezogen, bedeutete dies für ihn, daß das Linzer Programm von 1926 oberstes handlungsanleitendes Prinzip war. Das Linzer Programm geht u. a. von der Prämisse aus, daß – was die bestehenden Verhältnisse Mittel- und Westeuropas betraf – die strukturelle Transformation kapitalistischer Produktionsverhältnisse in sozialistische nur gradualistisch und ohne Anwendung von Gewalt vorgenommen werden könne. Körners Wehrkonzeption kam demzufolge für ihn nur defensiv, als Abwehrmittel gegen demokratische Mehrheitsvoten mißachtende konterrevolutionäre Gewalt in Betracht.

Im Gegensatz zur gängigen Clausewitz-Interpretation der damaligen Zeit (Schlieffen-Schule) teilte Körner nicht das Dogma der Vernichtungsschlacht[51]; er ging vielmehr von der zentralen Kategorie der »doppelten Art des Krieges« aus, über die Clausewitz in der »Nachricht« so eindringlich geschrieben hatte.

> »Diese doppelte Art des Krieges ist nämlich diejenige, wo der Zweck das *Niederwerfen des Gegners* ist, sei es, daß man ihn politisch vernichten oder bloß wehrlos machen und also zu jedem beliebigen Frieden zwingen will, und diejenige, wo man *bloß an den Grenzen seines Reiches einige Eroberungen machen will*, sei es, um sie zu behalten, oder um sie als nützliche Tauschmittel beim Frieden geltend zu machen.«[52]

Geschult am Denken der marxistischen Klassiker, konstatierte Körner in Anwendung dieses Prinzips und im Rückgriff auf das Linzer Programm weiter, daß aufgrund gesellschaftlich-politischer, ökonomischer und technischer Änderungen in den modernen kapitalistischen Staaten ein Krieg der ersten Art, ein »absoluter Krieg«, zusehends unwahrscheinlicher würde. Seiner Meinung nach waren die sozialen, ökonomischen und politischen Kosten kaum mehr zu rechtfertigen und entsprachen insofern auch kaum mehr dem ebenfalls von Clausewitz vertretenen (von Weber so benannten) Zweckrationalismus.

Körners explizite Einlassungen zu diesem Thema aus dem Jahr 1938[53] – auf die hier nicht detailliert eingegangen wird – lassen sich indirekt aber bereits in seiner Wehrkonzeption, die er in den Jahren 1928–1930 für den Schutzbund entwarf, finden. Auch hier unterstellte er, wie sich zeigen läßt, daß aufgrund der gewachsenen hochkomplexen Interdependenz sozial-ökonomischer Prozesse in den west- und mitteleuropäischen Staaten der »absolute Bürgerkrieg« (die leninistische Transformationsstrategie) kaum mehr zweckrational und führbar sei. Anders als seine Kontrahenten im Republikanischen Schutzbund

50 *Rüsen*, Rekonstruktion, S. 36.

51 Vgl. *Jehuda L. Wallach*, Das Dogma der Vernichtungsschlacht, Frankfurt/Main 1967.

52 *Carl von Clausewitz*, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, 19. Aufl. (Jubiläumsauflage), Bonn 1980 (Nachricht, S. 179).

53 *Theodor Körner*, Gerippe für eine Clausewitz-Studie, in: *Ilona Duczynska*, Theodor Körner. Auf Vorposten. Ausgewählte Schriften 1928–1938, Wien 1977, S. 215–227; *ders.*, Gedanken zu: ›Zwei Briefe des Generals von Clausewitz‹ (1. Entwurf), in: *Duczynska*, Theodor Körner, S. 228–234; *ders.*, Weltkrieg und Clausewitz, in: *Duczynska*, Theodor Körner, S. 235–258; *ders.*, Nationale und Soziale Kriege, in: *Duczynska*, Theodor Körner, S. 259–278; *ders.*., Die ›Rote Armee‹, in: *Duczynska*, Theodor Körner, S. 279–286; *ders.*, Warum Clausewitz?, in: *Duczynska*, Theodor Körner, S. 287–295.

(Deutsch, Mayer, Eifler) ging Körner deshalb von der aus heutiger Sicht bemerkenswert hellsichtigen Prämisse aus, daß sich die anvisierten politischen Ziele am besten mit einer defensiven Strategie verwirklichen lassen würden. Nicht mehr die Abschreckung des Gegners durch offensive Drohung mit dem zur Verfügung stehenden Gewaltpotential, so wie es im Schutzbund bis zu den Juliereignissen von 1927 praktiziert wurde, war Dreh- und Angelpunkt seiner Konzeption, sondern sein Bemühen galt von nun an dem Versuch der konsequenten Durchsetzung einer defensiven Wehrstrategie.

Die Essentials dieser Konzeption waren, summarisch zusammengefaßt, folgende: Verzicht auf offensives Auftreten des Schutzbundes in der Öffentlichkeit, Ausnutzung der von der SDAP dominierten legalen staatlichen Strukturen (insbesondere die der Wiener Gemeinde), Reinstallierung der legalen staatlichen Gewalten im Bürgerkriegsfall, nüchterne und objektive Aufklärung über Handlungspotentiale und Logistik des Feindes, Förderung bzw. Herstellung demokratischer, emanzipativer Strukturen im Schutzbund selbst.[54]

Sollte nämlich der Kampf gegen die militärtechnisch unendlich überlegene Staatsgewalt Aussicht auf Erfolg haben, so wurde Körner nie müde in Übernahme der bekannten Engelsschen Terminologie den politisch Verantwortlichen und seiner Zuhörerschaft einzuhämmern, so war die »Ungunst der Lage durch andere Momente« aufzuwiegen.[55] Unter diesen anderen Momenten verstand Körner den auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorgetragenen Massenprotest. »Die Massen müssen begriffen haben, worauf es ankommt«, lautete auch der Kernsatz der Körnerschen Strategie.[56] War diese conditio sine qua non nicht erfüllt, grenzte ein gewaltsamer Widerstand gegen die Staatsgewalt und die paramilitärische Heimwehr im Falle eines Bürgerkrieges für Körner an Selbstmord. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß Körner die von Kautsky nach dem Bürgerkrieg von 1934 ex post aufgestellten Grundsätze der »Grenzen der Gewalt« durchaus teilte, aber eben nur unter dieser Prämisse des Fehlens von Massenbeteiligung, nicht prinzipiell.

Auf der taktischen Ebene empfahl Körner – durchaus in Übernahme leninistischer Vorstellungen – die bereits in dem Moskauer Aufstand von 1905 bewährte Partisanenkampftaktik – freilich, dies sei ausdrücklich betont, unter einer ganz anderen politisch-militärischen Stoßrichtung. Kam und kommt es den marxistisch-leninistischen, aber auch den maoistisch-guevaraistischen Transformationsstrategien im wesentlichen darauf an, eine vorhandene revolutionäre Situation dahingehend auszunutzen, die bestehenden kapitalistischen Strukturen sowohl auf der ökonomischen als auch auf der politischen und ideologischen Ebene gewaltsam zu zerschlagen, d. h. mittels Gewaltanwendung die Voraussetzung zur Errichtung von sozialistischen Strukturen zu schaffen, so kam es dem Austromarxismus bzw. Körner im Gegenteil darauf an, die bestehenden Strukturen gradualistisch mit gewaltfreien und demokratischen Methoden zu transformieren.

Zusammenfassend gesehen verlangte Körners Verteidigungs-Konzeption also aufgeklärte, selbstbewußte und integre Persönlichkeiten, wie sie eigentlich auch dem von der SDAP projektierten sozialistischen Menschenbild entsprachen. Seine Konzeption ging nicht vom Dogma der durch Überlegenheit der Waffen zu schaffenden Sicherheit aus.

---

54 *Theodor Körner*, Referat über den Schutzbund Wien nebst vier Beilagen vom 15. 1. 1930; Über den Bürgerkrieg. Wien betreffend; Würdigung der Weisung T. L. Wien; Arbeit L; Plan zur Entwirrung, in: Mappe 35, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1930; *ders.*, Aktionsplan für Bruck, Leoben, Mürzzuschlag etc., nebst Bemerkungen Körners zu diesen Aktionsplänen (1931), in: *Christine Vlcek*, Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation, Diss. Wien 1971, S. 280–283 und S. 512–547.

55 *Friedrich Engels*, Einleitung zu Karl Marx' Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 22, S. 522.

56 Vgl. ebd., S. 523; zu Körner vgl. *Körner*, Krieg und Demokratie, S. 35.

Nicht Angriff oder Vergeltung war die von ihm präferierte Strategie, sondern Verteidigung, die nur schützen kann – defensive Verteidigung.

Die Alternative Koalitionspolitik oder Verwirklichung der guerillastrategischen Wehrpolitik, zwischen der sich die Führung der SDAP nach Ansicht Lesers hätte rational entscheiden müssen, gab es somit – genauer besehen – überhaupt nicht. Die Prämissen seiner Deduktion und folglich auch die gezogenen Schlußfolgerungen sind mithin falsch.

Die tatsächliche Alternative, vor die sich die SDAP hinsichtlich der Verwirklichung einer Konzeption für den Republikanischen Schutzbund gestellt sah, bestand vielmehr in der Verwirklichung der Körnerschen defensiven Strategie und Taktik – eben der defensiven Verteidigung – oder der Verteidigung durch offensive und massive Abschreckung, so wie dies der Kreis um Deutsch, Eifler, Mayer u. a. konzipiert hatte und wie es schließlich in die Realität umgesetzt wurde.

Für die Verwirklichung beider Konzepte sprachen insgesamt gesehen gute Gründe im Drayschen Sinne, und man kann nicht sagen, daß die Nichtverwirklichung des Körnerschen Konzeptes völlig irrational gewesen sei. Im Gegenteil: Bezieht man die zu erwartenden gesamtgesellschaftlichen politisch-ideologischen Auswirkungen der Körnerschen Konzeption in die Betrachtung mit ein, so sprach aus damaliger Sicht im Grunde auch sehr viel für die letztlich verwirklichte wehrpolitische Konzeption von Deutsch/Eifler. Auf mögliche Gründe für diese These wird in den Schlußbemerkungen noch kurz einzugehen sein.

VI. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Es dürfte nach dem Gesagten klar geworden sein, daß Leser (aber auch Duczynska) keine kausal-monologische Erklärung des Explanandums im engeren naturwissenschaftlichen Sinne gibt und diese implizit auch gar nicht anstrebt. Gleichwohl beansprucht er, eine intentionale (rationale und quasi-kausale) Erklärung für das Scheitern der Ersten Republik geben zu können. Er greift zu diesem Zweck implizit auf das approximative, empirische Rationalitätsmodell zurück. In Anbetracht der zu untersuchenden hochkomplexen und dynamischen Situation reduziert er dabei den empirischen Rationalitätsbegriff auf den normativen, ohne daß es ihm dabei gelänge, überzeugende empirische Kriterien für diesen Schritt geltend zu machen. So gesehen, kann die von ihm aufgestellte normative Rationalitätsprämisse schlechterdings im Sinne einer Erklärung der Ursache des historischen Ereignisses verstanden werden. Die angegebenen Gründe des Scheiterns sind, wie die quellenkritische Untersuchung des Materials erwies, weit davon entfernt, empirische Kriterien für plausible Antezedensbedingungen zu liefern. Sie beziehen sich fast ausschließlich auf eine Klasse von dogmatisierten subjektiven und voluntaristischen Ereignissen und Fakten, die kaum geeignet sind, das Explanandum – und sei es als Ergebnis einer Konjunktion akzidenteller Prämissen – zu verstehen. Die Mitschuldthese sollte infolgedessen in der wissenschaftlichen Diskussion – und folglich auch in der rationalen politischen Auseinandersetzung mit geschichtlichen Ereignissen – aufgegeben werden.

Ferner sei an dieser Stelle auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß sich in der aufgezeigten wissenschaftstheoretischen Haltung Lesers ein äußerst problematisches positivistisches Erkenntnisinteresse ausdrückt. Explizit und implizit geht Leser davon aus, als gäbe es in der Politik und auch in der Wissenschaft

»einen objektiven Bezugsrahmen rationaler Entscheidung und Auswahl (und, daraus folgend, tatsächlich für jeden spezifischen Fall *eine* objektive, rational-konsensuell richtige Entscheidung. [. . .] Diese Verlagerung von der *objektiven Beschreibung* einer sozialen Situation zur parteilichen (unbewußt oder nicht) und politisch aufgeladenen *Interpretation* und *Definition* von Realität im Namen der politisch

›Geführten‹ durch politische Führungseliten ist etwas, was geradezu beiläufig und insgesamt zu wenig bemerkt vor sich geht.«[57]

Eng mit dieser Auffassung hängt weiterhin zusammen, daß Leser einem im Grunde in der wissenschaftlichen Diskussion obsolet gewordenen theoretischen Zweckbegriff nachhängt.[58] Ohne auf Einzelheiten der Diskussion hier einsteigen zu wollen, so kann gleichwohl festgehalten werden, daß der theoretische Zweckbegriff »letztlich auf eine Überschätzung der Transitivität des Zweck-Mittel-Schemas zurückgeht.«[59] Anders ausgedrückt: Will man sich der weiter oben angeschnittenen Frage nähern, weshalb der Parteivorstand der SDAP nicht das bereits aus damaliger Sicht zweckrationalere Konzept Theodor Körners praktizierte und ab 1928/1929 in die Realität des antifaschistischen Widerstandes im Republikanischen Schutzbund umsetzte, so muß man auch fragen, ob und weshalb diese wehrpolitische Konzeption u. U. nicht systemrational gewesen sein mag. Gerade für diese Sicht der Dinge lassen sich nun aber eine ganze Reihe von Fakten aufzählen, die begründen können, weshalb Otto Bauer und andere so handelten, wie sie es taten. In den Worten Luhmanns:

»Man kann zu rationalem Handeln irrational motiviert sein und umgekehrt. Irrationales Handeln kann die inneren Systemprobleme des handelnden Systems glänzend lösen, während umgekehrt zweckrationales Handeln sie verschärfen mag.«[60]

Systemrationale Gründe, Gründe also, die für eine Umsetzung der von Eifler/Deutsch konzipierten Strategie der Abschreckung sprachen – ich muß mich hier mit wenigen Andeutungen begnügen –, sind nicht zuletzt in den politischen und ideologischen Auswirkungen der konkreten kapitalistischen Gesellschaftsformation zu sehen. Wer tagein, tagaus zehn Stunden und mehr der relativen Willkür kapitalistischer Profitlogik unterworfen ist, dem bleibt wenig Möglichkeit, Selbsttätigkeit und Eigeninitiative – wie von Körner gefordert – zu erproben, denn nach Feierabend können die im Produktionsprozeß gelernten und teilweise internalisierten Verhaltensweisen nicht in dem Maße vergessen und abgeschüttelt werden, wie das Körner vielleicht vorschwebte.

Der kapitalistische Produktionsprozeß, der Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß ist, ist von hierarchischen und autoritären Bedingungen, der Herrschaft des Menschen über den Menschen, gekennzeichnet. Daraus ergeben sich gewisse autoritäre Fixierungen der Produzenten, die einen Großteil ihrer Kreativität und Spontaneität absorbieren. Zwar versuchte das vielfältige sozialdemokratische Organisations- und Beziehungsgeflecht der Zwischenkriegszeit, diese Mechanismen zu durchbrechen und zu konterkarieren, indem es die Emanzipation und Eigeninitiative zu fördern trachtete. Dies gelang aber nur bedingt und innerhalb eines spezifischen Bezugsrahmens, der quasi immer ambivalent blieb. Es kann nicht übersehen werden, daß gerade auch innerhalb des Republikanischen Schutzbundes seitens der politisch-militärischen Führung an autoritäre Befehls- und Gehorsamsstrukturen der Mitglieder bzw. Produzenten angeknüpft wurde, die ja – wer wollte es bestreiten – einen Großteil seiner Effizienz ausmachten. Ausgehend vom Republikanischen Schutzbund, hätte eine stärkere Förderung der Spontaneität, Selbständigkeit und Kreativi-

57 *Brian Wynne*, Die Rhetorik der Konsenspolitik: Eine kritische Betrachtung des Konzeptes der Technikfolgen-Abschätzung, in: *Meinolf Dierkes/Thomas Petermann/Volker von Thienen* (Hrsg.), Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen, Berlin 1986, S. 175 f.

58 Zur Diskussion sei hier nur *Luhmann* erwähnt. Dort weitere Hinweise zur Literatur (vgl. Anm. 33).

59 *Luhmann*, S. 85.

60 *Luhmann*, S. 69.

tät der Mitglieder über das damals übliche Maß hinaus u. U. systemstabilisierende Auswirkungen haben können, die von Körner nicht gewollt und in ihren Konsequenzen vielleicht gar nicht überblickt wurden. Diese Gründe mögen die verantwortlichen Politiker (allen voran Otto Bauer) bewogen haben, Körners Konzept nicht zu favorisieren, eben weil das Abschreckungskonzept von Eifler/Deutsch einfach eine größere Systemrationalität besaß.

Auf eine weitere Konsequenz des methodologischen Ansatzes von Leser sei abschließend hingewiesen. Gegenüber sozialdemokratisch orientierten Wissenschaftlern wird, insofern sie implizit das gleiche bzw. ähnliche methodologische Verfahren wie Dray zur Erklärung der Niederlage heranziehen, der Vorwurf erhoben, sie würden zu unkritisch die Handlungen der historisch Verantwortlichen nachträglich rationalisieren. In der Tat ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen und in vielen Erklärungsversuchen nachzuvollziehen. Sie hängt eng mit der Konfundierung der deskriptiven und normativen Betrachtungsweise zusammen. Duczynska und Leser vermeiden zwar die Gefahr einer nachträglichen Rationalisierung der ausgeführten Handlungen, gleichwohl unterliegen beide Autoren einem anderen Irrtum: Indem sie nämlich einen quasi überhistorischen, normativ gültigen Wertstandpunkt unterstellen und die Handlungsfolgen beinahe ausschließlich in der Abweichung von diesem allgemeingültigen Prinzip sehen, projizieren sie die Handlungsfolgen (das Scheitern der SDAP) auf die ihnen zeitlich gesehen vorangehende (falsche) Gesinnung oder Ideologie und begehen dadurch einen effektorischen Fehlschluß.[61]

Beide Autoren verkennen, daß die von ihnen gebrandmarkten ideologischen Fehlhaltungen (Dispositionen) des Parteivorstandes, der vulgärmarxistische Automatismus, Determinismus und Fatalismus unter Umständen auch nur ein zeitbedingter Irrtum gewesen sein mögen, die aus der prinzipiellen Begrenzung der Erkenntnismittel resultierten.[62] Insofern bleibt in bezug auf das Scheitern der Ersten Österreichischen Republik zu erwägen:

»Viele, wenn nicht sogar die meisten sozialen Phänomene sind nicht das Produkt unmittelbar intendierter Ziele sozialer Handlungen. Das heißt mit anderen Worten: Nicht für alles, was als Resultat individuellen oder sozialen Verhaltens erscheint, gibt es entsprechende vorgängige Absichten; umgekehrt folgt nicht auf alle Absichten, denen gemäß gehandelt wird, ein erfolgreicher Abschluß; und schließlich sind viele historisch relevante Handlungsresultate oftmals nur das Ergebnis von Dispositionen, die den historischen Akteuren selbst nicht bewußt sind.«[63]

61 Zum Begriff des effektorischen Fehlschlusses vgl. *Norwood R. Hanson*, Neue Überlegungen zum genetischen Fehlschluß, in: *Acham*, Methodologische Probleme, S. 68 ff.

62 Vgl. *Acham*, Analytische Geschichtsphilosophie, S. 253.

63 *Acham*, Analytische Geschichtsphilosophie, S. 199 f.

Michael Schneider

Die liberale Demokratie – Höhe- und Endpunkt der Geschichte?

Zu Francis Fukuyamas universalhistorischen Betrachtungen

Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, Kindler Verlag, München 1992, 511 S., Ln., 42 DM.

Nach seinem 1989 publizierten Aufsatz, in dessen Titel allerdings noch ein Fragezeichen hinter der These vom »Ende der Geschichte« zu finden war[1], hat Francis Fukuyama nun ein Buch vorgelegt, in dem er geschichtsphilosophische Betrachtungen auf den Spuren Kants, Hegels und Nietzsches mit weltumspannenden historisch-politologischen Beobachtungen verknüpft. Daß es ihm trotz des (notwendig) hohen Abstraktionsniveaus der Analyse gelungen ist, ein durchgängig leicht lesbares und gut verständliches Buch zu schreiben, das zudem – nicht zuletzt wegen der thesenhaften Zuspitzungen und Generalisierungen – eine überaus anregende Lektüre bietet, sei mit besonderem Lob erwähnt.

Fukuyamas zentrale Frage lautet: »Ist es – am Ende des 20. Jahrhunderts wieder – sinnvoll, von einem kohärenten und zielgerichteten Verlauf der Menschheitsgeschichte zu sprechen, der letztlich den größten Teil der Menschheit zur liberalen Demokratie führen wird?« (S. 13) Zumindest am Beginn seines Buches meint er diese Frage mit einem ebenso deutlichen wie irreführenden »Ja« beantworten zu können.

Der Siegeszug der liberalen Demokratie auf kapitalistischer Grundlage basiere darauf, daß sie – und nur sie – die Prinzipien von Vernunft und Freiheit realisiere. Demokratie und Liberalismus seien – so Fukuyama – im historischen Prozeß aufs engste miteinander verbunden, verwirklichen sie doch nur gemeinsam auf rationale Weise die Prinzipien individueller politischer Partizipation in einem rechtsstaatlich fundierten System persönlicher Freiräume. (S. 79 f.) Die Effektivität des Systems sei darauf zurückzuführen, daß nur der Liberalismus mit der Anerkennung des Rechts auf freie wirtschaftliche Betätigung und wirtschaftlichen Verkehr auf der Grundlage von Privateigentum und Märkten (S. 81) und mit der kontinuierlichen Umsetzung des Fortschritts der Naturwissenschaften (S. 124 ff.) in der Lage sei, die Grundbedürfnisse des Menschen nach Wohlstand und Anerkennung seiner Würde zu erfüllen.

Fukuyamas These lautet also: »Während frühere Regierungsformen schwere Mängel und irrationale Züge aufwiesen, ist die liberale Demokratie bemerkenswert frei von solchen fundamentalen inneren Widersprüchen.« (S. 11) Zwar will Fukuyama nicht behaupten, daß es keine Ungerechtigkeiten oder sozialen Probleme mehr gebe, diese »Unzulänglichkeiten sind jedoch auf eine unzureichende Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, den beiden Grundprinzipien der modernen Demokratie, zurückzuführen und nicht auf die Prinzipien selbst.« (S. 11)

Die historisch-politische Hochschätzung der liberalen Demokratie wird von Fukuyama in geschichtsphilosophische Dimensionen übertragen, glaubt er doch davon ausgehen zu können, daß die liberale Demokratie »möglicherweise« den Endpunkt nicht nur der ideologischen Evolution der Menschheit, sondern »zugleich die endgültige menschliche Regierungsform« darstelle. (S. 11) Wenn eine Gesellschaftsform erreicht sei, die den tiefsten

1 *Francis Fukuyama*, The End of History?, in: The National Interest 16, Sommer 1989, S. 3–18.

Sehnsüchten der Menschen entspricht, dann sei das Ende der Geschichte eingetreten. Freilich werde es weiterhin Ereignisse, auch Kriege, Krisen und Katastrophen, aber eben »keinen weiteren Fortschritt der Entwicklung grundlegender Prinzipien und Institutionen« mehr geben, »da alle wirklich großen Fragen endgültig geklärt wären.« (S. 13) Und genau diesen Zeitpunkt sieht Fukuyama offenbar erreicht, könnten wir uns doch heute »nur schwer eine Welt vorstellen, die von Grund auf besser ist als die, in der wir leben, oder uns eine Zukunft ausmalen, die nicht demokratisch und kapitalistisch geprägt ist.« (S. 83 f.) Eine solche Weltsicht kann man wohl nur als Angehöriger der Mittelschichten der westlichen Industrienationen entwickeln. Zwar – so räumt auch Fukuyama immer wieder ein – lasse sich auch in den liberalen Demokratien der Gegenwart vieles verbessern, aber an der Richtigkeit der Prinzipien ändere das nichts.

Nicht zuletzt deswegen meint Fukuyama erwarten zu können, die Prinzipien der liberalen Demokratie würden sich weltweit durchsetzen. Das würde bedeuten, daß sowohl in den internationalen Beziehungen als auch innerhalb des jeweiligen nationalen Systems keine Widersprüche mehr vorhanden wären, aus denen ein Fortgang der Geschichte herzuleiten wäre. Schauen wir zunächst auf die internationalen Beziehungen: Auf den ersten Blick scheint es, als beurteile Fukuyama die Chancen des Friedens überaus optimistisch: Liberale Demokratien würden – das zeige die Geschichte – keine Kriege anfangen. Und da sich – so kann man die Argumentation weiterführen – nach und nach immer mehr Nationen zu den Prinzipien der liberalen Demokratie bekennen (Tabelle S. 86 f.), müßte eine Periode des Friedens anbrechen. Doch Fukuyama sieht auch die Gegentendenzen, die seine Argumentation letztlich zerstören müssen. Denn: »Einerseits wird die Menschheit immer einheitlicher, das liegt an der modernen Ökonomie und Technologie und daran, daß sich der Gedanke der rationalen Anerkennung als einzig legitime Grundlage einer Regierung auf der ganzen Welt verbreitet hat. Andererseits ist allenthalben Widerstand gegen diese Vereinheitlichung spürbar. Überwiegend auf der Ebene unterhalb der Politik machen sich kulturelle Faktoren mit einer eigenen Identität bemerkbar, die letztlich die bestehenden Barrieren zwischen Völkern und Nationen verstärken.« Also werde die Nation »weiterhin ein zentraler Pol kultureller Identifikation« bleiben, »auch wenn sich in Zukunft immer mehr Nationen wirtschaftlich und politisch ähnlich organisieren«. (S. 331 f.)

Dementsprechend sei damit zu rechnen, daß für die Zukunft post-historische (friedliche) Länder den noch in den Regeln der Machtpolitik und zugleich in der Geschichtlichkeit befangenen Ländern gegenüberstehen werden. (S. 371) Allerdings bricht Fukuyamas Optimismus durch, wenn er meint annehmen zu können, zwischen diesen beiden Welten werde es wenig Austausch und demgemäß wenig Auseinandersetzung geben. (S. 372) Der sich zur Zeit abzeichnende Konflikt zwischen dem islamischen Fundamentalismus und den Prinzipien der liberalen Demokratie stört diese Annahme nicht, weil Fukuyama dem Islam, der zwar wie Liberalismus und Kommunismus eine kohärente Ideologie sei, bescheinigt, er übe außerhalb seines angestammten Kulturkreises keine Anziehungskraft aus. (S. 83) Er erörtert indessen nicht die Frage, ob »der« Islam nicht auch ohne Anziehungskraft durchaus zu einer Bedrohung für Bestand und erst recht Ausdehnung der Prinzipien der liberalen Demokratie werden könnte.

So wie Fukuyama im Hinblick auf das internationale System mögliche Gefährdungen minimiert, um den Geschichtstrend zur liberalen Demokratie um so strahlender hervortreten zu lassen, so stuft er auch die Unzulänglichkeiten der Realität innerhalb liberaler Demokratien zu wenig bedeutenden Abweichungen von den Prinzipien herab. Jedenfalls dürfen – so die Logik der Argumentation – etwaige Schwächen wie soziale Ungerechtigkeiten und Umweltprobleme nicht den Rang eines systemimmanenten Widerspruchs erhalten. Denn es stellt sich die Frage: »Gibt es in unserer heutigen liberal-demokratischen Gesellschaftsordnung Widersprüche, die vermuten lassen, daß sich der historische Prozeß fortsetzen und eine neue, höhere Ordnung hervorbringen wird? Ein solcher Widerspruch

würde vorliegen, wenn wir eine Ursache für soziale Unzufriedenheit erkennen könnten, die so gravierend wäre, daß sie in letzter Konsequenz zum Zusammenbruch der liberaldemokratischen Gesellschaften führen könnte [. . .].« (S. 195) Ein Problem wird also erst dann zum Widerspruch, wenn es sich im Rahmen des Systems nicht lösen läßt und die Legitimität des Systems untergräbt.

Durchgängig fällt auf, daß Fukuyama sich weigert, eines der realen Probleme, die er durchaus anspricht, in den Rang eines Widerspruchs zu erheben. Allenfalls deutet er an, daß die Demokratie »mit zunehmender Komplexität der Gesellschaft« »nicht unbedingt funktioneller« werde; ganz ohne den gewohnten Optimismus fährt Fukuyama fort: »vielmehr scheitert sie [die Demokratie], wenn die Vielfalt eine gewisse Grenze überschreitet.« (S. 176) Aber die Basis raubt Fukuyama seiner eigenen These vom »Ende der Geschichte« mit dem Hinweis auf folgende »anthropologische Konstante«: die Menschen – so meint er – »wollen Ideale, für die sie leben und sterben können, und sie wollen ihr Leben riskieren, auch wenn durch die Ordnung des internationalen Staatensystems der Krieg nicht mehr möglich ist. *Diesen* Widerspruch hat die liberale Demokratie noch nicht gelöst.« (S. 416) Und außerdem stellt er fest: »Keine Regierungsform, kein ›sozio-ökonomisches System‹, ist in der Lage, alle Menschen an allen Orten zufriedenzustellen, auch die liberale Demokratie nicht. Das liegt nicht daran, daß die demokratische Revolution noch nicht beendet ist und noch nicht alle Menschen in den Genuß von Freiheit und Gleichheit gekommen sind, im Gegenteil, die Unzufriedenheit entsteht gerade dort, wo die Demokratie am vollständigsten triumphiert hat. Die Unzufriedenheit besteht wegen Freiheit und Gleichheit. Und wer unzufrieden geblieben ist, wird immer den Wunsch verspüren, die Geschichte neu zu beginnen.« (S. 440 f.)

Der Schluß des Buches ist verblüffend: Wird am Anfang die Frage nach dem Ende der Geschichte ausdrücklich positiv beantwortet, so ist nun plötzlich alles offen: Wenn erst einmal alle Menschen im sicheren Hort der liberalen Demokratie angekommen sind, dann mag – vermutet Fukuyama – vielleicht ein neues Reiseziel ins Auge gefaßt werden. (S. 446)

Die Widersprüchlichkeit der Aussage des Buches ist nicht verwunderlich. Souverän benutzt Fukuyama die Geschichte der letzten 200 Jahre als Steinbruch, um Argumente für die Abstützung seiner Grundthese herauszuklauben – und ebenso souverän mißachtet er dabei Entwicklungen und Probleme, die nicht in sein Bild passen.

Fukuyamas Analyse ist Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses, wie es wohl nur in einer Zwischenphase gedeihen kann. Sein Optimismus, was den weltweiten Sieg der liberalen Demokratie anbelangt, konnte nur *nach* dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen und *vor* der Herausbildung neuer Konfliktlagen gedeihen. So wie Hegels Ideen *nach* Französischer Revolution und Napoleonischem Krieg und *vor* der Herausforderung der »sozialen Frage« formuliert wurden, so atmet Fukuyamas Argumentation die Siegesstimmung einer »Zwischenzeit« – weil neue Konflikte allenfalls zu erahnen, aber noch nicht konkret erkennbar sind.

Zu den Schwächen von Fukuyamas Analyse gehört die eindimensionale Reduktion der geschichtswirksamen Kräfte auf die »kohärenten« Ideologien wie Liberalismus und Kommunismus. Zwar mag man in einer geschichtsphilosophischen Betrachtung in universalhistorischer Absicht mit Idealtypen von Liberalismus, Demokratie, Kapitalismus usw. arbeiten können, für eine historische Analyse können jedoch die nationalen und zeitlichen Differenzierungen und Wandlungen nicht ausgeklammert werden: Es gab und gibt nicht *den* Kapitalismus oder *den* Liberalismus; beide haben sich – nicht zuletzt wegen des Einflusses ideologisch-politischer Herausforderungen – verändert. Außerdem ist zu fragen, ob nicht die von Fukuyama als Unzulänglichkeiten eingestuften Schwächen des Systems auf immanente Widersprüche hindeuten: Können soziale Ungerechtigkeiten nicht eine zwangsläufige Folge des dem Kapitalismus immanenten Leistungsprinzips sein? Ist nicht Naturzerstörung eine zwangsläufige Folge des Wachstumspostulats?

Schließlich reflektiert Fukuyama nicht ausreichend das Wechselverhältnis zwischen gesellschaftlichem Wandel, Bedürfnissen und politischer Kultur. Selbst wenn man annimmt, daß die liberale Demokratie auf kapitalistischer Grundlage »den« Bedürfnissen »der« Menschen in der heutigen (post)industriellen Gesellschaft entspricht, so bedeutet doch diese Festlegung nicht, daß dies so bleiben muß, wenn sich die Strukturen einer postindustriellen Gesellschaft so weit gefestigt haben, daß man sie mit einem »neuen« inhaltsbezogenen Begriff benennen könnte. Also: Selbst wenn nicht auszuschließen ist, daß mit den Prinzipien der liberalen Demokratie – nicht zuletzt dank der Überformung durch soziale Gedanken – die Geschichte politischer Ideen für das Industriezeitalter einen Höhe- und Endpunkt erreicht hat, so stellt sich die Frage, was das über die Entwicklung des nächsten Jahrhunderts, der nächsten Epoche aussagt. Was, wenn das von Fukuyama gepriesene naturwissenschaftliche Denken scheitert oder angesichts weltweiter Krisen und Umweltkatastrophen entlegitimiert wird? Was, wenn sich der in den westlichen Industrieländern in Ansätzen erkennbare Prozeß des Wertewandels beschleunigt? Oder konkreter: Was, wenn sich die Rassenspannungen, die sich im Frühjahr 1992 in den USA gewaltsam entladen haben, weiter verschärfen? Was, wenn das Nord-Süd- und das West-Ost-Gefälle zu sozialen und politischen Verwerfungen in den hochentwickelten liberalen Demokratien und/oder zu internationalen Auseinandersetzungen führen? Wird man also etwa entstehende interne und externe Konflikte nur als Kampf um des Kampfes willen, nur als Aufbegehren gegen die satte Selbstzufriedenheit bourgeoisen Lebens abtun können?

Daß sich diese Fragen – und gewiß noch viele mehr – bei der Lektüre aufdrängen, spricht für das Buch. Nur sollte man sich davor hüten, die Hauptthesen vom weltweiten Sieg der liberalen Demokratie als Idee *und* Realität allzu wörtlich zu nehmen.

Publikationen zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, Bd. 18), Oldenbourg Verlag, München 1990, 461 S., geb., 108 DM.

Mit der Veröffentlichung der Beiträge des Kolloquiums »Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisation zur Massenbewegung im Deutschen Kaiserreich« vom März 1988 ist eine wichtige Zwischenbilanz sozialgeschichtlicher Forschung über die sozialistische Arbeiterbewegung im Kaiserreich erschienen. Weil die Arbeiterbewegung selbst Produkt der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft ist und die Geschichte der Arbeiter andersherum nicht ohne die Berücksichtigung ihrer Interessenorganisationen zu verstehen ist, werden Arbeiterbewegungsgeschichte, Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Geschichte des Kaiserreiches miteinander verknüpft. Da der Aufstieg der Sozialdemokratie regional uneinheitlich verlief, fördern die gesammelten Regionalstudien Bedingungen zutage, die diesen Aufstieg förderten, und benennen Faktoren, die ihn hemmten. In den regional unterschiedlichen Handlungsrahmen analysieren die Autoren die Politik der Arbeiterorganisationen und zeigen die Sozialdemokratie auch als gestaltende Kraft, die mehr als nur Produkt ihrer Entstehungsvoraussetzungen ist.

Im ersten Teil verbinden wahlhistorische Studien die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihres Rekrutierungspotentials mit den (wahlrechtlichen) Handlungsbedingungen und der regionalen Ausgestaltung des Parteiensystems. Peter Steinbach stellt fest, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht allein aus den Prozessen sozialen Wandels abzuleiten sind, sondern auch aus den Konstellationen politischer Konflikte im Parteien- und Wahlsystem (S. 34 f.). Dabei zeigt er, daß die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg mit dem »Status einer isolierten und desintegrierten Partei« (S. 21) die »Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit« (S. 6) erreicht hatte. Bernhard Mann untersucht die Beteiligung der SPD an den preußischen Landtagswahlen und kann deutlich machen, daß unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechtes »auch eine reformerische, zur Integration in das politische System bereite Arbeiterpartei keine echte Chance« gehabt hätte (S. 48) und so kaum eine Alternative zur prekären Balance zwischen revolutionärem Schwung und vorsichtigem Abwarten (S. 46) bestand. Auf Grundlage der Individualstatistik der sächsischen Landtagswähler von 1901 und 1909 kann Gerhard A. Ritter anschließend die Struktur der SPD-Wählerschaft und die Bedingungen einer starken Polarisierung zwischen Sozialisten und bürgerlichen Kräften analysieren. Ritter betont die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren im hochindustrialisierten Sachsen und das Fehlen einer starken katholischen Konfession für die Herausbildung der überwiegend gewerblich-städtischen Hochburgen der Sozialdemokratie in Sachsen. Am Beispiel der Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens, die durch einen geringen Industrialisierungsgrad, eine

klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft und eine mehrheitlich katholische Bevölkerung geprägt waren, zeigt Merith Niehuss Bedingungen auf, unter denen es der SPD gelang, auch nicht-proletarische Schichten zu gewinnen. Da die Sozialdemokratie in diesen Bundesstaaten strukturell auf eine Minderheitenposition verwiesen war, waren für Zentrum und bürgerliche Parteien Bündnisse mit der SPD gefahrloser und ermöglichten der SPD Erfolge auf kommunal- und sozialpolitischem Gebiet, schwächten aber das »kämpferische Klassenbewußtsein« (S. 109) und führten auf der kommunalen Ebene fast zum Verlust der politischen Identität (S. 125). Die folgenden Koreferate konkretisieren die Aussagen über die süddeutsche Sozialdemokratie: Hartwig Brandt zeigt für das frühe Kaiserreich die Verschränkung von bürgerlich-liberaler und proletarischer Demokratie in Württemberg. Erst kurz vor der Jahrhundertwende gewannen Milieudifferenzierungen an Bedeutung. Klaus Tenfelde verweist auf die Forschungsdefizite bei der Industrialisierungsgeschichte Bayerns und fragt, ob nicht der spezifische Typus der Industrialisierung mehr noch als Wahlrechts- und Parteiensystem die Prägung der bayerischen Sozialdemokratie mitbestimmt hat. Am Beispiel des Münchener Westends, eines rasch wachsenden Arbeitervorortes mit relativer sozialstruktureller und lebensgeschichtlicher Homogenität, verdeutlicht Stephan Bleek das Nachlassen der prägenden Wirkung hergebrachter Wertesysteme und den Aufstieg der Sozialdemokratie, deren Milieubildung allerdings nicht belegt wird.

Im zweiten Teil werden Mitgliedschaft und Führungsgruppen der Sozialdemokratie analysiert. Zunächst beschäftigt sich Dieter Fricke mit der Ausbreitung der Parteiorganisation von 1905 bis 1914. Hervorzuheben sind nach Fricke die Herausbildung einer »Partei mit Massencharakter« (S. 156), die allerdings nur Teile der Arbeiter organisatorisch erfaßte, deren industriell-städtischer Charakter und die Differenzierung zwischen fluktuierenden Neumitgliedern und langjährigen aufopferungsvolle Kleinarbeit leistenden Funktionären. In den angedeuteten Differenzierungen in der Vorkriegssozialdemokratie sieht Fricke bereits schwere Hypotheken für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Wesentlich differenzierter faßt Adelheid von Saldern den Forschungsstand über die SPD-Mitgliedschaft zusammen. So war die SPD eine Arbeiterpartei überwiegend gelernter (Industrie-)Arbeiter mit handwerklichen und entsprechenden organisatorischen Traditionen bei Unterrepräsentation un- oder angelernter Arbeiter und Fehlen unterster proletarischer Schichten. Kleinbürgerliche Schichten, meist der Arbeiterschaft entstammend oder von quasi-proletarischer Existenz, stellten 5 bis 20 % der Mitgliedschaft, während nur in den Parteizentren einige Akademiker und Intellektuelle zur SPD fanden. Bei der Betrachtung »sozialkultureller Dispositionen« der Mitgliedschaft wird trotz der Fortschritte qualitativ oder erfahrungsgeschichtlich angelegter Untersuchungen deutlich, daß die Bedeutung spezifischer Arbeits- und Lebenserfahrungen noch weiter herausgearbeitet werden muß. Der Typus des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten ist dagegen gut erforscht, wie der Beitrag von Wilhelm Heinz Schröder eindrucksvoll zeigt, so daß ein kollektivbiographischer Reichstagskandidaten-Lebenslauf vorgelegt werden kann.

Im dritten Teil wird mit dem Begriff »Sozialmilieu« (Lepsius) die Verknüpfung bestimmter Lebensumstände mit dem Organisationsgeflecht der Sozialdemokratie und die Herausbildung einer politisierten Gegenkultur untersucht. Dieter Hertz-Eichenrode zeigt, daß der Organisations- und Wahlerfolg in Berlin nicht nur auf die Folgen des sozialen Wandels zurückzuführen ist, sondern der Anstrengung der Partei größte Bedeutung zukommt. Indem die Berliner SPD die Stadt mit einem Organisationsnetz durchzog, machte sie die Organisation zu einer wirkungsvollen Waffe, mit der es gelang, »den sozialen Protest [. . .] in ein kontinuierliches, diszipliniertes Engagement für kollektive Ziele umzuwandeln« (S. 257). Im quellennahen Beitrag von Peter-Christian Witt wird die Herausbildung der sozialdemokratischen Hochburg Harburg verfolgt. Dort trieb eine kompromißunwillige bürgerlich-nationalliberale Kommunalpolitik auch bürgerliche Schichten in die Arme der Sozialdemokratie, die durch den Aufbau eines Netzes von Selbsthilfeorganisationen, von ei-

genen Einrichtungen und Kommunikationsformen quasi Ersatz für fehlende kommunale Leistungen bzw. eine eigenständige Gegenwelt schuf. Für die vier Reichstagswahlkreise des »engeren Ruhrgebietes« untersucht Karl Rohe die Entwicklung der Sozialdemokratie im regionalen System »politischer Lager«. Nachdem dort in den 1870er Jahren dem politischen Katholizismus mit einer spezifischen »Kombination von traditionaler Wertorientierung und religiös-sozialer Integration« der Durchbruch gelungen war, bildeten die nichtkatholischen Gruppen ein bürgerlich-nationales Lager, in dem sich bürgerlich-protestantische Schichten, protestantische, ausgesprochen national-orientierte und großbetrieblich-patriarchalisch gebundene Arbeitergruppen fanden. Erst »verspätet«, ab den 1890er Jahren, gelang es der Ruhr-Sozialdemokratie, dieses Zweilagersystem zum Dreilagersystem aufzubrechen und sich zur Massenbewegung zu entwickeln. Die Ursachen lagen im Niedergang des Patriarchalismus und in der Masseneinwanderung, die die traditionellen Lager in ihrer Integrationsfähigkeit überforderte. An Rhein und Ruhr bildete die Sozialdemokratie »den Typus einer Sammlungsbewegung, die zwar auch eine gewisse Milieufundierung besaß, in erster Linie politisch jedoch davon lebte, daß sie das in der Region versammelte und häufig anonym bleibende politische Protestpotential an sich zog« (S. 333).

Im vierten Teil wird die regionale und branchenmäßige Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung behandelt. Klaus Schönhoven liefert auf der Basis des vorhandenen Materials Grundlagen und Interpretationen zur regional- und branchenspezifischen Ausbreitung der Gewerkschaften für weitere Untersuchungen über die für die Organisationsbereitschaft verhaltensrelevanten Faktoren. Die Wirkung von Arbeitskämpfen analysiert Friedhelm Boll vor dem Hintergrund der Streikforschung und kann im Zusammenhang mit der wellenhaften Entwicklung von Streiks und deren Grundmustern die These vom stetigen Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung relativieren, wobei auch Disparitäten zwischen Arbeitskampf-, Wahl- und Organisationsentwicklung sichtbar werden. Boll kommt zu dem Ergebnis, daß – wie Karl Kautsky schon 1909 meinte (S. 382) – die Freien Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg »an eine klar erkennbare Entwicklungsgrenze gestoßen waren« (S. 413). »Aussperrungspraxis und sogar Tarifvertragswesen waren zu Fesseln geworden, die erst mittels einer erneuten Kampfzeit aufgebrochen werden konnten« (S. 413). Abschließend widmet sich Marina Cattaruzza in einer die Schiffbauregionen vergleichenden Studie den Organisationsprozessen der Werftarbeiter. Regional differenziert wird die Herausbildung industriegewerkschaftlicher Vorgehensweisen der zersplitterten Gruppe der Werftarbeiter untersucht, wobei die Zentralisierung wesentlich durch das einheitliche Vorgehen der Gegenseite beeinflußt wurde.

Leider fehlt der Forschungsbilanz eine integrierende Zusammenfassung, die den Eindruck eines diffusen sozialdemokratischen Kulturmilieus (Cattaruzza, S. 417) relativieren könnte. Obwohl Ritter es für verfehlt hält, die »Klassenbeziehungen im Deutschen Kaiserreich auf einen Nenner bringen zu wollen« und »gegenläufige Prozesse« einer schärferen Polarisierung und einer Abschleifung sozialer Gegensätze konstatiert (S. XIX f.), hätte Ritters hervorragender Vortrag »Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive« vom Mai 1988 (Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge, 22; HZ 249, 1989), in den auch Ergebnisse des Kolloquiums eingingen, diesen wichtigen Band gut abrunden können.

Der Überblick über die regionalen Entwicklungsmuster der Sozialdemokratie provoziert die Frage, was diese Bewegung eigentlich zusammenhielt. Neben der erzwungenen Außenseiterrolle dürfte dem durch die Wahlerfolge beflügelten vulgärmarxistischen Glauben an den notwendigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus wesentliche Bedeutung zukommen. Inwieweit Teile der Anhängerschaft in der Sozialdemokratie – weniger ideologisch – überwiegend eine radikale Protestpartei gesehen haben (Rohe) oder aber die SPD als Reformpartei unterstützten (Witt), müßte genauer geklärt werden. Wenn denn die sozialistische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg die

Ausschöpfung ihres Rekrutierungspotentials erreicht hatte, stellt sich weiter die Frage nach den Perspektiven ihrer Politik. Während Ritter selbst vorsichtig mit Prognosen ist (S. XX), wird der Sozialdemokratie von mehreren Autoren eine Öffnung gegenüber anderen sozialen Gruppen anempfohlen. Unter Berücksichtigung längerfristiger Trends wie dem Bedeutungsverlust konfessionellen Wählens, der nachlassenden Bindungskraft überkommener Vorstellungswelten und der Durchdringung aller Lebensbereiche und Regionen durch die Industrialisierung und schließlich der Erfolge der Arbeiterbewegung in einer relativ kurzen Zeitspanne erscheint es fraglich, ob der Weg zu einer Reformpartei der einzig erfolgversprechende gewesen wäre. Darüber hinaus war der Weg zu einer sozialreformistischen Volkspartei weitgehend versperrt, weil die den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat tragenden Kräfte weder willens noch fähig zu innerer Reform waren. Der Obrigkeitsstaat insgesamt, deren immanenter Bestandteil die Arbeiterbewegung war, steckte in der Krise und überstand ja auch die selbst provozierte Herausforderung des Weltkrieges nicht. Die in der Diskussion über die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung erhobene Forderung nach einer vergleichbaren Analyse der übrigen »politischen Lager« dürfte hier interessante Ergebnisse zeitigen. *Stefan Goch, Gelsenkirchen*

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenbourg Verlag, München 1990, 182 S., geb., 48 DM.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker des 20. Jahrhunderts mobilisiert ein immerhin sechs Jahre als Staatsoberhaupt amtierender Friedrich Ebert auch Generationen nach seinem Tod noch kontroverse Meinungen, und dies nicht allein entlang parteipolitischer Lager und historischer »Schulen«. Wie Peter-Christian Witt einleitend in einem Literaturbericht und Problemaufriß dokumentiert, wurde ein spezifisches Bild Eberts als ein frühere Parteihorizonte überschreitender »Staatsmann«, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vor dem »Reichszerfall« und der »bolschewistischen Gefahr« gerettet habe, in der Bundesrepublik zunächst von konservativen und rechtsliberalen Autoren geprägt. In bloßer Umwertung gleichermaßen ungeprüfter Klischees erfolgte dann in einem breiten »linken« Spektrum seine Abstempelung als »Verräter« an einstigen gemeinsamen Zielen der Arbeiterbewegung oder zumindest als Symbolfigur des Versagens vor der Aufgabe einer demokratischen Neuordnung im Übergang zur Weimarer Republik. Das beklagte Defizit, daß eine »sein ganzes Leben umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über ihn bis zum heutigen Tage nicht entstanden« ist (S. 13), dürfte deshalb nicht nur in der unzulänglichen Quellenlage angesichts fehlender Nachlaß-Überlieferung begründet liegen, sondern spiegelt auch die Probleme eines historisch fundierten Urteils jenseits zeitbedingter und standpunktgebundener Blickperspektiven.

Vor solchem Hintergrund ist es ein Vorzug dieses – aus einem Symposium anläßlich des 70. Jahrestags der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten hervorgegangenen – Bandes, daß unterschiedliche Positionen markiert und zugleich einige Konturen einer konsensfähigen Zwischenbilanz skizziert werden. Mit Witt wird man es Ebert positiv anrechnen dürfen, daß er »die verfassungsrechtlich sehr starke Stellung des Reichspräsidenten gerade nicht als Instrumentarium zur Durchsetzung eines präsidentiellen Systems, sondern zur Absicherung des verfassungsrechtlich intendierten parlamentarischen Regierungssystems« einsetzte (S. 31). Diesen Eindruck bestätigen die aus Pressematerial gewonnenen Befunde des Beitrags von Klaus Megerle (S. 131–145), der die Bemühungen Eberts um eine integrie-

Ausschöpfung ihres Rekrutierungspotentials erreicht hatte, stellt sich weiter die Frage nach den Perspektiven ihrer Politik. Während Ritter selbst vorsichtig mit Prognosen ist (S. XX), wird der Sozialdemokratie von mehreren Autoren eine Öffnung gegenüber anderen sozialen Gruppen anempfohlen. Unter Berücksichtigung längerfristiger Trends wie dem Bedeutungsverlust konfessionellen Wählens, der nachlassenden Bindungskraft überkommener Vorstellungswelten und der Durchdringung aller Lebensbereiche und Regionen durch die Industrialisierung und schließlich der Erfolge der Arbeiterbewegung in einer relativ kurzen Zeitspanne erscheint es fraglich, ob der Weg zu einer Reformpartei der einzig erfolgversprechende gewesen wäre. Darüber hinaus war der Weg zu einer sozialreformistischen Volkspartei weitgehend versperrt, weil die den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat tragenden Kräfte weder willens noch fähig zu innerer Reform waren. Der Obrigkeitsstaat insgesamt, deren immanenter Bestandteil die Arbeiterbewegung war, steckte in der Krise und überstand ja auch die selbst provozierte Herausforderung des Weltkrieges nicht. Die in der Diskussion über die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung erhobene Forderung nach einer vergleichbaren Analyse der übrigen »politischen Lager« dürfte hier interessante Ergebnisse zeitigen. *Stefan Goch, Gelsenkirchen*

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenbourg Verlag, München 1990, 182 S., geb., 48 DM.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker des 20. Jahrhunderts mobilisiert ein immerhin sechs Jahre als Staatsoberhaupt amtierender Friedrich Ebert auch Generationen nach seinem Tod noch kontroverse Meinungen, und dies nicht allein entlang parteipolitischer Lager und historischer »Schulen«. Wie Peter-Christian Witt einleitend in einem Literaturbericht und Problemaufriß dokumentiert, wurde ein spezifisches Bild Eberts als ein frühere Parteihorizonte überschreitender »Staatsmann«, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vor dem »Reichszerfall« und der »bolschewistischen Gefahr« gerettet habe, in der Bundesrepublik zunächst von konservativen und rechtsliberalen Autoren geprägt. In bloßer Umwertung gleichermaßen ungeprüfter Klischees erfolgte dann in einem breiten »linken« Spektrum seine Abstempelung als »Verräter« an einstigen gemeinsamen Zielen der Arbeiterbewegung oder zumindest als Symbolfigur des Versagens vor der Aufgabe einer demokratischen Neuordnung im Übergang zur Weimarer Republik. Das beklagte Defizit, daß eine »sein ganzes Leben umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über ihn bis zum heutigen Tage nicht entstanden« ist (S. 13), dürfte deshalb nicht nur in der unzulänglichen Quellenlage angesichts fehlender Nachlaß-Überlieferung begründet liegen, sondern spiegelt auch die Probleme eines historisch fundierten Urteils jenseits zeitbedingter und standpunktgebundener Blickperspektiven.

Vor solchem Hintergrund ist es ein Vorzug dieses – aus einem Symposium anläßlich des 70. Jahrestags der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten hervorgegangenen – Bandes, daß unterschiedliche Positionen markiert und zugleich einige Konturen einer konsensfähigen Zwischenbilanz skizziert werden. Mit Witt wird man es Ebert positiv anrechnen dürfen, daß er »die verfassungsrechtlich sehr starke Stellung des Reichspräsidenten gerade nicht als Instrumentarium zur Durchsetzung eines präsidentiellen Systems, sondern zur Absicherung des verfassungsrechtlich intendierten parlamentarischen Regierungssystems« einsetzte (S. 31). Diesen Eindruck bestätigen die aus Pressematerial gewonnenen Befunde des Beitrags von Klaus Megerle (S. 131–145), der die Bemühungen Eberts um eine integrie-

rende Rolle gegenüber den im Parlamentsdenken des Vorkriegskonstitutionalismus befangenen Verfassungsparteien herausarbeitet. Der vermeintlich »sparsame Einsatz des Artikels 48 der Reichsverfassung« (S. 31) freilich, den Witt in seiner äußerst wohlwollenden Skizze dem Reichspräsidenten bescheinigt, betraf immerhin »bis zum Jahre 1925 insgesamt 135 Verordnungen« (S. 153), wie der Leser im Beitrag von Gotthard Jasper erfährt. Für letzteren wird jedoch die durchaus gesehene Problematik solcher Notverordnungspraxis, die seit 1930 verhängnisvoll eskalierte, durch den bei Ebert anders als unter Hindenburg gewährleisteten »Willen zur Verfassung« abgefedert, ohne den selbst die »noch so ausgeklügelten institutionellen Regeln« versagen (S. 157).

Erheblichen methodischen Bedenken müssen jedoch die Bemühungen Witts begegnen, aus der Retrospektive eine »Konzeption Eberts« hervorheben zu wollen, die »eine pluralistische Gesellschaftsordnung« beinhaltete und damit »zukunftsweisend – in diesem Sinne auch politische Phantasie zeigend – war« (S. 29 f.). Bei Eckhard Jesse wird gar die apologetische Stilisierung Eberts zum »demokratischen Doktrinär« als »Friedrich Stampfers treffendes Wort« (S. 108) nachempfunden, obschon dem Autor beizupflichten ist, daß außer »verpaßten Chancen« auch einer »abgewendeten Katastrophe« (S. 108) die gebührende Aufmerksamkeit gelten kann. Nicht zufällig finden sich für die anders akzentuierte Interpretation von Reinhard Rürup in dessen Beitrag weitaus mehr Quellen- und Literaturbelege, auf deren Basis er die Bewährung vor der »Doppelaufgabe« (S. 77) der Chaosvermeidung und Neuordnung nach 1918 bilanziert: »Friedrich Ebert war kein Mann des großen Wortes, kein Politiker der weitausgreifenden Konzeptionen, er war ein Praktiker und ein Mann der Organisation. Unordnung war ihm offensichtlich ein Greuel, und Berechenbarkeit schien ihm ein großer Vorzug.« (S. 85) Abgesehen von einer in der sozialdemokratischen Tradition verankerten quasi-naturrechtlichen Anerkennung des Mehrheitsprinzips der Stimmzettel lassen sich bei kontextangemessenem Verständnis aller überlieferten Äußerungen Eberts in der Tat nur wenige Indizien finden, daß er modernes »demokratisch-pluralistisches« Gedankengut reflektiert vertrat, während ihm rechtsstaatliches Gemeinwohl- und Ordnungsdenken zugleich intuitiv geläufig war. Zum »Heros der sozialdemokratischen Staatspolitiker erhoben, dem leider Teile seiner Partei die Gefolgschaft versagten" (S. 111), findet ein unkritisches und konstruiertes Bild nicht minder pointierten Widerspruch im Resümee von Heinrich Potthoff: »Mit seinem Wechsel ins Präsidentenamt wurde Eberts Führungskraft im politischen Alltagsgeschäft paralysiert, seine Drähte zur Sozialdemokratie und ihrem Milieu beschnitten und Amt und Person schon in den ersten Jahren der Republik in eine Situation manövriert, in der sie als Notfallinstrument für das Parlament herhalten mußten.« (S. 128)

Überdies kann die Betonung der organisationsgebundenen Denk- und Handlungsmaximen Eberts auch seine – in entsprechenden Darstellungen allzu unvermittelt erscheinende – Metamorphose vom »Parteimann« zum »Staatsmann« erklären. Der Beitrag von Dieter K. Buse bestätigt, obgleich er mit Recht die Multifunktionalität der Aufgaben unter Einschluß von Agitation und politischen Verhandlungen unterstreicht, insgesamt die Wurzeln von »Eberts Aufstieg« während der Vorkriegsperiode in seinem Organisationstalent: »Energie, Effizienz und Erfahrung waren Eberts Merkmale« (S. 35), außerdem nutzte er die »Anhäufung von Parteiämtern« als eine Technik der Einflußerweiterung: »Auf diesem Gebiet überflügelte Ebert beinahe alle Genossen« (S. 41). Ebenso ist sein Bemühen um eine innerparteiliche »Balance zwischen rechts und links« (S. 58), auf das Susanne Miller als eine Konstante seiner Position bis zur Spaltung im Ersten Weltkrieg verweist, als ein Organisationspatriotismus zu interpretieren, der sich in seinem späteren Amtsbereich auf die staatlichen Institutionen übertrug, sich jedoch damit nicht zu einem originären »Verfassungspatriotismus« transformierte. Im Sinne der abgewogenen Bilanz von Dieter Rebentisch, demzufolge die Beiträge des Bandes »mehr offene Fragen registrieren als gesicherte Antworten« (S. 161), sollten mit der aus dieser Besprechung resultierenden Arbeitshypo-

these eines Primats der organisationsgebundenen Zweckrationalität vor universalistischer Wertrationalität die spezifischen Qualitäten und Defizite Eberts künftig beiderseits weniger ideologiebefrachtet diskutierbar sein. *Detlef Lehnert, Berlin*

Franz Walter, Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus. Mit einem Nachwort von Peter Lösche, Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1986, 280 S., geb., 34 DM.

Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), K. G. Saur Verlag, München etc. 1990, XVII + 634 S., Ln., 68 DM.

Alfred Hermann, Die Geschichte der pfälzischen USPD, Verlag Pfälzische Post, Neustadt/Weinstr. 1989, 415 S., kart., 32,80 DM.

Die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung ist seit den 70er Jahren zunehmend von sozialgeschichtlichen Forschungsansätzen beeinflußt worden. Ein umfassender Paradigmenwechsel indessen hat sich damit keineswegs vollzogen. Dies belegt der ungebrochene Strom theorie- und organisationsgeschichtlicher wie auch biographischer Arbeiten eher konventionellen Zuschnitts. Der Untertitel von Franz Walters Studie über den Weimarer Jungsozialismus signalisiert allerdings, daß der Autor sich darin – im Gegensatz zu früheren Arbeiten[1] – stärker der Frage nach den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Voraussetzungen als nach den praktisch-politischen Konsequenzen theoretischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie zuwenden werde. Um »einen gelungenen Versuch integraler Geschichtsschreibung« jedoch, »bei dem die Geschichte einer Organisation mit Milieu- und Lebenslagenhistorie ihrer Mitglieder sowie Theoriegeschichte mit Hilfe bestimmter analytischer Kategorien systematisch (und eben nicht additiv-eklektisch) verbunden worden ist«, wie sein Mentor Peter Lösche das Werk in einem Nachwort feiert (S. 247), handelt es sich nicht. Darüber vermag auch Walters Versuch nicht hinwegzutäuschen, seinen Ansatz mentalitätsgeschichtlich zu akzentuieren. Vielmehr hat er eine gut lesbare, wenngleich bisweilen allzu prätentiös formulierte Geschichte jener theoretischen Auseinandersetzungen geschrieben, welche sich die Mitglieder und Fraktionen einer Organisation geliefert haben, die Zeit ihres Bestehens nur eine verschwindende Minderheit selbst der sozialdemokratischen Jugend erreicht hat. Und als solche ist und bleibt das Buch sicherlich eine lohnende Lektüre. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Walter mangels archivalischer Quellen der Mühsal unterzogen hat, Zeitungen und andere gedruckte Materialien akribisch auszuwerten, und weil es ihm darüber hinaus gelungen ist, immerhin noch ein halbes Hundert Zeitzeugen zu befragen. Im übrigen bleibt fairerweise anzumerken, daß Walter mittlerweile eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat, die dem oben zitierten Anspruch bedeutend näher kommen als seine nun schon ein wenig bejahrte Göttinger Dissertation.[2]

1 *Gerd Storm/Franz Walter*, Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? Mit einem Nachwort von Detlev Lehnert, Berlin 1984.

2 So etwa die drei bislang erschienenen Bände der von Peter Lösche herausgegebenen Reihe »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik« (Bonn 1990–1992). Mit Blick auf den Erscheinungstermin der hier angezeigten Studie legt der Rezensent Wert auf den Hinweis, daß ihm der Titel erst vor einiger Zeit zur nachträglichen Anzeige überantwortet worden ist.

these eines Primats der organisationsgebundenen Zweckrationalität vor universalistischer Wertrationalität die spezifischen Qualitäten und Defizite Eberts künftig beiderseits weniger ideologiebefrachtet diskutierbar sein. *Detlef Lehnert, Berlin*

Franz Walter, Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus. Mit einem Nachwort von Peter Lösche, Verlag Europäische Perspektiven, Berlin 1986, 280 S., geb., 34 DM.

Diethard Hennig, Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie (= Schriftenreihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), K. G. Saur Verlag, München etc. 1990, XVII + 634 S., Ln., 68 DM.

Alfred Hermann, Die Geschichte der pfälzischen USPD, Verlag Pfälzische Post, Neustadt/Weinstr. 1989, 415 S., kart., 32,80 DM.

Die Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung ist seit den 70er Jahren zunehmend von sozialgeschichtlichen Forschungsansätzen beeinflußt worden. Ein umfassender Paradigmenwechsel indessen hat sich damit keineswegs vollzogen. Dies belegt der ungebrochene Strom theorie- und organisationsgeschichtlicher wie auch biographischer Arbeiten eher konventionellen Zuschnitts. Der Untertitel von Franz Walters Studie über den Weimarer Jungsozialismus signalisiert allerdings, daß der Autor sich darin – im Gegensatz zu früheren Arbeiten[1] – stärker der Frage nach den gesellschaftlichen und milieuspezifischen Voraussetzungen als nach den praktisch-politischen Konsequenzen theoretischer Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie zuwenden werde. Um »einen gelungenen Versuch integraler Geschichtsschreibung« jedoch, »bei dem die Geschichte einer Organisation mit Milieu- und Lebenslagenhistorie ihrer Mitglieder sowie Theoriegeschichte mit Hilfe bestimmter analytischer Kategorien systematisch (und eben nicht additiv-eklektisch) verbunden worden ist«, wie sein Mentor Peter Lösche das Werk in einem Nachwort feiert (S. 247), handelt es sich nicht. Darüber vermag auch Walters Versuch nicht hinwegzutäuschen, seinen Ansatz mentalitätsgeschichtlich zu akzentuieren. Vielmehr hat er eine gut lesbare, wenngleich bisweilen allzu prätentiös formulierte Geschichte jener theoretischen Auseinandersetzungen geschrieben, welche sich die Mitglieder und Fraktionen einer Organisation geliefert haben, die Zeit ihres Bestehens nur eine verschwindende Minderheit selbst der sozialdemokratischen Jugend erreicht hat. Und als solche ist und bleibt das Buch sicherlich eine lohnende Lektüre. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich Walter mangels archivalischer Quellen der Mühsal unterzogen hat, Zeitungen und andere gedruckte Materialien akribisch auszuwerten, und weil es ihm darüber hinaus gelungen ist, immerhin noch ein halbes Hundert Zeitzeugen zu befragen. Im übrigen bleibt fairerweise anzumerken, daß Walter mittlerweile eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat, die dem oben zitierten Anspruch bedeutend näher kommen als seine nun schon ein wenig bejahrte Göttinger Dissertation.[2]

1 *Gerd Storm/Franz Walter*, Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? Mit einem Nachwort von Detlev Lehnert, Berlin 1984.

2 So etwa die drei bislang erschienenen Bände der von Peter Lösche herausgegebenen Reihe »Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik« (Bonn 1990–1992). Mit Blick auf den Erscheinungstermin der hier angezeigten Studie legt der Rezensent Wert auf den Hinweis, daß ihm der Titel erst vor einiger Zeit zur nachträglichen Anzeige überantwortet worden ist.

Die Frage, ob gerade biographische Studien zu den dringlicheren Desiderata der Arbeiterbewegungsgeschichte gehören, soll hier nicht diskutiert werden. Diethart Hennig jedenfalls beantwortet sie für seinen Teil positiv – unter der Voraussetzung allerdings, daß der Biograph imstande sei, »die Geschichte der politischen Persönlichkeit mit der Geschichte der sozialen Gruppen und der politischen Institutionen, in denen die Persönlichkeit agiert, von denen sie beeinflußt, gesteuert wird und auf die sie Einfluß nehmen will und kann, sinnvoll zu verbinden.« (S. 3) Und im übrigen böten revolutionäre Krisensituationen in ihrer vergleichsweisen Offenheit dem handelnden Individuum größere Handlungsspielräume, als dies in politisch weniger bewegten Zeiten der Fall sei. Hennig konzentriert seine Darstellung denn auch zeitlich auf jene Phase im politischen Wirken von Johannes Hoffmann, welche das Bild des pfälzisch-bayerischen Sozialdemokraten bis heute nachhaltig prägt: Die revolutionären und nachrevolutionären Anfänge der bayerischen Republik, als deren erster Ministerpräsident Hoffmann 1919/20 eine höchst umstrittene Rolle gespielt hat. Zunächst jedoch lenkt er den Blick auf die Jugend und die frühen Jahre des einstmaligen Volksschullehrers. Inwieweit war dessen persönlicher Werdegang typisch für jene Generation sozialdemokratischer Politiker des späten Kaiserreichs, die sich 1918/19 der revolutionären Herausforderung gegenübersahen? Lagen ihre und seine (Fehl-)Entscheidungen womöglich in ihrer Biographie begründet?

Herkunft und beruflicher Werdegang Hoffmanns zumindest prädestinierten ihn nicht zum Exponenten der politischen Arbeiterbewegung. Geboren 1867 im klein(st)bäuerlich-proletaroiden, protestantisch-liberalen Milieu der bayerischen Südpfalz, absolvierte der früh gescheiterte Oberschüler die rigide, stark kirchlich beeinflußte Ausbildung zum Volksschullehrer. Das anvisierte Universitätsstudium blieb ihm verwehrt; ebenso – nach dem mit bitterer Enttäuschung quittierten Verdikt der Musterungsbehörde – ein weiteres Attribut des wilhelminischen Bürgertums: der begehrte Status des Reserveoffiziers. Antiaristokratismus, Antiklerikalismus und latenter Antimilitarismus waren die Hinterlassenschaften dieser frühen Lebensperioden. Hinzu kam einerseits ein ausgeprägter Hang zur asketisch-autoritären Lebensführung – durch das Elend der Kindheitsjahre und die kärglichen Lehrerbezüge erzwungen, doch wohl zusehends bis zur tyrannisch-skurrilen Attitüde verinnerlicht – und andererseits ein ausgeprägter Aufstiegsdrang. Den letzteren vermochte das Dasein des Volksschullehrers offenbar von Beginn an nicht zu befriedigen. Jedenfalls begann sich Hoffmann, nunmehr in der nationalliberal geprägten Provinzmetropole Kaiserslautern angestellt, neben seiner Mitarbeit im Lehrerverband schon frühzeitig politisch zu engagieren. Zunächst nationalliberal orientiert, wandte er sich bald den Demokraten zu. 1899 rückte er über deren Liste in den Stadtrat ein, wo er rasch in Kontakt mit reformorientierten Vertretern der SPD kam. Dies und die berufsbedingte, durch eigene Kindheitseindrücke unterlegte Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und Not entfremdeten ihn binnen weniger Jahre auch dem Linksliberalismus.

1905 begann Hoffmanns ehrenamtliche Mitarbeit im örtlichen Arbeitersekretariat der Gewerkschaften, und bereits im folgenden Jahr erschienen – unter Pseudonym – seine ersten Artikel im regionalen SPD-Organ, der »Pfälzer Post«. Diese Aktivitäten waren, wie Hennig überzeugend darlegt, Ausdruck einer sozialistischen Umorientierung, die – idealistisch-ethisch fundiert – von Beginn an auf eine Praxis der kleinen Schritte ausgerichtet war. Ebenso waren sie aber Teil der Anstrengungen Hoffmanns, der Enge und Perspektivlosigkeit seiner beruflichen Existenz zu entrinnen. Seit längerem schon hatte er die schmerzlich empfundenen Unzulänglichkeiten seiner Lehrerausbildung durch autodidaktische Studien zu kompensieren versucht, und 1903/1904 schließlich ließ er sich gar ohne Bezüge beurlauben, um an der Frankfurter »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften« Kurse zu belegen. Diese mühsam erworbenen Zusatzqualifikationen verschafften ihm eine nebenamtliche Tätigkeit an der städtischen Fortbildungsschule, doch viel höher hinaus konnte dieser Weg nicht führen. Auch unter diesem Aspekt war es folgerichtig,

daß der durch Herkunft und herrschende Verhältnisse in seinem Aufstiegsstreben gehemmte Volksschullehrer nun im alternativen Milieu der Arbeiterbewegung nach Selbstbestätigung zu suchen begann.

Hoffmanns Weg zur Sozialdemokratie bestätigt mithin eine Erkenntnis, die auch Wolfram Wettes Noske-Biographie (1987) vermittelt: Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft des Kaiserreichs stellte die Sozialdemokratie einen der wenigen Aufstiegskanäle für ambitionierte Persönlichkeiten kleinbürgerlicher Provenienz dar, die ihre politische Heimat unter weniger restriktiven Bedingungen wahrscheinlich weiter rechts im Parteienspektrum gefunden hätten. Deren frühere Sozialisationserfahrungen indessen prägten ihr Denken und Handeln nach wie vor – und zwar besonders auch dann, wenn sie in Krisensituationen fest internalisierte Wertorientierungen wie »Ordnung« oder »Nation« durch Teile der Arbeiterschaft radikal in Frage gestellt sahen.

Nach seinem Einzug in den bayerischen Landtag 1908 profilierte sich Hoffmann alsbald als Verfechter des süddeutschen Reformismus. Schwerpunkte seines parlamentarischen Engagements waren bezeichnenderweise die soziale Öffnung des Bildungswesens und die Belange der kleinbäuerlichen Schichten. In diesem Kurs sah er sich 1912 durch seinen Wahlsieg in einem linksliberal-kleinbäuerlich geprägten Reichstagswahlkreis der Pfalz bestätigt. Innerhalb der Reichstagsfraktion war Hoffmann dann einer der ersten, welche die kaiserliche Regierung während der Juli-Krise 1914 ihrer nationalen Loyalität versicherten; andererseits ließ der ihm eigene Rigorismus ihn später auch nicht mit Kritik an der deutschen Kriegszielpolitik sparen, und seit dem Sommer 1917 verweigerte er den Kreditvorlagen der Regierung offen seine Zustimmung. Der USPD schloß er sich gleichwohl nicht an. Persönliches Sicherheitsstreben und tiefsitzende Disziplinvorstellungen, so interpretiert Hennig diese Zurückhaltung, ließen Hoffmann an der Einheit seiner Partei festhalten, die er nicht zuletzt als antirevolutionären Faktor begriff.

Anders als in der Reichstagsfraktion gewann Hoffmann gegen Ende des Krieges steigenden Einfluß innerhalb der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag; auch auf seiten der bürgerlichen Parteien genoß er als prononcierter Vertreter einer Politik der Revolutionsvermeidung wachsendes Ansehen; und zugleich setzte er sich dafür ein, nicht sämtliche Brükken zur radikalen Linken abzubrechen. So war es kein Zufall, daß ausgerechnet er im März 1919 als Kompromißkandidat von Mehrheitssozialdemokraten und Bürgerlichen zum Ministerpräsidenten gekürt wurde, um die revolutionäre Situation zu entschärfen. Gestützt auf den erstmals zugänglichen Nachlaß, zeichnet Hennig in allen Details die Versuche Hoffmanns nach, im Zeichen des faktischen Ausnahmezustands einen linksradikalen Coup zu verhindern und die parlamentarischen Institutionen zu stabilisieren. Bei aller Anerkennung der Zielsetzungen und der persönlichen Lauterkeit Hoffmanns spart er dabei nicht mit Kritik an dem polarisierenden Kurs, den der sozialdemokratische Regierungschef nun einschlug. Die fatale Ereigniskette Räterepublik – Gegenrevolution – Machtübernahme rechtskonservativer Kräfte im Gefolge des Kapp-Lüttwitz-Putsches führt er nicht allein, aber doch auch auf die Unfähigkeit Hoffmanns zurück, die gemäßigte Linke durch Zugeständnisse in ihr wichtigen Fragen (z. B. Status der Räte, Sozialisierung) zu integrieren und für seine Politik in der Öffentlichkeit offensiv einzutreten. Statt dessen steuerte er starr einen etatistisch-gouvernementalen Kurs, der letzten Endes Wasser auf die Mühlen jener konservativ-reaktionären Kräfte leitete, denen er im Herbst 1923 mit einem taktisch völlig mißlungenen Abtrennungscoup zumindest »seine« Pfalz vergeblich wieder zu entreißen trachtete.

Hennigs faktenreiche, streckenweise allzu breit angelegte und nicht immer stilsichere Analyse der Jahre 1919/20 und 1923 nährt die überlieferten Zweifel an den praktisch-politischen Fähigkeiten des Johannes Hoffmann. Andererseits wird aber auch deutlich, daß jene linksintellektuellen Zeitgenossen und späteren Interpreten der bayerischen Revolutionsmonate, die ihn in eine Reihe mit Noske gestellt haben, der Persönlichkeit und dem

Handeln dieses Pfälzer Rigoristen keineswegs gerecht geworden sind. Die grundsätzliche Skepsis des Rezensenten gegenüber dem (einzel-)biographischen Zugang zur modernen Arbeiterbewegungsgeschichte ist durch die Lektüre gleichwohl nicht ausgeräumt worden. So zeichnet Hennig manchen Ereignisablauf nochmals in extenso nach, der durch die bisherige Literatur bereits hinreichend erhellt ist. Und ausgerechnet bei der Analyse einer historischen Phase, die bekanntermaßen stark durch sogenannte »Massenbewegungen« geprägt worden ist, werden kaum einmal sozialgeschichtliche Bezüge hergestellt: Warum liefen welche Teile ihrer sozialen »Basis« den Mehrheitssozialdemokraten während des Krieges und der Revolution davon, wie nahm Hoffmann diesen Prozeß wahr, und welche praktischen Konsequenzen zog er daraus? Solche Fragen erörtert Hennig nicht in hinreichendem Maße, obwohl sie doch von entscheidender Bedeutung für seine Ausgangsthesen wären. Dessenungeachtet – mit seiner eindrucksvollen Forschungsleistung leistet Hennig einen wichtigen Beitrag zur »Historisierung« der nach wie vor umstrittenen Rolle, welche die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution gespielt hat.

Die Folgen seiner polarisierenden Politik bekam Hoffmann auch in der heimatlichen Pfalz zu spüren. Nach seinem Scheitern in München präsentierte ihn die SPD bei den Kommunalwahlen Mitte 1920 als Oberbürgermeister-Kandidaten in der Industriemetropole Ludwigshafen. Die dortige USPD nahm diese Nominierung als Provokation, und ihr Aufruf zum Wahlboykott verhalf dem bürgerlichen Konkurrenten zum Sieg. Wieder einmal hatte die Spaltung der Arbeiterbewegung wichtiges Terrain gekostet. Alfred Hermann zeichnet deren Geschichte in seiner Mannheimer Dissertation am Beispiel der USPD in der Pfalz nach. Ein Vorhaben, das durch die Quellenlage nicht eben begünstigt worden ist. Archivalische Überlieferungen sind weder für die USPD noch für die SPD der bayerischen Exklave in nennenswertem Umfang vorhanden, und auch in den deutschen Verwaltungsakten ist er nur selten fündig geworden. So stützt sich die Arbeit im wesentlichen auf die Durchsicht der Regionalpresse und anderer gedruckter Materialien sowie auf die Akten der französischen Besatzungsmacht.

Unter der Überschrift »Problemstellung« referiert Hermann eingangs die unterschiedlichen Einschätzungen der USPD in der bisherigen Literatur; er verzichtet allerdings darauf, im Anschluß daran eine eigene Fragestellung zu entwickeln, aus der hervorginge, welchen spezifischen Beitrag seine regionale Fallstudie zum vertieften Verständnis der Rolle jenes flüchtigen Phänomens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und Parteienlandschaft leisten soll und kann. Statt dessen macht er den Leser zunächst mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Eigenheiten seines Untersuchungsfeldes vertraut, um dann Entstehung, Entwicklung und Niedergang der USPD in der Pfalz in fünf Kapiteln chronologisch abzuhandeln. Mit Rücksicht auf die disparate Quellenlage und aus forschungspragmatischen Gründen konzentriert sich Hermann dabei auf die organisatorische Entwicklung; sowohl die kommunalpolitische als auch die betriebliche und gewerkschaftliche Ebene bleiben ausgespart. Insbesondere letzteres stellt ein schwerwiegendes Manko dar, denn wo sonst ließe sich Hermanns Abschlußthese empirisch befriedigend überprüfen, daß die USPD nicht bloß ein temporäres Produkt des Krieges und der Krise des sozialdemokratischen Zentrismus gewesen sei, sondern die originäre Parteibildung einer »neue[n], radikale[n] Arbeitergeneration«, deren Chance, sich »als linke, selbständige Arbeiterpartei« zu etablieren, zuvörderst durch eine externe Intervention – nämlich die ihr von der Komintern zur Unzeit aufgezwungene Anschlußdebatte – zerstört worden sei. (S. 322 f.) Ersatzweise analysiert Hermann fragmentarische Mitgliederlisten und Verzeichnisse der USPD-Kandidaten zu den Kommunalwahlen im April 1920 unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten. Sein Befund deckt sich mit dem, was bislang bereits über die Rekrutierungsbasis der USPD bekannt war: Die Partei wies – auch im Vergleich zur SPD – einen hohen Arbeiteranteil auf. In dieser Gruppe dominierten An- und Ungelernte, doch waren (vor allem unter den Funktionären) auch bestimmte Facharbeiter (vornehm-

lich aus metallverarbeitenden Berufen) stark vertreten, denen die Dequalifikation drohte.

Diese Feststellungen sind schwerlich geeignet, Hermanns These nachhaltig zu stützen, die USPD sei mehr gewesen als eine zeitgebundene Mischung aus Anti-Kriegsbewegung und »proletarischer Protestpartei« (H. A. Winkler) gegen die sozialen Konsequenzen des verlorenen Waffengangs. Und weder der Hinweis auf den von ihm detailliert geschilderten Aufschwung der Parteiorganisation *nach* der Revolution, der auch in der Pfalz offenkundig bereits *vor* der Spaltung seinen Zenit überschritten hatte, noch auf das Vorhandensein einiger fähiger Funktionäre, die später zumeist in der SPD reüssierten, vermag an diesem Urteil Substantielles zu ändern. Zwar bietet die jüngste deutsche Parteiengeschichte ein Beispiel dafür, daß die Metamorphose einer heterogenen Protestbewegung zur dauerhaften Parteiorganisation – mit viel Aufwand an Schmerzen und Zeit – gelingen kann, wenn die Umstände günstig sind. Doch allzu wenig spricht dafür, daß die USPD jemals während ihrer kurzen Geschichte auf dem Weg in diese Richtung gewesen wäre. Zu spezifisch waren die Ursachen ihres Aufstiegs: der Krieg und die durch ihn ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen bis zum Ende der Inflationsperiode; zu einseitig beschränkten sich Programm und erst recht Politik der Parteimehrheit auf die Negation der »nationalen Einheitsfront« während des Krieges und der Separatistenkämpfe, der parlamentarisch-gouvernementalen Koalitionspolitik der MSPD wie des revolutionären Putschismus der Kommunisten, des Sozialpartnerschaftskurses der freigewerkschaftlichen Führung wie des Syndikalismus der Arbeiterunionen. Wenn es ihn denn je gegeben haben sollte, jenen vielbeschworenen »Dritten Weg« zwischen dem sozialdemokratischen Etatismus eines Johannes Hoffmann und der bolschewistischen Revolution à la KPD – die USPD repräsentierte ihn offenkundig nicht[3], weder in der Pfalz noch anderswo. *Michael Ruck, Mannheim*

Dagmar Kift, Arbeiterkultur im gesellschaftlichen Konflikt. Die englische Music Hall im 19. Jahrhundert (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 7), Klartext Verlag, Essen 1991, 240 S., kart., 38 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: das kleine, bebilderte, unscheinbar daherkommende Buch über die englische Music Hall ist eine vorzügliche Studie, die Beachtung verdient. Das betrifft Inhalt, Ansatz und Ergebnisse. Zum Inhalt: Nach einer forschungsgeschichtlichen und methodischen Einleitung behandelt Kapitel 2 Geschichte, Programm und Publikum der Music Hall von ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Höhepunkt an seinem Ende. Kapitel 3 rekonstruiert und analysiert die Auseinandersetzungen um diese kommerzielle Unterhaltungsindustrie für die Arbeiterschaft an typischen lokalen Beispielen. In chronologischen Abschnitten untersucht die Autorin die jeweils im Vordergrund stehenden Konfliktfelder: Konkurrenzkämpfe im Freizeitbereich, Alkoholfrage, Programminhalte und Prostitution. Eine einordnende Zusammenfassung schließt den Band ab. Im Unterschied zur älteren, überwiegend anekdotischen Literatur steht in der gesamten Abhandlung die Londoner Szene nicht im Vordergrund, sondern wird die Kultur in den Industriegebieten Lancashires und Yorkshires, wo sich die Music Halls am stärksten entwickelten, schwerpunktmäßig erforscht und in ihrer Andersartigkeit und Eigenart erklärt. Die Provinz erfährt hier gegenüber der Metropole zu Recht eine Aufwertung. Anders

3 Zu dem gleichen Urteil gelangen im übrigen *Storm* und *Walter* (Anm. 1) mit Blick auf die sozialistische Linke der späteren Weimarer Jahre; sie verstehen ihren Versuch insoweit auch »als vorsichtige Rehabilitierung des ›rechten Zentrismus‹« in der Sozialdemokratie. (S. 6)

lich aus metallverarbeitenden Berufen) stark vertreten, denen die Dequalifikation drohte.

Diese Feststellungen sind schwerlich geeignet, Hermanns These nachhaltig zu stützen, die USPD sei mehr gewesen als eine zeitgebundene Mischung aus Anti-Kriegsbewegung und »proletarischer Protestpartei« (H. A. Winkler) gegen die sozialen Konsequenzen des verlorenen Waffengangs. Und weder der Hinweis auf den von ihm detailliert geschilderten Aufschwung der Parteiorganisation *nach* der Revolution, der auch in der Pfalz offenkundig bereits *vor* der Spaltung seinen Zenit überschritten hatte, noch auf das Vorhandensein einiger fähiger Funktionäre, die später zumeist in der SPD reüssierten, vermag an diesem Urteil Substantielles zu ändern. Zwar bietet die jüngste deutsche Parteiengeschichte ein Beispiel dafür, daß die Metamorphose einer heterogenen Protestbewegung zur dauerhaften Parteiorganisation – mit viel Aufwand an Schmerzen und Zeit – gelingen kann, wenn die Umstände günstig sind. Doch allzu wenig spricht dafür, daß die USPD jemals während ihrer kurzen Geschichte auf dem Weg in diese Richtung gewesen wäre. Zu spezifisch waren die Ursachen ihres Aufstiegs: der Krieg und die durch ihn ausgelösten wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen bis zum Ende der Inflationsperiode; zu einseitig beschränkten sich Programm und erst recht Politik der Parteimehrheit auf die Negation der »nationalen Einheitsfront« während des Krieges und der Separatistenkämpfe, der parlamentarisch-gouvernementalen Koalitionspolitik der MSPD wie des revolutionären Putschismus der Kommunisten, des Sozialpartnerschaftskurses der freigewerkschaftlichen Führung wie des Syndikalismus der Arbeiterunionen. Wenn es ihn denn je gegeben haben sollte, jenen vielbeschworenen »Dritten Weg« zwischen dem sozialdemokratischen Etatismus eines Johannes Hoffmann und der bolschewistischen Revolution à la KPD – die USPD repräsentierte ihn offenkundig nicht[3], weder in der Pfalz noch anderswo. *Michael Ruck, Mannheim*

Dagmar Kift, Arbeiterkultur im gesellschaftlichen Konflikt. Die englische Music Hall im 19. Jahrhundert (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 7), Klartext Verlag, Essen 1991, 240 S., kart., 38 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: das kleine, bebilderte, unscheinbar daherkommende Buch über die englische Music Hall ist eine vorzügliche Studie, die Beachtung verdient. Das betrifft Inhalt, Ansatz und Ergebnisse. Zum Inhalt: Nach einer forschungsgeschichtlichen und methodischen Einleitung behandelt Kapitel 2 Geschichte, Programm und Publikum der Music Hall von ihrer Entstehung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrem Höhepunkt an seinem Ende. Kapitel 3 rekonstruiert und analysiert die Auseinandersetzungen um diese kommerzielle Unterhaltungsindustrie für die Arbeiterschaft an typischen lokalen Beispielen. In chronologischen Abschnitten untersucht die Autorin die jeweils im Vordergrund stehenden Konfliktfelder: Konkurrenzkämpfe im Freizeitbereich, Alkoholfrage, Programminhalte und Prostitution. Eine einordnende Zusammenfassung schließt den Band ab. Im Unterschied zur älteren, überwiegend anekdotischen Literatur steht in der gesamten Abhandlung die Londoner Szene nicht im Vordergrund, sondern wird die Kultur in den Industriegebieten Lancashires und Yorkshires, wo sich die Music Halls am stärksten entwickelten, schwerpunktmäßig erforscht und in ihrer Andersartigkeit und Eigenart erklärt. Die Provinz erfährt hier gegenüber der Metropole zu Recht eine Aufwertung. Anders

3 Zu dem gleichen Urteil gelangen im übrigen *Storm* und *Walter* (Anm. 1) mit Blick auf die sozialistische Linke der späteren Weimarer Jahre; sie verstehen ihren Versuch insoweit auch »als vorsichtige Rehabilitierung des ›rechten Zentrismus‹« in der Sozialdemokratie. (S. 6)

als neuere Untersuchungen, die sich nur mit Einzelaspekten befassen, liefert Kift so eine inhaltlich und zeitlich umfassende Auseinandersetzung.

Zum Ansatz: Arbeiterkultur wird nicht wie lange üblich als Arbeiterbewegungskultur verstanden, sondern als Alltag und Lebensweise der Arbeiter, ohne sie allerdings als autonome Gegenkultur zur bürgerlichen aus ihrem Kontext zu lösen. Untersuchungsgegenstand ist hier ein bisher wenig behandelter, für das Verständnis der Arbeiterkultur in einem weiteren Sinne aber hochinteressanter Bereich: die kommerzielle Unterhaltungsindustrie. An ihr lassen sich einerseits die Einflüsse kultureller Massenprodukte, die von unternehmerischen Interessen bereitgestellt werden, auf den Alltag, und andererseits in umgekehrter Richtung der Einfluß von Tradition und Lebensweise der Arbeiter auf die Unterhaltungsindustrie untersuchen. Methodisch setzt sich Kift ausdrücklich von einer seit den 1970er Jahren vertretenen Perspektive der englischen Sozialgeschichtsschreibung ab, die im 19. Jahrhundert – in Abkehr von der »Whig-Interpretation« – einen Ausbau der Machtstellung der alten Eliten mit Hilfe einer umfassenden Sozialdisziplinierung sehen wollte. Als Leitfragen faßt sie statt dessen in Anlehnung an Gramscis Hegemoniekonzept vier Thesen zusammen, die wechselseitige Beeinflussung und Entwicklung miteinander konkurrierender Kulturen zulassen: 1) Die politische und soziale Elite versuchte durch Reform, Verbot und Reglementierung die sich herausbildende Arbeiterkultur anzupassen und zu bekämpfen, um einen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. 2) Dabei bestand zwischen Herrschenden und Beherrschten keineswegs immer eine klare Frontlinie. 3) Zwischen Absicht und Erfolg gab es erhebliche Unterschiede, denn die Adressaten der Bemühungen von oben erwiesen sich nicht als passive Rezipienten, sondern widerstanden, paßten die Reformangebote an oder zogen aus ihnen Gewinn für die eigenständige gesellschaftliche Position und ihre individuelle Existenz. 4) Verhalten änderte sich nicht unbedingt aufgrund von »sozialer Kontrolle«, sondern vielmehr durch Anpassung an veränderte sozioökonomische Lebensbedingungen oder als Ausdruck eigener Bedürfnisse. Unter diesen Gesichtspunkten kann die Autorin eine überzeugende sozialgeschichtliche Untersuchung vorlegen, die zu Erkenntnissen über das komplexe Verhältnis von Arbeiterschaft, Gesellschaft und Staat in der englischen Industriegesellschaft führt.

Zu den Ergebnissen nur kurz, denn die Lektüre lohnt: Das Publikum der Music Hall entstammte seit den Anfängen fast ausschließlich der Arbeiterschaft, bis in den 1890er Jahren alle gesellschaftlichen Schichten vertreten waren. Der untere Mittelstand nahm an dieser Kultur bereits früher teil, wenn auch häufig in getrennten Sitzbereichen. Männer und Frauen, Familien, Nachbarn und Arbeitskollegen genossen das Gesamtprogramm aus Geselligkeit, Essen, Trinken, Unterhaltung und Belehrung. Die Kommunikationszentren glichen damit kulturelle Defizite der nordenglischen Industriestädte aus. Sie waren aber nicht nur ein »Symbol des Trostes« (Stedman Jones), sondern unterstützten öffentlich die kulturelle Identität ihres Publikums, wobei die dort vorgeführten Inhalte und Verhaltensweisen im Gegensatz zu den Moralvorstellungen des viktorianischen Bürgertums standen. Die Untersuchung der heftigen Auseinandersetzungen um die Music Hall belegt im Sinne des geschilderten Ansatzes, daß die Frontstellung nicht ausschließlich entlang der Klassengrenzen verlief. Ein Teil ergab sich aus Konkurrenzkämpfen mit bestehenden Einrichtungen im Freizeitbereich (Pubs und Theater). In einem anderen Bereich (Alkoholdebatte) kam es zu unterschiedlichsten Bündnissen über Grenzen hinweg. Sehr gut bezieht die Autorin ein, wie die Kommunalverwaltung, die sich trotz der Reformen seit 1835 in einem Zustand der organisatorischen Unübersichtlichkeit befand, Einfluß auf die Konflikte nahm. Die These vom zunehmenden Staatsinterventionismus, zudem mit dem bestimmten Ziel sozialer Kontrolle, weist sie deutlich zugunsten eines ungleichmäßigen Prozesses der Bürokratisierung zurück. Am intolerantesten erwiesen sich die verschiedenen Reformgruppen, die partiell den Klassenaspekt in den Konflikt einbrachten, allerdings ohne staatliche Einrichtungen oder das gesamte Bürgertum uneingeschränkt hinter sich zu bekom-

men. Sie scheiterten letztlich mit ihren Disziplinierungsmaßnahmen an der Resistenz der britischen Arbeiterkultur, zu deren kultureller Identität auch die Music Hall mit der dort entwickelten eigenen »Respektabilität« beitrug. Das zeigt dieser inhaltlich anregende, methodisch wegweisende Band, dem andere Studien zur Unterhaltungs- und Freizeitindustrie folgen mögen. *Johannes Paulmann, London*

Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 6), Klartext Verlag, Essen 1990, 278 S., kart., 29,80 DM.

Als dritte traditionelle Säule der Arbeiterbewegung, neben der SPD und den freien Gewerkschaften, war auch der Arbeitersport während der Weimarer Republik von den heftigen Auseinandersetzungen der in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltenen Arbeiterparteien betroffen. Doch während sich die Wege der SPD und der KPD bereits am Ende des Kaiserreichs getrennt hatten, blieben sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter und Arbeitersportler trotz vielerlei Spannungen bis 1929 in gemeinsamen Organisationen vereint.

Für den Arbeitersport hat es Herbert Dierker in seiner Dissertation mit dem etwas nebulösen Titel »Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre« übernommen, den über ein Jahrzehnt schwelenden Konflikt zwischen »Reformisten« und »Revolutionären« bis zum endgültigen Auseinanderbrechen der deutschen Arbeitersportbewegung detailliert nachzuzeichnen. Ein Bruch, der, wie Dierker in seiner Ausgangsthese formuliert, aufgrund der generellen Differenzierung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager unvermeidlich war. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen zur deutschen Arbeitersportbewegung konzentriert sich Dierker nicht auf die nationale Ebene, die vor allem durch den »Arbeiter-Turn- und Sportbund« (ATSB) repräsentiert wurde. Er geht vielmehr vom internationalen Organisationsrahmen des Arbeitersports über den nationalen Verband zur lokalen Vereinsebene, am Beispiel Berlin, über. Doch so verdienstvoll vor allem die Einbeziehung der internationalen Sportpolitik ist, so ergeben sich aus der strikten Trennung der drei Untersuchungsebenen methodische Probleme. Zusammenhänge, Parallelen, aber auch Differenzen des Spaltungsprozesses im internationalen, im deutschen und im Berliner Arbeitersport lassen sich nur mit Hilfe vieler Rückverweise und Wiederholungen darstellen. Eine differenziertere chronologische Gliederung, welche die drei Untersuchungsebenen verflochten hätten, wäre sicherlich der Betonung der Interdependenzen, aber auch der Lesbarkeit zugute gekommen.

Die Schuldfrage der Spaltung, lange Zeit Lieblingsthema der DDR-Sporthistoriographie, aber auch mit umgekehrten Vorzeichen von Horst Ueberhorst thematisiert, ist für Dierker irrelevant, da der Arbeitersport nur die längst eingeleitete Differenzierung der Arbeiterbewegung nachvollzog und die Konzeption der politischen Neutralität des Arbeitersports, die Mitte der 1920er Jahre die Konflikte überlagert hatte, sich nicht als tragfähig erwies. Nach der Spaltung bekannten sich beide Lager des Arbeitersports eindeutig zu einer der Arbeiterparteien, was vor allem durch die direkte Beteiligung des »Zentralkomitees für Arbeitersport« an Massenkundgebungen der sozialdemokratischen »Eisernen Front« sowie durch die Aktivitäten der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« an Demonstrationen der KPD deutlich zum Ausdruck kam.

men. Sie scheiterten letztlich mit ihren Disziplinierungsmaßnahmen an der Resistenz der britischen Arbeiterkultur, zu deren kultureller Identität auch die Music Hall mit der dort entwickelten eigenen »Respektabilität« beitrug. Das zeigt dieser inhaltlich anregende, methodisch wegweisende Band, dem andere Studien zur Unterhaltungs- und Freizeitindustrie folgen mögen. *Johannes Paulmann, London*

Herbert Dierker, Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre. Sportpolitik und Alltagserfahrungen auf internationaler, deutscher und Berliner Ebene (= Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur der Stadt Dortmund, Reihe 2, Bd. 6), Klartext Verlag, Essen 1990, 278 S., kart., 29,80 DM.

Als dritte traditionelle Säule der Arbeiterbewegung, neben der SPD und den freien Gewerkschaften, war auch der Arbeitersport während der Weimarer Republik von den heftigen Auseinandersetzungen der in Sozialdemokraten und Kommunisten gespaltenen Arbeiterparteien betroffen. Doch während sich die Wege der SPD und der KPD bereits am Ende des Kaiserreichs getrennt hatten, blieben sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter und Arbeitersportler trotz vielerlei Spannungen bis 1929 in gemeinsamen Organisationen vereint.

Für den Arbeitersport hat es Herbert Dierker in seiner Dissertation mit dem etwas nebulösen Titel »Arbeitersport im Spannungsfeld der Zwanziger Jahre« übernommen, den über ein Jahrzehnt schwelenden Konflikt zwischen »Reformisten« und »Revolutionären« bis zum endgültigen Auseinanderbrechen der deutschen Arbeitersportbewegung detailliert nachzuzeichnen. Ein Bruch, der, wie Dierker in seiner Ausgangsthese formuliert, aufgrund der generellen Differenzierung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager unvermeidlich war. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen zur deutschen Arbeitersportbewegung konzentriert sich Dierker nicht auf die nationale Ebene, die vor allem durch den »Arbeiter-Turn- und Sportbund« (ATSB) repräsentiert wurde. Er geht vielmehr vom internationalen Organisationsrahmen des Arbeitersports über den nationalen Verband zur lokalen Vereinsebene, am Beispiel Berlin, über. Doch so verdienstvoll vor allem die Einbeziehung der internationalen Sportpolitik ist, so ergeben sich aus der strikten Trennung der drei Untersuchungsebenen methodische Probleme. Zusammenhänge, Parallelen, aber auch Differenzen des Spaltungsprozesses im internationalen, im deutschen und im Berliner Arbeitersport lassen sich nur mit Hilfe vieler Rückverweise und Wiederholungen darstellen. Eine differenziertere chronologische Gliederung, welche die drei Untersuchungsebenen verflochten hätten, wäre sicherlich der Betonung der Interdependenzen, aber auch der Lesbarkeit zugute gekommen.

Die Schuldfrage der Spaltung, lange Zeit Lieblingsthema der DDR-Sporthistoriographie, aber auch mit umgekehrten Vorzeichen von Horst Ueberhorst thematisiert, ist für Dierker irrelevant, da der Arbeitersport nur die längst eingeleitete Differenzierung der Arbeiterbewegung nachvollzog und die Konzeption der politischen Neutralität des Arbeitersports, die Mitte der 1920er Jahre die Konflikte überlagert hatte, sich nicht als tragfähig erwies. Nach der Spaltung bekannten sich beide Lager des Arbeitersports eindeutig zu einer der Arbeiterparteien, was vor allem durch die direkte Beteiligung des »Zentralkomitees für Arbeitersport« an Massenkundgebungen der sozialdemokratischen »Eisernen Front« sowie durch die Aktivitäten der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit« an Demonstrationen der KPD deutlich zum Ausdruck kam.

Doch trotz dieser offensichtlich starken politischen Polarisierung des Arbeitersports am Ende der Weimarer Republik sind Vorbehalte angebracht, wie weit über die Funktionärsebene hinaus der Parteienkonflikt auch die sportlich aktiven Vereinsmitglieder berührte. In seinem letzten Kapitel geht Dierker auf diese Frage ein, indem er die schriftliche Quellenbasis verläßt, die vor allem die Führungsebene der Verbände und Vereine widerspiegelt, und sich mit der Methode der Oral History den einfachen Vereinsmitgliedern zuwendet. Nicht nur, daß diese Vereinsmitglieder in weitaus geringerem Maße parteipolitisch gebunden waren als ihre Führung, nach der Spaltung blieben langjährige Mitglieder sogar häufig »ihrem« Arbeitersportverein trotz divergierender parteipolitischer Affinitäten treu. Das heißt, KPD-Anhänger verließen ebensowenig automatisch die ATSB-Vereine wie SPD-Anhänger die der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit«. Persönliche Freundschaften, gemeinsame sportliche Erfolge und das vertraute soziale Milieu waren häufig stärker als abstrakte Parteipolitik. Wie auch bei der Auseinandersetzung mit der »bürgerlichen« Sportbewegung, dem eigentlichen Hauptkonflikt des Arbeitersports während der vier Jahrzehnte seines Bestehens, deutet manches darauf hin, daß die Funktionäre des Arbeitersports auch bei der Spaltung ihrer Organisationen die politisch-ideologische Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder überschätzten. Schade nur, daß in der vorliegenden Studie dieses Problem zwar erkannt, jedoch im Vergleich zur Darstellung aus der Sicht der Funktionäre nur marginal behandelt wird. *Martin L. Müller, Frankfurt/Main*

Willi L. Guttsman, Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, Berg, New York etc. 1990, 332 S., Ln., 27,50 £.

Die hier anzuzeigende Arbeit von Guttsman bietet die kenntnisreichste, detaillierteste und umfänglichste Darstellung zur Geschichte sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterkulturorganisationen und Arbeiterkultur in der Weimarer Republik. Die einschlägige Sekundärliteratur ist vom Verfasser fast vollständig ausgewertet worden, er hat zudem zeitgenössische Publikationen zur Arbeiterkultur sowie ausgewählte publizistische Quellen herangezogen. Der Fortschritt in der Forschung, der im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiet erreicht wurde, ist unverkennbar, gerade im Vergleich zu H. Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien (1980), aber auch zu W. van der Will und R. Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik (1982). Im Methodologischen und in der Formulierung von Thesen bleibt die Darstellung ausgewogen, ja fast ohne jene Spannung, die erst durch neugieriges Fragen erzeugt wird. So wird ein gleichsam mittlerer Kulturbegriff benutzt, ohne daß dieser allerdings präziser gefaßt würde: Kultur umfaßt danach sowohl die »feine« ästhetische Kultur der Theater oder die der Dichtung wie jene alltägliche Praxis, die sich in bestimmten Organisationen der Arbeitersportler oder der Jugend entfaltete. Zu Recht wendet Guttsman sich gegen die in der Sekundärliteratur stellenweise rigide vollzogene Trennung von Arbeiterbewegungskultur und Arbeiterkultur, beide – so sein Argument – hängen miteinander zusammen, er revidiert mithin die Revisionisten. Was die Arbeiterorganisationen selbst zusammenhielt, so die treffende Beobachtung des Autors, im Anschluß an Vester und andere formuliert, war die Solidarität.

Der große Vorzug dieser Publikation liegt in der soliden und differenzierten, trotz des farbigen Untersuchungsgegenstandes fast trocken wirkenden und breit ausladenden Darstellung. Der Bogen wird in den elf Kapiteln des Buches gespannt von der Geschichte der Arbeiterkulturbewegung im Wilhelminismus über die Kulturtheorie der Sozialdemokratie und die Darstellung verschiedener Arbeiterkulturorganisationen bis hin zu neuen Lebensstilen, wie sie in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zu entwickeln versucht

Doch trotz dieser offensichtlich starken politischen Polarisierung des Arbeitersports am Ende der Weimarer Republik sind Vorbehalte angebracht, wie weit über die Funktionärsebene hinaus der Parteienkonflikt auch die sportlich aktiven Vereinsmitglieder berührte. In seinem letzten Kapitel geht Dierker auf diese Frage ein, indem er die schriftliche Quellenbasis verläßt, die vor allem die Führungsebene der Verbände und Vereine widerspiegelt, und sich mit der Methode der Oral History den einfachen Vereinsmitgliedern zuwendet. Nicht nur, daß diese Vereinsmitglieder in weitaus geringerem Maße parteipolitisch gebunden waren als ihre Führung, nach der Spaltung blieben langjährige Mitglieder sogar häufig »ihrem« Arbeitersportverein trotz divergierender parteipolitischer Affinitäten treu. Das heißt, KPD-Anhänger verließen ebensowenig automatisch die ATSB-Vereine wie SPD-Anhänger die der »Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit«. Persönliche Freundschaften, gemeinsame sportliche Erfolge und das vertraute soziale Milieu waren häufig stärker als abstrakte Parteipolitik. Wie auch bei der Auseinandersetzung mit der »bürgerlichen« Sportbewegung, dem eigentlichen Hauptkonflikt des Arbeitersports während der vier Jahrzehnte seines Bestehens, deutet manches darauf hin, daß die Funktionäre des Arbeitersports auch bei der Spaltung ihrer Organisationen die politisch-ideologische Mobilisierbarkeit ihrer Mitglieder überschätzten. Schade nur, daß in der vorliegenden Studie dieses Problem zwar erkannt, jedoch im Vergleich zur Darstellung aus der Sicht der Funktionäre nur marginal behandelt wird. *Martin L. Müller, Frankfurt/Main*

Willi L. Guttsman, Workers' Culture in Weimar Germany. Between Tradition and Commitment, Berg, New York etc. 1990, 332 S., Ln., 27,50 £.

Die hier anzuzeigende Arbeit von Guttsman bietet die kenntnisreichste, detaillierteste und umfänglichste Darstellung zur Geschichte sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterkulturorganisationen und Arbeiterkultur in der Weimarer Republik. Die einschlägige Sekundärliteratur ist vom Verfasser fast vollständig ausgewertet worden, er hat zudem zeitgenössische Publikationen zur Arbeiterkultur sowie ausgewählte publizistische Quellen herangezogen. Der Fortschritt in der Forschung, der im letzten Jahrzehnt auf diesem Gebiet erreicht wurde, ist unverkennbar, gerade im Vergleich zu H. Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien (1980), aber auch zu W. van der Will und R. Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik (1982). Im Methodologischen und in der Formulierung von Thesen bleibt die Darstellung ausgewogen, ja fast ohne jene Spannung, die erst durch neugieriges Fragen erzeugt wird. So wird ein gleichsam mittlerer Kulturbegriff benutzt, ohne daß dieser allerdings präziser gefaßt würde: Kultur umfaßt danach sowohl die »feine« ästhetische Kultur der Theater oder die der Dichtung wie jene alltägliche Praxis, die sich in bestimmten Organisationen der Arbeitersportler oder der Jugend entfaltete. Zu Recht wendet Guttsman sich gegen die in der Sekundärliteratur stellenweise rigide vollzogene Trennung von Arbeiterbewegungskultur und Arbeiterkultur, beide – so sein Argument – hängen miteinander zusammen, er revidiert mithin die Revisionisten. Was die Arbeiterorganisationen selbst zusammenhielt, so die treffende Beobachtung des Autors, im Anschluß an Vester und andere formuliert, war die Solidarität.

Der große Vorzug dieser Publikation liegt in der soliden und differenzierten, trotz des farbigen Untersuchungsgegenstandes fast trocken wirkenden und breit ausladenden Darstellung. Der Bogen wird in den elf Kapiteln des Buches gespannt von der Geschichte der Arbeiterkulturbewegung im Wilhelminismus über die Kulturtheorie der Sozialdemokratie und die Darstellung verschiedener Arbeiterkulturorganisationen bis hin zu neuen Lebensstilen, wie sie in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik zu entwickeln versucht

worden sind. Das erste Kapitel setzt mit der sozialdemokratischen Kritik an den »Verdummungsanstalten« des Reichs, an Schule und Armee, ein. Wilhelm Liebknechts berühmtes Diktum »Wissen ist Macht – Macht ist Wissen« wird zitiert, wenn auch nicht kritisch in dessen bildungsoptimistischer Naivität reflektiert. Die Darstellung wird bis zu den Anfängen der Weimarer Republik, bis zum Weimarer Bauhaus und zu Erwin Piscators »Proletarischem Theater – Bühne der revolutionären Arbeiter« fortgesetzt. Im zweiten Kapitel werden jene aus der Literatur im wesentlichen bekannten sozialdemokratischen Überlegungen der damaligen Zeit zur Bedeutung der Arbeiterkultur zusammengefaßt. Kommunistische Einstellungen und Theorien zur Arbeiterkultur sowie das sich mit der verändernden Linie der Kommunistischen Internationale ebenfalls wandelnde Verhalten der KPD gegenüber den Arbeiterkulturorganisationen sind dann Gegenstand des dritten Kapitels. In einem gesonderten Kapitel behandelt der Autor dann die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Arbeiterfamilien. Er geht hier insbesondere auf Länge und Intensität des Arbeitstages ein und fragt in diesem Zusammenhang, wieviel Freizeit einem Arbeiter blieb, um in Arbeiterkulturorganisationen mitzuwirken, um aber auch Film und Radio, die neuen Verlockungen der Massenkultur, genießen zu können. Kapitel 5–8 sind der Darstellung verschiedener Organisationen vorbehalten, so den Arbeitersportverbänden, dem Arbeiter-Sängerbund und der Freien Volksbühne.

Diese Organisationsskizzen geben im wesentlichen den Forschungsstand wieder, sie weisen aber nicht durch nachbohrend-neugierige Fragestellungen in die Zukunft, regen nicht das Nachdenken über Forschungsstrategien an. Konkret: Guttsman schildert z. B. das Vereinsleben der Arbeitersänger, die Spannungen zwischen Tendenzlied, Volkslied und Kunstlied, die in der wöchentlichen Chorpraxis sich niederschlugen. Was nicht so recht gelingen will, ist der nächste Analyseschritt, nämlich den Kontext herzustellen, in dem die Arbeitersänger zu interpretieren wären, nämlich den der politischen Kultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der Weimarer Republik. Im Liedergut und in der Chorpraxis der Arbeitersänger reflektierte sich eben nicht nur die Tradition der Arbeiterbewegung selbst, sondern hier zeigten sich autoritäre Verhaltensstrukturen und Einstellungen, die aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts in die damalige Gegenwart hineinragten und die den »proletarischen« wie den »bürgerlichen« Sängern gemeinsam waren. Oder noch schärfer zugespitzt: Die große Popularität, die die schwülstig-pathetische Ballade von »Tord Foleson« unter den Arbeitersängern genoß, läßt sich nicht ohne einen systematischen Rückgriff auf die politische Kultur der Weimarer Republik und die der Arbeiterbewegung mit ihren wilhelminisch-autoritären Vorbelastungen begreifen.

Innovativ in gewissem Sinn ist ein Kapitel, in dem Guttsman auf die visuelle Kunst in der Weimarer Arbeiterkultur eingeht, nämlich auf Malerei, Museumsbesuche durch Arbeitergruppen, Bildhauerei, Architektur und Fotografie. Üblicherweise werden diese Bereiche in den entsprechenden Darstellungen nicht oder ganz am Rande erwähnt, während Guttsman auf ein Desiderat der Forschung aufmerksam macht. In diesem Abschnitt hätte ich mir allerdings gewünscht, daß der Verfasser viel stärker zwischen verschiedenen Arbeiterkulturorganisationen, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, zwischen den verschiedenen Generationen, aber auch zwischen den verschiedenen Regionen des Reichs differenziert hätte. Gleiches gilt im Prinzip für die insgesamt sehr gelungenen Ausführungen zur sozialistischen Festkultur in der Weimarer Republik: Hier könnte man schärfer, als dies der Autor tut, zwischen den verschiedenen Perioden der Weimarer Republik, zwischen Revolutions- und Inflationszeit, Zeit der relativen Stabilisierung und Zeit der Weltwirtschaftskrise unterscheiden – gerade in den bei Festen benutzten Symbolen und im Grad des Verbalradikalismus, der sich in Sprech- oder Singchören oder auch in den Festansprachen ausdrückte.

In einem weiteren Kapitel behandelt Guttsman die Herausforderung der Arbeiterkultur durch die neuen Medien der Massenkommunikation, nämlich des Films und des Radios.

Er geht aber auch auf die Veränderungen ein, die sich bei Zeitschriften und Tageszeitungen andeuteten. Doch auch hier findet eine systematische und kritische Auseinandersetzung mit den einzelnen Interpretationen in der Sekundärliteratur, in diesem Fall vor allem mit dem modernisierungstheoretischen Ansatz, nicht statt.

Die neuen Lebensstile, die im Ansatz in Arbeiterorganisationen der Weimarer Republik nicht zuletzt unter dem Einfluß der bürgerlichen Lebensreformer entwickelt wurden, behandelt der Verfasser in einem abschließenden Kapitel. Er schildert den Ablauf von Jugendweihen, veranstaltet vom Freidenkerverband, und er beschwört den Geist des Weimars der arbeitenden Jugend, der in der Anfangsphase der Republik die Sozialistische Arbeiterjugend bewegt hatte. Ganz unvermittelt steht am Schluß dieses Kapitels, gleichsam als Überleitung zur Konklusion, eine These, die nicht aus der vorhergehenden Darstellung fließt, auch nicht weiter belegt wird, aber dennoch in weiteren Forschungen aufgenommen werden sollte: Je machtvoller die SPD im Verlauf der Weimarer Republik wurde und – so Guttsman – je stärker sie in die alltägliche Politikformulierung und -ausführung involviert war, um so weniger sei sie in der Lage gewesen, jene brüderlichen Bande einer Gemeinschaft zu knüpfen und zu pflegen, wie dies unter den völlig anderen Bedingungen der Zeit der Verfolgung bis 1918 der Fall war. In Weimar sei die Rede vom »Verlust der Utopie« gewesen. Aber während die Partei immer mehr dieser integrierenden Funktion des Utopischen verlustig gegangen sei, so der Autor weiter, hätten die Arbeiterkulturorganisationen immer stärker diese Aufgabe übernommen.

Anregend ist auch eine Spekulation (so der Autor selbst), die im Schlußwort vorgetragen wird und die dann doch indirekt den modernisierungstheoretischen Ansatz zur Interpretation der Arbeiterbewegung aufnimmt: Guttsman fragt nämlich, warum nach 1945 das Netzwerk von Arbeiterkulturorganisationen, das in der Weimarer Republik den Höhepunkt seiner Entfaltung gefunden habe, nicht wieder entstanden ist. Nicht allein der Faschismus, so seine Überlegung, sei hierfür verantwortlich zu machen, sondern auch die Tatsache, daß eine kommerzielle Massenkultur sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern inzwischen weitgehend durchgesetzt hatte. Wenn diese Hypothese zunächst plausibel erscheint, fragt sich dennoch, warum in Österreich die Arbeiterkulturorganisationen der Sozialdemokratie in der Zweiten Republik auch eine zweite Blüte erlebten – waren hier die Massenmedien noch nicht so weit entwickelt wie in Deutschland? Wie immer die empirische Antwort auf diese Fragestellung lauten mag, sie läßt sich wohl nur im internationalen Vergleich geben.

So ausgewogen und deskriptiv das Buch Guttsmans ist, an einem Punkt übernimmt er in seine Darstellung eine These, die sich seit Generationen in der Sekundärliteratur findet, sich dennoch empirisch nicht halten läßt, nämlich die vom ehernen Gesetz der Oligarchie, wie es von Robert Michels bereits vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der damaligen Sozialdemokratie formuliert worden ist. So betont Guttsman die pyramidenförmig-hierarchische Entscheidungsstruktur, das Anwachsen der Bürokratie, die »Verbürgerlichung« der Organisationssekretäre: Sie seien für die Arbeiterkulturorganisationen wie für die SPD selbst typisch gewesen (vgl. S. 7, 73, 153, 287 f.). Doch an keiner Stelle finden sich empirische Belege für diese Interpretation. Dies ist kein Zufall. Nimmt man Michels nämlich beim Wort und überprüft seine Thesen an der Empirie Weimarer Arbeiterkulturorganisationen, dann fallen sie recht bald in sich zusammen. Selbst in der Phase der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik, als die meisten Arbeiterorganisationen den Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung erreichten, die Organisationen selbst sich ausdifferenzierten und komplexer wurden und – in einigen wenigen – durchaus so etwas wie eine Professionalisierung stattfand, bildeten sich keine machtvollen Oligarchien heraus. Im Gegenteil: In den meisten Arbeiterorganisationen waren nur wenige hauptamtliche Mitarbeiter angestellt. Das eigentliche Organisationsleben fand in den lokalen und regionalen Vereinen statt, wurde in seinem Inhalt keineswegs »von oben« her bestimmt. In den größeren Ver-

bänden kontrollierten die ehrenamtlichen Funktionäre die Hauptamtlichen, es gab Fraktionierungen und Dispute, Pluralismus war angesagt, nicht Herrschaft einer Oligarchie.[1]

Auch wenn dem Buch von Guttsman der elektrisierende Schwung einer erkenntnisleitenden, systematischen Fragestellung fehlt und es deshalb wenig innovativ wirkt, handelt es sich dennoch um eine solide, kenntnisreiche und breitgefächerte Gesamtdarstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Republik. Es dürfte zu einem Standardwerk werden. *Peter Lösche, Göttingen*

Inge Marßolek (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1990, 399 S., Ln., 58 DM.

Stefan Riesenfelder (Hrsg.), Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung, 1890–1918, mit Beiträgen von Ingrid Spörk und Josef Seiter, Leykam Verlag, Graz 1990, 128 S., pb, 38,50 DM.

Der 1. Mai, das »Weltfest der Solidarität«, nach der Meinung vieler schon seit langem auf dem Aussterbeetat, hat sich anläßlich seiner Jahrhundertfeier doch überraschend lebendig gezeigt. Das Jubiläum hat eine Reihe von Veröffentlichungen mit sich gebracht, von kleinen Broschüren bis zu großen Bänden mit vielen Abbildungen.[1] Der Gedenktag war auch Anlaß zu meist lokal ausgerichteten Forschungsunternehmen und Ausstellungsprojekten, die in einer kleinen Publikation aufgelistet und ausführlich beschrieben sind.[2] Es ist wohl kein Zufall, daß die hier zu besprechenden Veröffentlichungen Aufsatzsammlungen sind. Es ist eines der interessantesten Merkmale der Maifeier, daß in ihr eine Reihe von Phänomenen der Arbeiterbewegung zusammenfließen: vom rein Politisch-Agitatorischen über das Kulturelle und Kultische bis zu rein literarischen und bildlichen Ausdrucksformen. Entsprechend finden wir unter den Autoren dieser Bücher nicht nur Historiker, Politologen und Sozialwissenschaftler, sondern auch Volkskundler, Kunsthistoriker und Germanisten. Durch sie wird der 1. Mai von einer breiten Front der Wissenschaften, in beiden Bänden einschließlich der Frauenforschung, beleuchtet und analysiert.

Die Aufsätze von Andermann und Dyck/Krüger untersuchen die Politik und die Gestaltung der Maifeier vom Gesichtspunkt des Konflikts zwischen SPD und KPD. Anderson tut dies im Allgemeinen und Dyck/Krüger für Bremen – mit interessanten Einblicken in die Praxis der kommunistischen Maifeier. Dieser Aufsatz ist übrigens der einzige, der sich mit

1 Ich beziehe mich hier auf Erkenntnisse aus einem von mir geleiteten Forschungsprojekt zu Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik. Einige Ergebnisse sind bereits veröffentlicht in: *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15, 1989, S. 511–536; *dies.*, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29, 1989, S. 75–136; *Franz Walter*, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik; *Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin*, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände; *Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter*, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik. Jeweils im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin hrsg. und eingeleitet von *Peter Lösche*, Bonn 1990, 1991, 1992.

1 Vgl. etwa den im Auftrag der italienischen Gewerkschaftsvereinigungen von der Fondazione Giacomo Brodolino herausgegebenen und von *Andrea Pannacione* redigierten Band »The Memory of May Day«, Venedig 1989.

2 Vgl. Verein zum Studium sozialer Bewegungen, 100 Jahre 1. Mai, Berlin 1989, S. 118–156.

bänden kontrollierten die ehrenamtlichen Funktionäre die Hauptamtlichen, es gab Fraktionierungen und Dispute, Pluralismus war angesagt, nicht Herrschaft einer Oligarchie.[1]

Auch wenn dem Buch von Guttsman der elektrisierende Schwung einer erkenntnisleitenden, systematischen Fragestellung fehlt und es deshalb wenig innovativ wirkt, handelt es sich dennoch um eine solide, kenntnisreiche und breitgefächerte Gesamtdarstellung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Republik. Es dürfte zu einem Standardwerk werden. *Peter Lösche, Göttingen*

Inge Marßolek (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Main 1990, 399 S., Ln., 58 DM.

Stefan Riesenfelder (Hrsg.), Freiheitsbilder. Kunst und Agitation in den Maifestschriften der österreichischen Arbeiterbewegung, 1890–1918, mit Beiträgen von Ingrid Spörk und Josef Seiter, Leykam Verlag, Graz 1990, 128 S., pb, 38,50 DM.

Der 1. Mai, das »Weltfest der Solidarität«, nach der Meinung vieler schon seit langem auf dem Aussterbeetat, hat sich anläßlich seiner Jahrhundertfeier doch überraschend lebendig gezeigt. Das Jubiläum hat eine Reihe von Veröffentlichungen mit sich gebracht, von kleinen Broschüren bis zu großen Bänden mit vielen Abbildungen.[1] Der Gedenktag war auch Anlaß zu meist lokal ausgerichteten Forschungsunternehmen und Ausstellungsprojekten, die in einer kleinen Publikation aufgelistet und ausführlich beschrieben sind.[2] Es ist wohl kein Zufall, daß die hier zu besprechenden Veröffentlichungen Aufsatzsammlungen sind. Es ist eines der interessantesten Merkmale der Maifeier, daß in ihr eine Reihe von Phänomenen der Arbeiterbewegung zusammenfließen: vom rein Politisch-Agitatorischen über das Kulturelle und Kultische bis zu rein literarischen und bildlichen Ausdrucksformen. Entsprechend finden wir unter den Autoren dieser Bücher nicht nur Historiker, Politologen und Sozialwissenschaftler, sondern auch Volkskundler, Kunsthistoriker und Germanisten. Durch sie wird der 1. Mai von einer breiten Front der Wissenschaften, in beiden Bänden einschließlich der Frauenforschung, beleuchtet und analysiert.

Die Aufsätze von Andermann und Dyck/Krüger untersuchen die Politik und die Gestaltung der Maifeier vom Gesichtspunkt des Konflikts zwischen SPD und KPD. Anderson tut dies im Allgemeinen und Dyck/Krüger für Bremen – mit interessanten Einblicken in die Praxis der kommunistischen Maifeier. Dieser Aufsatz ist übrigens der einzige, der sich mit

1 Ich beziehe mich hier auf Erkenntnisse aus einem von mir geleiteten Forschungsprojekt zu Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik. Einige Ergebnisse sind bereits veröffentlicht in: *Peter Lösche/Franz Walter*, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidargemeinschaftlicher Höhepunkt?, in: GG 15, 1989, S. 511–536; *dies.*, Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29, 1989, S. 75–136; *Franz Walter*, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik; *Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin*, Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände; *Dietmar Klenke/Peter Lilje/Franz Walter*, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik. Jeweils im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin hrsg. und eingeleitet von *Peter Lösche*, Bonn 1990, 1991, 1992.

1 Vgl. etwa den im Auftrag der italienischen Gewerkschaftsvereinigungen von der Fondazione Giacomo Brodolino herausgegebenen und von *Andrea Pannacione* redigierten Band »The Memory of May Day«, Venedig 1989.

2 Vgl. Verein zum Studium sozialer Bewegungen, 100 Jahre 1. Mai, Berlin 1989, S. 118–156.

der Zeit nach 1945 befaßt – von einer Studie über die Maifeier ausländischer Arbeiter abgesehen.

Eine konkret gefaßte Studie der Maifeier ist paradoxerweise Rucks Untersuchung über den ersten Mai nach 1933 und den Versuch der Nazis, die Arbeiter durch die Adaption sozialistischer Rhetorik und Symbolik für das neue Regime zu gewinnen. Das gilt besonders für 1933, als der 1. Mai als »Tag der nationalen Arbeit« veranstaltet wurde, während 1934 die Symbolik der Feier sich schon von einer pseudo-sozialistischen zu einer nationalistischen, am Brauchtum hängenden gewandelt hatte. Gottfried Korff notierte dieselbe Entwicklung in seiner Analyse der Maifeier-Symbolik. Allerdings verliert der Wandel an Bedeutung, wenn man, Ruck folgend, bedenkt, daß in den späteren Jahren die Massenfeier als solche an Bedeutung verlor und durch Feiern in den Betrieben ersetzt wurde.

Das Wesentliche, Neue und Originelle dieser Bücher ist allerdings das analytische und interpretierende Element. Das gilt insbesondere für die Diskussion der Freiheitsbilder, der Illustrationen aus den österreichischen Maifestschriften, von denen 50 abgebildet sind. Auf ihnen basieren die Analysen in dem von Riesenfelder herausgegebenen Band. So zeigt Josef Seiter das weitverbreitete allegorische Element, besonders in der Personifikation der Freiheitsgöttin, wie auch die realistischere, auf Arbeit und Arbeitgeber bezogene Symbolik auf, die die allegorischen Themen allmählich ersetzte. Diesen Trend kann man auch in Deutschland beobachten. Inge Marßoleks Beitrag zu dem von ihr herausgegebenen, schön gestalteten und bebilderten Band kommt zu ähnlichen Schlüssen, ist aber vom ikonographischen Standpunkt aus nicht so ergiebig wie die österreichischen Beiträge.

Interessante Beispiele dafür, wie durch die Analyse von Texten oder Bildern der Mai-Zeitungen Fragen über die Ideologie der Arbeiterbewegung gestellt werden können, finden wir in den zwei Aufsätzen, die sich mit Aspekten der Frauenfrage in der Arbeiterbewegung befassen. Beate Leopold findet in den zahlreichen Artikeln über Probleme der Frauen in den Mai-Zeitungen eine Bestätigung für die einseitige Haltung der SPD zur Frauenarbeit und zur Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft. Ingrid Spörk zeigt, wie die verschiedenen Rollenbilder der Frau im Arbeitermilieu in den Mai-Zeitungen zum Ausdruck kamen. Als halbnackte Freiheitsgöttin ist die Frau positiv erotisch. Mit Kindern und mit den Zügen harter Arbeit, immer hinter dem Manne stehend, ist sie ein Beispiel der ihr aufgezwungenen Doppelrolle als Mutter und arbeitende Frau. In einer Zeichnung von 1921 ist sie mondän gekleidet, von allen sozialen Bindungen losgelöst, ein reiner Gegenstand männlicher Bewunderung. In allen Rollen ist sie dem Mann nicht gleichberechtigt.

Noch weiter ausgreifend ist Gottfried Korffs einleitender Beitrag zu »100 Jahre Zukunft«, der neuesten einer Reihe von Untersuchungen Korffs über die Symbolik des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Deutschland. Als Volkskundler spürt er ältere Ursprünge der Mai-Tradition auf und fragt, inwieweit die Maifeier »ein Feiertag aus eigenem Recht oder ein sozialistisch okkupiertes Derivat älterer Bräuche ist.« Ein anderer von Korff beleuchteter Gegensatz ist der zwischen dem utopischen Inhalt der Mai-Botschaft als »Weltfeiertag des Proletariats«, den J. H. Steinberg in seinem Beitrag sympathisch erklärt, und den härteren Formen des »Kampfmai«, wie er in der Weimarer Zeit besonders von den Kommunisten praktiziert wurde.

Die Beantwortung solcher Fragen und Hypothesen, wie sie Korff scharf formuliert hat, kann allerdings nicht allein vom Studium der Symbolik und der Texte kommen. Sie würde Mikro-Studien lokaler Maifeiern verlangen, für welche die hier besprochenen Bücher nur einen Anfang bilden könnten. *Willi L. Guttsman, Norwich*

Mick Reed/Roger Wells (Hrsg.), Class, Conflict and Protest in the English Countryside, Frank Cass, London 1990, hbd., 236 S., 19,50 £.

Six scholars have collaborated to produce a collection of essays on the structure of rural society in England between 1700 and 1880 and on the different ways in which farm labourers and village craftsmen protested against the harsh conditions under which they lived, particularly in times of agricultural depression. Seven of the ten essays have already appeared in *The Journal of Peasant Studies*. The contributors are quarrelsome colleagues. They appear to agree on fundamental issues but to quarrel over relatively minor matters.

The authors criticise the traditional division of English rural society into three classes – landlords, tenant farmers and agricultural labourers. They claim that historians have failed to appreciate the significance of a fourth group, namely the village craftsmen and providers of services. In most villages there were self employed workers such as innkeepers, blacksmiths, farriers, joiners, carpenters, carriers and shopkeepers. Some men had two or even three jobs. A publican, for example, might also be a bricklayer and would probably have a smallholding as well. Members of this group generally relied upon family labour. From time to time they furthered their interests by collaborating with one of the other social groups in the village.

The contributors to this volume also criticise historians who have discussed unrest in the English countryside in the first half of the nineteenth century by describing the depression of 1815–16, the Swing riots of 1830–1 and the Rebecca riots of 1839–43. By concentrating upon major outbursts of rural violence there is a danger that unrest in other periods may be overlooked. Villagers had many grievances – low incomes, tithes, road tolls, the game laws, and the poor law. It is hardly surprising that sheepstealing, fowl thieving, cattle rustling, poaching and the burning of haystacks and barns were endemic in the English countryside. And in some districts the introduction of threshing machines was delayed because farmers were intimidated by violent attacks upon them.

In the final essay Roger Wells appeals for further research into English rural history. To the topics that he mentions may be added – developments in the north of England and in Scotland and Wales and the significance of enlistment in the army and emigration to the colonies as means of escape from the harsh conditions of life in the countryside.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John Saville, 1848. The British State and the Chartist Movement, Cambridge University Press, Cambridge 1990, 310 S., hardback, 37.50 £, paperback, 13.95 £.

Few aspects of British social history have been more thoroughly investigated than the Chartist movement. A recent bibliography lists 40 books on the subject. The early works, such as those of Gammage, Hovell, West and Dolléans, surveyed the movement as a whole, while in recent years the emphasis has been on regional studies (London, Bradford, Bristol, Scotland) and biographies (Doherty, Lowery, Harney, Ernest Jones).

Professor Saville has adopted a fresh approach to the subject. He has examined Chartist activities month by month in the critical year 1848. His approach is different from that of earlier writers since he devotes much attention to the link between Chartism and affairs in France and Ireland. A number of Chartists expected a revolution in France, led by the Paris workers, would be a signal for popular risings in England and on the Continent. When Louis Philippe fell from power in February 1848, the Chartist leaders Julian Harney and

Mick Reed/Roger Wells (Hrsg.), Class, Conflict and Protest in the English Countryside, Frank Cass, London 1990, hbd., 236 S., 19,50 £.

Six scholars have collaborated to produce a collection of essays on the structure of rural society in England between 1700 and 1880 and on the different ways in which farm labourers and village craftsmen protested against the harsh conditions under which they lived, particularly in times of agricultural depression. Seven of the ten essays have already appeared in *The Journal of Peasant Studies*. The contributors are quarrelsome colleagues. They appear to agree on fundamental issues but to quarrel over relatively minor matters.

The authors criticise the traditional division of English rural society into three classes – landlords, tenant farmers and agricultural labourers. They claim that historians have failed to appreciate the significance of a fourth group, namely the village craftsmen and providers of services. In most villages there were self employed workers such as innkeepers, blacksmiths, farriers, joiners, carpenters, carriers and shopkeepers. Some men had two or even three jobs. A publican, for example, might also be a bricklayer and would probably have a smallholding as well. Members of this group generally relied upon family labour. From time to time they furthered their interests by collaborating with one of the other social groups in the village.

The contributors to this volume also criticise historians who have discussed unrest in the English countryside in the first half of the nineteenth century by describing the depression of 1815–16, the Swing riots of 1830–1 and the Rebecca riots of 1839–43. By concentrating upon major outbursts of rural violence there is a danger that unrest in other periods may be overlooked. Villagers had many grievances – low incomes, tithes, road tolls, the game laws, and the poor law. It is hardly surprising that sheepstealing, fowl thieving, cattle rustling, poaching and the burning of haystacks and barns were endemic in the English countryside. And in some districts the introduction of threshing machines was delayed because farmers were intimidated by violent attacks upon them.

In the final essay Roger Wells appeals for further research into English rural history. To the topics that he mentions may be added – developments in the north of England and in Scotland and Wales and the significance of enlistment in the army and emigration to the colonies as means of escape from the harsh conditions of life in the countryside.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

John Saville, 1848. The British State and the Chartist Movement, Cambridge University Press, Cambridge 1990, 310 S., hardback, 37.50 £, paperback, 13.95 £.

Few aspects of British social history have been more thoroughly investigated than the Chartist movement. A recent bibliography lists 40 books on the subject. The early works, such as those of Gammage, Hovell, West and Dolléans, surveyed the movement as a whole, while in recent years the emphasis has been on regional studies (London, Bradford, Bristol, Scotland) and biographies (Doherty, Lowery, Harney, Ernest Jones).

Professor Saville has adopted a fresh approach to the subject. He has examined Chartist activities month by month in the critical year 1848. His approach is different from that of earlier writers since he devotes much attention to the link between Chartism and affairs in France and Ireland. A number of Chartists expected a revolution in France, led by the Paris workers, would be a signal for popular risings in England and on the Continent. When Louis Philippe fell from power in February 1848, the Chartist leaders Julian Harney and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889—90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889—90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Ernest Jones crossed the Channel to congratulate the Provisional Government. On the other hand General Cavaignac's ruthless suppression of a rising of the Paris workers in June was a blow to the hopes of the Chartists.

There were also significant links between the threat to law and order in England by the Chartists and the serious unrest in Ireland. Agrarian outrages and attacks on the police were endemic in Ireland where the Catholic population was ruthlessly suppressed by the Protestant minority. The situation was aggravated by the great famine of the late 1840s. Any link between Irish malcontents and the more militant Chartists was bound to be a concern to the British government, particularly as there were large numbers of Irish immigrants in some English towns such as Liverpool.

Two factors favoured the maintenance of law and order in England in 1848. One was the recent opening of many railways which made it possible to move troops quickly to trouble spots. The other was the excellent response to appeals to men to enrol as special constables. Finally the author argues that the failure of the Kennington common demonstration of April 10 should not be regarded as the climax of Chartist movement. It was the unrest in the summer of 1848 – after the demonstration – that provoked the government to bring the Chartist leaders to trial. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

Joseph White, Tom Mann, Manchester University Press, Manchester 1991, 242 S., geb., 29 £.

Tom Mann was one of a group of young men who emerged in the 1880s as leaders of the semi-skilled and unskilled workers in Britain. The strike of the London dockers in 1889—90 heralded the emergence of a new type of trade union which championed the interests of dockers, gas workers and general labourers. The activities of Tom Mann are not so well known as those of John Burns, Benn Tillet and Will Thorne. Scholars have had to rely upon Mann's memoirs and Donna Thor's incomplete biography. The appearance of Joseph White's well researched biography of Tom Mann is therefore to be welcomed.

Having completed his apprenticeship as an engineer in Birmingham in 1877, Tom Mann moved to London. In the 1880s he began to make a name for himself as an advocate of the eight-hour day and as a member of the Social Democratic Federation, the Fabian Society and the co-operative movement. He was actively involved in the London dock strike and became president of the dockers' union. But he resigned in 1891. Next he became the secretary of the Independent Labour Party serving four years in this capacity. He was forced out of office in 1898 largely because he had left his wife to live with his mistress.

Mann then spent eight years in Australia and New Zealand where he was actively engaged in promoting the trade union movement. On his return to England he was involved in the social unrest of 1910–14. The final phase of his career after the first world war was that of an elder statesman of the extreme left. He joined the Communist Party and championed the cause of revolutionary syndicalism. In Joseph White he has found a sympathetic biographer. *William Otto Henderson, Hemel Hempstead*

John D. Hunley, The Life and Thought of Friedrich Engels, Yale University Press, New Haven etc. 1991, XIII + 184 S., geb., 14 £.

The author of this survey of the career and beliefs of Friedrich Engels criticises scholars who have suggested that there were significant differences in the opinions held by Marx and

Engels. The traditional view is that the partners of the most famous intellectual team of the nineteenth century were in full agreement on the communist doctrine and on how that doctrine should be put into practice. This view was held by contemporaries such as Eleanor Marx, Paul Lafargue and Wilhelm Liebknecht as well as by many historians of the communist movement. Hunley convincingly argues that their assessment of the relations between Marx and Engels was fully justified.

When Marx died in 1883 Engels became the leader of the international socialist movement. His help and advice were always available to leaders of socialist parties on the Continent. There has been some controversy as to whether Engels changed his mind as to how capitalism was to be replaced by communism. As a young man in the 1840s he had agreed with Marx that only an armed rising of the workers could overthrow capitalism. Some scholars have suggested that in his old age Engels was prepared to admit that in the changed circumstances of the 1880s a peaceful evolution to a communist society was the best way forward. Hunley shows that this view is incorrect. In his so called »political testament«, written shortly before his death in 1895, Engels made it clear that in his opinion a peaceful evolution toward communism was possible only in a very few countries which enjoyed democratic parliamentary institutions. Elswhere an armed rising would be necessary.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Jacques Grandjonc, Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néo-babouvistes 1785–1842. Bd. 1: Historique, Bd. 2: Pièces justificatives (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 39), Trier 1989, 558 S., geb., 35 DM.

Die vorliegende Rezension von Vladimir Mosolov ist ein Dokument der Umbruchzeit. Sie entstand noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989. An eine Publikation der russischen Version in der Sowjetunion war damals nicht zu denken. Deshalb entschloß sich der Autor, sein Manuskript der Redaktion des »Archiv für Sozialgeschichte« anzubieten. Wir drucken Mosolovs Rezension an dieser Stelle ab, weil sie – mittlerweile selbst ein Stück Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft – exemplarisch dokumentiert, wie aufmerksam und differenziert sowjetische Historiker die westeuropäische historische Kommunismusforschung unter schweren Bedingungen rezipierten und reflektierten. Die Redaktion.

Es ist mit Recht gesagt worden: »Bücher haben ihr Schicksal.« Doch nicht nur Bücher haben ihr Schicksal, sondern auch Wörter. In ihnen können allergrößte Lüge und Sittenlosigkeit eingebettet sein. Umgekehrt können sich in Wörtern Hoffnungen und Erwartungen konzentrieren, sie können einen Durchbruch der Menschheit zu neuen Höhepunkten des Wissens oder des Geistes markieren. Über das Schicksal von Wörtern und Begriffen läßt sich die Geschichte des sozialen und geistigen Lebens der Menschen – letztlich die Geschichte der Menschheit – verfolgen. Das Buch von Jacques Grandjonc befaßt sich mit der Entstehung und Entwickung der Begriffe »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« sowie mit einer Reihe ihnen verwandter Begriffe, beginnend mit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und endend mit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der erste Teil des Buches stellt die eigentliche historische Untersuchung des Problems dar, der zweite Teil enthält Dokumente, mit denen der Autor seine Thesen untermauert. Einem be-

Engels. The traditional view is that the partners of the most famous intellectual team of the nineteenth century were in full agreement on the communist doctrine and on how that doctrine should be put into practice. This view was held by contemporaries such as Eleanor Marx, Paul Lafargue and Wilhelm Liebknecht as well as by many historians of the communist movement. Hunley convincingly argues that their assessment of the relations between Marx and Engels was fully justified.

When Marx died in 1883 Engels became the leader of the international socialist movement. His help and advice were always available to leaders of socialist parties on the Continent. There has been some controversy as to whether Engels changed his mind as to how capitalism was to be replaced by communism. As a young man in the 1840s he had agreed with Marx that only an armed rising of the workers could overthrow capitalism. Some scholars have suggested that in his old age Engels was prepared to admit that in the changed circumstances of the 1880s a peaceful evolution to a communist society was the best way forward. Hunley shows that this view is incorrect. In his so called »political testament«, written shortly before his death in 1895, Engels made it clear that in his opinion a peaceful evolution toward communism was possible only in a very few countries which enjoyed democratic parliamentary institutions. Elswhere an armed rising would be necessary.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Jacques Grandjonc, Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néo-babouvistes 1785–1842. Bd. 1: Historique, Bd. 2: Pièces justificatives (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Bd. 39), Trier 1989, 558 S., geb., 35 DM.

Die vorliegende Rezension von Vladimir Mosolov ist ein Dokument der Umbruchzeit. Sie entstand noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989. An eine Publikation der russischen Version in der Sowjetunion war damals nicht zu denken. Deshalb entschloß sich der Autor, sein Manuskript der Redaktion des »Archiv für Sozialgeschichte« anzubieten. Wir drucken Mosolovs Rezension an dieser Stelle ab, weil sie – mittlerweile selbst ein Stück Geschichte der sowjetischen Geschichtswissenschaft – exemplarisch dokumentiert, wie aufmerksam und differenziert sowjetische Historiker die westeuropäische historische Kommunismusforschung unter schweren Bedingungen rezipierten und reflektierten. Die Redaktion.

Es ist mit Recht gesagt worden: »Bücher haben ihr Schicksal.« Doch nicht nur Bücher haben ihr Schicksal, sondern auch Wörter. In ihnen können allergrößte Lüge und Sittenlosigkeit eingebettet sein. Umgekehrt können sich in Wörtern Hoffnungen und Erwartungen konzentrieren, sie können einen Durchbruch der Menschheit zu neuen Höhepunkten des Wissens oder des Geistes markieren. Über das Schicksal von Wörtern und Begriffen läßt sich die Geschichte des sozialen und geistigen Lebens der Menschen – letztlich die Geschichte der Menschheit – verfolgen. Das Buch von Jacques Grandjonc befaßt sich mit der Entstehung und Entwickung der Begriffe »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« sowie mit einer Reihe ihnen verwandter Begriffe, beginnend mit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und endend mit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Der erste Teil des Buches stellt die eigentliche historische Untersuchung des Problems dar, der zweite Teil enthält Dokumente, mit denen der Autor seine Thesen untermauert. Einem be-

trächtlichen Teil der publizierten Dokumente sind gründliche einführende Erläuterungen vorangestellt, die nicht selten selbständige kleine (vom Umfang, nicht von der Bedeutung her) Abhandlungen darstellen. Der dritte Teil der Arbeit, der noch nicht vorliegt, soll einen Literaturüberblick und einen lexikalischen Anhang enthalten.

Konkret, überzeugend und auf einer enormen historischen Materialbasis, gibt das Buch Einblick in die Anfänge der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, um die wenigstens schon 150 Jahre längst nicht nur ideologische Schlachten geschlagen werden. In der aktuellen Diskussion – nicht so sehr in der Fachliteratur als vielmehr in der Publizistik – wird immer deutlicher die Tendenz sichtbar, die Idee des Sozialismus und Kommunismus selbst, vor allem ihren kollektivistischen Inhalt – in der Terminologie der Anfangsperiode: die »Gütergemeinschaft« – als künstliche Schöpfung von Stubentheoretikern zu bewerten, als etwas, das der historischen Erfahrung, den jahrhundertealten Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens widerspricht.

Die Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen ist nicht selten in der Literatur vornehmlich auf geistesgeschichtlicher Ebene behandelt worden, als Verknüpfung und Wechselwirkung von Ideen, oder aber sozusagen »von unten«, über die Geschichte von Bewegungen und Gruppen, die diese oder jene kommunistischen oder sozialistischen Ansichten vertraten. In der Arbeit von Grandjonc überkreuzen sich gleichsam die beiden Schnittstellen bzw. Untersuchungsebenen in den Begriffen: Einerseits wird deren Genesis auf ideengeschichtlicher Ebene untersucht, andererseits der Prozeß ihrer Einbürgerung (oder Nichteinbürgerung), der Veränderung und Präzisierung ihres Inhalts, wie dies in der realen gesellschaftlichen Bewegung je nach Veränderung der sozialen Situation der Fall war. Grandjonc ist es gelungen, ein hinreichend objektives Kriterium für das Vorhandensein und die Verbreitung von Ideen zu finden: präzise und chronologische Bedeutungserfassung ihres Gebrauchs in schriftlichen Erzeugnissen (in Büchern, in der Presse, in Dokumenten von Organisationen, in Polizeimaterialien). Dabei zeugt das Auftauchen eines Begriffes, eine Veränderung seiner Bedeutung, seine Verbreitung auch ganz deutlich von den Veränderungen, die im öffentlichen Bewußtsein vor sich gingen. Grandjonc demonstriert überzeugend die Notwendigkeit der Einheit einer linguistischen und sozialen Analyse; die Basis ist das Dokument in seinem breiten historischen Kontext, ein Ansatz, der das uns nur allzu bekannte Zitieren passender und erforderlicher Phrasen ausschließt; untersucht werden nicht nur allein die Hauptbegriffe »Sozialismus« und »Kommunismus«, sondern auch eine ganze Gruppe von begleitenden und verwandten Begriffen aus dem Umfeld von Bewegungen, die nach der Erreichung kommunistischer und sozialistischer Ziele strebten. Das Buch ist durchdrungen von einem ständigen und fruchtbaren Nebeneinander von Ideengeschichte und Geschichte der gesellschaftlichen Bewegungen, und das nicht nur in einem nationalen Rahmen, sondern in einem breiten internationalen Kontext unter Berücksichtigung der Wechselwirkung und wechselseitigen Beeinflussung nicht nur von Konzeptionen, sondern auch von Organisationen und politischen Gesellschaften.

Was hat nun Grandjoncs Analyse erbracht? Zunächst hat sie den Beweis erbracht, daß die Begriffe »communiste/communisme« erstmalig Ende des 18. Jahrhunderts (1785 und 1797) auftauchten, und zwar in französischer Sprache. Gebraucht wurden sie zur Bezeichnung von Anhängern der Gütergemeinschaft und ihrer Theorie. Und obwohl sie genetisch aus dem Mittelalter stammen, hängt ihre Geburt im heutigen Bedeutungssinne mit den Ereignissen der Französischen Revolution zusammen. »Entre le rêve utopique, la réflexion philosophique sur la communauté [. . .] et la lutte politique pour la réalisation de la communauté [. . .] l'événement décisif est naturellement la Révolution«, so Grandjonc. (S. 57) Die Idee des Kommunismus wurzelt tief in der europäischen Geschichte, nicht nur in dem Sinne, daß sie sich in den Strom der europäischen Kulturtradition einreiht mit ihren Betrachtungen über das Privateigentum als moralischem Übel und als Quelle der Ungleichheit, sondern auch deswegen, weil sie während der Französischen Revolution wieder auf-

kam, deren Ergebnisse die Grundlage der heutigen Zivilisation bilden. Das Schicksal des Begriffes »Kommunismus« war, wie Grandjonc überzeugend nachweist, eng mit dem Schicksal der Revolution selbst verknüpft. »[. . .] en 1794/1797 les néologismes ›Kommunismus/communisme‹ sont en relation directe avec l'actualité politique: la Commune de Paris, les sans-culottes, puis la conjuration babouviste; ce qui en explique pour une part sans doute la disparition du langage (ou seulement du langage écrit?) plus de quarante ans durant avec les organisations et les homme qui les véhiculaient, jusqu'à ce que le mouvement néo-babouviste vienne leur donner une seconde naissance.« (S. 21) Die Idee des Kommunismus verschwand sozusagen von der gesellschaftlichen Oberfläche, nicht jedoch aus der Realität. Die Idee der kollektivistischen Umgestaltung selbst lebte weiter, doch am Anfang des 19. Jahrhunderts begannen geistige Strömungen Gestalt anzunehmen, die das Problem einer solchen Umgestaltung anders angingen als in Form einer Übernahme der Macht im Laufe einer gewaltsamen Revolution. »La perspective en est la transformation progressive de l'humanité tout entière selon un projet présenté chaque fois par son auteur comme le seul valable.« (S. 88) Die Rede ist von den verschiedenen Schulen des utopischen Sozialismus.

So tritt mit der Krise der Hoffnungen auf einen revolutionären Weg der Umgestaltung der Gesellschaft allmählich die Idee des Sozialismus in das gesellschaftliche Bewußtsein ein. Der Begriff »socialiste«, der in Frankreich Ende der 1790er Jahre geboren wird, und »socialisme« (1832) kommen dort zwischen 1833 und 1838 in breitem Maße in Gebrauch. Zunächst aufgefaßt als Überlegenheit der Gemeinschaft gegenüber dem Individualismus, erlangt »socialisme« Mitte der 1830er Jahre die Bedeutung von »théorie de l'association et de la transformation communautaire et humanitaire de la société«. (S. 103 f.) Gleichzeitig werden solche Begriffe geboren wie »Kollektivismus«, »Mutualismus«, »kooperativ« (was damals ein Synonym war für »sozial«, im Grunde genommen auch »sozialistisch«), oder Formeln wie »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen«. In allgemeiner Hinsicht widerspiegelt diese ganze Lexik das Aufkommen und Anwachsen von gesellschaftlichen Bewegungen, die gegen den Individualismus der bürgerlichen Gesellschaft Frankreichs protestierten und ihm die Suche nach bestimmten Formen der Kollektivität gegenüberstellten. Die Logik der Analyse des Autors zeugt davon, daß die Idee des Kommunismus aus dem Bestreben der minderprivilegierten Bevölkerung geboren wurde, eine gerechte Gesellschaftsordnung zu errichten. Sie widerspiegelt die Schärfe der sozialen Widersprüche in dieser Phase der Herausbildung der bürgerlichen, d. h. der Privateigentumsgesellschaft. Aus den Darlegungen des Autors ergibt sich ziemlich eindeutig, daß die gesellschaftliche Bewegung, als deren Ziel der Kommunismus aufzutreten begann, in erster Linie die Arbeiterbewegung war, daß die sozialistischen und kommunistischen Ideen in ihrer Entwicklung organisch mit der Arbeiterbewegung verbunden sind. Grandjonc betont die herausragende Bedeutung des Lyoner Weberaufstandes von 1831 im sozialen Leben Frankreichs und vermerkt, daß zur gleichen Zeit und in den nachfolgenden Monaten die zeitgenössische Terminologie des Klassenkampfes, die seit der Zeit der Französischen Revolution unter der Oberfläche schlummerte, präzisiert wird. (S. 143) In Gebrauch kommen die Begriffe »classe bourgeoise« als Gegenstück zu »classe ouvrière« oder »classe prolétaire«. 1832 kommt der Begriff »prolétariat« auf. 1839 gebrauchte Cabet erstmalig den Begriff »révolution bourgeoise« zur Bezeichnung bestimmter Prozesse und der allgemeinen Bilanz der Französischen Revolution. In analoger Richtung entwickeln sich die Prozesse auch in anderen Sprachen. Im Deutschen finden in den 1830er Jahren Begriffe wie »Arbeiterklasse«, »Proletariat«, »Proletarier« Eingang in den Sprachgebrauch. Im Englischen kam der Begriff »proletarians« 1840 auf, zur Verbreitung gelangte er aber erst Ende der 1840er Jahre. Interessant ist die Beobachtung des Autors, daß der Begriff »proletariate« erstmalig in der englischen Übersetzung des »Manifests der Kommunistischen Partei« 1850 auftauchte. (S. 199)

Das Eindringen dieses Begriffes Ende der 1830er, Anfang der 1840er Jahre widerspiegelt den Prozeß des werdenden Klassenbewußtseins der Arbeiter. Grandjonc schreibt – und gemeint sind die ersten Arbeiterorganisationen –, »le mouvement communiste naissant d'est pas le résultat fortuit des réflexions de quelques tailleurs ou savetiers mécontents ou de plumitifs en quete d'originalité, mais il est comme on se plaisait à le dire dès cette époque, le fruit nécessaire d'une société qui avait enfanté le prolétariat.« (S. 201) Die Verbreitung der kommunistischen Terminologie, so der Autor, fiel zusammen mit einer Streikwelle von Arbeitern und Handwerkern in Paris im Sommer 1840; überhaupt überrascht im Vergleich zu der relativ langsamen Verbreitung der Begriffe »socialiste/socialisme«, »Sozialist/Sozialismus«, »socialist/socialism« in Europa in den 1820er und 1830er Jahren der analoge Prozeß mit den Begriffen »Kommunist«, »kommunistisch« und »Kommunismus« in den drei Sprachen Französisch, Englisch, Deutsch durch seine Geschwindigkeit.

Unter diesen Bedingungen sind die Schwierigkeiten durchaus verständlich, auf die die Zeitgenossen beim Verständnis und Gebrauch der Begriffe »Sozialismus« und »Kommunismus« stießen. Es handelt sich um das Bewußtwerden der eigenen Position bei den aktiven Teilnehmern der entsprechenden Bewegungen und um das Verstehen dieser Position im breiten Publikum. Deswegen bezeichnete insbesondere Engels 1843 sowohl Leroux wie auch George Sand, Lamennais und Proudhon als französische Kommunisten (vgl. MEGA^2, I/3, S. 503).

Das zu verstehen, ist für uns auch heute wichtig. Wenn wir versuchen, Marx' und Engels' Anschauungen von Sozialismus und Kommunismus, die in ihren früheren Arbeiten zum Ausdruck gebracht wurden, zu analysieren, müssen wir sowohl die Evolution – und d. h. auch die Nichtabgeschlossenheit – ihrer Ansichten in diesen Fragen, die »Jugend« der Fragestellung berücksichtigen wie auch eine gewisse Nichtabgeschlossenheit, ein Nichtfertigsein der Begriffe Sozialismus und Kommunismus selbst, die sich noch im Werden befanden. Deswegen darf man in der Diskussion über Sozialismus und Kommunismus nicht, wie dies bisweilen gemacht wird, um Marx' Einstellung zum Kommunismus zu illustrieren, etwa seine Worte aus den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844« einfach zitieren, wonach »der Kommunismus als solcher nicht das Ziel der menschlichen Entwicklung« sei (MEGA^2 I/2, S. 275, S. 399), ohne genau zu wissen und entsprechend dem Leser zu erklären, welche Bedeutung dieser Begriff für die anderen zeitgenössischen Autoren hatte und welche Bedeutung Marx damals – und an dieser Stelle – in diesen hineinlegte.

Zwischen den 1830er und 1840er Jahren bemerkt der Autor einen »abrupten Rhythmuswechsel« bei der Diskusison von Sozialismus und Kommunismus angesichts der sozialen Krise, die Europa erfaßt hatte. In den Jahren 1840–1842 zeichneten sich bereits ab »les principaux thèmes et débats, les principales tendances du communisme et du socialisme modernes qui vont être au coeur de la réflexion de Marx et d'Engels, de leurs partisans et de leurs adversaires.« (S. 221) Es sind dies solche Themen wie die Konstituierung des Proletariats als Klasse und die der Kommunisten als Partei, das Verständnis der Kommunisten zum demokratischen Kampf etc.; es zeichnet sich, wenn auch noch ohne feste Form, ein Gegensatz ab zwischen zentralistischem und föderalistischem Kommunismus; ebenso die Alternative zwischen einer Umgestaltung der Gesellschaft durch friedliche Propaganda einerseits, der Machtübernahme durch revolutionäre Aktion andererseits; ferner das Problem der Diktatur einer Person, einer aktiven Minderheit bzw. des Proletariats insgesamt, das Verhältnis der Kommunisten zu den Nationalitäten, zu Familie und Ehe, zur Kunst – und bei den Gegnern das »Gespenst des Kommunismus«. (S. 221) Mit anderen Worten: Die Grundproblematik des sog. wissenschaftlichen Sozialismus, wie er sich in den frühen Arbeiten von Marx und Engels herausbildet, ist hier bereits vorhanden. Ausgehend von der materialistischen Geschichtsauffassung, gaben sie Antworten auf Fragen, die vor ihnen gestellt worden waren. Ihre Antwort war jedoch ganz ohne Zweifel– sowohl in ihrer Tiefe wie

auch in ihrer bestimmten historischen Beschränktheit – beeinflußt von den vorhergehenden Antwortversuchen, ja auch von der vorhergehenden Formulierung der Fragen.

Die Problemstellung, wie Grandjonc sie vornimmt, zwingt zum Nachdenken darüber, ob nicht auch das Aufkommen des Marxismus selbst in einem bestimmten Maße Ausdruck dieses »abrupten Rhythmuswechsels« ist, d. h. dazu zu versuchen, die Entstehung des Marxismus nicht nur in weltgeschichtlicher Hinsicht zu verstehen, sondern konkreter. Wir bringen den Marxismus in der Regel in Wechselbeziehung zum utopischen Sozialismus. Und das ist richtig, nimmt man die Frage in globaler historisch-philosophischer Sicht. Doch wenn man das Problem konkret historisch stellt, auf der Ebene des realen Prozesses der Herausbildung der Anschauungen von Marx und Engels, so muß man sie mit den konkreten Strömungen des sozialistischen Denkens vergleichen, die aktiv in der damaligen Literatur und der periodischen Presse diskutiert wurden und Bestandteil der geistigen Atmosphäre jener Jahre waren. Der ganze Gedankengang des Autors ist darauf angelegt, die Existenz einer ununterbrochenen Entwicklungslinie zu zeigen, einer organischen geistigen Verbindung zwischen den frühen sozialistischen und kommunistischen Erscheinungen und dem Aufkommen zahlreicher sozialistischer Ideenströmungen und Organisationen in den 1830er und 1840er Jahren bis hin zur Entstehung des Marxismus. Diese Ununterbrochenheit der Entwicklung ist eine objektive Tatsache und ganz und gar nicht eine »construction a posteriori de Marx, d'Engels et de leurs successeurs.« (S. 247). Das organische Einbeziehen des Marxismus in den Kontext der Geschichte der sozialistischen Ideen ist eine der stärksten Seiten des Buches von Grandjonc.

Die vom Autor äußerst konsequent verfolgte eindeutige Korrelation zwischen den Realien des gesellschaftlichen Lebens und der sozialen Terminologie könnte auf den ersten Blick als Vereinfachung erscheinen. Doch erstens fixiert der Autor genau das erstmalige (oder neue) Auftauchen dieser oder jener Begriffe. Hier ist alles nachprüfbar. Und zweitens zeigt der Autor, daß dieser oder jener Begriff nicht ad hoc zu entstehen braucht; er kann schon früher aufgekommen sein und solange latent existieren, bis er sozusagen vom Gang der Ereignisse »angefordert« wird, bis ein objektiver Bedarf entsteht, ihn in breitem Maße zu gebrauchen, um die neue Realität zu beschreiben und zu verstehen. Und erscheinen diese Wörter und Begriffe, die in der stillen Kammer geboren wurden, in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, dringen sie schließlich ins Leben und die gesellschaftliche Bewegung ein. Dort werden sie »glattgewaschen«, präzisiert, erlangen bisweilen eine etwas andere Bedeutung und kehren wieder zu den Theoretikern zurück. Diese gebrauchen sie im Hinblick auf die zeitgenössischen Leser, und das heißt, daß außer der neuen Bedeutung Rudimente des alten Inhaltes erhalten bleiben, der den Zeitgenossen durchaus verständlich ist. All dies gilt es zu berücksichtigen, will man heute die alten Texte begreifen – Texte, die nicht nur die historischen Fakten widerspiegeln, sondern auch eine andere Mentalität, wie das der Autor höchst überzeugend am Beispiel des Begriffes »wissenschaftlicher Sozialismus« aufzeigt. Dieser Begriff wird traditionell als Synonym gebraucht – entweder für Marxismus insgesamt bzw. für marxistische Theorie oder als Synonym für einen ihrer wichtigsten Teile: die Konzeption der künftigen Gesellschaft und der Wege des Übergangs zu ihr.

Grandjonc stellt die Frage, warum Marx und Engels nicht vor 1875 den Begriff »wissenschaftlicher Sozialismus« zur Bezeichnung ihrer Anschauungen gebraucht haben. Hier, und diesen Vorbehalt muß man sofort anbringen, unterläuft Grandjonc eine für ihn seltene Ungenauigkeit. 1873 gebraucht Engels in der Schrift »Die Wohnungsfrage« den Begriff »wissenschaftlicher deutscher Sozialismus«, und zwar in einem Kontext, aus dem eindeutig hervorgeht, daß von seinen und Marx' Anschauungen die Rede ist. (MEGA^2, I/24, S. 61, S. 62, S. 68) Doch so oder so, im genannten obigen Sinne wird der Begriff ziemlich spät gebraucht, ein Vierteljahrhundert nach dem Entstehen des »Manifests der Kommunistischen Partei«. Die Antwort sucht und findet der Autor in der Geschichte des Begriffes »wissenschaftlicher Sozialismus«. In der sozialistischen Idee trat ziemlich früh die Tendenz zu-

tage, die Begriffe Sozialismus und soziale Wissenschaft – die Wissenschaft von der Gesellschaft – miteinander gleichzusetzen. In einer 1840 veröffentlichten Broschüre eines Chartisten findet sich die Vorstellung, daß Sozialismus die neue Wissenschaft von der Gesellschaft ist. (S. 202) Die Formel »socialisme scientifique« selbst tauchte bei Proudhon 1840 auf. Doch unter dem Namen der Wissenschaft traten in den Schriften der damaligen Sozialisten oft höchst willkürliche Konstruktionen auf, und natürlich haben Marx und Engels in den 1840er Jahren den Begriff »wissenschaftlicher Sozialismus« nicht gebraucht, da er von Theoretikern – von Cabet bis hin zu den »wahren Sozialisten« – verwendet wurde, gegen die sie damals auftraten.

Wohl am fruchtbarsten erweist sich die vom Autor gewählte Methodologie der historisch-kritischen Begriffsanalyse beim Herangehen an die Idee der Diktatur des Proletariats. Das historische Herangehen an sie hilft nicht nur, den Begriff selbst zu verstehen, sondern gleichfalls auch den Grund, »pourquoi, parmi les premières victims du stalinisme, on compte les principaux spécialistes du marxisme que rassemblait l'Institut du Marxisme de Moscou, alors dirigé par Rjazanov.« (S. 255) Die Verbindung ist hier offensichtlich: Die Stalinsche Dogmatisierung des Marxismus und seine Umwandlung in ein Instrument der ideologischen Rechtfertigung des persönlichen Machtregimes waren unvereinbar mit einem wirklichen historischen Herangehen an den Marxismus, an sein Befreiungs- und humanistisches Potential. Durch die Analyse konkreter Texte zeigt Grandjonc, daß seit den 1830er Jahren der Begriff »Diktatur« die Tendenz hatte, nichts anderes zu bezeichnen als »souveraineté« oder »pouvoir«, »exercice du pouvoir«. Sowohl die Sansculotten als auch die Kommunisten der 1830er Jahre forderten die »souveraineté du peuple« und nicht irgendeinen Teil davon. Doch in der politischen Realität der damaligen Zeit weigerte sich die Großbourgeoisie hartnäckig, auch nur ein Quentchen Macht mit den Unterdrückten zu teilen. Das führte dazu, daß die Republikaner und die Anhänger kommunistischer Ideen allmählich auf den undifferenzierten Begriff »Volk« zugunsten des Begriffes »Proletariat« zu verzichten begannen. »A cette dictature de la minorité bourgeoise, la tradition babouviste et communiste du XIXe siècle oppose donc le projet d'une autre dictature pour la réalisation de la démocratie.« (S. 260) Das kann der Form nach die zeitweilige Diktatur eines Revolutionskomitees, einer provisorischen Regierung oder gar eines Mannes sein. Eine solche »Diktatur des Proletariats« müßte ihrem Wesen nach um so mehr demokratischen Charakter haben, als, nach den Vorstellungen der Revolutionäre der 1830er Jahre, das Proletariat den überwältigenden Teil der Bevölkerung des Landes ausmachte, unter Abzug der Handvoll Ausbeuter, Aristokraten und Parasiten.

Bei Marx und Engels gibt es bekanntlich bis zur Revolution von 1848/49 den Begriff »Diktatur des Proletariats« nicht, sondern die Rede ist von der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse. Dabei gingen sie davon aus, daß das Proletariat imstande sein würde, die Mehrheit der Werktätigen, darunter auch die kleinbürgerlichen Schichten, mit sich zu ziehen. Erst ab 1850, nach der Niederschlagung der demokratischen Revolutionen, schreibt Grandjonc, tauchten bei Marx und Engels erstmals die Formeln von der »Klassendiktatur der Bourgeoisie« und ihrem notwendigen Korrelat, der »Diktatur des Proletariats«, auf. In dieser historischen Situation war, genau wie für die Sansculotten des Jahres IV, die Herrschaft oder Diktatur des Proletariats nichts anderes als die Anwendung des Prinzips der »Demokratie« bzw. der »Souveränität des Volkes« auf die zahlenmäßig stärkste Klasse – ein Prinzip, das 1789 von der Bourgeoisie verkündet worden war und aus dem sie den größten Teil des Volkes ausgeschlossen hatte. Grandjonc sieht natürlich den Unterschied zwischen dem neobabouvistischen und dem marxistischen Verständnis von Diktatur des Proletariats. »Pour Marx et Engels la perspective de la dictature de classe de prolétariat est une vision globale de la transformation des rapports de production pour l'établissement d'une société qui ne soit plus fondée sur l'exploitation de la majorité par une minorité.« (S. 262) Er ver-

merkt auch die Gefahren, welche die vom Neobouvismus und Blanquismus übernommene Formulierung der Diktatur in sich barg, »comme le prouve suffisamment l'emploi léniniste qui en a été fait depuis.« (S. 263)

Zur Zeit wird die Idee der Diktatur des Proletariats als eine Art »Grundübel« des Marxismus interpretiert, als Mittel, der Geschichte ein sozialistisches Projekt aufzuzwingen, das ihren Entwicklungsgesetzen fremd und von seiner Natur aus utopisch war. Man reduziert sie von vornherein und ausschließlich auf Gewalt, die ein paar Revolutionäre gegen die riesige Mehrheit des Volkes anwendeten, d. h. man setzt sie faktisch gleich mit ihrer stalinistischen Verzerrung. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß auch Lenin in den Jahren 1918–1921 den Akzent hauptsächlich auf die gewaltsame Seite der Diktatur des Proletariats gesetzt hat, obwohl hier vieles auch in den ungemein komplizierten Entwicklungsbedingungen der Oktoberrevolution seine Erklärung hatte. Das Buch von Grandjonc hilft, Klarheit darüber zu gewinnen, daß genetisch und theoretisch das Marxsche – und vormarxistische – Verständnis von Diktatur des Proletariats in seinem Kern den Übergang der Macht aus den Händen einer Handvoll von Ausbeutern in die Hand des Volkes meinte, d. h. ihre demokratische Natur im Sinn hatte, so paradox dies auch für den heutigen Leser klingen mag, in dessen Bewußtsein sich der Begriff mit dem Gulag-System und dem Pol-Pot-Regime verbindet. In der Akzentsetzung auf »Herrschaft des Volkes« liegt offenbar auch der Sinn von Engels' Verweisen auf die Pariser Kommune als Erfahrung der Diktatur des Proletariats und als demokratische Republik in ihrer Form. (MEW, 22, S. 198 f., S. 235) Vorerst gingen, wie bereits oben erwähnt, die Wegbereiter des Marxismus in den 1840er Jahren noch davon aus, daß das Proletariat imstande sei, das Volk anzuführen, und sie bezeichneten die künftige Herrschaft des Proletariats nicht als Diktatur. Doch als sie sich nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 von dem Schwanken des Kleinbürgertums, d. h. der Mehrheit des Volkes, überzeugt hatten, da kam der Begriff »Diktatur des Proletariats« auf, und zwar in enger Verbindung mit der Idee einer ununterbrochenen Revolution. In der realen gesellschaftlichen Bewegung und insbesondere in der ideologischen Gestaltung dieser Konzeption lagerten sich Reminiszenzen der Jakobinerdiktatur auf ihr ab und, worauf Grandjonc aufmerksam macht, gewisse Tendenzen, die im vulgär-gleichmacherischen Kommunismus, aber nicht nur in ihm, existierten und die in einer bestimmten Periode auch den Marxismus beeinflußt haben.

Grandjonc beschließt sein Buch mit dem Gedanken, daß »une approche du socialisme et du communisme contemporains par leurs origines un peu lointaines semble indispensable à une connaissance réelle du phénomène ainsi qu'à la clarté comme à la précision des débats les concernant.« (S. 266) Eines kann man sagen: Dieses Buch leistet einen ernsthaften Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe. Und das nicht nur, weil es viele interessante und subtile Überlegungen zu diesem Problem enthält, nicht nur dank der fruchtbaren methodologischen Vorgehensweise, die der Autor in seiner konkreten Forschungsarbeit realisiert, sondern auch deshalb, weil es dazu anregt, eine Reihe von Kardinalfragen der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen in der Arbeiterbewegung und der Geschichte des Marxismus unter diesem Aspekt neu anzugehen. *Vladimir Mosolov, Moskau*

Aus dem Russischen von Heribert Lambert

Elzbieta Ettinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 384 S., Ln., 38 DM.

An Rosa Luxemburg haben sich zu Lebzeiten wie in den über 70 Jahren seit ihrem Tod die Geister geschieden, von den einen gehaßt, von den anderen verherrlicht. Beides ist der Autorin Elzbieta Ettinger gleichermaßen suspekt. Ihr Anspruch besteht indes nicht im Gera-

merkt auch die Gefahren, welche die vom Neobouvismus und Blanquismus übernommene Formulierung der Diktatur in sich barg, »comme le prouve suffisamment l'emploi léniniste qui en a été fait depuis.« (S. 263)

Zur Zeit wird die Idee der Diktatur des Proletariats als eine Art »Grundübel« des Marxismus interpretiert, als Mittel, der Geschichte ein sozialistisches Projekt aufzuzwingen, das ihren Entwicklungsgesetzen fremd und von seiner Natur aus utopisch war. Man reduziert sie von vornherein und ausschließlich auf Gewalt, die ein paar Revolutionäre gegen die riesige Mehrheit des Volkes anwendeten, d. h. man setzt sie faktisch gleich mit ihrer stalinistischen Verzerrung. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß auch Lenin in den Jahren 1918–1921 den Akzent hauptsächlich auf die gewaltsame Seite der Diktatur des Proletariats gesetzt hat, obwohl hier vieles auch in den ungemein komplizierten Entwicklungsbedingungen der Oktoberrevolution seine Erklärung hatte. Das Buch von Grandjonc hilft, Klarheit darüber zu gewinnen, daß genetisch und theoretisch das Marxsche – und vormarxistische – Verständnis von Diktatur des Proletariats in seinem Kern den Übergang der Macht aus den Händen einer Handvoll von Ausbeutern in die Hand des Volkes meinte, d. h. ihre demokratische Natur im Sinn hatte, so paradox dies auch für den heutigen Leser klingen mag, in dessen Bewußtsein sich der Begriff mit dem Gulag-System und dem Pol-Pot-Regime verbindet. In der Akzentsetzung auf »Herrschaft des Volkes« liegt offenbar auch der Sinn von Engels' Verweisen auf die Pariser Kommune als Erfahrung der Diktatur des Proletariats und als demokratische Republik in ihrer Form. (MEW, 22, S. 198 f., S. 235) Vorerst gingen, wie bereits oben erwähnt, die Wegbereiter des Marxismus in den 1840er Jahren noch davon aus, daß das Proletariat imstande sei, das Volk anzuführen, und sie bezeichneten die künftige Herrschaft des Proletariats nicht als Diktatur. Doch als sie sich nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 von dem Schwanken des Kleinbürgertums, d. h. der Mehrheit des Volkes, überzeugt hatten, da kam der Begriff »Diktatur des Proletariats« auf, und zwar in enger Verbindung mit der Idee einer ununterbrochenen Revolution. In der realen gesellschaftlichen Bewegung und insbesondere in der ideologischen Gestaltung dieser Konzeption lagerten sich Reminiszenzen der Jakobinerdiktatur auf ihr ab und, worauf Grandjonc aufmerksam macht, gewisse Tendenzen, die im vulgär-gleichmacherischen Kommunismus, aber nicht nur in ihm, existierten und die in einer bestimmten Periode auch den Marxismus beeinflußt haben.

Grandjonc beschließt sein Buch mit dem Gedanken, daß »une approche du socialisme et du communisme contemporains par leurs origines un peu lointaines semble indispensable à une connaissance réelle du phénomène ainsi qu'à la clarté comme à la précision des débats les concernant.« (S. 266) Eines kann man sagen: Dieses Buch leistet einen ernsthaften Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe. Und das nicht nur, weil es viele interessante und subtile Überlegungen zu diesem Problem enthält, nicht nur dank der fruchtbaren methodologischen Vorgehensweise, die der Autor in seiner konkreten Forschungsarbeit realisiert, sondern auch deshalb, weil es dazu anregt, eine Reihe von Kardinalfragen der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen in der Arbeiterbewegung und der Geschichte des Marxismus unter diesem Aspekt neu anzugehen. *Vladimir Mosolov, Moskau*

Aus dem Russischen von Heribert Lambert

Elzbieta Ettinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 384 S., Ln., 38 DM.

An Rosa Luxemburg haben sich zu Lebzeiten wie in den über 70 Jahren seit ihrem Tod die Geister geschieden, von den einen gehaßt, von den anderen verherrlicht. Beides ist der Autorin Elzbieta Ettinger gleichermaßen suspekt. Ihr Anspruch besteht indes nicht im Gera-

derücken bestimmter Urteile über Luxemburgs Werk, sondern sie möchte die verengte, auf das politische Wirken Luxemburgs reduzierte Perspektive erweitern. So verdanken wir dem Buch Ettingers, das jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt, die Erkenntnis, daß Rosa Luxemburg ein »Mensch aus Fleisch und Blut« war.

Nun mag man einwenden, diese im Vorwort enthaltene Aussage sei nicht besonders spektakulär. Doch Ettingers Porträtierung einer Frau mit Stärken und Schwächen, mit Mut und Selbstzweifeln, mit Triumphen und Alpträumen macht klar, was dieses Buch von einer »blutleeren« politischen Biographie unterscheidet. Hier steht *der Mensch* Rosa Luxemburg im Vordergrund. Ettinger degradiert in ihrem Buch (nicht in Luxemburgs Leben!) das politische Werk zur Zweitrangigkeit. So findet etwa die Revisionismusdebatte, die einen Wendepunkt in Rosas Leben markierte, auf einer einzigen Buchseite statt. Beim Leser sind deshalb Vorkenntnisse gefragt, oder die im Vorwort erwähnte Sekundärliteratur ist zu Rate zu ziehen. Das mag manchen stören, die meisten Leser werden jedoch froh sein, längst Bekanntes nicht noch einmal serviert zu bekommen.

Elzbieta Ettinger stammt selbst aus Polen und ist deshalb vielleicht besonders geeignet, die Herkunft Rozalia Luksenburgs aus Zamość zu beleuchten. Einfühlsam schildert sie die wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen des polnischen Städtchens, die beruflichen Probleme des Vaters sowie das jüdische Milieu in Warschau, wo Rosa seit ihrem dritten Lebensjahr lebte. Das Außenseiterdasein des jüdischen, verkrüppelten Kindes, der Fleiß der Musterschülerin, die Begeisterung der 16jährigen für den polnischen Romantiker Adam Mickiewicz und der Anschluß der jungen Frau an die Untergrundzirkel sozial gesinnter Studenten in Warschau – das wirkt alles sehr authentisch und glaubhaft. Ob man Ettinger in der Einschätzung der Bedeutung bestimmter Ereignisse für Rosa folgt, etwa der Schilderung des Pogroms von 1881 als traumatischem Kindheitserlebnis, ist eine Frage der tiefenpsychologischen Neigung des Lesers.

Aus der Schülerin Rozalia Luksenburg wurde in Zürich die Studentin Rosa Luxemburg. Hier traf sie Leo Jogiches. Das Verhältnis dieser beiden Menschen durchzieht das Buch wie ein roter Faden. Aus den Wirrungen, den Machtkämpfen und Erniedrigungen dieser ungewöhnlichen Beziehung bezieht die Luxemburg-Biographie einen Großteil ihrer Spannung. In den ersten Jahren, in die unter anderem die gemeinsame Gründung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen fiel, schien der kühle, unnahbare Leo Jogiches die dominante Figur in dem Liebesverhältnis mit Rosa zu sein. Später erlangte sie, mitbedingt durch ihren akademischen und politischen Erfolg, die Oberhand. Auch als die beiden nicht mehr Liebende waren und Rosa eine Beziehung zu Kostja Zetkin hatte, trennten sich ihre Wege nicht. Leo Jogiches und Rosa Luxemburg, das legt das Buch Ettingers nahe, brauchten einander und blieben ihr Leben lang einander verbunden.

Die Quelle, aus der sich die Biographie speist, ist die umfangreiche Korrespondenz Rosa Luxemburgs. Naturgemäß geht es in Briefen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, höchst persönlich zu. Auch nach über 70 Jahren ist ein verantwortungsvoller Umgang mit dem sensiblen Material geboten. Man muß wohl eine Frau sein, um behutsam wie Elzbieta Ettinger die Briefe Rosas auszuwerten und dem Lesepublikum Rosas Gefühle zu schildern. Da wird nichts verschwiegen, aber wer manche Briefe Rosas kennt, der ahnt, welche Art von anzüglichen Formulierungen sich ein männlicher Biograph für die Veröffentlichung wohl nicht hätte entgehen lassen.

Es ist nicht nur die feinfühlige, liebende Rosa mit ihrem Wunsch nach Kindern und einem gemütlichen Zuhause, die dem Leser begegnet. Daß es zugleich die energische, kämpferische Rosa gibt, macht die Faszination dieser Persönlichkeit aus, ist aber keine Neuigkeit mehr. Anders als frühere Biographien versucht Ettinger diese beiden Elemente zusammenzufügen und führt politische Kontroversen auf private Begebenheiten zurück. Die These, daß Rosas vernichtender Angriff 1912 auf Karl Radek, der seinerseits Leo Jogiches attackiert hatte, nur auf dem Hintergrund ihres engen Verhältnisses zu Jogiches sowie den

vorausgegangenen Enttäuschungen durch die beendete Beziehung zu Kostja Zetkin und den Streit mit Karl Kautsky zu verstehen sei, ist ebenso spannend wie unbelegbar. Gerade der Konflikt mit Radek zeigt aber, daß Rosa in Sachen politischer Moral nicht unfehlbar war und Ettinger dies nicht verschweigt. Rosa hatte Jogiches vorgeschlagen, den Warschauer Vorstand der Polnischen Sozialdemokratie wider besseres Wissen als zaristische Agenten zu verleumden, um ihn zu zerschlagen. »[. . .] Rosa Luxemburgs ›gewisse Idee‹ – eine Idee, die zu Stalins bevorzugter Methode wurde, politische Gegner zu vernichten – wurde in die Tat umgesetzt. Diese Tat Rosa Luxemburgs ist durch nichts zu rechtfertigen. [. . .] Rosa Luxemburg wurde nach und nach Teil des Apparates, der seine eigenen Kinder frißt.« (S. 218)

Da bröckelt ein Mythos, und doch kann man sich bei der Lektüre dieser Biographie nur schwer der bewunderungsheischenden, emotionalen und rationalen Kraft dieser Frau entziehen. Sie war es, die konsequent gegen den Krieg opponierte und deshalb ins Gefängnis ging, und ihr blieb es vorbehalten, als erste vor den Gefahren der bolschewistischen Revolution in Rußland zu warnen. Das Image der Märtyrerin bleibt, wenngleich Ettinger auch das Bild von der inhaftierten Geistesriesin mit lyrischen Träumereien, das ihre Briefe aus dem Gefängnis zu vermitteln scheinen, nicht ungeschoren läßt. »Geschrieben in den Jahren 1916 bis 1918 an Sonja Liebknecht zu dem Zweck, der jungen Frau des eingesperrten Karl Mut zu machen, schufen und bewahrten die frisierten Briefe einen Mythos.« (S. 151) Rosas politische Isolation während des Ersten Weltkriegs, das Kesseltreiben gegen sie, bei dem ihr nur noch eine Handvoll Freunde blieb, und ihre grausame Ermordung bestimmten ihren letzten Lebensabschnitt. Hier gründet die Tragik des Lebens von Rosa Luxemburg, in dessen private Seite Elzbieta Ettinger außergewöhnlilche Einblicke gewährt.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Willy Buschak (Hrsg.), Arbeitsbilder. Dokumente zwischen Symbolik und Alltag. 125 Jahre Nahrung, Genuß und Gaststätten, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1990, 143 S., geb., 49,80 DM.

Mit dem vorliegenden Buch beging die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten ihr 125jähriges Jubiläum im Jahr 1990. Wie der Geschäftsführende Vorstand der NGG, Erich Herrmann, im Vorwort darlegt, sollte das Jubiläum jedoch nicht allein Anlaß und Gelegenheit bieten zu einer historischen Retrospektive, sondern zudem »einen anderen Zugang zu unserer Geschichte« eröffnen, »als es gemeinhin üblich ist« (S. 7). Bei den Dokumenten zwischen Symbolik und Alltag handelt es sich um Fahnen und Fotos, geht es um die Gewerkschaftsgeschichte der Vorläuferorganisationen der NGG. Dabei verkörpert die Fahne gleichsam den Willen, zusammenzustehen und Solidarität zu demonstrieren. Durch die überwiegend in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts entstandenen Fotos soll der Alltag der Beschäftigten am Arbeitsplatz ersichtlich werden. Dadurch sollen sich die Vorstellungs- wie die Arbeitswelt der Arbeitenden erschließen. Keine Frage, daß dies mit den Fotos nur schwer zu bewerkstelligen ist, weil zwar viele Werksansichten, Aufnahmen blankgeputzter Maschinen und aufgeräumter Fertigungshallen, Gruppenarrangements der Belegschaftsmitglieder usw. existieren, aber kaum aussagekräftige Fotos der arbeitenden Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Die Ermittlung und Auswahl der rund 130 abgedruckten Fotos zeigt überzeugend, daß der Versuch insgesamt gelungen ist, auch ein Stück sozialer Wirklichkeit abzubilden. Leider ist der Bildband indessen nur sehr sparsam mit einem Begleittext versehen. Daher bleibt das Werk trotz der recht geglückten Auswahl ausdrucksstarker, aber karg untertitelter Fotos irgendwie unfertig. Die Dokumente sind einzelnen

vorausgegangenen Enttäuschungen durch die beendete Beziehung zu Kostja Zetkin und den Streit mit Karl Kautsky zu verstehen sei, ist ebenso spannend wie unbelegbar. Gerade der Konflikt mit Radek zeigt aber, daß Rosa in Sachen politischer Moral nicht unfehlbar war und Ettinger dies nicht verschweigt. Rosa hatte Jogiches vorgeschlagen, den Warschauer Vorstand der Polnischen Sozialdemokratie wider besseres Wissen als zaristische Agenten zu verleumden, um ihn zu zerschlagen. »[. . .] Rosa Luxemburgs ›gewisse Idee‹ – eine Idee, die zu Stalins bevorzugter Methode wurde, politische Gegner zu vernichten – wurde in die Tat umgesetzt. Diese Tat Rosa Luxemburgs ist durch nichts zu rechtfertigen. [. . .] Rosa Luxemburg wurde nach und nach Teil des Apparates, der seine eigenen Kinder frißt.« (S. 218)

Da bröckelt ein Mythos, und doch kann man sich bei der Lektüre dieser Biographie nur schwer der bewunderungsheischenden, emotionalen und rationalen Kraft dieser Frau entziehen. Sie war es, die konsequent gegen den Krieg opponierte und deshalb ins Gefängnis ging, und ihr blieb es vorbehalten, als erste vor den Gefahren der bolschewistischen Revolution in Rußland zu warnen. Das Image der Märtyrerin bleibt, wenngleich Ettinger auch das Bild von der inhaftierten Geistesriesin mit lyrischen Träumereien, das ihre Briefe aus dem Gefängnis zu vermitteln scheinen, nicht ungeschoren läßt. »Geschrieben in den Jahren 1916 bis 1918 an Sonja Liebknecht zu dem Zweck, der jungen Frau des eingesperrten Karl Mut zu machen, schufen und bewahrten die frisierten Briefe einen Mythos.« (S. 151) Rosas politische Isolation während des Ersten Weltkriegs, das Kesseltreiben gegen sie, bei dem ihr nur noch eine Handvoll Freunde blieb, und ihre grausame Ermordung bestimmten ihren letzten Lebensabschnitt. Hier gründet die Tragik des Lebens von Rosa Luxemburg, in dessen private Seite Elzbieta Ettinger außergewöhnlilche Einblicke gewährt.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Willy Buschak (Hrsg.), Arbeitsbilder. Dokumente zwischen Symbolik und Alltag. 125 Jahre Nahrung, Genuß und Gaststätten, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1990, 143 S., geb., 49,80 DM.

Mit dem vorliegenden Buch beging die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten ihr 125jähriges Jubiläum im Jahr 1990. Wie der Geschäftsführende Vorstand der NGG, Erich Herrmann, im Vorwort darlegt, sollte das Jubiläum jedoch nicht allein Anlaß und Gelegenheit bieten zu einer historischen Retrospektive, sondern zudem »einen anderen Zugang zu unserer Geschichte« eröffnen, »als es gemeinhin üblich ist« (S. 7). Bei den Dokumenten zwischen Symbolik und Alltag handelt es sich um Fahnen und Fotos, geht es um die Gewerkschaftsgeschichte der Vorläuferorganisationen der NGG. Dabei verkörpert die Fahne gleichsam den Willen, zusammenzustehen und Solidarität zu demonstrieren. Durch die überwiegend in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts entstandenen Fotos soll der Alltag der Beschäftigten am Arbeitsplatz ersichtlich werden. Dadurch sollen sich die Vorstellungs- wie die Arbeitswelt der Arbeitenden erschließen. Keine Frage, daß dies mit den Fotos nur schwer zu bewerkstelligen ist, weil zwar viele Werksansichten, Aufnahmen blankgeputzter Maschinen und aufgeräumter Fertigungshallen, Gruppenarrangements der Belegschaftsmitglieder usw. existieren, aber kaum aussagekräftige Fotos der arbeitenden Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Die Ermittlung und Auswahl der rund 130 abgedruckten Fotos zeigt überzeugend, daß der Versuch insgesamt gelungen ist, auch ein Stück sozialer Wirklichkeit abzubilden. Leider ist der Bildband indessen nur sehr sparsam mit einem Begleittext versehen. Daher bleibt das Werk trotz der recht geglückten Auswahl ausdrucksstarker, aber karg untertitelter Fotos irgendwie unfertig. Die Dokumente sind einzelnen

Kapiteln zugeordnet, die gewissermaßen berufsgruppenspezifisch den Arbeitsalltag thematisieren, und zwar für die Tabakarbeiter (S. 16–39), Brauer, Böttcher, Müller (S. 40–63), Bäcker (S. 64–79), Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (S. 80–103), Hotel- und Gaststättenangestellten (S. 104–127) und Fleischer (S. 128–141). Der die jeweiligen Kapitel einleitende Text ist äußerst knapp ausgefallen, zitiert ohne Verweis auf die entsprechenden Fundstellen und bleibt – zumal eine Zusammenfassung und Bündelung der streiflichtartigen Einzelaussagen erst gar nicht versucht wird – vor allem bruchstückhaft in einem Bildband, der durchaus Anlagen gehabt hätte, Gewerkschaftsgeschichte einmal unmittelbar und miterlebbar darzubieten. *Peter Blum, Mannheim*

Andrea Hinsche, »Über den Parteien« und »neben den Gewerkschaften«: Der württembergische Landesverband evangelischer Arbeitervereine (1891–1918), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989, 368 S., brosch., 76 DM.

Welche Bedeutung hatten die evangelisch-konfessionellen Vereine für die Arbeiterbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Friedrich Naumann bezeichnete sie einmal resigniert als »Kleinkinderbewahranstalten«. Dieses plakative Wort aufgreifend, unterstreicht die geschichtswissenschaftliche Literatur seither die Bedeutungslosigkeit und Schwäche der evangelischen Arbeitervereine gegenüber ihrer katholischen oder sozialdemokratischen »Konkurrenz«. Dennoch mangelt es an fundierten Einzelstudien, die das Diktum vom »Versagen der protestantischen Kirche vor der sozialen Frage« (G. Brakelmann) genauer belegen oder analysieren könnten.

Ausgehend von dieser Problemlage, erforscht Andrea Hinsche in ihrer Karlsruher Dissertation von 1988 den württembergischen Landesverband evangelischer Arbeitervereine. Dieser auf Landesebene konstituierte Dachverband verschiedener kommunaler Vereine war seit 1902 vom deutschen evangelischen Gesamtverbandswesen weitgehend unabhängig. Hauptsächlich auf der Grundlage publizistischer Quellen wird er zunächst auf seine Organisationsstruktur, Programmatik und Wirksamkeit hin untersucht. Die Verfasserin legt dabei die Ausgangsfrage zugrunde, ob der Landesverband seinem eigenen Anspruch gerecht wurde und »aus dem Geist der Religion heraus bürgerlich-proletarische Klassenunterschiede [. . .] überbrücken« konnte. (S. 2) In einem zweiten Teil untersucht sie das Verhältnis von Landesverband einerseits und evangelischer Kirche, politischen Parteien und den Gewerkschaften andererseits.

Bei der Analyse der Sozial- und Organisationsstruktur der einzelnen Arbeitervereine weist die Verfasserin den hohen quantitativen Anteil an bürgerlichen Führungskräften, vor allem von Pfarrern und Lehrern, nach. Eine Anhebung des Arbeiteranteils an den Führungskräften mißlang aber ebenso wie die Integration von Arbeiterinnen und Arbeiterinnenvereinen in den Landesverband: Es überwog in diesem Zusammenhang in den Vereinen eine bürgerlich-konservative Gesellschaftsauffassung, die auch bei den Mitgliedern weitgehend akzeptiert wurde. Zumindest ansatzweise gelang es dem Verband durch eigene Agitationsmittel, durch fürsorgliche Initiativen (wie z. B. Versicherungs- und Sterbekassen, sowie die Bereitstellung von Bildungs- und Freizeitangeboten) und nicht zuletzt durch ein eigenes Verbandsabzeichen, den für die sozialmoralischen Milieus des Kaiserreichs so charakteristischen »Kitt« (S. 128) bereitzustellen, der einen großen Teil der Mitglieder zusammenhalten konnte. Die württembergische Landeskirche ging aber auf vorsichtige Distanz zum Verband: Sie wollte soziale evangelische Anliegen durch den konservativeren Evangelisch-sozialen Kongreß angegangen sehen. Umfassende Kooperation hat es daher zwischen Verband und Kirche als Organisation nicht gegeben. Stark war im Landesver-

Kapiteln zugeordnet, die gewissermaßen berufsgruppenspezifisch den Arbeitsalltag thematisieren, und zwar für die Tabakarbeiter (S. 16–39), Brauer, Böttcher, Müller (S. 40–63), Bäcker (S. 64–79), Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter (S. 80–103), Hotel- und Gaststättenangestellten (S. 104–127) und Fleischer (S. 128–141). Der die jeweiligen Kapitel einleitende Text ist äußerst knapp ausgefallen, zitiert ohne Verweis auf die entsprechenden Fundstellen und bleibt – zumal eine Zusammenfassung und Bündelung der streiflichtartigen Einzelaussagen erst gar nicht versucht wird – vor allem bruchstückhaft in einem Bildband, der durchaus Anlagen gehabt hätte, Gewerkschaftsgeschichte einmal unmittelbar und miterlebbar darzubieten. *Peter Blum, Mannheim*

Andrea Hinsche, »Über den Parteien« und »neben den Gewerkschaften«: Der württembergische Landesverband evangelischer Arbeitervereine (1891–1918), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989, 368 S., brosch., 76 DM.

Welche Bedeutung hatten die evangelisch-konfessionellen Vereine für die Arbeiterbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert? Friedrich Naumann bezeichnete sie einmal resigniert als »Kleinkinderbewahranstalten«. Dieses plakative Wort aufgreifend, unterstreicht die geschichtswissenschaftliche Literatur seither die Bedeutungslosigkeit und Schwäche der evangelischen Arbeitervereine gegenüber ihrer katholischen oder sozialdemokratischen »Konkurrenz«. Dennoch mangelt es an fundierten Einzelstudien, die das Diktum vom »Versagen der protestantischen Kirche vor der sozialen Frage« (G. Brakelmann) genauer belegen oder analysieren könnten.

Ausgehend von dieser Problemlage, erforscht Andrea Hinsche in ihrer Karlsruher Dissertation von 1988 den württembergischen Landesverband evangelischer Arbeitervereine. Dieser auf Landesebene konstituierte Dachverband verschiedener kommunaler Vereine war seit 1902 vom deutschen evangelischen Gesamtverbandswesen weitgehend unabhängig. Hauptsächlich auf der Grundlage publizistischer Quellen wird er zunächst auf seine Organisationsstruktur, Programmatik und Wirksamkeit hin untersucht. Die Verfasserin legt dabei die Ausgangsfrage zugrunde, ob der Landesverband seinem eigenen Anspruch gerecht wurde und »aus dem Geist der Religion heraus bürgerlich-proletarische Klassenunterschiede [. . .] überbrücken« konnte. (S. 2) In einem zweiten Teil untersucht sie das Verhältnis von Landesverband einerseits und evangelischer Kirche, politischen Parteien und den Gewerkschaften andererseits.

Bei der Analyse der Sozial- und Organisationsstruktur der einzelnen Arbeitervereine weist die Verfasserin den hohen quantitativen Anteil an bürgerlichen Führungskräften, vor allem von Pfarrern und Lehrern, nach. Eine Anhebung des Arbeiteranteils an den Führungskräften mißlang aber ebenso wie die Integration von Arbeiterinnen und Arbeiterinnenvereinen in den Landesverband: Es überwog in diesem Zusammenhang in den Vereinen eine bürgerlich-konservative Gesellschaftsauffassung, die auch bei den Mitgliedern weitgehend akzeptiert wurde. Zumindest ansatzweise gelang es dem Verband durch eigene Agitationsmittel, durch fürsorgliche Initiativen (wie z. B. Versicherungs- und Sterbekassen, sowie die Bereitstellung von Bildungs- und Freizeitangeboten) und nicht zuletzt durch ein eigenes Verbandsabzeichen, den für die sozialmoralischen Milieus des Kaiserreichs so charakteristischen »Kitt« (S. 128) bereitzustellen, der einen großen Teil der Mitglieder zusammenhalten konnte. Die württembergische Landeskirche ging aber auf vorsichtige Distanz zum Verband: Sie wollte soziale evangelische Anliegen durch den konservativeren Evangelisch-sozialen Kongreß angegangen sehen. Umfassende Kooperation hat es daher zwischen Verband und Kirche als Organisation nicht gegeben. Stark war im Landesver-

band die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, die man schlechterdings für katholisch dominiert hielt. Vor diesem Hintergrund wird auch seine demonstrative Hinwendung zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verständlich. Deren Größenordnung bleibt aber fraglich, zumal von den ca. 6000 evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern (1913) wahrscheinlich nur höchstens 12 % gewerkschaftlich organisiert waren. Dasselbe gilt für den Stellenwert des politischen Engagements des Landesverbandes, das bei den Reichstagswahlen 1912 seinen Höhepunkt mit einer Kampagne für die liberalen Parteien (und gegen die SPD) erreichte, mit dem Kriegsausbruch aber völlig zum Erliegen kam. Gewerkschaftliches und politisches Engagement des Landesverbandes führten insgesamt zwar nicht zum erhofften Mitglieder- und Bedeutungszuwachs, wohl aber zu einer erhöhten Publizität und zu einem Wechsel des politischen Ansprechpartners: Waren dies traditionell die Konservativen, wurden es nun die Liberalen.

Eine klarere Beantwortung der Ausgangsfrage bleibt allerdings aus. Der Verfasserin ist mit ihrer Arbeit eine angemessene Mischung aus systematisch gegliederter Strukturanalyse und chronologischer Darstellung gelungen. Es ergibt sich das facettenreiche Bild einer regional und programmatisch nahezu eigenständigen, bisweilen provinziellen Organisation im Spektrum der konfessionell-bürgerlichen Sozialreform des Deutschen Kaiserreichs. Allzu konsequent verfolgt die Verfasserin leider ihren Ansatz, den Landesverband ausschließlich an seiner eigenen Programmatik zu messen und zu beurteilen. Ob eine evangelisch-konfessionelle Sozialreform möglich war, ist eine Fragestellung, die untrennbar verknüpft ist mit der weitergehenden Frage, in welchem Rahmen diese möglich war und warum hier dieser Rahmen im Vergleich zu katholisch-konfessionellen Organisationen so erstaunlich klein war und blieb: Friedrich Naumanns vernichtendes Urteil der »Kleinkinderbewahranstalten« wird im Blick auf diesen Landesverband zwar relativiert, das Diktum vom Versagen der evangelischen Arbeiterbewegung vor der sozialen Frage bleibt aber auch für ihn gültig.

Andreas Neemann, Tübingen

Martin Rüther, Arbeiterschaft in Köln 1928–1945 (= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 16), dme/Janus-Verlagsgesellschaft, Köln 1990, 492 S., brosch., 49,80 DM.

Dieses Buch ist ein »Nebenprodukt« der Dissertation des Verfassers über »Betriebsräte in Köln 1945–1952«. Nebenprodukt bedeutet aber nicht, daß hier marginale oder redundierende Kenntnisse zusammengetragen wären, sondern es handelt sich sozusagen um ein Grundlagenwerk für die zweite, thematisch etwas anders gelagerte Buchveröffentlichung Rüthers. Die hier anzuzeigende Untersuchung über die Kölner Arbeiterschaft zu Ende der Weimarer Republik und während der NS-Herrschaft erschließt sich dem Leser nicht leicht. Sie setzt eine angestrengte und konzentrierte Lektüre voraus, wozu nicht allein die 71 Zahlentabellen beitragen, sondern auch eine Darstellungsweise, die sich intensiv den Schwankungen des Einkommens der Kölner Arbeiterschaft zuwendet und deswegen in starkem Maße zahlenorientiert sein muß (vgl. S. 13). Die dem Verfasser zur Verfügung stehende Quellenbasis ist leider nicht so gut, wie es die subtilen Interpretationen und scharfsinnigen Vorgehensweisen Rüthers eigentlich wünschenswert gemacht hätten: In der Hauptsache kann er sich nur auf zwei Archive bedeutender Unternehmen stützen (Felten und Guilleaume und Klöckner-Humboldt-Deutz, beides Firmen der Metallindustrie). Bedingt durch die Kriegszerstörungen 1943/45 ist in Köln die Quellenlage zu fast allen Fragestellungen des hier erörterten Zeitraumes recht ungünstig. Nichtsdestotrotz ist es dem Autor gelungen, einen überzeugenden Eindruck von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kölner

band die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, die man schlechterdings für katholisch dominiert hielt. Vor diesem Hintergrund wird auch seine demonstrative Hinwendung zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verständlich. Deren Größenordnung bleibt aber fraglich, zumal von den ca. 6000 evangelischen Arbeitervereinsmitgliedern (1913) wahrscheinlich nur höchstens 12 % gewerkschaftlich organisiert waren. Dasselbe gilt für den Stellenwert des politischen Engagements des Landesverbandes, das bei den Reichstagswahlen 1912 seinen Höhepunkt mit einer Kampagne für die liberalen Parteien (und gegen die SPD) erreichte, mit dem Kriegsausbruch aber völlig zum Erliegen kam. Gewerkschaftliches und politisches Engagement des Landesverbandes führten insgesamt zwar nicht zum erhofften Mitglieder- und Bedeutungszuwachs, wohl aber zu einer erhöhten Publizität und zu einem Wechsel des politischen Ansprechpartners: Waren dies traditionell die Konservativen, wurden es nun die Liberalen.

Eine klarere Beantwortung der Ausgangsfrage bleibt allerdings aus. Der Verfasserin ist mit ihrer Arbeit eine angemessene Mischung aus systematisch gegliederter Strukturanalyse und chronologischer Darstellung gelungen. Es ergibt sich das facettenreiche Bild einer regional und programmatisch nahezu eigenständigen, bisweilen provinziellen Organisation im Spektrum der konfessionell-bürgerlichen Sozialreform des Deutschen Kaiserreichs. Allzu konsequent verfolgt die Verfasserin leider ihren Ansatz, den Landesverband ausschließlich an seiner eigenen Programmatik zu messen und zu beurteilen. Ob eine evangelisch-konfessionelle Sozialreform möglich war, ist eine Fragestellung, die untrennbar verknüpft ist mit der weitergehenden Frage, in welchem Rahmen diese möglich war und warum hier dieser Rahmen im Vergleich zu katholisch-konfessionellen Organisationen so erstaunlich klein war und blieb: Friedrich Naumanns vernichtendes Urteil der »Kleinkinderbewahranstalten« wird im Blick auf diesen Landesverband zwar relativiert, das Diktum vom Versagen der evangelischen Arbeiterbewegung vor der sozialen Frage bleibt aber auch für ihn gültig.

Andreas Neemann, Tübingen

Martin Rüther, Arbeiterschaft in Köln 1928–1945 (= Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 16), dme/Janus-Verlagsgesellschaft, Köln 1990, 492 S., brosch., 49,80 DM.

Dieses Buch ist ein »Nebenprodukt« der Dissertation des Verfassers über »Betriebsräte in Köln 1945–1952«. Nebenprodukt bedeutet aber nicht, daß hier marginale oder redundierende Kenntnisse zusammengetragen wären, sondern es handelt sich sozusagen um ein Grundlagenwerk für die zweite, thematisch etwas anders gelagerte Buchveröffentlichung Rüthers. Die hier anzuzeigende Untersuchung über die Kölner Arbeiterschaft zu Ende der Weimarer Republik und während der NS-Herrschaft erschließt sich dem Leser nicht leicht. Sie setzt eine angestrengte und konzentrierte Lektüre voraus, wozu nicht allein die 71 Zahlentabellen beitragen, sondern auch eine Darstellungsweise, die sich intensiv den Schwankungen des Einkommens der Kölner Arbeiterschaft zuwendet und deswegen in starkem Maße zahlenorientiert sein muß (vgl. S. 13). Die dem Verfasser zur Verfügung stehende Quellenbasis ist leider nicht so gut, wie es die subtilen Interpretationen und scharfsinnigen Vorgehensweisen Rüthers eigentlich wünschenswert gemacht hätten: In der Hauptsache kann er sich nur auf zwei Archive bedeutender Unternehmen stützen (Felten und Guilleaume und Klöckner-Humboldt-Deutz, beides Firmen der Metallindustrie). Bedingt durch die Kriegszerstörungen 1943/45 ist in Köln die Quellenlage zu fast allen Fragestellungen des hier erörterten Zeitraumes recht ungünstig. Nichtsdestotrotz ist es dem Autor gelungen, einen überzeugenden Eindruck von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kölner

Industriearbeiterschaft zu vermitteln, wobei die Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung bewußt ausgeklammert wird.

Rüthers besonderes Betrachtungsfeld ist die »betriebliche Ebene« (S. 11), und hier ist ihm auch eine dichte, informationsgesättigte Darstellung gelungen. Besonderes Interesse gilt der auch schon von anderen Autoren diskutierten Fragestellung, ob zwischen dem Verhalten der Arbeiterschaft vor und nach dem Beginn der NS-Diktatur eine Interdependenz besteht, ob die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. des drohenden Arbeitsplatzverlustes im Gefolge der Weltwirtschaftskrise das politische bzw. betriebliche Engagement der Werktätigen seit 1933 wesentlich bestimmt hat, eine Frage, die nach den an Köln gewonnenen Erkenntnissen auch von Rüther bejaht werden kann. Er schreibt dazu: »Die soziale Wahrnehmung reduzierte sich auf das unmittelbare Umfeld der eigenen Existenz; gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wurde immer weniger Interesse geschenkt.« (S. 420) Dieser Prozeß der »Individualisierung« der Arbeiterschaft (S. 420) läßt sich bis zum Ende des Krieges beobachten; gestärkt wurde er vom Regime und den Betrieben durch eine im Sinne des Systems geschickte Lohnpolitik, die einzelnen Branchen, etwa denjenigen der in die Rüstungsindustrie eingebundenen, durchaus beachtliche Lohnsteigerungen einbrachte, was zur weiteren Segmentierung der Arbeiterschaft führte.

In den Darlegungen Rüthers werden zahlreiche Problemkreise angesprochen; nur zwei seien hier noch hervorgehoben: Die »Vertrauensratswahlen« der Jahre 1934 und 1935 werden einer eingehenden Interpretation unterzogen. (S. 173 ff.) Auch hier zeigt sich die nach Industriezweigen verschiedene, »individualisierte« Einstellung der Arbeiter, die jedenfalls nicht den Wünschen von NSDAP/NSBO entsprach; wie bekannt, wurden in den folgenden Jahren keine Vertrauensratswahlen mehr veranstaltet.

Ein bemerkenswertes, bisher noch wenig untersuchtes Feld der betrieblichen Wirklichkeit sind die »Krankmeldungen« während des Krieges, denen der Autor weitgreifende Ausführungen widmet. (S. 372 ff.) Neben dem Ansteigen der tatsächlichen Krankheitsfälle, bedingt durch unzureichende Ernährung, überlange Arbeitszeit und psychische Belastungen wegen der nächtlichen Bombenangriffe, wird hier ein wiederum individuelles Protestverhalten sichtbar, das von den Betrieben aber bald durch »Hausbesuche« eingegrenzt werden konnte.

Entgegen den hier geäußerten positiven Aspekten der Untersuchung von Rüther wird man sich fragen dürfen, ob er seine Erkenntnisse nicht allzusehr auf die Kölner Großindustrie stützt. Dies ist nun ein Problem der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Quellen; unklar bleibt, wie sich die »Arbeiterschaft« – der Autor versieht zu Recht diesen ein geschlossenes Kollektiv suggerierenden Begriff mit einem Fragezeichen (S. 420) – in den kleineren Industrieunternehmen mit nur einigen Dutzend Beschäftigten verhalten hat. Leserunfreundlich gestaltet sind leider die Anmerkungen, die in einer zu kleinen Type gesetzt sind, was die fortlaufende Beschäftigung mit diesem Buch recht erschwert. Es ist davon auszugehen, daß die an der Industriearbeiterschaft Kölns gewonnenen Erkenntnisse als exemplarisch für die Arbeiter in Deutschland überhaupt anzusehen sind; Martin Rüthers Ausführungen werden jedenfalls die Diskussionen befruchten und weiterführen.

Günter Bers, Köln

Sven Beckert, Bis zu diesem Punkt und nicht weiter: Arbeiteralltag während des Zweiten Weltkrieges in der Industrieregion Offenbach–Frankfurt, unter Mitarb. von Katharina F. Boehm, Verlag für Akad. Schriften, Frankfurt/Main 1990, 227 S., kart., 38 DM.

Das Anliegen dieser im Rahmen des Schülerwettbewerbs um den Preis des Bundespräsidenten mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit ist es, am Beispiel Offenbachs (und

Industriearbeiterschaft zu vermitteln, wobei die Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung bewußt ausgeklammert wird.

Rüthers besonderes Betrachtungsfeld ist die »betriebliche Ebene« (S. 11), und hier ist ihm auch eine dichte, informationsgesättigte Darstellung gelungen. Besonderes Interesse gilt der auch schon von anderen Autoren diskutierten Fragestellung, ob zwischen dem Verhalten der Arbeiterschaft vor und nach dem Beginn der NS-Diktatur eine Interdependenz besteht, ob die Erfahrung der Arbeitslosigkeit bzw. des drohenden Arbeitsplatzverlustes im Gefolge der Weltwirtschaftskrise das politische bzw. betriebliche Engagement der Werktätigen seit 1933 wesentlich bestimmt hat, eine Frage, die nach den an Köln gewonnenen Erkenntnissen auch von Rüther bejaht werden kann. Er schreibt dazu: »Die soziale Wahrnehmung reduzierte sich auf das unmittelbare Umfeld der eigenen Existenz; gesellschaftlichen und politischen Ereignissen wurde immer weniger Interesse geschenkt.« (S. 420) Dieser Prozeß der »Individualisierung« der Arbeiterschaft (S. 420) läßt sich bis zum Ende des Krieges beobachten; gestärkt wurde er vom Regime und den Betrieben durch eine im Sinne des Systems geschickte Lohnpolitik, die einzelnen Branchen, etwa denjenigen der in die Rüstungsindustrie eingebundenen, durchaus beachtliche Lohnsteigerungen einbrachte, was zur weiteren Segmentierung der Arbeiterschaft führte.

In den Darlegungen Rüthers werden zahlreiche Problemkreise angesprochen; nur zwei seien hier noch hervorgehoben: Die »Vertrauensratswahlen« der Jahre 1934 und 1935 werden einer eingehenden Interpretation unterzogen. (S. 173 ff.) Auch hier zeigt sich die nach Industriezweigen verschiedene, »individualisierte« Einstellung der Arbeiter, die jedenfalls nicht den Wünschen von NSDAP/NSBO entsprach; wie bekannt, wurden in den folgenden Jahren keine Vertrauensratswahlen mehr veranstaltet.

Ein bemerkenswertes, bisher noch wenig untersuchtes Feld der betrieblichen Wirklichkeit sind die »Krankmeldungen« während des Krieges, denen der Autor weitgreifende Ausführungen widmet. (S. 372 ff.) Neben dem Ansteigen der tatsächlichen Krankheitsfälle, bedingt durch unzureichende Ernährung, überlange Arbeitszeit und psychische Belastungen wegen der nächtlichen Bombenangriffe, wird hier ein wiederum individuelles Protestverhalten sichtbar, das von den Betrieben aber bald durch »Hausbesuche« eingegrenzt werden konnte.

Entgegen den hier geäußerten positiven Aspekten der Untersuchung von Rüther wird man sich fragen dürfen, ob er seine Erkenntnisse nicht allzusehr auf die Kölner Großindustrie stützt. Dies ist nun ein Problem der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Quellen; unklar bleibt, wie sich die »Arbeiterschaft« – der Autor versieht zu Recht diesen ein geschlossenes Kollektiv suggerierenden Begriff mit einem Fragezeichen (S. 420) – in den kleineren Industrieunternehmen mit nur einigen Dutzend Beschäftigten verhalten hat. Leserunfreundlich gestaltet sind leider die Anmerkungen, die in einer zu kleinen Type gesetzt sind, was die fortlaufende Beschäftigung mit diesem Buch recht erschwert. Es ist davon auszugehen, daß die an der Industriearbeiterschaft Kölns gewonnenen Erkenntnisse als exemplarisch für die Arbeiter in Deutschland überhaupt anzusehen sind; Martin Rüthers Ausführungen werden jedenfalls die Diskussionen befruchten und weiterführen.

Günter Bers, Köln

Sven Beckert, Bis zu diesem Punkt und nicht weiter: Arbeiteralltag während des Zweiten Weltkrieges in der Industrieregion Offenbach–Frankfurt, unter Mitarb. von Katharina F. Boehm, Verlag für Akad. Schriften, Frankfurt/Main 1990, 227 S., kart., 38 DM.

Das Anliegen dieser im Rahmen des Schülerwettbewerbs um den Preis des Bundespräsidenten mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit ist es, am Beispiel Offenbachs (und

zum Teil auch Frankfurts) zu prüfen, ob den Nationalsozialisten die Integration der Arbeiter in ihr System gelang. Dazu werden die Mobilisierung der Arbeitskräfte sowie die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in dieser Stadt untersucht. Im einzelnen gilt die Aufmerksamkeit – aus der Alltagsperspektive – der Vorgeschichte der Machtübertragung in Offenbach, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bis 1939, dem Arbeitsalltag im Krieg, der Frauenarbeit, der Lage der Zwangsarbeiter, der Entwicklung der Rüstungsproduktion, dem Einfluß der DAF auf die Arbeiter, dem Schicksal der Juden und den Formen des Arbeiterwiderstandes. Bei ihrer Darstellung stützten sich die Verfasser auf die Befragung von Zeitzeugen, und Katharina Boehm stellte als Anhang eine Übersicht der Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager in Frankfurt zusammen.

So entstand ein Bild von Offenbach als der größten hessischen Industriestadt, deren Bevölkerung sich zu 60 % aus Arbeitern (vor allem der Leder- und Textilindustrie) zusammensetzte und deren politisches Milieu bis 1933 von einer starken Arbeiterbewegung geprägt wurde. Erst 1936/37 wurde die Massenarbeitslosigkeit überwunden, und ab 1939 kam es zu einer sich ständig verstärkenden Verlagerung von Rüstungsaufträgen in die Stadt. Die Verfasser kommen in ihrer Untersuchung zu dem Schluß, daß nach Kriegsbeginn die Integration der Arbeiter durch die Volksgemeinschaftsideologie versagte, daß aber tendenzielle Erfolge der Nazis u. a. durch das Wirken der DAF (am Beispiel einer Werkfrauengruppe in der Lederfabrik Krumm AG dargestellt) und durch Unterschichtung durch Zwangsarbeiter zu verzeichnen waren. Die vollständige Eingliederung der Arbeiter in das System, die dadurch nicht erreicht werden konnte, sei mit »blutigster terroristischer Unterdrückung« (S. 11) versucht worden.

Hier scheinen allerdings die wirklich stattgefundenen Integrationsprozesse unterschätzt zu werden. Die Ausrichtung auf den Führermythos um Hitler, soziale Verbesserungen und die verschiedenen Abstufungen von Bindungen an das System durch Mitwissen und Mitschuld hatten tiefergehende Wirkungen (und auch langfristigere) als deutlich wird. So sollte der Krieg eben nicht nur Investitionen in Rüstungsgüter unmittelbar profitabel machen, die Bevölkerung ideologisch binden und den Arbeitskräfte- bzw. Rohstoffmangel beheben (S. 26), sondern es wurde dem »arischen Volksgenossen« vorgegaukelt, daß er durch einen ideologisch motivierten Rassekrieg seine eigenen Zukunftschancen verbessern könne. Daß daran wohl nicht wenige auch geglaubt haben, könnte ein Grund dafür sein, daß der Widerstand z. B. in Offenbach so gering war. Das wird auch von Beckert dargestellt, indem er darauf eingeht, daß der Ausländereinsatz deutsche Arbeiter korrumpierte und daß diese den auf ihnen lastenden Druck teilweise an die Zwangsarbeiter weitergaben. Einer Solidarisierung wirkten auch die vielfältigen – und nicht nur in der DAF vorhandenen – Aufstiegsmöglichkeiten entgegen, die ein wesentliches Merkmal nationalsozialistischer Arbeiterpolitik zumindest während des Krieges waren. Die aufgeworfene Frage nach den Kriterien für die Grenzen zwischen Widerstand im engeren Sinn und Alltagsresistenz wird letztlich nicht schlüssig zu beantworten sein. Zwar kann ein Fernbleiben von der Arbeit eine Form bewußten Protestes gewesen sein (zumal ein nicht unerhebliches Risiko damit verbunden war), doch ist auch die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß in der Regel Erschöpfung durch Luftangriffe, hoher Arbeitsdruck, schlechte Ernährung und Doppelbelastung der arbeitenden Frauen ausschlaggebend waren. Gleichzeitig muß wohl bedacht werden, daß Diktaturen dazu neigen, normale Unmutsäußerungen oder Versäumnisse zu politisieren und entsprechend zu ahnden. Dieser Tatsache sind im Nationalsozialismus nicht wenige Menschen zum Opfer gefallen, die sich selbst keineswegs als Widerstandskämpfer empfanden. Letztlich war die Stellung der Arbeiter im Kriege wohl weniger durch ihre »neu gefundene Machtposition« (S. 41) gekennzeichnet als dadurch, daß sie sich – ohne vollkommen integriert zu sein – weitgehend den Forderungen des Systems anpaßten und durchaus einige davon als eigene Überzeugungen verinnerlichten.

Rainer Eckert, Berlin

Ruth Fischer/Arkadij Maslow, Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hrsg. v. Peter Lübbe. Mit einem Vorwort von Hermann Weber, Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 676 S., 46 Abb., Ln., 178 DM.

Als radikale Linke ausgerechnet zu Beginn der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik an die Führungsspitze der KPD gelangt, verursachten die noch nicht 30jährige Ruth Fischer und der allgemein als »theoretischer Kopf« der Partei bezeichnete, nur wenig ältere Arkadij Maslow mit ihrem energisch gesteuerten Kurs der Bolschewisierung binnen eines Jahres einen ebenso drastischen Mitglieder- wie Wählerschwund der Partei. Von der Kominternführung nach knapp eineinhalbjährigem Wirken ihrer Funktionen enthoben und im Sommer 1926 aus der KPD ausgeschlossen, sollten beide fortan ihre politischen und mehr noch ihre publizistischen Aktivitäten gegen den der deutschen wie internationalen kommunistischen Bewegung zunehmend zum Verhängnis werdenden Stalinismus richten. Den gebürtigen Russen, eigentlicher Name: Isaak Tschemerinsky, aufgewachsen in Deutschland, hochbegabt, Musik in Dresden, Mathematik und Physik in Berlin studierend, und die 1919 nach Berlin gekommene Ruth Fischer, eigentlicher Name: Elfriede Eisler, verheiratete Friedländer, in Wien aufgewachsen und dort Philosophie und Nationalökonomie studierend, verband bis zu Maslows vorzeitigem Tod eine über 20jährige Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Im Frühjahr 1933 über Prag und Zürich in die Pariser Emigration gezwungen, entkamen sie mit knapper Not und auf getrennten Wegen 1941 nach Übersee. Maslow starb bald darauf 50jährig und gesund in Havanna unter Umständen, die Ruth Fischer in New York, wo sie gerade seine Einreise in die USA erwirkt hatte, an einen GPU-Mord glauben ließen. Die letzten 20 Jahre ihres Lebens verbrachte sie forschend, schreibend, lehrend und rastlos reisend, stets auch mit vielen Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft Kontakte unterhaltend.

Die von Peter Lübbe mit außerordentlicher Sorgfalt edierten Briefe und Schriften entstammen dem der Harvard Universität übereigneten Nachlaß Ruth Fischers. Aus über 14 000 Briefen, verfaßt zwischen 1934 und 1961, wählte der Herausgeber rund 150, die zum kleineren Teil von Arkadij Maslow aus Havanna an Ruth Fischer in New York gerichtet waren und zum überwiegenden Teil die umfassende Korrespondenz Ruth Fischers mit Freunden, Mitstreitern und Widersachern aus den 20er Jahren und neugewonnenen Gesprächspartnern aus den 40er und 50er Jahren umfaßt; dazu Artikel und Entwürfe beider vorwiegend zur Situation in der Sowjetunion sowie Ruth Fischers zu verschiedenen Zeiten verfaßte biographisch-politische Erinnerungen, z. T. als Kapitel ihres nicht vollendeten Folgebandes zu »Stalin und der deutsche Kommunismus« vorgesehen.

Zu den Vorzügen der Publikation gehört ein sehr gründlicher wissenschaftlicher Apparat, der ein kurzbiographisch abgefüttertes Personenverzeichnis einschließt. Das Herzstück der Publikation, Ruth Fischers Korrespondenz mit nahezu sämtlichen rechten wie linken Abweichlern und aus der KPD Ausgeschlossenen von auch nur einiger Bedeutung, spiegelt sowohl ihre vielfältigen Bemühungen um solidarische Hilfe für die in Europa Zurückgebliebenen wie um politische Orientierung in der Nachkriegszeit wider. Autoren berühmt gewordener Erlebnisberichte wie Margarete Buber-Neumann, Susanne und Wolfgang Leonhard, Alexander Weissberg-Cybulski, polit-aktivistische Schriftsteller wie Franz Jung, Arthur Koestler, Georg Orwell, aber auch Sozialdemokraten wie Kurt Schumacher, Herbert Wehner, Fritz Heine gehörten zu ihren zeitweiligen Brief- und Gesprächspartnern. Ihre wie Maslows Erfahrungen und Einschätzungen dürften sowohl für die fortgeschrittene Exilforschung wie für eine notwendigerweise neu zu führende Stalinismusdiskussion der Linken von Wert sein. Ruth Fischers Nachkriegsverhältnis zur SPD wechselte von anfänglichen Hoffnungen zu späteren Enttäuschungen. Hatte sie 1949 noch auf die große Zahl der Exkommunisten in ihren Reihen gesetzt (ein Phänomen, das, nebenbei bemerkt, bis heute noch einer analytischen, parteigeschichtlichen Aufarbeitung harrt), die mit ihren z. T. be-

deutenden Kominternerfahrungen eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominterntagen: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

Beatrix Herlemann, Hannover

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit

deutenden Kominternerfahrungen eine neue Entwicklung bewirken könnten, und hatte sie in den 50er Jahren noch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet, so war sie am Ende ihres Lebens doch zu der alten Ablehnung zurückgekehrt. Immerhin zeigte sie sich mit Blick auf die eigene Politik als ehemalige kommunistische Führungskraft nicht weniger kritisch und distanziert. Bereits 1949 bekundete sie gegenüber einem Freund aus früheren Kominterntagen: »Das Vergangene ist wirklich vorüber, und was bleibt, ist ein Gefühl der gemeinsamen Vergangenheit in einem großen Erlebnis.«

Beatrix Herlemann, Hannover

Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Dietz Verlag, Berlin 1990, 276 S., brosch., 24,80 DM.

Nur kurze Zeit nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde die Vereinigung von SPD und KPD zum eminent politischen Thema, nachdem es jahrelang vorwiegend Fachwissenschaftler beschäftigt hatte. In welche Richtung Fragen gingen und gehen, zeigt schon der Titel der hier anzuzeigenden Publikation. Will man der Frage nachgehen, ob die SPD in die Einheitspartei SED »gezwungen« wurde und ob oder wie weit und wie lange sie von einem Einheitswillen getragen war, muß jede Quellenpublikation von Nutzen sein. Das gilt zunächst auch für den vorliegenden Fall, wo es um die stenographischen Niederschriften der beiden gemeinsamen Konferenzen des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD mit Vertretern der Bezirke vom Dezember 1945 und Februar 1946 geht, die als Sechziger-Konferenzen bekannt geworden sind. Zusammen mit einigen ergänzenden Materialien wurden diese Protokolle damit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erstmalig herausgegeben; in der Bundesrepublik wurde das Protokoll der ersten Sechziger Konferenz am 20. und 21. Dezember 1945 bereits Anfang der 80er Jahre publiziert. Da es dabei um Konferenzen der Führungsebene geht, müssen zwangsläufig so wichtige Fragen wie die nach der Situation im Land und außerhalb Berlins und die nach dem Eingreifen und dem Druck der Besatzungsbehörden, die sich in derartigen Quellen kaum widerspiegeln, ausgeblendet bleiben. Um so wichtiger ist demnach die Erläuterung der historischen Zusammenhänge in der wissenschaftlichen Einleitung.

Deren Autoren gehen davon aus, daß es in Deutschland nach der militärischen Niederlage – wie in anderen europäischen Ländern – einen starken Einheitsdrang an der Basis gegeben habe, darüber hinaus in den ersten Monaten nach Kriegsende in allen Besatzungszonen auch ernsthafte Bestrebungen bei Kommunisten und Sozialdemokraten, sofort eine einheitliche Partei zu bilden. Bei einem Teil der Sozialdemokraten sei dies ein Rückgriff auf das Prager Manifest des emigrierten sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahr 1934 gewesen, andere seien enttäuscht gewesen von der Politik des Parteivorstandes in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Verbreitet sei zudem die Vorstellung oder Absicht gewesen, die Kommunisten in eine Art Volkspartei einzubinden. Tendenzen zur sofortigen Schaffung einer Einheitspartei gab es – so die Ausführungen – in dem sich formierenden Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin, der zum Führungsorgan der dann wiedererstehenden Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone wurde. Nachdem die KPD einen frühen Vorschlag aus dem ZA der SPD für eine sofortige Vereinigung zurückgewiesen hatte, war sie es, die ab September 1945 einen schnellen Zusammenschluß ins Spiel brachte. Als Grund wird genannt, daß sich zu dieser Zeit vor allem in der SPD erhebliche Widerstände gegen die Einheitsbewegung abgezeichnet hätten. »In der SPD wurden schärfer denn je die in ihr wirkenden unterschiedlichen Auffassungen sichtbar« (S. 10). Vor allem in den Ländern und Provinzen seien »jene Kräfte« aktiver geworden, die die Einheit

der beiden Arbeiterparteien aus prinzipiellen Erwägungen heraus ablehnten und »sich in Abgrenzung zur KPD zu profilieren bemühten« (S. 11). Dennoch hätte es zwischen beiden Parteien große Gemeinsamkeiten gegeben, beide hätten einen Lernprozeß durchlaufen, der zu einer Annäherung ihrer Standpunkte geführt habe. Auf beiden Seiten sei es darum gegangen, »überholte Positionen« und »verfehlte Auffassungen« zu überwinden und zu neuen »Denkweisen und Einsichten« vorzudringen. Trotz zunehmender – und nicht geleugneter – Auseinandersetzungen sei es immer wieder gelungen, sich auf Gemeinsamkeiten zu verständigen. Entscheidend für den Fortgang der Ereignisse war – wie auch in der Einführung nachgezeichnet – die sogenannte Sechziger Konferenz vom Dezember 1945. Die eigentliche Entscheidung fiel erst in den Wochen danach, wobei zwar nicht verschwiegen, aber doch heruntergespielt wird, welch zunehmendem Druck die Sozialdemokraten ausgesetzt waren. Als auffällig wird beschrieben, daß es nach der Dezember-Konferenz kaum positive und begrüßende Reaktionen aus den Parteiorganisationen der SPD gab, wie dies für die KPD vermeldet wird. Gründe werden nicht genannt, vielmehr wird darauf verwiesen, daß entsprechende Forschungen für die regionale Ebene noch ausstehen. Gleichzeitig wird das äußere Erscheinungsbild des Vorgangs beschrieben, wonach es auf der unteren Ebene zahlreiche gemeinsame Aktionen gab; deren Zustandekommen wird jedoch kaum hinterfragt. Vielmehr wird betont, daß die Bereitschaft unter den Sozialdemokraten gewachsen sei, sich der Argumentation der Kommunisten zugunsten einer Einheitspartei anzuschließen.

Die eigentlichen Probleme, die für die Entscheidung und die Motive der Sozialdemokraten zugunsten der Einheitspartei entscheidend gewesen sein dürften, liegen wohl in dem, was als Desiderate der Forschung und als »weiße Flecken« bezeichnet wird. Von gar nicht hoch genug zu bewertender Bedeutung ist dabei die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht. Dazu heißt es, daß sie materiell und ideell jene Kommunisten und Sozialdemokraten unterstützte, die für eine Vereinigung eintraten. »Dabei war es zweifellos so, daß allein schon diese Parteinahme eine bedrückende Tatsache für die Opposition darstellte« (S. 33). Mit großer Zurückhaltung wird dann auf die Pressezensur und den Druck verwiesen, der mit vielfältigen Methoden auf Sozialdemokraten ausgeübt wurde. Allerdings müßten Vorwürfe der Verhaftung von Sozialdemokraten und anderer Repressalien gegen Einheitsgegner durch Einsicht in Archivbestände der ehemaligen SMAD näher geklärt werden. Das sei bislang nicht möglich gewesen. Noch schwieriger sei es, folgt man den Ausführungen, zu erhellen, wie sowjetische Sicherheitsorgane gehandelt, »inwieweit sie in der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern zugleich auch politische Opponenten der Besatzungspolitik ausgeschaltet haben« (S. 35). Doch – so das zentrale Argument der Einleitung – mit der These von der „Zwangsvereinigung" lasse sich das Wesen des Vereinigungsprozesses nicht charakterisieren. Sie treffe nicht den Inhalt der Bewegung, aus der die SED hervorgegangen sei. Denn dem Zusammenschluß der beiden Parteien seien demokratisch vorbereitete ordentliche Parteitage von KPD und SPD vorausgegangen, auf denen die Delegierten über die Vereinigung abgestimmt hätten. »Die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien ging zusammen mit Hunderttausenden neuen Mitstreitern, die zuvor weder der KPD noch der SPD angehört hatten, aus innerer Überzeugung in die Einheitspartei« (S. 35). Hier sind zumindest starke Zweifel anzumelden. Allerdings geht es auch um die wohl auch politisch motivierte Behauptung, die Gründung der SED und ein eigener Weg zum Sozialismus hätten die Chance für einen Neubeginn geboten. Erst seit 1948, verstärkt seit Anfang der fünfziger Jahre, sei es zu einer Entwicklung gekommen, die dem demokratischen Charakter des Zusammenschlusses und dem »Geist der Vereinigung« widersprochen habe. Mit diesem Prozeß der Stalinisierung und der Abkehr vom »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« sei schließlich die Einheit der Arbeiterbewegung verlorengegangen. Indes hebe dieser Verlauf der Geschichte nicht die Notwendigkeit des Zusammengehens aller linken Kräfte auf. Darüber wird vermutlich zu streiten sein. *Beatrix W. Bouvier, Bonn*

Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Hrsg.), Forschungsprojekt: Wandel des politischen Bewußtseins von Arbeitnehmern, 6 Bde., Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1989.

In sechs Bänden liegt nun das Ergebnis eines Forschungsprojekts zum »Wandel des politischen Bewußtseins von Arbeitnehmern« vor, das das Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Auftrag der Arbeits- und Sozialministerien mehrerer Bundesländer, verschiedener Einzelgewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat. Ziel dieses Projektes war es, Veränderungen in der Arbeits- und Lebenssituation sowie im gesellschaftlichen Bewußtsein von Arbeitnehmern zu bestimmen und die Auswirkungen solcher Veränderungen auf das politische Handeln von Arbeitnehmern zu reflektieren.

Konkret sollte Antwort auf folgende Fragen gegeben werden, die nicht zuletzt für die Politik der Gewerkschaften von zentraler Bedeutung sind:

- Wie verändern sich Arbeitsplätze beim Einsatz neuer Techniken?
- Welche Erwartungen und/oder Befürchtungen verknüpfen Arbeitnehmer mit dem technologischen Wandel?
- Wie weit hat sich der Arbeitsmarkt gespalten? Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer im Verteilungskampf um die knapper werdenden Arbeitsplätze?
- Welche Werthaltungen und Zukunftsvorstellungen herrschen in der erwerbstätigen Bevölkerung vor? Welche Formen der Interessenvertretung und Konfliktaustragung – kollektiv oder individualistisch – werden bevorzugt?
- Entsteht ein neuer Typ des selbstbewußten, politisch flexiblen Arbeitnehmers, der sich in keines der bestehenden Wählerlager fest einbinden läßt? Verbreitet sich unter allen Arbeitnehmern eine »Angestelltenmentalität«?

Um Antworten auf diese (und zahlreiche weitere Einzel-)Fragen zu erhalten, wurden drei Datenquellen verwandt: 1. Eine breite empirische Repräsentativerhebung bei 8 000 wahlberechtigten Bundesbürgern/innen, darunter 4 000 Erwerbstätigen; 2. Regional- und Branchenuntersuchungen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg, Bremen und Bayern mit insgesamt rund 5 000 befragten Arbeitnehmern/innen; und 3. Sekundäranalysen aus dem Infas-Datenarchiv der Jahre 1963 bis 1986. Die bundesweiten Befragungen wurden im Zeitraum Dezember 1985/April 1986, die Regional- und Branchenuntersuchungen zwischen Februar und Juni 1986 durchgeführt.

Der erste Band unternimmt den Versuch einer Bestandsaufnahme zum Problem der »Gewerkschaften vor den Herausforderungen der Neunziger Jahre«.[1] Einerseits wird die Rezeption der gewerkschaftlichen Konzepte zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik unter den Bedingungen beschleunigten technologischen Wandels in den Betrieben und an den Arbeitsplätzen beleuchtet. Andererseits wird untersucht, wie Arbeitnehmer, die mit Neuen Technologien arbeiten, ihre Arbeitsplatzsituation bewerten und wie diese »modernen« Arbeitnehmer zu gewerkschaftlichen Aktions- und Organisationsformen stehen. Nur einige Einzelergebnisse können hier referiert werden:

- Im Hinblick auf die Attraktivität der gewerkschaftspolitischen Konzepte und Programme zeigt sich, daß die Themen – etwa Beschäftigungspolitik und Umweltschutz – im Bewußtsein der Arbeitnehmer einen hohen Aufmerksamkeitswert beanspruchen können. Doch das heißt nicht, daß die gewerkschaftlichen Konzepte akzeptiert werden;

1 *Dieter Fröhlich/Hubert Krieger/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider*, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der Neunziger Jahre, 1989, 201 S., mit 94 Tabellen und Grafiken, 25 DM.

so hielt 1985/86 immerhin ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht für eine vordringliche Aufgabe staatlicher Politik; und die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften hatte kaum Resonanz. (S. 47 f.)

- Die Annahme, der Organisationsgrad der Gewerkschaften werde durch den technologischen Wandel negativ beeinflußt, wurde in dieser pauschalen Form nicht bestätigt; d. h. die Einführung Neuer Technologien hat der Organisationsbereitschaft von Arbeitern keinen Abbruch getan. Und mit Blick auf eine Reihe von Angestelltengruppen zeigt sich eher ein positiver Zusammenhang zwischen Verwendung neuer Arbeitsmittel und Gewerkschaftsnähe, ohne daß damit allerdings eine Lösung der grundsätzlichen Probleme des Organisationsgrades der Angestellten in Sicht wäre. (S. 158 ff.)
- Wenig erstaunlich ist gewiß, daß sich bei der Einschätzung der Folgen des technologischen Wandels für die Arbeitsbedingungen positive wie negative Tendenzen abzeichneten: Gestiegene Wissensanforderungen und gesteigerte Möglichkeiten, berufliches Können einzubringen, wurden als positiv bewertet; das gilt auch für die Abnahme von Monotonie-Erfahrungen sowie für die Erwartung erhöhter Arbeitsplatzsicherheit und verbesserter Aufstiegschancen durch die Arbeit mit modernen Technologien. Als negativ galten die Verschärfung des Arbeitstempos und der Leistungskontrolle. (S. 192 ff.)

Auf Grundprobleme der gewerkschaftlichen Politik bezieht sich auch der 2. Band, der unter dem Titel »Arbeitsmarktkrise und Arbeitnehmerbewußtsein«[2] die Probleme der Segmentation der Arbeitnehmer in Stamm- und Randbelegschaften behandelt; dabei geht es vor allem um die Frage nach etwaigen Unterschieden im gesellschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Bewußtsein zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen und nach den Folgen solcher Differenzen für die Formulierung der zukünftigen Gewerkschaftspolitik. Auch hier seien einige Ergebnisse vorgestellt:

- Auffallend ist die deutliche Entsprechung zwischen der Einschätzung der Arbeitsplatzsicher- bzw. -unsicherheit und den parteipolitischen Präferenzen: Während im »Sicherheitsbereich« die CDU mit 50 % vor der SPD (41 %) lag, führte die SPD im »Unsicherheitsbereich« mit 64 % deutlich vor der CDU (30 %). (S. 68 ff.)
- Bemerkenswert (wenn auch nicht überraschend) ist, daß die Bereitschaft, in eine Gewerkschaft einzutreten, mit der Krisengefährdung des Arbeitsplatzes anwuchs. (S. 89 f.) Dieses Ergebnis korrespondiert mit der erhöhten Mobilisierbarkeit für gewerkschaftspolitische Forderungen im krisengefährdeten Teil des Arbeitsmarktes. (S. 134 f.)
- Bestätigt wird auch die Annahme, daß die betriebliche Interessenvertretung bei den Arbeitnehmern zwar starken Rückhalt findet, daß es aber zugleich eine deutliche Neigung zur individualistischen Interessenvertretung bei persönlichen Konflikten gibt. Dahinter wird nicht zu unrecht das Ideal einer einvernehmlichen Lösung für Interessenkonflikte vermutet, wobei eine strukturell garantierte Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen gesichert sein müsse. (S. 186)

Der 3. Band rückt unter dem Titel »Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft«[3] die Frage nach dem »Wertewandel« ins Zentrum der Betrachtung. Dabei geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Einstellungsveränderungen im Hinblick auf Arbeit und Freizeit finden sich bei den Arbeitnehmern? Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf die gewerkschaftliche Organisation und Politik? Gibt es Unterschiede in der Hand-

2 *Hubert Krieger/Klaus Liepelt/Reinhart Schneider/Menno Smid*, Arbeitsmarktkrise und Arbeitnehmerbewußtsein, 1989, 204 S., mit 111 Tabellen und Grafiken, 25 DM.

3 *Richard Stöss/Reinhart Schneider/Menno Smid*, Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, 1989, 148 S., mit 50 Tabellen, 20 DM.

lungskompetenz, in den Anforderungen an die Gewerkschaften und in der Zustimmung zur konkreten Gewerkschaftspolitik bei unterschiedlichen Arbeitnehmergruppen?

- Es zeigt sich, daß sich der viel beschworene »Wertewandel« in der Arbeitnehmerschaft allenfalls sehr behutsam abzeichnet. Im Hinblick auf die allgemeinen Lebensziele stehen Arbeitsplatzsicherheit und Einkommenshöhe im Vordergrund; die Mehrheit der Arbeitnehmer hält die Berufsarbeit für wichtig, ohne sich indessen total damit zu identifizieren. Selbstverwirklichung in Privatleben und Freizeit ist demgegenüber als Lebensziel deutlich nachgeordnet. (S. 61 ff.)
- Weder in den allgemeinen Lebenszielen noch in der Hochschätzung kooperativer Modelle für die Lösung von Arbeitsplatzkonflikten zeigten sich signifikante Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten; auch die unterschiedlichen Einschätzungen und Perspektiven von »modernen« und »traditionellen« Arbeitern sowie zwischen Männern und Frauen waren nicht sehr deutlich ausgeprägt. Die zu beobachtenden Differenzierungen im Hinblick auf die Betriebszentrierung und die Orientierung an sozialer Sicherheit und materiellem Aufstieg sind eher Qualifikationsunterschieden als anderen Differenzierungen zuzuordnen. (S. 140)

Die Ergebnisse der ersten drei Bände werden im 4. Band unter dem Titel »Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel«[4] nochmals zusammengefaßt; außerdem findet sich in diesem Band ein Anhang, in dem die Methoden und Instrumente der Datenerhebung vorgestellt werden. (S. 153-199)

Die Reihe wird abgerundet durch die Publikation zweier der insgesamt fünf Regionalstudien, die im Rahmen dieses Projektes unternommen wurden. Band 5 untersucht in ausgewählten Branchen Nordrhein-Westfalens die Auswirkungen und Einstellungen zu technischem Wandel, die Entwicklung des Umweltbewußtseins und die Einschätzung der Arbeitszeit- bzw. Überstundenfrage.[5] Damit werden am Beispiel des Bergbaus, der Metallindustrie und des öffentlichen Dienstes zugleich die Probleme einer Region im wirtschaftlichen Umbruch analysiert. Und in Band 6 werden Wirkungen des technologischen Wandels auf die Arbeitswelt, auf Wertorientierungen und Leitbilder und auf die Berufsorientierung von Frauen in zwei expandierenden Branchen – in der chemischen Industrie und im Bankgewerbe – des Großraums Frankfurt am Main beleuchtet.[6]

Die Fülle der Einzelergebnisse dieser sechs Bände ist durchaus beeindruckend. So reichhaltig und informativ der inhaltliche Ertrag dieses Projekts auch ist, die Ergebnisse sind indessen kaum überraschend. Wer konkrete Handlungsanweisungen oder auch nur Entscheidungshilfen erwartet hat, wird überdies enttäuscht sein: Das feine Raster der Typenbildung und die behutsame Interpretation der Ergebnisse schärfen gerade den Blick für die Ambivalenzen der Auswirkungen des technologischen Wandels auf das Arbeitnehmerbewußtsein, so daß sich pauschale »Lehren« für die gewerkschaftliche Politik von selbst verbieten.

Michael Schneider, Rheinbach

4 *Walter Bertl/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider*, Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, 1989, 199 S., mit 80 Tabellen und Grafiken, 24 DM.

5 *Ursula Feist/Wolfgang Hartenstein/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider/Menno Smid*, Wandel der Industriegesellschaft und Arbeitnehmerbewußtsein. Untersuchungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen Nordrhein-Westfalens, 1989, 130 S., mit 72 Tabellen und Grafiken, 28 DM.

6 *Ursula Feist/Wolfgang Hartenstein/Reinhard Rudat/Reinhart Schneider, Menno Smid*, Technischer und sozialer Wandel in der Arbeitswelt. Untersuchungen am Beispiel der Chemischen Industrie und des Bankgewerbes in Hessen, 1989, 152 S., mit 82 Tabellen und Grafiken, 28 DM.

Allgemeine Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte

Arthur E. Imhof unter Mitwirkung von Rolf Gehrmann, Ines E. Kloke, Maureen Roycroft und Herbert Wintrich, Lebenserwartungen in Deutschland vom 17. bis 19. Jahrhundert, Acta humaniora vhc, Weinheim 1990, 493 S., 27 Zeichnungen, 254 Tab., geb., 148 DM.

In diesem Werk werden die Ergebnisse eines hauptsächlich von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten und von Arthur E. Imhof geleiteten Projektes vorgelegt. Wenn man den in Millionen DM gehenden Kostenaufwand mit dem wissenschaftlichen Ertrag konfrontieren will, so kann man sich gewiß nicht auf dieses Buch beschränken. Der Projektleiter hat im letzten Jahrzehnt mehrere anerkannte Monographien und viele Beiträge zur Thematik vorgelegt und sich auf dem Gebiet der Historischen Demographie internationales Ansehen erworben. Seine detaillierte Auflistung von Vortragsreisen, Gastprofessuren und wissenschaftlichen Kontakten rund um die Welt im Vorwort und in der Einleitung dokumentieren das herausragende Renommee. Dennoch enthält das vorliegende Buch gleichsam die Substanz oder den harten Kern der Forschungsergebnisse.

Wenn auch nur Imhofs Name auf dem Bucheinband angegeben ist, so hat er doch lediglich Vorwort und Einleitung persönlich verfaßt, für die übrigen Textteile zeichnen die Mitarbeiter verantwortlich, während die Dokumentation (Graphiken und Tabellen), die mehr als die Hälfte des Werkes einnimmt, offensichtlich dem ganzen Team zuzuschreiben ist. In essayistischer Form stellt der Projektleiter das Thema vor. Er verweist auf die vor allem aus dem Ausland rezipierten Anregungen und Anstöße der Fachdisziplin ebenso wie auf die Möglichkeiten einer weitergehenden Detailforschung. Das gesammelte Material wurde nämlich dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität Köln übergeben. Von »Lebenserwartungen« glaubt Imhof im Buchtitel angesichts der zeitlich und räumlich erheblich differierenden Befunde sprechen zu müssen. In einer Synopse, in die der gesamte Wissensstand der Historischen Demographie einfließt, werden die Dimensionen des Themas umfassend angesprochen. Bemerkenswert ist dabei die Relativierung der Bedeutung statistischer Daten. Die Vergegenwärtigung der vielfältigen Faktoren für die unterschiedlichen Mortalitätsbilder und auch der zahlreichen Fehlerquellen stehen in gewisser Spannung zu den späteren Zahlenangaben mit vier Kommastellen, einer Spannung, die, obwohl sich der Projektleiter ihrer bewußt ist, nicht aufgelöst wird.

Rolf Gehrmann und Maureen Roycroft stellen im ersten Kapitel in konventioneller Weise Quellen und Methoden der Mortalitätsberechnungen vor. Sie abstrahieren dabei von Überlegungen zum Kontext und zu Interdependenzen, wie sie in der Einleitung entwickelt wurden. Berechnungsmethode und Präsentation der Sterbetafeln folgen internationalen und modernen Standards der Bevölkerungswissenschaft, wodurch vergleichende Untersuchungen erheblich erleichtert, wenn nicht gar erst ermöglicht werden. Als Quellengrundlage dienen von Genealogen in mühevoller Kleinarbeit durch die Auswertung von Pfarr- und Zivilstandsregistern erstellte und gedruckte Familienbücher zu Ortschaften der

ausgesuchten Regionen. Im zweiten Kapitel beschreibt Ines E. Kloke diese Regionen und Orte. Die Untersuchungsgebiete befinden sich in Norddeutschland (Hamburg, Ostfriesland, Hartum), in Hessen (Schwalm), im Saarland (vor allem Warndtgemeinden), in Württemberg (Herrenberg) und in Baden (Ortenau). Sie werden (außer Hamburg) nach einem festen Themenkatalog charakterisiert: Landschaftsraum und Bevölkerungsdichte; Herrschaft, Staat und Verwaltung; Kirche und Schule; Wirtschaft und Verkehr. Zeittafeln und Ortsbeschreibungen runden die regionalgeschichtlichen Skizzen ab.

Diese Ausführungen beruhen weder auf archivalischen Nachforschungen noch auf der Auswertung der gesamten einschlägigen Literatur. Nicht einmal die im Projekt erarbeiteten demographischen Resultate sind berücksichtigt. So stehen die regional- und ortsgeschichtlichen Erläuterungen inhaltlich unverbunden zu der folgenden Dokumentation, die ihrerseits nur Graphiken und Tabellen zur Sterbewahrscheinlichkeit und zur Lebenserwartung aneinanderreiht. Die auf eine textliche Interpretation verzichtende Darbietungsweise bleibt unbefriedigend. Zwar werden, auch durch den von Herbert Wintrich zusammengestellten Literaturanhang, Materialien zur weiteren Forschung zur Verfügung gestellt, doch daß das Projekt selbst in einem unfertigen Zustand abgebrochen wurde, ist zu bedauern. Es bleibt zu hoffen, daß das vorzüglich aufbereitete statistische Material noch interessierte und sachkundige Bearbeiter finden wird. *Peter Burg, Münster*

Hans-Jürgen Gerhard/Karl Heinrich Kaufhold (Hrsg.), Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Grundnahrungsmittel (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 15), Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1990, 417 S., kart., 48 DM

Preise – seien es Löhne, Lebensmittel- oder Rohstoffpreise – sind sowohl zentrale Indikatoren als auch bevorzugtes Forschungsgebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Aus der Fülle der Untersuchungsgebiete können hier nur die historische Konjunkturforschung, die Analyse regionaler Disparitäten und die Erforschung geschichtlicher Lebensstandards genannt werden. Besonders die Erforscher langfristiger Trends und Zyklen sind auf möglichst kompakte, vergleichbare, lückenlose und gut kommentierte Zeitreihen angewiesen. Die modernen zeitreihenanalytischen Methoden – etwa die numerische Filterung – nehmen sich ansonsten aus wie das berüchtigte »mit-Kanonen-auf-Spatzen-Schießen«.

Daher wird mit dem nun erschienenen zweiten Band der Reihe »Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland« einem wichtigen Desiderat genüge getan, beinhaltet der Band doch über 100 Preisreihen aus dem norddeutschen Raum. Einige von ihnen reichen lükkenlos bis in das Jahr 1330 zurück! Und es ist zu wünschen, daß die Forschungsgruppe um Karl Heinrich Kaufhold ihre historische Kärrnerarbeit, ihr ambitioniertes Vorhaben zu Ende bringen kann. Denn nach den bereits erschienenen Bänden über die Löhne bzw. die Preise für Grundnahrungsmittel in Deutschland vor der Industriellen Revolution sind noch zwei weitere Bände über Getränke und Rohstoffpreise geplant. Auch sie werden wahrscheinlich, wie die schon gedruckten Zeitreihen, von den Herausgebern als Quellensammlungen angelegt werden. Solche puren, gut kommentierten Quellen werden sicherlich die wirtschaftshistorischen Arbeiten der nächsten Jahre bereichern. Um sie noch leichter zugänglich zu machen, wäre es wünschenswert, die Daten statt in Quellenbänden direkt in EDV-lesbarer Form vorzulegen. *Detlef Briesen, Siegen*

ausgesuchten Regionen. Im zweiten Kapitel beschreibt Ines E. Kloke diese Regionen und Orte. Die Untersuchungsgebiete befinden sich in Norddeutschland (Hamburg, Ostfriesland, Hartum), in Hessen (Schwalm), im Saarland (vor allem Warndtgemeinden), in Württemberg (Herrenberg) und in Baden (Ortenau). Sie werden (außer Hamburg) nach einem festen Themenkatalog charakterisiert: Landschaftsraum und Bevölkerungsdichte; Herrschaft, Staat und Verwaltung; Kirche und Schule; Wirtschaft und Verkehr. Zeittafeln und Ortsbeschreibungen runden die regionalgeschichtlichen Skizzen ab.

Diese Ausführungen beruhen weder auf archivalischen Nachforschungen noch auf der Auswertung der gesamten einschlägigen Literatur. Nicht einmal die im Projekt erarbeiteten demographischen Resultate sind berücksichtigt. So stehen die regional- und ortsgeschichtlichen Erläuterungen inhaltlich unverbunden zu der folgenden Dokumentation, die ihrerseits nur Graphiken und Tabellen zur Sterbewahrscheinlichkeit und zur Lebenserwartung aneinanderreiht. Die auf eine textliche Interpretation verzichtende Darbietungsweise bleibt unbefriedigend. Zwar werden, auch durch den von Herbert Wintrich zusammengestellten Literaturanhang, Materialien zur weiteren Forschung zur Verfügung gestellt, doch daß das Projekt selbst in einem unfertigen Zustand abgebrochen wurde, ist zu bedauern. Es bleibt zu hoffen, daß das vorzüglich aufbereitete statistische Material noch interessierte und sachkundige Bearbeiter finden wird. *Peter Burg, Münster*

Hans-Jürgen Gerhard/Karl Heinrich Kaufhold (Hrsg.), Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Grundnahrungsmittel (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 15), Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1990, 417 S., kart., 48 DM

Preise – seien es Löhne, Lebensmittel- oder Rohstoffpreise – sind sowohl zentrale Indikatoren als auch bevorzugtes Forschungsgebiet der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Aus der Fülle der Untersuchungsgebiete können hier nur die historische Konjunkturforschung, die Analyse regionaler Disparitäten und die Erforschung geschichtlicher Lebensstandards genannt werden. Besonders die Erforscher langfristiger Trends und Zyklen sind auf möglichst kompakte, vergleichbare, lückenlose und gut kommentierte Zeitreihen angewiesen. Die modernen zeitreihenanalytischen Methoden – etwa die numerische Filterung – nehmen sich ansonsten aus wie das berüchtigte »mit-Kanonen-auf-Spatzen-Schießen«.

Daher wird mit dem nun erschienenen zweiten Band der Reihe »Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland« einem wichtigen Desiderat genüge getan, beinhaltet der Band doch über 100 Preisreihen aus dem norddeutschen Raum. Einige von ihnen reichen lükkenlos bis in das Jahr 1330 zurück! Und es ist zu wünschen, daß die Forschungsgruppe um Karl Heinrich Kaufhold ihre historische Kärrnerarbeit, ihr ambitioniertes Vorhaben zu Ende bringen kann. Denn nach den bereits erschienenen Bänden über die Löhne bzw. die Preise für Grundnahrungsmittel in Deutschland vor der Industriellen Revolution sind noch zwei weitere Bände über Getränke und Rohstoffpreise geplant. Auch sie werden wahrscheinlich, wie die schon gedruckten Zeitreihen, von den Herausgebern als Quellensammlungen angelegt werden. Solche puren, gut kommentierten Quellen werden sicherlich die wirtschaftshistorischen Arbeiten der nächsten Jahre bereichern. Um sie noch leichter zugänglich zu machen, wäre es wünschenswert, die Daten statt in Quellenbänden direkt in EDV-lesbarer Form vorzulegen. *Detlef Briesen, Siegen*

Cäcilia Maria Rohde, Die preußische Statistik als Quelle zur schlesischen Landesgeschichte, insbesondere zu einem Geschichtlichen Atlas von Schlesien auf der Grundlage der Bevölkerungszählungen von 1816–1910 (= Europäische Hochschulschriften, Serie III., Bd. 436), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1990, 402 S., brosch., 99 DM.

Ausdrücklich als Vorarbeit für eine eingängigere Publikation versteht Cäcilia Rohde ihre bei Winfried Baumgart erarbeitete Dissertation: Soll sie doch Grundlage sein für einen noch zu gestaltenden historischen Atlas der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien. Seine Herausgabe wurde nach ersten Lieferungen aus dem Jahr 1933 durch Krieg, Vertreibung der Bevölkerung und Abtrennung Schlesiens unterbrochen. Die nun veröffentlichte Dissertation sollte daher nicht in erster Linie beurteilt werden als selbständige, lesbare Publikation. Sie bildet eher eine Fundgrube, eine Vorarbeit, eine Kärrnerarbeit, die es ausdrücklich anzuerkennen gilt: Kann es doch auch Sinn und Zweck von Dissertationen sein, der wissenschaftlichen Gemeinde größere Quellenkorpora zur Verfügung zu stellen. Dabei kommentiert Frau Rohde ihre Quellen kritisch und kompetent. Durch die Beschränkung auf die Bevölkerungszählungen meidet sie außerdem die bekannten Fallen und methodischen Fehler der frühen Berufs- und Betriebsstatistik. Allerdings verwundert es, warum die zahlreichen, gut kommentierten und sicherlich mühsam zusammengetragenen Daten nicht direkt in Form einer modernen EDV-lesbaren Datenbank organisiert wurden. So wären die von Frau Rohde mit großem Fleiß gesammelten Daten und Tabellen einer interessierten wissenschaftlichen Forschergruppe sicherlich einfacher zugänglich zu machen. Daher bleibt abzuwarten, welche Gestalt der angekündigte Atlas schließlich annehmen wird.

Detlef Briesen, Siegen

Norbert Finzsch, Obrigkeit und Unterschichten. Zur Geschichte der rheinischen Unterschichten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 335 S., kart., 80 DM.

Neben dem Bürgertum als sozialer Gruppe gewinnen die Unterschichten in der sozialgeschichtlichen Forschung der »Sattelzeit« immer stärker an Interesse. Die Entwicklungschancen beider Gruppen waren allerdings recht unterschiedlich. Konnte das Bürgertum als »Protagonist« seine soziokulturellen Normen zur allgemein gültigen Norm erheben, so zählten die Unterschichten mit ihren Vorstellungen und Interessen eher zu den Verlierern, bis es ihnen schließlich gelang, in der Arbeiterbewegung eine Perspektive für die moderne Gesellschaft zu entwickeln.

Die recht inhomogene Gruppe der Unterschichten, die um 1800 fast 50 % der Bevölkerung ausmachte, ist am ehesten auf der Basis regional- bzw. stadthistorischer Untersuchungen zu analysieren. Diesem Ansatz folgt auch Finzsch in seiner Studie, wobei er mit Köln auf ein Untersuchungsfeld zurückgreift, für das mit den Arbeiten von Jütte und Ebeling bereits aufschlußreiche Studien vorliegen, so daß Köln als die wohl am besten untersuchte Stadt in dieser Beziehung gelten kann. Verglichen mit den anderen meist protestantischen Städten Deutschlands, ist die Entwicklung Kölns als katholische Stadt eher untypisch. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das »protestantische« Modell einer frühneuzeitlichen städtischen Sozialpolitik, wie es zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Amsterdam entwickelt und von den norddeutschen Städten übernommen wurde, auch für Köln Gültigkeit erhält oder, anders herum gefragt: ob es sich bei dem Amsterdamer Modell mit seiner Einschätzung der Arbeit und der Bettelei um ein allgemeines konfessionsunabhängiges Modell der frühneu-

Cäcilia Maria Rohde, Die preußische Statistik als Quelle zur schlesischen Landesgeschichte, insbesondere zu einem Geschichtlichen Atlas von Schlesien auf der Grundlage der Bevölkerungszählungen von 1816–1910 (= Europäische Hochschulschriften, Serie III., Bd. 436), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1990, 402 S., brosch., 99 DM.

Ausdrücklich als Vorarbeit für eine eingängigere Publikation versteht Cäcilia Rohde ihre bei Winfried Baumgart erarbeitete Dissertation: Soll sie doch Grundlage sein für einen noch zu gestaltenden historischen Atlas der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien. Seine Herausgabe wurde nach ersten Lieferungen aus dem Jahr 1933 durch Krieg, Vertreibung der Bevölkerung und Abtrennung Schlesiens unterbrochen. Die nun veröffentlichte Dissertation sollte daher nicht in erster Linie beurteilt werden als selbständige, lesbare Publikation. Sie bildet eher eine Fundgrube, eine Vorarbeit, eine Kärrnerarbeit, die es ausdrücklich anzuerkennen gilt: Kann es doch auch Sinn und Zweck von Dissertationen sein, der wissenschaftlichen Gemeinde größere Quellenkorpora zur Verfügung zu stellen. Dabei kommentiert Frau Rohde ihre Quellen kritisch und kompetent. Durch die Beschränkung auf die Bevölkerungszählungen meidet sie außerdem die bekannten Fallen und methodischen Fehler der frühen Berufs- und Betriebsstatistik. Allerdings verwundert es, warum die zahlreichen, gut kommentierten und sicherlich mühsam zusammengetragenen Daten nicht direkt in Form einer modernen EDV-lesbaren Datenbank organisiert wurden. So wären die von Frau Rohde mit großem Fleiß gesammelten Daten und Tabellen einer interessierten wissenschaftlichen Forschergruppe sicherlich einfacher zugänglich zu machen. Daher bleibt abzuwarten, welche Gestalt der angekündigte Atlas schließlich annehmen wird.

Detlef Briesen, Siegen

Norbert Finzsch, Obrigkeit und Unterschichten. Zur Geschichte der rheinischen Unterschichten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 335 S., kart., 80 DM.

Neben dem Bürgertum als sozialer Gruppe gewinnen die Unterschichten in der sozialgeschichtlichen Forschung der »Sattelzeit« immer stärker an Interesse. Die Entwicklungschancen beider Gruppen waren allerdings recht unterschiedlich. Konnte das Bürgertum als »Protagonist« seine soziokulturellen Normen zur allgemein gültigen Norm erheben, so zählten die Unterschichten mit ihren Vorstellungen und Interessen eher zu den Verlierern, bis es ihnen schließlich gelang, in der Arbeiterbewegung eine Perspektive für die moderne Gesellschaft zu entwickeln.

Die recht inhomogene Gruppe der Unterschichten, die um 1800 fast 50 % der Bevölkerung ausmachte, ist am ehesten auf der Basis regional- bzw. stadthistorischer Untersuchungen zu analysieren. Diesem Ansatz folgt auch Finzsch in seiner Studie, wobei er mit Köln auf ein Untersuchungsfeld zurückgreift, für das mit den Arbeiten von Jütte und Ebeling bereits aufschlußreiche Studien vorliegen, so daß Köln als die wohl am besten untersuchte Stadt in dieser Beziehung gelten kann. Verglichen mit den anderen meist protestantischen Städten Deutschlands, ist die Entwicklung Kölns als katholische Stadt eher untypisch. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das »protestantische« Modell einer frühneuzeitlichen städtischen Sozialpolitik, wie es zu Beginn des 17. Jahrhunderts in Amsterdam entwickelt und von den norddeutschen Städten übernommen wurde, auch für Köln Gültigkeit erhält oder, anders herum gefragt: ob es sich bei dem Amsterdamer Modell mit seiner Einschätzung der Arbeit und der Bettelei um ein allgemeines konfessionsunabhängiges Modell der frühneu-

zeitlichen Sozialdisziplinierung handelt. Diese Frage wird von Finzsch eher im Sinne einer konfessionsbedingten Milieutheorie verneint. Zwar übernahm auch Köln mit der Einrichtung eines Armenhauses 1696 das Amsterdamer Modell und versuchte die Bettler so zu disziplinierter Arbeit zu erziehen, scheiterte damit aber bereits vier Jahre später. Es blieb im 18. Jahrhundert weitgehend bei der Almosenvergabe, die mit der Vorstellung von Armut als Nachfolge Christi der moralischen Anschauung aller Bevölkerungsgruppen entgegenkam. Das Arbeitshaus existierte als Zucht- und Arbeitshaus allerdings weiter, wobei hier arbeitsfähige Arme, vor allem aber schwererziehbare Jugendliche beschäftigt wurden. Von gelegentlichen Anti-Bettel-Edikten abgesehen, deren ständige Wiederholung ihre Wirkungslosigkeit beweist, kam es zu einem gravierenden Einschnitt erst durch den Einmarsch der Franzosen 1794. In französischer Zeit wurde das Arbeitshaus immer stärker zur Korrekturanstalt für vorwiegend jugendliche Insassen. Das Gros der Bettler war zumeist über 60 Jahre alt – es handelte sich also um die typische Altersarmut – und aus diesem Grund kaum mehr tauglich für eine Sozialdisziplinierung. Die Lösung, diese Gruppe schließlich ab 1812 in dem Bettelhaus in Brauweiler zu versorgen, war wegen ihrer sozialen Härten nicht gerade eine Glanzleistung. Dennoch wurde diese Institution nach 1814 von den Preußen beibehalten, aber nach 1823 verstärkt für straffällige Bettler benutzt, wobei die von den Franzosen strikt eingehaltene Trennung von Bettlern und Kriminellen wieder hinfällig wurde.

Finzsch konnte für seine Untersuchung auf eine umfangreiche und aussagekräftige Quellengruppe, die sogenannten Armutszeugnisse, zurückgreifen. Die von ihm immer wieder herangezogenen Einzelbeispiele bieten deshalb ein anschauliches Bild, wobei es ihm darauf ankommt, die stadt- bzw. staatsloyale Haltung der Hausarmen herauszustellen und sie von der eher renitenten Gruppe jugendlicher Arbeitsunwilliger abzusetzen. Um die Gruppe der devianten Unterschichten besser zu umschreiben, ergänzt er seine Ausführungen über die Kölner Armen durch zwei weitere Gruppen: die der Schmuggler und der Banditen. Hier formierte sich (im Gegensatz zu den Bettlern) ein Widerstandspotential gegen den Staat, nach dessen Bedeutung für die Zeit nach 1814 der Verfasser zu Recht fragt. Da es in diesem Grenzbereich von Legalität und Illegalität auch um die Verteidigung alter Rechte der Unterschichten ging – wie beim Holzfrevel zum Beispiel –, ist hier noch am ehesten eine »aktive« Politik der Unterschichten auszumachen. Doch scheint mir der Ansatz, diese divergierenden Unterschichten-Gruppen zusammenzubringen, um die Gruppe insgesamt nicht nur in ihrer Defensive, sondern auch in ihren Aktionen zu demonstrieren, nicht ganz gelungen. Der Hinweis auf Widerstandsaktionen aus den Reihen der Bettler, wie sie uns für Berlin und Hamburg bezeugt sind und wie es sie wohl auch in Köln gegeben hat, wäre überzeugender gewesen. Doch handelt es sich insgesamt um eine wichtige Detailstudie zur Situation und zu den Entwicklungschancen der Unterschichten in dieser bedeutsamen Phase der Entwicklung zur modernen Gesellschaft. *Arno Herzig, Hamburg*

Richard H. Tilly, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1990, 237 S., kart., 12,80 DM.

In der Reihe »Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart« wurde mit dem vorliegenden Band der ambitionierte und insgesamt vorzüglich gelungene Versuch unternommen, die Geschichte der Industrialisierung in Deutschland von der Gründung des Zollvereins bis zum Ersten Weltkrieg zu skizzieren. Der Verfasser reduziert dabei die Industrialisierungsgeschichte nicht auf ihre wirtschaftlichen und techni-

zeitlichen Sozialdisziplinierung handelt. Diese Frage wird von Finzsch eher im Sinne einer konfessionsbedingten Milieutheorie verneint. Zwar übernahm auch Köln mit der Einrichtung eines Armenhauses 1696 das Amsterdamer Modell und versuchte die Bettler so zu disziplinierter Arbeit zu erziehen, scheiterte damit aber bereits vier Jahre später. Es blieb im 18. Jahrhundert weitgehend bei der Almosenvergabe, die mit der Vorstellung von Armut als Nachfolge Christi der moralischen Anschauung aller Bevölkerungsgruppen entgegenkam. Das Arbeitshaus existierte als Zucht- und Arbeitshaus allerdings weiter, wobei hier arbeitsfähige Arme, vor allem aber schwererziehbare Jugendliche beschäftigt wurden. Von gelegentlichen Anti-Bettel-Edikten abgesehen, deren ständige Wiederholung ihre Wirkungslosigkeit beweist, kam es zu einem gravierenden Einschnitt erst durch den Einmarsch der Franzosen 1794. In französischer Zeit wurde das Arbeitshaus immer stärker zur Korrekturanstalt für vorwiegend jugendliche Insassen. Das Gros der Bettler war zumeist über 60 Jahre alt – es handelte sich also um die typische Altersarmut – und aus diesem Grund kaum mehr tauglich für eine Sozialdisziplinierung. Die Lösung, diese Gruppe schließlich ab 1812 in dem Bettelhaus in Brauweiler zu versorgen, war wegen ihrer sozialen Härten nicht gerade eine Glanzleistung. Dennoch wurde diese Institution nach 1814 von den Preußen beibehalten, aber nach 1823 verstärkt für straffällige Bettler benutzt, wobei die von den Franzosen strikt eingehaltene Trennung von Bettlern und Kriminellen wieder hinfällig wurde.

Finzsch konnte für seine Untersuchung auf eine umfangreiche und aussagekräftige Quellengruppe, die sogenannten Armutszeugnisse, zurückgreifen. Die von ihm immer wieder herangezogenen Einzelbeispiele bieten deshalb ein anschauliches Bild, wobei es ihm darauf ankommt, die stadt- bzw. staatsloyale Haltung der Hausarmen herauszustellen und sie von der eher renitenten Gruppe jugendlicher Arbeitsunwilliger abzusetzen. Um die Gruppe der devianten Unterschichten besser zu umschreiben, ergänzt er seine Ausführungen über die Kölner Armen durch zwei weitere Gruppen: die der Schmuggler und der Banditen. Hier formierte sich (im Gegensatz zu den Bettlern) ein Widerstandspotential gegen den Staat, nach dessen Bedeutung für die Zeit nach 1814 der Verfasser zu Recht fragt. Da es in diesem Grenzbereich von Legalität und Illegalität auch um die Verteidigung alter Rechte der Unterschichten ging – wie beim Holzfrevel zum Beispiel –, ist hier noch am ehesten eine »aktive« Politik der Unterschichten auszumachen. Doch scheint mir der Ansatz, diese divergierenden Unterschichten-Gruppen zusammenzubringen, um die Gruppe insgesamt nicht nur in ihrer Defensive, sondern auch in ihren Aktionen zu demonstrieren, nicht ganz gelungen. Der Hinweis auf Widerstandsaktionen aus den Reihen der Bettler, wie sie uns für Berlin und Hamburg bezeugt sind und wie es sie wohl auch in Köln gegeben hat, wäre überzeugender gewesen. Doch handelt es sich insgesamt um eine wichtige Detailstudie zur Situation und zu den Entwicklungschancen der Unterschichten in dieser bedeutsamen Phase der Entwicklung zur modernen Gesellschaft. *Arno Herzig, Hamburg*

Richard H. Tilly, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1990, 237 S., kart., 12,80 DM.

In der Reihe »Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart« wurde mit dem vorliegenden Band der ambitionierte und insgesamt vorzüglich gelungene Versuch unternommen, die Geschichte der Industrialisierung in Deutschland von der Gründung des Zollvereins bis zum Ersten Weltkrieg zu skizzieren. Der Verfasser reduziert dabei die Industrialisierungsgeschichte nicht auf ihre wirtschaftlichen und techni-

schen Aspekte, sondern berücksichtigt auch die sozialgeschichtliche Perspektive. Isolierte Betrachtungen werden dadurch vermieden und die Auswirkungen und Folgen dieses Prozesses auf Lebensweise und Lebensstandard der Bevölkerung miteinbezogen.

Die Darstellung beginnt sinnvollerweise mit der Herausbildung eines kleindeutsch-nationalen Wirtschaftsraumes. Das Ende des Untersuchungszeitraumes erscheint dagegen etwas willkürlich: Trotz der Konsequenzen der Umstellung auf die Kriegswirtschaft dürfte 1914 keine grundlegende Zäsur dargestellt haben – auch der Verfasser selbst konzediert, daß eher pragmatische Gründe ausschlaggebend für die Wahl dieses Einschnittes waren.

Der spezifischen Form der Bewältigung der ökonomischen und sozialen Krisen der 1840er Jahre – wirtschaftliche Strukturkrise und Agrarkrise zugleich – mißt der Verfasser besondere Bedeutung für die folgende Entwicklung bei. Er widmet ihnen und ihrer Kulmination in der Revolution von 1848/49 zu Anfang seines Buches einen gesonderten Abschnitt, in dem er auch die Herausbildung industrieller Leitsektoren behandelt.

Erst danach beginnt der Verfasser mit der chronologischen Darstellung, die in die verschiedenen Etappen der Industrialisierung eingeteilt ist: »Der deutsche Zollverein und die Frühindustrialisierung«, »Entwicklung zur Hochindustrialisierung« und »Aufstieg zum Industriestaat«. Die sozialen Folgen – Urbanisierung und soziale Frage – werden auch hier stets mitberücksichtigt. Ein »Ausblick«, der zugleich die Zäsur 1914 sowie die Bedeutung des untersuchten Zeitraumes für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte im Hinblick auf die verhältnismäßig schwache Ausprägung demokratischer politischer Strukturen thematisiert, beendet die Darstellung. Ihr schließen sich der Abdruck ausgewählter Dokumente zu bestimmten Aspekten an, ferner Übersichten, statistische Kurven und Tabellen sowie eine Zeittafel. Besonders verdienstvoll ist ein kurzer, kompakter Überblick über den Forschungsstand und die Quellenlage.

Bei so viel Inhalt in so gedrängtem Umfang sind Verkürzungen unvermeidlich. Die großen Linien dominieren, und Ambivalenzen wie auch regionale Aspekte der Industrialisierung werden eher verdrängt. Wie bei den meisten Überblickswerken wird auch hier Süddeutschland gegenüber Preußen vernachlässigt und die Entwicklung von Landwirtschaft und Handwerk während des wirtschaftlichen Strukturwandels kaum erörtert. Diese Kritik soll jedoch die Leistung des Autors, die ja gerade in der Komprimierung liegt, nicht schmälern. Dieses gelungene Überblickswerk ist besonders als Textgrundlage für Unterricht und Studium für Lehrer, Schüler und Studenten sehr gut geeignet.

Michael Wettengel, Koblenz

Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert nach den Bestimmungen des Gewerberechts und der Verfassung des gewerblichen Unterrichtswesens. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Berlin 1902 in zwei Bänden. Mit einer Einleitung hrsg. von Wolfdietrich Jost, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1990, XXVIII + VII + 927 S. (in zwei Bdn.), geb., 296 DM.

Der schon von den Zeitgenossen bestaunte und von der neueren Forschung immer wieder bestätigte rasche Aufstieg Deutschlands zu einem zunächst in Europa, schließlich, am Beginn des 20. Jahrhunderts, auch im Weltmaßstab bedeutenden und exportkräftigen »Industriestaat« beruhte nicht zuletzt auf einem vorzüglichen System der Aus- und Fortbildung von Gewerbetreibenden und Kaufleuten, das in breiter Fächerung einer großen Zahl von Frauen und Männern gute Fachkenntnisse vermittelte und sie so befähigte, vielfältig und effektiv in Gewerbe und Industrie tätig zu sein. Dieses System einer Heranbildung von qualifiziertem »menschlichen Kapital« harrt noch einer zusammenfassenden modernen

schen Aspekte, sondern berücksichtigt auch die sozialgeschichtliche Perspektive. Isolierte Betrachtungen werden dadurch vermieden und die Auswirkungen und Folgen dieses Prozesses auf Lebensweise und Lebensstandard der Bevölkerung miteinbezogen.

Die Darstellung beginnt sinnvollerweise mit der Herausbildung eines kleindeutsch-nationalen Wirtschaftsraumes. Das Ende des Untersuchungszeitraumes erscheint dagegen etwas willkürlich: Trotz der Konsequenzen der Umstellung auf die Kriegswirtschaft dürfte 1914 keine grundlegende Zäsur dargestellt haben – auch der Verfasser selbst konzediert, daß eher pragmatische Gründe ausschlaggebend für die Wahl dieses Einschnittes waren.

Der spezifischen Form der Bewältigung der ökonomischen und sozialen Krisen der 1840er Jahre – wirtschaftliche Strukturkrise und Agrarkrise zugleich – mißt der Verfasser besondere Bedeutung für die folgende Entwicklung bei. Er widmet ihnen und ihrer Kulmination in der Revolution von 1848/49 zu Anfang seines Buches einen gesonderten Abschnitt, in dem er auch die Herausbildung industrieller Leitsektoren behandelt.

Erst danach beginnt der Verfasser mit der chronologischen Darstellung, die in die verschiedenen Etappen der Industrialisierung eingeteilt ist: »Der deutsche Zollverein und die Frühindustrialisierung«, »Entwicklung zur Hochindustrialisierung« und »Aufstieg zum Industriestaat«. Die sozialen Folgen – Urbanisierung und soziale Frage – werden auch hier stets mitberücksichtigt. Ein »Ausblick«, der zugleich die Zäsur 1914 sowie die Bedeutung des untersuchten Zeitraumes für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte im Hinblick auf die verhältnismäßig schwache Ausprägung demokratischer politischer Strukturen thematisiert, beendet die Darstellung. Ihr schließen sich der Abdruck ausgewählter Dokumente zu bestimmten Aspekten an, ferner Übersichten, statistische Kurven und Tabellen sowie eine Zeittafel. Besonders verdienstvoll ist ein kurzer, kompakter Überblick über den Forschungsstand und die Quellenlage.

Bei so viel Inhalt in so gedrängtem Umfang sind Verkürzungen unvermeidlich. Die großen Linien dominieren, und Ambivalenzen wie auch regionale Aspekte der Industrialisierung werden eher verdrängt. Wie bei den meisten Überblickswerken wird auch hier Süddeutschland gegenüber Preußen vernachlässigt und die Entwicklung von Landwirtschaft und Handwerk während des wirtschaftlichen Strukturwandels kaum erörtert. Diese Kritik soll jedoch die Leistung des Autors, die ja gerade in der Komprimierung liegt, nicht schmälern. Dieses gelungene Überblickswerk ist besonders als Textgrundlage für Unterricht und Studium für Lehrer, Schüler und Studenten sehr gut geeignet.

Michael Wettengel, Koblenz

Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert nach den Bestimmungen des Gewerberechts und der Verfassung des gewerblichen Unterrichtswesens. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Berlin 1902 in zwei Bänden. Mit einer Einleitung hrsg. von Wolfdietrich Jost, Böhlau Verlag, Köln/Wien 1990, XXVIII + VII + 927 S. (in zwei Bdn.), geb., 296 DM.

Der schon von den Zeitgenossen bestaunte und von der neueren Forschung immer wieder bestätigte rasche Aufstieg Deutschlands zu einem zunächst in Europa, schließlich, am Beginn des 20. Jahrhunderts, auch im Weltmaßstab bedeutenden und exportkräftigen »Industriestaat« beruhte nicht zuletzt auf einem vorzüglichen System der Aus- und Fortbildung von Gewerbetreibenden und Kaufleuten, das in breiter Fächerung einer großen Zahl von Frauen und Männern gute Fachkenntnisse vermittelte und sie so befähigte, vielfältig und effektiv in Gewerbe und Industrie tätig zu sein. Dieses System einer Heranbildung von qualifiziertem »menschlichen Kapital« harrt noch einer zusammenfassenden modernen

Darstellung, während Teilbereiche bereits untersucht sind. Daher scheint es für eine Gesamtbetrachtung sinnvoll, auf ältere Arbeiten zurückzugreifen, sie wieder zugänglich und damit für laufende Arbeiten fruchtbar zu machen.

Die wohl bedeutendste dieser Arbeiten zum Thema ist die große Studie von Oskar Simon über »Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert« aus dem Jahr 1902. Fachleuten ist sie zwar bekannt, doch in die Breite der wirtschafts- und sozialhistorischen Forschung wirkte sie kaum, wahrscheinlich vor allem deswegen, weil sie nur schwer zugänglich war. Dies wird sich nun hoffentlich durch den von Wolfdietrich Jost (Universität/Gesamthochschule Essen) vorgelegten Nachdruck ändern, nicht zuletzt deswegen, weil der Herausgeber ihm eine ausführliche Einleitung beigegeben hat. Sie stellt den Autor und seinen beruflichen Weg näher vor, ordnet das Werk in den Zusammenhang der Forschung – auch der neueren – ein und enthält eine Bibliographie Simons sowie der Rezensionen seines Buches. Dagegen fehlen im Nachdruck die drei Anlagen des Erstdrucks, die als selbständige Druckwerke vorliegen (nachgewiesen S. XXV, Anm. 51 der Einleitung).

Der Jurist Oskar Simon war als Geheimer Oberregierungsrat und Vortragender Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe für einen Teil des gewerblichen Schul- und Fortbildungswesens zuständig und verfügte daher über eine intime Kenntnis des Gegenstandes, wie Jost in seiner Einleitung herausarbeitet. Er kennzeichnet dabei aber ebenso klar die Grenzen, die Simon gesetzt waren: Seine Stärke lag in der fleißigen Zusammenfassung eines umfangreichen Materials, nicht in dessen kritischer Durchdringung. Diese Eigenart erweist sich aber von heute her gesehen als Vorteil, weil das Werk so eine umfassende Materialsammlung bietet, die eine fast überbordende Fülle an einschlägigen Bestimmungen mit breiten Angaben über deren Entstehung und Anwendung zusammenführt und in dieser Form, wie Jost mit Recht betont, bis heute unübertroffen ist.

Ein knapper Blick auf den Inhalt mag dies belegen. Der erste, besonders umfangreiche Abschnitt stellt die »gewerberechtlichen Bestimmungen über die Ausbildung der Gewerbetreibenden« zusammen (Bd. I des Nachdrucks). Simon baut ihn chronologisch auf: erstens die Zunftzeit, zweitens die Gewerbegesetze von 1810/11, also die Einführung der Gewerbefreiheit, drittens die Allgemeine Gewerbeordnung vom 17. 1. 1845 und die Verordnung vom 9. 2. 1849, viertens die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund 1869 (später: Reichsgewerbeordnung) und deren Novellierungen, besonders das sog. Handwerkergesetz von 1897. Schon der erste Teil bietet aus der zeitgenössischen Literatur reiches Material über die Zunftzeit, u. a. eine Zusammenstellung der 1797 in der Kurmark verlangten Meisterstücke. Gleichwohl steht er deutlich hinter den drei anschließenden Teilen zurück, die sich auf das 19. Jahrhundert beziehen. Simon wird um so ausführlicher, je mehr er sich der Gegenwart nähert. Aus der Fülle seiner Angaben sind besonders hervorzuheben die umfangreichen Abdrucke von Prüfungsbestimmungen – auch der älteren ab den 1820er Jahren! –, die (wie auch Jost betont) eine nirgendwo sonst erreichte Informationsdichte über diesen Gegenstand bieten. Immer wieder schöpft Simon aus den Akten, etwa wenn er die Regierungsberichte über die Wirkungen der Verordnung vom 9. 2. 1849 aus dem Jahr 1860 ausführlich zitiert.

Der zweite, knapper gehaltene Abschnitt (Bd. II des Nachdrucks) beschäftigt sich mit dem gewerblichen Unterrichtswesen. Auch hier steht der erste, dem 18. Jahrhundert gewidmete Teil hinter dem zweiten zurück, der das 19. Jahrhundert behandelt; er bietet aber gleichwohl zahlreiche Informationen über die erstaunlich umfangreichen Bemühungen um die gewerbliche und kaufmännische Ausbildung bis hin zur Akademie der Künste, der Bauakademie und den Bergschulen. Für das 19. Jahrhundert ist Simon in seinem Element: In zwölf nach den einzelnen Richtungen des Schulwesens gegliederten Teilen macht er den Leser mit dem gewerblichen und kaufmännischen Schul- und Ausbildungswesen in allen Einzelheiten vertraut, wie es sich im Laufe der Zeit immer stärker ausgedehnt und speziali-

siert hatte. Besonders wertvoll sind hier m. E. die umfangreichen Angaben über die Lehrpläne, die bis in deren Einzelheiten gehen.

Der Herausgeber ordnet, wie gesagt, in seiner Einleitung die von Simon gebotenen Stoffmassen in den Zusammenhang der heutigen Forschung ein. Dabei treten freilich deren Lücken deutlich hervor, die wegen der großen Bedeutung des Themas für die ökonomische und soziale Entwicklung im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert bedauerlich sind. Mit dem Dank an Herausgeber und Verlag für diese gelungene Neuausgabe verbindet sich daher die Hoffnung, sie möge weitere Arbeiten auf diesem Feld anregen.

Karl Heinrich Kaufhold, Göttingen

Hans Besters (Hrsg.), Die Bedeutung Friedrich Lists in Vergangenheit und Gegenwart (= Gespräche der List Gesellschaft e. V., N.F. Bd. 12), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 227 S., brosch., 45 DM.

Mit ihrem »23. Gespräch« unterbrach die List-Gesellschaft ihr Programm, zu unmittelbaren aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen in einem akademisch untermauerten Diskurs analysierend Stellung zu nehmen, und erinnerte an die 200. Wiederkehr des Geburtstages ihres Namenspatrons. Gleichwohl mischten sich auch bei dieser Tagung historische und aktuell erscheinende Fragen, wenn über die Bedeutung Friedrich Lists in Vergangenheit und Gegenwart referiert und diskutiert wurde. Dieser Band dokumentiert die zweitägige Veranstaltung (21. und 22. 9. 1989 in Reutlingen) in ihrem Verlauf (Begrüßung, Vorträge, Diskussionsbeiträge, organisationstechnische Hinweise) sehr genau, stellt somit auch ein – überarbeitetes – Protokoll wissenschaftlichen Mühens dar.

Es sind sieben Vorträge, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln der übergreifenden Themenstellung zu nähern suchen. Einleitend legte Wolfram Fischer in seinem Beitrag »Friedrich List und seine Zeit« sowohl eine biographisch-individuelle als auch zeitgenössisch-generalisierende Basis für die weiteren Überlegungen. Spezielle biographische Aspekte kamen bei Karl Erich Born (»Friedrich List und die Tübinger Staatswirtschaftliche Fakultät«) und William O. Henderson (»Lists Wirken in der Emigration«) zum Zuge, während die Beiträge von Alfred E. Ott (»Die ideengeschichtliche Bedeutung Friedrich Lists für die Nationalökonomie«), Harald Jürgensen (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Verkehrspolitik«), Josef Molsberger (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Gewerbe- und Industriepolitik«) und Hans Besters (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Handels- und Integrationspolitik«) ökonomische Perspektiven im Werk Lists aufrissen, die diese selbst, verstärkt durch umfangreiche Diskussionsbeiträge, mit gegenwärtigen Fragestellungen konfrontierten. Insbesondere kamen dabei immer wieder und nicht nur bei dem Referat von Hans Besters vor dem Hintergrund des geplanten EG-Binnenmarktes integrationstheoretische Überlegungen zum Tragen.

Außerordentlich anregend und vielgestaltig, vermittelt dieser Tagungsbericht, basierend auf Beiträgen ausgezeichneter Fachleute, einen vollständigen und aktuellen Diskussionsstand über Friedrich List, sein Werk und dessen Wirkungen, wie er heute in dieser so leicht zugänglichen Form nirgendwo sonst zu finden sein wird. Frappierend für die Teilnehmer war und wird es für die Leser dieses Bandes sein, wie sehr die Person Lists und sein Werk auch weiterhin zu neuen fruchtbaren interpretatorischen Versuchen Anlaß gegeben haben und offensichtlich weiterhin geben werden. Daß dieser Eindruck nach dem Studium des »23. Gesprächs« der List-Gesellschaft allseits mitgenommen werden darf, zeichnet das hohe Niveau seines engagierten und zugleich kritisch fragenden Verlaufs aus.

Wilfried Forstmann, Frankfurt/Main

siert hatte. Besonders wertvoll sind hier m. E. die umfangreichen Angaben über die Lehrpläne, die bis in deren Einzelheiten gehen.

Der Herausgeber ordnet, wie gesagt, in seiner Einleitung die von Simon gebotenen Stoffmassen in den Zusammenhang der heutigen Forschung ein. Dabei treten freilich deren Lücken deutlich hervor, die wegen der großen Bedeutung des Themas für die ökonomische und soziale Entwicklung im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert bedauerlich sind. Mit dem Dank an Herausgeber und Verlag für diese gelungene Neuausgabe verbindet sich daher die Hoffnung, sie möge weitere Arbeiten auf diesem Feld anregen.

Karl Heinrich Kaufhold, Göttingen

Hans Besters (Hrsg.), Die Bedeutung Friedrich Lists in Vergangenheit und Gegenwart (= Gespräche der List Gesellschaft e. V., N.F. Bd. 12), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 227 S., brosch., 45 DM.

Mit ihrem »23. Gespräch« unterbrach die List-Gesellschaft ihr Programm, zu unmittelbaren aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen in einem akademisch untermauerten Diskurs analysierend Stellung zu nehmen, und erinnerte an die 200. Wiederkehr des Geburtstages ihres Namenspatrons. Gleichwohl mischten sich auch bei dieser Tagung historische und aktuell erscheinende Fragen, wenn über die Bedeutung Friedrich Lists in Vergangenheit und Gegenwart referiert und diskutiert wurde. Dieser Band dokumentiert die zweitägige Veranstaltung (21. und 22. 9. 1989 in Reutlingen) in ihrem Verlauf (Begrüßung, Vorträge, Diskussionsbeiträge, organisationstechnische Hinweise) sehr genau, stellt somit auch ein – überarbeitetes – Protokoll wissenschaftlichen Mühens dar.

Es sind sieben Vorträge, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln der übergreifenden Themenstellung zu nähern suchen. Einleitend legte Wolfram Fischer in seinem Beitrag »Friedrich List und seine Zeit« sowohl eine biographisch-individuelle als auch zeitgenössisch-generalisierende Basis für die weiteren Überlegungen. Spezielle biographische Aspekte kamen bei Karl Erich Born (»Friedrich List und die Tübinger Staatswirtschaftliche Fakultät«) und William O. Henderson (»Lists Wirken in der Emigration«) zum Zuge, während die Beiträge von Alfred E. Ott (»Die ideengeschichtliche Bedeutung Friedrich Lists für die Nationalökonomie«), Harald Jürgensen (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Verkehrspolitik«), Josef Molsberger (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Gewerbe- und Industriepolitik«) und Hans Besters (»Der Beitrag Friedrich Lists zur Handels- und Integrationspolitik«) ökonomische Perspektiven im Werk Lists aufrissen, die diese selbst, verstärkt durch umfangreiche Diskussionsbeiträge, mit gegenwärtigen Fragestellungen konfrontierten. Insbesondere kamen dabei immer wieder und nicht nur bei dem Referat von Hans Besters vor dem Hintergrund des geplanten EG-Binnenmarktes integrationstheoretische Überlegungen zum Tragen.

Außerordentlich anregend und vielgestaltig, vermittelt dieser Tagungsbericht, basierend auf Beiträgen ausgezeichneter Fachleute, einen vollständigen und aktuellen Diskussionsstand über Friedrich List, sein Werk und dessen Wirkungen, wie er heute in dieser so leicht zugänglichen Form nirgendwo sonst zu finden sein wird. Frappierend für die Teilnehmer war und wird es für die Leser dieses Bandes sein, wie sehr die Person Lists und sein Werk auch weiterhin zu neuen fruchtbaren interpretatorischen Versuchen Anlaß gegeben haben und offensichtlich weiterhin geben werden. Daß dieser Eindruck nach dem Studium des »23. Gesprächs« der List-Gesellschaft allseits mitgenommen werden darf, zeichnet das hohe Niveau seines engagierten und zugleich kritisch fragenden Verlaufs aus.

Wilfried Forstmann, Frankfurt/Main

Stefan Brüdermann, Göttinger Studenten und akademische Gerichtsbarkeit im 18. Jahrhundert (= Göttinger Universitätsschriften. Serie A: Schriften, Bd. 15), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, 591 S., geb., 86 DM.

In Friedrich Wilhelm Zachariaes Epopöe »Der Renommiste« (erschienen 1744) wird der Student jener Tage folgendermaßen beschrieben: »Ihr Singen war ein Schrein und ihre Freude Raufen/ Sie haßten Buch und Fleiß, und ihr Beruf war Saufen«. Dieses in der deutschen Literatur keineswegs allein in Zachariaes »Heldengedicht« zu findende Bild vom studentischen Leben hat auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte des Studenten weithin geprägt. Leben und Treiben des Studierenden wird vor allem unter kulturhistorischen Gesichtspunkten betrachtet. Bemerkenswert sind dann insbesondere solche Erscheinungen: Duellieren, Renommisterei, Kneiperei, Pennalismus, studentische Tumulte, die Komments und die Studentenorden. Auch die quantitativ vielleicht umfangreichste Literatur, die Darstellungen zur Geschichte der studentischen Verbindungen, bewegt sich ganz und gar innerhalb dieser Bahnen, soweit es um die Zeit des 16.–18. Jahrhunderts geht. Für das 19. und 20. Jahrhundert kommt die Rolle des Studenten in den politischen Entwicklungen der Zeit als Thema dazu. Bemerkbar macht sich schließlich auch in diesem Zusammenhang ein überkommenes häufiges Manko der Universitätshistoriographie überhaupt – ihr Charakter als reine Institutionengeschichte. Der kneipende, duellierende und tumultierende Student erscheint weithin als abgelöst von seiner unmittelbaren und mittelbaren Umgebung, die bestenfalls in Situationen des Konflikts andeutungsweise wahrnehmbar wird: der dem Studenten feindlich gesonnene Handwerksgeselle, die zänkische Wirtin, das verführte Mädchen.

Die Sozialgeschichte des Studenten ist und bleibt ein Desiderat der Forschung. Daß eine solche Geschichte vor besonderen Schwierigkeiten steht, kann hier nur angedeutet werden. Die Hochschulen des Deutschen Reiches zwischen Straßburg im Westen und Königsberg im Osten, Kiel im Norden und Innsbruck im Süden sind so verschieden in ihrer Erscheinung gewesen wie das Reich selbst. Die Besonderheiten der Studenten an den einzelnen Universitätsorten bilden eines der stehenden Themen der Zeit. Jede Annäherung an das genannte Thema ist daher nur auf induktivem Wege, über die Sozialgeschichte der einzelnen Hochschulen, möglich.

Problematisch ist weiterhin die Frage nach den heranzuziehenden Quellen. Die oben erwähnten Zeugnisse der Dichtung, Stammbücher, Komments u. ä. dienen eher der erwähnten kulturgeschichtlichen Behandlung des Gegenstandes. Briefe und spätere Erinnerungen von Studenten besitzen einen mehr zufälligen und stark subjektiv gefärbten Charakter und sind überdies nur schwer zu erfassen. Eine andere, sehr vielversprechende Quelle hat der Verfasser des hier anzuzeigenden Buches in einer nach Wissen des Rezensenten bisher noch nicht versuchten Breite zu erschließen gesucht: das Aktenmaterial des akademischen Gerichts der wohl berühmtesten deutschen Universität des 18. Jahrhunderts, der Georgia Augusta in Göttingen. Freilich vermittelt auch die Gerichtsakte ein einseitiges Bild, zeigt sie doch den Studenten allein im Konflikt mit den sein Leben bestimmenden Ordnungen. Entscheidend ist jedoch, daß gerade dadurch die den Studierenden umgebenden alltäglichen sozialen Gegebenheiten deutlicher sichtbar werden als beispielsweise aus Johann Christian Günthers Studentenliedern. Ein Überblick über den Inhalt von Brüdermanns Arbeit, die geringfügig überarbeitete Fassung seiner in Göttingen angenommenen Dissertation, vermag dies bereits anzudeuten: Nach einer knappen Einführung in die Geschichte der akademischen Gerichtsbarkeit folgt die Schilderung ihrer Institutionen in Göttingen. Den Hauptteil der Untersuchung (S. 143–487) bildet dann die Darstellung der einzelnen »Aufgabenbereiche der akademischen Gerichtsbarkeit«. Der Behandlung der klassischen Themen Konflikte unter den Studenten (insbesondere das Duell) und studentischen Verbindungswesen schließt sich dann die Untersuchung der gewaltsamen Auseinandersetzun-

gen mit der Stadtbevölkerung und dem Militär an. Das umfangreichste Kapitel beschäftigt sich mit den Finanzangelegenheiten der Studenten. Die Kapitel »Der Student und die Sexualität«, »Kriminalität« (mit sechs Seiten der kürzeste Abschnitt) und »Der Student und die ›gute Policey‹« beenden diesen zentralen Teil der Darstellung. Zwei zusammenfassende Kapitel untersuchen am Schluß des Bandes die Prinzipien der akademischen Gerichtsbarkeit und den »sozialen Ort der Göttinger Studenten«. Statistisches Material, ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnisse und zwei Register runden den Band ab.

Brüdermann erfaßt in seiner Untersuchung den Zeitraum zwischen der Aufnahme des Lehrbetriebes (1734) bis zur Besetzung Hannovers durch die Franzosen im Jahre 1803. Aus diesen sieben Jahrzehnten lassen sich aktenmäßig insgesamt 5200 Verfahren nachweisen. Allein schon die nur in entsagungsvollen Studien zu bewerkstelligende Aufarbeitung dieses Aktenberges stellt eine sehr anerkennenswerte Leistung des Verfassers dar, die die Fruchtbarkeit des in seiner Notwendigkeit allgemein anerkannten, aber durchaus nicht überall mit der erforderlichen Intensität betriebenen Quellenstudiums unter Beweis stellt. Das in einem flüssigen Stil geschriebene Buch gibt in einem ausgewogenen Maß die Ergebnisse der Archivforschungen des Verfassers und eine große Zahl von Fallbeispielen wieder. Brüdermanns Buch gewinnt damit selbst den Wert eines Quellenwerkes. Äußerst bunt ist die Palette der vor unsere Augen tretenden Fragen und Formen des studentischen Alltagslebens: der Student im Kolleg; sein Verhältnis zu den Professoren; seine Stellung zum Hauswirt; die militärische Werbung unter den Studenten; die vielfältigen finanziellen Verpflichtungen des Studierenden (Mieten, Tischgelder, Kolleggelder, Ausgaben für die verschiedensten Vergnügungsmöglichkeiten); die Handwerker, Pfandleiher und Gastwirte in ihrem Verhältnis zu den Studenten; der Student als Kunde der Prostituierten; die Zahlung von Alimenten durch den Studenten in Theorie und Praxis; die Hygiene im studentischen Haushalt; der Student als Besucher (oder Störenfried) bürgerlicher Feste; ja selbst der Student als Hundehalter. Wer ein möglichst wirklichkeitsgetreues Bild vom Leben des Göttinger Studenten in der Blütezeit der Georgia Augusta gewinnen will, der kann keine aussagenkräftigere Lektüre finden als das vorliegende Werk. Daß es (bei aller Ähnlichkeit der grundsätzlichen Probleme) allein die Verhältnisse in Göttingen sind, denen wir hier näherkommen, wird vom Verfasser mehrfach hervorgehoben. Die Göttinger Universität war von vornherein auf den Besuch betuchter und auf die Ausgrenzung ärmerer Studierender ausgerichtet gewesen. Die relativ hohe Dotierung der Professoren ließ bestimmte andernorts übliche Formen des Zusammenlebens an der Universität (z. B. Professorentische) nicht aufkommen. Aus verschiedenen Gründen ist Göttingen im Vergleich zu anderen Universitäten stärker von Fleiß und Arbeitsamkeit bestimmt. Es wäre umso wünschenswerter, daß gleichartige Untersuchungen zu anderen Hochschulen angestellt würden, wobei eine Ausweitung der behandelten Zeiträume anzustreben wäre.

Die Beschäftigung mit der akademischen Gerichtsbarkeit verschafft uns nicht nur eine nähere Kenntnis vom Sozialleben der Studenten, sondern ermöglicht auch die Einordnung der Universitätsgeschichte in einen das akademische Leben übergreifenden Zusammenhang – in den Prozeß der Herausbildung des absolutistischen, in seinen Grundzügen bereits modernen Staates. An die Stelle der altständisch strukturierten Gesellschaft, die das Umfeld der frühen Universität bildete, tritt der moderne, reglementierende »Polizeistaat«, also ein Gemeinwesen, das dahin tendiert, möglichst sämtliche Lebensbereiche unter Kontrolle zu bringen. Welche Rolle spielt die Universität innerhalb dieses Vorganges? Die Hochschule ist von ihren mittelalterlichen Anfängen her als eigenständige Korporation mit eigener Gerichtsbarkeit in die neuere Geschichte eingetreten. Eine eigene Gerichtsbarkeit ist, so Brüdermann, auch der erst im 18. Jahrhundert gegründeten Göttinger Universität verliehen worden, sogar in einem über das mittelalterliche Vorbild hinausgreifenden Umfange. Diese Freiheit – das ist der entscheidende Beleg für den inzwischen eingetretenen Wandlungsprozeß – steht jedoch in einem völlig veränderten Funktionszusammenhang:

Sie ist jetzt ein Mittel der absolutistischen Staatsverwaltung, »die Angehörigen einer Universität innerhalb einer frühneuzeitlichen Stadt effektiv zu kontrollieren« (S. 44). Brüdermann belegt diese These in vielfacher Weise, wobei immer davon auszugehen ist, daß es sich hier um einen Entwicklungsvorgang handelt, der am Anfang des 19. Jahrhunderts ein ausgeprägteres Bild bietet als in der Mitte des vorangegangenen Säkulums.

In den ersten Jahrzehnten seines Wirkens ist das akademische Gericht noch in einem deutlich erkennbaren Maße ein ständisches Gericht, das den Studenten und den Professor vereint auf der einen Seite, den Bürger auf der anderen Seite sieht. Um 1800 bilden die Professoren jedoch die beamtete Obrigkeit der Studenten. Gleiches läßt sich auf dem Gebiet der Kreditgesetzgebung verfolgen, die am Anfang den Studenten bevorteiligt, dann aber immer stärker auch den Bürger als Kreditgeber zu seinem Recht kommen läßt. Das Militär, nach dem allgemeinen Empfinden der Angehörigen der Universität von dieser durch Welten getrennt, wird schließlich als notwendige Einrichtung akzeptiert, um zur Disziplinierung der Studenten beizutragen. Die akademische Freiheit verliert in einem allmählichen, aber einschneidenden Vorgang ihren früheren Charakter und wird aus einem ständischen Vorrecht zur Lehr- und Lernfreiheit im heutigen Sinne umgebildet.

Von erheblicher Bedeutung ist schließlich die Feststellung, daß man am Ende des Jahrhunderts dazu überging, die inzwischen dem Geist der Zeit entsprechend abgemilderten und differenzierten Strafrechtsauffassungen auch tatsächlich mit einiger Konsequenz anzuwenden. Die ursprünglichen durchaus scharf formulierten Bestimmungen sind nämlich, wie der Verfasser an einer großen Anzahl von Beispielen aufzeigt, fast nie im vollen Umfange und öfters überhaupt nicht zur Anwendung gebracht worden. Dem standen vielfältige Rücksichten auf Person und Stand der Beschuldigten, die traditionelle Einstellung der Professoren und die Furcht vor der Beeinträchtigung des Rufs der Universität entgegen. Daß hinter dieser Entwicklung letztendlich der in der neueren Forschung so stark beachtete Vorgang der Sozialdisziplinierung steht, wird deutlich. Brüdermann deutet dies verschiedentlich an: Das sich durchsetzende Gewaltmonopol des Staates beseitigt zwar nicht das Duellwesen, drängt es jedoch ins Verborgene ab, gibt ihm einen zunehmend künstlichen Charakter und macht es zu einem formellen Zwang. Das offene Tumultieren der Studenten wird durch die sich immer nachhaltiger durchsetzende Triebkontrolle über die Durchsetzung der polizeistaatlichen Reglementierung unterdrückt oder in die Verborgenheit abgedrängt. Weitere Belege bieten die von Brüdermann gesammelten und ausgewerteten Materialien.

Brüdermanns Untersuchung ist in der Art der Fragestellung und in ihrer Methode der Quellenaufarbeitung als Pionierleistung anzusprechen, die damit durchaus der Forderung entspricht, die Norbert Elias sozialgeschichtlichen Arbeiten stellt: »Die soziogenetische und psychogenetische Untersuchung geht darauf aus, die *Ordnung* der geschichtlichen *Veränderungen*, ihre Mechanik und ihre konkreten Mechanismen aufzudecken [. . .]« (Über den Prozeß der Zivilisation, 1. Band, S. LXXVII). *Detlef Döring, Leipzig*

Ingrid Schöberl, Amerikanische Einwandererwerbung in Deutschland 1845–1914, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 254 S., kart., 48 DM.

Günter Moltmann (Hrsg.), Aufbruch nach Amerika, Die Auswanderungswelle von 1816/17, J.B. Metzler, Stuttgart 1989, 408 S., Ln., 44 DM.

Um im Zuge der Besiedlung des Westens und zur Deckung des Arbeitskräftemangels nach Beendigung des Bürgerkrieges zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen, suchten fast alle US-Einzelstaaten im 19. Jahrhundert nach Wegen, die europäische Ansiedlung in ihren Gebieten zu fördern. Gezielte Werbemaßnahmen sollten die Einwanderung in Gang setzen, den

Sie ist jetzt ein Mittel der absolutistischen Staatsverwaltung, »die Angehörigen einer Universität innerhalb einer frühneuzeitlichen Stadt effektiv zu kontrollieren« (S. 44). Brüdermann belegt diese These in vielfacher Weise, wobei immer davon auszugehen ist, daß es sich hier um einen Entwicklungsvorgang handelt, der am Anfang des 19. Jahrhunderts ein ausgeprägteres Bild bietet als in der Mitte des vorangegangenen Säkulums.

In den ersten Jahrzehnten seines Wirkens ist das akademische Gericht noch in einem deutlich erkennbaren Maße ein ständisches Gericht, das den Studenten und den Professor vereint auf der einen Seite, den Bürger auf der anderen Seite sieht. Um 1800 bilden die Professoren jedoch die beamtete Obrigkeit der Studenten. Gleiches läßt sich auf dem Gebiet der Kreditgesetzgebung verfolgen, die am Anfang den Studenten bevorteiligt, dann aber immer stärker auch den Bürger als Kreditgeber zu seinem Recht kommen läßt. Das Militär, nach dem allgemeinen Empfinden der Angehörigen der Universität von dieser durch Welten getrennt, wird schließlich als notwendige Einrichtung akzeptiert, um zur Disziplinierung der Studenten beizutragen. Die akademische Freiheit verliert in einem allmählichen, aber einschneidenden Vorgang ihren früheren Charakter und wird aus einem ständischen Vorrecht zur Lehr- und Lernfreiheit im heutigen Sinne umgebildet.

Von erheblicher Bedeutung ist schließlich die Feststellung, daß man am Ende des Jahrhunderts dazu überging, die inzwischen dem Geist der Zeit entsprechend abgemilderten und differenzierten Strafrechtsauffassungen auch tatsächlich mit einiger Konsequenz anzuwenden. Die ursprünglichen durchaus scharf formulierten Bestimmungen sind nämlich, wie der Verfasser an einer großen Anzahl von Beispielen aufzeigt, fast nie im vollen Umfange und öfters überhaupt nicht zur Anwendung gebracht worden. Dem standen vielfältige Rücksichten auf Person und Stand der Beschuldigten, die traditionelle Einstellung der Professoren und die Furcht vor der Beeinträchtigung des Rufs der Universität entgegen. Daß hinter dieser Entwicklung letztendlich der in der neueren Forschung so stark beachtete Vorgang der Sozialdisziplinierung steht, wird deutlich. Brüdermann deutet dies verschiedentlich an: Das sich durchsetzende Gewaltmonopol des Staates beseitigt zwar nicht das Duellwesen, drängt es jedoch ins Verborgene ab, gibt ihm einen zunehmend künstlichen Charakter und macht es zu einem formellen Zwang. Das offene Tumultieren der Studenten wird durch die sich immer nachhaltiger durchsetzende Triebkontrolle über die Durchsetzung der polizeistaatlichen Reglementierung unterdrückt oder in die Verborgenheit abgedrängt. Weitere Belege bieten die von Brüdermann gesammelten und ausgewerteten Materialien.

Brüdermanns Untersuchung ist in der Art der Fragestellung und in ihrer Methode der Quellenaufarbeitung als Pionierleistung anzusprechen, die damit durchaus der Forderung entspricht, die Norbert Elias sozialgeschichtlichen Arbeiten stellt: »Die soziogenetische und psychogenetische Untersuchung geht darauf aus, die *Ordnung* der geschichtlichen *Veränderungen*, ihre Mechanik und ihre konkreten Mechanismen aufzudecken [. . .]« (Über den Prozeß der Zivilisation, 1. Band, S. LXXVII). *Detlef Döring, Leipzig*

Ingrid Schöberl, Amerikanische Einwandererwerbung in Deutschland 1845–1914, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 254 S., kart., 48 DM.

Günter Moltmann (Hrsg.), Aufbruch nach Amerika, Die Auswanderungswelle von 1816/17, J.B. Metzler, Stuttgart 1989, 408 S., Ln., 44 DM.

Um im Zuge der Besiedlung des Westens und zur Deckung des Arbeitskräftemangels nach Beendigung des Bürgerkrieges zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen, suchten fast alle US-Einzelstaaten im 19. Jahrhundert nach Wegen, die europäische Ansiedlung in ihren Gebieten zu fördern. Gezielte Werbemaßnahmen sollten die Einwanderung in Gang setzen, den

Zustrom von Neuankömmlingen in die jeweiligen Regionen lenken und die selektive Zuwanderung geeignet erscheinender Zuwanderer unterstützen. Gefragt waren je nach regionalen Anforderungen besonders ländliche Siedler.

Auf deutscher Seite liegt nun mit Schöberls Dissertation zum ersten Mal ein Überblick über staatliche amerikanische Anwerbungsmethoden vor. Auf der Grundlage umfangreicher gedruckter Materialsammlungen (u. a. über 215 Berichte der Werbebeauftragten der Bundesstaaten, Jahresbotschaften der Gouverneure, deutscher Quellen zu Werbeagenturen und Auswandererzeitungen) knüpft die Studie an einen Artikel der Autorin über amerikanische Werbebroschüren an (»Auswandererwerbung durch Information: Amerikanische Broschüren in Deutschland im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert«, Amerikastudien/ American Studies 27, 1982, S. 299–339). Sie reiht sich damit ein in eine Serie von Arbeiten zur Wanderungsgeschichte, die im Rahmen des Hamburger Projektes zur deutschen Amerikawanderung unter Leitung Günter Moltmanns entstanden sind, etwa die Arbeiten von Hartmut Bickelmann zu Auswanderungsvereinen und Agnes Bretting zu Auswanderungsagenturen.

Die akribisch genaue und um Vollständigkeit bemühte Arbeit gliedert sich in drei Teile: eine chronologische Untersuchung der einzel- und bundesstaatlichen Werbung, eine Analyse der Werbungsträger und Werbungsmethoden und eine Untersuchung amerikanischer Werbeaktivitäten auf deutschem Boden. Der zeitliche Rahmen wird durch die Aufnahme staatlicher Werbung in Michigan im Jahr 1845 (zu diesem Zeitpunkt setzte eine der größten deutschen Auswanderungswellen nach Nordamerika ein) und den Beginn des Ersten Weltkrieges gesetzt. Der Rückgang der Anwerbung nahm dabei die restriktiven Quotenregelungen der frühen 1920er Jahre vorweg.

Erklärtes Ziel aller Werbemaßnahmen war die Aufklärung über lokalspezifische Konditionen und die Lenkung in die eigenen Regionen. Zu diesem Zweck informierten Druckschriften, Handbücher und Landkarten. Daneben sollten mobile Ausstellungseinheiten nach dem Motto *»Seeing is believing«* Neugier und Interesse wecken. Besonderer Wert wurde auf die persönliche Kontaktpflege gelegt, Anfragen von Interessenten wurden ausführlich beantwortet, und in den Ankunftshäfen, aber auch in Europa wurde direkter Kontakt mit den Neuankömmlingen gesucht. Gerade in der Ausgangskultur, so wurde argumentiert, konnte auf Zielvorstellungen der Emigranten am ehesten Einfluß genommen werden. Dies bedeutete auch Auseinandersetzungen mit deutschen Behörden – denn hier war direkte Anwerbung meist verboten, Information hingegen erlaubt.

Klar zeigt Schöberl die unterschiedlichen Phasen der Werbetätigkeit und die vielfältigen Interessen der einzelnen Staaten auf. Zyklische Wirtschaftslagen und schwankende nationale Einschätzungen der Einwanderungsfrage wirkten sich deutlich auf Art und Umfang, finanzielle Förderung und nicht zuletzt Erfolg oder Mißerfolg der Werbung aus. Ein deutlicher Aufschwung zeichnete sich nach dem Bürgerkrieg ab, die personelle Ausstattung der Einwanderungsbüros wurde verstärkt, zugleich verlagerten sich die Schwerpunkte der Aktivitäten zum einen nach Süden und zum anderen in Staaten westlich des Mississippi. Doch bereits während der Rezessionsphase Mitte der 1870er Jahre setzte ein Rückgang ein, und in den 1880er Jahren leiteten wachsende Ängste vor Überfremdung das Ende der liberalen Einwanderungspolitik und -werbung ein. Agenten wurden aus Europa abgezogen und die Kriterien für erwünschte Siedler verschärft. Im gesamten Untersuchungszeitraum wechselten sich Konkurrenz und Kooperation der einzelnen Staaten ab, letztlich aber überwog das einzelstaatliche Interesse. So scheiterte die einzige nationale Konvention aller Einwandererbehörden 1870 in Indianapolis mit ihrem Bemühen um ein geeintes Vorgehen, beispielsweise mit ihrer Forderung nach bundesstaatlichem Schutz für eintreffende Migranten. Auffallend waren auch die regionalen Unterschiede. Im Süden wirkten sich politisch-kulturelle und geographisch-ökonomische Faktoren besonders hemmend aus, und trotz umfangreicher Kampagnen konnten nur wenig Siedler gewonnen werden.

Nur vorübergehend schaltete sich die Bundesbehörde in die einzelstaatlichen Aktivitäten ein. Zwischen 1864 und 1868 sollte der *Act to Encourage Immigration* fehlende Arbeitskräfte anwerben und in den Ankunftshäfen beraten. Schöberl weist nach, daß das Kernstück der Gesetzgebung, ein Finanzierungsprogramm, das Wanderungswilligen gegen maximal einjährige Arbeitsverpflichtungen freie Überfahrt anbot, bisher überbewertet wurde, denn nur ein verschwindend geringer Prozentsatz machte von dieser Möglichkeit Gebrauch. Bei ihrer Bewertung von Erfolg oder Mißerfolg der Werbeaktionen merkt Schöberl richtig an, Entschlüsse zur Wanderung seien von zu komplexer Natur, um hier eindeutige Bewertungsmaßstäbe anlegen zu können. Zu fragen wäre jedoch, inwieweit die Informationspolitik der Einzelstaaten die praktische Organisation der Wanderung tatsächlich erleichterte. Wer über detaillierte Angaben zu ökonomischen, geographischen und infrastrukturellen Aspekten verfügen konnte, Reiserouten genau erläutert fand, Fragen nach Schulen und Kirchen beantwortet fand, der konnte sich ein konkretes Bild von der amerikanischen Situation machen (und so eventuell bereits vorhandene Informationen ergänzen). Mögen auch mangelnde Aktualität und positive Übertreibungen den Wahrheitscharakter z. B. der Broschüren beeinträchtigt haben, so fallen dennoch die vielen Hinweise auf konkrete Anfragen seitens potentieller Wanderer auf, die die Reise überlegt hatten, sich sorgfältig vorbereiteten und sich die Möglichkeiten der Information aktiv zunutze machten.

Bei Schöberl spielen die Objekte der Werbung nur eine Nebenrolle, organisationsgeschichtliche Aspekte verdecken Rezeption und sozialgeschichtliche Bedeutung der Werbemaßnahmen. Hier wurde leider auch die Chance vertan, im Text angedeutete und zitierte Quellen auf der Basis neuerer Arbeiten zur geschlechtsspezifischen Akkulturationsproblematik zu werten (z. B. bei der Bedeutung von Frauen als vollwertige Arbeitsglieder der ländlichen Familie, S. 79, S. 120, oder in ihrer Rolle als begehrte Dienstmädchen im Süden, S. 85). Generell wäre eine stärkere sozialgeschichtliche Einbindung wünschenswert gewesen. So hätte die – angedeutete – Anlehnung der Werbemethoden an werbepsychologische Erkenntnisse mehr Raum verdient. Unklar bleibt auch, warum Gründe für die Präferenz von deutschen Siedlern erst im letzten Kapitel kurz behandelt werden. Schwankende Einschätzungen der Deutschamerikaner seitens der amerikanischen Öffentlichkeit werden kaum berücksichtigt, und insbesondere wird nicht auf die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen Amerikanern und Deutschen nach 1900 verwiesen. Umgekehrt werden vereinzelte Kontinuitäten über den Ersten Weltkrieg hinaus nicht gewertet.

Insgesamt liegt mit Schöberls Studie eine gelungene Arbeit vor, die nicht zuletzt als Nachschlagewerk hilfreiche Dienste leisten wird. Zu hoffen ist, daß zukünftige Analysen auch weitergehende Fragen untersuchen werden. Wie wurden z. B. im Gegensatz zu ländlichen Siedlern europäische Arbeitskräfte für die Industrie geworben? Kamen hier allein privatwirtschaftliche Unternehmen oder private Kontakte zum Tragen? Verstanden sich die einzelnen Staaten hier als treibende Kraft eines agrarstaatlichen Amerikas, in Anlehnung an Visionen Jeffersons?

Zu begrüßen ist die Neuauflage der Dokumentation von Moltmann. Im Vergleich zur 1978 erschienenen 1. Auflage wurden Mißverständnisse bei der Auswahl der Texte berichtigt und die Interpretation einzelner Passagen überprüft (S. 13). Die sogenannte Laichinger Hungerchronik, die zwischenzeitlich als antisemitische Fälschung entlarvt werden konnte, wurde vollständig ersetzt (S. 50).

Am Beispiel der Auswanderung aus Baden und Württemberg wird hier exemplarisch die große Auswanderungswelle der Jahre 1816 und 1817 dargestellt und dem Fach-, aber auch interessiertem Laienpublikum das »Abenteuer Auswanderung« in einer kommentierten und optisch gut aufbereiteten Quellensammlung (Briefe, Protokolle, Zeitungsberichte etc.) vor Augen geführt. Eine sozialgeschichtliche Einleitung, kurze, prägnante Vorbemerkungen zu den einzelnen Kapiteln und Literaturhinweise runden den Band ab.

Diese Dokumentation einer zeitlich und regional begrenzten Auswanderungswelle überzeugt vor allem, da hier – wie Moltmann systematisch darlegt – Phänomene der späteren Massenwanderung Deutscher in die USA im Ansatz bereits deutlich zu erkennen sind. Im Gegensatz z. B. zu früheren, eher eindimensionalen Wanderungsbewegungen religiös Verfolgter bereitete 1816/17 eine Koppelung von Faktoren den Boden für die Auswanderung: die Zerstörungen der Befreiungskriege, Not durch Bodenzersplitterung, drückende Abgaben, Lasten und Frondienste und akute Hungersnöte infolge von Unwetterperioden (Kap. 1). Bäuerliche Kleinbesitzer sowie mittellose Handwerker und Tagelöhner mit ihren Familien verließen in Scharen und oft überstürzt ihre Dörfer (Kap. 2) und reisten auf Rheinschiffen zu den Nordseehäfen Amsterdam und Antwerpen (Kap. 4). Die in der Dokumentation erstmals vollständig veröffentlichten Befragungsprotokolle des Nationalökonomen Friedrich List verdeutlichen die Beweggründe und Erwartungen der Auswanderer (Kap. 3). Abgesehen von der oben erwähnten bundesstaatlichen Förderungsmaßnahme 1864–68 bot sich zu diesem Zeitpunkt den Auswanderern zum letzten Mal die Möglichkeit, gegen Arbeitskontrakte (*redemptioner system*) unentgeltlich, wenn auch in einer strapaziösen wochenlangen Überfahrt, die amerikanischen Hafenstädte Baltimore und Philadelphia zu erreichen (Kap. 5 u. 6). Amerikanische Proteste angesichts menschenunwürdiger Konditionen an Bord und vor Ort setzten dem *redemptioner system* ein schnelles Ende und bedingten das Bundesgesetz von 1819, das die Anzahl der Passagiere begrenzte und erstmals Passagierlisten erforderlich machte. In vorbildlicher Weise schlägt Moltmann anschließend noch einmal den Bogen zurück nach Deutschland, stellt das Schicksal der nicht unerheblichen Gruppe von Rückwanderern dar (Kap. 8) und präsentiert einen Querschnitt von Meinungen Zurückgebliebener zum Exodus ihrer Landsleute (Kap. 9). Ansatz, Aufbau und Inhalt dieser Dokumentation leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur Geschichte der deutschen Nordamerikawanderung. *Monika Blaschke, Bremen*

Helmut Reinalter (Hrsg.), Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa von der Spätaufklärung bis zur Revolution 1848/49. Ein Tagungsbericht, (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 6), Inn-Verlag, Innsbruck 1988, 242 S., kart., 83 DM.

Der von Helmut Reinalter herausgegebene Sammelband enthält die Vorträge von 22 Teilnehmern der internationalen Tagung der Innsbrucker Forschungsstelle »Demokratische Bewegung in Mitteleuropa 1770–1850«, die vom 17. bis 21. Oktober 1984 in Vill bei Igls stattfand. Die Beiträge wurden in der Regel für die Druckfassung überarbeitet und mit einem Anmerkungsapparat versehen. Vier von ihnen liegen in italienischer oder französischer Sprache vor. Auf kurze Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache wurde verzichtet.

Die Themengebiete umfassen die »Definition und Abgrenzung von ›Demokratie‹ und ›Jakobinismus‹«, »Spätaufklärung und Geheimgesellschaften«, den »Jakobinismus« sowie »Demokratische und soziale Protestbewegungen und ihre Träger im Vormärz«. Die thematische und methodische Konzeption ist breit angelegt, und die Autoren sind meist renommierte Experten für ihre Vortragsthemen. Dieser unzweifelhafte Vorzug bringt jedoch andererseits den Nachteil mit sich, daß in den kurzen Beiträgen in der Regel wenig Neues mitgeteilt wird, sondern oft schon länger bekannte Thesen nochmals zusammengefaßt werden. Die breite Themenpalette verhindert einen wirklichen Austausch und eine gemeinsame Linie. Der resümierende Bericht des Herausgebers ist dafür der beste Beleg: Er gerät zu einer Aufzählung der Einzelvorträge.

Diese Dokumentation einer zeitlich und regional begrenzten Auswanderungswelle überzeugt vor allem, da hier – wie Moltmann systematisch darlegt – Phänomene der späteren Massenwanderung Deutscher in die USA im Ansatz bereits deutlich zu erkennen sind. Im Gegensatz z. B. zu früheren, eher eindimensionalen Wanderungsbewegungen religiös Verfolgter bereitete 1816/17 eine Koppelung von Faktoren den Boden für die Auswanderung: die Zerstörungen der Befreiungskriege, Not durch Bodenzersplitterung, drückende Abgaben, Lasten und Frondienste und akute Hungersnöte infolge von Unwetterperioden (Kap. 1). Bäuerliche Kleinbesitzer sowie mittellose Handwerker und Tagelöhner mit ihren Familien verließen in Scharen und oft überstürzt ihre Dörfer (Kap. 2) und reisten auf Rheinschiffen zu den Nordseehäfen Amsterdam und Antwerpen (Kap. 4). Die in der Dokumentation erstmals vollständig veröffentlichten Befragungsprotokolle des Nationalökonomen Friedrich List verdeutlichen die Beweggründe und Erwartungen der Auswanderer (Kap. 3). Abgesehen von der oben erwähnten bundesstaatlichen Förderungsmaßnahme 1864–68 bot sich zu diesem Zeitpunkt den Auswanderern zum letzten Mal die Möglichkeit, gegen Arbeitskontrakte (*redemptioner system*) unentgeltlich, wenn auch in einer strapaziösen wochenlangen Überfahrt, die amerikanischen Hafenstädte Baltimore und Philadelphia zu erreichen (Kap. 5 u. 6). Amerikanische Proteste angesichts menschenunwürdiger Konditionen an Bord und vor Ort setzten dem *redemptioner system* ein schnelles Ende und bedingten das Bundesgesetz von 1819, das die Anzahl der Passagiere begrenzte und erstmals Passagierlisten erforderlich machte. In vorbildlicher Weise schlägt Moltmann anschließend noch einmal den Bogen zurück nach Deutschland, stellt das Schicksal der nicht unerheblichen Gruppe von Rückwanderern dar (Kap. 8) und präsentiert einen Querschnitt von Meinungen Zurückgebliebener zum Exodus ihrer Landsleute (Kap. 9). Ansatz, Aufbau und Inhalt dieser Dokumentation leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur Geschichte der deutschen Nordamerikawanderung. *Monika Blaschke, Bremen*

Helmut Reinalter (Hrsg.), Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa von der Spätaufklärung bis zur Revolution 1848/49. Ein Tagungsbericht, (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 6), Inn-Verlag, Innsbruck 1988, 242 S., kart., 83 DM.

Der von Helmut Reinalter herausgegebene Sammelband enthält die Vorträge von 22 Teilnehmern der internationalen Tagung der Innsbrucker Forschungsstelle »Demokratische Bewegung in Mitteleuropa 1770–1850«, die vom 17. bis 21. Oktober 1984 in Vill bei Igls stattfand. Die Beiträge wurden in der Regel für die Druckfassung überarbeitet und mit einem Anmerkungsapparat versehen. Vier von ihnen liegen in italienischer oder französischer Sprache vor. Auf kurze Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache wurde verzichtet.

Die Themengebiete umfassen die »Definition und Abgrenzung von ›Demokratie‹ und ›Jakobinismus‹«, »Spätaufklärung und Geheimgesellschaften«, den »Jakobinismus« sowie »Demokratische und soziale Protestbewegungen und ihre Träger im Vormärz«. Die thematische und methodische Konzeption ist breit angelegt, und die Autoren sind meist renommierte Experten für ihre Vortragsthemen. Dieser unzweifelhafte Vorzug bringt jedoch andererseits den Nachteil mit sich, daß in den kurzen Beiträgen in der Regel wenig Neues mitgeteilt wird, sondern oft schon länger bekannte Thesen nochmals zusammengefaßt werden. Die breite Themenpalette verhindert einen wirklichen Austausch und eine gemeinsame Linie. Der resümierende Bericht des Herausgebers ist dafür der beste Beleg: Er gerät zu einer Aufzählung der Einzelvorträge.

Dieses Buch bietet somit einerseits wenig Überraschungen, ermöglicht jedoch andererseits einen guten Einstieg in unterschiedliche Fragestellungen und Positionen. Methodisch sind hier Arbeiten zur Protestforschung, zur politischen Organisations- und Vereinsgeschichte sowie begriffs- und geistesgeschichtliche Studien vorgestellt. Alltags- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen werden eher selten berücksichtigt – als Ausnahmen sind hier in erster Linie die Aufsätze von Andreas Grießinger (Handwerkskultur und Jakobinismus) und Rainer S. Elkar (Von der Aufklärung zur Revolution. Über die Transformationsprozesse in der Jugendkultur des Vormärz) besonders hervorzuheben. Beiträge zu Frauen in den demokratischen Bewegungen zwischen Spätaufklärung und Revolution von 1848/49 fehlen bedauerlicherweise.

Dennoch stellt der Band eine wichtige Neuerscheinung dar, denn er belegt, daß sich die Forschung zunehmend der europäischen Dimension der Geschichte der politischen Bewegungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts bewußt wird. Deren wechselseitigen Verbindungen und Beeinflussungen sowie den Unterschieden und Ähnlichkeiten der Entwicklung gilt zu Recht die besondere Aufmerksamkeit des Bandes. Zur Frage der Kontinuitäten und Diskontinuitäten vom Jakobinismus bis zur Revolution von 1848/49 werden hier ebenfalls unterschiedliche Ansätze der Beurteilung geboten.

Michael Wettengel, Koblenz

Meinrad Schaab (Hrsg.), Oberrheinische Aspekte des Zeitalters der Französischen Revolution (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 117), Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1990, 289 S., kart., 39,80.

Sabine Graumann, Französische Verwaltung am Niederrhein. Das Roerdepartement 1798–1814 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 27), Klartext Verlag, Essen 1990, 357 S., kart., 22,80 DM.

Anläßlich der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution erfuhr die Beschäftigung mit dem Thema »Deutschland und die Französische Revolution«, das für einige Zeit in den Hintergrund getreten war, eine spürbare Belebung. Angeregt durch den Bicentennaire erschienen in der jüngsten Zeit etliche Regionalstudien, die sich mit der Vorgeschichte und den Auswirkungen der Revolution beschäftigen. Der von Meinrad Schaab herausgegebene Tagungsband richtet den Blick auf den oberrheinischen Grenzraum, wo sich naturgemäß der Einfluß der Umwälzungen in Frankreich besonders deutlich bemerkbar machte. Drei der fünf Beiträge befassen sich in thesenhafter Form mit den »übergreifenden Beziehungen und geistigen Verbindungen elsässischer, badischer und schweizerischer Juristen und Schriftsteller«. Marcel Thomann spürt dem Anteil der genannten Regionen an der Vorgeschichte der Menschenrechtserklärung von 1789 nach. Er sieht im Oberrheingebiet ein »Experimentierfeld der Idee von den Menschenrechten«, wobei er vor allem auf die Universitäten Straßburg, Freiburg und Basel verweist. Die intensiven Kontakte der Straßburger »Société des Philantrophes« (1776) zu Graf Mirabeau und Abbé Grégoire lassen Thomann die Frage berechtigt erscheinen, ob nicht der Oberrhein die »Heimat der Menschenrechtstheorie« gewesen sei. Wenn demgegenüber auf die wesentlich früher einsetzende angelsächsische human-rights-Diskussion und auf die innerfranzösische Aufklärungstradition zu verweisen ist, so ist doch der Nachweis einer beachtlichen Beteiligung oberrheinischer Intellektueller am Menschenrechtsdiskurs ein bemerkenswertes Ergebnis.

Auf der Suche nach besonderen oberrheinischen Wurzeln in der Geschichte der Men-

Dieses Buch bietet somit einerseits wenig Überraschungen, ermöglicht jedoch andererseits einen guten Einstieg in unterschiedliche Fragestellungen und Positionen. Methodisch sind hier Arbeiten zur Protestforschung, zur politischen Organisations- und Vereinsgeschichte sowie begriffs- und geistesgeschichtliche Studien vorgestellt. Alltags- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellungen werden eher selten berücksichtigt – als Ausnahmen sind hier in erster Linie die Aufsätze von Andreas Grießinger (Handwerkskultur und Jakobinismus) und Rainer S. Elkar (Von der Aufklärung zur Revolution. Über die Transformationsprozesse in der Jugendkultur des Vormärz) besonders hervorzuheben. Beiträge zu Frauen in den demokratischen Bewegungen zwischen Spätaufklärung und Revolution von 1848/49 fehlen bedauerlicherweise.

Dennoch stellt der Band eine wichtige Neuerscheinung dar, denn er belegt, daß sich die Forschung zunehmend der europäischen Dimension der Geschichte der politischen Bewegungen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts bewußt wird. Deren wechselseitigen Verbindungen und Beeinflussungen sowie den Unterschieden und Ähnlichkeiten der Entwicklung gilt zu Recht die besondere Aufmerksamkeit des Bandes. Zur Frage der Kontinuitäten und Diskontinuitäten vom Jakobinismus bis zur Revolution von 1848/49 werden hier ebenfalls unterschiedliche Ansätze der Beurteilung geboten.

Michael Wettengel, Koblenz

Meinrad Schaab (Hrsg.), Oberrheinische Aspekte des Zeitalters der Französischen Revolution (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 117), Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1990, 289 S., kart., 39,80.

Sabine Graumann, Französische Verwaltung am Niederrhein. Das Roerdepartement 1798–1814 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 27), Klartext Verlag, Essen 1990, 357 S., kart., 22,80 DM.

Anläßlich der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution erfuhr die Beschäftigung mit dem Thema »Deutschland und die Französische Revolution«, das für einige Zeit in den Hintergrund getreten war, eine spürbare Belebung. Angeregt durch den Bicentennaire erschienen in der jüngsten Zeit etliche Regionalstudien, die sich mit der Vorgeschichte und den Auswirkungen der Revolution beschäftigen. Der von Meinrad Schaab herausgegebene Tagungsband richtet den Blick auf den oberrheinischen Grenzraum, wo sich naturgemäß der Einfluß der Umwälzungen in Frankreich besonders deutlich bemerkbar machte. Drei der fünf Beiträge befassen sich in thesenhafter Form mit den »übergreifenden Beziehungen und geistigen Verbindungen elsässischer, badischer und schweizerischer Juristen und Schriftsteller«. Marcel Thomann spürt dem Anteil der genannten Regionen an der Vorgeschichte der Menschenrechtserklärung von 1789 nach. Er sieht im Oberrheingebiet ein »Experimentierfeld der Idee von den Menschenrechten«, wobei er vor allem auf die Universitäten Straßburg, Freiburg und Basel verweist. Die intensiven Kontakte der Straßburger »Société des Philantrophes« (1776) zu Graf Mirabeau und Abbé Grégoire lassen Thomann die Frage berechtigt erscheinen, ob nicht der Oberrhein die »Heimat der Menschenrechtstheorie« gewesen sei. Wenn demgegenüber auf die wesentlich früher einsetzende angelsächsische human-rights-Diskussion und auf die innerfranzösische Aufklärungstradition zu verweisen ist, so ist doch der Nachweis einer beachtlichen Beteiligung oberrheinischer Intellektueller am Menschenrechtsdiskurs ein bemerkenswertes Ergebnis.

Auf der Suche nach besonderen oberrheinischen Wurzeln in der Geschichte der Men-

schen- und Bürgerrechte werden Klaus Gerteis und Ulrich Im Hof in Baden und der Schweiz fündig. In kurzen Beiträgen skizzieren sie den Menschenrechtsbegriff des badischen Beamten Johann Georg Schlosser und des Basler Ratsschreibers Isaak Iselin. Beide stellen sich als Vertreter einer gemäßigten, auf schrittweise Reformen setzenden Aufklärung heraus. Bei aller Skepsis gegenüber radikalen Systemveränderungen verharrten sie aber nicht in einem traditionalistischen Reformkonservativismus, sondern stießen zu frühliberalen Konzeptionen einer pluralistischen Gesellschaft in einer konstitutionellen politischen Ordnung vor. Leider gehen die Autoren in ihren Beiträgen nicht über das hinaus, was sie bereits in früheren Studien erarbeitet haben. Im Hof verweist auf seine Iselin-Biographie von 1967 (!), während Gerteis aus seinem Buch über die bürgerliche Absolutismuskritik in Südwestdeutschland von 1983 schöpft.

Auch der Beitrag von Winfried Dotzauer über die deutsche Freimaurerei und die Französische Revolution ist im wesentlichen eine Zusammenfassung von schon länger vorliegenden prosopographischen Forschungen. Die Ergebnisse sind entsprechend unspektakulär. Weder die abermalige Widerlegung der uralten Verschwörungsthese, wonach die Freimaurer in ihren Logen die Revolution vorbereitet haben sollen, noch die Erkenntnis, daß zwischen Freimaurern, Jakobinern und Republikanern zwar Verbindungen, aber keine personellen und ideologischen Kongruitäten bestanden, gehen über den bisherigen Forschungsstand hinaus.

Anders verhält es sich mit dem letzten Beitrag des Bandes, in dem Franz Xaver Vollmer in monographischer Ausführlichkeit (200 Seiten) eine quellengesättigte Untersuchung der Beschwerdebewegung des Jahres 1789 in der Ortenau vorlegt. In dieser dem Elsaß benachbarten Landschaft, die politisch in kaiserliche, badische, hessen-darmstädtische, bischöflich-straßburgische und reichsstädtische Herrschaftsgebiete zersplittert war, gab es seit August 1789 eine breite Aufstandsbewegung der überwiegend ländlich-bäuerlich strukturierten Bevölkerung. Ausgelöst wurden die Unruhen durch die Ereignisse in Frankreich, die eine starke Signalwirkung ausübten, welche sich allerdings auf das »praktische Beispiel« beschränkte, während die »Ideen« der Revolution im Rechtsrheinischen kaum eine Rolle spielten. Die ortenauische Bauernbewegung hatte vielmehr eine dezidiert »antimodernistische Tendenz«, indem sie sich gegen den landesherrlichen Reformdruck, der sich am stärksten in der vorderöstereichischen Landvogtei Ortenau entfaltete, auf das alte Recht berief. Die Rückwärtsgewandtheit der Gravamina führt Vollmer zu dem Schluß, es habe sich bei der Bewegung um eine »antimoderne Revolte« alten Stils gehandelt, die kaum etwas mit der französischen Bauernrevolution des Sommers 1789 zu tun habe. Zu bedenken bleibt aber, daß die Ortenauer Bestrebungen unbestreitbar einen antiabsolutistischen, antibürokratischen und antizentralistischen Charakter hatten, alles Züge, die auch im revolutionären Frankreich zu beobachten sind. Darüber hinaus hat die kommunalistische Tradition, welche die Dorfgemeinschaften in der Ortenau zu reaktivieren versuchten, durchaus eine fortschrittliche Perspektive, wie die Forschungen Peter Blickles gezeigt haben.

Dies klingt in Vollmers Studie zwar an, doch überwiegt der Eindruck des konservativen Beharrens, ja Rückwärtsstrebens einer Landbevölkerung, deren gewohnte Lebenswelt schon lange vor der Revolution starke Zersetzungserscheinungen aufwies. Ein großes Verdienst der Arbeit liegt indes darin, daß sie eine solche bedrohte agrarisch-dörfliche Lebenswelt in ihrer besonderen regionalen Ausprägung ausleuchtet, wobei im Fall der Ortenau deutlich wird, daß der städtische Einfluß auf die Genese, Formulierung und Geltendmachung der bäuerlichen Forderungen sehr gering war. Die Ortenauer rebellierten weitgehend aus eigenem Antrieb, wenn auch ihre Entschlossenheit durch das französische Beispiel erheblich gestärkt wurde.

Waren das Jahr 1789 und die Folgezeit in Frankreich, aber auch in den angrenzenden rechtsrheinischen Gebieten eine Phase heftiger innerer Unruhen, so begann seit 1798 beiderseits des Rheins eine Periode der Neuordnung und Konsolidierung. Für die mittel- und

niederrheinischen Gebiete vollzog sich diese Neuordnung unter französischen Vorzeichen, denn sie waren seit Ende 1797 faktisch und seit 1801 auch völkerrechtlich integrale Bestandteile des französischen Staates. Ab 1798 wurde in den vier neugeschaffenen linksrheinischen Departements schrittweise das gesamte französische Rechtssystem eingeführt, und zwar im Wege einer bürokratischen Revolution von oben.

Sabine Graumann befaßt sich in ihrer Dissertation eingehend mit dem administrativen Umgestaltungsprozeß und seinen Folgen im Ruhrdepartement. Auf der Grundlage umfangreicher deutscher und französischer Archivbestände verfolgt Graumann die Entwicklung der Verwaltungsstrukturen von der Einrichtung des Regierungskommissariats für die linksrheinischen Gebiete bis zum Ende des napoleonischen Empire. Behandelt werden neben der allgemeinen Verwaltung auf regionaler und kommunaler Ebene auch die diversen Sonderverwaltungen (Finanzen, Zölle, Forstwesen, Brücken- und Wegebau, Berg- und Hammerwerke, Post), das Justizwesen und die Kirchenorganisation. Der vollständige Überblick über den französischen Behördenapparat schließt eine empfindliche Forschungslücke. Erstmals liegt nun ein Werk vor, das umfassend und präzise über die hierarchischen Zusammenhänge, das administrative Kompetenzgefüge, die personelle Besetzung und die finanzielle Dotation der Amtsstellen informiert. Viele Ergebnisse haben über das Ruhrdepartement hinaus allgemeine Gültigkeit für die von Frankreich annektierten linksrheinischen Gebiete, da die Neuordnung der Verwaltung in den vier neuen Departements von einem französischen Regierungskommissar in Mainz zentral gesteuert wurde.

Die administrative Assimilierung der rheinischen Landesteile an den französischen Staat durch die Einführung neuer Institutionen wurde begleitet von einer gezielten Personalpolitik der Regierung. In der allgemeinen Staatsverwaltung kam es, so Graumann, seit 1798 zu einem »radikalen Bruch mit den vorrevolutionären Verhältnissen«. Zunächst setzten die Franzosen auf die einheimischen Republikaner, die sich in den 1790er Jahren aktiv für die Revolution eingesetzt hatten. Diese schieden jedoch aus den Spitzenpositionen aus, als es im Jahr 1804 zur »endgültigen personalpolitischen Wende« kam. Seither fanden auch wieder Beamte der vorrevolutionären Zeit und einheimische Adlige Zugang zur Verwaltung. Auf diese Weise formierte sich im Ruhrdepartement bis 1814 ein neuer Beamtenstab aus Kaufleuten, Grundbesitzern, Beamten des Ancien Regime, Adligen und einigen wenigen Jakobinern. Man sollte allerdings den beachtlichen Adelsanteil, der im Ruhrdepartement deutlich höher lag als etwa im Rhein-Mosel-Departement, nicht überbetonen. Die napoleonische Notabelnelite im Rheinland hatte einen überwiegend bürgerlichen Charakter, und selbst die Adligen, die ihr angehörten, verdankten dies nicht ihrem Titel, sondern ihrem Vermögen und ihrer administrativen Erfahrung. Bei der Vergabe der Ämter spielte neben der politischen Loyalität die fachliche Qualifikation eine große Rolle. Indem die französische Regierung auf geeignete einheimische Verwaltungsfachleute bürgerlicher oder adliger Herkunft zurückgriff, unterstützte sie die schon vor der Revolution im Linksrheinischen einsetzende Tendenz zur Professionalisierung. Obwohl auf diese Weise viele Einheimische in das neue System integriert wurden, blieben bestimmte Bereiche fast ausschließlich französischen Beamten vorbehalten. Dies galt für den Posten des Präfekten, der nur an gebürtige Franzosen vergeben wurde, und vor allem für die Zoll-, Steuer- und Nationalgüterverwaltungen, wo ebenfalls vorrangig französische Beamte Verwendung fanden. Hier zeigten sich die Grenzen der Integration, die zwar in vieler Hinsicht eine erfolgreiche Angleichung der Verhältnisse an Innerfrankreich bewirkte, aber doch nicht zu einer gänzlichen Überwindung der Kluft zwischen Eroberern und Eroberten führte.

Neben ihrem gründlich recherchierten Inhalt zeichnet sich die Arbeit durch eine gut lesbare Darstellung und eine ansprechende Ausstattung mit Karten, Bildern, Tabellen und Registern aus. Sehr nützlich ist ein französisch-deutsches Verzeichnis der Verwaltungsinstitutionen und Amtsbegriffe. *Jürgen Müller, Frankfurt/Main*

Paul Nolte, Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reformen in Preußen und den süddeutschen Staaten 1800–1820 (= Historische Studien, Bd. 2), Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 278 S., kart., 48 DM.

Die Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen einerseits, die rheinbündischen Reformen in Süddeutschland und den napoleonischen Modellstaaten andererseits sind häufig behandelt, oft kontrastiert, kaum jedoch systematisch verglichen worden. Die ältere Forschung sah in den preußischen Reformen den Ausgangspunkt der borussischen Erfolgsgeschichte des 19. Jahrhunderts und bewertete die Reorganisationen in den Rheinbundstaaten als spätabsolutistische und fremdbestimmte Gewaltmaßnahmen. Die jüngere Forschung revidierte dieses Bild. Zum einen relativierte sie Konzeption und Erfolge der preußischen Reform, zum anderen betonte sie Eigenständigkeit und Eigenwert der süddeutschen Politik. Hier knüpft Nolte an. Er konzentriert sich besonders auf die Verbindung der Verwaltungs- und Staatsreform mit den Verfassungsplänen. Auf der Basis gedruckter Quellen und der Literatur behandelt er zunächst Preußen und dann Süddeutschland, namentlich Bayern, Württemberg und Baden. In beiden Teilen charakterisiert er eingangs Ziele und Stärke der Reformer wie der Reformgegner, bevor er zentrale Elemente der Staatserneuerung analysiert, vor allem die Reorganisation der oberen Verwaltungsebenen und die Kommunalreform, für Süddeutschland darüber hinaus die Adelspolitik und die Reform der Beamtenschaft, und schließlich die Verfassungsdiskussion verfolgt.

Für Preußen sieht die Gesamtbilanz eher negativ aus. Zwar gelang die Reorganisation der Verwaltungsspitze, die Kommunalreform aber blieb unbefriedigend, und die Verfassungspolitik endete in der Sackgasse. In Süddeutschland dagegen setzte sich ein etatistisches Reformkonzept mit logischer Folgerichtigkeit durch. Die vormodernen korporativen Gewaltteilhaber wie der Adel wurden systematisch ausgeschaltet, die Kommunen als unterste Verwaltungsebene in den Staatsverband integriert, die mittleren und oberen Verwaltungsebenen reorganisiert und mit einer effizienten Beamtenschaft ausgestattet, die durch Qualifikation, Privilegierung und Disziplinierung auf die Staatszwecke ausgerichtet war. Am Ende stand mit der Verfassungsgebung nicht nur die Grundlegung eines modernen Staatswesens, sondern auch die Gewähr von Partizipations- und Freiheitsrechten. Noltes Erklärung für diese unterschiedliche Entwicklung liegt in einem Paradox: Gerade die süddeutschen Reformer hatten erkannt, daß angesichts retardierender gesellschaftlicher Faktoren die Staatsreform der Repräsentation vorangehen mußte. Die Konstitutionalisierung wurde als Instrument der Staatsbildung, Integration, Selbstbehauptung und Souveränitätsdemonstration angestrebt. Der Erfolg der nur scheinbar spätabsolutistischen, in Wirklichkeit darüber hinausweisenden Rheinbundreform ebnete dann über die Konstitution der Repräsentation, der modernen Staatsbürgergesellschaft und dem bürgerlichen Liberalismus den Weg. Dies bestätigt nebenbei, daß die Zäsur von 1815 häufig überschätzt worden ist. Die süddeutschen Verfassungsgebungen der Jahre 1818/19 standen in der unmittelbaren Kontinuität der Rheinbundreformen. In Preußen wiederum wollte man die Staatsreform nicht mit einer Konstitution im Sinne eines staatsgründenden und staatsordnenden Gesetzes, sondern mit Repräsentation und Selbstverwaltung kombinieren. Dadurch institutionalisierte man aber angesichts der Stärke traditionaler Gewalten gleich eine Modernisierungsblockade. In Preußen waren auch die struktrellen Hemmnisse etwa durch die Gutsherrschaft größer, die politischen Widerstände des Adels und innerbürokratischer Reformgegner hartnäckiger als in Süddeutschland.

Die Interpretationen Noltes sind geistreich, die Thesen einleuchtend. Die – überaus selbstbewußten – Wertungen werden argumentativ schlüssig abgestützt. Besonders eindrucksvoll ist die Verbindung struktureller Bedingungen und personeller Entscheidungsspielräume. Gleichwohl bleibt zu diskutieren, ob Süddeutschland wirklich so präzise über die aus realpolitischen Gründen an den Anfang gestellte Verwaltungs- und Gesellschaftsre-

form auf einen liberalen Verfassungsstaat zusteuerte, wie das Buch bei aller differenzierten Analyse suggeriert. Nolte wendet sich explizit gegen die Einschätzung, unter Rheinbundbedingungen habe im Zweifelsfall das etatistisch-bürokratische Herrschaftsziel Vorrang vor liberalen und partizipatorischen Absichten erhalten. Zumindest bei einem Blick auf die napoleonischen Modellstaaten hätte er vermutlich vorsichtiger urteilen müssen. Auch die Einbeziehung der Wirtschaftsreformen – Nolte selbst weist darauf hin – oder der Bildungsreformen würde das Bild widersprüchlicher gestalten und andere Divergenzen wie Konvergenzen ins Licht rücken. Schließlich drängt sich die Frage auf, wie man Noltes Thesen auf die Verfassungspolitik der nord- und mitteldeutschen Staaten, die nach 1815 restaurative und etatistisch-modernisierende Elemente verbanden, anwenden kann. Kurz: Noltes wegweisender systematischer Vergleich verlangt nach weiteren empirischen Quellenstudien.

Winfried Speitkamp, Gießen

Manfred Hettling, Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 86), 320 S., kart., 70 DM.

Historische Untersuchungen zur Gemeinde als wichtigem Erfahrungshintergrund für die politische und soziale Konstituierung des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Im Spektrum dieser neuen Forschungsrichtung ist auch die vorliegende Bielefelder Dissertation angesiedelt, die sich hierbei zunächst besonders dem Verhältnis zwischen kommunaler Selbstverwaltung des Gemeindebürgertums und bürokratischer Administration in der ersten Jahrhunderthälfte widmet. Mit Württemberg als Untersuchungsgebiet wählte der Verfasser einen konstitutionellen Verfassungsstaat, in dem sich die zentralisierte, »moderne« Bürokratie nur schwer gegen kommunale und korporative Verwaltungsstrukturen durchsetzen konnte und in dem landständische Mitspracherechte traditionell stärker ausgeprägt waren als in anderen deutschen Staaten. Zusammen mit dem geringen Einfluß des Adels sind diese spezifischen Bedingungen Württembergs nach Auffassung des Verfassers Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung des Landes.

Die Verfassung Württembergs war im wesentlichen das Ergebnis eines Kompromisses und genoß hohe Akzeptanz. Vereinbarung und Kompromiß seien – so der Verfasser – als Mittel der Konfliktlösung so fest in Württemberg verankert gewesen, daß sie zu einem friedlichen, reformerischen Verlauf der Ereignisse von 1848/49 beigetragen hätten. Die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hätten diese Entwicklung unterstützt. In dem Kapitel »Sozioökonomische Entwicklungslinien« wird das Bild einer von der Industrialisierung noch wenig erfaßten Gesellschaft selbständiger kleiner Handwerker und Bauern gezeichnet, deren gesellschaftlicher Vorstellungs- und Erwartungshorizont dem liberalen Ideal einer »klassenlosen Bürgergesellschaft« nahekam. Das Schwergewicht der Untersuchung gilt jedoch dem Verwaltungsaufbau und der Diskussion um eine Reform der Verwaltung, der staatlichen Verfassung und dem Funktionieren des konstitutionellen Systems.

Diese verwaltungs- und verfassungsgeschichtliche Ebene ist kenntnisreich, solide und vorzüglich präsentiert. Weniger erfolgreich war der Verfasser bei dem Versuch, diese Erkenntnisse auch politik- und sozialgeschichtlich fruchtbar zu machen. Dies liegt vor allem daran, daß die Quellengrundlage seiner Arbeit hauptsächlich Ministerialakten, Landtagsprotokolle und Darstellungen führender liberaler Politiker und Beamter waren. Der Blick »von oben«, der diese Quellen kennzeichnet, wird vom Verfasser leider auch oft genug einfach übernommen. Zur Konterkarierung dieser Perspektive hätte es freilich noch sehr in-

form auf einen liberalen Verfassungsstaat zusteuerte, wie das Buch bei aller differenzierten Analyse suggeriert. Nolte wendet sich explizit gegen die Einschätzung, unter Rheinbundbedingungen habe im Zweifelsfall das etatistisch-bürokratische Herrschaftsziel Vorrang vor liberalen und partizipatorischen Absichten erhalten. Zumindest bei einem Blick auf die napoleonischen Modellstaaten hätte er vermutlich vorsichtiger urteilen müssen. Auch die Einbeziehung der Wirtschaftsreformen – Nolte selbst weist darauf hin – oder der Bildungsreformen würde das Bild widersprüchlicher gestalten und andere Divergenzen wie Konvergenzen ins Licht rücken. Schließlich drängt sich die Frage auf, wie man Noltes Thesen auf die Verfassungspolitik der nord- und mitteldeutschen Staaten, die nach 1815 restaurative und etatistisch-modernisierende Elemente verbanden, anwenden kann. Kurz: Noltes wegweisender systematischer Vergleich verlangt nach weiteren empirischen Quellenstudien.

Winfried Speitkamp, Gießen

Manfred Hettling, Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 86), 320 S., kart., 70 DM.

Historische Untersuchungen zur Gemeinde als wichtigem Erfahrungshintergrund für die politische und soziale Konstituierung des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Im Spektrum dieser neuen Forschungsrichtung ist auch die vorliegende Bielefelder Dissertation angesiedelt, die sich hierbei zunächst besonders dem Verhältnis zwischen kommunaler Selbstverwaltung des Gemeindebürgertums und bürokratischer Administration in der ersten Jahrhunderthälfte widmet. Mit Württemberg als Untersuchungsgebiet wählte der Verfasser einen konstitutionellen Verfassungsstaat, in dem sich die zentralisierte, »moderne« Bürokratie nur schwer gegen kommunale und korporative Verwaltungsstrukturen durchsetzen konnte und in dem landständische Mitspracherechte traditionell stärker ausgeprägt waren als in anderen deutschen Staaten. Zusammen mit dem geringen Einfluß des Adels sind diese spezifischen Bedingungen Württembergs nach Auffassung des Verfassers Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung des Landes.

Die Verfassung Württembergs war im wesentlichen das Ergebnis eines Kompromisses und genoß hohe Akzeptanz. Vereinbarung und Kompromiß seien – so der Verfasser – als Mittel der Konfliktlösung so fest in Württemberg verankert gewesen, daß sie zu einem friedlichen, reformerischen Verlauf der Ereignisse von 1848/49 beigetragen hätten. Die besonderen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hätten diese Entwicklung unterstützt. In dem Kapitel »Sozioökonomische Entwicklungslinien« wird das Bild einer von der Industrialisierung noch wenig erfaßten Gesellschaft selbständiger kleiner Handwerker und Bauern gezeichnet, deren gesellschaftlicher Vorstellungs- und Erwartungshorizont dem liberalen Ideal einer »klassenlosen Bürgergesellschaft« nahekam. Das Schwergewicht der Untersuchung gilt jedoch dem Verwaltungsaufbau und der Diskussion um eine Reform der Verwaltung, der staatlichen Verfassung und dem Funktionieren des konstitutionellen Systems.

Diese verwaltungs- und verfassungsgeschichtliche Ebene ist kenntnisreich, solide und vorzüglich präsentiert. Weniger erfolgreich war der Verfasser bei dem Versuch, diese Erkenntnisse auch politik- und sozialgeschichtlich fruchtbar zu machen. Dies liegt vor allem daran, daß die Quellengrundlage seiner Arbeit hauptsächlich Ministerialakten, Landtagsprotokolle und Darstellungen führender liberaler Politiker und Beamter waren. Der Blick »von oben«, der diese Quellen kennzeichnet, wird vom Verfasser leider auch oft genug einfach übernommen. Zur Konterkarierung dieser Perspektive hätte es freilich noch sehr in-

tensiver Quellenstudien bedurft, etwa der Ämterüberlieferung, der Polizei- und Gerichtsakten sowie besonders der reichen Stadtarchivbestände. Auch die zeitgenössische Publizistik hätte sicherlich noch intensiver ausgewertet werden können.

Wenig Konkretes ist beispielsweise über die inneren Strukturen württembergischer Gemeinden zu erfahren, über das Vereinswesen, soziale und politische Verhältnisse, Zusammensetzung und Politik lokaler Eliten sowie die Kooperation zwischen den Gemeinden. Wie äußerte sich etwa das Wahlverhalten vor Ort, und durch welche Faktoren wurde es beeinflußt? Hier wäre in der Tat noch Neuland zu entdecken gewesen.[1] Der Verfasser schildert dagegen in erster Linie nur die äußere, formale Struktur der Gemeindeverfassung. Trotz der hohen Bedeutung, die ihnen zu Recht beigemessen wird, erscheinen die Kommunen hier lediglich als Objekt der Staatsverwaltung.

Diese Sichtweise des Verfassers macht sich auch bei seiner Darstellung der politischen Entwicklung bis 1850 bemerkbar und verhindert eine hinreichende Analyse der politischen Bewegungen und eine adäquate Bewertung der sozialen und politischen Konfliktlagen. Ein Beispiel hierfür ist die unkritische Übernahme der aus persönlicher Enttäuschung resultierenden Wertungen Friedrich Lists, als deren Folge der Verfasser für die 1820er Jahre einen »Dornröschenschlaf« konstatiert. Das Erwachen von 1830 kann er sich daher nur durch die Einflüsse der Julirevolution in Frankreich erklären. Nichts ist da zu erfahren über die gerade in Württemberg sehr starke philhellenische Bewegung, welche neue Formen politischer Organisation und die Voraussetzungen für die Formierung der Opposition in den 1830er Jahren schuf, wie Christoph Hauser kürzlich überzeugend nachwies.[2] So einleuchtend Hettlings These von Kompromiß und Vereinbarung als typischem Konfliktlösungsmuster in Württemberg ist, die sozialen Konflikte sowie die Gegensätze zwischen Regierung und Opposition dürfen dabei nicht verkleinert oder gar ignoriert werden. Die auch in Württemberg vorhandene massive Unterdrückung außerparlamentarischer Aktionen der politischen Opposition im Vormärz und in der Reaktionsära nach 1849 bleibt schemenhaft; es mag daher kein Zufall sein, daß die grundlegende Arbeit Wolfram Siemanns zu den Anfängen der politischen Polizei in den Staaten des Deutschen Bundes im Literaturverzeichnis nicht aufgeführt wird.[3]

Im Sinne einer im wesentlichen kontinuierlichen Entwicklung zwischen 1800 und 1850 interpretiert der Verfasser die Ereignisse von 1848/49 als »Reformpolitik«, nicht als Revolution, und dies nicht nur für Württemberg, sondern für alle süddeutschen Verfassungsstaaten. Der Verfasser stellt »ein vorschnelles – und vor allem unreflektiertes – Operieren mit dem Revolutionsbegriff« fest, das eine adäquate Erfassung der »politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts« erschwere (S. 199). Jene Historiker, die die Entwicklung nach dem März 1848 als »Verrechtlichung der Revolution« verstehen, seien einem »Trugschluß« erlegen (S. 198).

Als Begründung seiner Thesen kann der Verfasser jedoch keine grundlegend neuen Erkenntnisse bieten: Daß die politische Revolution von 1848/49 in allen wesentlichen Punkten scheiterte und ein Wandel des politischen Systems letztlich nicht stattfand, ist bekannt. Auch die Tatsache, daß die liberalen Führungsgruppen eine Revolution vermeiden und den revolutionären Impuls in die Bahnen friedlicher Reformen lenken wollten, besitzt keinen Neuigkeitswert. Die Frage nach dem Charakter der Veränderungen nach dem März

1 Vgl. z. B. den ausgezeichneten Aufsatz von *Paul Nolte*, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: HZ, Bd. 252, 1991, S. 57–93.

2 *Christoph Hauser*, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.

3 *Wolfram Siemann*, »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung«. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985.

1848 war schon Gegenstand der zeitgenössischen Diskussion zwischen Liberalen und Demokraten, wobei sich der Verfasser die Sichtweise der konstitutionellen Liberalen zu eigen macht. Mit ihnen teilt er auch die Ignorierung jener Machtverschiebungen, auf denen die Ereignisse seit 1848 letztlich beruhten. So wird die Ebene des Landtages und der liberalen Eliten stark überbetont, dabei jedoch übersehen, daß es ohne die Agrarproteste auf dem Lande, die Unruhen der Kleingewerbetreibenden und der unterbürgerlichen Schichten der Städte sowie vor allem auch ohne die Nachrichten über gewaltsame Ereignisse andernorts in Württemberg im März 1848 kaum zu einem Ministerwechsel gekommen wäre. Statt dessen werden zum Beispiel die württembergischen Agrarproteste vom Verfasser – ohne eigene Untersuchungen – als »eine Anhäufung von lokalen Konflikten«, begrenzt auf »Abgabenregelung und Feudalkritik«, abgetan (S. 200).

Ohne eigene Quellenstudien leugnet der Verfasser alles, was auf einen politischen Wandel hindeutet: So war die freie Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit durch politische Vereine, Volksversammlungen und eine freie Presse eben erst nach dem Erfolg der Märzbewegung möglich, und sie endete mit dem Wiedererstarken von Militär und Bürokratie und der Niederlage der Reichsverfassungskampagne. Trotz des vorbereitenden Charakters von kommunalen Gremien und geselligen Vereinen im Vormärz für Politisierung und Partizipation darf dies nicht übersehen werden. Außerdem leistet der Ansatz des Verfassers auch nicht das, was er verspricht: Die Kräfte der Beharrung in Beamtenschaft und Militär, Vereinen und Kommunen bleiben im Dunkeln. Diffus bleiben auch die Zielvorstellungen von Demokraten und Republikanern, obgleich hierzu genügend Literatur vorliegt. Eine gründliche Analyse des Revolutionsverlaufs findet nicht statt.

Kennzeichnend für die Schwächen in der Argumentation des Verfassers ist beispielsweise seine Untersuchung der sozialen Basis von Demokraten und konstitutionellen Liberalen: Der Verfasser vergleicht die Stimmenanteile beider Parteiungen bei den Wahlen im August 1849 in den einzelnen Wahlkreisen mit dem Selbständigen- bzw. Unselbständigenanteil von 1861 (S. 204 f., 308 ff.). Ein derartiger Vergleich ist angesichts der großen dazwischenliegenden Zeitspanne, der wirtschaftlichen Dynamik der 1850er Jahre und des groben Rasters, das zugrundegelegt wurde, schon an sich recht problematisch. Die Schlußfolgerung, daß sich »die beiden politischen Lager«, bezogen auf ihre Wählerschichten, »nicht in eine Partei der Selbständigen und eine der Unselbständigen unterscheiden« lassen, ist zwar keine neue Erkenntnis, doch immerhin richtig. Bereits die unmittelbar folgenden Sätze sind jedoch unhaltbar: »Dieser auf den ersten Moment unscheinbare und triviale Befund ermöglicht es, die so oft betonten Unterschiede zwischen beiden Lagern zu relativieren. Die Differenz zwischen Demokraten und Liberalen war eine politische, keine sozialstrukturelle.« (S. 205) Solche Behauptungen sind um so unbegreiflicher, als genügend Untersuchungen – auch zu Württemberg – vorliegen, die etwa anhand der Auswertung von Mitgliederlisten von politischen Vereinen hinreichend belegen, daß sich die Anhängerschaften von Demokraten und Liberalen trotz weitgehender Überschneidungen deutlich unterschieden.[4]

Diese Schwächen des Buches sind sehr bedauerlich, denn es werden darin anregende Ideen und provokante Thesen formuliert, die jedoch mangels Fundierung ihren Zweck, Anstöße zu bewirken, verfehlen. Die Bedeutung des Vormärz als vorbereitende Phase für 1848/49 und den später folgenden kontinuierlichen Übergang zur Reaktionszeit hat der

4 Grundlegend noch immer: *Dieter Langewiesche*, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974; vgl. neuerdings auch, *Raimund Waibel*, Gemeindewahlen in Ulm (1817–1900). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Basis der bürgerlichen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, in: Ulm und Oberschwaben, Bd. 47/48, 1991, S. 254–373; *Eckhard Trox*, Bürger in Ulm: Vereine, Parteien, Geselligkeit, in: *Hans-Eugen Specker* (Hrsg.), Ulm im 19. Jahrhundert, Ulm 1990, S. 169–238.

Verfasser zu Recht hervorgehoben. Ob aber, wie Hettling behauptet, »die Demokratie« wirklich »aus der korporativen Tradition« Württembergs hervorwuchs (S. 217), wird bezweifelt werden müssen – dieses Buch vermag die These jedenfalls nicht zu belegen. Die Chance, durch eine Regionalstudie der Untersuchung Tiefenschärfe und Konkretheit zu verleihen, wurde nicht genutzt. Trotz dieser Mängel bei der Darstellung und Bewertung der politischen und sozialen Bewegungen bleibt das Buch in seinen Aussagen zur württembergischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte zwischen 1815 und 1848 ein gut formuliertes, Problemfelder präzise und zutreffend analysierendes Werk. Es stellt daher eine wichtige Veröffentlichung dar, die für die württembergische Landesgeschichte bleibenden Wert besitzen dürfte. *Michael Wettengel, Koblenz*

Helmut Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 16/17), Verlag für Geschichte und Politik/Oldenbourg Verlag, Wien/München 1990, 316 S., kart., 58 DM.

Der Deutsche Bund war die eher staatenbündische als bundesstaatliche Nachfolgeorganisation von Altem Reich und Rheinbund. Er definierte sich in der Wiener Schlußakte von 1820 als »völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte« und proklamierte als Bundeszweck vor allem die »Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands«. In Historiographie und Politik ist er lange mißachtet worden: als Abweichung vom Pfad der nationalen Tugend, als Instrument Metternichscher Restauration und Modernisierungsblockade, als unzeitgemäße, schwerfällige und nicht zuletzt wirtschaftspolitisch untaugliche Übergangslösung. Erst in jüngerer Zeit erlebte der Bund eine doppelte Renaissance. Zum einen galt er vorübergehend als Vorbild einer schonenden Zusammenbindung der beiden deutschen Staaten. Zum anderen kam es auch zu einer historiographischen Aufwertung. Zunehmend rückte in den Blick, daß der Bund eher eine Rechtsordnung denn eine Machtordnung darstellte, daß er friedenswahrende Funktionen im deutschen und europäischen System zu übernehmen suchte, daß er Reformpotentiale barg, daß er regionale und staatliche Vielfalt auszugleichen, heterogene Identitäten und Loyalitäten zu vereinen vermochte.

In neueren Handbüchern und Epochenbeschreibungen wird allerdings noch der düstere Eindruck eines politisch unbefriedigenden und letztlich unbedeutenden Monstrums vermittelt. Um so nötiger ist eine differenzierte Bestandsaufnahme des Systems, in dessen Zeitrahmen Deutschland immerhin seine Doppelrevolution erfuhr, die politische 1848er Revolution und den Durchbruch der Industrialisierung. Der vorliegende Sammelband liefert eine Reihe wichtiger Bausteine zu der noch ausstehenden modernen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Gesamtdarstellung des Bundes. Ein vollständiges Bild des Bundes kann angesichts der Forschungslage nicht entstehen, denn ganze Bereiche, etwa Struktur, Arbeitsweise und Schwerpunkte der Arbeit des Bundestags als des wichtigsten Bundesorgans, harren noch der genaueren Untersuchung. Die Beiträge gruppieren sich um vier Themenkomplexe: um Geschichte und Perspektiven der Forschung (F. Fellner, H. Seier), um Aspekte der Bundesverfassung (W. Siemann, F. Th. Hoefer, R. D. Billinger Jr., L. Höbelt, P. Burg), um Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftsordnung (H. Kiesewetter, H.-W. Hahn, H. Rumpler) und um die Stellung des Bundes im europäischen Mächtesystem (W. D. Gruner, E. E. Kraehe, P. W. Schroeder, M. Derndarsky). Der im Untertitel annoncierte gesellschaftliche Wandel wird nicht behandelt. In dem Band kommen profilierte

Verfasser zu Recht hervorgehoben. Ob aber, wie Hettling behauptet, »die Demokratie« wirklich »aus der korporativen Tradition« Württembergs hervorwuchs (S. 217), wird bezweifelt werden müssen – dieses Buch vermag die These jedenfalls nicht zu belegen. Die Chance, durch eine Regionalstudie der Untersuchung Tiefenschärfe und Konkretheit zu verleihen, wurde nicht genutzt. Trotz dieser Mängel bei der Darstellung und Bewertung der politischen und sozialen Bewegungen bleibt das Buch in seinen Aussagen zur württembergischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte zwischen 1815 und 1848 ein gut formuliertes, Problemfelder präzise und zutreffend analysierendes Werk. Es stellt daher eine wichtige Veröffentlichung dar, die für die württembergische Landesgeschichte bleibenden Wert besitzen dürfte. *Michael Wettengel, Koblenz*

Helmut Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 16/17), Verlag für Geschichte und Politik/Oldenbourg Verlag, Wien/München 1990, 316 S., kart., 58 DM.

Der Deutsche Bund war die eher staatenbündische als bundesstaatliche Nachfolgeorganisation von Altem Reich und Rheinbund. Er definierte sich in der Wiener Schlußakte von 1820 als »völkerrechtlicher Verein der deutschen souverainen Fürsten und freien Städte« und proklamierte als Bundeszweck vor allem die »Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands«. In Historiographie und Politik ist er lange mißachtet worden: als Abweichung vom Pfad der nationalen Tugend, als Instrument Metternichscher Restauration und Modernisierungsblockade, als unzeitgemäße, schwerfällige und nicht zuletzt wirtschaftspolitisch untaugliche Übergangslösung. Erst in jüngerer Zeit erlebte der Bund eine doppelte Renaissance. Zum einen galt er vorübergehend als Vorbild einer schonenden Zusammenbindung der beiden deutschen Staaten. Zum anderen kam es auch zu einer historiographischen Aufwertung. Zunehmend rückte in den Blick, daß der Bund eher eine Rechtsordnung denn eine Machtordnung darstellte, daß er friedenswahrende Funktionen im deutschen und europäischen System zu übernehmen suchte, daß er Reformpotentiale barg, daß er regionale und staatliche Vielfalt auszugleichen, heterogene Identitäten und Loyalitäten zu vereinen vermochte.

In neueren Handbüchern und Epochenbeschreibungen wird allerdings noch der düstere Eindruck eines politisch unbefriedigenden und letztlich unbedeutenden Monstrums vermittelt. Um so nötiger ist eine differenzierte Bestandsaufnahme des Systems, in dessen Zeitrahmen Deutschland immerhin seine Doppelrevolution erfuhr, die politische 1848er Revolution und den Durchbruch der Industrialisierung. Der vorliegende Sammelband liefert eine Reihe wichtiger Bausteine zu der noch ausstehenden modernen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Gesamtdarstellung des Bundes. Ein vollständiges Bild des Bundes kann angesichts der Forschungslage nicht entstehen, denn ganze Bereiche, etwa Struktur, Arbeitsweise und Schwerpunkte der Arbeit des Bundestags als des wichtigsten Bundesorgans, harren noch der genaueren Untersuchung. Die Beiträge gruppieren sich um vier Themenkomplexe: um Geschichte und Perspektiven der Forschung (F. Fellner, H. Seier), um Aspekte der Bundesverfassung (W. Siemann, F. Th. Hoefer, R. D. Billinger Jr., L. Höbelt, P. Burg), um Fragen der Wirtschaft und der Wirtschaftsordnung (H. Kiesewetter, H.-W. Hahn, H. Rumpler) und um die Stellung des Bundes im europäischen Mächtesystem (W. D. Gruner, E. E. Kraehe, P. W. Schroeder, M. Derndarsky). Der im Untertitel annoncierte gesellschaftliche Wandel wird nicht behandelt. In dem Band kommen profilierte

Bundesforscher zu Wort, und ein großer Teil der Aufsätze entspricht den hohen Erwartungen.

In den meisten Beiträgen dominiert ein nuancenreiches, teilweise helleres Bild des Bundes, und es ist sicher kein Zufall, daß die traditionelle Sicht dort durchscheint, wo es um die Industrialisierung geht. Freilich wird deutlich, daß dem Bund eine industrialisierungshemmende Wirkung schwerlich zugesprochen werden kann. Industrialisierung vollzog sich unabhängig von Nationalstaatsgründungen im regionalen Rahmen, der regionale Wettbewerb innerhalb der Bundesgrenzen wirkte stimulierender als jede nationalzentralistische Regierungspolitik, die im Zusammenspiel wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren doch nur eine zweitrangige Rolle übernahm. Immerhin konnte der Deutsche Bund durchaus vereinzelte Maßnahmen wirtschafts- und ordnungspolitischer Art realisieren, vorausgesetzt, die machtpolitischen Interessen der beiden Vormächte Österreich und Preußen wurden nicht tangiert. So war denn auch an der Auslagerung zollpolitischer Einigungsinitiativen nicht die föderalistische Ordnung an sich schuld. Der Zollverein wies schließlich ganz parallel föderalistische Elemente auf. Entscheidend war vielmehr, daß schon am Anfang Österreich kein Interesse an einer mitteleuropäischen Wirtschaftsintegration hatte und damit Preußen den zur politischen Dominanz Berlins führenden und deshalb dann zäh verteidigten Weg der kleindeutschen Zolleinigung gehen ließ.

Die Interessen der Großmächte, namentlich die faktische Doppelhegemonie der Anfangszeit, bestimmten auch in politischer Hinsicht die Entwicklung des Bundes, beispielsweise die frühe restaurative Wende. Es ist freilich bemerkenswert, daß Teplitz und Karlsbad 1819 gerade an den Bundesinstitutionen vorbei inszeniert werden mußten, eben als »Bundesstaatsstreich«, um Aussichten auf Realisierung zu haben, daß erst die Epuration des Bundestags, die Ersetzung allzu eigenwilliger Gesandter, den Kongreß weisungsgebundener Staatenvertreter im Jahr 1823 zum fungiblen Instrument nach Metternichschen Vorstellungen machte, daß alle polizeistaatlichen Maßnahmen den einmal erreichten Stand des Konstitutionalismus nicht revidieren und auch die entstehende bürgerliche Öffentlichkeit durchaus nicht endgültig zähmen konnten. Der Bund war, das lag in seinen staatenbündischen Elementen beschlossen, immer so stark, wie die Regierungen, an der Spitze das nationalskeptische Österreich, ihn haben wollten, und sie hatten nur teilweise und nur vorübergehend, immer unter der Souveränitätsperspektive und häufig in Konkurrenzsituationen, Interesse an der Aufwertung von Bundesinstitutionen. Daran scheiterten nicht zuletzt alle Triasambitionen. Auch das »Dritte Deutschland« war mitnichten homogen, zumal die Triasinitiativen selbst oft auf binnenstaatliche Interessenkonflikte zurückgingen und nicht durchweg offizielle Rückendeckung erhielten.

Gleichwohl zeigte sich in zahlreichen Initiativen die Offenheit und Reformfähigkeit der Bundesverfassung. Unfreiwillig demonstrierte selbst Metternich die Entwicklungspotenzen des Bundes, forcierte er mit seinen restaurativen Maßnahmen (einheitliche Presse- und Universitätsüberwachung, Exekutionsordnung, Zentraluntersuchungskommission, Verfassungsnormen) doch Verstaatlichungstendenzen. Auch die besonders in der Anfangszeit massiven Petitionsbewegungen zielten auf eine Ausweitung der Bundeskompetenzen, auf Eingriffe in einzelstaatliche Verfassungsverhältnisse, auf die Gewährung von Rechtsschutz. Die öffentlichen Erwartungen an eine nationale Politik setzten den Bund unter einen Legitimationszwang, dem sich zumindest die frühen Gesandten nicht ungern fügen mochten. Auch später blieb, das macht der Sammelband deutlich, das Spektrum der Bundesaktivitäten breit: Von Militärfragen reichte es über zwischenstaatliche Konflikte und übergreifende Rechtsangelegenheiten bis hin zu Privateingaben.

Noch zu diskutieren ist schließlich die häufig hervorgehobene Friedensfunktion des Bundes. Daß er sie im Inneren nur auf Kosten von Liberalität und Demokratisierung ausüben konnte, wurde kritisch eingewendet. Im europäischen Rahmen schuf die föderalistische Mitte vielleicht, wie auch die Beiträge des vorliegenden Bandes betonen, eine ausglei-

chende Ruhezone, die Hegemonialambitionen von Frankreich und Rußland abfederte. Der Verfall des europäischen Gleichgewichtssystems nach der Jahrhundertmitte und das nicht ruhmreiche Ende des Bundes lassen freilich Zweifel an der stabilisierenden Funktion der Bundesordnung zu. Der nach 1945 nicht selten gezogene Vergleich zwischen 1815 und 1919 zumindest kann schwerlich auf die Regulierung der deutschen Frage Bezug nehmen. Dessenungeachtet können Prinzipien und Probleme der föderalen Ordnung des Bundes Anregungen zur Ausgestaltung internationaler Sicherheitssysteme in der Gegenwart geben. Zudem kann die Erforschung des Deutschen Bundes das Bewußtsein für Alternativen zum nationalstaatlichen Weg und für die Offenheit historischer Prozesse erweitern. Auch dazu trägt der vorliegende Sammelband bei. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 87), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, 378 S., kart., 76 DM.

Im März 1821 begann der griechische Aufstand gegen die osmanische Herrschaft. Das Streben der griechischen Nationalbewegung nach kultureller Identität und politischer Unabhängigkeit fand breite Sympathie in Deutschland. Die ideelle Unterstützung wurde bald auch durch materielle und personelle Hilfe ergänzt. Seit dem Frühsommer 1821 entstand eine breite, in Vereinen organisierte Solidaritätsbewegung, die zunächst vor allem auf militärische Hilfeleistung durch Freiwilligenverbände abzielte und zur Finanzierung dieses Vorhabens Sammlungen veranstaltete. Da der Aufstand dem Legitimitätsprinzip der europäischen Restaurationspolitik seit dem Wiener Kongreß widersprach, stießen die öffentlichen Aktionen zunächst auf erheblichen Widerstand der deutschen Regierungen. Das änderte sich, als die griechische Unabhängigkeit unvermeidlich schien und die europäische Diplomatie sich auf die neue Lage einstellte. Die teilweise Rückeroberung Griechenlands durch die Türken 1825/26 mobilisierte die deutsche Öffentlichkeit erneut. Nunmehr tolerierten die Staaten zumindest humanitäre Hilfsaktionen. 1828 zeichnete sich endgültig der Erfolg des griechischen Aufstands ab, und die deutschen Vereine stellten ihre Tätigkeit ein.

Hauser behandelt die deutsche Solidaritätsbewegung mit dem griechischen Unabhängigkeitskampf, den sogenannten Philhellenismus, in den Jahren zwischen 1821 und 1828. Territorial beschränkt er sich auf die südwestdeutschen Staaten Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt sowie den bayerischen Rheinkreis (Pfalz). Er untersucht vier Themenkomplexe: Erstens die Entwicklungsphasen der philhellenischen Bewegung, zweitens Organisations- und Aktionsformen, etwa in Vereinen, Aufrufen und Sammlungen, drittens soziale Schichtung und regionale Mobilisierung der Bewegung, wobei zwischen Trägern und organisierten Philhellenen, Spendern sowie freiwilligen Kämpfern zu unterscheiden ist, viertens Programmatik, Motivation und Funktion der Griechenbegeisterung. Als Quellenbasis dienen eine große Zahl zeitgenössischer Periodika sowie reichhaltiges ungedrucktes Material aus staatlichen und kommunalen Archiven.

Auf die griechische Situation übte der deutsche Philhellenismus sicherlich keinen nachhaltigen Einfluß aus. Die dilettantischen militärischen Expeditionen und Freiwilligenverbände konnten keine Wirkung erzielen. Bemerkenswerter war die Bedeutung des Philhellenismus für die deutsche Politik. Die Entwicklung in den einzelnen Staaten wies hier auffällige Parallelen auf, die mit vergleichbaren sozialen Strukturen und politischen Problemen zusammenhingen. Mit dem Philhellenismus entstand erstmals eine staatenübergreifende, politische, öffentliche Organisation, die längerfristig tätig und wirksam blieb. Die Bewegung unterschied sich darin wesentlich von den bislang üblichen Organisationsformen li-

chende Ruhezone, die Hegemonialambitionen von Frankreich und Rußland abfederte. Der Verfall des europäischen Gleichgewichtssystems nach der Jahrhundertmitte und das nicht ruhmreiche Ende des Bundes lassen freilich Zweifel an der stabilisierenden Funktion der Bundesordnung zu. Der nach 1945 nicht selten gezogene Vergleich zwischen 1815 und 1919 zumindest kann schwerlich auf die Regulierung der deutschen Frage Bezug nehmen. Dessenungeachtet können Prinzipien und Probleme der föderalen Ordnung des Bundes Anregungen zur Ausgestaltung internationaler Sicherheitssysteme in der Gegenwart geben. Zudem kann die Erforschung des Deutschen Bundes das Bewußtsein für Alternativen zum nationalstaatlichen Weg und für die Offenheit historischer Prozesse erweitern. Auch dazu trägt der vorliegende Sammelband bei. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Christoph Hauser, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 87), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, 378 S., kart., 76 DM.

Im März 1821 begann der griechische Aufstand gegen die osmanische Herrschaft. Das Streben der griechischen Nationalbewegung nach kultureller Identität und politischer Unabhängigkeit fand breite Sympathie in Deutschland. Die ideelle Unterstützung wurde bald auch durch materielle und personelle Hilfe ergänzt. Seit dem Frühsommer 1821 entstand eine breite, in Vereinen organisierte Solidaritätsbewegung, die zunächst vor allem auf militärische Hilfeleistung durch Freiwilligenverbände abzielte und zur Finanzierung dieses Vorhabens Sammlungen veranstaltete. Da der Aufstand dem Legitimitätsprinzip der europäischen Restaurationspolitik seit dem Wiener Kongreß widersprach, stießen die öffentlichen Aktionen zunächst auf erheblichen Widerstand der deutschen Regierungen. Das änderte sich, als die griechische Unabhängigkeit unvermeidlich schien und die europäische Diplomatie sich auf die neue Lage einstellte. Die teilweise Rückeroberung Griechenlands durch die Türken 1825/26 mobilisierte die deutsche Öffentlichkeit erneut. Nunmehr tolerierten die Staaten zumindest humanitäre Hilfsaktionen. 1828 zeichnete sich endgültig der Erfolg des griechischen Aufstands ab, und die deutschen Vereine stellten ihre Tätigkeit ein.

Hauser behandelt die deutsche Solidaritätsbewegung mit dem griechischen Unabhängigkeitskampf, den sogenannten Philhellenismus, in den Jahren zwischen 1821 und 1828. Territorial beschränkt er sich auf die südwestdeutschen Staaten Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt sowie den bayerischen Rheinkreis (Pfalz). Er untersucht vier Themenkomplexe: Erstens die Entwicklungsphasen der philhellenischen Bewegung, zweitens Organisations- und Aktionsformen, etwa in Vereinen, Aufrufen und Sammlungen, drittens soziale Schichtung und regionale Mobilisierung der Bewegung, wobei zwischen Trägern und organisierten Philhellenen, Spendern sowie freiwilligen Kämpfern zu unterscheiden ist, viertens Programmatik, Motivation und Funktion der Griechenbegeisterung. Als Quellenbasis dienen eine große Zahl zeitgenössischer Periodika sowie reichhaltiges ungedrucktes Material aus staatlichen und kommunalen Archiven.

Auf die griechische Situation übte der deutsche Philhellenismus sicherlich keinen nachhaltigen Einfluß aus. Die dilettantischen militärischen Expeditionen und Freiwilligenverbände konnten keine Wirkung erzielen. Bemerkenswerter war die Bedeutung des Philhellenismus für die deutsche Politik. Die Entwicklung in den einzelnen Staaten wies hier auffällige Parallelen auf, die mit vergleichbaren sozialen Strukturen und politischen Problemen zusammenhingen. Mit dem Philhellenismus entstand erstmals eine staatenübergreifende, politische, öffentliche Organisation, die längerfristig tätig und wirksam blieb. Die Bewegung unterschied sich darin wesentlich von den bislang üblichen Organisationsformen li-

beralbürgerlicher Opposition, etwa von den territorial und sozial begrenzten, oft auch geheimen Vereinen, Bünden und Burschenschaften. Vernetzte Vereinsstrukturen, regelmäßige Reisetätigkeit und Postverbindungen, Kommissionen und Konferenzen sicherten nun Effizienz und Kontinuität. Zeitungsaufrufe und Flugschriften appellierten direkt an die Öffentlichkeit. Der Philhellenismus scheint vor allem dort breiten Zuspruch erfahren zu haben, wo strukturelle wirtschaftliche Probleme mit Verfassungsbewegungen und Kammerkonflikten zusammenstießen, während konfessionelle Zugehörigkeiten keine Rolle spielten. Er erreichte sowohl in regionaler als auch in sozialer Hinsicht eine außerordentlich breit gestreute Anhängerschaft, geradezu eine »Massenbasis« (S. 239). Sie schloß sogar die Unterschichten als Spender und als Freiwillige ein. Diese soziale Offenheit sollte freilich nicht überschätzt werden. Für die Spendenbereitschaft war der Einfluß lokaler Autoritäten und Multiplikatoren bedeutsam, und militärisches Abenteurertum wurde durch Erwerbslosigkeit und soziale Deklassierung gefördert. Die organisierte Trägerschaft beschränkte sich dagegen auf das Besitz- und vor allem Bildungsbürgertum.

Der deutsche Philhellenismus war in doppelter Weise Element der politischen Opposition. Zum einen stellte er schon durch seine Existenz, durch Partizipation, Mobilisierung und überstaatliche Integration, ein Politikum dar. In gewisser Hinsicht praktizierte er in seinen Vereinsstrukturen ein »Gegenmodell zum Obrigkeitsstaat« (S. 137). Die Verfestigung einer politischen Bewegung zur Partei zeichnete sich erstmals in Ansätzen ab. Zum anderen hatten die Motive und Ziele selbst einen über Griechenland hinausweisenden politischen Charakter. Aufrufe und Diskussionen spiegelten Gedanken an eine liberale politische Ordnung, an nationale Selbstbestimmung und Freiheitsrechte. Einschränkend ist allerdings zu bedenken, daß die philhellenische Kryptopartei ein Thema in den Mittelpunkt stellte und sich in dieser Form auflöste, als die griechische Frage erledigt schien. In der Summe, so die einleuchtende Schlußfolgerung des Buches, hatte der Philhellenismus dennoch zentrale Bedeutung bei der Kontinuitätssicherung innerhalb der liberalen Bewegung über die 1820er Jahre hinweg. Das betrifft die Infrastruktur der Öffentlichkeit ebenso wie die politischen Perspektiven. Ohne den Philhellenismus wäre nicht zu erklären, daß es trotz der autoritär-restaurativen Politik der 1820er Jahre im Jahr 1830 zu Revolutionen in mehreren deutschen Staaten und in der Folge zu beachtlichen Reformen und zum Wiederaufleben liberaler Strömungen kam. Indem Hauser sich also von rein geistesgeschichtlichen Interpretationen löst und einen innovativen sozialgeschichtlichen Ansatz wählt, entdeckt er die Griechenbewegung neu für die Vormärz- und Liberalismusforschung. Seine ertragreiche Studie korrigiert die landläufige Meinung, die 1820er Jahre seien nur von Gegenrevolution und Restauration Metternichscher Provenienz geprägt worden, von Unterdrückung, Rückzug in dumpfe Innerlichkeit und Biedermeier. Zugleich belebt sie die Diskussion um Restaurations- oder Vormärzepoche, um Kontinuitäten und Wendepunkte. Sie regt damit auch zu weiterer Nachforschung an. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Wolfram Siemann, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1990, 355 S., Kt., 18 DM.

Die fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts gehören zwar nicht gerade zu von der Forschung vernachlässigten Epochen der neueren deutschen Geschichte. Dafür sorgte schon die unter den vielfältigsten Aspekten untersuchte Vorgeschichte der Reichsgründung. Auf der anderen Seite aber ist nicht zu übersehen, daß die Zeit zwischen 1850 und 1870 in den letzten Jahren weniger Beachtung gefunden hat als andere Abschnitte des 19. Jahrhunderts. Dies gilt besonders für die Jahre zwischen der gescheiterten Revolution und

beralbürgerlicher Opposition, etwa von den territorial und sozial begrenzten, oft auch geheimen Vereinen, Bünden und Burschenschaften. Vernetzte Vereinsstrukturen, regelmäßige Reisetätigkeit und Postverbindungen, Kommissionen und Konferenzen sicherten nun Effizienz und Kontinuität. Zeitungsaufrufe und Flugschriften appellierten direkt an die Öffentlichkeit. Der Philhellenismus scheint vor allem dort breiten Zuspruch erfahren zu haben, wo strukturelle wirtschaftliche Probleme mit Verfassungsbewegungen und Kammerkonflikten zusammenstießen, während konfessionelle Zugehörigkeiten keine Rolle spielten. Er erreichte sowohl in regionaler als auch in sozialer Hinsicht eine außerordentlich breit gestreute Anhängerschaft, geradezu eine »Massenbasis« (S. 239). Sie schloß sogar die Unterschichten als Spender und als Freiwillige ein. Diese soziale Offenheit sollte freilich nicht überschätzt werden. Für die Spendenbereitschaft war der Einfluß lokaler Autoritäten und Multiplikatoren bedeutsam, und militärisches Abenteurertum wurde durch Erwerbslosigkeit und soziale Deklassierung gefördert. Die organisierte Trägerschaft beschränkte sich dagegen auf das Besitz- und vor allem Bildungsbürgertum.

Der deutsche Philhellenismus war in doppelter Weise Element der politischen Opposition. Zum einen stellte er schon durch seine Existenz, durch Partizipation, Mobilisierung und überstaatliche Integration, ein Politikum dar. In gewisser Hinsicht praktizierte er in seinen Vereinsstrukturen ein »Gegenmodell zum Obrigkeitsstaat« (S. 137). Die Verfestigung einer politischen Bewegung zur Partei zeichnete sich erstmals in Ansätzen ab. Zum anderen hatten die Motive und Ziele selbst einen über Griechenland hinausweisenden politischen Charakter. Aufrufe und Diskussionen spiegelten Gedanken an eine liberale politische Ordnung, an nationale Selbstbestimmung und Freiheitsrechte. Einschränkend ist allerdings zu bedenken, daß die philhellenische Kryptopartei ein Thema in den Mittelpunkt stellte und sich in dieser Form auflöste, als die griechische Frage erledigt schien. In der Summe, so die einleuchtende Schlußfolgerung des Buches, hatte der Philhellenismus dennoch zentrale Bedeutung bei der Kontinuitätssicherung innerhalb der liberalen Bewegung über die 1820er Jahre hinweg. Das betrifft die Infrastruktur der Öffentlichkeit ebenso wie die politischen Perspektiven. Ohne den Philhellenismus wäre nicht zu erklären, daß es trotz der autoritär-restaurativen Politik der 1820er Jahre im Jahr 1830 zu Revolutionen in mehreren deutschen Staaten und in der Folge zu beachtlichen Reformen und zum Wiederaufleben liberaler Strömungen kam. Indem Hauser sich also von rein geistesgeschichtlichen Interpretationen löst und einen innovativen sozialgeschichtlichen Ansatz wählt, entdeckt er die Griechenbewegung neu für die Vormärz- und Liberalismusforschung. Seine ertragreiche Studie korrigiert die landläufige Meinung, die 1820er Jahre seien nur von Gegenrevolution und Restauration Metternichscher Provenienz geprägt worden, von Unterdrückung, Rückzug in dumpfe Innerlichkeit und Biedermeier. Zugleich belebt sie die Diskussion um Restaurations- oder Vormärzepoche, um Kontinuitäten und Wendepunkte. Sie regt damit auch zu weiterer Nachforschung an. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Wolfram Siemann, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1990, 355 S., Kt., 18 DM.

Die fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts gehören zwar nicht gerade zu von der Forschung vernachlässigten Epochen der neueren deutschen Geschichte. Dafür sorgte schon die unter den vielfältigsten Aspekten untersuchte Vorgeschichte der Reichsgründung. Auf der anderen Seite aber ist nicht zu übersehen, daß die Zeit zwischen 1850 und 1870 in den letzten Jahren weniger Beachtung gefunden hat als andere Abschnitte des 19. Jahrhunderts. Dies gilt besonders für die Jahre zwischen der gescheiterten Revolution und

der Ende der fünfziger Jahre einsetzenden Neuen Ära. Schon aus diesen Gründen ist die hier zu besprechende Darstellung von Wolfram Siemann, der damit nach seinem gelungenen Band über die Revolution von 1848/49 bereits seinen zweiten Beitrag zur Suhrkamp-Reihe beigesteuert hat, sehr zu begrüßen. Hinzu kommt, daß Siemann die Geschichte dieser beiden Jahrzehnte unter anderen Aspekten schreibt, als dies bislang vielfach der Fall war. Die fünfziger und sechziger Jahre sind für ihn nicht nur die Nachmärz- oder Reaktionszeit und die Reichsgründungsära. Der Verfasser sieht sie eben nicht nur als »Durchgangszeit«, sondern er betont den eigenständigen Charakter dieser wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Aufbruchsphase. Dabei hebt Siemann zugleich die Offenheit vieler Entwicklungen hervor, die zwischen 1850 und 1870 zum Durchbruch gelangten und die erst im folgenden Jahrzehnt in eindeutige Bahnen mündeten.

Die Darstellung ist in drei große Blöcke gegliedert. Der erste behandelt das politische System der Reaktion, das von der historischen Forschung lange vernachlässigt worden ist und über dessen Funktionsweise der Verfasser mit seiner wichtigen Arbeit über den Polizeiverein deutscher Staaten eine Fülle neuer Erkenntnisse beigesteuert hat. Neben den Verfassungsrevisionen und den Staatsstreichmaßnahmen in den einzelnen Bundesstaaten, dem preußisch-österreichischen Dualismus und der Restitution des Deutschen Bundes kommt das für das Reaktionssystem so zentrale Wirken des Polizeivereins auch in der Gesamtdarstellung ausführlich zur Sprache. Wichtige Aufschlüsse über das System der Reaktion vermitteln aber auch die Ausführungen über die staatlichen Eingriffe in Presse und Buchmarkt sowie die von vielfältigen Rechtsbrüchen geprägte Verfassungspolitik einzelner deutscher Bundesstaaten, wobei sich Siemann auf die besonders gut erforschten Beispiele Preußen, Württemberg und Kurhessen konzentriert.

Der zweite große Block des Buches befaßt sich mit den wirtschaftlichen Fortschritten, dem gesellschaftlichen Aufbruch und der völlig neuen, von einer enormen Beschleunigung der Lebensverhältnisse geprägten Zeiterfahrung, die das Gegenbild zum politischen Rückschritt darstellen. Die eingehend behandelte Auswanderungsproblematik läßt zwar erkennen, welch große sozialen Probleme noch zu bewältigen waren. Die Krisenfurcht der vierziger Jahre wurde jedoch im folgenden Jahrzehnt sehr rasch von einem wirtschaftlichen Fortschrittsglauben und Zukunftsoptimismus verdrängt, der in vielen, gut ausgewählten zeitgenössischen Zitaten zum Ausdruck kommt. Die Ursachen des industriellen Durchbruchs der fünfziger Jahre, das Problem der Führungssektoren und der Führungsregionen und die Wachstumszyklen werden ebenso überzeugend herausgearbeitet wie die gesellschaftlichen und politischen Folgen dieser Entwicklungen. Hervorzuheben ist der Überblick über die einzelnen gesellschaftlichen Großgruppen. Besonderes Gewicht wird dabei den verschiedenen Formationen des Bürgertums eingeräumt. In diesem Zusammenhang hätte man vielleicht auch den Emanzipations- und Verbürgerlichungsprozeß der deutschen Juden noch etwas stärker herausstreichen können, der ebenfalls in dieser Epoche voll zum Durchbruch gelangte. Sehr ausführlich wird dagegen wiederum geschildert, wie sich dieser gesellschaftliche Aufbruch im Gefolge der Neuen Ära und der italienischen Einigung in einer Neubelebung des gesamten öffentlichen Lebens niederschlug. Siemann verweist auf die Formationsprozesse der verschiedenen politischen Lager sowie auf die neue Welle von Vereinsgründungen und geht ausführlich auf die aus diesen Veränderungen erwachsenden politischen Ansprüche ein. Neben dem preußischen Verfassungskonflikt finden dabei auch die Landtage in den deutschen Mittelstaaten und die lange unterschätzten Entwicklungen auf der kommunalen Ebene gebührende Beachtung.

Der letzte große Abschnitt verfolgt schließlich die entscheidenden Etappen auf dem Weg zum deutschen Nationalstaat. Siemann gibt dabei nicht nur einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Kernfragen. Er vermittelt zugleich einen Einblick in die Forschungskontroversen über die Chancen einer Bundesreform im Vorfeld des Krieges von 1866, zur Verfassung des Norddeutschen Bundes, zur Bismarckschen Herrschaftstechnik, zur Vorge-

schichte des deutsch-französischen Krieges und zur Debatte über den Deutschen Sonderweg. Als Fazit ist festzuhalten: Siemann ist eine vorzügliche und durch die Art der Darstellung auch höchst anschauliche Epochendarstellung gelungen, die über weite Strecken neues Licht auf diese wichtige Formationsperiode der deutschen Geschichte wirft.

Hans-Werner Hahn, Aßlar-Berghausen

Richard van Dülmen (Hrsg.), Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle (= Studien zur historischen Kulturforschung III), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1990, 320 S., brosch., 24,80 DM

Seit einigen Jahren hat das Interesse an der Geschichte abweichenden Verhaltens und den staatlichen wie gesellschaftlichen Reaktionen auf Normverletzungen spürbar zugenommen. Einflußreich und anregend waren und sind die Thesen von Foucault und Oestreich, die mit unterschiedlichen Akzenten die Rolle vor allem staatlicher Disziplinierungsprozesse gegenüber als »abweichend« definiertem Verhalten thematisierten, ebenso wie die von Hobsbawm und Thompson formulierte Frage nach dem Widerstandspotential einer als »social crime« verstandenen Devianz der vor- und frühindustriellen Unterschichten. Der große Vorzug des vorliegenden Sammelbandes liegt darin, daß diese mittlerweile »klassischen« Fragen berücksichtigt und gleichzeitig überschritten werden. An die Stelle einer Dichotomie von Disziplinierung und Widerstand tritt eine vielschichtige Beschreibung und Analyse der unterschiedlichen Dimensionen von Normalität, Abweichung und Kontrolle. Der historische Wandel rechtlicher Normen und gesellschaftlicher Werte wird ebenso thematisiert wie die sich ändernden Prioritäten und Kapazitäten obrigkeitlicher Verfolgung und die Mechanismen informeller sozialer Kontrolle. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem bislang kaum beachteten Wechselspiel zwischen staatlicher Normsetzung und Sanktionierung auf der einen und den gesellschaftlichen Reaktionen gegenüber Regelverletzungen auf der anderen Seite. Die scheinbar so scharfe Frontlinie zwischen disziplinierender Obrigkeit und passiv duldenden Untertanen löst sich unter diesem differenzierenden Blick auf.

Eine Konsequenz dieser geöffneten Perspektive auf eine umfassende Geschichte der Verhaltensnormierung, -kontrolle und -disziplinierung ist die Ausweitung des Gegenstands und des Untersuchungszeitraums. Es geht um Zauberer und Hausfrauen, um rebellische Bauern und Irre, um Diebe und Mörder in einem Zeitraum vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Wie vermittelt Disziplinierungsprozesse wirken konnten, zeigt anschaulich Eva Labovie, die am Beispiel des Saarraums im 16. Jahrhundert den kirchlichen Versuchen nachgeht, die volkstümliche Alltagsmagie zu unterdrücken. Einerseits erwies sich nämlich die ländliche Bevölkerung als ziemlich resistent gegenüber derartigen Bevormundungsversuchen und betrieb weiterhin Magie und Zauberei, wo es ihr nützlich erschien. Andererseits lag die fatale Tiefenwirkung der kirchlichen Stigmatisierung magischer Handlungen darin, daß sich in der volkstümlichen Vorstellung Versatzstücke der offiziellen Hexenlehre festsetzten, auf kleinere Formen alltäglichen »Schadenszaubers« übertragen wurden und so der Hexenverfolgung, die im übrigen von der Unterdrückung der Volksmagie zu trennen ist, ungewöhnliche Popularität verschafften.

Auch Renate Blickles Beitrag zum juristischen Nachspiel des bayerischen Bauernaufstands von 1633 läßt Grenzen des staatlichen Strafanspruchs erkennen. Denn selbst bei diesem hochbrisanten Fall eines Aufstands gegen die Obrigkeit waren die zuständigen Richter offen genug, den Bauern einen naturrechtlichen Anspruch auf Selbstverteidigung zuzugestehen. Daß sie sich damit gegenüber der harten Haltung des Fürsten nicht durchsetzen konnten, entwertet ihren Versuch nicht, der mit seinem Verweis auf fundamentale Un-

schichte des deutsch-französischen Krieges und zur Debatte über den Deutschen Sonderweg. Als Fazit ist festzuhalten: Siemann ist eine vorzügliche und durch die Art der Darstellung auch höchst anschauliche Epochendarstellung gelungen, die über weite Strecken neues Licht auf diese wichtige Formationsperiode der deutschen Geschichte wirft.

Hans-Werner Hahn, Aßlar-Berghausen

Richard van Dülmen (Hrsg.), Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle (= Studien zur historischen Kulturforschung III), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1990, 320 S., brosch., 24,80 DM

Seit einigen Jahren hat das Interesse an der Geschichte abweichenden Verhaltens und den staatlichen wie gesellschaftlichen Reaktionen auf Normverletzungen spürbar zugenommen. Einflußreich und anregend waren und sind die Thesen von Foucault und Oestreich, die mit unterschiedlichen Akzenten die Rolle vor allem staatlicher Disziplinierungsprozesse gegenüber als »abweichend« definiertem Verhalten thematisierten, ebenso wie die von Hobsbawm und Thompson formulierte Frage nach dem Widerstandspotential einer als »social crime« verstandenen Devianz der vor- und frühindustriellen Unterschichten. Der große Vorzug des vorliegenden Sammelbandes liegt darin, daß diese mittlerweile »klassischen« Fragen berücksichtigt und gleichzeitig überschritten werden. An die Stelle einer Dichotomie von Disziplinierung und Widerstand tritt eine vielschichtige Beschreibung und Analyse der unterschiedlichen Dimensionen von Normalität, Abweichung und Kontrolle. Der historische Wandel rechtlicher Normen und gesellschaftlicher Werte wird ebenso thematisiert wie die sich ändernden Prioritäten und Kapazitäten obrigkeitlicher Verfolgung und die Mechanismen informeller sozialer Kontrolle. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem bislang kaum beachteten Wechselspiel zwischen staatlicher Normsetzung und Sanktionierung auf der einen und den gesellschaftlichen Reaktionen gegenüber Regelverletzungen auf der anderen Seite. Die scheinbar so scharfe Frontlinie zwischen disziplinierender Obrigkeit und passiv duldenden Untertanen löst sich unter diesem differenzierenden Blick auf.

Eine Konsequenz dieser geöffneten Perspektive auf eine umfassende Geschichte der Verhaltensnormierung, -kontrolle und -disziplinierung ist die Ausweitung des Gegenstands und des Untersuchungszeitraums. Es geht um Zauberer und Hausfrauen, um rebellische Bauern und Irre, um Diebe und Mörder in einem Zeitraum vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. Wie vermittelt Disziplinierungsprozesse wirken konnten, zeigt anschaulich Eva Labovie, die am Beispiel des Saarraums im 16. Jahrhundert den kirchlichen Versuchen nachgeht, die volkstümliche Alltagsmagie zu unterdrücken. Einerseits erwies sich nämlich die ländliche Bevölkerung als ziemlich resistent gegenüber derartigen Bevormundungsversuchen und betrieb weiterhin Magie und Zauberei, wo es ihr nützlich erschien. Andererseits lag die fatale Tiefenwirkung der kirchlichen Stigmatisierung magischer Handlungen darin, daß sich in der volkstümlichen Vorstellung Versatzstücke der offiziellen Hexenlehre festsetzten, auf kleinere Formen alltäglichen »Schadenszaubers« übertragen wurden und so der Hexenverfolgung, die im übrigen von der Unterdrückung der Volksmagie zu trennen ist, ungewöhnliche Popularität verschafften.

Auch Renate Blickles Beitrag zum juristischen Nachspiel des bayerischen Bauernaufstands von 1633 läßt Grenzen des staatlichen Strafanspruchs erkennen. Denn selbst bei diesem hochbrisanten Fall eines Aufstands gegen die Obrigkeit waren die zuständigen Richter offen genug, den Bauern einen naturrechtlichen Anspruch auf Selbstverteidigung zuzugestehen. Daß sie sich damit gegenüber der harten Haltung des Fürsten nicht durchsetzen konnten, entwertet ihren Versuch nicht, der mit seinem Verweis auf fundamentale Un-

tertanenrechte fast moderne, mit seiner Anmahnung obrigkeitlicher Fürsorgepflichten eher patriarchalische Züge trägt.

Wolfgang Behringer, Peter Wettmann-Jungblut und Dirk Blasius thematisieren Aspekte von Kriminalität und Kriminalisierung zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert; erstere an bayerischen und badischen, letzterer vor allem an preußischen Beispielen. In allen Fällen wird ein »komplexer Interaktionsprozeß« zwischen Tätern, Opfern, staatlicher Zwangsgewalt und Normsetzung ausgelotet, der sich nicht auf eine schlichte Arithmetik von Verbrechen und Verfolgung reduzieren läßt. Sehr deutlich wird die historische Variabilität dessen, was als »kriminell« bezeichnet und verfolgt wurde: ein intensivierter strafrechtlicher Schutz des Staates löste etwa die scharfe Pönalisierung religiöser Verfehlungen ab, und mindere Formen alltäglicher Gewalt wurden lange weit weniger scharf als Eigentumsdelikte geahndet. Hinsichtlich der Motive und Ursachen abweichenden Verhaltens lassen sich fast durchgängig zwei Ebenen unterscheiden: Zum einen waren in einer Zeit, in der ein Großteil der Bevölkerung nah an der Elendsgrenze lebte, viele Gesetzesverstöße Notdelikte, zum anderen gab es immer bestimmte Verstöße, bei denen der Disziplinierungsanspruch der Obrigkeit mit den Legitimitätsvorstellungen der Bevölkerung kollidierte und Normverletzungen zur »Sozialkriminalität« wurden: dies mochten strafrechtlich betriebene Versittlichungsbemühungen, die Verfolgung der Wilderei oder die harte Unterdrükkung des Holzdiebstahls sein. Im Längsschnitt wird erkennbar, daß die staatliche Strafverfolgung in der frühen Neuzeit keineswegs ein Monopol bei der Ahndung von Regelverstößen hatte. Die informelle, außergerichtliche Sanktionierung und Sühne behielten solange große Bedeutung, wie die Verwaltung schwach und ein Polizeiapparat kaum vorhanden war. Erst die expandierende Polizei des 19. Jahrhunderts ermöglichte die regelmäßige Durchsetzung staatlicher Normen.

Den Mechanismen sozialer Stigmatisierung und Kontrolle gilt auch das Hauptinteresse der Untersuchung von Doris Kaufmann zur Ausgrenzung von Geisteskranken im ländlichen Münsterland des frühen 19. Jahrhunderts. Die bürgerliche Irrenreformbewegung mit ihrem Anspruch auf Heilung durch medizinische Betreuung und Hospitalisierung traf auf ein zählebiges traditionelles Zuschreibungsmuster, nach dem Dorfbevölkerung und untere Verwaltungsinstanzen darüber entschieden, wer als nicht integrationsfähiger Irrer galt, und das durchaus nicht deckungsgleich mit zeitgenössischen medizinischen Kriterien war. Solange Geisteskranke arbeitsfähig, gehorsam und nicht allzusehr verhaltensauffällig erschienen, wurden sie in die dörfliche Gesellschaft integriert. Das Risiko oder die Chance zur Einweisung in die Irrenanstalt stieg bei Verstößen gegen diese Anforderungen und war vor allem dann groß, wenn der Irre aus verwandtschaftlichen Netzen herausfiel und der Gemeinde die Einweisung billiger erschien als die ortsnahe Versorgung. Insgesamt drang also die bürgerliche Irrenreform in der ländlichen Gesellschaft zunächst nicht sehr weit vor.

Der abschließende Beitrag von Bärbel Kuhn fragt nach dem Disziplinierungspotential, aber auch nach den Identifikationschancen, die in dem Idealbild der bürgerlichen Hausfrau lagen, das eine ausufernde Ratgeberliteratur den Frauen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zu vermitteln suchte. Dabei betont die Autorin, daß bei aller Reglementierung die angebotene Rolle auch Ansätze zur Profilierung weiblichen Selbstwertgefühls, ja selbst für subtile Machtpositionen im innerfamilialen Gefüge bot. Nicht immer wird allerdings erkennbar, welche Kräfte den Prozeß der »Verhausfraulichung« vorantrieben und wieweit die nicht selten ins Groteske übersteigerten Verhaltenszumutungen der Ratgeber tatsächlich den Frauenalltag um die Jahrhundertwende bestimmten.

Fazit: Der Band ist ein wichtiger Beitrag zur nach wie vor aktuellen Diskussion zum Zusammenhang von Modernisierung und Disziplinierung, der neue Akzente setzt. Neben dem disziplinierenden Staat rückt die Gesellschaft wieder stärker in den Blick, die Grenzen formalisierter Verhaltenskontrolle treten scharf hervor, die Widersprüche und Durchset-

zungsprobleme einer oft nur auf dem Papier allmächtigen Staatsgewalt verweisen auf den informellen Kitt, der – bis heute – die Gesellschaft zusammenhält.

Ralph Jessen, Berlin

Peter Nitschke, Verbrechensbekämpfung und Verwaltung. Die Entstehung der Polizei in der Grafschaft Lippe, 1700–1814, Waxmann Verlag, Münster etc. 1990, 222 S., brosch., 49,90 DM.

Der Staat ist Träger des »Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit« – diese Webersche Definition ist fast so sehr Gemeingut des historischen und politischen Bewußtseins geworden, daß man das staatliche Gewaltmonopol oft stillschweigend voraussetzt, ohne lange nach seiner Entstehung und seinen Grenzen zu fragen. Dies gilt besonders für den frühmodernen Staat, der in der Rückschau liberaler Staatskritik zum absolutistischen »Polizeistaat« und zum Symbol unbeschränkter obrigkeitlicher Macht schlechthin wurde. Ob der Staat des 18. Jahrhunderts indes die Mittel hatte, um seinen wortreichen Gesetzen Taten folgen zu lassen, blieb oft ungeprüft.

Der Münsteraner Historiker Peter Nitschke erschließt also einen spannenden Gegenstand, wenn er der Realgeschichte der Staatsgewalt im Ancien Régime nachgeht. Das begriffliche Gerüst seiner Untersuchung zur Entstehungsgeschichte der Polizei in der Grafschaft Lippe im 18. und frühen 19. Jahrhundert liefern Weber und Oestreich. Gefragt ist nach den Zusammenhängen dieses Prozesses mit der Forcierung obrigkeitlichen Disziplinierungsdrucks. Trotz längerer begriffsgeschichtlicher Erörterungen ist die Studie primär realgeschichtlich interessiert. Es geht um die Entstehung eines modernen Polizeiapparates im heutigen Verständnis des Wortes, nicht um die Ideengeschichte der »Policey« in ihrer schillernden Bedeutungsvielfalt. Die gewählten Modernisierungsindikatoren leuchten ein und entsprechen dem Erkenntnisinteresse: Maßstab sind die Verengung der Polizeiaufgabe auf ihre Sicherungs- und Ordnungsfunktionen, die Profilierung zentralstaatlicher Herrschaft gegenüber ständischen Partikulargewalten und die Formierung eines auf die Durchsetzung innerer Sicherheit und Ruhe spezialisierten Ordnungsstabes, eben der Polizei. Daß sich die Untersuchung auf die kleine Grafschaft Lippe konzentriert, in der in den 1770er Jahren etwa 50 000 Menschen lebten, ist als Abkehr von der gängigen Preußenfixierung und unter landesgeschichtlichen Gesichtspunkten zu begrüßen und wird auch so begründet, birgt allerdings bezogen auf die systematische Fragestellung die Gefahr, daß in einem Kleinstterritorium mit kaum entwickeltem Verwaltungsapparat (1787 gab es ganze 163 Beamte) nicht eben Pionierleistungen der Polizeimodernisierung zu erwarten sind.

Die Ergebnisse der weitgehend aus der staatlichen Aktenüberlieferung gearbeiteten Fallstudie vermitteln denn auch ein Bild, das für den ganz überwiegenden Teil des langgezogenen Untersuchungszeitraums von Stagnation und Traditionalismus geprägt ist. Während des 18. Jahrhunderts blieb »Policey« ein Sammelbegriff für die gute Ordnung des Gemeinwesens, der Sicherheit und Repression bestenfalls als einen von vielen Aspekten miterfaßte, aber keinesfalls ins Zentrum rückte. Die wachsende Flut obrigkeitlicher Verordnungen hatte zwar in der zweiten Jahrhunderthälfte öfter als früher sicherheitsrelevante Gegenstände zum Thema, stand aber insgesamt »ganz eindeutig noch unter dem Zeichen des weiteren Polizei-Begriffs.« Wie hier gleichzeitig ein »Trend hin zum engeren Polizei-Begriff« zu finden ist, wie der Autor meint, ist nicht recht nachzuvollziehen. Auch auf der institutionellen Seite finden sich vor 1800 nur sehr dünne Modernisierungsspuren: eine 1763 in der Landeshauptstadt Detmold eingerichtete »Policey-Commission« war im Kern eine Verwaltungsstelle mit breitem Aufgabenspektrum, deren exekutiver Arm aus einem Polizeidiener bestand. Die im selben Jahr von der Zentrale allen Ortschaften oktroyierten

zungsprobleme einer oft nur auf dem Papier allmächtigen Staatsgewalt verweisen auf den informellen Kitt, der – bis heute – die Gesellschaft zusammenhält.

Ralph Jessen, Berlin

Peter Nitschke, Verbrechensbekämpfung und Verwaltung. Die Entstehung der Polizei in der Grafschaft Lippe, 1700–1814, Waxmann Verlag, Münster etc. 1990, 222 S., brosch., 49,90 DM.

Der Staat ist Träger des »Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit« – diese Webersche Definition ist fast so sehr Gemeingut des historischen und politischen Bewußtseins geworden, daß man das staatliche Gewaltmonopol oft stillschweigend voraussetzt, ohne lange nach seiner Entstehung und seinen Grenzen zu fragen. Dies gilt besonders für den frühmodernen Staat, der in der Rückschau liberaler Staatskritik zum absolutistischen »Polizeistaat« und zum Symbol unbeschränkter obrigkeitlicher Macht schlechthin wurde. Ob der Staat des 18. Jahrhunderts indes die Mittel hatte, um seinen wortreichen Gesetzen Taten folgen zu lassen, blieb oft ungeprüft.

Der Münsteraner Historiker Peter Nitschke erschließt also einen spannenden Gegenstand, wenn er der Realgeschichte der Staatsgewalt im Ancien Régime nachgeht. Das begriffliche Gerüst seiner Untersuchung zur Entstehungsgeschichte der Polizei in der Grafschaft Lippe im 18. und frühen 19. Jahrhundert liefern Weber und Oestreich. Gefragt ist nach den Zusammenhängen dieses Prozesses mit der Forcierung obrigkeitlichen Disziplinierungsdrucks. Trotz längerer begriffsgeschichtlicher Erörterungen ist die Studie primär realgeschichtlich interessiert. Es geht um die Entstehung eines modernen Polizeiapparates im heutigen Verständnis des Wortes, nicht um die Ideengeschichte der »Policey« in ihrer schillernden Bedeutungsvielfalt. Die gewählten Modernisierungsindikatoren leuchten ein und entsprechen dem Erkenntnisinteresse: Maßstab sind die Verengung der Polizeiaufgabe auf ihre Sicherungs- und Ordnungsfunktionen, die Profilierung zentralstaatlicher Herrschaft gegenüber ständischen Partikulargewalten und die Formierung eines auf die Durchsetzung innerer Sicherheit und Ruhe spezialisierten Ordnungsstabes, eben der Polizei. Daß sich die Untersuchung auf die kleine Grafschaft Lippe konzentriert, in der in den 1770er Jahren etwa 50 000 Menschen lebten, ist als Abkehr von der gängigen Preußenfixierung und unter landesgeschichtlichen Gesichtspunkten zu begrüßen und wird auch so begründet, birgt allerdings bezogen auf die systematische Fragestellung die Gefahr, daß in einem Kleinstterritorium mit kaum entwickeltem Verwaltungsapparat (1787 gab es ganze 163 Beamte) nicht eben Pionierleistungen der Polizeimodernisierung zu erwarten sind.

Die Ergebnisse der weitgehend aus der staatlichen Aktenüberlieferung gearbeiteten Fallstudie vermitteln denn auch ein Bild, das für den ganz überwiegenden Teil des langgezogenen Untersuchungszeitraums von Stagnation und Traditionalismus geprägt ist. Während des 18. Jahrhunderts blieb »Policey« ein Sammelbegriff für die gute Ordnung des Gemeinwesens, der Sicherheit und Repression bestenfalls als einen von vielen Aspekten miterfaßte, aber keinesfalls ins Zentrum rückte. Die wachsende Flut obrigkeitlicher Verordnungen hatte zwar in der zweiten Jahrhunderthälfte öfter als früher sicherheitsrelevante Gegenstände zum Thema, stand aber insgesamt »ganz eindeutig noch unter dem Zeichen des weiteren Polizei-Begriffs.« Wie hier gleichzeitig ein »Trend hin zum engeren Polizei-Begriff« zu finden ist, wie der Autor meint, ist nicht recht nachzuvollziehen. Auch auf der institutionellen Seite finden sich vor 1800 nur sehr dünne Modernisierungsspuren: eine 1763 in der Landeshauptstadt Detmold eingerichtete »Policey-Commission« war im Kern eine Verwaltungsstelle mit breitem Aufgabenspektrum, deren exekutiver Arm aus einem Polizeidiener bestand. Die im selben Jahr von der Zentrale allen Ortschaften oktroyierten

Nachtwachen bestanden bis zur Jahrhundertwende nur auf dem Papier und danach allenfalls in den größeren Dörfern. Zudem handelte es sich nicht um ein berufsmäßiges Sicherheitskorps, sondern um einen nächtlichen Aufsichtsdienst der Dorfbewohner. Kurz: Während des 18. Jahrhunderts gab es auch in Lippe keine Polizei im modernen Verständnis. Ordnungsaufgaben und Verbrechensbekämpfung wurden mehr schlecht als recht von der allgemeinen Verwaltung miterledigt, oblagen den völlig ineffektiven militärischen Streifen nach vagierenden Bettlern und Räubern oder blieben schlicht der Selbsthilfe der Bevölkerung überlassen.

Deutlicher sind die Innovationsversuche nach der Jahrhundertwende. 1801/03 verordnete die lippische Regierung den Gemeinden die Anstellung von »Policeydienern«, insgesamt um die 40 Mann, die primär für die Bettlerrepression in Anknüpfung an die traditionellen »Armenvögte« zuständig waren, deren Aufgabe sich aber in Richtung allgemeiner Ordnungssicherung erweiterte. In diesen wenigen, verstreut agierenden, sich aus der dörflichen Unterschicht rekrutierenden, unausgebildeten Kräften freilich ein »wirkliches Netz an polizeilichen Kräften auf dem platten Land« zu vermuten, wie dies der Autor tut, überschätzt wohl den innovatorischen Effekt dieser Maßnahme. Ein weitergehender Modernisierungsschritt hätte die Gründung einer Gendarmerietruppe im Jahre 1808 sein können, mit der Lippe wie andere deutsche Staaten dem französischen Beispiel folgte. Auch hier war die Gendarmerie als staatliche, zentral gesteuerte, aber dezentral agierende, militärisch rekrutierte und beaufsichtigte Polizei des ländlichen Gebietes konzipiert. Da die lippische Gendarmerie jedoch schon 1814 aus finanziellen Gründen aufgelöst und erst 1842 wiedergegründet wurde, blieb diese Neuerung eine Episode, die es kaum rechtfertigt, hierin den »entscheidende(n) Durchbruch im Hinblick auf die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols« zu sehen.

Die Untersuchung unterstreicht, wie schwach die obrigkeitliche Verwaltung gerade in einem Kleinstaat wie Lippe noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts war und daß das Bild des alles kontrollierenden, breitflächig disziplinierenden absolutistischen Staates hier wenig mit der Realität zu tun hatte. Legt man die Maßstäbe des engen Polizeibegriffs des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts an, war der »Polizeistaat« der Vormoderne zweifellos ein »Mythos«, wie der Autor zutreffend resümiert. Dies für Lippe gezeigt zu haben, ist das wesentliche Ergebnis dieser Regionalstudie. Vor dem Hintergrund dieses empirischen Befundes ist die »optimistische« Gesamtinterpretation nicht recht überzeugend, die in zögernden, steckengebliebenen oder abgebrochenen Innovationsansätzen viel mehr Modernisierungspotential vermutet, als tatsächlich zu entdecken ist. Die Anstellung eines Dutzend Gendarmen für sechs Jahre läßt die neue Dimension staatlicher Gewalt nach innen bestenfalls ahnen; ein faktischer Durchbruch zur modernen Polizei war damit nicht erreicht. Selbst in Staaten wie Preußen war die Etablierung einer modernen, flächendeckenden Berufspolizei im wesentlichen eine Errungenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die lange Zeit von 1700 bis 1814 umfaßt auch in Lippe eher die Vorgeschichte als die eigentliche Entstehungsgeschichte des modernen staatlichen Gewaltapparates.

Ralph Jessen, Berlin

Kai Detlev Sievers, Leben in Armut – Zeugnisse der Armutskultur aus Lübeck und Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Verlag Boyens & Co., Heide 1991, 128 S., geb., 39,80 DM.

Seit den 1970er Jahren ist die Geschichte von Armut und Armenfürsorge verstärkt zum Forschungsgegenstand geworden. Deren Quellengrundlage war überwiegend schriftlicher Art. Der Bereich einer spezifischen Armutskultur wurde zumeist nur für gesellschaftliche

Nachtwachen bestanden bis zur Jahrhundertwende nur auf dem Papier und danach allenfalls in den größeren Dörfern. Zudem handelte es sich nicht um ein berufsmäßiges Sicherheitskorps, sondern um einen nächtlichen Aufsichtsdienst der Dorfbewohner. Kurz: Während des 18. Jahrhunderts gab es auch in Lippe keine Polizei im modernen Verständnis. Ordnungsaufgaben und Verbrechensbekämpfung wurden mehr schlecht als recht von der allgemeinen Verwaltung miterledigt, oblagen den völlig ineffektiven militärischen Streifen nach vagierenden Bettlern und Räubern oder blieben schlicht der Selbsthilfe der Bevölkerung überlassen.

Deutlicher sind die Innovationsversuche nach der Jahrhundertwende. 1801/03 verordnete die lippische Regierung den Gemeinden die Anstellung von »Policeydienern«, insgesamt um die 40 Mann, die primär für die Bettlerrepression in Anknüpfung an die traditionellen »Armenvögte« zuständig waren, deren Aufgabe sich aber in Richtung allgemeiner Ordnungssicherung erweiterte. In diesen wenigen, verstreut agierenden, sich aus der dörflichen Unterschicht rekrutierenden, unausgebildeten Kräften freilich ein »wirkliches Netz an polizeilichen Kräften auf dem platten Land« zu vermuten, wie dies der Autor tut, überschätzt wohl den innovatorischen Effekt dieser Maßnahme. Ein weitergehender Modernisierungsschritt hätte die Gründung einer Gendarmerietruppe im Jahre 1808 sein können, mit der Lippe wie andere deutsche Staaten dem französischen Beispiel folgte. Auch hier war die Gendarmerie als staatliche, zentral gesteuerte, aber dezentral agierende, militärisch rekrutierte und beaufsichtigte Polizei des ländlichen Gebietes konzipiert. Da die lippische Gendarmerie jedoch schon 1814 aus finanziellen Gründen aufgelöst und erst 1842 wiedergegründet wurde, blieb diese Neuerung eine Episode, die es kaum rechtfertigt, hierin den »entscheidende(n) Durchbruch im Hinblick auf die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols« zu sehen.

Die Untersuchung unterstreicht, wie schwach die obrigkeitliche Verwaltung gerade in einem Kleinstaat wie Lippe noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts war und daß das Bild des alles kontrollierenden, breitflächig disziplinierenden absolutistischen Staates hier wenig mit der Realität zu tun hatte. Legt man die Maßstäbe des engen Polizeibegriffs des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts an, war der »Polizeistaat« der Vormoderne zweifellos ein »Mythos«, wie der Autor zutreffend resümiert. Dies für Lippe gezeigt zu haben, ist das wesentliche Ergebnis dieser Regionalstudie. Vor dem Hintergrund dieses empirischen Befundes ist die »optimistische« Gesamtinterpretation nicht recht überzeugend, die in zögernden, steckengebliebenen oder abgebrochenen Innovationsansätzen viel mehr Modernisierungspotential vermutet, als tatsächlich zu entdecken ist. Die Anstellung eines Dutzend Gendarmen für sechs Jahre läßt die neue Dimension staatlicher Gewalt nach innen bestenfalls ahnen; ein faktischer Durchbruch zur modernen Polizei war damit nicht erreicht. Selbst in Staaten wie Preußen war die Etablierung einer modernen, flächendeckenden Berufspolizei im wesentlichen eine Errungenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die lange Zeit von 1700 bis 1814 umfaßt auch in Lippe eher die Vorgeschichte als die eigentliche Entstehungsgeschichte des modernen staatlichen Gewaltapparates.

Ralph Jessen, Berlin

Kai Detlev Sievers, Leben in Armut – Zeugnisse der Armutskultur aus Lübeck und Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Verlag Boyens & Co., Heide 1991, 128 S., geb., 39,80 DM.

Seit den 1970er Jahren ist die Geschichte von Armut und Armenfürsorge verstärkt zum Forschungsgegenstand geworden. Deren Quellengrundlage war überwiegend schriftlicher Art. Der Bereich einer spezifischen Armutskultur wurde zumeist nur für gesellschaftliche

Randgruppen beleuchtet, etwa für Zigeuner, Räuberbanden, Vaganten bzw. allgemein Nichtseßhafte. Dagegen ist es das Anliegen von Sievers, mit dem vorliegenden Text-Bild-Band »den dinglichen Überlieferungen der Armutskultur nachzugehen« (S. 7), d. h. aus kulturwissenschaftlicher Perspektive die Frage nach einer Kultur der Armen, nach subkulturellen Lebensformen zu erheben.

So werden vorzugsweise Sachgegenstände der Armutskultur ins Bild gerückt. Dazu gehören Inschriftentafeln an Armenhäusern, Altarbilder, Opferstöcke, Leprosenklappern, Stifterporträts bis hin zu einem Archivschrank für Akten der Armenpflege aus dem 19. Jahrhundert. Wo regionalspezifisches Bildgut aus Lübeck und Schleswig-Holstein fehlte, wurde auf Abbildungen aus anderen Regionen zurückgegriffen. Hinsichtlich des Behandlungszeitraums bleiben Mittelalter und 20. Jahrhundert indessen Randerscheinungen. Das Buch wird als streng und klassisch gestalteter Text-Bild-Band bezeichnet, womit gemeint ist, daß die Abbildungen samt ihren Kommentaren auch losgelöst vom Text und umgekehrt betrachtet bzw. gelesen und verstanden werden können. Nachteilig am Textteil wirkt das wiederholte zeitliche Vor- und Zurückschreiten, das z. B. besonders bei Kapitel IV »Unterbringung der Armen« ins Auge fällt. Die mehr oder minder ineinander übergehende Aneinanderreihung der Geschichte einzelner Hospitäler, Arbeitshäuser und Stiftungen läßt die allgemeinen, übergeordneten chronologischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Armenfürsorge nicht eben klarer hervortreten. Dagegen sind die einzelnen »Exkurse« sauber aus den Quellen geschöpft. Dies gilt ebenso für die abgebildeten Sachgegenstände, die vor allem bei Stadt- und Kreisarchiven sowie dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv ermittelt wurden.

In sechs Kapiteln behandelt Sievers den Kreis der Armen, ihrer Patrone und weltlichen Wohltäter, die Nahrungsversorgung der Armen, ihre Kleidung, Unterbringung und Beschäftigung, sodann die Gerätschaften und Abzeichen der Armut und Armenfürsorge. Damit gelingt recht überzeugend die Dokumentation einer spezifischen Armutskultur, die dem Volkskundler wie dem Historiker keineswegs allein regional bezogene Informationen und Anregungen vermittelt. *Peter Blum, Mannheim*

Ulrike Dorn, Öffentliche Armenpflege in Köln von 1794–1871 (= Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande der Universität Bonn, Bd. 127), Böhlau Verlag, Köln etc. 1990, 168 S., geb., 54 DM.

Nach den jüngeren Forschungen zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Armut und Armenfürsorge in Köln von Irsigler, Jütte, Lassotta etc. behandelt das anzuzeigende Buch den Untersuchungszeitraum von 1794 bis 1871. Darin versucht Dorn den rechtlichen Grundstrukturen der öffentlichen Armenpflege in Köln nachzugehen. Die Autorin untersucht das französische Armenpflegerecht, seine für Köln spezifischen Spielarten und erhebt die Frage nach seinem Fortgelten während der preußischen Verwaltungszeit. Dorn sieht ihr Buch als einen Forschungsbeitrag zur kommunalen Leistungsverwaltung im 19. Jahrhundert. Die Arbeit wurde im Sommersemester 1989 als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen. Quellengrundlage bilden vornehmlich die im Historischen Archiv der Stadt Köln und im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf verwahrten relevanten Akten. Aus den Vorbemerkungen zur Quellenlage wird indessen auch ersichtlich, daß ein »großer Teil« der relevanten Akten »bisher archivisch noch nicht überprüft« und »deshalb noch unzugänglich« (S. 24) ist. Schwierigkeiten ergeben sich überdies, da die noch von Johann Schwarz im Rahmen seiner Arbeit über »Das Armenwesen der Stadt Köln vom Ende des achtzehnten

Randgruppen beleuchtet, etwa für Zigeuner, Räuberbanden, Vaganten bzw. allgemein Nichtseßhafte. Dagegen ist es das Anliegen von Sievers, mit dem vorliegenden Text-Bild-Band »den dinglichen Überlieferungen der Armutskultur nachzugehen« (S. 7), d. h. aus kulturwissenschaftlicher Perspektive die Frage nach einer Kultur der Armen, nach subkulturellen Lebensformen zu erheben.

So werden vorzugsweise Sachgegenstände der Armutskultur ins Bild gerückt. Dazu gehören Inschriftentafeln an Armenhäusern, Altarbilder, Opferstöcke, Leprosenklappern, Stifterporträts bis hin zu einem Archivschrank für Akten der Armenpflege aus dem 19. Jahrhundert. Wo regionalspezifisches Bildgut aus Lübeck und Schleswig-Holstein fehlte, wurde auf Abbildungen aus anderen Regionen zurückgegriffen. Hinsichtlich des Behandlungszeitraums bleiben Mittelalter und 20. Jahrhundert indessen Randerscheinungen. Das Buch wird als streng und klassisch gestalteter Text-Bild-Band bezeichnet, womit gemeint ist, daß die Abbildungen samt ihren Kommentaren auch losgelöst vom Text und umgekehrt betrachtet bzw. gelesen und verstanden werden können. Nachteilig am Textteil wirkt das wiederholte zeitliche Vor- und Zurückschreiten, das z. B. besonders bei Kapitel IV »Unterbringung der Armen« ins Auge fällt. Die mehr oder minder ineinander übergehende Aneinanderreihung der Geschichte einzelner Hospitäler, Arbeitshäuser und Stiftungen läßt die allgemeinen, übergeordneten chronologischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Armenfürsorge nicht eben klarer hervortreten. Dagegen sind die einzelnen »Exkurse« sauber aus den Quellen geschöpft. Dies gilt ebenso für die abgebildeten Sachgegenstände, die vor allem bei Stadt- und Kreisarchiven sowie dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv ermittelt wurden.

In sechs Kapiteln behandelt Sievers den Kreis der Armen, ihrer Patrone und weltlichen Wohltäter, die Nahrungsversorgung der Armen, ihre Kleidung, Unterbringung und Beschäftigung, sodann die Gerätschaften und Abzeichen der Armut und Armenfürsorge. Damit gelingt recht überzeugend die Dokumentation einer spezifischen Armutskultur, die dem Volkskundler wie dem Historiker keineswegs allein regional bezogene Informationen und Anregungen vermittelt. *Peter Blum, Mannheim*

Ulrike Dorn, Öffentliche Armenpflege in Köln von 1794–1871 (= Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande der Universität Bonn, Bd. 127), Böhlau Verlag, Köln etc. 1990, 168 S., geb., 54 DM.

Nach den jüngeren Forschungen zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Armut und Armenfürsorge in Köln von Irsigler, Jütte, Lassotta etc. behandelt das anzuzeigende Buch den Untersuchungszeitraum von 1794 bis 1871. Darin versucht Dorn den rechtlichen Grundstrukturen der öffentlichen Armenpflege in Köln nachzugehen. Die Autorin untersucht das französische Armenpflegerecht, seine für Köln spezifischen Spielarten und erhebt die Frage nach seinem Fortgelten während der preußischen Verwaltungszeit. Dorn sieht ihr Buch als einen Forschungsbeitrag zur kommunalen Leistungsverwaltung im 19. Jahrhundert. Die Arbeit wurde im Sommersemester 1989 als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen. Quellengrundlage bilden vornehmlich die im Historischen Archiv der Stadt Köln und im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf verwahrten relevanten Akten. Aus den Vorbemerkungen zur Quellenlage wird indessen auch ersichtlich, daß ein »großer Teil« der relevanten Akten »bisher archivisch noch nicht überprüft« und »deshalb noch unzugänglich« (S. 24) ist. Schwierigkeiten ergeben sich überdies, da die noch von Johann Schwarz im Rahmen seiner Arbeit über »Das Armenwesen der Stadt Köln vom Ende des achtzehnten

Jahrhunderts bis 1918« aus dem Jahr 1923 gemachten Angaben zu den verwerteten Quellen nach deren Auflösung leider nicht mehr archivalisch zu verwerten sind. Dadurch erfährt die Arbeit von Schwarz gewissermaßen Quellencharakter. Bedauerlich ist ferner, daß ein Teil der aus heutiger Sicht archivwürdig anmutenden Quellen bereits im vergangenen Jahrhundert kassiert wurde oder noch bis 1938 infolge abträglicher Lagerungsbedingungen vermoderte. Nichtsdestoweniger vermag die Arbeit zu überzeugen, weil Dorn die ab 1794 unter französischer Herrschaft eingeführten Verwaltungsreformen hinsichtlich ihrer Vorbilder, Umsetzungsstufen und Auswirkungen vorstellt, die bis zum Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz bzw. des entsprechenden Ausführungsgesetzes vom 8. 3. 1871 im wesentlichen Bestand hatten.

Aufgrund ihrer Forschungen kommt die Autorin zu dem Schluß, daß es sich bei Köln um eine der Städte mit dem größten Stiftungsvermögen zugunsten der Armen in Relation zu ihrer Einwohnerzahl in Deutschland handelte (S. 37). Ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung – in Notzeiten sogar bis zu 50 % – erhielten Unterstützungen (Geld, Naturalien, Hilfen in besonderen Lebenslagen) im Rahmen der öffentlichen Armenpflege, wobei sich in der Tat die Frage aufdrängt, ob hier überhaupt noch von öffentlicher Armenpflege gesprochen werden kann. Interessant sind auch die Ausführungen zu dem schon oft zitierten sogenannten Recht auf Armenunterstützung (S. 39 ff. u. 96 ff.), das de facto eben kein justitiables Rechtsgut meinte. Der vielversprechende Terminus war vielmehr »Relikt des von der Nationalversammlung aufgestellten sozialpolitischen Ziels« (S. 98) bzw. nur noch dessen terminologische Reflexwirkung. Der Terminus »Recht auf Unterstützung« bezog sich hingegen darauf, daß die Armenfürsorge auf gesetzlicher Grundlage erfolgte. Eine Verpflichtung zur Hilfe bestand nach damaligem Verständnis von seiten der Armenbehörden und ihrer ausführenden Organe gegenüber dem Staat – und eben nicht gegenüber dem Bedürftigen. Diesem stand lediglich der Beschwerdeweg offen. Das Buch enthält eine Vielzahl weiterer – in ihrer Bedeutung auch über Köln hinausragende – Aussagen und Folgerungen, deren Lektüre empfohlen werden kann, zumal angesichts des sprachlich klar und eingängig abgefaßten Textes, was bei juristischen Arbeiten keineswegs vorausgesetzt werden kann.

Peter Blum, Mannheim

Wolf Rainer Wendt, Geschichte der sozialen Arbeit. Von der Aufklärung bis zu den Alternativen und darüber hinaus, 3., überarb. u. erw. Aufl., Enke Verlag, Stuttgart 1990, X + 422 S., kart., 56 DM.

Anfang der 90er Jahre gerieten das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Rolle der beruflichen und freien Sozialarbeit in Westeuropa und in Nordamerika in eine Krise. Den Gründen dafür spürt W. R. Wendt nach, wobei er einerseits erhebliches Material zutage fördert, sich aber andererseits immer auf die westliche Sicht beschränkt. Nun ist die Sozialarbeit in Osteuropa zwar ebenfalls in einer tiefen Krise, doch hängt diese vorrangig mit dem Zusammenbruch des gesamten Systems sozialer Sicherung und ihrer Finanzierung in den ehemals »real-sozialistischen« Ländern zusammen. Im Westen dagegen haben individuell differenzierte Lebensgestaltung, Pluralismus der Lebensentwürfe und -stile, die Erwartung von mehr Selbständigkeit und Flexibilität die soziale Kleinarbeit mit den Gescheiterten und Schwachen der Gesellschaft entwertet.

Aber auch hier wird soziale Arbeit nicht überflüssig. Sie ist besonders bei zunehmender Migration, gegenüber von Suchtverhalten in der Bevölkerung und bei Langzeitarbeitslosigkeit notwendig. Aber auch die Altenhilfe muß neu organisiert werden, und der Bestand der Institution Familie ist gefährdet. Fragwürdig allerdings erscheint heute mehr denn je die Möglichkeit einer gradlinig bessernden und von sozialwissenschaftlichen Einsichten be-

Jahrhunderts bis 1918« aus dem Jahr 1923 gemachten Angaben zu den verwerteten Quellen nach deren Auflösung leider nicht mehr archivalisch zu verwerten sind. Dadurch erfährt die Arbeit von Schwarz gewissermaßen Quellencharakter. Bedauerlich ist ferner, daß ein Teil der aus heutiger Sicht archivwürdig anmutenden Quellen bereits im vergangenen Jahrhundert kassiert wurde oder noch bis 1938 infolge abträglicher Lagerungsbedingungen vermoderte. Nichtsdestoweniger vermag die Arbeit zu überzeugen, weil Dorn die ab 1794 unter französischer Herrschaft eingeführten Verwaltungsreformen hinsichtlich ihrer Vorbilder, Umsetzungsstufen und Auswirkungen vorstellt, die bis zum Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz bzw. des entsprechenden Ausführungsgesetzes vom 8. 3. 1871 im wesentlichen Bestand hatten.

Aufgrund ihrer Forschungen kommt die Autorin zu dem Schluß, daß es sich bei Köln um eine der Städte mit dem größten Stiftungsvermögen zugunsten der Armen in Relation zu ihrer Einwohnerzahl in Deutschland handelte (S. 37). Ein Drittel bis ein Viertel der Bevölkerung – in Notzeiten sogar bis zu 50 % – erhielten Unterstützungen (Geld, Naturalien, Hilfen in besonderen Lebenslagen) im Rahmen der öffentlichen Armenpflege, wobei sich in der Tat die Frage aufdrängt, ob hier überhaupt noch von öffentlicher Armenpflege gesprochen werden kann. Interessant sind auch die Ausführungen zu dem schon oft zitierten sogenannten Recht auf Armenunterstützung (S. 39 ff. u. 96 ff.), das de facto eben kein justitiables Rechtsgut meinte. Der vielversprechende Terminus war vielmehr »Relikt des von der Nationalversammlung aufgestellten sozialpolitischen Ziels« (S. 98) bzw. nur noch dessen terminologische Reflexwirkung. Der Terminus »Recht auf Unterstützung« bezog sich hingegen darauf, daß die Armenfürsorge auf gesetzlicher Grundlage erfolgte. Eine Verpflichtung zur Hilfe bestand nach damaligem Verständnis von seiten der Armenbehörden und ihrer ausführenden Organe gegenüber dem Staat – und eben nicht gegenüber dem Bedürftigen. Diesem stand lediglich der Beschwerdeweg offen. Das Buch enthält eine Vielzahl weiterer – in ihrer Bedeutung auch über Köln hinausragende – Aussagen und Folgerungen, deren Lektüre empfohlen werden kann, zumal angesichts des sprachlich klar und eingängig abgefaßten Textes, was bei juristischen Arbeiten keineswegs vorausgesetzt werden kann.

Peter Blum, Mannheim

Wolf Rainer Wendt, Geschichte der sozialen Arbeit. Von der Aufklärung bis zu den Alternativen und darüber hinaus, 3., überarb. u. erw. Aufl., Enke Verlag, Stuttgart 1990, X + 422 S., kart., 56 DM.

Anfang der 90er Jahre gerieten das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Rolle der beruflichen und freien Sozialarbeit in Westeuropa und in Nordamerika in eine Krise. Den Gründen dafür spürt W. R. Wendt nach, wobei er einerseits erhebliches Material zutage fördert, sich aber andererseits immer auf die westliche Sicht beschränkt. Nun ist die Sozialarbeit in Osteuropa zwar ebenfalls in einer tiefen Krise, doch hängt diese vorrangig mit dem Zusammenbruch des gesamten Systems sozialer Sicherung und ihrer Finanzierung in den ehemals »real-sozialistischen« Ländern zusammen. Im Westen dagegen haben individuell differenzierte Lebensgestaltung, Pluralismus der Lebensentwürfe und -stile, die Erwartung von mehr Selbständigkeit und Flexibilität die soziale Kleinarbeit mit den Gescheiterten und Schwachen der Gesellschaft entwertet.

Aber auch hier wird soziale Arbeit nicht überflüssig. Sie ist besonders bei zunehmender Migration, gegenüber von Suchtverhalten in der Bevölkerung und bei Langzeitarbeitslosigkeit notwendig. Aber auch die Altenhilfe muß neu organisiert werden, und der Bestand der Institution Familie ist gefährdet. Fragwürdig allerdings erscheint heute mehr denn je die Möglichkeit einer gradlinig bessernden und von sozialwissenschaftlichen Einsichten be-

stimmten Arbeit in und an der Gesellschaft. Grundsätzlich geschieht soziale Arbeit aus sozialen bzw. aus gesellschaftlichen Gründen – und nicht als bloße Nothilfe oder aus Altruismus.

Der Verfasser versucht, die sich in Sozialarbeit äußernden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Interessen und Impulse sozialer Bewegungen in den letzten zwei Jahrhunderten darzulegen. Dabei untersucht er soziale Arbeit als »das Insgesamt der in der Gesellschaft vorkommenden Aktivitäten mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse innerhalb des Gemeinwesens für die ihm angehörenden Menschen zu verbessern.« (S. 1) Diese Aktivitäten sind in berufliche Sozialarbeit, formenreiches freitätiges Engagement und in breite Bewegungen mit dem Wunsch entschiedener Veränderungen der Lebensverhältnisse zu gliedern. So entstanden ab der Mitte des 18. Jahrhunderts die ersten praktischen Unternehmen (z. B. gemeinnützige Gesellschaften), und es gab publizistische Anstöße (z. B. durch die französischen Aufklärer, durch deutsche Philanthropen und englische Projektmacher) zur Gestaltung von Sozialpolitik. Diese gelangten in der Französischen Revolution und in den ihr folgenden wirtschaftlichen Prozessen zu neuer Bedeutung. Bis 1848 dominierte in Westeuropa der Gedanke an weitreichende wirtschaftliche Reformen, in den folgenden 40 Jahren kam es dann allerdings zur Einordnung von Sozialpolitik in das Funktionieren und die Perspektiven der großen Industrie. Besonders in den angelsächsischen Ländern bekam die Philanthropie feste Leistungsaufgaben zugewiesen. Abzuarbeiten war das mit dem Fortschritt unvereinbare öffentliche Elend; der entstehende Wohlfahrtsstaat reagierte letztlich auf Mängel seiner inneren Verfassung.

Nach der Organisation der Initiativen einzelner als Sozialarbeit folgte ihre Institutionalisierung als Beruf im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in Großbritannien, den USA und Deutschland. Besonders die deutsche soziale Arbeit mußte schon bald staats- und reformpädagogische Vorgaben akzeptieren. Ein solches Vorgehen führte in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auch in Schweden, dann in den USA und in Großbritannien zur rechtlichen und finanziellen Institutionalisierung sowie zur Ideologisierung des Wohlfahrtsstaates.

Heute allerdings ist die Perspektive wieder offen. So änderte sich mit der konservativen Wende Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre in wichtigen westeuropäischen Ländern und in den USA der »Zeitgeist«. Gegen die Sozialarbeit standen jetzt Individualisierung, Computertechnologie und wirtschaftliche Effizienz. Dieser Trend setzt sich bis heute fort. Der Abstand zwischen denen, die es schaffen, und denen, die auf der Strecke bleiben, wird größer. In einzelnen Bereichen boomt die Wirtschaft und zieht qualifizierte Arbeitskräfte an, in anderen gibt es steigende Arbeitslosenzahlen. Vor allem aber wird erhöhte Mobilität gefordert, die mit mehr Chancen, aber auch mit größeren Gefahren verbunden ist, aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden.

Wenn der Ausgleich der Lebensverhältnisse innerhalb einer Nation schon immer Aufgabe der Sozialpolitik war, so verstärkt sich diese Herausforderung in einem ehemals getrennten Land wie Deutschland. Noch nicht im Blickfeld von Wendt war, welche neue Wege Sozialpolitik in der Bundesrepublik jetzt gehen muß, um nicht zwei Landesteile mit unterschiedlicher sozialer Sicherheit entstehen bzw. fortexistieren zu lassen. Zu den Anforderungen, die dadurch entstehen, daß im Osten ganze soziale Systeme zusammengebrochen sind, kommen noch die, die sich aus dem Nord-Süd-Gefälle ergeben. Zur Zeit erscheint es so, als wenn sich in den technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen soziale Interessen vornehmlich auf die persönliche Bewältigung des Wandels richten. Dabei wird die Frage nach einer gerechten Weltordnung für eine Bevölkerungsmehrheit irrelevant. Wer fragt heute noch nach der von George Bush nach dem Ende des Golf-Krieges versprochenen »gerechten Weltordnung«?

Nach dem Scheitern des »realen Sozialismus« gestaltet sich die Bühne für Sozialarbeit aber auch deshalb neu, weil dieser – in positiver und negativer Hinsicht – eine Herausfor-

derung darstellte, die nun fehlt. Sozialpolitik muß sich jetzt verstärkt innerhalb eines weitgehend einheitlichen gesellschaftlichen Systems in Nordamerika, West- und Mitteleuropa orientieren. Das Ziel bleibt dabei eine lebenswerte gemeinsame Welt, wenn auch noch offen ist, wie diese letztlich zu erreichen ist. Wendt ist zuzustimmen, wenn er meint, daß dieses Ziel nicht individuell erreicht werden kann, sondern nur durch die »Bemühung der Beteiligten um den Wert und Sinn gemeinsamen menschenwürdigen Lebens in Situationen, in denen es aus materiellen oder anderen Gründen an ihm mangelt.« (S. 353) So wird die soziale Aufgabe eine ethische Anforderung an die gesamte Gesellschaft bleiben.

Rainer Eckert, Berlin

Günter Kalbaum (Hrsg.), Die freiwilligen sozialen Leistungen des Privatversicherungsgewerbes im Jahre 1936. Eine Dokumentation (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 62), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, XIV + 187 S., kart., 48 DM.

Im Rahmen des Forschungsprojektes »Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung von Arbeitnehmern ausgewählter deutscher Unternehmen« dokumentiert die »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte« einen Enquete-Bericht des Fachamtes Versicherungen und Banken der DAF als Faksimile. Dieser vertrauliche Bericht aus dem Jahr 1936, der mit 290 Unternehmen fast das gesamte Privatversicherungsgewerbe erfaßte, beschreibt minutiös die Vielzahl der freiwilligen sozialen Leistungen und gibt einen umfassenden statistischen Bericht über Personal- und Gehaltsstruktur der Versicherungen.

Der Verfasser des Berichts, ein Mitarbeiter des DAF-Fachamtes Versicherungen und Banken, ermittelte dabei einen überraschend hohen Anteil der freiwilligen Sozialleistungen in Höhe von 22 % der Gehaltssumme. Obgleich sich die Sozialleistungen des Versicherungsgewerbes strukturell nicht mit den Leistungen der Industrie vergleichen ließen, machte die Höhe der Gehaltsgratifikationen, Gewinnbeteiligungen und betrieblichen Pensionsleistungen einen nachhaltigen Eindruck auf die DAF. Bemerkenswert war dabei der sehr geringe Anteil typisch »nationalsozialistischer« Sozialleistungen von nur 3 % aller Aufwendungen. Für politisch geförderte und geforderte Gemeinschaftsaktivitäten wie Betriebssport und KdF-Veranstaltungen gab nur eine Minderheit der Privatversicherungen Geld aus; DAF-Werkscharen bestanden nur in wenigen größeren Unternehmen. Auch die freiwilligen Kinderzulagen können weniger als ideologisch gewollte Förderung der nationalsozialistischen Geburtenpolitik denn als traditionelle paternalistische Sozialfürsorge interpretiert werden. Alles in allem schien sich der Charakter der betrieblichen Sozialpolitik im Nationalsozialismus nur wenig geändert zu haben.

Der Enquete-Bericht der DAF ist eine einzigartige Quelle zur Erforschung betrieblicher Sozialpolitik in einer Dienstleistungsbranche im Nationalsozialismus und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entmythologisierung der DAF. Dieses Dokument muß vor allem im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen dem pommerschen NSDAP-Gauleiter Franz Schwede-Coburg und der Reichsgruppe Versicherungen unter dem Allianz-Vorstandsvorsitzenden Eduard Hilgard sowie dem Reichsversicherungsamt gesehen werden. Die Ergebnisse der DAF-Enquete waren hierbei wenig geeignet, die Forderungen Schwede-Coburgs – seit 1934 zugleich Vorsitzender des Verbandes öffentlich-rechtlicher Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen – nach Verstaatlichung des privaten Versicherungsgewerbes innerhalb der DAF zu popularisieren.

Das Vorwort des Herausgebers geht leider nicht auf den Stellenwert des Enquete-Berichts für die Auseinandersetzung zwischen Schwede-Coburg und der Reichsgruppe Versicherungen ein. Auch die Entstehung des Berichtes bleibt (mangels überlieferter Hin-

derung darstellte, die nun fehlt. Sozialpolitik muß sich jetzt verstärkt innerhalb eines weitgehend einheitlichen gesellschaftlichen Systems in Nordamerika, West- und Mitteleuropa orientieren. Das Ziel bleibt dabei eine lebenswerte gemeinsame Welt, wenn auch noch offen ist, wie diese letztlich zu erreichen ist. Wendt ist zuzustimmen, wenn er meint, daß dieses Ziel nicht individuell erreicht werden kann, sondern nur durch die »Bemühung der Beteiligten um den Wert und Sinn gemeinsamen menschenwürdigen Lebens in Situationen, in denen es aus materiellen oder anderen Gründen an ihm mangelt.« (S. 353) So wird die soziale Aufgabe eine ethische Anforderung an die gesamte Gesellschaft bleiben.

Rainer Eckert, Berlin

Günter Kalbaum (Hrsg.), Die freiwilligen sozialen Leistungen des Privatversicherungsgewerbes im Jahre 1936. Eine Dokumentation (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 62), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, XIV + 187 S., kart., 48 DM.

Im Rahmen des Forschungsprojektes »Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung von Arbeitnehmern ausgewählter deutscher Unternehmen« dokumentiert die »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte« einen Enquete-Bericht des Fachamtes Versicherungen und Banken der DAF als Faksimile. Dieser vertrauliche Bericht aus dem Jahr 1936, der mit 290 Unternehmen fast das gesamte Privatversicherungsgewerbe erfaßte, beschreibt minutiös die Vielzahl der freiwilligen sozialen Leistungen und gibt einen umfassenden statistischen Bericht über Personal- und Gehaltsstruktur der Versicherungen.

Der Verfasser des Berichts, ein Mitarbeiter des DAF-Fachamtes Versicherungen und Banken, ermittelte dabei einen überraschend hohen Anteil der freiwilligen Sozialleistungen in Höhe von 22 % der Gehaltssumme. Obgleich sich die Sozialleistungen des Versicherungsgewerbes strukturell nicht mit den Leistungen der Industrie vergleichen ließen, machte die Höhe der Gehaltsgratifikationen, Gewinnbeteiligungen und betrieblichen Pensionsleistungen einen nachhaltigen Eindruck auf die DAF. Bemerkenswert war dabei der sehr geringe Anteil typisch »nationalsozialistischer« Sozialleistungen von nur 3 % aller Aufwendungen. Für politisch geförderte und geforderte Gemeinschaftsaktivitäten wie Betriebssport und KdF-Veranstaltungen gab nur eine Minderheit der Privatversicherungen Geld aus; DAF-Werkscharen bestanden nur in wenigen größeren Unternehmen. Auch die freiwilligen Kinderzulagen können weniger als ideologisch gewollte Förderung der nationalsozialistischen Geburtenpolitik denn als traditionelle paternalistische Sozialfürsorge interpretiert werden. Alles in allem schien sich der Charakter der betrieblichen Sozialpolitik im Nationalsozialismus nur wenig geändert zu haben.

Der Enquete-Bericht der DAF ist eine einzigartige Quelle zur Erforschung betrieblicher Sozialpolitik in einer Dienstleistungsbranche im Nationalsozialismus und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entmythologisierung der DAF. Dieses Dokument muß vor allem im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen dem pommerschen NSDAP-Gauleiter Franz Schwede-Coburg und der Reichsgruppe Versicherungen unter dem Allianz-Vorstandsvorsitzenden Eduard Hilgard sowie dem Reichsversicherungsamt gesehen werden. Die Ergebnisse der DAF-Enquete waren hierbei wenig geeignet, die Forderungen Schwede-Coburgs – seit 1934 zugleich Vorsitzender des Verbandes öffentlich-rechtlicher Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen – nach Verstaatlichung des privaten Versicherungsgewerbes innerhalb der DAF zu popularisieren.

Das Vorwort des Herausgebers geht leider nicht auf den Stellenwert des Enquete-Berichts für die Auseinandersetzung zwischen Schwede-Coburg und der Reichsgruppe Versicherungen ein. Auch die Entstehung des Berichtes bleibt (mangels überlieferter Hin-

weise in den einschlägigen Aktenbeständen?) im Dunkeln. Eine kritische und erläuternde Edition hätte den Wert dieser verdienstvollen Publikation noch erhöht. Während den klassischen Allgemeinhistorikern mit Erklärungen von Fachtermini der Versicherungswirtschaft gedient wäre, könnten Erläuterungen zu nicht allgemein bekannten nationalsozialistischen Begriffen und Institutionen wie »Schönheit der Arbeit« und »Werkscharen« die Benutzbarkeit für Laien in der NS-Sozialgeschichte noch verbessern.

Christopher Kopper, Göttingen

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken/Rolf Aschermann, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. I. Gesetze und Verordnungen 1867–1969 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, XVI + 163 S., geb., 38 DM.

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken/Rolf Aschermann, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. II. Parlamentarische Materialien 1866–1922 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 849 S., Ln., 98 DM.

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. III. Parlamentarische und sonstige Materialien 1923–1969 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, XVIII + 730 S., Ln., 88 DM.

Volker Beuthien, Genossenschaftsrecht: woher – wohin? Hundert Jahre Genossenschaftsgesetz 1889–1989 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 69), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 157 S., geb., 36 DM.

Auch wenn es sich nicht um entlegene Fundstellen handelt – Parlamentsprotokolle samt Anlagen, Gesetzesblätter sind die Quellen –, ist die vorliegende dreibändige Sammlung von Texten und Materialien plus einem Kommentarband eine außerordentlich nützliche Vorarbeit für historische Studien zum Genossenschaftswesen. Man würde sich so etwas für andere Gebiete wünschen. Der Bearbeitungszeitraum umfaßt mehr als ein Jahrhundert vom ersten »Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften« von 1867 bis zum letzten, Genossenschaftsangelegenheiten regelnden »Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts« von 1985. Die Überschrift über dem Band datiert den erfaßten Zeitraum übrigens irreführend nur auf 1969. Die Bearbeiter haben Kärrnerarbeit geleistet. Mit drei handlichen Bänden lassen sich die Schritte der Gesetzgebung nun im einzelnen über ein Jahrhundert verfolgen. Anzumerken ist, daß nicht nur die Hauptgesetze, sondern auch alle kleineren Veränderungen und Ergänzungen erfaßt wurden. Sehr nützlich ist ferner die Tatsache, daß parallel zu den trockenen juristischen Paragraphen für einen Teil der Gesetze die relevanten Parlamentsverhandlungen mitabgedruckt sind.

Das Vorwort im ersten Band beschränkt sich mit knapp zwei Seiten Text auf die nötigsten editorischen Hinweise. Die Stelle einer kommentierenden Einleitung nimmt eine separate Veröffentlichung ein, die die Grundlinien der Rechtsentwicklung nachzeichnet. Tatsächlich handelt es sich allerdings mehr um eine Darstellung des gegenwärtigen Rechtszustandes mit kurzen historischen Einschüben. Das ausgebreitete historische Material wird nicht ausgeschöpft. Volker Beuthien, der diesen Überblick verfaßt hat, gehört zu den nicht wenigen entschiedenen Kritikern der letzten Genossenschaftsgesetzgebung. Diese

weise in den einschlägigen Aktenbeständen?) im Dunkeln. Eine kritische und erläuternde Edition hätte den Wert dieser verdienstvollen Publikation noch erhöht. Während den klassischen Allgemeinhistorikern mit Erklärungen von Fachtermini der Versicherungswirtschaft gedient wäre, könnten Erläuterungen zu nicht allgemein bekannten nationalsozialistischen Begriffen und Institutionen wie »Schönheit der Arbeit« und »Werkscharen« die Benutzbarkeit für Laien in der NS-Sozialgeschichte noch verbessern.

Christopher Kopper, Göttingen

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken/Rolf Aschermann, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. I. Gesetze und Verordnungen 1867–1969 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, XVI + 163 S., geb., 38 DM.

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken/Rolf Aschermann, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. II. Parlamentarische Materialien 1866–1922 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 849 S., Ln., 98 DM.

Volker Beuthien/Ulrich Hüsken, Materialien zum Genossenschaftsgesetz. III. Parlamentarische und sonstige Materialien 1923–1969 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Sonderband), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, XVIII + 730 S., Ln., 88 DM.

Volker Beuthien, Genossenschaftsrecht: woher – wohin? Hundert Jahre Genossenschaftsgesetz 1889–1989 (= Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 69), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 157 S., geb., 36 DM.

Auch wenn es sich nicht um entlegene Fundstellen handelt – Parlamentsprotokolle samt Anlagen, Gesetzesblätter sind die Quellen –, ist die vorliegende dreibändige Sammlung von Texten und Materialien plus einem Kommentarband eine außerordentlich nützliche Vorarbeit für historische Studien zum Genossenschaftswesen. Man würde sich so etwas für andere Gebiete wünschen. Der Bearbeitungszeitraum umfaßt mehr als ein Jahrhundert vom ersten »Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften« von 1867 bis zum letzten, Genossenschaftsangelegenheiten regelnden »Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts« von 1985. Die Überschrift über dem Band datiert den erfaßten Zeitraum übrigens irreführend nur auf 1969. Die Bearbeiter haben Kärrnerarbeit geleistet. Mit drei handlichen Bänden lassen sich die Schritte der Gesetzgebung nun im einzelnen über ein Jahrhundert verfolgen. Anzumerken ist, daß nicht nur die Hauptgesetze, sondern auch alle kleineren Veränderungen und Ergänzungen erfaßt wurden. Sehr nützlich ist ferner die Tatsache, daß parallel zu den trockenen juristischen Paragraphen für einen Teil der Gesetze die relevanten Parlamentsverhandlungen mitabgedruckt sind.

Das Vorwort im ersten Band beschränkt sich mit knapp zwei Seiten Text auf die nötigsten editorischen Hinweise. Die Stelle einer kommentierenden Einleitung nimmt eine separate Veröffentlichung ein, die die Grundlinien der Rechtsentwicklung nachzeichnet. Tatsächlich handelt es sich allerdings mehr um eine Darstellung des gegenwärtigen Rechtszustandes mit kurzen historischen Einschüben. Das ausgebreitete historische Material wird nicht ausgeschöpft. Volker Beuthien, der diesen Überblick verfaßt hat, gehört zu den nicht wenigen entschiedenen Kritikern der letzten Genossenschaftsgesetzgebung. Diese

stärkte, was auch von vielen Gruppen der Alternativbewegung als »Denaturierung« des Genossenschaftsideals moniert wird, die Stellung des Genossenschaftsvorstandes zu Lasten der Basis. Aus historischer Sicht relativiert sich diese Kritik jedoch erheblich. Die entscheidenden Weichenstellungen lagen viel früher. Wer mehr wissen will, muß sich auf die Materialien selbst einlassen. Hierzu nur einige knappe Bemerkungen:

Historisch gesehen gehören Genossenschaften zu dem breiten Spektrum von sozialpolitischen Institutionen, die sich aus der Assoziationsbewegung des Vormärz ausdifferenzierten und nach ihrer praktischen Bewährung durch den Gesetzgeber sanktioniert wurden. In der weiteren Entwicklung kam dem Genossenschaftsrecht eine besondere Bedeutung zu, weil es nicht nur die Verstetigung der flüssigen und disparaten Selbsthilfe zu einer stabilen Bewegung ermöglichte und diese als klar definiertes Rechtssubjekt in die Marktökonomie einpaßte, sondern auch deshalb, weil gerade in Deutschland der Gesetzgeber den Verlauf der genossenschaftlichen Bewegung entscheidend kanalisierte. Daß Recht und Macht in enger Beziehung zueinander stehen, zeigt gerade die Geschichte des Genossenschaftsrechtes, welches so offenkundig wie wenig andere von einseitigen sozialen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt wurde.

Überblickt man die Entwicklung des Rechts seit dem ersten Genossenschaftsgesetz von 1867, das noch ganz die Handschrift des Ältervaters der mittelständischen Genossenschaftsbewegung, Schulze-Delitzschs, trug, lassen sich folgende langfristige Trends ausmachen:

1. Ein grundsätzliches, über die Parteigrenzen hinweggehendes Wohlwollen gegenüber einer Selbsthilfeform, die versprach, den Staat und die Bürokratie von wichtigen sozialpolitischen Aufgaben und Erwartungen zu entlasten. Solche Aufgaben waren vor allem der Mittelstandsschutz und die Wahrung von Konsumenteninteressen. Genaueres Hinsehen zeigt allerdings, daß dieses Wohlwollen nicht allen Zweigen der Selbsthilfebewegung in gleicher Weise galt. Dennoch ist festzuhalten, daß das Recht insgesamt gesehen einen wesentlichen Anteil daran hatte, daß Deutschland in einem Ausmaß wie wenig andere europäische Gesellschaften zu einem Land der Genossenschaften wurde. Angesichts der Konzentration auch der neueren sozialgeschichtlichen Forschung auf die Geschichte behördengelenkter Sozialpolitik – zentralstaatlicher oder kommunaler Art – lohnt es sich, an diese Tatsache zu erinnern.

2. Eine Tendenz zur Formalisierung der Binnenstrukturen durch die fortschreitende »Entlastung« der Basis (»Generalversammlung«) von direkten Eingriffsmöglichkeiten in die Geschäftsführung (Aufsichtsrat/Vorstand); die Einführung repräsentativer Formen der Demokratie durch Vertreterwahlen bei großen Genossenschaften (1922); eine immer schärfere Trennung von Geschäftsführung und Kontrolle etc. bis hin zur letzten Novellierung des Gesetzes von 1973, die dem Vorstand so außerordentliche Vollmachten verlieh, daß seine Stellung inzwischen zum Teil stärker und von Kontrolle unabhängiger ist als bei Aktiengesellschaften.

3. Eine eindeutige Bevorzugung der für den »alten Mittelstand« – Handwerker, Kleinkaufleute, Bauern – relevanten Genossenschaftsformen (Kreditgenossenschaften) und eine zum Teil scharfe Diskriminierung derjenigen Teile des Genossenschaftswesens, die von Arbeitnehmern und Konsumenten (Konsumvereine/Baugenossenschaften) getragen wurden. Der utopische Gehalt der Genossenschaftsform, zu deren Wurzeln die frühliberale Idee einer klassenlosen Bürgergesellschaft gehört, hielt dem Druck der klassengesellschaftlichen Realität nicht stand. Schon das erste Genossenschaftsgesetz von 1867 stellte mit der unbeschränkten Haftung jedes einzelnen Genossen im Konkursfalle ganz auf die Bedürfnisse der mittelständischen Genossenschaften ab. Nur so, schien es Schulze-Delitzsch, gewönnen die Genossenschaften den für ihre Entwicklung notwendigen Kredit. Für die Konsumvereine dagegen bedeuteten diese Bestimmungen eine schwere Belastung, weil sie es erschwerten, daß sich in ihnen bessergestellte Gruppen mit Unterschichten zu risikoreichen

wirtschaftlichen Zwecken vereinigten. Eine andere offene Diskriminierung der Konsumvereine, die unmittelbar auf den Druck der sich seit den 1890er Jahren formierenden und zugleich radikalisierenden Mittelstandsbewegung zustande kam, war das gesetzliche Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder durch die Ergänzung von 1889/1896. Diese rechtliche Fixierung stellte die richterliche und polizeiliche Überwachung der Vereine auf Dauer. Wichtige Etappen im Prozeß der Denaturierung und Zerstörung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung waren die Gesetze, welche nach der nationalsozialistischen Machtergreifung erlassen wurden, darunter insbesondere die »Verordnung zur Anpassung der verbrauchergenossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse« vom Februar 1941 und in den 50er Jahren das »Rabattgesetz« von 1954, welches unter dem Vorwand der Gleichbehandlung wichtige genossenschaftstypische Elemente der Konsumvereine unter Druck setzte und die Umwandlung der Vereine in normale Aktiengesellschaften beschleunigte.

4. Zu den auffälligen Unterschieden zwischen englischem und deutschem Genossenschaftsrecht gehört die Tatsache, daß der Mantel des englischen Rechts ungleich weiter und lockerer war. Der Trend zur Formalisierung genossenschaftlicher Selbsthilfestrukturen im Verlauf der Rechtsentwicklung ist insofern eben nicht allein als folgerichtiger Anpassungsprozeß an Zwänge des wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu verstehen. Er ist vielmehr auch der Ausdruck einer im deutschen Fall besonders ausgeprägten Neigung des Staates und seiner Verwaltung, diesen Prozeß im einzelnen zu regulieren. Ein Beispiel dafür sind die 1889 geschaffenen Revisionsverbände im deutschen Recht, die eine ordentliche Geschäftsführung (in wessen Interesse?) der Einzelgenossenschaften sichern sollten und denen im englischen Recht nichts Vergleichbares gegenüberstand. Auch in der Geschichte der Selbsthilfe hinterließen spezifische, letztlich nur historisch und im Vergleich verstehbare Traditionen bis heute ihre Spuren. *Michael Prinz, Münster*

Rainer Schröder, Die Entwicklung des Kartellrechts und des kollektiven Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts vor 1914, Grener Verlag, Ebelsbach 1988, 587 S., Ln., 174 DM.

Rechtsprechung beinhaltet die Subsumtion von Tatbeständen unter Rechtssätze (Paul Laband). Tatbestände können sich freilich der Subsumtion entziehen, wenn korrespondierende Normen fehlen. Das ist die Stunde richterlicher Rechtsschöpfung. Die Rechtsprechung des Kaiserreichs sah sich nach 1890 dem »pausenlosen Heranbranden rechtlich nicht normierter Konflikte« (S. 525) ausgesetzt. Sie resultierten aus einer zusehends durch Verbände, Kapitalkonzentration, vermachtete Märkte sowie antagonistisch agierende Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bestimmten Wirtschaftsordnung. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 gründete dagegen immer noch in der Vorstellung, die prinzipiell gleichstark gedachten Wirtschaftssubjekte regelten ihre Beziehungen am besten in freier Vereinbarung. Gegenüber dem von Kartellen und Gewerkschaften nach außen und nach innen ausgeübten Zwang versagten die überlieferten zivilrechtlichen Instrumentarien.

Der rechtlichen Bewältigung dieses Organisationszwanges durch den Zivilsenat des Reichsgerichtes attestiert Schröder »geniale Züge«. (S. 444) Denn das Gericht hat unter Beachtung der unzulänglichen Normen (z. B. §§ 138, 723 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches) Sätze aufgestellt, die den wirtschaftlichen Kampf von Arbeitern und Unternehmern als systembedingt akzeptierten und ihm einen Spielraum definierten, ohne die Einheitlichkeit des Rechts in Spezialnormen aufzulösen. Angesichts der »wirtschaftsfriedlichen« Rechtsprechung in der frühen Bundesrepublik vertrat das Reichsgericht liberalere Positionen. Dieses Ergebnis überrascht. Landläufig erscheint die wilhelminische Justiz als Para-

wirtschaftlichen Zwecken vereinigten. Eine andere offene Diskriminierung der Konsumvereine, die unmittelbar auf den Druck der sich seit den 1890er Jahren formierenden und zugleich radikalisierenden Mittelstandsbewegung zustande kam, war das gesetzliche Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder durch die Ergänzung von 1889/1896. Diese rechtliche Fixierung stellte die richterliche und polizeiliche Überwachung der Vereine auf Dauer. Wichtige Etappen im Prozeß der Denaturierung und Zerstörung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung waren die Gesetze, welche nach der nationalsozialistischen Machtergreifung erlassen wurden, darunter insbesondere die »Verordnung zur Anpassung der verbrauchergenossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse« vom Februar 1941 und in den 50er Jahren das »Rabattgesetz« von 1954, welches unter dem Vorwand der Gleichbehandlung wichtige genossenschaftstypische Elemente der Konsumvereine unter Druck setzte und die Umwandlung der Vereine in normale Aktiengesellschaften beschleunigte.

4. Zu den auffälligen Unterschieden zwischen englischem und deutschem Genossenschaftsrecht gehört die Tatsache, daß der Mantel des englischen Rechts ungleich weiter und lockerer war. Der Trend zur Formalisierung genossenschaftlicher Selbsthilfestrukturen im Verlauf der Rechtsentwicklung ist insofern eben nicht allein als folgerichtiger Anpassungsprozeß an Zwänge des wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu verstehen. Er ist vielmehr auch der Ausdruck einer im deutschen Fall besonders ausgeprägten Neigung des Staates und seiner Verwaltung, diesen Prozeß im einzelnen zu regulieren. Ein Beispiel dafür sind die 1889 geschaffenen Revisionsverbände im deutschen Recht, die eine ordentliche Geschäftsführung (in wessen Interesse?) der Einzelgenossenschaften sichern sollten und denen im englischen Recht nichts Vergleichbares gegenüberstand. Auch in der Geschichte der Selbsthilfe hinterließen spezifische, letztlich nur historisch und im Vergleich verstehbare Traditionen bis heute ihre Spuren. *Michael Prinz, Münster*

Rainer Schröder, Die Entwicklung des Kartellrechts und des kollektiven Arbeitsrechts durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts vor 1914, Grener Verlag, Ebelsbach 1988, 587 S., Ln., 174 DM.

Rechtsprechung beinhaltet die Subsumtion von Tatbeständen unter Rechtssätze (Paul Laband). Tatbestände können sich freilich der Subsumtion entziehen, wenn korrespondierende Normen fehlen. Das ist die Stunde richterlicher Rechtsschöpfung. Die Rechtsprechung des Kaiserreichs sah sich nach 1890 dem »pausenlosen Heranbranden rechtlich nicht normierter Konflikte« (S. 525) ausgesetzt. Sie resultierten aus einer zusehends durch Verbände, Kapitalkonzentration, vermachtete Märkte sowie antagonistisch agierende Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bestimmten Wirtschaftsordnung. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 gründete dagegen immer noch in der Vorstellung, die prinzipiell gleichstark gedachten Wirtschaftssubjekte regelten ihre Beziehungen am besten in freier Vereinbarung. Gegenüber dem von Kartellen und Gewerkschaften nach außen und nach innen ausgeübten Zwang versagten die überlieferten zivilrechtlichen Instrumentarien.

Der rechtlichen Bewältigung dieses Organisationszwanges durch den Zivilsenat des Reichsgerichtes attestiert Schröder »geniale Züge«. (S. 444) Denn das Gericht hat unter Beachtung der unzulänglichen Normen (z. B. §§ 138, 723 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches) Sätze aufgestellt, die den wirtschaftlichen Kampf von Arbeitern und Unternehmern als systembedingt akzeptierten und ihm einen Spielraum definierten, ohne die Einheitlichkeit des Rechts in Spezialnormen aufzulösen. Angesichts der »wirtschaftsfriedlichen« Rechtsprechung in der frühen Bundesrepublik vertrat das Reichsgericht liberalere Positionen. Dieses Ergebnis überrascht. Landläufig erscheint die wilhelminische Justiz als Para-

debeispiel einer »Klassenjustiz«: dem gewerkschaftlichen Arbeiter feindselig, dem Unternehmer wohlgesonnen.

Aber die komparative Analyse verdeutlicht ein weiteres Mal die »Zerrissenheit der wilhelminischen Gesellschaft«. (S. 528) Ihr Weg in den modernen Verbands- und Parteienpluralismus wurde durch vorindustrielle Mentalitäten und den Solidarprotektionismus von Großindustrie und Großgrundbesitz behindert. Deren politischen Einfluß ist es maßgeblich zuzuschreiben, daß die Reichsregierung trotz mehrerer Kartelldebatten des Reichstages nicht die Initiative zur Regelung der veränderten Wirtschaftsordnung ergriff. Andererseits war die Kartellgesetzgebung in Österreich und den USA nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Und die Wissenschaft, Nationalökonomen wie Juristen, waren sich keinesfalls schlüssig, was denn gegebenenfalls gegen negative Erscheinungen der Kartellbildung unternommen werden sollte. Die gemeinhin (und auch von Schröder) nicht erwähnte Ausnahme stellt allerdings die Errichtung des Reichsversicherungsaufsichtsamtes 1901 dar, mit dem der Staat die materielle Aufsicht über einen Gewerbezweig übernahm.

Vor allem die Großindustrie profitierte von der Grundsatzentscheidung des Reichsgerichtes von 1897. Es legitimierte Kartelle, die ihre Grenzen erst in der völligen Ausschaltung der Konkurrenz durch das Monopol und in der Existenzvernichtung von Außenseitern und Abnehmern, also in der Aufhebung der Gewerbefreiheit als Prinzip finden sollten. Den späteren ordoliberalen Kritikern dieser Entscheidung weist Schröder nach, daß das Reichsgericht die bis dahin einhellige Auffassung der Nationalökonomen von den Kartellen als stabilisierende Reaktionen auf konjunkturelle Wechsellagen rezipierte. Unter anderem am Beispiel des Boykotts zeigt Schröder, daß der Zivilsenat die Kartelle der Unternehmer und die Kartelle der Arbeiter, die Gewerkschaften, vom Grundsatz her gleichbehandelte. Freilich zog er die Grenzen in Form des Verbots unsittlicher oder ruinöser Maßnahmen im zweiten Fall etwas enger. Das galt besonders seit den für die Sozialdemokratie erfolgreichen Reichstagswahlen von 1912. Grundsätzlich erkannte der Zivilsenat den vor allem bei kleinen und mittleren Gewerbetreibenden erfolgreichen Arbeitskampf als legitim.

Die eigentliche Ungleichbehandlung der Gewerkschaften erfolgte durch die strafrechtliche Verfolgung ihrer Kampfmaßnahmen, die bei den Kartellen kaum stattfand. Durch extensive Auslegung und exzessive Anwendung strafrechtlicher Normen konterkarierten die Strafgerichte einschließlich des Strafsenates des Reichsgerichtes die liberale Linie des Zivilsenates. Augenfällig wird das beim § 153 der Gewerbeordnung zum Schutz von Unorganisierten bzw. Streikbrechern. Erstens stellte man – vom Wortlaut her möglich, aber logisch und inhaltlich absurd – die Unternehmer mit jenen gleich. Zweitens griff man zu diesem Paragraphen, wenn das Strafgesetzbuch zu wenig oder nichts gegen streikende Arbeiter hergab. Und drittens interpretierte man Tarifverträge – ebenfalls logisch unmöglich – als Koalitionen im Sinne von § 152 der Gewerbeordnung, um die Verbindlichkeit von Tarifverträgen zu erschüttern. In den Strafgerichten fanden die Großindustriellen ihre eigentlichen Verbündeten im Kampf gegen die Gewerkschaften. Im Gegensatz zu ihren Kollegen im Zivilsenat werteten die meist durch langjährige staatsanwaltliche Praxis geprägten Strafrichter den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter nicht als systembedingte Erscheinung. Vielmehr wähnten sie hinter jeder Kampfmaßnahme zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Attacke gegen das politische System. Revolutionäre Theoretiker und politisierende Strafrichter reichten sich gewissermaßen die Hand und behinderten den Aufbau einer gewerkschaftlichen Gegenmacht zur kartellierten Großindustrie, wie dies von der gewerkschaftsfreundlichen Mehrheit der Nationalökonomen empfohlen wurde.

Schröder differenziert mit seiner Habilitationsschrift das von Klaus Saul und anderen Historikern vermittelte Bild von der Rolle der wilhelminischen Justiz. Ob freilich das »extrem liberale System« des Reichsgerichtes funktioniert hat, weil »strafrichterliche Repres-

sion an die Seite zivilistischer Liberalität trat« (S. 536), erscheint fraglich. Tatsächlich ist die systemstabilisierende paritätische Regelung der Arbeitsbeziehungen, etwa durch Aufhebung des § 153, bis zum Untergang des Kaiserreiches nicht gelungen.

Daß Schröder gelegentlich der (dem Rezensenten nur zu bekannten) Versuchung erliegt, seine Gelehrsamkeit in ausgedehnten Exkursen und umfangreichen Literaturanmerkungen auszubreiten, mindert allenfalls die Lesbarkeit, keinesfalls die Bedeutung seines Beitrages zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des wilhelminischen Deutschland. Schon eher stört das unvollständige Abkürzungsverzeichnis, wenn man nach Juristenart den Leser mit zahlreichen Abkürzungen traktiert. *Dieter Krüger, Freiburg*

Michael John, Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany. The Origins of the Civil Code (= Oxford Historical Monographs), Clarendon Press, Oxford 1989, S. 284 S., £ 30.00.

Das Buch füllt nicht nur eine Forschungslücke, es erschließt für die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs auch neue Forschungsperspektiven. Bislang fehlte es an einer Würdigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus allgemeinhistorischer Sicht. Die lange Entstehungsgeschichte des BGB sagt viel über den Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert aus. Der Verfasser sieht in der Entwicklung des Rechts einen wichtigen Indikator für das Durchsetzungsvermögen politischer und gesellschaftlicher Kräfte; die Gesamtverfassung einer politischen Kultur finde im Recht ihren besonderen Niederschlag. So werden für das Kaiserreich vom Bürgerlichen Gesetzbuch her wichtige Fragen der inneren Ordnung aufgeworfen, die es problematisch erscheinen lassen, das Zweite Reich über die Schulter des »Dritten Reichs« zu betrachten. Diese Arbeit bietet solide Informationen über einen Gesetzgebungsprozeß, der zu der wohl bedeutendsten Kodifikation der neueren deutschen Rechtsgeschichte geführt hat. Doch zugleich, und hierin liegt das große Verdienst des Verfassers, wird die Gesetzgebungsgeschichte nicht isoliert betrachtet, sondern zu den großen historischen Themen und Problemen des 19. Jahrhunderts in Beziehung gesetzt.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, das 1896 verabschiedet wurde und 1900 in Kraft trat, war Ausdruck eines mächtigen Bedürfnisses nach Rechtseinheit, zugleich aber verweist es darauf, wie umstritten das Konzept der von Preußen hergestellten kleindeutschen Einheit auch nach 1870/71 noch war. Der Verfasser arbeitet am Beispiel des bürgerlichen Rechts scharf die Bruchlinien heraus, die das Deutsche Kaiserreich als »Nationalstaat« durchzogen. Der Widerstand besonders der süddeutschen Staaten war groß, als die Nationalliberalen sich daran machten, die nationale Einheit durch die Einheit des Rechts zu vollenden. Im Gründungszeitraum des Kaiserreichs war der Liberalismus zwar die stärkste politische Kraft, doch die Schwerkraft des gewachsenen Föderalismus blieb groß. Durch umfangreiche Archivstudien vermag der Verfasser das Ringen zwischen liberalem Einheitsinteresse und bundesstaatlichen Partikularinteressen genau nachzuzeichnen. Den Initiativen zur Kodifizierung eines reichseinheitlichen bürgerlichen Rechts, die von Männern wie Gottlieb Planck und Eduard Lasker getragen wurden, standen die Befürchtungen der deutschen Mittelstaaten gegenüber, von Preußen überrollt und von liberalen Ideen unterspült zu werden. Der Bundesrat wurde die Institution, die im Gesetzgebungsprozeß, der Ende 1873 begann, als Vermittlungsinstanz zwischen politischen Wünschen, dynastischen Vorbehalten und gesellschaftlichen Sonderinteressen fungierte.

Die Arbeit folgt in ihrem Aufbau der Chronologie der Verfahrensschritte, die zwischen 1874 und 1896 erfolgten. Besonders intensiv wird die öffentliche Reaktion auf die Veröf-

sion an die Seite zivilistischer Liberalität trat« (S. 536), erscheint fraglich. Tatsächlich ist die systemstabilisierende paritätische Regelung der Arbeitsbeziehungen, etwa durch Aufhebung des § 153, bis zum Untergang des Kaiserreiches nicht gelungen.

Daß Schröder gelegentlich der (dem Rezensenten nur zu bekannten) Versuchung erliegt, seine Gelehrsamkeit in ausgedehnten Exkursen und umfangreichen Literaturanmerkungen auszubreiten, mindert allenfalls die Lesbarkeit, keinesfalls die Bedeutung seines Beitrages zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des wilhelminischen Deutschland. Schon eher stört das unvollständige Abkürzungsverzeichnis, wenn man nach Juristenart den Leser mit zahlreichen Abkürzungen traktiert. *Dieter Krüger, Freiburg*

Michael John, Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany. The Origins of the Civil Code (= Oxford Historical Monographs), Clarendon Press, Oxford 1989, S. 284 S., £ 30.00.

Das Buch füllt nicht nur eine Forschungslücke, es erschließt für die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs auch neue Forschungsperspektiven. Bislang fehlte es an einer Würdigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus allgemeinhistorischer Sicht. Die lange Entstehungsgeschichte des BGB sagt viel über den Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert aus. Der Verfasser sieht in der Entwicklung des Rechts einen wichtigen Indikator für das Durchsetzungsvermögen politischer und gesellschaftlicher Kräfte; die Gesamtverfassung einer politischen Kultur finde im Recht ihren besonderen Niederschlag. So werden für das Kaiserreich vom Bürgerlichen Gesetzbuch her wichtige Fragen der inneren Ordnung aufgeworfen, die es problematisch erscheinen lassen, das Zweite Reich über die Schulter des »Dritten Reichs« zu betrachten. Diese Arbeit bietet solide Informationen über einen Gesetzgebungsprozeß, der zu der wohl bedeutendsten Kodifikation der neueren deutschen Rechtsgeschichte geführt hat. Doch zugleich, und hierin liegt das große Verdienst des Verfassers, wird die Gesetzgebungsgeschichte nicht isoliert betrachtet, sondern zu den großen historischen Themen und Problemen des 19. Jahrhunderts in Beziehung gesetzt.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, das 1896 verabschiedet wurde und 1900 in Kraft trat, war Ausdruck eines mächtigen Bedürfnisses nach Rechtseinheit, zugleich aber verweist es darauf, wie umstritten das Konzept der von Preußen hergestellten kleindeutschen Einheit auch nach 1870/71 noch war. Der Verfasser arbeitet am Beispiel des bürgerlichen Rechts scharf die Bruchlinien heraus, die das Deutsche Kaiserreich als »Nationalstaat« durchzogen. Der Widerstand besonders der süddeutschen Staaten war groß, als die Nationalliberalen sich daran machten, die nationale Einheit durch die Einheit des Rechts zu vollenden. Im Gründungszeitraum des Kaiserreichs war der Liberalismus zwar die stärkste politische Kraft, doch die Schwerkraft des gewachsenen Föderalismus blieb groß. Durch umfangreiche Archivstudien vermag der Verfasser das Ringen zwischen liberalem Einheitsinteresse und bundesstaatlichen Partikularinteressen genau nachzuzeichnen. Den Initiativen zur Kodifizierung eines reichseinheitlichen bürgerlichen Rechts, die von Männern wie Gottlieb Planck und Eduard Lasker getragen wurden, standen die Befürchtungen der deutschen Mittelstaaten gegenüber, von Preußen überrollt und von liberalen Ideen unterspült zu werden. Der Bundesrat wurde die Institution, die im Gesetzgebungsprozeß, der Ende 1873 begann, als Vermittlungsinstanz zwischen politischen Wünschen, dynastischen Vorbehalten und gesellschaftlichen Sonderinteressen fungierte.

Die Arbeit folgt in ihrem Aufbau der Chronologie der Verfahrensschritte, die zwischen 1874 und 1896 erfolgten. Besonders intensiv wird die öffentliche Reaktion auf die Veröf-

fentlichung des »Ersten Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich« im Jahre 1888 erörtert. Wie ertragreich das Einbringen archivalischer Quellen für die historische Analyse sein kann, demonstriert der Verfasser an den Stellungnahmen der Handelskammern, die trotz vieler Bedenken für eine möglichst baldige Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuchs eintraten. Der Verfasser fächert in eindrucksvoller Weise das Spektrum gesellschaftlicher Interessen auf, die sich in den Gesetzgebungsvorgang einzuschalten versuchten. Sie hatten keine einheitliche Grundrichtung. Sowohl der agrarische wie der mittelständische Sektor der Gesellschaft waren in sich stark fraktioniert. Das bürgerliche Recht aber sank vor allem deshalb nicht auf die Stufe eines reinen Interessenrechts ab, weil im Kaiserreich der Prozeß der Rechtsetzung von einer Justizbürokratie (legal bureaucracy) verantwortlich wurde, die am Ideal eines Rechts für die »gesamte Nation« festhielt. Zwar unterschlägt der Verfasser die soziale Einbindung des Rechtssetzungsstabes nicht, doch die »Imperative« der Bürokratie, ihr ererbter Staatsformungsidealismus waren stärker als die Bestrebungen von Interessengruppen, »to secure special treatment for themselves in the nation's legal system.«

Die These des Verfassers von den Ursprüngen des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Geist einer dem Zeitgeist gegenüber weitgehend immunen Bürokratie ist gut belegt. Doch das, was der Justizapparat des Kaiserreichs als Jahrhundertwerk geschaffen hat, markiert zugleich die Grenze, an der die »Bürgerlichkeit« der Wilhelminischen Gesellschaft – und mithin ihre Zukunftsoffenheit – endete. *Dirk Blasius, Essen*

Walter Fandrey, Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, Silberburg-Verlag, Stuttgart 1990, 319 S., brosch., 45 DM.

Der Anspruch ist hoch: Fandrey gibt vor, die »Grundzüge einer Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland« (S. 7) vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart vorgelegt zu haben. Der Autor untersucht die historische Entwicklung der Lebensverhältnisse behinderter Menschen auf drei Ebenen: Entwicklung ökonomisch-materieller Existenzbedingungen der Behinderten (Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten), Wandel und Bestand von sozialen und kulturellen Einstellungen und Verhaltensformen der Gesellschaft gegenüber Behinderten sowie Entstehung und Funktion von Sondereinrichtungen für Behinderte. Mehr oder weniger stringent hält Fandrey dieses Untersuchungsschema in seinem Gang durch die Epochen (Mittelalter und Reformation, Absolutismus, 19. Jahrhundert, 1914–1945, Bundesrepublik Deutschland, wobei die DDR ohne Angabe von Gründen unbeachtet bleibt) durch. Fandrey läßt sich vom Erkenntnisinteresse leiten, die Ausformungen von sozialer Integration und Desintegration der Behinderten in ihrer historischen Entwicklung aufzeigen zu wollen. Über die Jahrhunderte hinweg – bei allen Brüchen, Rückschritten und Verzögerungen – macht er einen grundlegenden Trend zunehmender materieller Sicherheit und sozialer Integration für alle Behinderten aus (vgl. S. 118, 169, 202, 207, 258). Insbesondere betont er die Modernisierungsschübe um 1800 (Beginn der Entfaltung der Spezialinstitutionen) und im Kaiserreich (Auf- und Ausbau der gesetzlichen Spezialinstitutionen). Zugleich reflektiert Fandrey die skeptische Erkenntnis der modernen sozialwissenschaftlichen Forschung, daß Hilfe und Fürsorge letztlich auch Kontrolle der Lebensräume und Einschränkung der Selbstverantwortung der Behinderten bedeuten können; er greift somit, ohne allerdings darauf explizit hinzuweisen, die aktuelle gesellschaftstheoretische Diskussion um die ›Kosten der Moderne‹ auf (vgl. S. 14 f., 44, 139 ff., 149, 167 ff., 244, 258 ff.). Die Dialektik von Verbesserung materieller Sicherheit und Verstärkung der Abhängigkeiten von Fürsorgeinstitutionen und Versorgungsleistungen, von ökonomischer

fentlichung des »Ersten Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich« im Jahre 1888 erörtert. Wie ertragreich das Einbringen archivalischer Quellen für die historische Analyse sein kann, demonstriert der Verfasser an den Stellungnahmen der Handelskammern, die trotz vieler Bedenken für eine möglichst baldige Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuchs eintraten. Der Verfasser fächert in eindrucksvoller Weise das Spektrum gesellschaftlicher Interessen auf, die sich in den Gesetzgebungsvorgang einzuschalten versuchten. Sie hatten keine einheitliche Grundrichtung. Sowohl der agrarische wie der mittelständische Sektor der Gesellschaft waren in sich stark fraktioniert. Das bürgerliche Recht aber sank vor allem deshalb nicht auf die Stufe eines reinen Interessenrechts ab, weil im Kaiserreich der Prozeß der Rechtsetzung von einer Justizbürokratie (legal bureaucracy) verantwortlich wurde, die am Ideal eines Rechts für die »gesamte Nation« festhielt. Zwar unterschlägt der Verfasser die soziale Einbindung des Rechtssetzungsstabes nicht, doch die »Imperative« der Bürokratie, ihr ererbter Staatsformungsidealismus waren stärker als die Bestrebungen von Interessengruppen, »to secure special treatment for themselves in the nation's legal system.«

Die These des Verfassers von den Ursprüngen des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus dem Geist einer dem Zeitgeist gegenüber weitgehend immunen Bürokratie ist gut belegt. Doch das, was der Justizapparat des Kaiserreichs als Jahrhundertwerk geschaffen hat, markiert zugleich die Grenze, an der die »Bürgerlichkeit« der Wilhelminischen Gesellschaft – und mithin ihre Zukunftsoffenheit – endete. *Dirk Blasius, Essen*

Walter Fandrey, Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, Silberburg-Verlag, Stuttgart 1990, 319 S., brosch., 45 DM.

Der Anspruch ist hoch: Fandrey gibt vor, die »Grundzüge einer Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland« (S. 7) vom Spätmittelalter bis in die Gegenwart vorgelegt zu haben. Der Autor untersucht die historische Entwicklung der Lebensverhältnisse behinderter Menschen auf drei Ebenen: Entwicklung ökonomisch-materieller Existenzbedingungen der Behinderten (Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten), Wandel und Bestand von sozialen und kulturellen Einstellungen und Verhaltensformen der Gesellschaft gegenüber Behinderten sowie Entstehung und Funktion von Sondereinrichtungen für Behinderte. Mehr oder weniger stringent hält Fandrey dieses Untersuchungsschema in seinem Gang durch die Epochen (Mittelalter und Reformation, Absolutismus, 19. Jahrhundert, 1914–1945, Bundesrepublik Deutschland, wobei die DDR ohne Angabe von Gründen unbeachtet bleibt) durch. Fandrey läßt sich vom Erkenntnisinteresse leiten, die Ausformungen von sozialer Integration und Desintegration der Behinderten in ihrer historischen Entwicklung aufzeigen zu wollen. Über die Jahrhunderte hinweg – bei allen Brüchen, Rückschritten und Verzögerungen – macht er einen grundlegenden Trend zunehmender materieller Sicherheit und sozialer Integration für alle Behinderten aus (vgl. S. 118, 169, 202, 207, 258). Insbesondere betont er die Modernisierungsschübe um 1800 (Beginn der Entfaltung der Spezialinstitutionen) und im Kaiserreich (Auf- und Ausbau der gesetzlichen Spezialinstitutionen). Zugleich reflektiert Fandrey die skeptische Erkenntnis der modernen sozialwissenschaftlichen Forschung, daß Hilfe und Fürsorge letztlich auch Kontrolle der Lebensräume und Einschränkung der Selbstverantwortung der Behinderten bedeuten können; er greift somit, ohne allerdings darauf explizit hinzuweisen, die aktuelle gesellschaftstheoretische Diskussion um die ›Kosten der Moderne‹ auf (vgl. S. 14 f., 44, 139 ff., 149, 167 ff., 244, 258 ff.). Die Dialektik von Verbesserung materieller Sicherheit und Verstärkung der Abhängigkeiten von Fürsorgeinstitutionen und Versorgungsleistungen, von ökonomischer

Integration und sozialer Isolation verdeutlicht Fandrey mit Hilfe der Darstellung zweier Lebensbereiche der Behinderten: Arbeiten und Wohnen.

Fandrey folgt den traditionellen Interpretationsansätzen, wenn er das Verhältnis von institutionalisierter und familialer Behindertenfürsorge analysiert: Er koppelt das Anwachsen und schließlich die Dominanz der differenzierten und spezialisierten Behindertenfürsorge in Massenanstalten im Verlauf des 19. Jahrhunderts an die Defizite und das Versagen der Versorgungsleistungen der bürgerlichen Kleinfamilie. Fandrey reproduziert somit die Mythen der älteren Familienforschung, ohne die Ergebnisse der modernen, sozialhistorisch orientierten Familien- und Geschlechtergeschichte zur Kenntnis genommen zu haben. Vorindustrielle ›Großfamilie‹ und traditionales ›ganzes Haus‹ als soziale Versorgungsinstitutionen waren in diesem Zeitraum längst in die Krise geraten und zum Teil marginalisiert. Die als moderne, bürgerlich-industriell verortete ›Kleinfamilie‹ war schon zur aufsteigenden und u. U. vorherrschenden Familien- und Haushaltsform in ländlichen wie in städtischen Gesellschaften des 18. Jahrhunderts geworden, bevor sich vor allem im späten 19. Jahrhundert infolge des sozialen und ökonomischen Wandels, der staatlichen Modernisierungen, der wissenschaftsdisziplinären Diversifikationen und der professionellen Eigeninteressen die Entflechtung multifunktionaler Versorgungsanstalten, die ständige Ausweitung der behinderten Klientel und die massenhafte Erfassung der Behinderten durch Großanstalten und Versicherungen durchgesetzt hatten. Der gegenläufig-komplementäre Prozeß, der die Behindertenfrage als soziale und politische Frage im 18. und 19. Jahrhundert konstituierte, wird historisch-sozial nicht erklärt: Wie verhielten sich kausal und zeitlich die Verdrängung des Behinderten aus Familie und Haus, Nachbarschaft und Gemeinde schon im 18. Jahrhundert, die auch nicht ansatzweise durch die territorialen Zwangsinstitutionen (Arbeits- und Zuchthaus) aufgefangen werden konnte, und die staatlichen Bewältigungs- und Ordnungsversuche der Behindertenfrage mit ihren Entfamilialisierungs-, Entkommunalisierungs-, Verstaatlichungs- und Verwissenschaftlichungstendenzen zueinander?

Gesellschaftsgeschichtliche Tiefenschärfe gewinnen hingegen Fandreys Ausführungen zu dem Problemfeld Behinderung und Arbeit. Allgemein bezieht er die Verhaltenserwartungen und -anforderungen an die Behinderten auf die gesellschaftlichen Einstellungen zur Leistung und sozialen Organisationspraxis von Arbeit im ökonomischen Wandel der Jahrhunderte. ›Ökonomische Verwertbarkeit‹ und ›gesellschaftliche Brauchbarkeit‹ des Behinderten sind die Stichwörter. Aufschlußreich sind vor allem die Untersuchungen über die sozialen Beurteilungsraster der Leistungs-, d. h. Arbeits- und Lernfähigkeit der Behinderten, über die Ausfächerungen der fürsorgerischen Maßnahmen, wenn neben die Versorgungs- und Heilungs- bzw. Pflegedienstleistungen die Bildungs-, speziell die Berufsausbildungsbemühungen treten, und über die konjunktur- und kriegsabhängigen Integrationsversuche in den Arbeitsmarkt.

Der analytische Schlüsselbegriff für Fandrey ist ›Behinderter‹. Dieser hochgradig verallgemeinerungsfähige und zugleich ausgesprochen subsumtionsfreudige Begriff bezeichnet jene Menschenkategorie, die zum einen nach der Art des gesundheitlichen Schadens bzw. der Funktionseinschränkung definiert und zum anderen nach der sozialen Beeinträchtigung als Folge der gesellschaftlichen Reaktionen auf die Auffälligkeiten der Behinderten wahrgenommen wird (S. 10 ff.). Der zentrale Begriff erfährt jedoch nicht nur analytische, sondern auch entwicklungsgeschichtliche Verwendung. Bezogen auf das 19. Jahrhundert, dem eine transitorische Bedeutung in der Ausgestaltung der Behindertenfürsorge zukam, resümiert Fandrey: »Die armenrechtliche Sicht wird durch eine behindertenspezifische Perspektive abgelöst.« (S. 258) Gab es in der Frühneuzeit wenige Behindertenkategorien, die im sozialen Kontext von Armut, Alter, Krankheit und Kriminalität wahrgenommen wurden (Taube, Blinde, Krüppel, Idioten, Irre), so steht am Ende des Differenzierungsprozesses eine Vielfalt, die sich u. a. nach den Behinderungsursachen und -arten sowie dem Al-

ter gliedert. So angemessen das Nachzeichnen der diachronen Dimension dieser Entwicklung ist, so problematisch bleibt die Dimension des synchronen Vergleichs der Lebensverhältnisse der Behindertenkategorien. Fandrey vernachlässigt die Unterschiede der Lebenssituationen der Behinderten: Es machte schon einen gravierenden Unterschied z. B. im Versorgungsstandard und im Rechtsstatus aus, ob man am Ende des Ersten Weltkrieges als ›Geisteskranker‹ oder ›Kriegsbehinderter‹, ›Hilfsschüler‹ oder ›Epileptiker‹ lebte.

Fandrey konnte den hohen Anspruch nicht einlösen, auch schon aus dem von ihm nicht zu verantwortenden Grunde, daß es an ausreichenden Vorarbeiten der modernen Sozialgeschichte zu einzelnen Behindertenkategorien fehlt. Um so ärgerlicher ist es aber dann, feststellen zu müssen, daß die schon vorhandene Literatur nur unzureichend aufgearbeitet worden ist. So hat Fandrey außer Dörner und Trenckmann alle weiteren sozialhistorischen Forschungen zur Geschichte der Irren in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen; ähnliches gilt u. a. für die Geschichte der Armut im vorindustriellen Deutschland. Das Eigenlob über die Vielfalt der benutzten Quellen (S. 7) kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Fandrey nur gedruckte Quellen verwendet hat, was vor allem für die Frühneuzeit völlig unzureichend ist, um an den Forschungsstandard moderner Sozialgeschichtsschreibung anknüpfen zu können. Das naive Verwenden von Volkssprüchen bleibt methodologisch unreflektiert und wirkt eher illustrierend als aufklärend. Wem die vielen Druckfehler anzulasten sind, dem Autor oder dem Verlagslektorat, vermag der Rezensent nicht zu entscheiden. Trotz der überzeugenden Auswahl der Untersuchungsebenen, trotz der erhellenden Ausführungen über die Zusammenhänge von Behinderung, Fürsorge und Arbeit bleibt der Gesamteindruck zwiespältig. Fandreys Lesebuch mutet insgesamt in der Auswahl seiner Quellen und in der Darstellung antiquarisch, assoziativ und impressionistisch an; es ist eine eher populärwissenschaftlich angelegte Kompilation der Geschichten verschiedener Behindertenkategorien in Deutschland, deren Sozialgeschichte nach wie vor zu schreiben ist.

Matthias M. Ester, Münster

Sebastian Brändli, Die Retter der leidenden Menschheit. Sozialgeschichte der Chirurgen und Ärzte auf der Zürcher Landschaft (1700–1850), Chronos Verlag, Zürich 1990, 448 S., brosch., 54 sfr.

Alfred Fritschi, Schwesterntum. Zur Sozialgeschichte der weiblichen Berufskrankenpflege in der Schweiz 1850–1930, Chronos Verlag, Zürich 1990, 232 S., brosch., 38 sfr.

Zwei Dissertationen sind zu besprechen, die der Zürcher Sozialhistoriker Rudolf Braun betreut hat.

Brändli untersucht im wesentlichen die Professionalisierungstendenzen der Zürcher Landchirurgen vor der Etablierung des ärztlichen »Einheitsstandes« (praktischer Arzt, Chirurg und Geburtshelfer) 1854. Als Quellen hat er insbesondere die Akten der Gesundheitsbehörden sowie der »Gesellschaft zum Schwarzen Gerten«, der Zunft der Handwerks-Chirurgen, ausgewertet.

Thematisch holt Brändli zunächst weit aus: Er skizziert die Geschichte der Stadtarzt-Institution und der Zunft der Scherer und Bader seit dem Mittelalter sowie die Schweizer Beteiligung an den Diskussionen um eine medizinische »Polizei« zu Ende des 18. Jahrhunderts (Kap. 2). Dem folgen Erörterungen über das Berufswissen der Landscherer, das im späten 18. Jahrhundert zwar buchförmiger und wissenschaftlicher wurde, jedoch auch weiterhin mit der Volksmedizin und der akademischen Medizin ein Dreieck bildete (S. 114).

ter gliedert. So angemessen das Nachzeichnen der diachronen Dimension dieser Entwicklung ist, so problematisch bleibt die Dimension des synchronen Vergleichs der Lebensverhältnisse der Behindertenkategorien. Fandrey vernachlässigt die Unterschiede der Lebenssituationen der Behinderten: Es machte schon einen gravierenden Unterschied z. B. im Versorgungsstandard und im Rechtsstatus aus, ob man am Ende des Ersten Weltkrieges als ›Geisteskranker‹ oder ›Kriegsbehinderter‹, ›Hilfsschüler‹ oder ›Epileptiker‹ lebte.

Fandrey konnte den hohen Anspruch nicht einlösen, auch schon aus dem von ihm nicht zu verantwortenden Grunde, daß es an ausreichenden Vorarbeiten der modernen Sozialgeschichte zu einzelnen Behindertenkategorien fehlt. Um so ärgerlicher ist es aber dann, feststellen zu müssen, daß die schon vorhandene Literatur nur unzureichend aufgearbeitet worden ist. So hat Fandrey außer Dörner und Trenckmann alle weiteren sozialhistorischen Forschungen zur Geschichte der Irren in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen; ähnliches gilt u. a. für die Geschichte der Armut im vorindustriellen Deutschland. Das Eigenlob über die Vielfalt der benutzten Quellen (S. 7) kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Fandrey nur gedruckte Quellen verwendet hat, was vor allem für die Frühneuzeit völlig unzureichend ist, um an den Forschungsstandard moderner Sozialgeschichtsschreibung anknüpfen zu können. Das naive Verwenden von Volkssprüchen bleibt methodologisch unreflektiert und wirkt eher illustrierend als aufklärend. Wem die vielen Druckfehler anzulasten sind, dem Autor oder dem Verlagslektorat, vermag der Rezensent nicht zu entscheiden. Trotz der überzeugenden Auswahl der Untersuchungsebenen, trotz der erhellenden Ausführungen über die Zusammenhänge von Behinderung, Fürsorge und Arbeit bleibt der Gesamteindruck zwiespältig. Fandreys Lesebuch mutet insgesamt in der Auswahl seiner Quellen und in der Darstellung antiquarisch, assoziativ und impressionistisch an; es ist eine eher populärwissenschaftlich angelegte Kompilation der Geschichten verschiedener Behindertenkategorien in Deutschland, deren Sozialgeschichte nach wie vor zu schreiben ist.

Matthias M. Ester, Münster

Sebastian Brändli, Die Retter der leidenden Menschheit. Sozialgeschichte der Chirurgen und Ärzte auf der Zürcher Landschaft (1700–1850), Chronos Verlag, Zürich 1990, 448 S., brosch., 54 sfr.

Alfred Fritschi, Schwesterntum. Zur Sozialgeschichte der weiblichen Berufskrankenpflege in der Schweiz 1850–1930, Chronos Verlag, Zürich 1990, 232 S., brosch., 38 sfr.

Zwei Dissertationen sind zu besprechen, die der Zürcher Sozialhistoriker Rudolf Braun betreut hat.

Brändli untersucht im wesentlichen die Professionalisierungstendenzen der Zürcher Landchirurgen vor der Etablierung des ärztlichen »Einheitsstandes« (praktischer Arzt, Chirurg und Geburtshelfer) 1854. Als Quellen hat er insbesondere die Akten der Gesundheitsbehörden sowie der »Gesellschaft zum Schwarzen Gerten«, der Zunft der Handwerks-Chirurgen, ausgewertet.

Thematisch holt Brändli zunächst weit aus: Er skizziert die Geschichte der Stadtarzt-Institution und der Zunft der Scherer und Bader seit dem Mittelalter sowie die Schweizer Beteiligung an den Diskussionen um eine medizinische »Polizei« zu Ende des 18. Jahrhunderts (Kap. 2). Dem folgen Erörterungen über das Berufswissen der Landscherer, das im späten 18. Jahrhundert zwar buchförmiger und wissenschaftlicher wurde, jedoch auch weiterhin mit der Volksmedizin und der akademischen Medizin ein Dreieck bildete (S. 114).

Den häufig allgemein und – aus Quellenmangel – selten regionalspezifisch gehaltenen Kapiteln 2 und 3 folgen die Schwerpunkte der eigenständigen Arbeit Brändlis: Dörflicher Gesundheitsmarkt und Landschererpraxis (Kap. 4), Ausbildung, Rekrutierung (Kap. 5) und soziale Verortung der Landscherer (Kap. 6). Brändli rekonstruiert die geographische Verteilung der Landscherer im Jahre 1768 (S. 147), die aus einem Zusammenspiel von personaler zünftischer Fixierung und relativ freier Niederlassung resultierte. Größe und Struktur der Praxen lassen sich statistisch nicht mehr erfassen, daher werden Einzelfälle vorgeführt (Kap. 4.3). Es war unter reichen Landbürgern üblich, den Arzt zu wechseln bzw. mehrere Ärzte zu konsultieren (S. 172). Darin unterschieden sich die Landscherer übrigens nicht von ihren akademischen Kollegen. Eine weitere Parallele ist darin zu sehen, daß der medizinische Expertenstatus der Landscherer (S. 182 f.), aber auch der akademischen Ärzte prekär war.

Die Landscherer rekrutierten sich meist aus der dörflichen Oberschicht oder zumindest der oberen Mittelschicht (S. 209), der sie später wiederum als niedergelassene Scherer zugehörten (Kap. 6.2). Viele waren Chirurgensöhne. Der zweijährigen Lehre, die meist im 14. Lebensjahr begonnen wurde, folgte eine drei- bis fünfjährige Wanderzeit. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann allmählich eine Akademisierung der Gesellenausbildung, zunächst als freiwilliges Studium z. B. an der 1770 gegründeten chirurgischen Fakultät in Straßburg. 1782 eröffneten zwei Zürcher Ärzte ein privates »medizinisch-chirurgisches Institut«, das 1804 (nach dem Ende des Ancien Régime in Zürich 1788) verstaatlicht wurde. 1803 (so S. 70; dageg. S. 187: 1801) wurde mit der Einführung eines obligatorischen Staatsexamens die handwerkliche Scherer-Ausbildung abgeschafft. Die sozialen Gegensätze zwischen zünftischen Scherern und akademischen Wundärzten zeigten sich bereits 1788, als die »Gesellschaft correspondierender Ärzte und Wundärzte« gegründet wurde (S. 252), der nur Chirurgen angehörten, die das medizinisch-chirurgische Institut absolviert hatten. Ein »Stand der Ärzte und Wundärzte« (S. 353) existierte also bereits vor der staatlichen Etablierung des akademischen »Einheitsstandes« 1854.

So interessant Brändlis Arbeit thematisch sein mag, Redundanzen und wenig homogene Kapitelstrukturen erschweren die Lektüre. In den ersten drei Kapiteln sind die quellenmäßigen Bezüge zu Zürich recht selten. Thematische Überschneidungen ergeben sich insb. zwischen Kap. 4.4 und Kap. 6.2 hinsichtlich der Arzt-Patient-Beziehung. In Kap. 4 fehlen wiederum sozialgeographische und rechtshistorische Überblicke, die für Nicht-Züricher Leser hilfreich wären. Auch ist dieses Kapitel strukturell inhomogen: 4.1 ist quellenfern und allgemein gehalten, 4.2 quellennah und quantifizierend (und resultatearm), 4.3 quellennah, qualitativ orientiert, bisweilen nachlässig in der Sprache, 4.4 quellennah, qualitativ orientiert, inhaltlich wenig einsichtig konstruiert usw.

Die Arbeit hätte, um Brändlis eigenen Terminus zu gebrauchen (S. 199), »entschlackt« werden sollen und dabei auch an gedanklicher Präzision gewinnen können. Dies um so mehr als sie mit der vorbildhaft strukturierten und formulierten Arbeit von Sabine Sander über die württembergischen Handwerkschirurgen der thematischen Verwandtschaft wegen gemeinsam benutzt werden wird.

Fritschis sozialhistorische Darstellung des Krankenpflegerinnen-Berufs ist aus gedruckten und ungedruckten Quellen der Berufsverbände sowie aus Autobiographien erarbeitet. Nach zwei einleitenden Kapiteln über die Medikalisierung im 19. Jahrhundert und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung schildert der Verfasser die Professionalisierung der Schweizer Krankenpflege seit den 1860er Jahren (Kap. III), die Konstituierung des Berufsstandes (Kap. IV) und das Berufsbild (Kap. V).

Seit der Jahrhundertmitte waren auch in der Schweiz konfessionelle Krankenpflegeorganisationen entstanden, die das Berufsfeld zu feminisieren begannen. Der 1888 gegründete »Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein« schloß sich 1900 dem 1866 entstandenen »Schweizerischen Roten Kreuz« an. Der Frauenverein propagierte eine universell-kultu-

relle weibliche Mission der Krankenpflege, das Rote Kreuz eine patriotisch-weibliche. 1903 hatten beider Bestrebungen den Erfolg, daß das Bundesparlament die »freiwillige Sanitätshilfe zu Kriegszwecken« zu subventionieren beschloß (S. 91). Damit war eine wichtige Station der Professionalisierung der Krankenpflege, die staatliche Anerkennung, erreicht. Dem folgte 1910 die Gründung des »Schweizerischen Krankenpflegebundes«, der, obgleich gegen die konfessionellen Kongregationen gegründet, deutlich deren Berufsidealen verhaftet blieb: die Krankenpflege wurde eher als der weiblichen Natur gemäßer Dienst denn als durch bestimmte erworbene Qualifikationen charakterisierter Beruf angesehen.

Fritschi betont, daß diese Weiblichkeitsideologie nicht nur von den Ärztinnen und Ärzten, die den Krankenpflegebund leiteten, propagiert, sondern auch von den »Schwestern«, wie sie sich zunehmend nannten (S. 155), geteilt wurde: Sie entwickelten ein »Helfer-Syndrom« (S. 170 f., nach Wolfgang Schmidbauer).

In der Analyse dieser Schwestern-Ideologie liegen Akzent und Stärke des Buches. Ich hätte mir an manchen Stellen mehr statistische Informationen über die Mitgliedschaft in den religiösen und den weltlichen Pflegeorganisationen sowie über die »Wilden Schwestern«, die »Krankenwärter(innen)« (z. B. S. 112 ff.) sowie über die soziele Herkunft der Pflegerinnen (z. B. S. 129 f.) gewünscht. Leider werden auch die historischen Fotos kaum kommentiert. Insgesamt aber ist Fritschis sachlich-informative und ideologiekritische Studie mit Gewinn zu lesen. *Gunnar Stollberg, Bielefeld*

Jürgen Reulecke/Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen (Hrsg.), Stadt und Gesundheit. Zum Wandel von »Volksgesundheit« und kommunaler Gesundheitspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Steiner Verlag, Stuttgart 1991, 335 S., 7 Abb., kart., 66 DM.

Hygieneverhältnisse, Lebensverlängerung, Geburtenrückgang, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik gelten als Phänomene der Urbanisierung, die nach wie vor der vertiefenden Bearbeitung durch Sozial- und Stadthistoriker harren. Oft bleibt es Aufsatzsammlungen überlassen, tastend Neuland zu erkunden. Themen aus dem Umfeld der Selbstverwaltung in Staat und Gesellschaft verpflichtet, hatte die Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft im Mai 1989 zum Symposion »Stadt und Gesundheit im Urbanisierungsprozeß« eingeladen. Der Problematik entsprechend, war das Spektrum der Referate über sozial-, bevölkerungs-, medizin- und ökologiehistorische Fragen weit gefaßt. Die insgesamt 19 Tagungsbeiträge liegen nun in überarbeiteter Fassung vor.

Den Reigen der Forschungserträge eröffnet im Teil I »Zur Entwicklung der städtischen Gesundheitsverhältnisse und des medizinisch-hygienischen Diskurses« Jörg Vögele mit der auf statistischen Erhebungen fußenden Abhandlung »Die Entwicklung der (Groß-)städtischen Gesundheitsverhältnisse in der Epoche des Demographischen und Epidemiologischen Übergangs«. Anhand der Auswertung von Mortalitätsraten gelingt Vögele der Nachweis, daß sich mit der 1860/70 beginnenden »Städteassanierung« die Gesundheitsverhältnisse in den Städten im Vergleich zu ländlichen Regionen günstiger gestalteten. Souveränität in der komprimierten Form demonstrierend, schildert Alfons Labisch im folgenden Beitrag »Experimentelle Hygiene, Bakteriologie, Soziale Hygiene: Konzeptionen, Interventionen, Soziale Träger – eine idealtypische Übersicht« Problemwahrnehmung und Handlungsmuster präventiver Medizin. Von der experimentellen Hygiene Pettenkofers bis zur »Rassenhygiene« Schallmayers und Plötz' blieb das öffentliche Gesundheitswesen eingebunden in gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

relle weibliche Mission der Krankenpflege, das Rote Kreuz eine patriotisch-weibliche. 1903 hatten beider Bestrebungen den Erfolg, daß das Bundesparlament die »freiwillige Sanitätshilfe zu Kriegszwecken« zu subventionieren beschloß (S. 91). Damit war eine wichtige Station der Professionalisierung der Krankenpflege, die staatliche Anerkennung, erreicht. Dem folgte 1910 die Gründung des »Schweizerischen Krankenpflegebundes«, der, obgleich gegen die konfessionellen Kongregationen gegründet, deutlich deren Berufsidealen verhaftet blieb: die Krankenpflege wurde eher als der weiblichen Natur gemäßer Dienst denn als durch bestimmte erworbene Qualifikationen charakterisierter Beruf angesehen.

Fritschi betont, daß diese Weiblichkeitsideologie nicht nur von den Ärztinnen und Ärzten, die den Krankenpflegebund leiteten, propagiert, sondern auch von den »Schwestern«, wie sie sich zunehmend nannten (S. 155), geteilt wurde: Sie entwickelten ein »Helfer-Syndrom« (S. 170 f., nach Wolfgang Schmidbauer).

In der Analyse dieser Schwestern-Ideologie liegen Akzent und Stärke des Buches. Ich hätte mir an manchen Stellen mehr statistische Informationen über die Mitgliedschaft in den religiösen und den weltlichen Pflegeorganisationen sowie über die »Wilden Schwestern«, die »Krankenwärter(innen)« (z. B. S. 112 ff.) sowie über die soziele Herkunft der Pflegerinnen (z. B. S. 129 f.) gewünscht. Leider werden auch die historischen Fotos kaum kommentiert. Insgesamt aber ist Fritschis sachlich-informative und ideologiekritische Studie mit Gewinn zu lesen. *Gunnar Stollberg, Bielefeld*

Jürgen Reulecke/Adelheid Gräfin zu Castell Rüdenhausen (Hrsg.), Stadt und Gesundheit. Zum Wandel von »Volksgesundheit« und kommunaler Gesundheitspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Steiner Verlag, Stuttgart 1991, 335 S., 7 Abb., kart., 66 DM.

Hygieneverhältnisse, Lebensverlängerung, Geburtenrückgang, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik gelten als Phänomene der Urbanisierung, die nach wie vor der vertiefenden Bearbeitung durch Sozial- und Stadthistoriker harren. Oft bleibt es Aufsatzsammlungen überlassen, tastend Neuland zu erkunden. Themen aus dem Umfeld der Selbstverwaltung in Staat und Gesellschaft verpflichtet, hatte die Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft im Mai 1989 zum Symposion »Stadt und Gesundheit im Urbanisierungsprozeß« eingeladen. Der Problematik entsprechend, war das Spektrum der Referate über sozial-, bevölkerungs-, medizin- und ökologiehistorische Fragen weit gefaßt. Die insgesamt 19 Tagungsbeiträge liegen nun in überarbeiteter Fassung vor.

Den Reigen der Forschungserträge eröffnet im Teil I »Zur Entwicklung der städtischen Gesundheitsverhältnisse und des medizinisch-hygienischen Diskurses« Jörg Vögele mit der auf statistischen Erhebungen fußenden Abhandlung »Die Entwicklung der (Groß-)städtischen Gesundheitsverhältnisse in der Epoche des Demographischen und Epidemiologischen Übergangs«. Anhand der Auswertung von Mortalitätsraten gelingt Vögele der Nachweis, daß sich mit der 1860/70 beginnenden »Städteassanierung« die Gesundheitsverhältnisse in den Städten im Vergleich zu ländlichen Regionen günstiger gestalteten. Souveränität in der komprimierten Form demonstrierend, schildert Alfons Labisch im folgenden Beitrag »Experimentelle Hygiene, Bakteriologie, Soziale Hygiene: Konzeptionen, Interventionen, Soziale Träger – eine idealtypische Übersicht« Problemwahrnehmung und Handlungsmuster präventiver Medizin. Von der experimentellen Hygiene Pettenkofers bis zur »Rassenhygiene« Schallmayers und Plötz' blieb das öffentliche Gesundheitswesen eingebunden in gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Um die Besprechung nicht auf eine rein kompilatorische Leistung zu verkürzen, wird stellvertretend jeweils ein Beitrag der Teile II bis IV vorgestellt. Themen aus dem Bereich Luft- und Wasserverschmutzung sowie Wohnungs- und Städtebau ist Teil II »Städtische Umwelt und stadtplanerische Eingriffe« vorbehalten. Gelegenheit für Franz-Josef Brüggemeier, einem Protagonisten der deutschen Umweltgeschichtsforschung, sich mit dem Aufsatz »Stadtluft. Luftverschmutzung und Luftreinhaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts« zu Wort zu melden. Die preußische Politik, Industrie und Gewerbe zu fördern, kollidierte mit den Protesten der Anrainer von Fabrikanlagen. Gewerbeordnungen litten unter dem Dilemma, daß sowohl die Anwohner vor Belästigungen als auch die Fabrikanten vor Einsprüchen der Bevölkerung Schutz erwarteten. Brüggemeier legt hiermit erste Ergebnisse einer umfangreicheren Arbeit zur Geschichte der Luft im 19. und 20. Jahrhundert vor. Das Heterogene der »Gesundheitsfürsorge im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge« kennzeichnet den Aufsätze zur Prostitution, Gewerbehygiene, Jugend- und Altenfürsorge, Sozialversicherung, Professionalisierung der Ärzte sowie Gesundheit im Verein subsumierenden Teil III. Für diesen Part schrieb Gerd Göckenjan die übergreifende Abhandlung »Über den Schmutz. Überlegungen zur Konzeptionierung von Gesundheitsgefahren«. Göckenjan interpretiert Schmutz als Metapher für Gesundheitsgefahren. Um 1900 galt Tuberkulose als die »Schmutzkrankheit« schlechthin. TB-Prophylaxe geriet aus dieser Sicht zur »Schmutzvermeidungs-Kampagne«. Die Erforschung der Übertragungswege der Lungentuberkulose schürte Infektionsängste und legte das Bewahren von Distanz zu Unbekannten nahe. Das »Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose« zeigte im Rahmen der Gesundheitserziehung den Film »Küssen verboten«.

Die disproportionale Zuordnung von Autorinnen und Autoren zu den vier Teilen des vorliegenden Sammelbandes ist ein deutlicher Beleg für die geschlechtsspezifische Wahl von Forschungsthemen: Während 15 Beiträge der Teile I bis III allein von Männern gestaltet wurden, erweist sich Teil IV »Fortpflanzungshygiene und qualitative Bevölkerungspolitik« (Sexualreform in England, Sexualberatung in der Weimarer Republik, § 218) als eine Domäne der Frauen. Aus dem kompakten Teil IV ist Cornelie Usbornes bemerkenswerte Studie über Kontrazeptiva »Die Stellung der Empfängnisverhütung in der Weimarer Gesundheits- und Bevölkerungspolitik« hervorzuheben. Empfängnisverhütung galt wegen der rückläufigen Geburtenzahlen vor dem Ersten Weltkrieg als gefährlich für den Volksbestand. Reklame für und der Vertrieb von Verhütungsmitteln wurde seit 1900 strafrechtlich verfolgt. Mit der Wirtschaftskrise der Nachkriegsjahre erfolgte die Kehrtwendung: Kontrazeptiva wurden geduldet, ja sogar zum Schutzmittel gegen Geschlechtskrankheiten und die »Abtreibungsseuche« erklärt. Die Reichsratsinitiative Bayerns von 1922, Verhütungsmittel gänzlich zu verbieten, scheiterte. Das Landgericht Chemnitz fand 1929 nichts gegen Verhütungsmittel einzuwenden und sah selbst im unehelichen Geschlechtsverkehr keinen Sittenverstoß. »Sexualreformer feierten dies als Sieg für den gesunden Menschenverstand.« (S. 272) Als Verfechter einer qualitativen Bevölkerungspolitik votierten allerdings auch Sozial- und Rassenhygieniker für Empfängnisverhütung, warfen nationalsozialistische Erbgesundheitsgesetze und Euthanasie ihre Schatten voraus.

Die vorliegende Aufsatzsammlung bietet einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des kommunalen Gesundheitswesens. Den Impetus der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft erinnernd, überraschend, angesichts der Forschungslage erklärlich, bleibt ein grundlegender Bereich unbearbeitet: die Gründung und Konzeption der Stadtgesundheitsämter am Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Manko vor Augen, beklagen die Herausgeber das Fehlen »[. . .] einschlägiger Analysen der faktischen Gesundheitsentwicklung in einzelnen Städten [. . .]«. (S. 326) Inzwischen ist eine Monographie der Geschichte des am 1. April 1917 gegründeten Stadtgesundheitsamtes Frankfurt am Main erschienen (1992). Eine Dissertation über das Stadtgesundheitsamt Köln ist in Vorbereitung.

Thomas Bauer, Frankfurt/Main

Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters, Coppenrath Verlag, Münster 1987, 400 S., 47 Abb., geb., 44 DM.

Die Bewohner der vorindustriellen Stadt deckten den Bedarf an zusätzlichen Lebensmitteln auf den traditionell mittwochs und samstags abgehaltenen Wochenmärkten. Die rasante Entwicklung der Großstädte im 19. Jahrhundert rückte Produktion und Konsumtion der Lebensmittel so weit auseinander, daß effizientere Distributionssysteme erforderlich wurden. Zentralmarkthallen, Lebensmittelläden und erweiterte Wochenmärkte sicherten die Zufuhr und Unterverteilung an Nahrungsmitteln für die wachsende Stadtbevölkerung. Das Geflecht von Urbanisierung und Wandel des Ernährungssystems erkundend, liefert der vorliegende Sammelband einen originären Beitrag zum Verständnis der Strukturverschiebungen im Zuge der Industrialisierung. Sieben Autoren berichten über die Erträge eines von 1984 bis 1986 am Sonderforschungsbereich 164 »vergleichende geschichtliche Städteforschung« der Universität Münster von Hans Jürgen Teuteberg zum Problemfeld Verstädterung und Ernährung geleiteten Projekts.

Bevor jedoch die einzelnen Mitarbeiter zu Wort kommen, bietet Teuteberg unter dem Titel »Zum Problemfeld Urbanisierung und Ernährung im 19. Jahrhundert« eine wegweisende Einführung über Thema, Forschungsstand und Methodik. In fachübergreifender Manier werden zur methodischen Grundlegung die von der Agrarökonomie und von den Ernährungswissenschaften geprägten Begriffe der Nahrungswirtschaft bzw. Ernährungskette hinzugezogen. »Mit den neuen Termini werden erstmals die agrarische Urproduktion [. . .], die nachgelagerten Verarbeitungs- und Veredelungsbetriebe in Handwerk und Industrie auf dem Land wie in der Stadt, aber auch die daran anschließenden Vermarktungsformen und Handelsstufen bis zu Einkauf, Zubereitung und Verzehr in den Haushalten zusammen betrachtet.« (S. 31) Über die Analyse der sich ausgestaltenden arbeitsteiligen Nahrungswirtschaft hinaus werden Aspekte der Daseinsvorsorge, Agrar-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik einbezogen.

Der erste Beitrag »Zwischen Teuerungspolitik und Freiheit des Getreidehandels: Staatliche und städtische Maßnahmen in Hungerkrisen 1770–1847« von Michael Huhn überprüft die Strategien zur Bewältigung der letzten schweren Hungersnöte an der Schwelle zur Industrialisierung. Die staatswissenschaftliche Debatte um den herkömmlichen Kanon von Maßnahmen der Teuerungspolitik sowie um die Argumente der »Freihändler« aufbereitend, gelingt Huhn am Beispiel der Stadt Münster der Nachweis zunehmend liberaler Verhaltensmuster im Verlauf von Ernährungskrisen. Beredtes Zeugnis für diesen Einstellungswandel ist die 1846 verabschiedete Marktordnung der Stadt Münster, deren erster Paragraph mit den Worten beginnt: »Der Marktverkehr ist frei.« Anhand der Auswertung des Datenmaterials zur preußischen Schlacht- und Mahlsteuer liefert der Aufsatz von Dieter Burgholz »Privater Lebensmittelverbrauch und kommunale Lsbensmittelversorgung während der Urbanisierung Preußens« erstmals statistisch gesicherte Aussagen zum Konsumniveau verschiedener Großstädte um 1840.

Welche Auswirkungen die industrielle Massenproduktion auf die Qualität der Lebensmittel hatte, untersucht Karl-Peter Ellerbrock im Beitrag »Lebensmittelqualität vor dem Ersten Weltkrieg: Industrielle Produktion und staatliche Gesundheitspolitik.« Zur Festlegung allgemein gültiger Qualitätsnormen für Lebensmittel stritten »Kaiserliches Gesundheitsamt« (1876), »Freie Vereinigung Deutscher Nahrungsmittelchemiker« (1901) und »Bund Deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler« (1901) um heute so vertraut anmutende Fragen der Gutachterprozesse, Grenzwerthöhe, Konservierungsmittel oder Deklarationspflicht. Nach der instruktiven Schilderung ausgewählter Lebensmittelskandale schließt diese Studie mit dem Hinweis, daß sich im Bemühen um die Qualität der Lebensmittel Ernährungsindustrie und staatliche Gesundheitspolitik ergänzten. Den weitge-

faßten Forschungsansatz der Aufsatzsammlung ausschöpfend, behandelt Heinrich Tappes Beitrag »Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch als Aufgabe bürgerlicher Mäßigkeitsbewegung und staatlich-kommunaler Verwaltung« eine Schattenseite des modernen Massenkonsums. Im Vergleich von Programm und Struktur des 1883 begründeten »Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke« mit dem Vorgehen der Behörden zeigt schon der sich beiderseitig vom »Trunkenbold« zum »Alkoholkranken« gewandelte Sprachgebrauch, daß Temperenzvereine und Verwaltungen eng miteinander kooperierten.

Für den Übergang von der Selbst- zur Fremdversorgung ist die im Aufsatz »Die Brauwirtschaft Westfalens: Ein Wegbereiter modernen Getränkekonsums« von Angela Zatsch behandelte Bierproduktion das Beispiel par exellence. Sowohl die Bevölkerungsentwicklung in den Städten als auch technologische Innovationen, wie z. B. untergäriges Brauverfahren und künstliche Kältetechnik, ermöglichten die Massenproduktion der Braubetriebe. Nach dem Aufkommen industrieller Produktionsverfahren für anonyme Märkte bedienten sich die Waren-Hersteller der Presse, um die Distanz zum Verbraucher zu verkürzen. Die serielle Auswertung von in verschiedenen Zeitschriften geschalteten Lebensmittelinseraten erlaubt Kirsten Schlegel-Matthies in der Studie »Anfänge der modernen Lebens- und Genußmittelwerbung: Produkte und Konsumgruppen im Spiegel von Zeitschriftenannoncen« Aussagen über das angestrebte Warenimage so unterschiedlicher Produkte wie Sekt, Schokolade oder Margarine. Vor der drohenden Korrumpierbarkeit der Presse über das Anzeigengeschäft warnte bereits Ferdinand Lassalle in dem Essay »Die Feste, die Presse und das Frankfurter Abgeordnetenhaus«. In der letzten Abhandlung berichtet Anne Roerkohl über »Die Lebensmittelversorgung während des Ersten Weltkrieges im Spannungsfeld kommunaler und staatlicher Maßnahmen«. Zur Bewältigung der Krisensituation übernahmen erstmals in Deutschland Behörden die Planung der gesamten Lebensmittelversorgung. Einmal mehr ist es der »Vergleichenden geschichtlichen Städteforschung« in Münster gelungen, Akzente zum Verständnis der Urbanisierung im 19. Jahrhundert zu setzen. Die scheinbar divergenten Beiträge der Aufsatzsammlung verklammert das Konzept der »Nahrungswirtschaft«. War es das erklärte Ziel des Herausgebers, erste Grundlagen für weitere Analysen dieses Problemfeldes vorzustellen, so bleiben tatsächlich viele Fragen unbeantwortet. Die Materialdichte der einzelnen Beiträge deutet darauf hin, daß die Autoren an dieser Stelle nur erste Einblicke in umfangreichere Forschungsarbeiten gewähren. Mit Blick auf den zeitlichen Abstand zum Erscheinungsjahr bleibt anzumerken, daß die Reihe »Studien zur Geschichte des Alltags« inzwischen der in Stuttgart ansässige Franz Steiner Verlag übernommen hat. *Thomas Bauer, Frankfurt/Main*

Eckhard Trox, Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und »Militärpartei« in Preußen zwischen 1815 und 1848/49 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 42), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 347 S., kart., 75 DM.

Die Geschichte des Konservatismus, so zugespitzt eine These des Buchs von Eckhard Trox, muß neu geschrieben werden. Bislang wurde ein beachtlicher Zweig der konservativen Bewegung weitgehend übersehen oder unterschätzt: der militärische Konservatismus. Hierunter versteht der Verfasser alle Organisationen und Bestrebungen von aktiven oder ehemaligen Soldaten und Offizieren, die darauf abzielten, militärische Werte und Ordnungsvorstellungen auch im zivilen und politischen Leben zur Geltung zu bringen. Dazu zählten einmal die von militärischen Spitzen bis hinauf zum Prinzen von Preußen geförderten militärpublizistischen Unternehmungen, die 1848 in der reaktionären Deutschen Wehrzeitung gipfelten. Dazu zählten ferner die zahlreichen Militärvereine, etwa Freiwilligen-, Krieger- und Kriegerbegräbnisvereine. Dazu zählte schließlich die enge Zusammenarbeit

faßten Forschungsansatz der Aufsatzsammlung ausschöpfend, behandelt Heinrich Tappes Beitrag »Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch als Aufgabe bürgerlicher Mäßigkeitsbewegung und staatlich-kommunaler Verwaltung« eine Schattenseite des modernen Massenkonsums. Im Vergleich von Programm und Struktur des 1883 begründeten »Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke« mit dem Vorgehen der Behörden zeigt schon der sich beiderseitig vom »Trunkenbold« zum »Alkoholkranken« gewandelte Sprachgebrauch, daß Temperenzvereine und Verwaltungen eng miteinander kooperierten.

Für den Übergang von der Selbst- zur Fremdversorgung ist die im Aufsatz »Die Brauwirtschaft Westfalens: Ein Wegbereiter modernen Getränkekonsums« von Angela Zatsch behandelte Bierproduktion das Beispiel par exellence. Sowohl die Bevölkerungsentwicklung in den Städten als auch technologische Innovationen, wie z. B. untergäriges Brauverfahren und künstliche Kältetechnik, ermöglichten die Massenproduktion der Braubetriebe. Nach dem Aufkommen industrieller Produktionsverfahren für anonyme Märkte bedienten sich die Waren-Hersteller der Presse, um die Distanz zum Verbraucher zu verkürzen. Die serielle Auswertung von in verschiedenen Zeitschriften geschalteten Lebensmittelinseraten erlaubt Kirsten Schlegel-Matthies in der Studie »Anfänge der modernen Lebens- und Genußmittelwerbung: Produkte und Konsumgruppen im Spiegel von Zeitschriftenannoncen« Aussagen über das angestrebte Warenimage so unterschiedlicher Produkte wie Sekt, Schokolade oder Margarine. Vor der drohenden Korrumpierbarkeit der Presse über das Anzeigengeschäft warnte bereits Ferdinand Lassalle in dem Essay »Die Feste, die Presse und das Frankfurter Abgeordnetenhaus«. In der letzten Abhandlung berichtet Anne Roerkohl über »Die Lebensmittelversorgung während des Ersten Weltkrieges im Spannungsfeld kommunaler und staatlicher Maßnahmen«. Zur Bewältigung der Krisensituation übernahmen erstmals in Deutschland Behörden die Planung der gesamten Lebensmittelversorgung. Einmal mehr ist es der »Vergleichenden geschichtlichen Städteforschung« in Münster gelungen, Akzente zum Verständnis der Urbanisierung im 19. Jahrhundert zu setzen. Die scheinbar divergenten Beiträge der Aufsatzsammlung verklammert das Konzept der »Nahrungswirtschaft«. War es das erklärte Ziel des Herausgebers, erste Grundlagen für weitere Analysen dieses Problemfeldes vorzustellen, so bleiben tatsächlich viele Fragen unbeantwortet. Die Materialdichte der einzelnen Beiträge deutet darauf hin, daß die Autoren an dieser Stelle nur erste Einblicke in umfangreichere Forschungsarbeiten gewähren. Mit Blick auf den zeitlichen Abstand zum Erscheinungsjahr bleibt anzumerken, daß die Reihe »Studien zur Geschichte des Alltags« inzwischen der in Stuttgart ansässige Franz Steiner Verlag übernommen hat. *Thomas Bauer, Frankfurt/Main*

Eckhard Trox, Militärischer Konservatismus. Kriegervereine und »Militärpartei« in Preußen zwischen 1815 und 1848/49 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 42), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 347 S., kart., 75 DM.

Die Geschichte des Konservatismus, so zugespitzt eine These des Buchs von Eckhard Trox, muß neu geschrieben werden. Bislang wurde ein beachtlicher Zweig der konservativen Bewegung weitgehend übersehen oder unterschätzt: der militärische Konservatismus. Hierunter versteht der Verfasser alle Organisationen und Bestrebungen von aktiven oder ehemaligen Soldaten und Offizieren, die darauf abzielten, militärische Werte und Ordnungsvorstellungen auch im zivilen und politischen Leben zur Geltung zu bringen. Dazu zählten einmal die von militärischen Spitzen bis hinauf zum Prinzen von Preußen geförderten militärpublizistischen Unternehmungen, die 1848 in der reaktionären Deutschen Wehrzeitung gipfelten. Dazu zählten ferner die zahlreichen Militärvereine, etwa Freiwilligen-, Krieger- und Kriegerbegräbnisvereine. Dazu zählte schließlich die enge Zusammenarbeit

militärischer Abgeordneter in den preußischen Kammern seit 1849, die sich zu einer Fraktionsgemeinschaft ausweitete. Gerade in Preußen entwickelten die militärischen Institutionen und Einflußkräfte in der Politik eine derartige Aktivität und Selbständigkeit, daß der Verfasser die zeitgenössische Einschätzung, es handele sich um eine regelrechte Militärpartei, übernimmt.

Anders als in der Regel vermutet, reichte diese konservative Parteibildung weit vor 1848 zurück. Vereine und Periodika wurden zwar verstärkt in der Revolution gegründet, die auch den Hauptteil der Untersuchung ausmacht. Die Ursprünge lagen aber im Vormärz. In den späten 1830er und frühen 1840er Jahren entstanden, nicht zuletzt unter dem Eindruck des beginnenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, Zusammenschlüsse von Veteranen, die sich auf das Schlüsselerlebnis der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 beriefen und verschütteten Werten wieder zum Durchbruch verhelfen wollten. Regionale Vereinspublikationen, Kriegerfeste und bald auch Denkmäler verbreiteten militärisches Denken in Stadt und Land. Unter diesen Umständen wurde aus den Militärvereinen geradezu eine Massenbewegung. Mehr als 250 Vereine mit insgesamt rund 50 000 Mitgliedern erfaßten breite Bevölkerungskreise. Der Konservatismus blieb durchaus nicht auf Beamtenfraktionen und Großagrarier beschränkt. Militärs dominierten nur in den Vorständen. Tatsächlich integrierten die Vereine beinahe alle sozialen Schichten, allerdings, wie man aus den präsentierten Daten wohl schließen muß, mit mittelständischem Schwergewicht. Antikonstitutionelle und antiliberale Vorstellungen und das Bemühen um Zusammenhalt und Vorsorge verbanden sich. Insofern prägte der militärische Geist stärker als die soziale Zugehörigkeit.

Charakteristisch für Preußen wurde somit ein gewissermaßen doppelter Militärkonservatismus, der die Gesellschaft zum einen von oben, ausgehend von den Facheliten, und zum anderen von unten, über die vereinsmäßig organisierte Massenbewegung, durchdrang. In der Summe konstatiert Trox deshalb für Preußen eine aus »der Verfaßtheit der altpreußischen Militärmonarchie« herrührende »Sonderentwicklung« (S. 289). Für eine derartig abschließende Bewertung sind vielleicht Vergleiche mit außerpreußischen Gebieten notwendig. Der Fall Kurhessen mit einem in beträchtlichen Teilen absolutismuskritischen und prokonstitutionellen Militär (Petition der Subalternoffiziere von 1816, Abschiedsgesuch der Offiziere von 1850 unter Berufung auf den Verfassungseid) scheint die Sonderrolle Preußens zu bestätigen. Insgesamt beeindruckt die Studie durch die Ermittlung und Auswertung von Archivalien und gedruckten Quellen, vor allem von Militärperiodika. Die – freilich nicht immer ganz übersichtliche – Darstellung liest sich fast durchweg spannend. Die Analysen und Ergebnisse leuchten ein. Die Geschichte des Konservatismus ist tatsächlich zu einem Teil neu geschrieben worden. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Heiger Ostertag, Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierkorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 378 S., brosch., 88 sfr.

Berufserfahrung ist nicht die schlechteste Ausgangsposition für eine wissenschaftliche Arbeit, vorausgesetzt, man ist in der Lage, zum eigenen Beruf und der eigenen Rolle in ihm eine gehörige, kritische Distanz zu wahren. Es ist aber für produktive wissenschaftliche Arbeit nur eine gute Ausgangsposition; kritische Distanz allein garantiert auch nur einen begrenzten Standard. Der Autor der anzuzeigenden Studie hat sein Thema wohl auch als einen Beitrag zur Verarbeitung seiner Berufsbiographie verstanden. Er war selbst Offizier. Er läßt auch eine durchaus kritische, teilweise große Distanz zu seinen Vorfahren im Amt erkennen. Das zeigt sich im Ergebnis einer durchaus positiv zu wertenden Arbeit. Zieht

militärischer Abgeordneter in den preußischen Kammern seit 1849, die sich zu einer Fraktionsgemeinschaft ausweitete. Gerade in Preußen entwickelten die militärischen Institutionen und Einflußkräfte in der Politik eine derartige Aktivität und Selbständigkeit, daß der Verfasser die zeitgenössische Einschätzung, es handele sich um eine regelrechte Militärpartei, übernimmt.

Anders als in der Regel vermutet, reichte diese konservative Parteibildung weit vor 1848 zurück. Vereine und Periodika wurden zwar verstärkt in der Revolution gegründet, die auch den Hauptteil der Untersuchung ausmacht. Die Ursprünge lagen aber im Vormärz. In den späten 1830er und frühen 1840er Jahren entstanden, nicht zuletzt unter dem Eindruck des beginnenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, Zusammenschlüsse von Veteranen, die sich auf das Schlüsselerlebnis der Befreiungskriege von 1813 bis 1815 beriefen und verschütteten Werten wieder zum Durchbruch verhelfen wollten. Regionale Vereinspublikationen, Kriegerfeste und bald auch Denkmäler verbreiteten militärisches Denken in Stadt und Land. Unter diesen Umständen wurde aus den Militärvereinen geradezu eine Massenbewegung. Mehr als 250 Vereine mit insgesamt rund 50 000 Mitgliedern erfaßten breite Bevölkerungskreise. Der Konservatismus blieb durchaus nicht auf Beamtenfraktionen und Großagrarier beschränkt. Militärs dominierten nur in den Vorständen. Tatsächlich integrierten die Vereine beinahe alle sozialen Schichten, allerdings, wie man aus den präsentierten Daten wohl schließen muß, mit mittelständischem Schwergewicht. Antikonstitutionelle und antiliberale Vorstellungen und das Bemühen um Zusammenhalt und Vorsorge verbanden sich. Insofern prägte der militärische Geist stärker als die soziale Zugehörigkeit.

Charakteristisch für Preußen wurde somit ein gewissermaßen doppelter Militärkonservatismus, der die Gesellschaft zum einen von oben, ausgehend von den Facheliten, und zum anderen von unten, über die vereinsmäßig organisierte Massenbewegung, durchdrang. In der Summe konstatiert Trox deshalb für Preußen eine aus »der Verfaßtheit der altpreußischen Militärmonarchie« herrührende »Sonderentwicklung« (S. 289). Für eine derartig abschließende Bewertung sind vielleicht Vergleiche mit außerpreußischen Gebieten notwendig. Der Fall Kurhessen mit einem in beträchtlichen Teilen absolutismuskritischen und prokonstitutionellen Militär (Petition der Subalternoffiziere von 1816, Abschiedsgesuch der Offiziere von 1850 unter Berufung auf den Verfassungseid) scheint die Sonderrolle Preußens zu bestätigen. Insgesamt beeindruckt die Studie durch die Ermittlung und Auswertung von Archivalien und gedruckten Quellen, vor allem von Militärperiodika. Die – freilich nicht immer ganz übersichtliche – Darstellung liest sich fast durchweg spannend. Die Analysen und Ergebnisse leuchten ein. Die Geschichte des Konservatismus ist tatsächlich zu einem Teil neu geschrieben worden. *Winfried Speitkamp, Gießen*

Heiger Ostertag, Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierkorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 378 S., brosch., 88 sfr.

Berufserfahrung ist nicht die schlechteste Ausgangsposition für eine wissenschaftliche Arbeit, vorausgesetzt, man ist in der Lage, zum eigenen Beruf und der eigenen Rolle in ihm eine gehörige, kritische Distanz zu wahren. Es ist aber für produktive wissenschaftliche Arbeit nur eine gute Ausgangsposition; kritische Distanz allein garantiert auch nur einen begrenzten Standard. Der Autor der anzuzeigenden Studie hat sein Thema wohl auch als einen Beitrag zur Verarbeitung seiner Berufsbiographie verstanden. Er war selbst Offizier. Er läßt auch eine durchaus kritische, teilweise große Distanz zu seinen Vorfahren im Amt erkennen. Das zeigt sich im Ergebnis einer durchaus positiv zu wertenden Arbeit. Zieht

man die dem akademischen Ritual geschuldeten einleitenden Teile seiner Arbeit ab, so schildert Ostertag in vier großen Kapiteln die Sozialstruktur und soziale Lage des Offizierskorps, die Ausbildung und »Erziehung« des Offiziers, die Berufsideologie und die funktionsbedingte Ausprägung von Fähigkeiten und Fertigkeiten. Naturgemäß – weil nur über schwierigste Detailforschung neues zu eruieren wäre – ist das Kapitel über Sozialstruktur und soziale Lage des Kaiserlichen Offizierskorps eine kritische Kompilation des Forschungsstandes. In den weiteren Kapiteln liegen die genuine Leistung des Autors – aber auch die Probleme seiner Analyse.

Er breitet ein großes Material vor dem Leser aus, hat dieses plausibel gegliedert und systematisch-kritisch gesichtet. Sein Urteil ist scharf bis vernichtend und das zu Recht und im Detail auch richtig begründet. Nur bleibt ein Rest, der sich nur mühsam erklären läßt und das Gefühl hinterläßt, daß die Arbeit doch nicht ganz ihrem Gegenstand gerecht wird. Das liegt offenbar daran, daß der Autor über eine – begründete – traditionelle Ideologiekritik sowie fachhistorische und militärfachliche Kritik nicht hinauslangt, wobei letztlich auch die kritischen Maßstäbe unklar bleiben.

Ich will versuchen, meine Einwände zu verdeutlichen:

1. Für den Autor ist das kaiserliche Militär unausgesprochen ein Funktionsteil staatlicher Macht. Er urteilt – unausgesprochen – danach, was Militär letztlich 1914–1918 hätte leisten müssen und nicht leisten konnte. Daraus lassen sich eine ganze Reihe funktional bestimmbarer Anforderungen ableiten, z. B. im Militärbildungswesen, im Rekrutierungssystem, im Berufsverständnis etc. Ohne diese Anforderungen aber selbst zu bestimmen, mißt der Autor an diesen Kriterien und kommt notgedrungen zu seinen vernichtenden Urteilen. Dem Autor sind jedoch die Kriterien selbst nur in der vagen Form der »Bewährung« oder des »Versagens« im Weltkrieg bewußt. Es fehlt also ein durchdachtes Kriterienraster für die im einzelnen zutreffenden Urteile.

2. Auf die Idee, daß das kaiserliche Militär sich gar nicht als funktionale Institution im modernen Krieg begriffen hat oder auch nur begreifen konnte, kommt der Autor nicht. Wenn man den funktionalistisch verbrämten und verschleierten Romantizismus des wilhelminischen Militärs nur als intellektuelle Fehlleistung oder als Mangel an Realitätssinn begreift, greift man eben zu kurz. Darin wird vielmehr eine im Zeitgeist versteckte Funktionsbestimmung als ritualisierte Ordensgemeinschaft für ebenso ritualisierte Kampf- und Tötungsvorgänge sichtbar, die ihr »geistiges« Fundament im 17. und 18. Jahrhundert hatte und den modernen »rationalen« Krieg oder den Industriekrieg gar nicht denken konnte und wollte.

3. Am Beispiel der »Erziehungs«mechanismen des kaiserlichen Militärs wird nicht nur Letztbezeichnetes deutlich; deutlich wird auch, daß dem Autor die sozialpsychologische Seite dieses Militärs fremd geblieben ist. Das, was die Forschung des letzten Jahrzehntes über »schwarze Pädagogik«, Männerbünde, deren homosexuellen Kitt oder die Denkweisen und Psychostrukturen der kaiserlichen Gesellschaft zur Diskussion gestellt hat, ist außerhalb des Horizontes des Autors geblieben. Schon wieder faszinierend an seiner Studie ist dann allerdings, daß die einzelnen Fakten alle detalliert bei ihm aufgeführt werden. So werden weder die Inhumanität militärischer Erziehung, noch die Homosexuellenproblematik oder die deprimierend deformierenden Ergebnisse für die Einzelpersönlichkeit oder das Offizierskorps verschwiegen. Sie werden vielmehr heftig kritisiert. Aber erklären kann der Autor das System als Ganzes nicht und schon gar nicht, daß das System einen Sinn hatte, wenn auch nicht den, den man modernem Militär unterstellt.

Eine anthropologisch-sozialpsychologische Beschreibung des Militärs, seiner Binnenstrukturen und sozialen Mechanismen wie auch seiner »Erziehungs«funktionen bleibt deshalb weiterhin ein Desiderat. Die immer fremder werdende Welt traditionellen Militärs erklärend zu begreifen, setzt offenbar mehr an Fähigkeiten voraus als ein Doktorand üblicherweise leisten kann.

Martin Kutz, Hamburg

Thomas Rohkrämer, Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914 (= Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Bd. 29), Oldenbourg Verlag, München 1990, 301 S., Ln., 78 DM.

Die Dominanz des Militärischen und ein ausgeprägter Nationalismus sind Teil jener Merkmale, die den Unterschied zwischen dem kaiserlichen Deutschland und den bürgerlichen Demokratien in Westeuropa ausmachten. Das militärische Erscheinungsbild, das in vielerlei Formen den Alltag von Staat und Gesellschaft prägte, wie auch die mitgliederstarken nationalen Vereine waren jedoch keineswegs nur, wie die Forschung in den letzten beiden Jahrzehnten gezeigt hat, Ausdruck preußischer Traditionen oder gar der Vorliebe des Kaisers. Je mehr die tradierte politische und soziale Ordnung unter dem Druck der industriewirtschaftlichen Veränderungen ins Wanken geriet, um so mehr versuchten die »alten Eliten«, die beiden großen Ideologien »Militarismus« und »Nationalismus« in manipulativer Weise bei der Schaffung eines integrativen Gruppenkonsenses und der »Herstellung von Feindbildern für die Ableitung sozial bedingter Aggressionen« (S. 15) zu instrumentalisieren. Diese in vielen Facetten verfolgte Strategie, die – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – seit Bismarcks Kolonialabenteuer von einer sozialimperialistischen Außenpolitik begleitet wurde, schien allein geeignet, den inneren Status quo zu konservieren.

Die Instrumentalisierung von Nationalismus und Militarismus steht aber nicht im Mittelpunkt der Freiburger Dissertation von Thomas Rohkrämer. In Anlehnung an sozialpsychologische, alltags- und mentalitätsgeschichtliche Theorien will der Autor vielmehr am Beispiel der Kriegervereine, die 1913 mit 2,8 Millionen Mitgliedern die weitaus stärkste »nationale« Organisation darstellten, die in den bisherigen Studien über die gesellschaftliche Wirkung von Nationalismus und Militarismus weitgehend ausgeblendete »subjektive Faszination«, die eine wichtige Voraussetzung für deren gesellschaftliche Instrumentalisierung bildete, untersuchen.

Unter bewußter Abwendung von klassengesellschaftlichen Kategorien konzentriert sich der Verfasser in seiner Untersuchung auf die Gruppe der sog. »kleinen Leute«, d. h. Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbürger. Im Gegensatz zu den von Bildungs- und Besitzbürgertum dominierten Flotten- oder Kolonialvereinen stellten diese in den Kriegervereinen die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder. Anders als das politisch schon vorher aktive Bürgertum empfanden sich die »kleinen Leute« zudem in den Einigungskriegen zum ersten Mal als Teil der Nation. Unter dem Eindruck ihres kleinen persönlichen Beitrags zur nationalen Einigung assoziierten sie dementsprechend Nationalismus mit starkem Staat, Armee und Machtpolitik. Obwohl dieser Staat objektiv keineswegs ihren eigenen Interessen entsprach, leisteten sie damit einen »bedeutenden Beitrag zum Aufkommen eines integralen Nationalismus, der sich später als folgenschwere Belastung für die politische und soziale Modernisierung Deutschlands erweisen sollte.« (S. 16 f.) In dem Versuch, dieses widersprüchliche Phänomen zu erklären, liegt dann auch der besondere Reiz von Rohkrämers Studie im Vergleich zu den bisher vorgelegten Arbeiten über die Kriegervereine.

Diese Studie besteht aus drei großen Abschnitten. In einem ersten großen Kapitel schildert der Verfasser unter Auswertung der Verbandspresse und der überlieferten Akten ausführlich Entwicklung, innere Struktur und Aktivitäten der Kriegervereine zwischen der Reichseinigung und dem Ersten Weltkrieg, bevor er im zweiten Teil ausführlich auf die bislang vernachlässigte Bedeutung der Kriegserfahrung bzw. der Militärdienstzeit für die Angehörigen der Kriegervereine behandelt. In einem dritten Abschnitt schließlich wird am Beispiel des Geschichtsverständnisses, dem Verhältnis zu Staat, Monarchie und Kirche, der Einstellung zur Industrialisierung, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik sowie der Genesis der »Ideen von 1914« die Herausbildung des nationalen Weltbildes einer ausführlichen Analyse unterzogen.

Die von Rohkrämer in diesen Abschnitten herausgearbeiteten Ergebnisse zeigen, wie sehr die Kriegervereine, in denen die Mehrzahl der »kleinen Leute« ursprünglich vor allem das für sie prägende Erlebnis der Entstehung des Deutschen Reiches pflegen wollte, im Zuge der Polarisierung der gesellschaftlichen Fronten durch die aus dem höheren Bürgertum stammenden Vorstandsmitglieder im konservativen Sinn politisiert wurden. Verantwortlich für den Erfolg dieser Bestrebungen war neben der Ausgrenzung politisch Andersdenkender, der bewußten Pflege »nationaler« Tugenden im Vereinsleben und einer geschickten Propaganda in den Vereinszeitungen die Umwandlung des »Kameradschaftsgefühls« zu einer Ideologie. Unter »Betonung der Gleichheit aller Kameraden und der gemeinsamen Kriegserfahrung und Militärzeit« (S. 39) spielte diese die Ungleichheit von sozialer Herkunft, Stand und militärischem Rang herunter und suggerierte statt dessen die »Illusion der Gleichheit aller Mitglieder«. Wirklich aufrechterhalten werden konnte die »Untertanenmentalität« jedoch vor allem deshalb, weil – und dies ist eine ohne Zweifel interessante Feststellung des Autors – die gleichzeitig voranschreitende Zersetzung traditionaler Überzeugungen, Sozialgefüge und Bindungen bei den »kleinen Leuten« nicht ein Gefühl der Befreiung, sondern der »Hilflosigkeit, Bedeutungslosigkeit und Isolation« erzeugte. »Für Bürger«, so eine zentrale These Rohkrämers, »die der gesellschaftliche Wandel verwirrte und verunsicherte, stellten starker Staat und militärische Ordnung ideale Identifikationsangebote dar.« (S. 265) Die Orientierung an überkommenen Wertvorstellungen war jedoch nicht frei von Widersprüchen, weil – so glaubt Rohkrämer belegen zu können – die Mitglieder der Kriegervereine neben Kaiser Wilhelm auch »Bebel oder Bismarck und den Papst« (S. 265) respektieren und verehren konnten.

An dieser Stelle gilt es nun zwei grundsätzliche Bemerkungen zu machen: Auch wenn vieles dafür spricht, daß Rohkrämer die Haltung der »kleinen Leute« zutreffend erklärt hat, ist es bedauerlich, daß er seine Analyse häufig auf Zeugnisse stützt, die letztlich von Bildungsbürgern, nicht aber von Angehörigen der ihn besonders interessierenden Schichten stammen. Endgültige Klarheit darüber, warum sich auch die »kleinen Leute« für Nationalismus und Militarismus begeistern konnten, werden daher erst Studien geben können, die – so schwierig dies aufgrund der Quellenlage auch sein mag – noch stärker als hier Quellen aus dieser Schicht heranziehen. In gleicher Weise wird man auch die Sozialstruktur der Kriegervereine näher untersuchen müssen. Zur Untermauerung der These, daß Arbeiter trotz der scharfen antisozialdemokratischen Frontstellung der Kriegervereine in diesen stark vertreten waren, reichen die vom Verfasser angeführten Beispiele nicht aus.

Trotz dieser Kritik wird man resümierend feststellen können, daß Rohkrämer mit seinem anspruchsvollen Buch einen insgesamt überzeugenden Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Kaiserreichs leistet. Seine quellennahe Untersuchung eines wichtigen Bereichs aus dem Alltag der »kleinen Leute« zeigt, wie wichtig neben der Erforschung staatlicher Manipulationsversuche die Beschäftigung mit Mentalitäten, Gruppenprozessen, Rollenbildern und Versuchen der Identitätsfindung für die Erklärung der Auswirkungen von Militarismus und Nationalismus auf Staat und Gesellschaft in Deutschland vor 1914 ist.

Michael Epkenhans, Heidelberg

Martin Kutz, Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär (= Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 62), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 140 S., brosch., 39 DM.

Der knallige Titel steht über drei inhaltlich und methodisch verschiedenen und auch nur mit einer gewissen Willkür zu einer Einheit zusammenfaßbaren Studien. Die *erste* heißt »Schlieffen contra Clausewitz: Zur Grundlegung einer Denkschule der Aggression und des

Die von Rohkrämer in diesen Abschnitten herausgearbeiteten Ergebnisse zeigen, wie sehr die Kriegervereine, in denen die Mehrzahl der »kleinen Leute« ursprünglich vor allem das für sie prägende Erlebnis der Entstehung des Deutschen Reiches pflegen wollte, im Zuge der Polarisierung der gesellschaftlichen Fronten durch die aus dem höheren Bürgertum stammenden Vorstandsmitglieder im konservativen Sinn politisiert wurden. Verantwortlich für den Erfolg dieser Bestrebungen war neben der Ausgrenzung politisch Andersdenkender, der bewußten Pflege »nationaler« Tugenden im Vereinsleben und einer geschickten Propaganda in den Vereinszeitungen die Umwandlung des »Kameradschaftsgefühls« zu einer Ideologie. Unter »Betonung der Gleichheit aller Kameraden und der gemeinsamen Kriegserfahrung und Militärzeit« (S. 39) spielte diese die Ungleichheit von sozialer Herkunft, Stand und militärischem Rang herunter und suggerierte statt dessen die »Illusion der Gleichheit aller Mitglieder«. Wirklich aufrechterhalten werden konnte die »Untertanenmentalität« jedoch vor allem deshalb, weil – und dies ist eine ohne Zweifel interessante Feststellung des Autors – die gleichzeitig voranschreitende Zersetzung traditionaler Überzeugungen, Sozialgefüge und Bindungen bei den »kleinen Leuten« nicht ein Gefühl der Befreiung, sondern der »Hilflosigkeit, Bedeutungslosigkeit und Isolation« erzeugte. »Für Bürger«, so eine zentrale These Rohkrämers, »die der gesellschaftliche Wandel verwirrte und verunsicherte, stellten starker Staat und militärische Ordnung ideale Identifikationsangebote dar.« (S. 265) Die Orientierung an überkommenen Wertvorstellungen war jedoch nicht frei von Widersprüchen, weil – so glaubt Rohkrämer belegen zu können – die Mitglieder der Kriegervereine neben Kaiser Wilhelm auch »Bebel oder Bismarck und den Papst« (S. 265) respektieren und verehren konnten.

An dieser Stelle gilt es nun zwei grundsätzliche Bemerkungen zu machen: Auch wenn vieles dafür spricht, daß Rohkrämer die Haltung der »kleinen Leute« zutreffend erklärt hat, ist es bedauerlich, daß er seine Analyse häufig auf Zeugnisse stützt, die letztlich von Bildungsbürgern, nicht aber von Angehörigen der ihn besonders interessierenden Schichten stammen. Endgültige Klarheit darüber, warum sich auch die »kleinen Leute« für Nationalismus und Militarismus begeistern konnten, werden daher erst Studien geben können, die – so schwierig dies aufgrund der Quellenlage auch sein mag – noch stärker als hier Quellen aus dieser Schicht heranziehen. In gleicher Weise wird man auch die Sozialstruktur der Kriegervereine näher untersuchen müssen. Zur Untermauerung der These, daß Arbeiter trotz der scharfen antisozialdemokratischen Frontstellung der Kriegervereine in diesen stark vertreten waren, reichen die vom Verfasser angeführten Beispiele nicht aus.

Trotz dieser Kritik wird man resümierend feststellen können, daß Rohkrämer mit seinem anspruchsvollen Buch einen insgesamt überzeugenden Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Kaiserreichs leistet. Seine quellennahe Untersuchung eines wichtigen Bereichs aus dem Alltag der »kleinen Leute« zeigt, wie wichtig neben der Erforschung staatlicher Manipulationsversuche die Beschäftigung mit Mentalitäten, Gruppenprozessen, Rollenbildern und Versuchen der Identitätsfindung für die Erklärung der Auswirkungen von Militarismus und Nationalismus auf Staat und Gesellschaft in Deutschland vor 1914 ist.

Michael Epkenhans, Heidelberg

Martin Kutz, Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär (= Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 62), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 140 S., brosch., 39 DM.

Der knallige Titel steht über drei inhaltlich und methodisch verschiedenen und auch nur mit einer gewissen Willkür zu einer Einheit zusammenfaßbaren Studien. Die *erste* heißt »Schlieffen contra Clausewitz: Zur Grundlegung einer Denkschule der Aggression und des

Blitzkrieges« und beschreibt markante Ausschnitte der Clausewitz-Rezeption im deutschen militärischen Denken bis an die Schwelle des Zweiten Weltkriegs. Kutz deutet diese Rezeption (parallel zu G. Ritter oder H.-U. Wehler) als Fehl-Rezeption. »Strategischer Voluntarismus« wird das genannt, und es wird ergänzt durch die Ablehnung der »Einheit von Volk, Armee und Staat«, die bei Clausewitz »zugleich eine indirekte Bindung an humane Zwecke des Krieges bedeutete« (S. 45). In diesem Aufsatz finden sich zahlreiche interessante und auch kontroverse Behauptungen zur militärischen Sozialgeschichte Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert. Um einen kontroversen Punkt herauszugreifen: die Gleichsetzung von Clausewitz' Begriff des absoluten Kriegs mit dem Begriff des Kriegsbildes dürfte keinen Clausewitz-Kenner überzeugen.

Die *zweite* Studie heißt »Operative Führung als Denkfigur und Handlungskonzept der Heeresführung der Bundeswehr. Implikationen und Gefahren einer Wiederbelebung Schlieffenscher Denkmuster« und behandelt die offizielle und halboffizielle Debatte im Heer der Bundeswehr, in deren Mittelpunkt der Versuch steht, ein militärisches Aktionskonzept als Antwort auf die militärpolitischen, rüstungstechnischen und transgesellschaftlichen Wandlungsprozesse in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu finden. Dieser Versuch, die Betonung der operativen Führung, wird von Kutz als verfehlt gekennzeichnet, und zwar aus politischen, militärstrategischen und aus moralischen Gründen.

Die *dritte* Studie schließlich sammelt »Empirische Befunde zum Sozialprofil und Leistungsstandard jüngerer Generalstabs-/Admiralstabsoffiziere der Bundeswehr« (so ihr Untertitel). Zwei Jahrgänge der Führungsakademie werden anhand einer sozialstatistischen Datensammlung durchleuchtet, und zwar vor allem auf die Frage hin, ob sie, gemessen an ihren dienstlichen Leistungen, zu Recht an die Führungsakademie gekommen sind, oder ob, grob gesagt, sie eigentlich gar nicht dorthingehören oder jedenfalls ihre Chance nicht ihren Leistungen verdanken. Die These von Kutz lautet dabei, daß es vielfach nicht Leistungen, vielmehr (konventionelle und konservative, milieugerechte) Haltungen eines jungen Offiziers sind, die für die Entscheidung, ihn auf den Generalstabs-/Admiralstabslehrgang zu schicken, ausschlaggebend sind. Diese These findet Kutz zu beträchtlichen Teilen bestätigt, am wenigsten übrigens im Heer. »Erwünschte Haltungen« lassen sich natürlich leichter bei den Kampftruppen als bei den technischen und Versorgungstruppen demonstrieren, und so kommt es bei der Auswahl, sagt Kutz, zu einer Verschlechterung des Leistungsstandards wegen der Fixierung auf das Leitbild des operativ und taktisch versierten Vertreters der Kampftruppen (vgl. S. 133).

Der Nicht-Fachmann unter den Lesern des Buches wird seine Probleme haben, den Stellenwert der in den Studien angesprochenen Materien einzuschätzen, und, fürchte ich, er wird sich in der einen oder anderen Materie auch ein wenig verirren. Nicht-Fachleute mit dem richtigen Gespür für die kritische Stoßrichtung des Autors werden, sofern sie Rezensionen schreiben müssen, indirekt ihr Unverständnis der Materien und direkt ihre Zustimmung zur Kritik ausdrücken (Beispiel: antimilitarismus-information, H. 11/1990). Martin Kutz, Wissenschaftler an der Führungsakademie (und somit in gewissem Sinne schon eine kleine Widerlegung seiner Militärkritik), gehört zu den anregenden und scharfsinnigen, zuweilen überscharfsinnigen (man könnte sagen: scharten-sinnigen) Militär-Sozialwissenschaftlern in Deutschland, die mit Genuß polemisieren und überspitzen können. Wenn damit die Problematik, um die es geht, verdeutlicht wird, ist das eine fruchtbare Methode. Die drei Studien, jede für sich und jeweils mit einem beschränkten Aussagehorizont, illustrieren diese Fruchtbarkeit. Ihre Kombination unter dem Titel »Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär« muß aber als Fehlgriff beurteilt werden. Dies um so mehr, als mit dieser Kombination Kontinuitäten insinuiert werden, die es einfach nicht gibt.

Wilfried von Bredow, Marburg

James N. Retallack, Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany, 1876–1918, Unwin Hyman, London 1988, 302 S., hbd., o. P.

Die politischen Bewegungen im deutschen Kaiserreich sind in der Vergangenheit mit wechselnden Fragestellungen und unterschiedlichen methodischen Zugangsweisen untersucht worden. Standen in den 1950er und frühen 1960er Jahren noch ideen- und organisationsgeschichtliche Themen im Vordergrund, so konzentrierte sich die Forschung mit dem Aufkommen einer kritischen Sozialgeschichtsschreibung in den 1970er Jahren vornehmlich auf die Analyse des politischen Systems und der gesellschaftlichen Eliten. In kritischer Absetzung dazu hat die Sozialgeschichte der politischen Bewegungen seit Ende der 1970er Jahre die Massen selbst in den Vordergrund gerückt. Neuere Arbeiten zur Parteiengeschichte versuchen nun, die Perspektive »von oben« mit der »von unten« zu verknüpfen. Dabei konnte gezeigt werden, wie stark besonders im deutschen Fall regionale Besonderheiten in Verbindung mit sozialen, ökonomischen und religiösen Faktoren das politische Verhalten der Bevölkerung beeinflußt haben. Der Konservativismus ist dabei im Vergleich zu den mit ihm konkurrierenden politischen Bewegungen noch schlecht erforscht; die Konservativismus-Forschung läßt sich demzufolge auch nur bedingt in die jüngsten Trends der Parteienforschung einordnen. Sie konzentrierte sich in der Vergangenheit auf die agrarischen Interessenverbände (Puhle, Flemming), die nationalistischen pressure groups (Eley, Chickering) und auf eine radikale, bisweilen auch als »protofaschistisch« bezeichnete Rechte im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs (Stegmann, Peck).

Retallacks Buch über die Deutsch-Konservative Partei verknüpft auf gelungene Weise die älteren organisationsstrukturellen Ansätze mit den neueren sozialgeschichtlichen Fragestellungen. Es beschreibt die Herausbildung der Parteiinstitutionen im Zentrum und an der Basis, in den Einzelstaaten und in den einzelnen Regionen und analysiert soziale Trägerschichten sowie politische Ziele der Deutsch-Konservativen und ihre Umsetzung im politischen Alltag. Das Material für diese Arbeit hat Retallack in zahlreichen staatlichen und privaten Archiven zusammengetragen; es wird von einer Fülle gedruckten Quellenmaterials konservativer Provenienz ergänzt. Daraus ist ein Buch entstanden, das nicht nur eine kondensierte Geschichte der Deutsch-Konservativen Partei im Kaiserreich ist, sondern auch die mit der Partei kooperierenden oder konkurrierenden Gruppierungen der Rechten mit einbezieht und ihren gemeinsamen Einfuß auf die deutsche Politik zwischen Reichsgründung und Weltkrieg diskutiert.

Die Gründung der Deutsch-Konservativen Partei im Jahre 1876 war kein Bruch mit den alten Traditionen. Nach außen hin hatte die Partei unter der Führung Helldorffs nicht zu Unrecht mit dem Image zu kämpfen, die Partei der preußischen Junker zu sein. Dies hat den Aufbau regionaler Parteiorganisationen außerhalb Preußens erheblich erschwert. Politisch standen die 1870er Jahre für die Konservativen im Zeichen der Auseinandersetzung mit Bismarcks deutscher Politik. Der Krieg mit Österreich hatte bereits 1866 zu einem politischen Interessenkonflikt geführt. Mit Ausbruch des Kulturkampfes, der auch den preußischen Protestantismus zu schwächen schien, und der Einführung der Kreisordnung von 1872, die die Macht der Junker im eigenen Haus unterminierte, war der Graben zwischen Bismarck und den Konservativen noch tiefer geworden. Vor diesem Hintergrund beschreibt Retallack detailliert die Bemühungen der Konservativen um eine organisatorische Konsolidierung der Partei. Zwar gelang es den Konservativen in den 1870er Jahren, ihre parlamentarische Präsenz im Reichstag zeitweilig auszubauen, doch blieb die Organisation der Partei auf Reichsebene schwach entwickelt. Den Grund dafür sieht Retallack im Beharren auf den altkonservativen Idealen.

Das Sozialistengesetz von 1878 und die Einführung der Schutzzölle ein Jahr später führten die Konservativen wieder näher an Bismarck heran. Ihre Einbindung in ein antisoziali-

stisches Bündnis, zusammen mit den Nationalliberalen und Freikonservativen, begründete nach Retallack für die Partei aber ein Dilemma: »Bismarck's Kartell strengthened the Conservatives at the polls, and in parliament it allowed them to translate some of their Christian, national and authoritarian ideals into practical policy. But at the same time reliance on the Kartell hindered the development of more effective means to mobilize the masses.« (S. 34)

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in den 1880er Jahren entzündeten sich an Helldorffs Strategie, mit Bismarck zu einem Ausgleich zu kommen. Sowohl die Christlich-Soziale Partei Stöckers als auch die Kritiker um die »Kreuzzeitung« versuchten, neue soziale Gruppen, besonders die protestantische Arbeiterschaft und den bedrohten Mittelstand, für die Konservativen zu gewinnen. Programmatisch führte dies zu einer Radikalisierung anti-liberaler und anti-kapitalistischer Positionen. Stöckers Ambitionen, eine Volkspartei auf der Rechten zu installieren, bedeuteten für die Führungsriege der Partei eine Herausforderung. Sie verstärkte deshalb in den 1880er Jahren die Bemühungen, den organisatorischen Ausbau der Partei an der Basis voranzutreiben. Vor allem hinsichtlich der zahlreichen Neugründungen von konservativen Vereinen und Publikationsorganen in den Einzelstaaten bringt Retallacks Buch eine Fülle neuer Details, die zusammengenommen die schon ältere Auffassung bestätigen, daß sich die Konservativen in den süd- und mitteldeutschen Einzelstaaten als politische Kraft nicht behaupten konnten. Wahlerfolge verbuchten die Konservativen zwischen 1881 und 1887 vornehmlich in Preußen, Sachsen und Mecklenburg.

Bismarcks Sturz und Caprivis »Neuer Kurs« lösten in den Reihen der Deutsch-Konservativen eine Revolte gegen die alte Führung um Helldorff aus und stärkten die Christlich-Sozialen um Stöcker. Der Tivoli-Kongress 1892 veränderte das programmatische Profil der Partei; mit antisemitischen Zusätzen wurde vergeblich versucht, aus der Partei der »notables« eine Volkspartei zu machen. Wie Massen für die Konservativen zu mobilisieren waren, zeigte sich schon ein Jahr später mit der Gründung des »Bundes der Landwirte«. Zwar opponierten der sozial-konservative Flügel um die Kreuzzeitung wie die Altkonservativen um Manteuffel gegen eine Politik, die lediglich auf die Verteidigung ökonomischer Interessen zielte. Dies änderte jedoch nichts an der Tatsache, so Retallack, daß sich mit Aufkommen des BdL auch das Gesicht der Deutsch-Konservativen Partei veränderte. »The BdL pushed the Conservative Party towards new conceptions of a völkisch, authoritarian, expansionist state.« (S. 110) Das Verhältnis zwischen konservativer Partei und den radikalen Agrariern blieb in der Folgezeit spannungsgeladen. Unfähig, sich für die Mobilisierung der Massen zu entscheiden und damit ihren Einfluß als Elite aufzugeben, pendelten die Deutsch-Konservativen zwischen 1886 und 1909 in den Auseinandersetzungen um den Mittellandkanal, die Revision der Caprivischen Handelsverträge und die Reichsfinanzreform zwischen einem agrarischen Radikalismus und einem moderaten Etatismus hin und her. In den außenpolitischen Vorstellungen der Partei, die Retallack zu knapp abhandelt, zeigte sich ein ähnlich indifferentes Bild. Die wilhelminische Weltpolitik mit ihren ambitiösen Flottenprogrammen stand den traditionellen Prinzipien konservativer Politik entgegen; sie wurde von den Konservativen nur zögernd und aus taktischen Gründen unterstützt.

Die Konservativen waren eine Partei von »Parlamentariern wider den Parlamentarismus«. Diese Ambivalenz prägte Programmatik, Organisation und soziales Profil der Partei. Die wiederholten Versuche, das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf Reichsebene mit Einführung eines Reichsoberhauses zu konterkarieren, scheiterten ebenso wie die Bemühungen, in größerem Umfang mittelständische Schichten zu integrieren. Retallacks umsichtige Analyse der innerparteilichen Entwicklung in den verschiedenen Bundesstaaten und preußischen Provinzen macht deutlich, daß eine konservative Volkspartei eine politische Fiktion blieb. Immerhin gelang der Partei der Aufbau eines flächendeckenden Ver-

einsnetzes, die Einrichtung zahlreicher Geschäftsstellen und die Gründung konservativer Presseorgane. Das soziale Spektrum der Mitglieder und Wähler verbreiterte sich dadurch aber nicht. Der grundbesitzende Adel blieb die dominierende soziale Schicht in den Fraktionen und in den Wahlvereinen vor Ort. Nur in den west- und süddeutschen Regionen gelang es vereinzelt, Vertreter des alten und neuen Mittelstandes für die Partei zu gewinnen. Wegen fortdauernder Mängel in Organisation und Öffentlichkeitsarbeit gingen die politischen Initiativen seit etwa 1910 im wesentlichen von der Berliner Parteiführung um Heydebrand und Westarp aus. Mit dem Aufkommen nationalistischer pressure groups in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet die Deutsch-Konservative Partei vollends in die politische Defensive; in den Kriegsjahren setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Retallacks Buch über die Deutsch-Konservative Partei ist deshalb im Ergebnis die Geschichte einer gescheiterten Politik. »Conservatives failed to keep pace with the accelerating tempo and sophistication of political activity pursued by the other parties and interest groups.« (S. 193)

Den Abschluß dieses lesenswerten Buchs bildet ein umfänglicher Anhang, der u. a. Übersichten über Struktur und Führungspersonal der Partei, soziale Zusammensetzung der Fraktionen im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus und, besonders hervorzuheben, eine Zusammenstellung der konservativen Vereine in den Einzelstaaten enthält.

Wolfgang Schwentker, z. Zt. Oxford

Kees Gispen, New Profession. Old Order. Engineers and German Society, 1815–1914, Cambridge University Press, Cambridge etc. 1989, 375 S., hbd., 32,50 £.

Kees Gispen will mit dem vorliegenden Werk die Entwicklung des Ingenieurberufes von 1815–1914 aufzeichnen. Als »Ingenieure« bezeichnet er dabei alle, »who described themselves as *Ingenieure* or as *Techniker* and who were overwhelmingly active in the private sector in mechanical specialties.« (S. 9) Die Arbeit bezieht sich also auf Ingenieure, die in der Maschinenbau-Industrie beschäftigt waren und damit auf die Gruppe der Maschinenbau-Ingenieure. Die Anerkennung als Profession wurde, so Gispen, zum einen durch die vorindustriellen Maßstäbe der älteren, nichttechnischen Professionen behindert, zum anderen durch die kapitalistische Entwicklung seit 1880. Während der VDI in der ersten Phase unter Führung der dort organisierten Hochschullehrer die Akademisierung der Ingenieursausbildung durch Statusanhebung der höheren technischen Fachschulen zu Polytechniken und Technischen Hochschulen vorantrieb, verstärkten die Unternehmer im VDI mit zunehmender Industrialisierung ihren Einfluß in Hinblick auf praxisbezogenere Lehrinhalte an den Technischen Hochschulen (u. a. Praktikum vor der Ausbildung, Einrichtung von Laboren). Die Antwort der Ingenieure auf die Herausforderungen der zweiten Phase war unterschiedlich. Die Unternehmer, im VDI und im Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen tonangebend, stimmten einer Aufsplitterung der Ingenieursausbildung zu, um mit den Absolventen des mittleren und niederen technischen Schulwesens (höhere und niedere Maschinenbauschulen) billige Spezialisten für die Industrie zu bekommen. Eine Überfüllung des Arbeitsmarktes kam ihnen eher entgegen als dem stetig wachsenden Heer der abhängig beschäftigten Ingenieure. Deren Interessen vertrat der Bund der technisch-industriellen Beamten (BtiB, gegr. 1904), der die Interessen *aller* technischen Angestellten oberhalb der Werkmeisterebene ohne Ansehen des Bildungsgrades für alle in Frage kommenden Industriezweige vertrat. Dieses eher gewerkschaftliche Konzept erschöpfte sich nicht nur in der Forderung nach unmittelbaren finanziellen Verbesserungen. Gispen sieht in den Vorstellungen des BtiB von Autonomie, Garantien und Privilegien eine mit gewerk-

einsnetzes, die Einrichtung zahlreicher Geschäftsstellen und die Gründung konservativer Presseorgane. Das soziale Spektrum der Mitglieder und Wähler verbreiterte sich dadurch aber nicht. Der grundbesitzende Adel blieb die dominierende soziale Schicht in den Fraktionen und in den Wahlvereinen vor Ort. Nur in den west- und süddeutschen Regionen gelang es vereinzelt, Vertreter des alten und neuen Mittelstandes für die Partei zu gewinnen. Wegen fortdauernder Mängel in Organisation und Öffentlichkeitsarbeit gingen die politischen Initiativen seit etwa 1910 im wesentlichen von der Berliner Parteiführung um Heydebrand und Westarp aus. Mit dem Aufkommen nationalistischer pressure groups in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges geriet die Deutsch-Konservative Partei vollends in die politische Defensive; in den Kriegsjahren setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Retallacks Buch über die Deutsch-Konservative Partei ist deshalb im Ergebnis die Geschichte einer gescheiterten Politik. »Conservatives failed to keep pace with the accelerating tempo and sophistication of political activity pursued by the other parties and interest groups.« (S. 193)

Den Abschluß dieses lesenswerten Buchs bildet ein umfänglicher Anhang, der u. a. Übersichten über Struktur und Führungspersonal der Partei, soziale Zusammensetzung der Fraktionen im Reichstag und preußischen Abgeordnetenhaus und, besonders hervorzuheben, eine Zusammenstellung der konservativen Vereine in den Einzelstaaten enthält.

Wolfgang Schwentker, z. Zt. Oxford

Kees Gispen, New Profession. Old Order. Engineers and German Society, 1815–1914, Cambridge University Press, Cambridge etc. 1989, 375 S., hbd., 32,50 £.

Kees Gispen will mit dem vorliegenden Werk die Entwicklung des Ingenieurberufes von 1815–1914 aufzeichnen. Als »Ingenieure« bezeichnet er dabei alle, »who described themselves as *Ingenieure* or as *Techniker* and who were overwhelmingly active in the private sector in mechanical specialties.« (S. 9) Die Arbeit bezieht sich also auf Ingenieure, die in der Maschinenbau-Industrie beschäftigt waren und damit auf die Gruppe der Maschinenbau-Ingenieure. Die Anerkennung als Profession wurde, so Gispen, zum einen durch die vorindustriellen Maßstäbe der älteren, nichttechnischen Professionen behindert, zum anderen durch die kapitalistische Entwicklung seit 1880. Während der VDI in der ersten Phase unter Führung der dort organisierten Hochschullehrer die Akademisierung der Ingenieursausbildung durch Statusanhebung der höheren technischen Fachschulen zu Polytechniken und Technischen Hochschulen vorantrieb, verstärkten die Unternehmer im VDI mit zunehmender Industrialisierung ihren Einfluß in Hinblick auf praxisbezogenere Lehrinhalte an den Technischen Hochschulen (u. a. Praktikum vor der Ausbildung, Einrichtung von Laboren). Die Antwort der Ingenieure auf die Herausforderungen der zweiten Phase war unterschiedlich. Die Unternehmer, im VDI und im Deutschen Ausschuß für Technisches Schulwesen tonangebend, stimmten einer Aufsplitterung der Ingenieursausbildung zu, um mit den Absolventen des mittleren und niederen technischen Schulwesens (höhere und niedere Maschinenbauschulen) billige Spezialisten für die Industrie zu bekommen. Eine Überfüllung des Arbeitsmarktes kam ihnen eher entgegen als dem stetig wachsenden Heer der abhängig beschäftigten Ingenieure. Deren Interessen vertrat der Bund der technisch-industriellen Beamten (BtiB, gegr. 1904), der die Interessen *aller* technischen Angestellten oberhalb der Werkmeisterebene ohne Ansehen des Bildungsgrades für alle in Frage kommenden Industriezweige vertrat. Dieses eher gewerkschaftliche Konzept erschöpfte sich nicht nur in der Forderung nach unmittelbaren finanziellen Verbesserungen. Gispen sieht in den Vorstellungen des BtiB von Autonomie, Garantien und Privilegien eine mit gewerk-

schaftlichen Strategien versehene Professionalisierungspolitik für die angestellten Ingenieure. Der Verein Deutscher Diplom Ingenieure (VDDI, gegr. 1909) hingegen bezog sich auf die Diplom-Ingenieure, die eine Position als höhere technische Angestellte einnahmen (Manager). Er schottete sich von der Politik des VDI ab, auch die Absolventen der Fachschulen als Ingenieure aufzunehmen. Seine Mitgliederzahl blieb hinter der des BtiB weit zurück.

Gispen schildert detailreich die Schwierigkeiten der Maschinenbau-Ingenieure, sich an die gesellschaftlich herausragenden, nichttechnisch geprägten Professionen anzuschließen. Gispens Verdienst ist es, die Vorbildfunktion der nichttechnischen Eliten für die Ingenieurberufe herausgearbeitet zu haben. Erfolg und Anerkennung in der wilhelminischen Gesellschaft beruhten in einem hohen Grade auf vorindustriellen Wertmaßstäben und formalen Qualifikationen (humanistische Bildung, Gymnasial- und Universitätsabschluß). Gispen lenkt somit den Blick darauf, daß die behauptete Eigenständigkeit der Professionen als Belohnung für die gesellschaftlich wichtige Tätigkeit abhängig ist von der jeweiligen gesellschaftlichen Interpretation dessen, was als wichtig angesehen wird.

Die Problematik der Arbeit liegt darin, daß Gispen davon ausgeht, daß es nur *einen* Ingenieurberuf gibt und darunter die Maschinenbau-Ingenieure einschließlich der im VDI organisierten Unternehmer versteht (ob letztere sich jedoch bei fortschreitender Industrialisierung in erster Linie als Maschinenbau-Ingenieure bezeichnet haben würden, ist fraglich). Unter dem wenig klaren Begriff »Ingenieur« können jedoch auch, ausgehend von den Ingenieurfächern an den Technischen Hochschulen, die Bauingenieure, Architekten, Chemiker, Textilingenieure und Elektrotechniker fallen, deren Arbeitsfeld durchaus unterschiedlich ist.[1] In den Großbetrieben (Maschinenbau, Elektrotechnik, Textilindustrie, Chemie) bildeten sich um die Jahrhundertwende fachübergreifend und produktionsabhängig Konstruktionsingenieure, Betriebsingenieure, Montageingenieure, Prüffeldingenieure, Vertriebsingenieure etc. heraus.[2]

Gispen verwendet einen weit gefaßten Professionalisierungsbegriff, der bereits die Bemühungen der Ingenieure, sich zu professionalisieren, umfaßt. Denn eigentlich beschreibt er die Geschichte des Scheiterns der unterschiedlichen Interessenvertretungen. Die Maschinenbauingenieure erreichten weder das Ziel einer einheitlichen Ausbildung, noch die Entscheidungsgewalt über die Definition dessen, wer sich Ingenieur nennen darf. Eine einheitliche Interessenvertretung oder gar die Autonomie bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung konnten ebenfalls nicht realisiert werden, sieht man einmal von der Gruppe der Unternehmer im VDI ab.[3] Gispen beachtet zu wenig, daß in den großen Firmen die behauptete professionelle Eigenständigkeit in der Berufsausübung (»engineering as an autonomous professional endeavour«, S. 140) sehr schnell an die von den Kaufleuten gesetzten wirtschaftlichen Grenzen stößt.[4] Ingenieursarbeit in der Industrie ist

1 Wenn zum Beispiel ein Student in der Matrikel der TH Braunschweig als sein Studienfach »Ingenieurwesen« angibt, dann hat er Bauingenieurwesen studiert, wie sich aus Prüfungsunterlagen ermitteln läßt. Vgl. Matrikel der TH Braunschweig 1745–1924/5 (Universitätsarchiv der TU Braunschweig), für 1745–1900 gedruckt, bearbeitet von *Peter Düsterdieck*, Matrikel des Collegium Carolinum und der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Hildesheim 1983. Vgl. auch die Prüfungsunterlagen Bestand N I (Diplomprüfungsakten), N II (Promotionsakten) im Universitätsarchiv der TU Braunschweig.

2 *Ludwig Brinkmann*, Der Ingenieur, Frankfurt/Main 1908, S. 45 ff.

3 Zur Definition von Professionen vgl. *Werner Conze/Jürgen Kocka*, Einleitung, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985, S. 18.

4 Vgl. dazu *Wolfgang Neef*, Ingenieure in der Metallindustrie. Entwicklung und Funktion einer Berufsgruppe, Phil. Diss. Tübingen 1980, Kap. 2.3, S. 130, S. 132, S. 135 und Kap. 2.4, S. 136 ff.

Anwendung von Expertenwissen ohne Kapital[5], die unmittelbar mit den Problemstellungen der komplexer werdenden Technik verbunden ist.

Die Schwierigkeiten, die sich seit 1880 der Professionalisierung der Maschinenbauingenieure entgegenstellten, liegen nicht zuletzt auch im Charakter der Arbeit der Maschinenbauingenieure selbst. Ihre Tätigkeit ist untrennbarer Teil der kapitalistischen Entwicklung und dient der rationellen Planung und Produktion technischer Produkte, treibt somit die Arbeitsteilung, Einsparung und mindere Qualifikation von Arbeit voran. Der Umschlag, der den Ingenieur vom »Gestalter der Technik und Herrscher in der Werkstatt«[6] zum Experten ohne Kapital werden läßt, liegt im Wesen der Organisation technischer Entwicklung und damit auch in der Ingenieursarbeit selbst begründet. Es bleibt die Frage, ob sich Ingenieursarbeit nicht prinzipiell von der der klassischen Professionen unterscheidet.[7]

Die vorliegende Arbeit hat ihren Stellenwert als Geschichte der gescheiterten Bemühungen der Maschinenbauingenieure um Professionalisierung und Anerkennung; ein Scheitern, das eng mit sozialen Strukturen der wilhelminischen Gesellschaft, aber auch mit der Herausbildung einer hochkapitalistischen Wirtschaft verbunden ist. Eine umfassende Darstellung der Geschichte der Ingenieurberufe darf jedoch nicht erwartet werden.

Gudrun Fiedler, Braunschweig

Geoffrey Cooks/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), German Professions 1800–1950, Oxford University Press, Oxford etc. 1990, 340 S., kart., 40 £.

Die Herausgeber haben sich vorgenommen, das eher funktionalistische anglo-amerikanische Modell der Professionalisierung von Berufen durch konkrete historische Forschungen an deutschen Verhältnissen zu erproben und entsprechend zu variieren. Angestrebt wird ein Überblick über die Entwicklung der deutschen Professionen. Vorangestellt ist ein einleitender Überblick der Herausgeber sowie eine historisch-theoretische Abhandlung zum Professionalisierungsbegriff von Konrad H. Jarausch. Die Autoren der nachfolgenden 15 Beiträge stammen in der Hauptsache aus den Vereinigten Staaten. Nur zwei Beiträge kommen aus der Bundesrepublik Deutschland, beide von der Universität Bielefeld. Das inhaltliche Spektrum umfaßt die Bildung von Professionen im 19. Jahrhundert und, in einem weiteren Block, ihre Entwicklung im 20. Jahrhundert. Angehörige einer Profession sind die »graduates of higher learning«[1], deren Berufsausbübung ohne Kontrolle berufsfremder Instanzen möglich ist und deren Tätigkeiten wichtig für die Gesellschaft sind. Aufgenommen wurden aber nicht nur Beiträge zu den klassischen Professionen im oben beschriebenen Sinne, wie Rechtsanwälten und Medizinern, sondern auch zu Lehrern, Ingenieuren, Volkswirtschaftlern und Offizieren. Die Theologen, bzw. der Klerus fehlen aus Mangel an Forschungsergebnissen, wie die Herausgeber bedauernd feststellen. Es wurden auch solche Be-

5 Ebd., S. 124.

6 Vgl. ebd., S. 133.

7 »Er [der VDI] geht dabei von dem fundamentalen Irrtum aus, die Stellung des Ingenieurs richte sich nach der Vorbildung. Daß diese Voraussetzung falsch ist, weiß jeder, der die Praxis kennt. Der vom Verband beliebte Hinweis auf Aerzte und Rechtsanwälte ist durchaus deplaciert, da in diesen Fällen die Verhältnisse doch wesentlich andere sind. Hier haben wir es mit gesetzlich privilegierten Ständen zu tun, deren Wirkungskreis ganz scharf umschrieben und deren Privilegierung in der ganz eigenartigen Natur ihrer Tätigkeit begründet ist. Es darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß für die Industrie die hier maßgebenden Gründe in keiner Weise zutreffen, sondern, daß sie darauf angewiesen ist, einzig und allein die *Leistungsfähigkeit* als Maßstab für ihre Angestellten gelten zu lassen.« *Brinkmann*, S. 68.

1 So *Jarausch*, in: *Cooks/Jarausch*, S. 11.

Anwendung von Expertenwissen ohne Kapital[5], die unmittelbar mit den Problemstellungen der komplexer werdenden Technik verbunden ist.

Die Schwierigkeiten, die sich seit 1880 der Professionalisierung der Maschinenbauingenieure entgegenstellten, liegen nicht zuletzt auch im Charakter der Arbeit der Maschinenbauingenieure selbst. Ihre Tätigkeit ist untrennbarer Teil der kapitalistischen Entwicklung und dient der rationellen Planung und Produktion technischer Produkte, treibt somit die Arbeitsteilung, Einsparung und mindere Qualifikation von Arbeit voran. Der Umschlag, der den Ingenieur vom »Gestalter der Technik und Herrscher in der Werkstatt«[6] zum Experten ohne Kapital werden läßt, liegt im Wesen der Organisation technischer Entwicklung und damit auch in der Ingenieursarbeit selbst begründet. Es bleibt die Frage, ob sich Ingenieursarbeit nicht prinzipiell von der der klassischen Professionen unterscheidet.[7]

Die vorliegende Arbeit hat ihren Stellenwert als Geschichte der gescheiterten Bemühungen der Maschinenbauingenieure um Professionalisierung und Anerkennung; ein Scheitern, das eng mit sozialen Strukturen der wilhelminischen Gesellschaft, aber auch mit der Herausbildung einer hochkapitalistischen Wirtschaft verbunden ist. Eine umfassende Darstellung der Geschichte der Ingenieurberufe darf jedoch nicht erwartet werden.

Gudrun Fiedler, Braunschweig

Geoffrey Cooks/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), German Professions 1800–1950, Oxford University Press, Oxford etc. 1990, 340 S., kart., 40 £.

Die Herausgeber haben sich vorgenommen, das eher funktionalistische anglo-amerikanische Modell der Professionalisierung von Berufen durch konkrete historische Forschungen an deutschen Verhältnissen zu erproben und entsprechend zu variieren. Angestrebt wird ein Überblick über die Entwicklung der deutschen Professionen. Vorangestellt ist ein einleitender Überblick der Herausgeber sowie eine historisch-theoretische Abhandlung zum Professionalisierungsbegriff von Konrad H. Jarausch. Die Autoren der nachfolgenden 15 Beiträge stammen in der Hauptsache aus den Vereinigten Staaten. Nur zwei Beiträge kommen aus der Bundesrepublik Deutschland, beide von der Universität Bielefeld. Das inhaltliche Spektrum umfaßt die Bildung von Professionen im 19. Jahrhundert und, in einem weiteren Block, ihre Entwicklung im 20. Jahrhundert. Angehörige einer Profession sind die »graduates of higher learning«[1], deren Berufsausbübung ohne Kontrolle berufsfremder Instanzen möglich ist und deren Tätigkeiten wichtig für die Gesellschaft sind. Aufgenommen wurden aber nicht nur Beiträge zu den klassischen Professionen im oben beschriebenen Sinne, wie Rechtsanwälten und Medizinern, sondern auch zu Lehrern, Ingenieuren, Volkswirtschaftlern und Offizieren. Die Theologen, bzw. der Klerus fehlen aus Mangel an Forschungsergebnissen, wie die Herausgeber bedauernd feststellen. Es wurden auch solche Be-

5 Ebd., S. 124.

6 Vgl. ebd., S. 133.

7 »Er [der VDI] geht dabei von dem fundamentalen Irrtum aus, die Stellung des Ingenieurs richte sich nach der Vorbildung. Daß diese Voraussetzung falsch ist, weiß jeder, der die Praxis kennt. Der vom Verband beliebte Hinweis auf Aerzte und Rechtsanwälte ist durchaus deplaciert, da in diesen Fällen die Verhältnisse doch wesentlich andere sind. Hier haben wir es mit gesetzlich privilegierten Ständen zu tun, deren Wirkungskreis ganz scharf umschrieben und deren Privilegierung in der ganz eigenartigen Natur ihrer Tätigkeit begründet ist. Es darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß für die Industrie die hier maßgebenden Gründe in keiner Weise zutreffen, sondern, daß sie darauf angewiesen ist, einzig und allein die *Leistungsfähigkeit* als Maßstab für ihre Angestellten gelten zu lassen.« *Brinkmann*, S. 68.

1 So *Jarausch*, in: *Cooks/Jarausch*, S. 11.

rufe berücksichtigt, die sich um eine Professionalisierung bemühten, oder solche, die nur am Rande von Professionalisierungstendenzen beeinflußt wurden (Sozialarbeiter und Beamte). In Kauf genommen wurde dabei der inflationäre Gebrauch des Professionalisierungsbegriffes und seine methodische Unschärfe.

Wichtig ist für die Herausgeber die Frage nach dem kollektiven Selbstbildnis und der Gruppenorganisation, die eine mögliche kulturelle und politische Dimension der angesprochenen Berufe aufzeigen kann. Im politischen, kulturellen und sozialen Kontext haben Angehörige dieser Berufe im Untersuchungszeitraum entscheidende Positionen unterhalb der Führungsebene eingenommen. Die Herausgeber fragen nach kollektiven Mustern von sozialen Gruppen, die in einem gesellschaftlichen Kontext agieren und reagieren. Sie schließen dabei ihre Frage nach einem möglichen deutschen Sonderweg dieser gesellschaftlich führenden Gruppe an. Die wichtige Rolle des Staates bei der Herausbildung von Professionen bilde, so Jarausch in seinem theoretischen Überblick, nur eine zentraleuropäische Variante, da es zu keiner mentalen Abhängigkeit der Professionen vom Staat gekommen sei. Diese Aussage ist nicht ganz überzeugend, wenn man beispielsweise bedenkt, daß der VDDI zur Verbesserung des Ansehens der in der Wirtschaft tätigen Ingenieure die Übernahme des staatlichen Berechtigungswesens empfahl (Kees Gispen). Auch die Psychologen im Dritten Reich erkauften sich ihre akademische Institutionalisierung durch die praktische Verwertung ihrer Forschungen für die Kriegsziele des Nationalsozialismus. Für die Beamten ist ebenfalls eine weitgehend reibungslose Eingliederung in den NS-Staat festzustellen (Jane Caplan und Mitchell G. Ash). Im Band selbst fehlen leider die internationalen Vergleiche, die die Aussage des Herausgebers erhärten könnten. Insgesamt können die bunt zusammengewürfelten Beiträge die Geschlossenheit des von Jarausch vertretenen theoretischen Ansatzes nicht immer bestätigen.

Nach einer liberalen Phase der Professionalisierungsbemühungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der sich Rechtsanwälte und Mediziner von der staatlichen Aufsicht befreiten, erfolgte gegen Ende des 19. Jahrhunderts wieder der Ruf nach staatlichem Schutz vor der Überfüllung des Arbeitsmarktes (Hannes Siegrist zu den Rechtsanwälten und Claudia Huerkamp zu den Medizinern). Besonders die dem kapitalistischen Markt stärker ausgesetzten Ingenieure und Architekten versuchten, sich durch Einflußnahme auf die staatliche Ausbildungspolitik (Akademisierung) Privilegien zu sichern (Vincent Clark und Kees Gispen). Aufzuwerfen wäre dabei für Gispens Aufsatz die Frage, was Ingenieurtätigkeit ausmacht und, darauf aufbauend, ob es nur einen Ingenieurberuf gibt bzw. ob dieser Beruf wirklich *eine* Profession darstellt. Man kann bei den bis zur Jahrhundertwende wenig unterschiedenen Fachgebieten Maschinenbau und Elektrotechnik noch von einem Beruf ausgehen.[2] Wenn man jedoch wie Gispen die Aufsplitterung der einheitlichen (akademischen) Ingenieur-Ausbildung als deprofessionalisierende Tendenz anspricht, so muß man zumindest die beiden anderen an den technischen Hochschulen gelehrten Massenfächer Architektur und Bauingenieurwesen hinzunehmen, die dem Kanon der technischen Fächer angehören, für die ebenfalls Fachschulen ausgebildet waren, die jedoch ein völlig anderes Berufsfeld haben. Gispen geht in seiner Untersuchung von den Aktivitäten des eher auf Maschinenbauingenieure ausgerichteten VDI aus. Anhand der neueren, industrieverbundenen Berufe zeigt sich, daß Professionalisierungsbemühungen keine Einbahnstraße zum Erfolg boten. Jeffrey Johnson zeigt am Beispiel der Chemiker, wie schnell hier, wie bei den von Gispen angesprochenen Maschinenbau-Ingenieuren, diese Bemühungen gefährdet wurden durch die Überfüllung des Arbeitsmarktes Ende des 19. Jahrhunderts, aber auch durch die stetig sich ändernden Berufsverhältnisse aufgrund des technischen

2 *Jürgen Kocka*, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie in der deutschen Industrialisierung, Stuttgart 1969.

Wandels in der Industrie und durch konjunkturelle Schwankungen. Hierbei wäre zu fragen, ob es in diesen Berufen wirklich zu einer Professionalisierung gekommen ist, oder ob nicht die Tendenzen zur abhängigen, immer arbeitsteiligeren Beschäftigung diese Berufe in das Heer der technischen Angestellten eingereiht hat.[3]

Mediziner hingegen sind das klassische Beispiel dafür, wie sich eine Berufsgruppe ein Monopol über den Arbeitsmarkt sichert, indem sie ältere nichtakademische Heilberufe mit Hilfe staatlicher Ausbildungsverordnungen verdrängt (Claudia Huerkamp für Preußen) und durch die moderne Krankengesetzgebung Kontrolle über die Definition darüber gewinnt, wann und wie lange jemand krank ist. Die Mediziner sind jedoch auch ein Beispiel dafür, wie wenig solche Entwicklungen konstruiert werden können. Aus Angst vor zu großer staatlicher Einflußnahme über die neu entstehenden Krankenkassen wehrten sich die Mediziner zunächst gegen die Krankengesetzgebung, deren Umsetzung sie dann zu ihren Gunsten prägen konnten. Es ist bedauerlich, festzustellen, daß für den gesamten Untersuchungszeitraum ein hoher Anteil an Frauen in einem Beruf hinderlich für dessen Professionalisierung ist bzw. Frauen aus Konkurrenzgründen erst gar nicht zu prestigeträchtigen akademischen Berufen zugelassen wurden.

Die Aufsätze zeigen, wie sehr die Professionen trotz ihrer Behauptung eines autonomen Expertenstandpunktes in die deutsche Gesellschaft eingebunden und von ihren sozialen, technischen und wirtschaftlichen Veränderungen abhängig waren. Der soziale Wandel im 19. und 20. Jahrhundert verlangte den Mitgliedern der professionellen Berufe immer wieder neue Anstrengungen ab, um ihren Anspruch auf führende, selbstbestimmte gesellschaftliche Tätigkeiten durchzusetzen und materiell abzusichern. Der in den vorliegenden Beiträgen angewandte weite Professionalisierungsbegriff kann zur Veranschaulichung dieses dynamischen, durchaus nicht einseitig linearen Prozesses beitragen, verführt vielfach jedoch auch dazu, die Grenzen zu verwischen und zu frühzeitig von einer Profession sprechen zu wollen. Viele Fallstudien mit breiter Quellenbasis sind noch nötig, bevor das Professionalisierungskonzept als empirisch gesichert gelten kann. Sie sollten sich allerdings einzelne Gruppen mit einem homogeneren Hintergrund zum Gegenstand nehmen. So unterscheiden sich Mediziner und Anwälte hinsichtlich ihrer Möglichkeiten bei der Berufsausübung durchaus von Beamten, Ingenieuren und Chemikern. Als abhängig Beschäftigte sind letztere den sich wandelnden Strukturen stärker ausgeliefert und somit in ihrer Selbstbestimmung sehr eingeschränkt.

Dringend erforderlich ist für die Zukunft bei der Fülle an Veröffentlichungen eine Klärung der analytischen Kategorien, denen die vorliegenden Berufe zugeordnet werden. Sie fallen in der Literatur sowohl unter die »bürgerlichen Berufe« oder die »akademischen Berufe«, aber auch unter die »Professionen« und werden durchaus mit der Gruppe des Bildungsbürgertums gleichgesetzt. *Gudrun Fiedler, Braunschweig*

Andreas Schüler, Erfindergeist und Technikkritik. Der Beitrag Amerikas zur Modernisierung und die Technikdebatte seit 1900, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 299 S., kart., 78 DM.

Ein überaus anregendes Buch hat Schüler mit der überarbeiteten Fassung seiner bei Karl Dietrich Bracher entstandenen Dissertation vorgelegt. Das Erkenntnisziel dieser ehrgeizigen Studie ist es, den Problemzusammenhang zwischen der Entfaltung der Technik und

3 Ebd., insb. S. 473 ff.: *Wolfgang Neef*, Ingenieure in der Metallindustrie. Entwicklung und Funktion einer Berufsgruppe, Hannover, S. 124 ff. und 136 ff.

Wandels in der Industrie und durch konjunkturelle Schwankungen. Hierbei wäre zu fragen, ob es in diesen Berufen wirklich zu einer Professionalisierung gekommen ist, oder ob nicht die Tendenzen zur abhängigen, immer arbeitsteiligeren Beschäftigung diese Berufe in das Heer der technischen Angestellten eingereiht hat.[3]

Mediziner hingegen sind das klassische Beispiel dafür, wie sich eine Berufsgruppe ein Monopol über den Arbeitsmarkt sichert, indem sie ältere nichtakademische Heilberufe mit Hilfe staatlicher Ausbildungsverordnungen verdrängt (Claudia Huerkamp für Preußen) und durch die moderne Krankengesetzgebung Kontrolle über die Definition darüber gewinnt, wann und wie lange jemand krank ist. Die Mediziner sind jedoch auch ein Beispiel dafür, wie wenig solche Entwicklungen konstruiert werden können. Aus Angst vor zu großer staatlicher Einflußnahme über die neu entstehenden Krankenkassen wehrten sich die Mediziner zunächst gegen die Krankengesetzgebung, deren Umsetzung sie dann zu ihren Gunsten prägen konnten. Es ist bedauerlich, festzustellen, daß für den gesamten Untersuchungszeitraum ein hoher Anteil an Frauen in einem Beruf hinderlich für dessen Professionalisierung ist bzw. Frauen aus Konkurrenzgründen erst gar nicht zu prestigeträchtigen akademischen Berufen zugelassen wurden.

Die Aufsätze zeigen, wie sehr die Professionen trotz ihrer Behauptung eines autonomen Expertenstandpunktes in die deutsche Gesellschaft eingebunden und von ihren sozialen, technischen und wirtschaftlichen Veränderungen abhängig waren. Der soziale Wandel im 19. und 20. Jahrhundert verlangte den Mitgliedern der professionellen Berufe immer wieder neue Anstrengungen ab, um ihren Anspruch auf führende, selbstbestimmte gesellschaftliche Tätigkeiten durchzusetzen und materiell abzusichern. Der in den vorliegenden Beiträgen angewandte weite Professionalisierungsbegriff kann zur Veranschaulichung dieses dynamischen, durchaus nicht einseitig linearen Prozesses beitragen, verführt vielfach jedoch auch dazu, die Grenzen zu verwischen und zu frühzeitig von einer Profession sprechen zu wollen. Viele Fallstudien mit breiter Quellenbasis sind noch nötig, bevor das Professionalisierungskonzept als empirisch gesichert gelten kann. Sie sollten sich allerdings einzelne Gruppen mit einem homogeneren Hintergrund zum Gegenstand nehmen. So unterscheiden sich Mediziner und Anwälte hinsichtlich ihrer Möglichkeiten bei der Berufsausübung durchaus von Beamten, Ingenieuren und Chemikern. Als abhängig Beschäftigte sind letztere den sich wandelnden Strukturen stärker ausgeliefert und somit in ihrer Selbstbestimmung sehr eingeschränkt.

Dringend erforderlich ist für die Zukunft bei der Fülle an Veröffentlichungen eine Klärung der analytischen Kategorien, denen die vorliegenden Berufe zugeordnet werden. Sie fallen in der Literatur sowohl unter die »bürgerlichen Berufe« oder die »akademischen Berufe«, aber auch unter die »Professionen« und werden durchaus mit der Gruppe des Bildungsbürgertums gleichgesetzt. *Gudrun Fiedler, Braunschweig*

Andreas Schüler, Erfindergeist und Technikkritik. Der Beitrag Amerikas zur Modernisierung und die Technikdebatte seit 1900, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 299 S., kart., 78 DM.

Ein überaus anregendes Buch hat Schüler mit der überarbeiteten Fassung seiner bei Karl Dietrich Bracher entstandenen Dissertation vorgelegt. Das Erkenntnisziel dieser ehrgeizigen Studie ist es, den Problemzusammenhang zwischen der Entfaltung der Technik und

3 Ebd., insb. S. 473 ff.: *Wolfgang Neef*, Ingenieure in der Metallindustrie. Entwicklung und Funktion einer Berufsgruppe, Hannover, S. 124 ff. und 136 ff.

der Technikfeindlichkeit in ihren Argumentationsmustern und Leitmotiven darzustellen. A priori wird kein Zweifel daran gelassen, daß die Technikkritik und Entwicklung der Technik weitgehend aneinander vorbeilaufen. Durch den Rückgriff auf das realhistorische Geschehen soll die ideologiebefrachtete Diskussion um die Technik und den technischen Fortschritt versachlicht werden. Technikgeschichte dient als Wegweiser oder zumindest Orientierungshilfe im Dickicht aktueller politischer Diskurse.

Das Erkenntnisinteresse bestimmt den formalen Aufbau der Studie. Der erste Teil (S. 17–138) entfaltet die Geschichte der amerikanischen Technik von der Ära der heroischen Erfinder des 19. Jahrhunderts bis zum Mondlandeprogramm der NASA. Die weite Ausholbewegung scheint dem Autor nötig, um zu den Ursprüngen des derzeit so heftig umstrittenen Modernismus vorzustoßen. Zudem glaubt er, einen kausalen Zusammenhang zwischen dem »Katastrophendenken in der Bundesrepublik und mangelnder Informiertheit über die Entwicklung der Technik« (S. 14) feststellen zu können. Man merkt Teil 1 an, daß er in enger Verbindung mit der amerikanischen Historiographie entstanden ist. Die befruchtende Einwirkung von Thomas P. Hughes ist für den Leser geradezu körperlich spürbar. Seine einflußreiche These, in den Jahren zwischen 1880 und 1914 sei die Technik von den Erfinder-Unternehmern zu Großsystemen (Elektrizitätsversorgung, Telegraphie etc.) zusammengefaßt worden, ist voll übernommen worden. In Verbindung mit dem »American system of manufacture« (Produktion von standardisierten Gütern in hohen Stückzahlen für den Bedarf eines Massenmarkts) entstand bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein technikgestützter Kapitalismus moderner Prägung.

Große Bedeutung mißt Schüler der katalysierenden Wirkung von Rüstung und Krieg für die Entwicklung von Forschung und Technik bei. Die gezielte Bündelung der nationalen Ressourcen, die gewaltige Expansion der Forschung und die Etablierung von Beratungsorganen, die Staat, Industrie und Wissenschaft vernetzen, bewirkten in beiden Weltkriegen Sprünge der Technikentwicklung. Für Schüler markiert der Erste Weltkrieg aber auch eine »Wasserscheide« zwischen einer politisch und gesellschaftlich steuerbaren, »weichen« Technik und einer sich selbst erhaltenden, unbeeinflußbaren Technik (S. 47). Diese »harte Technik« prolongiert sich als Selbstläufer unabhängig von ihren Entstehungsbedingungen und gewinnt »technisches Momentum« (Hughes). Kriege werden beendet, ihre Auswirkungen verändern jedoch das Gesicht eines Sozialsystems zutiefst. Der staatliche Interventionismus bringt das freie Spiel der Marktkräfte in Unordnung, (militärische) Techniken werden künstlich erzeugt und entwickeln sich weitgehend entkoppelt vom gesellschaftlichen Bedarf analog physikalischer Kettenreaktionen weiter. Mochten die kriegsbedingten Veränderungen im Falle des Ersten Weltkrieges noch bis zu einem gewissen Grade reversibel gewesen sein; im Falle des Zweiten Weltkrieges waren sie es nicht mehr, zumal dieser unmittelbar in den Kalten Krieg mündete. Die Automatik des Wettrüstens zwischen den Blöcken setzte die USA unter permanenten Zwang, ihre wissenschaftliche und technologische Überlegenheit zu beweisen. Kein Technikgebiet eignet sich besser dafür, die Problematik einer sich unabhängig von Marktbedürfnissen entwickelnden Technik aufzuzeigen, als die Raumfahrt. In Anlehnung an Walter McDougall wird die schleichende Technokratisierung der amerikanischen Politik im Gefolge der Raumfahrtprogramme akzentuiert.

Das Jahr, in dem Armstrong und Aldrin ihren Fuß auf den Mond setzten, markiert den höchsten Triumph der amerikanischen Technik und gleichzeitig die Wende in ihrer gesellschaftlichen Bewertung. Fortschrittsoptimismus und Technikgläubigkeit begannen zu weichen. Die »Saat fortschrittsmüder Kulturkritiker« ging auf und ließ tiefe Zweifel an den segensreichen Wirkungen der Technik aufkommen. Der »Mythos von der unvermeidlichen Zerstörung der Menschheit durch die technische Entwicklung« breitete sich aus (S. 138). Diesen Mythos in seiner Genese darzustellen, um ihn anschließend als unvereinbar mit der historischen Entwicklung zu entkräften, ist Aufgabe des zweiten Teils der Studie. Wiederum holt Schüler mächtig weit aus. Karl Marx und Adam Müller, Friedrich Nietzsche

und Jakob Burckhardt, Georg Simmel und Oswald Spengler, Karl Jaspers und Martin Heidegger, Herbert Marcuse und Lewis Mumford, Max Horkheimer und Ernst Jünger, Theodor W. Adorno und Friedrich Georg Jünger, Iring Fetscher und Helmut Schlesky, Ivan Illich und Herbert Gruhl, sie alle entgehen nicht der erbarmungslosen Keule der Totalitarismustheorie Bracherscher Provenienz. Trotz diametral entgegengesetzter Zukunftsentwürfe besteht laut Schüler eine »bemerkenswerte Übereinstimmung im politischen Wollen linker und rechter Technikkritiker« (S. 140).

Profunde Kenner der Technikgeschichte mögen – nicht zu Unrecht – gegen das Buch einwenden, daß die Literaturbasis hie und da doch recht dürftig ist und so manche wichtige Nuancierung zugunsten der großen historischen Trends unterschlagen wird. Sprachästheten mag die extreme Häufung falscher Interpunktionen sauer aufstoßen. Als gedrängter Überblick über die Grundlinien der Technikentwicklung der letzten 100 Jahre ist der erste Teil dieser Studie jedoch im allgemeinen gelungen. Anerkennung gebührt Schüler dafür, Kontinuitäten in den Argumentationsmustern der Technikkritik herausgearbeitet, ebenso – wenn auch keine allzu neue Erkenntnis – die verbreitete Vorstellung von einer autonomen, eigengesetzlichen Technik als handelndes Subjekt der Geschichte zurückgewiesen zu haben. Zuzustimmen ist ihm in dem Postulat, Technikkritik dürfe nicht in fatalistische, illiberale Lösungsansätze münden. Jeder Versuch, eine Alternative zum bisherigen Weg einzuschlagen, müsse rational begründet werden. Aus der Analyse des historischen Prozesses freilich abzuleiten, durch den »amerikanischen« Weg in die Moderne geprägte Gesellschaftssysteme besäßen inhärent die »Fähigkeit zur demokratisch legitimierten Korrektur unerwünschter Fortschrittsfolgen« (S. 212), heißt die empirischen Ergebnisse dieser Studie überzustrapazieren. Es ist zu wünschen, daß Schüler recht behält. Seine These ist freilich politisches Wunschdenken, leider nicht Ergebnis schlüssiger historischer Beweisführung.

Helmuth Trischler, München

Peter Karlson, Adolf Butenandt: Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1990, 336 S., 59 Abb., geb., 78 DM.

Adolf Butenandt ist in einem Atemzug mit Max Planck und Otto Hahn zu nennen. Aus der langen Liste seiner Auszeichnungen ragen der Nobelpreis für Chemie des Jahres 1939 und das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland heraus, das er 1985 als zweiter Wissenschaftler nach Otto Hahn erhielt. Nicht weniger als zehn Ehrendoktorwürden von außerdeutschen Universitäten zeugen von seinem hohen internationalen Renommee.

Butenandts Biographie spiegelt ein zentrales Kapitel biochemischer Forschung wider. Nachdem er 1927 über die chemische Struktur des Rotenon promoviert hatte, wandte sich Butenandt auf Anraten seines akademischen Lehrers, des Nobelpreisträgers Rolf Windaus, einem Arbeitsgebiet mit großen Perspektiven zu: der Hormonforschung. Mit der Isolierung und Strukturermittlung des weiblichen Sexualhormons Oestron, der Reindarstellung des männlichen Sexualhormons Androesteron und des Schwangerschaftshormons Progesteron erschloß er der Forschung das weite Feld der Stereoidhormone. Diese bahnbrechenden Arbeiten eröffneten ihm eine glänzende akademische Karriere. 1933 erhielt er ein Ordinariat für Chemie an die TH Danzig; drei Jahre später, im Alter von 34 Jahren, wurde er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin-Dahlem, ab 1944 in Tübingen. Die Krebsforschung, die Virusforschung, die biochemische Wirkung der Gene und die Insektenbiochemie wurden die Hauptarbeitsgebiete seines Instituts. Vor allem auf letzterem Sektor betrat Butenandt wissenschaftliches Neuland: 1954 konnte er erstmals ein In-

und Jakob Burckhardt, Georg Simmel und Oswald Spengler, Karl Jaspers und Martin Heidegger, Herbert Marcuse und Lewis Mumford, Max Horkheimer und Ernst Jünger, Theodor W. Adorno und Friedrich Georg Jünger, Iring Fetscher und Helmut Schlesky, Ivan Illich und Herbert Gruhl, sie alle entgehen nicht der erbarmungslosen Keule der Totalitarismustheorie Bracherscher Provenienz. Trotz diametral entgegengesetzter Zukunftsentwürfe besteht laut Schüler eine »bemerkenswerte Übereinstimmung im politischen Wollen linker und rechter Technikkritiker« (S. 140).

Profunde Kenner der Technikgeschichte mögen – nicht zu Unrecht – gegen das Buch einwenden, daß die Literaturbasis hie und da doch recht dürftig ist und so manche wichtige Nuancierung zugunsten der großen historischen Trends unterschlagen wird. Sprachästheten mag die extreme Häufung falscher Interpunktionen sauer aufstoßen. Als gedrängter Überblick über die Grundlinien der Technikentwicklung der letzten 100 Jahre ist der erste Teil dieser Studie jedoch im allgemeinen gelungen. Anerkennung gebührt Schüler dafür, Kontinuitäten in den Argumentationsmustern der Technikkritik herausgearbeitet, ebenso – wenn auch keine allzu neue Erkenntnis – die verbreitete Vorstellung von einer autonomen, eigengesetzlichen Technik als handelndes Subjekt der Geschichte zurückgewiesen zu haben. Zuzustimmen ist ihm in dem Postulat, Technikkritik dürfe nicht in fatalistische, illiberale Lösungsansätze münden. Jeder Versuch, eine Alternative zum bisherigen Weg einzuschlagen, müsse rational begründet werden. Aus der Analyse des historischen Prozesses freilich abzuleiten, durch den »amerikanischen« Weg in die Moderne geprägte Gesellschaftssysteme besäßen inhärent die »Fähigkeit zur demokratisch legitimierten Korrektur unerwünschter Fortschrittsfolgen« (S. 212), heißt die empirischen Ergebnisse dieser Studie überzustrapazieren. Es ist zu wünschen, daß Schüler recht behält. Seine These ist freilich politisches Wunschdenken, leider nicht Ergebnis schlüssiger historischer Beweisführung.

Helmuth Trischler, München

Peter Karlson, Adolf Butenandt: Biochemiker, Hormonforscher, Wissenschaftspolitiker, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1990, 336 S., 59 Abb., geb., 78 DM.

Adolf Butenandt ist in einem Atemzug mit Max Planck und Otto Hahn zu nennen. Aus der langen Liste seiner Auszeichnungen ragen der Nobelpreis für Chemie des Jahres 1939 und das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland heraus, das er 1985 als zweiter Wissenschaftler nach Otto Hahn erhielt. Nicht weniger als zehn Ehrendoktorwürden von außerdeutschen Universitäten zeugen von seinem hohen internationalen Renommee.

Butenandts Biographie spiegelt ein zentrales Kapitel biochemischer Forschung wider. Nachdem er 1927 über die chemische Struktur des Rotenon promoviert hatte, wandte sich Butenandt auf Anraten seines akademischen Lehrers, des Nobelpreisträgers Rolf Windaus, einem Arbeitsgebiet mit großen Perspektiven zu: der Hormonforschung. Mit der Isolierung und Strukturermittlung des weiblichen Sexualhormons Oestron, der Reindarstellung des männlichen Sexualhormons Androesteron und des Schwangerschaftshormons Progesteron erschloß er der Forschung das weite Feld der Stereoidhormone. Diese bahnbrechenden Arbeiten eröffneten ihm eine glänzende akademische Karriere. 1933 erhielt er ein Ordinariat für Chemie an die TH Danzig; drei Jahre später, im Alter von 34 Jahren, wurde er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin-Dahlem, ab 1944 in Tübingen. Die Krebsforschung, die Virusforschung, die biochemische Wirkung der Gene und die Insektenbiochemie wurden die Hauptarbeitsgebiete seines Instituts. Vor allem auf letzterem Sektor betrat Butenandt wissenschaftliches Neuland: 1954 konnte er erstmals ein In-

sektenhormon und 1959 den ersten Sexuallockstoff eines Insektes isolieren.

Butenandts Name steht aber auch für ein wichtiges Kapitel deutscher Wissenschaftspolitik. Bei seiner Berufung an das Kaiser-Wilhelm-Institut mußte er erfahren, daß Wissenschaft und Politik eng miteinander verwoben sind. Im Reichserziehungsministerium votierte der ebenso einflußreiche wie linientreue Nationalsozialist Rudolf Mentzel gegen seine Person. Erst als Butenandt an die Harvard University abzuwandern drohte, stellte das Ministerium seine politischen Bedenken zurück. Der Konflikt mit Mentzel brach erneut auf, als im November 1939 das Nobelpreis-Telegramm der Schwedischen Akademie der Wissenschaften eintraf. Mentzel formulierte ein brüskes Ablehnungsschreiben, das Butenandt auf Druck der Generalverwaltung der KWG gegen sein Selbstverständnis zu unterzeichnen gezwungen war. Die Anpassung an die Politik des Regimes schlug auch auf das wissenschaftliche Programm durch. Forschungsvorhaben im Rahmen des Vierjahresplans und »wehrmedizinische« Auftragsarbeiten hoben das KWI in den Status eines »Wehrwirtschaftsbetriebes« mit den damit verbundenen Privilegien in der Personal- und Sachmittelzuteilung. Die Verlagerung des Instituts von Berlin nach Tübingen im Herbst 1944 sicherte die Kontinuität der biochemischen Forschung über den staatlichen Zusammenbruch von 1945 hinweg.

Entnazifizierung, Rückkehr an die Universität, Diskussionen um die Demokratisierung der Gesellschaft durch Bildung, theoretische Forschung anstelle experimenteller Arbeit und schließlich Wiederaufbau des außeruniversitären Max-Planck-Instituts in München sind die Stationen, die Butenandt wie so viele seiner Wissenschaftlerkollegen nach 1945 durchlief. Die Stufenleiter führte ihn, eher unfreiwillig als gewollt, zur Wissenschaftspolitik. Als Organisator der bundesdeutschen Krebsforschung, als Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und schließlich als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft gestaltete er den Wiederaufbau der Wissenschaft in Deutschland maßgeblich mit. In seiner Amtszeit von 1960 bis 1972 wuchs der Etat der MPG von 81 auf 500 Mio. DM, der Mitarbeiterstab von 3 400 auf rund 10 000. International bedeutende Neugründungen wie die Max-Planck-Institute für Radioastronomie, für Plasmaphysik und Festkörperforschung stärkten das Renommee der Gesellschaft. Die auf sein Betreiben gegründete »heilige Allianz« der großen Wissenschaftsorganisation war eine der wichtigsten Voraussetzungen für diese bemerkenswerte Expansion.

Butenandt hatte ursprünglich sein bewegtes Leben in einer Autobiographie für die Nachwelt festhalten wollen, später jedoch vor dieser Aufgabe kapituliert. Das Buch seines Schülers und langjährigen Mitarbeiters Peter Karlson ist gleichsam der Ersatz für dieses Versäumnis. Die Darstellung basiert auf Butenandts Erinnerungen, auf Karlsons eigenen Eindrücken und auf den gedruckten Schriften und Reden sowie auf Quellenmaterial verschiedener Archive. Die neuere Literatur zur Geschichte der Forschung im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik Deutschland wurde von Karlson dagegen nicht herangezogen.

Karlson, selbst ein international bekannter Biochemiker, faßt die Forschungsarbeiten Butenandts in eine allgemeinverständliche Sprache. Die detailreiche Schilderung lebt von der intimen Kenntnis des Dabeigewesenen. Als Quasi-Autobiographie gibt sie freilich die subjektive Perspektive des »Helden« und seiner Mitstreiter wieder, so etwa wenn es auf S. 163 heißt, die Wissenschaft habe die von den Nationalsozialisten versuchte Umwertung aller Werte »schadlos überstanden«. Diese Sichtweise blendet die gesamte Diskussion über die Verknüpfung von Forschung und nationalsozialistischer Politik aus, an der Butenandt in seiner Tübinger Zeit und als Zeuge bei den Nürnberger Prozessen teilhatte. Wissenschaft ist weder ein wertfreier noch ein politikfreier Raum menschlichen Handelns. Die Biographie des Biochemikers, Hormonforschers und Wissenschaftspolitikers Adolf Butenandt ist in diesem Sinne ein historisches Lehrbeispiel. Trotz dieser Einschränkungen ist das Buch eine sehr gelungene Biographie eines herausragenden Wissenschaftlers des 20. Jahrhunderts.

Helmuth Trischler, München

Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.), Großforschung in Deutschland. Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen, Campus Verlag, Frankfurt/Main ect. 1990, 247 S., 48 DM.

This book can be read on several different levels. It is a collection of conference papers, a survey of several histories of individual Großforschungseinrichtungen in West Germany, and a historical investigation of the phenomenon of modern Großforschung. This review will address the last, most profound level of historical analysis.

The »incubation phase« (p. 14) of Großforschung was 1930–45, when modernizing trends already present in science were accelerated by the arms race and the second world war. Großforschung is characterized by interdisciplinary research, often centered around a large research apparatus, by publicly-financed goal-oriented research intended to satisfy social, political, or economic ends, and by an ambivalent dualism between the political goals of the financial sponsors and the relative autonomy of the researchers. Großforschung began in West Germany as nuclear research, and most Großforschungseinrichtungen sooner or later adopted the private legal organizational form of the GmbH, a structure that inevitably involved these research institutions in conflicts between industry, Länder, Bund, universities, and the researchers themselves. This collection focuses on three problem areas: the creation of the first Großforschungseinrichtungen; the tension between scientific autonomy and governmental guidance; and the contradiction between an orientation towards fundamental research and a demand for applications and technology-transfer.

Since there is not enough space in this review to examine each essay in detail, each one will merely be listed, followed by a discussion of the general themes they collectively address. The articles include: Helmuth Trischlers two contributions on aeronautic research before and after 1945; Bernd-A. Rusinek on the Kernforschungsanlage in Jülich; Monika Renneberg on the Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt in Geesthacht; Josef Wiegand on the Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung in Bonn; Susan Boenke on the Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching; Margit Szöllösi-Janze on the Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen; Christiane Reuter-Boysen on the Diversification of Großforschung; Burghard Weiss on the Hahn-Meitner-Institut in West Berlin; Andrea Mauerberger on the Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg; Siegfried Buchhaupt on the Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt; and Claus Halbfast on the Deutsches Elektronen-Synchrotron in Hamburg. These articles are based on booklength histories which either have already appeared, or will appear in the near future.

This book is much more than the sum of its parts. Collectively these essays provide a path-breaking examination of Großforschung in the Federal German Republic. One obvious historical question is whether the legacy of science and science policy under National Socialism has contributed to the development of this type of research? Helmuth Trischler argues persuasively that the push towards modernization in aeronautic research predated the Third Reich, and that aeronautic researchers were able to adapt to the demands of National Socialist science policy. Unfortunately the only other author to address continuity from the Third Reich employs a simplistic and unconvincing dichotomy between scientists and the Kaiser Wilhelm Society on one side and the »Party« on the other (p. 204). Very many of the researchers and science policy makers involved with Großforschung in the Federal German Republic were professionally active during the Third Reich, and the historical study of Großforschungseinrichtungen arguably provides a good opportunity to examine whether or not National Socialism had a lasting influence on scientific research in Germany.

Collectively these essays strongly suggest that German traditions in science and science policy, the West German federal political structure, economic cycles, and the spiraling

costs of Großforschung all combined to produce a uniquely West German type of large-scale scientific research. But this thesis will remain a mere hypothesis without a comparison with other countries, in particular with France, Great Britain, the United States, and especially the former German Democratic Republic. Only Christiane Reuter-Boysen has commendably attempted to compare Großforschung in the Federal German Republic with developments elsewhere.

A persistent theme pervading this book is how rivalries helped foster and mold Großforschung, for example competition or conflict between different Länder, between individual Länder and the Bund, between different research centers, and between different professional groups. But what is perhaps most striking about Großforschung is its immortality: despite economic constraints, scientific dead ends, and administrative conflicts, once a Großforschungseinrichtung was established, the Federal German government has never considered closing or shrinking it, even if it had finished or failed at its task. Since Großforschung is here to stay, this volume and the rest of the Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen from Campus Verlag are a welcome addition to the history of modern science and technology. *Mark Walker, Schenectady N.Y.*

Hanspeter Rings, Neckarschiffahrt. Illustrierte Geschichte der Ludwig und Jakob Götz KG. Mit den Erinnerungen von Friedrich Götz, Edition Quadrat, Mannheim 1990, 148 S. geb., 42 DM.

Der Untertitel verweist unmißverständlich, zugleich aber auch in bescheidener Zurückhaltung darauf, daß es sich im vorliegenden Fall um eine Firmengeschichte handelt. In der Tat bot denn auch das 1990 anstehende 70jährige Firmenjubiläum der Götz KG den Anlaß zu diesem Buch. Die vorgelegte Darstellung der Geschichte des heutigen Schiffahrts- und Kiesunternehmens mit einem 1989 respektablen Umsatz von 30 Millionen DM rechtfertigt ebenfalls den Untertitel. Dennoch sollte er beim Leser nur ja nicht vorschnell als Einschränkung des Buchtitels bzw. gar des Buchinhalts und seiner allgemeingeschichtlichen Bedeutung interpretiert werden, auch wenn diese Einschätzung mitunter eben durch die sonst vorgelegten Firmengeschichten geradezu mitbegründet erscheinen mag. Dagegen gelingt dem Autor wohltuend die Einbindung der aufgetragenen Unternehmensfestschrift in die allgemeine Geschichte der Neckarschiffahrt. Den Ausgangspunkt bilden die von Rings mitbearbeiteten Lebenserinnerungen von Friedrich Götz, die u. a. auch die Lebensbedingungen der Neckarschiffer plastisch beleuchten. Die Lebenserinnerungen sind nicht zuletzt zur Bewußtwerdung der subjektiven Sichtweise des Zeitgenossen in blauer Schrift vom übrigen Text abgesetzt. Um sie hat Rings in fünf Kapiteln die Geschichte der Neckarschifffahrt mit Schwerpunkten auf dem 19. und 20. Jahrhundert gerankt. Der Leser erfährt Wissenswertes über die Treidelschiffahrt, den Holzschiffbau, die Flößerei, die Kettenschleppschiffahrt, die Neckarkanalisierung nach dem Ersten Weltkrieg etc. Zu dieser erfreulich gelungenen Einbettung der Unternehmensgeschichte in die allgemeine Geschichte der Nekkarschiffahrt tragen am augenfälligsten die ausführlichen Beschreibungen der nicht weniger als 250 – teils mehrfarbig – abgebildeten Fotos, Stiche und schriftlichen Zeugnisse bei. Das Bemühen des Autors um sorgfältige Erklärung sogar der dargestellten Bilddetails, die ansonsten zweifellos des öfteren in ihrer Aussage und Bedeutung unerkannt blieben, ist besonders hervorzuheben. In der Darstellung verwendete Fachtermini (z. B. »Gestöre«) werden entweder direkt im Text oder didaktisch geschickt anhand der Bilder bzw. der Bildkommentierungen sicht- und nachvollziehbar erklärt. Zusätzlich enthält das mit zwei Karten, einer Zeittafel, Bildnachweis, Anmerkungen sowie Quellen- und Literaturverzeichnis gut ausgestattete Buch ein Glossar der wichtigsten schiffahrtlichen Fachausdrücke. Ferner

costs of Großforschung all combined to produce a uniquely West German type of large-scale scientific research. But this thesis will remain a mere hypothesis without a comparison with other countries, in particular with France, Great Britain, the United States, and especially the former German Democratic Republic. Only Christiane Reuter-Boysen has commendably attempted to compare Großforschung in the Federal German Republic with developments elsewhere.

A persistent theme pervading this book is how rivalries helped foster and mold Großforschung, for example competition or conflict between different Länder, between individual Länder and the Bund, between different research centers, and between different professional groups. But what is perhaps most striking about Großforschung is its immortality: despite economic constraints, scientific dead ends, and administrative conflicts, once a Großforschungseinrichtung was established, the Federal German government has never considered closing or shrinking it, even if it had finished or failed at its task. Since Großforschung is here to stay, this volume and the rest of the Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen from Campus Verlag are a welcome addition to the history of modern science and technology. *Mark Walker, Schenectady N.Y.*

Hanspeter Rings, Neckarschiffahrt. Illustrierte Geschichte der Ludwig und Jakob Götz KG. Mit den Erinnerungen von Friedrich Götz, Edition Quadrat, Mannheim 1990, 148 S. geb., 42 DM.

Der Untertitel verweist unmißverständlich, zugleich aber auch in bescheidener Zurückhaltung darauf, daß es sich im vorliegenden Fall um eine Firmengeschichte handelt. In der Tat bot denn auch das 1990 anstehende 70jährige Firmenjubiläum der Götz KG den Anlaß zu diesem Buch. Die vorgelegte Darstellung der Geschichte des heutigen Schiffahrts- und Kiesunternehmens mit einem 1989 respektablen Umsatz von 30 Millionen DM rechtfertigt ebenfalls den Untertitel. Dennoch sollte er beim Leser nur ja nicht vorschnell als Einschränkung des Buchtitels bzw. gar des Buchinhalts und seiner allgemeingeschichtlichen Bedeutung interpretiert werden, auch wenn diese Einschätzung mitunter eben durch die sonst vorgelegten Firmengeschichten geradezu mitbegründet erscheinen mag. Dagegen gelingt dem Autor wohltuend die Einbindung der aufgetragenen Unternehmensfestschrift in die allgemeine Geschichte der Neckarschiffahrt. Den Ausgangspunkt bilden die von Rings mitbearbeiteten Lebenserinnerungen von Friedrich Götz, die u. a. auch die Lebensbedingungen der Neckarschiffer plastisch beleuchten. Die Lebenserinnerungen sind nicht zuletzt zur Bewußtwerdung der subjektiven Sichtweise des Zeitgenossen in blauer Schrift vom übrigen Text abgesetzt. Um sie hat Rings in fünf Kapiteln die Geschichte der Neckarschifffahrt mit Schwerpunkten auf dem 19. und 20. Jahrhundert gerankt. Der Leser erfährt Wissenswertes über die Treidelschiffahrt, den Holzschiffbau, die Flößerei, die Kettenschleppschiffahrt, die Neckarkanalisierung nach dem Ersten Weltkrieg etc. Zu dieser erfreulich gelungenen Einbettung der Unternehmensgeschichte in die allgemeine Geschichte der Nekkarschiffahrt tragen am augenfälligsten die ausführlichen Beschreibungen der nicht weniger als 250 – teils mehrfarbig – abgebildeten Fotos, Stiche und schriftlichen Zeugnisse bei. Das Bemühen des Autors um sorgfältige Erklärung sogar der dargestellten Bilddetails, die ansonsten zweifellos des öfteren in ihrer Aussage und Bedeutung unerkannt blieben, ist besonders hervorzuheben. In der Darstellung verwendete Fachtermini (z. B. »Gestöre«) werden entweder direkt im Text oder didaktisch geschickt anhand der Bilder bzw. der Bildkommentierungen sicht- und nachvollziehbar erklärt. Zusätzlich enthält das mit zwei Karten, einer Zeittafel, Bildnachweis, Anmerkungen sowie Quellen- und Literaturverzeichnis gut ausgestattete Buch ein Glossar der wichtigsten schiffahrtlichen Fachausdrücke. Ferner

findet sich im Anhang eine Auflistung der alten Lagebezeichnungen des Neckars mit Angabe des jeweiligen Schiffahrtkilometers. Solchermaßen ausgestattet ist das ansprechende Buch gleichermaßen ein Gewinn für den Wirtschafts- und Sozialhistoriker und für den an der Geschichte der Neckarschiffahrt sowie an der Firmengeschichte eines alteingesessenen Schiffahrtsunternehmens interessierten Laien. *Peter Blum, Mannheim*

Konrad Fuchs, Ein Konzern aus Sachsen. Das Kaufhaus Schocken als Spiegelbild deutscher Wirtschaft und Politik 1901–1953, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1990, 344 S., pb., 48 DM.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Judentums wie des Unternehmertums schlechthin zieht sich wie ein roter Faden durch die wissenschaftlichen Arbeiten des Mainzer Professors für Neuere Geschichte, Geschichtliche Landeskunde und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Im jüngst erschienenen Buch verbindet Fuchs beide Forschungsschwerpunkte, indem er die Entstehung und Entwicklung des Kaufhauskonzerns Schocken nachzeichnet und damit den angestrebten Beitrag zur Geschichte des deutschen Warenhauswesens im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands leistet. Das Buch geht zurück auf eine Anregung des New Yorker Leo Baeck Instituts. Vor seiner Veröffentlichung stand die Aufarbeitung der relevanten Sekundärliteratur, die – das mag auch ein Streiflicht auf die Forschungslage werfen – nur zum geringeren Teil neueren Datums ist. Vor allem aber hat der Autor im Zuge mehrerer Forschungsaufenthalte die einschlägigen Aktenbestände zum Schocken-Konzern im Schocken-Institut für Jewish Research in Jerusalem ausgewertet.

Auf der Grundlage dieser Studien gliedert Fuchs die Unternehmensgeschichte in sieben Phasen. Die mit Blick auf die bereits modern anmutenden Züge des aufkommenden Warenhauswesens in Deutschland (Barverkauf, Rückgaberecht, Festpreise, kein Kaufzwang, Werbe-, Verkaufs- und Unternehmensführungsstrategie) geschilderte Gründungsphase setzt ein mit den Jahren 1901/04 und verläuft bis zum Ersten Weltkrieg recht stürmisch. Während des Weltkriegs durchlebt das Unternehmen wie die gesamte Branche eine ausgeprägte Stagnation, in der das Angebot eindeutig von Waren aus Ersatzstoffen dominiert wird. Im Gegensatz dazu verläuft die Unternehmensentwicklung zwischen 1918 und 1923 – als Reparationslasten und Inflation die Wirtschaft einschnüren – beinahe antizyklisch. Es erfolgen weitere Kaufhauseröffnungen, worin sich nicht zuletzt ein vitaler unternehmerischer Optimismus offenbart. Im Gefolge der Währungsstabilisierung 1923 sind abermals – jetzt im süddeutschen Raum – Neuerrichtungen von Kaufhäusern zu verzeichnen. Die Jahre von 1933–38 enden mit der Arisierung des Schocken-Konzerns, der unter Wert an ein Bankenkonsortium übergeht. Zuvor war der Versuch einer Übereignung der Kapitalmehrheit an ein britisches Konsortium gescheitert. Die Zeit bis zum Kriegsende verläuft ohne Höhepunkte. Personalstand und Umsatz sind rückläufig.

Nach dem Krieg erfolgt die Verstaatlichung der Konzernteile im Osten. Dagegen formiert sich in Nürnberg eine neue Verkaufszentrale der im Westen gelegenen Filialen. Die Wiedergutmachungsmaßnahmen führen Salman Schocken wenigstens 51 % des westlichen Firmenbesitzes wieder zu. 76jährig gibt dieser im Jahr 1953 sein Kaufhausunternehmen an Helmut Horten ab. Der Verkauf der Unternehmensanteile erfolgte ungeachtet der im allgemeinen wie im speziellen ausgesprochen günstigen Aussichten des Einzelhandels. Dies mag in der Tat – wie der Autor vermutet – seine Erklärung im Alter Schockens finden, aber auch in dessen stets bewiesener Vorsicht. Es ist sehr zu wünschen, daß die vorgelegte Arbeit zu ähnlichen Untersuchungen Anstoß gibt. Wer nur einmal in dem ebenfalls von

findet sich im Anhang eine Auflistung der alten Lagebezeichnungen des Neckars mit Angabe des jeweiligen Schiffahrtkilometers. Solchermaßen ausgestattet ist das ansprechende Buch gleichermaßen ein Gewinn für den Wirtschafts- und Sozialhistoriker und für den an der Geschichte der Neckarschiffahrt sowie an der Firmengeschichte eines alteingesessenen Schiffahrtsunternehmens interessierten Laien. *Peter Blum, Mannheim*

Konrad Fuchs, Ein Konzern aus Sachsen. Das Kaufhaus Schocken als Spiegelbild deutscher Wirtschaft und Politik 1901–1953, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1990, 344 S., pb., 48 DM.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Judentums wie des Unternehmertums schlechthin zieht sich wie ein roter Faden durch die wissenschaftlichen Arbeiten des Mainzer Professors für Neuere Geschichte, Geschichtliche Landeskunde und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Im jüngst erschienenen Buch verbindet Fuchs beide Forschungsschwerpunkte, indem er die Entstehung und Entwicklung des Kaufhauskonzerns Schocken nachzeichnet und damit den angestrebten Beitrag zur Geschichte des deutschen Warenhauswesens im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands leistet. Das Buch geht zurück auf eine Anregung des New Yorker Leo Baeck Instituts. Vor seiner Veröffentlichung stand die Aufarbeitung der relevanten Sekundärliteratur, die – das mag auch ein Streiflicht auf die Forschungslage werfen – nur zum geringeren Teil neueren Datums ist. Vor allem aber hat der Autor im Zuge mehrerer Forschungsaufenthalte die einschlägigen Aktenbestände zum Schocken-Konzern im Schocken-Institut für Jewish Research in Jerusalem ausgewertet.

Auf der Grundlage dieser Studien gliedert Fuchs die Unternehmensgeschichte in sieben Phasen. Die mit Blick auf die bereits modern anmutenden Züge des aufkommenden Warenhauswesens in Deutschland (Barverkauf, Rückgaberecht, Festpreise, kein Kaufzwang, Werbe-, Verkaufs- und Unternehmensführungsstrategie) geschilderte Gründungsphase setzt ein mit den Jahren 1901/04 und verläuft bis zum Ersten Weltkrieg recht stürmisch. Während des Weltkriegs durchlebt das Unternehmen wie die gesamte Branche eine ausgeprägte Stagnation, in der das Angebot eindeutig von Waren aus Ersatzstoffen dominiert wird. Im Gegensatz dazu verläuft die Unternehmensentwicklung zwischen 1918 und 1923 – als Reparationslasten und Inflation die Wirtschaft einschnüren – beinahe antizyklisch. Es erfolgen weitere Kaufhauseröffnungen, worin sich nicht zuletzt ein vitaler unternehmerischer Optimismus offenbart. Im Gefolge der Währungsstabilisierung 1923 sind abermals – jetzt im süddeutschen Raum – Neuerrichtungen von Kaufhäusern zu verzeichnen. Die Jahre von 1933–38 enden mit der Arisierung des Schocken-Konzerns, der unter Wert an ein Bankenkonsortium übergeht. Zuvor war der Versuch einer Übereignung der Kapitalmehrheit an ein britisches Konsortium gescheitert. Die Zeit bis zum Kriegsende verläuft ohne Höhepunkte. Personalstand und Umsatz sind rückläufig.

Nach dem Krieg erfolgt die Verstaatlichung der Konzernteile im Osten. Dagegen formiert sich in Nürnberg eine neue Verkaufszentrale der im Westen gelegenen Filialen. Die Wiedergutmachungsmaßnahmen führen Salman Schocken wenigstens 51 % des westlichen Firmenbesitzes wieder zu. 76jährig gibt dieser im Jahr 1953 sein Kaufhausunternehmen an Helmut Horten ab. Der Verkauf der Unternehmensanteile erfolgte ungeachtet der im allgemeinen wie im speziellen ausgesprochen günstigen Aussichten des Einzelhandels. Dies mag in der Tat – wie der Autor vermutet – seine Erklärung im Alter Schockens finden, aber auch in dessen stets bewiesener Vorsicht. Es ist sehr zu wünschen, daß die vorgelegte Arbeit zu ähnlichen Untersuchungen Anstoß gibt. Wer nur einmal in dem ebenfalls von

Fuchs benutzten und von Siegmund Kaznelson herausgegebenen Standardwerk »Juden im deutschen Kulturbereich« nachschlägt, wird über mangelnde Forschungsthemen kaum klagen können. *Peter Blum, Mannheim*

Peter Schmitt, Schauspieler und Theaterbetrieb. Studien zur Sozialgeschichte des Schauspielerstandes im deutschsprachigen Raum 1700–1900, Niemeyer, Tübingen 1990, 223 S., kart., 86 DM.

»Reisen, fremd und unbeachtet am fremden Orte anlangen, sein Zelt aufschlagen, spielen, die Leute entzücken und mitten im allgemeinen Freudenrausche aufbrechen und weiterziehen: das war mein Ideal, das wollt' ich vom Schauspielerleben!« Was der Mime Karl von Holtei da um 1830 in seinen Lebenserinnerungen notierte, hatte mit der harten Alltagsrealität und dem entbehrungsreichen Leben der heute hier, morgen dort spielenden Ensembles bis in das 20. Jahrhundert hinein herzlich wenig zu tun. Aus diesem Grunde hat sich Peter Schmitt für seine Studie »Schauspieler und Theaterbetrieb« auch nicht auf die Aussagen der ohnehin wenigen Berühmtheiten des Schauspielerstandes vom Schlage eines Iffland oder Holtei verlassen, der im übrigen auch niemals sein Brot als Wanderschauspieler verdienen mußte. Vielmehr hat der Autor massenhaft Daten für den Zeitraum von 1700–1900 über jene Darsteller des Sprech- und Musiktheaters ausgewertet, die namenlos blieben. Seine quantifizierende Studie räumt gründlich auf mit der Mär vom sorgenfreien Künstlerleben.

Bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein waren die meisten Schauspieler Wandertruppen angeschlossen, die überall dort spielten, wo sie Publikum fanden. Außerhalb des Bühnengeschehens wurden die Fahrenden von der seßhaften Bevölkerung als Fremde kritisch beäugt, arbeiteten quasi ohne jegliches soziales Netz, denn die Prinzipale als Leiter dieser Wandertruppen engagierten die Darsteller häufig nur für die finanziell einträglichen Wintermonate, sicherten meist für diese Zeiträume auch keine feste Gage zu, sondern spielten »auf Teilung«, so daß die Darsteller zudem noch das finanzielle Risiko mitzutragen hatten. Der enge einnahmeorientierte Handlungsspielraum dieser Gruppen und der daraus resultierende Zwang zum Gagensparen erklärt auch, warum viele dieser Truppen häufig nur als erweiterte Familienunternehmen funktionieren konnten.

Anders die Situation an den zahlenmäßig (1850: 23) unbedeutenden Hoftheatern: Um öffentliche Reputation besorgte Landesherren nahmen, erstmals 1775 in Gotha, zum Teil in Konkurs gegangene Schauspielertruppen unter Vertrag, errichteten ihnen repräsentative Theaterbauten und garantierten mit zum Teil immensen Subventionen die Finanzierung eines aufwendigen Personal- und Ausstattungswesens. 30 bis 80 % der Etats wurden aus der landesherrlichen Schatulle gespeist, wobei interessanterweise im Gegensatz zur heutigen Staatstheater-Praxis die Hoftheater in den großen Residenzstädten wie etwa Berlin (35 %) oder Wien (Oper 40 %) aufgrund der hohen Zuschauereinnahmen einen geringeren Subventionsbedarf hatten als etwa die kleinen Häuser in Dessau (80 %) oder Coburg (70 %).

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Theaterbetriebsformen – die städtischen Theater waren bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts noch immer weitgehend privat geführte Unternehmen – werden viele der von Schmitt erhobenen Daten über Leben und Alltag der Schauspieler erklärlich. Die fehlende soziale Absicherung der Mimen nicht nur im Falle von Krankheit, bei Arbeitsunfällen und Invalidität, sondern auch im Rentenalter – Schmitt zeichnet detailliert das Scheitern der meisten lokalen wie zentralen Pensionsanstalten nach – erklärt, warum Schauspieler oftmals bis zum letzten Atemzug auftraten. Da entgegen der im 18. Jahrhundert landläufig verbreiteten Meinung, der Schauspielerstand

Fuchs benutzten und von Siegmund Kaznelson herausgegebenen Standardwerk »Juden im deutschen Kulturbereich« nachschlägt, wird über mangelnde Forschungsthemen kaum klagen können. *Peter Blum, Mannheim*

Peter Schmitt, Schauspieler und Theaterbetrieb. Studien zur Sozialgeschichte des Schauspielerstandes im deutschsprachigen Raum 1700–1900, Niemeyer, Tübingen 1990, 223 S., kart., 86 DM.

»Reisen, fremd und unbeachtet am fremden Orte anlangen, sein Zelt aufschlagen, spielen, die Leute entzücken und mitten im allgemeinen Freudenrausche aufbrechen und weiterziehen: das war mein Ideal, das wollt' ich vom Schauspielerleben!« Was der Mime Karl von Holtei da um 1830 in seinen Lebenserinnerungen notierte, hatte mit der harten Alltagsrealität und dem entbehrungsreichen Leben der heute hier, morgen dort spielenden Ensembles bis in das 20. Jahrhundert hinein herzlich wenig zu tun. Aus diesem Grunde hat sich Peter Schmitt für seine Studie »Schauspieler und Theaterbetrieb« auch nicht auf die Aussagen der ohnehin wenigen Berühmtheiten des Schauspielerstandes vom Schlage eines Iffland oder Holtei verlassen, der im übrigen auch niemals sein Brot als Wanderschauspieler verdienen mußte. Vielmehr hat der Autor massenhaft Daten für den Zeitraum von 1700–1900 über jene Darsteller des Sprech- und Musiktheaters ausgewertet, die namenlos blieben. Seine quantifizierende Studie räumt gründlich auf mit der Mär vom sorgenfreien Künstlerleben.

Bis in die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein waren die meisten Schauspieler Wandertruppen angeschlossen, die überall dort spielten, wo sie Publikum fanden. Außerhalb des Bühnengeschehens wurden die Fahrenden von der seßhaften Bevölkerung als Fremde kritisch beäugt, arbeiteten quasi ohne jegliches soziales Netz, denn die Prinzipale als Leiter dieser Wandertruppen engagierten die Darsteller häufig nur für die finanziell einträglichen Wintermonate, sicherten meist für diese Zeiträume auch keine feste Gage zu, sondern spielten »auf Teilung«, so daß die Darsteller zudem noch das finanzielle Risiko mitzutragen hatten. Der enge einnahmeorientierte Handlungsspielraum dieser Gruppen und der daraus resultierende Zwang zum Gagensparen erklärt auch, warum viele dieser Truppen häufig nur als erweiterte Familienunternehmen funktionieren konnten.

Anders die Situation an den zahlenmäßig (1850: 23) unbedeutenden Hoftheatern: Um öffentliche Reputation besorgte Landesherren nahmen, erstmals 1775 in Gotha, zum Teil in Konkurs gegangene Schauspielertruppen unter Vertrag, errichteten ihnen repräsentative Theaterbauten und garantierten mit zum Teil immensen Subventionen die Finanzierung eines aufwendigen Personal- und Ausstattungswesens. 30 bis 80 % der Etats wurden aus der landesherrlichen Schatulle gespeist, wobei interessanterweise im Gegensatz zur heutigen Staatstheater-Praxis die Hoftheater in den großen Residenzstädten wie etwa Berlin (35 %) oder Wien (Oper 40 %) aufgrund der hohen Zuschauereinnahmen einen geringeren Subventionsbedarf hatten als etwa die kleinen Häuser in Dessau (80 %) oder Coburg (70 %).

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Theaterbetriebsformen – die städtischen Theater waren bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts noch immer weitgehend privat geführte Unternehmen – werden viele der von Schmitt erhobenen Daten über Leben und Alltag der Schauspieler erklärlich. Die fehlende soziale Absicherung der Mimen nicht nur im Falle von Krankheit, bei Arbeitsunfällen und Invalidität, sondern auch im Rentenalter – Schmitt zeichnet detailliert das Scheitern der meisten lokalen wie zentralen Pensionsanstalten nach – erklärt, warum Schauspieler oftmals bis zum letzten Atemzug auftraten. Da entgegen der im 18. Jahrhundert landläufig verbreiteten Meinung, der Schauspielerstand

rekrutiere sich in erster Linie aus entlaufenen Barbieren, Schneidern und Prostituierten, fast 60 % Schauspielerkinder den Beruf der Eltern ergriffen, sieht Schmitt Parallelitäten zu der geringen horizontalen Mobilität anderer Bevölkerungsgruppen der vor- und frühindustriellen Zeit, die ihren Nachwuchs ebenfalls aus den eigenen Reihen holten. Bei den tatsächlichen Neueinsteigern zeigt sich, daß die Schauspielerei angesichts der ständischen Vorurteile nur wenig Attraktivität auf Handwerker, Kaufleute, Adlige oder Landwirte ausübte, hingegen kamen 20 % der Darsteller aus Elternhäusern, die man im weitesten Sinne dem »öffentlichen Dienst« zuschreiben kann. Anstellungssuchende Studenten, die keine Möglichkeit sahen, unentgeltlich als Assessoren zu arbeiten, oder die nicht in die Subalternentätigkeiten abrutschen wollten, sahen in den darstellenden Künsten eine gutdotierte Alternative. Schmitts These, analog zur Aristokratisierung des Beamtenstandes auch von einer solchen des Schauspielerstandes zu sprechen, scheint angesichts der tatsächlichen finanziellen Misere unter dem Gros der Schauspieler wenig hilfreich.

Insgesamt eine umfängliches Quellenmaterial aufbereitende Untersuchung, die auch den zumeist gescheiterten Bemühungen um eine Verbesserung der Schauspielerausbildung materialreich Rechnung trägt. Doch deren Stärke initiiert auch einen Schwachpunkt: Statt den Aufgabenkatalog Punkt für Punkt abzuhaken, hätte man dem Autor mehr Mut zur Überblicksdarstellung gewünscht. *Burkhard Jellonnek, Saarbrücken*

Martin Leuenberger, Mitgegangen – Mitgehangen. »Jugendkriminalität« in Basel 1873–1893, Chronos Verlag, Zürich 1989, 374 S., brosch., 44 sfr.

Diese kriminalitätshistorische Studie überzeugt durch Blickweite, solide Quellenarbeit und ein Höchstmaß an sprachlicher und gedanklicher Disziplin. Gegenstand der Arbeit ist das Erscheinungsbild der Jugendkriminalität in Basel zwischen 1873 und 1893, d. h. in einem Zeitraum, in dem die gesetzlich festgelegte Straffähigkeit von Jugendlichen – sie lag zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr – sich nicht änderte.

Auch in Basel wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die städtische Gesellschaft vom Sog der industriellen Entwicklung erfaßt. Der Verfasser untersucht, wie sich die »verschiedenen Komplikationen des Modernisierungsprozesses« in einem besonders gelagerten Ausschnitt aus dem Gesamtbereich der Kriminalität niedergeschlagen haben. Er stützt sich auf die gerichtliche Überlieferung des baselstädtischen Strafgerichts und arbeitet im empirischen Teil seiner Untersuchung signifikante sozialstatistische Befunde heraus. Von über 10 000 Angeklagten waren 899 Jugendliche, das sind für den Untersuchungszeitraum ca. 9 %. Der Delinquenzschwerpunkt lag im Bereich der Eigentumsdelikte; wegen dieses Vergehens wurden allein 638 Anklagen geführt.

Der Wert dieser Studie liegt in einer erweiterten sozialhistorischen Interpretationsperspektive. An zehn Fallbeispielen angeklagter jugendlicher Gruppen wird die »Selbstwahrnehmung der Jugendlichen« zu rekonstruieren versucht. Die lebensgeschichtliche Situation, die sie mit Rechtsnorm und Rechtsstab (Polizei und Justiz) in Konflikt geraten ließ, wird zum besonderen Gegenstand des historischen Interesses gemacht. Für den Verfasser sind die in Gerichtsprotokollen festgehaltenen Äußerungen der Angeklagten »authentische« Zeugnisse für Depravationen in den Lebensumständen. Sie legen es nahe, die Rechtsbrüche weder als Anzeiger eines politischen Veränderungswillens zu deuten, noch im einzelnen Rechtsbrecher ein verkommenes Subjekt zu sehen. Vielmehr gilt es, die Prozesse »sozialer Stigmatisierung« in ihrer Rückkoppelung an Verhalten und Handlungsweisen der jeweiligen Sanktionsinstanzen stark zu gewichten. Der Verfasser hat ein Buch geschrieben, das viele Denkanstöße, methodische Innovationen und solide Forschungsergebnisse enthält. *Dirk Blasius, Essen*

rekrutiere sich in erster Linie aus entlaufenen Barbieren, Schneidern und Prostituierten, fast 60 % Schauspielerkinder den Beruf der Eltern ergriffen, sieht Schmitt Parallelitäten zu der geringen horizontalen Mobilität anderer Bevölkerungsgruppen der vor- und frühindustriellen Zeit, die ihren Nachwuchs ebenfalls aus den eigenen Reihen holten. Bei den tatsächlichen Neueinsteigern zeigt sich, daß die Schauspielerei angesichts der ständischen Vorurteile nur wenig Attraktivität auf Handwerker, Kaufleute, Adlige oder Landwirte ausübte, hingegen kamen 20 % der Darsteller aus Elternhäusern, die man im weitesten Sinne dem »öffentlichen Dienst« zuschreiben kann. Anstellungssuchende Studenten, die keine Möglichkeit sahen, unentgeltlich als Assessoren zu arbeiten, oder die nicht in die Subalternentätigkeiten abrutschen wollten, sahen in den darstellenden Künsten eine gutdotierte Alternative. Schmitts These, analog zur Aristokratisierung des Beamtenstandes auch von einer solchen des Schauspielerstandes zu sprechen, scheint angesichts der tatsächlichen finanziellen Misere unter dem Gros der Schauspieler wenig hilfreich.

Insgesamt eine umfängliches Quellenmaterial aufbereitende Untersuchung, die auch den zumeist gescheiterten Bemühungen um eine Verbesserung der Schauspielerausbildung materialreich Rechnung trägt. Doch deren Stärke initiiert auch einen Schwachpunkt: Statt den Aufgabenkatalog Punkt für Punkt abzuhaken, hätte man dem Autor mehr Mut zur Überblicksdarstellung gewünscht. *Burkhard Jellonnek, Saarbrücken*

Martin Leuenberger, Mitgegangen – Mitgehangen. »Jugendkriminalität« in Basel 1873–1893, Chronos Verlag, Zürich 1989, 374 S., brosch., 44 sfr.

Diese kriminalitätshistorische Studie überzeugt durch Blickweite, solide Quellenarbeit und ein Höchstmaß an sprachlicher und gedanklicher Disziplin. Gegenstand der Arbeit ist das Erscheinungsbild der Jugendkriminalität in Basel zwischen 1873 und 1893, d. h. in einem Zeitraum, in dem die gesetzlich festgelegte Straffähigkeit von Jugendlichen – sie lag zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr – sich nicht änderte.

Auch in Basel wurde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die städtische Gesellschaft vom Sog der industriellen Entwicklung erfaßt. Der Verfasser untersucht, wie sich die »verschiedenen Komplikationen des Modernisierungsprozesses« in einem besonders gelagerten Ausschnitt aus dem Gesamtbereich der Kriminalität niedergeschlagen haben. Er stützt sich auf die gerichtliche Überlieferung des baselstädtischen Strafgerichts und arbeitet im empirischen Teil seiner Untersuchung signifikante sozialstatistische Befunde heraus. Von über 10 000 Angeklagten waren 899 Jugendliche, das sind für den Untersuchungszeitraum ca. 9 %. Der Delinquenzschwerpunkt lag im Bereich der Eigentumsdelikte; wegen dieses Vergehens wurden allein 638 Anklagen geführt.

Der Wert dieser Studie liegt in einer erweiterten sozialhistorischen Interpretationsperspektive. An zehn Fallbeispielen angeklagter jugendlicher Gruppen wird die »Selbstwahrnehmung der Jugendlichen« zu rekonstruieren versucht. Die lebensgeschichtliche Situation, die sie mit Rechtsnorm und Rechtsstab (Polizei und Justiz) in Konflikt geraten ließ, wird zum besonderen Gegenstand des historischen Interesses gemacht. Für den Verfasser sind die in Gerichtsprotokollen festgehaltenen Äußerungen der Angeklagten »authentische« Zeugnisse für Depravationen in den Lebensumständen. Sie legen es nahe, die Rechtsbrüche weder als Anzeiger eines politischen Veränderungswillens zu deuten, noch im einzelnen Rechtsbrecher ein verkommenes Subjekt zu sehen. Vielmehr gilt es, die Prozesse »sozialer Stigmatisierung« in ihrer Rückkoppelung an Verhalten und Handlungsweisen der jeweiligen Sanktionsinstanzen stark zu gewichten. Der Verfasser hat ein Buch geschrieben, das viele Denkanstöße, methodische Innovationen und solide Forschungsergebnisse enthält. *Dirk Blasius, Essen*

Modris Eksteins, Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg, Rowohlt Verlag, Reinbek 1990, 650 S., geb., 54 DM.

Das Erlebnis des Ersten Weltkrieges hat das Bewußtsein der Menschen in Europa zutiefst verändert. Nach dem Sommer 1914 war nichts mehr so, wie es vorher verstanden oder gesehen wurde. Wie groß die Veränderung gewesen ist, läßt sich allein schon an der Tatsache ablesen, daß der Krieg nicht weniger als fast zehn Millionen Menschenleben als Opfer forderte und daß die politische Landkarte Europas total verändert wurde. Mit dem zaristischen Rußland, dem kaiserlichen Deutschland und mit dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn verschwanden gleich drei große Mächte von der Bildfläche. Die Ereignisgeschichte dieser Zeitenwende, ihre politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen und Folgen sind weitgehend aufgearbeitet worden. Der Umfang der wissenschaftlichen Literatur läßt sich mittlerweile in Bibliotheksmetern messen, wozu nicht zuletzt die vor allem in Deutschland geführte Auseinandersetzung um die »Kriegsschuld« beigetragen hat. Auffallend an dieser Debatte war allerdings, daß sie sich weitgehend auf das Ereignis selbst und seine Entstehung konzentrierte. Die Frage, was von diesem Ereignis für die weitere Entwicklung in den am Krieg beteiligten Gesellschaften ausging, welche Rückschlüsse und Erkenntnisse die Menschen aus den Kriegserfahrungen zogen, wurde erstaunlicherweise selten gestellt. Dies blieb der Mentalitätsgeschichte vorbehalten, die in jüngster Zeit erste Antworten darauf zu liefern versucht. Gewiß, die viel weitreichenderen Zerstörungen und Veränderungen, die der Zweite Weltkrieg bewirkte, und vor allem die verheerenden Auswirkungen des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland und Europa erforderten lange Zeit die ausschließliche Aufmerksamkeit der Historiker. Und doch hätte allein die Bezeichnung des »Ersten« Weltkrieges schon stutzig machen müssen, denn die Zeitgenossen, ganz gleich ob in Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder Rußland, sprachen immer vom »großen« Krieg. Die Bezifferung erfolgte erst mit dem Ausbruch des »Zweiten« großen Krieges. Worin bestand also der unmittelbare Zusammenhang, wie empfanden die Zeitgenossen ihn konkret, und inwieweit machte er sich in ihrem politischen Denken und Handeln bemerkbar?

Das ist der Ausgangspunkt für die Arbeit von Modris Eksteins, in der es um die »Geburt der Moderne und den Ersten Weltkrieg« geht. Er versteht seine Untersuchung als einen Beitrag zur Kulturgeschichte, die sich seiner Meinung nach mit mehr zu befassen habe als nur den klassischen Feldern wie Musik, Kunst oder Literatur. »Ihre Aufgabe ist es«, so schreibt er im Vorwort, »Sitten und Moral, Gebräuche und Wertvorstellungen zutage zu fördern, und zwar sowohl die artikulierten als auch jene, die man stillschweigend voraussetzt«. Eksteins will am Beispiel des Ersten Weltkrieges die Wechselwirkung zwischen Krieg und Kultur ergründen und dabei gleichzeitig zeigen, wie sehr die »Entstehung unseres modernen Bewußtseins in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts« von den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges geprägt worden ist. Chronologisch setzt seine Arbeit am Vorabend des Krieges ein und endet mit den letzten Apriltagen 1945, als Adolf Hitler angesichts der unvermeidlichen totalen militärischen Niederlage der deutschen Wehrmacht Vorkehrungen zu seinem Tod trifft. Geographisch ist die Studie vornehmlich auf die Entwicklung in Deutschland ausgerichtet. Allerdings wertet Eksteins für die Zeit des Krieges eine ganze Reihe von persönlichen Dokumenten wie Tagebücher oder Korrespondenzen britischer und französischer Provenienz aus.

Um es gleich vorweg zu sagen: Der kanadische Historiker Eksteins hat ein außergewöhnliches Buch geschrieben, das thematisch wie formal nicht unbedingt den üblichen Pfaden der traditionellen Geschichtsschreibung folgt und vielleicht auch bewußt die historische Zunft provozieren will. So heißt es beispielsweise im Vorwort: »Der Löwenanteil dessen, was Historiker über dieses Thema (Krieg) zu Papier gebracht haben, konzentriert sich engstirnig auf den Bereich von Strategie, Waffen und Logistik, auf Generäle, Panzer und Poli-

tiker.« Natürlich ist diese Kritik viel zu pauschal und oberflächlich.

Eksteins' Studie selbst lebt nicht zuletzt von der bisherigen Forschungsarbeit zu diesem Themenkreis, denn ohne die vorhandene Fakten- und Kausalgerüste ließen sich die Ergebnisse seiner Arbeit gar nicht einordnen. »Tanz über Gräben« lautet der Titel der Studie. Dabei ließ sich der Verfasser von jenem berühmten Ballettstück inspirieren, das im Mai 1913 unter dem Titel »Le Sacre du Printemps« von der damals bekannten russischen Ballettgruppe mit dem Startänzer Waclaw Nijinski an der Spitze und Sergej Diaghilew als Direktor in Paris uraufgeführt wurde. Eksteins sieht in dem Stück einen Markstein der Moderne – nicht nur für die Ballettwelt. Die darin behandelte Thematik der »Frühlingsweihe« mit der »Verherrlichung des Lebens durch den Opfertod« wurde gut ein Jahr später blutiger Ernst. Millionen junger Menschen wurden im Ersten Weltkrieg »geopfert«, weil die Völker in Europa glaubten, durch diesen »Opfergang« eine bessere Zukunft zu erstreiten. Die Bilder vom »Frühlingserwachen« und »Totentanz« wurden seit jeher als Symbole des Aufbruchs und Niedergangs verstanden. Mit dem Einsetzen des Frühlings erwachten Natur und Menschen aus ihrer Winterstarre, und im Totentanz wurde das Ableben zelebriert, um das Leben zu feiern. Eksteins ließ sich jedoch nicht nur bei seiner Themenstellung von diesem Ballettstück anregen, er nutzte auch dessen Struktur für die formale Gestaltung seiner Studie. Sie ist gleichsam als Drehbuch für ein Ballettstück in drei Akte mit insgesamt zehn Bildern gegliedert, dem ein Prolog vorausgeht. Dieser befaßt sich mit dem Thema »Venedig«; jener Stadt, die schon immer zwischen Untergang und Überleben im wahrsten Sinne des Wortes hin und her geschwankt zu haben scheint. Viele Protagonisten der Moderne aus dem Kunst- und Kulturbereich haben sich zu Venedig hingezogen gefühlt, weil sie in der Stadt, wie es Friedrich Wilhelm Nietzsche einmal formulierte, ein »Bild für den Menschen der Zukunft« sahen. Richard Wagner und Diaghilew sind in dieser Stadt sogar gestorben. Thomas Mann wählte sie zum Schauplatz seiner berühmten Novelle »Der Tod in Venedig«, die ebenfalls im Jahre 1913 erschien und mit der unterdrückten Homosexualität ein Thema aufgriff, das gerade in Künstlerkreisen als Beispiel für die Intoleranz und der verhinderten Emanzipation in den europäischen Gesellschaften verstanden wurde.

Der erste Akt setzt gleichsam die Szene und beschreibt den »Zeitgeist« in Paris und Berlin am Vorabend des Krieges. Die Begeisterung in diesen Städten angesichts der Entscheidung zum Krieg ist hinlänglich bekannt. »Et jeht los!«, zitiert Eksteins eine jubelnde Zeitung der Reichshauptstadt vom 2. August 1914. Die Stimmung in den anderen am Krieg beteiligten Hauptstädten schien den offiziellen Darstellungen zufolge nicht viel anders. Als die Soldaten an die später so mörderische Westfront gebracht wurden, blieb diese positive, ja erwartungsfrohe Grundstimmung bestehen. Alle erwarteten einen kurzen Krieg, der nach dem deutschen Schlagwort »frisch, fromm, fröhlich und frei« machen sollte. Wie sehr das Verhalten der Soldaten in der Anfangsphase des Krieges noch von den Wertvorstellungen der Vorkriegszeit bestimmt wurde, läßt sich an den Vorkommnissen während der ersten Weihnachtsfeiertage im Felde ablesen. »Auf beiden Seiten sahen sich die Männer vom sprichwörtlichen Gefühl der Jahreszeit übermannt«, zitiert Eksteins aus dem Brief eines britischen Soldaten, »und einmütig hörten sie auf zu kämpfen.« Selbst zu einem »Fußballspiel« im Niemandsland soll es zwischen deutschen und britischen Soldaten gekommen sein, wie ein bis heute ungeklärtes Gerücht behauptet. Mit »Fraternisierung« hatte dies aber nichts zu tun, wie Eksteins aufgrund seiner Analyse der Tagebücher und Korrespondenzen feststellt.

Der Beginn des Stellungskrieges und die damit einhergehende Brutalisierung der Kriegführung änderten grundlegend das Bewußtsein der Menschen. Täglich erlebten die Soldaten das verheerende Vernichtungspotential, das die industrielle Entwicklung möglich gemacht hatte und dessen wirkliche Wirkungen bis dahin bestenfalls erahnt worden waren. Der Mensch hatte der Maschine nichts entgegenzusetzen, wie die folgende Szenenbeschreibung eines britischen Sanitäters zeigt: »Ein Melder war gerade herausgetreten (aus dem

Unterstand), als eine Granate explodierte und nirgendwo auch nur ein Fetzen von ihm übrig blieb.« Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifelsohne die Einführung des Gaskrieges, der die Soldaten mit ihren Gasmasken gleichsam zu »kubistischen« Figuren werden ließ. Ein französischer Soldat fühlte sich bei diesen Bildern an einen »Karneval des Todes« erinnert. Der britische Maler Paul Nash, der von seiner Regierung auf die flanderschen Felder entsandt worden war, um den heldenhaften Kampf seiner Landsleute in den bis dahin üblichen Schlachtengemälden festzuhalten, gestand seiner Frau: »Kein Stift, keine Zeichnung vermag ein Bild dieses Landes zu geben.« War das unmittelbare Kriegserlebnis schon grausam genug, so kam noch hinzu, daß den Soldaten in ihrer Schul- und Jugendzeit nur verherrlichende Bilder vom Krieg nahegebracht worden waren. »In Büchern ist der Krieg immer so schön«, zitiert Ekstein aus dem Brief eines französischen Soldaten, »aber in Wirklichkeit stinkt er nach Scheiße und verfaulendem Fleisch.«

Wie die Menschen an der Front mit diesen Bildern und Erfahrungen umgingen, wie sie damit fertig wurden, ist Gegenstand des zweiten Aktes. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, »was diese Männer in der Hölle an der Westfront nicht verzagen ließ«. Mit zunehmender Kriegsdauer, so stellt Eksteins fest, sei der anfängliche Idealismus geschwunden und durch eine allgemeine Abstumpfung der Sinne und Gedanken ersetzt worden. »Die Welt gehört denen«, wird aus dem Tagebuch eines britischen Soldaten zitiert, »die nicht an Ideen glauben«. Die damit einhergehende Desorientierung der Soldaten wurde noch dadurch verstärkt, daß sie auch bei ihren Heimatbesuchen nicht wirklich über ihre Kriegserlebnisse sprechen konnten. Vereinsamung war die Folge; sie konnte nur dadurch aufgefangen werden, daß die Soldaten untereinander so etwas wie ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelten. »Avantgarde« überschreibt Eksteins treffend diesen Abschnitt seiner Darstellung.

Rückblickend urteilte ein britischer Offizier: »Es herrschte in jenen Tagen der Kameradschaft und der Hingabe eine Hochstimmung.« Später war es dann nur noch die »Pflicht«, die die Soldaten auf ihren Plätzen hielt. Allerdings verstand jede Nationalität etwas anderes darunter. In Deutschland, so argumentiert Eksteins, betrachtete man den Krieg als »höchste Prüfung für den Geist und damit als Bewährungsprobe für die Vielfalt und Lebensstärke der eigenen Kultur«. Am deutschen Wesen sollte eben der Rest der Welt genesen. In Frankreich und Großbritannien dagegen setzte man die Pflicht gleich mit Vorstellungen wie Ehre, Loyalität und Kampf um eine zivilisierte Welt. »Der Glaube der Briten und Franzosen«, heißt es an einer Stelle, »fußte auf rationalen Überlegungen, der Glaube der Deutschen baute auf Idealismus und Romantizismus«.

Der dritte und letzte Akt geht dann der Frage nach, wie die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges in der Folgezeit verarbeitet und politisch wirksam wurden. Dabei verengt Eksteins die Perspektive seiner Untersuchung und beschränkt sich praktisch darauf, die Entwicklung in Deutschland zu skizzieren, die mit zunehmendem Scheitern der Weimarer Republik vom Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung unter Führung von Adolf Hitler bestimmt wurde. Bis Ende der zwanziger Jahre, stellt Eksteins mit Blick auf die Historiker fest, sei es die Belletristik gewesen, die ein Nachdenken über den Sinn des Krieges in die Wege geleitet habe. Besonders eindrucksvoll läßt sich das am Beispiel der Rezeptionsgeschichte von Erich Maria Remarques berühmten Buch »Im Westen nichts Neues« aufzeigen, das 1929 erschien und zum weltweit populärsten Buch in bezug auf das Kriegserlebnis wurde. Im Gegensatz zur gängigen Interpretation ist Eksteins der Meinung, daß Remarque mit seinem Buch nicht die Realität des Krieges rekonstruieren wollte. Ihm sei es ausschließlich darum gegangen, die Auswirkungen des Krieges auf seine Generation deutlich zu machen. Eine Generation, der die geistige Rückkehr in die Gesellschaft verwehrt war und die den Krieg für ihre persönliche Orientierungslosigkeit verantwortlich machte.

Daß diese Sicht durchaus auch von großen Teilen der Gesellschaft mitgetragen wurde, und zwar in dem Sinne, daß man zur Zeit vor 1914 zurückkehren wollte, zeigte sich bei-

spielsweise daran, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Folgen des Krieges nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Die Regierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller ließ den 28. Juni 1929 aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages zum »Nationaltrauertag« erklären. Die unmittelbarste Verbindung von Kriegserlebnis und politischer Betätigung findet sich laut Eksteins bei den Nationalsozialisten. »Nur wenn man das Fronterlebnis versteht«, zitiert er einen ihrer Anhänger, »kann man den Nationalsozialismus verstehen.«

Adolf Hitler hat sich wiederholt zu seiner Begeisterung bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges bekannt, weil das Augusterlebnis das deutsche Volk »erweckt« und geeinigt habe. Die Revision des Friedensvertrages und die Wiederherstellung des »Augusterlebnisses« wurde für ihn konkretes Ziel seiner Politik. Selbst in seinen späteren Entscheidungen als oberster Heerführer des Zweiten Weltkrieges hätten laut Eksteins die Erfahrungen aus dem ersten Krieg eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Sein Festhalten an der Strategie des Blitz- und Bewegungskrieges – im Gegensatz zu seinem gesamten Generalstab – hängt mit den Erlebnissen des Stellungskrieges zusammen. Anfänglich war er mit dieser Taktik auch sehr erfolgreich – bis sich die Gegner darauf eingestellt hatten und die Ressourcen des Reiches erschöpft waren. Eksteins' Darstellung endet mit einem Zitat aus dem Testament von Adolf Hitler. Darin heißt es unter Einbeziehung seiner frisch angetrauten Frau, Eva Braun: »Der Tod wird uns das ersetzen, was meine Arbeit im Dienst meines Volkes uns beiden raubte.«

Eksteins ist der Meinung, daß sich hier, im April 1945, jener Kreis schloß, der im Mai 1913 seinen Anfang genommen hatte. Wie das Ballettstück sprach auch Hitler von Tod und Opfer. Allerdings wertete er die ursprüngliche Vorstellung vom Sinn des Todes als Opfer zu einer »Entschädigung für das Opfer« um. So interessant diese Aussage auch sein mag, so beziehungslos steht sie doch angesichts der fraglichen Thematik da. Weder kann man die nationalsozialistische Bewegung allein als Beginn der Moderne betrachten, noch gilt dies für den gesamten europäischen Raum. Und woraus oder worin besteht das Moderne? Gewiß haben die Nationalsozialisten in ihrem Handeln und Denken zahlreiche modernistische Elemente verarbeitet. Die Abschnitte »Kunst als Leben« und »Mythos als Realität« sind geradezu faszinierend zu lesen, arbeiten sie doch deutlich die »Leere« des nationalsozialistischen Gedankengutes heraus. Doch Eksteins bleibt den Beweis schuldig, warum dies für sein Thema wichtig sein soll. Ohnehin gewinnt man beim Lesen des dritten Aktes den Eindruck, daß hier ein Bruch in der Untersuchung stattfindet. Ziemlich unvermittelt beginnt dieser Abschnitt mit einer Darstellung zum Empfang von Charles A. Lindbergh in Paris, der im Mai 1927 als erster Mensch allein von New York über den Atlantik geflogen war. Weder das Thema Luftkrieg noch die Kriegserfahrungen der Flieger waren vorher in der Untersuchung zur Sprache gekommen.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: Modris Eksteins hat ein außergewöhnliches Buch geschrieben. Der Wert seiner Arbeit besteht im wesentlichen darin, eine Reihe von Detailerkenntnissen erarbeitet zu haben, die aber noch weit von einem Gesamtbild zur Mentalitätsgeschichte entfernt sind. Die Notwendigkeit solcher Arbeiten steht außer Frage, und Eksteins hat mit seiner Studie eine Reihe von Anregungen und neuen Fragestellungen geliefert. So ist beispielsweise zu fragen, ob die Begeisterung im Sommer 1914 wirklich so einhellig gewesen ist, und zwar national wie international. Aus der Forschung zur Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland wissen wir, daß es sehr wohl auch Opposition gegeben hat. Die Friedensdemonstrationen gingen noch bis in den Juli hinein. Kam es wirklich zu einer echten Kriegsbegeisterung, und wenn ja, welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen für die Beurteilung der Entwicklung der Moderne? Die Beschränkung der Quellenlage auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien reicht zur Beantwortung von Eksteins' Themenstellung nicht aus: War die Situation in London wirklich genauso wie in Paris und Berlin, wo es ja seit dem Krieg von 1870 eine klare Frontenstellung

gab? Großbritannien brauchte immerhin die »Verletzung« der belgischen Neutralität, um die öffentliche Meinung für den Krieg zu gewinnen. Und wie war es in Wien, wo doch die Kriegsbegeisterung am größten hätte sein müssen, schließlich war es das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger, das den Krieg ins Rollen brachte.

Und schließlich stellt sich dann noch die Frage, wie die von Eksteins bearbeiteten Themenkreise Kriegserlebnis und Entwicklung der Moderne zusammengehören. Daß sie zusammengehören, steht nach der Lektüre seiner Studie außer Frage.

Helmut Trotnow, Berlin

Walther L. Bernecker, Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Régime zur Parlamentarischen Monarchie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1990, 377 S., brosch., 18 DM.

Die moderne spanische Geschichte ist an den deutschsprachigen Universitäten noch immer eine relativ exotische Angelegenheit. Unter den wenigen Fachleuten auf diesem Gebiet ist vor allem Walther L. Bernecker zu nennen, der durch eine Reihe von Veröffentlichungen zum Bürgerkrieg 1936/39 und zur Franco-Diktatur hervorgetreten ist. In diesem Band für die von Hans-Ulrich Wehler herausgegebene »Neue Historische Bibliothek«, über deren Renommee man kein Wort mehr verlieren muß, legt er nun eine sozialgeschichtliche Darstellung der letzten beiden Jahrhunderte Spaniens vor. Bernecker hat in seinen bisherigen Arbeiten vor allem die Jahrzehnte beschrieben, in denen auf der Grundlage eines rapiden sozialen Wandels der verspätete Anschluß an die Entwicklung Zentraleuropas erfolgte. Nun geht er auf die Wurzeln dieser Verspätung im ausgehenden Ancien Régime zurück und zeichnet den in Spanien besonders konfliktreichen, weil immer wieder von Bürgerkriegen geprägten Weg des Landes zur »Moderne« nach.

Berneckers Darstellung ist von modernisierungstheoretischen Ansätzen geprägt, z. T. auch von marxistischen Modellen, die in wichtigen Teilen der modernen spanischen Historiographie – oft in Verbindung mit Einflüssen der Annales-Schule – eine Rolle spielen. Sie verbindet Struktur- und Politikgeschichte und rückt die großen Entwicklungslinien und Zusammenhänge von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in den Vordergrund. Das »Erzählen« von Ereignissen spielt also nur eine untergeordnete Rolle. Bernecker gliedert seine Darstellung zwar nach den entscheidenden zeitlichen Einschnitten, wie sie durch verschiedene Revolutionen und Regimewechsel gegeben waren, läßt dabei aber auch immer die Kontinuitäten deutlich werden.

Überraschend, gemessen an den bisherigen Arbeiten des Autors, steht ganz das 19. Jahrhundert mit mehr als zwei Dritteln des Textes im Vordergrund und dabei sogar noch die erste Hälfte dieses Jahrhunderts, deren Darstellung immerhin etwa die Hälfte des Gesamtumfangs ausmacht. Vielleicht weil sich hier die Strukturdefizite, die auch noch das 20. Jahrhundert prägten, entscheidend herausbildeten, vielleicht auch, weil über diese Phase der spanischen Geschichte von deutschen Historikern eigentlich seit Baumgartens *Geschichte Spaniens vom Ausbruch der Französischen Revolution bis auf unsere Tage (Leipzig 1865–1871)* keine Gesamtdarstellung mehr vorgelegt worden ist.

Durch diese Schwerpunktsetzung kann er detailliert die gesellschaftliche Lage des Landes bei Beginn des 19. Jahrhunderts umreißen. Das Schlüsselproblem lag in der Agrarsituation mit der extrem ungleichen Landverteilung (den südspanischen Latifundien). So konnte sich nur ungenügende Nachfrage nach den Produkten der entstehenden katalanischen Textilindustrie herausbilden. Der Staat war arm und damit chronisch verschuldet – das Steuersystem beruhte noch bis weit ins 20. Jahrhundert auf indirekten Steuern – und konnte dadurch die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für die Schaffung eines natio-

gab? Großbritannien brauchte immerhin die »Verletzung« der belgischen Neutralität, um die öffentliche Meinung für den Krieg zu gewinnen. Und wie war es in Wien, wo doch die Kriegsbegeisterung am größten hätte sein müssen, schließlich war es das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger, das den Krieg ins Rollen brachte.

Und schließlich stellt sich dann noch die Frage, wie die von Eksteins bearbeiteten Themenkreise Kriegserlebnis und Entwicklung der Moderne zusammengehören. Daß sie zusammengehören, steht nach der Lektüre seiner Studie außer Frage.

Helmut Trotnow, Berlin

Walther L. Bernecker, Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Régime zur Parlamentarischen Monarchie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1990, 377 S., brosch., 18 DM.

Die moderne spanische Geschichte ist an den deutschsprachigen Universitäten noch immer eine relativ exotische Angelegenheit. Unter den wenigen Fachleuten auf diesem Gebiet ist vor allem Walther L. Bernecker zu nennen, der durch eine Reihe von Veröffentlichungen zum Bürgerkrieg 1936/39 und zur Franco-Diktatur hervorgetreten ist. In diesem Band für die von Hans-Ulrich Wehler herausgegebene »Neue Historische Bibliothek«, über deren Renommee man kein Wort mehr verlieren muß, legt er nun eine sozialgeschichtliche Darstellung der letzten beiden Jahrhunderte Spaniens vor. Bernecker hat in seinen bisherigen Arbeiten vor allem die Jahrzehnte beschrieben, in denen auf der Grundlage eines rapiden sozialen Wandels der verspätete Anschluß an die Entwicklung Zentraleuropas erfolgte. Nun geht er auf die Wurzeln dieser Verspätung im ausgehenden Ancien Régime zurück und zeichnet den in Spanien besonders konfliktreichen, weil immer wieder von Bürgerkriegen geprägten Weg des Landes zur »Moderne« nach.

Berneckers Darstellung ist von modernisierungstheoretischen Ansätzen geprägt, z. T. auch von marxistischen Modellen, die in wichtigen Teilen der modernen spanischen Historiographie – oft in Verbindung mit Einflüssen der Annales-Schule – eine Rolle spielen. Sie verbindet Struktur- und Politikgeschichte und rückt die großen Entwicklungslinien und Zusammenhänge von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in den Vordergrund. Das »Erzählen« von Ereignissen spielt also nur eine untergeordnete Rolle. Bernecker gliedert seine Darstellung zwar nach den entscheidenden zeitlichen Einschnitten, wie sie durch verschiedene Revolutionen und Regimewechsel gegeben waren, läßt dabei aber auch immer die Kontinuitäten deutlich werden.

Überraschend, gemessen an den bisherigen Arbeiten des Autors, steht ganz das 19. Jahrhundert mit mehr als zwei Dritteln des Textes im Vordergrund und dabei sogar noch die erste Hälfte dieses Jahrhunderts, deren Darstellung immerhin etwa die Hälfte des Gesamtumfangs ausmacht. Vielleicht weil sich hier die Strukturdefizite, die auch noch das 20. Jahrhundert prägten, entscheidend herausbildeten, vielleicht auch, weil über diese Phase der spanischen Geschichte von deutschen Historikern eigentlich seit Baumgartens *Geschichte Spaniens vom Ausbruch der Französischen Revolution bis auf unsere Tage (Leipzig 1865–1871)* keine Gesamtdarstellung mehr vorgelegt worden ist.

Durch diese Schwerpunktsetzung kann er detailliert die gesellschaftliche Lage des Landes bei Beginn des 19. Jahrhunderts umreißen. Das Schlüsselproblem lag in der Agrarsituation mit der extrem ungleichen Landverteilung (den südspanischen Latifundien). So konnte sich nur ungenügende Nachfrage nach den Produkten der entstehenden katalanischen Textilindustrie herausbilden. Der Staat war arm und damit chronisch verschuldet – das Steuersystem beruhte noch bis weit ins 20. Jahrhundert auf indirekten Steuern – und konnte dadurch die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für die Schaffung eines natio-

nalen Marktes nur ungenügend finanzieren. Durch die napoleonische Invasion brach zwar das politische System des Ancien Régime zusammen, das Land nahm 1812 eine der ersten liberalen Verfassungen Europas an. Doch die gesellschaftliche Basis des spanischen Liberalismus war äußerst schwach. Zwar konnten sich die Kräfte, die in der Restauration nach 1814 das absolutistische System wiederherstellen wollten, genauso wenig dauerhaft durchsetzen. Doch Spanien war nun für Jahrzehnte von einem dauernden Machtkampf zwischen liberalen und konservativen Regierungen geprägt, die sich auf unterschiedliche Gruppierungen in der Armee stützten und sich durch »Pronunciamentos« an die Macht putschten. Den Höhepunkt dieses »revolutionären Zyklus« bildete das demokratische Sexennium von 1868 bis 1874, das mit der Etablierung einer Republik zumindest vorübergehend den Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte darzustellen schien.

Doch so schnell diese auch scheiterte, Spaniens gesellschaftliche Strukturen waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus nicht von den Folgen der bürgerlichen Umwälzung im übrigen Europa unberührt geblieben. Doch noch stärker als im »preußischen Weg von oben« handelte es sich um eine bloße Transformation der »feudalen« Eliten, denen sich das schwache Bürgertum anschloß.[1] Die Ablösung der Feudalrechte auf dem Land war nicht mit einer Neuaufteilung des Bodens verbunden. Die ungleiche Landverteilung wurde im Gegenteil in den von Bernecker ausführlich dargestellten sogenannten desamortizaones durch die Einziehung des Kirchen- und des Gemeindebesitzes und dessen anschließenden Verkauf durch den Staat verschärft. Nun wurde auch noch das städtische Bürgertum zum Landbesitzer. Zwar entstand auf diese Weise eine kapitalistische Landwirtschaft. Ihre Strukturmängel schufen aber nicht nur ständige Konflikte, sie war auch nicht in der Lage, Rahmenbedingungen für eine industrielle Entwicklung des gesamten Landes zu liefern. Die Industrialisierung erreichte nur die Peripherie (katalanische Textilindustrie, später Schwerindustrie und Bergbau im Norden), zugleich entindustrialisierte sich aber um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Süden (Andalusien). Hier lag die bevölkerungsreichste Region, die nun ein ganzes Jahrhundert lang das soziale Krisengebiet Spaniens wurde. Auch der Einfluß des ausländischen Kapitals verstärkte die Tendenzen zu einer nur peripheren Industrialisierung.

Die Niederlage der demokratischen Revolution führte zum System der Restauration, das nun zwar für Jahrzehnte durch ein manipuliertes politisches System, auf das sich Liberale und Konservative einigten, stabile Regierungsverhältnisse sicherte. Doch die strukturellen Probleme des Landes waren dadurch nur vertagt. Sie brachen offen auf, als 1898 Spanien im Krieg gegen die USA die letzten Reste seines Kolonialimperiums verlor. In Katalonien, der »Fabrik Spaniens«, bildete sich eine vom Bürgertum getragene nationalistische Bewegung, die den spanischen Einheitsstaat in Frage stellte. Es gelang den Anarchisten, die bereits seit den Zeiten der I. Internationale in Spanien die dominierende Position in der schwachen Arbeiterbewegung einnahmen, eine anarcho-syndikalistische Massenbewegung aufzubauen. Die Widersprüche des Restaurationssystems kulminierten im Ersten Weltkrieg und führten schließlich 1923 zur Errichtung der Diktatur des Generals Primo de Rivera.

Es gelang dem General jedoch nicht, seine Herrschaft zu institutionalisieren. Von einem anfänglich großen gesellschaftlichen Konsens getragen, wurde Spanien im Jahre 1931 Republik. Zwar konnte ein modernes liberales politisches System geschaffen werden. Doch das Zurückbleiben der sozialen Strukturen in weiten Bereichen der Gesellschaft und die

1 Man kann also, vor allem mit Blick auf die in der deutschen Geschichtswissenschaft lange Jahre geführte Debatte, noch mit viel größerer Berechtigung von einem »spanischen Sonderweg« sprechen. Im gewissen Sinne zeigt diese Entwicklung in der westlichen Peripherie Europas viel stärkere Parallelen zu der östlichen Peripherie als zum Zentrum des Kontinents auf, eine vielleicht etwas überzogene Parallele, die aber schon manche zeitgenössischen Kommentatoren gezogen haben.

dadurch verursachte Krise führten 1936 zum Bürgerkrieg, der vor allem dank der Hilfe Deutschlands und Italiens zum Sieg einer konterrevolutionären Koalition von Faschisten, autoritären Katholiken und vor allem Militärs unter Franco führte. Ursprünglich stark von faschistischen Strukturen bestimmt, gelang es der Franco-Diktatur, sich im kalten Krieg dem Westen, vor allem den USA, als unverzichtbaren Bündnispartner zu empfehlen. Es kam zu einer autoritären Modernisierung von oben, die allerdings zu einem wesentlichen Teil ein Nebenprodukt des westeuropäischen Booms war, der erst den Export der Arbeitslosen und den Massentourismus möglich machte. Obwohl es zu einem ständigen Konflikt zwischen breiten gesellschaftlichen Kräften und dem anachronistischen politischen System kam, wurden dadurch die Voraussetzungen geschaffen, um die autoritären Strukturen fast ohne größere Konflikte in eine parlamentarische Monarchie zu transformieren. Im Schlußabschnitt skizziert Bernecker vor allem anhand des politischen Wandels das erste Jahrzehnt des neuen, demokratischen Spanien.

Zweifellos hat Bernecker damit eine konzise, bei aller notgedrungenen Knappheit, die der Umfang eines Taschenbuchs verlangt, aber ausreichend präzise Studie vorgelegt, die sich zweifellos auf das Wichtige, auf die großen Entwicklungslinien konzentriert. Sicherlich sprechen auch gute Gründe für die Schwerpunktsetzung auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Doch vielleicht ergibt sich bei weiteren Auflagen ja noch die Möglichkeit, die Darstellung des späteren Zeitraums etwas auszubauen. Dem Band ist nicht nur eine ausführliche Bibliographie beigegeben (das fehlende Register ist sicher eine Spar-Entscheidung des Verlages, die bei weiteren Auflagen korrigiert werden sollte). Bernecker führt auch weitere Literatur in den Anmerkungen an und referiert erfreulicherweise sehr ausführlich die Kontroversen in der Historiographie oder zeichnet die Entwicklung bestimmter Einschätzungen nach. Etwas akzentuierter hätte man sich den ganzen Komplex, der sich um die nationale Frage entwickelt hat, gewünscht. Es handelt sich ja nicht nur um die »peripheren Nationalismen« (Katalonien, Baskenland), wie sie sich als Krisenerscheinung gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt haben. Die Frage nach den Ursachen für das sich darin ausdrückende Scheitern des »nation-building« steht ja auch schon für die Zeit der Auflösung des Ancien Régime an. Inwieweit es überhaupt eine »Nationalgeschichte« Spaniens gibt, wie das Verhältnis zwischen den verschiedenen Geschichten der Nationalitäten in diesem multinationalen Land ist, wird ja immer wieder heftig in der spanischen Geschichtswissenschaft diskutiert.[2]

Auch auf einige kleinere Ungenauigkeiten oder Irrtümer sei hingewiesen. So wird die Provinz Castellón vom Land Valencia nach Katalonien verlegt (S. 61). Daß die Arbeiterbewegung nicht im Industrie-, sondern im Landarbeiterbereich eingesetzt habe (S. 197), steht im Widerspruch zu den Hinweisen auf S. 106 und S. 143 (womit die Bedeutung der anarchistischen Landarbeiterbewegung im Süden Spaniens keineswegs relativiert werden soll). Die republikanische Partei von Lerroux (mit dem vollständigen Namen Republikanische Radikale Partei – nach dem französischen Vorbild), die in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Stimmen der Arbeiter von Barcelona gewann, war deswegen noch keineswegs eine »richtige Arbeiterpartei« (S. 207), sondern blieb weiterhin mittelständisch geprägt, worauf auch die neuere Literatur hinweist (z. B. Joan B. Culla i Clará. El republicanisme lerrouxista a Catalunya 1901–1923, Barcelona 1986). Der General Martínez Anido war in der revolutionären Krise nach dem Ersten Weltkrieg nicht Gouverneur Kataloniens (ein Amt, das es nicht gab), sondern zuerst Militär-, dann Zivilgouverneur der Provinz Barcelona (S. 204). Die CNT trat 1919 nicht der Roten Gewerkschafts-Internationale, sondern –

2 Als neueres Beispiel vgl. den Artikel des katalanischen Historikers *Borja de Riquer*, Sobre el lugar de los nacionalismos-regionalismos en la historia contemporánea española, in: Historia social, Nr. 7, 1990, S. 105–126, und die von einer eher zentralistischen Einstellung geprägte Antwort von *Juan Pablo Fusi Aizpúrua*, Revisionismo crítico e historia nacionalista, ebd., S. 127–134.

vorübergehend – der III. Internationale bei; die RGI bildete sich erst 1921, woran die CNT auch beteiligt war; sie unterstützte aber dann 1922 die Gründung der anarcho-syndikalistischen Internationalen Arbeiterassoziation, wenn auch ihre Delegierten für den Gründungskongreß verhaftet wurden (S. 240/249). Nicht weiter erläutert ist, was in der Wahlübersicht auf S. 275 die »Linkssozialisten« sind – wohl der linke Flügel der PSOE; auf S. 283 sind dann die oppositionellen Kommunisten der POUM »Linkssozialisten«. Bei der Darstellung des Bürgerkriegs fehlt der Verweis auf die stalinistische Repression gegen die nichtkommunistische Linke. Jedenfalls hat man so den Eindruck, die als Teil der sowjetischen Unterstützung aufgezählten »Offiziere der Geheimpolizei« (S. 289) hätten noch an der Front gekämpft. Die von den Kommunisten nach 1942 ausgerufene »Nationale Union« der Spanier war ein weitgehend fiktives »Bündnis« (vgl. dazu die leider in der Bibliographie fehlende grundlegende Darstellung von Gregorio Morán, Miseria y grandeza del Partido Comunista de España 1939–1985, Barcelona 1986); viel wichtiger – weil eine reale Widerstandskoalition – war dagegen die Mitte der 1940er Jahre von Sozialisten und Republikanern getragene Alianza Nacional de Fuerzas Democráticas (S. 310). Merkwürdigerweise sind einige Namen nicht richtig wiedergegeben; es fehlt der im Spanischen entscheidende erste Nachname: also richtig *Calvo* Sotelo (S. 254), *Casares* Quiroga und *Martínez* Barrio (S. 282), auch *Alcalá*-Zamora (S. 274).

Doch all dies sind Kleinigkeiten. Zweifellos ist Berneckers Darstellung, Ergebnis jahrelanger Arbeit, sehr verdienstvoll, und man kann nur hoffen, daß sie Impulse zu einer stärkeren Beschäftigung mit der spanischen Geschichte liefert.

Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main

Axel Harneit-Sievers, Zwischen Depression und Dekolonisation: Afrikanische Händler und Politik in Süd-Nigeria 1935–1954 (= Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Bd. 157), Saarbrücken etc. 1991, 432 S., kart., 55 DM.

In der »[. . .] Desillusionierung über das ›verstaatlichte‹ Entwicklungsmodell [. . .], das Entwicklungsbürokratien, (halb)staatliche Betriebe, ›Staatsklassen‹ und selbst ›(afrikanischen) Sozialismus‹ [. . .] hervorgebracht hat, ohne ›Entwicklung‹ herbeizuführen« (S. 9), liegt für Axel Harneit-Sievers eine gewichtige Ursache für neue Trends auch in der historischen Forschung, die die Sichtweise eines auf der europäischen Durchdringung beruhenden und in der Folge nur in Abhängigkeit von Auslandskapital entwicklungsfähigen afrikanischen Kapitalismus relativiert. Die eindimensionale Interpretation des nahtlosen Übergangs vom Kolonialismus zum Neokolonialismus soll durch den Hinweis auf Existenz, Handlungsspielräume und Akkumulationschancen afrikanischer Unternehmer während der kolonialen Phase in Frage gestellt und der Blick stärker auf die innere Struktur des afrikanischen kommerziellen Sektors gerichtet werden. In seiner Studie über Südnigeria (mit deutlichem Schwerpunkt auf Südwestnigeria), in deren Mittelpunkt die Frage nach der Verschränkung von Politik und afrikanischen Unternehmerinteressen steht, folgt der Autor diesem Trend und versteht sie als Vorgeschichte der nigerianischen Variante des afrikanischen Kapitalismus.

Die Untersuchung basiert auf zahlreichem Quellenmaterial aus Archiven und Nachlässen in Nigeria, England und den USA (die seit 1928 konsularisch in Nigeria vertreten waren) sowie einigen Interviews mit lediglich ergänzendem Stellenwert. Bemerkenswert ist das Eingeständnis, die Arbeit sei »mitgeprägt durch die [eigene!] Erfahrung ökonomischer Bedingungen, Geschäftspraktiken und Verhaltensweisen, die im Nigeria der 80er Jahre aufzufinden sind.« (S. 16) Ob der Autor hier versucht, dem Würgegriff des an europäischen

vorübergehend – der III. Internationale bei; die RGI bildete sich erst 1921, woran die CNT auch beteiligt war; sie unterstützte aber dann 1922 die Gründung der anarcho-syndikalistischen Internationalen Arbeiterassoziation, wenn auch ihre Delegierten für den Gründungskongreß verhaftet wurden (S. 240/249). Nicht weiter erläutert ist, was in der Wahlübersicht auf S. 275 die »Linkssozialisten« sind – wohl der linke Flügel der PSOE; auf S. 283 sind dann die oppositionellen Kommunisten der POUM »Linkssozialisten«. Bei der Darstellung des Bürgerkriegs fehlt der Verweis auf die stalinistische Repression gegen die nichtkommunistische Linke. Jedenfalls hat man so den Eindruck, die als Teil der sowjetischen Unterstützung aufgezählten »Offiziere der Geheimpolizei« (S. 289) hätten noch an der Front gekämpft. Die von den Kommunisten nach 1942 ausgerufene »Nationale Union« der Spanier war ein weitgehend fiktives »Bündnis« (vgl. dazu die leider in der Bibliographie fehlende grundlegende Darstellung von Gregorio Morán, Miseria y grandeza del Partido Comunista de España 1939–1985, Barcelona 1986); viel wichtiger – weil eine reale Widerstandskoalition – war dagegen die Mitte der 1940er Jahre von Sozialisten und Republikanern getragene Alianza Nacional de Fuerzas Democráticas (S. 310). Merkwürdigerweise sind einige Namen nicht richtig wiedergegeben; es fehlt der im Spanischen entscheidende erste Nachname: also richtig *Calvo* Sotelo (S. 254), *Casares* Quiroga und *Martínez* Barrio (S. 282), auch *Alcalá*-Zamora (S. 274).

Doch all dies sind Kleinigkeiten. Zweifellos ist Berneckers Darstellung, Ergebnis jahrelanger Arbeit, sehr verdienstvoll, und man kann nur hoffen, daß sie Impulse zu einer stärkeren Beschäftigung mit der spanischen Geschichte liefert.

Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main

Axel Harneit-Sievers, Zwischen Depression und Dekolonisation: Afrikanische Händler und Politik in Süd-Nigeria 1935–1954 (= Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Bd. 157), Saarbrücken etc. 1991, 432 S., kart., 55 DM.

In der »[. . .] Desillusionierung über das ›verstaatlichte‹ Entwicklungsmodell [. . .], das Entwicklungsbürokratien, (halb)staatliche Betriebe, ›Staatsklassen‹ und selbst ›(afrikanischen) Sozialismus‹ [. . .] hervorgebracht hat, ohne ›Entwicklung‹ herbeizuführen« (S. 9), liegt für Axel Harneit-Sievers eine gewichtige Ursache für neue Trends auch in der historischen Forschung, die die Sichtweise eines auf der europäischen Durchdringung beruhenden und in der Folge nur in Abhängigkeit von Auslandskapital entwicklungsfähigen afrikanischen Kapitalismus relativiert. Die eindimensionale Interpretation des nahtlosen Übergangs vom Kolonialismus zum Neokolonialismus soll durch den Hinweis auf Existenz, Handlungsspielräume und Akkumulationschancen afrikanischer Unternehmer während der kolonialen Phase in Frage gestellt und der Blick stärker auf die innere Struktur des afrikanischen kommerziellen Sektors gerichtet werden. In seiner Studie über Südnigeria (mit deutlichem Schwerpunkt auf Südwestnigeria), in deren Mittelpunkt die Frage nach der Verschränkung von Politik und afrikanischen Unternehmerinteressen steht, folgt der Autor diesem Trend und versteht sie als Vorgeschichte der nigerianischen Variante des afrikanischen Kapitalismus.

Die Untersuchung basiert auf zahlreichem Quellenmaterial aus Archiven und Nachlässen in Nigeria, England und den USA (die seit 1928 konsularisch in Nigeria vertreten waren) sowie einigen Interviews mit lediglich ergänzendem Stellenwert. Bemerkenswert ist das Eingeständnis, die Arbeit sei »mitgeprägt durch die [eigene!] Erfahrung ökonomischer Bedingungen, Geschäftspraktiken und Verhaltensweisen, die im Nigeria der 80er Jahre aufzufinden sind.« (S. 16) Ob der Autor hier versucht, dem Würgegriff des an europäischen

Darstellungen von afrikanischer Seite häufig geübten Eurozentrismus-Vorwurfs zumindest teilweise zu entrinnen – sofern das in einer wirtschaftshistorischen Schrift überhaupt möglich ist? Grund dazu hätte der Verfasser genug, attackiert er doch seit langem bestehende Grundpfeiler der nigerianischen nationalistischen Historiographie. Zum einen betrifft es den Niedergang des unabhängigen afrikanischen Kaufmanns, zum anderen den Stellenwert des Zweiten Weltkriegs als (politischem) Wendepunkt in der Kolonialgeschichte.

Unumstritten führte die seit Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende europäische Expansion in das Hinterland zur Zerstörung vorkolonialer Strukturen im Handelssystem (z. B. Auflösung großer Handelsorganisationen im Südosten, Aufhebung innerer Zollschranken u. a.). Die Errichtung der Pax Britannica – notfalls mit Gewalt –, die infrastrukturelle Erschließung des Landes und der Ausbau der kolonialen Administration ermöglichten den europäischen Handelsfirmen, ihren bislang nur auf Stützpunkte entlang der Küste beschränkten Aktionsradius erheblich zu erweitern. Ihre materielle und technische Überlegenheit, ihr sukzessiver Wandel von konkurrierenden Unternehmungen zu einem Absprachen treffenden Oligopol, das durch die *Association of West African Merchants* (AWAM) in London Einfluß auf die Kolonialpolitik nehmen konnte, verdrängten nicht nur die großen afrikanischen Exporthändler, sondern ebenfalls einen Teil der *middlemen*, die den Handel zwischen Hinterland und Küste organisierten.

Harneit-Sievers versucht, das Bild des Niedergangs zu differenzieren und andere, zusätzliche Ursachen als die europäische Konkurrenz auszumachen. In dem drastischen Verfall der Preise für Exportgüter (in Südnigeria hauptsächlich Kakao und Palmprodukte) im Spätjahr 1920 vermutet er die schwerer wiegenden Gründe für den Rückschlag der nigerianischen Unternehmungen. Als Argument führt er an, daß einerseits noch 1919/20 – während des kurzen Nachkriegsbooms – keine Anzeichen wirtschaftlicher Schwächen der kommerziellen Elite zu verzeichnen sind, trotz »organisierter Kooperation der europäischen Firmen im Handel« (S. 57) schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Andererseits wurde durch die Krise und den zunehmenden Konzentrationsprozeß der europäischen Handelsgesellschaften auch europäische Konkurrenz aus dem Geschäft mit Nigeria verdrängt. Daß Bankrotte vereinzelt vorkamen und ein Rückzug auf ländliche Erwerbsquellen für kleinere Händler notwendig wurde, bestreitet der Autor nicht, möchte aber den »Niedergang« des afrikanischen Handels als in Relation zu dem sich ausweitenden (quantitativ wie qualitativ) europäischen Handel gesetzt verstanden wissen. Zudem war es keineswegs ausgemacht, daß sich die afrikanischen Händler, ohne Initiativen zu entwickeln, dem Diktat der Europäer beugten.

Es ist eine zentrale These des Buches, daß die nigerianischen Händler in ihrer Mehrzahl während der Kolonialzeit einer ambivalenten Situation ausgesetzt waren, die Abhängigkeit, zugleich aber auch Chance bedeutete. Abhängigkeiten entstanden vor allem für die Zwischenhändler der Exportprodukte, die ihr zumeist geringes Eigenkapital durch Kredite der europäischen Firmen aufstockten und dadurch extrem konjunkturanfällig waren. Es ergab sich hier aber auch die Möglichkeit, sofern der Handel nicht ausschließlich zur Unterhaltssicherung betrieben wurde, Kapital zu akkumulieren. Weitere Chancen boten die für Europäer nur ineffizient zu betreibenden Randbereiche des Außenhandels (z. B. Transportsektor) und ökonomische Nischen der kommerziellen Sphäre, in die afrikanische Unternehmer ausweichen konnten.

Dieses System blieb nicht ohne Konflikte. Harneit-Sievers geht insbesondere auf das Beispiel des »Kakao-Pools« (die Bildung eines Aufkaufkartells europäischer Firmen) von 1937/38 ein, der zu einem Politikum in Britisch-Westafrika wurde – zur Abwehr des Kartells wurden von afrikanischer Seite Verkaufsboykotte organisiert – und »den Ausgangspunkt einer neuen Phase kolonialer Politik, eine Periode wachsender staatlicher Intervention in ökonomischen Angelegenheiten« (S. 136) markierte. Die in dieser Auseinanderset-

zung deutlich werdende Verschränkung von afrikanischen kommerziellen Interessen mit afrikanischer nationalistischer Politik – es lassen sich auch personale Verflechtungen zwischen Händler- und politischen Organisationen nachweisen – hatte sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg manifestiert.

»Begreift man Kolonialismus in ökonomischer Hinsicht als systematische Etablierung und Ausbeutung wirtschaftlicher Ressourcen der Kolonialgebiete im Interesse der Metropole, so repräsentierten die Jahre des Zweiten Weltkriegs diesen Kolonialismus in seiner weitestgehenden Entwicklungsstufe.« (S. 208) Staatsinterventionismus und ökonomische Mobilisierung waren die Kernpunkte kolonialer Kriegswirtschaft – Reglementierungen von und beschränkte Zugangsmöglichkeiten zu Ex- und Importgeschäften erhöhten die Konfliktpotentiale zwischen europäischen und afrikanischen Interessen und verschärften Rivalitäten innerhalb der nigerianischen kommerziellen Sphäre. Wie schon zuvor fanden ökonomische Interessen Eingang in die Argumentation und die Strategien nigerianisch-nationalistischer Politiker, die insbesondere in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre massive Kampagnen für eine afrikanische politische Partizipation starteten.

Der Befund Harneit-Sievers', das in den Kampagnen ausgedrückte »politische Erwachen«, wie es von der nationalistischen Historiographie im Sinne der Existenz einer »Massenbasis« ausgedrückt wird, habe eine nur »begrenzte Tragweite« und stütze sich lediglich auf eine »Summe ungewichteter Faktoren« (S. 289), steht auf wackeligen Füßen. Zwar ist es richtig festzuhalten, daß »von einem kohärenten politischen Bewußtsein – mit spezifischen und einheitlichen Vorstellungen über den Weg dorthin – außerhalb enger Zirkel führender afrikanischer Politiker und Intellektueller nicht die Rede sein kann.« (S. 291) Auch stimmt der Einwand, die 1948 angekündigte Verfassungsreform, die Regionalwahlen und die Bildung eines nigerianischen Ministerrates vorsah, habe zu einer nach ethnischen Gesichtspunkten ausdifferenzierten Parteienlandschaft geführt, die vornehmlich »Innenpolitik« thematisierte. Nur führt der Verfasser seinerseits Faktoren auf, ohne positiv zu definieren, was »Massenbasis« im nigerianischen Kontext (z. B. unter Einbeziehung der geringen Alphabetisierung) überhaupt bedeuten kann. Partiell und zeitlich begrenzt gab es die Mitwirkung breiter Schichten der Bevölkerung an »nationalen« Kampagnen, wie es beispielsweise die materielle Unterstützung nicht unmittelbar Beteiligter für die Streikenden während des über 40 Tage dauernden Generalstreiks von Juni bis August 1945 zeigte.

Im abschließenden Kapitel beschreibt der Autor die Anfänge der Dekolonisationspolitik in den 1950er Jahren, die durch Begriffe wie »Entwicklung«, »Förderung«, »Partizipation« und »Integration« (eng mit dem Gedanken an Kanalisation von Konflikten verbunden) geprägt ist. Er weist nach, daß aufgrund der Verzahnung afrikanischer kommerzieller Interessen mit nationalistischer Politik, der Restrukturierung der kolonialen Ökonomie (Umstellung der Kriegswirtschaft) mit einer zuvor nicht dagewesenen Wahrnehmung afrikanischer Interessen sowie der Umorientierung in der Unternehmensstrategie europäischer Firmen (z. B. joint ventures mit afrikanischen Händlern) Mitte der 1950er Jahre bereits die Weichen für das künftige Verhältnis von nigerianischem Staat und Privatkapital zu Auslandskapital gestellt wurden. Dabei spielten auch Wahrnehmungsdefizite der afrikanischen Unternehmer eine Rolle, die Kapitalmangel als eines der Hauptprobleme der nigerianischen Wirtschaft ausmachten, ohne zu berücksichtigen, daß ebenso profitable Investitionsmöglichkeiten selten waren.

Axel Harneit-Sievers hat hier eine Studie vorgelegt, die die vielen Facetten des afrikanischen wirtschaftlichen Lebens mit seinen sozialen und politischen Auswirkungen sowie die Nahtstellen zu der europäischen Kolonialherrschaft beschreibt und analysiert. Er hat den Nachweis geführt, daß – wie er es am Ende eines Ausblicks formuliert – »Traditionen, auf die sich eine ›afrikanische Bourgeoisie‹ in Nigeria berufen könnte, [. . .] es jedenfalls lange genug« gibt. (S. 388) Den Vorwurf des Eurozentrismus braucht diese Arbeit nicht zu fürchten.

Oliver von Mengersen, Heidelberg

John F. C. Harrison, Late Victorian Britain, 1875–1901, Fontana Press, London 1990, 263 S., geb., 5.99 £.

The Fontana Press has published three volumes on the social history of Britain. The first by Professor Harrison *(Early Victorian Britain)* covers the period 1832–51, while the second by Professor Best *(Mid-Victorian Britain)* surveys the years between 1851 and 1875. The present volume by Professor Harrison *(Late Victorian Britain, 1875–1901)* completes the series. This volume deals with England rather than Britain for the author has little to say on either Scotland or Wales. And although most of the volume deals with the last 25 years of Queen Victoria's reign, the epilogue examines the challenge to traditional authority by the militant suffragettes, the militant trade unions and the militant Ulster Unionists in the period immediately preceding the outbreak of the first World War. A feature of Harrison's »series of vignettes« is his use of well-chosen quotations – novels as well as memoirs – to illustrate the topics with which he deals.

Ever since the young Disraeli gave his novel the title *Sybil or the two Nations* (1845), many writers in the Victorian age and many later historians have discussed the contrast between the affluence of the ruling class in England and the grinding poverty of so many of the workers. Harrison has much to say on this familiar topic. His first chapter is on »Progress and Poverty« and he returns to the topic in chapter 4 on »Labouring Life« and in chapter 9 on »The Condition of the People«.

The book is divided into four parts. The first deals with the doubts of some Victorians concerning the generally accepted view that material progress would continue for ever. Part 2 shows that despite the extension of the parliamentary franchise real power was still in the hands of the upper classes. In Part 3 the author deals with decline of religious influence while in Part 4 the challenge of socialism and feminism is examined. In a short book it is inevitable that there are gaps in Harrison's survey. For example one would like to know more about the temperance movement and the changing leisure activities of the workers. Harrison has written an excellent brief survey of the last Victorian age which can be warmly recommended as an introduction to the subject.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Tony Mason (Hrsg.), Sport in Britain. A Social History, Cambridge University Press, Cambridge etc. 1989, 363 S., geb., £ 19,50.

»Warum spielen die Engländer Cricket? Damit dieses so wenig spirituelle Volk einen Begriff von der Unendlichkeit bekommt.« Dieses Bonmot des australischen Premierministers Bob Hawke, einst selbst professioneller Cricketspieler, weist nicht nur auf die ungewöhnliche Dauer eines Cricket-Matchs hin – es kann sich über drei Tage erstrecken –, es läßt auch erahnen, daß sich die englischste aller Sportarten einem raschen Verständnis zu entziehen weiß. Nur auf der Insel selbst und in manch treuer Kolonie versteht man sich auf dieses Spiel, das Kontinentaleuropäern, zu denen sich auch der Rezensent rechnen muß, immer rätselhaft bleiben wird. Nach der Lektüre des Essays von Jack Williams, einem Beitrag für den Sammelband »Sport in Britain«, der insgesamt zehn Sportarten vom Angeln bis zu Rugby vorstellt, ist auch der Nichtbrite zumindest über die historischen Ursprünge und sozialen Charakteristiken des Spiels informiert.

Ausgewählt wurden die Sportarten mit der größten Zahl an Aktiven und Zuschauern in Großbritannien. Populäre Sportarten wie Schwimmen, Badminton und Squash konnten jedoch mangels geleisteter Forschungstätigkeit auf diesen Gebieten nicht berücksichtigt werden. Sie erwarten weiterhin ihren Historiker.

John F. C. Harrison, Late Victorian Britain, 1875–1901, Fontana Press, London 1990, 263 S., geb., 5.99 £.

The Fontana Press has published three volumes on the social history of Britain. The first by Professor Harrison *(Early Victorian Britain)* covers the period 1832–51, while the second by Professor Best *(Mid-Victorian Britain)* surveys the years between 1851 and 1875. The present volume by Professor Harrison *(Late Victorian Britain, 1875–1901)* completes the series. This volume deals with England rather than Britain for the author has little to say on either Scotland or Wales. And although most of the volume deals with the last 25 years of Queen Victoria's reign, the epilogue examines the challenge to traditional authority by the militant suffragettes, the militant trade unions and the militant Ulster Unionists in the period immediately preceding the outbreak of the first World War. A feature of Harrison's »series of vignettes« is his use of well-chosen quotations – novels as well as memoirs – to illustrate the topics with which he deals.

Ever since the young Disraeli gave his novel the title *Sybil or the two Nations* (1845), many writers in the Victorian age and many later historians have discussed the contrast between the affluence of the ruling class in England and the grinding poverty of so many of the workers. Harrison has much to say on this familiar topic. His first chapter is on »Progress and Poverty« and he returns to the topic in chapter 4 on »Labouring Life« and in chapter 9 on »The Condition of the People«.

The book is divided into four parts. The first deals with the doubts of some Victorians concerning the generally accepted view that material progress would continue for ever. Part 2 shows that despite the extension of the parliamentary franchise real power was still in the hands of the upper classes. In Part 3 the author deals with decline of religious influence while in Part 4 the challenge of socialism and feminism is examined. In a short book it is inevitable that there are gaps in Harrison's survey. For example one would like to know more about the temperance movement and the changing leisure activities of the workers. Harrison has written an excellent brief survey of the last Victorian age which can be warmly recommended as an introduction to the subject.

William Otto Henderson, Hemel Hempstead

Tony Mason (Hrsg.), Sport in Britain. A Social History, Cambridge University Press, Cambridge etc. 1989, 363 S., geb., £ 19,50.

»Warum spielen die Engländer Cricket? Damit dieses so wenig spirituelle Volk einen Begriff von der Unendlichkeit bekommt.« Dieses Bonmot des australischen Premierministers Bob Hawke, einst selbst professioneller Cricketspieler, weist nicht nur auf die ungewöhnliche Dauer eines Cricket-Matchs hin – es kann sich über drei Tage erstrecken –, es läßt auch erahnen, daß sich die englischste aller Sportarten einem raschen Verständnis zu entziehen weiß. Nur auf der Insel selbst und in manch treuer Kolonie versteht man sich auf dieses Spiel, das Kontinentaleuropäern, zu denen sich auch der Rezensent rechnen muß, immer rätselhaft bleiben wird. Nach der Lektüre des Essays von Jack Williams, einem Beitrag für den Sammelband »Sport in Britain«, der insgesamt zehn Sportarten vom Angeln bis zu Rugby vorstellt, ist auch der Nichtbrite zumindest über die historischen Ursprünge und sozialen Charakteristiken des Spiels informiert.

Ausgewählt wurden die Sportarten mit der größten Zahl an Aktiven und Zuschauern in Großbritannien. Populäre Sportarten wie Schwimmen, Badminton und Squash konnten jedoch mangels geleisteter Forschungstätigkeit auf diesen Gebieten nicht berücksichtigt werden. Sie erwarten weiterhin ihren Historiker.

Allein die Tatsache, daß sich eine Gruppe britischer Sozialhistoriker um Tony Mason, Verfasser des Standardwerks zur Sozialgeschichte des englischen Fußballs und Dauerkartenbesitzer bei Coventry City und Aston Villa, zu einer wissenschaftlichen Darstellung des Sports zusammenfand, ist nicht nur deshalb erwähnenswert, weil ein solches Projekt in Deutschland bisher nicht realisiert wurde, sondern auch, weil es wohl Gefahr liefe, von vielen Vertretern der Zunft belächelt zu werden. Den Autoren um Tony Mason droht diese Reaktion kaum, denn Sport ist in Großbritannien seit über 150 Jahren fester Bestandteil der akademischen Ausbildung und der Erziehung zum Gentleman, wie schon an den Ursprungsorten vieler Sportarten, den public schools und Universitäten, zu erkennen ist.

Fußball, Rugby, Rudern und die Leichtathletik, die teilweise Vorläufer bis ins Mittelalter haben, wurden erst an den Ausbildungsstätten der britischen Oberschicht zu dem, was sie heute kennzeichnet. Dort wurden erstmals Regelwerke niedergeschrieben, die für alle Aktiven verbindlich waren und für alle gleiche Ausgangsbedingungen schufen – eine Grundvoraussetzung, um sportliche Leistungen im Wettkampf zu vergleichen. Neben der Reglementierung war es das Ethos des Gentlemans, das den Sport an public schools und Universitäten prägte. Wahrer Sportler war nur der, der den Sport um seiner selbst willen, als körperlichen Ausgleich zu einer geistigen Tätigkeit betrieb. Das Gentlemans-Ethos gewährleistete so die soziale Exklusivität des Sports, waren doch professionelle Sportler und auch Frauen auf diese Weise ausgeschlossen. Aber selbst mit dem sorgfältigst gehüteten Amateurstatus ließ sich die Popularisierung vieler Sportarten nicht verhindern. Die Geschichte des Sports, das machen alle Beiträge des Bandes sehr deutlich, ist so trotz aller Unterschiede vor allem eine Geschichte seiner Demokratisierung, aber auch seiner Kommerzialisierung. Das Fußballspiel etwa, das in den 1860er Jahren als standesgemäße Beschäftigung für junge Gentlemen galt, wurde schon 20 Jahre später von Spielern aus Arbeiterschichten dominiert; eine Entwicklung, der die 1885 eingerichtete Liga für Berufsmannschaften Rechnung trug. Fußball, der noch immer populärste Sport Englands, findet zwar mittlerweile Anhänger in allen sozialen Schichten, dennoch überwiegt bis zum heutigen Tag das Publikum aus Arbeiterkreisen. Eine ganz andere Entwicklung durchlief Rugby, obwohl das Spiel wie Fußball an den public schools entstand. 1895 spaltete es sich in die Rugby Union, einen bürgerlichen, in Südengland konzentrierten Amateurverband, und die Northern Union, die Berufspielerklubs aus den Arbeiterstädten des Nordens vereinte. Die Northern Union blieb jedoch auf ihr Refugium isoliert, so ist Rugby in England trotz aufgeweichter Amateurbestimmungen bis heute hauptsächlich ein Sport der Mittelschichten mit starkem Rückhalt an Schulen und Universitäten. Nur in Wales konnte Rugby das Fußballspiel an Popularität übertreffen.

Ein großes Verdienst aller Aufsätze des Sammelbandes ist es, neben den schichtenspezifischen Entwicklungen der Sportarten auch die jeweiligen Partizipationschancen von Sportlerinnen ausführlich darzustellen. Die Unterschiede, die dabei zu beobachten sind, überraschen wenig: Wurde in Wimbledon seit 1884 ein Tenniswettbewerb für Frauen ausgetragen, blieb Fußball trotz erster Frauenmannschaften in den 1920er Jahren bis vor kurzem ein reiner Männersport. In der Leichtathletik gelang den Frauen zwar ein Einbruch nach dem Ersten Weltkrieg, dennoch blieben sie von vielen Disziplinen ausgeschlossen. Hammerwerfen, Dreisprung und Stabhochsprung sind Frauen noch heute vorenthalten.

Über die Gründe der so unterschiedlichen Partizipation von Sportlerinnen lassen die Autoren den Leser leider im Unklaren. Hier erweist sich, wie häufig bei Sammelbänden, das Fehlen eines vergleichenden Schlußkapitels als Manko. Mit ästhetischen Kategorien allein, so darf gemutmaßt werden, ist die sportartspezifische Diskriminierung von Frauen nicht zu erklären. Die patriarchalischeren Strukturen der Unterschichten im Vergleich zu Ober- und Mittelschichten lassen vermuten, daß Frauen die Emanzipation in »gehobenen« Sportarten wie Tennis und Golf leichter fiel als in vorherrschend proletarischen Sportarten wie Fußball oder gar Boxen.

Nicht nur die offen gebliebenen Fragen, sondern vor allem die bis ins Detail hochinteressant und spannend dargestellten Ergebnisse machen diesen Sammelband, der außerdem mit zahlreichen eindrucksvollen Fotos ausgestattet ist, zu einer für die Geschichtsschreibung des deutschen Sports nachahmenswerten Studie.

Martin L. Müller, Frankfurt/Main

Lawrence Stone, Road to Divorce. England 1530–1987, Oxford University Press, Oxford etc. 1990, 460 S., geb., 35 £.

Lawrence Stone, Sozialhistoriker mit internationalem Renommee, legt mit seiner großen Studie über den englischen Weg in die moderne Scheidungsgesellschaft einen weiteren wichtigen Beitrag zur Geschichte der neuzeitlichen Familie vor. ›Divorce‹ wird mit Recht als eine Art Sonde gesehen, die in Tiefenschichten gesellschaftlichen Wandels hinabreicht. Es geht dem Verfasser um den Zeichencharakter von Scheidungen, um deren »symbolic significance to society«. Zwar informiere die Scheidungsgeschichte nur über die ehelichen Kollisionen einer relativ kleinen Gruppe von Menschen, aber diese Minderheit sei »one which offers a privileged, indeed almost unique, insight into the interaction of the public spheres of morality, religion, and the law.«

Der Verfasser geht in seinem Buch den langen Weg von einer »largely non-separating and non-divorcing society«, als welche England vom Mittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu gelten hat, zur Scheidungsgesellschaft unserer Zeit ab. In den letzten fünf Jahrhunderten habe sich in den Moralvorstellungen, den religiösen Anschauungen und nicht zuletzt auf der normativen Ebene des Rechts geradezu eine Revolution vollzogen. Obwohl die Darstellung von 1530 bis 1987 reicht, liegt ihr eigentliches Zentrum auf den zwei Jahrhunderten zwischen 1660 und 1857. Die Restauration der anglikanischen Kirche schottete England von der Scheidungsentwicklung auf dem Kontinent ab. Hier hatte die Reformation eine Lockerung des von der Kirche ausgesprochenen strengen Scheidungsverbots bewirkt. England blieb bis zum Divorce Act von 1857, der mit der Institutionalisierung einer weltlichen Scheidungsjustiz die Möglichkeit einer Scheidung für jedermann eröffnete, eine scheidungsabstinente Gesellschaft. Das große Verdienst des Verfassers ist es, diese Scheidungsferne auf eine Weise problematisiert zu haben, die einen großen Erkenntnisgewinn für die Geschichte von Ehe und Familie, die Geschichte von Frauen und Männern und die windungsreiche Geschichte staatlicher Normsetzung bringt.

Die Arbeit greift auf Überlieferungsbestände zurück, die in dieser Extensität von der sozialhistorischen Forschung noch nicht benutzt wurden. Dazu gehören besonders Archivmaterialien kirchlicher Provenienz. Die geistlichen Gerichte konnten in streitigen Ehesachen zwar nur eine Trennung von Tisch und Bett aussprechen, die für das Paar die Möglichkeit einer Wiederheirat nicht beinhaltete, doch diese Prozesse erlauben eine Innenansicht der »secret world of marital behaviour«, geben Aufschluß über das, was Ehen verunglücken ließ. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Arbeit weltlicher Gerichte gewesen, die sich mit der strafrechtlichen Seite von ehelichem Fehlverhalten befaßten. Der Verfasser sammelt auf den verschiedenen Gerichtsebenen wichtige Befunde für seine Prozeßgeschichte der Scheidung; doch auch auf der Parlamentsebene findet sich ein reichhaltiges Quellenmaterial, da bis 1857 eine »volle Scheidung« nur durch einen parlamentarischen Gesetzgebungsakt garantiert werden konnte.

Die großen Gliederungsblöcke der Untersuchung verweisen auf eine zentrale These des Verfassers: »The Breaking of Marriage« (Teil II) hat etwas mit »The Making of Marriage« (Teil I) zu tun. In rechtsgeschichtlicher Perspektive formuliert heißt das, daß das Ehescheidungsrecht als eine Variable des Eheschließungsrechts anzusehen ist. Sehr ausführlich geht

Nicht nur die offen gebliebenen Fragen, sondern vor allem die bis ins Detail hochinteressant und spannend dargestellten Ergebnisse machen diesen Sammelband, der außerdem mit zahlreichen eindrucksvollen Fotos ausgestattet ist, zu einer für die Geschichtsschreibung des deutschen Sports nachahmenswerten Studie.

Martin L. Müller, Frankfurt/Main

Lawrence Stone, Road to Divorce. England 1530–1987, Oxford University Press, Oxford etc. 1990, 460 S., geb., 35 £.

Lawrence Stone, Sozialhistoriker mit internationalem Renommee, legt mit seiner großen Studie über den englischen Weg in die moderne Scheidungsgesellschaft einen weiteren wichtigen Beitrag zur Geschichte der neuzeitlichen Familie vor. ›Divorce‹ wird mit Recht als eine Art Sonde gesehen, die in Tiefenschichten gesellschaftlichen Wandels hinabreicht. Es geht dem Verfasser um den Zeichencharakter von Scheidungen, um deren »symbolic significance to society«. Zwar informiere die Scheidungsgeschichte nur über die ehelichen Kollisionen einer relativ kleinen Gruppe von Menschen, aber diese Minderheit sei »one which offers a privileged, indeed almost unique, insight into the interaction of the public spheres of morality, religion, and the law.«

Der Verfasser geht in seinem Buch den langen Weg von einer »largely non-separating and non-divorcing society«, als welche England vom Mittelalter bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zu gelten hat, zur Scheidungsgesellschaft unserer Zeit ab. In den letzten fünf Jahrhunderten habe sich in den Moralvorstellungen, den religiösen Anschauungen und nicht zuletzt auf der normativen Ebene des Rechts geradezu eine Revolution vollzogen. Obwohl die Darstellung von 1530 bis 1987 reicht, liegt ihr eigentliches Zentrum auf den zwei Jahrhunderten zwischen 1660 und 1857. Die Restauration der anglikanischen Kirche schottete England von der Scheidungsentwicklung auf dem Kontinent ab. Hier hatte die Reformation eine Lockerung des von der Kirche ausgesprochenen strengen Scheidungsverbots bewirkt. England blieb bis zum Divorce Act von 1857, der mit der Institutionalisierung einer weltlichen Scheidungsjustiz die Möglichkeit einer Scheidung für jedermann eröffnete, eine scheidungsabstinente Gesellschaft. Das große Verdienst des Verfassers ist es, diese Scheidungsferne auf eine Weise problematisiert zu haben, die einen großen Erkenntnisgewinn für die Geschichte von Ehe und Familie, die Geschichte von Frauen und Männern und die windungsreiche Geschichte staatlicher Normsetzung bringt.

Die Arbeit greift auf Überlieferungsbestände zurück, die in dieser Extensität von der sozialhistorischen Forschung noch nicht benutzt wurden. Dazu gehören besonders Archivmaterialien kirchlicher Provenienz. Die geistlichen Gerichte konnten in streitigen Ehesachen zwar nur eine Trennung von Tisch und Bett aussprechen, die für das Paar die Möglichkeit einer Wiederheirat nicht beinhaltete, doch diese Prozesse erlauben eine Innenansicht der »secret world of marital behaviour«, geben Aufschluß über das, was Ehen verunglücken ließ. Von nicht geringerer Bedeutung ist die Arbeit weltlicher Gerichte gewesen, die sich mit der strafrechtlichen Seite von ehelichem Fehlverhalten befaßten. Der Verfasser sammelt auf den verschiedenen Gerichtsebenen wichtige Befunde für seine Prozeßgeschichte der Scheidung; doch auch auf der Parlamentsebene findet sich ein reichhaltiges Quellenmaterial, da bis 1857 eine »volle Scheidung« nur durch einen parlamentarischen Gesetzgebungsakt garantiert werden konnte.

Die großen Gliederungsblöcke der Untersuchung verweisen auf eine zentrale These des Verfassers: »The Breaking of Marriage« (Teil II) hat etwas mit »The Making of Marriage« (Teil I) zu tun. In rechtsgeschichtlicher Perspektive formuliert heißt das, daß das Ehescheidungsrecht als eine Variable des Eheschließungsrechts anzusehen ist. Sehr ausführlich geht

der Verfasser auf den Typ der »clandestine marriages« ein, ein »curious social phenomenon«, das den Wunsch nach einer nicht in staatliche oder kirchliche Rechtsregeln eingezwängten semi-ehelichen Verbindung zum Ausdruck bringt. Diese ›geheimen Ehen‹ stießen im 18. Jahrhundert auf eine starke Ablehnung durch den Staat, der seine Ehehoheit nicht unterlaufen sehen wollte. Nur unvollkommen gelang freilich die Unterstellung der Ehe unter ein strenger gefaßtes staatliches Eheschließungsrecht; die Engländer blieben »a largely ungovernable people« – auch in ihrem Scheidungsverhalten. Der Privatheirat korrespondierte die Privatscheidung. Sie war eine Antwort auf die Rechtsversagung des Staates, die jedoch von den einzelnen gesellschaftlichen Schichten sehr verschieden verkraftet werden konnte. 1839 wurde die historisch gewachsene Scheidungssituation von einem Kritiker der englischen Zustände scharf umrissen: »A man with a very large sum of money may get a divorce from the Houses of Parliament and may marry again. A man with a smaller but considerable sum of money may get from the Ecclesiastical Courts a half divorce which relieves him merely from his wife's debts but does not enable him to enter into another matrimonial connection. A man with no money, or an insufficient income, can have no divorce at all.« (S. 366)

Die Geschichte von Scheidung und Scheidungsrecht führt zu Ergebnissen, die sowohl für die Gesellschaftsgeschichte wie für die Frauengeschichte von höchster Relevanz sind. Zu den interessantesten Teilen des Buches zählen die Passagen über das Verhältnis von männlicher Rechts- und weiblicher Lebenswelt. Bis zur Kodifikation von 1857 waren Frauen nur Objekte juristischer Rochaden, die vom Ehrgefühl, aber auch vom nackten Eigeninteresse der Männer geplant wurden. Bei Scheidungen verfielen die Besitzrechte der Frau am gemeinschaftlichen Vermögen; die unterschiedlichen Sanktionen, mit denen Eheverfehlungen (Ehebruch) bedacht wurden, zeigen sehr deutlich die Willkür, die im Geschlechterverhältnis herrschte; auch das Sorgerecht für die Kinder blieb lange Zeit uneingeschränkt in der Hand der Väter, mochte deren Verhalten auch Ursache des ehelichen Zerwürfnisses gewesen sein. Weibliche Stimmen blieben ungehört, wie die einer Frau, die 1735 schrieb: »I can't figure to myself a more afflictive circumstance in human life than to be entirely deprived of my child by the unkindness of my husband.« (S. 340)

Der Verfasser thematisiert in seinem Buch die vielen Blockierungen auf dem langen Weg in den heutigen Rechts- und Gesellschaftszustand. Ob sich hinter den hohen Scheidungszahlen ein Mehr an Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis verbirgt, bleibt eine offene Frage.

Dirk Blasius, Essen

Roger Bartlett (Hrsg.), Land Commune and Peasant Community in Russia. Communal Forms in Imperial and Early Soviet Society, Macmillan, London 1990, XV + 435 S., Abb., Tab., bd., 52,50 £.

Der vorliegende Sammelband enthält Vorträge einer Konferenz, die 1986 in der London School of Slavonic und East European Studies abgehalten wurde. Der Band konkurriert mit zwei weiteren Publikationen zur Ökonomie, Kultur und Politik der russischen Bauern im 19. und 20. Jahrhundert[1], ein Beweis für die vergleichsweise intensive Forschung zu diesem Thema in den letzten Jahren vor allem in den USA, England und Japan. Seit den bahnbrechenden Studien T. Shanins[2] über die Probleme von Schichtung und Mobilität in der

1 *Ben Eklof/Frank Stephen* (Hrsg.), The World of the Russian Peasant. Post-Emancipation, Culture and Society, Boston 1990; *Esther Kingston-Mann/Timothy Mixter* (Hrsg.), Peasant Economy, Culture, and the Politics of European Russia, 1800–1921, Princeton/N. J. 1991.

2 *Theodor Shanin*, The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in a Developing Society. Russia 1910–1925, Oxford 1972.

der Verfasser auf den Typ der »clandestine marriages« ein, ein »curious social phenomenon«, das den Wunsch nach einer nicht in staatliche oder kirchliche Rechtsregeln eingezwängten semi-ehelichen Verbindung zum Ausdruck bringt. Diese ›geheimen Ehen‹ stießen im 18. Jahrhundert auf eine starke Ablehnung durch den Staat, der seine Ehehoheit nicht unterlaufen sehen wollte. Nur unvollkommen gelang freilich die Unterstellung der Ehe unter ein strenger gefaßtes staatliches Eheschließungsrecht; die Engländer blieben »a largely ungovernable people« – auch in ihrem Scheidungsverhalten. Der Privatheirat korrespondierte die Privatscheidung. Sie war eine Antwort auf die Rechtsversagung des Staates, die jedoch von den einzelnen gesellschaftlichen Schichten sehr verschieden verkraftet werden konnte. 1839 wurde die historisch gewachsene Scheidungssituation von einem Kritiker der englischen Zustände scharf umrissen: »A man with a very large sum of money may get a divorce from the Houses of Parliament and may marry again. A man with a smaller but considerable sum of money may get from the Ecclesiastical Courts a half divorce which relieves him merely from his wife's debts but does not enable him to enter into another matrimonial connection. A man with no money, or an insufficient income, can have no divorce at all.« (S. 366)

Die Geschichte von Scheidung und Scheidungsrecht führt zu Ergebnissen, die sowohl für die Gesellschaftsgeschichte wie für die Frauengeschichte von höchster Relevanz sind. Zu den interessantesten Teilen des Buches zählen die Passagen über das Verhältnis von männlicher Rechts- und weiblicher Lebenswelt. Bis zur Kodifikation von 1857 waren Frauen nur Objekte juristischer Rochaden, die vom Ehrgefühl, aber auch vom nackten Eigeninteresse der Männer geplant wurden. Bei Scheidungen verfielen die Besitzrechte der Frau am gemeinschaftlichen Vermögen; die unterschiedlichen Sanktionen, mit denen Eheverfehlungen (Ehebruch) bedacht wurden, zeigen sehr deutlich die Willkür, die im Geschlechterverhältnis herrschte; auch das Sorgerecht für die Kinder blieb lange Zeit uneingeschränkt in der Hand der Väter, mochte deren Verhalten auch Ursache des ehelichen Zerwürfnisses gewesen sein. Weibliche Stimmen blieben ungehört, wie die einer Frau, die 1735 schrieb: »I can't figure to myself a more afflictive circumstance in human life than to be entirely deprived of my child by the unkindness of my husband.« (S. 340)

Der Verfasser thematisiert in seinem Buch die vielen Blockierungen auf dem langen Weg in den heutigen Rechts- und Gesellschaftszustand. Ob sich hinter den hohen Scheidungszahlen ein Mehr an Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis verbirgt, bleibt eine offene Frage.

Dirk Blasius, Essen

Roger Bartlett (Hrsg.), Land Commune and Peasant Community in Russia. Communal Forms in Imperial and Early Soviet Society, Macmillan, London 1990, XV + 435 S., Abb., Tab., bd., 52,50 £.

Der vorliegende Sammelband enthält Vorträge einer Konferenz, die 1986 in der London School of Slavonic und East European Studies abgehalten wurde. Der Band konkurriert mit zwei weiteren Publikationen zur Ökonomie, Kultur und Politik der russischen Bauern im 19. und 20. Jahrhundert[1], ein Beweis für die vergleichsweise intensive Forschung zu diesem Thema in den letzten Jahren vor allem in den USA, England und Japan. Seit den bahnbrechenden Studien T. Shanins[2] über die Probleme von Schichtung und Mobilität in der

1 *Ben Eklof/Frank Stephen* (Hrsg.), The World of the Russian Peasant. Post-Emancipation, Culture and Society, Boston 1990; *Esther Kingston-Mann/Timothy Mixter* (Hrsg.), Peasant Economy, Culture, and the Politics of European Russia, 1800–1921, Princeton/N. J. 1991.

2 *Theodor Shanin*, The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in a Developing Society. Russia 1910–1925, Oxford 1972.

russischen Bauernschaft und der Renaissance der Theorien über die »peasant economy« hat sich die westliche Forschung neuen Fragestellungen zugewandt: dem ökonomischen Verhalten der Landwirte in einer sich kommerzialisierenden Umwelt; Mikrostudien, welche die sozialen Mechanismen auf lokaler Ebene (dem Dorf, der Gemeinde, Provinz oder Region) zu beleuchten versuchten, hier insbesondere der tatsächlichen Wirkungsweise der russischen Umteilungsgemeinde (obscina, mir); der Relation zwischen Ökosystemen und ländlichem Wirtschaften und nicht zuletzt kulturell-politischen Aspekten. Diese neuen Ansätze trugen dazu bei, den Bauern nicht nur als Objekt, sondern auch als aktiven Teilnehmer des sozialen Wandels zu sehen, ihm in gewisser Weise seine Würde zurückzugeben. Diese Trends spiegeln sich auch in dem vorliegenden Band. Mit wenigen Ausnahmen stellen seine Beiträge komprimierte Fassungen intensiver Forschungsarbeit dar, die anderswo in Form von Monographien oder Aufsätzen veröffentlicht wurde. Hier können nur die wichtigsten Fragestellungen und Ergebnisse vorgestellt werden.

Abgehoben von den Detailstudien, diskutiert D. Atkinson die in der russischen Dorfgemeinde angelegte Tradition von Egalitarismus und Ungleichheit der Machtverteilung, mehr implizit als explizit auf die Weiterung dieses Problems für die politische Kultur Rußlands resp. der Sowjetunion eingehend. Als Kontrast hierzu wendet sich M. Lewin gegen die Überbetonung der »obscina« und betont die ökonomische und emotionale Bindung der Bauern an die Familie, die Verwandtschaft, den Hof und das Dorf. Damit soll das Element des Egalitarismus als bestimmendes Moment bäuerlichen Verhaltens relativiert werden. Die folgenden Untersuchungen nehmen nur indirekt Bezug auf diese Kontroverse, sie rükken zunächst eher die äußerst differenzierten Nutzungs- und Besitzverhältnisse, die sich klaren rechtlichen Fixierungen entziehen, in den Vordergrund: V. A. Aleksandrov skizziert die sich seit dem 16. Jahrhundert ausbildenden Formen kommunaler Landnutzung, J. Pallot die durch Klima und Geographie vorgegebene ländliche Erwerbstätigkeit in Archangel'sk im späten 19. Jahrhundert, J. Channon die Vielfalt kommunaler und individueller Landzuteilung und Nutzungsformen in Sibirien, Ch. D. Worobec die Bedeutung der »obscina« im Zuge der Kommerzialisierung der Landwirtschaft nach 1861 im Gouvernement Orel. D. J. B. Shaw stellt die Entwicklung mit Land ausgestatteter ehemaliger kleiner Dienstleute vor, die im Laufe der Jahrhunderte »verbauerten«, ohne sich ganz mit diesem Status auszusöhnen.

Indirekt wird der Streit zwischen der marxistischen und neopopulistischen Agrartheorie um die Bedeutung und den Charakter der Stratifizierung und um die vertikale Mobilität zwischen D. Field und H.-D. Löwe ausgetragen: Field präsentiert mit großem ökonometrischen Aufwand – hier der sowjetischen Forschung folgend – die unterschiedlichen Betriebsgrößen, ohne daß der Leser wüßte, was er damit anfangen sollte. Löwe hingegen resümiert die Ergebnisse seiner Monographie[3] und zeigt – methodisch Shanin variierend – die Anpassungsfähigkeit der bäuerlichen Höfe an die neuen Bedingungen zu Ende des 19. Jahrhunderts. Damit wendet er sich auch implizit gegen Lenins Thesen von der Klassenbildung auf dem flachen Lande. Löwes Ansatz und Schlußfolgerungen werden bestätigt durch R. Bideleux, der – gegen A. Gerschenkron – ebenfalls die Flexibilität nicht nur der einzelnen Bauernwirtschaften, sondern auch der Umverteilungsgemeinden hervorhebt: Sie seien weder bei der Modernisierung des Ackerbaus, noch bei der Integration der Landwirtschaft in die Prozesse von Kommerzialisierung und Industrialisierung entwicklungshemmend gewesen. Darüber hinaus betont Bideleux gegen die tradierten Verelendungs- und Rückständigkeitshypothesen Gerschenkrons u. a. das außerordentliche Produktions- und Produktivitätswachstum in der bäuerlichen Landwirtschaft. Er geht so weit, die Hungersnot von 1891/92 für einen Mythos zu erklären. Diese und die hohe Kindersterblichkeit im späten

3 *Heinz-Dietrich Löwe*, Die Lage der Bauern in Rußland, 1880–1905, St. Katharinen 1987.

zarischen Rußland erklärt er nicht mit mangelnder Produktion und Mißernten, also mit mangelnder Ernährung, sondern mit den hygienischen Verhältnissen und den immer noch grassierenden Epidemien. Hier sind Bideleux' Argumente flüchtig und bedürfen weiterer Analysen, um zu überzeugen.

Die Komplexität ländlicher Tradition und Landnutzung war administrativer und staatlicher Regelung äußerst unzugänglich. Dieses ist das durchgehende Thema der Beiträge von C. S. Leonard, D. A. Macay, H. Okuda, J. Slatter und C. A. Frierson sowie – unter kulturellen Aspekten – auch von Ben Eklof. Leonard prüft die Frage gutsherrlicher Verwaltungseffizienz und kommt hier – je nach Tätigkeitsfeldern – zu unterschiedlichen Ergebnissen. In den weiteren Studien geht es um die politischen Versuche, regulierend in die Landnutzung und die verworrenen Besitzverhältnisse einzugreifen. Besondere Aufmerksamkeit verdient hierbei Macays Beitrag, der unter dem Aspekt von Nutzen und Kosten den Auswirkungen der Stolypin-Reformen nachgeht. Gewinner und Verlierer seien nicht eindeutig zu unterscheiden, wohl aber lasse sich eine Intensivierung innerdörflicher Konflikte, mithin eine Entsolidarisierung der Dorfgemeinschaft beobachten. Die von der Verwaltung immer bekämpfte Hofteilung ist Gegenstand der Studie von Frierson. Trotz gegenteiliger administrativer Vorschriften wurde sie in der Regel mit stillschweigender Duldung der Dorfobrigkeit vollzogen. Sie unterhöhlte die Autorität der Familienhäupter (bol'saki), und dies mit Folgen, die 1905 und 1917 auch politisch zum Tragen kommen sollten. In diesen Zusammenhang gehört auch O. Figes Studie über das Verhältnis zwischen »obscina« und der revolutionären Landumteilung, deren Träger und Organisator die Gemeinden waren. Slatter und Okuda beschreiben die unterschiedlichen Ansätze von Reformen und administrativer Erfassung des Dorfes in der frühen Sowjetzeit, Ansätze, die mit der Kollektivierung abgebrochen wurden, einer Revolution »von oben«, die laut Danilovs Ausführungen den Bauern zum Bürger (S. 299 ff.) gemacht habe. Danilov stellt hier noch einmal die wenig überzeugende und inzwischen auch in Rußland kaum noch akzeptierte Argumentation von der Zwangsläufigkeit und dem Modernitätssprung vor, den die Kollektivierung beinhaltet habe.

Weitere Beiträge sind kulturellen Fragen gewidmet, ausführlicher noch behandelt in den konkurrierenden Sammelbänden von Kingston/Mann/Mixter und Eklof/Stephen. R. L. Glickman liefert im vorliegenden Band einen bahnbrechenden Beitrag zur Rolle der Frauen im bäuerlichen Haushalt und im Dorf, ein Thema, das bisher wenig beachtet worden ist. »Wir brauchen gleichermaßen eine Frau wie ein Pferd« (S. 322), könnte das Motto dieser Untersuchung sein. Ben Eklofs Beitrag läßt sich unter dem Titel »der Lehrer als Fremder, Außenseiter und Vermittler zur Außenwelt« zusammenfassen, auch dies eine wegweisende Studie über den Kontakt der modernen und der eher traditionalistischen Welt der Bauern. Über die Erfahrungen der Lehrer werden Einblicke in dörfliche Hierarchien und Haltungen vermittelt.

Die letzten Aufsätze sind den Artels, informellen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen in der Arbeitswelt gewidmet: dem Versuch, das Artel in Konsumgenossenschaften zu überführen (Y. Imai), dem Artel in der Armee (J. Bushnell) und den mafiaähnlichen Zusammenschlüssen in der Welt der Verbannung und der Kriminellen Sibiriens (A. Wood).

Der Informationsgehalt der einzelnen Aufsätze ist sehr hoch und entspricht dem gegenwärtigen Forschungsstand. Sie demonstrieren, wie weit sich die Forschung zum russischen Bauerntum von den marxistisch-leninistischen Kriterien, von den makrotheoretischen Annahmen Gerschenkrons u. a. über die Rolle der »obscina« und generell über Stereotype russischer Rückständigkeit entfernt hat. Die Hinwendung zur »obscina« als strukturbildendem Element ländlichen Wirtschaftens und volkstümlicher Verhaltensweisen auch außerhalb der dörflichen Sphäre, das Konflikte und Entwicklungen maßgeblich determinierte, erweist sich als außerordentlich ergiebig. Allerdings wird in den einzelnen Beiträgen

kein allgemeiner Bezug zu diesem Leitthema hergestellt, wie dies vor allem die allgemeinen Überlegungen von Atkinson und Lewin hätten erwarten lassen. Die Frage nach den Wirkungen kommunaler Kooperationszwänge in ihren Folgen für die politische Kultur Rußlands resp. der Sowjetunion wird in den Beiträgen nicht aufgenommen. Immerhin zeigen die Beiträge von Pallot, Channon, Worobec und Figes, daß Elemente der »moral economy« ein strukturierendes Element bildeten. Die Frage nach ihrer Transformation freilich bleibt ausgeblendet. Auch die Chancen der Entwicklungs- und Modernisierungsfähigkeit des ländlichen Sektors, die implizit von Löwe, Bideleux und Danilov gegensätzlich beantwortet werden, veranlaßten keinen Autor zu grundsätzlichen Ausführungen. Es ist sicher kein Zufall, daß Danilov hier – wie beiläufig – den etatistischen Standpunkt vertritt, ohne daß sich in den Texten Widerspruch niedergeschlagen hat, obwohl die meisten Beiträge aus westlicher Feder diesen Befund nicht gerade bestätigen. Ein dritter Komplex, den sich der Leser mühsam erschließen muß, nämlich das Problem staatlicher Regulierung der ländlichen Verhältnisse, wird von den Autoren – wieder mit Ausnahme Danilovs – eher skeptisch gesehen.

Dem Band fehlt ein zusammenfassendes Resümee, das Leistungen und Defizite des gegenwärtigen Forschungsstandes bilanziert. Um sich hierüber zu informieren, sei auf einen Aufsatz von Ben Eklof verwiesen.[4] Die hohe Spezialisierung der Autoren und ihre Einkapselung in Mikrostudien verdrängen die allgemeineren Fragen, die erst den Anstoß zu diesen Untersuchungen gegeben haben. Diese Publikation exemplifiziert die Gefahren von hoher Spezialisierung und Detailbesessenheit und die Hilflosigkeit, die neuen Einsichten für ein weiteres Verständnis der Vorgänge in Rußland nutzbar zu machen.

Dietrich Beyrau, Frankfurt/Main

Göran Djupsund/Lars Svasand (Hrsg.), Partiorganisationer. Studier i strukturer og processer i finske, norske og svenske partier, Åbo Akademis Förlag, Åbo 1990, 218 S., geb., 190 FM.

Bei dem vorliegenden Sammelband handelt es sich um den Versuch, den gegenwärtigen Forschungsstand über die skandinavischen Parteienorganisationen knapp zusammenzufassen. Dabei wurde der Akzent nicht so sehr auf die Einheitlichkeit der Darstellung gelegt; die unkoordinierten Forschungsprojekte sollten unabhängig voneinander präsentiert werden. Ein Rahmen wird nur durch einen einleitenden Artikel der Herausgeber gesetzt, der das Thema in eine Theorie der Erforschung von Parteiorganisationen einbettet, und durch die Tatsache, daß alle Beiträge von Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Parteiorganisationen stammen, die vom Nordischen Verband für Staatswissenschaft nach dem 6. Nordischen Staatswissenschaftlerkongreß in Åbo 1981 gebildet wurde. Der Band versammelt erste Forschungsergebnisse dieser Arbeitsgruppe.

Das Thema der Parteiorganisationen ist in Skandinavien wie überall in Europa ein Stiefkind der politischen Wissenschaften. Zweifellos vielversprechende komparatistische Studien sind das Ziel dieses Forschungszweiges. Sie sind aber erst dann möglich, wenn die Grundlagen des Themas bekannt sind. Einige dieser Grundlagen werden mit diesem Sammelband geschaffen. Ein einleitender Aufsatz beschreibt die genannte Vernachlässigung der Parteiorganisationen durch die Forschung – im Gegensatz zu Themen wie dem Wählerverhalten oder den Parteiensystemen. Weiter werden methodische Probleme diskutiert.

4 *Ben Eklof*, Ways of Seeing: Recent Anglo-American Studies on the Russian Peasant (1861–1914), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 36, 1988/1, S. 57–79.

kein allgemeiner Bezug zu diesem Leitthema hergestellt, wie dies vor allem die allgemeinen Überlegungen von Atkinson und Lewin hätten erwarten lassen. Die Frage nach den Wirkungen kommunaler Kooperationszwänge in ihren Folgen für die politische Kultur Rußlands resp. der Sowjetunion wird in den Beiträgen nicht aufgenommen. Immerhin zeigen die Beiträge von Pallot, Channon, Worobec und Figes, daß Elemente der »moral economy« ein strukturierendes Element bildeten. Die Frage nach ihrer Transformation freilich bleibt ausgeblendet. Auch die Chancen der Entwicklungs- und Modernisierungsfähigkeit des ländlichen Sektors, die implizit von Löwe, Bideleux und Danilov gegensätzlich beantwortet werden, veranlaßten keinen Autor zu grundsätzlichen Ausführungen. Es ist sicher kein Zufall, daß Danilov hier – wie beiläufig – den etatistischen Standpunkt vertritt, ohne daß sich in den Texten Widerspruch niedergeschlagen hat, obwohl die meisten Beiträge aus westlicher Feder diesen Befund nicht gerade bestätigen. Ein dritter Komplex, den sich der Leser mühsam erschließen muß, nämlich das Problem staatlicher Regulierung der ländlichen Verhältnisse, wird von den Autoren – wieder mit Ausnahme Danilovs – eher skeptisch gesehen.

Dem Band fehlt ein zusammenfassendes Resümee, das Leistungen und Defizite des gegenwärtigen Forschungsstandes bilanziert. Um sich hierüber zu informieren, sei auf einen Aufsatz von Ben Eklof verwiesen.[4] Die hohe Spezialisierung der Autoren und ihre Einkapselung in Mikrostudien verdrängen die allgemeineren Fragen, die erst den Anstoß zu diesen Untersuchungen gegeben haben. Diese Publikation exemplifiziert die Gefahren von hoher Spezialisierung und Detailbesessenheit und die Hilflosigkeit, die neuen Einsichten für ein weiteres Verständnis der Vorgänge in Rußland nutzbar zu machen.

Dietrich Beyrau, Frankfurt/Main

Göran Djupsund/Lars Svasand (Hrsg.), Partiorganisationer. Studier i strukturer og processer i finske, norske og svenske partier, Åbo Akademis Förlag, Åbo 1990, 218 S., geb., 190 FM.

Bei dem vorliegenden Sammelband handelt es sich um den Versuch, den gegenwärtigen Forschungsstand über die skandinavischen Parteienorganisationen knapp zusammenzufassen. Dabei wurde der Akzent nicht so sehr auf die Einheitlichkeit der Darstellung gelegt; die unkoordinierten Forschungsprojekte sollten unabhängig voneinander präsentiert werden. Ein Rahmen wird nur durch einen einleitenden Artikel der Herausgeber gesetzt, der das Thema in eine Theorie der Erforschung von Parteiorganisationen einbettet, und durch die Tatsache, daß alle Beiträge von Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Parteiorganisationen stammen, die vom Nordischen Verband für Staatswissenschaft nach dem 6. Nordischen Staatswissenschaftlerkongreß in Åbo 1981 gebildet wurde. Der Band versammelt erste Forschungsergebnisse dieser Arbeitsgruppe.

Das Thema der Parteiorganisationen ist in Skandinavien wie überall in Europa ein Stiefkind der politischen Wissenschaften. Zweifellos vielversprechende komparatistische Studien sind das Ziel dieses Forschungszweiges. Sie sind aber erst dann möglich, wenn die Grundlagen des Themas bekannt sind. Einige dieser Grundlagen werden mit diesem Sammelband geschaffen. Ein einleitender Aufsatz beschreibt die genannte Vernachlässigung der Parteiorganisationen durch die Forschung – im Gegensatz zu Themen wie dem Wählerverhalten oder den Parteiensystemen. Weiter werden methodische Probleme diskutiert.

4 *Ben Eklof*, Ways of Seeing: Recent Anglo-American Studies on the Russian Peasant (1861–1914), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 36, 1988/1, S. 57–79.

Als Ergebnis dieser Überlegungen kann festgehalten werden, daß vor allem nach den Aspekten von Parteiorganisationen zu fragen ist. Sie erweisen sich als wichtig für die Aufgaben, die Parteien in den verschiedenen politischen Systemen zu erfüllen haben.

Drei Artikel befassen sich mit der Organisationsstruktur von Parteien in Finnland, Schweden und Norwegen. Sie gehen auf die nationalen Parteiensysteme, die Position der Parteien innerhalb der Verfassung des jeweiligen Landes und ihre Organisationsstruktur als solche ein. Gemeinsam ist allen drei Ländern das Phänomen der Massenparteien unter Führung zunächst der Sozialdemokratie, seit den 1960er Jahren auch anderer Parteien.

Die Sozialdemokratie, deren Vorreiterrolle in den skandinavischen Ländern immer wieder hervorzuheben ist, ist denn auch Gegenstand eines eigenen Abschnitts. Dabei wird von Ramstedt-Silén für die finnischen Sozialdemokraten die hohe Konsensfähigkeit der Parteimitglieder betont. Die mehr soziologische Studie Heidars über die norwegische Arbeiterpartei kommt außerdem zu dem überraschenden Ergebnis, daß es sich bei den Mitgliedern vorwiegend um Beschäftigte im öffentlichen Dienst handelt, wenn auch vielfach mit proletarischem Hintergrund. Die schwedische Arbeiterpartei, beschrieben von Pierre anhand einer Fallstudie über den Parteitag von 1972, ist dagegen von wachsenden inneren Spannungen geprägt.

Einen anderen Forschungsschwerpunkt bilden die Parteiausschüsse. In Finnland erweist sich die Sozialdemokratie seit den 1960er Jahren als Speerspitze des Ausschußwesens. Später zogen andere Parteien nach. Die Bedeutung der Parteiausschüsse zeigt sich mehr und mehr in ihrer Funktion als Verbindungsstück zwischen den Regierungsmitgliedern und den einfachen Parteimitgliedern (Djupsund). In Norwegen (Johansen und Svåsand) verlief die Entwicklung ähnlich.

Der letzte Abschnitt dieses Buches beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Mitgliederzahl und dem Wahlverhalten der Bevölkerung. Für Finnland konstatiert Sundberg eine wachsende Mitgliederzahl bei der Sozialdemokratie und den Bauernparteien. Bei den konservativen Parteien schwanken die Mitgliederzahlen. Bei den Kommunisten und der Partei der schwedischen Minderheit geht die Mitgliederzahl stetig zurück. In Norwegen dagegen ist ein enormer Zuwachs bei den Konservativen zu verzeichnen. Sozialdemokraten, Bauernparteien und Liberale leiden seit 1973 unter einem starken Mitgliederschwund. Das Wahlverhalten korrespondiert mit diesen Entwicklungen jedoch keineswegs. Regional gesehen ist eine angenommene Entsprechung sogar irreführend (Selle/Svåsand). In Schweden nimmt die Anhängerschaft für die Sozialdemokratie weiter zu. Andere Parteien haben mit Stagnation oder dem Niedergang ihrer Anhängerschaft zu kämpfen. Außerdem ist auch ein schichtenspezifisches Wahlverhalten nicht korrelativ. Arbeiter wählen nicht unbedingt die Sozialdemokratie, das Bürgertum nicht unbedingt die Konservativen (Berglund/Wörlund).

Insgesamt handelt es sich bei den vorliegenden Beiträgen um Ansätze einer politischen Sozialforschung in Skandinavien. Einige Puzzelstücke aus dem großen Forschungsmosaik wurden in diesem Band zusammengetragen. Sie decken weder das gesamte denkbare Forschungsspektrum ab, noch bieten sie tiefgehende Analysen. Auf dem langen Weg zu einer soziologischen Parteienanalyse bedeuten diese Beiträge jedoch eine Pionierleistung. Gewollt oder ungewollt knüpfen sie an das Anliegen der Politologen von Nanterre an, die mit ihrem Konzept der »nouvelle histoire politique« unter Federführung von René Rémond ganz ähnliche Ziele verfolgen. Die Lektüre bietet dem, der die skandinavischen Sprachen beherrscht, viele methodische Anregungen und Vergleichsmomente auch für die internationale Forschung auf diesem Gebiet. *Ralph Tuchtenhagen, Freiburg*

Manfred Hermanns, Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialhistorischer und soziologischer Vergleich, Leske + Budrich Verlag, Opladen 1990, 167 S., kart., 24,80 DM.

Arbeitslosigkeit im allgemeinen und Jugendarbeitslosigkeit im besonderen sind Erscheinungen der Industriegesellschaft, an deren Erheblichkeit und Wirkungsmacht für den Einzelnen wie für die Gesamtgesellschaft kaum Zweifel bestehen. Um so erstaunlicher mutet es an, daß diese Erscheinung als solche in all ihren Auswirkungen bisher kaum das Interesse der Historiker geweckt hat. Wer sich über Arbeitslosigkeit und ihre Folgen in der jüngeren deutschen Vergangenheit informieren will, bleibt immer noch weitgehend auf zeitgenössische Arbeiten aus den Sozialwissenschaften angewiesen. Der an der Fachhochschule Hamburg tätige Soziologe Manfred Hermanns macht in dem hier vorzustellenden Buch den Versuch, derlei Forschungen zur Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik in einer, wie es im Untertitel heißt, sozialhistorisch und soziologisch vergleichenden Weise aufzubereiten. Mit wenig Sinn für Bescheidenheit bemüht sich Hermanns dabei »um eine Zusammenschau und Gesamtwürdigung aller bisherigen Primärergebnisse« (S. 9). Was ihm als »Primärergebnis« tatsächlich nennenswert erscheint – empirische Erhebungen aus den Sozialwissenschaften, »Historische Quellen« –, wird auf thematische Kapitel verteilt: Über berufliche und schulische Wirkungen der Jugendarbeitslosigkeit, über Veränderungen im Zeitbudget, den sozialen Kontakten und Familienbeziehungen führt die Darstellung hin zu wirtschaftlicher Not und Kriminalitätsgefährdung, schließlich zu den politischen Wirkungen der (Jugend-)Arbeitslosigkeit.

Das für die Weimarer Republik aufbereitete Material ist nicht umfänglich und in der Auswahl zudem wenig verständlich. Die breite jugendfürsorgerische Literatur der Weimarer Republik wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Ihr hätte Hermanns genauere Zahlen als die von ihm genannten zum Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit entnehmen können. Die 1931 entstandene und in der »Freien Wohlfahrtspflege« veröffentlichte Studie von Maria Tippelmann »Über die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf Jugendliche« ist nicht annähernd so berühmt wie die Marienthal-Studie von Jahoda und Lazarsfeld. Gleichwohl bietet sie ein präziseres Bild der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen, das Hermanns leider nur knapp wiedergibt. Rasch drängt sich dem Leser überdies der Eindruck auf, als ob Ergebnisse zwar referiert und unter durchaus sinnvollen Kategorien sortiert, nicht eigentlich aber verglichen werden. Der Eindruck eines bloßen Nebeneinanderstellens ist größer. Vergleich wird man es jedenfalls kaum nennen können, wenn Hermanns unter Berufung auf die Forschungsergebnisse der Gruppe um Jürgen W. Falter den Einfluß der Erwerbslosigkeit auf die Wahlerfolge der NSDAP mit Recht relativiert (S. 109 ff.), an anderer Stelle die Affinität jugendlicher Arbeitsloser der 1980er Jahre zur grün-alternativen Bewegung beschreibt (S. 124), um schließlich den inhaltlich kruden Satz zu formulieren: »Die grün-alternative Bewegung ist bisher am ehesten der nationalsozialistischen Bewegung vor 1928 vergleichbar.« (S. 129)

Ein melodramatischer Appell an die »Verantwortung tragenden Kräfte«, Ausmaß und Folgen der Jugendarbeitslosigkeit zu verringern – »Die Uhr der Geschichte tickt« (S. 130)–, beschließt das Buch. Wer sich über wichtige Studien zur Jugendarbeitslosigkeit seit 1945 informieren will, findet bei Hermanns einen knappen Überblick. Wer allerdings nach Informationen über arbeitslose Jugendliche in der Weimarer Republik sucht, einen »sozialhistorischen und soziologischen Vergleich« erwartet und auf die vom Autor zu Beginn angekündigte »Durchdringung der Gesamtproblematik« (S. 9) hofft, wird das Buch nur mit Enttäuschung aus der Hand legen können.

Marcus Gräser, Bad Vilbel

Karen Hagemann, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 880 S., brosch., 98 DM.

Karen Hagemanns Untersuchung über Arbeiterfrauen im SPD-Milieu Hamburg während der Weimarer Republik durchbricht die klassischen Paradigmen der älteren Sozialgeschichte und ihren konventionellen methodischen Dreischritt, der von der »Lage« der Arbeiterschaft über ein Prozeß der Reflexion und des Widerspruchs zur gewerkschaftlichen und politischen Oranisation und damit zur konstanten und unumkehrbaren polititschen Partizipation führt.

Die Autorin entfaltet in eindrucksvoller Materialfülle maßgebliche Aspekte des weiblichen Lebenszusammenhangs von Arbeiterfrauen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts: Hausarbeit, Lebenshaltung und Wohnen; Familienarbeit und Arbeiterfamilie; Arbeiterfrauen im Erwerbsleben; sozialdemokratische Frauenbewegung. Karen Hagemann spiegelt diese immer auch an den neuen Leitbildern, Normen und an subjektiv veränderten Erwartungen an das Alltagsleben nach 1918. Dabei zeigt sich, daß »Rationalisierung« nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland einen der hegemonialen Begriffe darstellte, der als Anspruch auf Optimierung auf alle menschlichen Lebensbereiche übertragen wurde. Analog und simultan zur technischen und betriebskalkulatorischen Rationalisierung wurde auch der Reproduktionsbereich davon erfaßt in Form der Rationalisierung der Hausarbeit, der rationellen Haushaltsführung und der »rationellen Methoden« der Familienplanung. Da die Autorin auch biographisches Material und über 50 lebensgeschichtliche Interviews mit sozialdemokratischen politischen und gewerkschaftlichen Funktionärinnen heranzieht, kann sie hierbei generationsspezifische Unterschiede in den Ansprüchen und in der sozialen Praxis verdeutlichen.

Die Arbeit, in der strukturelle Bedingungen der weiblichen proletarischen Existenz, unterschiedliche Lebenswelten und daraus resultierende Erfahrungen von Hamburger Arbeiterfrauen entfaltet werden, vermittelt auch, wie vielfältig die äußeren Hindernisse und Befremdlichkeiten und die Ferne zwischen weiblichem Lebenszusammenhang und männlich dominierter Gewerkschafts- und Parteipolitik für ein Engagement von Arbeiterfrauen sein konnten. Das Engagement von Mädchen und Frauen im sozialdemokratischen Genossenschaftswesen, in Hausfrauenvereinigungen, in der Frauenbewegung, in Jugendorganisationen, in den Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Partei und auf der kommunalen, Landes- oder Reichsebene ist deshalb zu messen an den politischen, gesellschaftlichen und geschlechtsspezifischen Widerständen, die ihm entgegengebracht wurden, aber auch an den (Selbst-)Beschränkungen von Frauen der älteren Generation. Gerade der Zugewinn an politischem Selbstbewußtsein und an politischer Professionalität bei sozialdemokratischen Funktionärinnen aus der Generation der Kriegsjugend, die sich im Gegensatz zu den Älteren nicht mehr so leicht in die klassischen Bereiche weiblicher parteigebundener Sozialarbeit drängen ließen und darüber um 1930 auch politische Generationenkonflikte provozierten, läßt ahnen, daß auch in diesem Bereich der politischen Kultur der Weimarer Republik mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten eine Entwicklung gestoppt und die Frauenbewegung weit zurückgeworfen wurde. *Karin Hartewig, Essen*

Adelheid von Saldern (Hrsg.), Stadt und Moderne, Hannover in der Weimarer Republik, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1989, 364 S., geb., 32 DM.

Cornelia Rauh-Kühne, Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1991, 453 S., Ln., 68 DM.

Es sind nicht die fehlenden makrohistorischen Fragestellungen, die die Zahl der stadtgeschichtlich orientierten historischen Forschungsarbeiten anwachsen läßt. Vielmehr ist es ein im Kontext der Diskussion um »Alltagsgeschichte« sich in den letzten Jahren ausbreitender Perspektivenwechsel, der die Historiker auf das regional- und lokalgeschichtliche Arbeitsfeld führt. Stadtgeschichte, nicht zu verwechseln mit idyllisierender Heimatgeschichte und auch nicht reduziert auf jenen an der Schnittstelle zwischen Geographie und Geschichtswissenschaft liegenden Teilbereich, der unter der Bezeichnung Urbanisierungsgeschichte firmiert, hat den Vorteil, daß sich bestimmte politisch-soziale Prozesse sinnvoller auf dieser mikrohistorischen Ebene rekonstruieren lassen. Der gleiche Anspruch steht hinter den beiden hier zu besprechenden Arbeiten.

Der von Adelheid von Saldern herausgegebene Band ist hervorgegangen aus einem Projekt, das am Historischen Seminar der Universität Hannover unter dem Titel »Hannover in den 1920er Jahren« durchgeführt wurde. Eingerahmt von zwei grundlegenden Artikeln der Herausgeberin zur Bedeutung der »Stadtgeschichtsschreibung neuerer Art«, werden hier Elemente der Stadtgeschichte Hannovers aus der Weimarer Zeit vorgelegt. Für den Nicht-Hannoveraner fehlt allerdings ein kurzer Überblick zur Charakterisierung dieser Stadt (ökonomisch, politisch, sozial), der Vergleiche erleichtern würde. Von Saldern macht deutlich, daß Stadtgeschichte sich als jeweils raum- und zeitspezifische »Komplexion« und Verzahnung zwischen lokalgeschichtlichen Entwicklungen und den »großen Geschehnissen« in Politik, Wirtschaft und Kultur und damit »lokale Konkretisierung allgemeiner Tendenzen« darstellt. (S. 8) Stadtgeschichtsforschung stellt somit »einen qualitativen Fortschritt in der Forschung« dar, indem sich »die generalisierenden Thesen ausreichend absichern, die Reichweiten der Variationen ausloten, Ausnahmen und Regelfälle gegenüberstellen« (S. 9) lassen.

Der in Anknüpfung an Peukerts »Krisenjahre der klassischen Moderne« formulierte Anspruch, die lokale Konkretisierung der Spannungsfelder der kulturellen Moderne und gesellschaftlichen Modernisierung zu analysieren, wird nicht von allen Aufsätzen, die z. T. wie gekürzte Magisterarbeiten erscheinen, gleichermaßen eingelöst. Oft entsteht der Eindruck bloßer lokalgeschichtlicher Illustration allgemeiner Entwicklungstendenzen, so z. B. beim Aufsatz Göran Hachmeisters und Werner Kolbes zum Hochinflationsjahr 1923 wie auch bei Silke Lesemanns und Reiner Spittkas Annotationen zur Rationalisierung in der Angestelltenarbeit. Die von Volker Seitz vorgenommene Untersuchung der stark anwachsenden Alltagskriminalität als »Überlebensnotwehr« dagegen erlaubt interessante Einblicke in die Veränderung des »Normenkonsens« der Gesellschaft in der Nachkriegs- und Inflationszeit. Besonderes Interesse in zukünftiger Stadtgeschichtsforschung verdienen die für die Fortentwicklung des modernen Interventionsstaates eine Vorreiterrolle spielenden sozialpolitischen Maßnahmen, die oft gerade in kommunalpolitischen Initiativen ihren Ursprung hatten. Der Band über Hannover bietet hier gute Ansätze – auch wenn offensichtlich diese Stadt nicht gerade ein Beispiel für Reformfreudigkeit war: Regine Schramm analysiert die von der bürgerlichen Führungsschicht Hannovers im Unterschied zu der Entwicklung anderer Kommunen unterlassene gesundheitspolitische Reform und die »hygienische Aufklärungs- und Volksbelehrungsarbeit«, deren Funktion als disziplinierende Integrations- und Sozialisationsinstanz für die Unterschichten ebenso wie als Ablenkungsinstrument von sozialen und ökonomischen Krankheitsursachen beispielhaft herausgearbeitet wird. Die Tendenz zu fortgesetzter Disziplinierung in Form individueller Sittlich-

keitserziehung gegenüber einer demokratischen Veränderung der Jugendhilfepraxis wird auch in der kommunalen Jugendpflege (Frank Zadach-Buchmeier) deutlich. Auch in der Wohlfahrtspflege (Angela Dinghaus, Bettina Korff) überwogen in Hannover offensichtlich die Kontinuitätslinien zur repressiven Armenpflege und zu den Disziplinierungstechniken des 19. Jahrhunderts.

Die Aufsätze zur politischen Kultur und Freizeit im Hannover der Zwischenkriegszeit behandeln sehr ausschnitthaft Aspekte der Sozialgeschichte. Die Darstellung der antidemokratischen und antisemitischen Politik der Hannoveraner Studentenschaft (Otfried Brügge, Joachim Vallon) bleibt weitgehend eine ereignisgeschichtliche Veranschaulichung der reichsweiten Entwicklung. Dagegen werden in sensibler Interpretation von Quellen und Zeitzeugeninterviews das sozialdemokratisch dominierte Arbeiterbewegungsmilieu am Beispiel des organisierten Arbeitersports (Hartmut Lohmann) in seiner Klassenspezifik dargestellt und die Versuche der Entwicklung alternativer Verhaltensformen gegenüber der hegemonialen Kultur analysiert, wobei sehr wohl auch Hannoveraner Sonderbedingungen und -entwicklungen sichtbar werden. Interessant ist auch Sabine Guckels Untersuchung zur lokalen Entwicklung des Kinos als Form der Massenfreizeitgestaltung und Ort von Auseinandersetzungen zwischen Konsuminteressen, Interessen von Kinobesitzern und moralisch oder pädagogisch begründeten kulturkonservativen Eingriffen in den »Handlungsspielraum« Kino.

In ihrem abschließenden Beitrag entwickelt von Saldern vor dem Hintergrund des sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes ein Programm des »Zweiges der Geschichtswissenschaft« »Stadt in der Zeitgeschichte« und entfaltet die ganze Palette möglicher Fragestellungen für empirische Stadtgeschichtsforschung, die auch die Theoriebildung in der modernen Sozialgeschichte zu bereichern in der Lage ist. Wohl schließt sich hier der in der Einleitung gespannte Bogen durch nochmalige Betonung der Bedeutung und Existenzberechtigung einer eigenständigen Stadtgeschichtsforschung, ein selbständiges Kapitel wäre hier jedoch angemessener gewesen.

Stellt sich die Aufsatzsammlung zur Stadtgeschichte Hannovers – ein wohl kaum zu lösendes Problem anthologisch angelegter Arbeiten überhaupt – als in sich weniger geschlossen dar, so macht die aus einer Tübinger Dissertation hervorgegangene Veröffentlichung von Cornelia Rauh-Kühne einen abgerundeten Eindruck. Die Arbeit ist ein Beispiel für die Notwendigkeit kleinräumiger Analysen, wie sie – obschon lokalgeschichtlich angelegt, von überregionaler Bedeutung – historische Erkenntnis voranbringen können.

Anders als der Buchtitel vorgibt, befaßt sich die Autorin nicht nur mit dem katholischen Milieu, sondern auch mit dem bürgerlichen und dem Arbeiter-Milieu, deren Gegensätze und deren Interaktion Gesellschaft und Politik der badischen Kleinstadt Ettlingen prägten. Ebenso setzt die Untersuchung nicht erst mit Beginn der Zwischenkriegsphase ein, sondern schildert zunächst den Wandel der Kleinstadtgesellschaft im Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß.

Mit Hilfe eines an Lepsius orientierten Milieubegrifs bemüht sich Rauh-Kühne, »milieuspezifische Einstellungen zur Politik und Gesellschaft des Weimarer Staates und zum aufkommenden [. . .] Nationalsozialismus herauszuarbeiten« und geht der zentralen Frage nach, warum sich die Ettlinger bis zu den Märzwahlen 1933 relativ »resistent« gegenüber dem Nationalsozialismus verhielten. In der Arbeit sollen, so die Intention Rauh-Kühnes, »sozialgeschichtliche, politikgeschichtliche und volkskundlich-kulturhistorische Fragestellungen kombiniert, Struktur- und Ereignisgeschichte verknüpft werden mit dem Ziel, für die Zeit zwischen den Kriegen eine ›Sozialgeschichte von unten‹ mit der Analyse der Politischen Kultur ›ganz unten‹ im Handlungsfeld einer Kleinstadt zu verbinden.« (S. 17) Diesen Anspruch auch historisch-erzählend einzulösen, ist gut gelungen; es ist sogar ein außerordentlich anregend zu lesendes Buch entstanden. Die Arbeit ist damit aber auch eine Bestätigung der These Martin Broszats (»Plädoyer für Alltagsgeschichte«, 1982), daß All-

tags- und Strukturgeschichte nicht zwangsläufig im Gegensatz zueinander stehen müssen.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im krisenhaft und defizitär verlaufenden Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß die drei Ettlinger Sozialmilieus aus einer Politisierung der Kleinstadtgesellschaft, dem durch den Kulturkampf inspirierten Gegensatz zwischen dem katholischen Milieu der Alteingesessenen und dem besonders von zugewanderten Protestanten getragenen (national-)liberalen Milieu und dem Aufkommen einer insbesondere von kleinen Handwerkern getragenen Sozialdemokratie.

Die Vorkriegskonstellation überdauerte Krieg und Revolution. Jedoch schwächte sich bei Fortbestehen des kulturell-milieuhaften Gegensatzes der politische Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie aufgrund von Gemeinsamkeiten gewerkschaftlicher und kommunalpolitischer Arbeit ab. Die einfühlsame Analyse lebensgeschichtlicher Erfahrungen von Not und sozialer Ungleichheit in der ökonomischen Krise verdeutlicht, daß der milieubedingten politischen Kultur im Hinblick auf das Wahlverhalten, d. h. das relativ schlechte Abschneiden der NSDAP bei den Wahlen bis 1933, und der Stabilität des katholischen und des linken Milieus insgesamt größere Bedeutung zukam als der sozialen Lage. Die Basis dieser Erkenntnis bildet die schlüssige Darstellung der Konstituierung gruppenspezifischer Wahrnehmungsweisen, Wertesysteme und Verhaltensformen: Sozial inhomogen, wurde das katholische Milieu ausschließlich durch die Religion zusammengehalten, die als universal leitend, also auch als Maßstab für politisches Handeln betrachtet wurde. Die Umsetzung dieses universalen Leitanspruchs erfolgte in Form der Integration der katholischen Bevölkerung in ein Alltag und Leben strukturierendes Geflecht von religiösen Riten, kirchlichen Festen und einer spezifischen Vereinskultur (»Fundament des Zentrumsturms«), die auch in den Zeiten der Weimarer Republik zur Nachwuchsrekrutierung in der Lage war.

Schlüssig ist auch die Analyse der gegenkulturellen Abgrenzung des sozialdemokratischen Lagers, das sich in der schichtenspezifischen Lebensweise vom katholischen Milieu nur wenig unterschied. Als Lapsus muß hingegen die Zurechnung der KPD zum sozialdemokratischen Milieu – von Rauh-Kühne selbst »nicht unproblematisch« genannt (S. 126) – bezeichnet werden. Zwar ist es sinnvoll, ein »Arbeiterlager« aus sozialdemokratischem und kommunistischem Milieu zu konstruieren, um dessen gegenüber dem katholischen Milieu geringere Resistenz gegen den Nationalsozialismus deutlich zu machen, doch verhalten sich SPD- und KPD-Wahlergebnisse nicht wie kommunizierende Röhren. Zu überprüfen ist vielmehr, woher die zusätzlichen KPD-Wähler in Krisenzeiten kamen – sicherlich nicht nur von der SPD, möglicherweise, wie andere Lokalstudien nachgewiesen haben, auch aus dem katholischen Milieu – und ob möglicherweise nicht auch SPD- und KPD-Wähler aus sozialer und politischer Verzweiflung andere als die Arbeiterparteien gewählt haben. Zur Beantwortung solcher Fragen bietet Rauh-Kühnes Arbeit durchaus Ansatzpunkte, die allerdings nicht systematisch aufgegriffen werden. Wünschenswert wäre im Zusammenhang mit der Frage nach der Struktur der NSDAP-Sympathisanten auch ein Eingehen auf die Thesen Jürgen Falters gewesen, der die Mittelstandstheorie zumindest partiell in Frage stellt und durchaus einen Zuzug aus der Arbeiterschaft zum Nationalsozialismus konstatiert.

Im Gegensatz zum katholischen und sozialdemokratischen Milieu waren die kulturellen Stabilisatoren des überwiegend protestantisch-mittelständisch fundierten bürgerlichen Milieus Ettlingens weniger ausgeprägt, so daß die Wählerschaft dieses Milieus immer weiter nach rechts abdriftete, um sich schließlich im Wählerreservoir der NSDAP wiederzufinden. Von Ängsten des Status- und Prestigeverlustes verfolgt, fielen die rechtsradikalen Annäherungsversuche hier auf fruchtbaren Boden. Die Studie bestätigt damit die Mittelstandsthese aus einem anderen Blickwinkel. Dabei wird allerdings auch deutlich, daß es sich bei der Ablehnung des Nationalsozialismus im katholischen Milieu keineswegs gleichzeitig um die Verteidigung demokratischer Strukturen, sondern um ein mehr oder minder

ausgeprägtes Gefolgschaftsverhalten gegenüber den führenden Katholiken der Stadt handelte.

Vor dem Hintergrund der elementaren Erfahrungen sozialer Ungleichheit und Not macht Rauh-Kühne verständlich, daß die Volksgemeinschaftspropaganda nach 1933 auch bei den Ettlingern reale Bedürfnisse der unteren Schichten ansprach. Den Nationalsozialisten gelang es allerdings nur, bei partieller Resistenz der Katholiken das katholische Milieu aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Die Zerstörung der milieugeprägten Alltagskultur wurde dagegen auch angesichts der Aktualisierung von Bedrohungserfahrungen kaum erreicht. Insgesamt belegt die Arbeit Rauh-Kühnes anhand der lokalen Konkretisierung im Sinne von Salderns, welche Wirkungsmächtigkeit und Bindekraft soziokulturelle Traditionen in Form von Milieus entwickelten und damit selbst sozioökonomische Entwicklungen in ihrer Wirksamkeit begrenzen konnten.

Die gemeinsame Betrachtung der Publikationen Rauh-Kühnes und von Salderns zeigt aber auch, daß es eine vordringliche Aufgabe des Teils der historischen Wissenschaft, der sich mit Stadtgeschichtsforschung beschäftigt, ist, theoriegeleitet vorzugehen und Theorien fortzuentwickeln. *Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus, Gelsenkirchen*

Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 387 S., kart., 86 DM.

Obwohl in der historischen Forschung die politische Bedeutung der Landwirtschaft für die Geschichte der Weimarer Republik hervorgehoben wird, gibt es immer noch einen Bedarf an Monographien, die uns detailliert gerade über die ökonomischen Entwicklungen auf dem Agrarsektor informieren. Denn seit den Standardwerken von Martin Schumacher über »Land und Politik« von 1978 und Dieter Gessner über die »Agrarverbände in der Weimarer Republik« ist die Forschung in diesem Bereich wenig vorangebracht worden. Vor allem fehlte bislang eine Untersuchung, welche die Zeit zwischen der Währungsstabilisierung von 1923/24, dem Endpunkt der Schumacherschen Studie, und dem Beginn der großen Agrarkrisis 1929/30, wo Gessners Arbeit einsetzt, eingehend unter die Lupe nimmt. Diese Lücke wird nun durch das Werk von Heinrich Becker, einer Göttinger Dissertation, geschlossen.

Beckers Studie ist aber mehr als eine nützliche Darstellung zur Agrarpolitik der Mittelphase der Weimarer Republik; sie kann darüber hinaus als eine vorbildliche Einführung in die Strukturen und Problemlagen der deutschen Landwirtschaft von 1918 bis 1933 gelten. Als Strukturanalyse kann sie daher ohne Erkenntnisverlust auf die Auswertung von Archivalien verzichten und sich ganz auf die Heranziehung gedruckter Quellen und der umfänglichen Literatur konzentrieren.

Beckers umfassende Darstellung setzt ein mit der Frage nach der Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für die Volkswirtschaft. Noch 1925 waren 30,5 % aller Erwerbstätigen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (S. 16). Zur Betriebsgrößenstruktur erfährt man, daß sich die extremen Betriebsgrößen auf räumlich sehr weit voneinander entfernte Gebiete konzentrierten (Großgrundbesitz in Teilen Ostdeutschlands, Kleinstbesitz im Südwesten) und daß daher Groß- und Kleinbauern nur selten in unmittelbaren Kontakt zueinander treten mußten (S. 60 f.). Damit war die Reibungsfläche für Spannungen zwischen diesen beiden Betriebsgruppen geringer als oft angenommen wird. Hinzu kam noch der Umstand, daß auch die Interessen von großbäuerlicher Getreide- und eher kleinbäuerlicher Veredelungswirtschaft in dem Maße harmonisiert werden konnten, wie es der Landwirtschaft insgesamt gelang, für jede der beiden Gruppen vom Staat Ver-

ausgeprägtes Gefolgschaftsverhalten gegenüber den führenden Katholiken der Stadt handelte.

Vor dem Hintergrund der elementaren Erfahrungen sozialer Ungleichheit und Not macht Rauh-Kühne verständlich, daß die Volksgemeinschaftspropaganda nach 1933 auch bei den Ettlingern reale Bedürfnisse der unteren Schichten ansprach. Den Nationalsozialisten gelang es allerdings nur, bei partieller Resistenz der Katholiken das katholische Milieu aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Die Zerstörung der milieugeprägten Alltagskultur wurde dagegen auch angesichts der Aktualisierung von Bedrohungserfahrungen kaum erreicht. Insgesamt belegt die Arbeit Rauh-Kühnes anhand der lokalen Konkretisierung im Sinne von Salderns, welche Wirkungsmächtigkeit und Bindekraft soziokulturelle Traditionen in Form von Milieus entwickelten und damit selbst sozioökonomische Entwicklungen in ihrer Wirksamkeit begrenzen konnten.

Die gemeinsame Betrachtung der Publikationen Rauh-Kühnes und von Salderns zeigt aber auch, daß es eine vordringliche Aufgabe des Teils der historischen Wissenschaft, der sich mit Stadtgeschichtsforschung beschäftigt, ist, theoriegeleitet vorzugehen und Theorien fortzuentwickeln. *Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus, Gelsenkirchen*

Heinrich Becker, Handlungsspielräume der Agrarpolitik in der Weimarer Republik zwischen 1923 und 1929, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 387 S., kart., 86 DM.

Obwohl in der historischen Forschung die politische Bedeutung der Landwirtschaft für die Geschichte der Weimarer Republik hervorgehoben wird, gibt es immer noch einen Bedarf an Monographien, die uns detailliert gerade über die ökonomischen Entwicklungen auf dem Agrarsektor informieren. Denn seit den Standardwerken von Martin Schumacher über »Land und Politik« von 1978 und Dieter Gessner über die »Agrarverbände in der Weimarer Republik« ist die Forschung in diesem Bereich wenig vorangebracht worden. Vor allem fehlte bislang eine Untersuchung, welche die Zeit zwischen der Währungsstabilisierung von 1923/24, dem Endpunkt der Schumacherschen Studie, und dem Beginn der großen Agrarkrisis 1929/30, wo Gessners Arbeit einsetzt, eingehend unter die Lupe nimmt. Diese Lücke wird nun durch das Werk von Heinrich Becker, einer Göttinger Dissertation, geschlossen.

Beckers Studie ist aber mehr als eine nützliche Darstellung zur Agrarpolitik der Mittelphase der Weimarer Republik; sie kann darüber hinaus als eine vorbildliche Einführung in die Strukturen und Problemlagen der deutschen Landwirtschaft von 1918 bis 1933 gelten. Als Strukturanalyse kann sie daher ohne Erkenntnisverlust auf die Auswertung von Archivalien verzichten und sich ganz auf die Heranziehung gedruckter Quellen und der umfänglichen Literatur konzentrieren.

Beckers umfassende Darstellung setzt ein mit der Frage nach der Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für die Volkswirtschaft. Noch 1925 waren 30,5 % aller Erwerbstätigen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (S. 16). Zur Betriebsgrößenstruktur erfährt man, daß sich die extremen Betriebsgrößen auf räumlich sehr weit voneinander entfernte Gebiete konzentrierten (Großgrundbesitz in Teilen Ostdeutschlands, Kleinstbesitz im Südwesten) und daß daher Groß- und Kleinbauern nur selten in unmittelbaren Kontakt zueinander treten mußten (S. 60 f.). Damit war die Reibungsfläche für Spannungen zwischen diesen beiden Betriebsgruppen geringer als oft angenommen wird. Hinzu kam noch der Umstand, daß auch die Interessen von großbäuerlicher Getreide- und eher kleinbäuerlicher Veredelungswirtschaft in dem Maße harmonisiert werden konnten, wie es der Landwirtschaft insgesamt gelang, für jede der beiden Gruppen vom Staat Ver-

günstigungen zu erlangen (S. 86). Zum relativ geschlossenen Auftreten der Landwirtschaft nach außen hin dürfte außerdem noch das Faktum wesentlich beigetragen haben, daß die Landwirtschaft in allen ihren Sparten mit überwiegend gleichen Problemen zu kämpfen hatte. Ihre beiden Hauptgravamina – die hohe Verschuldung und die niedrigen Erzeugerpreise – betrafen sowohl Veredelungs- wie Getreidewirtschaft.

Doch warum hat sich die durch die Inflation fast schuldenfrei gewordene Landwirtschaft binnen so kurzer Zeit eine so enorme neue Schuldenlast aufgeladen? Allein von 1923/24 bis 1928 türmte sich vor ihr eine Neuverschuldung von fast 8 Milliarden RM auf. Becker sieht einen wichtigen Grund für diese auf den ersten Blick unverständlich anmutende Entwicklung in einer bis 1925 währenden, ziemlich rigorosen Steuereintreibungspolitik des Fiskus. Denn dessen Interesse an einer Stabilisierung der Währung erforderte eine massive Steigerung der Steuereinnahmen, wobei insbesondere die Landwirtschaft herangezogen wurde, auf deren Finanzgebaren auch die Methode der Steuereintreíbung wenig Rücksicht nahm. »Die Liquidität des Staates wurde im Sektor Landwirtschaft auf Kosten der Liquidität der Betriebe, damit auf Kosten ihrer Verschuldung durchgesetzt.« (S. 233)

Zu den zentralen Themen der Agrarpolitik der Weimarer Zeit gehört die Frage, warum die Landwirtschaft auf die Herausforderung niedriger Weltmarktpreise keine andere Antwort wußte, als nach immer höheren Eingangszöllen für Importe zu verlangen. Auch hier fällt Beckers Erklärung wohltuend sachlich und ohne unterschwellige Tendenz zu entrüsteter Schuldzuweisung oder apologetischer Rechtfertigung aus. Becker verweist darauf, daß sich das Deutsche Reich nach der Erlangung seiner außenhandelspolitischen Souveränität für Agrarerzeugnisse am 10. Januar 1925 in einer mehr oder minder protektionistischen Umwelt wiederfand. Daß in dieser Lage die entscheidende zollpolitische Weichenstellung – von 1925 – im schutzzöllnerischen Sinne ausfiel (es wurden in etwa die alten Vorkriegsagrarzölle wieder eingeführt), verwundert um so weniger, wenn man in Rechnung stellt, daß die deutsche Industrie bis 1925 bereits einen relativ ausgedehnten Zollschutz genoß und allein das ausgeprägte Paritätsdenken der Landwirtschaft ein Zurückbleiben hinter dem Rivalen Industrie nicht zulassen wollte.

Becker hebt zu Recht hervor, daß ein ständiges Bemühen, nicht von der exportorientierten Industrie übervorteilt zu werden, für das Selbstverständnis der meisten Landwirte charakteristisch war. Das Medium dieses andauernden Kräftemessens war die Handelsvertragspolitik mit der Kernfrage, inwieweit das Reich zwecks Förderung seiner Industrieexporte in vornehmlich agrarisch geprägte Handelspartnerländer den heimischen Markt für von dort stammende Agrarausfuhren öffnen mußte. Seit Ende der 1920er Jahre nahmen die Anzeichen zu, daß sich in diesem Interessenkonflikt immer mehr die Position der Agrarlobby durchsetzen konnte. Die Nicht-Ratifizierung eines bereits unterzeichneten Handelsvertrages mit Polen markierte den politischen Einflußgewinn der Landwirtschaft. Es gelang ihr zunehmend, die Außenhandelspolitik zu einer reinen Binnenmarktpolitik umzuwandeln.

Dabei kam der Landwirtschaft zustatten, daß die Wirtschaftskrise ihre gesellschaftliche Wertschätzung im Gegensatz zu der der Industrie nicht negativ berührt hatte. Im Gegenteil, die allgemeine wirtschaftliche Not führte zu einer Aufwertung der ohne staatliche Zuschüsse gar nicht mehr lebensfähigen Landwirtschaft zum gesellschaftlichen Hoffnungsträger gegenüber einer als krank und degeneriert empfundenen Industrie (S. 309). Diese Feststellung Beckers ist ein weiterer Beleg dafür, wie stark im Deutschland der 1920er und 1930er Jahre ein antiindustrielles und antikapitalistisches Denken gesellschaftlich verwurzelt war.

Auf 300 Seiten liefert Becker eine saubere Strukturanalyse der Weimarer Landwirtschaft. Erwartungen, die die flüchtige Lektüre des Titels seines Buches »Handlungsspielräume der Agrarpolitik« wecken könnte, werden allerdings nur auf den letzten 50 Seiten eingelöst. Becker nimmt hier die Zollvorlagen von 1925 und 1929 zum Anlaß, zu fragen, ob

es eine, nach den Zeitumständen zu urteilen, realistische freihändlerische Politikalternative gegeben habe. Nachdem er in seinen Strukturkapiteln ja bereits den protektionistischen Zeitgeist und das agrarische Gleichberechtigungsdenken gegenüber einer sich auf Schutzzölle verlassenden Industrie geschildert hat, kann seine Antwort darauf nur negativ ausfallen (S. 343). Beckers Studie macht deutlich, daß der Übergang zu einem System des Zollschutzes für Agrarerzeugnisse ab 1925 wohl unvermeidlich war. Aber nur in bezug auf diese Grundsatzentscheidung gab es anscheinend keine Alternative. Die Frage nach den Ausmaßen des Agrarprotektionismus, die immer auch eine Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft war, blieb damit grundsätzlich offen. Es wird die Aufgabe von diesmal auch aus den Archivalien schöpfenden Untersuchungen sein, zu zeigen, welche Rahmenbedingungen gerade in der Endphase der Weimarer Republik zu einem deutlichen Überwiegen agrarischer Interessen geführt haben. *Wolfram Pyta, Köln*

Burkhard Theine, Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Bd. 28), Schöningh Verlag, Paderborn 1991, 430 S., Ln., 68 DM.

In der Geschichtswissenschaft herrscht Einigkeit darüber, daß die desolate Lage der deutschen Landwirtschaft zum Scheitern der Weimarer Republik nicht unmaßgeblich beitrug. Daher erstaunt der Befund, daß es nur sehr wenige aus den Quellen gearbeitete Studien gibt, die die ökonomischen und politischen Entwicklungen auf dem Agrarsektor am Beispiel ausgewählter Regionen untersuchen. Man ist leicht geneigt, die wenigen gesicherten Ergebnisse einzelner Regionalstudien – vor allem der bis heute maßgeblichen Werke von Heberle und Stoltenberg über Schleswig-Holstein – ungeprüft auf die übrigen Regionen des Deutschen Reiches zu übertragen. Daß aber dieser Schluß nicht ohne weiteres zulässig ist, dürfte angesichts der ausgeprägten regionalen Besonderheiten der deutschen Landwirtschaft einsichtig sein.

Erforderlich sind daher wissenschaftlich fundierte Regionaluntersuchungen über weitere agrarisch geprägte Gebiete, damit sich die Forschung ein genaueres Bild von der Lage der Landwirtschaft in der Weimarer Republik machen kann. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat Burkhard Theine mit seiner Münsteraner Dissertation über den westfälischen Agrarsektor geleistet. Basierend auf einer intensiven Auswertung der verfügbaren archivalischen Quellen, der agrarischen Periodika und des reichhaltigen zeitgenössischen Schrifttums gelingt es ihm, die wirtschaftliche Verfassung der westfälischen Landwirtschaft detailliert nachzuzeichnen.

Seine Ergebnisse lassen sich jedoch schwerlich auf die meisten anderen Agrarregionen Deutschlands übertragen, da es sich in Westfalen eher um einen Sonderfall handelte. Denn die geographische Nähe zum Industriezentrum an der Ruhr mit seiner nach Millionen zählenden Verbraucherschar verschaffte der westfälischen Landwirtschaft einen Absatzmarkt, der praktisch vor ihrer Haustür lag, wohingegen andernorts der Weg zu den städtischen Konsumenten wesentlich weiter und beschwerlicher war. Besonders von der ostdeutschen Agrarverfassung unterschied sich Westfalen zudem noch durch das Vorherrschen einer bäuerlichen Betriebsgrößenstruktur und seine Ausrichtung auf Veredelungswirtschaft. Großgrundbesitz und damit eine zahlenmäßig starke Landarbeiterschaft existierten in Westfalen praktisch nicht.

Insgesamt – das ist die überzeugende Hauptthese Theines – hat sich die westfälische Landwirtschaft in der Agrarkrise besser behauptet als allgemein angenommen wird. Schon

es eine, nach den Zeitumständen zu urteilen, realistische freihändlerische Politikalternative gegeben habe. Nachdem er in seinen Strukturkapiteln ja bereits den protektionistischen Zeitgeist und das agrarische Gleichberechtigungsdenken gegenüber einer sich auf Schutzzölle verlassenden Industrie geschildert hat, kann seine Antwort darauf nur negativ ausfallen (S. 343). Beckers Studie macht deutlich, daß der Übergang zu einem System des Zollschutzes für Agrarerzeugnisse ab 1925 wohl unvermeidlich war. Aber nur in bezug auf diese Grundsatzentscheidung gab es anscheinend keine Alternative. Die Frage nach den Ausmaßen des Agrarprotektionismus, die immer auch eine Frage nach dem Kräfteverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft war, blieb damit grundsätzlich offen. Es wird die Aufgabe von diesmal auch aus den Archivalien schöpfenden Untersuchungen sein, zu zeigen, welche Rahmenbedingungen gerade in der Endphase der Weimarer Republik zu einem deutlichen Überwiegen agrarischer Interessen geführt haben. *Wolfram Pyta, Köln*

Burkhard Theine, Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Bd. 28), Schöningh Verlag, Paderborn 1991, 430 S., Ln., 68 DM.

In der Geschichtswissenschaft herrscht Einigkeit darüber, daß die desolate Lage der deutschen Landwirtschaft zum Scheitern der Weimarer Republik nicht unmaßgeblich beitrug. Daher erstaunt der Befund, daß es nur sehr wenige aus den Quellen gearbeitete Studien gibt, die die ökonomischen und politischen Entwicklungen auf dem Agrarsektor am Beispiel ausgewählter Regionen untersuchen. Man ist leicht geneigt, die wenigen gesicherten Ergebnisse einzelner Regionalstudien – vor allem der bis heute maßgeblichen Werke von Heberle und Stoltenberg über Schleswig-Holstein – ungeprüft auf die übrigen Regionen des Deutschen Reiches zu übertragen. Daß aber dieser Schluß nicht ohne weiteres zulässig ist, dürfte angesichts der ausgeprägten regionalen Besonderheiten der deutschen Landwirtschaft einsichtig sein.

Erforderlich sind daher wissenschaftlich fundierte Regionaluntersuchungen über weitere agrarisch geprägte Gebiete, damit sich die Forschung ein genaueres Bild von der Lage der Landwirtschaft in der Weimarer Republik machen kann. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat Burkhard Theine mit seiner Münsteraner Dissertation über den westfälischen Agrarsektor geleistet. Basierend auf einer intensiven Auswertung der verfügbaren archivalischen Quellen, der agrarischen Periodika und des reichhaltigen zeitgenössischen Schrifttums gelingt es ihm, die wirtschaftliche Verfassung der westfälischen Landwirtschaft detailliert nachzuzeichnen.

Seine Ergebnisse lassen sich jedoch schwerlich auf die meisten anderen Agrarregionen Deutschlands übertragen, da es sich in Westfalen eher um einen Sonderfall handelte. Denn die geographische Nähe zum Industriezentrum an der Ruhr mit seiner nach Millionen zählenden Verbraucherschar verschaffte der westfälischen Landwirtschaft einen Absatzmarkt, der praktisch vor ihrer Haustür lag, wohingegen andernorts der Weg zu den städtischen Konsumenten wesentlich weiter und beschwerlicher war. Besonders von der ostdeutschen Agrarverfassung unterschied sich Westfalen zudem noch durch das Vorherrschen einer bäuerlichen Betriebsgrößenstruktur und seine Ausrichtung auf Veredelungswirtschaft. Großgrundbesitz und damit eine zahlenmäßig starke Landarbeiterschaft existierten in Westfalen praktisch nicht.

Insgesamt – das ist die überzeugende Hauptthese Theines – hat sich die westfälische Landwirtschaft in der Agrarkrise besser behauptet als allgemein angenommen wird. Schon

die schwierige Umstellungsphase von der Hyperinflation zur Währungsstabilisierung konnte sie überwiegend gut bewältigen, da der größte Teil ihrer Ernte zu Beginn der Einführung der Rentenmark noch nicht gegen wertloses Papiergeld verkauft worden war und – ebenso wie saisonunabhängige Veredelungsprodukte (Milch) – wertbeständig abgesetzt werden konnte. Da in die Kassen der meisten westfälischen Landwirte im Herbst 1923 stabiles Geld floß, wurden sie nicht zu einer sofortigen Neuverschuldung infolge fehlender Betriebsmittel gezwungen. Nicht zuletzt wegen dieser günstigen Ausgangslage hielt sich die Verschuldung der westfälischen Landwirte auch auf dem Höhepunkt der Agrarkrise in deutlichen Grenzen. Wo nennenswerte Verschuldung auftrat, war sie überwiegend durch die durch Aufwertung, Neuinvestitionen und Anerbenrecht entstandenen zusätzlichen Kosten verursacht, die die Substanz nur weniger Betriebe angriffen. 1931 mußten in Westfalen nur 38 Betriebe zwangsversteigert werden, während es in Ostpreußen in diesem Jahr 577 waren.

Die staatliche Hochschutzzollpolitik wirkte sich in Westfalen für Getreideerzeugnisse durchaus preisstabilisierend aus, wohingegen die Preise tierischer Veredelungsprodukte wegen des inländischen Nachfragerückganges verfielen. Diese Entwicklung führte aber nicht zum Ruin der westfälischen Landwirte, da diese sich mit Erfolg um eine merkliche Senkung ihrer Betriebskosten bemühten. Sie forcierten den Direktabsatz ihrer Erzeugnisse in das nahegelegene Ruhrgebiet unter Ausschaltung des Zwischenhandels und setzten auf zunehmende Motorisierung und Mechanisierung. Da das Gros der Bauern in Westfalen auf diese Weise ihren Lebensstandard weitgehend halten konnte, neigten sie auch viel weniger als ihre Berufskollegen aus anderen, von der Agrarkrise wesentlich stärker betroffenen Regionen zu politischer Radikalisierung. Sicherlich hat dazu auch das Faktum nicht unwesentlich beigetragen, daß die Mehrzahl der westfälischen Landwirte in dem der Zentrumspartei nahestehenden „Westfälischen Bauernverein" organisiert war, der sich deutlich von der zum Teil maßlosen Agitation der Regionalvereinigungen des Reichslandbundes abhob. Die überzeugend argumentierende Studie Theines verlangt nach Nachahmern, die mit der gleichen Genauigkeit Untersuchungen zu weiteren Agrarregionen des in landwirtschaftlicher Hinsicht so verschiedenartigen Deutschen Reiches vorlegen. Dabei sind solche Regionen von besonderem Interesse, die sich durch eine vornehmlich evangelische Landbevölkerung und große räumliche Distanz zu den städtischen Verbrauchern auszeichnen, weil in diesen Gebieten die überwiegende Mehrheit des deutschen Landvolks beheimatet war.

Wolfram Pyta, Köln

Otmar Jung, Volksgesetzgebung. Die »Weimarer Erfahrungen« aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2 Bde., Verlag Dr. Kovac, Hamburg 1990, 640 + 571 S., brosch., zus. 198 DM.

Jungs Arbeit setzt sich zum Ziel, ausgehend von den Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten in der Weimarer Republik, die Möglichkeiten und Grenzen einer Volksgesetzgebung in Deutschland aufzuzeigen. Da Jung die Auffassung vertritt, dem Grundgesetz sei die Möglichkeit einer Volkgesetzgebung als »demokratische Alternative zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren unter außergewöhnlichen Umständen« (S. 17) aufgrund der vermeintlich negativen »Weimarer Erfahrungen« »illegitim vorenthalten« (S. 15) worden, konzentriert sich die Untersuchung in ihrem ersten Teil auf die Darstellung der parlamentarischen Lösungsversuche des Sachproblems der Vermögensauseinandersetzungen – allerdings in einem weiten Sinn, der auch die historischen, ökonomischen und juristischen Aspekte mit umschließt –, um überhaupt ein Kon-

die schwierige Umstellungsphase von der Hyperinflation zur Währungsstabilisierung konnte sie überwiegend gut bewältigen, da der größte Teil ihrer Ernte zu Beginn der Einführung der Rentenmark noch nicht gegen wertloses Papiergeld verkauft worden war und – ebenso wie saisonunabhängige Veredelungsprodukte (Milch) – wertbeständig abgesetzt werden konnte. Da in die Kassen der meisten westfälischen Landwirte im Herbst 1923 stabiles Geld floß, wurden sie nicht zu einer sofortigen Neuverschuldung infolge fehlender Betriebsmittel gezwungen. Nicht zuletzt wegen dieser günstigen Ausgangslage hielt sich die Verschuldung der westfälischen Landwirte auch auf dem Höhepunkt der Agrarkrise in deutlichen Grenzen. Wo nennenswerte Verschuldung auftrat, war sie überwiegend durch die durch Aufwertung, Neuinvestitionen und Anerbenrecht entstandenen zusätzlichen Kosten verursacht, die die Substanz nur weniger Betriebe angriffen. 1931 mußten in Westfalen nur 38 Betriebe zwangsversteigert werden, während es in Ostpreußen in diesem Jahr 577 waren.

Die staatliche Hochschutzzollpolitik wirkte sich in Westfalen für Getreideerzeugnisse durchaus preisstabilisierend aus, wohingegen die Preise tierischer Veredelungsprodukte wegen des inländischen Nachfragerückganges verfielen. Diese Entwicklung führte aber nicht zum Ruin der westfälischen Landwirte, da diese sich mit Erfolg um eine merkliche Senkung ihrer Betriebskosten bemühten. Sie forcierten den Direktabsatz ihrer Erzeugnisse in das nahegelegene Ruhrgebiet unter Ausschaltung des Zwischenhandels und setzten auf zunehmende Motorisierung und Mechanisierung. Da das Gros der Bauern in Westfalen auf diese Weise ihren Lebensstandard weitgehend halten konnte, neigten sie auch viel weniger als ihre Berufskollegen aus anderen, von der Agrarkrise wesentlich stärker betroffenen Regionen zu politischer Radikalisierung. Sicherlich hat dazu auch das Faktum nicht unwesentlich beigetragen, daß die Mehrzahl der westfälischen Landwirte in dem der Zentrumspartei nahestehenden „Westfälischen Bauernverein" organisiert war, der sich deutlich von der zum Teil maßlosen Agitation der Regionalvereinigungen des Reichslandbundes abhob. Die überzeugend argumentierende Studie Theines verlangt nach Nachahmern, die mit der gleichen Genauigkeit Untersuchungen zu weiteren Agrarregionen des in landwirtschaftlicher Hinsicht so verschiedenartigen Deutschen Reiches vorlegen. Dabei sind solche Regionen von besonderem Interesse, die sich durch eine vornehmlich evangelische Landbevölkerung und große räumliche Distanz zu den städtischen Verbrauchern auszeichnen, weil in diesen Gebieten die überwiegende Mehrheit des deutschen Landvolks beheimatet war.

Wolfram Pyta, Köln

Otmar Jung, Volksgesetzgebung. Die »Weimarer Erfahrungen« aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2 Bde., Verlag Dr. Kovac, Hamburg 1990, 640 + 571 S., brosch., zus. 198 DM.

Jungs Arbeit setzt sich zum Ziel, ausgehend von den Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten in der Weimarer Republik, die Möglichkeiten und Grenzen einer Volksgesetzgebung in Deutschland aufzuzeigen. Da Jung die Auffassung vertritt, dem Grundgesetz sei die Möglichkeit einer Volkgesetzgebung als »demokratische Alternative zum parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren unter außergewöhnlichen Umständen« (S. 17) aufgrund der vermeintlich negativen »Weimarer Erfahrungen« »illegitim vorenthalten« (S. 15) worden, konzentriert sich die Untersuchung in ihrem ersten Teil auf die Darstellung der parlamentarischen Lösungsversuche des Sachproblems der Vermögensauseinandersetzungen – allerdings in einem weiten Sinn, der auch die historischen, ökonomischen und juristischen Aspekte mit umschließt –, um überhaupt ein Kon-

zept zur Gewinnung von »Weimarer Erfahrungen« zu entwickeln. So werden 23 Einzelstudien zu allen bis zur Novemberrevolution monarchisch regierten Bundesstaaten vorgelegt, die alle einem einheitlichen Darstellungsschema folgen.

Nach einer Darstellung der Domänensituation bis zur Novemberrevolution erfolgt eine detaillierte Beschreibung der jeweiligen Vermögensauseinandersetzung und der schließlich erreichten Vertragsabschlüsse, die bei einzelnen Ländern (Baden, Hessen, Thüringen) bis in die ersten Nachkriegsjahre in Westdeutschland und der SBZ reicht. Diesen Länderstudien folgt eine Darstellung der Lösungsversuche auf Reichsebene, in der Jung besonders auf die wenig erfolgreichen Versuche eingeht, eine reichseinheitliche Regelung der Fürstenabfindung zu erzielen, wobei er jedoch davon absieht, die jeweils besonderen Auseinandersetzungen zusammenzufassen in einer allgemeinen Darstellung der Auseinandersetzung, die Ergebnisse der Länderstudien also nahezu unverbunden aneinanderreiht, ein Verfahren, das den Leser – wie der Autor selbst zugibt – »in mehrerer Hinsicht erschöpfen« (S. 23) mag. Im zweiten Teil der Untersuchung wird der plebiszitäre Versuch, das Problem der Vermögensauseinandersetzung zu lösen, thematisiert, wobei das von SPD und KPD in Gang gebrachte Volksgesetzgebungsverfahren mit dem Ziel der Enteignung der Fürstenvermögen im Mittelpunkt steht, das schließlich zum ersten Volksentscheid in Deutschland am 20. Juni 1926 führte. Neben der Darstellung von Zielsetzungen der einzelnen Parteien liegt in diesem Zusammenhang ein besonderes Schwergewicht der Untersuchung auf den sogenannten »Hilfstruppen« (S. 26), den »Kirchen, Gewerkschaften und sonstigen Verbänden« (S. 26). Schließlich werden das parlamentarische und das plebiszitäre Lösungsverfahren in einem theoretischen Bezugsrahmen vorgestellt. Ausgehend von den Grundkriterien einer Input-Output-orientierten Demokratietheorie wie Effizienz, Transparenz und Partizipation, legt Jung ein spezifisches Instrumentarium fest, mit dem »die demokratische Qualität von Entscheidungen und Entscheidungsverfahren eingestuft« (S. 26) wird, wobei die Bilanz dieses Vergleichs zeigen soll, ob die Weimarer Erfahrungen »zur Apologie des rigiden Repräsentationsprinzips des Grundgesetzes taugen« (S. 27).

Da für die Zeit der Weimarer Republik die Vermögensauseinandersetzungen zwischen ehemaligen Fürsten und Freistaaten bislang überhaupt noch nicht untersucht worden sind, stellen gerade Jungs bis ins Detail gehende landesgeschichtliche Studien eine vorbildliche Aufarbeitung des umfangreichen zur Verfügung stehenden Quellenmaterials dar, wobei zum ersten Mal zusammenfassend dargestellt wird, daß gerade für die kleinen Länder – Waldeck, Braunschweig, Reuß j. L., Gotha, Schaumburg-Lippe – die Novemberrevolution auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht eine enorme Verschärfung des Problems der Vermögensauseinandersetzungen mit sich brachte. Eine Klärung der Besitzverhältnisse zwischen den Freistaaten und den nunmehr depossedierten Landesherren war besonders problematisch. Hinzu kam, daß eine Sonderung der Vermögensmasse in Privateigentum der Fürsten und Eigentum des Staates nicht ohne weiteres möglich war, da es vor allem hinsichtlich des Domanialguts und des fideikommissarisch gebundenen Vermögens zu keiner Einigung kam. Ein besonderes Verdienst dieser landesgeschichtlichen Untersuchungen liegt weiterhin darin, für die kleinstaatliche Ebene nachgewiesen zu haben, daß die Domänenfrage die Leistungs- und damit Existenzfähigkeit eines Landes ganz akut betraf. Die Übernahme eines Domaniums war seit 1918 Bedingung der Selbständigkeit, ein ungünstiger Domanialabschluß bedeutete Staatsbankrott und Anschluß.

Trotz allem weist Jung jedoch eindringlich darauf hin, daß die im Herbst 1925 entstehende Volksbewegung gegen die Fürsten »nicht durch die Vermögensauseinandersetzungen« (S. 641) verursacht wurde, sondern durch die völlig unzureichende Aufwertungsgesetzgebung des Reiches von 1925, durch die sich Sparer, depravierte Kleinbürger, Hypothekengläubiger und Anleihegeschädigte um ihr Hab und Gut und ihre gesellschaftliche Position gebracht sahen. Nachdem die Regelung der vermögensrechtlichen Verhältnisse zwischen den ehemaligen Fürsten und den Freistaaten im Herbst 1925 durch einen geplan-

ten Vergleichsabschluß mit dem Haus Hohenzollern in Preußen und durch einen Richterspruch des Oberlandesgerichtes Jena, das die Rente des Großherzoges von Sachsen-Weimar-Eisenach um 33 % aufwertete, plötzliche Aktualität gewonnen hatte, erkannte die KPD mit Geschick ihre Chance und setzte sich an die Spitze der Volksbewegung gegen die Fürsten, indem sie die Frage nach Volksbegehren und -entscheid stellte und die Enteignungsfrage damit einer ausschließlich parlamentarischen Behandlung entzog. Nach einem überraschend hohen Erfolg des Volksbegehrens, das mit 12,5 Millionen Listeneintragungen die erforderliche Zahl von 4 Millionen weit überstieg (S. 811), scheiterte der Volksentscheid am 20. Juni 1926 »mangels Beteiligung« (S. 1005). Obwohl 14,4 Millionen Stimmberechtigte trotz der von den Gegnern der Fürstenenteignung ausgegebenen Parole »Fernbleiben« für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestimmt hatten, verfehlte der Volksentscheid sein Ziel. Um Gesetzeskraft zu erlangen, hätte der Gesetzentwurf der Zustimmung von 19,8 Millionen Stimmberechtigten bedurft. Trotz der Niederlage für die Enteignungsbefürworter war jedoch »ein politischer Sieg in der formellen linken Niederlage, eine politische Niederlage im formellen Sieg der Rechten« (S. 1006), da die Zahl derjenigen, die der Parole der Linksparteien gefolgt waren, um 3,1 Millionen die Zahl der Stimmen überstieg, die bei der letzten Reichstagswahl auf SPD und KPD entfallen waren.

Gerade in diesem Teil der Untersuchung weist Jung eindringlich darauf hin, daß die Volksbewegung eine von den Parteien nur mühsam kontrollierbare politische Eigendynamik entwickelt hatte und zu einem eigenständigen Instrument politischer Willensbildung geworden war. Das plebiszitäre Lösungsverfahren – ein »Verfahren zweiter Wahl mit Protestcharakter« (S. 1080) – erweist sich auch hier den »parlamentarischen Bemühungen nach demokratischen Kriterien zumeist überlegen, mindestens jedoch gleichrangig« (S. 1080), wobei Jung jedoch – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der einschlägigen Arbeiten von R. Schiffers[1] und U. Schüren[2] – darauf hinweist, daß dieses erste Plebiszit in Deutschland »beachtliche technische Mängel des Volksgesetzgebungsverfahrens« (S. 1081) demonstrierte. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die »Weimarer Erfahrungen« mit der Volksgesetzgebung nach Jungs Auffassung als »eindeutig positiv« (S. 1080) zu bewerten sind. Gerade in diesem Zusammenhang trägt die Studie Jungs, die Chancen und Risiken, Leistungsfähigkeit und Funktionsbedingungen dieses Verfahren sorgfältig und abgewogen untersucht, dazu bei, den Weg frei zu machen für eine unbelastete Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung in Deutschland. *Ludwig Richter, Köln*

Victor Farias, Heidegger und der Nationalsozialismus, Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1989, 439 S., geb., 39,80 DM.

Bernd Martin (Hrsg.), Martin Heidegger und das Dritte Reich – ein Kompendium, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989, 235 S., Ln., 94 DM.

Tyrannis und soziale Unzufriedenheit ziehen sich an seit den Tagen griechischer Stadtstaaten, und dies kann auch für intellektuelle Unzufriedenheit gelten, wie wir seit dem Engagement Platons für die Tyrannis von Syrakus wissen. Für unser Jahrhundert scheint der »Fall« Martin Heideggers für diese Zu-Neigung zu stehen: Heidegger, der antrat, den Irrtum Platons und der gesamten ihm nachfolgenden Philosophie bis auf Nietzsche zu korrigieren, schlug politisch die Wege seines Widersachers ein. Beiden schien die Tyrannis die Möglichkeit zu eröffnen, die Menschen zu erziehen auf ein bestimmtes Telos hin. Für Hei-

1 Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.
2 Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978.

ten Vergleichsabschluß mit dem Haus Hohenzollern in Preußen und durch einen Richterspruch des Oberlandesgerichtes Jena, das die Rente des Großherzoges von Sachsen-Weimar-Eisenach um 33 % aufwertete, plötzliche Aktualität gewonnen hatte, erkannte die KPD mit Geschick ihre Chance und setzte sich an die Spitze der Volksbewegung gegen die Fürsten, indem sie die Frage nach Volksbegehren und -entscheid stellte und die Enteignungsfrage damit einer ausschließlich parlamentarischen Behandlung entzog. Nach einem überraschend hohen Erfolg des Volksbegehrens, das mit 12,5 Millionen Listeneintragungen die erforderliche Zahl von 4 Millionen weit überstieg (S. 811), scheiterte der Volksentscheid am 20. Juni 1926 »mangels Beteiligung« (S. 1005). Obwohl 14,4 Millionen Stimmberechtigte trotz der von den Gegnern der Fürstenenteignung ausgegebenen Parole »Fernbleiben« für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gestimmt hatten, verfehlte der Volksentscheid sein Ziel. Um Gesetzeskraft zu erlangen, hätte der Gesetzentwurf der Zustimmung von 19,8 Millionen Stimmberechtigten bedurft. Trotz der Niederlage für die Enteignungsbefürworter war jedoch »ein politischer Sieg in der formellen linken Niederlage, eine politische Niederlage im formellen Sieg der Rechten« (S. 1006), da die Zahl derjenigen, die der Parole der Linksparteien gefolgt waren, um 3,1 Millionen die Zahl der Stimmen überstieg, die bei der letzten Reichstagswahl auf SPD und KPD entfallen waren.

Gerade in diesem Teil der Untersuchung weist Jung eindringlich darauf hin, daß die Volksbewegung eine von den Parteien nur mühsam kontrollierbare politische Eigendynamik entwickelt hatte und zu einem eigenständigen Instrument politischer Willensbildung geworden war. Das plebiszitäre Lösungsverfahren – ein »Verfahren zweiter Wahl mit Protestcharakter« (S. 1080) – erweist sich auch hier den »parlamentarischen Bemühungen nach demokratischen Kriterien zumeist überlegen, mindestens jedoch gleichrangig« (S. 1080), wobei Jung jedoch – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der einschlägigen Arbeiten von R. Schiffers[1] und U. Schüren[2] – darauf hinweist, daß dieses erste Plebiszit in Deutschland »beachtliche technische Mängel des Volksgesetzgebungsverfahrens« (S. 1081) demonstrierte. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die »Weimarer Erfahrungen« mit der Volksgesetzgebung nach Jungs Auffassung als »eindeutig positiv« (S. 1080) zu bewerten sind. Gerade in diesem Zusammenhang trägt die Studie Jungs, die Chancen und Risiken, Leistungsfähigkeit und Funktionsbedingungen dieses Verfahren sorgfältig und abgewogen untersucht, dazu bei, den Weg frei zu machen für eine unbelastete Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung in Deutschland. *Ludwig Richter, Köln*

Victor Farias, Heidegger und der Nationalsozialismus, Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1989, 439 S., geb., 39,80 DM.

Bernd Martin (Hrsg.), Martin Heidegger und das Dritte Reich – ein Kompendium, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1989, 235 S., Ln., 94 DM.

Tyrannis und soziale Unzufriedenheit ziehen sich an seit den Tagen griechischer Stadtstaaten, und dies kann auch für intellektuelle Unzufriedenheit gelten, wie wir seit dem Engagement Platons für die Tyrannis von Syrakus wissen. Für unser Jahrhundert scheint der »Fall« Martin Heideggers für diese Zu-Neigung zu stehen: Heidegger, der antrat, den Irrtum Platons und der gesamten ihm nachfolgenden Philosophie bis auf Nietzsche zu korrigieren, schlug politisch die Wege seines Widersachers ein. Beiden schien die Tyrannis die Möglichkeit zu eröffnen, die Menschen zu erziehen auf ein bestimmtes Telos hin. Für Hei-

1 Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.
2 Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978.

degger insbesondere stellte sich der Nationalsozialismus nicht wie für uns Heutige ex post als Hort der Barbarei dar, sondern als Chance der Verwirklichung der von Heidegger herbeigesehnten weltgeschichtlichen Sendung Deutschlands; worin aber Ziel und Inhalt dieser Sendung bestehen sollten, blieb gänzlich unbestimmt, so daß der Eindruck entstehen mußte, sie seien identisch mit denen der Partei.

Freilich bezog sich Heidegger nicht auf Platons politisches Verhalten, sondern auf dessen Ontologie, und er war stets bemüht, ›Philosophie‹ in seinem Verständnis noch jenseits aller Scheidung in Theorie und Praxis anzusiedeln mit der Folge, daß aus seinem Denken nicht unmittelbar politische Konsequenzen zu ziehen wären. Damit hatte sich lange Zeit die Forschung begnügt, und auch wenn es einige Versuche gab, aus Heideggers trans-politischer Philosophie dennoch politisch-philosophische Implikationen zu destillieren (allen voran Alexander Schwan), hat man es doch nie wirklich gewagt, eine unvermittelte Kausalität zwischen Heideggers Philosophie und seiner politischen Option für den Führerstaat anzunehmen. Es blieben daher allein sozialwissenschaftliche Erklärungsbemühungen für das Problem, inwiefern sich professoraler Intellekt für den Anti-Intellektualismus des Nationalsozialismus öffnen konnte, etwa die Forschungen eines Fritz K. Ringer.

Geht man aber von der notwendigen Bedingtheit von Denk- und Lebensweg aus, selbst in einem scheinbar extremen Fall esoterischen philosophischen Bemühens, so kann man bis zu einem gewissen Grad Rückschlüsse vom Lebensweg auf den Denkweg und vice versa ziehen: diesen Ansatz macht sich Farias zu eigen. Farias Absicht ist es, durch die Aufarbeitung des biographischen Materials und der Analyse von kleineren Schriften, die ganz abseits der großen philosophischen Rezeption in Deutschland oder Frankreich liegen, deutlich zu machen, daß das Engagement für den Nationalsozialismus keine bloße Episode im Denken Heideggers darstellte, sondern als Resultat seines Lebensweges und bis zu einem gewissen Grad auch seines Denkweges anzusehen ist; Heidegger sei nicht wie »soviele« mit dem Jahr 1933 in ein politisches Abenteuer geschlittert, dessen Folgen er gar nicht absehen konnte und zu dem er im Augenblick der Besinnung durch eine ostentative Rektoratsniederlegung auch in gehörige Distanz trat; nein, Heidegger sei schon von Jugend auf und bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein von der Anlage seiner Biographie und seines Denkens für den Nationalsozialismus latent offen gewesen, habe diese Latenz schließlich 1933 mit dem Rektorat manifestiert und habe selbst nach seiner Ämterniederlegung insgeheim für die Richtung des Nationalsozialismus votiert bezüglich eines völkischen Denkens und einer Vorstellung der deutschen Sendung in der Welt, die selbst mit kriegerischen Mitteln zu erfolgen habe. In diesem Sinne sei auch das Verhalten Heideggers nach der Niederlegung des Rektorates zu verstehen, etwa die Tatsache seiner fortwährenden Parteimitgliedschaft bis zum Kriegsende mitsamt der regelmäßigen Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Methodisch bleibt es aber fragwürdig, wie man ein Gesamtverdikt ohne Lektüre der den Denkweg spiegelnden philosophischen Werke abgeben und bei der Interpretation von kleineren Gelegenheitsschriften verbleiben kann. Das Erkenntnisinteresse Heidegger als Nationalsozialist zu erweisen, führte der Deskription und der Interpretation oftmals zu offensichtlich die Feder und dabei zu Fehlern, die teilweise bei der deutschen Übersetzung des 1987 französisch erschienenen Originals behoben wurden. Farias' gescholtene scharfe Polemik erklärt sich aber aus vorherigen Bemühungen, Heidegger als ›Widerstandskämpfer‹ zu charakterisieren, wie etwa Hermann Heidegger in der Edition der Rektoratsrede von 1983. Insgesamt bleibt Farias der Ruhm, den Fall Heidegger in die große Öffentlichkeit gebracht zu haben.

Aus diesem unbefriedigenden Dilemma eines einheitlichen Urteils über Heideggers Denk- und Lebensweg versucht die Dokumentation von Bernd Martin aus dem gleichen Jahre zu führen. Ihr liegt eine andere methodische Grundannahme des Verhältnisses von Denk- und Lebensweg zugrunde, nach der zwischen Philosophie und Weltanschauung getrennt werden muß, mit der Folge, daß zwischen dem eigentlichen philosophischen Haupt-

werk einerseits und politischen Gelegenheitsschriften andererseits zu unterscheiden ist; dies hatte auch Habermas in dem lesenswerten Vorwort zur deutschen Ausgabe des Farias-Buches getan. Beide Sphären unterliegen demnach unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben, so daß das philosophische Werk weiterhin unterschiedlichen Interpretationen zugänglich bleibt, und zwar unbelastet von der Frage nach der politischen Konsequenz, während die Gelegenheitsschriften allen Irrtümern, wie sie der Weltanschauung und den unterschiedlichen, selten rationalen Quellen ihrer Bildung eigen sind, unterliegen können. In den einleitenden Aufsätzen wird auch ein Lösungsmittel angeboten im Sinne der obigen methodischen Grundentscheidung: Heidegger hat in Verkennung der politischen Realitäten und der wahren politischen Absichten der nationalsozialistischen Führung geglaubt, den »Führer führen« zu können, eine vor allen Dingen von Hans Ebeling formulierte These. Die Philosophie Heideggers ist dann Urheber seines Anspruches, Politik überhaupt führen zu können: allein warum Heidegger ausgerechnet den Nationalsozialismus zum Gegenstand seines Führens machen wollte, bleibt unbeantwortet.

Martins Dokumentation erweitert das Material um eine subjektive Komponente durch die Aufnahme von »Bekenntnissen« und »Verlautbarungen« von Augenzeugen, Kollegen, Schülern und anderen Nahestehenden. Damit versucht sie aus dem Dilemma der Werkinterpretation herauszukommen und gleitet in das Dilemma der Jury ohne einheitliches Urteil.

Mit diesen Mitteln kann daher nicht der frühere status quo einer rein philosophischen Beschäftigung mit Heidegger wiedergewonnen werden, wie es sich viele seiner Anhänger verbissen erwünschen, da dies unter dem Schatten seines Denkens in den Bahnen der Tyrannis letztlich nur eine Wiederholung seines eigenen Fehlers darstellen würde: philosophisches Denken als welt-abgewandtes Verfahren theoretischer Besinnung als folgenlos für praktisches Verhalten zu erachten, und dies bei einem Denker, der mit größter Radikalität den Einbezug des Alltäglichen und des In-der-Welt-seins in die philosophische Besinnung gefordert hat. In dieser Frage hat die Schutzbehauptung Heideggers, wer groß denkt, irrt auch groß, nichts an Relevanz eingebüßt. Dieser Aussage folgt nämlich: wer groß denkt, der trägt auch eine große Verantwortung für sein Handeln, denn das Handeln wird in der Rezeption seiner Mitmenschen als Ausfluß seines Denkens wahrgenommen, und das Vorbild seines Handelns beruht auf der Autorität seines Denkens und des Vertrauens der Mitmenschen in die Urteilskraft dieses Denkers. Dieser Verantwortung hat sich Heidegger auch nach dem Krieg durch eine öffentliche Besinnung nicht gestellt. Heidegger war im Gegensatz zu Platon nicht in der Lage, auch theoretisch in Distanz zur Tyrannis zu gehen; der Makel bleibt.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen einem Denker, der aus der Anlage seines Denkens eine Kongruenz mit einem bestimmten politischen Zustand glaubt erblicken zu können, und einem Denker, der diese Kongruenz nach der Einrichtung der Tyrannis erst herzustellen versucht. Diesen Unterschied bei Heidegger zu eruieren, dienen vorgestellte Bücher durchaus, auch gegen ihre Absicht. *Marcus Llanque, Frankfurt/Main*

Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, Beck Verlag, München 1989, 430 S., pbk., 24 DM.

Wenn die Weltgeschichte das Tempo ihres Wandels so verschärft wie am Ende der 1980er Jahre, dann kann Zeitgeschichtsschreibung unversehens zu Zeitgeschichte selbst werden. Die vorliegende Aufsatzsammlung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war zunächst als deutsch-deutsches Unternehmen geplant. Nachdem alle innerdeutschen Hürden ge-

werk einerseits und politischen Gelegenheitsschriften andererseits zu unterscheiden ist; dies hatte auch Habermas in dem lesenswerten Vorwort zur deutschen Ausgabe des Farias-Buches getan. Beide Sphären unterliegen demnach unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben, so daß das philosophische Werk weiterhin unterschiedlichen Interpretationen zugänglich bleibt, und zwar unbelastet von der Frage nach der politischen Konsequenz, während die Gelegenheitsschriften allen Irrtümern, wie sie der Weltanschauung und den unterschiedlichen, selten rationalen Quellen ihrer Bildung eigen sind, unterliegen können. In den einleitenden Aufsätzen wird auch ein Lösungsmittel angeboten im Sinne der obigen methodischen Grundentscheidung: Heidegger hat in Verkennung der politischen Realitäten und der wahren politischen Absichten der nationalsozialistischen Führung geglaubt, den »Führer führen« zu können, eine vor allen Dingen von Hans Ebeling formulierte These. Die Philosophie Heideggers ist dann Urheber seines Anspruches, Politik überhaupt führen zu können: allein warum Heidegger ausgerechnet den Nationalsozialismus zum Gegenstand seines Führens machen wollte, bleibt unbeantwortet.

Martins Dokumentation erweitert das Material um eine subjektive Komponente durch die Aufnahme von »Bekenntnissen« und »Verlautbarungen« von Augenzeugen, Kollegen, Schülern und anderen Nahestehenden. Damit versucht sie aus dem Dilemma der Werkinterpretation herauszukommen und gleitet in das Dilemma der Jury ohne einheitliches Urteil.

Mit diesen Mitteln kann daher nicht der frühere status quo einer rein philosophischen Beschäftigung mit Heidegger wiedergewonnen werden, wie es sich viele seiner Anhänger verbissen erwünschen, da dies unter dem Schatten seines Denkens in den Bahnen der Tyrannis letztlich nur eine Wiederholung seines eigenen Fehlers darstellen würde: philosophisches Denken als welt-abgewandtes Verfahren theoretischer Besinnung als folgenlos für praktisches Verhalten zu erachten, und dies bei einem Denker, der mit größter Radikalität den Einbezug des Alltäglichen und des In-der-Welt-seins in die philosophische Besinnung gefordert hat. In dieser Frage hat die Schutzbehauptung Heideggers, wer groß denkt, irrt auch groß, nichts an Relevanz eingebüßt. Dieser Aussage folgt nämlich: wer groß denkt, der trägt auch eine große Verantwortung für sein Handeln, denn das Handeln wird in der Rezeption seiner Mitmenschen als Ausfluß seines Denkens wahrgenommen, und das Vorbild seines Handelns beruht auf der Autorität seines Denkens und des Vertrauens der Mitmenschen in die Urteilskraft dieses Denkers. Dieser Verantwortung hat sich Heidegger auch nach dem Krieg durch eine öffentliche Besinnung nicht gestellt. Heidegger war im Gegensatz zu Platon nicht in der Lage, auch theoretisch in Distanz zur Tyrannis zu gehen; der Makel bleibt.

Allerdings besteht ein Unterschied zwischen einem Denker, der aus der Anlage seines Denkens eine Kongruenz mit einem bestimmten politischen Zustand glaubt erblicken zu können, und einem Denker, der diese Kongruenz nach der Einrichtung der Tyrannis erst herzustellen versucht. Diesen Unterschied bei Heidegger zu eruieren, dienen vorgestellte Bücher durchaus, auch gegen ihre Absicht. *Marcus Llanque, Frankfurt/Main*

Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, Beck Verlag, München 1989, 430 S., pbk., 24 DM.

Wenn die Weltgeschichte das Tempo ihres Wandels so verschärft wie am Ende der 1980er Jahre, dann kann Zeitgeschichtsschreibung unversehens zu Zeitgeschichte selbst werden. Die vorliegende Aufsatzsammlung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges war zunächst als deutsch-deutsches Unternehmen geplant. Nachdem alle innerdeutschen Hürden ge-

nommen schienen, scheiterte das Vorhaben aber Anfang 1989 an der Verschärfung der DDR-Zensur. Am meisten bedauerte der mittlerweile verstorbene Initiator Martin Broszat dabei, daß die DDR-Historiker Paul Heider, Kurt Meier, Ludwig Nestler, Wolfgang Ruge, Walter Schumann, Joachim Thom und Manfred Weißbecker – die sich bis zur Druckreife mit dem Versagen von Eliten vor einem totalitären Regime beschäftigt hatten – nicht einmal die Zivilcourage für einen vernehmlichen Protest aufbrachten. Mittlerweile hat sich Broszats trotziges, auf die Fortsetzung des Dialogs hoffendes Schlußwort vom April 1989: »Es ist noch nicht aller Tage Abend!« (S. 24) ganz anders als erwartet erfüllt, und nun stellt sich die Frage, wie man mit dieser übrig gebliebenen DDR-Geschichtswissenschaft umgehen soll.

Daß die DDR-Machthaber die deutsch-deutsche Historikerwunderkerze löschten, während die Bevölkerung ein Feuerwerk im eigenen Dachgeschoß aufbaute, hat der Qualität des verbleibenden, immerhin noch beinahe 450 Seiten starken »Rumpfbandes« nicht geschadet. Sieben ausgewiesene westdeutsche Spezialisten untersuchen »die Rolle derjenigen deutschen Führungsschichten [. . .], die bei der Erörterung der Verantwortlichkeit für die Kriegsvorbereitung im Vordergrund des Interesses stehen.« (S. 13)

Die Aussagen der einzelnen Aufsätze sind im Grunde bekannt. Martin Broszat schildert in einem Überblick, wie die traditionellen Eliten nationalistischen Kriegsgeist und deutsche Kriegsfähigkeit beförderten und wie die neuen NS-Eliten »Geschlossenheit und Mobilisationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft« (S. 64) für den Kriegseinsatz herstellten. Motor des Geschehens aber war Hitler selbst, der sich seit 1937/38 auf die »verabsolutierte Führerherrschaft« (S. 71) stützte. Ludolf Herbst betont neben angepaßtem Mitmachen und fehlender Opposition der Großindustrie bei der Kriegsvorbereitung auch ihre prinzipiell von Hitler abweichenden Ziele. Die Industriekonzerne waren an einer weltweiten Exportoffensive und weitergehender Industrialisierung interessiert. Kriegerische Expansion lief dem zuwider, und deren Betreiber waren die Großkonzerne nicht. Für die katholische Kirche verweist Heinz Hürten auf die bereits 1933 bezogene Position, sich »einen Konflikt mit dem Regime nur aus religiösen Gründen aufzwingen zu lassen.« (S. 178) Das bedeutete weitgehenden Politikverzicht, und der Kriegsausbruch bot für den Episkopat noch keinen definitiven Anlaß zum Widerspruch. Peter Krüger berichtet vom auswärtigen Dienst, der seit 1933 zunehmend an Bedeutung verlor. Er war für die Kriegsvorbereitung zwar nicht verantwortlich, aber der starre Blick vieler Diplomaten auf die äußere Machtstellung Deutschlands blendete die innenpolitische Entwicklung völlig aus. Und daher neigten viele zur Unterstützung von Hitlers rigoroser Politik, während sie sich nur eingeschränkt mit dem Widerstand solidarisierten. Die lange Tradition der Weltherrschaftsziele ebnete dem deutschen Militär den Weg in den Staat Hitlers und ermöglichte die Kriegsvorbereitung. Eine historische Zäsur markierte 1938 die Blomberg-Fritsch-Krise: Wie Klaus-Jürgen Müller zeigt, ließ sie nur die Alternativen, zu »funktionieren oder [zu] konspirieren« (S. 285), und spaltete die »Opposition einer Minderheit« von der »Loyalität einer Mehrheit«. (S. 288) Deutsche Hochschullehrer, so Klaus Schwabe, waren weithin Befürworter des Krieges und produktive Verfasser von Traktaten für Hitlers Unterdrückungspolitik. Politischer Opportunismus und die Illusion, Hitler steuern zu können, diskreditiert sie, von Ausnahmen abgesehen, als »politische Wissenschaftler«. (S. 333) Am weitesten ging die Konformität mit Hitlers Politik wohl bei den seit 1918 in ihrem politisch-sozialen Rollen- und ökonomischen Selbstverständnis erschütterten Agrareliten (Hans-Erich Volkmann). Beiträge über evangelische Kirchen, Justiz und Medizin fielen dem Rückzug der ostdeutschen Kollegen zum Opfer.

Dieser Band dokumentiert fundiert und ohne transideologischen Ballast, wie sehr Hitler den alten Eliten zunächst Anknüpfungspunkte bot, um seine Machtstellung zu stabilisieren. Als dies geschehen war, drängte er ihren Einfluß jedoch konsequent zurück, um seine aus der deutschen Geschichte hinausführenden Ziele zu verwirklichen. Auch wenn das

meist nicht mehr der Weg der alten Eliten war, stellten sie sich – von Ausnahmen abgesehen – Hitler nicht entgegen. Sie waren dem Anstifter über weite Strecken noch immer Gehilfen.

Andreas Rödder, Bonn

Jost Dülffer/Bernd Martin/Günter Wollstein (Hrsg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Propyläen-Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 432 S., geb., 65 DM.

Am 8. Mai 1989 verstarb der Kölner Ordinarius Andreas Hillgruber. Vor allem seine Arbeiten zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg hatten ihm im In- und Ausland ein hohes Ansehen verschafft. Seine 1965 erstmals erschienene Habilitationsschrift »Hitlers Strategie« gilt noch immer als internationales Standardwerk. In den 1970er Jahren wandte er sich gegen die insbesondere von Hans-Ulrich Wehler vertretene »Gesellschaftsgeschichte« und versuchte, ihr das Konzept einer »modernen Politikgeschichte« entgegenzusetzen. Zuletzt geriet er im Zusammenhang mit dem sogenannten »Historikerstreit« in die Schlagzeilen. Am 18. Januar 1990 wäre er 65 Jahre alt geworden. Eine ursprünglich zu diesem Anlaß konzipierte Festschrift ist jetzt als Gedenkschrift erschienen.

Eberhard Jäckel belegt in seiner Würdigung des Hillgruberschen Lebenswerkes eindrucksvoll, wie dieser seit den 1960er Jahren als erster bundesdeutscher Historiker immer wieder dafür eingetreten ist, dem »Holocaust«, der millionenfachen Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges, einen festen Platz im öffentlichen Bewußtsein der Deutschen zu erkämpfen. Konsequent wertet Jäckel das von Rudolf Augstein im Verlauf des Historikerstreits auf Hillgruber gemünzte Wort vom »konstitutionellen Nazi« als einen »Gipfel oder besser Abgrund von Verunglimpfung« (S. 16). Sicherlich habe es Versuche einer Verharmlosung der in den Jahren zwischen 1933 und 1945 begangenen Verbrechen immer wieder gegeben: »Daß sie letzten Endes abgewehrt werden konnten, auch daß die deutsche Forschung wieder Anschluß an die internationale fand, das ist wahrscheinlich weniger das Verdienst der bußfertigen Selbstankläger als jener konservativen Historiker, die ihr Urteil gegen ihr Vorurteil durchsetzten und damit der anfänglich widerstrebenden öffentlichen Meinung zu einem unverstellten Blick auf die Wirklichkeit verhalfen. Gerade sie, von denen man es nicht erwartete, haben dazu mehr beigetragen als andere. Der erste und bedeutendste von ihnen war Andreas Hillgruber, und das wird, auch wenn es nicht allenthalben anerkannt wurde, seine Ehre bleiben« (S. 17), so schließt Jäckel seinen Nachruf.

Es war vor allem die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Hillgruber immer wieder beschäftigt hat. Für die vorliegende Gedenkschrift waren Kollegen und Schüler aufgefordert, diesem Problemkomplex Gedanken beizusteuern. Die Beiträge wurden fünf Themenbereichen zugeordnet: 1. »Deutschland im internationalen Mächtesystem«, 2. »Deutschland und einzelne Märkte«, 3. »Epochen deutscher Geschichte«, 4. »Das Militär« und 5. »Parteien und Gesellschaft«.

Aus dem ersten Abschnitt ist besonders auf Klaus Hildebrands anregenden Versuch hinzuweisen, die deutsche Geschichte seit der Bismarckzeit vor dem Hintergrund des von Hillgruber in die Diskussion eingeführten Theorems der »Krimkriegssituation« zu interpretieren. Hillgruber hatte hierunter die Beobachtung gefaßt, daß die politische Bewegungsfreiheit des Landes in der Mitte Europas immer dann wuchs, wenn sich das weltpolitische Interesse der Flügelmächte anderen Regionen zuwandte und immer dann abnahm, wenn es sich auf das europäische Zentrum konzentrierte. Nach Hildebrands Auffassung war es das »Dritte Reich« Hitlers, das die Aufmerksamkeit für lange Zeit hier festhielt. Die

meist nicht mehr der Weg der alten Eliten war, stellten sie sich – von Ausnahmen abgesehen – Hitler nicht entgegen. Sie waren dem Anstifter über weite Strecken noch immer Gehilfen.

Andreas Rödder, Bonn

Jost Dülffer/Bernd Martin/Günter Wollstein (Hrsg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Propyläen-Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 432 S., geb., 65 DM.

Am 8. Mai 1989 verstarb der Kölner Ordinarius Andreas Hillgruber. Vor allem seine Arbeiten zum Nationalsozialismus und zum Zweiten Weltkrieg hatten ihm im In- und Ausland ein hohes Ansehen verschafft. Seine 1965 erstmals erschienene Habilitationsschrift »Hitlers Strategie« gilt noch immer als internationales Standardwerk. In den 1970er Jahren wandte er sich gegen die insbesondere von Hans-Ulrich Wehler vertretene »Gesellschaftsgeschichte« und versuchte, ihr das Konzept einer »modernen Politikgeschichte« entgegenzusetzen. Zuletzt geriet er im Zusammenhang mit dem sogenannten »Historikerstreit« in die Schlagzeilen. Am 18. Januar 1990 wäre er 65 Jahre alt geworden. Eine ursprünglich zu diesem Anlaß konzipierte Festschrift ist jetzt als Gedenkschrift erschienen.

Eberhard Jäckel belegt in seiner Würdigung des Hillgruberschen Lebenswerkes eindrucksvoll, wie dieser seit den 1960er Jahren als erster bundesdeutscher Historiker immer wieder dafür eingetreten ist, dem »Holocaust«, der millionenfachen Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges, einen festen Platz im öffentlichen Bewußtsein der Deutschen zu erkämpfen. Konsequent wertet Jäckel das von Rudolf Augstein im Verlauf des Historikerstreits auf Hillgruber gemünzte Wort vom »konstitutionellen Nazi« als einen »Gipfel oder besser Abgrund von Verunglimpfung« (S. 16). Sicherlich habe es Versuche einer Verharmlosung der in den Jahren zwischen 1933 und 1945 begangenen Verbrechen immer wieder gegeben: »Daß sie letzten Endes abgewehrt werden konnten, auch daß die deutsche Forschung wieder Anschluß an die internationale fand, das ist wahrscheinlich weniger das Verdienst der bußfertigen Selbstankläger als jener konservativen Historiker, die ihr Urteil gegen ihr Vorurteil durchsetzten und damit der anfänglich widerstrebenden öffentlichen Meinung zu einem unverstellten Blick auf die Wirklichkeit verhalfen. Gerade sie, von denen man es nicht erwartete, haben dazu mehr beigetragen als andere. Der erste und bedeutendste von ihnen war Andreas Hillgruber, und das wird, auch wenn es nicht allenthalben anerkannt wurde, seine Ehre bleiben« (S. 17), so schließt Jäckel seinen Nachruf.

Es war vor allem die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Hillgruber immer wieder beschäftigt hat. Für die vorliegende Gedenkschrift waren Kollegen und Schüler aufgefordert, diesem Problemkomplex Gedanken beizusteuern. Die Beiträge wurden fünf Themenbereichen zugeordnet: 1. »Deutschland im internationalen Mächtesystem«, 2. »Deutschland und einzelne Märkte«, 3. »Epochen deutscher Geschichte«, 4. »Das Militär« und 5. »Parteien und Gesellschaft«.

Aus dem ersten Abschnitt ist besonders auf Klaus Hildebrands anregenden Versuch hinzuweisen, die deutsche Geschichte seit der Bismarckzeit vor dem Hintergrund des von Hillgruber in die Diskussion eingeführten Theorems der »Krimkriegssituation« zu interpretieren. Hillgruber hatte hierunter die Beobachtung gefaßt, daß die politische Bewegungsfreiheit des Landes in der Mitte Europas immer dann wuchs, wenn sich das weltpolitische Interesse der Flügelmächte anderen Regionen zuwandte und immer dann abnahm, wenn es sich auf das europäische Zentrum konzentrierte. Nach Hildebrands Auffassung war es das »Dritte Reich« Hitlers, das die Aufmerksamkeit für lange Zeit hier festhielt. Die

Ereignisse im ehemaligen »Ostblock« und die Golfkrise, so wäre dem aus der Sicht des Jahres 1990 hinzuzufügen, scheinen jedoch den Spielraum in der Mitte Europas wieder zu vergrößern.

Dem »Rapallo-Mythos«, hier verstanden als Versuch eines »Dritten Weges« zwischen Ost und West, und seinem Einfluß auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1922 widmet sich Axel Frohn im zweiten Themenbereich (»Deutschland und einzelne Mächte«). Er kommt zu dem Ergebnis, dieser habe erst nach 1945 tatsächlich politische Wirkungsmächtigkeit entfaltet. Die daraus resultierenden Bedenken seien durch Adenauers Politik der Westbindung rasch ausgeräumt worden. Und Rainer A. Blasius weist noch einmal darauf hin, daß die politische Kriegführung Großbritanniens in den Jahren zwischen 1939 und 1943 letztendlich tatsächlich gegen den machtpolitischen Rivalen Deutschland und nicht etwa vorrangig gegen den Nationalsozialismus gerichtet war.

Gegen die These, die in Deutschland vorhandenen nationalistischen Tendenzen seien während des »Dritten Reiches« radikalisiert worden, wendet sich Michael Geyer mit der provozierenden Formulierung: »Je mehr wir über den Nationalismus im Ersten Weltkrieg und danach wissen, desto weniger können wir behaupten, die Nationalsozialisten hätten vorher bestehende Strukturen radikalisiert – denn es gab in dieser Beziehung nichts zu radikalisieren« (S. 259). Konsequenterweise vertritt Geyer die anregende Auffassung, Hitler sei mit seinem »Programm« in viel höherem Maße ein »Sozialcharakter« gewesen, als den sogenannten »Intentionalisten« lieb sei, welche die Bedeutung seiner Person für die Entwicklung nach 1933 betonten. Eberhard Kolb plädiert dafür, die Weimarer Republik, anders als dies vor allem in der sogenannten »Sonderwegs-Diskussion« geschieht, nicht immer nur unter dem Bezugspunkt »1933« zu betrachten. Er hält es für geboten, ihr eine höhere Eigenwertigkeit zuzubilligen.

Den Entwicklungsgang vom »Führerheer« der republikanischen Reichswehr zum schließlich vom »Volksgenossen in Uniform« geprägten »Volksheer« der Wehrmacht zeichnet Jürgen Förster einmal mehr in seinem Beitrag zum vierten Themenbereich (»Das Militär«) nach. Aus dem fünften Abschnitt (»Parteien und Gesellschaft«) sei hier abschließend vor allem auf Josef Henkes außerordentlich materialreiche Untersuchung zum Wahlverhalten in den »katholischen Hochburgen« vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik hingewiesen. Bemerkenswert ist sein Befund, »daß in aller Regel nur katholisch-ländlich strukturierte Gebiete bei der letzten freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 mit Mehrheit demokratisch wählten; eine starke konfessionelle Bindung in traditionell gefestigten Lebensbereichen bewahrte mehrheitlich vor der politischen Verführung durch Rechts- oder Linksradikale« (S. 363).

Am Ende der Gedenkschrift führt ein Verzeichnis der Schriften, Doktoranden und Habilitanden Hillgrubers noch einmal die ebenso umfassende wie beeindruckende Schaffenskraft dieses Gelehrten vor Augen. *Enrico Syring, Allendorf*

Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 8), Oldenbourg Verlag, München 1990, 135 S., kart., 58 DM.

Das Bedürfnis von Fachhistorikern, Geschichtslehrern, Studenten und geschichtlich interessierten Laien, sich über historische Themen und ihre wissenschaftliche Aufarbeitung in der Forschung zuverlässig und schnell zu informieren, hat inzwischen die Oldenbourg-Reihe »Grundriß der Geschichte« zu einem vielbenutzten Standardwerk werden lassen. Dem gleichen Anspruch und dem gleichen inneren Gliederungsprinzip jedes Bandes fühlt

Ereignisse im ehemaligen »Ostblock« und die Golfkrise, so wäre dem aus der Sicht des Jahres 1990 hinzuzufügen, scheinen jedoch den Spielraum in der Mitte Europas wieder zu vergrößern.

Dem »Rapallo-Mythos«, hier verstanden als Versuch eines »Dritten Weges« zwischen Ost und West, und seinem Einfluß auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1922 widmet sich Axel Frohn im zweiten Themenbereich (»Deutschland und einzelne Mächte«). Er kommt zu dem Ergebnis, dieser habe erst nach 1945 tatsächlich politische Wirkungsmächtigkeit entfaltet. Die daraus resultierenden Bedenken seien durch Adenauers Politik der Westbindung rasch ausgeräumt worden. Und Rainer A. Blasius weist noch einmal darauf hin, daß die politische Kriegführung Großbritanniens in den Jahren zwischen 1939 und 1943 letztendlich tatsächlich gegen den machtpolitischen Rivalen Deutschland und nicht etwa vorrangig gegen den Nationalsozialismus gerichtet war.

Gegen die These, die in Deutschland vorhandenen nationalistischen Tendenzen seien während des »Dritten Reiches« radikalisiert worden, wendet sich Michael Geyer mit der provozierenden Formulierung: »Je mehr wir über den Nationalismus im Ersten Weltkrieg und danach wissen, desto weniger können wir behaupten, die Nationalsozialisten hätten vorher bestehende Strukturen radikalisiert – denn es gab in dieser Beziehung nichts zu radikalisieren« (S. 259). Konsequenterweise vertritt Geyer die anregende Auffassung, Hitler sei mit seinem »Programm« in viel höherem Maße ein »Sozialcharakter« gewesen, als den sogenannten »Intentionalisten« lieb sei, welche die Bedeutung seiner Person für die Entwicklung nach 1933 betonten. Eberhard Kolb plädiert dafür, die Weimarer Republik, anders als dies vor allem in der sogenannten »Sonderwegs-Diskussion« geschieht, nicht immer nur unter dem Bezugspunkt »1933« zu betrachten. Er hält es für geboten, ihr eine höhere Eigenwertigkeit zuzubilligen.

Den Entwicklungsgang vom »Führerheer« der republikanischen Reichswehr zum schließlich vom »Volksgenossen in Uniform« geprägten »Volksheer« der Wehrmacht zeichnet Jürgen Förster einmal mehr in seinem Beitrag zum vierten Themenbereich (»Das Militär«) nach. Aus dem fünften Abschnitt (»Parteien und Gesellschaft«) sei hier abschließend vor allem auf Josef Henkes außerordentlich materialreiche Untersuchung zum Wahlverhalten in den »katholischen Hochburgen« vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik hingewiesen. Bemerkenswert ist sein Befund, »daß in aller Regel nur katholisch-ländlich strukturierte Gebiete bei der letzten freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 mit Mehrheit demokratisch wählten; eine starke konfessionelle Bindung in traditionell gefestigten Lebensbereichen bewahrte mehrheitlich vor der politischen Verführung durch Rechts- oder Linksradikale« (S. 363).

Am Ende der Gedenkschrift führt ein Verzeichnis der Schriften, Doktoranden und Habilitanden Hillgrubers noch einmal die ebenso umfassende wie beeindruckende Schaffenskraft dieses Gelehrten vor Augen. *Enrico Syring, Allendorf*

Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 8), Oldenbourg Verlag, München 1990, 135 S., kart., 58 DM.

Das Bedürfnis von Fachhistorikern, Geschichtslehrern, Studenten und geschichtlich interessierten Laien, sich über historische Themen und ihre wissenschaftliche Aufarbeitung in der Forschung zuverlässig und schnell zu informieren, hat inzwischen die Oldenbourg-Reihe »Grundriß der Geschichte« zu einem vielbenutzten Standardwerk werden lassen. Dem gleichen Anspruch und dem gleichen inneren Gliederungsprinzip jedes Bandes fühlt

sich auch die neue »Enzyklopädie deutscher Geschichte« verpflichtet. Marie-Luise Recker, Autorin des 8. Bandes, zeichnet im »Enzyklopädischen Überblick« des ersten Teiles die Grundzüge, Schlüsselereignisse, Wendepunkte, Antriebskräfte und Ziele der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik zwischen 1933 und 1945 mit knappen und prägnanten Strichen nach. Sie deutet, wo notwendig, die Verklammerung der Außenpolitik mit dem – an sich einem Parallelband vorbehaltenen – NS-Herrschaftssystem sowie ihre Einbettung in die internationalen Abläufe an und läßt den Teil ausklingen mit einer grundsätzlichen Bewertung dieser Außenpolitik in historischer Perspektive »zwischen Revision, Expansion und ›Lebensraum‹-Krieg«.

Von mindestens gleichem, wenn nicht höherem Wert für den Benutzer dürfte auch in dieser Reihe wieder der fundierte und perspektivreiche Leitfaden in die »Grundprobleme und Tendenzen der Forschung« im zweiten Teil des Buches sein. Die Autorin stellt in einer bemerkenswert ausgewogenen und fairen Weise, ohne ihre begründeten eigenen Präferenzen zu verleugnen, die unterschiedlichen Positionen in der Gesamtdeutung nationalsozialistischer Außenpolitik dar. Dies gilt für die bis heute umstrittene Einschätzung von Hitlers »Programm« und seiner handlungsorientierenden Verbindlichkeit, für die Beurteilung der mit Außenpolitik befaßten Akteure und Institutionen und ihres jeweiligen Gewichtes in den Entscheidungsprozessen sowie für die Einordnung des Dritten Reiches in die deutsche und europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie hebt nuanciert die traditionellen Elemente des deutschen Expansionismus gegen seine radikale Dynamisierung und Übersteigerung durch Rassenideologie und Lebensraum-Utopien ab, diskutiert Kontinuitäten und Bruchzonen und markiert die Desiderate der Forschung: etwa eine Gesamtdarstellung der Struktur und Politik des Auswärtigen Amtes oder eine Rekonstruktion der – freilich oft sehr informell ablaufenden und nur fragmentiert überlieferten – außenpolitischen Entscheidungsprozesse sowie ihrer jeweiligen äußeren und inneren Bedingungsfaktoren. Mit der Einführung in die wichtigsten Quellenpublikationen und Standardwerke wird zugleich ein Überblick über die Literatur zu einzelnen Aspekten der auswärtigen Beziehungen vermittelt. Das Kapitel über die »außenpolitischen Konzeptionen des deutschen Widerstandes« gibt Anlaß, relativ ausführlich auf den »Zweifelsfall von Weizsäcker« (H. Mommsen) im Rahmen des außenpolitischen Widerstandes einzugehen und zugleich eine noch ausstehende Gesamtwürdigung der außenpolitischen Konzeptionen der deutschen Widerstandsbewegung anzumahnen.

Besonders gelungen ist die konzentrierte Auffächerung der »Kontroversen um wichtige Einzelpunkte« wie die Kontinuität 1933, das »Wendejahr« 1937, den Kriegsbeginn 1939 oder die Kriegserklärung an die USA 1941. Der aus Anlaß des 50. Jahrestages wieder heftig entbrannte Streit um den angeblichen Präventivcharakter des deutschen Überfalles auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wird mit aller gebotenen Eindeutigkeit auf den seriösen wissenschaftlichen Kern dessen reduziert, was Quellen, Archive und Fakten über die Beweggründe Hitlers heute wirklich hergeben. Vermutungen und Rätselraten über die angeblich offensiven und kriegerischen Absichten Stalins im Sommer 1941, denen Hitler nur um wenige Wochen oder Monate zuvorgekommen sein soll, werden mit Recht solange in den Bereich des Hypothetischen verwiesen, als uns die sowjetischen Archive nicht restlos zugänglich sind. Allerdings bleibt auch dann nicht ausgeschlossen, daß diese Archive irgendwann einmal von die sowjetische Seite besonders belastenden Dokumenten »gereinigt« worden sind.

Reckers Buch zeichnet sich durch hohe Sachkompetenz, eine umsichtige Argumentation und die Fähigkeit zu klaren und eindeutigen Aussagen aus. Sie sind auch für den historischen Laien verständlich und nachvollziehbar. Kritische Anmerkungen sind kaum der Autorin, eher der sehr knappen räumlichen Beschränkung und dem Aufbau der Reihe anzulasten. Es fragt sich, ob es sinnvoll war, wirtschaftsimperialistische und großraumpolitische Zusammenhänge – etwa Schachts »Neuen Plan« und den Aufbau eines »Informal Empire«

in Südosteuropa – trotz ihrer essentiellen Verschränkung mit den politischen und diplomatischen Vorgängen aus dem Darstellungsteil fast ganz auszuklammern und in den Forschungsbericht zu verlagern. Daß Hitler angeblich »schnell« (S. 26) auf Stalins Sondierungen wegen einer Annäherung an Berlin eingegangen sein soll, widerspricht eindeutig der Tatsache, daß ein Bündnis mit Moskau für ihn bis Ende Juli 1939 nur die – auffallend zögernd anvisierte – »zweite Wahl« gegenüber dem angestrebten Bündnis mit Japan und dem Ausgleich mit Großbritannien gewesen ist. Die konzeptionell vorgegebene Konzentration auf die nationalsozialistische Außenpolitik läßt im Überblicksteil in der ersten Hälfte des Buches ihre Einbindung sowohl in die Dynamik der NS-Herrschaftsordnung und ihrer inneren Determinanten als auch in den Gesamtzusammenhang des internationalen Mächtesystems, die noch, wie die Autorin mit Recht kritisch anmerkt (S. 78), gründlich aufgearbeitet werden muß, gerade in der Dialektik von Aktion und Reaktion zu wenig deutlich werden. Recker scheint den vorgegebenen Rahmen selbst als Fessel empfunden zu haben (vgl. S. 78 und S. 86). Ihre eigene darstellerische Leistung in diesem empfehlenswerten Buch bleibt davon selbstverständlich unberührt. *Bernd Jürgen Wendt, Hamburg*

Ingeborg Fleischhauer, Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Ullstein-Verlag, Frankfurt/Main 1990, 552 S., 8 Abb., geb., 58 DM.

Der Abschluß des sogenannten »Hitler-Stalin-Paktes« vom 23. August 1939 rief seinerzeit weltweite Bestürzung hervor, hatten sich doch die beiden daran beteiligten Mächte bis zu jenem Zeitpunkt als ideologische »Todfeinde« gebärdet. Noch heute ist nicht endgültig geklärt, auf wen die Initiative zurückging, die zu jener überraschenden Annäherung führte. Auf Hitler? Auf Stalin? Oder bewegten sich am Ende beide Diktatoren aufeinander zu? Die Frage ist noch immer von immenser gegenwartspolitischer Brisanz, geht es doch bei ihrer Beantwortung stets auch um den Anteil der sowjetischen Mitverantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Es ist darum kaum verwunderlich, daß auch die fachwissenschaftliche Kontroverse darüber teilweise mit Erbitterung geführt wird.

Die Bonner Historikerin Ingeborg Fleischhauer, die insbesondere durch eine Untersuchung zu den während des Zweiten Weltkrieges ausgestreckten Friedensfühlern bekannt geworden ist, wendet sich dezidiert gegen jene Interpretation des Geschehens, die in Stalin den Initiator sieht. Aber auch den beiden übrigen gängigen Auffassungen vermag sie sich nicht anzuschließen. Gestützt auf eine Reihe neuer Quellen, unter denen vor allem der Nachlaß des damaligen deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, hervorzuheben ist, versucht sie vielmehr den Nachweis zu führen, daß die deutsche Ost-Diplomatie, vor allem die deutsche Botschaft in Moskau, zunächst auf eigene Faust eine deutsch-sowjetische Annäherung betrieb. Unter dem Eindruck des Münchener Abkommens sowie der sich seitdem erneut zuspitzenden europäischen Spannungen sei man bestrebt gewesen, gleichzeitig auch auf ein französisch-amerikanisch-russisches Arrangement hinzuarbeiten. Das Ziel all dieser Aktivitäten sei es gewesen, Hitler den Weg zu einer kriegerischen Lösung der Polenfrage zu verbauen und eine stabile Friedensordnung zu erreichen. Der deutsche Diktator habe auf die ihm durch seine Botschaft angebotenen Kontakte, deren Hintersinn ihm natürlich vorenthalten wurde, zunächst lange Zeit sehr zurückhaltend reagiert. Sie seien von ihm erst dann aufgegriffen und mit völlig veränderter Zielsetzung vorangetrieben worden, als die Frist für die von ihm für das Jahr 1939 angestrebte militärische Zerschlagung Polens immer knapper wurde, die Haltung der Westmächte ihm jedoch nach wie vor letztlich unkalkulierbar erschien. In dieser Situation hoffte er, durch eine Verständigung mit der Sowjetunion die Westmächte Großbritannien

in Südosteuropa – trotz ihrer essentiellen Verschränkung mit den politischen und diplomatischen Vorgängen aus dem Darstellungsteil fast ganz auszuklammern und in den Forschungsbericht zu verlagern. Daß Hitler angeblich »schnell« (S. 26) auf Stalins Sondierungen wegen einer Annäherung an Berlin eingegangen sein soll, widerspricht eindeutig der Tatsache, daß ein Bündnis mit Moskau für ihn bis Ende Juli 1939 nur die – auffallend zögernd anvisierte – »zweite Wahl« gegenüber dem angestrebten Bündnis mit Japan und dem Ausgleich mit Großbritannien gewesen ist. Die konzeptionell vorgegebene Konzentration auf die nationalsozialistische Außenpolitik läßt im Überblicksteil in der ersten Hälfte des Buches ihre Einbindung sowohl in die Dynamik der NS-Herrschaftsordnung und ihrer inneren Determinanten als auch in den Gesamtzusammenhang des internationalen Mächtesystems, die noch, wie die Autorin mit Recht kritisch anmerkt (S. 78), gründlich aufgearbeitet werden muß, gerade in der Dialektik von Aktion und Reaktion zu wenig deutlich werden. Recker scheint den vorgegebenen Rahmen selbst als Fessel empfunden zu haben (vgl. S. 78 und S. 86). Ihre eigene darstellerische Leistung in diesem empfehlenswerten Buch bleibt davon selbstverständlich unberührt. *Bernd Jürgen Wendt, Hamburg*

Ingeborg Fleischhauer, Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Ullstein-Verlag, Frankfurt/Main 1990, 552 S., 8 Abb., geb., 58 DM.

Der Abschluß des sogenannten »Hitler-Stalin-Paktes« vom 23. August 1939 rief seinerzeit weltweite Bestürzung hervor, hatten sich doch die beiden daran beteiligten Mächte bis zu jenem Zeitpunkt als ideologische »Todfeinde« gebärdet. Noch heute ist nicht endgültig geklärt, auf wen die Initiative zurückging, die zu jener überraschenden Annäherung führte. Auf Hitler? Auf Stalin? Oder bewegten sich am Ende beide Diktatoren aufeinander zu? Die Frage ist noch immer von immenser gegenwartspolitischer Brisanz, geht es doch bei ihrer Beantwortung stets auch um den Anteil der sowjetischen Mitverantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Es ist darum kaum verwunderlich, daß auch die fachwissenschaftliche Kontroverse darüber teilweise mit Erbitterung geführt wird.

Die Bonner Historikerin Ingeborg Fleischhauer, die insbesondere durch eine Untersuchung zu den während des Zweiten Weltkrieges ausgestreckten Friedensfühlern bekannt geworden ist, wendet sich dezidiert gegen jene Interpretation des Geschehens, die in Stalin den Initiator sieht. Aber auch den beiden übrigen gängigen Auffassungen vermag sie sich nicht anzuschließen. Gestützt auf eine Reihe neuer Quellen, unter denen vor allem der Nachlaß des damaligen deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, hervorzuheben ist, versucht sie vielmehr den Nachweis zu führen, daß die deutsche Ost-Diplomatie, vor allem die deutsche Botschaft in Moskau, zunächst auf eigene Faust eine deutsch-sowjetische Annäherung betrieb. Unter dem Eindruck des Münchener Abkommens sowie der sich seitdem erneut zuspitzenden europäischen Spannungen sei man bestrebt gewesen, gleichzeitig auch auf ein französisch-amerikanisch-russisches Arrangement hinzuarbeiten. Das Ziel all dieser Aktivitäten sei es gewesen, Hitler den Weg zu einer kriegerischen Lösung der Polenfrage zu verbauen und eine stabile Friedensordnung zu erreichen. Der deutsche Diktator habe auf die ihm durch seine Botschaft angebotenen Kontakte, deren Hintersinn ihm natürlich vorenthalten wurde, zunächst lange Zeit sehr zurückhaltend reagiert. Sie seien von ihm erst dann aufgegriffen und mit völlig veränderter Zielsetzung vorangetrieben worden, als die Frist für die von ihm für das Jahr 1939 angestrebte militärische Zerschlagung Polens immer knapper wurde, die Haltung der Westmächte ihm jedoch nach wie vor letztlich unkalkulierbar erschien. In dieser Situation hoffte er, durch eine Verständigung mit der Sowjetunion die Westmächte Großbritannien

und Frankreich von einem Eingreifen in den fest anvisierten deutsch-polnischen Krieg abschrecken zu können. Fleischhauer hebt ausdrücklich hervor, daß der Abschluß des Paktes in seiner vorliegenden Form allein auf die von Hitler in eben dieser Absicht hektisch vorangetriebene Entwicklung zurückzuführen sei.

Es war der Bonner Historikerin erstmals möglich, in größerem Umfang auch sowjetische Archivalien heranzuziehen. Sie kann daher nachzeichnen, wie die Führung der UdSSR buchstäblich bis zur letzten Sekunde die Einigung mit den Westmächten angestrebt hat und erst dann auf die deutschen Offerten einging, als an der nur dilatorischen Verhandlungsführung der britisch-französischen Delegation nicht mehr der geringste Zweifel bestehen konnte. Gleichwohl bleibt die Frage, welches außenpolitische Kalkül die Sowjetregierung in dieser Zeit verfolgte, nach wie vor offen. Fleischhauer betont mehrfach, wie gut Stalin über die Gegebenheiten der deutschen Politik unterrichtet gewesen sei. Es scheint daher kaum vorstellbar, daß er, wie sie wiederholt behauptet, den von deutscher Seite vorgebrachten Beteuerungen, man sei noch immer vorrangig bestrebt, die Polenfrage auf friedlichem Wege zu lösen, tatsächlich geglaubt haben sollte. So naiv dürfte der sowjetische Diktator schwerlich gewesen sein.

In ihrer Schlußbetrachtung räumt die Bonner Historikerin schließlich ein, daß insbesondere Stalins »Wissen und Wollen« noch der genaueren Erforschung bedürfe. Es wäre wünschenswert gewesen, sie hätte dies auch schon in ihrer Darstellung in gleicher Deutlichkeit als noch offene Frage gekennzeichnet. Zumal von seiten sowjetischer Historiker mittlerweile sogar von einer »imperialen Vision« Stalins die Rede ist, wird Fleischhauers Interpretation der sowjetischen Außenpolitik als einer konsequent defensiv-friedlichen dagegen sicherlich noch der Überprüfung bedürfen. Sie hat in ihrem Buch neue Einblicke in den technischen Vollzug der Annäherung eröffnet, eine letzte Antwort auf das hinter der sowjetischen Haltung stehende Kalkül konnte sie noch nicht geben. *Enrico Syring, Allendorf*

Ralf Georg Reuth, Goebbels, Piper Verlag, München 1990, 760 S., 32 Abb., Ln., 68 DM.

In der neuesten Goebbels-Biographie stützt sich Reuth außer auf bekannte Zeugnisse auf drei Säulen seither noch nicht vollständig ausgewerteter Quellen: auf den Nachlaß der Goebbels-Papiere aus der Zeit vor 1924, auf die Goebbels-Tagebücher und auf Unterlagen zu Gerichtsverfahren in der Berliner »Kampfzeit«. Die Absicht Reuths besteht darin, eine »vorwiegend an den Quellen orientierte Chronik« über das Leben des Joseph Goebbels niederzuschreiben. In 15 Kapiteln entwirft er ein spannungsgeladenes Lebensbild eines hitlergläubigen und von Judenhaß erfüllten Fanatikers. Die Kapitelüberschriften in Form von Goebbels-Zitaten enthalten einige seiner Grundüberzeugungen in den betreffenden Zeitabschnitten. In neun Kapiteln mit rund 250 Seiten werden sein Lebensschicksal und seine politischen Aktivitäten vor 1933 geschildert. Sechs Kapitel mit rund 350 Seiten behandeln hauptsächlich seinen Einsatz als Gefolgsmann Hitlers nach der »Machtergreifung«. Rund 100 Seiten Anmerkungen bringen nicht nur Belege, sondern auch Querverweise und weiterführende Erläuterungen, weniger Bemerkungen zu Interpretationsdifferenzen und Kontroversen der Forschung.

Ein großer Vorzug der Darstellung Reuths liegt darin, daß die Fülle der persönlich-privaten und regional-politischen Ereignisse um den nach Hitler »treuen und unerschütterlichen Schildknappen der Partei« in den größeren Zusammenhang der historischen Entwicklung eingebettet werden. So sehr die Erwähnung der Koinzidenz der Ereignisse von Vorteil ist, bei der retrospektiven Betrachtung besteht aber auch die Gefahr, daß die Leser zu Assozia-

und Frankreich von einem Eingreifen in den fest anvisierten deutsch-polnischen Krieg abschrecken zu können. Fleischhauer hebt ausdrücklich hervor, daß der Abschluß des Paktes in seiner vorliegenden Form allein auf die von Hitler in eben dieser Absicht hektisch vorangetriebene Entwicklung zurückzuführen sei.

Es war der Bonner Historikerin erstmals möglich, in größerem Umfang auch sowjetische Archivalien heranzuziehen. Sie kann daher nachzeichnen, wie die Führung der UdSSR buchstäblich bis zur letzten Sekunde die Einigung mit den Westmächten angestrebt hat und erst dann auf die deutschen Offerten einging, als an der nur dilatorischen Verhandlungsführung der britisch-französischen Delegation nicht mehr der geringste Zweifel bestehen konnte. Gleichwohl bleibt die Frage, welches außenpolitische Kalkül die Sowjetregierung in dieser Zeit verfolgte, nach wie vor offen. Fleischhauer betont mehrfach, wie gut Stalin über die Gegebenheiten der deutschen Politik unterrichtet gewesen sei. Es scheint daher kaum vorstellbar, daß er, wie sie wiederholt behauptet, den von deutscher Seite vorgebrachten Beteuerungen, man sei noch immer vorrangig bestrebt, die Polenfrage auf friedlichem Wege zu lösen, tatsächlich geglaubt haben sollte. So naiv dürfte der sowjetische Diktator schwerlich gewesen sein.

In ihrer Schlußbetrachtung räumt die Bonner Historikerin schließlich ein, daß insbesondere Stalins »Wissen und Wollen« noch der genaueren Erforschung bedürfe. Es wäre wünschenswert gewesen, sie hätte dies auch schon in ihrer Darstellung in gleicher Deutlichkeit als noch offene Frage gekennzeichnet. Zumal von seiten sowjetischer Historiker mittlerweile sogar von einer »imperialen Vision« Stalins die Rede ist, wird Fleischhauers Interpretation der sowjetischen Außenpolitik als einer konsequent defensiv-friedlichen dagegen sicherlich noch der Überprüfung bedürfen. Sie hat in ihrem Buch neue Einblicke in den technischen Vollzug der Annäherung eröffnet, eine letzte Antwort auf das hinter der sowjetischen Haltung stehende Kalkül konnte sie noch nicht geben. *Enrico Syring, Allendorf*

Ralf Georg Reuth, Goebbels, Piper Verlag, München 1990, 760 S., 32 Abb., Ln., 68 DM.

In der neuesten Goebbels-Biographie stützt sich Reuth außer auf bekannte Zeugnisse auf drei Säulen seither noch nicht vollständig ausgewerteter Quellen: auf den Nachlaß der Goebbels-Papiere aus der Zeit vor 1924, auf die Goebbels-Tagebücher und auf Unterlagen zu Gerichtsverfahren in der Berliner »Kampfzeit«. Die Absicht Reuths besteht darin, eine »vorwiegend an den Quellen orientierte Chronik« über das Leben des Joseph Goebbels niederzuschreiben. In 15 Kapiteln entwirft er ein spannungsgeladenes Lebensbild eines hitlergläubigen und von Judenhaß erfüllten Fanatikers. Die Kapitelüberschriften in Form von Goebbels-Zitaten enthalten einige seiner Grundüberzeugungen in den betreffenden Zeitabschnitten. In neun Kapiteln mit rund 250 Seiten werden sein Lebensschicksal und seine politischen Aktivitäten vor 1933 geschildert. Sechs Kapitel mit rund 350 Seiten behandeln hauptsächlich seinen Einsatz als Gefolgsmann Hitlers nach der »Machtergreifung«. Rund 100 Seiten Anmerkungen bringen nicht nur Belege, sondern auch Querverweise und weiterführende Erläuterungen, weniger Bemerkungen zu Interpretationsdifferenzen und Kontroversen der Forschung.

Ein großer Vorzug der Darstellung Reuths liegt darin, daß die Fülle der persönlich-privaten und regional-politischen Ereignisse um den nach Hitler »treuen und unerschütterlichen Schildknappen der Partei« in den größeren Zusammenhang der historischen Entwicklung eingebettet werden. So sehr die Erwähnung der Koinzidenz der Ereignisse von Vorteil ist, bei der retrospektiven Betrachtung besteht aber auch die Gefahr, daß die Leser zu Assozia-

tionen angeregt werden, die dem tatsächlichen zeitlichen Geschehen nicht entsprechen. Der Verfasser vermag außerdem nicht zu vermeiden, daß die Beurteilung der Vorgänge und politischen Abläufe wegen der Einengung des Blickwinkels auf Goebbels manchmal zu einseitig ausfällt. Dies geschieht etwa bei der Entstehung der »Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden und die Einführung des Judensterns« (Sept. 1941), die »Goebbels sogleich« erreicht haben soll, während sie doch ihre ganz eigene Entstehungsgeschichte besaß.

In Konkurrenz zur seither besten Goebbels-Biographie von Helmut Heiber (1962) entwirft Reuth ein Psychogramm, das die facettenreichen Seelenzustände eines Menschen aufdeckt, der die Politik als »Kompensation für seine körperlichen und sozialen Defizite« betrachtete. Zahlreichen Zeugnissen läßt sich entnehmen, welche fundamentale Bedeutung das Element des Glaubens für Goebbels hatte. Unter Hinweis auf seinen »Michael Voormann« (1923) wird die Suche nach einer Orientierung, nach jemandem, der den Weg in eine bessere Zukunft weisen konnte, nachgezeichnet. Der Verfasser macht verständlich, wie Goebbels in der Person Hitlers, dem »großen Trommler zur nationalen Wiedergeburt«, einen Sinn für sein Leben finden konnte. Wiederholt gab Goebbels eigene rational begründete Überzeugungen auf und unterwarf sich vollkommen den Vorstellungen, Planungen und Entscheidungen seines »Führers«. So verhielt sich Goebbels erstmals auf der Bamberger NSDAP-Tagung 1926 schweigsam, obwohl er kurz zuvor noch die Hoffnung gehabt hatte, Hitler auf das Terrain der »sozialistischen« Anschauungen zu locken. Ließ sich diese Kapitulation noch deshalb begreifen, weil Goebbels der Faszination Hitlers erlegen war und diesen als »Inkarnation« der nationalsozialistischen Idee auffaßte, so war die Unterwerfung in den späteren Jahren häufig bloß ein Ausdruck seiner Selbsttäuschung.

Reuth entwirft ein lebendiges Bild von der politisch verrohten Atmosphäre in Berlin. Dort konnte Goebbels durch sein Rede- und Organisationstalent, durch Methoden der Provokation und Diffamierungskampagnen, z. B. gegen den Polizeivizepräsidenten Weiß, und durch die Gründung eines neuen Kampfblattes (»Der Angriff«) für die NSDAP immer größere Erfolge erzielen. Im Reichstag, wo er seit 1928 eher widerwillig Hitlers Legalitätskurs unterstützte, spielte er dagegen nur eine Außenseiterrolle. Manchmal gibt Reuth die Entwicklung der politischen Ereignisse nur nach Goebbels' Tagebucheintragungen wieder, die mit übersteigertem Selbstlob angefüllt sind. Andere Überlieferungen korrigieren jedoch bisweilen den Sachverhalt und entlarven so Goebbels' illusionäre Selbsttäuschung. Für den kritischen Leser ist es deshalb angebracht, immer wieder im Anmerkungsapparat nachzuschlagen, um sich über die Urheber und den Zeitpunkt von angeführten Meinungen und Urteilen zu vergewissern, so z. B. im Zusammenhang mit der Strasser-Krise im Herbst 1932 und hinsichtlich der Formulierungen über Goebbels' Siegeszuversicht.

Die weiteren Stationen seines Aufstiegs führten Goebbels vom Gauleiter von Groß-Berlin (Oktober 1926) und Reichspropagandaleiter (1930), zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (März 1933), zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz (25. 7. 1944) und zum Reichskanzler für einen Tag (30. 4./1. 5. 1945). Dem Verfasser gelingt es, die personale Zusammensetzung des »von Geburt nationalsozialistischen« Ministeriums aufzuzeigen und zu verdeutlichen, welche Differenzen mit Hitler um die Amtsbezeichnung und den Umfang des Aufgabengebietes aufgetreten sind. Bei den Auseinandersetzungen mit dem Reichsinnenminister Frick um die Kompetenzabgrenzungen und mit Ley wegen der Berufsverbände von Künstlern und Presseleuten dürfte es sich allerdings um die Erzeugung eines Spannungsgefüges und um das von Hitler praktizierte darwinistische Prinzip handeln. Es geht dabei nicht, wie der Verfasser meint, um die zuweilen Hitler zugeschriebene Herrschaftstechnik nach dem »Divide-et-impera-Grundsatz«.

Aus dem umfangreichen Betätigungsfeld von Goebbels wird kaum ein Bereich ausgespart. Auch dem Anteil Goebbels' an der »Friedenspropaganda« und an der Verschlei-

erungstaktik der »Wehrhaftmachung« widmet sich Reuths Darstellung. Sie verfolgt das von Goebbels angestrebte Ziel, die Massen solange zu bearbeiten, bis sie den Nationalsozialisten »verfallen« sind, damit auf den neuen Propagandakurs Hitlers im November 1938, auf den Ruf nach Gewalt, umgeschwenkt werden konnte.

Selbstverständlich wird in dem Buch auch über Goebbels' Liebesaffäre (1936–39) mit der um 17 Jahre jüngeren Filmschauspielerin Lida Baarova berichtet, deren persönliches Ergehen nach der von Hitler geforderten Trennung Erwähnung findet. Ebenso versucht der Verfasser, allen von Goebbels seit 1938 und in der Kriegszeit unternommenen Aktivitäten nachzugehen. Obgleich er zunächst nicht mit Hitlers Versuch, sich mit England zu arrangieren, einverstanden war, fügte er sich in seine Rolle als Erfüllungsgehilfe der von Hitler bestimmten Außen- und Kriegspolitik. Dabei wird deutlich, daß Goebbels nur in wenige Planungen Hitlers eingeweiht war und trotz seiner Sorgen wegen eines Zweifrontenkrieges eine »kindliche Abhängigkeit von Hitler« zeigte und auf dessen »strategisches Genie« vertraute.

Einer Kompetenzbeschneidung in der Einwirkung auf die Presse, hervorgerufen durch Hitlers Anweisungen mit Hilfe der »Tagesparolen des Reichspressechefs« Dr. Dietrich aus dem Führerhauptquartier, begegnete Goebbels mit einer täglichen »Befehlsausgabe« in Berlin. Seit Sommer 1942 schien eine »Zusammenarbeit« der beiden Rivalen sichergestellt zu sein. Weitere Einschränkungen der Zuständigkeit auf dem Gebiet der Auslandspropaganda suchte er abzuwehren und einen »anti-sowjetischen Apparat« in Konkurrenz zu Rosenbergs Ostpropaganda aufzubauen.

Auf dem Sektor der Judenverfolgung und deren Vertreibung aus Berlin profilierte sich Goebbels als die treibende Kraft, wie der Verfasser mit immer neuen Vorstößen und planenden Vorbereitungen des Gauleiters belegen kann. Genausogut wird in dem Buch herausgearbeitet, wie Goebbels in immer neuen Anläufen die Notwendigkeit zur Totalisierung des Kriegseinsatzes nicht nur propagiert, sondern auch mit plausiblen Gründen zu untermauern sucht. Er fühlt sich persönlich enttäuscht, weil er noch über ein Jahr auf seine Bestellung zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz (25. 7. 1944) warten mußte. Inzwischen hatte er Hitler in einer Denkschrift versprochen, daß er ihm mit der »inneren Kriegsdiktatur« das Instrument für den Sieg liefern könne.

Die Darstellung Reuths zeigt, wie sich Goebbels immer mehr in seine »Wahnwelt des Glaubens an die Sendung Hitlers« hineinsteigert, der nach seiner Überzeugung imstande ist, das Abendland vor der angeblichen Weltverschwörung des Judentums zu retten. Nach der Niederlage in Stalingrad, nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler und nach schwersten Luftangriffen vermag der Verfasser zu demonstrieren, wie Goebbels persönlich Entscheidungen trifft, Hilfsmaßnahmen organisiert und eine ungeheure propagandistische Intensität zur Stärkung der Widerstandskraft entfaltet. In der allgemeinen Ausweglosigkeit hatte sich »alles an den einzigen fanatischen Willen« geklammert, der sich in Goebbels, diesem »tückischen Zwerg«, personifizierte, wie der Berliner Polizeipräsident von Helldorf bemerkte.

Immer häufiger übernimmt Goebbels die Rolle eines »Volks-Milizionärs«, sucht in aussichtsloser Lage Zuflucht in Analogien der Geschichte und betrachtet Roosevelts Tod (April 1945) als das »Wunder«, die Wende des Krieges, weil dadurch die Feindkoalition zwischen den Plutokratien und dem Bolschewismus zerbrechen werde. Auch die letzten Phasen der trügerischen Selbsttäuschungen in Berlin sowie die Vorgänge um den Mord an den sechs Goebbels-Kindern und um den Selbstmord ihrer Eltern werden in dem Buch geschildert.

Insgesamt gestattet die Lektüre der Goebbels-Biographie dem Leser einen tiefen Einblick in das Wesen des braunen Politagitators und »Predigers« sowie in das Kolorit der zeithistorischen Gegebenheiten. Man kann aber nur mit Bedenken hinnehmen, daß Goebbels, wie im Verlagsprospekt formuliert wird, lediglich die »schillerndste Persönlichkeit

aus der Nazi-Führungsriege« war. Vielmehr verdichten sich nach der Lektüre des Buches die wichtigsten Ergebnisse zu dem Gesamteindruck, daß Goebbels ein gefährlicher und mit krimineller geistiger Energie ausgestatteter Verführer des deutschen Volkes war und ein radikaler Menschenverächter. Eine Lektüre von Reuths Goebbels-Biographie kann jedem politisch-historisch Interessierten unbedingt empfohlen werden, weil das Buch wesentlich zum besseren Verständnis der damaligen Zeit und der handelnden Personen beiträgt, zumal im Rückblick viele Geschehnisse nur schwer zu begreifen sind.

Günter Neliba, Rüsselsheim

Callum MacDonald, Heydrich. Anatomie eines Attentats. Aus dem Englischen von Christian Spiel, Paul List Verlag, München 1990, 288 S., geb., 39,80 DM.

Als Reinhard Heydrich am Morgen des 27. Mai 1942 um eine Steilkurve im Prager Vorort Holešovice bog, warf ein Attentäter eine Bombe auf seinen Wagen. Acht Tage später erlag Heydrich seinen Verletzungen. Über dieses einzige geglückte Attentat auf einen hohen Vertreter Hitlerdeutschlands und seine Hintergründe ist seitdem viel spekuliert worden. Der britische Historiker Callum MacDonald hat nun eine Studie vorgelegt, die dieses Attentat auf der Basis unveröffentlichter Quellen »in den richtigen Kontext zu rücken« (S. 7 f.) beabsichtigt. Das eigentliche Attentat nimmt dabei nur einen vergleichsweise geringen Raum ein. Vielmehr entwickelt MacDonald die verschiedenen nebeneinanderher- und aufeinanderzulaufenden Fäden, die sich am 27. Mai 1942 kreuzten.

Der 1904 geborene Heydrich machte seit 1931/33 Karriere in Heinrich Himmlers SS. Als ehrgeiziger und technokratisch-intelligenter Einzelgänger war er maßgeblich an der Eroberung des Polizeiapparates durch die SS beteiligt und nahm als Chef des Reichssicherheitshauptamtes seit 1939 eine Schlüsselstellung im Reich ein. An höheren Aufgaben interessiert, intrigierte er 1941 gegen Konstantin Freiherr von Neurath, den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (der 1939 okkupierten Tschechei). Der nahm zwar kaum Einfluß auf die politischen Tagesgeschäfte, stand zusammen mit den konservativen Beamten seiner Kanzlei jedoch der uneingeschränkten Machtentfaltung der SS im Wege. Hitler, der Heydrich stets besondere Gunst entgegenbrachte, beurlaubte Neurath und ernannte Heydrich, der zur selben Zeit an der »Endlösung der Judenfrage« arbeitete, zum stellvertretenden und eigentlichen Reichsprotektor. Dieser zerschlug mit einer Verhaftungs- und Hinrichtungswelle weite Kreise des tschechischen Widerstandes und versuchte die Bevölkerung mit einer Mischung aus Härte und Konzessionsbereitschaft zur Kollaboration zu bewegen.

Die Ausführungen über Heydrich kranken allerdings daran, daß eine fundierte Biographie über ihn noch immer ein Desiderat der Forschung darstellt. Auf mitunter dünner und zweifelhafter Literaturgrundlage schleichen sich manche sachlichen wie darstellerischen Schwächen ein: Görings Anweisung an Heydrich zur Vorbereitung der »Endlösung der Judenfrage« vom 31. Juli 1941 z. B. stammte nicht von Göring (S. 58), sondern von Heydrich selbst. Und höchstens auf Memoirenliteratur basierende Aussagen wie »Himmler und Heydrich [. . .] träumten davon« (S. 64) sowie minutiöse Details (z. B. S. 180) provozieren wissenschaftliche Skepsis. In diesem Zusammenhang stört auch der kaum brauchbare Apparat von Anmerkungen, die, ohne Verweisziffern am Ende des Buches zusammengefaßt, auf Verdacht zu suchen sind.

Neue und fundierte Erkenntnisse vermittelt das Buch in den Passagen, die auf MacDonalds eigene Forschungen zurückgehen, und die richten sich vor allem auf die tschechische Exilregierung in England. Nach der Münchener Konferenz vom Herbst 1938, auf der Hitler das bis dahin tschechoslowakische Sudetenland zugesprochen wurde, trat Staatspräsi-

aus der Nazi-Führungsriege« war. Vielmehr verdichten sich nach der Lektüre des Buches die wichtigsten Ergebnisse zu dem Gesamteindruck, daß Goebbels ein gefährlicher und mit krimineller geistiger Energie ausgestatteter Verführer des deutschen Volkes war und ein radikaler Menschenverächter. Eine Lektüre von Reuths Goebbels-Biographie kann jedem politisch-historisch Interessierten unbedingt empfohlen werden, weil das Buch wesentlich zum besseren Verständnis der damaligen Zeit und der handelnden Personen beiträgt, zumal im Rückblick viele Geschehnisse nur schwer zu begreifen sind.

Günter Neliba, Rüsselsheim

Callum MacDonald, Heydrich. Anatomie eines Attentats. Aus dem Englischen von Christian Spiel, Paul List Verlag, München 1990, 288 S., geb., 39,80 DM.

Als Reinhard Heydrich am Morgen des 27. Mai 1942 um eine Steilkurve im Prager Vorort Holešovice bog, warf ein Attentäter eine Bombe auf seinen Wagen. Acht Tage später erlag Heydrich seinen Verletzungen. Über dieses einzige geglückte Attentat auf einen hohen Vertreter Hitlerdeutschlands und seine Hintergründe ist seitdem viel spekuliert worden. Der britische Historiker Callum MacDonald hat nun eine Studie vorgelegt, die dieses Attentat auf der Basis unveröffentlichter Quellen »in den richtigen Kontext zu rücken« (S. 7 f.) beabsichtigt. Das eigentliche Attentat nimmt dabei nur einen vergleichsweise geringen Raum ein. Vielmehr entwickelt MacDonald die verschiedenen nebeneinanderher- und aufeinanderzulaufenden Fäden, die sich am 27. Mai 1942 kreuzten.

Der 1904 geborene Heydrich machte seit 1931/33 Karriere in Heinrich Himmlers SS. Als ehrgeiziger und technokratisch-intelligenter Einzelgänger war er maßgeblich an der Eroberung des Polizeiapparates durch die SS beteiligt und nahm als Chef des Reichssicherheitshauptamtes seit 1939 eine Schlüsselstellung im Reich ein. An höheren Aufgaben interessiert, intrigierte er 1941 gegen Konstantin Freiherr von Neurath, den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (der 1939 okkupierten Tschechei). Der nahm zwar kaum Einfluß auf die politischen Tagesgeschäfte, stand zusammen mit den konservativen Beamten seiner Kanzlei jedoch der uneingeschränkten Machtentfaltung der SS im Wege. Hitler, der Heydrich stets besondere Gunst entgegenbrachte, beurlaubte Neurath und ernannte Heydrich, der zur selben Zeit an der »Endlösung der Judenfrage« arbeitete, zum stellvertretenden und eigentlichen Reichsprotektor. Dieser zerschlug mit einer Verhaftungs- und Hinrichtungswelle weite Kreise des tschechischen Widerstandes und versuchte die Bevölkerung mit einer Mischung aus Härte und Konzessionsbereitschaft zur Kollaboration zu bewegen.

Die Ausführungen über Heydrich kranken allerdings daran, daß eine fundierte Biographie über ihn noch immer ein Desiderat der Forschung darstellt. Auf mitunter dünner und zweifelhafter Literaturgrundlage schleichen sich manche sachlichen wie darstellerischen Schwächen ein: Görings Anweisung an Heydrich zur Vorbereitung der »Endlösung der Judenfrage« vom 31. Juli 1941 z. B. stammte nicht von Göring (S. 58), sondern von Heydrich selbst. Und höchstens auf Memoirenliteratur basierende Aussagen wie »Himmler und Heydrich [. . .] träumten davon« (S. 64) sowie minutiöse Details (z. B. S. 180) provozieren wissenschaftliche Skepsis. In diesem Zusammenhang stört auch der kaum brauchbare Apparat von Anmerkungen, die, ohne Verweisziffern am Ende des Buches zusammengefaßt, auf Verdacht zu suchen sind.

Neue und fundierte Erkenntnisse vermittelt das Buch in den Passagen, die auf MacDonalds eigene Forschungen zurückgehen, und die richten sich vor allem auf die tschechische Exilregierung in England. Nach der Münchener Konferenz vom Herbst 1938, auf der Hitler das bis dahin tschechoslowakische Sudetenland zugesprochen wurde, trat Staatspräsi-

dent Eduard Beneš unter deutschem Druck zurück und emigrierte nach England. Einen Tag vor der deutschen Besetzung Prags folgte ihm der tschechische Geheimdienstchef František Moravec mit seinem engsten Stab. In dieser Zeit begann die Bildung einer tschechoslowakischen Exilregierung unter Beneš in London. Seither (so MacDonald) hoffte Beneš, »der ähnlich wie de Gaulle glaubte, daß er wie kein anderer den Geist der Nation verkörpere« (S. 175), auf einen europäischen Krieg, in dem eine alliierte Koalition Hitler niederwerfen und so die Wiederherstellung des tschechoslowakischen Einheitsstaates ermöglichen werde. Daneben trieb Beneš die permanente Bemühung um, seine Autorität gegenüber den Alliierten und der Heimat, dort vor allem gegen die Kommunisten, aufrechtzuerhalten. Die Alliierten versorgte er dafür mit Informationen seines Geheimdienstes, der einen Zuträger in der deutschen Abwehr besaß. Doch nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 stieg der alliierte Druck auf Beneš und die Tschechen, sich stärker am Abwehrkampf gegen Hitler zu beteiligen. So faßte Beneš, nachdem er Attentate wegen der zu erwartenden deutschen Repressionen immer abgelehnt hatte, im Oktober 1941 den Plan, ein spektakuläres Attentat auf einen hochrangigen Vertreter des NS-Regimes verüben zu lassen. Zu diesem Zweck griff er auf die in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst ausgebildeten tschechischen Fallschirmagenten zurück. Sie sollten über der Tschechei abspringen und in verschiedenen Operationsgruppen den Funkverkehr nach London wiederherstellen, Sabotageakte und das Attentat durchführen, für das Heydrich ausersehen wurde, und das den Namen »Anthropoid« erhielt. Am 28. Dezember wurden die Agenten Josef Gabčík und Jan Kubiš zusammen mit zwei Operationsteams abgesetzt. Der »inhärente Widerspruch zwischen diesen Aufgaben« (S. 160) ist dabei wohl weder Beneš noch Moravec bewußt geworden, denn aufgrund der zu erwartenden deutschen Maßnahmen gegen Sabotageakte wie erst recht nach einem Attentat lag eine Reorganisation der Informationsbeschaffung außerhalb des Möglichen. Andere, Exilpolitiker wie heimische Untergrundaktivisten, distanzierten sich unterdessen aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen und aufgrund des Scheiterns der ersten Fallschirmaktionen von der Operation »Anthropoid«, die »zu einem Zankapfel in der Exilsgemeinschaft« (S. 199) und im tschechischen Untergrund wurde. Beneš widerrief den Befehl jedoch nicht mehr, und am 27. Mai 1942 führten Gabčík und Kubiš das Attentat aus, das aufgrund einer Ladehemmung von Gabcíks Waffe beinahe mißglückt wäre.

Die deutsche Führung reagierte zunächst mit Judendeportationen und Massenerschießungen in der Tschechei. Aufgrund einer tragischen Verwechslung geriet das Dorf Lidice in den Verdacht, Fallschirmagenten versteckt zu haben. Trotz gegenteiligen Befundes der Gestapo wurde das Dorf am 9. Juni ausgelöscht; zwei Wochen später widerfuhr dem Dorf Ležáky dasselbe Schicksal. Die Attentäter, die sich in der Prager Karel-Boromejský-Kirche versteckt hatten, wurden aufgrund des Verrats eines übergelaufenen Fallschirmagenten gestellt und begingen schließlich Selbstmord. Im Laufe des Sommers töteten die Deutschen, so MacDonalds erstaunlich hohe Angabe, 5000 Tschechen, darunter sämtliche Fallschirmagenten. Die letzten Reste des Widerstandes wurden zerschlagen und der Widerstandswille der Tschechen bis 1944 gebrochen. Die Exilregierung hielt sich seither zurück, Opfer von der Bevölkerung zu verlangen. Eine alliierte Sympathiewelle machte das Attentat zu einem Erfolg für die Exilregierung, die »diplomatische Geländegewinne« (S. 252) bei den Alliierten verbuchen konnte, was die Garantie der Souveränität der Tschechoslowakei und die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Krieg betraf. Die Auswirkungen des Attentats waren von höchst ambivalenter Natur, und aus Angst vor dem Vorwurf, ein Blutbad auf Kosten seines Volkes angerichtet zu haben, bestritt Beneš späterhin seinen federführenden Anteil an »Anthropoid«.

Trotz einzelner Schwächen hat Callum MacDonald insgesamt eine gut geschriebene und gut übersetzte Studie vorgelegt, die ein facetten- und perspektivenreiches Spektrum der internationalen Beziehungen, der Geheimdienste, der inneren und sozialen Verhältnisse un-

ter der Herrschaft der SS sowie der Exilanten und anderer Handelnder im Zweiten Weltkrieg entwickelt. Und von dort aus leistet sie über das reine Attentat hinaus einen aufschlußreichen Beitrag zur Geschichte dieser Zeit. *Andreas Rödder, Tübingen*

Robert Gellately, The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy 1933–45, Clarendon Press, Oxford 1990, 297 S., Ln., 35 £.

Walter Otto Weyrauch, Gestapo V-Leute. Tatsachen und Theorie des Geheimdienstes. Untersuchungen zur Geheimen Staatspolizei während der nationalsozialistischen Herrschaft, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt/Main 1989, XIV + 140 S., Ln., 48 DM.

Die Vorstellung vom allmächtigen Gestapoapparat, der jede Regung des Bürgers überwachte und so jeden Versuch politischen Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime im Keim ersticken konnte, ist schon seit längerer Zeit zur Legende erklärt worden. Ohne eine breite Basis in der Bevölkerung, ohne Kooperation zumindest eines Teils der traditionellen Eliten hätten sich die Nationalsozialisten nicht für zwölf Jahre an der Macht halten können.

Das Interesse der Forschung gilt daher den Kontinuitäten im Machtapparat und der Massenbasis im deutschen Volk. Im Falle der Gestapoangehörigen zum Beispiel wird deutlich, daß es ohne Probleme gelang, beachtliche Teile der Polizei der Weimarer Zeit in den neuen Unterdrückungsapparat zu überführen. Die Frage, welche Unterstützung die Gestapo aus der deutschen Bevölkerung erfuhr, ist auf Grund der häufig sehr mangelhaften Quellenlage schwieriger zu beantworten. Robert Gellately hat sich mit den Gestapoakten im Staatsarchiv Würzburg beschäftigt, einem der wenigen größeren Bestände, die erhalten geblieben sind.

Im ersten Teil seines Buches gibt Gellately einen allgemeinen Abriß der Geschichte der Gestapo, hauptsächlich aus der Fachliteratur gearbeitet, der zwei Punkte besonders hervorhebt: die personelle Kontinuität mit der Polizei der Weimarer Zeit und die relativ schmale Personalbasis. Das ist wichtig, weil die Gestapo damit rein zahlenmäßig nicht in der Lage gewesen wäre, einen lückenlosen Überwachungsapparat aufzubauen. Weiter werden die politischen Besonderheiten Würzburgs und Unterfrankens beschrieben, einer sehr stark katholisch geprägten Region, die sich den nationalsozialistischen Einflüssen gegenüber eher reserviert zeigte.

Der zweite Teil – und das ist der wirklich lebendige und interessante Teil der Arbeit – beschreibt eine große Zahl von Fällen aus den Gestapoakten, die durch Denunziationen, also durch Anstöße aus der Bevölkerung in Gang gekommen sind. Der größte Teil von Untersuchungen der Gestapo ist auf Grund von Anzeigen aus der Bevölkerung begonnen worden. Darauf stützt Gellately seine These, daß erst die aktive Mithilfe der deutschen Bevölkerung die Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenpolitik ermöglicht habe.

Die Motive, die hinter den Anzeigen standen, waren breitgefächert und reichten von wirklicher politischer Zielrichtung über eigennützige Motive (etwa Beseitigung des Ehepartners oder eines Geschäftskonkurrenten) bis hin zum Weitertragen von schlichtem Klatsch. Der Autor wendet sich gegen die häufig verbreitete These, daß die Anzeigenerstatter nur Querulanten und Leute, die am Rande der Gesellschaft standen und darin ein Mittel zum Ausdruck von Neid und Mißgunst gefunden hätten, gewesen seien.

Die Hauptopfer von Anzeigen waren Juden; die Denunziationen betrafen in der Hauptsache vermutete »Rassenschande« und judenfreundliches Verhalten von »Ariern«. 57 % dieser Fälle bei der Gestapo Würzburg sind durch Anzeigen aus der Bevölkerung entstan-

ter der Herrschaft der SS sowie der Exilanten und anderer Handelnder im Zweiten Weltkrieg entwickelt. Und von dort aus leistet sie über das reine Attentat hinaus einen aufschlußreichen Beitrag zur Geschichte dieser Zeit. *Andreas Rödder, Tübingen*

Robert Gellately, The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy 1933–45, Clarendon Press, Oxford 1990, 297 S., Ln., 35 £.

Walter Otto Weyrauch, Gestapo V-Leute. Tatsachen und Theorie des Geheimdienstes. Untersuchungen zur Geheimen Staatspolizei während der nationalsozialistischen Herrschaft, Vittorio Klostermann Verlag, Frankfurt/Main 1989, XIV + 140 S., Ln., 48 DM.

Die Vorstellung vom allmächtigen Gestapoapparat, der jede Regung des Bürgers überwachte und so jeden Versuch politischen Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime im Keim ersticken konnte, ist schon seit längerer Zeit zur Legende erklärt worden. Ohne eine breite Basis in der Bevölkerung, ohne Kooperation zumindest eines Teils der traditionellen Eliten hätten sich die Nationalsozialisten nicht für zwölf Jahre an der Macht halten können.

Das Interesse der Forschung gilt daher den Kontinuitäten im Machtapparat und der Massenbasis im deutschen Volk. Im Falle der Gestapoangehörigen zum Beispiel wird deutlich, daß es ohne Probleme gelang, beachtliche Teile der Polizei der Weimarer Zeit in den neuen Unterdrückungsapparat zu überführen. Die Frage, welche Unterstützung die Gestapo aus der deutschen Bevölkerung erfuhr, ist auf Grund der häufig sehr mangelhaften Quellenlage schwieriger zu beantworten. Robert Gellately hat sich mit den Gestapoakten im Staatsarchiv Würzburg beschäftigt, einem der wenigen größeren Bestände, die erhalten geblieben sind.

Im ersten Teil seines Buches gibt Gellately einen allgemeinen Abriß der Geschichte der Gestapo, hauptsächlich aus der Fachliteratur gearbeitet, der zwei Punkte besonders hervorhebt: die personelle Kontinuität mit der Polizei der Weimarer Zeit und die relativ schmale Personalbasis. Das ist wichtig, weil die Gestapo damit rein zahlenmäßig nicht in der Lage gewesen wäre, einen lückenlosen Überwachungsapparat aufzubauen. Weiter werden die politischen Besonderheiten Würzburgs und Unterfrankens beschrieben, einer sehr stark katholisch geprägten Region, die sich den nationalsozialistischen Einflüssen gegenüber eher reserviert zeigte.

Der zweite Teil – und das ist der wirklich lebendige und interessante Teil der Arbeit – beschreibt eine große Zahl von Fällen aus den Gestapoakten, die durch Denunziationen, also durch Anstöße aus der Bevölkerung in Gang gekommen sind. Der größte Teil von Untersuchungen der Gestapo ist auf Grund von Anzeigen aus der Bevölkerung begonnen worden. Darauf stützt Gellately seine These, daß erst die aktive Mithilfe der deutschen Bevölkerung die Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassenpolitik ermöglicht habe.

Die Motive, die hinter den Anzeigen standen, waren breitgefächert und reichten von wirklicher politischer Zielrichtung über eigennützige Motive (etwa Beseitigung des Ehepartners oder eines Geschäftskonkurrenten) bis hin zum Weitertragen von schlichtem Klatsch. Der Autor wendet sich gegen die häufig verbreitete These, daß die Anzeigenerstatter nur Querulanten und Leute, die am Rande der Gesellschaft standen und darin ein Mittel zum Ausdruck von Neid und Mißgunst gefunden hätten, gewesen seien.

Die Hauptopfer von Anzeigen waren Juden; die Denunziationen betrafen in der Hauptsache vermutete »Rassenschande« und judenfreundliches Verhalten von »Ariern«. 57 % dieser Fälle bei der Gestapo Würzburg sind durch Anzeigen aus der Bevölkerung entstan-

den. Gellately zeigt anhand dieser Fallbeispiele, wie Neid, Habgier, Gehässigkeit und Konkurrenzangst eine leichte Beute in der schutzlos gewordenen jüdischen Bevölkerungsgruppe fanden. Die Anzeige einer Frau, die sich beim Schnapskauf benachteiligt sah, hatte den Ruin einer jüdischen Frau und deren Hausangestellter zur Folge. Die Phantasie zahlreicher Bürger rankte sich um die Möglichkeiten sexueller Kontakte zwischen den verbliebenen jüdischen Geschäftsleuten und Ärzten und deren »arischen« Angestellten. Handlungen einfacher menschlicher Anständigkeit und Loyalität – in einigen Fällen zwischen Hausangestellten und deren jüdischen Arbeitgebern zu beobachten – wurden zum Verbrechen. Unter diesem konstanten Druck zerbröckelten allmählich alle Verbindungen zwischen Juden und der »arischen« Bevölkerung. Selbst in Mischehen war der nichtjüdische Partner nicht immer fähig, der fortschreitenden Ausgrenzung aus seinem sozialen Umfeld standzuhalten.

Auch einige Fälle von Nichtanpassung sind zu berichten. Am ausführlichsten schildert Gellately den Lebensweg einer Frau, die trotz wiederholter Warnungen an ihren jüdischen Freunden festhielt und, nach einem Fluchtversuch in die Schweiz verhaftet, der Gestapo gegenüber ohne Umschweife ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und ihre Ablehnung der Nürnberger Gesetze zugab. Ein ungewöhnliches Ausmaß von innerer Selbständigkeit und von Mut, den sie mit dem Tod im Konzentrationslager bezahlte. Hingewiesen werden sollte auf den Umstand, daß diese Frau sozial gesehen am Rande der Gesellschaft stand (finanziell unabhängig, alleinstehend und lange Jahre krank; diese soziale Marginalität scheint bei zahlreichen Helfern von verfolgten Juden zu beobachten zu sein) und daher wiederholt Denunziationen und Pressionen ihrer Nachbarn ausgesetzt war.

In einem weiteren Kapitel beschäftigt sich Gellately mit der rassistischen Politik gegenüber den »fremdvölkischen« polnischen Zwangsarbeitern. Hier gelang die Ausgrenzung aus der deutschen Bevölkerung nicht in dem Maße wie bei den Juden. Er beschreibt aber doch eine ganze Reihe von Fällen von schärfsten Maßnahmen gegen intime und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen.

Das Buch läßt in zweierlei Hinsicht unbefriedigt. Es wird nicht deutlich, inwieweit die Unterstützung der Gestapo aus dem Kreise nazistischer Funktionäre und Anhänger kam, oder ob es sich wirklich um die »unpolitische« breite Bevölkerung handelte. Aus einigen der Fallbeispiele wird zum Beispiel deutlich, daß der Scharfmacher und Denunziant ein lokaler Amtsträger der NSDAP war. Es ist nicht versucht worden, abzuschätzen, ob und inwieweit sich die politische Anhängerschaft der Nazis mit den Zuträgern und Spitzeln deckte.

Das zweite Problem ist die Motivation. In vielen der Fallbeispiele wird deutlich, daß Gewinnsucht und normale menschliche Gehässigkeit durch die nazistische Gesetzgebung jetzt tödliche Folgen für die verfolgten Gruppen haben konnte. Es bleibt aber auch hier die Frage, inwieweit schon vorher in der Bevölkerung vorhandene moralische Normen zum Tragen kamen, die jetzt politische Konsequenzen hatten, oder ob wirklich die von den Nazis eingeführten neuen Normen akzeptiert wurden. Das ist natürlich nicht leicht voneinander zu trennen, eben weil ein politischer Bezugsrahmen erst im nazistischen System gegeben war. Es wird aber nicht Zufall sein, daß die soziale Isolierung der Juden in einer durch die jahrtausendealte anti-jüdische Haltung des Katholizismus geprägten Gesellschaft gelang, die Absonderung der katholischen polnischen Zwangsarbeiter aber nicht in dem Maße.

Bei einer großen Anzahl der Denunziationen geht es um Sexualverhalten. Gerade hier stellt sich die Frage, inwieweit herkömmliche Vorurteile und Sexualneid zum Tragen kamen, wie sie gegen Homosexuelle, »asoziale, leichtfertige« Frauen mit mehreren Intimbeziehungen oder junge Mädchen, von denen angenommen wurde, daß sie einen reichen, älteren Mann zu ergattern versuchten, bestanden? Natürlich bekam das alles erst durch die Nürnberger Gesetze eine tödliche Brisanz, die Denkkategorien waren in der Bevölkerung

aber vorhanden, Gestapoangehörige inklusive. So scheint es kein Zufall zu sein, daß Vorgänge innerhalb einer Ehe zum Beispiel sehr viel zurückhaltender behandelt werden.

Es ist sicherlich schwierig, die Frage, in welchem Maße es gelang, über die politische Anhängerschaft der Nazis hinaus Unterstützung zu aktivieren, und ob die spezifisch nazistischen moralischen Normen akzeptiert wurden, mit den zur Verfügung stehenden Akten angemessen zu behandeln. Angesichts des sehr hohen Anspruchs, den das Buch erhebt, hätte man auf Reflexionen darüber aber doch hoffen können.

Einen anderen, ganz persönlichen Zugang zum Problem hatte Walter Otto Weyrauch. Er wurde im Jahre 1945 mit der Auswertung der Frankfurter Gestapokartei beauftragt, in der sich etwa 1200 Karten mit Angaben über Gestapo-V-Leute befanden (130 000 Karteikarten beschäftigten sich mit verdächtigen Personen). Gestützt auf seine Erinnerung und den von ihm damals angefertigten Auswertungsbericht (beide sind bis heute offenbar nicht zugänglich), versucht Weyrauch die damals gewonnenen Informationen zu klassifizieren, um so zu einer »Typologie des Kollaborateurs« zu kommen. Darüber hinaus hat er den Anspruch, seine Erkenntnisse zu einer »Theorie des Geheimdienstes« fortzuentwickeln und die Problematik des Einsatzes von Spitzeln aus dem Kontext der Gestapo und des nationalsozialistischen Regimes herauszulösen und in allgemeinere Zusammenhänge zu stellen.

Dieser Ansatz ist sicherlich interessant, da zum Beispiel in der amerikanischen Öffentlichkeit, wie Weyrauch hervorhebt, Phänomene leicht als »typisch nazistisch« eingeordnet und damit verkürzt gesehen werden, wobei die Frage, ob und inwieweit das auch ein heutiges Selbstverständnis tangieren könnte, nicht aufkommen kann. So gesehen, sind einige der von Weyrauch angedeuteten Bedenken, etwa gegen einen unreflektierten Rechtspositivismus, höchst anregend. Insgesamt führt der Versuch, einen größeren Bezugsrahmen zu schaffen, aber zur Unschärfe der Betrachtung, was durch eine Menge kleinerer Fehler und falscher historischer Einschätzungen noch verstärkt wird.

Die Informationen, die wir in der Hauptsache aus Weyrauchs Buch gewinnen, sind, daß die Gestapo ihre V-Leute unter Druck und durch Drohungen gewann, und nicht durch finanzielle Anreize. Die V-Leute rekrutierten sich hauptsächlich aus drei Gruppen, nämlich aus in Deutschland lebenden Ausländern, hauptsächlich Schweizern, politischen Gegnern und rassisch verfolgten Juden. Die Angehörigen dieser Gruppen konnten durch Druck gefügig gemacht werden und sie hatten zugleich die Möglichkeit zu Kontakten, die sie als Informationsquelle überhaupt erst interessant werden ließen. Völlig am Rande stehende diskriminierte Gruppen wie »Zigeuner« und Zeugen Jehovas versprachen keinerlei Nutzen und wurden nicht benutzt. Dieser Befund – der an sich nichts Überraschendes hat – ist von Weyrauch in sehr ausführlicher Weise und mit Überlegungen allgemeiner moralischer Art versehen, dargestellt worden. Die Arbeit hätte von einer gewissen Straffung sehr profitiert. Über mögliche Motive der V-Leute wurde leider nur spekuliert; vermutlich weil die Kartei keine weiterführenden Erkenntnisse hergab.

Weyrauch weist darauf hin, daß der Hauptschaden, der von V-Leuten, einer »unsichtbaren Gefahr«, ausgeht, die Unterminierung gesellschaftlicher Beziehungen ist, durch die sich das Individuum nicht einmal mehr in familiären oder intimen Beziehungen sicher glauben kann. In welchem Ausmaß der Anspruch des nazistischen Staates in die letzten individuellen Enklaven getragen werden konnte, war die »niederschmetternde Erkenntnis«, die Weyrauch als Fazit seiner damaligen Auswertungstätigkeit geblieben ist: »Der Glaube, daß zumindest einige gesellschaftliche Werte von der Herrschaft des vergangenen Regimes unberührt geblieben seien, war erschüttert.« (S. 108) *Ruth Bettina Birn, Ottawa*

Paul Stoop (Hrsg.), Geheimberichte aus dem Dritten Reich. Der Journalist H. J. Noordewier als politischer Beobachter, Argon Verlag, Berlin 1990, 236 S., 11 Abb., brosch., 29,80 DM.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung stellten die Auslandskorrespondenten neben den diplomatischen Vertretungen die wichtigste Informationsquelle ihrer Heimatländer in Deutschland dar. Die Korrespondentenarbeit glich unterdessen einer Gratwanderung, denn der Berichterstatter durfte seine geheimen Informanten nicht gefährden und mußte zugleich versuchen, ein Höchstmaß an Informationen nach Hause zu übermitteln. Dabei hatte er eine Provokation des deutschen Regimes zu vermeiden, andernfalls riskierte er die (seinem Renommee schädliche und seinem Arbeitsplatz unzuträgliche) Ausweisung. Nachdem zu diesem Thema bislang fast nur aus großer zeitlicher Distanz geschriebene Memoirenliteratur vorlag, hat Paul Stoop, der bereits eine Dissertation über deutsche auswärtige Pressepolitik und die Niederlande verfaßt hat, nun zeitgenössische Berichte des niederländischen Journalisten Hendrik Paul Noordewier (1880–1941) veröffentlicht. Noordewier arbeitete von 1920–1941 als Korrespondent des liberalen »Nieuwe Rotterdamsche Courant« (NRC) in Berlin. Von Juli 1933 an bis zum Dezember 1935 schrieb er darüber hinaus für das »Nationaal Bureau voor Documentatie over Neederland« (NBDN), ein halboffizielles niederländisches Presseamt, das zugleich als Lobby im jeweiligen Gastland fungierte, geheime Berichte über Deutschland, die der niederländischen Regierung zugestellt wurden.

Von diesen 47 sehr unterschiedlichen Berichten, die eine wesentlich deutlichere Sprache als Noordewiers Artikel für den NRC sprechen, hat Stoop etwa zwei Drittel ausgewählt. Die Qualität der Berichte hängt im einzelnen von der Zuverlässigkeit der Informanten ab, auch sind sie weniger stringent als vielmehr rhapsodisch, eine Quelle im »Rohzustand« (S. 23). Noordewier nimmt die Ereignisse aus einer so antinationalsozialistischen wie antikommunistischen Perspektive wahr und gibt damit Zeugnis für die starke Kommunismusperzeption in den frühen dreißiger Jahren. Trotz einzelner Einschränkungen bieten seine recht treffenden Beurteilungen der Zustände und Tendenzen im Deutschen Reich interessante Innenansichten quasi von außen. Schon früh erkannte Noordewier die Mechanismen der nationalsozialistischen Herrschaft: das »Totalitätsstreben« (S. 44), das daraus folgende Chaos von traditionellem und unkonventionellem Staatsapparat, die planvolle Rechtsunsicherheit der Bürger als Herrschaftsmittel der Despotie. Auch über den terroristischen Charakter des Regimes gegen jedwede Opposition machte er sich keine Illusionen. Noordewier wußte von den entsetzlichen Mißhandlungen in den Konzentrationslagern, und er schilderte sie seiner Regierung ausführlich. Hitlers Eigenart, nach langem Zuwarten rücksichtslos und entschieden zu handeln, erkannte er angesichts der Morde an Röhm und der SA, deren systemstabilisierender Charakter ihm ebenso klar war wie der der Nürnberger Gesetze. Im Gegensatz zur weitverbreiteten jüdischen Unterschätzung des Antisemitismus und seiner primitiven Praxis durch die Nationalsozialisten glaubte er die Juden bereits 1933 »in Zukunft physisch gefährdet«. Er rechnete sogar, wenn wohl auch nicht mit dem Genozid in seiner späteren Form, so doch mit einer »›General-Liquidation‹ der Judenfrage« (S. 71 und S. 194). Große Aufmerksamkeit widmete er auch der rasanten geheimen deutschen Aufrüstung und war von daher voller Mißtrauen: »Deutschland wird sich in dem Maße, in dem es weniger zu befürchten braucht, immer weniger gefallen lassen und davon abhängig – unter Kriegsandrohung – höhere Forderungen stellen. Und diese Methode ist sehr gefährlich.« (S. 200)

Natürlich lag er mit etlichen Voraussagen schief, aber erstaunlich viele Prognosen wie zur Dauer der NS-Herrschaft, bereits 1935 zur Militarisierung des Rheinlandes und zum Nationalsozialismus als »Wegbereiter des Kommunismus« (S. 61) stellten sich als weitsichtig und zutreffend heraus. Noordewier ist nicht das schlechteste Beispiel für den Grad

an Wissen, den ein aufmerksamer Beobachter über die nationalsozialistische Herrschaft besitzen konnte. Noordewiers Berichte bieten keine durchgängigen Kommentare der großen Ereignisse der frühen Hitlerzeit, vielmehr oft erstaunlich treffende Beobachtungen der Zustände, Mechanismen und Tendenzen des Herrschaftssystems. So sind sie lesenswerte »Rosinen aus dem Kuchen, die jedoch wichtig sein können, um zu differenzieren.« (S. 41)

Andreas Rödder, Tübingen.

Anna Blumberg-Ebel, Sondergerichtsbarkeit und »politischer Katholizismus« im Dritten Reich (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 55) Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1990, 222 S., geb., 58 DM.

In ihrer im WS 1988/89 an der Philosophischen Fakultät der Universität Münster angenommenen Dissertation untersucht die Autorin das Verhalten der Sondergerichte bei der Bekämpfung des »politischen Katholizismus« im Dritten Reich. Wie vor ihr schon andere, begreift sie die Sondergerichte dabei als wichtigste Institutionen der NS-Justiz im lokalen bzw. regionalen Umfeld oder, wie es im offiziellen Sprachgebrauch damals hieß, als »Standgerichte der inneren Front«. Die zunächst den 26 Oberlandesgerichten zugeordneten, jeweils mit drei Berufsrichtern besetzten Sondergerichte, deren Zahl sich während des Krieges verdreifachte – allein im Bereich des Berliner Kammergerichts existierten nun neun Sondergerichte – und deren Kompetenzen sich seit Kriegsbeginn auch auf ordentliche Straftatbestände erweitert hatten, verfügten mit dem Heimtückegesetz und dem sogenannten Kanzelparagraphen über wichtige juristische Mittel der Erzwingung der Gleichschaltung und der Disziplinierung des auf Selbstbehauptung des katholischen Milieus ausgerichteten Klerus. Im Unterschied zu Peter Hüttenbergers, im Rahmen des »Bayern-Projektes« erschienener Analyse von Heimtückefällen vor dem Münchener Sondergericht, die sich primär auf die Gruppe der Heimtückebeschuldigten ohne klar erkennbare politische oder religiös-weltanschauliche Bindungen konzentriert, analysiert Anna Blumberg-Ebel 234 Sondergerichtsurteile – davon allein 118 aus München – gegen katholische Priester. Ziel ihrer Arbeit ist es, »aufzuzeigen, wie der Auftrag der NS-Regierung an die Justiz, mit dem Mittel der politischen Strafjustiz gegen Dissidenten aus dem katholischen Lager vorzugehen, in der Justizpraxis umgesetzt wurde.« Funktion insbesondere der Heimtückeprozesse sei es gewesen, die traditionell starke Position der Ortsgeistlichen in ihren Gemeinden zu erschüttern und auf lokaler Ebene den NS-Hegemonieanspruch durchzusetzen. Die Heimtückeprozesse gegen Katholiken waren dabei nur ein weiterer Versuch, mit Hilfe eines »Maulkorbgesetzes« die Gleichschaltung von Gesinnungen zu erzeugen.

Die Studie von Anna Blumberg-Ebel konzentriert sich zeitlich auf die Anfangsjahre des Dritten Reiches sowie auf den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche zwischen 1936 und 1938, den sogenannten neuen Kulturkampf. Sie bietet einen informativen Überblick über die Praxis der Sondergerichte und vermittelt interessante Einblicke in die Zusammenarbeit zwischen Sonderjustiz und Gestapo. Aus heutiger Sicht, so die Autorin, habe die Justiz aus Sorge um ihren Erhalt im »totalen Staat« vielfach unnötig früh Terrain an die Gestapo abgegeben und diese zur »Nachüberwachung« nach verbüßter Strafe in die Lage versetzt. All dies ist so neu nicht, sondern wurde bereits wiederholt hervorgehoben. Auch daß der Anteil der Prozesse gegen katholische Geistliche in Relation zur Gesamtzahl der Sondergerichtsverfahren verschwindend gering blieb und das NS-Regime aus innen- wie außenpolitischen Rücksichtnahmen die Auseinandersetzung mit dem katholischen Klerus nicht primär vor den Schranken der Sondergerichte führte, überrascht nicht sonderlich. Wie die im Auftrag der Deutschen Bischofskon-

an Wissen, den ein aufmerksamer Beobachter über die nationalsozialistische Herrschaft besitzen konnte. Noordewiers Berichte bieten keine durchgängigen Kommentare der großen Ereignisse der frühen Hitlerzeit, vielmehr oft erstaunlich treffende Beobachtungen der Zustände, Mechanismen und Tendenzen des Herrschaftssystems. So sind sie lesenswerte »Rosinen aus dem Kuchen, die jedoch wichtig sein können, um zu differenzieren.« (S. 41)

Andreas Rödder, Tübingen.

Anna Blumberg-Ebel, Sondergerichtsbarkeit und »politischer Katholizismus« im Dritten Reich (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 55) Matthias Grünewald Verlag, Mainz 1990, 222 S., geb., 58 DM.

In ihrer im WS 1988/89 an der Philosophischen Fakultät der Universität Münster angenommenen Dissertation untersucht die Autorin das Verhalten der Sondergerichte bei der Bekämpfung des »politischen Katholizismus« im Dritten Reich. Wie vor ihr schon andere, begreift sie die Sondergerichte dabei als wichtigste Institutionen der NS-Justiz im lokalen bzw. regionalen Umfeld oder, wie es im offiziellen Sprachgebrauch damals hieß, als »Standgerichte der inneren Front«. Die zunächst den 26 Oberlandesgerichten zugeordneten, jeweils mit drei Berufsrichtern besetzten Sondergerichte, deren Zahl sich während des Krieges verdreifachte – allein im Bereich des Berliner Kammergerichts existierten nun neun Sondergerichte – und deren Kompetenzen sich seit Kriegsbeginn auch auf ordentliche Straftatbestände erweitert hatten, verfügten mit dem Heimtückegesetz und dem sogenannten Kanzelparagraphen über wichtige juristische Mittel der Erzwingung der Gleichschaltung und der Disziplinierung des auf Selbstbehauptung des katholischen Milieus ausgerichteten Klerus. Im Unterschied zu Peter Hüttenbergers, im Rahmen des »Bayern-Projektes« erschienener Analyse von Heimtückefällen vor dem Münchener Sondergericht, die sich primär auf die Gruppe der Heimtückebeschuldigten ohne klar erkennbare politische oder religiös-weltanschauliche Bindungen konzentriert, analysiert Anna Blumberg-Ebel 234 Sondergerichtsurteile – davon allein 118 aus München – gegen katholische Priester. Ziel ihrer Arbeit ist es, »aufzuzeigen, wie der Auftrag der NS-Regierung an die Justiz, mit dem Mittel der politischen Strafjustiz gegen Dissidenten aus dem katholischen Lager vorzugehen, in der Justizpraxis umgesetzt wurde.« Funktion insbesondere der Heimtückeprozesse sei es gewesen, die traditionell starke Position der Ortsgeistlichen in ihren Gemeinden zu erschüttern und auf lokaler Ebene den NS-Hegemonieanspruch durchzusetzen. Die Heimtückeprozesse gegen Katholiken waren dabei nur ein weiterer Versuch, mit Hilfe eines »Maulkorbgesetzes« die Gleichschaltung von Gesinnungen zu erzeugen.

Die Studie von Anna Blumberg-Ebel konzentriert sich zeitlich auf die Anfangsjahre des Dritten Reiches sowie auf den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche zwischen 1936 und 1938, den sogenannten neuen Kulturkampf. Sie bietet einen informativen Überblick über die Praxis der Sondergerichte und vermittelt interessante Einblicke in die Zusammenarbeit zwischen Sonderjustiz und Gestapo. Aus heutiger Sicht, so die Autorin, habe die Justiz aus Sorge um ihren Erhalt im »totalen Staat« vielfach unnötig früh Terrain an die Gestapo abgegeben und diese zur »Nachüberwachung« nach verbüßter Strafe in die Lage versetzt. All dies ist so neu nicht, sondern wurde bereits wiederholt hervorgehoben. Auch daß der Anteil der Prozesse gegen katholische Geistliche in Relation zur Gesamtzahl der Sondergerichtsverfahren verschwindend gering blieb und das NS-Regime aus innen- wie außenpolitischen Rücksichtnahmen die Auseinandersetzung mit dem katholischen Klerus nicht primär vor den Schranken der Sondergerichte führte, überrascht nicht sonderlich. Wie die im Auftrag der Deutschen Bischofskon-

ferenz 1984 von Ulrich von Hehl vorgelegte biographische und statistische Erhebung »Priester unter Hitlers Terror« zeigt, verfügten die Machthaber des Dritten Reiches über ein breitgefächertes Spektrum von Disziplinierungsmöglichkeiten – angefangen von der publizistischen Kampagne, dem Unterrichtsverbot, der Ausweisung bis hin zum Gestapo-Verhör bzw. der zeitweiligen Schutzhaftnahme –, um sich der oppositionellen Geistlichkeit zu erwehren. Zudem war das Beweismaterial oft so dürftig, daß es zur Eröffnung eines Sondergerichtsverfahrens gar nicht ausreichte.

Während es der Verfasserin gelingt, die Umsetzung des politischen Auftrages der Eindämmung des katholischen Einflusses anhand exemplarischer Schilderungen aus der Justizpraxis deutlich zu machen, bleiben ihre Aussagen über die Wirkung dieser Praxis auf das Gemeindeleben eher spekulativ. Dazu ist ihre Arbeit zu wenig auf eine Analyse des katholischen Milieus angelegt. Kritisch anzumerken bleibt schließlich, daß der katholische Heimtückediskurs bzw. die inkriminierten Kanzelworte selbst unbefragt bleiben und die Studie damit hinter den von Peter Hüttenberger eingebrachten methodischen Fortschritt zurückfällt.

Gerhard Paul, Wennigsen

Gerhard Schreiber, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943–1945, Oldenbourg Verlag, München 1990, 642 S., geb., 68 DM.

1978 hat sich mit Christian Streit[1] der erste einer Historikergeneration zu Wort gemeldet, die sich nicht mehr allein mit dem offenkundigen Verbrechen an den europäischen Juden und mit den Konzentrationslagern auseinandersetzte. Ihr Thema sind die verschwiegenen, wieder verdrängten oder unbekannt gebliebenen Verbrechen der Nazizeit. Ob die Truppen des Weltanschauungskrieges[2] oder das Los der Fremd- und Zwangsarbeiter[3] beschrieben wurde – es waren immer Studien, die sich durch drei Dinge auszeichneten: Sie deckten Verschwiegenes, Vergessenes und Verdrängtes auf, waren akribisch in der wissenschaftlichen Detailarbeit und waren in ihrer sachlichen, wissenschaftlichen Korrektheit gleichzeitig erschütternde Dokumente über eine Zeit, die dem Nachgeborenen wohl immer weitgehend unbegreiflich sein wird.

In diese Traditionslinie großer sozialhistorischer Studien über Verbrechen, Leid, Mord und Verdrängung reiht sich die Arbeit von Gerhard Schreiber ein. Er berichtet über das, was den italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich seit dem Ausscheiden Italiens aus dem Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite – und von den Vertretern des Marionettenregimes Mussolinis – angetan wurde. Es fällt schwer, dies zu skizzieren, ohne die Begriffe verraten, verachten, schinden und morden zu gebrauchen.

Schreiber, Offizier und Militärhistoriker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, hat offenbar sein Thema durch seine militärische Ausbildung gefunden. Im Austausch mit Offizieren der anderen Nato-Staaten werden deutsche Offiziere zur Generalstabs- bzw. Admiralstabsausbildung an die Akademien im Ausland geschickt. Schreiber kam so an die Admiralstabsakademie Italiens in Livorno und schnitt dort als Jahrgangsbester ab. Es lag nahe, als Historiker die in Deutschland seltenen italienischen Sprachkenntnisse für ein deutsch-italienisches Thema zu nutzen. Es spricht für die Unabhängigkeit und Verantwor-

1 *Christian Streit*, Keine Kameraden, Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978; Neuauflage Bonn 1991.

2 *Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm*, Die Truppen des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981.

3 *Ulrich Herbert*, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin etc. 1985.

ferenz 1984 von Ulrich von Hehl vorgelegte biographische und statistische Erhebung »Priester unter Hitlers Terror« zeigt, verfügten die Machthaber des Dritten Reiches über ein breitgefächertes Spektrum von Disziplinierungsmöglichkeiten – angefangen von der publizistischen Kampagne, dem Unterrichtsverbot, der Ausweisung bis hin zum Gestapo-Verhör bzw. der zeitweiligen Schutzhaftnahme –, um sich der oppositionellen Geistlichkeit zu erwehren. Zudem war das Beweismaterial oft so dürftig, daß es zur Eröffnung eines Sondergerichtsverfahrens gar nicht ausreichte.

Während es der Verfasserin gelingt, die Umsetzung des politischen Auftrages der Eindämmung des katholischen Einflusses anhand exemplarischer Schilderungen aus der Justizpraxis deutlich zu machen, bleiben ihre Aussagen über die Wirkung dieser Praxis auf das Gemeindeleben eher spekulativ. Dazu ist ihre Arbeit zu wenig auf eine Analyse des katholischen Milieus angelegt. Kritisch anzumerken bleibt schließlich, daß der katholische Heimtückediskurs bzw. die inkriminierten Kanzelworte selbst unbefragt bleiben und die Studie damit hinter den von Peter Hüttenberger eingebrachten methodischen Fortschritt zurückfällt.

Gerhard Paul, Wennigsen

Gerhard Schreiber, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943–1945, Oldenbourg Verlag, München 1990, 642 S., geb., 68 DM.

1978 hat sich mit Christian Streit[1] der erste einer Historikergeneration zu Wort gemeldet, die sich nicht mehr allein mit dem offenkundigen Verbrechen an den europäischen Juden und mit den Konzentrationslagern auseinandersetzte. Ihr Thema sind die verschwiegenen, wieder verdrängten oder unbekannt gebliebenen Verbrechen der Nazizeit. Ob die Truppen des Weltanschauungskrieges[2] oder das Los der Fremd- und Zwangsarbeiter[3] beschrieben wurde – es waren immer Studien, die sich durch drei Dinge auszeichneten: Sie deckten Verschwiegenes, Vergessenes und Verdrängtes auf, waren akribisch in der wissenschaftlichen Detailarbeit und waren in ihrer sachlichen, wissenschaftlichen Korrektheit gleichzeitig erschütternde Dokumente über eine Zeit, die dem Nachgeborenen wohl immer weitgehend unbegreiflich sein wird.

In diese Traditionslinie großer sozialhistorischer Studien über Verbrechen, Leid, Mord und Verdrängung reiht sich die Arbeit von Gerhard Schreiber ein. Er berichtet über das, was den italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich seit dem Ausscheiden Italiens aus dem Zweiten Weltkrieg von deutscher Seite – und von den Vertretern des Marionettenregimes Mussolinis – angetan wurde. Es fällt schwer, dies zu skizzieren, ohne die Begriffe verraten, verachten, schinden und morden zu gebrauchen.

Schreiber, Offizier und Militärhistoriker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, hat offenbar sein Thema durch seine militärische Ausbildung gefunden. Im Austausch mit Offizieren der anderen Nato-Staaten werden deutsche Offiziere zur Generalstabs- bzw. Admiralstabsausbildung an die Akademien im Ausland geschickt. Schreiber kam so an die Admiralstabsakademie Italiens in Livorno und schnitt dort als Jahrgangsbester ab. Es lag nahe, als Historiker die in Deutschland seltenen italienischen Sprachkenntnisse für ein deutsch-italienisches Thema zu nutzen. Es spricht für die Unabhängigkeit und Verantwor-

1 *Christian Streit*, Keine Kameraden, Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978; Neuauflage Bonn 1991.

2 *Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm*, Die Truppen des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981.

3 *Ulrich Herbert*, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin etc. 1985.

tung des Autors, daß er seine Kenntnisse und die schon in früheren Studien bewiesenen kritischen Fähigkeiten in den Dienst eines so schwierigen, belastenden und im Militär mit so wenig Interesse versehenen Themas gestellt hat.

Schreiber schließt eine Forschungslücke auf vorbildliche Weise. Daß in Deutschland das Schicksal der italienischen Gefangenen vergessen oder verdrängt wurde, ist nachvollziehbar. Wer redet schon gerne von Schuld – erst recht, wenn es sich hier um »nur« ca. 600 000 Menschen handelt, wo doch andere Völker zu Millionen von gleichen oder ähnlichen Verhältnissen betroffen waren. Aber auch die italienische Forschung war nicht gerade zu einer großen Darstellung vorgedrungen, wie man dem Buch entnehmen kann, was offenbar auch mit der italienischen Art zu tun hat, die eigene faschistische Vergangenheit zu verarbeiten. Schreiber weist mit Recht darauf hin, daß sein Thema sinnvoll nur im Kontext der allgemeinen politischen und militärischen Geschichte von 1943 bis 1945 abzuhandeln ist, weil die Internierten weitgehend wehrlose Opfer waren, aber nur aus der Perspektive der Gewalthaber Mechanismen und Zwecke der Politik von Staatsführung und Militär aufzudekken und in den historischen Zusammenhang einzuordnen seien. Erst so wird auch deutlich, daß menschenverachtende Behandlung vor Ort und menschenverachtende Politik und Kriegführung sich ganz konkret entsprachen.

Zuerst schildert der Autor Vorgeschichte und Geschichte des italienischen Kriegsaustritts. Es geht um die frühen Überlegungen und den tatsächlichen Sturz Mussolinis im Juli 1943 sowie um den schlecht organisierten Kriegsaustritt Italiens am 8. September 1943. Dann geht er auf die Entwaffnung der italienischen Streitkräfte ein, schildert, wie deutsches Militär dabei mit falschen Versprechungen, Wortbruch, Gewalt und Mord vorgegangen ist und macht eine Bilanz dieser Vorgänge im wahrsten Sinne des Wortes auf. Es wird die Beute an Waffen, Gerät, Waren und Arbeitssklaven bei diesem »letzten Sieg« des deutschen Militärs nachgewiesen.

Die zweite Hälfte des Textes zeichnet das Schicksal der italienischen Soldaten in deutschem Gewahrsam auf. Mit einer den Nerv treffenden Akribie wird alles aufgefundene Material über den Umfang der Deportationen, des Mordes, des Verbleibes der Opfer in den verschiedenen Gebieten und Verantwortungsbereichen der deutschen Herrschaft, des Menschenleben vergeudenden Umgangs mit den Internierten statistisch detailliert ausgebreitet.

Im Zentrum der Untersuchung steht dann auf über 200 Druckseiten die Schilderung der Lebensbedingungen der Internierten, die geprägt sind durch das Tauziehen um diese Menschen zwischen dem Regime des von den Deutschen ausgehaltenen Mussolini, seinem Interesse, aus den regimetreuen oder geworbenen Soldaten neue Kampfverbände aufzubauen, und dem deutschen Interesse an billiger Zwangsarbeit. Da die italienische Seite ohnehin keine Chance zur Durchsetzung hatte, bleibt letztlich das grauenhafte Alltagsleben dieser Menschen am unteren Ende der Skala von »Lebenschancen« zu beschreiben, die das NS-Regime zu bieten hatte. Sogar russische Zwangsarbeiter wurden besser behandelt als diese Italiener. Selbst die Befreiung der Gefangenen ist mit einer weiteren Katastrophe verbunden. Wehrmachtsangehörige, SS, Gestapo und Polizei haben offenbar im März und April 1945 nochmals eine Mordorgie gefeiert. Die 30 Seiten des Buches über diese Vorgänge sind sachlich kühl geschrieben. Sie gehen aber unter die Haut, zumal auch die »rechtliche« Würdigung durch deutsche Gerichte der Nachkriegszeit in der Darstellung berücksichtigt ist.

Es ist schwer, dieses Buch nur aus historischem Interesse zu lesen; es braucht seine Zeit, um auch emotional verarbeitet zu werden, selbst wenn man ähnliches aus der Forschung schon kennt und sich keine Illusionen mehr über das NS-Regime und die Rolle des deutschen Militärs in ihm macht. Es ist ein großes Buch, voller Details, in Teilen akribisch bis ins Kleinste, und doch auch eine groß angelegte Darstellung, die nie den Gesamtzusammenhang aus dem Auge verliert. Eine Studie, die das erzählende Element genauso enthält

wie die Statistik, die die große Politik verknüpft mit dem sozialhistorischen Detail und korrekte Sachlichkeit mit einem sicheren und gerechten moralischen Urteil verbindet.

Martin Kutz, Hamburg

Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 61), Oldenbourg Verlag, München 1990, 200 S., kart., 28 DM.

Der vorliegende Sammelband ging aus einem Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte im Juni 1989 hervor. Den dortigen Vorträgen wurden für die Publikation weitere sieben Beiträge an die Seite gestellt. Erkenntnisleitend ist für alle Essays die Frage nach Zäsuren und Brüchen in der – wie es im Vorwort heißt – »auf den ersten Blick so kontinuierlich erscheinenden Geschichte der Bundesrepublik«. Wenn auch nicht als solche geplant, versteht sich der Band doch – da nach dem November 1989 veröffentlicht – als erste »vorläufige Bilanz« der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Einleitung betont der Herausgeber die Probleme bei der Suche nach Zäsuren in einer Zeit, die durch ihre Nähe zum Betrachter gekennzeichnet ist. Kategorien der Periodisierung – »Fortschritt«, »Modernisierung« – bedürfen der Kenntnis längerfristiger Wirkungen von Ereignissen. Deshalb sollte es auch weniger um die Feststellung fester Zäsuren als um die »Frage nach besonders wichtigen und spannenden Teilgeschichten und Entscheidungsprozessen innerhalb des Gesamtverlaufs« gehen. Dreizehn Autoren nähern sich dieser Frage von unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Hans-Peter Schwarz sieht in seinem Beitrag »Segmentäre Zäsuren. 1949–1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge« die Geschichte der Bundesrepublik selbst als eine »tiefe Zäsur« in der neueren deutschen und europäischen Geschichte; im Vergleich zur ersten Jahrhunderthälfte sei eine Zeit der Stabilität angebrochen. Die sich seitdem vollziehenden Modifikationen und leichten Umakzentuierungen bezeichnet der Autor als »segmentäre Zäsuren«, einige dieser Einschnitte werden kurz skizziert.

Auch Hans Günter Hockerts betont in seinem der Sozialpolitik gewidmeten Beitrag (»Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates«) einerseits den langen Trend, andererseits die größte Expansion des Wohlfahrtsstaates in der deutschen Geschichte. In den von ihm skizzierten unterschiedlichen Entwicklungsphasen hält er die Rentenreform für das »spektakulärste Projekt«.

Knut Borchardt (»Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?«) hebt zunächst den tiefen Einschnitt der Währungsreform hervor. Ob darüber hinaus zwei, drei oder vier Perioden festzumachen seien, erscheint dem Autor nahezu beliebig – es seien jeweils gute Gründe benennbar. Die Jahre 1966/67 stellten unbestreitbar einen Einschnitt dar. Dafür sprechen der erstmalige Rückgang des Geburtenüberschusses oder der Anfang einer neuen Zielen verpflichteten Finanzpolitik. Nahe liege auch eine Zäsur im Jahr des Ölschocks 1973: Erstmals öffentliche Infragestellung des Wirtschaftswachstums als höchstes Ziel der Wirtschaftspolitik, Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer und Einführung flexibler Wechselkurse. Ganz anders gelagerte Faktoren, nämlich der Godesberger Parteitag der SPD, der Mauerbau oder die förmliche Feststellung der Konvertibilität der D-Mark ließen aber ebenso den Wechsel von den 50er zu den 60er Jahren als durchaus plausiblen Einschnitt auch für die Wirtschaftspolitik erscheinen. Daß Borchardts Essay – bereichert mit auch für den wirtschaftshistorischen Laien leicht verständlichen Graphiken – mehr konstatierend als hinterfragend ist, liegt in der Anlage des Sammelbandes begründet. Er macht gleichwohl Lust, den vielen Anregungen des Autors intensiver nachzugehen.

wie die Statistik, die die große Politik verknüpft mit dem sozialhistorischen Detail und korrekte Sachlichkeit mit einem sicheren und gerechten moralischen Urteil verbindet.

Martin Kutz, Hamburg

Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von Martin Broszat (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 61), Oldenbourg Verlag, München 1990, 200 S., kart., 28 DM.

Der vorliegende Sammelband ging aus einem Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte im Juni 1989 hervor. Den dortigen Vorträgen wurden für die Publikation weitere sieben Beiträge an die Seite gestellt. Erkenntnisleitend ist für alle Essays die Frage nach Zäsuren und Brüchen in der – wie es im Vorwort heißt – »auf den ersten Blick so kontinuierlich erscheinenden Geschichte der Bundesrepublik«. Wenn auch nicht als solche geplant, versteht sich der Band doch – da nach dem November 1989 veröffentlicht – als erste »vorläufige Bilanz« der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Einleitung betont der Herausgeber die Probleme bei der Suche nach Zäsuren in einer Zeit, die durch ihre Nähe zum Betrachter gekennzeichnet ist. Kategorien der Periodisierung – »Fortschritt«, »Modernisierung« – bedürfen der Kenntnis längerfristiger Wirkungen von Ereignissen. Deshalb sollte es auch weniger um die Feststellung fester Zäsuren als um die »Frage nach besonders wichtigen und spannenden Teilgeschichten und Entscheidungsprozessen innerhalb des Gesamtverlaufs« gehen. Dreizehn Autoren nähern sich dieser Frage von unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Hans-Peter Schwarz sieht in seinem Beitrag »Segmentäre Zäsuren. 1949–1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge« die Geschichte der Bundesrepublik selbst als eine »tiefe Zäsur« in der neueren deutschen und europäischen Geschichte; im Vergleich zur ersten Jahrhunderthälfte sei eine Zeit der Stabilität angebrochen. Die sich seitdem vollziehenden Modifikationen und leichten Umakzentuierungen bezeichnet der Autor als »segmentäre Zäsuren«, einige dieser Einschnitte werden kurz skizziert.

Auch Hans Günter Hockerts betont in seinem der Sozialpolitik gewidmeten Beitrag (»Metamorphosen des Wohlfahrtsstaates«) einerseits den langen Trend, andererseits die größte Expansion des Wohlfahrtsstaates in der deutschen Geschichte. In den von ihm skizzierten unterschiedlichen Entwicklungsphasen hält er die Rentenreform für das »spektakulärste Projekt«.

Knut Borchardt (»Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?«) hebt zunächst den tiefen Einschnitt der Währungsreform hervor. Ob darüber hinaus zwei, drei oder vier Perioden festzumachen seien, erscheint dem Autor nahezu beliebig – es seien jeweils gute Gründe benennbar. Die Jahre 1966/67 stellten unbestreitbar einen Einschnitt dar. Dafür sprechen der erstmalige Rückgang des Geburtenüberschusses oder der Anfang einer neuen Zielen verpflichteten Finanzpolitik. Nahe liege auch eine Zäsur im Jahr des Ölschocks 1973: Erstmals öffentliche Infragestellung des Wirtschaftswachstums als höchstes Ziel der Wirtschaftspolitik, Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer und Einführung flexibler Wechselkurse. Ganz anders gelagerte Faktoren, nämlich der Godesberger Parteitag der SPD, der Mauerbau oder die förmliche Feststellung der Konvertibilität der D-Mark ließen aber ebenso den Wechsel von den 50er zu den 60er Jahren als durchaus plausiblen Einschnitt auch für die Wirtschaftspolitik erscheinen. Daß Borchardts Essay – bereichert mit auch für den wirtschaftshistorischen Laien leicht verständlichen Graphiken – mehr konstatierend als hinterfragend ist, liegt in der Anlage des Sammelbandes begründet. Er macht gleichwohl Lust, den vielen Anregungen des Autors intensiver nachzugehen.

Gleiches gilt für Arnold Sywotteks Aufsatz zu »Konsum, Mobilität, Freizeit. Tendenzen gesellschaftlichen Wandels.« Sywottek beschreibt darin Veränderungen im Alltagsleben, auf den ersten Blick wenig spektakulär, aber mit weitreichenden Folgen für die Betroffenen, die in ihrer Bedeutung oft noch gar nicht erfaßt sind. So habe beispielsweise die Zunahme elektrischer Geräte im Haushalt Ende der 50er Jahre zunächst wohl vordergründig die Hausarbeit erleichtert, darüber hinaus jedoch auch Einfluß auf die Gestaltung des Familienlebens, auf die Konsumgüterproduktion und vieles mehr gehabt. Zwar untersucht der Autor nur einige wenige Segmente des Alltagslebens, dennoch wird deutlich, daß es *die* einschneidende Zäsur in diesem Lebensbereich gar nicht geben kann. Denn – und das betont auch Helmut Becker in seinem Beitrag über »Bildung und Bildungspolitik. Über den Sickereffekt von Reformen« – die Geschichte, insbesondere die Alltagsgeschichte, stellt sich unterschiedlichen Betrachtern auch immer unterschiedlich dar. Solche differenzierten Erfahrungswelten voraussetzend, verweist Sywottek ideenreich auf verschiedene Dimensionen sozialgeschichtlicher Forschungsdesiderate.

Um Verfassung und Verwaltung geht es im Beitrag Thomas Ellweins. Fehlenden Brüchen oder Zäsuren in der Verfassungsentwicklung stehe ein großer Wandel in der Verwaltung gegenüber, vor allem auf den Gebieten der Gemeindeverwaltung, Gebietsreform und »Funktionsreform«. Doch aufschlußreich heißt es dann: »Allerdings tun sich inzwischen auch Zweifel auf, ob das alles nicht nur im Vergleich mit den früheren Bildern von straffer und bürokratisch strenger Verwaltung anders geworden ist, ob es also nicht auch früher in Wahrheit eine weitaus flexiblere und örtlich angepaßte Verwaltung gegeben habe. Träfe das zu und würde damit der übliche historische Vergleich nicht zutreffen, müßte das Anlaß sein, über das Verhältnis von Norm und Wirklichkeit auch in Verwaltungsdingen neu nachzudenken. Ein Überdenken der deutschen Staatstheorie wäre gefordert.« Dies scheint in der Tat angebracht!

Auch die Aufarbeitung der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik steht noch aus, wie der Beitrag Dieter Simons über »Zäsuren im Rechtsdenken« deutlich macht. Hier gilt es Lükken zu schließen, um den zweifellos für die Geschichte der Bundesrepublik sehr bedeutenden Aspekt der Rechtsentwicklung – ihre Theorie und Methodik – angemessen berücksichtigen zu können. Eindeutige Zäsuren im Bild des »akzeptierten Parteienstaats« scheinen einem weiteren Autor des Bandes, Alf Mintzel, nicht auszumachen zu sein. Das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes ist für Ute Fevert Ausgangspunkt für die Frage nach den »frauenhistorischen« Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch wenn Frevert einige für die Frauen positive Entwicklungen konstatieren kann – festzumachen u. a. an Gesetzesänderungen wie der Aufhebung des »Stichentscheids« –, scheint ihr insgesamt die Entwicklung nach vierzig Jahren immer noch ein ernüchterndes Bild zu bieten: Wenn die »Frauenfrage« nicht als »Männer- und Frauenfrage« verstanden werde, bleibe die Gefahr, daß man sich weiter auf der in den fünfziger Jahren betretenen Einbahnstraße fortbewege.

Im Bereich der Lebensdeutungen beschäftigt sich Hans Maier mit »Kirche, Religion und Kultur.« Er konstatiert den verstärkten Rückzug des Religiösen aus dem gesellschaftlichen Leben und geht der Frage nach, was das Glauben schwierig macht. Brüche und Zäsuren in der Politik der Kirchen untersucht er leider nicht. Sehr knapp fallen die Ausführungen von Joachim Kaiser zu »Phasenverschiebungen und Einschnitte[n] in der kulturellen Entwicklung« aus. Deutlich wird, daß gerade die Kulturgeschichtsschreibung der Bundesrepublik noch ziemlich am Anfang steht.

Einen Teilbereich der kulturellen Entwicklung, die 60er Jahre, nimmt Hermann Rudolph in seinem Beitrag »Mehr Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre« ins Visier. Vehement wendet er sich gegen die Stilisierung der Studentenbewegung als die entscheidende Zäsur jener Jahre: »Die Bundesrepublik der sechziger Jahre war bereits wach und in Bewegung, als die Studenten begannen, den Aufstand zu proben«. Dem

»politisch-moralischen Überschuß«, den Rudolph den 60er Jahren zumißt, nachzuspüren, wäre sicherlich ein interessantes Unterfangen. Schließlich der Aufsatz von Hermann Graml. In »Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« versucht der Autor die These zu widerlegen, die Deutschen hätten ihre nationalsozialistische Vergangenheit von Anfang an verdrängt. Seine Argumentation entbehrt allerdings der Überzeugungskraft und trägt wenig zur Erhellung der Frage nach Zäsuren in der Nachkriegszeit bei.

Insgesamt bietet dieser Sammelband vielerlei Anregungen, sich unter den unterschiedlichsten Fragestellungen mit der bundesrepublikanischen Geschichte zu beschäftigen. Festzustellen ist bei allen Beiträgen eine deutliche Modifizierung der Bewertung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Lektüre der Aufsätze belegt eine historiographische Binsenweisheit: erst die zeitliche Distanz ermöglicht den geschärften Blick für die nachwirkenden Eigentümlichkeiten einer Epoche. *Christiane Toyka-Seid, Tübingen*

Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die deutsche Frage als internationales Problem (= Veröffentlichungen des Studienkreises internationale Beziehungen, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 144 S., kart., 38 DM.

Das politische Buch in welthistorischen Umbruchzeiten zeichnet sich dadurch aus, daß es meist bei Erscheinen durch die Entwicklung überholt ist. Dies liegt gewiß nicht am Autor, sondern an der Schnelligkeit der politischen Entwicklung. Deutschlandpolitische Beiträge, die vor dem 9. November 1989 verfaßt wurden, aber erst danach erschienen, können zwar interessant sein, sind jedoch von den Prämissen und von der Fragestellung her so »historisch«, daß sie fast schon in den Bereich der Wissenschaftsgeschichte fallen. Dies gilt auch für das hier anzuzeigende Buch, das der Gießener Historiker Hans-Jürgen Schröder herausgegeben hat. Vieles, was an der deutschen Frage vor 1989 spekulativ sein mußte, ist seitdem einvernehmlich beantwortet.

Die sehr unterschiedlichen Autoren, Politologen, Ökonomen, Historiker und Völkerrechtler spiegeln den Dreifach-Konsens wider, den es vor dem Um- und Aufbruch in der DDR gab. Man meinte, es bleibe bei den beiden deutschen Staaten. Es gehe daher um die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Eine wie auch immer geartete Wiedervereinigung sei ausgeschlossen. Bei den damals gegebenen politischen Prämissen wirkte jede andere Auffassung »deplaziert«. Inzwischen, nachdem das Unerwartete eingetreten ist, wirken Beiträge mit dem eben skizzierten Konsens deplaziert. Von hohem Informationswert bleiben die Studien von Immanuel Geiss über die deutsche Frage im internationalen System, die Ausführungen von Michael Bothe über »Deutschland als Rechtsproblem« und der Aufsatz von Helga Haftendorn über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis. Michael Bothes Postskriptum steht stellvertretend für die anderen Beiträge: »Die vorstehenden Ausführungen betreffen also eine abgeschlossene Epoche« (S. 69). Der einzige Beitrag, der über den Tag hinaus aktuelle Bedeutung hat, ist der von Helga Haftendorn. Wobei allerdings auch hier Fragen gestellt werden müssen, die mit der nicht vorhergesehenen Entwicklung zu tun haben. Gilt das von ihr beschriebene »Sicherheitsdilemma« der Bundesrepublik noch, das Schutz vor einer militärischen Bedrohung durch Bindung an die Verteidigungsgarantie der USA impliziert? Vielleicht hätte man die Beiträge im Lichte der neuen Ereignisse noch einmal überarbeiten müssen.

Wilhelm Bruns †, Bonn

»politisch-moralischen Überschuß«, den Rudolph den 60er Jahren zumißt, nachzuspüren, wäre sicherlich ein interessantes Unterfangen. Schließlich der Aufsatz von Hermann Graml. In »Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« versucht der Autor die These zu widerlegen, die Deutschen hätten ihre nationalsozialistische Vergangenheit von Anfang an verdrängt. Seine Argumentation entbehrt allerdings der Überzeugungskraft und trägt wenig zur Erhellung der Frage nach Zäsuren in der Nachkriegszeit bei.

Insgesamt bietet dieser Sammelband vielerlei Anregungen, sich unter den unterschiedlichsten Fragestellungen mit der bundesrepublikanischen Geschichte zu beschäftigen. Festzustellen ist bei allen Beiträgen eine deutliche Modifizierung der Bewertung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Lektüre der Aufsätze belegt eine historiographische Binsenweisheit: erst die zeitliche Distanz ermöglicht den geschärften Blick für die nachwirkenden Eigentümlichkeiten einer Epoche. *Christiane Toyka-Seid, Tübingen*

Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die deutsche Frage als internationales Problem (= Veröffentlichungen des Studienkreises internationale Beziehungen, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 144 S., kart., 38 DM.

Das politische Buch in welthistorischen Umbruchzeiten zeichnet sich dadurch aus, daß es meist bei Erscheinen durch die Entwicklung überholt ist. Dies liegt gewiß nicht am Autor, sondern an der Schnelligkeit der politischen Entwicklung. Deutschlandpolitische Beiträge, die vor dem 9. November 1989 verfaßt wurden, aber erst danach erschienen, können zwar interessant sein, sind jedoch von den Prämissen und von der Fragestellung her so »historisch«, daß sie fast schon in den Bereich der Wissenschaftsgeschichte fallen. Dies gilt auch für das hier anzuzeigende Buch, das der Gießener Historiker Hans-Jürgen Schröder herausgegeben hat. Vieles, was an der deutschen Frage vor 1989 spekulativ sein mußte, ist seitdem einvernehmlich beantwortet.

Die sehr unterschiedlichen Autoren, Politologen, Ökonomen, Historiker und Völkerrechtler spiegeln den Dreifach-Konsens wider, den es vor dem Um- und Aufbruch in der DDR gab. Man meinte, es bleibe bei den beiden deutschen Staaten. Es gehe daher um die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Eine wie auch immer geartete Wiedervereinigung sei ausgeschlossen. Bei den damals gegebenen politischen Prämissen wirkte jede andere Auffassung »deplaziert«. Inzwischen, nachdem das Unerwartete eingetreten ist, wirken Beiträge mit dem eben skizzierten Konsens deplaziert. Von hohem Informationswert bleiben die Studien von Immanuel Geiss über die deutsche Frage im internationalen System, die Ausführungen von Michael Bothe über »Deutschland als Rechtsproblem« und der Aufsatz von Helga Haftendorn über die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis. Michael Bothes Postskriptum steht stellvertretend für die anderen Beiträge: »Die vorstehenden Ausführungen betreffen also eine abgeschlossene Epoche« (S. 69). Der einzige Beitrag, der über den Tag hinaus aktuelle Bedeutung hat, ist der von Helga Haftendorn. Wobei allerdings auch hier Fragen gestellt werden müssen, die mit der nicht vorhergesehenen Entwicklung zu tun haben. Gilt das von ihr beschriebene »Sicherheitsdilemma« der Bundesrepublik noch, das Schutz vor einer militärischen Bedrohung durch Bindung an die Verteidigungsgarantie der USA impliziert? Vielleicht hätte man die Beiträge im Lichte der neuen Ereignisse noch einmal überarbeiten müssen.

Wilhelm Bruns †, Bonn

Michael Wala, Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations, 1945–1950 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 41), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 331 S., kart., 68 DM.

Mit seiner Studie über den Council on Foreign Relations – ein Gremium, das durch seine Zeitschrift »Foreign Relations« weithin bekannt geworden ist – hat sich der Autor das Ziel gesetzt, das Wirken dieser Institution in der Nachkriegszeit detailliert zu untersuchen und dabei dessen Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik zu analysieren. Zu diesem Zweck erläutert er zunächst die Geschichte dieser Institution im Anschluß an die Versailler Friedenskonferenz zur Propagierung einer internationalistischen amerikanischen Außenpolitik. Von Anfang an war der Council ein Studien- und Diskussionsforum, das mit einflußreichen Geschäftsleuten, Akademikern und Politikern liberaler Prägung durchsetzt und darauf ausgerichtet war, durch die Publikation einer eigenen Zeitschrift auf die Meinungsbildung in der amerikanischen Öffentlichkeit einzuwirken.

Von Beginn des Zweiten Weltkriegs an verstärkten sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Council und dem State Department, die in einer Fülle von »War and Peace Studies« sichtbaren Ausdruck fanden, ohne daß freilich in der Darstellung deutlich wird, in welchem Maße diese Studien die amerikanische Außenpolitik tatsächlich beeinflußten. Dies gilt für die Grundzüge der amerikanischen Nachkriegspolitik im allgemeinen wie auch für die Westeuropa-Politik einschließlich der Hinwendung zu einer aktiven Wirtschaftsförderung in Form des Marshall-Plans und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für eine Neugestaltung der amerikanischen Deutschlandpolitik im Jahre 1946. In allen grundlegenden Einzelfragen der amerikanischen Außenpolitik – von der Truman-Doktrin über das European Recovery Program bis hin zu den Problemen einer deutschen Wiederbewaffnung – wurden durch den Council eingehende Analysen ausgearbeitet. Der Council hat sich von daher mit den richtungweisenden Problemstellungen der Nachkriegszeit eingehend beschäftigt und nach zum Teil äußerst kontroverser Debatte geschlossene Politikvorschläge in die öffentliche Diskussion getragen. Er hat damit Anteil genommen an der breit gefächerten öffentlichen Diskussion über die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik, ohne freilich dominierender Entscheidungsfaktor gewesen zu sein.

Es wäre daher verfehlt, eine detaillierte und vergleichende Analyse zwischen den Zielvorstellungen des Council und der tatsächlichen amerikanischen Politik zu erwarten, auch wenn bisweilen dadurch der Eindruck entsteht, daß der Council längst entschiedene Angelegenheiten weiterdiskutierte und so z. B. über die Dimensionen einer amerikanischen Wirtschaftshilfe für Europa stritt,während die Weichen im State Department bereits gestellt waren. Es wäre ebenso falsch, ihn als nach außen verlagerte Planungsgruppe oder verlängerten Arm des State Departments zu mißdeuten. Wie am Beispiel der vom Council betriebenen Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Marshall-Plans deutlich wird, spielte diese Institution eine bedeutende Rolle bei der Formulierung und der Propagierung amerikanischer Außenpolitik. Damit war der Council eine von vielen Institutionen, die gemäß der pluralistischen und korporativen Struktur der amerikanischen Gesellschaft auf die politischen Abläufe und Entscheidungen Einfluß zu nehmen versuchten. Dem Verfasser ist daher zuzustimmen, wenn er abschließend feststellt, daß der Council »durch seine Funktion als Forum« Einfluß gehabt hat, »von Fall zu Fall unterschiedlich stark und äußerst selten direkt und ausschließlich [. . .]«. Unzweifelhaft diente er dem State Department »als ständige Ideenfabrik«, deren Vorschläge nicht an die täglich neu entstehenden Sachzwänge gebunden waren; die Konsensfähigkeit neuer Denkansätze in der amerikanischen Öffentlichkeit konnten so zunächst einmal abgewartet werden.

Die vorliegende Studie zeichnet sich durch eine ebenso intensive wie sachkundige Auswertung der einschlägigen Quellenmaterialien im Archiv des Council on Foreign Relations aus. Dem Leser wird so über die engere Themenstellung hinaus das gesamte Spektrum der

Aktivitäten des Councils vermittelt. Auch seine personelle Zusammensetzung wird aufgeschlüsselt; viele bekannte Persönlichkeiten der US-Außenpolitik tauchen in den Mitgliedslisten auf. Die Lesbarkeit der Studie wird indes durch die evidenten Schwierigkeiten des Verfassers mit den Interpunktionsregeln der deutschen Sprache leicht getrübt. Hier hätten die Herausgeber der Studienreihe korrigierend eingreifen müssen.

Hans-Dieter Kreikamp, Koblenz

Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (= Historische Studien, Bd. 3), Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 380 S., geb., 78 DM.

Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953 (= Industrielle Welt, Bd. 50), Klett-Cotta, Stuttgart 1990, 480 S., Ln., 128 DM

Die beiden vorliegenden Arbeiten bilden eine wichtige Ergänzung zu den gerade in den letzten Jahren vermehrt erschienenen Studien über die wohl zentrale Problematik der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Hunger und die Politik zu seiner Bekämpfung, da sie die bisher noch kaum untersuchte Situation in der amerikanischen Zone näher beleuchten.

Die Göttinger Habilitationsschrift von Günter J. Trittel versucht, die bestimmende Rolle der Ernährungsproblematik für die amerikanische und die britische Besatzungspolitik und für die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen und Verhaltensmuster im frühen Nachkriegsdeutschland herauszuarbeiten. Im ersten Teil seiner Untersuchung zeigt der Verfasser, wie die Briten schon nach wenigen Monaten erkannten, daß sie Fragen der Demokratisierungs- und Sicherheitspolitik in Deutschland zugunsten von Ernährungsmaßnahmen zurückstellen mußten, um nicht einen völligen Zusammenbruch zu riskieren. Ihr Appell zu gemeinsamen Anstrengungen aller Alliierten wurde jedoch 1946 nur von den USA positiv beantwortet und führte zur Gründung der Bizone. Dieser rein ernährungspolitischen Maßnahme blieb der Erfolg versagt, weil sich die Amerikaner nur halbherzig auf eine zonenübergreifende Politik einließen. Erst die Verschärfung der Hungerkrise führte im Sommer 1947 zu einer Reorganisation der Bizone mit einer mit stärkeren Kompetenzen ausgestatteten deutschen Zentralverwaltung in Frankfurt und damit zu einer Abkehr von der in Potsdam vereinbarten Viermächte-Verwaltung Deutschlands. Als sich wenig später eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik hin zu einem stärkeren weltpolitischen Engagement gegen den Kommunismus abzeichnete, gewann die fortdauernde krisenhafte Ernährungssituation in Deutschland an zusätzlicher Brisanz. Um den Westen des ehemaligen Reiches nicht an den Kommunismus zu verlieren, übernahmen nun die Amerikaner, von denen die wirtschaftlich schwer angeschlagenen Briten völlig abhängig geworden waren, die Kontrolle über die Ernährungsverwaltung in der Bizone. Die wirtschaftliche Stabilisierung als Voraussetzung der politischen Stabilisierung Westdeutschlands erhielt absolute Priorität. Mit massiven Lebensmittelimporten, der Einbeziehung der Westzonen in das ERP-Programm und der Währungsreform wurde eine Entwicklung eingeleitet, die schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte.

Für die deutschen Politiker, der Verfasser untersucht hierbei schwerpunktmäßig die Situation in Nordrhein-Westfalen und in Bayern, konstatiert Trittel zunächst wenig parteipolitischen Konfliktstoff in der Ernährungsfrage. Für alle Seiten standen der Kampf gegen den Hunger und damit die Forderung nach einer umfangreicheren Hilfe durch die Besatzungsmächte im Vordergrund. Differenzen gab es jedoch zwischen den einzelnen Ländern sowie den Ländern und der Zentralverwaltung in der Frage der gerechten Verteilung des

Aktivitäten des Councils vermittelt. Auch seine personelle Zusammensetzung wird aufgeschlüsselt; viele bekannte Persönlichkeiten der US-Außenpolitik tauchen in den Mitgliedslisten auf. Die Lesbarkeit der Studie wird indes durch die evidenten Schwierigkeiten des Verfassers mit den Interpunktionsregeln der deutschen Sprache leicht getrübt. Hier hätten die Herausgeber der Studienreihe korrigierend eingreifen müssen.

Hans-Dieter Kreikamp, Koblenz

Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (= Historische Studien, Bd. 3), Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 380 S., geb., 78 DM.

Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953 (= Industrielle Welt, Bd. 50), Klett-Cotta, Stuttgart 1990, 480 S., Ln., 128 DM

Die beiden vorliegenden Arbeiten bilden eine wichtige Ergänzung zu den gerade in den letzten Jahren vermehrt erschienenen Studien über die wohl zentrale Problematik der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Hunger und die Politik zu seiner Bekämpfung, da sie die bisher noch kaum untersuchte Situation in der amerikanischen Zone näher beleuchten.

Die Göttinger Habilitationsschrift von Günter J. Trittel versucht, die bestimmende Rolle der Ernährungsproblematik für die amerikanische und die britische Besatzungspolitik und für die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen und Verhaltensmuster im frühen Nachkriegsdeutschland herauszuarbeiten. Im ersten Teil seiner Untersuchung zeigt der Verfasser, wie die Briten schon nach wenigen Monaten erkannten, daß sie Fragen der Demokratisierungs- und Sicherheitspolitik in Deutschland zugunsten von Ernährungsmaßnahmen zurückstellen mußten, um nicht einen völligen Zusammenbruch zu riskieren. Ihr Appell zu gemeinsamen Anstrengungen aller Alliierten wurde jedoch 1946 nur von den USA positiv beantwortet und führte zur Gründung der Bizone. Dieser rein ernährungspolitischen Maßnahme blieb der Erfolg versagt, weil sich die Amerikaner nur halbherzig auf eine zonenübergreifende Politik einließen. Erst die Verschärfung der Hungerkrise führte im Sommer 1947 zu einer Reorganisation der Bizone mit einer mit stärkeren Kompetenzen ausgestatteten deutschen Zentralverwaltung in Frankfurt und damit zu einer Abkehr von der in Potsdam vereinbarten Viermächte-Verwaltung Deutschlands. Als sich wenig später eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik hin zu einem stärkeren weltpolitischen Engagement gegen den Kommunismus abzeichnete, gewann die fortdauernde krisenhafte Ernährungssituation in Deutschland an zusätzlicher Brisanz. Um den Westen des ehemaligen Reiches nicht an den Kommunismus zu verlieren, übernahmen nun die Amerikaner, von denen die wirtschaftlich schwer angeschlagenen Briten völlig abhängig geworden waren, die Kontrolle über die Ernährungsverwaltung in der Bizone. Die wirtschaftliche Stabilisierung als Voraussetzung der politischen Stabilisierung Westdeutschlands erhielt absolute Priorität. Mit massiven Lebensmittelimporten, der Einbeziehung der Westzonen in das ERP-Programm und der Währungsreform wurde eine Entwicklung eingeleitet, die schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte.

Für die deutschen Politiker, der Verfasser untersucht hierbei schwerpunktmäßig die Situation in Nordrhein-Westfalen und in Bayern, konstatiert Trittel zunächst wenig parteipolitischen Konfliktstoff in der Ernährungsfrage. Für alle Seiten standen der Kampf gegen den Hunger und damit die Forderung nach einer umfangreicheren Hilfe durch die Besatzungsmächte im Vordergrund. Differenzen gab es jedoch zwischen den einzelnen Ländern sowie den Ländern und der Zentralverwaltung in der Frage der gerechten Verteilung des

Mangels. Ihren Höhepunkt fanden diese Auseinandersetzungen im sogenannten »Kartoffelkrieg« des Winters 1947/48, als sich die Agrarländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern weigerten, den von der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft zugunsten des Industrielandes Nordrhein-Westfalen festgesetzten Kartoffelablieferungsquoten nachzukommen. Erst als mit der Währungsreform des Jahres 1948 die Preise für industrielle und gewerbliche Produkte freigegeben wurden, entzündete sich zwischen landwirtschaftlichen Interessenvertretern, weiten Teilen von CDU/CSU und FDP auf der einen und der Ernährungsverwaltung unter Hans Schlange-Schöningen, der SPD und den Gewerkschaften auf der anderen Seite der in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wurzelnde Konflikt über die weitere Beibehaltung der Lebensmittelbewirtschaftung, der 1949 durch die Bildung einer bürgerlichen Regierungskoalition zugunsten der von den Bauern gewünschten Aufhebung der Bewirtschaftung entschieden wurde.

Im zweiten Teil der Arbeit ergänzt der Verfasser seine Darstellung durch die zusammenfassende Herausarbeitung einiger Untersuchungsschwerpunkte. Vor allem in seinen Analysen des Einflusses der Ernährungskrise auf die anglo-amerikanische Deutschlandpolitik und der deutschen Haltung zum Hungerproblem kann er aber der Gefahr nicht ganz ausweichen, daß diese Kapitel stellenweise wie eine Wiederholung des ersten Teils seiner Abhandlung wirken. In einem Schlußkapitel über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der Ernährungskrise kommt Trittel im Gegensatz zu Werner Abelshauser zu der These, daß der Hunger »eine ganz wesentliche, wenn nicht *die* entscheidende Ursache für die Blockierung des wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen ist« (S. 270), da er die physische Leistungsfähigkeit reduzierte und die Menschen zwang, ihre Kräfte auf die Lebensmittelbeschaffung zu konzentrieren. Er konstatiert die Außerkraftsetzung tradierter Moralvorstellungen und sozialer Bindungen durch die Notwendigkeit der Nahrungsbeschaffung, die oft genug die Grenze zwischen Legalität und Illegalität verwischte. Die Kräfteabsorbtion durch den Hunger, die Erkenntnis eigener Ohnmacht und die Gleichsetzung von schlechter Ernährungslage und Demokratie bewirkten nach seiner Einschätzung einen nur schwachen Politisierungsgrad in der Bevölkerung und eine distanzierte Haltung gegenüber der neuen Ordnung. Für weitgehende gesellschaftspolitische Umgestaltungen war seiner Auffassung nach in Westdeutschland damals keine Bereitschaft vorhanden.

Die Münchner Dissertation von Paul Erker bietet eine gute Ergänzung zu diesen Ausführungen, auch wenn sie über deren Zeitrahmen hinausgeht und ihren Untersuchungsschwerpunkt in Bayern hat. Während sich Trittel in erster Linie mit den politischen Auswirkungen der Ernährungskrise auseinandersetzt, analysiert Erker insbesondere ihre sozialen Folgen und die der Währungsreform für die Bauern und die Industriearbeiter. Die Beschränkung der Arbeit auf Bayern ist wohl nicht inhaltlich begründet. Es geht nicht darum, bayerische Besonderheiten herauszuarbeiten oder Vergleiche zu anderen Ländern anzustellen. Bayern steht eher als pars pro toto. Der regionale Ansatz hat offenbar arbeitstechnische Ursachen. Erker wollte sich damit, durchaus legitim, die Quellenlage überschaubarer machen.

Der Verfasser stellt einleitend auf allerdings etwas zu knappem Raum dar, daß verdeckte Inflation und Schwarzhandel bereits in der Zeit vor dem Zusammenbruch eingesetzt hatten und keinesfalls Ergebnisse des Kriegsendes waren. Seine eigentliche Untersuchung setzt jedoch erst 1945 ein. Sie gliedert sich in drei Teile, die die Situation vor, während und nach der Währungsreform näher beleuchten. Recht eindrucksvoll – und durch zahlreiche Tabellen und Diagramme ergänzt – zeigt Erker auf, wie sehr die Ernährungssituation nach Kriegsende bei der Arbeiterschaft Fragen des Arbeitsplatzes, der Arbeitszeit, der Entlohnung oder der Leistungsbereitschaft und -kraft bestimmten. Der Kampf gegen den Hunger stellte einen Interessengleichklang zwischen Unternehmern und Belegschaft her und verlagerte soziale Konflikte. Bei sinkender Kaufkraft und mangelhaftem Nahrungsmittelangebot wurden Lebensmittelzulagen und Teilentlohnung in Naturalien zum Ausdruck sozialer

Differenzierung. Die Währungsreform brachte der Arbeiterschaft trotz eines verbesserten Warenangebots durch das Bewußtwerden der Inflationsverluste, wiedereinsetzende Arbeitslosigkeit und den rapiden Preisanstieg bei zunächst fortbestehendem Lohnstop das Gefühl, Opfer einer unsozialen Maßnahme geworden zu sein. Erker stellt jedoch eine schnelle Aussöhnung mit der neuen Wirtschaftsordnung fest, da die mit dem Ende des Lohnstops einsetzenden Tarifverhandlungen die Einkommensituation rasch wieder verbesserten. Lediglich die steigende Arbeitslosigkeit warf einen Schatten auf das Bild des Aufschwungs und schuf neue soziale Konflikte.

Die Bauern waren als Erzeuger eher Nutznießer der Ernährungskrise, da sie mit ihrer volkswirtschaftlich zentralen Rolle vor notwendigen Strukturanpassungen bewahrt blieben und auch unrentable Höfe trotz zwangswirtschaftlich festgelegter niedriger Erzeugerpreise durch die Bedingungen des Schwarzen Marktes überleben konnten. Durch die Währungsreform sahen sich die Bauern mit steigenden Betriebsmittelpreisen, schwankenden Absatzchancen und mit Währungseinbußen konfrontiert. Sie forderten daher das Ende der Bewirtschaftung auch auf dem Ernährungssektor, um über höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte einen Ausgleich für die erlittenen Einbußen zu schaffen. Der freie Markt legte jedoch die veralteten Besitz-, Betriebs- und Produktionsstrukturen offen und zwang viele kleinbäuerliche Betriebe zur Aufgabe. Obwohl der Verfasser insgesamt einen relativ raschen Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß konstatiert, stellt er fest, daß die Bauern sich selbst eher als die Verlierer der neuen Marktsituation sahen und deshalb schon bald wieder agrarprotektionistische Forderungen erhoben.

Im Unterschied zu Trittel, der in einer Gesamtbewertung vor allem in der durchschnittlich 70prozentigen Wahlbeteiligung 1946/47 den Beleg für den hemmenden Einfluß des Hungers auf das Demokratiebewußtsein der Deutschen sieht, argumentiert Erker, zwar auf ebenso schmaler Untersuchungsbasis, jedoch weitaus überzeugender, daß gerade die bis zum Jahr 1948 zunehmenden Hungerstreiks sowie die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten bei den bayerischen Kommunalwahlen von 1948 gegen eine demokratiefeindliche Haltung sprechen. Deutlicher als Trittel sieht Erker in der zeitlichen Koinzidenz von wirtschaftlichem Aufschwung und westdeutscher Staatsgründung einen wesentlichen Grund für die rasche Akzeptanz, die die Bundesrepublik bei ihren Bürgern gefunden hat, ohne diese These allerdings näher zu belegen. Insgesamt läßt sich sagen, daß beide lesenswerte Arbeiten vorgelegt haben, die zeigen, wie entscheidend gerade die Ernährungskrise nach dem Krieg nicht nur den Weg zur Bundesrepublik beeinflußt, sondern auch das Denken und Handeln ganzer Generationen noch auf Jahrzehnte hinaus bestimmt hat.

Manfred Peter Heimers, Haar b. München

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 31), Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 205 S., Ln., 78 DM.

Buchheims Untersuchung ist ein weiterer Baustein der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Zeitgeschichte, die sich auch der wirtschaftshistorischen Aufarbeitung der Besatzungszeit und der Anfangsphase der Bundesrepublik widmet. Buchheim geht auf zwei Betrachtungsebenen vor. Erstens stellt er dar, wie die westlichen Besatzungsmächte und später die Bundesrepublik die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Ausland gestaltet haben. Zweitens untersucht er »die wechselseitige Bedingtheit der Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft einerseits und überhaupt erst des Zusammenwachsens der Volkswirtschaften des Westens zu einer Weltwirtschaft andererseits«. So wird die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft gleichbedeutend mit der Schaffung der libe-

Differenzierung. Die Währungsreform brachte der Arbeiterschaft trotz eines verbesserten Warenangebots durch das Bewußtwerden der Inflationsverluste, wiedereinsetzende Arbeitslosigkeit und den rapiden Preisanstieg bei zunächst fortbestehendem Lohnstop das Gefühl, Opfer einer unsozialen Maßnahme geworden zu sein. Erker stellt jedoch eine schnelle Aussöhnung mit der neuen Wirtschaftsordnung fest, da die mit dem Ende des Lohnstops einsetzenden Tarifverhandlungen die Einkommensituation rasch wieder verbesserten. Lediglich die steigende Arbeitslosigkeit warf einen Schatten auf das Bild des Aufschwungs und schuf neue soziale Konflikte.

Die Bauern waren als Erzeuger eher Nutznießer der Ernährungskrise, da sie mit ihrer volkswirtschaftlich zentralen Rolle vor notwendigen Strukturanpassungen bewahrt blieben und auch unrentable Höfe trotz zwangswirtschaftlich festgelegter niedriger Erzeugerpreise durch die Bedingungen des Schwarzen Marktes überleben konnten. Durch die Währungsreform sahen sich die Bauern mit steigenden Betriebsmittelpreisen, schwankenden Absatzchancen und mit Währungseinbußen konfrontiert. Sie forderten daher das Ende der Bewirtschaftung auch auf dem Ernährungssektor, um über höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte einen Ausgleich für die erlittenen Einbußen zu schaffen. Der freie Markt legte jedoch die veralteten Besitz-, Betriebs- und Produktionsstrukturen offen und zwang viele kleinbäuerliche Betriebe zur Aufgabe. Obwohl der Verfasser insgesamt einen relativ raschen Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß konstatiert, stellt er fest, daß die Bauern sich selbst eher als die Verlierer der neuen Marktsituation sahen und deshalb schon bald wieder agrarprotektionistische Forderungen erhoben.

Im Unterschied zu Trittel, der in einer Gesamtbewertung vor allem in der durchschnittlich 70prozentigen Wahlbeteiligung 1946/47 den Beleg für den hemmenden Einfluß des Hungers auf das Demokratiebewußtsein der Deutschen sieht, argumentiert Erker, zwar auf ebenso schmaler Untersuchungsbasis, jedoch weitaus überzeugender, daß gerade die bis zum Jahr 1948 zunehmenden Hungerstreiks sowie die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten bei den bayerischen Kommunalwahlen von 1948 gegen eine demokratiefeindliche Haltung sprechen. Deutlicher als Trittel sieht Erker in der zeitlichen Koinzidenz von wirtschaftlichem Aufschwung und westdeutscher Staatsgründung einen wesentlichen Grund für die rasche Akzeptanz, die die Bundesrepublik bei ihren Bürgern gefunden hat, ohne diese These allerdings näher zu belegen. Insgesamt läßt sich sagen, daß beide lesenswerte Arbeiten vorgelegt haben, die zeigen, wie entscheidend gerade die Ernährungskrise nach dem Krieg nicht nur den Weg zur Bundesrepublik beeinflußt, sondern auch das Denken und Handeln ganzer Generationen noch auf Jahrzehnte hinaus bestimmt hat.

Manfred Peter Heimers, Haar b. München

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 31), Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 205 S., Ln., 78 DM.

Buchheims Untersuchung ist ein weiterer Baustein der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Zeitgeschichte, die sich auch der wirtschaftshistorischen Aufarbeitung der Besatzungszeit und der Anfangsphase der Bundesrepublik widmet. Buchheim geht auf zwei Betrachtungsebenen vor. Erstens stellt er dar, wie die westlichen Besatzungsmächte und später die Bundesrepublik die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Ausland gestaltet haben. Zweitens untersucht er »die wechselseitige Bedingtheit der Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft einerseits und überhaupt erst des Zusammenwachsens der Volkswirtschaften des Westens zu einer Weltwirtschaft andererseits«. So wird die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft gleichbedeutend mit der Schaffung der libe-

ralen und multilateralen Weltwirtschaft unter amerikanischer Führung. Der institutionelle Rahmen, den Buchheim betrachtet, wird gebildet von OEEC, GATT, EZU und IWF, und nicht von Montanunion und EWG, die von anderen Kräften und Motiven gespeist wurden als denen der globalen Wirtschaftsfreiheit.

Im Zentrum von Buchheims Interesse finden sich ökonomische und politische Probleme, die mit Hilfe von Ansätzen aus der ökonomischen und politikwissenschaftlichen Theorie aufbereitet und interpretiert werden. Er zeichnet einzelne Entscheidungsabläufe nur in Ausnahmefällen nach, stellt vielmehr statt des aufeinander bezogenen Handelns von Personen vor allem die wechselseitige Bedingtheit von Fakten dar. Diese Methode ermöglicht ihm die Herausarbeitung von Entwicklungen, die den politisch und ökonomisch Handelnden der Zeit nicht immer bewußt oder bekannt waren, die die Geschichte aber trotzdem geprägt haben. Das Buch ist in vier Komplexe gegliedert: Alliiertes Außenhandelsregime in Westdeutschland 1945–1949, Währungsreform und Außenhandel, die Funktionen der Auslandshilfe und die Liberalisierung der westdeutschen Außenwirtschaft im europäischen und weltweiten Zusammenhang.

Das Außenhandelsregime der westlichen Besatzungsmächte von 1945 bis 1949, in dem jedes Import- und Exportgeschäft genehmigt werden mußte, stand unter der Maxime der »Dollarklausel«. Danach wurden vom Kontrollrat im Grundsatz nur Dollars als Zahlungsmittel für deutsche Exporte akzeptiert. Das sollte es den Besatzungszonen ermöglichen, ihren Import an überlebensnotwendigen Gütern aus dem Dollarraum (im wesentlichen Nahrungsmittel) möglichst weitgehend selbst zu finanzieren. Von vorneherein stand bei den USA dabei aber im Hintergrund die Überlegung, daß nur ein Exporterlös in voll konvertierbarer Währung die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, die Ausschaltung von Autarkietendenzen und die Überwindung des Bilateralismus in den Wirtschaftsbeziehungen möglich machen würde. Die USA hielten aus diesen prinzipiellen Überlegungen an der Dollarklausel auch noch fest, als die europäischen Nachbarländer Deutschlands, die dringend auf Importe deutscher Kohle und Investitionsgüter angewiesen waren, aber selbst nicht genug Dollars besaßen, heftig gegen diese Bestimmung protestierten. Die Dollarklausel hatte u. a. den fast paradoxen Effekt, daß Frankreich, das seine Zone durch Warenlieferungen möglichst weitgehend zum Aufbau des eigenen Landes heranziehen wollte, faktisch hohe Dollarzahlungen an seine Zone leistete, bis der allgemeine französische Dollarmangel im Herbst 1947 eine Umorientierung der Exportpolitik für die französische Zone erzwang. Definitiv abgeschafft wurde die Dollarklausel erst im zweiten Halbjahr 1949. Da setzte sich nämlich in den USA die Erkenntnis durch, daß die Klausel ein entscheidendes Hemmnis für eines der Ziele des Marshallplans und der OEEC wurde, nämlich die Liberalisierung und Multilateralisierung des innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehrs.

Die Währungs- und Wirtschaftsreform in den Westzonen im Sommer 1948 und damit die Rückkehr zu einer auf Gewinn kalkulierenden Wirtschaftsweise schuf die bis dahin fehlenden Anreize für deutsche Firmen, überhaupt Exportanstrengungen zu unternehmen. Bisher hatte eher die Verbesserung der Produktionsfähigkeit als die Steigerung der Produktion und des Exports selbst im Vordergrund gestanden. Das von Ludwig Erhard eingesetzte Mittel der Importsteigerung zur Bekämpfung des Preisauftriebs ließ auch die europäischen Nachbarländer am deutschen »Wirtschaftswunder« teilhaben. Zur Marktwirtschaft im Innern gehörte nach Erhard die Liberalisierung im Verkehr nach außen, und nur ein andauernder Konkurrenzdruck durch Importe konnte nach seiner Meinung die Konkurrenzfähigkeit der exportabhängigen westdeutschen Wirtschaft stärken.

Bei seinem auf teilweise recht komplexen Kalkulationen und Schätzungen beruhenden Vergleich der Westdeutschland gewährten Auslandshilfe mit den ihm durch Restitutionen, Demontagen, Besatzungskosten usw. auferlegten Lasten kommt Buchheim zu dem Schluß, daß angesichts der enormen Bedeutung der Auslandshilfe in ökonomischer und politischer

Hinsicht die unentgeltlichen Transferleistungen Westdeutschlands als sekundär einzustufen sind. Mit dem Mittel der Auslandshilfe, nämlich der Drohung, Marshallplangelder zurückzuhalten, brachen die USA 1950 den britischen Widerstand gegen die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Die EZU war eine Clearingunion der OEEC-Länder mit einem multilateralen Kreditmechanismus. Die EZU-Währungen wurden untereinander praktisch konvertierbar. Mit der EZU einher ging die immer weiter reichende Liberalisierung des Handels unter Einbeziehung Westdeutschlands mit dem Abbau von Kontingenten, Zöllen und Diskriminierungen. Eine anfängliche Diskriminierung durch die europäischen Staaten gegenüber dem Dollarraum nahmen die USA bewußt in Kauf.

Nach der sogenannten Liberalisierungskrise erreichte die Bundesrepublik ab 1951 Jahr für Jahr erhebliche Überschüsse im Handel mit den EZU-Partnern. Da die Dauerschuldner in der EZU ihre dortigen Defizite jedoch zunehmend durch Dollareinnahmen von außerhalb des EZU-Raumes decken konnten (u. a. durch Dienstleistungen), gerieten die deutschen Überschüsse langfristig nicht zum Problem. Auf der anderen Seite war der sprunghaft steigende deutsche Export in die europäischen Nachbarländer die Voraussetzung dafür, daß diese Länder ihren Import aus dem Dollarraum reduzieren und so die Dollarlücke endgültig schließen konnten. Die Tatsache der Deckung der Dollarlücke Europas allein weist schon auf die zunehmende Multilateralität des gesamten Welthandels, auch zwischen Dollar-, Sterling- und EZU-Raum, hin. Die Bundesrepublik war einer, wenn nicht *der* Angelpunkt der Entwicklung. Defizite in der deutschen Handelsbilanz mit dem Dollarraum wurden außer durch die Dollarübertragungen aus dem EZU-Raum vor allem durch die Dollarausgaben amerikanischer militärischer Dienststellen in der Bundesrepublik gedeckt. 1958 wurde die EZU aufgelöst, und die in ihr zusammengefaßten Währungen waren stark genug, um voll konvertierbar zu werden.

Buchheim stützt sich auf umfassendes Quellenmaterial, u. a. aus acht Archiven. Elf Tabellen in Text und Anhang ergänzen die Darstellung. Wo laut Buchheim bei Bewertungsfragen »ein gewisser Schematismus und teilweise problematische Hypothesen« unumgänglich sind, setzt er die seinen Berechnungen zugrunde liegenden Annahmen auseinander und ist offen für Kritik. Auf jeden Fall hat Buchheim einen Grundstein zur weiteren Erforschung der deutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nach 1945 gelegt.

Christoph Stamm, Bonn

Wolfgang Krumbein, Wirtschaftssteuerung in Westdeutschland 1945 bis 1949. Organisationsformen und Steuerungsmethoden am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen/Bi-Zone (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 58), Steiner Verlag, Stuttgart 1989, X+302 S., kart., 64 DM.

Mit den in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten von Krumbein, Werner Bührer und Gloria Müller sowie der Edition von Gabriele Müller-List dürfte die Eisen- und Stahlindustrie für die Besatzungszeit in den Westzonen und die Anfangsjahre der Bundesrepublik neben dem Bergbau der historisch am besten untersuchte Industriezweig sein. In seiner Göttinger Habilitationsschrift will Krumbein empirisch die sektorale Industriegeschichte für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fortschreiben und den Stellenwert der Eisen- und Stahlindustrie für das »deutsche Wirtschaftswunder« ab 1948 zeigen. Methodisch sucht Krumbein eine enge Verbindung von Politikwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, indem er unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen einen Zeitabschnitt der Wirtschaftsgeschichte mit Hilfe umfangreicher Primärquellen aufarbeitet und darstellt. Heuristisch will er die Fragen klären, ob eine staatliche, eine private oder eine Misch-

Hinsicht die unentgeltlichen Transferleistungen Westdeutschlands als sekundär einzustufen sind. Mit dem Mittel der Auslandshilfe, nämlich der Drohung, Marshallplangelder zurückzuhalten, brachen die USA 1950 den britischen Widerstand gegen die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Die EZU war eine Clearingunion der OEEC-Länder mit einem multilateralen Kreditmechanismus. Die EZU-Währungen wurden untereinander praktisch konvertierbar. Mit der EZU einher ging die immer weiter reichende Liberalisierung des Handels unter Einbeziehung Westdeutschlands mit dem Abbau von Kontingenten, Zöllen und Diskriminierungen. Eine anfängliche Diskriminierung durch die europäischen Staaten gegenüber dem Dollarraum nahmen die USA bewußt in Kauf.

Nach der sogenannten Liberalisierungskrise erreichte die Bundesrepublik ab 1951 Jahr für Jahr erhebliche Überschüsse im Handel mit den EZU-Partnern. Da die Dauerschuldner in der EZU ihre dortigen Defizite jedoch zunehmend durch Dollareinnahmen von außerhalb des EZU-Raumes decken konnten (u. a. durch Dienstleistungen), gerieten die deutschen Überschüsse langfristig nicht zum Problem. Auf der anderen Seite war der sprunghaft steigende deutsche Export in die europäischen Nachbarländer die Voraussetzung dafür, daß diese Länder ihren Import aus dem Dollarraum reduzieren und so die Dollarlücke endgültig schließen konnten. Die Tatsache der Deckung der Dollarlücke Europas allein weist schon auf die zunehmende Multilateralität des gesamten Welthandels, auch zwischen Dollar-, Sterling- und EZU-Raum, hin. Die Bundesrepublik war einer, wenn nicht *der* Angelpunkt der Entwicklung. Defizite in der deutschen Handelsbilanz mit dem Dollarraum wurden außer durch die Dollarübertragungen aus dem EZU-Raum vor allem durch die Dollarausgaben amerikanischer militärischer Dienststellen in der Bundesrepublik gedeckt. 1958 wurde die EZU aufgelöst, und die in ihr zusammengefaßten Währungen waren stark genug, um voll konvertierbar zu werden.

Buchheim stützt sich auf umfassendes Quellenmaterial, u. a. aus acht Archiven. Elf Tabellen in Text und Anhang ergänzen die Darstellung. Wo laut Buchheim bei Bewertungsfragen »ein gewisser Schematismus und teilweise problematische Hypothesen« unumgänglich sind, setzt er die seinen Berechnungen zugrunde liegenden Annahmen auseinander und ist offen für Kritik. Auf jeden Fall hat Buchheim einen Grundstein zur weiteren Erforschung der deutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nach 1945 gelegt.

Christoph Stamm, Bonn

Wolfgang Krumbein, Wirtschaftssteuerung in Westdeutschland 1945 bis 1949. Organisationsformen und Steuerungsmethoden am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen/Bi-Zone (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 58), Steiner Verlag, Stuttgart 1989, X+302 S., kart., 64 DM.

Mit den in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten von Krumbein, Werner Bührer und Gloria Müller sowie der Edition von Gabriele Müller-List dürfte die Eisen- und Stahlindustrie für die Besatzungszeit in den Westzonen und die Anfangsjahre der Bundesrepublik neben dem Bergbau der historisch am besten untersuchte Industriezweig sein. In seiner Göttinger Habilitationsschrift will Krumbein empirisch die sektorale Industriegeschichte für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fortschreiben und den Stellenwert der Eisen- und Stahlindustrie für das »deutsche Wirtschaftswunder« ab 1948 zeigen. Methodisch sucht Krumbein eine enge Verbindung von Politikwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, indem er unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen einen Zeitabschnitt der Wirtschaftsgeschichte mit Hilfe umfangreicher Primärquellen aufarbeitet und darstellt. Heuristisch will er die Fragen klären, ob eine staatliche, eine private oder eine Misch-

form der Organisationsform von Wirtschaftssteuerung mehr Effektivität und Effizienz verspricht, welchen Problemen und Möglichkeiten sich eine stoffliche Steuerung einer Schwerindustrie gegenübergestellt sieht und ob sich ein Zusammenhang zwischen der Organisationsform und den angewandten Steuerungsmethoden nachweisen läßt. Wirtschaftspolitisch möchte die Arbeit Hinweise darauf geben, wie die wirtschaftliche Steuerung einer wichtigen Industriebranche erfolgreicher als bisher durchgeführt werden kann.

Nach einem Rückblick auf Formen und Inhalte der Wirtschaftssteuerung in der Eisen- und Stahlindustrie im Zeitraum 1874 bis 1945 geht Krumbein im einzelnen auf die Organisationsformen unter der Besatzungsherrschaft ein. Anfangs konnten die alten Industrieverbände mehr oder weniger ihre Machtstellung behaupten. Das »Verwaltungsamt für Stahl und Eisen« (VSE) war tatsächlich ein Selbstverwaltungsorgan. 1946 wurde das VSE auf Weisung der britischen Militärregierung jedoch in eine Behörde umgegründet. Nach einer Reorganisation der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie im Februar 1948 konnte diese jedoch wieder zum anerkannten Interessenvertretungsverband aller Eisen und Stahl herstellenden Werke werden und dem Selbstverwaltungsgedanken wieder mehr Nachdruck verleihen. Im Rahmen der Wirtschaftsverwaltung der Bizone wurde dann das VSE Anfang 1949 in die neu errichtete Fachstelle Stahl und Eisen überführt, die nach Krumbein eine Kombination von Behörde und Selbstverwaltung war.

Die desolate wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit machte wirtschaftssteuernde Eingriffe nach übereinstimmender Ansicht fast aller maßgeblichen Akteure unumgänglich. Aus Krumbeins Darstellung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen der Wirtschaftssteuerung in der Eisen- und Stahlindustrie ist vielleicht für die allgemeine historische Entwicklung besonders hervorzuheben, daß die Kriegszerstörungen nicht so katastrophal waren, wie allgemein angenommen wird, ein Befund, der ähnlich für die gesamte deutsche Wirtschaft schon anderswo getroffen worden ist. Im August 1945 standen noch ca. 50 % der Hochofen-, Stahl- und Walzwerkkapazität zur Verfügung, die in sechs Monaten auf 70 % hätte gesteigert werden können. Die restlichen 30 % bedurften erheblicher Reparaturen, wobei sich die Kriegszerstörungen im engeren Sinne nur auf 6–8 % belaufen haben dürften. Das schnelle Wiederanlaufen der Werke wurde vor allem durch organsatorische Eingriffe der Alliierten behindert, wobei auch politische Fragen und solche der Industriekonkurrenz eine Rolle spielten.

Nach Darlegung der Zusammenhänge von Industrieplänen, Demontagen und Branchensteuerung geht Krumbein im einzelnen auf die Planung und Lenkung der Eisen- und Stahlindustrie ein. Er unterscheidet dabei drei verschiedene zeitliche Abschnitte: Die Nachkriegskrise 1945–1947, die Konsolidierungsphase vom Frühjahr 1947 bis zur Währungsreform in Juni 1948 und die Frühphase des Booms von der Währungsreform bis Ende 1949. In der Anfangsphase blieb angesichts des katastrophalen Brennstoffmangels die Produktion stets erheblich unter der von der Besatzungsmacht festgelegten Höchstgrenze zurück. Andere Engpässe wurden durch die Verkehrssituation und den Arbeitskräftemangel verursacht. Neben der Produktionslenkung, auch durch Kohlezuteilung, bildete die Verteilungslenkung durch Kontingentierung, Auftragslenkung und Verkauf die zweite Gruppe von Instrumentarien zur Wirtschaftsteuerung.

Im Juni 1948 waren die alten Probleme der Eisen- und Stahlindustrie aufgrund der schrittweise verbesserten Planungs- und Lenkungsmaßnahmen und der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung weitgehend gelöst: Die Brennstoffzufuhr hatte sich stabilisiert, der Verkehr lief flüssig und ein weiterer rascher Produktionsanstieg zeichnete sich ab. Mit der Teilnahme der Westzonen am Marshall-Plan hatte sich auch das politische Umfeld gewandelt, und bei der Planung verschob sich das Schwergewicht von der Produktions- zur Investitionsplanung. Nicht mehr die »Verteilung des Mangels«, sondern die Stützung des raschen Produktionsanstiegs war jetzt ihre Hauptaufgabe. Die Bewirtschaftung wurde auch in der Eisen- und Stahlindustrie erst aufgelockert und schließlich ganz abgeschafft.

Insgesamt billigt Krumbein der Eisen- und Stahlregulierung 1945–1949 das Attribut erfolgreich zu. Erfolgreich war sie einmal in bezug auf ihre Effektivität, d. h. ihre Fähigkeit, die gewünschten mikroökonomischen Regulierungsziele wie z. B. eine ausreichende Höhe und Konstanz der Rohstofflieferungen zu erreichen; zweitens in bezug auf die makroökonomische Effizienz, d. h. die Eisen- und Stahlregulierung konnte einen wesentlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wiederbelebung nach 1945 leisten. Aufgrund seiner empirischen Befunde stellt Krumbein in theoretischen Schlußbemerkungen fünf Bedingungen der Wirtschaftssteuerung 1945–1949 heraus, die den Erfolg möglich gemacht haben: 1. Information, 2. Ressourcen, 3. adäquate Instrumentenwahl, 4. Interessenvermittlung und 5. funktionsgerechter Zusammenhang von Steuerungsorganisation und Steuerungsaufgaben. Eine Scheidung in private und staatliche Steuerungsorganisationen ist nach Krumbein angesichts der vielfältig angetroffenen Mischformen nicht möglich und auch nicht sinnvoll.

Zu einer befriedigenden Theorie wirtschaftlicher Steuerung hält Krumbein sowohl weitere empirische wie theoretische Arbeiten für nötig. Ungeachtet dieses weitergespannten Ziels ist seine Arbeit für »nur« wirtschaftshistorisch Interessierte gewinnbringend genug.

Christoph Stamm, Bonn

Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Oldenbourg Verlag, München 1990, 1106 S., Ln., 188 DM.

Die DDR ist aufgelöst, die Historiker bemächtigen sich dieses Themas und verbannen den realsozialistischen deutschen Staat dorthin, wo ihn viele schon längst sehen wollten, in die Geschichte. So könnte sich auch das Erscheinen des SBZ-Handbuches erklären, wenn nicht zufällig die Arbeiten zu diesem Werk über die Vorgeschichte der DDR im Spätherbst 1989 abgeschlossen worden wären. Und das ist der große *Vorteil* dieses Buches.

Das SBZ-Handbuch schielt also nicht nach der neugewonnenen Aktualität des Themas, das es kurzfristig zu behandeln gilt. Vielmehr schlägt sich die rund fünfjährige Arbeit für die Realisierung dieses Projekts in großer Sorgfalt und kritischer Distanz bei der Darstellung der SBZ-Geschichte nieder. Dies mag seine Ursache wohl auch darin haben, daß sich die Herausgeber Hermann Weber und der inzwischen verstorbene Martin Broszat sowie die 19 Autoren bei dieser Arbeit in die Verantwortung als »Stellvertreter« einer DDR-Geschichtswissenschaft stellen, die durch politisch-ideologische Legitimationszwänge in der DDR an einer objektiven Behandlung dieses Themas gehindert war.

Als eine Institutionengeschichte angelegt, beschreibt das Buch zunächst die staatliche Ebene. Dazu gehören die Landesregierungen, die Länder- und Kommunalverwaltung, die Zentralverwaltungen als Vorläufer der Deutschen Wirtschaftskommission und damit der späteren DDR-Regierung sowie parlamentarische Gremien, Verfassungsgebung und Wahlen in der SBZ. Auf der nichtstaatlichen Seite stellt das SBZ-Handbuch die Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen und die Kirchen vor. Aber das allein würde nicht den Reiz und den Wert dieses Bandes ausmachen. Die Autoren schildern die Entstehung und den Wandel der entsprechenden Institutionen und binden dies in den historischen Kontext ein. Auf diese Weise geht das Buch über bloße Institutionengeschichte hinaus zur Aufarbeitung der aktiven Politik, die vor dem geschichtlichen Hintergrund verstehbar gemacht wird. Die Entwicklung deutscher Institutionen in der SBZ bliebe unverständlich ohne eine eingehende Betrachtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die das SBZ-Handbuch deshalb gleich zu Beginn liefert. Wo es den Autoren angebracht erschien, haben sie sich außerdem einen Rückgriff auf die institutionelle Vorgeschichte vor

Insgesamt billigt Krumbein der Eisen- und Stahlregulierung 1945–1949 das Attribut erfolgreich zu. Erfolgreich war sie einmal in bezug auf ihre Effektivität, d. h. ihre Fähigkeit, die gewünschten mikroökonomischen Regulierungsziele wie z. B. eine ausreichende Höhe und Konstanz der Rohstofflieferungen zu erreichen; zweitens in bezug auf die makroökonomische Effizienz, d. h. die Eisen- und Stahlregulierung konnte einen wesentlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wiederbelebung nach 1945 leisten. Aufgrund seiner empirischen Befunde stellt Krumbein in theoretischen Schlußbemerkungen fünf Bedingungen der Wirtschaftssteuerung 1945–1949 heraus, die den Erfolg möglich gemacht haben: 1. Information, 2. Ressourcen, 3. adäquate Instrumentenwahl, 4. Interessenvermittlung und 5. funktionsgerechter Zusammenhang von Steuerungsorganisation und Steuerungsaufgaben. Eine Scheidung in private und staatliche Steuerungsorganisationen ist nach Krumbein angesichts der vielfältig angetroffenen Mischformen nicht möglich und auch nicht sinnvoll.

Zu einer befriedigenden Theorie wirtschaftlicher Steuerung hält Krumbein sowohl weitere empirische wie theoretische Arbeiten für nötig. Ungeachtet dieses weitergespannten Ziels ist seine Arbeit für »nur« wirtschaftshistorisch Interessierte gewinnbringend genug.

Christoph Stamm, Bonn

Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Oldenbourg Verlag, München 1990, 1106 S., Ln., 188 DM.

Die DDR ist aufgelöst, die Historiker bemächtigen sich dieses Themas und verbannen den realsozialistischen deutschen Staat dorthin, wo ihn viele schon längst sehen wollten, in die Geschichte. So könnte sich auch das Erscheinen des SBZ-Handbuches erklären, wenn nicht zufällig die Arbeiten zu diesem Werk über die Vorgeschichte der DDR im Spätherbst 1989 abgeschlossen worden wären. Und das ist der große *Vorteil* dieses Buches.

Das SBZ-Handbuch schielt also nicht nach der neugewonnenen Aktualität des Themas, das es kurzfristig zu behandeln gilt. Vielmehr schlägt sich die rund fünfjährige Arbeit für die Realisierung dieses Projekts in großer Sorgfalt und kritischer Distanz bei der Darstellung der SBZ-Geschichte nieder. Dies mag seine Ursache wohl auch darin haben, daß sich die Herausgeber Hermann Weber und der inzwischen verstorbene Martin Broszat sowie die 19 Autoren bei dieser Arbeit in die Verantwortung als »Stellvertreter« einer DDR-Geschichtswissenschaft stellen, die durch politisch-ideologische Legitimationszwänge in der DDR an einer objektiven Behandlung dieses Themas gehindert war.

Als eine Institutionengeschichte angelegt, beschreibt das Buch zunächst die staatliche Ebene. Dazu gehören die Landesregierungen, die Länder- und Kommunalverwaltung, die Zentralverwaltungen als Vorläufer der Deutschen Wirtschaftskommission und damit der späteren DDR-Regierung sowie parlamentarische Gremien, Verfassungsgebung und Wahlen in der SBZ. Auf der nichtstaatlichen Seite stellt das SBZ-Handbuch die Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen und die Kirchen vor. Aber das allein würde nicht den Reiz und den Wert dieses Bandes ausmachen. Die Autoren schildern die Entstehung und den Wandel der entsprechenden Institutionen und binden dies in den historischen Kontext ein. Auf diese Weise geht das Buch über bloße Institutionengeschichte hinaus zur Aufarbeitung der aktiven Politik, die vor dem geschichtlichen Hintergrund verstehbar gemacht wird. Die Entwicklung deutscher Institutionen in der SBZ bliebe unverständlich ohne eine eingehende Betrachtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die das SBZ-Handbuch deshalb gleich zu Beginn liefert. Wo es den Autoren angebracht erschien, haben sie sich außerdem einen Rückgriff auf die institutionelle Vorgeschichte vor

1945 erlaubt, wie etwa in dem Kapitel über die Länder. Außer über die Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur der Länder im Jahre 1945 informiert das Handbuch über die Organisation der Landesregierungen und die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen in Bereichen wie Personalpolitik, Entnazifizierung, Bodenreform und Enteignung.

Wie aus eigenständigen Parteien mit gestandenen Führungspersönlichkeiten in nur wenigen Jahren »Blockflöten« wurden, ist selbst noch in der heutigen Tagespolitik eine der vielleicht heikelsten Fragen zur Vor- und Frühgeschichte der DDR. Die Mischung aus politikwissenschaftlich-analytischer und historisch-genetischer Betrachtungsweise der Autoren fördert ein solch differenziert und behutsam, aber nicht unkritisch geschildertes Bild der Parteienentwicklung 1945–49 zutage, daß man die Lektüre dieser Passagen den heftig gegeneinander polemisierenden Wahlkämpfern nach der DDR-Wende 1989/90 nur wärmstens hätte empfehlen können. Dabei hatten CDU, LDP und SPD in der SBZ eines gemeinsam: Von ihren jeweiligen Parteifreunden aus den Westzonen bekamen die drei Parteien kaum Unterstützung in ihrer bedrängten Situation. Statt dessen ernteten sie nur Mißtrauen und Kritik von Adenauer und Heuss, in besonderem Maße von Schumacher. Auch diese Seite des Wandels der Ost-Parteien nicht übersehen zu haben, ist eines der Verdienste der Autoren, die die Tendenz zur Anpassung innerhalb der Parteien sehr genau analysieren und den Funktionswandel der Parteien ohne Arroganz und Besserwisserei beschreiben. So gerät etwa die differenzierte Aufarbeitung der Vereinigung von SPD und KPD zu einer idealen Verbindung geschichtswissenschaftlicher und politologischer Vorgehensweise, die durch die Erklärung der historischen Hintergründe und der vielschichtigen Handlungsmotive der beteiligten Akteure der tatsächlichen Problemlage wesentlich eher gerecht wird als eine simplifizierende Zwangsvereinigungsversion.

Daß das Handbuch im Anschluß an die meisten Kapitel eine Rubrik »Quellen und Literatur« bzw. »Forschungsstand« bietet, empfindet jeder, der sich vertiefend mit einem Aspekt der SBZ-Geschichte beschäftigen möchte, als eine wertvolle Serviceleistung. Darüber hinaus liefert das Handbuch noch eine Besonderheit. Mit einer Reihe von rund 3500 alphabetisch geordneten Namen mit Kurzbiographien wird der Versuch unternommen, die Stellenbesetzung der oberen Rangstufen von Institutionen und Organisationen der SBZ zu beleuchten. Auch wenn die Stelleninhaber nur über ihren Namen, nicht aber über die Institution zu erschließen sind, so geben doch die Kurzbiographien Aufschluß über gleichartige Aufstiegsmuster und Karrierebrüche oder auch die Häufung von Hitler-Gegnern bei SBZ-Funktionären.

Allerdings wird nicht zuletzt an diesem Punkt deutlich, daß das Datum Spätherbst 1989 für den Abschluß der Arbeiten am SBZ-Handbuch natürlich *einen* großen Nachteil hat. Wieviel mehr Material hätte ein Jahr später zur Verfügung gestanden! Vielleicht wird an einigen Stellen des Buches die eine oder andere Anmerkung nötig sein, die sich aus dem nun langsam bekannt werdenden Quellenmaterial ergibt. Das SBZ-Handbuch wird als Aufarbeitung der für die DDR konstitutiven historischen Phase aber auch dann seinen Wert als grundlegendes Werk auf dem Gebiet der SBZ- und der DDR-Forschung behalten.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Magdalena Heider/Kerstin Töns (Hrsg.), SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1990, 176 S., pb., 16,80 DM.

Offenlegungen der Herrschafts- und Unterdrückungspraktiken im Weltanschauungsstaat der SED, seiner Repräsentanten und der vielen sich in seinem Dienste drehenden »Rädchen« erfahren eine berechtigte Aufnahmebereitschaft. Das Licht breiten Interesses fällt

1945 erlaubt, wie etwa in dem Kapitel über die Länder. Außer über die Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur der Länder im Jahre 1945 informiert das Handbuch über die Organisation der Landesregierungen und die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen in Bereichen wie Personalpolitik, Entnazifizierung, Bodenreform und Enteignung.

Wie aus eigenständigen Parteien mit gestandenen Führungspersönlichkeiten in nur wenigen Jahren »Blockflöten« wurden, ist selbst noch in der heutigen Tagespolitik eine der vielleicht heikelsten Fragen zur Vor- und Frühgeschichte der DDR. Die Mischung aus politikwissenschaftlich-analytischer und historisch-genetischer Betrachtungsweise der Autoren fördert ein solch differenziert und behutsam, aber nicht unkritisch geschildertes Bild der Parteienentwicklung 1945–49 zutage, daß man die Lektüre dieser Passagen den heftig gegeneinander polemisierenden Wahlkämpfern nach der DDR-Wende 1989/90 nur wärmstens hätte empfehlen können. Dabei hatten CDU, LDP und SPD in der SBZ eines gemeinsam: Von ihren jeweiligen Parteifreunden aus den Westzonen bekamen die drei Parteien kaum Unterstützung in ihrer bedrängten Situation. Statt dessen ernteten sie nur Mißtrauen und Kritik von Adenauer und Heuss, in besonderem Maße von Schumacher. Auch diese Seite des Wandels der Ost-Parteien nicht übersehen zu haben, ist eines der Verdienste der Autoren, die die Tendenz zur Anpassung innerhalb der Parteien sehr genau analysieren und den Funktionswandel der Parteien ohne Arroganz und Besserwisserei beschreiben. So gerät etwa die differenzierte Aufarbeitung der Vereinigung von SPD und KPD zu einer idealen Verbindung geschichtswissenschaftlicher und politologischer Vorgehensweise, die durch die Erklärung der historischen Hintergründe und der vielschichtigen Handlungsmotive der beteiligten Akteure der tatsächlichen Problemlage wesentlich eher gerecht wird als eine simplifizierende Zwangsvereinigungsversion.

Daß das Handbuch im Anschluß an die meisten Kapitel eine Rubrik »Quellen und Literatur« bzw. »Forschungsstand« bietet, empfindet jeder, der sich vertiefend mit einem Aspekt der SBZ-Geschichte beschäftigen möchte, als eine wertvolle Serviceleistung. Darüber hinaus liefert das Handbuch noch eine Besonderheit. Mit einer Reihe von rund 3500 alphabetisch geordneten Namen mit Kurzbiographien wird der Versuch unternommen, die Stellenbesetzung der oberen Rangstufen von Institutionen und Organisationen der SBZ zu beleuchten. Auch wenn die Stelleninhaber nur über ihren Namen, nicht aber über die Institution zu erschließen sind, so geben doch die Kurzbiographien Aufschluß über gleichartige Aufstiegsmuster und Karrierebrüche oder auch die Häufung von Hitler-Gegnern bei SBZ-Funktionären.

Allerdings wird nicht zuletzt an diesem Punkt deutlich, daß das Datum Spätherbst 1989 für den Abschluß der Arbeiten am SBZ-Handbuch natürlich *einen* großen Nachteil hat. Wieviel mehr Material hätte ein Jahr später zur Verfügung gestanden! Vielleicht wird an einigen Stellen des Buches die eine oder andere Anmerkung nötig sein, die sich aus dem nun langsam bekannt werdenden Quellenmaterial ergibt. Das SBZ-Handbuch wird als Aufarbeitung der für die DDR konstitutiven historischen Phase aber auch dann seinen Wert als grundlegendes Werk auf dem Gebiet der SBZ- und der DDR-Forschung behalten.

Kai Gniffke, Frankfurt/Main

Magdalena Heider/Kerstin Töns (Hrsg.), SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1990, 176 S., pb., 16,80 DM.

Offenlegungen der Herrschafts- und Unterdrückungspraktiken im Weltanschauungsstaat der SED, seiner Repräsentanten und der vielen sich in seinem Dienste drehenden »Rädchen« erfahren eine berechtigte Aufnahmebereitschaft. Das Licht breiten Interesses fällt

schwächer auf Publikationen, die sich mehr im zeitgeschichtlichen Sinne scheinbar abgeschlossenen (Rand-)Themen zugewandt haben. Zu ihnen zählen Arbeiten, die Facetten des wechselvollen Verhältnisses Intellektueller zu (ideologisch begründeter) Macht darstellen bzw. analysieren.

Gemäß dem Prinzip aller »bündnis«orientierten Massenorganisationen der DDR sollte auch im »Kulturbund« primär die Kongruenz der jeweiligen Gesellschafts(groß)gruppe mit den Visionen der Staatspartei zum Ausdruck gebracht werden. Magdalena Heider und Kerstin Thöns öffnen eine Tür zum (nominellen) Führungsorgan des Kulturbundes, seinem 60-köpfigen Präsidialrat. Drei etwa gleich umfangreiche stenographische Niederschriften aus den Jahren 1953 und 1957 geben Einblick in »Meinungsbildungsprozesse« und individuelle »Befindlichkeiten« der Akteure (u. a. A. Abusch, J. R. Becher, K. Gysi, K. Hager, R. Havemann, E. Niekisch, P. Wandel, A. Zweig) während der markanten Legitimationskrisen der fünfziger Jahre. Biographische Angaben zu den vielfach unbekannten Diskutanten und knappe, kompetente Anmerkungen erleichtern die Lektüre. Der emanzipatorische Duktus (»Opfer und TäterInnen« etc.) wird sich sicherlich durchsetzen; zumindest auf den Rezensenten wirkt er störend.

Unter dem Eindruck der Massenerhebung des »17. Juni« stand die Präsidialratssitzung am 3. 7. 1953, deren (kultur)politisches Umfeld M. Heider einleitend beschreibt. Strenge Parteilichkeit, »Selbstkritik«, Bereitschaft zur Korrektur in gesellschaftlichen Teilbereichen (Rechtsprechung, Informationspolitik, gesamtdeutsche Fragen), aber auch Scharfsicht und Spott gegenüber dem geistzersetzenden Mechanismus einer entweder auf euphorischen Jubel oder ungezügelten Haß justierten Propagandamaschinerie prägten die lebhafte Debatte. Bisweilen verdichten sich alle diese Elemente in einer Person – ein Umstand, der eine angemessene (ideologische) Standortbestimmung der Betreffenden nicht erleichtert.

Gestritten wurde u. a. um die Kennzeichnung des Aufstands, dessen »faschistische[s] Element« (S. 46 f.) bis zum Untergang der »Republik« seinen Platz im Fundus der DDR-Historiographie behauptete. Die Kritikbereitschaft und die unvermutete Klarsichtigkeit, der Witz und die Ironie einzelner Debattenbeiträge lassen eines beinahe übersehen: Nicht in der allgemeinen geistigen Befreiung von einem sich »fortschrittlich« gerierenden Totenkult lag die zu ziehende Konsequenz aller Mitglieder des Kulturbundes, sondern in der Beantwortung der Frage: »Wie können wir die gesamte Intelligenz unserer DDR einspannen, daß sie tatsächlich hinter unserer Regierung steht, daß sie auf den neuen Kurs nicht mit dem Zeigefinger weist.« (S. 45)

Die weiteren Dokumente (Tagung der SED-Parteigruppe im Präsidialrat am 9. 9. 1957; Präsidialratssitzung am 13. 9. 1957) kommentiert Kerstin Thöns im Kontext sowjetischer Entstalinisierungspolitik. Ungeachtet der kurzfristigen Irritationen bestand die Zielvorgabe der SED fort, die Umformung der Menschen und ihrer Lebensbereiche administrativ durchzusetzen. Der Kulturbund, wie alle anderen Massenorganisationen auch, war ab 1956/57 angewiesen, dieser Ausrichtung auf eine »grundlegende sozialistische Orientierung« programmatisch und praktisch zu entsprechen. Gleichzeitig mußten die Folgen der Moskauer Kurskorrektur eingedämmt und abgeschnürt werden. Exemplarisch geschah dies in den Prozessen gegen reformkommunistisch orientierte SED-Intellektuelle (W. Harich, W. Janka, G. Just, H. Zöger u. a.).

Beides bildete den Hintergrund und die thematischen Schwerpunkte der Sitzungen am 9. und 13. September 1957. Die in verschiedenen Redebeiträgen (u. a. K. Gysi, K. Hager und E. Wendt) wiedergegebenen Prozeßdetails stellen eine beachtenswerte – selbstverständlich »parteiliche« – Ergänzung der Literatur zum Umfeld der Verfahren gegen Harich und Janka dar. Havemanns Versuch, beider »Verrat« abzuschwächen, läßt die spätere Bruchstelle zwischen ihm und der Parteimacht schon erahnen, selbst wenn er hier noch explizit für die Verwirklichung der »führenden Rolle« der SED im Kulturbund eintritt.

(S. 86) Defizite auf dem Weg dorthin ergaben sich aus einer stagnierenden Mitgliederzahl und den Mängeln kommunistischer Leitungsarbeit in den Grundeinheiten: »Die Genossen Intellektuellen im Kulturbund vertraten nicht geschlossen die Position der Partei gegenüber den schwankenden Intellektuellen.« (S. 74) Auch der in den sog. »Klubs der Intelligenz« oft anzutreffende ideologische Neutralismus mußte die vorwärtsgewandten Kader beunruhigen.

Um den schließlichen Erfolg war man (aus der Rückschau mit Recht) dennoch nicht besorgt, »denn es ist mit der Intelligenz [. . .] ähnlich wie bei Gott. Wie Gott steht sie meist bei den stärkeren Bataillonen. Und wir müssen ihnen die Überzeugung beibringen, daß wir die stärkeren Bataillone sind.« (S. 86) Diese »Erziehung« verlief für die SED im wesentlichen erfolgreich – welche Motive der Umworbenen auch im einzelnen dazu beitrugen. Aber die Lebendigkeit des Vergangenen wird nicht zuletzt belegt durch den 1990 heftig einsetzenden ideologiebefrachteten Streit um »Mitschuld« und »Mitverantwortung« lebender wie verstorbener DDR-Künstler und Intellektueller. *Andreas Voigt, Elmshorn*

Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.), Die Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, Oldenbourg Verlag, München 1989, 428 S., brosch., 58 DM.

Die Problematik der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungspolitik wird in den 21 Aufsätzen des vorliegenden Sammelbandes aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Den rechtlichen Aspekten von »Rückerstattung« und »Entschädigung« lassen sich die Beiträge des ersten Teils des Bandes zuordnen. Neben einer Überblicksdarstellung des verstorbenen Walter Schwarz (zusammen mit dem Bundesminister der Finanzen Herausgeber des umfassenden Rechtskompendiums zu Wiedergutmachungsfragen) und einem Beitrag Hans-Dieter Kreikamps zur Entwicklung in der amerikanischen Besatzungszone sind dies gleich zwei Aufsätze des Präsidenten des bayerischen Landesentschädigungsamtes Karl Heßdörfer, deren Praxisnähe die historische Ausrichtung des Bandes sinnvoll kontrastiert. Von besonderem Interesse, nicht zuletzt im Hinblick auf seine personalisierende Betrachtungsweise, ist der dem weiteren Umfeld der Dissertation des Autors zuzurechnende Aufsatz des Mitherausgebers Constantin Goschler zum »Fall Philipp Auerbach«. Dem Autor gelingt darin eine eindrucksvolle Schilderung von Aufstieg und Fall des Staatskommissars für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten und späteren kommissarischen Präsidenten des Landesentschädigungsamtes in Bayern. Eine enge Zusammenschau von Wiedergutmachung und Entnazifizierung prägte die Amtsführung des Juden Auerbach und damit auch die Wiedergutmachungspolitik in Bayern in den ersten Nachkriegsjahren. Die vielfältigen Gründe für das tragische Scheitern Auerbachs – eigenes Verschulden ebenso wie nach wie vor bestehende antisemitische Vorurteile und machtpolitisches Kalkül seiner Gegner – weiß Goschler auf eindrucksvoll differenzierende Weise darzustellen. Nur am Rand deutet der Autor die zwiespältige Rolle des damaligen Justizministers Josef Müller, der im Verlauf des Prozesses seinen Hut nehmen mußte, an – möglicherweise eine Anregung, die Rolle des »Ochsensepp« in der Nachkriegspolitik neu zu überdenken.

Ein weiterer Themenkreis umfaßt jenen Teilbereich der Wiedergutmachung, der die deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen und die Zahlungen an Israel und die Claims Conference betrifft. »Innerdeutschen« Themen widmen sich Michael Wolffsohn, der sich mit der Haltung Adenauers und der Opposition zu diesem Thema beschäftigt und dabei ein weiteres Mal seine Gegenposition zu Kai von Jena pointiert, Shlomo Shafir in seinem Beitrag »Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel« sowie Willy Albrecht, der die Rolle des »Wegbereiters« Jakob Altmaier beim Zustandekommen des Luxemburger Ab-

(S. 86) Defizite auf dem Weg dorthin ergaben sich aus einer stagnierenden Mitgliederzahl und den Mängeln kommunistischer Leitungsarbeit in den Grundeinheiten: »Die Genossen Intellektuellen im Kulturbund vertraten nicht geschlossen die Position der Partei gegenüber den schwankenden Intellektuellen.« (S. 74) Auch der in den sog. »Klubs der Intelligenz« oft anzutreffende ideologische Neutralismus mußte die vorwärtsgewandten Kader beunruhigen.

Um den schließlichen Erfolg war man (aus der Rückschau mit Recht) dennoch nicht besorgt, »denn es ist mit der Intelligenz [. . .] ähnlich wie bei Gott. Wie Gott steht sie meist bei den stärkeren Bataillonen. Und wir müssen ihnen die Überzeugung beibringen, daß wir die stärkeren Bataillone sind.« (S. 86) Diese »Erziehung« verlief für die SED im wesentlichen erfolgreich – welche Motive der Umworbenen auch im einzelnen dazu beitrugen. Aber die Lebendigkeit des Vergangenen wird nicht zuletzt belegt durch den 1990 heftig einsetzenden ideologiebefrachteten Streit um »Mitschuld« und »Mitverantwortung« lebender wie verstorbener DDR-Künstler und Intellektueller. *Andreas Voigt, Elmshorn*

Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.), Die Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, Oldenbourg Verlag, München 1989, 428 S., brosch., 58 DM.

Die Problematik der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungspolitik wird in den 21 Aufsätzen des vorliegenden Sammelbandes aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Den rechtlichen Aspekten von »Rückerstattung« und »Entschädigung« lassen sich die Beiträge des ersten Teils des Bandes zuordnen. Neben einer Überblicksdarstellung des verstorbenen Walter Schwarz (zusammen mit dem Bundesminister der Finanzen Herausgeber des umfassenden Rechtskompendiums zu Wiedergutmachungsfragen) und einem Beitrag Hans-Dieter Kreikamps zur Entwicklung in der amerikanischen Besatzungszone sind dies gleich zwei Aufsätze des Präsidenten des bayerischen Landesentschädigungsamtes Karl Heßdörfer, deren Praxisnähe die historische Ausrichtung des Bandes sinnvoll kontrastiert. Von besonderem Interesse, nicht zuletzt im Hinblick auf seine personalisierende Betrachtungsweise, ist der dem weiteren Umfeld der Dissertation des Autors zuzurechnende Aufsatz des Mitherausgebers Constantin Goschler zum »Fall Philipp Auerbach«. Dem Autor gelingt darin eine eindrucksvolle Schilderung von Aufstieg und Fall des Staatskommissars für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten und späteren kommissarischen Präsidenten des Landesentschädigungsamtes in Bayern. Eine enge Zusammenschau von Wiedergutmachung und Entnazifizierung prägte die Amtsführung des Juden Auerbach und damit auch die Wiedergutmachungspolitik in Bayern in den ersten Nachkriegsjahren. Die vielfältigen Gründe für das tragische Scheitern Auerbachs – eigenes Verschulden ebenso wie nach wie vor bestehende antisemitische Vorurteile und machtpolitisches Kalkül seiner Gegner – weiß Goschler auf eindrucksvoll differenzierende Weise darzustellen. Nur am Rand deutet der Autor die zwiespältige Rolle des damaligen Justizministers Josef Müller, der im Verlauf des Prozesses seinen Hut nehmen mußte, an – möglicherweise eine Anregung, die Rolle des »Ochsensepp« in der Nachkriegspolitik neu zu überdenken.

Ein weiterer Themenkreis umfaßt jenen Teilbereich der Wiedergutmachung, der die deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen und die Zahlungen an Israel und die Claims Conference betrifft. »Innerdeutschen« Themen widmen sich Michael Wolffsohn, der sich mit der Haltung Adenauers und der Opposition zu diesem Thema beschäftigt und dabei ein weiteres Mal seine Gegenposition zu Kai von Jena pointiert, Shlomo Shafir in seinem Beitrag »Die SPD und die Wiedergutmachung gegenüber Israel« sowie Willy Albrecht, der die Rolle des »Wegbereiters« Jakob Altmaier beim Zustandekommen des Luxemburger Ab-

kommens von 1952 herausarbeitet. Die Haltung der Betroffenen, aber auch der kritischen amerikanischen Öffentlichkeit, wird in den Aufsätzen von Yeshayahu A. Jelinek zu »Israel und die Anfänge der Shilumim«, Rudolf Huhn zu den Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar sowie Nana Sagi zur Rolle der jüdischen Organisationen in den USA und Norbert Frei über die Stellungnahme der öffentlichen Meinung in den USA zur deutschen Wiedergutmachungspolitik nachgezeichnet.

Die Debatte über die erst in letzter Zeit intensiver diskutierte Wiedergutmachung an »Problemgruppen« wird auch im vorliegenden Sammelband fortgeführt. Die kommunistischen Widerstandskämpfer als »disqualifizierte Opfer« im Gefolge des kalten Krieges sind das Thema von Gotthard Jasper. Der Ausschluß von Kommunisten von den Wiedergutmachungsansprüchen erscheint dem Autor als Ausdruck fehlender Bereitschaft der jungen Bundesrepublik, sich ihrer gesamten NS-Vergangenheit zu stellen; vielmehr sei man nur allzu bereit gewesen, die »aktuelle Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem Osten auf die Entschädigungsansprüche verfolgter Kommunisten durchschlagen zu lassen.« Die umstrittene Wertung und Wertigkeit des in NS-Zeiten geleisteten Widerstandes fand im Fall der Kommunisten keinerlei nachträgliche Würdigung. Jaspers' Fazit: »Die politische Klausel des Wiedergutmachungsrechtes [war] sowohl Indikator als auch Motor der Verdrängung in den fünfziger Jahren.« (S. 382) Beiträge von Hans Günter Hockerts zur United Restitution Organization, Ulrich Herbert über die »nicht entschädigungsfähigen« Ausländer, Wolfgang Benz zum Wollheim-Prozeß, der die Zwangsarbeit für die I. G. Farben in Auschwitz behandelte, Ernst G. Lowenthal und Arnold Spitta über die Entschädigung der jüdischen Gemeindebediensteten sowie der Zigeuner, William G. Niederland über »Die verkannten Opfer. Späte Entschädigung für seelische Schäden« sowie ein Erfahrungsbericht von Hermann Langbein zur Frage der Entschädigung für KZ-Häftlinge runden den Band ab.

Auf die schwierige Quellenlage weist Ludolf Herbst hin. Die Probleme bei der Aktenbenutzung z. B. im Fall der Individualentschädigung ergeben sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes. Gleichwohl machen die Beiträge deutlich, daß die benutzbaren staatlichen Akten, bereichert durch Nachlaßmaterialien und zugängliche Gerichtsakten eine wertvolle und bei weitem noch nicht erschöpfte Forschungsgrundlage bieten. Mögen die Herausgeber 1989 auch noch nicht an heute aktuelle Parallelisierungen bei der Behandlung der Wiedergutmachungsthematik gedacht haben, so ist doch zu hoffen, daß die hier geleistete Bearbeitung dieses Teils westdeutscher Nachkriegsgeschichte Erkenntnisse fördert, die das tagespolitische Geschehen positiv befruchten können.

Christiane Toyka-Seid, Tübingen

Heinrich Küppers, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955 (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), Hase & Koehler Verlag, Mainz 1990, 305 S., Ln., 48 DM.

Mit dem 14. Band dieser Reihe legt Heinrich Küppers eine Darstellung der ersten zehn Jahre der politischen Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz vor. Damit besitzt die Untersuchung gegenüber einem Großteil der bisherigen Literatur den Vorzug, daß sie sich nicht auf die Gründung des neuen Staates beschränkt, sondern die Phase seiner Konsolidierung mit einbezieht. Das Jahr 1955 bildet einen überzeugenden Schlußpunkt, da es mit der Entscheidung für die Westintegration der Bundesrepublik, dem Ende des Saarkonflikts und der Aufhebung des Besatzungsstatuts den Abschluß jenes Zeitraums markiert, in dem die Existenz des jungen Landes Rheinland-Pfalz noch in Frage gestellt wurde.

kommens von 1952 herausarbeitet. Die Haltung der Betroffenen, aber auch der kritischen amerikanischen Öffentlichkeit, wird in den Aufsätzen von Yeshayahu A. Jelinek zu »Israel und die Anfänge der Shilumim«, Rudolf Huhn zu den Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar sowie Nana Sagi zur Rolle der jüdischen Organisationen in den USA und Norbert Frei über die Stellungnahme der öffentlichen Meinung in den USA zur deutschen Wiedergutmachungspolitik nachgezeichnet.

Die Debatte über die erst in letzter Zeit intensiver diskutierte Wiedergutmachung an »Problemgruppen« wird auch im vorliegenden Sammelband fortgeführt. Die kommunistischen Widerstandskämpfer als »disqualifizierte Opfer« im Gefolge des kalten Krieges sind das Thema von Gotthard Jasper. Der Ausschluß von Kommunisten von den Wiedergutmachungsansprüchen erscheint dem Autor als Ausdruck fehlender Bereitschaft der jungen Bundesrepublik, sich ihrer gesamten NS-Vergangenheit zu stellen; vielmehr sei man nur allzu bereit gewesen, die »aktuelle Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem Osten auf die Entschädigungsansprüche verfolgter Kommunisten durchschlagen zu lassen.« Die umstrittene Wertung und Wertigkeit des in NS-Zeiten geleisteten Widerstandes fand im Fall der Kommunisten keinerlei nachträgliche Würdigung. Jaspers' Fazit: »Die politische Klausel des Wiedergutmachungsrechtes [war] sowohl Indikator als auch Motor der Verdrängung in den fünfziger Jahren.« (S. 382) Beiträge von Hans Günter Hockerts zur United Restitution Organization, Ulrich Herbert über die »nicht entschädigungsfähigen« Ausländer, Wolfgang Benz zum Wollheim-Prozeß, der die Zwangsarbeit für die I. G. Farben in Auschwitz behandelte, Ernst G. Lowenthal und Arnold Spitta über die Entschädigung der jüdischen Gemeindebediensteten sowie der Zigeuner, William G. Niederland über »Die verkannten Opfer. Späte Entschädigung für seelische Schäden« sowie ein Erfahrungsbericht von Hermann Langbein zur Frage der Entschädigung für KZ-Häftlinge runden den Band ab.

Auf die schwierige Quellenlage weist Ludolf Herbst hin. Die Probleme bei der Aktenbenutzung z. B. im Fall der Individualentschädigung ergeben sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes. Gleichwohl machen die Beiträge deutlich, daß die benutzbaren staatlichen Akten, bereichert durch Nachlaßmaterialien und zugängliche Gerichtsakten eine wertvolle und bei weitem noch nicht erschöpfte Forschungsgrundlage bieten. Mögen die Herausgeber 1989 auch noch nicht an heute aktuelle Parallelisierungen bei der Behandlung der Wiedergutmachungsthematik gedacht haben, so ist doch zu hoffen, daß die hier geleistete Bearbeitung dieses Teils westdeutscher Nachkriegsgeschichte Erkenntnisse fördert, die das tagespolitische Geschehen positiv befruchten können.

Christiane Toyka-Seid, Tübingen

Heinrich Küppers, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955 (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), Hase & Koehler Verlag, Mainz 1990, 305 S., Ln., 48 DM.

Mit dem 14. Band dieser Reihe legt Heinrich Küppers eine Darstellung der ersten zehn Jahre der politischen Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz vor. Damit besitzt die Untersuchung gegenüber einem Großteil der bisherigen Literatur den Vorzug, daß sie sich nicht auf die Gründung des neuen Staates beschränkt, sondern die Phase seiner Konsolidierung mit einbezieht. Das Jahr 1955 bildet einen überzeugenden Schlußpunkt, da es mit der Entscheidung für die Westintegration der Bundesrepublik, dem Ende des Saarkonflikts und der Aufhebung des Besatzungsstatuts den Abschluß jenes Zeitraums markiert, in dem die Existenz des jungen Landes Rheinland-Pfalz noch in Frage gestellt wurde.

Die ersten sechs Kapitel sind den strukturellen Bedingungen am Mittelrhein bei Kriegsende, Frankreichs Politik hinsichtlich der Gründung des Landes Rheinland-Pfalz und der Haltung der deutschen Parteien, der Beratenden Landesversammlung und den Auseinandersetzungen um die Verfassung, der Phase der Allparteienregierung bzw. der Großen Koalition bis zur endgültigen Entscheidung für Mainz als Landeshauptstadt und den Diskussionen um eine Länderneugliederung (der Ministerpräsident Altmeier durch eine geschickte Politik entgegenwirkte) gewidmet.

Dank umfangreicher Recherchen in deutschen und französischen Archiven ist es Küppers gelungen, viele bisher unbekannte Quellen zu erschließen und neue Erkenntnisse über die französische Rheinlandpolitik zu gewinnen. Insbesondere konnten die harten Gegensätze zwischen dem französischen Außenministerium, das seine Haltung unter dem Einfluß des beginnenden »Kalten Krieges« wandelte, und dem an gaullistischen Positionen festhaltenden, auf eine Autonomielösung drängenden Oberkommandos der französischen Militärregierung unter General Pierre-Marie Koenig in Baden-Baden deutlich herausgearbeitet werden. Diese widersprüchliche Politik der Besatzungsmacht war für die Gegenseite nicht durchschaubar und bewirkte, daß die deutschen Politiker der Region geheime Abtrennungspläne der Franzosen für die linksrheinischen deutschen Gebiete befürchten mußten und vor allem die Sozialdemokraten sich mit ihrer Zustimmung zur Gründung dieses Landes schwer taten. Es stellt sich ohnehin die Frage, ob die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz für die betroffene deutsche Bevölkerung erstrebenswert war. Wären die einzelnen Gebietsteile bei den angrenzenden Bundesländern, zu welchen sie historische Beziehungen hatten, nicht besser aufgehoben gewesen? Rheinhessen und die Pfalz mußten mit Recht befürchten, von den früher preußisch verwalteten südlichen Rheinlanden politisch und konfessionell dominiert zu werden, was sich ja dann beim Kampf um die Schulartikel in der Verfassung auch bestätigte. Das Hauptmotiv für den Akt der Landesgründung war, wie Küppers nachweist, in dem Wunsch Frankreichs zu suchen, über ein »eigenes« Land in einem zukünftigen deutschen Bundesstaat zu verfügen, um damit seine Stellung gegenüber den anderen Alliierten zu stärken. Es verwundert ein wenig, daß der Autor wiederholt meint, diese von äußeren Zufällen bestimmte Landesgründung als sinnvoll verteidigen zu müssen.

In drei weiteren Kapiteln wird das politische Wirken von Rheinland-Pfalz innerhalb des neuen Ländergefüges in der Aufbauphase der Bundesrepublik thematisiert: die Mitwirkung der rheinland-pfälzischen Vertreter im Parlamentarischen Rat, die Konflikte zwischen Altmeier und Adenauer bis etwa 1950 und schließlich die Rolle, die der unbeirrt für eine »deutsche Lösung« eintretende Altmeier in der Saarfrage spielte.

Neben ihren unbestreitbaren Verdiensten weist die Darstellung einige Schwächen auf. So stören einige Ausdrucksungenauigkeiten wie die eigenwillige Verwendung des Begriffs »Mittelrhein« für das Territorium von Rheinland-Pfalz, auch wenn der Autor ihn erläutert (S. 13). Ebenso ist die Aussage: »In der Notzeit der Nachkriegsjahre war der Sozialstaat populär« unscharf (S. 125), wenn damit die weitgehenden Sozialisierungsvorstellungen jener Zeit gemeint sind. In den Überlegungen zur »staatlichen Entwicklung des jungen Rheinland-Pfalz aus der Sicht von Bruch und Tradition«, mit welchen Küppers seine Darstellung abschließt, wird der Leser mit Bewertungen und Geschichtsdeutungen konfrontiert, die nicht immer haltbar sind. So läßt sich wohl kaum behaupten, daß die Industrialisierung und Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert den Raum am Mittelrhein wenig berührt habe (S. 284). Man denke nur an Zentren wie Mainz, Worms, Ludwigshafen, Kaiserslautern oder Pirmasens, wo alle mit diesem Wandel einhergehenden sozialen Probleme spürbar auftraten. Gewagt ist auch die Aussage, im ländlichen Raum am Mittelrhein habe »tiefe Bestürzung über die Judenverfolgung und -vernichtung« geherrscht (S. 285). Der Sozialstaat als »staatsbildender Faktor« für Rheinland-Pfalz scheint stark überbewertet (S. 286); diese Idee beseelte nach 1945 ganz Deutschland und knüpfte an die Sozialgesetz-

gebung der Weimarer Republik an. Vor allem aber fällt auf, daß die Darstellung häufig in einer Fülle von Details und Daten zu ertrinken droht und zahlreiche inhaltliche Wiederholungen enthält. Eine Straffung hätte dem Text gutgetan.

Insgesamt trotz der Mängel ein nützliches und wichtiges Buch, das eine Forschungslücke in der Frühgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz schließt.

Hedwig Brüchert-Schunk, Mainz

Ludwig Hügen, Das Gesetz »für die Wolfsschlucht«. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 28), Klartext Verlag, Essen 1991, 231 S., brosch., 22 DM.

Manchmal sind Buchtitel unglücklich gewählt. So auch bei der nun im Klartext-Verlag erschienenen Dissertation von Ludwig Hügen. Und eine wichtige Aufgabe von Rezensenten kann es mitunter sein, Mißverständnisse, die sich aus dem Etikett eines Buches ergeben, auszuräumen, da sie den Zugang der Öffentlichkeit zum Opus versperren könnten. Daher gilt es, hier zunächst zweierlei anzumerken:

Zum einen geht es in der Arbeit Hügens nicht um die Bodenreform, wie sie am Beispiel einer möglichen Wolfsschlucht irgendwo in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde – möge sie in der Eifel, im Sauerland oder im Rothaargebirge gelegen haben. Hügen behandelt vielmehr ein bisher weitgehend vernachlässigtes Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, die langwierige Diskussion um die dann verhinderte Bodenreform im 1946 neu gegründeten Nordrhein-Westfalen. »Wolfsschlucht« bezieht sich dabei auf die schon in der abschließenden Beratung eines Gesetzes geäußerte Befürchtung, das Gesetz sei verspätet und nutzlos, eine Befürchtung, die sich tatsächlich bestätigen sollte.

Zum anderen kann es Hügen nicht genuin um das Problem der (gescheiterten) Bodenreform gegangen sein: Denn streng genommen war es keines. Im schon immer fortschrittlicheren Westen des ehemaligen Reiches, dem heutigen Nordrhein-Westfalen, waren bei Kriegsende nur 7 % der Agrarfläche Großgrundbesitz (S. 25/26). Dies entsprach genau dem insgesamt geringen Anteil der vermeintlichen »Junker« am Landbesitz in der britischen Zone, nämlich ebenfalls nur 7 % der Agrarfläche (S. 41). Außerdem gilt es noch zu berücksichtigen, daß die großen Agrarflächen im Westen überhaupt nicht mehr einer wie im rückständigen Osten reaktionären Aristokratie gehörten, sondern Kirchen, Kreisen, Kommunen, Verbänden und dem Staat.

Trotzdem, und darauf sei ausdrücklich hingewiesen, behandelt Hügen kein Scheinproblem. Er zeichnet exakt nach, unter welchen Prämissen und Bedingungen im frühen Nordrhein-Westfalen Politik gemacht wurde: im Spiel und Gegenspiel zwischen britischer Besatzungsmacht und den sich allmählich wieder artikulierenden deutschen Politikern. Dabei lernten beide Seiten offensichtlich, daß die allzu einfachen, auf das Deutsche Reich bezogenen politischen Raster auf das Land an Rhein und Ruhr nicht ohne weiteres übertragen werden konnten. Aus diesem Lernprozeß entstand die spezifische politische Kultur Nordrhein-Westfalens.

Die britische Militärregierung etwa mußte erkennen, daß es hier anders als im rückständigen Altpreußen nördlich und östlich von Berlin überhaupt keine Junkerklasse gab, die es ja nach den alliierten Kriegsmanifesten zu enteignen und damit auch politisch zu entwaffnen galt. Man fand ein durch den Krieg zerstörtes Industrieland, dessen Probleme sicher nicht vorrangig durch eine Bodenreform gelöst werden konnten. Einen ähnlichen Lernprozeß erlebten die deutschen Politiker, die sich im frühen Nordrhein-Westfalen für eine Bodenreform einsetzten. Was vielleicht vor dem Weltkrieg auf die Gebiete östlich der Elbe

gebung der Weimarer Republik an. Vor allem aber fällt auf, daß die Darstellung häufig in einer Fülle von Details und Daten zu ertrinken droht und zahlreiche inhaltliche Wiederholungen enthält. Eine Straffung hätte dem Text gutgetan.

Insgesamt trotz der Mängel ein nützliches und wichtiges Buch, das eine Forschungslücke in der Frühgeschichte des Landes Rheinland-Pfalz schließt.

Hedwig Brüchert-Schunk, Mainz

Ludwig Hügen, Das Gesetz »für die Wolfsschlucht«. Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 28), Klartext Verlag, Essen 1991, 231 S., brosch., 22 DM.

Manchmal sind Buchtitel unglücklich gewählt. So auch bei der nun im Klartext-Verlag erschienenen Dissertation von Ludwig Hügen. Und eine wichtige Aufgabe von Rezensenten kann es mitunter sein, Mißverständnisse, die sich aus dem Etikett eines Buches ergeben, auszuräumen, da sie den Zugang der Öffentlichkeit zum Opus versperren könnten. Daher gilt es, hier zunächst zweierlei anzumerken:

Zum einen geht es in der Arbeit Hügens nicht um die Bodenreform, wie sie am Beispiel einer möglichen Wolfsschlucht irgendwo in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde – möge sie in der Eifel, im Sauerland oder im Rothaargebirge gelegen haben. Hügen behandelt vielmehr ein bisher weitgehend vernachlässigtes Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, die langwierige Diskussion um die dann verhinderte Bodenreform im 1946 neu gegründeten Nordrhein-Westfalen. »Wolfsschlucht« bezieht sich dabei auf die schon in der abschließenden Beratung eines Gesetzes geäußerte Befürchtung, das Gesetz sei verspätet und nutzlos, eine Befürchtung, die sich tatsächlich bestätigen sollte.

Zum anderen kann es Hügen nicht genuin um das Problem der (gescheiterten) Bodenreform gegangen sein: Denn streng genommen war es keines. Im schon immer fortschrittlicheren Westen des ehemaligen Reiches, dem heutigen Nordrhein-Westfalen, waren bei Kriegsende nur 7 % der Agrarfläche Großgrundbesitz (S. 25/26). Dies entsprach genau dem insgesamt geringen Anteil der vermeintlichen »Junker« am Landbesitz in der britischen Zone, nämlich ebenfalls nur 7 % der Agrarfläche (S. 41). Außerdem gilt es noch zu berücksichtigen, daß die großen Agrarflächen im Westen überhaupt nicht mehr einer wie im rückständigen Osten reaktionären Aristokratie gehörten, sondern Kirchen, Kreisen, Kommunen, Verbänden und dem Staat.

Trotzdem, und darauf sei ausdrücklich hingewiesen, behandelt Hügen kein Scheinproblem. Er zeichnet exakt nach, unter welchen Prämissen und Bedingungen im frühen Nordrhein-Westfalen Politik gemacht wurde: im Spiel und Gegenspiel zwischen britischer Besatzungsmacht und den sich allmählich wieder artikulierenden deutschen Politikern. Dabei lernten beide Seiten offensichtlich, daß die allzu einfachen, auf das Deutsche Reich bezogenen politischen Raster auf das Land an Rhein und Ruhr nicht ohne weiteres übertragen werden konnten. Aus diesem Lernprozeß entstand die spezifische politische Kultur Nordrhein-Westfalens.

Die britische Militärregierung etwa mußte erkennen, daß es hier anders als im rückständigen Altpreußen nördlich und östlich von Berlin überhaupt keine Junkerklasse gab, die es ja nach den alliierten Kriegsmanifesten zu enteignen und damit auch politisch zu entwaffnen galt. Man fand ein durch den Krieg zerstörtes Industrieland, dessen Probleme sicher nicht vorrangig durch eine Bodenreform gelöst werden konnten. Einen ähnlichen Lernprozeß erlebten die deutschen Politiker, die sich im frühen Nordrhein-Westfalen für eine Bodenreform einsetzten. Was vielleicht vor dem Weltkrieg auf die Gebiete östlich der Elbe

und Oder gepaßt hätte, war im modernen Westen obsolet. Eine Erkenntnis, der sich auch ein ehemaliger prominenter Propagandist von Siedlungspolitik und Bodenreform in der Weimarer Zeit und später bedeutender Redner nicht verschließen konnte: Mehrfach rückt Heinrich Lübke, nachmaliger Bundespräsident, in das Zentrum der Untersuchungen von Ludwig Hügen. Dieser hat insgesamt eine durchaus spannende und lesbare Arbeit vorgelegt, die einen wichtigen Aspekt der politischen Kultur der frühen Nachkriegszeit beleuchtet.

Detlef Briesen, Siegen

Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 371 S., geb., 58 DM.

Selten habe der Zufall einem Buch zu einer derart unerwarteten Aktualität verholfen, kommentiert Walter Ruegg im Vorwort zu dem vorliegenden Buch mit Blick auf die Situation der Staaten Osteuropas im Aufbruch zur Demokratie. Wie in Deutschland nach 1945 stelle sich derzeit erneut die Frage, inwieweit ein Staat freiheitlich reformiert werden könne, dessen Eliten durch totalitäre Bildungsmechanismen geprägt sind. Ruegg gibt in der Rückschau auf den Wiederaufbau der deutschen Universitäten nach 1945, den er mitverantwortlich gestaltet hat, eine optimistische Antwort: Die imponierende Selbstbehauptung der Studenten der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den schwierigen Begleitumständen und die Beständigkeit der von ihnen geschaffenen Demokratie lasse ihn nicht daran zweifeln, daß auch ein wiedervereintes Europa demokratisch geprägt sein werde.

Die Studienbedingungen der »Nachkriegssemester« waren in der Tat außergewöhnlich schwierig: Hunger, Kälte, Wohnungsnot, fehlende Kleidung, Stromsperren, ausgebombte Institute, ausgebrannte Bibliotheken, Hamsterfahrten und Arbeitseinsätze prägten den Studentenalltag. Neben die existentiellen Nöte traten psychische Belastungen: Entnazifizierung, deprimierende Berufsaussichten, die Suche nach neuen Orientierungsmustern und Vorbildern, die Konfrontation mit dem Kollektivschuldvorwurf und der Fremdbestimmung durch die Reeducation-Maßnahmen der alliierten Besatzungsmächte. Die Studienverläufe der Nachkriegssemester weichen von dem »Normalweg« der Studenten im 20. Jahrhundert erheblich ab.

Dieser ebenso interessanten wie unerforschten Epoche der jüngsten Universitätsgeschichte wandten sich Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller zu, beide Mitarbeiter des Instituts »Hochschulinformationssystem« (HIS). Das vor rund 20 Jahren gegründete HIS befaßt sich damit erstmals mit der Geschichte seines Untersuchungsgegenstandes, freilich mit den ihm vertrauten methodischen Hilfsmitteln. In einer Fragebogenaktion wurden 1 650 Personen angeschrieben, die zwischen 1945 und 1954 an einer Westdeutschen oder Westberliner Hochschule eingeschrieben waren. Rund die Hälfte der Kontaktierten beantwortete den Fragebogen; mancher steuerte ergänzendes Material bei.

Dieser Fundus an Informationen, ergänzt durch die Auswertung zeitgenössischer Statistiken und Zeitschriften, ermöglichte es, Repräsentativität in eingeschränktem Umfang zu erzielen. Der Anteil der befragten Frauen, der Kriegsgefangenen und der Studenten der stärksten Fachrichtungen entspricht weitgehend deren relativen Positionen in der Studentenschaft. Unübersehbar ist jedoch der in der früheren britischen Zone liegende regionale Schwerpunkt. Das Buch liest sich über weite Strecken als eine Geschichte der Studienverhältnisse in Göttingen im Jahrzehnt nach 1945. Die extensiv zitierte Göttinger Universitätszeitung ist denn auch die wichtigste Quelle neben den ausgewerteten Fragebögen. Methodisch problematischer ist die ausschließliche Befragung der letztlich erfolgreichen Studenten. Kommilitonen, die ihr Studium ohne Abschluß abbrachen und vor den widrigen

und Oder gepaßt hätte, war im modernen Westen obsolet. Eine Erkenntnis, der sich auch ein ehemaliger prominenter Propagandist von Siedlungspolitik und Bodenreform in der Weimarer Zeit und später bedeutender Redner nicht verschließen konnte: Mehrfach rückt Heinrich Lübke, nachmaliger Bundespräsident, in das Zentrum der Untersuchungen von Ludwig Hügen. Dieser hat insgesamt eine durchaus spannende und lesbare Arbeit vorgelegt, die einen wichtigen Aspekt der politischen Kultur der frühen Nachkriegszeit beleuchtet.

Detlef Briesen, Siegen

Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 371 S., geb., 58 DM.

Selten habe der Zufall einem Buch zu einer derart unerwarteten Aktualität verholfen, kommentiert Walter Ruegg im Vorwort zu dem vorliegenden Buch mit Blick auf die Situation der Staaten Osteuropas im Aufbruch zur Demokratie. Wie in Deutschland nach 1945 stelle sich derzeit erneut die Frage, inwieweit ein Staat freiheitlich reformiert werden könne, dessen Eliten durch totalitäre Bildungsmechanismen geprägt sind. Ruegg gibt in der Rückschau auf den Wiederaufbau der deutschen Universitäten nach 1945, den er mitverantwortlich gestaltet hat, eine optimistische Antwort: Die imponierende Selbstbehauptung der Studenten der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den schwierigen Begleitumständen und die Beständigkeit der von ihnen geschaffenen Demokratie lasse ihn nicht daran zweifeln, daß auch ein wiedervereintes Europa demokratisch geprägt sein werde.

Die Studienbedingungen der »Nachkriegssemester« waren in der Tat außergewöhnlich schwierig: Hunger, Kälte, Wohnungsnot, fehlende Kleidung, Stromsperren, ausgebombte Institute, ausgebrannte Bibliotheken, Hamsterfahrten und Arbeitseinsätze prägten den Studentenalltag. Neben die existentiellen Nöte traten psychische Belastungen: Entnazifizierung, deprimierende Berufsaussichten, die Suche nach neuen Orientierungsmustern und Vorbildern, die Konfrontation mit dem Kollektivschuldvorwurf und der Fremdbestimmung durch die Reeducation-Maßnahmen der alliierten Besatzungsmächte. Die Studienverläufe der Nachkriegssemester weichen von dem »Normalweg« der Studenten im 20. Jahrhundert erheblich ab.

Dieser ebenso interessanten wie unerforschten Epoche der jüngsten Universitätsgeschichte wandten sich Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller zu, beide Mitarbeiter des Instituts »Hochschulinformationssystem« (HIS). Das vor rund 20 Jahren gegründete HIS befaßt sich damit erstmals mit der Geschichte seines Untersuchungsgegenstandes, freilich mit den ihm vertrauten methodischen Hilfsmitteln. In einer Fragebogenaktion wurden 1 650 Personen angeschrieben, die zwischen 1945 und 1954 an einer Westdeutschen oder Westberliner Hochschule eingeschrieben waren. Rund die Hälfte der Kontaktierten beantwortete den Fragebogen; mancher steuerte ergänzendes Material bei.

Dieser Fundus an Informationen, ergänzt durch die Auswertung zeitgenössischer Statistiken und Zeitschriften, ermöglichte es, Repräsentativität in eingeschränktem Umfang zu erzielen. Der Anteil der befragten Frauen, der Kriegsgefangenen und der Studenten der stärksten Fachrichtungen entspricht weitgehend deren relativen Positionen in der Studentenschaft. Unübersehbar ist jedoch der in der früheren britischen Zone liegende regionale Schwerpunkt. Das Buch liest sich über weite Strecken als eine Geschichte der Studienverhältnisse in Göttingen im Jahrzehnt nach 1945. Die extensiv zitierte Göttinger Universitätszeitung ist denn auch die wichtigste Quelle neben den ausgewerteten Fragebögen. Methodisch problematischer ist die ausschließliche Befragung der letztlich erfolgreichen Studenten. Kommilitonen, die ihr Studium ohne Abschluß abbrachen und vor den widrigen

Begleitumständen kapitulierten, fehlen im Sample. Außergewöhnlich viele Befragte wurden Professoren oder bekleideten Führungspositionen in Wirtschaft bzw. Staatsverwaltung. Aus der zeitlichen Distanz von mehreren Jahrzehnten dominieren in der Erinnerung an die Jugend- und Studentenzeit die positiven Erinnerungen. Gedächtnis funktioniert selektiv; diese Grunderkenntnis der »Oral History« hätte von den Autoren thematisiert und mitbedacht werden müssen.

Methodische Exaktheit, Ausgewogenheit und Repräsentativität gehen nicht selten zu Lasten der Lebendigkeit in der Darstellung. Genau hier liegt die Stärke des Buches. Die Autoren verzichteten bewußt auf eine ausgewogene, dafür aber langweilige Sammlung von »einerseits-andererseits«-Antworten. Statt dessen erschlossen sie durch viele und ausführliche Zitate – nicht selten über mehr als eine Seite hinweg – die Erfahrung und Verarbeitung der Ereignisse durch die Betroffenen. Erfreulicherweise wurden auch die Kriegsjahre einbezogen, die für das Verständnis der besonderen Rahmenbedingungen des Studiums nach 1945 unerläßlich sind. Der Rezensent hätte sich bisweilen eine breiter ausgeführte Synthese gewünscht. Auch die Konfrontation der subjektiven Dimension mit den aus der Literatur zur Nachkriegsgeschichte bekannten Fakten hätte der Darstellung gut zu Gesicht gestanden. Es ist zu hoffen, daß das vorliegende Buch nicht das letzte zur beruflichen Sozialisation einer Generation bleibt, welche die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beeinflußt hat. Dieses wichtige Thema verdient weitere Aufmerksamkeit.

Helmuth Trischler, München

Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 445 S., Ln., 78 DM.

Zu den großen politischen Kontroversen, die in der Ära Adenauer ausgetragen wurden, gehörte die Frage nach Rang- und Reihenfolge der Ziele Wiedervereinigung und Westintegration. Zu Beginn dieser Auseinandersetzung entstand die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). In der Öffentlichkeit und in der historischen Forschung wird mit dieser Partei in erster Linie der Name Gustav Heinemanns, des ersten Bundesinnenministers und späteren Bundespräsidenten, in Verbindung gebracht. Allenfalls Helene Wessel, der früheren Zentrumspolitikerin und politischen Weggefährtin Heinemanns in der GVP, wird noch Beachtung geschenkt. Es ist das Verdienst von Josef Müller, mit seiner Dissertation erstmals einen detaillierten und differenzierten Einblick in die Geschichte dieser Partei zu geben. Die Untersuchung der GVP konzentrierte sich bisher weitgehend auf die Person Heinemanns. Dagegen stellt der Verfasser seine Analyse durch die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure der GVP auf eine breitere Grundlage und macht innerparteiliche Strömungen sichtbar. Müller hat dazu die Nachlässe führender GVP-Politiker ausgewertet.

Die Arbeit beginnt zeitlich mit der Auseinandersetzung zwischen Heinemann und Adenauer im Bundeskabinett, die sich an der Vorgehensweise des Bundeskanzlers beim Sicherheitsmemorandum im August 1950 entzündete. Heinemann trat im Oktober 1950 als Bundesinnenminister zurück. Müller sieht in dem Rücktritt Heinemanns ein Signal für eine sich langsam formierende, bürgerliche Opposition gegen die Westpolitik des Bundeskanzlers. Diese bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegner, die sich Ende 1951 zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammenschlossen, kamen zwar mehrheitlich aus dem protestantisch-reformierten Lager, doch befanden sich auch renommierte Anhänger des politischen Linkskatholizismus in ihren Reihen.

Begleitumständen kapitulierten, fehlen im Sample. Außergewöhnlich viele Befragte wurden Professoren oder bekleideten Führungspositionen in Wirtschaft bzw. Staatsverwaltung. Aus der zeitlichen Distanz von mehreren Jahrzehnten dominieren in der Erinnerung an die Jugend- und Studentenzeit die positiven Erinnerungen. Gedächtnis funktioniert selektiv; diese Grunderkenntnis der »Oral History« hätte von den Autoren thematisiert und mitbedacht werden müssen.

Methodische Exaktheit, Ausgewogenheit und Repräsentativität gehen nicht selten zu Lasten der Lebendigkeit in der Darstellung. Genau hier liegt die Stärke des Buches. Die Autoren verzichteten bewußt auf eine ausgewogene, dafür aber langweilige Sammlung von »einerseits-andererseits«-Antworten. Statt dessen erschlossen sie durch viele und ausführliche Zitate – nicht selten über mehr als eine Seite hinweg – die Erfahrung und Verarbeitung der Ereignisse durch die Betroffenen. Erfreulicherweise wurden auch die Kriegsjahre einbezogen, die für das Verständnis der besonderen Rahmenbedingungen des Studiums nach 1945 unerläßlich sind. Der Rezensent hätte sich bisweilen eine breiter ausgeführte Synthese gewünscht. Auch die Konfrontation der subjektiven Dimension mit den aus der Literatur zur Nachkriegsgeschichte bekannten Fakten hätte der Darstellung gut zu Gesicht gestanden. Es ist zu hoffen, daß das vorliegende Buch nicht das letzte zur beruflichen Sozialisation einer Generation bleibt, welche die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wesentlich beeinflußt hat. Dieses wichtige Thema verdient weitere Aufmerksamkeit.

Helmuth Trischler, München

Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950–1957 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Droste Verlag, Düsseldorf 1990, 445 S., Ln., 78 DM.

Zu den großen politischen Kontroversen, die in der Ära Adenauer ausgetragen wurden, gehörte die Frage nach Rang- und Reihenfolge der Ziele Wiedervereinigung und Westintegration. Zu Beginn dieser Auseinandersetzung entstand die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). In der Öffentlichkeit und in der historischen Forschung wird mit dieser Partei in erster Linie der Name Gustav Heinemanns, des ersten Bundesinnenministers und späteren Bundespräsidenten, in Verbindung gebracht. Allenfalls Helene Wessel, der früheren Zentrumspolitikerin und politischen Weggefährtin Heinemanns in der GVP, wird noch Beachtung geschenkt. Es ist das Verdienst von Josef Müller, mit seiner Dissertation erstmals einen detaillierten und differenzierten Einblick in die Geschichte dieser Partei zu geben. Die Untersuchung der GVP konzentrierte sich bisher weitgehend auf die Person Heinemanns. Dagegen stellt der Verfasser seine Analyse durch die Einbeziehung weiterer relevanter Akteure der GVP auf eine breitere Grundlage und macht innerparteiliche Strömungen sichtbar. Müller hat dazu die Nachlässe führender GVP-Politiker ausgewertet.

Die Arbeit beginnt zeitlich mit der Auseinandersetzung zwischen Heinemann und Adenauer im Bundeskabinett, die sich an der Vorgehensweise des Bundeskanzlers beim Sicherheitsmemorandum im August 1950 entzündete. Heinemann trat im Oktober 1950 als Bundesinnenminister zurück. Müller sieht in dem Rücktritt Heinemanns ein Signal für eine sich langsam formierende, bürgerliche Opposition gegen die Westpolitik des Bundeskanzlers. Diese bürgerlichen Wiederbewaffnungsgegner, die sich Ende 1951 zur Notgemeinschaft für den Frieden Europas zusammenschlossen, kamen zwar mehrheitlich aus dem protestantisch-reformierten Lager, doch befanden sich auch renommierte Anhänger des politischen Linkskatholizismus in ihren Reihen.

Die führenden politischen Köpfe dieser neuen Sammlungsbewegung waren zweifelsohne Heinemann und Helene Wessel. Beide verfolgten dasselbe Ziel, indem sie von der Bundesregierung verlangten, keinem Militärbündnis beizutreten. Heinemann propagierte mit seiner Forderung einer Ausklammerung Deutschlands aus dem Ost-West-Konflikt einen isolationistischen Weg. Wessel warb dagegen für eine Gleichgewichtspolitik, die eine starke deutsche Position unterstellte. (S. 85)

Die Mitglieder der Notgemeinschaft sahen ihre Vereinigung nicht als Partei an, sondern eher als Zusammenschluß politisch Gleichgesinnter. Einziger Bezugspunkt war die Wiederherstellung der Einheit der Nation und die Rettung des Friedens in Europa. Daraus resultierte dann der Widerstand gegen den Westintegrations- und Wiederbewaffnungskurs der Bundesregierung. Die Notgemeinschaft war ein Honoratiorenkreis und besaß keinen hauptamtlichen Apparat, was das Agieren in der Öffentlichkeit erheblich erschwerte. Ihre Arbeit beschränkte sich auf die Ausarbeitung eines Aufrufes und Durchführung einer Unterschriftensammlung gegen die Wiederbewaffnung, die jedoch erfolglos blieb. Zur Verbesserung der eigenen Arbeit tauchte deshalb bei den führenden Vertretern der Notgemeinschaft die Frage nach einer Parteigründung auf, da die Sammlungsbewegung nach fast einjähriger Arbeit »den publizistischen Reiz verloren und ihren politischen Höhepunkt längst überschritten« hatte. (S. 205)

Vor allem Adolf Scheu, einer der Vorstandsmitglieder der Notgemeinschaft, zählte zu den treibenden Kräften in der Frage der Parteigründung. Dagegen zögerte Heinemann lange Zeit mit seiner Zustimmung zu diesem Schritt. Er verfolgte die Idee einer Sammlungsbewegung verschiedener Gruppierungen und Strömungen, mußte jedoch angesichts der Erfolglosigkeit einer Parteibildung zustimmen. Der Gründungsparteitag der Gesamtdeutschen Volkspartei fand am 29./30. November 1952 in Frankfurt statt.

Die GVP entsprach inhaltlich und personell weitgehend der Notgemeinschaft. Müller bezeichnet deshalb zu Recht die Gründung der GVP als einen Versuch, die Notgemeinschaft zu parlamentarisieren. Eine Verbreiterung der politischen und sozialen Basis gelang jedoch nicht. Die Außen- und Deutschlandpolitik bestimmte das politische Programm der GVP. Allgemeine Zustimmung fand innerhalb der Partei die Forderung nach Neutralität Deutschlands, die als Voraussetzung für die nationale Einheit angesehen wurde. Dagegen blieb die GVP in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zerstritten und nach außen konturlos. Die fehlende Parteiorganisation machte der GVP bei der Vorbereitung der Bundestagswahlen 1953 sehr zu schaffen.

Besonders verhängnisvoll war für die GVP in diesem Bundestagswahlkampf das Wahlbündnis mit dem kommunistisch unterwanderten Bund der Deutschen (BdD), dem auch der ehemalige Reichskanzler Josef Wirth angehörte. Im Zeichen des Kalten Krieges und des eskalierenden Ost-West-Gegensatzes bedeutete dieser Schritt politischen Selbstmord. Mit der Öffnung der ostdeutschen Archive läßt sich die Frage der politischen Einflußnahme der DDR auf westdeutsche Parteien sicherlich beantworten. Müller läßt diese Frage offen, betont aber, daß die GVP sich sehr früh von dem neuen Bündnispartner distanzierte. Vor allem Heinemann sah die Gefahr einer Abhängigkeit seiner Partei vom Osten, wenn es zu einer Zusammenarbeit mit dem BdD kommen würde.

In der Öffentlichkeit hinterließ dieses Wahlbündnis einen verheerenden Eindruck. Die GVP ging in der Bundestagswahl 1953 sang- und klanglos unter: Sie erhielt nur 1,16 % der abgegebenen Stimmen. Das außenpolitische Programm der GVP war mit der Wahlentscheidung zugunsten Adenauers und seiner Westpolitik überholt, die Partei erschien überflüssig. Die GVP hatte während der ganzen Zeit ihres Bestehens keinen Einfluß auf die außenpolitische Entwicklung nehmen können. Mit der Wahlniederlage 1953 begann der letzte Abschnitt der Geschichte der GVP: Der schleichende Prozeß der Auflösung und der Übertritt der Parteiführung zur SPD. Auch hierbei zeigte sich Heinemann als großer Zauderer. Erst Ende April 1957 war er als letzter in der GVP-Führungsspitze von der Notwen-

digkeit einer Parteiauflösung überzeugt. Der Übertritt der GVP-Politiker, zu denen neben Heinemann unter anderem Johannes Rau und Erhard Eppler gehörten, hatte langfristige Wirkungen. Die GVP leistete einen wichtigen Beitrag für die Aussöhnung zwischen Kirche und SPD und trug damit zur »Entkonfessionalisierung der Politik auch im oppositionellen Milieu« bei. (S. 407)

Müller gelingt es, eine Forschungslücke zu schließen. Das Buch basiert auf einem stark personalistischen Ansatz, strukturelle Fragen und Probleme wie z. B. Aufbau und Zusammensetzung der Partei bleiben dagegen unterbelichtet. *Dierk Hoffmann, München*

Wolfgang Schollwer, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hrsg. v. Monika Faßbender (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 9), Oldenbourg Verlag, München 1990, 230 S., kart., 58 DM.

Nach dem »Potsdamer Tagebuch 1948–1950« (vgl. AfS XXX, 1990, S. 527 f.) hat Wolfgang Schollwer nun seine Aufzeichnungen aus den Jahren 1957 bis 1961 publizieren lassen. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine originäre Quelle, doch versichert die Herausgeberin Monika Faßbender in ihrer Einleitung, Schollwers Text zeichne sich durch Authentizität aus. Die jetzt vorliegende Fassung entstand demnach 1974/75, als Schollwer »Tagebuchnotizen, Gesprächsaufzeichnungen und Aktenvermerke« in eine zusammenhängende Form brachte (S. 16). Schollwer vermied es, neu gewonnene Erkenntnisse ex post zu berücksichtigen. So findet beispielsweise der Globke-Plan (1959) keine Erwähnung. Verschiedene Fehldeutungen, etwa hinsichtlich der politischen Zukunft Adenauers nach den Bundestagswahlen 1961, wurden nicht aus dem Text getilgt.

Damit wird bereits deutlich, daß Schollwers Aufzeichnungen uns keinen Aufschluß über wesentliche Bonner Entscheidungsprozesse geben können, zumal Adenauer zwischen 1957 und 1961 mit einer absoluten Unionsmehrheit regieren konnte. Um so intensiver beleuchtet Schollwers Text die Vorgänge innerhalb der FDP in der Zeit, als die gesamte Partei in »liberale[r] Opposition gegen Adenauer« stand. Schollwer durchlief in diesen Jahren einen Entwicklungsprozeß. Aus dem Ostbüro der FDP kommend, galt er noch 1957 als deutschlandpolitischer »Hardliner«, der Adenauers »Politik der Stärke« gegenüber dem Osten unterstützte. Nicht zuletzt die Kontakte zu seinem Parteifreund und Vorgesetzten Josef Ungeheuer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß neue Wege in der Ostpolitik beschritten werden mußten, wollte man dem Ziel der »Wiedervereinigung« näherkommen. Den »geläuterten Nationalisten« Schollwer (Klaus Hildebrand) lenkte die Intellektuelle Auseinandersetzung in eine Richtung, die zu den Schollwer-Plänen der Jahre nach 1961 führte.

Die Aufzeichnungen setzen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1957 ein und enden nach der Wahl von 1961. Zur Enttäuschung Schollwers erreichte die FDP 1957 »ganze 7,7 %«, war »dem Absturz ins Nichts also greifbar nahe« (S. 29). Das Zweiparteiensystem drohte. Doch vier Jahre später konnte Schollwer triumphieren: »12,7 % und 66 Sitze im kommenden Bundestag – ein Traumresultat!« (S. 163) Mitausschlaggebend für diese Entwicklung war nach Schollwers Ansicht die Ausstrahlung des neuen Parteivorsitzenden Erich Mende. Obwohl Mende neben Wolfgang Döring maßgeblich an der Ablösung Schollwers als FDP-Pressesprecher durch Karl Moersch beteiligt war – Schollwer blieb Chefkommentator der »freien demokratischen korrespondenz« –, erfuhr er weniger Kritik als sein Vorgänger Reinhold Maier. Mende stand für ein Ende der »Zeit des neben der Geschichte Herlebens, der trügerischen Geruhsamkeit und der politischen Stagnation« (so Schollwer in einem Beitrag für die fdk am Tag nach der Wahl, S. 205). Freilich sah Schollwer in der Euphorie

digkeit einer Parteiauflösung überzeugt. Der Übertritt der GVP-Politiker, zu denen neben Heinemann unter anderem Johannes Rau und Erhard Eppler gehörten, hatte langfristige Wirkungen. Die GVP leistete einen wichtigen Beitrag für die Aussöhnung zwischen Kirche und SPD und trug damit zur »Entkonfessionalisierung der Politik auch im oppositionellen Milieu« bei. (S. 407)

Müller gelingt es, eine Forschungslücke zu schließen. Das Buch basiert auf einem stark personalistischen Ansatz, strukturelle Fragen und Probleme wie z. B. Aufbau und Zusammensetzung der Partei bleiben dagegen unterbelichtet. *Dierk Hoffmann, München*

Wolfgang Schollwer, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hrsg. v. Monika Faßbender (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 9), Oldenbourg Verlag, München 1990, 230 S., kart., 58 DM.

Nach dem »Potsdamer Tagebuch 1948–1950« (vgl. AfS XXX, 1990, S. 527 f.) hat Wolfgang Schollwer nun seine Aufzeichnungen aus den Jahren 1957 bis 1961 publizieren lassen. Dabei handelt es sich zwar nicht um eine originäre Quelle, doch versichert die Herausgeberin Monika Faßbender in ihrer Einleitung, Schollwers Text zeichne sich durch Authentizität aus. Die jetzt vorliegende Fassung entstand demnach 1974/75, als Schollwer »Tagebuchnotizen, Gesprächsaufzeichnungen und Aktenvermerke« in eine zusammenhängende Form brachte (S. 16). Schollwer vermied es, neu gewonnene Erkenntnisse ex post zu berücksichtigen. So findet beispielsweise der Globke-Plan (1959) keine Erwähnung. Verschiedene Fehldeutungen, etwa hinsichtlich der politischen Zukunft Adenauers nach den Bundestagswahlen 1961, wurden nicht aus dem Text getilgt.

Damit wird bereits deutlich, daß Schollwers Aufzeichnungen uns keinen Aufschluß über wesentliche Bonner Entscheidungsprozesse geben können, zumal Adenauer zwischen 1957 und 1961 mit einer absoluten Unionsmehrheit regieren konnte. Um so intensiver beleuchtet Schollwers Text die Vorgänge innerhalb der FDP in der Zeit, als die gesamte Partei in »liberale[r] Opposition gegen Adenauer« stand. Schollwer durchlief in diesen Jahren einen Entwicklungsprozeß. Aus dem Ostbüro der FDP kommend, galt er noch 1957 als deutschlandpolitischer »Hardliner«, der Adenauers »Politik der Stärke« gegenüber dem Osten unterstützte. Nicht zuletzt die Kontakte zu seinem Parteifreund und Vorgesetzten Josef Ungeheuer brachten ihn zu der Erkenntnis, daß neue Wege in der Ostpolitik beschritten werden mußten, wollte man dem Ziel der »Wiedervereinigung« näherkommen. Den »geläuterten Nationalisten« Schollwer (Klaus Hildebrand) lenkte die Intellektuelle Auseinandersetzung in eine Richtung, die zu den Schollwer-Plänen der Jahre nach 1961 führte.

Die Aufzeichnungen setzen im Vorfeld der Bundestagswahlen 1957 ein und enden nach der Wahl von 1961. Zur Enttäuschung Schollwers erreichte die FDP 1957 »ganze 7,7 %«, war »dem Absturz ins Nichts also greifbar nahe« (S. 29). Das Zweiparteiensystem drohte. Doch vier Jahre später konnte Schollwer triumphieren: »12,7 % und 66 Sitze im kommenden Bundestag – ein Traumresultat!« (S. 163) Mitausschlaggebend für diese Entwicklung war nach Schollwers Ansicht die Ausstrahlung des neuen Parteivorsitzenden Erich Mende. Obwohl Mende neben Wolfgang Döring maßgeblich an der Ablösung Schollwers als FDP-Pressesprecher durch Karl Moersch beteiligt war – Schollwer blieb Chefkommentator der »freien demokratischen korrespondenz« –, erfuhr er weniger Kritik als sein Vorgänger Reinhold Maier. Mende stand für ein Ende der »Zeit des neben der Geschichte Herlebens, der trügerischen Geruhsamkeit und der politischen Stagnation« (so Schollwer in einem Beitrag für die fdk am Tag nach der Wahl, S. 205). Freilich sah Schollwer in der Euphorie

der Wahlnacht die »Ära Adenauer«, »eine Epoche deutscher Nachkriegsgeschichte«, zwei Jahre zu früh enden. Auch der über eine große Zahl an Intimkenntnissen verfügende Schollwer mußte seine drei Wochen vor der Wahl gehegte Hoffnung aufgeben, eine weitere Kanzlerschaft Adenauers mit FDP-Unterstützung »bleibe uns [. . .] erspart« (S. 161).

Spiegelt sich im Tagebuch die Erwartung wider, die Ostpolitik Bonns beleben zu können, so wird in dem vorangestellten »Rückblick« Schollwers eine pessimistischere Sichtweise deutlich. Bereits 1956 sei »die deutsche Frage längst zugunsten einer langandauernden deutschen Zweistaatlichkeit entschieden« gewesen (S. 19). Adenauer trifft der Vorwurf des »Verzicht[s] auf jede aktive Osteuropa-Politik« (S. 20). Dabei werden die Moskau-Reise Adenauers (September 1955), die wiederholten Kontakte Fritz Schäffers mit dem stellvertretenden DDR-Innenminister Vincenz Müller (1955/56) – sie finden im Tagebuch durchaus Erwähnung – oder die Mission von Sonderbotschafter Rolf Lahr in der Sowjetunion (Juli 1957) nicht problematisiert. In Schollwers Rückschau hatte Adenauer mit der Entscheidung des Jahres 1957, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen, die Wiedervereinigungschance endgültig vertan.

Schollwers Tagebucheintragungen offenbaren schon 1957 eine herbe Enttäuschung über die Politik der Regierung. Er spricht, im September 1957, von der »Verlogenheit christdemokratischer Deutschlandpolitik« und bezeichnet innerhalb der CDU vertretene Vorstellungen als »mit den nationalen Interessen unseres Volkes unvereinbar« (S. 28). Um so größer ist die Enttäuschung, als am 15. September 1957 dem »schrecklichen Vereinfacher« Adenauer der bislang größte Wahltriumph der CDU/CSU gelingt (S. 29). Zufrieden mit der Oppositionsrolle der FDP – ein Eintreten der Liberalen in die Regierungskoalition stand trotz der absoluten Unionsmehrheit zeitweilig zur Debatte – bezieht Schollwer nun klar Stellung. Er ist gegen die konsequente Umsetzung der Hallstein-Doktrin; den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien (Oktober 1957) lehnt er ab. Mit dem »energie- wie einfallslosen Brentano auf dem Posten des Außenministers« sieht er eine Politik »garantiert [. . .], die uns immer weiter von der Einheit wegführen wird« (S. 33). Doch mit wachsendem Unbehagen muß Schollwer konstatieren, daß die FDP weiter an Boden verliert. Selbst vor massiver Wählerschelte schreckt er nicht zurück. So lautet der Kommentar zum enttäuschenden Ergebnis bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 16. Juli 1968 unzweideutig: »Ein Ereignis, das am Verstand der Wähler zweifeln läßt« (S. 52).

Wie sehr Schollwer auf den Einheitsgedanken fixiert ist, offenbart sein Kommentar zur historischen Begegnung Adenauers mit de Gaulle in Colombey-les-deux-Eglises. Es sei zu bezweifeln, daß sich de Gaulle »zum ›Rechtsanwalt‹ des deutschen Wiedervereinigungsbegehrens gegenüber Moskau machen« werde (S. 57). Zu Beginn der Berlinkrise 1958/59 scheinen die zunehmenden deutschlandpolitischen Differenzen zwischen der Bundesrepublik und den USA Schollwer recht zu geben. Als Dulles die sog. »Agententheorie« verkündet und damit die Anerkennung von DDR-Hoheitsrechten im Transitverkehr in Aussicht stellt, befürchtet Schollwer das Zusammenbrechen der »westliche[n] Einheitsfront gegenüber dem Zonenregime« (S. 63). Träte dieser Fall ein, sei die Bundesregierung »selbst daran schuld: weil ihre Unbeweglichkeit den Westen in eine Sackgasse hineinmanövrierte« (S. 63).

Fast ein Jahr später, Ende 1959, bekundet Schollwer wieder größeren Optimismus. Die von der FDP »vertretenen Positionen in der Deutschland- und Ostpolitik« gewännen »deutlich an Boden« (S. 104). Deren Realisierung hätte zunächst ein Ende der Politik »voller Minderwertigkeitskomplexe gegenüber dem Osten« bedeutet (S. 104). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten wäre eine Voraussetzung hierfür gewesen. Damit strebte Schollwer aber keineswegs die Preisgabe von elementaren deutschlandpolitischen Positionen an. Er bestand auf der »Einbettung des Berlin-Problems in die deutsche Frage« (S. 109). Adenauer war hingegen in Schollwers Augen im Begriff, auch die

letzten Chancen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verspielen. Am 17. Juni 1960 schrieb er in sein Tagebuch: »Die politische und wirtschaftliche Verschmelzung der Zone mit dem Ostblock und der Bundesrepublik mit der westeuropäischen Staatengemeinschaft macht eine friedliche Wiedervereinigung kaum noch vorstellbar. Die Gefahr besteht, daß die Feiern am 17. Juni mehr und mehr zu Ereignissen des nationalen Selbstbetrugs werden.« (S. 123)

Als 1961 Kennedy US-Präsident wurde, befürchtet Schollwer stärker denn je, Adenauer sei der Entwicklung der Ost-West-Politik nicht mehr gewachsen: »Wird ein Mann wie Adenauer zum Umdenken überhaupt noch fähig sein?« (S. 142) Er sieht sich bestätigt, als es am 13. August 1961 zum Bau der Berliner Mauer kommt. Der »völligen Ratlosigkeit des sonst so wortstarken Regierungschefs« setzt Schollwer erneut die Forderung einer »offensive[n] Deutschlandpolitik« entgegen (S. 159).

Immer wieder mußte Schollwer erkennen, daß die Deutschlandpolitik für das Wahlverhalten der Bundesbürger nicht ausschlaggebend war. Dies erklärt die wiederholte Kritik an den Entscheidungen der Wähler. Anders als Adenauer vereinfachte Schollwer nicht. Er analysierte, bewertete und konzipierte. Sein Streben galt der Einheit, doch glaubte er dieses Ziel nicht durch Gesprächsverweigerung gegenüber dem Osten erreichen zu können. Die Festigkeit der eigenen Position stand der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft nicht im Wege. Dabei mag das Bewußtsein für die historische Verantwortung Deutschlands eine wesentliche Rolle gespielt haben. So wies Schollwer auch öffentlich »auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Dreiteilung unseres Vaterlandes und unserem Angriffskrieg gegen die UdSSR« hin (S. 152).

Schollwers deutschlandpolitische Überzeugungen prägten wesentlich seine Stellung innerhalb der FDP. Hier freilich überwogen vorsichtige Töne. Skepsis zeigte sich hinsichtlich der Kontakte zwischen FDP und der »SED-Satellitenpartei« LDP (S. 43). Nicht zuletzt diese Problematik hatte beim FDP-Parteivorsitzenden Reinhold Maier die Überlegung reifen lassen, außen- und deutschlandpolitische Fragen nicht in den Vordergrund der FDP-Politik zu stellen. Dies aber lehnte Schollwer entschieden ab. Gerade auf diesem Feld sah er Möglichkeiten zur Profilierung der Partei. Infolgedessen hielt er wenig von Bestrebungen, eine »gemeinsame Deutschlandpolitik« der Bonner Parteien zu begründen. Er argwöhnte, Maier wolle die FDP in eine Koalition mit der Union führen. Erst recht mißfielen ihm Maiers Sympathien für »›rechte‹ Gruppen« wie den Gesamtdeutschen Block/BHE (S. 34). Verständlich ist daher, daß Schollwer den Verlust von »deutschnationalen Wähler[n]« der FDP nicht beklagte (S. 62).

Darüber hinaus erfahren wir manche Details, die das Bild von der damals herrschenden Atmosphäre erhellen. So hören wir von der Absicht des Verteidigungsministers, Schollwers Jahrgang 1922 zu Reserveübungen einzuberufen (S. 69 ff.), von der Debatte, ob die Grenzen vom 1. 1. 1937 oder diejenigen vom 31. 12. 1938 für Deutschland anzustreben seien (S. 69) und auch vom Streit über die Teilnahme deutscher Verbände an den – kommunistisch geprägten – Weltjugendspielen in Wien (S. 89). Hinzu kommen Informationen zur Biographie Schollwers, vor allem zu seiner Tätigkeit in der FDP-Pressestelle. Charakterisierungen von Persönlichkeiten seiner Umgebung bleiben jedoch immer recht blaß.

Die Tagebuchpublikation, angereichert durch eine ausführliche Einleitung der Herausgeberin und einen knappen Rückblick Schollwers aus der Perspektive des Jahres 1989, wird durch die Dokumentation einiger wichtiger Schriftstücke, vornehmlich aus der Feder von Schollwers selbst, ergänzt. Als vorbildlich sind der Anmerkungsapparat und die Kurzbiographien der im Tagebuch genannten Personen zu bezeichnen.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß der Quellenwert der Schollwer-Aufzeichnungen durchaus begrenzt ist. Das Buch ist vor allem für die FDP-Parteienforschung und für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschlandpolitischen Diskussion der späten 50er und frühen 60er Jahre von Bedeutung. Es gibt zudem Aufschluß über

die Wirkungsmöglichkeiten der politischen Arbeit »grüblerischer Einzelgänger« (Arnulf Baring). Gespannt wird man auf einen dritten Teil der Tagebuchpublikationen warten, ist doch Schollwers Name heute in erster Linie mit den Plänen der Jahre nach 1961 verbunden.

Ralf Forsbach, Siegburg

Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1945–1989, Prestel Verlag, München 1989, 623 S., kart., 118 DM.

Mit dem 1989 veröffentlichen dritten Band über »Das Berliner Mietshaus 1945–1989« von Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers wurde ein umfassendes Forschungsprojekt an der Hochschule der Künste in Berlin abgeschlossen. Auch im letzten Band behielten die Autoren ihre eingeschlagene Arbeitsweise bei. So kann man sich diesem anregenden, aber auch sperrigen und umfangreichen Werk nur suchend nähern. Die Sichtung der immensen Materialfülle führt, meist durch die parallele Darstellung von Quellenangaben auf der äußeren Spalte und der thematischen Entwicklung und Interpretation auf der inneren Spalte, in die Vielschichtigkeit der Berliner Mietshaus-Geschichte. Trotz intensiver Suche wird man nicht *die* Geschichte des Berliner Mietshauses vorfinden. Denn die Autoren wählten stets anregende, aber auch außergewöhnliche Beispiele (Wülcknitzsche Familienhäuser vor den Toren der Stadt, Bd. 1; Meyers-Hof in der Ackerstraße 132, Bd. 2; Wohnzelle in Friedrichshain, Bd. 3) für ihre Berliner Mietshausgeschichte. Durch diese Auswahl konnte aber mehr das Besondere als das Allgemeine des Berliner Mietshauses erklärt werden.

Die Intentionen der Autoren zur Aufarbeitung eines solch ausgedehnten Forschungsvorhabens scheinen in der Verlusterfahrung der Berliner Mietskaserne begründet. Infolge der Stadterneuerungsmaßnahmen, die in den 1970er Jahren als Kahlschlagsanierung ihren letzten Höhepunkt erreichten, fand eine Neubewertung der stigmatisierten Mietskaserne statt. Neben der Kritik an der Zerstörung gewachsener sozialer Räume, wurde dieser Mietshaustyp und seine flexible Nutzungsmöglichkeit differenzierter bewertet. Die Autoren vermeiden folglich auch konsequent die Bezeichnung Mietskaserne für diesen Mietshaus-Typus.

Wie bereits in den beiden vorhergehenden Bänden, dominiert auch im letzten der planerische Ansatz. Stand im zweiten Band die Entwicklung des Hobrecht-Plans, der zusammen mit der unzulänglichen Bauordnung von 1853 als Grundbedingungen für die Entstehung der Berliner Mietskaserne anzusehen ist, im Vordergrund, so wurden dem dritten Band die verschiedenen Planungskonzepte für den Aufbau der stark beschädigten Stadt zugrunde gelegt.

Der dritte Band ist in sechs Kapitel untergliedert. Nach einer einleitenden Fotodokumentation über »Die veränderte Stadt« folgt ein Kapitel über das Ende des alten Berlins, in welchem rückgreifend auch die Planungen zur Neugestaltung der nationalsozialistischen Reichshauptstadt miteinbezogen wurden. Eingeleitet wird der Hauptteil des Bandes durch eine dokumentarische Rekonstruktion der Ausstellung »Berlin plant/Erster Bericht« aus dem Jahre 1946. Anschließend werden die konkurrierenden Planungskonzepte für den Aufbau dieser Stadt behandelt. Wegen der transparenten Darstellung der anfänglich unkoordiniert tätigen Planungsgruppen und ihrer ausgearbeiteten Planungsansätze, ist diesem Teil des Buches ein besonderer Wert beizumessen. Diese divergierende Modelle konnten nur kurzfristig angeglichen werden, da sich relativ früh unterschiedliche organisatorische und politische Wirklichkeiten abzeichneten, die zur vorübergehenden Teilung der Stadt führten. Beachtenswert ist, daß die Autoren die Teilung der Stadt nicht in ihrer Behandlung des Mietshauses fortsetzten, sondern weiterhin ihren Blick auf die Gesamtstadt rich-

die Wirkungsmöglichkeiten der politischen Arbeit »grüblerischer Einzelgänger« (Arnulf Baring). Gespannt wird man auf einen dritten Teil der Tagebuchpublikationen warten, ist doch Schollwers Name heute in erster Linie mit den Plänen der Jahre nach 1961 verbunden.

Ralf Forsbach, Siegburg

Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1945–1989, Prestel Verlag, München 1989, 623 S., kart., 118 DM.

Mit dem 1989 veröffentlichen dritten Band über »Das Berliner Mietshaus 1945–1989« von Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers wurde ein umfassendes Forschungsprojekt an der Hochschule der Künste in Berlin abgeschlossen. Auch im letzten Band behielten die Autoren ihre eingeschlagene Arbeitsweise bei. So kann man sich diesem anregenden, aber auch sperrigen und umfangreichen Werk nur suchend nähern. Die Sichtung der immensen Materialfülle führt, meist durch die parallele Darstellung von Quellenangaben auf der äußeren Spalte und der thematischen Entwicklung und Interpretation auf der inneren Spalte, in die Vielschichtigkeit der Berliner Mietshaus-Geschichte. Trotz intensiver Suche wird man nicht *die* Geschichte des Berliner Mietshauses vorfinden. Denn die Autoren wählten stets anregende, aber auch außergewöhnliche Beispiele (Wülcknitzsche Familienhäuser vor den Toren der Stadt, Bd. 1; Meyers-Hof in der Ackerstraße 132, Bd. 2; Wohnzelle in Friedrichshain, Bd. 3) für ihre Berliner Mietshausgeschichte. Durch diese Auswahl konnte aber mehr das Besondere als das Allgemeine des Berliner Mietshauses erklärt werden.

Die Intentionen der Autoren zur Aufarbeitung eines solch ausgedehnten Forschungsvorhabens scheinen in der Verlusterfahrung der Berliner Mietskaserne begründet. Infolge der Stadterneuerungsmaßnahmen, die in den 1970er Jahren als Kahlschlagsanierung ihren letzten Höhepunkt erreichten, fand eine Neubewertung der stigmatisierten Mietskaserne statt. Neben der Kritik an der Zerstörung gewachsener sozialer Räume, wurde dieser Mietshaustyp und seine flexible Nutzungsmöglichkeit differenzierter bewertet. Die Autoren vermeiden folglich auch konsequent die Bezeichnung Mietskaserne für diesen Mietshaus-Typus.

Wie bereits in den beiden vorhergehenden Bänden, dominiert auch im letzten der planerische Ansatz. Stand im zweiten Band die Entwicklung des Hobrecht-Plans, der zusammen mit der unzulänglichen Bauordnung von 1853 als Grundbedingungen für die Entstehung der Berliner Mietskaserne anzusehen ist, im Vordergrund, so wurden dem dritten Band die verschiedenen Planungskonzepte für den Aufbau der stark beschädigten Stadt zugrunde gelegt.

Der dritte Band ist in sechs Kapitel untergliedert. Nach einer einleitenden Fotodokumentation über »Die veränderte Stadt« folgt ein Kapitel über das Ende des alten Berlins, in welchem rückgreifend auch die Planungen zur Neugestaltung der nationalsozialistischen Reichshauptstadt miteinbezogen wurden. Eingeleitet wird der Hauptteil des Bandes durch eine dokumentarische Rekonstruktion der Ausstellung »Berlin plant/Erster Bericht« aus dem Jahre 1946. Anschließend werden die konkurrierenden Planungskonzepte für den Aufbau dieser Stadt behandelt. Wegen der transparenten Darstellung der anfänglich unkoordiniert tätigen Planungsgruppen und ihrer ausgearbeiteten Planungsansätze, ist diesem Teil des Buches ein besonderer Wert beizumessen. Diese divergierende Modelle konnten nur kurzfristig angeglichen werden, da sich relativ früh unterschiedliche organisatorische und politische Wirklichkeiten abzeichneten, die zur vorübergehenden Teilung der Stadt führten. Beachtenswert ist, daß die Autoren die Teilung der Stadt nicht in ihrer Behandlung des Mietshauses fortsetzten, sondern weiterhin ihren Blick auf die Gesamtstadt rich-

teten. Da ihnen ehemalige DDR-Archive zugänglich waren, konnte die Gewichtung auf den Aufbau des Bezirkes Friedrichhain gelegt werden. Diese Möglichkeiten der Quellenerschließung lenkte ihre Untersuchung auf einen – wenn auch wichtigen – Teilbereich der Berliner Mietshausgeschichte. Ins Zentrum gerückt wurde die Analyse der Wohnzelle; einerseits als Element der »Neuen Stadt« (Kapitel 4), andererseits die »Neue Wohnung« als Element der Wohnzelle (Kapitel 5). Infolgedessen fand die Darstellung der Arbeiten des Planungskollektivs, die das Zellenkonzept anwandten, eine bevorzugte Berücksichtigung. Besonders nuanciert dargestellt wird die Errichtung des Hochhauses an der Weberwiese und die Bebauung »der ersten sozialistischen Straße Berlins«, der Stalinallee/Karl-Marx-Allee, sowie die Weiterentwicklungen der Planungs-Leitbilder in Friedrichshain. Vermittelnde »Wieder«-Aufbau Entwürfe und bedeutende Planungen im Westteil der Stadt – beispielsweise für das Hansaviertel – sowie »gewöhnliche« Mietshäuser werden nur marginal berücksichtigt.

Der Kreis dieses Projekts schließt sich mit der Behandlung der »Kahlschlag-Sanierung« ganzer Stadtquartiere, die Anfang der 1960er Jahre begann und oft zum vergeblichen Widerstand gegen die Zerstörung gewachsener Sozialräume führte. Auf den letzten Seiten wird der Abriß des Meyerhofs in der Ackerstraße 132 behandelt, der, obwohl aufgrund der fehlenden Seitenflügel untypisch, zum Inbegriff des Berliner Mietshauses wurde. Die Zeitangabe 1945–1989 auf der Titelseite ist irreführend, da das Projekt in den 1960er Jahren abschließt. In den Schlußbetrachtungen wird ergänzend auf die Veröffentlichungen der S.T.E.R.N.-GmbH und auf das Werk von Harald Bodenschatz (Platz frei für das Neue Berlin, vgl. Rez. von A. v. Saldern, AfS XXIX, 1989, S. 739) verwiesen, welche die gewählten Aspekte der Berliner Mietshausgeschichte vervollständigen. *Gerd Kuhn, Berlin*